Die Kriegsschuldfrage



Hugin Freiherr von Greim (Hrsg.)

Institut für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung

Hugin Freiherr von Greim (Hrsg.)

Die Kriegsschuldfrage

Mit Beiträgen von :

Professor H. E. Barnes
Professor A. J. P. Taylor
Professor D. L. Hoggan
Dipl. pol. U. Walendy
Gerd Schulze-Rhonhof
u. v. m.

2.Auflage (03/2010)

Wir wissen, daß wir besiegt sind und die Folgen der Niederlage zu tragen haben. Wir sind auch bereit, diese Folgen zu tragen. Die Sieger aber täten gut daran, daran zu denken, daß wir, wenn auch besiegt, doch Menschen geblieben sind und auf alles, was mit uns geschieht, menschlich reagieren.
Um zu verhindern, daß die Bäume der Sieger in den Himmel wachsen, beraubt der Schöpfer die Sieger des Verstandes. Nachdem sie den Krieg gewonnen haben, verlieren sie den Frieden. Das Elend, das sie aus Rache über den Besiegten bringen, wird an Größe nur von dem Ausmaß ihrer Dummheit übertroffen.

„1919 in ihren Friedensverträgen haben die Sieger des ersten Weltkrieges den Wind gesät und so sicher, wie die Nacht dem Tag folgt, im zweiten Weltkrieg den Sturm geerntet. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen, und erfüllt von Neid, Furcht und Habgier, haben sie ihre bösen Taten wiederholt und haben zum zweiten Male den Besiegten Ungerechtigkeiten auferlegt. Also haben sie wiederum Wind gesät und werden wiederum Sturm ernten. Böses erzeugt Böses, und wenn ihr blind seid wie Simson, wenn ihr die Säulen des Hauses eurer Feinde niederreißt, dann werden seine Trümmer euch erschlagen."

(Der britische Historiker Fuller in seinem Buch *Der zweite Weltkrieg)*



Gewidmet an Professor Harry Elmer Barnes

Inhalt :

Kriegsschuldfrage

Als Kriegsschuldfrage bezeichnete man in der Weimarer Republik die öffentliche Debatte über die Schuld am Ersten Weltkrieg. Sie wurde und wird auch in anderen kriegsbeteiligten Ländern geführt. Wesentlich seltener wird der Begriff auf den Zweiten Weltkrieg angewandt. Aufgrund der gewachsenen Informations-, aber auch Manipulationsmöglichkeiten im Zeitalter der Massenmedien sind Debatten zur Kriegsschuld seit 1945 zu vielen Kriegen geführt worden und haben deren Beginn, Durchführung, Beendigung oder Aufarbeitung auf verschiedene Weise beeinflußt. Der historisch an den Ersten Weltkrieg gebundene Begriff „Kriegsschuldfrage" wird jedoch in Medien und Buchtiteln nur gelegentlich auf andere Kriege angewandt.

Der englische Feldmarschall Montgomery faßte in einem Satz zusammen, was für das nach den Weltkriegen besiegte Deutschland gilt: *"Die Geschichtsschreibung ist der zweite Triumph der Sieger über den Besiegten."* Schon Napoleon wußte: *"Geschichte ist die Summe von Lügen, auf die sich die jeweils Herrschenden geeinigt haben."* Zu den Kriegszielen der Alliierten gehörte es seitjeher, Deutschland aus dem Kreis dieser Herrschenden auszuschließen. Der Papst (Pius XII) warnte die Alliierten, sich zu erheben über die Frage der Verantwortlichkeit für den gegenwärtigen Krieg und die Forderung von Reparationen. Beide Seiten sollten sich gleich schuldig betrachten.[1] Das Gegenteil ist eingetreten. Mahatma Gandhi spricht: *"... Der letzte Krieg hat deutlicher als sonst die satanische Natur der Zivilisation erwiesen ... Jedes Sittengesetz ist von den Siegern ... gebrochen worden. Keine Lüge war zu schlecht, um angewendet zu werden. ..."*[2]

Erster Weltkrieg

Kriegsschuld wurde bis 1914 kaum öffentlich diskutiert und nicht in Friedensverträgen festgeschrieben. Das seit dem Westfälischen Frieden übliche Tabula rasa-Prinzip schloss die Prüfung der Kriegsgründe und Strafverfolgung der Besiegten aus (Oblivionsklausel). Erst seit dem Ersten Weltkrieg wurde eine Kriegsschuld zugewiesen.

Im Ersten Weltkrieg entschied nationale Kriegspropaganda mit über den Kriegsverlauf. Von der Meinung der eigenen wie der feindlichen Bevölkerung zur Kriegsschuld hing schon die Mobilisierung der Armeen und weitere Kriegführung mit ab. So bestimmten selektive Schuldzuweisungen und Interessen der kriegführenden Eliten die Debatte weit über das Kriegsende hinaus und wurden für deren Nachkriegsziele instrumentalisiert.

In der Weimarer Republik sahen Staatsbehörden die Abwehr der im Versailler Vertrag diktierte Alleinschuld der Mittelmächte als nationale Aufgabe, um die damit begründeten Auflagen zu mildern und zu revidieren . Über die Parteien hinweg bekämpften Politiker die Kriegsschuldlüge vehement.

In Frankreich und Großbritannien wurde eine Mitverantwortung für die Eskalation zum Ersten Weltkrieg vor 1939 kaum geprüft. Einige britische Historiker ersetzten die Versailler These von der deutsch/österreichisch-ungarischen Alleinschuld durch die Annahme eines unbeabsichtigten „Kriegsausbruchs" ohne und gegen den Willen der beteiligten Regierungen. Im Kontext der Appeasementpolitik entlasteten sie Deutschland weitgehend von absichtsvoller Kriegsplanung vor 1914. In den USA fand wegen der kurzen Kriegsbeteiligung und geringeren eigenen Opferzahl, in der Sowjetunion wegen der staatlichen Ideologie des Marxismus-Leninismus kaum eine Kriegsschulddebatte statt.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die These einer gleichmäßigen Kriegs(un-)schuld zunächst fortgesetzt. Dies blockierte die Frage nach möglichen gemeinsamen Ursachen beider Weltkriege und Kontinuitäten in den Kriegszielen deutscher Militär- und Wirtschaftseliten. Erst der Hamburger Historiker Fritz Fischer eröffnete 1959 eine neue Debatte um die Vorkriegspolitik des Deutschen Kaiserreichs. Mit der bis etwa 1985 andauernden „Fischer-Kontroverse" begann in Deutschland wie im Ausland eine differenzierte Erforschung der längerfristigen, auch sozialen und ökonomischen Ursachen des Ersten Weltkriegs. Diese berücksichtigt den Umgang mit der Kriegsschuld vor 1933 auch im Blick auf die Entstehungsbedingungen des Zweiten Weltkriegs.

Prof. Harry Elmer Barnes konstatierte: *"Deutschland ist von allen kriegführenden Mächten die einzige gewesen, die am Ausbruch des Krieges (1914) überhaupt keine Schuld trägt."*[3]

Otto Wels, SPD-Vorsitzender ab 1931, 1933 im Deutschen Reichstag, erklärte: *"Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, dass ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin ..."*[4]

Rolf Hellberg präzisiert in seiner sachlichen und aufgeklärten "Kleinen deutschen Geschichte" die vielfältigen Ursachen, die den Ersten Weltkrieg auslösten. Die ganze – internationale – Vorgeschichte macht deutlich, wie unglücklich Deutschland, von Drohungen umgeben, in den Krieg verstrickt wurde.[5]

Der britische Historiker Correlli Barnett zur Schuldfrage des I. Weltkrieges :
"Deutschland war weder im ganzen noch hauptsächlich für den Krieg verantwortlich und zweifellos nicht "schuld" daran."[6]

Zweiter Weltkrieg

Roosevelt im Hintergrund
Zahlreiche Historiker betonen die Kriegsschuld des amerikanischen Präsidenten F.D. Roosevelt (1933-1945), darunter die Amerikaner: Charles Beard, Charles Tansill, Frederic Sanborn, Pearcy Greaves, George Morgenstern, John Flynn, William Neumann, David Hoggan, Harry Barnes u.a.

Barnes beweist seine Thesen für die Schuld Roosevelts in Zusammenarbeit mit 14 Kollegen. [7]

Barnes erklärt: *"Der springende Punkt ist hier, dass Hitler, im Gegensatz zu Churchill, Roosevelt und Stalin, keinen allgemeinen Kriegsausbruch 1939 wollte."*[8]

Prof. Barnes:
"Obwohl unabwendbar auf dokumentarischer Grundlage bewiesen worden ist, daß Hitler nicht verantwortlicher - wenn überhaupt verantwortlich - für den Krieg von 1939 gewesen ist, als der Kaiser es 1914 war, stützte man sich nach 1945 in Deutschland auf das Verdikt der deutschen Alleinschuld, das von der Wahrheit genau so weit entfernt liegt wie die Kriegsschuldklausel des Versailler Vertrages.
Das deutsche Kriegsschuldbewußtsein stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich kenne jedenfalls kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnsinnige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging, es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am Zweiten Weltkrieg aufzubürden."

James Forrestal schrieb in sein Tagebuch: *"Weder die Franzosen noch die Engländer würden Polen zum Kriegsgrund gemacht haben, wäre nicht die dauernde Stichelei von Washington gewesen."*[9]

Sven Hedin machte früh eine Schuld bei Roosevelt aus: *"Dieser Krieg wird in die Geschichte eingehen als der Krieg des Präsidenten Roosevelt."*[10]

Der Autor Hamilton Fish schreibt: *"Die Kriegshysterie wurde zur Raserei angeheizt. Die Hass-Kampagne ging vom Weißen Haus aus."*[11]

In der Tat sprach Roosevelt es 1932 offen aus: *"Ich werde Deutschland zermalmen."*[12]

Quellennachweise :

[1] vgl. Austin App, "Der erschreckendste Friede", Salzburg 1950. S. 132f
[2] "Hier spricht Gandhi." 1954, Barth-Verlag München
[3] vgl. Barnes, H.E. "Genesis of the World War". zit. nach Maier-Dorn "Alleinkriegsschuld", Großaitingen 1970, S. 118
[4] zit. nach Erich Kern, "Verheimlichte Dokumente. Was den Deutschen verschwiegen wird", München 1988
[5] vgl. Hellberg, "Kleine Deutsche Geschichte", Tübingen, 1997, S. 108ff
[6] Der britische Historiker Correlli Barnett zur Schuldfrage des I. Weltkrieges (Quelle: DER SPIEGEL, 3/1999)
[7] vgl. Barnes, "Perpetual War for perpetual Peace", Torrance, 1982 und "Against the Blackout", Costa Mesa, Kalifornien, 1991

[8] Barnes, "Blasting of the historical Blackout", Oxnard, Kalif., 1962
[9] James Forrestal, amerikanischer Kriegsminister, "Tagebuch") (vgl. Lenz, F., a.a.O., S. 578
[10] vgl. Hedin "Amerika im Kampf der Kontinente", Leipzig, 1942
[11] vgl. Hamilton Fish "Der zerbrochene Mythos – Roosevelts Kriegspolitik 1939-1945", Tübingen, 1989, S. 39
[12] Roosevelt, 1932; vgl. E. Reichenberger "Wider Willkür und Machtrausch", Graz, 1955, S. 241

Die Bemühungen Deutschlands um allgemeine Abrüstung

Das Deutsche Reich war 1926 Mitglied des Völkerbundes geworden, hatte aber noch nicht die vorbehaltlose Gleichberechtigung zugestanden bekommen. Das drückte sich am deutlichsten in den Abrüstungskonferenzen aus, die in Genf stattfanden. Die deutsche Delegation wies immer wieder darauf hin, dass sich die Staaten dazu verpflichtet hätten, nach der vollständigen Abrüstung Deutschlands ihrerseits die Zusagen über die Rüstungsminderungen zu erfüllen. Dies sei nicht der Fall gewesen. Dadurch verweigerte man dem Deutschen Reich sein natürliches ... Recht auf gleiche Sicherheit. ... Deshalb vollzog Hitler 1933 den Auszug aus dem Völkerbund ... (Anm.: Die "Ersatz"-Nation für das DR war Russland, welches nach deren Überfall auf Finnland - im November 1939 - aus dem Völkerbund hinausgeworfen wurde. Deren zweistelligen Millionen-Opfer Mitte der 30er Jahre waren offensichtlich irrelevant!)

Erschwert wurde die Weigerung der Staaten, sich auf eine Abrüstung zu einigen, durch die Haltung Polens und durch die russische Rüstung. Polen hatte mehrmals versucht, Frankreich zu einem Präventiv-Krieg gegen Deutschland zu überreden (!)

Hitler hatte in Genf wiederholt vorgeschlagen, alle Armeen in Europa auf 200.000 Mann zu begrenzen! Danach schlug Hitler ein 300.000 Mann-Heer vor. Auch dies wurde zurückgewiesen.

So kam es, dass Deutschland nachrüsten musste. (16. März 1935: "Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht".) Schon am 18. Juni 1935 schloss England – den Völkerbund missachtend – ein Flottenabkommen mit Deutschland.

Am 30. Januar 1937 legte Hitler einen Rechenschaftsbericht vor. Hitler erklärte die Unterschrift der deutschen Regierung von 1919 unter dem Vertrag von Versailles als gelöscht, insbesondere unter dem Artikel 231, der Deutschland die ausschließliche Schuld am 1. Weltkrieg aufgebürdet hatte. (vgl. Diwald, H. "Deutschland einig Vaterland", Berlin 1994, S. 16 ff)

"... dass die Signatar-Mächte des Vertrages von Versailles den Deutschen feierlich versprachen, man würde abrüsten, wenn Deutschland mit der Abrüstung vorangehe. Vierzehn (!) Jahre lang hatte Deutschland auf die Einhaltung dieses Versprechens gewartet ... In der Zwischenzeit haben alle Länder ... ihre Kriegsbewaffnung noch gesteigert und sogar den Nachbarn Geldanleihen zugestanden, mit denen diese wiederum gewaltige Militär-Organisationen dicht an Deutschlands Grenzen aufbauten. Können wir uns dann wundern, dass die Deutschen zu guter Letzt zu einer Revolution und Revolte gegen diese chronischen Betrügereien (!) der großen Mächte getrieben werden?" (Lloyd George am 29. November 1934 im englischen Unterhaus, Englands Premier während der Kriegszeit) (vgl. Sündermann, H. "Das dritte Reich", Leoni 1964, S. 37)

Hitlers Friedensangebote

Blockade gegen Deutschland

* *"Ich will keinen Krieg. Wir brauchen jetzt 15 - 20 Jahre friedlicher Aufbau-Arbeit, um das zu sichern, was wir geschaffen haben ... Ich werde daher jedem Kompromiss zustimmen, welcher mit der Ehre und dem Ansehen des deutschen Volkes vereinbar ist, um einen Krieg zu vermeiden."*
(Adolf Hitler, vor dem Reichstag am 27.8.1939)

* Hitlers Angebot an England vom 25.8.1939, den Bestand des Englischen Empire als eine globale Ordnungsmacht mit deutscher Hilfe zu erhalten, wird abgelehnt. (Damit lehnte England ein Angebot ab, das – zumindest indirekt – friedenssichernd war.)

Am 29.8.1939 bot Hitler einen "Sechzehn-Punkte-Vorschlag" zur friedlichen Lösung der deutsch-polnischen Probleme.

Dazu der schwedische Naturforscher Sven Hedin:
"Die diplomatischen Akten der neueren Geschichte werden kaum ein Schriftstück aufweisen, das diesem Vorschlag an Mäßigung, an Entgegenkommen und Verständnis für die Bedürfnisse eines anderen Landes entgegenkommt. dass Polen ihn trotzdem nicht einmal einer Empfangsbestätigung für wert hielt, kann nur durch die inzwischen bekannt gewordene Tatsache erklärt werden, dass es sich nicht nur auf seine europäischen Freunde Großbritannien und Frankreich verließ, sondern vor allem auf die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Roosevelt hatte sie ihm durch seine Botschafter in Warschau und Paris zusagen lassen ..." (Sven Hedin, schwedischer Naturforscher, der in beiden Weltkriegen den Standpunkt Deutschlands vertrat) (vgl. Sven Hedin, "Amerika im Kampf der Kontinente", Leipzig, 1942, S. 60 ff)

* Hitlers Friedensangebot vom 6.10.1939 an die Westmächte wird abgelehnt.

* Hitlers erneutes Friedensangebot an England vom 19.7.1940 wird abgelehnt. England verhängt am 17.8.1940 die totale [See-]Blockade gegen Deutschland.

* *"Der Stand der deutschen Rüstung 1939 liefert den entscheidenden Beweis dafür, dass Hitler nicht an einen allgemeinen Krieg dachte und wahrscheinlich überhaupt keinen Krieg wollte".* (A.J.P. Taylor, "Ursprünge des Zweiten Weltkriegs", Gütersloh, 1962)

<u>Die Deutsch-Polnisch-Sowjetische Situation von 1919-1939</u>

Polen im Streit mit allen seinen Nachbarn
Das polnische Drama von 1939 braut sich seit 1918 in einer nur kurzen, doch turbulenten Vorgeschichte unheilvoll zusammen. Die schwierige Neuregelung der territorialen Abgrenzung zwischen dem wiedererstandenen Polen und seinen Nachbarn wird im Januar 1918 durch den Präsidenten der USA Wilson vorgezeichnet. Er verlangt in Punkt 13 seines 14 Punkte umfassenden Friedensangebots von den im Kriege unterlegenen Staaten Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland die Errichtung eines neuen Staates Polen. Punkt 13 lautet:
„Es soll ein unabhängiger polnischer Staat errichtet werden, der die von unbestreitbar polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, dem ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährleistet werden soll und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit durch internationale Abmachungen garantiert werden sollen."
Die unklaren Formulierungen in dieser Forderung erzeugen eine ungeheure Sprengkraft in allen späteren Gebiets- und Grenzregelungen, die für Polen und alle seine Nachbarn gelten werden. Die Worte „unbestreitbar polnische Bevölkerung" erwecken bei den Polen die Erwartung, daß jeder Landstrich, auf dem Polen leben, in Zukunft polnisch wird. In Rußland, Österreich, Litauen und Deutschland denkt man dabei eher an die Territorien, auf denen die Polen eine Mehrheit bilden. Auch Wilson hat bei „unbestreitbar polnischer Bevölkerung" offensichtlich an polnische Bevölkerungsmehrheiten gedacht. Nur so macht seine Rede vom 4. Juli 1918 in Mount Vernon einen Sinn, in der er
„die Volksbeteiligung zur Regelung jedweder Gebiets-, Souveränitäts-, Wirtschafts- und politischen Probleme unter Ausschaltung aller jeweils ausländischen Machtinteressen."
verspricht. Bei den besiegten Völkern erzeugt es ab 1920 Verbitterung, daß dies von Amerika versprochene Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Verträgen von Versailles und Saint-Germain nicht eingehalten wird. Im Falle Danzigs und des „Korridors" löst der dauerhafte Bruch des Selbstbestimmungsrechts den Zweiten Weltkrieg aus.
Die zweite Formulierung, die Zündstoff birgt, liegt in den Worten vom „freien und sicheren Zugang zum Meere". Wilson denkt dabei zwar zunächst nur an bloße Wegerechte, wie sie ja auch der neuen Tschechoslowakei auf der Elbe zugestanden werden. Aber für die Staaten, die in Versailles das neue Polen konstruieren, ist das durchaus nicht klar. Sie machen daraus den ganzen Landstrich Pomerellen einschließlich der Stadt Danzig. Die so interpretierte Wilson-Formulierungverleitet die Regierung Polens zwei Jahrzehnte später zu einer steifen Haltung in der Danzig-Frage. Da Deutschland diesen freien Zugang ab 1938 auch außerhalb von Danzig garantiert, berufen sich sowohl die Polen als auch die Deutschen 1939 auf Punkt 13 der Wilson-Punkte und gehen damit in den Krieg; beide im Bewußtsein, Recht zu haben. Der neu gegründete Staat Polen bekommt von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs Land und Menschen aus dem Bestand der Nachbarvölker zugesprochen. Dabei befinden sich viele Millionen Menschen, die keine Polen sind und es auch nicht werden wollen.



Polen nach Versailles und Saint-Germain

Dennoch sind die Polen mit ihren Landgewinnen nicht zufrieden. Der polnische Delegationsleiter in Versailles Dmowski erklärt bei den Verhandlungen über die neuen Grenzen Polens, daß man nicht aus den Augen verlieren dürfe, daß die dem Staate Polen zugestandenen Gebiete „nur eine Anzahlung auf ein wirkliches Großpolen sind.“[1] Die frisch ins Amt gekommene polnische Regierung verlangt für ihren neuen Staat all die Gebiete, die vor 1772 Teile der polnisch-litauischen Union gewesen sind.[2] Dabei spielt es für sie keine Rolle, daß Polen zu der Zeit über viele fremde Völker herrschte. Auch nach der Staatsgründung bleibt das Thema „polnische Gebiete“ noch lange für die Polen aktuell. Der spätere Vizepremierminister Grabski schreibt 1923, als er den Vorsitz des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten im Parlament in Warschau inne hat,:
„... Vor allem besteht für die Machtpolitik Polens noch immer dasselbe grundlegende Dilemma, das auf unserer ganzen bisherigen Geschichte lastet, nämlich die Frage: Welche Richtung soll die Expansion des polnischen Volkes einschlagen ? Die nördliche nach der Ostsee oder die südöstliche nach der Ukraine und dem Schwarzen Meer?... Entweder wir lenken die polnische Machtausdehnung ostwärts gegen Rußland, indem wir uns die Periode seiner Ohnmacht zunutze machen, die ihm das nächste halbe Jahrhundert bringen wird ... oder aber wir setzen unsere ganze uns zur Verfügung stehende Kraft dafür ein, daß die ostpreußische Frage durch Polen im Sinne Polens entschieden wird. ...In der neueren

Geschichte findet sich kein Beispiel dafür, daß ein Volk auf irgendeinen seiner Bestandteile nur darum verzichtet hätte, weil sich dieser zur Zeit noch außerhalb seiner Staatsgrenzen befand. ...“[3]

Das neue Polen stellt 1918 – kaum gegründet – aus den ehemals deutschen, österreichischen, ungarischen und russischen Weltkriegssoldaten polnischer Nationalität ein starkes Heer auf und beginnt, sich angriffsweise nach drei Himmelsrichtungen zu Lasten seiner Nachbarn auszudehnen. So sind die Konflikte der nächsten 20 Jahre vorgezeichnet.

Quellennachweise:

[1] Kendziora, Alfred, "Die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses aus historischer Sicht",Selbstverlag, Lüneburg, 1993
[2] Halecki, Oskar (polnischer Autor), "Geschichte Polens", Societäts Verlag, Frankfurt/Main, 1970
[3] Fuchs, Werner, "Der neue Polenspiegel" ,Selbstverlag des Deutschen Ostmarken-Vereins, Berlin, 1930

Polnisch-sowjetische Auseinandersetzungen
Im Osten und im Norden geht der Streit um Gebiete, die zur Zeit der polnischlitauischen Doppelmonarchie dem großlitauischen Teil des Reiches angehörten.
Sie liegen 1918 in Litauen, Weißrußland und in der Ukraine. Als nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die deutschen Heereskräfte aus dem Baltikum und aus Westrußland zurückgezogen werden, rücken sowjetische Truppen bis nach Litauen im Norden und bis zum Bug in der Ukraine nach. Daraufhin greift Polen im Frühjahr 1919 die durch die Revolution geschwächte Sowjetunion und das inzwischen unabhängige Litauen an. Es erobert Wilna und drängt die sowjetischen Truppen bis weit nach Weißrußland und in die Ukraine zurück.
Im Dezember 1919 mischen sich die Gründungsmächte Polens ein. Der „Höchste Alliierte Rat“ der Siegermächte in Versailles bestimmt die Volkstumsgrenze zwischen Polen im Westen und den Weißrussen und Ukrainern im Osten zur Ostgrenze des neuen Staates Polen. Die Grenze verläuft nun von Nord nach Süd von Grodno über Brest-Litowsk und dann entlang des Flusses Bug. Sie ist nach dem Mann benannt, der sie vorgeschlagen hatte, nach dem britischen Außenminister Lord Curzon. Nach dem Teilungsspruch des Rates verlangen die Sowjets die Übergabe der ihnen zugesprochenen Teile Weißrußlands und der Ukraine auf ihrer Seite jener Curzon-Linie. Polen weigert sich, das frisch eroberte „Ostpolen“ herauszugeben. Dem folgt ein Aufmarsch sowjetischer Heereskräfte in Richtung Polen. Polen tut ein gleiches nach Osten und greift Rußland ohne Kriegserklärung an. Die Kämpfe wogen ein halbes Jahr lang hin und her. Im Mai 1920 erobern Polens Truppen die Ukraine bis nach Kiew. Im Juli gewinnt die sowjetische Armee die Oberhand. Sie schafft es, das Heer der Polen bis vor die Tore Warschaus zurückzuwerfen. In der Schlacht bei Warschau wendet sich das Blatt erneut, die Polen siegen und treiben die Russen in Richtung Osten bis Minsk in Weißrußland vor sich her. Die Rote Armee der Russen wird dabei so gut wie aufgerieben.



1919 Polens Angriff gegen Russland



Die CURZON-Linie

Die Sowjets müssen Frieden schließen. Am 18. März 1921 verzichtet Rußland im Frieden von Riga auf das „Ostpolen“ seinerseits der Curzon-Linie. Es verliert damit 5 Millionen Ukrainer, 1,2 Millionen Weißrussen und etwa 1 Million Juden als Bürger seines Landes. Polen gewinnt mit „Ostpolen“ auch die etwa 1,5



Sowjetischer Angriff bis vor die Tore Warschaus

Millionen Polen, die dort leben. Mit dem nun dazu eroberten Gebiet liegt die neue Staatsgrenze Polens 250 Kilometer innerhalb des russischen Sprachraums.
Der Frieden von Riga hat ein paar Folgen, die Gründe für den späteren Untergang des neuen Polen sind. Zum ersten behält die Sowjetunion einen legitimen Grund für eine spätere Revision zu Lasten Polens. Sie wird sich 1939 genau das nun verlorene Gebiet bis zur Curzon-Linie zurückerobern, das ihr 1919 der „Höchste Alliierte Rat" der Siegermächte zugesprochen hat. 1945 wird sie auch noch die 2 Millionen Polen, die dort inzwischen leben, aus dem Lande jagen. Dafür werden dann 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat in Schlesien, West- und Ost-preußen, Danzig, Ostbrandenburg, dem Wartheland sowie Pommern weichen müssen. Zum zweiten kauft sich Polen große Minderheiten ein, die es in den Folgejahren nicht integrieren kann. Und drittens verleitet der Sieg des relativ

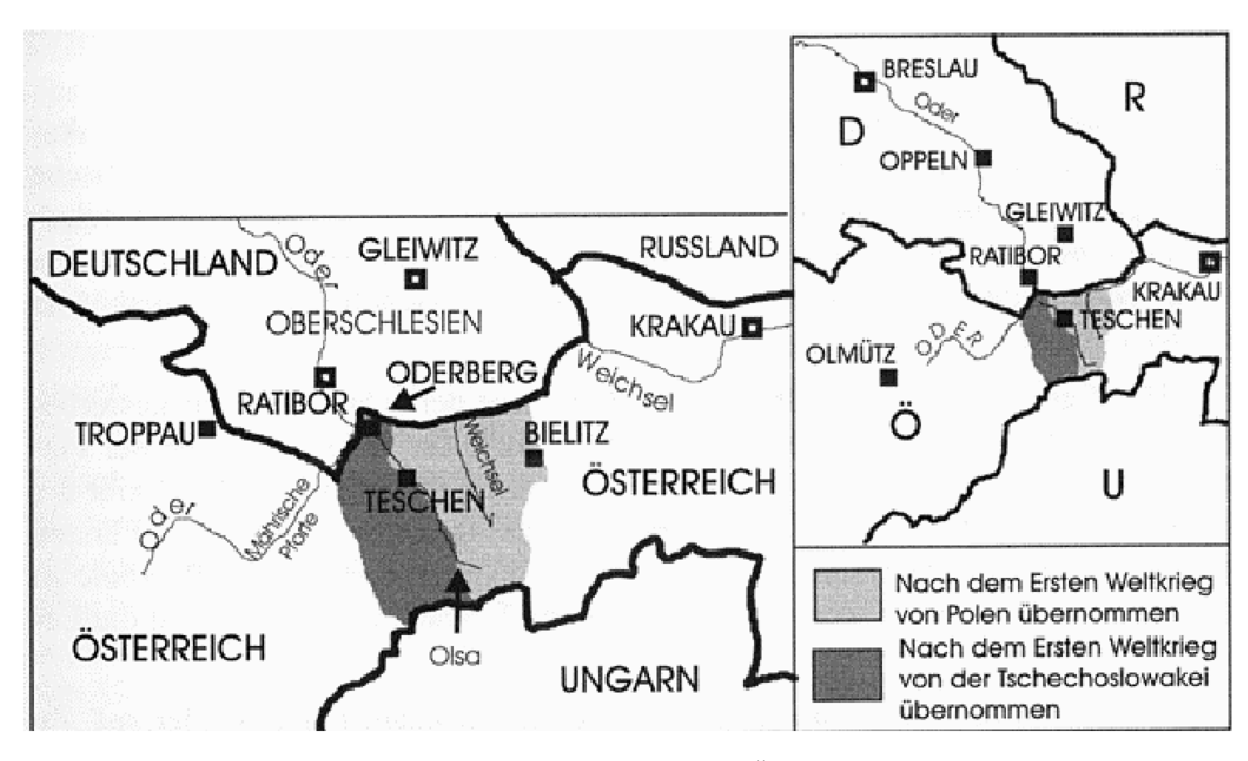
kleinen Polen gegen die riesige Sowjetunion das polnische Volk zu einer verfänglichen Selbstüberschätzung. Das Volk der Polen und mit ihm die Armee glaubt von nun an, die großen Nachbarstaaten militärisch schlagen zu können. So sehen sie auch 1939 keinen Grund, zu verhandeln anstatt Krieg zu führen.
Des weiteren hat der Krieg der Polen und der Sowjets Folgen für den zukünftigen Umgang der Völker in Europa. Die Nachkriegsordnungsmächte, vertreten durch den „Höchsten Alliierten Rat“, nehmen ohne Konsequenzen hin, daß ein militärisch starker Staat eine von ihnen gezogene Grenze mißachtet. Sie akzeptieren den Angriff eines Staates ohne Kriegserklärung. Sie übergehen das Selbstbestimmungsrecht von ein paar Millionen Menschen in Osteuropa. Sie beugen sich der Macht der Fakten, die ein Land mit seinem Militär geschaffen hat. Das bleibt nicht ohne dauerhaften Eindruck auf die Menschen in den besiegten Ländern Sowjetunion und Deutschland.

Polnisch-litauische Auseinandersetzungen

Das zweite Land, das Polen anfaßt, ist das seit 1918 unabhängige Litauen. Zunächst will Rußland die Unabhängigkeit des neuen Staats nicht anerkennen und besetzt die Hauptstadt Wilna mit dem Umland. Doch die Polen halten das umstrittene Gebiet für polnisch. Wilna hat einen großen Anteil polnischer Bevölkerung, das Umland ist rein litauisch besiedelt. Als die Sowjetunion im Krieg mit Polen andere Sorgen hat, erkennt sie im Juli 1920 die Unabhängigkeit des litauischen Staates an und zieht die Truppen ab. Polen besetzt daraufhin im Oktober 1920 die Hauptstadt Wilna mit dem Umland. Der Völkerbund in Genf erhebt vergeblich Einspruch und schlägt eine Volksabstimmung vor. Polen gesteht der Bevölkerung im eroberten Gebiet kein Recht auf nationale Selbstbestimmung zu und behält den Osten des noch jungen litauischen Staates, ohne eine Volksbefragung zuzulassen. 1938 läßt Polen Truppen an der Grenze aufmarschieren, droht mit Krieg und zwingt die Litauer, die polnische Eroberung von 1920 völkerrechtlich anzuerkennen.
Auch dieser Krieg von 1920 und die Kriegsdrohung von 1938 haben mittelbaren Einfluß auf den späteren Umgang der Staaten in Europa miteinander. Zum einen verliert der Völkerbund als Forum an Bedeutung, weil er letzten Endes kraftlos zuschaut, wie ein Mitgliedsland den Frieden bricht. Und zweitens führt Polen Minderheitenrecht und historische Bindungen als Legitimation für seine Kriege an. In Wilna und Umgebung sind die Polen eine Minderheit und ihre Rechte aus der früheren Polnisch-Litauischen Union sind inzwischen 125 Jahre ausgesetzt. Das ist so, auch wenn die Union vorher 400 Jahre von Bestand gewesen ist. Mit exakt der gleichen falschen Legitimation annektieren Hitler 1939 die Rest-Tschechei und Stalin 1940 die drei baltischen Staaten. Das deutsche Volk nimmt diese Unrechtstat der eigenen Regierung gegenüber der Tschechei 18 Jahre später nicht zuletzt auch deshalb ohne Widerstand zur Kenntnis, weil derartige Aggressionen in Europa nach 1918 hier in Litauen und andernorts fast an der Tagesordnung sind und von den Siegermächten ohne ernsten Einspruch hingenommen werden. Solches Unrecht ist für die deutschen Menschen im Jahre 1939 also durchaus nicht mehr ungewöhnlich.

Polnisch-tschechische Auseinandersetzungen

Der dritte Staat, von dem Polen Land verlangt, ist die Tschechoslowakei. Polen und Tschechen beanspruchen 1918 gleichermaßen das Teschener Gebiet, ein Territorium von etwa 60 mal 50 Kilometer Flächengröße südlich von Oberschlesien.



Das Teschener Gebiet als Teil Österreichs
zwischen den Staatsgrenzen von 1918

Das Ländchen wird in der Literatur mal nach der Stadt Teschen als Teschener Gebiet, mal nach dem Fluß Olsa, der es durchquert, als Olsa-Gebiet bezeichnet. Die Mehrheit der Bevölkerung stellen die Slonzaken, ein eigenständiges kleines Slawenvolk mit eigener Identität, ähnlich den Sorben in der deutschen Lausitz. Ansonsten leben Deutsche, Polen und Tschechen in und rund um Teschen.[1] Die Bedeutung des Teschener Gebiets ergibt sich aus drei Faktoren. Der erste liegt im Reichtum dieser Gegend an Kohlengruben, Stahlwerken und einem erheblichen Teil der tschechischen Schwerindustrie. Der zweite ergibt sich aus den geographischen Gegebenheiten. Am Nordrand des Gebietes durchbricht die Oder, durch die Mährische Pforte fließend, eine Kette von Gebirgen. Der Staat, der im Besitz der Pforte ist, beherrscht ein Einfallstor zu seinem Nachbarland. Der dritte Faktor hängt damit zusammen. In der Mährischen Pforte liegt die Stadt Oderberg mit einem der wichtigsten Eisenbahnknotenpunkte Ostmitteleuropas. Bei den Pariser Verhandlungen zur territorialen Nachkriegsordnung setzt Polen mit der Hilfe Frankreichs durch, daß ihm der Ostteil des Teschener Gebietes zugesprochen wird. Nach Streitereien der Tschechen und der Polen teilt der „Höchste Alliierte Rat“ das kleine Land erneut zwischen den zwei Kontrahenten auf. Doch Polen will die Teilung so nicht akzeptieren. Es macht geltend, daß die Bevölkerung im Westteil, der bei den Tschechen bleibt, polnisch ist. Dort wohnen aber, was die Polen nicht erwähnen, neben 80.000 Polen auch 150.000 Menschen anderer Nationalitäten.[2]
Die zweite Säule der polnischen Begründung fußt auf den historischen Ansprüchen, so wie sie die Polen sehen. Von 1290 bis 1653 herrschen piastische Herzöge polnischer Herkunft im kleinen Fürstentum Teschen, das aber schon 1292 Teil des Königreiches Böhmen wird. Die Verbindung Teschens zu Polen besteht seitdem nur noch in einer weitläufigen Verwandtschaft der Herrscherhäuser beider Länder.

Die Herzöge in Teschen gehören einer Seitenlinie der schon 1370 ausgestorbenen polnischen Piastenkönige an. 1625 stirbt auch die Teschener Linie der Piasten mit ihrem letzten Sproß, dem Herzog Friedrich Wilhelm, aus. 1653 gibt der böhmische König das verwaiste Lehen Teschen an einen sächsischen Fürsten weiter[3]. Damit ist das Teschener Gebiet, um es an einer historischen Parallele zu erläutern, 1918 genauso wenig polnisch wie die Toskana deutsch. Soweit die Legitimation der Polen.
1938, während der Sudetenkrise, greift Polen die Teschen-Frage wieder auf. Zu der Zeit verlangt die Deutsche Reichsregierung von der tschechischen in Prag, ihr die mehrheitlich deutsch besiedelten Sudetenlande zu übergeben. In Warschau hält man die eigene Forderung nach West-Teschen für so berechtigt, wie die deutsche nach den Sudeten. Nachdem England und Frankreich den Anspruch der Polen zunächst anerkennen, verwerfen sie ihn letztlich doch, weil sie als Konsequenz den völligen Zerfall des tschechoslowakischen Vielvölkerstaats befürchten.
So lehnen Briten, Franzosen und mit ihnen die Sowjets den Anspruch der Polen auf West-Teschen ab. Die Sowjetunion droht sogar mit ernsten Konsequenzen. Moskau und Prag haben im Mai 1935 einen Beistandspakt geschlossen. So warnen die Sowjets die Polen, sich an Teschen zu vergreifen, und drohen, sonst den Polnisch-Sowjetischen Nichtangriffspakt vom Juli 1932 zu kündigen. Anders die Reaktion aus Deutschland. Am 20. September 1938 fragt der polnische Botschafter Lipski in Berlin bei Hitler an, ob es deutscherseits Bedenken gegen eine polnische Annexion des westlichen Teschener Gebietes gäbe. Hitler und sein Außenminister von Ribbentrop erheben keine Einwände zum Schutz der Tschechen.
Hitler äußert dabei allerdings die Hoffnung, daß im Gegenzug auch die deutsche, noch immer unter Völkerbundmandat stehende Stadt Danzig mit dem Deutschen Reich vereinigt werden kann.[4]
In der letzten Septemberwoche 1938 läßt Polen dann ein Armeekorps bei Teschen aufmarschieren und droht der tschechischen Regierung mit Krieg. Die Tschechoslowakei, zu der Zeit ohnehin nicht handlungsfähig, gibt nach, und Polen besetzt vom 1. bis zum 10. Oktober das umstrittene Gebiet.
Der Zugewinn an Land, Industrie und Menschen hat für die Polen verhängnisvolle Konsequenzen. Als erste sei erwähnt, daß die Sowjetunion postwendend den Sowjetisch-Polnischen Nichtangriffspakt von 1932 kündigt, den Polen ein Jahr später dringend hätte brauchen können.[5] Nicht einmal ein ganzes Jahr danach, am 17. September 1939 greift die Sowjetunion das expansive Polen an.
Zum zweiten sind nun auf höchster Ebene Gespräche zwischen Berlin und Warschau um die Zukunft der Stadt Danzig eingeleitet. Da Hitler nach anfänglichen Bedenken und vielem Hin und Her den Polen mit West-Teschen auch die überwiegend deutsch bewohnte Grenzstadt Oderberg am Rand zu Oberschlesien zugesteht [6], sind seine Hoffnungen auf Kompensation in Danzig sehr berechtigt.
Die anschließende Unnachgiebigkeit der Polen in dieser Frage ein Jahr später bringt ein Faß zum Überlaufen und den Polen einen Krieg, in dem sie furchtbar bluten müssen. Zum dritten beginnt Polen gleich nach der Annexion von Teschen mit der Entrechtung der dort lebenden Nichtpolen in Wirtschaft und Verwaltung. Man beschuldigt vor allem die Slonzaken, nichts als abtrünnige Polen zu sein. So schafft sich der Staat Polen binnen kurzem weitere Minderheiten, die sich eher den Untergang dieses Landes als alles andere wünschen.
Zum vierten hat Polen nun zum wiederholten Male den Kellogg-Pakt verletzt, in dem es sich 1928 mit anderen Staaten verpflichtet hatte,
„auf Kriege als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle zu verzichten und Regelungen niemals anders als durch friedliche Mittel anzustreben.“

Der Aufmarsch des Armeekorps im September 1938 und das Ultimatum an die Tschechen sind klare Brüche dieses Abkommens zur „Ächtung des Krieges“. Polen kann damit ein Jahr später nicht mehr darauf hoffen, selbst vom Kellogg-Pakt geschützt zu werden. Und fünftens hat Polen nun außer Lettland und Rumänien keinen Nachbarn mehr, den es seit 1918 nicht zumindest einmal angegriffen hätte.Die relativ kleine Teschener Affäre, die kein Schulgeschichtsbuch der Erwähnung wert befindet, wird so zum Brandbeschleuniger der Danzig-Frage und des Zweiten Weltkriegs.

Quellennachweise:

[1] Roos, Hans, "Polen und Europa, Studie zur polnischen Außenpolitik 1931-1939", J.C.B. Mohr Verlag, Tübingen,1957

[2] Burneleit, Heinz, "Die Vergangenheit bestimmt unsere Zukunft, aus Mitteilungen der Gesellschaft für Kulturwissenschaften", Bietigheim-Baden, Juli 1997

[3] Meyers Konversationslexikon zu Teschen

[4] Rassinier, Paul (französischer Autor) Die Jahrhundertprovokation, Grabert-Verlag, Tübingen, 1998 (3. Aufig.) (Titel der franz. Originalausgabe:Les responsables de la seconde Guerre mondiale, 1967)

[5] Taylor, A. J. P. (englischer Autor) ,"Die Ursprünge des 2. Weltkrieges", Sigbert Mohn Verlag, Gütersloh, 1962 (Titel der engl. Originalausgabe:The Origins of the Second World War, 1961)

[6] Roos, Hans, "Polen und Europa, Studie zur polnischen Außenpolitik 1931-1939", J.C.B. Mohr Verlag, Tübingen,1957

Polnisch-deutsche Auseinandersetzungen

Das vierte Land, mit dem Polen keinen Frieden findet, ist das Deutsche Reich im Westen. Beide Staaten haben aus subjektiver Sicht weitgehende Forderungen in Bezug auf Territorien und Menschen an den jeweils anderen. Deutschland muß 1920 nach dem Vertrage von Versailles die Landesteile Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien mit 2 Millionen deutschen Staatsbürgern an das neue Polen abgeben.

Im Februar 1919 fordert die polnische Delegation auf der Versailler Siegerkonferenz außerdem die Angliederung ganz Oberschlesiens, Ostpommerns, ganz Westpreußens einschließlich der rein deutschsprachigen Kreise, das Ermland und Masuren sowie das Memelland. Damit verlangt Polen mehr, als es seit 1772 in den drei Teilungen verloren hat.[1] Die letztgenannten Forderungen scheitern allerdings am Einspruch der Siegermächte England und Italien. Der britische Premier Lloyd George beurteilt die Forderungen Polens mit Weitsicht, als er am 25. März 1919 dazu sagt:

„Der Vorschlag der polnischen Regierung, durch eine neue Grenzziehung im Westen über 2 Millionen Deutsche unter polnische Verwaltung zu stellen, muß meiner Beurteilung nach früher oder später zu einem neuen Krieg in Osteuropa führen.“ [2]

Die deutsche Öffentlichkeit empfindet die erzwungenen Gebietsabtretungen an Polen je nach Landesteil als unterschiedlich hart. Die verlorenen Territorien werden – je nach Geschichte und je nach Sprachzugehörigkeit der Mehrheit der Bewohner – teils durchaus als polnisch, teils als deutsch und teils auch als urdeutsch angesehen.

Quellenachweise:

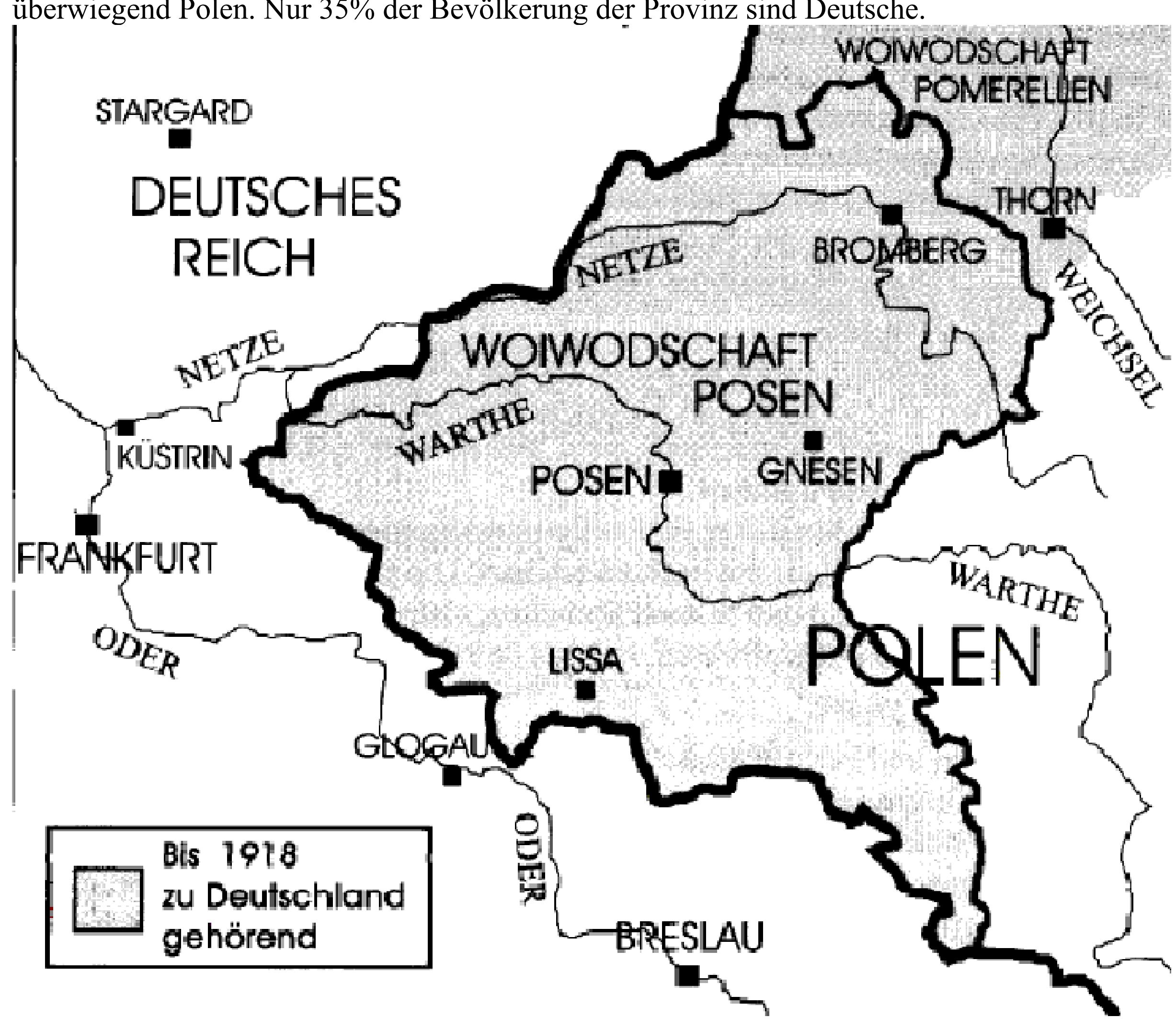
[1] Piekalkiewicz, Janusz (polnischer Autor), "Polenfeldzug", Bechtermünz Verlag, 1998
[2] Piekalkiewicz, Janusz (polnischer Autor), "Polenfeldzug", Bechtermünz Verlag, 1998



Polens Landgewinne

Die Abtretungen und Verluste ziehen sich von 1918 bis 1922 hin. Als Ende 1918 der Krieg für Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich zu Ende geht, proklamiert ein Regentschaftsrat in Warschau am 7. Oktober 1918 die Unabhängigkeit des neues Staates Polen. Am 13. Dezember bricht die polnische Regierung die Beziehungen zum Deutschen Reich ab, und Polen betrachtet sich fortan als Siegermacht.[1] Noch im Dezember erheben sich die Polen in den bis dahin zum Reich gehörenden Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien und versuchen, diese Territorien gewaltsam Polen anzugliedern.
Die Provinz Posen ist bis 1793 polnisch und wird erst bei der zweiten Teilung

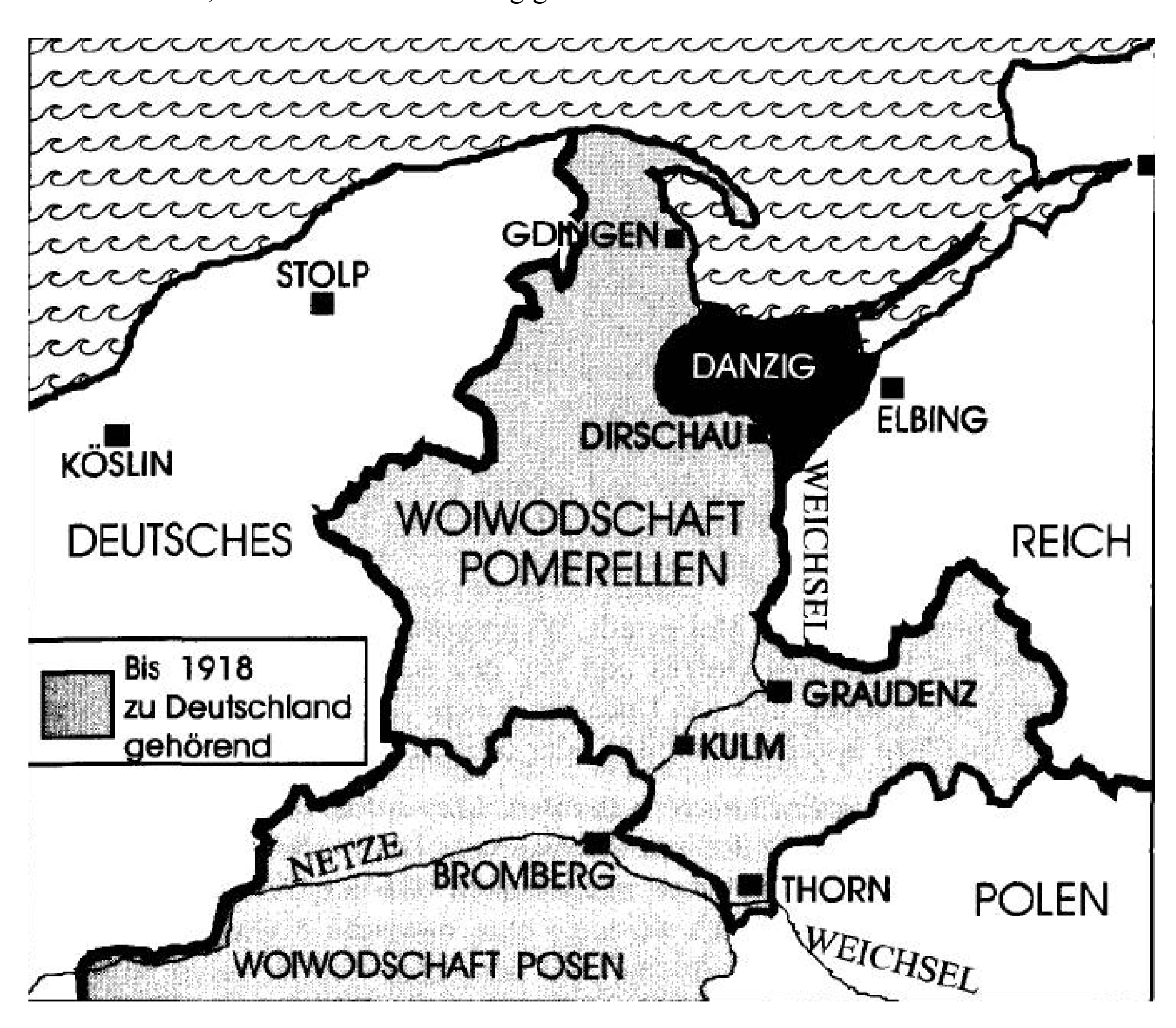
Polens von Preußen annektiert. Sie steht seither mit kurzer Unterbrechung in napoleonischer Zeit unter deutscher Herrschaft. Die großen Städte Posen und Gnesen sind altpolnische Siedlungen, die eine früher Residenzstadt, die andere Bischofssitz. Doch schon Mitte des 13. Jahrhunderts haben polnische Herzöge deutsche Kolonisten in der Posener Gegend angesiedelt. So ist der heutige Stadtkern Posens eine Gründung deutscher Siedler. 1253 haben deutsche Kolonisten links der Warthe neben einer alten polnischen Siedlung rechts der Warthe eine Stadt errichtet, die bis zur Zeit der Gegenreformation eine rein deutsche Gemeinde bleibt. Noch 1918 sind 43% der Bürger der Stadt Posen Deutsche. 57% sind Polen. Ansonsten leben vor dem Ersten Weltkrieg in der Provinz Posen überwiegend Polen. Nur 35% der Bevölkerung der Provinz sind Deutsche.



Die frühere Provinz Posen

Im Deutschen Reich wird die Angliederung der Provinz Posen an das neue Polen deshalb auch bald akzeptiert. Revanchegedanken, wie um Elsaß-Lothringen in Frankreich, kommen wegen des Verlusts der Provinz Posen in Deutschland nach dem Krieg nicht auf.
In der Provinz Westpreußen liegen die Verhältnisse nicht so einfach. Das Land, das die Polen Pomerellen nennen, hat in seiner Geschichte von Anfang an oft zwischen polnischer und deutscher Herrschaft hin- und hergewechselt.
Als sich Polen im Jahre 965 erstmals anschickt, Pomerellen zu erobern, leben dort die Pomoranen, ein eigenständiges westslawisches Volk mit eigener Sprache.

Damit sind die Menschen, die dort ursprünglich wohnen, weder deutsch noch polnisch. Die erste Polenherrschaft währt nur kurz. 1119 gelingt es Polen, sich Pomerellen und die Pomoranen erneut zu unterwerfen; diesmal für knapp zweihundert Jahre. Polen steht dabei seinerseits zeitweise selbst unter deutscher Oberherrschaft, zeitweise ist es unabhängig. Ende des 12. Jahrhunderts setzt



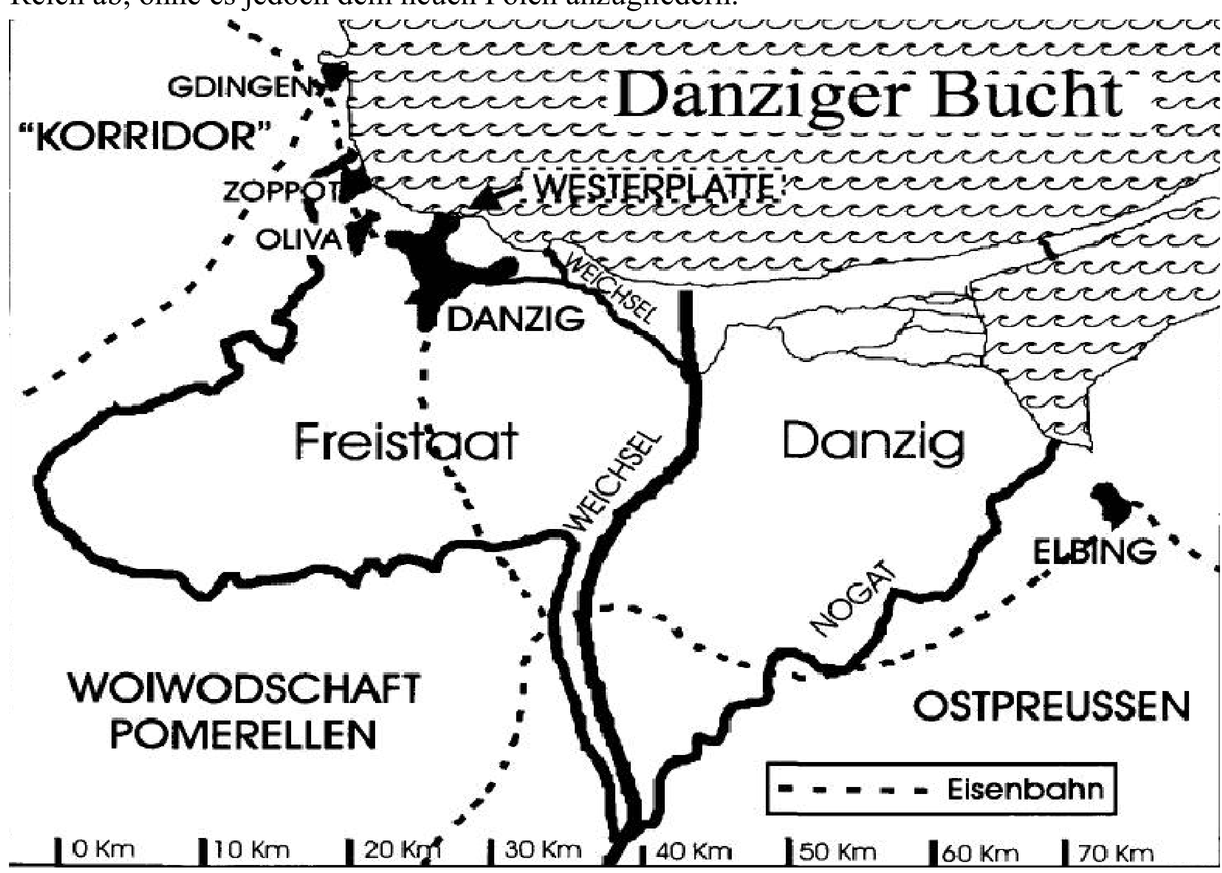
Die ab 1919 polnisch gewordenen Teile der Provinz Westpreussen, nun Woiwodschaft Pomerellen

außerdem die Einwanderung deutscher Siedler nach Pomerellen ein. In den ersten zwei Jahrhunderten der Polenherrschaft kommt Pomerellen nicht zur Ruhe. Schon 1202 zerfallt Polen wieder in getrennte Herzogtümer.
Bei Auseinandersetzungen polnischer Herzöge und zur Abwehr von Raubzügen des benachbarten Volks der Pruzzen rufen die Polen den deutschen Kaiser, deutsche Fürsten und zum Schluß den Deutschen Orden wiederholte Male zur Hilfe in das Land. 1226 gibt der Polenherzog Konrad von Masowien den Landstrich zwischen Kulm und Thorn zum Preis der Rückeroberung von den Pruzzen als Schenkung an den Deutschen Orden. Ab 1270 kämpfen zwei polnische Herzöge gegeneinander um Pomerellen und um dessen Hauptstadt Danzig. Sie rufen dabei teils die deutschen Brandenburger, teils den Deutschen Ritterorden zur Waffenhilfe in ihr Land. Am Ende dieses Streits kann der siegende Polenherzog den Orden für seine Unterstützung nicht entlohnen, und so geht Pomerellen 1309

in den Besitz des Deutschen Ordens über. 1343 verzichtet der Polenkönig Kasimir III. offiziell auf Pomerellen, das im deutschen Sprachgebrauch nun Westpreußen heißt. Pomerellen-Westpreußen bildet für das Deutsche Reich fortan die Landbrücke zwischen Pommern und Ostpreußen. 1410, nach der Schlacht bei Tannenberg, erkennt der Deutsche Ritterorden die Oberherrschaft der Polen wieder an. Nach einem weiteren Krieg fällt das Land ab 1466 ganz zurück an Polen.
Doch Westpreußen-Pomerellen wird dabei zunächst nicht im Sinne heutigen Verständnisses ein integraler Teil des Staates Polen. Es erkennt im zweiten Thorner Frieden von 1466 lediglich die Lehenshoheit des Polenkönigs an und behält dabei eine Anzahl eigener Hoheitsrechte. So bleiben den Bewohnern Westpreußens die deutsche Sprache, das Recht auf eigene Steuern, die Befreiung vom Kriegsdienst außerhalb des Landes und andere Privilegien erhalten, bis Polen 1569 diese Vorrechte unter Bruch des zweiten Thorner Friedens streicht. Pomerellen wird damit in Polen „gleichgeschaltet".
1772 wird Polen zum ersten Mal geteilt. Westpreußen kommt dabei als ehemaliger Besitz des Deutschen Ordens und Teil des deutschen Reichsgebiets vor 1466 zurück an Preußen und das Deutsche Reich. So ist die Frage, ob Westpreußen-Pomerellen historisch polnisch oder deutsch ist, völlig müßig.
1918 sind je nach Statistik 73 bis 65% der Bewohner mittlerweile deutscher Muttersprache, also gut zwei Drittel der Bevölkerung. Die im Norden Pomerellen-Westpreußens lebenden Kaschuben mit weiteren 6% der Gesamtbevölkerung sind ebenfalls keine Polen, auch wenn sie eine slawische Muttersprache sprechen. [2] Bei aller Sprachverwandtschaft mit den Polen sind sie selbst so wenig Polen wie die Niederländer Deutsche. So sind in Westpreußen-Pomerellen bei Kriegsende 1918 nur ein Viertel der Bewohner Polen. Trotzdem beansprucht die polnische Delegation beim „Höchsten Alliierten Rat" der Sieger in Paris das Land für sich. Sie verweist dabei auf die „starke" polnische Bevölkerung und auf ihre historischen Rechte, die sie zu haben glaubt. Und sie verweist auf das Versprechen der USA, dem Nachkriegspolen eine Landverbindung zum Meer zu geben. Die Gegenforderung der Deutschen nach einer Volksabstimmung in der Provinz Westpreußen wird von den Siegern abgelehnt. Deutschland muß Westpreußen bis auf kleine Randgebiete mit rein deutscher Bevölkerung bis zum 10. Januar 1920 an Polen übergeben.
Das von den Siegermächten zum Prinzip der territorialen Nachkriegsordnung erhobene Selbstbestimmungsrecht der Völker wird mit dieser Regelung gebrochen.
Die erzwungene Abtretung Westpreußens an das neue Polen wird in Deutschland als Willkürakt der Sieger aufgefaßt. Zum einen schmerzt die Zwangsabtretung der deutschen Bevölkerung nach Polen. Zum anderen ist damit auch Ostpreußen erstmals seit 150 Jahren wieder abgetrennt. Ostpreußen verliert dadurch den direkten Wirtschaftsanschluß an das Deutsche Reich und damit sein Hauptabsatzgebiet für Landwirtschaftsprodukte. So sinkt z.B. der Verkauf von Rindern in das Reichsgebiet von 1913 bis 1927 von 70.000 Stück auf ganze 1.700.[3] DieZahlen bei anderen Gütern aus der Landwirtschaft sind ähnlich.
Der Verlust der Landbrücke zwischen Nordost-Pommern und Ostpreußen ist eines der Kuckuckseier von Versailles. Die Woiwodschaft Pomerellen wird deshalb von 1920 an zur Belastung und zum Streitpunkt im Verhältnis der Deutschen und der Polen. Polen soll nach dem Willen der Siegerstaaten fortan Seemacht auf der Ostsee sein und mit eigener Handelsflotte am Fernhandel über See teilnehmen. England und Frankreich verschaffen Deutschland und Rußland auf diese Weise Konkurrenz. Briten und Franzosen haben von nun an auch einen legalen Grund, zum Schutz der Polen mit Seestreitkräften in der Ostsee

aufzukreuzen. Die Abtrennung Ostpreußens vom Reich bedeutet außerdem, daß
die deutschen Verkehrsverbindungen zu Lande, zur See und auf dem Luftweg
dorthin Polens Kontrolle und Polens Schikanen unterworfen sind.
1938 und 1939 spitzt sich der Streit zwischen dem Reich und Polen um den
Nordteil Pomerellens-Westpreußens zugleich mit dem Streit um Danzig zu. 1938
fordert das Deutsche Reich zunächst nur gesicherte, exterritoriale Verkehrswege
durch den Nordteil Pomerellens, durch den sogenannten Korridor. Als Polen das
nicht zugesteht, fordert Deutschland eine Volksabstimmung im umstrittenen
Gebiet. Bemerkenswert ist dabei, daß Deutschland von Polen bis zum Kriegsausbruch
kein einziges Mal verlangt, ganz Westpreußen zurückzugeben.
Ein Teil der früheren Provinz Westpreußen ist die Stadt Danzig als Hauptstadt
der Provinz. Ihre Geschichte ist mit der Westpreußens eng verbunden, doch 1920
rückt sie gesondert in das Rampenlicht der Weltgeschichte. Die Hansestadt wird
am 15. November 1920 nach dem Beschluß der Siegermächte ohne Volksabstimmung
vom Deutschen Reich getrennt und „unter den Schutz des Völkerbunds
gestellt“. Die Bürger Danzigs verlieren die deutsche Staatsbürgerschaft
und sind nun Staatsbürger eines neu gebildeten „Freistaats Danzig“. In Stadt und
Umland leben zu der Zeit 340.000 Menschen. 97% der Bevölkerung sind bis dahin
deutsch und 3 % sind Angehörige anderer Nationen, meist Polen. Die Bevölkerung
verlangt in den Jahren zwischen beiden Kriegen mehrmals eine Volksabstimmung
über ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Der Völkerbund lehnt
alle Begehren in dieser Richtung ab.[4]
Auch Polen ist nicht mit dem Status Danzigs als Freistaat unter Völkerbunds-
Herrschaft zufrieden. Während der Siegerkonferenz von Versailles hat die polnische
Delegation gefordert, Danzig dem neuen Polen anzugliedern. Die Begründung
wird auch hier wieder weitgehend aus einer frühen Zugehörigkeit der
Stadt zu Polen abgeleitet.
Der Ort, an dem das heutige Danzig liegt, wird zunächst von Burgundern, Goten
und Pruzzen bewohnt, ehe er sich nach der Zeit der Völkerwanderung zum
Hauptort der Pomoranen entwickelt, die sich im 6. Jahrhundert im späteren Westpreußen-
Pomerellen niederlassen. Somit ist auch Danzig im Ursprung weder
deutsch noch polnisch.
Im Jahre 1119 erobert erstmals ein polnischer König die Stadt Danzig zusammen
mit dem übrigen Pomerellen. Gegen Ende des Jahrhunderts setzt die deutsche
Einwanderung nach Danzig ein, und 1224 gründen Lübecker Kaufleute eine
eigene Handelssiedlung innerhalb der Stadt. Nach dem Zerfall Polens 1202 und
infolge der schon erwähnten Auseinandersetzungen zweier Polenherzöge, die
sich um die Herrschaft über Pomerellen streiten, geht Danzig mit ganz Pomerellen
1309 in den Besitz des Deutschen Ritterordens über. Damit enden die ersten
zwei Jahrhunderte polnischer Herrschaft über Danzig als Stadt von Pomoranen,
von Polen und von Deutschen. 1343 verzichtet der Polenkönig Kasimir III. offiziell
für alle Zeit auf Danzig.
Es folgen eineinhalb Jahrhunderte, in denen die Bewohner Danzigs mit den
deutschen Einwanderern das deutsche Recht und die deutsche Sprache
übernehmen. Die Stadt gehört nun zum Ordensland und damit auch zum
Deutschen Reich. Die Zeit im Reich findet dann mit dem Niedergang des
Deutschen Ordens jedoch zunächst ein Ende. 1454 wählen sich die inzwischen
deutschen Danziger den Polenkönig Kasimir IV in eigener Entscheidung zum
neuen Schutzherrn. So wird Danzig für die nächsten etwa 130 Jahre zu einer
weitgehend souveränen Stadtrepublik innerhalb des Königreiches Polen mit
deutscher Sprache, eigener Währung, eigenen Truppen, Kriegsschiffen und

Befestigungen und mit dem Recht, über Krieg und Frieden selber zu entscheiden. Polens Könige sind nicht einmal berechtigt, Danzig mit eigenen Truppen zu betreten. Jeder neue Polenkönig muß die Selbständigkeit und die Rechte der Stadt erneut bestätigen.[5] 1573 versucht der Rat der Stadt Danzig, sich wieder Deutschland anzuschließen, doch Polen zwingt die Stadt, bei Polen zu verbleiben. Dabei verliert Danzig auch seine Sonderstellung im Königreiche Polen. Nach nicht ganz dreieinhalb Jahrhunderten, im Jahr 1793 wird die im Inneren deutsch gebliebene Stadtrepublik Danzig bei der zweiten polnischen Teilung Preußen angeschlossen. Von da an gehört sie bis 1920 ein zweites Mal zum Deutschen Reich.
Bei einer so wechselvollen Stadtgeschichte gehen die Ansichten der Polen und der Deutschen über Danzigs Zugehörigkeit natürlich auseinander. Für Polen zählen 1920 die zwei Perioden, in denen es die Oberherrschaft über Danzig innehatte. Hier ist die Sicht der Polen die gleiche wie bei allen anderen Städten mit deutscher, russischer oder litauischer Bevölkerung, die im Laufe der Geschichte einmal ein Teil von Polen waren. Für Deutschland zählt, daß die Danziger Bevölkerung während der letzten sechs Jahrhunderte immer deutsch gewesen und geblieben ist.
Artikel 102 des Versailler Vertrags trennt die Hansestadt Danzig vom Deutschen Reich ab, ohne es jedoch dem neuen Polen anzugliedern.



Der Freistaat Danzig

Artikel 104 bestimmt, daß Danzig fortan eine „Freie“ Stadt mit eigener, autonomer Verwaltung unter der Regie eines vom Völkerbund ernannten Hochkommissars sein soll. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten Danzigs obliegt nach dem Vertrag der polnischen Regierung. Die Interessen Danzigs im Ausland

werden also in den nächsten 19 Jahren von Warschau aus vertreten und nicht mehr von Berlin. Nach Artikel 104 des Vertrages gehört Danzig von 1920 an außerdem zu Polens Zollgebiet. Die Danziger Wasserstraßen und der gesamte Hafen stehen den Polen ohne Einschränkung zur Benutzung zur Verfügung. Polen überwacht den Eisenbahn- und Wasserstraßenverkehr in Danzig und Umgebung. Die Post und Telekommunikationsverbindungen von Polen in den Hafen – allerdings nur diese – werden polnischen Behörden übertragen. Polens Einflußauf den Freistaat ist damit klar begrenzt. Doch in den 19 Jahren bis 1939 versucht der Staat Polen, sich den Freistaat in einer Folge kleiner Schritte Zug um Zug einzuverleiben.

Die Abtrennung der Stadt vom deutschen Reichsgebiet soll dem neuen Polen den von US-Präsident Wilson versprochenen Seehafen zur Verfügung stellen. Ab 1928 allerdings entfällt dieser Grund für Danzigs Sonderstatus. 1928 nehmen die Polen ihren neugebauten Hafen von Gdingen in Betrieb. Sie verfügen von da ab über einen eigenen Zugang zum Meer. Die Siegermächte geben Danzig trotzdem nicht ans Deutsche Reich zurück.

Polen dehnt das eigene Postnetz auf den ganzen Freistaat aus, obwohl der polnische Postdienst nach Versailler Vertrag ausschließlich für den Hafen vorgesehen ist. Es weigert sich, die Völkerbundwährung, den Danziger Gulden, auf Danziger Gebiet als Zahlungsmittel anzunehmen, obwohl der an das englische Pfund gekoppelt und damit nicht wertlos ist. Das polnische Militär legt gegen den ausdrücklichen Protest des Danziger Senats ein Munitionsdepot im Hafen an. Später versucht Polen, die eigenen Truppen im Hafen zu verstärken, um – wie es heißt – das Depot zu schützen. Die Verstärkung der polnischen Heereskräfte im Hafen von Danzig scheitert allerdings am Einspruch des Völkerbundes. 1932 nutzt Polen einen englischen Flottenbesuch in Danzig, um eigene Kriegsschiffe dorthin zu verlegen. Als der Senat der Freistadt dagegen protestiert, wird ihm von Polen mitgeteilt, daß „polnische Kriegsschiffe das nächste öffentliche Gebäude beschießen werden, falls die Danziger Bevölkerung die polnische Flagge auf den polnischen Schiffen beleidige".[6] Ab August 1932 beansprucht Polen dann generell das Recht zum Aufenthalt seiner Flotte im Danziger Hafen. So weitet sich der Zugriff des polnischen Staates auf den Freistaat langsam aber unaufhörlich aus.

Der Status des Freistaates Danzig mit einer deutschen Bevölkerung ohne deutsche Staatsbürgerschaft, unter Völkerbundmandat und mit zunehmender Einbeziehung in den polnischen Staat fuhrt zu einem dauerhaften Unmut bei der Bevölkerung im Deutschen Reich. Ein „Freistaat Liverpool" unter deutscher Oberherrschaft hätte zur gleichen Zeit nicht anders auf die Menschen in Großbritannien gewirkt. Die Deutschen im abgetrennten Danzig reagieren abweisend auf die wachsenden Ansprüche der Polen, und sie wünschen sich, wieder zum eigenen Lande zu gehören. So prägt sich in Danzig ein besonders starkes Nationalempfinden aus.

Ein durchaus wichtiger Aspekt des Schwebezustands, den Briten und Franzosen mit dem Status einer „Freien" kleinen Republik Danzig unter Oberherrschaft des Völkerbundes mit deutscher Bevölkerung und polnischen Zoll-, Diplomatie- und Handelsrechten schaffen, soll hier nicht übersehen werden. Der hier konstruierte Sonderstatus schafft nicht nur vorhersehbaren Streit und Sprengstoff zwischen Polen und dem Deutschen Reich. Er verschafft den zwei Garantiemächten von Versailles, England und Frankreich, auch ein „Wächteramt" für Danzig und damit ein Mitspracherecht bei allen deutsch-polnischen Streitigkeiten der Zukunft und ein militärpolitisches Standbein in der Ostsee.

Trotz der Interessenlage der Briten und Franzosen und trotz der Bemühungen der

Polen, Danzig auf Dauer in ihren Staat zu integrieren, macht sich Hitler bis zum Sommer 1939 Illusionen. Da Danzig völkerrechtlich nicht ein Teil des Staates Polen ist, glaubt er, er könne bei gegebener Gelegenheit und bei anderweitigem Entgegenkommen einen Weg der Einigung mit Polen finden. Hitler sieht sein Entgegenkommen, abgesehen vom Teschener Zugeständnis, im eigenen, endgültigen Verzicht auf die Menschen und Gebiete, die Deutschland in Posen, Westpreußen und in Oberschlesien verloren hat. Den Verzicht der Polen auf einen Teil ihrer Rechte im Freistaat Danzig hält er für zumutbar. Doch Danzig ist für beide Länder, Deutschland wie Polen, inzwischen ein Symbol.
Der vierte Gebietsverlust an Polen liegt in Ost-Oberschlesien. Polen fordert beim „Höchsten Alliierten Rat" der Sieger ganz Oberschlesien. Der Anspruch wird auch hier historisch und mit der polnischen Bevölkerung begründet. Schlesiens Geschichte unter der Herrschaft Polens ist jedoch nur ein frühes und recht kurzes Zwischenspiel. Um das Jahr 990 kommt Schlesien erstmals durch Eroberung an Polen, das zu der Zeit seinerseits unter deutscher Oberhoheit steht. 1163, in einem polnischen Erbfolgestreit, greift der deutsche Kaiser Friedrich I. Barbarossa ein, veranlaßt die Gründung zweier schlesischer Herzogtümer und die Einsetzung von polnischen Piastenprinzen als Regenten. Die Piastenherzöge rufen deutsche Handwerker und Bauern in ihr nur sehr dünn besiedeltes Land, um Schlesien zu kultivieren. Schlesien wird damit langsam deutsch. 1202 bricht Polen für über ein Jahrhundert in seine Herzogtümer auseinander, und Schlesien gehört fortan nicht mehr zu einem Staate Polen. Beide Herzogtümer teilen sich im Laufe der Zeit durch Vererbung in zahlreiche piastische Kleinfürstentümer. 1327 erkennen alle Piastenfürsten in Oberschlesien den Böhmenkönig Johann aus dem deutschen Hause Luxemburg als ihren Lehnsherrn an. Böhmen selbst gehört zum Deutschen Reich. 1335 verzichtet Polens König Kasimir der Große, formal und mit Vertrag für alle Zeiten auf seine Oberhoheit über Schlesien und auf Polens Anspruch. Spätestens damit endet die polnische Geschichte Schlesiens. So gibt es bei der Neugründung des Staates Polen nach dem Ersten Weltkrieg seit sechs Jahrhunderten keinen polnischen Anspruch mehr auf Schlesien und seit sieben Jahrhunderten keine politische Verbindung mehr zwischen Schlesien und Polen.
Die Bevölkerung Oberschlesiens ist zu Ende des Ersten Weltkriegs mit großer Mehrheit deutsch. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sich Ost-Oberschlesien zum Industriegebiet entwickelt und die Grenzregion attraktive Arbeitsplätze für Menschen im nahen Russisch-Polen und im habsburgischen Galizien bietet, sind große Zahlen polnischer Industrie- und Landarbeiter in Schlesien eingewandert. Mit dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs und mit Kriegsende 1918 versuchen die polnischen Delegierten in Versailles und die Nachkommen der polnischen Gastarbeiter, ganz Oberschlesien dem neuen Polen anzuschließen.[7] Im November 1918 erreicht die Revolution in Deutschland auch die Provinz Schlesien. In den Soldatenräten vieler Städte übernehmen Polen das Kommando und hissen die rot-weiße Fahne Polens auf den Rathausdächern. Sie versuchen, den Wechsel von der Monarchie zur Republik in einen Anschluß von Oberschlesien an Polen umzufunktionieren und die Siegerkonferenz in Versailles, wie im Falle Posens und Westpreußens, vor vollendete Tatsachen zu stellen.[8]Die deutsche Oberste Heeresleitung bereitet dem Versuch ein Ende. Es ist der erste Polenaufstand in Oberschlesien von vieren in drei Jahren.
Was nun folgt, ist bis zum schlechten Ende äußerst turbulent. Im Januar 1919 finden Reichtagswahlen statt. Polnische Gruppierungen in Schlesien rufen ihre

Landsleute auf, die Wahl zu boykottieren. 75% der Wähler votieren dennoch für deutsche Parteien, obwohl die Verhältnisse in Deutschland zu der Zeit äußerst deprimierend sind. Nicht einmal ein halbes Jahr danach, am 7. Mai 1919, verlangt der „Höchste Alliierte Rat" der Sieger die Übergabe ganz Oberschlesiens an Polen. Nach den Januarwahlen ist das ein offensichtlicher Bruch des Selbstbestimmungsrechts
der schlesischen Bevölkerung. Die deutsche Delegation in
Versailles fordert deshalb eine Volksabstimmung in Oberschlesien. Nach dem Verlust des Saargebiets und des deutschen Teils von Lothringen an Frankreich wäre das bereits das dritte Industriegebiet gewesen, das die Sieger Deutschland nehmen wollten. Das oberschlesische Kohle- und Industrierevier ist zudem ausschließlich von deutschen Ingenieuren und mit deutschem Kapital erschlossen
worden.
Am 16. Juni 1919 gesteht der „Höchste Alliierte Rat" den Deutschen gegen Frankreichs Stimme eine Volksabstimmung zu. Die Wahlen sollen von einer interalliierten Kommission geleitet werden und unter dem Schütze alliierter Truppen stehen. Deutschland muß seine im Abstimmungsgebiet stationierten Truppen vorher abziehen. Nach Abzug der deutschen und vor Eintreffen der alliierten Soldaten bricht ein zweiter Aufstand der Polen los, um der Volksabstimmung und dem fremden Militär zuvorzukommen. Am 10. Juli 1919 sprengen Aufständische, wie sie die Deutschen nennen, oder Patrioten, wie sie die Polen sehen, drei Eisenbahn- und Straßenbrücken, um das umstrittene Gebiet gegen Deutschland abzuriegeln. Dem deutschen Zoll gelingt es zwar noch, Waffentransporte und Propagandamaterial aus Polen abzufangen, doch ab 16. Juli
streiken die polnischen Kumpel im ganzen schlesischen Bergbaurevier. Dann bricht ein Aufstand von fast 22.000 bewaffneten, in polnischen Vereinen organisierten Kämpfern los.[9] Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Korfanty, der die schlesischen Polen bis dahin in Berlin vertreten hat, fuhrt den Aufstand an. Da die Reichswehr auf Geheiß der Siegermächte abgezogen worden ist, greifen deutsche Freikorps ein. Sie rücken gegen den Protest der Sieger in Oberschlesien ein und beenden die zweite Revolte binnen einer Woche.
Am 11. Februar 1920 übernimmt die Interalliierte Kontrollkommission dann die politische Gewalt in Oberschlesien. Mit ihr rücken 11.500 französische und 2.000 italienische Soldaten unter der Führung des französischen Generals Le Rond in Oberschlesien ein. Le Rond macht aus seiner Sympathie für Polen keinen Hehl. Er nimmt Partei statt zu vermitteln. Am 17. August 1920 kommt es in Kattowitz zu Zusammenstößen zwischen deutschen Demonstranten und den Truppen der Franzosen. Korfanty nutzt die Gelegenheit zu einem dritten Aufstand. Blutige Auseinandersetzungen und Plünderungen greifen auf ganz Oberschlesien über. Der Staat Polen marschiert mit 11 Divisionen an der Grenze auf
und macht Druck von außen. Polnische Milizen mit Verstärkungen aus Polen drängen die deutschen Sicherheitskräfte zurück und setzen – mit stiller Duldung der Franzosen – in mehreren Landkreisen die deutschen Lehrer und Beamten ab. Die Aufständischen versuchen ein drittes Mal, Oberschlesien ohne Wahlen zu übernehmen. Der Aufstand wird diesmal durch Verhandlungen beendet. Der „Höchste Alliierte Rat" zieht nun Konsequenzen. Im März 1921 verlegt er weitere 2.000 Soldaten, diesmal aus England, nach Oberschlesien, um ungestörte Wahlen zu ermöglichen.
Am 21. März 1921 findet die von deutscher Seite verlangte Volksabstimmung statt. Dem Tage gehen noch einmal blutige Auseinandersetzungen voraus. Bei Wahlkampfveranstaltungen und beim Urnengang finden 1.520 deutsche Bürger

ihren Tod. Das Wahlergebnis bringt die Teilung Oberschlesiens. Fast 61% der Bevölkerung stimmen für den Verbleib beim Deutschen Reich, 39% wünschen einen Anschluß an das neue Polen. Das Ergebnis zeigt bedauerlicherweise keine klare Volkstumsgrenze. Die Bewohner von 13 Städten im Industriegebiet wollen mehrheitlich bei Deutschland bleiben, doch die Landbewohner in den Wahlkreisen, in denen diese Städte liegen, wollen mehrheitlich zu Polen. Obwohl die Gesamtmehrheit für Deutschland reichen würde, und obwohl einige der Städte einen Zugang zum angrenzenden deutschen Mehrheitsgebiet besitzen, schlägt die Interalliierte Kontrollkommission sie Polen zu. In der Kommission ist man sich jedoch zunächst nicht einig, welcher Grenzverlauf die Mehrheitsgebiete teilen soll. Briten und Italiener schlagen eine Trennungslinie vor, die 350.000 Polen beim Deutschen Reich belassen würde. Die Franzosen setzen sich jedoch mit einer Grenze durch, bei der 400.000 Deutsche Bürger Polens werden.[10] Deutsche und Polen bedauern die Entscheidung. Deutschland trauert um 400.000 verlorene Bürger und um sein schlesisches Revier. 85% der oberschlesischen Kohlevorkommen gehören nun zu Polen. Polen hatte jedoch offensichtlich mehr erwartet.
Ungefähr zur Zeit der Wahlen liefert Frankreich Waffen für Polens Krieg mit Rußland. Ein Teil der Waffen wird in Polen nach Schlesien umgeleitet.[11] Am 1. Mai 1921 verkündet die Interalliierte Kommission den Verlauf der neuen Grenze. Die Polen sind nicht bereit, das Abstimmungsergebnis und die Teilung Oberschlesiens zu akzeptieren. Am 2. Mai streikt die polnische Bevölkerung in Schlesiens Zechen, den Fabriken und in der Landwirtschaft. Am 3. Mai ruft Korfanty zum vierten Aufstand auf. Züge mit Artilleriegeschützen, Mörsern, Handfeuerwaffen und Versorgungsgütern rollen von Polen in das völkerrechtlich noch immer deutsche Oberschlesien. Polens reguläres Heer unterstützt den Aufstand mit ein paar Bataillonen Infanterie. General Le Ronds französische Soldaten lassen die polnischen Lastwagen- und Infanteriekolonnen unbehelligt ziehen. Die Italiener tun ihre Pflicht und stellen sich den Aufständischen und den polnischen Kräften entgegen, was sie mit 40 Toten und 200 Verwundeten bezahlen.[12]

Vom 3. Mai sind zwei Korfanty-Dokumente überliefert. Der Aufruf an die Bevölkerung:

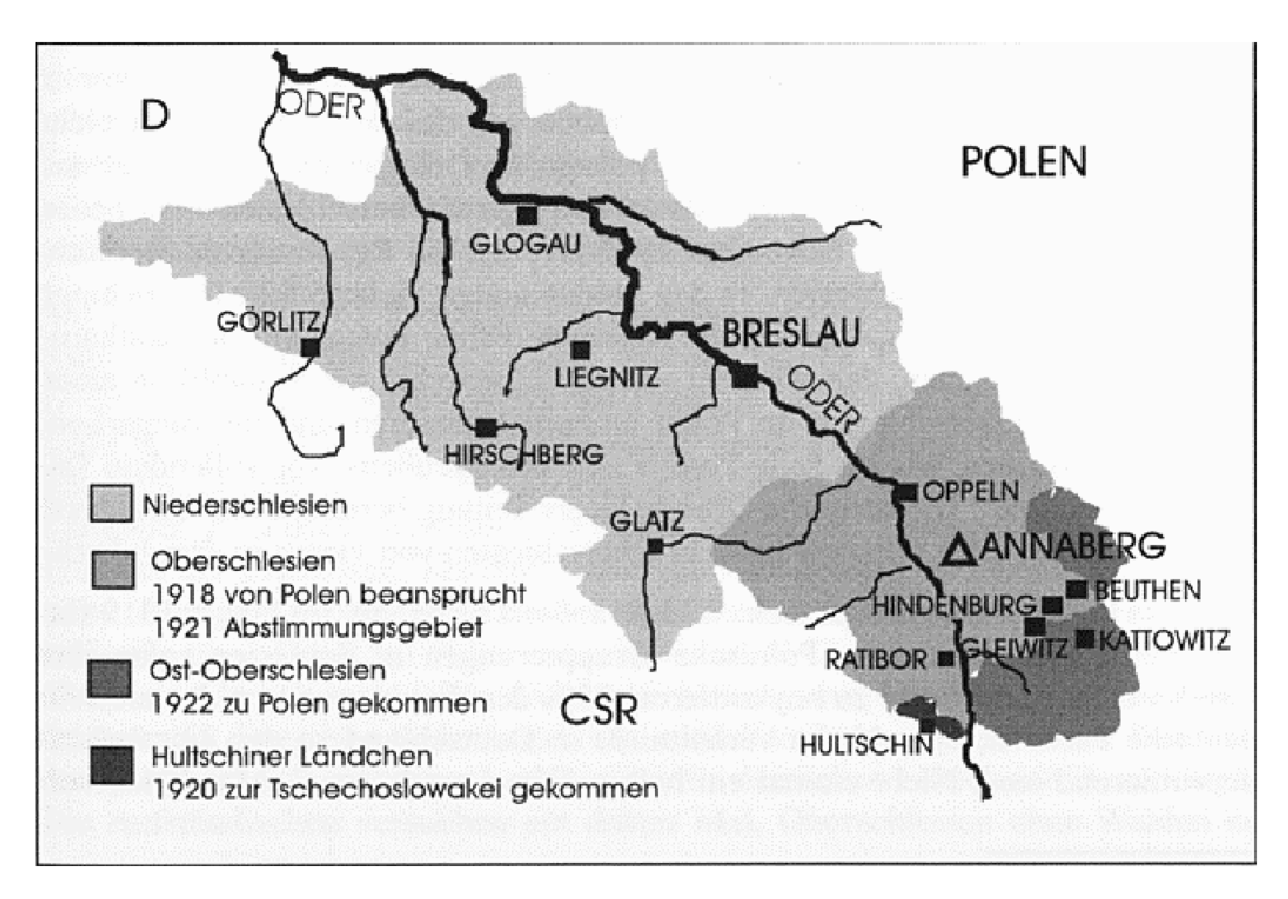
„Mitbürger!
... Seit 20 Jahren habe ich unaufhörlich für Eure Rechte und Unabhängigkeit gekämpft. Streikende und kämpfende Arbeiter! Ich bin von nun ab euer Bruder unter euch und ich stelle mich – im Einvernehmen mit unseren polnischen Parteien – an die Spitze unserer Bewegung. ... Um eine Massenbewegung zu organisieren, ernenne ich Nowina Doliva zum Oberbefehlshaber aller bewaffneten Streitkräfte. Alle Bezirkskommandanten, die Anführer und Aufständischen selber schulden ihm absoluten Gehorsam. ...
Im Hauptquartier von Beuthen
am 3. Mai 1921, dem Geburtstag
der Polnischen Verfassung.
Korfanty" [13]
Das andere Dokument ist ein Brief an die Regierungen der alliierten Siegermächte vom gleichen Tag:
„... Ich erkläre feierlichst, daß ich alles getan habe, um einen bewaffneten

Aufstand, eine Störung der öffentlichen Ordnung zu verhindern. Als aber die Vorschläge der Hohen Interalliierten Kommission bezüglich der Teilung Oberschlesiens bei den polnischen Arbeitern und Bauern, die seit Jahrhunderten Gegenstand einer gewissenlosen Ausbeutung und einer brutalen Unterdrückungspolitik seitens Preußens und Deutschlands sind, bekannt wurden, hat die Masse eine grenzenlose Verzweiflung ergriffen bei dem Gedanken, daß sie wieder unter preußisches Joch zurückkehren könnten. ...24 Stunden nach Eintreffen der Hiobsbotschaft... hat die Bevölkerung spontan zu den Waffen gegriffen. ... Damit dieser leidenschaftliche Ausbruch des erbitterten bewaffneten Volkes nicht unter den Einfluß verbrecherischer Elemente in den Zustand der Anarchie ausartet, habe ich mich auf Verlangen der Aufständischen und Streikenden an die Spitze der Bewegung gestellt, um ... so schnell wie möglich die öffentliche Ordnung wiederherzustellen. ...
Korfanty" [14]
Frankreich lastet den Aufstand der deutschen Presse an. Der britische Premierminister Lloyd George bewertet den Aufstand aus seiner Sicht am 13. Mai 1921 im Unterhaus ganz anders:
„Die Alliierten haben durch eine allgemeine Entscheidung bestimmt, daß die Teile Oberschlesiens, die überwiegend für Polen gestimmt haben, an Polen gegeben werden sollen. Jetzt haben die Polen einen Aufstand veranstaltet und die Alliierten vor ein fait accompli [15] gestellt. Dieser Schritt war ein vollständiger Bruch des Friedensvertrages von Versailles. ... Polen ist das letzte Land, das versuchen dürfte, gegen den Vertrag von Versailles zu verstoßen. ... Wenn Polen Erlaubnis bekäme, diese deutschen Provinzen zu überrennen, so würde das ein böses Ende nehmen...." [16]
Polnische Aufständische und Truppen erobern bis zum 5. Mai, also binnen zweier Tage, den Osten Oberschlesiens bis zum Oberlauf der Oder, ein Gebiet ein Viertel größer als das Saargebiet. Die Reichsregierung protestiert am 2. Mai, am 3., 4., 5. und 7. Mai bei den Regierungen der Siegermächte. Frankreich versucht, die polnische Eroberung unter ihren Schutz zu stellen und droht, daß es einen Einsatz der Reichswehr in Oberschlesien als einen Bruch des Vertrages von Versailles ansehen und mit einer Besetzung des Ruhrgebiets ahnden werde. In Frankreich wird – zum Zeichen, daß die Drohung nicht in den Wind gesprochen ist – der bereits entlassene Wehrpflichtigenjahrgang 1919 wieder einberufen. Ab 9. Mai 1921 versuchen die Polen, weiter nach Westen anzugreifen. Doch mittlerweile sammeln sich Freiwillige aus ganz Deutschland und aus Österreich, bilden Freikorps und beginnen ab 21. Mai, das verlorene und zum Teil zerstörte Land zurückzuerobern. Vom 21. bis 25. Mai liefern sich Polen und Freikorps eine Entscheidungsschlacht am Annaberg bei der Kleinstadt Krappnitz. Der größte Teil der polnischen Eroberungen kann dabei für Deutschland zurückgewonnen werden.
Bitter für die Freiwilligen aus ganz Deutschland ist das Verhalten der eigenen Reichsregierung in Berlin. Noch als die Schlacht in vollem Gange ist, gibt sie am 24. Mai unter massivem Druck aus Paris per Erlaß bekannt, daß jeder deutsche Freikorpssoldat, der an den Kämpfen in Oberschlesien teilnimmt, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 100.000 Mark bestraft wird.[17] So trägt die polnisch-deutsche Auseinandersetzung in Schlesien nicht unerheblich dazu bei, das Vertrauen der Weltkriegssoldaten zur eigenen Regierung und zur neuen deutschen Republik nachhaltig zu zerstören.
Am 5. Juli haben die Freikorps den größten Teil Oberschlesiens befreit. Die Teilung

erfolgt nun nach einem Vorschlag des italienischen Außenministers Graf Sforza mit einer neuen Trennungsgrenze – der Sforza-Linie -, so daß die deutsche und die polnische Minderheit im jeweils fremden Land in etwa zahlenmäßig ausgeglichen sind. Am 17. Juni 1922 scheidet Ost-Oberschlesien aus dem Reichsverbande aus. Der polnische Historiker Halecki wertet das Ergebnis dieser Auseinandersetzung so:
„Frankreich allein begünstigte die polnischen Ansprüche, während England und Italien Polen nur zwei landwirtschaftliche Bezirke zusprechen wollten. Schließlich wurde die Frage in einer Weise gelöst, die mit internationaler Gerechtigkeit am besten vereinbar war. ... Auf diese Weise gewann Polen auch einen beträchtlichen Teil der reichen industriellen Landstriche. ... Die neue polnische Provinz Schlesien war der einzige, verhältnismäßig kleine Teil der wiederhergestellten Republik, der die Grenzen der Zeit vor den (polnischen) Teilungen überschritt.“ [18]
In Deutschland wird die Abtretung des Industriegebiets und der überwiegend deutschen Städte jenseits der Sforza-Linie als schmerzlicher Verlust empfunden. Dies steht solange zwischen Deutschland und dem neuen Polen, bis Adolf Hitler die deutschen Forderungen auf Danzig und die Transitwege reduziert. Hitler bezieht keine seiner Forderungen auf Ost-Oberschlesien. Doch das französisch-polnische Zusammenspiel bei der Teilung und bei den Aufständen der Polen prägt das sicherheitspolitische Denken der deutschen Reichsregierungen und der jungen Reichswehr für die nächsten 20 Jahre. Fortan wird bei jeder Spannung und jedem Konflikt mit Frankreich zugleich die polnische Gefahr gesehen; bei jeder Auseinandersetzung mit Polen entsprechend die Bedrohung von Seiten der Franzosen. Reichswehr und Bevölkerung haben seitdem eine Vorstellung davon, daß eine Schwäche an Militär die Erpreßbarkeit des Staats bedeutet. Frankreichs Drohung, das Ruhrgebiet im Westen zu besetzen, wenn sich das Reich im Osten gegen fremde Annexionen wehrt, bleibt bis zum Zweiten Weltkrieg unvergessen. Die geheimen Rüstungsvorbereitungen vor 1933 und der schnelle Wiederaufbau der deutschen Streitkräfte ab 1935 bekommen in den Augen der Bevölkerung und der Soldaten ihre Legitimation aus dieser Erfahrung der frühen 20er Jahre.
Polen kehrt 1919 als selbständige Nation auf die Bühne der europäischen Geschichte zurück. Doch es sucht seine neue Identität nicht in den von den Siegern des Ersten Weltkriegs vorgegebenen Grenzen. Die modernen Polen von 1919 träumen von dem alten Polen-Litauen von 1450. Sie beginnen ihre neueste Geschichte mit einer Serie selbstinszenierter Kriege. Das trägt ihnen nicht nur die Feindschaft aller ihrer Nachbarn ein, sondern das entwertet auch eine ganze Anzahl von Verträgen, die sie 1939 vielleicht hätten schützen können.


SCHLESIEN
POLEN
ROSENBERG
BRIEG
ODER
OPPELN
LUBNITZ
ANNABERG
KRAPPNITZ
KOSEL
BEUTHEN
ODER
GLEIWITZ
KATTOWITZ
RATIBOR
RYBNIK
CSR
PLESS
Außengrenze Oberschlesiens bis 1918
Von polnischen Bewaffneten bis zum 5. Mai 1921 erobertes Gebiet
Deutsche Rückeroberung bis 6.6.1921
Deutsche Rückeroberung bis 20.6.1921
Nach der Volksabstimmung 1922 an Polen abgetretenes Gebiet

Schlesien



Die Kämpfe um den Annaberg

Quellennachweise:

[1] Halecki, Oskar (polnischer Autor), "Geschichte Polens", Societäts Verlag, Frankfurt/Main, 1970 (Titel der englischen Originalausgabe:A History of Poland)
[2] Die Volkszählung von 1910 weist 60% Deutsche, 32% Polen und 7% Kaschuben aus.
[3] Grimm, Friedrich, "Frankreich und der Korridor", Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, 1939
[4] Burckhardt, Carl J. (schweizer Autor) ,"Meine Danziger Mission 1937-1939", Verlag Georg D. W. Callwey, München, 1960
[5] Kendziora, Alfred , "Abhandlung, Die Entwicklung des deutsch-polnischen Verhältnisses aus historischer Sicht", Selbstverlag, Lüneburg, 1993
[6] Roos, Hans, "Polen und Europa, Studie zur polnischen Außenpolitik 1931-1939", J.C.B. Mohr Verlag, Tübingen,1957
[7] Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor), "Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946", Bände 2bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe:
Historie de 1' Armee allemande)
[8] Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor), "Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946", Bände 2bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe:
Historie de 1' Armee allemande)
[9] Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor), "Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946", Bände 2bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe:
Historie de 1' Armee allemande)
[10] Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor), "Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946", Bände 2bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe:
Historie de 1' Armee allemande)
[11] Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor), "Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946", Bände 2bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe:
Historie de 1' Armee allemande)
[12] Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor), "Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946", Bände 2bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe:
Historie de 1' Armee allemande)
[13] Benoist-Méchin, Jacques (französischer Autor), "Auf dem Weg zur Macht 1925-1939, Geschichte der deutschen Militärmacht 1918-1946", Bände 2bis 7, Gerhard Stalling Verlag, Oldenburg-Hamburg, 1965 (Titel der französischen Originalausgabe:
Historie de 1' Armee allemande)
[14] Baumfalk, Gerhard, "Tatsachen zur Kriegsschuldfrage", Grabert Verlag, Tübingen, 2000
[15] Vollendete Tatsachen
[16] Baumfalk, Gerhard, "Tatsachen zur Kriegsschuldfrage", Grabert Verlag, Tübingen, 2000
[17] Reichsgesetzblatt 1921, Seite 711
[18] Halecki, Oskar (polnischer Autor), "Geschichte Polens", Societäts Verlag, Frankfurt/Main, 1970 (Titel der englischen Originalausgabe:A History of Poland)

Deutsch-polnische Politik in den dreißiger Jahren

In der Zeit der Weimarer Republik blieben die Beziehungen beider Länder untereinander weiterhin kühl. In Berlin hatte man weder Oberschlesien noch Danzig vergessen und betrachtete die Behandlung der deutschen Minderheit in den abgetrennnten Ostgebieten kritisch. Auch in Warschau blieb man mißtrauisch und war über den allmählichen Aufschwung des deutschen Nachbarn im Westen besorgt, fürchtete aber gleichzeitig die Sowjetunion im Osten. Man war weiterhin bemüht, das Reich schwach zu halten, und sparte nicht mit Drohgebärden. Drei Jahre vor Hitlers Machtübernahme, im September 1930, erklärte der polnische Außenminister Zaleski dem Präsidenten des Danziger Senats, Dr. Ziehm, daß nur ein polnisches Armeekorps die Danziger Frage lösen könne. Derartige Kriegsreden Warschauer Staatsmänner und gewisser Generäle häuften sich mit der Zeit. Sie fanden bei dem damals schon einflußreichen Führer der britischen Kriegspartei, Winston Churchill, offene Ohren und wurden auch von Roosevelt mit Genugtuung gehört. Der uneingeschränkte Führer Polens in jener Zeit war Marschall Pilsudski, der als Ministerpräsident diktatorisch amtierte.Das Bild, das der polnische Staat sowohl in seiner Innen- wie auch in seiner Minderheiten- und Außenpolitik bot, war erschütternd. Das verschärfte sich noch, als Pilsudski ein Ermächtigungsgesetz durchsetzte. Doch die Diktatur in Polen schien niemanden zu stören. Frankreich hielt in Treue fest zum autoritären Bundesgenossen. Die Empörung richtete sich nur gegen das Deutsche Reich im Jahr 1933. Das System Polens interessierte genausowenig wie der Sowjetkommunismus, der Austrofaschismus ab 1934 und all die anderen autoritären Regime im übrigen Europa. Obwohl von Polen eine ständige Kriegsgefahr ausging.

Die explosive Mischung von Expansionismus, Intoleranz und polnischen Kriegsgelüsten zu Beginn der dreißiger Jahre mögen drei Zeitdokumente beispielhaft charakterisieren:

Am 3. Oktober 1930 zitierten die „Münchener Neuesten Nachrichten" unter der Überschrift „Polnische Kriegsfanfaren" das Warschauer Blatt „Die Liga der Großmächte":„Der Kampf zwischen Polen und Deutschland ist unausbleiblich. Wir müssen uns dazu systematisch vorbereiten. Unser Ziel ist ein neues Grunwald, aber diesmal ein Grunwald in den Vororten Berlins, das heißt die Niederlage Deutschlands muß von polnischen Truppen in das Zentrum des Terrorismus getragen werden, um Deutschland im Herzen zu treffen. (In Grunwald bei Tannenberg, Ostpreußen, wurde im Jahre 1410 der deutsche Kreuzritterorden vernichtend geschlagen, der Verfasser.)

Unser Ideal ist ein Polen im Westen mit der Oder und Neiße als Grenze. Preußen muß für Polen zurückerobert werden, und zwar das Preußen an der Spree. In einem Krieg mit Deutschland wird es keine Gefangenen geben und es wird weder für menschliche noch kulturelle Gefühle Raum sein.Die Welt wird erzittern vor dem deutsch-polnischen Krieg. In die Reihen unserer Soldaten müssen wir übermenschlichen Opfermut und den Geist unbarmherziger Rache und Grausamkeit tragen.Vom heutigen Tag an wird jede Nummer dieses Blattes dem kommenden Grunwald in Berlin gewidmet sein." Der ehemalige Reichsinnenminister und Reichskanzler der Weimarer Zeit, Dr. Joseph Wirth, erklärte als Zeuge vor dem Tribunal der Sieger in Nürnberg:

„Alle deutschen Regierungen zwischen 1918 und 1933 und die deutsche Heeresleitung waren von der Sorge um den Bestand des Reiches beseelt, den sie innen- und außenpolitisch bedroht sahen. Bereits in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg hatte Polen wiederholt versucht, Teile des Reichsgebietes gewaltsam vom Reich abzutrennen. Die Furcht vor weiteren Angriffen war nicht unbegründet. Nationalistische polnische Kreise forderten weitere Gebietsabtrennungen . . . Die Unruhe an der deutschen Ostgrenze war eine dauernde. In den Jahren 1930 und 1931 ging eine neue Welle großer Besorgnisse durch die Ostgebiete des Reiches. Als Reichsminister des Innern bereiste ich Schlesien, um den Vertretern aller Parteien klarzumachen, daß die Reichsregierung willens ist, Schlesien wie im Jahre 1921 zu verteidigen . . .

Dabei war die Bewaffnung unserer Reichswehr kläglich. In keiner Weise war sie befähigt, der polnischen Armee längere Zeit zu widerstehen.
Reichskanzler Dr. Brüning und Reichswehrminister Gröner beschlossen daher, bei einem Angriff der Polen Schlesien zu räumen. Wer angesichts dieser Tatsache noch behauptet, daß wir Angriffsabsichten gehabt hätten, ist zu bemitleiden.Allen Provokationen der Polen gegenüber blieben wir ruhig und gelassen. Es war angesichts der jammervollen Lage an den deutschen Ostgrenzen selbstverständlich, daß Umschau gehalten worden ist, wie man wehrpolitisch die Lage verbessern könne. Als süddeutsche katholische Demokraten war uns jeder Haß gegen Polen durchaus fern. Aber gerade meine Freunde und ich machte Regierung nachweislich alles tat, um diesen Krieg zu verhindern".

Konkret wurden die polnischen Kriegspläne 1933. Im November war der erst 38jährige Oberst Beck mit der Außenpolitik Polens betraut worden. Der neue Außenminister, der bis 1939 eine Schlüsselfigur der polnischen Außenpolitik blieb, war alles andere als ein Freund Deutschlands und pokerte sehr hoch, im Vertrauen auf Polens Armee.
Polens Ziel war es, die führende Stellung in Ostmitteleuropa zu erlangen. Pilsudski befürwortete unter diesen Umständen einen Krieg mit Deutschland. 1958 enthüllte Lord Vansittart, der bekannte Feind Deutschlands, die Kriegspläne Pilsudskis mit Einverständnis der britischen Regierung im Detail.
Vansittart hieß dessen Pläne für richtig, da man 1933 einen Krieg gegen Deutschland noch mit 30000 Opfern statt mit dreißig Millionen Opfern hätte gewinnen können .Da Pilsudski allein aber nicht marschieren wollte, baute er auf die Mithilfe Englands und Frankreichs bei dem geplanten Präventivkrieg. England lehnte dieses Vorhaben, wie Lord Vansittart bedauernd berichtet, ab und beeinflußte auch Paris in diesem Sinne. Dazu der bekannte französische Militärhistoriker Ferdinand Otto Miksche: *„Vergeblich hoffte Polen damals auf Frankreichs Zustimmung, gegen Deutschland Krieg zu führen."*
Um doch noch einen Krieg gegen Deutschland auslösen zu können, betrieb Polen mehrere Provokationen. Die gravierendste war die plötzliche Besetzung des Polen zugesprochenen Munitionsdepots auf der Wester-platte im Danziger Hafen mit weit stärkeren Truppen als vereinbart.Am 6. März 1933 setzte Polen noch einen weiteren Vertragsbruch, nachdem das Deutsche Reich aus dem Völkerbund ausgetreten war: Das polnische Kriegsschiff „Wilja" setzte am frühen Morgen Truppen auf der Westerplatte bei Danzig ab, mit denen die Besatzung nochmals, und zwar erheblich, verstärkt wurde. Dank der Besonnenheit der deutschen Seite blieben die erwarteten Zwischenfälle zum Ärger der polnischen Führung aber aus. Dr. Wirth hatte recht, als er in Nürnberg aussagte: *„Allen Provokationen Polens gegenüber blieben wir ruhig und gelassen."* Diesen Grundsatz beherzigte auch Hitler 1933.Damit war die eigentliche Absicht Polens, einen Kriegsgrund herbeizuführen, gescheitert. Mit der überraschenden Aktion hatte es nicht nur Danzig und damit Deutschland bedroht, sondern auch einen unfreundlichen Akt gegenüber dem Völkerbund gesetzt, über dessen bindende Vorschriften es sich hinweggesetzt hatte. Entsprechend groß war die internationale Erregung auch in der Presse, die aufsehenerregende Berichte über den „polnischen Coup auf Danzig" weltweit veröffentlichte. Sir John Simon, der britische Außenminister, kritisierte seinen polnischen Kollegen Josef Beck im Völkerbundsrat auf das schärfste. Beck gab bei der öffentlichen Ratssitzung in Genf schließlich die Zusage, die neu stationierten Truppen von der Westerplatte wieder abzuziehen. Eine Woche später zogen sie tatsächlich ab, was bei der Einstellung der polnischen Führung schon erstaunlich war. Ein dritter Versuch, einen Präventivkrieg zu organisieren, scheiterte im November 1933. Hitler bekundete gegenüber Polen mehrmals friedliche Absichten. Den Warnungen des deutschen Botschafters in Warschau, von Moltke, schenkte er wenig Gehör. Im Zeichen seiner Verständigungspolitik mit Polen stand auch seine bekannte Friedensrede vom 17. Mai 1933.

Der im Mai gewählte Danziger Senatspräsident Hermann Rauschning bemühte sich, die Polen-Danziger Konflikte zu bereinigen.

Versuch einer deutsch-polnischen Verständigung

Nachdem Pilsudski für seine militärischen Pläne keine Unterstützung gefunden hatte, sah auch er sich gezwungen, seine Pläne zu ändern. Eine direkte Verständigung mit dem Reich erschien unter diesenUmständen sinnvoll. Bereits am 15. November 1933 trafen Hitler und der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, zusammen, wobei der deutsche Reichskanzler nochmals versicherte, Deutschland wünsche Freundschaft mit Polen.
Am nächsten Tag wurde in einem deutsch-polnischen Kommunique die Absicht verkündet, einen Nichtangriffspakt zu schließen. In der Unterredung, an der auch Reichsaußenminister von Neurath teilnahm, betonte der polnische Botschafter ausdrücklich, es sei stets der Wunsch des Marschalls gewesen, mit Deutschland freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Hitler anerkannte ausdrücklich den polnischen Staat und den polnischen Wunsch nach freiem Zugang zum Meer, ließ aber keinen Zweifel daran, daß der durch den Versailler Friedensvertrag geschaffene Zustand „für Deutschland unerträglich" sei. Bei gutem Willen und in freundschaftlicher Atmosphäre könne man auch schwierige Fragen einer friedlichen Lösung zuführen. Schon am 2. Mai 1933 hatte sich der deutsche Reichskanzler in ähnlicher Form gegenüber dem polnischen Gesandten Wysocki ausgesprochen. Über
die unveränderte Absicht Deutschlands, die in Versailles geschaffenen Grenzen, die das Reich in zwei Teile spalteten, einer Revision zu unterziehen, konnte also schon 1933 kein Zweifel bestehen. Der deutsche Entwurf der geplanten deutsch-polnischen Erklärung wurde Pilsudski vom deutschen Gesandten in Warschau „mit aufrichtigen Grüßen" Hitlers übergeben. Außenminister von Neurath betonte in seiner Anweisung an den Gesandten von Moltke: *„Zu Ihrer Information möchte ich noch daraufhinweisen, daß die Fassung in keiner Weise die Anerkennung der heutigen deutschen Ostgrenzen in sich schließt, sondern im Gegenteil zum Ausdruck bringt, daß mit dieser Erklärung eine Grundlage für die Lösung also auch der territorialen Probleme geschaffen werden soll."* Marschall Pilsudski nahm den deutschen Entwurf in einer herzlichen Atmosphäre entgegen, wie aus dem Bericht Moltkes an das Auswärtige Amt deutlich wird. Bereits am 26. Januar 1934 wurde die Erklärung der deutschen und der polnischen Regierung unterzeichnet, nachdem sich beide Seiten über den Vertragstext geeinigt hatten. Die wichtigsten Bestimmungen des Vertragswerkes lauteten:
„Die deutsche und die polnische Regierung halten den Zeitpunkt für gekommen, um durch eine unmittelbare Verständigung von Staat zu Staat eine neue Phase in den politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen einzuleiten. Sie haben sich deshalb entschlossen, durch die gegenwärtige Erklärung die Grundlage für die künftige Gestaltung dieser Beziehungen festzulegen . . .
Beide Regierungen erklären ihre Absicht, sich in den, ihre gegenseitigen Beziehungen betreffenden Fragen, welcher Art sie auch sein mögen, unmittelbar zu verständigen ... Unter keinen Umständen werden sie zum Zweck der Austragung von Streitfragen zur Gewalt schreiten.
Die durch diese Grundsätze geschaffene Friedensgarantie wird den beiden Regierungen die große Aufgabe erleichtern, für Problerne politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art Lösungen zu finden, die auf einem gerechten und billigen Ausgleich der beiderseitigen Interessen beruhen."
Das Abkommen beendete den neunjährigen Zollkrieg und leitete eine Reihe wirtschaftlicher und technischer Verträge ein. Hitler betrachtete es als ersten Schritt zu einer Verständigung mit Polen und zur Grundlage einer friedlichen Revision der Grenzen. Er war sehr stolz darauf, daß es ihm so schnell gelang, den Vertrag mit Polen zu schließen, nachdem es fünfundzwanzig Jahre lang nur Reibereien

zwischen beiden Ländern gegeben hatte. Entsprechend wurde der Vertrag in der Öffentlichkeit hervorgehoben und seine Bedeutung betont. Das deutsch-polnische Verständigungsabkommen brachte allein durch sein Vorhandensein eine spürbare Entspannung in den Beziehungen beider Staaten mit sich. Aber den Worten folgten auf polnischer Seite in den wichtigsten Problemen, die es auf der Grundlage eines „gerechten und billigen Ausgleichs der beiderseitigen Interessen" zu lösen galt, keine Taten.
Auch die erhoffte Besserung der Behandlung der deutschen Minderheit nach Vertragsabschluß trat leider nicht ein. Im Gegenteil: Der deutsche Generalkonsul in Thorn beobachtete einen Monat später statt Verbesserung eine weitere Verschlechterung der Lage der deutschen Volksgruppe. Bereits acht Monate nach Vertragsabschluß kündigte Polen, ohne Konsultierung einer deutschen Stelle, den Minderheitenschutzvertrag vom 28. Juni 1919. Dieser Vertrag wurde von der Friedenskonferenz nach dem Ersten Weltkrieg Polen, das Millionen von Nicht-Polen in sein Staatsgebiet einbeziehen durfte, zur Bedingung gemacht. Warschau hatte diesen Vertrag zu keinem
Zeitpunkt beachtet. Weder gegenüber Ukrainern noch gegenüber Deutschen noch gegenüber Juden oder irgendeiner anderen Minderheit.
Immer wieder rief diese Politik Polens internationale Proteste hervor. So lautete der Text einer Protestschrift französischer Politiker, darunter der bekannte Sozialist Leon Blum, gegen die Behandlung der Minderheiten in Polen, die in Paris veröffentlicht wurde und in dem in Wien erschienenen Buch „La terreur blanche en Pologne" wiedergegeben ist: *„Eine Woge des Terrors rollt in diesem Augenblick über Polen hinweg. Die Presse kann kaum davon sprechen, da sie geknebelt ist. Es handelt sich um ein Polizeiregime in all seiner Schrecklichkeit und in seinen Unterdrückungsmaßnahmen. Die Gefängnisse der Republik umschließen heute mehr als 3 000 politische Gefangene. Von ihren Kerkermeistern mißhandelt, beleidigt, mit Gürteln und Stöcken geschlagen . . . Das Leben, das man ihnen aufzwingt, ist derartig, daß in zahlreichen Gefängnissen die Gefangenen den Tod der Marter vorziehen."* Besonders unangenehm war für die polnische Regierung daher die Überwachung der Minderheiten-Politik durch den Völkerbund. Der Vertrag verbot unter
anderem die Assimilierung durch Gewalt, die Unterdrückung der Muttersprache, von Vereinigungen und Presse sowie die wirtschaftliche Benachteiligung der Minderheiten. Entsprechend häufig kam es zu Beschwerden beim Völkerbund, die in der Regel mit scharfen Rügen der Politik Polens endeten. Der polnische Außenminister Beck hielt 1934 die Zeit für gekommen, den Minderheitenschutzvertrag in Genf aufzukündigen. Daß er damit in letzter Konsequenz zugleich auch das deutsch-polnische Abkommen vom 26. Januar 1934 gebrochen hatte, wollte man in Berlin jedoch nicht wahrhaben. In
seinem offenkundigen Bestreben, die Polen in keiner Weise vor den Kopf zu stoßen, vermied es Hitler, beim Abschluß des Verständigungsvertrages ein fürsprechendes Wort für die Volksdeutschen in Polen einzulegen. Denn trotz der nunmehrigen polenfreundlichen Politik Berlins, betrieb Warschau gegenüber den nationalen Minderheiten seine systematische Polonisierungspolitik rücksichtslos weiter. Mit dem Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes 1936 arbeitete Polen daraufhin, dem Gegner im Westen -Deutschland - den Fangstoß zu versetzen. Dies trotz des bereits zwei Jahre in Kraft befindlichen deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes. Seit 1938 wurde die „Operationsstudie Deutschland" durch weitere Generalstabsanweisungen Frankreichs ergänzt und verbessert. Mehrmals also hatte Polen vor und nach 1933 geplant, das Deutsche Reich in Verbindung mit Frankreich anzugreifen. Bis zu dieser Zeit hatte es bereits die Hälfte aller Volksdeutschen, mehr als eine Million Menschen, aus Polen und den deutschen Ostgebieten, die an Polen gefallen waren, vertrieben. Dennoch schloß Hitler 1934 mit Polen den Freundschaftsvertrag, in dem ein zehnjähriger Verzicht auf jede Gewaltanwendung und die feierliche Regelung aller strittigen Fragen vereinbart wurden. Da jede deutsche Regierung vor 1933 die von Versailles gezogene Ostgrenze Deutschlands nicht anerkannte, blieb die

Grenzfrage auch in diesem Vertrag ausgeklammert. Dennoch anerkannte Hitler als erster deutscher Politiker grundsätzlich für Polen den freien Zugang zur Ostsee. Hitler bemühte sich seit 1938 allerdings um eine neue Regelung gegenüber Danzig und eine verbesserte Durchgangsmöglichkeit durch den „Polnischen Korridor", der bekanntlich Ostpreußen von jeder Landverbindung nach Deutschland absperrte. Die Reichsregierung erfuhr über den deutschen Botschafter in Warschau, von Moltke, am Abend des 28. März 1939, daß weitere Bemühungen um diese Frage die polnische Kriegserklärung zur Folge haben würde. Das gleiche hatte der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, zwei Tage zuvor zum Ausdruck gebracht. Am 10. August 1938 wurde in einer polnischen Note an die deutsche Reichsregierung jede weitere Interessenvertretung Danzigs durch Deutschland als Kriegsgrund bezeichnet. (Weißbuch der polnischen Regierung, Dok. Nr. 86.)
In dem erwähnten Bericht des deutschen Botschafters von Moltke aus Warschau vom 28. März 1938 brachte dieser der Reichsregierung eine Meldung zur Kenntnis, die die gleiche Sprache redete: *„In der polnischen Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der gesamten polnischen Presse zum Ausdruck kommt, liegt eine große Gefahr."*
Daß es sich dabei nicht nur um eine Pressepropaganda handelt, zeigt eine verbürgte Äußerung des polnischen Vizekriegsministers Gluchowski, der in einer seriösen Unterhaltung ausführte, „die deutsche Wehrmacht sei ein großer Bluff, denn Deutschland fehlen die ausgebildeten Reserven, um seine Verbände auffüllen zu können. Auf die Frage, ob er glaube, daß Polen im Ernst Deutschland überlegen sein könne, erwiderte Gluchowski: *‚Aber selbstverständlich!'"* (Deutsches Weißbuch Nr. 2,Dok. 210).
Noch am 26. September 1938 hatte Hitler im Berliner Sportpalast erklärt: *„Wir sehen ein, daß hier zwei Völker sind, die nebeneinander leben müssen und von denen keines das andere beseitigen kann. Ein Staat von dreiunddreißig Millionen Menschen (Polen) wird immer nach einem Zugang zum Meer streben. Es muß daher ein ‚Weg der Verständigung' gesucht werden."*
Im Sommer 1938 hatte der polnische Außenminister Beck dem Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, erklärt: *„Wir werden ohne Druck und Drohung mit dem Deutschen Reich über manche aus dem Versailler Vertrag übriggebliebenen Schwierigkeiten reden können. Die hybride Gründung der ‚Freien Stadt Danzig' 1920 hat doch nur mit der Absicht stattgefunden, dauernde Unstimmigkeiten zwischen Polen und Deutschland zu stiften."* (Burckhardt, Carl J.: Meine Danziger Mission 1937 bis 1939.) Auch der englische Außenminister Halifax hatte aus eigenem Antrieb im November 1937 in Berchtesgaden Hitler das feierliche Versprechen gegeben, daß England nicht die geringsten Einwände gegen eine friedliche Wiedervereinigung der alten deutschen Stadt Danzig mit Deutschland haben würde, ja er würde dieses sogar unterstützen. Doch die Grundregel der englischen Diplomatie war es stets, nie ein Versprechen zu halten. Am 20. September 1938 hatte dann der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, die Regelung der Danziger Frage vorgeschlagen, so daß die nachfolgende deutsche Initiative vom 28. Oktober 1938 die durchaus logische Weiterentwicklung dieser Sachlage darstellte. Den letzten Anstoß zu den deutschen Vorschlägen vom 24. Oktober 1938 gab ein Schriftwechsel zwischen dem polnischen Botschafter Lipski und dem deutschen Staatssekretär von Weizsäcker. In dem polnischen Schreiben ging es am 22. September 1938 um das polnische Ersuchen, die Abtretung der zur Tschechoslowakei gehörenden Karpatho-Ukraine an Ungarn zu unterstützen. Von Weizsäcker gab diesen Vorschlag an den Reichsaußenminister von Ribbentrop und an Hitler weiter und empfahl: *„Ernsthaft zu prüfen, ob man nicht mit Polen ein größeres Gespräch beginnen und für eine Zustimmung zum polnischen Ersuchen eine Kompensation fordern könne."* (ADAP Band V, Dok. 54 und Band IV, Dok. 83.) Hitler stimmte diesem Vorschlag zu und ordnete an, die Verhandlungen zuerst nur mündlich zu führen, um ohne Gesichtsverlust einen Rückzieher machen zu können, falls sich die

Verhandlungen festliefen. Der deutsche Vorschlag wurde in fünf Punkten formuliert. Er sah eine Stärkung des deutsch-polnischen Verhältnisses vor und war zugleich auch der Stärkung der Abwehrkraft beider Seiten gegen den Bolschewismus gewidmet. Sein Inhalt:
„Danzig gehört als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück. Deutschland erhält eine exterritoriale Straße und eine Bahnlinie durch Westpreußen."
Dafür wollte Hitler Polen folgende Zugeständnisse machen:
„1. Sicherung der wirtschaftlichen Rechte
Polens in Danzig und einen Freihafen dort.
2. Anerkennung der Endgültigkeit der jetzt bestehenden Grenzen zwischen Deutschland und Polen.
3. Abschluß eines Nichtangriffpaktes mit Polen für einen Zeitraum von fünfundzwanzig Jahren.
4. Garantierung der Slowakei gemeinsam mit Polen und Ungarn und Verzichtleistung auf die deutschen Vormachtstellungen in diesem Raum.
5. Unterstützung Polens im Falle eines militärischen Angriffs der Sowjetunion auf dieses Land."
In den folgenden Wochen wurde Hitler durch den polnischen Außenminister in dem Glauben bestärkt, daß Polen tatsächlich ein Gespräch über diese Fragen und abschließende Klärung wünsche. Während eines Gespräches mit dem polnischen Außenminister Oberst Beck am 5. Januar 1939 in Berchtesgaden formulierte Hitler dem Polen gegenüber seine Absichten folgendermaßen: *„Sie können völlig beruhigt sein! In Danzig wird niemand vor vollendete Tatsachen gestellt. Es wird nichts unternommen werden, daß die Lage der polnischen Regierung schwieriger gestalten könnte."* (Weißbuch der polnischen Regierung 1940, Nr. 24 und 29.)
Dazu erklärte Außenminister Beck, daß er die deutsche Einstellung voll zu würdigen wisse und das ganze Problem in Ruhe überlegen würde, um dann zu einer Entscheidung zu gelangen. Ende Januar 1939 fuhr dann Reichsaußenminister von Ribbentrop nach Warschau. Dort unterstrich er den Wunsch Hitlers auf ein eigenes Zusammengehen mit Polen. Er schilderte Hitlers Absicht, auf Posen, Westpreußen und Oberschlesien zu verzichten, und schlug einen fünfundzwanzig Jahre dauernden Nichtangriffspakt vor. Am 26. März 1939 jedoch sah alles wieder ganz anders aus. England war zwischen diese sich anbahnende Verständigung getreten. Botschafter Lipski, nach Warschau zurückgerufen, kehrte in diesen Tagen von dort nach Berlin zurück. Er brachte die polnische Weigerung mit, auch nach diesen deutschen Opfern werde Polen in der Frage Danzig keinen Millimeter zurückweichen. In Polen wurden Reservisten zu den Waffen gerufen. Am 31. März und 1. April 1939 erhielt Polen eine Garantie Englands, in der Polen die volle englische Rückendeckung und die Hilfe in jedem Kriegsfall gegen Deutschland zugesichert wurde. Frankreich verpflichtete sich ganze zwei Tage später, im Falle eines deutschen Angriffs gegen Polen an seiner Ostgrenze gegen die „Siegfried-Linie" anzutreten und Deutschland niederringen zu helfen. Was war geschehen, daß Polen innerhalb von zwei Monaten eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzog, die deutschen Vorschläge mit den darin enthaltenen Verzichtsopfern in den Wind schlug und seine Truppen mobilisierte? Und gleich die zweite Frage dazu gestellt: Was wäre geschehen, wenn Polen die deutschen Vorschläge akzeptiert hätte und es wäre zu einer Einigung zwischen Deutschland und Polen gekommen? Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit kann die Antwort auf die zweite Frage lauten: Dieses deutsche Angebot hätte von Polen angenommen werden müssen, und somit wäre dieser schreckliche Krieg verhindert worden. Das Problem „Danzig", im Jahre 1945 im Nachhinein betrachtet, war so winzig und unbedeutend, daß es unglaublich erscheint, eine Verständigung darüber Anfang 1939 nicht erreichen zu können. Eine große Zahl maßgeblicher Politiker Europas haben seit dem Versailler Vertrag immer wieder darauf hingewiesen, wie dumm und gefährlich es damals war, eine solche Entscheidung zu treffen. Aber nun die Antwort auf die erste Frage, weshalb

Polen plötzlich umschwenkte: Bekanntlich war im Frühjahr 1938 und im Herbst des gleichen Jahres Österreich und das Sudetenland ins Deutsche Reich „heimgekehrt", nachdem ihnen dieser Wunsch nach Kriegsende 1918 verweigert worden war. Es war eine um zwanzig Jahre verspätete Erfüllung des versprochenen Selbstbestimmungsrechtes. Die allgemein positive Bewertung des Münchener Abkommens vom 1. Oktober 1938 wurde auf selten des Westens lediglich vom amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt nicht geteilt. Als der eigentliche weltpolitische Gegenspieler Hitlers hatte er schon ungleich früher als andere ausländische Politiker gegen Faschismus und Nationalsozialismus Stellung bezogen. Er bezeichnete beide Ideologien als politische Seuchen, die er unter „Quarantäne" gestellt sehen wollte. Das Münchener Abkommen bewertete seine Regierung als *„die Kapitulation der demokratischen Staaten"* und als ein *„Zeichen ihrer Schwäche"* gegenüber dem Deutschen Reich. Nach Roosevelts Auffassung sollten die Westmächte *„auf keine Diskussionen eingehen, die irgendwelche Gebietsänderungen bezwecken"*. England, Frankreich und ihre Verbündeten schwenkten bekanntlich auf diese feste Linie des amerikanischen Staatschefs ein, als Hitler im Frühjahr und Sommer 1939 weitere territoriale Ansprüche anmeldete und mit der Errichtung des „Reichsprotektorates Böhmen und Mähren" augenscheinlich über die Volkstumsgrenzen hinausgriff. Die nun folgende Verwandlung der Rest-Tschechei in ein Protektorat des Deutschen Reiches war zwar nicht selbstbestimmungsgemäß, doch wird meist tatsachenwidrig verschwiegen, daß an der Aufteilung der Tschechoslowakei insgesamt fünf Staaten beteiligt waren: Das Deutsche Reich, Polen, Ungarn, die Slowakei und später auch die UdSSR. Ohne das an Deutschland mit Hilfe des Münchener Abkommens endlich angegliederte Sudetenland und die selbständig gewordene Slowakei waren Böhmen und Mähren kaum lebensfähig. Hitler gewährte den Tschechen Autonomie, was sie selber den Sudetendeutschen beharrlich verweigert hatten. Von selten der Westmächte wurde dem tschechischen Staatspräsidenten vorgeworfen, er hätte seine Einverständniserklärung unter deutschem Druck abgegeben. Demgegenüber erklärte Präsident Hacha am 22. März 1939 vor ausländischen Journalisten, daß er aus eigener Initiative am 14. März nach Deutschland gereist sei, um einen Weg aus der hoffnungslosen Krise zu finden. Dem von Hacha mit den Deutschen am 15. März unterzeichneten Vertrag waren Verhandlungen vorausgegangen. Vor diesen Verhandlungen in Berlin hat kein deutsches Schriftstück vorgelegen. Wegen dieser Geschehnisse im März 1939 und dem Druck des amerikanischen Präsidenten Roosevelt auf die westlichen europäischen Großmächte und Polen ist die gestellte Frage hinreichend beantwortet. Die „graue Eminenz" jenseits des Atlantik wünschte vor allem aus wirtschaftlichen Erwägungen unbedingt einen neuen großen Krieg in Europa, um der maroden US-Wirtschaft auf die Beine zu helfen, wie es Roosevelt unter seinem Lehrmeister Woodrow Wilson im Ersten Weltkrieg schon einmal erlebt hatte. Und dahinter stand die ungeheure internationale Macht des Dollarimperialismus mit ihren Zentren in der Wallstreet und der Londoner City.

"Marschall Pilsudski"

von Oberst Erik de Laval, ehem. schwed. Militärattache in Warschau

Josef Pilsudski wurde am 5. Dezember 1867 auf dem Familiengut Zulow bei Wilna geboren, vier Jahre nach dem letzten großen Freiheitskampf, den Polen im 19. Jahrhundert ausfocht. Kindheit und Jugend fielen also in die Zeit der russischen Vergeltungspolitik, in eine Periode der Unterdrückung und planmäßigen Russifizierung. Während die russischen Unterdrückungsmaßnahmen bei der Masse des polnischen Volkes ein Gefühl der Resignation und Selbstaufgabe, ja sogar der Verurteilung des Widerstandes von 1830 und 1863 gegen die zaristische Gewaltpolitik hervorriefen, erzeugen sie bei dem jungen Josef einen unerbittlichen Haß gegen die Unterdrücker und den unumstößlichen Beschluß, sein Leben der Befreiung Polens zu widmen.An keiner Stelle dürfte die Russifizierungspolitik so unverhüllt aufgetreten sein wie in den Schulen, wo die polnische Sprache für Unterricht und Unterhaltung verboten war. Der verlogene Geschichtsunterricht ging darauf hinaus, alles Polnische herabzusetzen und das Russische zu verherrlichen. Die Hauptaufgabe der Lehrer war nicht Bildung, sondern Russifizierung. Während dieser Schuljahre wuchs der Haß gegen die Vergewaltiger Polens und wurde eine der Haupttriebfedern Pilsudskis. Viel später schrieb er - längst nachdem er zweimal Sibirien und russische Gefängnisse kennen gelernt hatte -, daß ihm in Alpdrücken der Plagegeist in der Gestalt des Wilnaer Lehrers erschien.
Schon während der Schulzeit kam Pilsudki mit den sozialistischen Ideen in Berührung, die damals bei der studierenden Jugend umgingen. In der Zeit seiner Studentenjahre in Charkow und, nachdem er als "gemeingefährlich" aus dieser Stadt ausgewiesen worden war, auch in Wilna, kam er auch in persönlichen Kontakt mit russischen revolutionären Studentenkreisen. Diese Berührung scheint jedoch keine größere Bedeutung für seine weitere Entwicklung gehabt zu haben - die russischen marxistischen oder nihilistischen Ideen hatten nichts zu tun mit dem Ziel, für das er kämpft: die Freiheit Polens. Statt dessen machte er eine neue Erfahrung mit dem russischen Regime: Er kam für fünf Jahre nach Sibirien! Als er 1892 von dort zurückkehrte, war er sich über seinen weiteren weg im klaren: Es würde der mühselige und gefährliche Weg des Berufsrevolutionärs zu einem unendlich fernen Ziel werden.
Seine Mitstreiter suchte er sich in der sozialistisch angehauchten Arbeiterbewegung, nicht deshalb,weil er selbst ein gläubiger Sozialist gewesen wäre - für die marxistische Theorien fehlte ihm jede Spur von Interesse - sondern nur deshalb, weil er dort den Kampfgeist finden konnte, den er für seine Aufgabe brauchte. Die Klasse der polnischen Gutsbesitzer hatte sich unter der Zarenherrschaft ganz gut zurechtgefunden, da ihre soziale Stellung nicht berührt wurde. Für die Männer in Industrie und Handel bedeutete die Vereinigung mit Russland ein großes Absatzgebiet, und die Bauernklasse war allzu erdgebunden und beschwert von der Sorge ums tägliche Brot, als daß sie sich für fernliegende Ziele hätten begeistern können. So trat Pilsudski in die sozialistische Kampforganisation, P.P.S., ein, um mit deren Unterstützung den Kampf für die nationale, also nicht in erster Linie soziale Befreiung aufzunehmen - er war ein nationaler Sozialist 30 Jahre vor der Geburt der nationalsozialistischen Bewegung.
Durch seinen starken Glauben und seine glänzenden Führereigenschaften wurde Pilsudski bald der eigentliche Leiter der Partei und der Redakteur der bedeutendsten Untergrundzeitung, des bekannten "Robotnik" (Der Arbeiter). Die russische Polizei kam jedoch bald der Druckerei durch ein Zufall auf die Spur und verhaftete Pilsudski. Die humane Behandlung im Gefängnis und die relative Leichtigkeit, mit der er einige Monate später von seinen Freunden befreit werden konnte, beleuchtet scharf den Unterschied zwischen der zaristischen und der "volksdemokratisch"-bolschewistischen Art, politische Gegner zu behandeln.
Im Revolutionsjahr 1905 befand sich Pilsudski an der Spitze einer gegen die Zarenherrschaft gerichteten Partisanenkrieges, der zwar nach "Wiederherstellung der Ordnung" langsam

abebbte, jedoch vielen Polen gezeigt hatte, daß ein aktiver Freiheitskampf gegen die russische Unterdrückung möglich sei und daß es einen Mann in Polen gebe, der diesen Kampf wagte. Hierdurch wurde in gewissem Maße der freiwillige polnische Einsatz gegen Russland im ersten Weltkrieg vorbereitet, der jedoch zunächst zu einer gewissen Fehlrechnung für Pilsudki und seine Männer wurde. Die allgemeine Erhebung, auf die er gehofft hatte, als er an der Spitze einer kleinen Schar von Freiwilligen unter österreichischen Oberbefehl von Galizien aus in das russische Polen einrückte und die Stadt Kielce weit drinnen auf dem Gebiet des Feindes besetzte, kam nicht zustande. Immerhin gab das Bestehen einer unter polnischer Fahne kämpfenden Truppe dem Freiheitsdrang neue Nahrung, besonders unter der Jugend. Die tapferen Einsätze der "Polnischen Legion" steigerten das polnische Selbstgefühl und ließen die Hoffnung auf vollständige Befreiung erwachen. Besonders die 1.Brigade der Legion und deren Chef, Pilsudski, waren bald vom legendären Schimmer umhüllt; später wurde er in der Volksmeinung der eigentliche Führer des Freiheitskampfes. Seine Stellung trat deutlich hervor, als er sich nach Vertreibung der Russen aus ganz Polen im Jahre 1916 der deutschen "Lösung" der polnischen Frage widersetzte, welche Polen zu einem nur scheinbar freien, in Wirklichkeit jedoch ganz von Deutschland abhängigen Staat gemacht hätte.
Der Konflikt führte zur Auflösung der polnischen Legion, zu Pilsudkis Internierung in Magdeburg und - so schien es damals - zur Vernichtung der Freiheitsbewegung. Nach dem Ausbruch der deutschen Revolution und dem Fall des deutschen Kaisertums im Herbst 1918 kam jedoch Pilsudski mit deutscher Hilfe nach Polen, und die Arbeit an der Wiederaufrichtung des polnischen Staates konnte beginnen.
Die erste "de facto"-Anerkennung seiner Stellung als Polens Führer kam von - wenn auch nicht offizieller - deutscher Seite. Er wurde nämlich schon am Tage seiner Ankunft von Vertretern des neugebildeten Soldatenrats der herrenlosen und demoralisierten deutschen Garnison aufgesucht, die sich an ihn, "der als einziger sein Volk zum Gehorsam bringen und der deutschen Garnison die Sicherheit garantieren könne", wandten, um über den Abtransport nach Deutschland zu verhandeln. Am gleichen Abend wurde ihm ein schriftliches Verlangen nach Verhandlungen überreicht mit der Adresse "An den Führer des polnischen Volkes".
Die deutsche Garnison hatte die Lage vollkommen richtig beurteilt. Mit Pilsudkis Rückkehr in die Hauptstadt ging die Führung der Nation auf Grund der einhelligen Volksmeinung automatisch in seine Hände über. Schon am 14. November übergab ihm die nominelle Regierung, der "Nationalrat", die gesamte ausübende Gewalt. Seine Stellung als Polens Staatschef erhielt dadurch ihre offizielle Anerkennung.
Die erste und wichtigste Aufgabe des neuen Regierungshauptes wurde die Sicherung der neuerrungenen Freiheit gegen die von Osten drohenden Gefahr. Schon Ende 1918 fanden sich deutliche Anzeichen zu einem bolschewistischen Vormarsch nach Westen. Am 18. November hatte Trotzki dem obersten Kriegsrat in Moskau den Plan für eine Offensive zur Ausbreitung der Revolution in Europa vorgelegt. Im Januar 1919 besetzten russische Streitkräfte, den heimkehrenden deutschen Truppen folgend, Wilna und erreichten Brest-Litowsk.
Der Krieg stand also vor der Türe, und Polen mußte ihn alleine auskämpfen. Deutschland lag ja geschlagen am Boden und hatte im übrigen keine Sympathien für das neue Polen. Die Tschechoslowakei und das neugebildete Litauen nahmen eine eindeutig feindliche Haltung ein. Mit den weissrussischen Generälen war keine Zusammenarbeit möglich, da das von ihnen proklamierte Kriegsziel die Wiederherstellung des zaristischen Rußland mit dessen alten Grenzen bedeutete und damit auch die Rückführung Polens unter das alte Zarenzepter. Die Hilfe der Westmächte beschränkte sich auf Lieferung von minderwertigem Kriegsmaterial und die Entsendung der französischen Militärkommision unter General Weygand.
Pilsudki ergriff selbst die Initiative, und es gelang ihm, mit dem geringen damals zur Verfügung stehenden Kräften die Roten zurückzuwerfen bis östlich Wilna-Lemberg. So

erkämpfte sich eine Atempause, die er u. a. dazu ausnutzte, eine Armee von etwa 200000 Mann auf die Beine zu bringen und sich auf den Feldzug des nächsten Jahres vorzubereiten.
Der Feldzugplan für 1920 basiert auf dem anscheinend richtigen Gedanken, mitzuwirken an der Schaffung einer freien, nationalen und militärisch starken Ukraine, um mit diesem Staat unter Außerachtlassung früherer Feindschaft ein Bündnis zu schließen zum Schutz der von Moskau bedrohten Freiheit.
Trotz militärischer Anfangserfolge - Kiew wurde am 7.Mai erobert konnte dieser große Gedanke Pilsudskis nicht durchgeführt werden. Die freie "Volks-Ukraine" von Petjura erwies sich als ein schwaches Staatsgebilde, das rasch zerfiel, als die Bolschewiken von Norden und die weißrussischen Armeen von Süden angriffen.
Bald genug nahte Polens Schicksalsstunde. Die russische Gegenoffensive zu beiden Seiten der Pripjetsümpfe machte rasche Fortschritte. Im Nordabschnitt marschierte die russische Hauptmacht mit rund 100000 Mann unter Tuchatschewski ununterbrochen vorwärts und erreichte am 12.August die östlichen Befestigungen Warschaus, indem sie die immer mehr demoralisierten Polen vor sich hertrieb. In Galizien zwang die bekannte Reiterarmee Budjennys durch rasche Operationen die polnische Südarmee zum Rückzug und verbreitete Not und Schrecken unter Bevölkerung und Etappe.
Schon Anfang Juli beurteilte die Warschauer Regierung die Lage so kritisch, daß sie ohne Unterrichtung Pilsudskis einen Notruf an die Entente sandte mit der Bitte um Hilfe und Vermittlung. Sie wurde abgespeist mit der Mahnung, um Waffenstillstand zu bitteten und die Truppen zu einer für Polen äußerst ungünstigen Demarkationsliniezurückzuziehen, die später als Curzon-Linie bekannt wurde. Polen erhielt dafür das vage Versprechen einer Vermittlung in Moskau und eventueller Hilfe mit Kriegsmaterial. Zum Glück für Polen wies Moskau den Entente-Vorschlag eines Waffenstillstandes zurück. In der ersten Augusthälfte war die Situation schwärzer denn je, Polens Vernichtung durch die russische Dampfwalze schien unvermeidlich. In diesem Augenblick zeigte es sich, daß die Rettung nicht von außen, sondern aus der eigenen Kraft des Volkes und aus dem Genie seines Führers kommen mußte.
Die von Pilduski am 16. August eingeleitete Gegenoffensive gegen die südliche Flanke der Armeegruppe Tuchatschewski - östlich der Weichsel - führte zu einer der raschesten, vollständigsten und überaschendsten Wendungen der militärischen Lage, welche die Kriegsgeschichte kennt. In kurzen Kämpfen wurde der äußerste linke Flügel der Roten am 17. August aufgerieben, worauf die ganze Armeegruppe den Rückzug antrat, von den in Flanke und Rücken wastlich des Bug vorrückenden polnischen Divisionen bedroht. Der Rückzug nahm zum Teil fluchtartigen Charackter an und konnte erst hinter der strategischen Barriere des Njemen aufgehalten werden. Nicht ohne Grund nennen die Polen die Schlacht bei Warschau "Das Wunder an der Weichsel". Die weiteren Kämpfe führten zu neuen polnischen Erfolgen, so daß es schließlich zum Waffenstillstand und bald darauf zum Frieden von Riga am 18. März 1921 kam.
Der Sieg bei Warschau sichert Pilsudski nicht nur einen Ehrenplatz in der Geschichte Polens sondern auch Europas. Er verdient ihn deshalb, weil er der Schöpfer des kühnen Planes war und die Verantwortung selbst trug. Die Legende von Weygand als geistigen Vater des Sieges kann völlig aufgegeben werden. Weygand wollte Warschau preisgeben, auf das Westufer der Weichsel zurückgehen, um dort gegen die nachrückenden roten Streitkräfte eine "neue Marneschlacht" zu schlagen. Pilsudski hatte jedoch genügend Charackterstärke, an seinem eigenen Plan gegenüber seinem berühmten Ratgeber festzuhalten. Es war auch sein persönliches Eingreifen, das den Kampftgruppen jenen Kampfgeist einflößte, der Vorraussetzung zum Sieg war.
Der Sieg wurde nicht nur für Polen, sondern für ganz Europa bedeutungsvoll. Das Endziel der roten Offensive war die Ausbreitung der Weltrevolution über Europa - die Vernichtung Polens sollte nur eine erste Etappe auf diesem Wege sein. Das geht nicht nur aus Trotzkis Vortrag vor dem obersten Kriegsrat hervor, sondern auch aus den Proklamationen und Befehlen von

General Tuchatschewski. In einem Tagesbefehl vom 2. Juli 1920 heißt es : "Im Westen wird das Schicksal der Weltrevolution entschieden. Vorwärts nach Wilna, Minsk und Warschau!" - Im Angriffsbefehl für Warschaus Eroberung werden die Worte von der Weltrevolution wiederholt mit dem Zusatz : "Über Polens Leichnam geht der Weg zum Weltbrand!" Moskaus Kriegsziel war also klar. So wie es 1920 um Deutschland bestellt war - militärische Ohnmacht, gärende Unruhe und starker kommunistischer Einfluß in der Arbeiterschaft -,ist es auch wahrscheinlich, daß die Rote Armee die Brandfackel der kommunistischen Revolution mindestens nach Zentraleuropa getragen hätte, wenn es ihr gelungen wäre, über "Polens Leiche" vorzudringen. Die Schlacht bei Warschau - von ihrer Zeit wenig beachtet - vernichtete diese Pläne und bekam dadurch welthistorische Bedeutung, auch wenn die Freiheit, die Polen gewann, 25 Jahre später durch Zusammenarbeit zwischen dem Feind im Osten und seinen "Bundesgenossen" im Westen vernichtet werden sollte.
Kaum war der Kanonendonner der letzten Schlacht des Krieges verklungen, als auch schon die Politiker sich anschickten, die ganze Führung des Landes zu übernehmen. Die neue Verfassung vom 17. März 1921 legte die gesamte politische Macht in die Hände des Sejm. Der Präsident wurde völlig abhängig von den Ministern und diese vom Sejm. Dem Staatschef Pilsudki wurde der Posten jedoch ab, da er rein repräsentativ war und nicht seinen Neigungen entsprach. Er zog sich aus dem politischen Leben zurück, behielt jedoch zunächst den Posten des Generalstabschefs. Dadurch wurde Polen ganz der Cliquenwirtschaftschaft im Sejm überlassen. Es sollte sich jedoch rasch zeigen, daß das Volk keinen Sinn hatte für die "uneingeschränkte politische Freiheit", welche die Verfassung mit sich brachte. Der neue Sejm errinerte in vielem an die "polnischen Reichstage" früherer Zeiten. Parteigeist, Intrigen und Korruption vergifteten das politische Leben, verhinderten den ökonomischen Wiederaufbau des Landes und erzeugten eine allgemeine Unruhe. Der von Pilsudski mit Hilfe von Armee und Arbeiterschaft im Mai 1926 durchgeführte Staatsstreich machte Schluß mit diesen Zuständen und führte zum "Regime des starken Mannes" in Polen. Dieses war jedoch keine reine Diktatur à la Mussolini, Stalin oder Hitler. Die Verfassung wurde zunächst nicht verändert, eine reine parlamentarische Opposition und eine freie, teilweise geraduzu hetzerische oppositionelle Presse blieben bestehen. Gestützt auf persönliche Autorität, auf die Armee und weitgehend auf die Haltung des Volkes, führte Pilsudki die Geschicke seines Landes, wenn er auch offiziell meist nur den Posten des Verteidigungsministers innehatte, durch eine inoffizielle, jedoch höchst reele persönliche Halbdiktatur. Sie war aus innenpolitischen Gründen entstanden, es sollte sich jedoch sehr bald zeigen, daß die politische Entwicklung in Europa neue Probleme für Polen mit sich brachte, die in gleicher Weise eine feste Führung verlangten.
Es war vorauszusehen, daß Hitlers Machtübernahme gestärkter Selbstbehauptungswille und Aktivität zur Revision der Versailler Diskriminierungen folgen würden. Dies konnte Gefahr für Polen bedeuten, zumal das Verhältnis zu Deutschland seit der Wiedererrichtung Polens gespannt war (Danzig, Korridor, Ostoberschlesien, Minderheiten). Pilsudki erkannte frühzeitig und klar, daß zur Abwehr dieser Gefahr nur zwei Wege offen waren : entweder Präventivkrieg zur Verhinderung der deutschen Aufrüstung oder friedliche Bereinigung der strittigen Fragen für Deutschland und danach ehrliche Friedenspolitik zwischen den beiden Ländern. Schon im März 1933 schlug er dem Bundesgenossen Frankreich einen gemeinsamen Einmarsch zur Sicherung der Versailler Friedensbestimmungen vor. Frankreich lehnte diesen Vorschlag ab. Da Hilfe für Polen auf diese Weise nicht zu erarten war, blieb nur die anderen Alternative : ein Abkommen mit Hitler. Diese Politik fand ihren Ausdruck im polnisch-deutschen Nichtangriffspakt vom Januar 1934. Zu einer definitiven Regelung der Korridorfrage (evtl. durch einen Korridor durch den Korridor) Kam es ebensowenig wie zur Bereinigung des Danzigproblems. Es ist natürlich schwer zu berurteilen, ob es zu einer tragbaren Lösung gekommen wäre, wenn Pilsudki am Leben geblieben wäre. Unbestritten dürfte indes sein, daß Pilsudki der einzige Mann war, der die Autorität besaß, die notwendig

war, um gegen eine starke Opposition ein Abkommen mit Deutschland durchzusetzen, das natürlich gewisse Zugeständnisse von Polen verlangt hätte. Der Tod des großen Staatsmannes zu einem kritischen Zeitpunkt - im Frühjahr 1935 - bedeutete deshalb zweifellos einen schweren Verlust für Polen wie für ganz Europa.

Polnische Behandlung von Minderheiten und Verbrechen gegen Volksdeutsche

Grundsätzliche Haltung

Ungeachtet des vom Völkerbund verfügten Minderheitenschutzvertrages betrachtete Polen Posen-Westpreußen und den unrechtmäßig angeeigneten Teil Oberschlesiens, aber auch die deutsche Stadt Danzig als Territorien für eine endgültige Polonisierung. Diese Ziele wurden offen verkündet, die entsprechenden Maßnahmen ohne Rücksicht auf die Proteste der Betroffenen Zug um Zug durchgeführt. Polen bediente sich in diesem Volkstumskampf aller nur denkbaren Mittel. Jährliche Landreformen und »Flurbereinigungen« sorgten ebenso wie die Grenzzonengesetze für eine kalte Enteignung der deutschen Bevölkerung. Eine Option, die in Gang gebracht wurde, ohne daß man vorher bekanntgab, welche Folgen eine Stellungnahme für Deutschland nach sich ziehen würde, führte bereits im Jahre 1920/21 zur Vertreibung Hunderttausender von Deutschen. Die deutsche Sprache wurde als Amtssprache verboten und im übrigen weitgehend eingeengt. Überhöhte Steuern, beschlagnahmte Gemeinschaftsgebäude und Zeitungen, systematischer Boykott deutscher Firmen und Geschäfte, einseitig motivierte Presseprozesse, Gerichtsverfahren und Verwaltungsschikanen führten zur finanziellen Überbelastung, zum wirtschaftlichen Ruin und schließlich zur Heimatvertreibung deutscher Menschen. Vereine und Organisationen wurden verboten, Lizenzen für gehobene Berufe verweigert bzw. entzogen, Betriebe enteignet. Die systematisch entlassenen deutschen Arbeitskräfte blieben ohne Arbeitslosenunterstützung und wurden aus den Werkswohnungen verwiesen, zugewanderte Polen mit allen öffentlichen Ämtern betraut. Handwerk und Handel der Deutschen gingen dem Ruin entgegen, zumal jungen Deutschen auch Lehrlingsstellen verweigert wurden. Deutsche Schulen wurden geschlossen, deutsche Lehrer, wenn nicht entlassen, so doch eingeschüchtert, deutsche Studenten von den Hochschulen verwiesen und somit an der Berufsausbildung gehindert.

"Von den im Jahre 1925 vorhandenen 657 öffentlichen deutschen Minderheitsschulen (1927 = 498) waren zu Beginn des Schuljahres 1938/39 nur 185 übriggeblieben (davon 150 in Posen-Westpreußen und 35 in Oberschlesien).

Der Widerstand gegen diese Politik wurde mit härtesten Mitteln bekämpft....

Rund ein Drittel des deutschen Besitzes wurde allein 1924 liquidiert (510.000 ha)." [1]

Auch Beschimpfungen und Tätlichkeiten waren an der Tagesordnung, wobei die polnische Polizei in den meisten Fällen den deutschen Opfern jeden Schutz verweigerte. Das kulturelle Leben der deutschen Minderheit war angesichts dieser Maßnahmen gelähmt.

"Die Liquidierung der deutschen Güter und die Entdeutschung der westlichen Provinzen" war nicht nur eine zufällige öffentliche Äußerung des damaligen Ministerpräsidenten Sikorski aus dem Jahre 1923, sie war ein unverhohlenes Regierungsprogramm[2] - seit dem Jahre 1919. Im Oktober jenen Jahres verkündete der spätere polnische Kultusminister Stanislaw Grabski auf einer Delegiertentagung das "Posener Programm" mit den Worten:

"Wir wollen unsere Beziehungen auf die Liebe stützen, aber es gibt eine Liebe für die Landsleute und eine andere für die Fremden. Ihr Prozentsatz bei uns ist entschieden zu groß. Posen kann uns einen Weg weisen, in welcher Weise der Prozentsatz von 14 oder sogar 20 v. H. auf 1½ v. H. gebracht werden kann. Das fremde Element wird

sich umsehen müssen, ob es sich anderswo besser befindet. Das polnische Land ausschließlich für die Polen!" [3]
"Äußerungen solchen Inhalts waren leider nicht vereinzelt".[4]Die Mittel zur Verdrängung waren u. a.:
"Vorenthaltung oder Entzug der Staatsangehörigkeit unter nachfolgender Landesverweisung mit der Begründung, einen ‚Ausländer' vor sich zu haben, Ausweisung ehemaliger Beamter, Lehrer oder anderer öffentlicher Bediensteter samt ihren Familien, voreingenommene Handhabung der Steuer -, insbesondere der Steuervollstreckungsgesetze und der Vorschriften über die Agrarreform, Entzug von Berufsberechtigungen (Lizenzen, Konzessionen, Zulassungen) und die dadurch bewirkte Zerstörung der wirtschaftlichen Lebensgrundlagen, behördlicherseits geduldete Boykottaufrufe. ‚Das dadurch hervorgerufene Empfinden der Rechtsunsicherheit und das Bewußtsein des Ausgeliefertseins an eine fremde Staatsmacht erzeugten eine Panikstimmung, die Angstverkäufe und Abwanderung noch über das Maß des polnischerseits angewandten Zwangs hinaus zur Folge hatte'. Diese Politik hat das Deutschtum Westpreußens und Posens zwischen 1919 und 1926 massenhaft zur Auswanderung genötigt." [4]
Eine deutsche Dokumentation belegt:
"Der Deutschenhaß hatte in allen Parteien seine Wortführer, neben der Nationaldemokratie standen der christliche Demokrat Korfanty und der Pilsudski-Anhänger und schlesische Wojewode Grazynski. Noch mehr als durch die Parteien wurde die öffentliche Meinung durch eine Reihe von Organisationen und Institutionen, vor allem aber durch die Presse beeinflußt, die im Kampf gegen alles Deutsche ihre einzige Aufgabe sahen. An erster Stelle ist der ‚Westverband' zu nennen, dessen ursprüngliches Ziel die nationalpolitische Sicherung der neuen Westgebiete durch eine möglichst restlose Verdrängung der Deutschen gewesen war, der aber seine Tätigkeit bald auf ganz Polen ausgedehnt hatte. Sie bestand in alljährlichen Propagandawochen, aber auch in ‚spontanen Kundgebungen', die sich nach entsprechender Präparierung gegen deutsche Schulen, Zeitungen, Buchhandlungen sowie gegen die persönliche Sicherheit einzelner Deutscher austobten. Auf das Konto des ‚Westverbandes' kam z. B. der ‚Schwarze Palmsonntag' 1933 in Lodz, an dem deutsche kulturelle Einrichtungen (Verlag, Schule, Buchhandlungen usw.) demoliert worden waren. Ferner haben sich die polnischen Aufständischenverbände in Oberschlesien und Posen durch ihre radikale, mehrfach brutale antideutsche Einstellung hervorgetan. Sie sorgten dafür, daß selbst in Zeiten offensichtlicher Entspannung eine antideutsche Stimmung wachgehalten wurde." [5]
Diese Politik aber, und das ist nachdrücklich zu betonen, war offizielles Programm. Welche historischen Unterlagen auch immer herangezogen werden mögen: überall finden sich bedrückende Zeugnisse, die für die preußische oder deutsche Politik gegenüber Polen in dieser Zielstrebigkeit und Härte bis zu jenem Zeitpunkt unbekannt waren. Was auch immer Polen über den preußischen Kulturkampf der siebziger Jahre,[6] über das Ansiedlungsgesetz von 1886 und das Enteignungsgesetz von 1908 [7] auszusagen weiß: Tatbestand bleibt, daß polnischen Menschen nach einem Jahrhundert deutscher Herrschaft (1815 - 1918) in der Provinz Posen = 41,3 % und in Westpreußen 24,1 % des ländlichen Grundbesitzes gehörte.[8] Die Großzügigkeit Preußens ging so weit, daß es den polnischen Saisonarbeitern, die ihrerseits vom Westmarkenverband, der 1886 gegründeten "Landbank" in Posen und einem dichten Netz von polnischen Volksbanken und Parzellierungsinstituten "gesteuert" wurden, ermöglicht hatte, um die Jahrhundertwende im rein deutschen Ostpreußen, in dem nie Polen geschlossen gesiedelt hatten, privat Land in einer Größenordnung von 29.000 ha zu kaufen.[9] In seiner berüchtigten Denkschrift vom 8. 10. 1918, die Roman

Dmowski dem US-Präsidenten Wilson vorgelegt und mit der er erhebliche Gebietserweiterungen für Polen gefordert hatte, gestand dieser polnische Agitator ein — und damit wird auch die nachfolgende polnische Agitation bis in unsere Tage ad absurdum geführt:
"Diese ganze Tätigkeit des deutschen Volkes und der deutschen Regierung konnte den nationalen Widerstand der Polen nicht brechen. Die polnische Bevölkerung und der polnische Grundbesitz wuchsen beständig, und der polnische Kaufmann, ebenso wie die polnische Industrie faßten schnell festen Fuß in der Konkurrenz mit dem deutschen Handel und der deutschen Industrie. Das beweist die Kraft und die Lebensfähigkeit der polnischen Bevölkerung des gesamten Gebietes und ist zugleich das schlagendste Beispiel einer Regierung, die gegen den Willen und die Interessen des Volkes handelt, einer Regierung, die ihren destruktiven Charakter solange beibehalten wird, als die polnischen Provinzen einen Teil Deutschlands bilden werden." [10]
Bleibt für die Geschichte festzuhalten: Unter deutscher Herrschaft "wuchs der polnische Grundbesitz beständig", und der polnische Handel ebenso wie die polnische Industrie "faßten schnell festen Fuß in der Konkurrenz"!
Ganz anders sah das Polen des 20. Jahrhunderts das Zusammenleben mit dem deutschen Volk an:
"Schwerwiegend waren auch die wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen gegen Minderheitsangehörige - Enteignung land- und forstwirtschaftlichen Bodens, Entlassung öffentlicher und privater Bediensteter, Nichteinstellung von Lehr- und Arbeitssuchenden oder Amtsstellenbewerbern, Nichtbeförderung öffentlicher Bediensteter aus Gründen der Volkszugehörigkeit, Streichung wohlerworbener Renten und Versorgungsbezüge, Nichtberücksichtigung von Betrieben bei der Vergabe öffentlicher Aufträge - wovon besonders auch die Deutschen sowohl in Polen wie in der Tschechoslowakei betroffen wurden. Gegen diese und ähnliche Rechtsbeeinträchtigungen hätten die Betroffenen beim Völkerbund Schutz finden sollen. Rückschauend muß mit wirklichem Bedauern festgestellt werden, daß er sich dieser Pflicht nur ungenügend entledigt hat. Schon die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen, die für die Behandlung von Minderheitenbeschwerden geschaffen worden waren, waren der raschen und wohlwollenden Erledigung solcher Fälle ungünstig; so kam es, daß noch nicht einmal ein Zwanzigstel der dem Völkerbund zwischen 1920 und 1930 zugeleiteten Petitionen der Sache nach entschieden worden ist. Die übrigen 95,5 % wurden entweder zurückgewiesen oder blieben unerledigt."[11]
Im Jahre 1936 äußerte sich das Blatt des Marschalls Rydz-Smigly, der Warschauer "Kurjer Porany", zu diesem Thema:
"Man kann zwar nicht sagen, daß es den Deutschen gelingen würde, den fortschreitenden Entdeutschungsprozeß der westlichen Landesteile aufzuhalten, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß sie im Begriffe sind, diesem Prozeß Hindernisse in den Weg zu legen."
"Die Polen konnten also sicher sein, daß sie ihrem Ziel der Verdrängung bzw. der Aufsaugung der deutschen Volksgruppe weiterhin näherkommen würden. Was sie von der deutschen Volkstumsarbeit lediglich zu befürchten hatten, war eine Verlangsamung des Tempos." [12]
Durch Enteignung und Landreform hat sich Polen bis zum Jahre 1939 drei Viertel Millionen Hektar privaten deutschen Landbesitzes angeeignet.[13] Doch weder England noch der Völkerbund stellten sich dieser Politik entgegen, weder vor 1933 noch danach. Im Gegenteil, sie unterstützten diese durch ihre Haltung sogar noch zu dem Zeitpunkt, da die weiteren territorialen Ansprüche Polens auch in England die Gefahren für den europäischen Frieden deutlich gemacht haben mußten! Gewiß,

französische und britische Politiker protestierten hin und wieder in Warschau, doch ohne Nachdruck und ohne Wirkung. Der "Manchester Guardian" wußte am 14. 12. 1931 aus Polen zu berichten:
"Die Minderheiten in Polen sollen verschwinden. Die polnische Politik ist es, die dafür sorgt, daß sie nicht nur auf dem Papier verschwinden. Diese Politik wird rücksichtslos vorwärtsgetrieben und ohne die geringste Beachtung der öffentlichen Meinung der Welt, auf internationale Verträge oder auf den Völkerbund. Die Ukraine ist unter der polnischen Herrschaft zur Hölle geworden. Von Weißrußland kann man dasselbe mit noch größerem Recht sagen. Das Ziel der polnischen Politik ist das Verschwinden der nationalen Minderheiten, auf dem Papier und in Wirklichkeit." [14]
Dieselbe britische Wochenzeitung ein Jahr früher, am 17. 10. 1930:
"Der polnische Terror in der Ukraine ist heute schlimmer als alles andere in Europa. Aus der Ukraine ist ein Land der Verzweiflung und Zerstörung geworden, was um so aufreizender ist, als die Rechte der Ukrainer völkerrechtlich gewährleistet sind, während der Völkerbund allen Appellen und Darlegungen gegenüber taub ist und die übrige Welt nichts davon weiß oder sich nicht darum kümmert. ..." [15]
Den Minderheitenschutzvertrag, der grundsätzliche Bedingung bei der Ubertragung deutschen Gebietes war,[16] kündigte die polnische Regierung in Verfolg ihrer konsequenten "Friedensmission" 1934 einseitig auf und verweigerte dem Völkerbund das ihm zugesprochene Recht, die "inneren polnischen Angelegenheiten" zu prüfen. Abgesehen hiervon jedoch betrieb Polen auch schon vor diesem Zeitpunkt "unter dauernder Mißachtung der gegebenen Garantien eine ausgesprochene Unterdrückungspolitik", indem es die Lebensgrundlagen der Volksdeutschen zu zerstören versuchte.[17]
"Ein hoher polnischer Regierungsvertreter in Oberschlesien: ‚Wir polonisieren wieder — in zehn Jahren wird die Sache abgemacht sein‘." [17]
Bezeichnend dafür, wie spannungsgeladen die deutsch-polnischen Beziehungen vor 1933 gewesen sind, ist die Tatsache, daß bis 1923 über eine halbe Million Deutsche ihre Heimat Posen-Westpreußen verlassen mußten und daß nach polnischen Angaben diese Zahl bis 1931 auf eine Million anstieg.[18] Das war - noch v o r der Machtergreifung Hitlers - nahezu die Hälfte der dort ansässigen deutschen Bevölkerung! Bis zum August 1939 sind rund 1,5 Millionen von den insgesamt 2,2 Millionen Deutschen aus dem Korridorgebiet und Ostoberschlesien zur Flucht ins Reich gezwungen worden.[19] Allein in den Sommermonaten 1939 betrug die Zahl der in deutschen Lagern untergebrachten Flüchtlinge bis zum 21. August 1939 = 70.000, wobei jene Flüchtlinge nicht mitgerechnet sind, die privaten Unterschlupf gefunden haben oder auf der Flucht erschossen oder gefangengenommen worden sind.[20]
Ein führender Mann des deutschen Genossenschaftswesens in Westpreußen:
"Der (polnische) Schulunterricht mit seinen Lesebüchern, die Zeitungen, der polnische Rundfunk hatten zwanzig Jahre hindurch Haß gesät." [25]
"Die Grundlage, auf der nach dem Versailler Vertrag die deutsche Minderheit in Polen ihr Leben hätte führen sollen, war ihr damit entzogen (Entschluß der polnischen Regierung, die Organisationen der deutschen Minderheit zu zerstören)."[22]
"Daß diese friedliche Mitarbeit der deutschen Genossenschaften am Aufbau des polnischen Staates von ihm mit Argwohn und einem immer verschärften Druck beantwortet wurde, ist nur ein Ausschnitt aus der Lage der deutschen Minderheit in diesen zwanzig Jahren vom ersten bis zum zweiten Weltkrieg." [22]
"Am fühlbarsten war die verschärfte Haltung des Staates in der Handhabung der politischen Verwaltung, besonders der polizeilichen Aufsicht mit Einschluß des Paßwesens. Hier gab die neue Änderung der Grenzzonenordnung 1934 den Staatsbehörden im erweiterten Grenzgebiet, das nun ganz Pommerellen und den

größten Teil der Wojewodschaft Posen umfaßte, beinahe unbeschränkte Rechte gegen die Staatsbürger, indem u. a. auch der Aufenthalt und das Wohnrecht im Grenzgebiet auf dem Verwaltungswege aufgehoben werden konnten. Diese Bestimmungen wurden 1937 nochmals verschärft und stellten nun auch das bäuerliche Erbrecht in Frage. Schon lange vor dem Kriegsausbruch waren bei der Polizei Formulare gedruckt, mit denen bei Kriegsbeginn allen Deutschen, die ein örtliches Ansehen zu haben schienen oder die der Polizei mißliebig waren, ihre Verhaftung mitgeteilt wurde — die Einleitung zu ihrem blutigen Marsch nach dem Osten Polens." [23]
Es ist kein "Hitler-Faschist", der folgendes schreibt:
"Die polnische Öffentlichkeit ergriff seit 1933 angesichts der nationalen Konsolidierung des gesamten deutschen Volkes eine wachsende Unruhe.
Diese wurde durch eine übertriebene und falsche Berichterstattung, in welche immer wieder Nachrichten über Polenverfolgungen im Reich eingestreut wurden, gesteigert. Neben der Beunruhigung machte sich eine planmäßige Verhetzung der Bevölkerung in Polen breit ...
Mit dem Pressefeldzug um den Zwischenfall auf der Westerplatte hatte die anti-deutsche Stimmung schon im März 1933 einen Höhepunkt erreicht. Die Spannung entlud sich aber nicht in einem stimmungsmäßig vorbereiteten Konflikt mit Deutschland, sondern in Überfällen auf die Deutschen in Polen. Der Druck der öffentlichen Meinung fand hier ein Ventil. Man kann geradezu von einem Schema sprechen, nach welchem solche Deutschenverfolgungen vorbereitet wurden und sich abspielten. Sie waren nicht spontane Äußerungen einer ‚kochenden Volksseele‘, sondern von langer Hand durch die deutschfeindliche Presse und ebensolche Organisationen herbeigeführt." [24]
"Die Einengungspolitik der polnischen Behörden ging weiter, so als ob es keinen Verständigungspakt gegeben hätte." [25]
"Auf dem Gebiet der Volkstumspolitik erschienen die natürlichen Gegensätze so stark, daß sie jedes positive Verhältnis der Staaten zueinander unmöglich zu machen drohten." [26]
"Schon im Frühjahr 1933 hatte der Wojewode (von Ostoberschlesien, Grazynski) mit einer programmatischen Rede im Polnischen Innenministerium die Parole ‚Deutsche ausrotten‘ verkündet. . .
"Die polnische Regierung ließ die (deutschen) Vorschläge unbeantwortet und benutzte den Nichtangriffspakt weiterhin als Deckmantel für eine rigorose Einengungspolitik." [27]
Ein anderes Forschungsergebnis:
"Indem Polen alle Vereinbarungen und Versprechungen des guten Willens, die wiederholt erneuert wurden, ungeachtet der Proteste durch die Vertreter der deutschen Gruppen in Polen oder die Deutsche Regierung, ignorierte, setzte es seine Politik der Übergriffe fort - bis in die letzten Tage seiner Existenz als unabhängige Nation." [28]
Ein Holländer, Louis de Jong, Leiter des Niederländischen staatlichen Institutes für Kriegsdokumentation in Amsterdam, erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg von der UNESCO den Auftrag, die viel zitierte und geheimnisvolle deutsche »Fünfte Kolonne« historisch-wissenschaftlich zu untersuchen. Sein Ergebnis:
"Der polnisch-deutsche Nichtangriffspakt von 1934 hatte keine große Bedeutung. Regierung und Öffentlichkeit in Polen verstärkten ihren Druck auf die Volksdeutschen." [29]
"Es sind keine deutschen Angaben bekannt geworden, die mit der Auffassung im Widerspruch stehen, daß die große Mehrheit der in Polen lebenden Reichsdeutschen und Volksdeutschen bis zum Eintreffen der deutschen Truppen eine passive Rolle

gespielt haben." [30]
"Es fehlen Beweise dafür, daß diese von den Polen gemachten Beobachtungen tatsächlich auf die Aktionen von Volksdeutschen zurückgehen, die auf irgendeine Weise mit deutschen militärischen Operationen Verbindung hatten." [31]
"Im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher wurde eine eidesstattliche Erklärung Bohles verlesen, worin dieser behauptet, weder die Auslandsorganisation noch deren Mitglieder hätten jemals auf irgendeine Weise Befehle erhalten, deren Ausführung als Tätigkeit einer Fünften Kolonne betrachtet werden könnte - und zwar weder von Rudolf Heß, dessen unmittelbarer Untergebener Bohle war, noch von ihm selbst. Auch habe Hitler niemals Weisungen dieser Art erteilt. Bohle gab zu, daß es im Ausland Deutsche gegeben habe, die für Spionagezwecke verwendet worden seien, daß aber dergleichen Arbeit von Franzosen und Engländern auch für deren Geheimdienste ausgeführt worden sei. In jedem Falle habe die Spionagetätigkeit dieser Deutschen niemals etwas mit ihrer Zugehörigkeit zur Auslandsorganisation zu tun gehabt." [32]
"Die von Heß und Bohle vorgebrachten Argumente wurden von der Weltpresse nicht abgedruckt." [32]
Prof. Hans Koch, ein unanfechtbarer Mann des Auslandsdeutschtums, erklärte:
"Kurt Lück, einer der besten Kenner des deutsch-slawischen Verhältnisses, hat ein Lexikon zusammengestellt, in dem auf über 50 Seiten nur Schimpf- und Schmutzlieder der Polen gegen die Deutschen verzeichnet sind; eine Unsumme geradezu pathologisch anmutender überheblicher Lieder, in denen die Deutschen gewöhnlich mit Hunden verglichen werden. Auf deutscher Seite sind Lieder von ähnlich abgrundtiefer Abneigung nicht vorhanden. Bekanntlich haben wir vielmehr eine ganze Reihe von deutschen Liedern, in denen den Polen Sympathie ausgedrückt wird ...
Ebenso gibt es keinen bekannten deutschen Roman oder ein Gedicht vom Marsch auf Moskau, kein deutsches Buch, das vom Marsch auf Warschau sprach. Wohl aber gibt es ein polnisches zweibändiges Werk, 1927 in Thorn erschienen, das vom Marsch auf Berlin handelt ..." [33]
Stellen wir neben diese für Jahrzehnte nachweisbare öffentliche Grundhaltung Polens die Tatsachen, daß in Polen insbesondere in den Vorkriegsjahren Massenversammlungen stattfanden unter dem offiziellen Motto "Auf nach Danzig!", "Auf nach Berlin!"[34] und daß gewisse Kreise des Westmarkenverbandes zur gleichen Zeit forderten, "alle deutschen Männer zu entmannen, damit sich die deutsche Brut in Polen nicht noch vermehre",[33] — so sind für jeden gerecht denkenden Menschen die Grenzen friedfertiger und kriegerischer Politik abgesteckt. Denn in Deutschland hat es in all diesen Jahren nichts Vergleichbares gegeben, vielmehr herrschte hier eine prinzipiell auf Achtung und Anerkennung des östlichen Nachbarvolkes beruhende Grundhaltung!
Die Minderheitenbestimmungen, obgleich im Jahre 1937 nunmehr zweiseitig zwischen Deutschland und Polen vereinbart, wurden von Polen nach wie vor verletzt, wie Außenminister Beck offen eingestand.[36]
"Sogar Minister Beck gibt für diese Zeit - wenn auch in überaus vorsichtiger Formulierung - zu, daß 'die Wojewoden, insbesondere die von Schlesien und Posen, eifrig miteinander wettzueifern' schienen, ‚Maßnahmen zu ergreifen, die zur Regelung der Minderheitenfragen in unseren Westprovinzen wenig geeignet waren ...
Als 'Provokationen' sind doch von den nationalistischen Polen schon die harmlosesten Lebensäußerungen der Deutschen, der Gebrauch der deutschen Sprache usw. bezeichnet worden ..." [37]
1937 erhoben der Senator und Vorsitzende des "Rates der Deutschen in Polen", Erwin

Hasbach, und der Landesleiter der Jungdeutschen Partei in Polen, Rudolf Wiesner, im Sejm erneut Beschwerde:

"Das Deutschtum in Oberschlesien ist nach 15 Jahren Genfer Konvention eine hungernde, arbeitslose und verzweifelnde Volksgruppe. Alles hat man uns genommen, mehr als 80 % sind in Oberschlesien arbeitslos und hungern, unsere Jugend wächst, ohne einen Beruf zu erlernen, heran, gegen unseren Kaufmann und Handwerker führt man eine unerbittliche Kampagne. Sollen wir auch den Boden verlieren? Der Staat und das polnische Volk müßten sich darüber klar sein, daß Armut und Hunger Grenzen erreichen, die man nicht überschreiten darf. Der Worte über die Gleichberechtigung und gleiches Recht auf Arbeit und Brot für alle sind genug gewechselt. Wir Deutsche wollen endlich Taten sehen. Wir sind nunmehr dafür, unsere nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte nur mehr auf innerpolitischem Wege durchzusetzen. Voraussetzung ist allerdings polnischerseits ein Verzicht auf den Vernichtungswillen." [38]

Die von Berlin aus angeregten inoffiziellen Expertengespräche von Verantwortlichen der Innenministerien beider Länder zur Verbesserung des Loses der Minderheiten sowohl im Reich als auch in Polen lehnte die polnische Regierung wiederholt ab.[39]



Der von den Polen verstümmelte 20jährige Apo-Unterwachtmeister Firlus aus Oppeln.
Hier nach der Überführung nach Oppeln



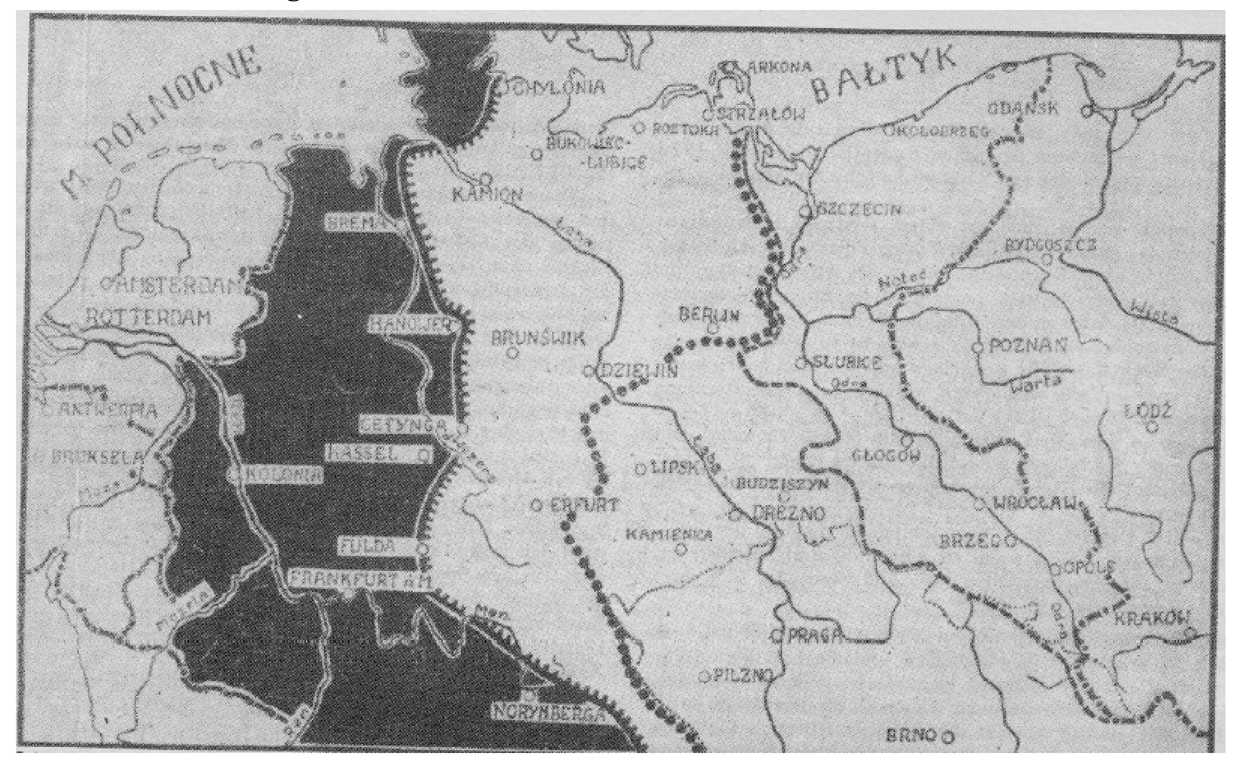


Ermordete Schwangere. Noch im Todeskampf begann die Geburt.

Quellennachweise:

[1] H. E. Jahn "Pommersche Passion" S. 233 - 234 und S. Horak "Poland and her National Minorities, 1919 - 1939" S. 127-132 und B. de Colonna "Poland from the Inside" S. 133 - 139, und K. E. Frhr. v. Türcke "Das Schulrecht der deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa" S. 165 - 280.
[2] Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. 12,13 Dok. 7.
[3] G. Rhode "Die Ostgebiete des Deutschen Reiches" S. 126 und S. Horak "Poland and her National Minorities, 1919 - 1939" S. 136, und R. Breyer "Das Deutsche Reich und Polen 1932 - 1937" S. 51 - 52.
[4] K. Rabl "Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 126 - 127.
[5] "Das östliche Deutschland - Ein Handbuch" S. 496.
[6] B. Schumacher "Geschichte Ost- und Westpreußens" S. 285. -- Die Ankäufe geschahen überwiegend auf Kosten des d e u t s c h e n Besitzes und bedeuteten keine Verdrängung Polnischen Volkstums.
[7] ebenda. -- Dieses Gesetz behielt den Charakter einer bloßen Ermächtigung und ist praktisch nur in vier Fällen im Jahre 1912 zur Anwendung gekommen.
[8] F. Heiß "Deutschland und der Korridor" S. 159.
1918 waren in Posen = 47,8 % des Landes in privater deutscher Hand, 10,9 % im Staatsbesitz; in Westpreußen gehörte 55 % des Landes Deutschen und 20,9 % dem Staat.
[9] B. Schumacher "Geschichte Ost- und Westpreußen?" S. 287.
[10] P. Roth "Die Entstehung des polnischen Staates" S. 136.
[11] K. Rabl "Das Selbstbesrimmungsrecht der Völker" S. 120.
[12] Th. Bierschenk "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939" S. 361.
[13] F. Heiß "Deutschland und der Korridor" ". 243.
[14] H. E. Jahn "Pommersche Passion" S. 235 - 236.
[15] K. Rabl "Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 117.
[16] P. Roth "Die Entstehung des polnischen Staates" S. 57 - 58.
[17] Chr. Höltje "Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919 - 1934" S. 42 und S. Horak "Poland and her National Minorities, 1919 - 1939" S. 65.
[18] Deutsches Weißbuch Nr. II S. 17, Dok. 10.
[19] F. Heiß "Deutschland und der Korridor" S. 224.
[20] Th. Bierschenk "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939" S. 351.
[21] F. Swart "Diesseits und jenseits der Grenze" S. 151.
[22] ebenda S. 150.
[23] ebenda S. 128.
[24] R. Breyer "Das Deutsche Reich und Polen 1932 - 1937" S. 265.
[25] ebenda S. 268.
[28] ebenda S. 299.
[27] ebenda S. 306 und 335.
[28] S. Horak "Poland and her National Minorities, 1919 - 1939" S. 140 - 141.
[29] L. de Jong "Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg" S. 44.
[30] ebenda S. 153.
[31] Die hier zitierten polnischen "Beobachtungen": Markierung der Dächer, Kamine, des Bodens als verabredete Zeichen für die deutsche Luftwaffe; dem gleichen Ziel dienten angeblich Licht-, Rauch- und Spiegel-"signaIe". Besondere Knöpfe, Wolljacken, Halstücher seien Erkennungsmarken für Agenten gewesen; verkleidete Priester und Mönche hätten Geheimsender in Streichholzschachtelgröße betätigt. -- L. de Jong ebenda S. 154.
[32] ebenda S. 138 und 139.
[33] H. Koch in "Der deutsche Osten" - Referate des Ersten Ostseminars der Hochschule für politische Wissenschaften München 1956 S. 28 ,29.
[34] Th. Biersdienk "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939" S. 320 und Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. XVIII.
[33] Deutsche Arbeit 39. Jhg. S. 326.
[36] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc 312.
[37] Th. Bierschenk "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939", S. 363.
[38] R. Breyer "Das Deutsche Reich und Polen 1932 - 1937" S. 318.
[39] Doc. on British Foreign Policy 1919 1939 Vol. IV Doc. 151. + P. Aurich „Der deutsch-polnische September 1939" S. 22 ff.

Polnische Forderungen auf fremdes Territorium



Polen gab sich mit dem Erwerb des "Korridors" und Ost-Oberschlesiens noch nicht einmal zufrieden, was ihm bereits im Jahre 1919 durch die Versailler Hauptmächte den Vorwurf des Imperialismus eintrug.[1]
"Diese Historiker sahen den durch den gleichzeitigen Zusammenbruch der drei Teilungsmächte 1918 entstandenen polnischen Staat als eine vorläufige Lösung an. In ihr'historisches Polen' bezogen sie weite Gebiete im Westen und Osten ein, die außerhalb der bestehenden Grenzen lagen." [2]
Die polnische Staatskonzeption sah die territoriale Ausdehnung nach Westen als lebenswichtig an, weil sie die Rohstoffbasis vergrößere und Polen den Status einer führenden Großmacht Europas sichere. Die polnischen Forderungen nach 1918 waren maßlos. Sie schlossen Ostpreußen, Danzig, Oberschlesien, Teile Mittelschlesiens und die "Oder Gebiete" ein. Diese phantasievollen Ambitionen haben schon in zahlreichen Denkschriften der polnischen Agitatoren Sosnowski, Dmowski und Paderewski bzw. den Denkschriften des 1917 in Paris gegründeten polnischen Nationalkomitees sowie der polnischen Friedensdelegation in Versailles, deren Hauptvertreter Dmowski und Paderewski waren, politische Gestalt angenommen.
Forderten Anhänger der Politik Dmowskis bereits zu Beginn des Ersten Weltkrieges in einer Moskauer Vortragsveranstaltung die Inbesitznahme Ostpreußens, Posen-Westpreußens, Oberschlesiens und zweier Kreise des Regierungsbezirkes Breslau durch Polen,[3] so bestand Roman Dmowski in einer Abhandlung vom Juli 1917 auf der Einverleibung Oberschlesiens,[*] eines kleinen Teiles von Mittelschlesien, der Provinz Posen,[*] Westpreußen,[*] der Kreise Lauenburg und Bütow von der Provinz Pommern und Ostpreußens.[4] Zwei Alternativen stellte er den westlichen Politikern in dieser Denkschrift vor:
"Entweder werde die Zukunft von zwei Millionen Deutschen in Ostpreußen auf Kosten von 25 - 30 Millionen Polen sichergestellt. Von diesen zwei Millionen sei aber noch ein beträchtlicher Teil nur deutsch der Sprache nach; viele von ihnen wüßten noch, daß sie polnischer oder litauischer Abstammung seien und ständen sogar oft den

Deutschen feindlich gegenüber.
Die andere Möglichkeit sei, daß Polen seinen Staat innerhalb der vorgeschlagenen Grenzen errichte, 'wodurch der oben erwähnte eingedeutschte Streifen Landes von Deutschland getrennt, auf den Weg einer schnellen ökonomischen Entwicklung geleitet und zugleich für polnische Einflüsse und für polnische Einwanderung geöffnet wird. Es ist nicht schwer zu urteilen, welche der beiden Lösungen menschlicher und mehr in Übereinstimmung mit der Gerechtigkeit ist'." [4]
Was im Namen dieser "Gerechtigkeit" mit der ostpreußischen Bevölkerung geschehen sollte, wurde in der polnischen "Sachverständigen-Denkschrift" vom März 1919, die der Friedenskonferenz vorgelegt wurde, deutlich ausgesprochen:
"Die territoriale Isolierung Ostpreußens, dieses Herdes des preußischen Militarismus, ist notwendig für einen dauernden Frieden und muß zu einer freiwilligen und fortschreitenden Entdeutschung (,degermanisation') dieses wichtigen strategischen Gebietes führen, von welchem aus die preußische Dynastie ausgezogen ist, um die Welt zu erobern." [5]
Auch für die Forderung auf Einverleibung Danzigs in das neue Polen fand Dmowski Argumente, nachdem er die Geschichte dieser deutschen Stadt total verfälscht hat:
"Das heutige Danzig ist deutsch; aber unter normalen Bedingungen, das heißt: unter Bedingungen einer natürlichen ökonomischen Entwicklung, wird es unweigerlich eine polnische Stadt werden." [6]
Noch deutlicher sprach sich Dmowski in der genannten "Sachverständigen-Denkschrift" vom März 1919 aus:
"Die Germanisierung Danzigs ist oberflächlich, und sobald die Polen das Recht haben werden, sich in der Stadt niederzulassen, wird sie wieder polnisch werden (redeviendra polonaise) wie Krakau und andere Städte in Polen, die in einer gewissen Epoche eine deutsche Majorität gehabt haben..." [7]
Bis zur Mitte des Jahres 1918 stießen die polnischen Ambitionen allerorten auf Widerstand und Kopfschütteln. Dmowski schrieb hierüber selbst:
"Im Westen Europas hatten sich nicht nur Politiker, sondern auch Männer der Wissenschaft, Geographen, Statistiker so in den Gedanken eingelebt, daß die Küste der Ostsee bis hinter die Mündung des Njemen deutsch sei und nur deutsch sein könne, daß, als ich begann von unseren territorialen Forderungen an der baltischen Küste zu sprechen, sie sich die Augen rieben und mich wie einen Menschen ansahen, der nur halb bei Bewußtsein war. Und das dauerte fast drei Jahre lang.
Die Menschen befreien sich nur schwer von eingewurzelten Anschauungen. Noch im Frühling 1918 sagte mir ein hochgestellter französischer Diplomat, der sich viel mit der polnischen Frage beschäftigte:
,Aber das wäre ja ein Wunder, mein Herr, wenn das einträte, was Sie sagen, wenn das Territorium Ihres Staates bis an die Ostsee reichte!"
'Vielleicht wäre das ein Wunder', erwiderte ich, 'aber dieses Wunder muß geschehen, wenn sowohl Sie als auch wir als unabhängiges Volk bestehen sollen'...
Wenn wir dieses Stückchen Ostseeküste bekommen haben, so geschah dies nur dank dem Umstande, daß der Krieg so lange dauerte, bis wir Zeit hatten, die entsprechenden Faktoren in dieser Frage zu überzeugen und vor allem genaue Nachrichten über den wirklichen Stand der Dinge in Pommerellen zu verbreiten." [8]
Daß Polen und Frankreich im Rahmen der Völkerbundsmächte *"die gegebenen Vollzugsorgane"* gegenüber Deutschland sein sollten, leuchtete zwar Präsident Wilson wie viele andere Argumente der Polen nicht ein,[9] doch hinderte dies alles nicht, daß Dmowski's Denkschrift vom 8. 10. 1918 nicht nur dem US-Präsidenten sowie der Versailler Friedenskonferenz vorgelegt, sondern auch ernstlich diskutiert wurde — obwohl nach diesen Vorschlägen das neue Polen noch nicht 50 % polnischstämmiger

Bewohner aufwies.[10] In dieser Denkschrift wurde Ostpreußen als "im mittelalterlichen Zustand befindlich" bezeichnet, wo "die bäuerliche Masse nach Sklavenart behandelt und im Geiste der Knechtschaft erzogen wird". Soll auch dort "sozialer und politischer Fortschritt" Eingang finden, so müsse nach Dmowski — und diese seine Denkschrift ist im Namen des polnischen Nationalkomitees übergeben worden! — Ostpreußen an Polen fallen.[11]
Der Hinweis auf die Wahlstimmen der 4 Millionen Amerika-Polen tat ein übriges,[12] wenn die Polen damit auch noch nicht ihr Spiel bei allen westlichen Partnern gewonnen hatten.
"Aber die herrschende Klasse Polens und die polnischen Intellektuellen erstrebten die Wiederherstellung eines Polens in den Grenzen von 1772. Diese Grenzen waren in keiner Weise identisch mit ethnischen (Völker-) Grenzen, und ein Staat innerhalb solcher Grenzen würde kein Nationalstaat sein.
Das historische Polen war kein Nationalstaat, sondern ein Viel-Völker-Reich, das im Verlauf von Jahrhunderten erstand, als das Dogma des Nationalismus, wie man es in moderner Zeit versteht, nicht existierte." [13]
So ist der britische Außenminister Balfour auch den Franzosen mit der Erklärung energisch entgegengetreten:
"Ich habe diesen Vorschlag mit Besorgnis gehört; das Polen von 1772 soll nach Ihren Aussagen das von 1918 werden. Dazu haben wir uns nicht verpflichtet. Wir haben uns verpflichtet, einen aus Polen (Polonais) bestehenden polnischen Staat zu schaffen. Der Staat vom Jahre 1772 entsprach nicht diesem Ziele." [12]
Gerade dieser Sachverhalt verdeutlicht, daß "sich nirgends in der völkerrechtlichen Literatur einschließlich der polnischen die Behauptung findet, das heutige Polen (nach 1918) sei die Wiederherstellung des alten Polenreiches",[14] wäre doch auch die langatmige Auseinandersetzung über die "Unabhängigkeit Polens" in den Jahren 1917 - 1923 überflüssig, ja unsinnig gewesen, hätte man lediglich den früheren polnischen Staat wiederherstellen wollen.
"Es ist sicher, daß die wirklichen Polen von einem Eroberungsfieber befallen sind, daß sie, weit entfernt, Grenzen zu revidieren, deren Aufrechterhaltung sich als unmöglich herausgestellt hat, nur an neue Eroberungen denken." [15]
Immer wieder klang in Polen nach 1919 die Forderung auf Revision von Versailles durch, worunter die polnischen Politiker aber lediglich die Realisierung weiterer Ansprüche, vornehmlich auf Ostpreußen und Danzig verstanden: Roman Dmowski, der maßgebliche polnische Agitator in Versailles, erklärte 1923:
"Ich habe nicht für Polens Wiederkehr gekämpft — denn sie war selbstverständlich —, wofür ich gekämpft habe, war die Schaffung eines Groß-Polen. Das heutige Polen ist nicht klein, aber wir müssen uns alle vor Augen halten, daß es nur eine Anzahlung auf ein wirkliches Groß-Polen ist. Polen ist noch kein großes Gesamtreich, aber es muß sich zu einem solchen ausdehnen, wenn sein Bestand je fest werden soll." [16]
Roman Dmowski stand nicht allein. Staatspräsident Wojciechowski unterstrich die Forderung auf zusätzliche Gebiete zwecks Schaffung eines Großpolen.[16] Im gleichen Jahr 1923 hatte der polnische Kultusminister Stanislaus Grabski in seiner Schrift "Bemerkung über den gegenwärtigen historischen Augenblick Polens" die Expansion Polens nach Norden zum obersten Gesetz der polnischen Außenpolitik erhoben. Ihr Ziel sollte sein
"die Verstärkung der Elemente des Sieges in dem nicht beendeten Kampf mit Deutschland. ...
Um das Ostseeufer wird Polen früher oder später mit Deutschland zusammenstoßen....
Das polnische Volk kann das Ergebnis der Volksabstimmung in Masuren nicht als

letztes Urteil der Geschichte anerkennen. . . . Der Bestand der Republik wird erst dann dauerhaft gesichert sein, wenn wir in dem unvermeidlichen Kampf mit Deutschland siegen." [17]
Die Rechtsparteien Polens, insbesondere die Nationaldemokraten, lehnten eine Grenzrevision nach den ethnographischen Grundsätzen schon deshalb ab, weil Versailles ihnen nicht alle Territorialforderungen erfüllt hatte. Aber auch die Mitte und die Linke waren dazu nicht bereit.[18] Die nationaldemokratische Partei Polens hielt dieses panslawistische Expansionsprogramm, das bereits Mitte August 1914 zwischen dem russischen Außenminister Sasonov und Dmowski als russisch-polnisches Kriegsziel abgesprochen und während des Ersten Weltkrieges von den Westmächten gebilligt worden war,[19] in den Jahren zwischen 1919 - 1939 wach. Dmowskis Parteifreund Giertych schrieb über Versailles:
"Polen erhielt im Versailler Vertrag mehr Deutschland entrissene Gebiete, als — in Europa — alle übrigen Staaten zusammen, einschließlich Frankreichs....
Wenn irgend jemand den Versailler Vertrag als seinen großen politischen Triumph ansehen kann, so niemand anders als Polen....
Ohne Übertreibung können wir feststellen, daß neben der Union mit Litauen im Jahre 1386 der Versailler Vertrag der größte Erfolg der polnischen Diplomatie im Laufe unserer tausendjährigen Geschichte ist.... Versailles ist seit dem 17. Jahrhundert der einzige politische Sieg in unserer Geschichte." [20]
Und Roman Dmowski hielt in einer Rede in Posen 1923 die "Geschenke der Koalition an den Grenzen im Westen, wo Polen nichts seiner eigenen Kraft verdankt",[21] lediglich für "ein kleines Angeld auf ein wirklich großes Polen".[20] Seine nationaldemokratische Doktrin ging nicht etwa davon aus, für Polen zu fordern, was polnisch war, sondern davon
"daß Polen nur so viel fordern solle, wie es polonisieren könne." 22)
Die polnische Zeitung "Dzien Polski" schrieb 1923:
"Die Besitzergreifung des Memellandes sei die Probeaktion auf die einmal unabwendbar kommende Besitzergreifung Ostpreußens durch Polen." [23]
"Gazeta Gdansk" am 9. 10. 1925:
"Polen muß darauf bestehen, daß es ohne Königsberg, ohne ganz Ostpreußen nicht existieren kann. Wir müssen jetzt in Locarno fordern, daß ganz Ostpreußen liquidiert werde. Es kann eine Autonomie unter polnischer Oberhoheit erhalten. Dann wird es ja keinen Korridor mehr geben. Sollte dies nicht auf friedlichem Wege geschehen, dann gibt es wieder ein zweites Tannenberg, und alle Länder kehren dann sicher in den Schoß des geliebten Vaterlandes zurück." [24]
Ein hoher polnischer Generalstabsoffizier, H. Baginski, definierte in einem von der "Polnischen Kommission für internationale intellektuelle Zusammenarbeit" preisgekrönten Buch, erschienen in Warschau 1927, die Hauptziele der polnischen Außenpolitik: Annexion von Danzig, Ostpreußen sowie des größten Teiles von Schlesien.
"Solange wird nicht Friede in Europa herrschen, bis nicht die polnischen Länder vollkommen an Polen zurückgegeben sein werden, solange nicht der Name Preußen, der ja der Name eines nicht mehr vorhandenen Volkes ist, von der Karte Europas getilgt sein wird und solange nicht die Deutschen ihre Hauptstadt von Berlin weiter nach Westen verlegen, zur ehemaligen Hauptstadt Magdeburg an der Elbe oder Merseburg an der Saale, solange sie nicht zu dem alten Namen des Deutschen Reiches zurückkehren und solange sie nicht aufhören, von der Berichtigung der Grenzen im Osten' zu träumen." [25]
Der französische Professor für Slawistik, René Martel, im Jahre 1929:
"Alle polnischen Anregungen klingen im letzten Grunde in Erweiterungspläne aus.

Weit davon entfernt, die Frage des Korridors in einem für Deutschland günstigen Sinne beilegen zu wollen, träumt man in Polen davon, dieses Gebiet zu verbreitern, indem man unter einer Form oder unter einer anderen Danzig und Ostpreußen annektiert." [25]
Die ja ebenfalls staatlich zensierte, Pilsudski nahestehende Zeitschrift "Mocarstwowiec" - "Die Liga der Großmacht" - schrieb im Jahre 1930:
"Wir sind uns bewußt, daß Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht vermieden werden kann. Wir müssen uns systematisch und energisch für diesen Krieg vorbereiten. Die heutige Generation wird sehen, daß ein neuer Sieg bei Grunwald (Anspielung auf die Schlacht bei Tannenberg 1410) in die Seiten der Geschichte eingeschrieben wird. Aber wir werden dieses Grunwald in den Vorstädten von Berlin schlagen. Unser Ideal ist, Polen mit Grenzen an der Oder im Westen und der Neiße in der Lausitz abzurunden und Preußen vom Pregel bis zur Spree einzuverleiben. In diesem Krieg werden keine Gefangenen genommen, es wird kein Platz für humanitäre Gefühle sein. Wir werden die ganze Welt mit unserem Krieg gegen Deutschland überraschen." [26]
Mit Recht ergänzt der britische Publizist:
"Solche Prahlereien und Drohungen sind natürlich nicht vom ganzen polnischen Volk ausgestoßen worden. Im Gegenteil, der einfache Mann auf der Straße in Polen ist definitiv gegen die Idee eines Kampfes für eine neue Grenze und ganz für den Frieden. Aber da gibt es ein Element in Polen, das fordert, daß Deutschland geteilt werden sollte." [26]
Im Jahre 1930/31 wurde im Sejm eine amtliche Denkschrift "Ziele der polnischen Außenpolitik" des Auswärtigen Amtes in Warschau veröffentlicht, in der Oder und Sudeten als zu erstrebende Westgrenze bezeichnet wurden.[27]
"Der Zeuge K. Graebe war von 1922 - 1936 ununterbrochen Abgeordneter des polnischen Sejms. Er ist in Karniszewo, Krs. Gnesen, Bez. Posen geboren ... - Der Zeuge betont, wie sich seit der Gründung des polnischen Staates der deutsch-polnische Gegensatz von Jahr zu Jahr verschärfte, und daß daran besonders die scharfe und teilweise terroristische Haltung der Polen gegenüber der großen deutschen Minderheit die Schuld trug ...
Es steht auch außer Zweifel, daß Polen von Anfang an eine aktive anti-deutsche Politik getrieben hat, die mit den von Deutschland abgetrennten Gebieten unzufrieden war.
Ich kenne aus jener Zeit - es muß etwa im Jahre 1931 gewesen sein - eine amtliche Denkschrift des polnischen Auswärtigen Amtes mit dem Titel'Ziele der polnischen Außenpolitik', die in ganz genauen Angaben von der erstrebten Expansion nach Westen handelte. In dieser Denkschrift wurde als zu erstrebende Westgrenze schon damals die Oder-Neiße-Linie bezeichnet. ... Meine Kollegen und ich faßten den Inhalt dieser Denkschrift als eine außerordentliche Bedrohung Deutschlands auf und befürchteten bei der feindseligen Haltung der Polen schon damals eine kriegerische Auseinandersetzung." [28]
Die polnischen Nationalisten forderten zusätzlich Memel und litauisches Gebiet, dazu sogar noch tschechische und slowakische Besitzungen.[29]
"Die polnische Presse begnügte sich nicht nur mit der Ablehnung jeglicher Forderung nach Abänderung der Grenzen zugunsten Deutschlands, sondern propagierte die Notwendigkeit der'Rückgabe aller polnischen Gebiete an Polen'. So können wir beispielsweise im'Kalendarz Morski' (Gdingen) lesen, daß das polnische Volk'mit aller Entschiedenheit die Rückgabe Ostpreußens' fordern muß, und falls das nicht geschehen würde,'wird eines Tages die Welt inmitten unerhörten Kriegsgetöses erwachen'.

Das Ergebnis der Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen von 1920 wurde bei allen Gelegenheiten als die wahren Verhältnisse verfälschend scharf angegriffen. Polen könne auf seine'uralten Rechte' nicht verzichten. ..." [30]
Der polnische Außenminister Oberst Beck im Jahre 1932:
"Polen könne sich nicht einmal mit dem Status quo zufrieden geben." [31]
Der stellvertretende polnische Generalkommissar in Danzig, Lalicki, im Jahre 1932:
"Wir können heute den Tag und die Stunde nicht nennen, an welchem der Versailler Friedensvertrag korrigiert wird. Nicht nur die Polen aus Danzig, sondern auch die von germanischem Haß geknechteten Brüder in Ostpreußen kehren wieder in den Schoß des Vaterlandes zurück. Es kommt der Tag - ja, er ist schon angebrochen -, daß Danzig dem Vaterlande zurückgegeben wird." [32]
Auch im Jahre 1939 beteiligten sich - abgesehen von der zensierten Presse, die ohnehin schon auf diese Tonart abgestimmt war - wiederholt Mitglieder der polnischen Regierung an der Steigerung der Kriegshetze und Propagierung dieser territorialen Forderungen. "Revanchismus" und "Kriegshetze" warf ihnen dabei leider niemand vor, und ein Gesetz zur Verhinderung von "Völkerhetze und Rassenwahn" gab es in Polen ebenfalls nicht.
"Am Himmel hingen graue Wolken, es war kühl an diesem März-Sonntag 1939. Auf dem Bromberger Elisabethmarkt stand eine dichte Menschenmenge. Viele Uniformen mit vielen Orden: der polnische Verband der Kriegsteilnehmer und Aufständischen und der Westmarkenverband hatten eine Kundgebung einberufen. Fahnen, Gebete, Reden. Als der Satz fiel:'Wir wollen Oppeln und Königsberg haben!', hörte der Beifall nicht auf.'Wir geben das Land nicht her, aus dem unser Geschlecht stammt', sang die Menge. Schon die Kinder in der Schule lernten damals die'Rota', das die polnische Dichterin Maria Konopnicka schrieb, ein Haßlied auf die Deutschen. Gleich nach dem Vaterunser und der Nationalhymne.'Die Deutschen werden uns nicht ins Gesicht speien!' hallte es über den Platz. Ein katholischer Priester sprach seinen Segen, die Fahnen senkten sich, die Menge kniete nieder, die Glocken der Elisabethkirche läuteten. Dann formierte sich ein Umzug. Eine halbe Stunde später versuchten polnische Polizisten die Schaufensterscheiben deutscher Geschäfte in den Hauptstraßen vor dem blinden Eifer der Demonstranten zu schützen. Sie standen mit ausgebreiteten Armen davor und gaben sich ehrlich Mühe, die Menge zurückzudrängen. Sie taten ihre Pflicht. Aber es half nicht viel.
Ein oder zwei Tage vorher hatte in der Zeitung gestanden, daß Großbritannien der Regierung in Warschau weitgehende Garantien gegeben hatte ..." [33]
Am 3. 6. 1939 erklärte der polnische Vizepremierminister Kwiatkowski auf der Eröffnungssitzung des Wirtschaftsrates für Pommerellen:
"Pommerellen ist und bleibt Polens Verbindung mit der Welt." [34]
Gleichermaßen der Sozialfürsorgeminister Koscialkowski am 4. 6. 1939 in Ciechocinek anläßlich einer Pilsudski-Gedenkfeier:
"Der Besitz Pommerellens ist die unentbehrliche Voraussetzung für Polens wirtschaftliche Blüte und politisches Gedeihen.. .. Für den Fall, daß Polen der Kampf aufgedrungen würde, ist die Rückkehr jener urpolnischen Gebiete, die schon längst zu Polen gehören sollten, das Ziel dieses Ringens." [34]
Neben unzähligen Presseberichten und Äußerungen maßgebender Sprecher der polnischen Öffentlichkeit, die in gleich aggressivem Eifer vorgebracht wurden, untermauerten insbesondere fünf Bücher diese Geisteshaltung:
"Sie (diese Bücher) wollten die Erinnerung an den'historischen Anspruch' Polens auf diese Gebiete (Danzig, Ostpreußen, Schlesien und Pommern) wachrufen und erreichten durch ihre geschickte Aufmachung wenigstens zum Teil ihren Zweck." [35]
Das 1. dieser Bücher:

Consulibus "Erfahrungen und Irrtümer unserer auswärtigen Politik im Hinblick auf die Aufgaben der Gegenwart" Warschau 1926. Inhalt: geforderte Aufteilung Ostpreußens zwischen Polen und Litauen sowie Oberschlesiens zwischen Polen und der Tschecho-Slowakei.
Das 2.
Melchior Wankowicz "Auf den Spuren des Smentek" Warschau 1936.
Inhalt: Eine Reise durch Ostpreußen, welche die angebliche Unterdrückung der Masuren, die ihrerseits schon nahezu völlig von Polen entfremdet worden seien, offenbart.
Das 3.
J. Kilarski "Gdansk" Posen 1937.
Inhalt: In dieser als ehemals polnisch ausgegebenen Stadt Danzig warte die Bevölkerung angeblich nur auf die Befreiung von der deutschen'Übertünchung'.
Das 4.
Stanislaw Wasylewski "Im Oppelner Schlesien" Kattowitz 1937.
Inhalt: Ziel und Zweck dieses Buches sei - nach dem Verfasser -, die polnische Öffentlichkeit mit einem wenig beachteten Stück Erde bekannt zu machen, das Polen jahrhundertelang vernachlässigt und vergessen habe.
Das 5.
Józef Kisielewski "Die Erde bewahrt das Vergangene" Posen 1939.
Inhalt: "Wir waren an der Elbe, man hat uns hinter die Oder gedrückt" ... "Günstige Winde beginnen in unsere Segel zu blasen. Nach sehr langer Ungnade" ...
"Diese repräsentativsten Stimmen waren von einem Chor weniger auffälliger mündlicher und schriftlicher Äußerungen begleitet, dessen Stärke zunahm, je mehr sich das deutsch-polnische Verhältnis verschlechterte. Im Jahre 1939 hieß es auf einem Flugblatt des Vorbereitungsausschusses zur »Grunwald-Feier« (zum Andenken an die Schlacht von Tannenberg 1410) in Bielitz unverblümt:'Wir werden zurücknehmen, was uns der Deutsche weggenommen hat an der Elbe, Oder und Weichsel'!" [33]
"Tempo Dnia" wußte am 30. Juli 1939 bereits "die polnischen Friedensbedingungen nach dem nächsten Kriege" dahingehend zu spezifizieren, daß Ostpreußen, Oberschlesien sowie Pommern bis Kolberg an Polen fallen werden.[36]
In polnischen Städten wurden 1939 annexionistische Landkarten als Plakate mit rot-weißen Fahnen auf deutschen Städten bis nach Stettin angebracht.[37] Der »Ilustrowany Kurier" vom 29. 6. 1939 übte Kritik an der Grenzziehung von 1919: da diese unfair gegen Polen gewesen sei, regte er an, bei nächster Gelegenheit diese polnische Westgrenze zu verbessern.[37] In London war bekannt, daß Polen die ehemaligen deutschen Kolonien zu übernehmen hoffte.38)
"Häufig wurden auch Karten abgebildet, die z. B. die polnische'Westgrenze' zur Zeit des Königs Boleslaw Chrobry oder unter Boleslaw Schiefmund wiedergeben sollen - vielfach, nicht ganz getreu den historischen Feststellungen, bis zur Elbe oder Saale reichend. Sogar im militärgeographischen Institut in Warschau wurde wenige Jahre vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges'ein riesiges Wandgemälde enthüllt, das darstellte, wie Boleslaw Chrobry (nach der Sage) in der Saale Grenzpfähle einschlagen läßt." [39]
Die polnischen Forderungen auf deutsches Land waren jedoch keine Einzelerscheinung. Das im April 1926 fixierte offizielle Programm des polnischen Westmarkenverbandes forderte eine Grenzziehung Polens von der Oder einschließlich Stettin im Westen bis zur mittleren und unteren Düna einschließlich Riga im Osten.
"Um die gleiche Zeit (1926) wurde in einer Schrift, deren Verfasser sich'Consulibus' nannte, die Aufteilung Ostpreußens zwischen Polen und Litauen und die Aufteilung

Oberschlesiens zwischen Polen und der Tschechoslowakei propagiert. Aber auch außerhalb der schützenden Anonymität von Manifesten und Schriften bekannten sich einflußreiche Politiker zu solchen Gedanken." [39]
Während Polen mit seiner Grenzziehung von 1921 (Friede zu Riga zwischen den Polen und den Bolschewiki) ohnehin schon 7 Millionen Ukrainer und 2 Millionen Weißrussen in seinen Staatsverband eingegliedert hatte, waren die Träume von einem großpolnischen Reich zwischen den drei Meeren - Nordsee, Schwarzes Meer, Adria -, der "geopolitischen Region Polens" noch nicht ausgeträumt. Das polnische Magazin "Nasza Przyszlosc" schlug im Sommer 1939 eine polnisch-japanische Grenze am Ural vor. Polnische Landkarten mit Staatsgrenzen bis zur Wolga und analoge Publikationen sowie Äußerungen namhafter Polen waren keine Einzelaktionen.[39] Die großpolnischen Vorstellungen von der Einverleibung der Ukraine bis einschließlich Kiew und einer territorialen Verbindung zum Schwarzen Meer waren 1939 in polnischen Regierungskreisen gleichermaßen lebendig wie im Jahre 1919/20.[40]
"Beck machte kein Geheimnis aus dem Tatbestand, daß Polen Aspirationen auf die sowjetische Ukraine hatte, als Ribbentrop Warschau am 1. 2. 1939 besuchte." [41]
Polen besaß bis zu diesem Jahr als einzige Macht einen Generalplan zur Schwächung der Sowjetmacht.[42]
Die polnischen Regierungen haben jahrelang diese Tendenzen geduldet, ermutigt, unterstützt, vertreten. Keine einzige dieser Forderungen ist hergeleitet worden aus der angeblichen Notwendigkeit, der nationalsozialistischen Herrschaftsform in Deutschland Widerstand zu leisten, auch nicht aus der Außenpolitik des Dritten Reiches. Die "piastische Idee" der Westexpansion war ebenso rein polnisches Gedankengut wie die Nord- und Ostexpansion.[43] Nachweislich war das Ziel der polnischen Öffentlichkeit vor und nach 1933 genau das gleiche: die ostdeutsche Bevölkerung zu vertreiben, zu verdrängen.
"Die Polen versuchten, die Deutschen systematisch zu vertreiben ... Schon 1933 gab es Augenblicke, von denen ein erfahrener amerikanischer Beobachter schrieb, 'die Spannung scheine zu groß, als daß sie noch länger ertragen werden könne'." [44]
Polen hat von seiner erneuten Gründung im Jahre 1916 bzw. 1918 bis 1939 mit jedem seiner Nachbarn (außer Rumänien) Krieg geführt oder vor dem Krieg gestanden. Von der 5.147 km langen polnischen Grenze blieben fast 4.000 km umstritten.
Deutschland war ungeachtet der schmerzenden Wunden in diesen 20 Jahren der einzige Nachbar, mit dem Polen zeitweilig in freundschaftlichen Beziehungen lebte - in der Hitlerzeit! In der allseits anerkannt "friedliebenden" Stresemann-Ära betrieb Polen ebenso wie vorher und nachher eine rege deutsch-feindliche Politik. Die zeitweilige Freundschaft mit dem Dritten Reich war freilich auch nur möglich, weil Hitler nicht auf die Revision der ungerechten Versailler Bestimmungen drängte und bereit war, "die deutschen Interessen in Danzig zeitweilig aufzugeben, um Polen dadurch für sich zu gewinnen".[45]
Roman Dmowski erklärte in seinen Memoiren, US-Präsident Wilson habe die einzelnen Fragen des Problems gar nicht verstanden, kein Gefühl für europäische Politik gehabt und sich in die Vorstellung verrannt, alles könne auf der Grundlage des internationalen Rechtes gelöst werden.[46] Internationales Recht war von der polnischen Führung in den Jahren 1919 -1939 nicht gefragt. Man berauschte sich an anderen Vorstellungen, ging von anderen Grundlagen aus. Der britische Schriftsteller und Historiker W. Wheeler-Bennett spottete mit Recht: Polen habe eine Politik betrieben wie ein Kanarienvogel, der sich beständig, aber vergeblich bemühte, zwei Katzen zu verschlingen.[46]
Und der polnische Botschafter in London, Raczynski, beschrieb diese Politik in seinen Memoiren:

"Pilsudski wußte sehr gut, wieviel Polen den siegreichen Alliierten des ersten Krieges verdankte. Er war weder blind gegenüber der Stärke der westlichen Mächte noch gegenüber dem Tatbestand, daß ihr eigenes Interesse sie veranlaßte, Polen zu helfen, einen Platz an der Sonne zu bekommen, trotz des Druckes von seinen Nachbarn in Ost und West. Aber er war mehr geneigt, sich auf seine eigenen Quellen zu verlassen als auf den guten Willen von Alliierten, die näher kennenzulernen ihm entweder die Mittel oder die Neigung fehlten. Darüber hinaus litten Pilsudski und besonders jene von seinen Schülern, die nach ihm an die Macht kamen, vielleicht unbewußt, an einem Minderwertigkeitskomplex. In ihren Augen war es lebenswichtig, ihre Landsleute von ihrer mutmaßlichen unterwürfigen und ehrerbietigen Haltung Ausländern gegenüber zu heilen, die sich aus unkritischer Bewunderung für deren materielle und kulturelle Überlegenheit ergab. Dieser Geisteszustand Pilsudskis und seiner Nachfolger brachte die sogenannte'Großmachtpolitik' hervor. In den Tagen des Marschalls war dies ohne Zweifel von der politischen Kalkulation her gerechtfertigt; aber nach seinem Tod degenerierte er zur schädlichen Einbildung, die die unmittelbare Existenz des Polnischen Staates bedrohte." [47]
Diese Erkenntnis hinderte Raczynski jedoch nicht, der gleichen, auf Expansion und Großmachtpolitik ausgerichteten Mentalität zu huldigen, deren er seine Führung bezichtigte. Dies geht eindrucksvoll aus seinem offenen Brief an Lloyd George vom 25. 9. 1939 hervor. In diesem Brief warf er Lloyd George vor, im wesentlichen für die polnische Niederlage verantwortlich zu sein, weil er im Jahre 1919 Polen eine nicht zu verteidigende Grenze zugesprochen[48] und "eine Entmilitarisierung Ostpreußens und die Wiederherstellung der historischen Union Danzigs mit Polen verhindert" habe.[49]
Daß die polnische Führung im Frühjahr 1939 Ansprüche auf Kolonien stellte und diese mit der britischen Regierung abzusprechen gedachte[50] und daß Lord Halifax drei Wochen später die vorbehaltlose Garantie gegen Deutschland in Kenntnis dieser Expansionsbestrebungen Polens - oder gerade deswegen? - gab, sei nur am Rande vermerkt.
"Die Tatsache, daß das wahre politische Ziel der herrschenden polnischen Klasse keineswegs nationalistisch, sondern imperialistisch war, daß es die Herrschaft Polens über große Bevölkerungsgruppen fremder Abstammung einschloß, ist in Westeuropa niemals genügend verstanden worden." [51]

Quellennachweise:

[1] E. Viefhaus "Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutz-Verträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919" S. 200.
[2] H. Laeuen "Polnische Tragödie" S. 11 (gemeint sind die polnischen Historiker).
[*] außer einem kleinen Gebiet im Südwesten bzw. Westen.
[3] W. Recke "Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 296.
[4] ebenda S. 300.
[5] ebenda S. 328.
[6] R. Dmowski "Polnische Politik" poln. S. 491.
[7] W. Recke "Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 327.
[8] R. Dmowski "Polnische Politik" poln. S. 200.
[9] W. Recke "Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 314.
[10] P. Roth "Die Entstehung des polnischen Staates" S. 44.
[11] W. Recke "Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik" S. 318 - 319.
[12] ebenda S. 320 und 322.
[13] H. Seton-Watson "Eastern Europe between the Wars 1918 - 1941" S. 320.
[14] P. Roth "Die Entstehung des polnischen Staates" S. 58.
[15] F. Grimm "Frankreich und der Korridor" S. 92.
[16] Chr. Höltje "Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919 - 1934" S. 136

zitiert eine Rede des Reichsaußenministers J. Curtius.
[17] H. Laeuen "Polnische Tragödie" S. 313.
[18] H. Roos "PoIen und Europa" S. 4.
[19] O. Wagner "Der slawische Vorstoß nach dem deutschen Osten" S. 31.
[20] ebenda S. 36 zitiert: J. Giertych "Pól wieku Polskiej"; 1947 (ein halbes Jahrhundert polnischer Politik) und R. Dmowski "Polityka Polski i odbudowanie Panstwa" Hannover 1947 (Die Politik Polens und der Wiederaufbau des Staates).
[21] ebenda S. 11 Instruktionen Marschall Pilsudskis an den 1919 nach Paris entsandten Außenminister Wasilewski.
[22] H. Laeuen "Polnische Tragödie" S. 298.
[23] K. S. v. Galera "Geschichte unserer Zeit" Bd. VI S. 172.
[24] Chr. Höltje "Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919 - 1934" S. 84.
[25] ebenda S. 137 und 141. Zitiert: René Martel "Deutschlands blutende Grenzen".
[26] B. de Colonna "Poland from the Inside" S. 90.
[27] H. Roos "Polen und Europa" S. 39.
[28] Krupp-Prozeß Verteidigungidokumentenbuch 2 a Nr. 133.
[29] Chr. Höltje "Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919 - 1934" S. 13.
[30] ebenda S. 157 - 158.
[31] H. Roos "Polen und Europa" S. 35.
[32] Chr. Höltje "Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919 - 1934" S. 137.
[33] West-Östliche Begegnung Heft 6, August /September 1959 S. 11 Dokumentation Karl-Heinz Fenske.
[34] Deutsches Weißbuch Nr. 2 1939 Nr. 378. Bericht des deutschen Botschafters v. Moltke vom 6. 6. 1939.
[35] W. Wagner "Die Oder-Neiße Linie" S. 7 - 8.
[36] ebenda S. 9.
[37] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 518.
[38] ebenda S. 368 und Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939, Vol. IV Doc. 189 und 306.
[39] W. Wagner "Die Oder-Neiße-Linie" S. 5/6.
Beispiele:
Kireski "Pomorze Polskie (Pommerellen)" Posen 1928, S. 16.
G. Sappok "Polnische Wunschträume" Berlin 1943, Abb. 13.
St. Kozierowski "Atlas der geographischen Namen des Westslawentums" Posen 1934 - 1938.
[40] Doc. on German Foreign Policy 1918 - 1945 Vol. V Doc. 126 Memorandum Ribbentrops vom 1. 2. 1939 über seine Gespräche in Warschau Ende Januar.
[41] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 196.
[42] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 363.
[43] G. Moltmann "Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg" S. 111.
[44] L. de Jong "Die deutsche fünfte Kolonne im 2. Weltkrieg" S. 43 und "Das östliche Deutschland - Ein Handbuch" S. 496.
[45] H. Roos "Polen und Europa" S. 182.
[46] S. Sharp "Poland - White Eagle on a Red Field" S. 266 und 150 - 151.
[47] E. Raczynski "In Allied London" S. 162 - 163.
[48] Offensichtlich soll hier die verweigerte Eingliederung Ostpreußens in Polen verstanden sein.
[49] E. Raczynski "In Allied London" S. 345.
[50] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 189 und 306.
[51] H. Seton-Watson "Eastern Europe between the Wars 1918 - 1941" S. 320.

Verschärftes Vorgehen im Jahre 1938/39 gegen die deutsche Minderheit

Sehen sich "anti-faschistische" Historiker genötigt, die polnische Politik der Vorkriegsjahre zu skizzieren, so gelangen auch sie zu einem Urteil, das die ehemalige polnische Regierupg belastet. Selbst s i e bescheinigen, daß Polen in seiner Außenund Minderheitenpolitik "keine gute Hand gehabt",[1] ja nicht einmal seine Sozial- und Verfassungsfrage zu lösen[2] oder die trostlose Lage der Bauern zu bessern verstanden hatte[3] und daß Polen in der Errichtung von Konzentrationslagern führend war. Selbst s i e bescheinigen, daß der deutsch-polnische Minderheitenstreit keine Erfindung

Hitlers gewesen sei. Sogar im Hochsommer 1939 stellte die britische Regierung als Hauptbedingung für einen Kredit an Polen "die fundamentale Neuregelung polnischer Wirtschafts- und Finanzverhältnisse", wozu eine Abwertung des Zloty gehörte.[4]
"Im großen ganzen stimmt das von ihnen (den deutschen Veröffentlichungen über die Leiden der Volksdeutschen) gezeichnete Bild mit dem überein, was die Polen selbst in ihren Veröffentlichungen mitteilen. Will man sich von Verfolgungen eine Vörstellung machen, so wäre es ein Fehler, das unbeachtet zu lassen, was die Opfer zu sagen haben. Sie haben gewöhnlich ein besseres Gedächtnis als ihre Verfolger." [5]
Die Reichsregierung hatte nach Ansicht des Widerstandsangehörigen von Weizsäcker frühzeitig den besten ihrer Botschafter nach Warschau entsandt.[6] Während Polen jahrelang eine aufreizende Pressepolitik betrieb, trat Deutschland demgegenüber in seiner Publizistik kurz — bis zur Unterdrückung der Berichte über empörende Tatsachen. Dem im Frühjahr 1939 in Warschau neugeschalteten Kurs entsprach es, im April die alljährlich nach Deutschland kommenden Saisonarbeiter erstmals zurückzuhalten, lange vor den Ereignissen, die angeblich zu der Spannung mit Deutschland geführt haben.[7] Abgesehen hiervon haben die seit Februar 1939 verschärften anti-deutschen Maßnahmen der polnischen Behörden eine derart deutsch-feindliche Stimmung entfesselt, daß selbst der Bereitschaft zum Mord keine Grenze gesetzt war.
"Jedes moralische Empfinden und jedes vernünftige Denken schien verschwunden zu sein." [8]
Diese Politik Polens steht in keinem ursächlichen Zusammenhang mit den deutschen Verhandlungsvorschlägen an Polen vom 24. 10. 1938, auch nicht mit der Besetzung von Prag am 15. 3. 1939, wohl hingegen mit der grundsätzlichen polnischen Haltung gegen Deutschland in Verbindung mit der Zusicherung Londons an Warschau im August/September 1938, Polen "so viel wie möglich" in Danzig bzw. gegen Deutschland zu unterstützen.[9]
Polen hat bereits nach Einverleibung des Olsa-Gebietes Anfang Oktober 1938 rücksichtslose Zwangsmaßnahmen wie Massenarbeitsentlassungen, Abschaffung der deutschen Amtssprache, die selbst die Tschechen geduldet hatten, Presse-, Versammlungs-, Veranstaltungsverbote, Ausschreitungen, Verhaftungen u. a. gegen die deutsche, aber auch tschechische Bevölkerung durchgeführt. (In den Parlamentswahlen von 1935 in Teschen und Oderberg hatten die Deutschen 46,8 % bzw. 40 %, die Polen 10 % bzw. 20 % Stimmen erzielt). 20 % der deutschen Bevölkerung im Teschener Raum (rund 5.000 Menschen) wurden innerhalb des ersten Monats der polnischen Herrschaft zur Flucht gedrängt.[9] Die diplomatischen Kontakte zwischen Deutschland und Polen blieben jedoch dank der Zurückhaltung der Reichsregierung von diesen Vorfällen unberührt (Befehl Hitlers, nichts Ungünstiges über Polen zu publizieren).
Die polnische Presse wartete bei ihren scharfen Attacken auf Deutschland nicht einmal die britische Garantie ab, sondern begnügte sich bereits mit geheimen Zusicherungen aus London vom August und September 1938 sowie den Nachrichten von Januar bis März 1939 aus London und Washington.[10] Bereits einen Monat v o r Hitlers Einmarsch in Prag, am 15. Februar 1939,
"veröffentlichte Polen trotz des Abratens der Westmächte die Liste über die Güter, die demnächst kraft der Bodenreform beschlagnahmt werden sollten. Die Liste enthielt außerordentlich viel deutsche Namen. Am 24. und 25. Februar ereigneten sich schwere anti-deutsche Ausschreitungen der Studentenschaft." [11]
Raubte die Landreform 1938 der deutschen Minderheit 2/3 ihres Ackerlandes, so enteigneten Grenzlandgesetz und Landreform im Februar 1939 Fluren, die zu 72 % deutschen Menschen gehörten (in den bisherigen Jahren durchschnittlich zu 66 %).[12]

Innerhalb eines 30 km breiten Grenzstreifens durften Deutsche kein Land mehr besitzen; dies betraf im 85 — 110 km breiten "Korridor" fast das gesamte westpreußische Gebiet.[13] Hinzu kam die Tätigkeit des polnischen Westmarkenverbandes, "dessen einziger Programmpunkt die Vernichtung des Deutschtums an der polnischen Westgrenze" war".[13] Der Direktor dieses Westmarkenverbandes, M. Zaleski, behauptete zur gleichen Zeit in einer Kattowitzer Rede, der Pakt mit Deutschland 1934 sei von seiten Polens lediglich aus taktischen Gründen abgeschlossen worden, um den Boden für einen zukünftigen Konflikt vorzubereiten; er sei eine bequeme Abschirmung, hinter der sich die polnische Regierung der deutschen Minderheit entledigen könne.[14] Kenner dieser Entwicklung haben schon früher diesen Sachverhalt festgestellt.[13] Zusätzlich zur Landreform wurden zahllose deutsche Unternehmen Gemeinschaftsgebäude und Vereine geschlossen, konfisziert oder demoliert, deutsche Kinder von aufgehetzten polnischen Mitschülern in den Schulen drangsaliert, deutsche Bauernhäuser angezündet, "Demonstrationen gegen die Deutschen" organisiert, Massenverhaftungen, Verschleppungen eingeleitet, Schlägereien geduldet und unterstützt, Arbeiter systematisch entlassen, die Bestimmungen des Ausnahmezustands der Grenzzone auf über 1/3 des polnischen Hoheitsgebietes ausgedehnt[15] und weitreichende Verhaftungslisten vorbereitet.
Die seit August/September 1938 angedeutete britische Rückendeckung, der offizielle Blankoscheck vom 31. 3. 1939, aber auch der aufstachelnde Ton Präsident Roosevelts steigerten den polnischen Chauvinismus bis zur offenen Verfolgung der Volksdeutschen. Die gefährlichen Auswirkungen dieser polnischen Aktivität hat der britische Botschafter Kennard seiner Regierung in London wiederholt seit Monaten zur Kenntnis gebracht.
Auch durch die deutsche Regierung ist London in den entscheidenden fünf Monaten des Jahres 1939 - April bis August - wiederholt auf die überaus ernsten Vorkommnisse in Polen aufmerksam gemacht worden. Sachlich richtig - und von der historischen Forschung unwiderlegt - stellte das deutsche Weißbuch im Jahre 1939 fest:
"Deutsche Proteste sind erfolglos (Nr. 360). Anfang April wird ein öffentlicher Aufruf in ganz Polen verbreitet, der das Generalprogramm für die Entdeutschung des Landes enthält (Nr. 358). Mitte April überschreiten die ersten deutschen Flüchtlinge die Grenze (Nr. 359). Den Konsulaten ist es fast unmöglich, alle Fälle einzeln aufzuführen. (Nr. 361). Auch in Oberschlesien tobt die Hetze ohne Maßen (Nr. 362). Terrorakte füllen die Berichte der deutschen Konsulate (Nr. 363). Der Aufständischenverband gibt die Terrorbefehle aus (Nr. 364). Am 6. Mai meldet Generalkonsulat Kattowitz 200 Terrorfälle (Nr. 365), am 19. Mai weitere hundert (Nr. 372) allein aus Oberschlesien. Kein Deutscher ist seines Lebens und seines Eigentums mehr sicher. Der Terror greift auch auf das kongreß-polnische Gebiet über und wird durch planmäßige Brandstiftung verschärft (Nr. 366). Die letzten kulturpolitischen Stützpunkte des Deutschtums werden zerstört. (Nr... .). Die deutsche Volksgruppe wendet sich in ihrer Verzweiflung an den polnischen Staatspräsidenten (Nr. 369). Die englische Regierung wird durch die deutsche Botschaft über die friedensgefährliche Entwicklung auf dem laufenden gehalten (Nr. 368), ohne daß etwas geschieht. Mitte Mai steigert sich die Hetze zu Deutschenpogromen, bei denen Tausende von Deutschen "wie Freiwild" gejagt werden (Nr. 370 + 371). Die Flüchtlingsbewegung nimmt zu (Nr. 374), desgl. das polnische Säbelrasseln, die Verkündung annexionistischer Kriegsziele (Nr. 367 + 378) und die öffentlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen des Führers, die erneut zu scharfen Protesten zwingen (Nr. 382). Auf dem wirtschaftlichen Sektor werden planmäßig deutsche

Genossenschaften, Molkereien und Apotheken liquidiert (Nr. 380 + 395). Lodz meldet am 7. Juni:
'Die Bedrohungen der Volksdeutschen mit Totschlag, Folterungen usw. sind zu täglichen Selbstverständlichkeiten geworden.'
Ganze Familien bringen wegen der ständigen Morddrohungen ihre Nächte in den Wäldern zu (Nr. 381).
Proteste im Polnischen Außenministerium werden mit Achselzucken und stillschweigendem Eingeständnis beantwortet, daß man gegenüber den Militärs machtlos und der Gefangene des polnischen Chauvinismus geworden ist (Nr. 382 + 385) ...
Polnische Bischöfe werden von einem Generaloberst aufgefordert, dafür zu beten, daß den ‚polnischen Brüdern jenseits der Grenze ihre Probezeit verkürzt und sie durch ein zweites Grunwald aus der Unfreiheit erlöst würden‘ (Nr. 392) ...
Immer mehr stellt sich heraus, daß die Behörden selbst die Träger des Liquidationsprozesses sind (Nr. 396) ...
Das Deutschtum in Galizien steht vor der Vernichtung. Es sieht keine Zukunft mehr und wird mit Brandstiftung und Gefahr an Leib und Leben bedroht (Nr. 407). Was der offene Terror übersieht, wird durch Steuerterror und Behördenschikane nachgeholt (Nr. 408)." [16]
Auch unabhängige Historiker bestätigen nach dem Krieg diesen Sachverhalt:
"Was Polen im Jahre 1939 widerfuhr, kam keinesfalls überraschend. Es steht fest, daß bereits in den zwanziger Jahren nachdenkliche Beobachter und einige Staatsmänner jene Ereignisse vorhergesagt haben. Diese Voraussagen aber waren nur zu leicht in Vergessenheit geraten. Die provisorische Stabilisierung der Verhältnisse in Polen, Wunschdenken, eine gefühlsbedingte Beurteilung der Lage und eine falsche Einschätzung der wirklichen Stärke Polens unter dem Regime der mit dem Säbel rasselnden Pilsudski-Anhänger: alles dies trug dazu bei, daß sich in den dreißiger Jahren der Eindruck verbreitete, Polen habe selbst unter den einigermaßen schwierigen Verhältnissen festen Grund fassen können. Die Vernichtung des polnischen Staates muß viele, welche sich unter dem Einfluß jener optimistischen Schilderung befanden (einschließlich der großen Masse der irregeführten polnischen Bevölkerung, welche die Prahlereien der Regierung als Beweis der Stärke betrachtete), zutiefst erschüttert haben. Für die gut informierten Beobachter stellte dies keinerlei Überraschung dar, aber es gehört zu dem üblichen Verhalten in der internationalen Politik, daß man sich erschüttert zeigt, wenn etwas eintritt, das man eigentlich hätte kommen sehen müssen." [17]
"Monate vor Ausbruch der Feindseligkeiten hatte die polnische Regierung angeordnet, daß Listen von verdächtigen Reichsdeutschen und Volksdeutschen angelegt wurden. Das geschah wahrscheinlich im April und Mai 1939, also etwa zu der Zeit, als Hitler den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt widerrief. Einige Gruppen von Volksdeutschen wurden vor Ausbruch des Krieges verhaftet und in Internierungslager gebracht." [18]
"An vielen Orten hatten polnische patriotische Vereine eigene Listen von Leuten aufgestellt, die sie für unzuverlässig hielten. Auch diese Listen wurden jetzt (ab 1. 9. 1939), oftmals auf sehr harte Weise, angewendet." [19]
"Landwirtschaftliche Genossenschaften der Deutschen wurden aufgelöst, und die meisten ihrer Schulen — wenige waren es ohnehin nur noch —wurden geschlossen, während Volksdeutsche, die sich kulturell betätigten, verhaftet wurden. Mitte Mai wurde in einer kleinen Stadt, wo 3.000 Volksdeutsche unter beinahe 40.000 Polen lebten, in vielen Häusern und Läden die Einrichtung in Stücke geschlagen. Mitte Juni wurden die noch vorhandenen deutschen Vereinslokale geschlossen.

Gegen Mitte August begannen die Polen, Hunderte von Volksdeutschen vorbeugend zu verhaften. Dabei suchten sie wieder diejenigen aus, welche im Leben der Volksdeutschen führende Posten innehatten. Deutsche Druckereien und Gewerkschaftsbüros wurden geschlossen. Am 24. August wurden acht Volksdeutsche, die in Oberschlesien verhaftet worden waren, auf dem Transport erschossen." [20]
"Angesichts der britisch-polnischen Garantie 1939 lief die Welle (der Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen) immer höher auf und überspülte das ursprüngliche Problem: Danzig und die Passage durch den Korridor." [21]
Ein französischer Historiker, Professor Lebre, schreibt:
"Die polnischen Nationalisten, die einer Verständigungspolitik mit Deutschland entschieden widersprachen und Anhänger in der Armee, hauptsächlich aber im Innenministerium besaßen, benutzten die Lage (Annektierung des Olsa-Gebietes), um sich gegenüber den Deutschen, die in dem neu besetzten Gebiet wohnten, in Schikanen zu ergehen." [22]
"Diese Geistesverfassung (unwahrscheinliche Fähigkeit zum Irrealismus) äußerte sich in ungeschickten Provokationen, und Graf Szembek (Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium) sah sich am 16. Mai 1939 gezwungen, die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten Skladkowski ‚auf die Ausschreitungen unserer Propaganda im Innern über Deutschland, z. B. die Verbreitung einer Karte, auf der unsere Grenzen von Berlin bis Moskau gehen und ganz Litauen in unser Gebiet mit einbezogen ist‘, zu lenken. Die Bänkelsänger leisten sich allerlei unangebrachte Scherze über Deutschland und die Person Hitlers." [23]
"Der überreizte Zustand, in den die polnische öffentliche Meinung verfallen war, erklärt neben anderem die eigensinnige Haltung des Obersten Beck in den kritischsten Stunden, hauptsächlich der beiden letzten Augusttage." [24]
Gibt es nicht zu denken, wenn in dokumentarischen Standardwerken, wie z. B. der "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" von Prof. Michael Freund, die dem Nachweis für Hitlers alleinige Kriegsschuld dienen sollen, weder dokumentarisch nachgewiesen noch auch nur behauptet werden konnte, daß deutsche Provokationsakte im Korridorgebiet 1939 das deutsch-polnische Verhältnis gestört haben? Weder in diesem noch in anderen ernsthaften Publikationen ist behauptet worden, daß die in den deutschen Weißbüchern zur Vorgeschichte des Krieges veröffentlichten Dokumente über die Behandlung und Hinausdrängung der deutschen Volksgruppe in Polen übertrieben, unsachlich oder gefälscht seien. Im Gegenteil finden wir die Aussage über die "in der Tat äußerst schlechte und selbst grausame Behandlung der deutschen Minderheit in Polen" sowie darüber, daß das "polnische Volk von einer der unablässigen Wogen des Deutschenhasses ergriffen" worden sei.[25]
"Niemand behauptet, daß die deutschen Minderheiten in Polen großzügig behandelt worden wären." [26]
Über die systematischen Eigentumsenteignungen seit 1918/1919, über den öffentlichen Aufruf in ganz Polen Anfang April 1939 zur Entdeutschung des Landes beginnend mit dem totalen Wirtschaftsboykott der deutschen Minderheit,[27] über die Finanzamtrichtlinien, "mit allen Mitteln das Besitztum der Minderheit zu reduzieren",[28] über die willkürlichen Verhaftungen, Justizschikanen und Existenzvernichtungen durch das offizielle Polen, darüber herrscht heute Schweigen.
Die deutsche Volksgruppe in Polen hat sich stets loyal verhalten, und Tausende von Volksdeutschen haben der Dienstverpflichtung in der polnischen Armee Folge geleistet.
"Die polnischen Behörden haben, solange sie amtierten, auch nicht den Versuch unternommen, den Deutschen in Polen illoyales Verhalten nachzuweisen, weil das,

von geringen Einzelfällen abgesehen, unmöglich gewesen wäre." [29]
Keine der volksdeutschen Organisationen politischer oder wirtschaftlicher Art hat für deutsche militärische Operationen zur Verfügung gestanden, was man von der polnischen Minderheitengruppe in Deutschland nicht sagen kann.[30] Nach wie vor ist die Aussage des polnischen Außenministers Oberst Beck vom 31. 8. 1939 nachmittags unbestritten, "daß sich keine weiteren ernstlichen Zwischenfälle (von deutscher Seite) ereignet hätten".[31] Ein einziges Mal hat sich Beck beim britischen Botschafter über "Sabotageakte" beschwert; das war am 31. 8. 1939 um 19.41 Uhr, wobei er jedoch hinzusetzte, daß es nicht ersichtlich sei, ob die Urheber Deutsche oder Ukrainer seien.[32]
Dieser korrekten deutschen Haltung standen die polnischen Provokationen gegenüber, die ein deutscher Historiker aus eigenem Erleben in Westpreußen schildert:
"Zu den Überfällen und Gewalttätigkeiten gesellten sich immer häufiger Drohungen, daß man mit den Deutschen radikal Schluß machen wolle. Viele Polen ließen durchblicken, daß schwarze Listen geführt oder angelegt würden. Der überwiegende Teil des polnischen Volkes ließ sich von dem Haßgefühl den Deutschen gegenüber übermannen und befand sich in einer politischen Psychose, aus der heraus sich der einzelne und erst recht die Masse Deutschen gegenüber zu jeder Aktion, auch der hemmungslosesten und grausamsten hinreißen ließen. Die Drohungen wurden immer gehässiger, die Überfälle verliefen immer blutiger. Die Behörden aber begannen in größtem Maßstab Vorbereitungen für die Festnahme und Verschleppung von Deutschen zu treffen." [33]
Ein anderer Historiker:
"Polen traf seit dem Frühjahr (1939) umfassende Kriegsvorbereitungen. Während des ganzen Sommers war ein polnisches Heer in der Linie von südlich Posen bis nördlich Bromberg aufmarschiert. Das war die äußere Lage, in der die polnische Regierung entschlossen war, die Organisationen der deutschen Minderheiten im Verwaltungswege aufzulösen." [34]
Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden - ein Amt, das man fraglos als unbedingt sachlich ansehen kann:
"Nicht berücksichtigt ist dabei (statistische Erfassung der volksdeutschen Bevölkerungsbewegung) die Massenflucht Deutscher aus Polen, die seit Mitte 1939 im Zeichen drohender kriegerischer Auseinandersetzungen durch die polnischen Deutschenverfolgungen ausgelöst wurde. Ende August (1939) waren etwa 70.000 Deutsche aus Polen in Lagern im Reich untergebracht, weitere Tausende in Privatunterkünften." [33]
"Vor allem trieb der seit 1933 zunehmend verschärfte polnische Druck - etwa das Grenzzonengesetz, das den Deutschen in einem breiten Grenzgürtel das Erbrecht entzog - viele Deutsche aus dem Lande." [35]
"Aus Mittelpolen, das vom Grenzzonengesetz nicht betroffen wurde und wo der Volkstumskampf erst kurz vor dem Kriege lebensbedrohende Formen für das Deutschtum annahm ..." [36]
Ein deutscher Historiker:
"Unterdessen (nach dem deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt) zeigte Warschau nach außen beständigen Gleichmut. Die wildesten Chauvinisten des Landes steigerten jedoch ihren schon seit einiger Zeit geübten Terror gegen Angehörige der deutschen Minderheit; auch beschossen polnische Flakbatterien fremde Verkehrsflugzeuge." [37]
"Während der Quai d'Orsay das Warschauer Kabinett beinahe angstvoll drängte, den deutschen Verständigungsplan zu berücksichtigen, wünschte nun auch Downing Street eine ‚Konkretisierung der polnischen Verhandlungsbereitschaft'.
Warschau hatte bisher keine wirksamen Schritte unternommen, um die blutigen

Ausschreitungen halboffizieller Patriotenverbände einzudämmen, denen inzwischen etwa 3 - 4.000 Angehörige der deutschen Minderheit zum Opfer gefallen waren. Es gebot diesen Umtrieben auch jetzt keinen Einhalt, sondern duldete eine zügellose Pressehetz ..." [37]
"Es war also letzten Endes die von Pilsudski so treffend charakterisierte tausend Jahre alte Deutschfeindlichkeit der polnischen Nation, die im Verein mit amerikanischen Einflüssen zu der Ablehnung der Hitlerischen Vorschläge entscheidend beitrug." [38]
Ein britischer Publizist, der noch im Sommer 1939 Polen bereist hatte, vermerkte:
"Man muß fragen, ob es sich mit den Rechten der kleinen Nationen oder Nationalitäten vereinbaren läßt, daß sie so in Staaten einverleibt werden, wo sie einer solchen Behandlung ausgesetzt sind. Polen hat versucht, die Minderheiten zur Preisgabe ihrer Sprache und Bräuche zu veranlassen. Ungeachtet einer mehr als zwanzigjährigen Praxis dieser Art, wie ich sie in diesem Kapitel beschrieben habe, haben sie es nicht erreicht. Aber die Versuche halten weiter an. Man beginnt sich zu wundern, warum die Ukrainer, Weißrussen und Deutschen nicht auch einigen Schutz von England genießen sollen, oder müssen es nur die Polen sein?" [39]
Das erste Blut, das vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geflossen ist, war das Blut volksdeutscher Menschen in Polen. Trotz des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages und der Spannung in den polnisch-sowjetischen Beziehungen scheute sich Polen nicht, die Verfolgung der Volksdeutschen und die anti-deutsche Pressepolitik noch zu intensivieren. Mitte August 1939 waren bereits 76.535 Volksdeutsche ins Reich geflohen,[40] und gewiß nicht, weil Hitler sie dazu gezwungen hätte. 20.000 Ermordete hatten die Volksdeutschen in Polen vor und nach Beginn der Kampfhandlungen zu beklagen, wovon 12.500 namentlich identifiziert werden konnten.[45] Das bedeutet nahezu doppelt so viele Tote an Volksdeutschen durch Mord wie gefallene deutsche Soldaten während des gesamten Polenfeldzuges (10.572). Diese Ausschreitungen konnten nicht mit dem Vorwand entschuldigt werden, es habe sich dabei um eine der polnischen Regierung aus der Hand gleitende "Volksbewegung" gehandelt. Die polnische Führung hat monatelang, ja jahrelang systematisch darauf hingearbeitet!
"Die Aktion gegen die Deutschen war planmäßig vorbereitet, sie war befohlen! Diese Opfer wurden nicht etwa standrechtlich erschossen, - es lag den Niedermetzelungen der Deutschen nie ein Rechtstitel zugrunde -, ohne Grund wurden sie erschossen, ohne Grund zu Tode gequält, geschlagen und gestochen und die meisten obendrein noch bestialisch verstümmelt: es waren vorsätzliche Morde, die in der Mehrzahl von polnischen Soldaten, Polizisten und Gendarmen, dann aber auch von bewaffneten Zivilisten, Gymnasiasten und Lehrlingen verübt wurden..." [42]
Und wie ist die offizielle polnische Einstellung n a c h dem Krieg?
"Die Polen bedauerten nicht, was sie getan hatten." [43]



Leichen von Heinz Beyer (18 Jahre)
und Gärtnergehilfe Thiele



In Schulitz wurden diese Leichen ermordeter Volksdeutscher gefunden


18 am Bromberger Kanal gefundene
Leichen, darunter zwei Kinder.


Schwiegersohn der Witwe Giese in
Bromberg. Er wurde durch vier Schüsse
in Brust und Hals getötet.



Die verstümmelte Leiche von Kaufmann Wiesel aus Bromberg



Quellennachweise :

[1] W. Hofer "Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges" S. 28.
[2] K. Ploetz "Auszug aus der Geschichte" S. 758.
[3] E. Raczynski "In Allied London" S. 349.
[4] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 245.
[5] L. de Jong "Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg" S. 49.
[6] E. Weizsäcker "Erinnerungen" S. 241 - 242.
[7] H. Springer "Es sprach Hans Fritzsche" S. 214.
[8] Th. Bierschenk "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939" S. 348.
[9] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 152 und 221.
[10] H. Roos "Polen und Europa" S. 395.
[11] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1, S. 410.
[12] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 349 und A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 39.
[13] ADAP V Nr. 51.
[14] Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 145.
[15] ebenda Dok. 349 - 450.
[16] ebenda S. XVIII - XIX.
[17] S. L. Sharp "Poland — White Eagle on a Red Field" S. 151.
[18] L. d. Jong "Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg", S. 54.
[19] ebenda S. 55.
[20] ebenda S. 45.
[21] E. v. Weizsäcker "Erinnerungen" S. 242.
[22] H. Lebre "Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges", S. 43.
[23] ebenda S. 81.
[24] ebenda S. 83.
[22] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 88.
[26] ebenda Bd. II S. 240.
[27] Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 358.
[28] ebenda Dok. 408 — Rundverfügung des polnischen Oberfinanzamres in Graudenz, Hochsommer 1939.
[29] R. Breyer "Das Deutsche Reich und Polen 1932 - 1937", S. 262.
[30] ebenda S. 296.
[31] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 388.
[32] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 612.
[33] Th. Bierschenk "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939" S. 351 - 352.
[34] F. Swart "Diesseits und jenseits der Grenze" S. 145.
[35] "Die deutschen Vertreibungsverluste" hersg. vom Statistischen Bundesamt S. 285.
[36] ebenda S. 286.
[37] H. G. Dahms "Der Zweite Weltkrieg" S. 45 und 48.
In anderen Quellen werden 3000 - 4000 ermordete Volksdeutsche vor Beginn des Krieges und insgesamt, d. h. einschließlich der Wochen nach Kriegsbeginn, 7.000 angegeben. Der Streit um diese Zahlen hat erst nach Kriegsende eingesetzt, als Sieger und Mitsieger die deutschen Unterlagen zu ihren Gunsten manipulierten, der deutschen Geschichtsforschung unerwünschte Dokumentationen vorenthielten und u. a. auf diese Weise Einfluß auf die deutsche Geschichtsschreibung nahmen. Dennoch kam auch die polnisch-kommunistische Geschichtsschreibung nicht umhin, einzugestehen, daß diese Volksdeutschen die ersten Toten des Zweiten Weltkrieges waren, wobei die Verwerflichkeit dieser Fakten nicht davon berührt wird, ob der Sieger nur bereit ist, einige tausend Opfer weniger zuzugeben oder der damalige deutsche Sieger das Ausmaß dieses Schreckens vergrößert hat. Kenner der Verhältnisse verweisen jedenfalls immer wieder darauf, daß die veröffentlichten Zahlen viel zu niedrig sind und vor allem nicht jene unzähligen Opfer enthalten, die das Deutschtum in Polen durch polnischen Terror seit 1919 eingebüßt hat.
G. Rhode "Die Ostgebiete des Deutschen Reiches" S. 134.
W. Kuhn »Osteuropa-Handbuch Polen" S. 151.
K. M. Pospieszalski »Sprawa 58.000 Volksdeutschow" poln.
S. Horah "Poland and her National Minorities, 1919 -1939" S. 135 (spricht

von 8.000).
[38] H. Roos "Polen und Europa" S. 399.
[39] B. de Colonna "Poland from the Inside", S. 132.
[40] A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts", S. 223.
[41] Seraphim, Maurach, Wolfrum "Ostwärts von Oder und Neiße", S. 43. + P. Aurich "Der deutsch-polnische September 1939", S. 5 ff.
[42] H. E. Jahn "Pommersche Passion", S. 243 — Weitere Einzelheiten ff. + P. Aurich "Der deutsch-polnische September 1939".
[43] L. de Jong "Die deutsche fünfte Kolonne im Zweiten Weltkrieg", S. 57.
*) H. Seton-Watson "Eastern Europe between the Wars 1918 - 1941" S. 163.

<u>Der englische Krieg gegen Deutschland</u>
<u>Ein wirtschaftlicher Präventiv-Krieg</u>

Dass es England, um die Verhinderung eines starken Deutschlands ging, wird aus verschiedenen Zitaten deutlich.

Churchill erklärte den Sinn des Krieges gegen Deutschland: *"Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel treiben, so haben wir diesen Krieg [den Ersten Weltkrieg] umsonst geführt."*[1]

Churchill bekannte offen: *"Das unverzeihliche Verbrechen Deutschlands vor dem Zweiten Weltkrieg war der Versuch, seine Wirtschaft aus dem Welthandelssystem herauszulösen und ein eigenes Austauschsystem zu schaffen, bei dem die Weltfinanz nicht mehr mit verdienen konnte"*[2]
Hitler wollte in Deutschland eine eigenständige Wirtschaftsform, d.h. ein System wirtschaftlicher Unabhängigkeit vom Ausland aufbauen.

Vansittart erklärte: *"Wir können es uns schwerlich leisten, Hitler-Deutschland aufblühen zu lassen. Der Gewerkschaftskongress ist ebenfalls dieser Meinung, wenn auch aus anderen Motiven – vergleiche den kürzlich angekündigten Boykott deutscher Waren."*[3]

Churchill bekannte gegenüber Truman im März 1946: *"Der Krieg ging nicht allein um die Beseitigung des Faschismus, sondern um die Erringung der Absatzmärkte. Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, ohne einen Schuss zu tun, verhindern können, dass der Krieg ausbrach, aber wir wollten nicht."*[4]

Auch Generalmajor Fuller bekräftigte dies: *"Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt. Anlass war der Erfolg seines Wachstums, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren Neid, Gier und Angst."*[5]

Auch die englische Presse der Nachkriegszeit gestand die eigentlichen Kriegsziele Englands ein: *"Wir sind 1939 nicht in den Krieg gezogen, um Deutschland vor Hitler ...den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, dass wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten."*[6]

Die englische Presse erkannte die Lage schon 1939: *"Großbritannien wacht auf. Großbritannien wird der Erzfeind Deutschlands. Wenn Großbritanniens traditionelle Seevorherrschaft in Frage gestellt wird, dann wird früher oder später Krieg das Ergebnis sein."*[7]

Churchills Pläne sind ganz unverblümt nachzulesen, Churchill: *"Was wir wollen, ist die restlose Vernichtung der deutschen Wirtschaft."*[8]

US-Außenminister gestand es ein: *"Wir machten aus Hitler ein Monstrum, einen Teufel. Deshalb konnten wir nach dem Krieg auch nicht mehr davon abrücken. Hatten wir doch die Massen gegen den Teufel persönlich mobilisiert. Also waren wir nach dem Krieg gezwungen, in diesem Teufels-Szenario mitzuspielen. Wir hätten unmöglich unseren Menschen klarmachen können, dass der Krieg eigentlich nur eine wirtschaftliche Präventivmaßnahme war."*[9]

Lord Vansittart, Chefberater des englischen Außenministeriums ließ Deutschland am 30. August 1939 wissen, daß England auf die sehr weit entgegen kommenden Kompromisangebote Deutschlands nicht eingehen werde. *"England wird diesen Krieg bis zum Äußersten durchfechten, und wie Samson in der Bibel werden wir die Säulen des Palastes einreißen und alles darunter begraben."*[10]

Wirtschaftsinteressen spielen auch vor dem amerikanisch-japanischen Krieg eine große Rolle (8.12.1941 - 2.9.1945). Die Amerikaner verhängten u.a. ein Öl- und Schrott-Embargo gegen Japan. So kam es zu "Pearl Harbor" (Hawaii, 7.12.1941) mit teilweiser Zerstörung der amerikanischen Pazifikflotte durch Japan, woraufhin (am 8.12.1941) die USA und Großbritannien Japan den Krieg erklärten.

Quellennachweise :

[1] vgl. Churchill in "Times", 1919
[2] vgl. Churchill "Der Zweite Weltkrieg", Bern 1960
[3] Vansittart, 1934, vgl. Walendy, "Wahrheit für Deutschland", Vlotho, 1965, S. 232
[4] Churchill zu Truman, Fulton, USA, März 1946; vgl. Leher, L., "Das Tribunal", München, 1965, S. 159
[5] Generalmajor J.F.C. Fuller, Historiker, England (vgl. "Der Zweite Weltkrieg", Wien 1950)
[6] Sunday Correspondent, London, 17.9.1989; vgl. "Frankfurter Allgemeine", 18.9.1989
[7] "United Service Review", London, 18. März 1939, vgl. Lenz, F., a.a.O., II, S. 319
[8] Churchill; vgl. Aigner, Dietrich, "W. Churchill", 1975, S. 141
[9] US-Außenminister Baker, 1992; vgl. "Der Spiegel, Heft 13, 1992
[10] Lord Vansittart, Chefberater des englischen Außenministeriums, zu dem deutschen Delegationsrat Kordt am 30.8. 1939; vgl. Maier-Dorn, "Alleinkriegsschuld", a.a.O., S. 102

Winston Churchill und die Partei mit der "blutdürstigen Philosophie"



Winston Churchill repräsentierte seit dem Ersten Weltkrieg in wachsendem Maße die öffentliche Meinung Großbritanniens, -- und Großbritannien war ein Empire, zudem befreundet und wirtschaftlich vielfältig verbunden mit den Weltmächten der Versailler Allianz. Churchill, der bereits 1934 auf "eine glänzende politische Karriere zurückblickte und eine lange Reihe von Ministersesseln bis hin zum höchsten Posten in der britischen Regierungshierarchie, wie den Posten des Schatzkanzlers (1924 - 1929), gewechselt hatte",[1] verfügte über viele Gleichgesinnte in der britischen Regierung, den britischen Parteien und in den Führungsgruppen um Präsident Roosevelt. Dieser Winston Churchill schrieb in den dreißiger Jahren bis Kriegsbeginn *"14-tägig Leitartikel in Lord Beaverbrooks Evening Standard, die dank des weltweiten Syndikates von Beaverbrook an die Provinzzeitungen, nach Europa und nach Amerika weitergegeben wurden. Churchill war wahrscheinlich einer der meistgelesenen und bestbezahlten Leitartikler in der Welt."* [2]
Seine Argumente, die selbst Tories, seine eigenen Parteigenossen als "unverantwortlich" bezeichneten,[2] sind beispielhaft für die Werthaltung der Journalisten und Politiker seiner Zeit und seines Lagers, für die Partner gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg, für die unter seiner Führung betriebene Kriegs- und Greuelpropaganda und für die Hof-Historiker nach diesem Krieg. Aus Schwarz wurde Weiß gemacht und aus Weiß gleich Schwarz. Hauptsache, man agitierte kräftig und ununterbrochen drauf los. Hauptsache, man hielt den Haß am Kochen und verfocht damit seine Interessen. Und Winston Churchill war ein Meister dieses Handwerks.
"Ohne Hitler und den Hintergrund der Ereignisse, die ihn zum Handeln anspornten, würde Churchill niemals mehr ein öffentliches Amt bekleidet haben." [3]
Die unzähligen haarsträubenden Stellungnahmen, die an Primitivität und moralischer Disqualifikation ihresgleichen in der Geschichte suchen und mit denen Churchill "lediglich aus politischem Ehrgeiz England gegen Nazi-Deutschland zu erheben versuchte",[4] entwerten all die übrigen schwankenden, extremen, sich widersprechenden Konzeptionen dieses Mannes. Wer kann die Worte Churchills vom November 1933 im Unterhaus ernst nehmen, "daß der deutschen Jugend eine blutdürstige Philosophie beigebracht wird, wie man sie seit der Zeit des Barbarentums nicht mehr erlebt hat"?[5] Maßstab seiner Wertung war nicht Wahrheit, nicht Wille zur Wahrheit, sondern sein "Gesetz", das "Gesetz der britischen Außenpolitik".[6] Übelste Verleumdung, tägliche Pressehetze, alle nur erdenklichen kriegsfördernden Maßnahmen waren erlaubt nach diesem "Gesetz", das nur ein "Recht" kannte -- das Machtinteresse Großbritanniens. Daß Deutschland, insbesondere nach der ungerechten Friedensregelung von Versailles, einer solchen Haltung der "öffentlichen Meinung" in Großbritannien und anderen Ländern Selbstbewußtsein entgegenstellen mußte, war wohl selbstverständlich. Churchill -- und zwar in konsequenter Fortsetzung seiner bisherigen Politik gegen das deutsche Volk -- "kompensierte" im

Zweiten Weltkrieg deutsches Land an Stalin mit den Worten:
"Ich betrachte diesen Krieg (1939 - 1945) gegen deutschen Angriff samt und sonders als einen 30-jährigen Krieg von 1914 an." [7]
Für ihn gab es keinen Unterschied zwischen dem deutschen Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Nationalsozialismus. Für ihn war es auch gleichgültig, ob es sich um Deutsche, Polen, Franzosen, Spanier oder andere Völker handelte, -- ausschlaggebend war das Machtinteresse, und er war töricht genug, dies in seinen Memoiren klipp und klar ausgesprochen und der Nachwelt überliefert zu haben. Alle Ausführungen dieses Mannes -- einer der "Großen Drei" von 1945 -- über Deutschland und den Nationalsozialismus müssen im Lichte dieser Grundhaltung, im Lichte der Grundzüge der britischen Außenpolitik gesehen und gewertet werden.
Noch im Jahre 1934 kennzeichnet Churchill das Versailler Diktat als "gerecht" und die alleinige Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg entgegen den anders lautenden historischen Forschungsergebnissen -- als feststehend.[8] Wenige Monate nach Abschluß dieses "Vertrages" hatte er erklärt
"Es ist nicht Deutschlands Stärke, sondern seine Schwäche, die wir fürchten müssen." [9]
Ob Deutschlands Stärke oder Deutschlands Schwäche, -- Winston Churchill polemisierte unverdrossen, mußte immer Furcht schüren. Daß er aber damals bewußt diese Schwäche heraufbeschworen hatte, d. h. in diesem konkreten Fall über 800.000 Menschen auf Grund der nach dem Waffenstillstand fortgesetzten und auf die Ostsee ausgedehnten britischen Hungerblockade hat zugrunde gehen lassen, pflegte er dabei nicht zu erwähnen.[10] Im Gegenteil pries er am 3.3.1919 im britischen Unterhaus diese Hungerblockade als Klugheit an:
"Wir haben alle Zwangsmittel in voller Tätigkeit oder zum sofortigen Einsatz bereit. Wir führen die Blockade mit Nachdruck durch... Deutschland ist sehr nahe am Hungertode... Jetzt ist daher der Augenblick zum Verhandeln gekommen." [11]
Die Monarchie, den "Militarismus", den "Polizeistaat" in Deutschland zu beseitigen genügte ihm nicht. Die Weimarer Parteien mußten ebenfalls gedemütigt und an den Rand der Katastrophe geführt werden. Was kümmerte es ihn, wenn seine Thesen dabei unglaubwürdig wurden! Winston Churchill verstand weiterhin, mit Furcht- und Haßagitation gegen Deutschland seine "britisch-patriotische Gesinnung" zu demonstrieren, -- eine Methode, die dem Völkerfrieden ungemein "förderlich" war und ist. Indem er das Herausstreichen einer "deutschen Gefahr" bzw. eines faktischen "Kriegszustandes" ("Ich betrachte diesen Zweiten Weltkrieg als einen dreißigjährigen Krieg gegen deutschen Angriff, beginnend mit dem Jahre 1914") zu seiner Richtlinie machte, hin und her schwankte zwischen extremer Bewunderung und Verachtung des Nationalsozialismus und Faschismus, glaubte er, Englands Rolle als Versailler Polizeidirektor und Moralprediger der Menschheit im Staatenverband der souveränen europäischen Nationen spielen zu müssen. Selbst in den Reihen seiner eigenen Partei wurde er schon zeitig als "Kriegspolitiker" erkannt!
"Churchill galt in der ganzen Welt als Hauptvertreter der Kriegspolitik." [12]
Winston Churchill, der schon zur Zeit des Ersten Weltkrieges die Methoden kennengelernt und zu praktizieren verstanden hatte, wie man Völker gegeneinander aufputscht und in Kriege verwickelt, sprach damals als "Liberaler" die Worte:
"Eine Politik, die Panik ohne Grund verursacht, ist der Versuch, ohne Ursache bösen Willen zwischen zwei Nationen zu erregen." [13]
Winston Churchill hat dennoch sein ganzes Leben -- zumindest unentwegt bis zum Jahre 1945 -- diese Politik, "ohne Ursache bösen Willen zwischen zwei Nationen zu erregen", bewußt betrieben!
Zu den Eiferern aus Großbritannien, die bereits auf Mussolini Lobeshymnen sangen, zu einer Zeit, da Hitler dem Faschismus noch sehr zurückhaltend gegenüberstand,

gehörte auch Winston Churchill.[14] Das Ansehen, das sich dieser Mann durch unaufhörliches Agitieren trotz seiner widerspruchsvollen und grundsatzlosen Haltung verschafft hat und das er nach wie vor in der angelsächsischen Welt genießt, ist beispielhaft dafür, wie wenig diese Völker begriffen haben von dem, was sich in den letzten Jahrzehnten in Europa ereignet hat.
Winston Churchill, der britische "konservative Politiker", der mit Stolz erklärte, drei Viertel seines Lebens mit dem Kampf oder der Vorbereitung des Kampfes gegen Deutschland zugebracht zu haben[15] und der den Zweiten Weltkrieg als einen "dreißigjährigen Krieg gegen deutschen Angriff, beginnend mit dem Jahre 1914", gelegentlich aber auch als einen "unnötigen Krieg" zu bezeichnen pflegte, im Jahre 1935:
"In den 15 Jahren, die diesem Entschluß (des Anstreichergesellen, alles wiederzugewinnen) gefolgt sind, ist es ihm gelungen, Deutschland wieder zu einer Großmacht in Europa zu machen; er hat aber nicht nur seinem Volke die Stellung wiedererrungen, er hat in beträchtlichem Maße sogar die Ergebnisse des Großen Krieges in ihr Gegenteil verkehrt... Die Besiegten sind drauf und dran, die Sieger zu werden und die Sieger die Besiegten...
Was man auch über die Erfolge denken mag, sie gehören doch zu den bemerkenswertesten der gesamten Weltgeschichte." [16]
Winston Churchill im November 1935:
"Während sich all diese schrecklichen Veränderungen in Europa ereigneten, kämpfte der Gefreite Hitler seine lange, ermüdende Schlacht um das deutsche Herz. Die Geschichte dieses Kampfes kann nicht gelesen werden ohne Bewunderung für den Mut, die Aufrichtigkeit und die Kraft der Persönlichkeit, die ihn dazu befähigten, herauszufordern, zu trotzen, zu überwältigen oder zu versöhnen -- jedenfalls sich durchzusetzen gegenüber allen Autoritäten und Widerständen, die seinen Weg versperrten. Er und die immer wachsenden Scharen derer, die sich ihm anschlossen, zeigten in ihrem patriotischen Feuer und ihrer Vaterlandsliebe, daß es nichts gab, was sie nicht zu tun oder zu wagen bereit wären, kein Opfer von Leben, Gesundheit, Freiheit, das sie nicht selbst bringen oder ihren Gegnern auferlegen würden." [17]
Für den Erfolg Hitlers waren nach Churchills Ansicht die Alliierten, Großbritannien und Frankreich, verantwortlich
"und die Ausführung, wie der Spieß herumgedreht wurde gegen die selbstgefälligen, unfähigen und halbblinden Sieger, verdient als ein Wunder in der Geschichte der Welt angesehen zu werden und als ein Wunder, das mit den persönlichen Anstrengungen und dem Lebenseinsatz eines einzigen Mannes untrennbar verbunden ist.
Jene, die Hitler von Angesicht zu Angesicht in der Öffentlichkeit, geschäftlich oder anläßlich sozialer Fragen begegnet sind, trafen einen sehr kompetenten, kühlen, gut informierten Funktionär mit angenehmem Wesen, einem merklichen Lächeln und wenige blieben unberührt von seinem feinen persönlichen Magnetismus.
Dieser Eindruck ist keineswegs auf den Glanz, das Blenden der Macht zurückzuführen. Er wirkte in dieser Weise auf seine Mitarbeiter in jeder Phase seines Kampfes, sogar dann, als sein Glück in die tiefsten Tiefen gesunken war....
Man mag Hitlers System mißbilligen und doch seine patriotische Leistung bewundern. Sollte unser Land einmal geschlagen werden, so würde ich hoffen, einen solchen bewunderungswürdigen Kämpen zu finden, der unseren Mut wieder aufrichtet und uns zurückführt zu unserem Platz unter den Nationen." [18]
Winston Churchill am 4. 10. 1938:
"Unsere Führung muß wenigstens ein Stück vom Geist jenes deutschen Gefreiten haben, der, als alles um ihn in Trümmer gefallen war, als Deutschland für alle Zukunft in Chaos versunken schien, nicht zögerte, gegen die gewaltige Schlachtreihe

der siegreichen Nationen zu ziehen." [19]
Gleichzeitig malt dieser selbe Mann, der
"dem deutschen Führer ein so hohes Lob für seine Leistung erteilt habe, wie es kein anderer ausländischer Staatsmann je von einem Engländer erhalten hat", [20]
entgegen besserer Kenntnis über Hitler ein vollkommen anderes Bild, ein Porträt mit giftigen Farben. Erklärte er dem polnischen Botschafter in London, Raczynski, in einem privaten Gespräch am Vorabend der Münchener Konferenz,
"daß die einzige Hoffnung in Entschlossenheit und wenn notwendig im Krieg liegt, und drohte, daß wenn Chamberlain erneut für einen unrühmlichen Rückzug entscheidet, er, Churchill, es ihm ‚schon zeigen' werde", [21]
so lautete sein Kommentar zu dieser Konferenz in der Unterhausrede am 5. Oktober 1938:
"Wir haben eine totale, durch nichts gemilderte Niederlage erlitten. ...
Wir stehen einer Katastrophe ersten Ranges gegenüber, die England und Frankreich befallen hat. ...
Das System der zentraleuropäischen Bündnisse, auf das Frankreich seine Sicherheit gründete, ist hinweggefegt....
Die Straße, das Donautal hinab zum Schwarzen Meer, die Straße, die bis in die Türkei führt, ist geöffnet worden. ...
Niemals kann es Freundschaft geben zwischen der britischen Demokratie und der Nazimacht, jener Macht, die die christliche Ethik mit Füßen tritt, sich auf ihrem Vormarsch an einem barbarischen Heidentum berauscht, sich ihrer Aggressionslust und Eroberungssucht rühmt, Kraft und perverse Lust aus Verfolgungen schöpft und, wie wir gesehen haben, mit unbarmherziger Brutalität sich der Drohung mörderischer Gewalt bedient...." [22]
Dieser Kommentar angesichts einer Konferenz, in der erstmals nach 1919 das Selbstbestimmungsrecht für Deutsche, für 3,5 Millionen Sudetendeutsche in friedlicher Verhandlung durchgesetzt und anerkannt worden ist! Wird auf die Münchener Konferenz noch gesondert eingegangen, so belegt hier ein Schreiben des britischen Außenministers Lord Halifax an den Präsidenten Roosevelt vom 25. 1. 1939, mit welcher "Würde" und »Weisheit« und "Aufrichtigkeit" und mit welchem "europäischen Gemeinschaftsgeist" jenseits des Kanals für den "Frieden" gearbeitet worden ist:
"Hitler grollt wegen des Münchener Abkommens, das ihm zu einem lokalisierten Krieg gegen die Tschechoslowakei den Weg versperrt und den Friedenswillen der deutschen Massen demonstriert hat, die zu der kriegstreiberischen Nazipartei in Opposition stehen. Er fühlt sich durch diese Demonstration persönlich gedemütigt. Er sieht in Großbritannien den für diese Demütigung primär Verantwortlichen, und seine Wut richtet sich daher vor allem gegen England, in dem er jetzt das Haupthindernis für die Erreichung seiner weiteren ehrgeizigen Pläne erblickt. Für den Fall, daß Deutschland einen Streit mit Holland vom Zaune bräche...." [23]
Hatte W. Churchill am 7. September 1938 in der »Times" die Übergabe des Sudetenlandes als den "besten Ausweg aus der Lage" empfohlen,[24] so erklärte er am 16. 10. 1938 (achtzehn Tage nach der Münchener Konferenz, die seine Empfehlung realisierte) dem amerikanischen Volk in einer Rundfunkrede:
"Sie (die tschechoslowakische Republik) war der demokratischste Muster-staat Mitteleuropas, ein Land, in dem die Minderheiten besser behandelt wurden als irgendwo anders. Sie wurde im Stich gelassen, zerstört und verschlungen. Nun wird sie verdaut...."
Nachdem er zu bedenken gab, daß der Diktator seine Parteimeute in immer kürzer werdenden Intervallen Blut lecken lassen, ihr Gelegenheit zur Jagd geben müsse,

wolle er nicht von ihr zerrissen werden, fuhr er fort:
"Ist das ein Aufruf zum Krieg? Will etwa jemand behaupten, daß sich zum Widerstand gegen eine Aggression vorzubereiten den Krieg entfesseln heißt? Ich erkläre, daß dies die einzige Friedensgarantie ist. Wir bedürfen einer schnellen Sammlung von Kräften, um nicht bloß der militärischen, sondern auch der moralischen Aggression entgegentreten zu können." [25]
Das sind wahrlich giftige Farben, die die internationalen Beziehungen gleich welcher Art auf das Schwerste belasten mußten! Es wird sicherlich mancher unserer heutigen "Historiker" bedauert haben, von Adolf Hitler keine derartigen Äußerungen glaubhaft nachweisen zu können.
Und mancher wird sicher ebenfalls bedauert haben, welche Fülle von Auslassungen namhafter Ausländer über Hitler und den Nationalsozialismus vorliegen, die nicht nur positiv sind, sondern denen sogar eine sonst nie gekannte Bewunderung zu entnehmen ist: Lloyd George, der 1918/1919 "erreicht" hatte, "was wir wollten", und darunter verstand, daß "der eine unserer Hauptwettbewerber im Handel zum Krüppel geschlagen ist",[26] erklärte 1936 nach einem Besuch bei Hitler, als seine Tochter ihn scherzhaft mit "Heil Hitler" begrüßte:
"Jawohl, Heil Hitler, das sage auch ich; denn er ist wirklich ein großer Mann." [27]
"Ich habe niemals ein glücklicheres Volk als die Deutschen angetroffen, und Hitler ist einer der größten Männer unter den verschiedenen großen Männern, denen ich begegnet bin." [28]
Nach seiner Rückkehr aus Deutschland veröffentlichte er am 17. 9. 1936 im »Daily Express« einen ausführlichen Artikel "Ich sprach mit Hitler" und erwähnt:
"Mit Recht hat er (Hitler) in Nürnberg erklärt, seine Bewegung habe in vier Jahren ein neues Deutschland geschaffen.
Es ist nicht das Deutschland des ersten Jahrzehnts nach dem Krieg, gebrochen, mutlos und niedergebeugt in Sorge und Ohnmacht. Es ist jetzt voller Hoffnung und Vertrauen, voll eines neuen Gefühls der Entschlossenheit, sein eigenes Leben ohne jede Einmischung fremder Einflüsse zu führen.
Zum ersten Mal nach dem Krieg herrscht ein allgemeines Gefühl der Sicherheit. Die Menschen sind fröhlicher. Über das ganze Land verbreitet sich die Stimmung allgemeiner Freude. Es ist ein glücklicheres Deutschland. Überall habe ich das gesehen, und Engländer, die ich während meiner Reise traf und die Deutschland gut kannten, waren von dem Wandel sehr beeindruckt. Dieses Wunder hat ein Mann vollbracht. ....
Dies ist die neue Stimmung unter der deutschen Jugend. Mit fast religiöser Inbrunst glaubt sie an die Bewegung und an ihren Führer. Das hat mich mehr als alles andere beeindruckt, was ich während meines kurzen Aufenthaltes im neuen Deutschland erlebt habe. Es herrscht dort eine Atmosphäre der Erweckung, außergewöhnlich wirkungsvoll für die Einigung der Nation.
Katholiken und Protestanten, Preußen und Bayern, Unternehmer und Arbeiter, reich und arm wurden zu einem Volk zusammengeschlossen. Konfessions-, Stammes- oder Klassenherkunft spalten das Volk nicht mehr. Es herrscht ein leidenschaftliches Streben nach Einigkeit, geboren aus harter Notwendigkeit. ..." [29]
Stalin bezeichnete auf der Teheraner Konferenz im November 1943, also auf dem Höhepunkt des deutsch-sowjetischen Krieges
"mit Betonung Hitler als einen sehr fähigen Menschen, denn nur ein solcher könnte fertigbringen, was Hitler in der Einigung des deutschen Volkes geleistet habe." [30]
Theodor Heuss 1932:
"Und niemand kann der Unverdrossenheit des Mannes (Hitler) die Anerkennung versagen, der, von der Festung entlassen, sorgfältig, zäh, bewußt aus den Scherben

ein neues Gefäß zu fügen unternahm und verstand." [31]
"Natürlich würde man Hitlers Leistung nicht völlig gerecht, wollte man in ihm nur den großen, unermüdlichen Organisator sehen. Er hat auch Seelen in Bewegung gesetzt und einen zu Opfern und Hingabe bereiten Enthusiasmus an sein Auftreten gefesselt." [32]
Viscount Rotherniere (bis zum Jahre 1939 Direktor der Pressestelle des britischen Informationsministeriums, Abgeordneter, einer der mächtigsten Zeitungsleute der Welt, nach 1945 im Aufsichtsrat der Reuter Agentur), der nicht nötig hatte, Hitler positiv zu beurteilen, dem solche Äußerungen allenfalls hätten schaden können, fand, nachdem er Hitlers Friedensliebe betonte, folgende Worte:
"In England sehen viele Hitler als einen Menschenfresser an; ich möchte aber sagen, wie ich ihn gefunden habe. Er strahlt gute Kameradschaft aus. Er ist schlicht, natürlich und offensichtlich aufrichtig. Es ist unwahr, daß er zu einzelnen Persönlichkeiten gewöhnlich so spricht, als ob sie öffentliche Versammlungen seien. Er ist überragend klug. Ich habe nur zwei andere kennengelernt, auf die ich diese Bezeichnung anwenden könnte - Lord Northcliffe und Lloyd George. Wenn man an Hitler eine Frage richtet, gibt er sofort eine aufschlußreiche und hervorragend verständige Antwort. Es gibt keinen Menschen, dessen in wirklich wichtigen Dingen gegebenem Versprechen ich eher trauen würde.
Er glaubt, daß Deutschland eine göttliche Sendung hat und daß das deutsche Volk dazu bestimmt ist, Europa vor den revolutionären Anschlägen des Kommunismus zu retten. Er hat eine hohe Meinung von der Familie, während der Kommunismus ihr Feind ist, und hat in Deutschland die Veröffentlichung aller unanständigen Bücher, die Aufführung pikanter Stücke und Filme verboten und das sittliche Leben der Nation gründlich gesäubert.
Ich sprach vor ungefähr anderthalb Jahren mit Hitler, als er sagte, ,Gewisse englische Kreise reden von mir als einem Abenteurer. Meine Antwort ist, daß Abenteurer das britische Weltreich gebaut haben! Seine Höflichkeit ist mit Worten nicht zu beschreiben, und Männer wie Frauen nimmt er in gleicher Weise durch sein jederzeit entwaffnendes Lächeln für sich ein. Er ist ein Mann von seltener Kultur. Seine Kenntnisse in Musik, Malerei und Baukunst gehen tief.
Viele finden es anscheinend schwierig, das Bild eines kultivierten Mannes mit einem Manne von entschlossenem Handeln in Einklang zu bringen
Wenn eine Abstimmung darüber stattfände, wer nach allgemeiner Ansicht der größte Politiker war, den die englische Geschichte je hervorgebracht hat, so würde wahrscheinlich der Name Cromwells an der Spitze aller anderen stehen. Aber Cromwell war ein Mann von größter Entschlossenheit und rücksichtslosesten Methoden." [33]
Das britische Massenblatt "Daily Mail" schrieb am 20. 5. 1938:
"Hitlers Politik geht darauf aus, das Ziel ohne Blutvergießen zu erreichen. Er kam mit geringem Verlust an Menschenleben zur höchsten Macht in Deutschland, einem Land mit 68 Millionen Bewohnern. Österreich wurde dem Deutschen Reiche einverleibt, ohne daß auch nur ein Schuß abgefeuert wäre.
In den Unruhen in Palästina haben während der letzten fünf Jahre mehr Menschen ihr Leben verloren als in Deutschland und Österreich seit der Begründung des Hitlerregimes bis zum heutigen Tag." [33]
Eine Partei mit einer "blutdürstigen Philosophie, die an die Zeit des Barbarentums erinnert", erobert sich nicht die Herzen eines leidgeprüften und hellhörig gewordenen 80-Millionen-Volkes; sie gewinnt keinen Kampf geistig und materiell gegen einen modernen staatlichen Machtapparat, gegen vielfältige und straffe Organisationen der Arbeiterschaft, des Bürgertums, der Wirtschaft, der Presse, gegen erfahrene

Parteiführungen, gegen einen großen Stab von Fachkräften aller Art, gegen herrschende Ideologien und gegen mannigfache ausländische Einflüsse; sie erringt nicht den Sieg trotz zehnjähriger Unterdrückung, Verleumdung, wirtschaftlicher Diskriminierung, finanzieller Notlage - allein, ohne Bundesgenossen, ohne Freunde, ohne Gönner.
"Es wäre völlig verfehlt, indem man die Phantasie in solche Richtung entsendet (Finanzierung der Partei durch die Industrie), übersehen zu wollen, daß die große Schlagkraft der NSDAP auf der Selbstfinanzierung durch die Mitglieder beruht und auf der Technik, die die Versammlungsagitation sich weiterhin selber ernähren läßt. Das (die Selbstfinanzierung) ist nicht bloß eine große Organisationstat, sondern hat einen vieltausendfachen opferbereiten Idealismus zur Unterlage." [34]
Wer sich vor 1933 zur NSDAP bekannte, hatte unsagbare Opfer zu erwarten, Opfer nicht nur materieller Art. Seine berufliche Position setzte er aufs Spiel, seine Freizeit gab er hin, sogar den letzten Notgroschen spendete er — womöglich noch von der Arbeitslosenunterstützung. Gesundheit, sogar das Leben sowie das Schicksal seiner Familie stellte er freiwillig in den Dienst der Bewegung. Er nahm diese Härten auf sich, weil sein Glaube an ein geeintes, ein würdiges Deutschland, ein soziales Deutschland ohne Klassenkampf und Zügellosigkeit stärker war als alle Unbill.
"Das Ethos der nationalsozialistischen Bewegung, und das ist vielleicht ihre seelisch stärkste Leistung, liegt darin, daß sie Klassen- und Standes-scheidungen, Berufs- und Bildungsgegensätze in ihrem großen Rhythmus überwinden konnte, stärker als die meisten anderen Parteien." [35]
Und wenn sich gewisse Ausländer oder überhaupt die dortigen Manager der öffentlichen Meinung nicht vorstellen können, daß Hunderttausende — sogar Millionen — Deutsche Arbeit und Mühe ohne Besoldung, aus Idealismus auf sich nahmen, Uniformen, Fahrtspesen, zusätzliche Unkosten usw. über ihren Parteibeitrag hinaus in einer Zeit bedrohlicher Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit selbst bezahlten — Jahr für Jahr! — dabei ihre Existenz, ihr Leben riskierten, so ist es dennoch so gewesen. Keine Partei, weder in Deutschland noch in irgendeinem anderen Land der Welt, kennt oder kannte auch nur annähernd einen solchen selbstlosen Opferwillen ihrer großen Gefolgschaft — nicht in der Zeit der politischen Verfolgung, nicht in der Zeit politischer Machtfülle. Und dies alles für eine "blutdürstige Philosophie"? -
"Ich sehe bewundernd, daß er (Hitler) fast als erster in der Welt Menschenmassen o h n e Zwang und auch o h n e irgendeinen nahen Nutzen aus ihrem völlig freien Willen in seine Gefolgschaft gebracht hat." [36]
Hitlers Machtergreifung ist unblutig und diszipliniert verlaufen wie keine Revolution vor ihm. Dem Volk wurde überdies zum schnellstmöglichen Termin - zum 5. März 1933 - Gelegenheit gegeben, in Reichstags-, Landtags- und Gemeindewahlen frei sein Wollen zu dem neuen Geschehen zu bekennen.
Die Worte eines so hoch angesehenen Demokraten wie Friedrich Naumann (1860 - 1919) sollten in eine objektive Wertung einbezogen werden:
"Es hilft gar nichts, wenn man dem Revolutionsgedanken mit moralischen Gesichtspunkten kommen will, denn die Staatskörper, in denen wir heute leben, sind auch nicht nach den Vorschriften des kleinen Katechismus entstanden. Unsere ganze Gegenwart beruht auf vergangenen Gewalttaten. Es gibt keine einzige politische Macht, die nicht Menschenblut vergossen hat, um bestehen zu können." [37]
Erst rund 30 Jahre später kommt ein us-amerikanischer Präsident zu gleichen Erkenntnissen, wie sie dem Berliner bereits nach dem Ersten Weltkrieg bewußt waren:
Präsident John F. Kennedy am 24. 4. 1961:

"Die selbstgefälligen, die genußsüchtigen, die weichen Gesellschaften sind im Begriff, mit dem Treibholz der Geschichte hinweggeschwemmt zu werden. Nur der Starke, der Arbeitsame, der Entschlossene, der Mutige, der Weitblickende, der die Natur unserer Auseinandersetzung erkennt, kann überhaupt überleben." [38]
Wie recht hatte doch der ehemalige deutsche Botschafter in London und spätere Reichsaußenminister von Ribbentrop, als er 1935 in einem Brief an Lord Allen of Hurtwood feststellte:
"Ich glaube nicht falsch vorauszusehen, wenn ich sage, daß eine spätere objektive Geschichtsschreibung den nationalsozialistischen Machtkampf geradezu als das Musterbeispiel für eine Revolution ansehen wird, wie sie nur eine Nation von höchstem Kulturniveau überhaupt durchführen kann." [39]
Doch die Welt anerkannte nicht die Behebung der deutschen Not, das Ende der deutschen Zwietracht, sie empfand keine Achtung vor deutscher Haltung. Das gerade war es, was man nicht wünschte. Man bekämpfte die Art, wie die Deutschen mit ihrer Not fertig zu werden gedachten und wie sie in ihrem geschichtlichen Raum zu leben beabsichtigten. Die Welt sah nur ihre unrechte Ordnung in Europa gefährdet, und das genügte, um alle Register politischer Polemik zu ziehen und um eine weltweite Propagandamaschine ohne Rücksicht auf die Verantwortung vor ihren eigenen Völkern auf "volle Fahrt" zu stellen. "Eine blutdürstige Philosophie, die an die Zeit des Barbarentums erinnert" — das war der Kommentar dieser Welt. Die Hetze brachte es soweit, daß schon in den Zeiten tiefen Friedens der Deutsche vor den Augen der anderen nicht nur als kein gleichberechtigter Mensch, ja nicht einmal als Mensch mehr gelten durfte, sondern als Barbar, der nichts als Scheußlichkeiten aufzuweisen hatte und ausgerechnet die Weltherrschaft anstrebte. Ein Volk, das aus bitterer Not zusammenfindet und die Geschichte der Revolution schließlich nicht aus Vergnügen oder Zeitvertreib schreibt, soll nichts anderes im Sinn haben? Ist es nicht vermessene Kriegshetze, solcherlei Wertungen und Schlagworte in die Welt hinauszuschreien?
An den aus dieser Einstellung heraus erwachsenen Widersprüchen und den primitiven Argumenten, selbst namhafter Politiker, ist die Unkenntnis, der Wille zur Wahrheitsverleugnung über Deutschland bzw. die NS-Bewegung abzulesen, mit denen die Manager der "öffentlichen Meinung" schon Jahrzehnte vor 1933 unentwegt die Geister geformt haben, mit denen sie nach 1945 in noch größerer Selbstgefälligkeit das gesamte öffentliche Leben der Welt überfluteten.
Jene Politiker und Journalisten, die sich jahrzehntelang in solchen grotesken Verleumdungsfeldzügen ergingen, haben angesichts des vergangenen Zweiten Weltkrieges und angesichts der unheilschwangeren gegenwärtigen weltpolitischen Lage allen Grund, ihr Handeln objektiv zu beleuchten. Sie sollten sich fragen, wieviel sie - sie persönlich - zur Verschärfung der damaligen internationalen Spannung beigetragen haben, indem sie fahrlässig - ohne Kenntnis der Quellen - oder bewußt unehrlich Behauptungen aufgestellt und mit dem Signum ihrer Autorität verbreitet und leichtfertig eine außenpolitische Richtung festgelegt haben, die womöglich ihrer persönlichen Karriere dienlich, dem Völkerschicksal dagegen abträglich war. Ausgehend von Machtinteresse, Unterlegenheitsgefühl, Antipathie, Neid haben sie sich der erregenden Furchtagitation bedient und sich damit in eine Psychose verstrickt, die für Sachlichkeit keinen Raum ließ. Sie haben sich alle nur erdenklichen positiven Wertungen zugelegt und diese willkürlich der anderen Seite abgesprochen. S i e in erster Linie haben die Berechtigung verwirkt, sich über die "Methoden" Hitlers zu entrüsten ... Sie nämlich traten nicht nur für die Aufrechterhaltung eines Unrechts in Europa ein, sondern kannten keine Hemmungen, wenn es galt, Deutschland mit vereinten Kräften und mit allen nur möglichen Mitteln

niederzuhalten.
Die Verleumder des deutschen Volkes und Reiches haben keinen Unterschied gemacht zwischen der deutschen Monarchie, der Weimarer Republik und dem Dritten Reich. Inhalt und Form der Haßgesänge auf Hitler unterschieden sich kaum von denen der Jahrhundertwende und nach 1918. Jeder Blick in die Presse oder in den Büchermarkt jener Zeiten bezeugt eindeutig, welches der in Frage stehenden Völker all die Jahre mehr Selbstbeherrschung geübt, mehr Versöhnungswillen gezeigt, mehr Großmut bewiesen hat. Es war Deutschland! Er beweist, in welchen Ländern kriegsgeneigte Politiker, Militärs und Journalisten das Wort geführt haben: Es waren die Sieger und Mitsieger von Versailles!
Deutschland hat England immer als Brudernation anerkannt und geschätzt, Frankreich als kulturell hochstehenden Nachbarn umworben, US-Amerika ob seiner wirtschaftlichen und technischen Leistungen bewundert, die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit Polen erkannt und unterstrichen - v o r 1933, wie auch zu Hitlers Zeiten. Diese Länder dagegen haben sich nicht gescheut, obgleich Deutschland der Welt zahlreiche und markante Forscher und Künstler und mit ihnen eine reiche Kultur geschenkt hat, es als "Volk der Barbaren" an den Pranger der "öffentlichen Weltmeinung" zu stellen, - schon v o r Hitler, v o r dem Ersten Weltkrieg, doch seit dem "Rückfall in die Barbarei" (seit 1933) besonders. Keine deutsche Regierung hat weder vor noch nach 1918, d. h. trotz der ungerechten Versailler "Ordnung" und Nachkriegspolitik, Haß gegen die ehemaligen Feinde geschürt. Dieses Verhalten blieb den politischen und publizistischen Wortführern der Gegenseite vorbehalten. Sie haben ihren Haß in Bausch- und Bogenurteilen, in Lüge und Verleumdung jahrein, jahraus gegen das ganze deutsche Volk geschleudert und kamen sich dabei noch sehr vernünftig, vorbildlich, moralisch vor. Während die deutsche Literatur - auch in Hitlers Zeiten!- von der Achtung fremden Volkstums, von Versöhnung, Wissenschaftlichkeit und historischer Wahrheitsliebe getragen war, wurden jenseits der Grenzen zahllose Bücher, Zeitungen und Zeitschriften begünstigt, die in haßerfüllter Tendenz historische Feindschaft gegen das deutsche Volk und deutsches Lebensrecht lehrten. (Nicht tonangebende Ausnahmen gab es freilich auf beiden Seiten).
Einer ihrer jahrelangen Wortführer war Winston Churchill!
Während Churchill in seiner Eigenschaft als britischer Schatzkanzler für die schikanöse Siegerpolitik Frankreichs, für die Reparationen usw. eintrat und Zugeständnisse an die Weimarer Republik ablehnte, wandte er sich später gegen diese "Lethargie und Torheit".[40] Zeitweilig voll Bewunderung für Hitler, wollte er schon im Jahre 1938 nach der Münchener Konferenz "mit Hitler handgemein werden",[41] "würde Churchill vermutlich zur Zeit von München mit Deutschland in den Krieg gegangen sein".[42] Hatte Hitler gute Beziehungen zu seinen Nachbarn hergestellt und damit einen Beitrag für den Frieden geleistet, so bedeutete dies für den um "Begründungen" nie verlegenen Churchill, daß diese Mächte dies "nur aus Furcht vor dem Aufstieg der Nazimacht taten"[43]. Vom nachdrücklichen Kritiker des "polnischen Korridors" wechselte Churchill zum schärfsten Widersacher einer von Hitler gewünschten Rückkehr Danzigs und Schaffung einer exterritorialen Autobahn durch Westpreußen, ein Wunsch, der viel bescheidener war als die von ihm selbst einst vorgeschlagene und als notwendig ausgegebene Friedensregelung.[44]
Er, der sah,
"wie der Kommunismus die Seele einer Nation verdirbt, wie er sie im Frieden gemein und hungrig, im Krieg niedrig und verabscheuungswürdig macht, wie er die Spur des Fortschritts durch 2.000 Jahre vernichtet und der Vorbote einer Rückkehr ins finstere Mittelalter ist", [45]

konnte seinen Eifer kaum zügeln, als N. Chamberlain im Jahre 1939 "die blutbefleckte Hand des Kommunismus" schüttelte und "die Sklaverei, die schlimmer ist als der Tod", in sein militärisches Bündnissystem einzubeziehen wünschte.[44] Sein Urteil über die Sowjets revidierte Churchill erneut angesichts des sowjetisch-finnischen Krieges 1939/1940, bis er mit Beginn des Rußlandfeldzuges 1941 wiederum eine Kehrtwendung vollzog und eilfertig "einen Pakt mit dem Teufel" befürwortete, um Hitler zu vernichten — ungeachtet der Folgen für das britische Empire.[45] + [46] Sein Motto:
"Ich habe nur einen Zweck, die Vernichtung Hitlers, und mein Leben ist dadurch sehr vereinfacht." [47]
Später, im Mai 1943 nach Entdeckung der Gräber von Katyn, in denen mehr als 10.000 mit Genickschuß erschossene polnische Offiziere begraben lagen und über 4.000 exhumiert wurden, "begründete" Churchill seinen ideologischen Bocksprung den exilpolnischen "Freunden":
"Die Bolschewisten können sehr grausam sein'. Er fügte jedoch hinzu, daß ihre Unbarmherzigkeit eine Quelle der Stärke sei, und dies sei uns von Nutzen, soweit es die Tötung von Deutschen betrifft." [48]
Schließlich sollte sein einziger Test für die Tauglichkeit eines Alliierten der sein, *"welche militärische oder materielle Hilfe dieser zu einem gegebenen Augenblick leisten könne, sei er Monarchist, Faschist oder Kommunist — oder sogar ein Kannibale."* [49]
Churchill, über zwanzig Jahre lang Vorkämpfer gegen den Bolschewismus und für "die Freiheit der kleinen Völker", dirigierte im Brustton der Selbstgefälligkeit den Chor der Hosiannas und Hallelujas, als die Rote Armee über Estland, Litauen, Lettland, Polen, Ostpreußen und die Balkanstaaten hinwegbrandete und sich in Mitteleuropa einnistete.[50] Sein Motto aus dem Ersten Weltkrieg war das gleiche geblieben:
"Dies hier', sagte er mit einer Handbewegung auf die Karten der Kriegsschauplätze an der Wand, ‚ist es, für das ich lebe'."
"Wie oft haben wir ihn sagen hören, als er uns in schweren Tagen ermutigen wollte: Krieg ist ein Spiel, das mit lächelndem Gesicht gespielt werden muß'." [51]
Die auf diese Lebensaufgabe zugeschnittene Philosophie veröffentlichte Churchill in seinen Memoiren:
"Im Kriege, bemerkte ich, ‚ist die Wahrheit so kostbar, daß sie nie anders als mit einer Leibwache von Lügen auftreten sollte. Stalin und seine Mitarbeiter fanden an dem Bonmot, als es übersetzt wurde, großes Gefallen. So endete die offizielle Sitzung in heiterer Tonart." [52]
Diesem "Gefallen" zuliebe, das er den Sowjets zu bereiten gedachte, ließ er seinen polnischen "Freunden" den Passus in einer öffentlichen Resolution verweigern, der die Anerkennung "der Rechte und Prinzipien des Völkerrechts" forderte, — "weil dies die Russen reizen könnte".[53]
Nach 1945, nach dem Zweiten Weltkrieg und offensichtlich auch nachdem Churchill nachträglich das Buch "Mein Kampf" gelesen hatte, meinte Churchill, "das falsche Schwein geschlachtet" zu haben (so, "als sei die Welt eine Viehhalle und England der Metzger").[54] Das seiner nunmehrigen Meinung nach "richtige Schwein" pries er noch Monate zuvor auf der Jalta-Konferenz:
"Diesmal erhebe ich mein Glas mit wärmeren Gefühlen als je zuvor.... Wir spüren, wir haben in dem Marschall (Stalin) einen Freund, dem wir vertrauen können." [55]
Oder kurz danach am 27. 2. 1945 im Unterhaus:
"Der Eindruck, den ich von der Krim und von allen meinen anderen Kontakten mitbrachte, ist der, daß Marschall Stalin und die sowjetischen Führer in ehrenhafter

Freundschaft und Gleichberechtigung mit den westlichen Demokratien leben wollen. Ich fühle auch, daß ihr Wort ihre Bürgschaft ist. Ich kenne keine Regierung, die verläßlicher hinter ihren Verpflichtungen steht als die russische Sowjetregierung. Ich lehne es absolut ab, hier in eine Diskussion über den guten Willen der Russen einzusteigen." [56]
Wiederum einige Monate später: Am 7. 11. 1945 im Unterhaus:
"Hier wünsche ich zu sagen, wie glücklich (glad) wir alle sind zu wissen und zu fühlen, daß Generalissimus Stalin immer noch das Steuer fest in der Hand hat und sein gewaltiges Schiff steuert. Persönlich kann ich nichts anderes fühlen als die lebhafteste Bewunderung für diesen wahrhaft großen Mann, den Vater seines Landes, den Herrscher über dessen Geschicke in Zeiten des Friedens und den siegreichen Verteidiger dessen Lebens in Zeiten des Krieges." [57]
Adolf Hitler trägt die Widersinnigkeit eines deutsch-englischen Krieges, ja des Krieges überhaupt, schon als Erkenntnis seit dem Ersten Weltkrieg in sich. Winston Churchill wird hierauf erst nach 1945 aufmerksam, indem er den Zweiten Weltkrieg als einen "unnötigen Krieg" bezeichnete und genau das forderte, was die Deutschen schon 20 bis 30 Jahre früher unternommen hatten, nämlich ein Bollwerk gegen den Bolschewismus aufzurichten.[58]
"Kein Krieg war bisher leichter zu vermeiden gewesen als der letzte Schrecken." [59]
England hätte — seiner Meinung zufolge — nach dem Ersten Weltkrieg bereits so "klug" sein sollen, Deutschland dauerhaft militärisch niederzuhalten. Freilich war er keineswegs geneigt, Deutschland eine völkerrechtliche Gleichberechtigung zuzugestehen oder auch nur das geringste zur Wiederherstellung der deutschen Ehre und der Rechte Deutschlands beizutragen. Zwar stellte er nach dem Kriege fest, daß das Ergebnis 1945 anders aussehe, als das, "wofür England gekämpft habe", und der Westen nunmehr die Welt vor zwei mächtigen Marodeuren, "Krieg und Tyrannei" beschützen müsse",[60] — doch daß dies die konsequenten Folgen seiner eigenen Politik waren, stritt er ab. Ebenso weigerte er sich einzugestehen, daß Deutschland gerade gegen diese Politik und gegen diese Ergebnisse gekämpft hatte.
"Er war stets imstande, seine Reden den Erfordernissen der Stunde anzupassen. Folgerichtigkeit ist nie eine der starken Seiten Churchills gewesen, man hätte von ihm aber immerhin erwarten können, daß er sich an das erinnerte, was er früher einmal geschrieben hatte." [61]
Nicht der Tatbestand einer Aggression, auch nicht der Umfang einer Aggression, auch nicht die Ursache oder der Anlaß einer Aggression waren für Churchill entscheidend, sondern die Frage, w e r sich einer "Aggression" schuldig machte. Wobei der Begriff "Aggression" je nach Belieben weitläufigste Ausdeutung erfuhr (z. B. die Heimkehr von willkürlich abgetrennten und unter "undemokratische" Fremdherrschaft gestellten Volksdeutschen ins Reich), während auf der anderen Seite wahrhafte Aggressionen und offensichtlich rechtswidriges Verhalten nicht zur Kenntnis genommen wurden. Auch nicht etwa Weltanschauungen oder Staatskonzeptionen waren Gradmesser, entschied doch für ihn der persönliche Zweck des Augenblicks über seine Einstellung zu diesen Fragen. Nicht die Liebe zu den kleinen Völkern war entscheidend, er opferte diese Völker bedenkenlos seinen persönlichen Interessen.
"Dies, gepaart mit dem Umstand, daß Churchill weder eine echte Kriegskonzeption noch eine für die Nachkriegszeit besaß, beweist, daß seine Behauptung, er führe einen,,Kreuzzug für die freie Welt', Betrug war." [62]
Unter dem Vorwand humanitärer Anliegen unterschreibt Churchill die Atlantik-Charta — kurz darauf will er sie nur für das britische Empire gültig interpretiert wissen. Gleichzeitig billigt, ja befiehlt er das systematische "Ausradieren" offener deutscher Städte, "jede nur mögliche Gewaltanwendung", "jedes Ausmaß des

Schreckens",[63] "so viel Deutsche wie möglich umzubringen",[64] setzt einige Jahre später seine Paraphe unter den Morgenthauplan und preist die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer Heimat als die "befriedigendste und dauerhafteste Methode",[65] die sich jedoch nicht aus einem "Rechtsgrund" herleitet, sondern als "Kompensation" gedacht ist für die Gebietsverluste Polens an die Sowjetunion.[66]
"Es wird dann keine Bevölkerungsvermischung mehr geben, die endlosen Streit verursacht. Ich bin nicht alarmiert bei der Aussicht auf das Herauszerren der Bevölkerung. Sechs Millionen Deutsche sind im Krieg gefallen, und wir können erwarten, daß bis Kriegsende noch viele Deutsche mehr getötet werden und daher Platz für die zu Vertreibenden sein wird." [65]
Churchill in Jalta am 7. 2. 1945:
"Wir haben 5 oder 6 Millionen getötet und werden vor Beendigung des Krieges wahrscheinlich noch eine weitere Million töten. Dadurch müßte in Deutschland für die transferierten Menschen Raum genug vorhanden sein. Sie werden gebraucht werden, um Lücken zu füllen; daher fürchte ich das Problem einer Transferierung nicht, solange es im richtigen Verhältnis steht." [66]
Sogar im Hinblick auf Kulturvölker haben "die Großen Drei" der "zivilisierten Völker" in ihrer Politik den "Geschäftsgeist" des Schacherns und Kompensierens zugrundegelegt wie in den wilden Zeiten des Altertums, wo der Besiegte Sklave und Verkaufsobjekt, seine Heimat Beute war; nur mit dem Unterschied, daß es heute im 20. Jahrhundert im Namen der Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, des Christentums, der Demokratie und nicht nur mit tausenden wilder Krieger, sondern mit Millionen europäischer Kulturträger geschieht. Daß bei dieser "humanen Umsiedlung", wie die Vertreibung in den Potsdamer Protokollen hieß, 3,8 Millionen deutsche Menschen den Tod gefunden haben[67] (nach einer anderen Ermittlung knapp 3 Millionen),[68] die übrigen unter grauenhaften Begleitumständen nur ihr nacktes Leben retten konnten, daß dabei alle Deutschen — nicht zum ersten Mal im 20. Jahrhundert! — für vogelfrei gegolten haben, scheint Churchills Gewissen nicht zu belasten. Ja, es ist sogar Programm der "Großen Drei", "bei dieser Umsiedlung die Zahl der Deutschen wesentlich zu reduzieren"![69] Der exilpolnische Ministerpräsident Mikolajcyk bekommt von Churchill die "Beruhigungspille":
"Machen Sie sich keine Sorge über die fünf oder mehr Millionen Deutscher.... Stalin wird sich darum kümmern. Sie werden mit ihnen keine Schwierigkeiten haben: Sie werden zu existieren aufhören!" [70]
Am 30. 6. 1943 erklärte der "von Zerstörungswut besessene" Churchill [71] in London:
"Unter bedingungsloser Kapitulation verstehe ich, daß die Deutschen kein Recht auf irgendeine bestimmte Behandlung beanspruchen können." [72]
Wer diese Tatbestände und ihre Initiatoren kennt, weiß auch, wer in Wahrheit die Leute mit einer "blutdürstigen Philosophie, die an die Zeit des Barbarentums erinnert", sind! Winston Churchill selber ist einer ihrer Vorkämpfer!
Bewußt verschweigt dieser Mann elementare Wahrheiten zur Zeit der "Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse" und stützt zahllose Geschichtsfälschungen. Der Kreuzfahrer Winston Churchill, der angeblich alles um "ethischer Grundsätze", insbesondere um "der Rettung des Christentums willen" getan hatte, bekennt schließlich seinen Glaubensstreitern:
"Ich bin kein religiös eingestellter Mensch." [73]
Genauso skrupellos, wie er den Krieg gegen Deutschland angeregt, geführt und über das Schicksal seines besiegten Feindes bestimmt bzw. mitbestimmt hat, verfuhr er mit seinem Bundesgenossen Polen.
In Jalta 1945 bekennt er:
"Ich selbst interessiere mich wenig für die Polen." [74]

1939 allerdings interessierten ihn die Polen, weil er mit ihrer Hilfe Öffentlichkeit und Regierung Großbritanniens in eine Kriegspsychose hineinhetzen konnte, um damit, wie er Roosevelt telegraphierte noch bevor er Premierminister geworden war, zusammen mit dem US-Präsidenten "die Welt zu kontrollieren".[75] Den ihn inzwischen nicht mehr interessierenden Polen, deren Repräsentant Ministerpräsident Mikolajzyk war, eröffnete Churchill auf dem Höhepunkt des Krieges:
"Sie sind keine Regierung... es handelt sich bei Ihnen um rücksichtslose Menschen, die Europa ruinieren wollen. Ich werde Sie Ihren eigenen Schwierigkeiten überlassen.... Sie haben nur erbärmliche, kleinliche und selbstsüchtige Interessen vor Augen.... Wenn Sie die Absicht haben, Rußland zu erobern, dann werden wir Sie ihre eigenen Wege gehen lassen.... Sie gehören in eine Irrenanstalt.. ..." [76]
Zwar sollte die polnische Armee weiterhin für die britischen Ziele und Interessen kämpfen, doch sollte die exilpolnische Regierung in London "im Namen hoher moralischer Prinzipien" jede Lüge — auch der britischen Presse und Parlamentarier — schlucken, die zu ihrer Diskreditierung erfunden wurde.[77]
Es war die Zeit, als Churchill seinen "Schützlingen" erklärte, daß es keine andere Alternative als den endgültigen Untergang der polnischen Nation gäbe.[77]Als die Rote Armee im Jahre 1944 in Polen einrückte und ihn unablässig Alarmnachrichten über die bolschewistische Machtpraxis erreichten, ließ Churchill anweisen, daß "die öffentliche Meinung" durch verstärkte Greuelpropaganda gegen Deutschland abgelenkt werden sollte.[78] Die Polen interessierten ihn wirklich nicht!
Auch seinem französischen Bundesgenossen hatte Churchill seine "Treue" rühmlich unter Beweis gestellt, als er die in Mers-al Kébir (nahe Oran) ankernde französische Flotte zu vernichten befahl (3. 7. 1940) und als er später zivile französische Städte bombardieren ließ.[79]
Im selben Augenblick, in dem er sich über die Wunden und Schmerzen des blutenden Europa hinwegsetzt und nicht genug seine Freundschaft zur Sowjetunion unterstreichen kann, trifft er Vorkehrungen, um deutschen Soldaten wieder Waffen in die Hand zu drücken zum möglichen Kampf gegen den Bolschewismus.[80] — Der von ihm inzwischen als "falsches Schwein" skizzierte Hitler blieb zwar weiterhin der Mann, "der die Welt erobern wollte", ungeachtet dessen, daß er nie solche Ziele hatte, Territorialverzichte geleistet, die auslandsdeutschen Volksgruppen "heim ins Reich" geholt und Frankreich aus eigener Beschränkung im Jahre 1940 nur zum Teil und die französischen Kolonien überhaupt nicht besetzt hatte. Churchill, der Hitler vorwarf, Deutschland so stark gemacht zu haben, um Europa allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Nationen gegen den Welteroberungswillen des Bolschewismus zu schützen, verlangte seinerseits den Führungsanspruch "der Großen Drei" bzw. "Vier Polizisten" über alle anderen Nationen der Welt [81] — einschließlich Polen, das er "wie ein Haus auf Rädern" hin und her schob, ohne seinen Willen zu erfragen.[82]
Nach einer achtstündigen Unterredung mit Winston Churchill Ende Mai 1945 notierte der Sonderbotschafter Trumans und ehemalige US-Botschafter in Moskau, Joseph E. Davies:
"Ich sagte freimütig — nachdem ich ihn so heftig über die Bedrohung sowjetischer Vorherrschaft und über die Ausbreitung des Kommunismus in Europa schimpfen gehört und nachdem ich einen solchen Mangel an Vertrauen in die Ehrlichkeit der sowjetischen Führerschaft festgestellt habe — hätte ich mich gefragt, ob er, der Premierminister, nun der Welt erklären wolle, daß er und England einen Fehler gemacht hätten, indem sie Hitler nicht unterstützten; denn er vertrete — wie ich ihn verstünde — nun die Doktrin, die Hitler und Goebbels verkündet und in den letzten vier Jahren immer wiederholt hätten ...
Genau die gleichen Bedingungen, wie er sie beschrieb, und die gleichen

Schlußfolgerungen seien von ihnen vorgebracht worden, wie er sie nun zu behaupten schien ..." [83]
Wenn selbst namhafte Politiker in ihren Urteilen und Taten im Verlaufe weniger Jahre in derartige Extreme verfallen, solche Ziele vertraten und durchsetzten und dennoch entgegen besserer Erkenntnis die Diffamierung ihres ehemaligen Gegners weiterhin dogmatisierten, dann kann man von ihnen und ihren Gesinnungsfreunden nicht erwarten, daß sie die Gegenwart richtig beurteilen, daß sie aus der jüngsten Geschichte etwas gelernt haben oder überhaupt die für verantwortungsvolle Politik erforderliche geistige Größe und moralische Qualifikation besitzen!
Leider haben britische Politiker erst nach dem Jahre 1945 die Basis der Churchill'schen Agitation richtig erkannt und in folgende treffende Worte gekleidet:
Manchester Guardian:
"Die Leute könnten den Verdacht hegen, daß Politiker, die ihre Zeit darauf verwenden, eine Panik auszulösen, dies nur darum tun, weil ihre Sache auf zu schwachen Füßen steht, als daß sie mit Vernunftgründen zu verteidigen wäre." [84]
Aneurin Bevan:
"Churchill ist ein sehr bedeutender Schriftsteller und als ein Mann bekannt, der mit tiefem Vergnügen seine eigene Prosa vorliest. Ein Grund, warum er so elegant über die Seiten hinwegstreicht, ist der, daß er nur ein sehr geringes Gewicht an Tatsachen trägt. Er stutzt die Geschichte noch einmal zurecht, und wenn es dann noch ein Faktum gibt, das mit seiner Darstellung nicht übereinstimmt — flugs geht es über Bord. Das war stets charakteristisch für den sehr ehrenwerten Gentleman." [85]
Oder Churchill selbst:
"Daß man den Haß am Kochen hält, ist eine der schlimmsten Ungerechtigkeiten, die man der Sache des Friedens antun kann, und eine Popularität, die man sich damit erwirbt, ist eine Schande für denjenigen, der so etwas zu tun versucht." [86]
Es ist kaum anzunehmen, daß Winston Churchill erst in seinen späten Lebensjahren zu dieser Einsicht gekommen sein soll. Sicher wird er aber selbst dann keinen Vergleich zu seinem jahrzehntelangen Handeln gezogen haben, wo doch der Zweite Weltkrieg sehr wesentlich von seinen Haßgesängen mit veranlaßt, genährt und brutalisiert worden ist.

Quellennachweise:

[1] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" S. 49.
[2] E. Hughes "Winston Churchill -- his career in War and Peace" S. 155 - 156.
[3] ebenda S. 146.
[4] ebenda S. 145.
[5] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 113.
[6] Einzelheiten siehe im gesonderten Kapitel.
[7] Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941 - 1943 Bd. 1 S. 204. Brief Churchills an Stalin vom 27. 2. 1944.
[8] H. Lutz "Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 21.
[9] F. Rück "1919 - 1939 Friede ohne Sicherheit" S. 38.
[10] H. Lutz "Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 82, 259, 260.
[11] H. Herda "Die Schuld der Anderen" S. 173.
[12] S. Hoare "Neun bewegte Jahre -- Englands Weg nach München" S. 356.
[13] A. Wedemeyer "Der verwaltete Krieg" S. 25.
[14] E. Hughes "Churchill - ein Mann in seinem Widerspruch" S. 115.
[15] NATION EUROPA Heft 11, 1957, S. 50.
[16] E. Hughes "Churchill -- ein Mann in seinem Widerspruch" S. 135.
[17] W. Churchill "The truth about Hitler" in Strand Magazine November 1935 zitiert bei: Sündermann "Alter Feind was nun?" S. 70.
[18] E. Hughes "Winston Churchill — his career in War and Peace" S. 144 und L. P. Lochner "Die Mächtigen und der Tyrann" S. 214.

[19] H. Laternser "Nürnberg — Plädoyer vor dem IMT 1946" S. 36.
[20] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 35.
Aussage des bedeutenden englisch-amerikanischen Publizisten Francis Neilson.
[21] E. Raczynski "In Allied London" S. 8.
[22] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 81 - 84.
[23] Ch. Tansill "Die Hinterür zum Kriege" S. 489.
[24] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 362
[25] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 86, 88, 92.
[26] H. Grimm "Warum, woher aber wohin?" S. 583 - 584.
[27] K. Hierl "Im Dienst für Deutschland" S. 163.
[28] H. Grimm in NATION EUROPA 1958 Heft 2 S. 68 zitiert den englischen General Fuller.
[29] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 74 u. 77, vollständiger Artikel dort abgedruckt.
[30] R. Sherwood "Roosevelt und Hopkins" S. 639.
[31] Th. Heuß "Hitlers Weg" S. 5.
[32] ebenda S. 119.
[33] V. Rothermere "Warnungen und Prophezeiungen" S. 180 - 183.
[34] Th. Heuß "HitIers Weg" S. 123.
[35] ebenda S. 58.
[36] H. Grimm "Von der bürgerlichen Ehre und bürgerlichen Notwendigkeit" S. 17.
[37] F. Lenz "Zauber um Dr. Schacht" S. 17.
[38] NATION EUROPA Nr. 6, 1961, S. 40.
[39] G. Rühle "Das Dritte Reich" Bd. 1935 S. 327.
[40] E. Hughes "Winston Churchill — his career in War and Peace" S. 142 - 143.
[41] O. Abetz "Das offene Problem" S. 103.
[42] E. Hughes "Winston Churchill — his career in War and Peace" S. 174.
[43] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 82.
[44] E. Hugbes "Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 160,161.
[45] ebenda S. 168.
[46] E. J. Reichenberger "Europa in Trümmern" S. 130.
[47] E. Hughes "Winston Churchill — his career in War and Peace" S. 146.
[48] E. Raczynski "In Allied London" S. 141.
[49] E. Hugbes "Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 216.
[50] ebenda S. 185.
[51] ebenda S. 79 - 81.
[52] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 5. Buch. Bd. II "Von Teheran bis Rom" S. 75.
[53] E. Raczynski "In Allied London" S. 181.
[54] H. Sündermann "Alter Feind was nun?" S. 55.
[55] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 6. Buch, Bd. II "Der eiserne Vorhang" S. 59.
[56] E. J. Rozek "AIlied Wartime Diplomacy — A Pattern in Poland" S. 359 und
R. Grenfell "Bedingungsloser Haß?" S. 135.
[57] F. B. Czarnomski "The Wisdom of Winston Churchill" S. 349.
[58] R. Churchill "The Sinews of Peace — Post-War-Speeches by Winston Churchill" S. 41.
[59] ebenda S. 172 Rede in Metz am 14. 7. 1946.
[60] ebenda S. 94 Rede in Fulton (Missouri, USA) am 5. 3. 1946.
[61] E. Hughes "Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 146.
[62] ebenda S. 216.
[63] F. J. P. Veale "Der Barbarei entgegen" S. 217 und M. Bardeche "Nürnberg oder die Falschmünzer" S. 70.
[64] R. Grenfell "Bedingungiloser Haß?" S. 95.
[65] "Voices of History 1944 - 1945 Speeches and Papers of Roosevelt, Churchill, Stalin, Chiang, Hitler and other Leaders" S. 615 — Churchill vor dem Unterhaus am 15. 12. 1944.
[66] Die Jalta Dokumente S. 164, 222, 298, 171.
[67] F. Gause "Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft" S. 288.
[68] Statistisches Bundesamt "Die deutschen Vertreibungsverluste" S. 37 u. 44.
[69] E. J. Reichenberger "Fahrt durch besiegtes Land" S. 8, Äußerung F. D. Roosevelts zum tschechischen Ex-Präsidenten E. Benesch am 12. 5. 1943.
[70] E. J. Reichenberger "Wider Willkür und Machtrausch" S. 400, zitiert: "Review of World Affairs" 5. 10. 1945.
[71] E. Spetzler "Luftkrieg und Menschlichkeit" S. 313.
[72] E. Deuerlein «Die Einheit Deutschlands" S. 34.

[73] E. J. Reichenberger "Europa in Trümmern" S. 91 zitiert: "Time Magazine" vom 25. 8. 1941 S. 13.
[74] Die Jalta Dokumente 5. 266.
[75] Ch. Tansill «Die Hintertür zum Kriege" S. 630.
[76] S. L. Sharp "Poland — White Eagle on a red Field" S. 193.
[77] E. Raczynski "In Allied London" S. 213 u. 240.
[78] E. Rozek "Allied Wartime Diplomacy" S. 210.
[79] E. Spetzler "Luftkrieg und Menschlichkeit" S. 341 ff.
[80] H. Sündermann "Alter Feind was nun?" S. 126.
[81] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" V. Buch Bd. II "Von Teheran bis Rom" S. 50.
[82] C. Reece "Das Recht auf Deutschlands Osten" S. 29, Ausspruch vom polnischen Botschafter in Washington, Jan Ciechanowski, am 6. 7. 1945.
[83] Foreign Relations of the United States. The conference of Berlin (The Potsdam Conference) Vol. 1 S. 73.
[84] E. Hughes "Churchill - ein Mann in seinem Widerspruch" S. 231.
[85] ebenda S. 240
[86] ebenda S. 284

"Sir Winston Churchill"

von Sir Oswald Mosley

Churchill führte seinen Krieg zur Vernichtung von Männern und Gedanken, die er nicht verstand. Er führte ihn unter Verleugnung der Zukunft seines eigenes Vaterlandes und jeder gesunden Vernunft; er entwickelte dabei fanatischen Eifer,und das Spielerglück war ihm persönlich hold, der Menscheit aber brachte sein Sieg nur Verderb:
In dem Kampf der Engel gegen die Teufel,den er sich zurechtfantasiert hatte, mußte er schließlich den schlimmsten Satan zu seiner Hilfe entfesseln. Der Bolschewismus brach aus seiner Hölle und erhob sich zur Beherrschung der Welt. Sein Triumpf brachte alles Böse mit sich. fremde Besatzung zum Schutz des Restes von Britannien und Europa, unablässiges Bohren und Wühlen der Sowjetpolitik und ihren Mitläufern.Nun ist es soweit, daß Amerika zum notwendigen Übel wurde; denn es ist immerhin besser unter dem Schutz amerikanischer Waffen zu leben bis zu dem Augenblick Augenblick, wo Europa seine Freiheit selber verteidigen kann, als unter russischer Hegemonie abgewürgt zu werden. Nur ein dreckiger Köter schnappt nach der Hand, die ihm Futter und Schutz sichert. Aber wir wollen nicht vergessen, wer es war, der uns in die derzeitige Rolle hündischer Abhängigkeit gebracht hat - es waren Engländer, nicht Amerikaner.
Sir Winston Churchill hat in seinem letzten Werk "Triumpf and Tragedy" sein eigenes Denkmal gesetzt, als er zum Raub Polens durch die Sowjets schrieb :"*Ich hatte keine andere Wahl als mich dem zum unterwerfen."* Das ist das Geständnis eines Mannes, der als einer der ersten die Gefahr des Bolchewismus erkannt hatte; er wollte sie trotzdem gebrauchen - und wurde selbst von ihr verbraucht. Er war zu schwach, nach dem Sieg den Teufel, den er für seine Zwecke entfesselt hatte, wieder festzulegen. Vor langer Zeit hat er Lenin als das Ungeheuer beschrieben, das auf einem Schädelberg thront; am Ende war dieses Schauspiel nicht abstoßender als der Ehrgeiz eines Politikers, der sich auf den selbstgeschaffenen Trümmern seines Vaterlandes bläht.

Die Politik des "europaischen Gleichgewichtes" in den Vorkriegsjahren
Winston Churchill schildert uns in seinen Memoiren in seltener Offenheit die Grundlagen der britischen Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. Von vornherein soll danach für den Engländer feststehen, daß jede europäische Großmacht - ganz gleich, zu welcher Zeit, unter welchen Umständen, in welcher Staatsordnung - "aggressiv" ist und von "Tyrannen" beherrscht wird, sobald sie eine gewisse Stärke und innere Festigung erreicht hat. Auf diesen Voraussetzungen wird ein "Gesetz der Politik" konstruiert, nach dem England nicht nur stets Außenpolitik betrieben und die Uneinigkeit Europas "garantiert", sondern auch über die Völker Recht gesprochen hat. Ja, Churchill gibt sogar zu, daß es für ihn- und somit für die britische Politik —keinen Unterschied zwischen dem "Hitlerregime" und anderen Herrschaftsordnungen der europäischen Geschichte gab. Dieser maßgebende Engländer bezeichnet damit seine eigene "Kreuzzügler"-Rolle als bar jeder Rechtsgrundlage und ethischen Wertbindung. Er gibt darüber hinaus zu, daß die britische Politik seit 400 Jahren nicht nach Recht und Gerechtigkeit, nicht nach Humanität und internationaler Verständigung ausgerichtet war, sondern nach einem selbstherrlichen "Gesetz", demzufolge alle anderen Staaten je nach Bedarf für tyrannisch, aggressiv und verbrecherisch erklärt werden.
"Seit 400 Jahren hat die Außenpolitik Großbritanniens darin bestanden, sich der stärksten, aggressivsten, beherrschenden Großmacht auf dem Kontinent entgegenzustellen ...
Gegenüber Philipp II. von Spanien, gegenüber Ludwig XIV. unter Wilhelm III. und Marlborough, gegenüber Napoleon und Wilhelm II. von Deutschland ... schlossen (wir uns immer) den weniger starken Mächten an, schufen zwischen ihnen eine Verbindung und besiegten damit den militärischen Tyrannen auf dem Kontinent, wer immer er war und welche Nation er auch anführen mochte ...
Wir müssen bedenken, daß die Politik Englands sich nicht danach richtet, welche Nation die Herrschaft über Europa anstrebt. Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie, oder das französische Kaiserreich oder das Hitlerregime. Es handelt sich nicht um Machthaber oder Nationen, sondern lediglich darum, wer der größte oder der potentiell dominierende Tyrann ist. Wir sollten uns daher nicht vor der Beschuldigung fürchten, daß wir eine pro-französische oder anti-deutsche Einstellung hätten. Wenn die Verhältnisse umgekehrt lägen, könnten wir ebensogut deutsch-freundlich und anti-französisch sein ..." [1]
Kein britischer Historiker, keine britische Regierung hat diese Darlegungen Churchills dementiert. Im Gegenteil! Lord Halifax hat sich in seiner Rede vom 30. 6. 1939 vor dem Royal Institute of International Affairs im gleichen Sinn geäußert.[2]
Genau das gleiche besagt die Denkschrift, die das US-State-Department vor Beginn der Potsdamer Konferenz (Juli 1945) dem Präsidenten Truman zur Unterrichtung über die traditionelle britische "Gleichgewichtspolitik" überreicht hat.[3]
Der langjährige oberste Beamte im Foreign Office und spätere diplomatische Chefberater der britischen Regierung, Lord Vansittart, bestätigte ebenfalls:
"Wenn ein solches Dominieren (einer europäischen Kontinentalmacht) hergestellt würde, so würden wir einer Lage konfrontiert werden, die wir uns Jahrhunderte hindurch auf Grund der instinktiven Erkenntnis bemüht haben zu verhindern, daß jede andauernde Hegemonie in Europa dieses Land (England) mit Notwendigkeit auf eine zweitrangige Macht herabdrüdcen müßte." [*]
Churchills Aussage ist eine Demonstration vor der Welt, daß auch beim Zweiten Weltkrieg die ethischen Grundsätze wie "Schutz der kleinen Nationen", "internationale Gerechtigkeit", "Kampf für Freiheit und Demokratie", "Sicherung gegen Tyrannen" für England nichts anderes waren, als Propagandaschlagworte. Es ist

grotesk, daß ein Land wie England, das 1939 noch über 40 Millionen qkm verfügte und eine große Anzahl von fremden Völkern beherrschte und zudem die Herrschaft der Meere in Anspruch nahm, sich als "Verteidiger der Rechte der kleinen Völker" und der "freien Welt" aufspielte. Nicht minder grotesk ist, daß diese britischen Politiker einem Volk, das nur 600.000 qkm, also etwas mehr als 1/100 des britischen Landbesitzes, sein eigen nannte, "Weltherrschaftsstreben" vorwarfen - und Glauben fanden!
Selbst dann, wenn Churchill noch deutlicher wird und den Zweiten Weltkrieg als einen "englischen Krieg" bezeichnet (mit dieser Argumentation im BBC-London lehnte er die Friedensvermittlungsvorschläge des belgischen Königs und der Königin der Niederlande nach dem Polen-feldzug 1939 ab) und als Ziel die "Vernichtung Deutschlands" erklärt,[4] pflegt die Weltöffentlichkeit kommentarlos darüber hinwegzugehen, gleichermaßen wie über sein zynisches Eingeständnis nach dem Krieg, man habe leider *"das falsche Schwein geschlachtet"*. Die "Meinung der Weltöffentlichkeit" eignet sich also kaum als Wertmesser für internationales Recht.
Selbst ein britischer Diplomat aus Churchills eigener konservativer Partei bekannte:
"Churchill galt in der ganzen Welt als Hauptvertreter der Kriegspolitik. Hätte man ihn zu einer Zeit, als das Gleichgewicht zwischen Krieg und Frieden noch in der Schwebe war, in die Regierung aufgenommen, würde dies den endgültigen Ausschlag zugunsten des Krieges bedeutet haben." [5]
Einen Vorwand zur Rechtfertigung ihrer feindseligen Haltung hat die britische Politik stets zu finden gewußt. Das Versailler Diktat hatte der Weimarer Republik die Schlinge um den Hals gelegt und das deutsche Volk in Zerrissenheit und wirtschaftliches Chaos gestürzt, obwohl es sich willig die demokratische Staatsform zu eigen gemacht hatte. Die freiheitliche Verfassung bot nicht den geringsten Anlaß zur Schonung und Rücksichtnahme. Aber als sie der Diktatur wich, wurde dies zum Vorwand eines neuen Krieges gemacht. Um es mit dem Engländer William H. Dawson zu sagen:
"Die Tatsache, daß 1933 ein ganz anderes Deutschland da war, als es seine Feinde geplant hatten, erklärt sich dadurch, weil die Alliierten ihr Äußerstes getan hatten, Deutschland zu schwächen und zu vernichten - in seinem Leib durch Annexionen, in seinen Finanzen durch die Reparationen, in seinem Ruf durch Verdrehungen und Verleumdung, in seinem Geist durch eine Häufung von Schimpf und von Demütigungen jeder erdenklichen Art ...
Daher sind in Anbetracht der Drangsale, die die Weimarer Republik von 1919 - 1932 zu erleiden hatte, Forscher zu dem Ergebnis gelangt, daß ihre Erhaltung während dieser Jahre der Leiden und Schmach wie ein Wunder war."[6]
Nachdem die Deutschen verstanden hatten, einen Weg aus diesem Chaos zu finden, mußte fortan der Nationalsozialismus als das "Böse" schlechthin hingestellt werden, um wiederum die Behandlung der Deutschen als Minderwertige und Ausgestoßene zu rechtfertigen. Erneut ereiferten sich britische, französische, us-amerikanische Politiker und Publizisten im Verein mit den Sowjets gegen "den ewigen Friedensstörer". Sie machten die deutsche Regierung selbst zu einer Zeit für den kommenden Krieg verantwortlich, "wenn sie so weiter rüste", in der Deutschland im Gegensatz zu allen seinen Nachbarn total verteidigungsunfähig war.[7] Sie waren es, die mit einem ungeheuren Aufwand an Propaganda die Klassifizierung in gute und schlechte Völker, in friedliebende und aggressive Regierungssysteme vornahmen und eine "unmittelbare Bedrohung" dieser oder jener Länder mittels angeblicher Geheiminformationen vorspiegelten.
Der britische Außenminister Eden wurde bereits im Jahre 1935 in einem Gespräch mit dem polnischen Marschall Pilsudski recht deutlich, indem er ihn fragte:

"Glauben Sie, Monsieur le Marshal, wir müßten auf unserer kleinen Insel bleiben?" [8]
Ähnlich der oberste Beamte im Foreign Office, Vansittart, im Jahre 1933:
"Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein (machtpolitische Entwertung des deutschen Raumes); wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen (if he succeeds he will have an European War in live years)."[9]
Zur gleichen Zeit, d. h. im Jahre 1933, hatte dieser Vansittart bereits ein Memorandum verfaßt, aus dem sich die eine Konsequenz ergab:
"Germaniam esse delendam (Deutschland ist zu zerstören)."[10]
Dieser Mann hatte jahrelang die oberste Beamtenstellung im Foreign Office inne, und er übte auch unter der Regierung Chamberlain nachhaltigen Einfluß aus, ungeachtet dessen, daß N. Chamberlain ihn im Jahre 1938 aus diesem Amt ablöste und ihn mit der Ernennung zum Diplomatischen Chef berater der Britischen Regierung auf ein totes Geleis zu schieben versuchte. War diesen Leuten die deutsche Einheit schon anstößig,[11] so mußte schließlich erneut als Vorwand zur Einmischung die die "balance of power" störende Stärke herhalten, die in der deutschen Aufbauarbeit mehr und mehr spürbar wurde. Und das, obgleich das Reich diesmal - im Gegensatz zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg - sich nicht an einem Rüstungswettlauf beteiligt hatte[12] und Deutschlands Außenhandel keineswegs die Gewichte auf dem Weltmarkt verschieben konnte. Es war ihnen zu mächtig geworden, obgleich sie einen jahrelangen Rüstungsvorsprung und einen Bündniskordon siegreicher Nationen gegen den Besiegten geschaffen hatten. Der britische Verteidigungsausschuß - und dies ist bezeichnend - entschied bereits im Frühjahr 1934, als Deutschland nachweislich keine mit Großbritannien vergleichbaren militärischen Kräfte besaß, auch keine territorialen Ansprüche geltend machte, daß der "eigentliche potentielle Gegner" in einem größeren Krieg Deutschland sein würde.[13] Zahllose prominente Persönlichkeiten Großbritanniens, Frankreichs und der USA rechtfertigten ihre anti-deutsche Einstellung mit der bloßen Tatsache des zu mächtig gewordenen Deutschland.
Außenminister Eden erklärte im Jahre 1943 auf einem Abschieds-frühstück für den sowjetischen Botschafter Maisky, bevor dieser London verließ, um den Posten des stellvertretenden Außenministers in Moskau zu übernehmen:
"Im Verlauf der letzten anderthalb Jahrhunderte standen England und Rußland immer in ein und demselben Lager, als in Europa irgendeine ernsthafte Krise entstand. So war es in der Epoche Napoleons, so war es in den Jahren des Ersten Weltkrieges, so ist es auch jetzt, in den Tagen des Zweiten Weltkrieges. Wodurch erklärt sich dies? Dies erklärt sich dadurch, daß England und Rußland zwei mächtige, beherrschende Staaten an den entgegengesetzten Enden Europas sind, die sich nicht mit der Schaffung einer unzweifelhaften Hegemonie irgendeiner dritten Macht in Europa abfinden können (ne mogut miritcia c...). Eine solche zu mächtig gewordene dritte Macht stellt eine Gefahr sowohl für England als auch für Rußland dar - im Ergebnis vereinigen sich die beiden Länder zum Kampf mit ihr und arbeiten letzten Endes auf ihren Untergang hin." [14]
Selbst Mr. Eden pflegte im engen Kreise seiner Freunde nichts von der besonders abgrundtiefen Verworfenheit des Nationalsozialismus gegenüber anderen Herrschaftsformen und anderen Zeiten in Europa zu berichten. Auch er vertrat die Linie seines Premiers, daß "es keinen Unterschied gab zwischen Philipp II von Spanien, Napoleon, Kaiser Wilhelm II und Hitler". Lediglich das "Gleichgewicht in Europa" war maßgebend!
Winston Churchill, der "nach einer glänzenden politischen Karriere eine lange Reihe von Ministersesseln wechselte bis zu dem höchsten, den die britische Regierungshierarchie zu vergeben hat, den des Finanzministers (1924 - 1929)",

erklärte dem sowjetischen Botschafter in London, Maisky, Ende Juli1934:
"Das Britische Empire - sagte Churchill - ist für mich der Anfang und das Ende aller Überlegungen. Was für das Britische Empire gut ist, ist auch für mich gut; was für das Britische Empire schlecht ist, ist auch für mich schlecht. Im Jahre 1919 glaubte ich, daß die größte Gefahr für das Britische Empire Ihr Land ist - deshalb war ich damals Gegner Ihres Landes. Jetzt glaube ich, daß die größte Gefahr für das Britische Empire Deutschland ist - deshalb bin ich jetzt Gegner Deutschlands. Im Zusammenhang hiermit glaube ich, daß sich Hitler nicht nur zur Expansion gegen uns vorbereitet, sondern auch gegen den Osten, gegen Sie. Warum sollten wir uns nicht zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind vereinigen? Ich war Gegner des Kommunismus und bleibe sein Gegner, aber wegen der Ganzheit des Britischen Empire bin ich bereit, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten." [15]
Diese Verdächtigung Deutschlands bezog sich nicht allein auf seine Macht als politischen Faktor, sondern gleichermaßen auf seine Wirtschaftspotenz und geistige Leistungskraft. Bereits im Jahre 1919 schrieb die "Times":
"Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg (Ersten Weltkrieg) umsonst geführt." [16]
Rückblickend sagt der britische Historiker und General J. F. C. Fuller:
"Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt; Anlaß war diesmal der Erfolg seines Versuches, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren: Neid, Gier und Angst." [17]
Der britische Diplomat und spätere britische Botschafter in den USA, Lord Lothian, schrieb am 23. 7. 1936 einem Freund:
"Meine Meinung ist (My whole point is), daß man sich nicht mit Nazi-Deutschland befassen kann, wenn man ihm nicht Gerechtigkeit widerfahren läßt. Wenn man ihm aber Gerechtigkeit hat widerfahren lassen, dann können zwei Dinge geschehen. Auf der einen Seite mögen die gemäßigten Kräfte in Deutschland Widerstand zu leisten beginnen (wahrscheinlich weil man sich nicht bereits der Weimarer Republik gegenüber dazu durchgerungen hat?). Auf der anderen Seite mag Großbritannien willens werden, in Erwägung zu ziehen, Krieg zu machen, wenn Deutschland fortfährt in einer Weise zu handeln, die zur Hegemonie in Europa führen mag (Great Britain may be willing to consider making war if Germany proceeds to action which may lead to the hegemony of Europe)." [18]
Winston Churchill im Jahre 1936:
"Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht." [19]
Und nach dem Krieg am 18. 1. 1945 sowie im März 1946 in Fulton in Anwesenheit von Präsident Truman:
"Es ging (beim Zweiten Weltkrieg) auch um die Erringung der deutschen Absatzmärkte." [20]
Churchill in einem Gespräch mit dem Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, Anfang 1937:
"Churchill sagte mir, Deutschland werde wieder zu stark, den Deutschen imponiere nur die Kraft; wenn es zu einer Auseinandersetzung komme, würden die maßlosen Übergriffe des Nationalsozialismus England zu einem starken Allianzsystem verhelfen." [21]
Die natürliche Tatsache, daß ein großes, leistungsfähiges Volk zu sich selbst zurückfand, sollte propagandistisch zu einem "maßlosen Übergriff" aufgebauscht werden (Anfang des Jahres 1937!), unter Benutzung der von der gleichen Londoner Zentrale in die Welt gesetzten Gerüchte. Das Ziel war deutlich: die Schaffung eines Allianzsystems zur Zerschlagung Deutschlands.
US-General Robert E. Wood erklärte vor einem Senatsausschuß, W. Churchill habe

ihm im November 1936 gesagt:
"Deutschland wird zu stark, wir müssen es vernichten." [22]
Dieses Zeugnis steht nicht allein da. Churchill äußerte sich auch in einer Unterredung mit dem damaligen deutschen Botschafter in London, v. Ribbentrop, im Sommer 1937 sehr offen:
Churchill: *"Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder wie 1914 zerschlagen werden."*
Ribbentrop: *"Das wird diesmal nicht so leicht sein, da Deutschland Freunde hat."*
Churchill: *"Oh, wir bringen es ganz gut fertig, Eure Freunde schließlich doch noch zu uns herüberzuziehen."* [23]
Churchill: *"Unterschätzen Sie England nicht... . Urteilen Sie nicht nach der gegenwärtigen Regierung. Wenn sich einmal dem ganzen Volk ein großes Problem stellt, dann könnte gerade diese Regierung oder das britische Volk ganz unerwartete Aktionen unternehmen."* [24]
Sowohl das IMT-Nürnberg als auch die britischen Regierungen der Nachkriegszeit haben die dokumentarischen Unterlagen dieser Unterredung für unauffindbar erklärt. Es spricht jedoch vieles für die Echtheit dieser Aussage:
a) die angebliche Unauffindbarkeit der Dokumente dieser Unterredung in den britischen als auch den erbeuteten deutschen Archiven;
b) das Fehlen jeder anderslautenden Unterlage für diese Unterredung, die doch stattgefunden hat;
c) die Weigerung des IMT-Nürnberg, Churchill als Zeuge zu vernehmen;
d) das Eingeständnis W. Churchills in seinen Memoiren.
Somit hat der vergebliche Antrag des Verteidigers des Reichsaußenministers v. Ribbentrop in Nürnberg im Hinblick auf die damalige Situation der Reichsführung legitimen realpolitischen Gehalt:
"Auf Grund der erwähnten Äußerung von W. Churchill und anderer maßgeblicher Staatsmänner, wonach England in wenigen Jahren eine Koalition gegenüber Deutschland zustande bringen würde, um ihm mit allen Machtmitteln entgegenzutreten, wurde Hitler nunmehr in erhöhtem Maße besorgt, seine Rüstungen zu verstärken und sich mit strategischen Plänen zu beschäftigen." [25]
Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität, am 3. 10. 1938 als erster Redner in der Unterhaus-Debatte zur Münchener Konferenz:
"Er betonte mit Nachdruck, daß Großbritannien für jenes Gleichgewicht der Kräfte gekämpft habe, das einigen britischen Herzen so teuer war. Er vertrat die Ansicht, es sei seine und seines Landes Mission, Deutschland an einer Vorrangstellung auf dem Kontinent zu hindern." [26]
Der britische Historiker A. J. P. Taylor bestätigt:
"Die offenherzigsten Gegner Münchens, wie zum Beispiel Winston Churchill, behaupteten ganz einfach, daß Deutschland für Europa zu mächtig würde und daß es durch die Drohung einer großen Koalition oder, wenn notwendig, durch Waffengewalt gebremst werden müßte... Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, ... als er aus Protest gegen das Münchener Abkommen zurücktrat, ... sorgte sich um das Gleichgewicht der Mächte und um die britische Ehre, nicht um die Selbstbestimmung oder um die Ungerechtigkeit von Versailles." [27]
Die grundsätzliche Haltung dieser Kreise lag in dieser Ausrichtung schon Monate, wenn nicht Jahre v o r der Münchener Konferenz fest:
Der polnische Unterstaatssekretär im Warschauer Außenministerium, Graf Szembek, notierte am 7. 7. 1938 in sein Tagebuch:
"Vansittart ist der hauptsächliche Antreiber der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die von gewissen Elementen in der englischen Regierung geleitet und

ermuntert werde.
Sie möchten auch uns in die Politik einer Einkreisung Deutschlands einbeziehen und begünstigen deshalb den auf uns in diesem Sinne ausgeübten Druck aller englischen Kreise der Linken, die ... heute eine Kriegspartei bilden und sogar dem Gedanken eines Präventivkrieges zustimmen. ..." [28]
Der britische Außenminister Lord Halifax enthüllte diese Zusammenhänge in seinen Memoiren schon mit Bezug auf den Februar 1938 und sprach von einem "Druck", der auf ihn ausgeübt wurde:
"Fast jeden Tag sollte ich den ungebetenen Rat erhalten, irgendeine Aktion zu unternehmen, dessen klare Konsequenz war, wenn der Bluff keinen Erfolg hätte, ihn lieber so durchzuführen, daß das Ergebnis Krieg sein mußte." [29]
Der polnische Botschafter in London, Raczynski, berichtete in seinen Memoiren über ein Lunch mit Winston Churchill am 28. 9. 1938, am Vorabend der Münchener Konferenz:
"Und danach fuhren wir zusammen zum Parlamentsgebäude. Churchill erklärte, daß die einzige Hoffnung in Entschlossenheit (resolution) und wenn notwendig im Krieg liegt, und drohte, daß wenn Chamberlain wieder einmal für einen unrühmlichen Rückzug entscheidet, er - Churchill - 'es ihm schon zeigen werde'." [30]
Einen Tag später, als Halifax seinen aus München zurückkehrenden Premierminister auf dem Londoner Flughafen empfing und mit ihm gemeinsam zur City fuhr, empfahl er, diesen Mann - Churchill - sowie einige besonders kriegsgestimmte Funktionäre der Labour-Party und den wegen des Appeasement-Kurses (Befriedungs-Kurses) im Februar 1938 zurückgetretenen Außenminister Eden ins Kabinett aufzunehmen.[31]
Und auf welche Weise Churchill "das deutsche Problem" zu lösen hoffte, war in London gut bekannt. Wenn dieser Mann dem Pressebeirat der deutschen Botschaft, Fritz Hesse, erklärte:
"Wenn mir ein verrückter Hund an die Hose will, dann knalle ich ihn nieder, bevor er beißen kann",[32]
- wieviel offenherziger wird er dann seinen Kollegen gegenüber gewesen sein? Einer dieser Kollegen, Lord Vansittart, fand es nicht minder moralisch, zu erklären:
"Aber mein lieber Hesse, den Krieg zwischen Deutschland und England werden Sie nicht verhindern können. Sehen Sie, Herr Hitler will Deutschland zur ersten Macht in Europa machen, und ich glaube, meine Informationen hierüber sind richtig. Sehen Sie, und das werden wir nicht erlauben können." [32]
In der Tat,
"Es gab in England einen geradezu traditionellen Deutschenhaß, der seine Wurzeln in der Vergangenheit hatte und keiner Beeinflussung zugänglich war." [33]
Winston Churchill hatte sich mit der deutschen Rüstungsgleichheit ohnehin "nie einverstanden erklärt"[34] und - was er zumindest nachträglich in aller Offenheit zugab - die dauerhafte militärische Niederhaltung Deutschlands empfohlen.[35] Seine Reisen im Jahre 1936 "land-auf, landab", um die Länder des Völkerbundes gegen Deutschland zu mobilisieren,[36] waren damals allerdings nicht so erfolgreich, wie er es sich gewünscht hatte. Ähnlich wie er aber, so wollten auch die meisten Versailler Politiker in den Jahren nach 1933 für Deutschland die Grundsätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes ebenso wenig gelten lassen wie zur Zeit der Weimarer Republik. Das deutsche Volk mußte sich darüber klar werden, daß der alliierte - angeblich gegen die deutsche Monarchie gerichtete - Kampf entgegen den ursprünglichen Versicherungen ihm selbst galt. Mit Gewalt wollten die Sieger von Versailles - ungeachtet der gegenteiligen historischen Forschungsergebnisse - die These von der alleinigen deutschen Kriegsschuld aufrechterhalten, um damit ihre Ordnungssysteme von 1919 zu stützen. Winston

Churchill verkündete noch im Jahre 1933, daß Deutschland für den Ersten Weltkrieg allein verantwortlich und daß der Versailler Vertrag gerecht sei.[37] Er hat diese Ausgangsbasis seiner Agitation nie in seinem Leben verlassen, vielmehr seine These als späterer Kriegspremier in hysterischer Weise übersteigert, indem er im Februar 1944 von einem "30jährigen Krieg gegen deutschen Angriff von 1914 an" sprach.[38] Churchill führte - mit Waffen oder Worten - Krieg gegen das Kaiserreich, die Weimarer Republik und das Dritte Reich. Gleichzeitig aber sprach er vom Frieden, von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern und vom uneigennützigen und friedliebenden Britannien, das die kleinen Nationen beschütze.
Wichtige Parteigänger der Churchill'schen "Europapolitik" saßen im Foreign Office, in der Verwaltung und an den Schalthebeln der Publizistik. Auch sie gehörten zu jener "Minderheit" in England, die schon seit 1935
"fest entschlossen war, Deutschland durch einen neuen Krieg niederzuschlagen und dies nicht nur für moralisch gerechtfertigt, sondern auch für die einzig richtige Politik hielt! Besonders fiel mir damals auf, daß auch einige Amerikaner, deren Namen ich vergessen habe - aber darunter war auch der Botschafter -, diese Ansicht sehr lebhaft unterstrichen." [39]
So verwundert es nicht, wenn Lord Halifax bereits frühzeitig in einem Sinne tätig wurde, der genau dieser "Politics of Balance of Power" entsprach. Bereits im August/September 1938 mischte er sich in die deutsch-polnischen Beziehungen mit der Zusage an Außenminister Beck ein, Polen in Danzig "so viel wie möglich" zu unterstützen, - zu einer Zeit also, als Hitler darüber noch keine Gespräche mit Polen in Erwägung gezogen hatte.[40] Er gab den Polen diese Zusage, obwohl er selbst die in Versailles geschaffene Danzig-Lösung als "Absurdität" zu bezeichnen beliebte und obwohl ihn sein Botschafter in Warschau dahingehend aufklärte:
"Es ist ganz klar, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis Danzig ganz deutsch wird und daß M. Beck große Schwierigkeiten haben wird, dem polnischen Volk beizubringen, dies ohne Gegenleistung zu schlucken." [41]
Wie langfristig Lord Halifax sein Handeln auf das Ziel abgestellt hatte, die deutsche Macht zu zerschlagen, erweist sich noch drastischer daran, daß er schon sehr frühzeitig Hitler zu Ansprüchen ermuntert hatte, die er dann aber sofort auf das heftigste mit allen propagandistischen und diplomatischen Mitteln bekämpfte, als Hitler im Sinne der Halifax'schen Anregungen zu handeln schien.
Schon sein Vorgänger im Foreign Office, A. Eden, hatte diesen Boden bereitet: Zum zweitenmal besuchte der britische Diplomat, Lord Lothian, den deutschen Reichskanzler am 4. Mai 1937 und berichtete ihm von einer authorisierten Erklärung des britischen Außenministers aus einer Rede in Leamington (Mittelengland) am 20. 11. 1936, derzufolge "Großbritannien in Osteuropa keine primären Interessen habe." England stehe, so versicherte Lothian, auch keiner "österreichischen Lösung" im Wege, eher Mussolini und der Papst.[42]
Als weiterer Abgesandter Englands fand sich am 19. November 1937 Lord Halifax bei Hitler ein und erklärte:
"In England sei man der Auffassung, daß die zur Zeit bestehenden Mißverständnisse durchaus aus dem Wege geräumt werden könnten. Man erkenne die großen Verdienste, die sich der Führer um den Wiederaufbau Deutschlands erworben habe, voll und ganz an, und wenn die englische öffentliche Meinung zu gewissen deutschen Problemen gelegentlich eine kritische Stellung einnehme, so liege das zum Teil daran, daß man in England nicht vollständig über die Beweggründe und Umstände gewisser deutscher Maßnahmen unterrichtet sei. So verfolge die englische Kirche die Entwicklung der Kirchenfrage in Deutschland voller Besorgnis und Unruhe. Ebenso ständen die Kreise der Arbeiterpartei gewissen Dingen in Deutschland kritisch

gegenüber. Trotz dieser Schwierigkeiten wäre er (Lord Halifax) und andere Mitglieder der Englischen Regierung davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe ..."
Halifax betonte, daß in England jeder Deutschland als ein großes und souveränes Volk achte und auch nur auf dieser Grundlage mit ihm verhandelt werden solle. Die Engländer seien ein Volk der Realitäten und seien vielleicht mehr als andere davon überzeugt, daß die Fehler des Versailler Diktates richtiggestellt werden müßten ...
Englischerseits glaube man nicht, daß der status quo unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Man erkenne an, daß eine Anpassung an neue Verhältnisse, Korrektur früherer Fehler und notwendig gewordene Änderung bestehender Zustände ins Auge gefaßt werden müßte ...
Er müsse nochmals im Namen der Englischen Regierung betonen, daß keine Änderungsmöglichkeit des bestehenden Zustandes ausgeschlossen sein solle, daß aber Änderungen nur auf Grund einer vernünftigen Regelung erfolgen dürften ..." [43]
Ein tschechischer Historiker faßt dieses Handeln in folgende Worte:
"Die deutschen Dokumente enthüllten, daß Hitler vom Besuch Lord Halifax' im November 1937 eine besondere Ermutigung entnahm. Lord Halifax war damals Lord-Präsident des Rates, zweitrangig im Kabinett Chamberlains. Dem Dokument zufolge, das über dieses Interview berichtet, gab er Hitler zu verstehen, daß Großbritannien ihm freie Hand in Osteuropa geben würde. Mag er auch nicht so weit gegangen sein, doch dies war der Eindruck, den er erweckte - und er erwies sich als von entscheidender Bedeutung. Dann im Februar 1938 wurde Außenminister Eden nach wiederholten Meinungsverschiedenheiten mit Chamberlain zur Abdankung gedrängt und Lord Halifax zu seinem Nachfolger ernannt. Wenige Tage später bat der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, Hitler um eine vertrauliche Unterredung - in Fortsetzung der November-Unterhaltung von Halifax - und eröffnete ihm, daß die britische Regierung seinem Wunsch für ‚Änderungen in Europa' zugunsten Deutschlands wohlwollend gegenüberstehe. Wie die Dokumente zeigen, gingen diese Ereignisse Hitlers Aktion voran." [44]
Ein Engländer:
"Es war Chamberlain auf der Münchener Konferenz bekannt, daß sein Außenminister Halifax und Duff Cooper, der parlamentarische Erste Lord der Admiralität, die Polen im Sommer 1938 ermutigt hatten, in Danzig eine herausfordernde Haltung gegenüber Deutschland einzunehmen, obwohl Halifax die Deutsche Führung während seines Deutschlandbesuches 1937 davon überzeugt hatte, Großbritannien würde die Rückkehr Danzigs zum Reich als recht und billig ansehen. Der britische Premier wußte genau, daß diese doppelzüngige, von seinen eigenen Ministern verfolgte Politik Europa sehr schnell zu einem neuen Kriege führen würde, aber er hatte nicht den Mut, diese Situation mit Hitler zu erörtern." [45]
Auch in der auf den Anschluß Österreichs folgenden Phase wurde Hitler von Großbritannien ermuntert. Diesmal sollte er Forderungen gegenüber der Tschecho-Slowakei erheben, "was ihn überraschte".[46] Der gleiche Vorgang wiederholte sich in der Sudetenkrise, die noch nicht einmal auf Hitler zurückging. Hinterher wurde Hitler von der angloamerikanischen Weltpresse als der "Schuldige", als der "Aggressor" und der "Imperialist" hingestellt und eine Koalition von Mächten gegen ihn aufgebracht.
So betrieb man "Politics of Balance of Power"; eine Methode, vor der Henderson seinen Außenminister am 18. 7. 1939 eindringlich, allerdings vergeblich, warnen sollte![47]

Neville Chamberlain, der damalige britische Premier, wollte ursprünglich den Frieden, und sei es auch aus dem Grund, um Zeit für eine noch umfassendere Rüstung zu gewinnen. Doch die Friedens- und Freundschaftserklärung in München vom 30. 9. 1938 war sein letzter selbständiger außenpolitischer Akt. Die nachfolgenden wichtigen Entschlüsse, die seinen Namen tragen, faßte er gegen seinen eigentlichen Willen, gedrängt vom Außenminister Lord Halifax, dem obersten Beamtenstab des Foreign Office, einem erheblichen Teil der Abgeordneten der Konservativen Partei, vor allem aber auch der Labour Party, von den maßgeblichen Gestaltern der britischen Öffentlichkeit - und von Präsident Roosevelt. Nach der Münchener Konferenz setzte sich in England die Forderung durch, "das durch München gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen".[46] Daß diese Einmischung in fremde Angelegenheiten auf der Grundlage eines "vollständigen Richtungswechsels zur Kriegsbereitschaft" nicht allein in London ihren Ausgangspunkt hatte, bekräftigte Chamberlain mit der ungeheuerlichen Aussage, daß "Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg getrieben haben".[49]
Wer diese Vorgeschichte kennt, muß zu dem Schluß kommen, daß die britische Entscheidung im Frühjahr 1939, der Bevölkerung von Danzig - von Westpreußen ganz zu schweigen - das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, und alles zu tun, was die deutsch-polnische Spannung verschärfen mußte, nicht auf ethischen Prinzipien oder auf einer Vorliebe für den Status quo beruhte. Großbritannien duldete, ja unterstützte im Jahre 1939 vorbehaltlos die auf eine Veränderung des Status quo hinzielende Aktivität des polnischen Chauvinismus, die Großmacht-Ambitionen auf Deutschlands Kosten, aber auch die sowjetische Expansion auf Kosten Polens und der baltischen Staaten. Natürlich wurden, als es um die "Westbewegung der polnischen Grenzen" ging, keine Rechtsgrundsätze bemüht. Man hielt nicht einmal den Anschein aufrecht, als geschehe dies um der lieben Polen willen. Winston Churchill auf der Konferenz in Jalta, Februar 1945:
"Bezüglich der Grenze am Neißefluß möchte ich gern ein Wort sagen:
Wir haben immer die Bewegung der polnischen Grenzlinien nach dem Westen unterstützt, aber unter der Bedingung, daß sie nicht mehr nehmen als sie wünschen und als sie (die Polen) handhaben können. Es wäre sehr schade, die polnische Gans mit deutschem Futter so vollzustopfen, daß sie an einer Magenverstimmung zugrunde ginge." [50]
Die Worte "wir" und "immer" und "deutsches Futter" und "polnische Gans" verdienen dick unterstrichen zu werden.
Betrachten wir die britische Geheimdiplomatie vom Jahre 1939 im Lichte dieses späteren Eingeständnisses. Churchill war zwar damals nicht Mitglied des britischen Kabinettes, aber doch einer jener einflußreichen Männer, die Chamberlain in die gewünschte Richtung gedrängt haben.
Sein Einfluß stieg, je näher der Krieg rückte.[*] Der ab 1940 erneut amtierende Außenminister Eden, schon vor dem Krieg als Außenminister oder als "Privatmann" gegen Deutschland tätig, erklärte am 16. 12. 1944 im Unterhaus:
"Ich habe seit vielen Jahren als Privatmann die Auffassung vertreten, daß es für den polnischen Staat unmöglich ist, ein unabhängiges nationales Leben zu behaupten, wenn das Korridor-System verewigt wird ... Ich habe in Genf als Berichterstatter über diese elende Danziger Geschichte gesessen. Tatsächlich konnte es unmöglich funktionieren.
Die einzige Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, lag darin, Ostpreußen an Polen fallen zu lassen und die Bevölkerung von dort umzusiedeln ..." [51]
Unterstreichen wir auch hier die Worte: "seit vielen Jahren", und wir gelangen ebenfalls in die Vorkriegszeit und finden erstaunliche Übereinstimmungen mit den

Gedanken und mit dem Handeln seiner maßgeblichen Freunde und seines Nachfolgers bzw. Vorgängers Lord Halifax. Anthony Eden war 1939 seit langem kein Privatmann mehr, sondern einer der einflußreichsten Männer der englischen Gesellschaft und Politik, vom Dezember 1935 bis zum Februar 1938 war er Außenminister Seiner Majestät.
Wie wenig dabei diese britischen Politiker das Schicksal Polens berührte, ist ebenfalls aus zahlreichen Äußerungen und vor allem auch Handlungen vor dem September 1939 und während des Krieges zu rekonstruieren. Winston Churchill in Jalta 1945:
"Ich selbst interessiere mich wenig für die Polen." [52]
Dieses fehlende Interesse für Polen konnte man gleichermaßen seinem Verhalten gegenüber der polnischen Exilregierung, aber auch dem Bemühen entnehmen, die Wahrheit über die Ermordung von über 10.000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn zu unterdrücken.[53] Auch pflegte Churchill seinen Verbündeten Polen in seiner "Prozentrechnung" auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1944 nicht aufzuführen, wo er Stalin seine erwünschten Einflußprozente für die osteuropäischen Staaten auf einem Zettel zuschob.[54]
Präsident F. D. Roosevelt kannte und billigte die perfide Polenpolitik Londons, wie sich aus seiner Äußerung (März 1943) dem britischen Außenminister Eden gegenüber ergibt:
"Die Großmächte haben zu bestimmen, was Polen bekommen solle." [55]
Und die betreffenden Großmächte "bestimmten" unter Ausschluß aller kontinentaleuropäischen Staaten teils direkt, teils indirekt bereits in den Jahren vor Kriegsbeginn über die außenpolitische Grundlinie ihrer eigenen Verbündeten und ihrer Versailler Mitläufer, so auch Polens. Sie setzten mit Hilfe ihrer Propaganda und ihres Wirtschaftspotentials ihre interessengebundenen Wertungen fest: die guten, friedliebenden Demokratien und die bösen, barbarischen Deutschen. Man kann in diesem Zusammenhang den kommunistischen Historikern zustimmen:
"Polen war unrettbar in die Abhängigkeit der imperialistischen Westmächte geraten, die der polnischen Regierung eine den Interessen des polnischen Volkes entgegengesetzte Politik aufzwangen, an der schließlich der polnische Staat 1939 zerbrach." [56]
Polen war ausersehen, den egoistischen Zielen Großbritanniens im Sinne des "Gleichgewichtes der Kräfte" zu dienen. Warschau übernahm in Verkennung der wahren Motive Londons mit leidenschaftlichem Eifer diese Rolle - und zerschellte.[57]

Quellennachweise :

[1] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 257 - 259.
[2] A. Rein "Warum führt England Krieg?" S. 35 - 36 + A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 163.
[3] Foreign Relations of the United States: The Conference of Berlin (Ihe Potsdam Conference) Vol. 1, S. 258.
[*] J. Colvin "Vansittart in Office" S. 209.
[4] K. Hierl "Schuld oder Schicksal?" S. 25.
[5] S. Hoare "Neun bewegte Jahre — Englands Weg nach München" S. 356.
[6] H. Lutz "Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 134.
[7] A. v. Ribbentrop "Verschwörung gegen den Frieden" S. 241.
[8] J. Szembek "JournaI 1933 - 1939" S. 54.
[9] R.. Vansittart "Even Now" S. 69.
[10] A. v. Ribbentrop "Verschwörung gegen den Frieden" S. 134.
Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Series 2 Vol. V Doc. 127 — Vansitsart stimmte hier einem Bericht zu, der forderte, sich gegen den "tollwütigen Hund" (Deutschland) zusammenzuschließen, um ihn zu vernichten.
[11] vergleiche Aussagen S. 335 - 336.

[12] vergleiche Kapitel. "Rüstungstände"
[13) J. Colvin "Vansittart in Office" S. 35, 124 - 125.
[14] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 43.
[15] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 4950.
[16] H. H. Löwenstein "Deutsche Geschichte" S. 474 und Stenographische Berichte der verfassunggebenden Nationalversammlung 1919 S. 1083.
[17] J. F. C. Fuller "Der Zweite Weltkrieg, eine Darstellung seiner Strategie und Taktik" S. 487.
[18] J. R. M. Butler "Lord Lothian" S. 216.
[19] Das Neue Reich Nr. 15, 11. 4. 1959 S. 4 H. Grimm.
[21] Der Ring April 1959 S. 4.
[21] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 70.
[22] J. F. C. Fuller "Decisive Battles of the Western World« S. 306 + E. Hughes "Winston Churchill — his career in War and Peace" S. 145 + "Hearings on Lend and Lease" Febr. 1941 S. 275.
[23] J. v. Ribbentrop "Zwischen London und Moskau" S. 97.
[24] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 277.
[25] IMT Bd. VIII, S. 229 - 230.
[26] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 243.
[27] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 190.
[28] J. Szembeck "Journal 1933 - 1939" S. 322 - 323.
[29] Halifax "FulIness of days" S. 196.
[30] E. Raczynski "In AIlied London" S. 8.
[31] Halifax "Fullness of days" S. 200.
[32] F. Hesse "Das Spiel um Deutschland" S. 38 f.
[33] M. Gilbert - R. Gott "Der gescheiterte Frieden" S. 3.
[34] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 102.
[35] R. S. Churchill "The Sinews of Peace — Post-War-Speeches by Winston Churchill" S. 41 Rede in Brüssel am 16. 11. 1945.
[36] ebenda S. 167 Rede am 5. 6. 1946 im Unterhaus.
[37] H. Lutz "Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 21.
[38] Geheimer Schriftwechsel zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin 1941 - 1945 russ. Bd. 1, S. 204.
[39] F. Hesse "Das Spiel um Deutschland" S. 40.
[40] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 152.
[41] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc. 206 Kennard an Halifax am 14. 10. 1938.
[42] J. R. M. Butler "Lord Lothian" S. 341 - 342.
[43]) ADAP Bd. 1 Nr. 31.
[44] F. 0. Miksche "Unconditional Surrender" S. 229 vergl. ADAP Bd. 1 Dok. 31 S. 46 - 56.
[45] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 57.
[48] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 161.
[47] Doc. on British Foreign Pcrlicy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 347.
[48] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 121 Rede am 14. 3. 1939 in Lon don.
[49] W. Millis "The Forrestal Diaries" S. 122.
[50] Die Jalta Dokumente S. 166 und 171.
[*] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 406.
[51] R. Goguel "Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze" S. 316.
[52] Die Jalta Dokumente S. 266.
[53] J. K. Zawodny "Der Tod in den Wäldern" New York 1962.
Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941 - 1945 russ. Bd. 1 Dok. 151 S. 12O - 121 Brief Churchills an Stalin vom 24. 4. 1943.
[54] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 6. Buch Bd. II "Dem Sieg entgegen" S. 269.
[55] R. Sherwood "Roosevelt und Hopkins" S. 581 - 582.
[56] R. Goguel "Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze" S. 863.
[57] E. Rozek "Allied Wartime Diplomacy" S. 26.

Die Anschlüsse an das Deutsche Reich

Der Anschluß Österreichs - Wille des Volkes
Die Bevölkerung Österreichs ist deutsch, denkt, fühlt und spricht deutsch. Wien war ein halbes Jahrtausend deutsche Reichshauptstadt, fast zehnmal solange wie Berlin. Lediglich von 1806 bis 1815 und von 1866 bis 1938 war Österreich im Verlauf seiner Geschichte nicht in einer staatlichen oder bundesvertraglichen Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschland. Die österreichische Nationalversammlung hatte am 12. 11. 1918 einstimmig den Anschluß an das Deutsche Reich beschlossen. Der neue Staat hatte von der Nationalversammlung im Jahre 1918 den Namen "Deutsch-Österreich« erhalten.
Die Versailler Sieger hatten der österreichischen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Der Anschluß, besser, die Wiedervereinigung mit Deutschland blieb verboten, der Name "Deutsch-Österreich" ebenfalls. Der sozialdemokratische Bundeskanzler Karl Renner erklärte am 6. 9. 1919 in der Wiener Nationalversammlung:
"Deutsch-Österreich wird niemals darauf verzichten, die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich als das Ziel seiner friedlichen Politik zu betrachten." [1]
Am 4. 10. 1922 forderte Renner angesichts der Kredite an Österreich unter Garantie des Völkerbundes (Finanzkontrollkommission) "den Anschluß an den Staat, zu dem wir der Natur der Dinge nach gehören, als einzige Lösung".[2] 1920/21 sind in Kärnten, Tirol, Salzburg und Steiermark Volksabstimmungen durchgeführt worden, die zu 99 % für einen Anschluß an Deutschland ausgefallen waren. Volksabstimmungen in den übrigen Provinzen Österreichs sind von Frankreich verboten worden. Konnte auf diese Weise der Wille Österreichs für eine Vereinigung mit Deutschland demonstriert werden, so war der Wille des Deutschen Reiches ebenfalls eindeutig zum Ausdruck gebracht worden:
Der Artikel 61, Absatz 2 der Weimarer Verfassung handelte vom Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich. Er blieb als Bekenntnis zu dem hohen Ziel der nationalen Weiterentwicklung formell Bestandteil der Weimarer Verfassung, ungeachtet dessen, daß infolge des Einspruchs der Versailler Sieger die Ausführung des Absatz 2 ruhen mußte.
Auch in den folgenden Jahren verbot Frankreich (im Zeitalter der europäischen Integration!) teils auch mit wirtschaftlichem Druck jede wirtschaftliche Annäherung Österreichs an Deutschland, konkret: die 1931 geplante deutsch-österreichische Zollunion.
Hatten die Versailler Mächte auf diese Weise den Willen der österreichischen Bevölkerung vergewaltigt und Krisen und Unruhen, Bürgerkriegsgefahren, soziales und wirtschaftliches Elend, sogar das Verbot aller Parteien mit Ausnahme der "Vaterländischen Front", Diktatur und Notstandsgesetze in Kauf genommen, so stand es ihnen schlecht zu Gesicht, Jahre später ihre erneute Einmischung in österreichisch-deutsche Belange mit der "Rettung der Demokratie" in Österreich zu begründen. Denn seitdem die Regierung Dollfuß Anfang März 1933 in einem Staatsstreich die Verfassung außer Kraft gesetzt und Österreich fortan diktatorisch regiert hatte — ebenso wie sein Nachfolger Dr. Schuschnigg — war Österreich kein

"friedlicher, demokratischer" Staat mehr. Zwei blutige Revolutionen hatte das Land hinter sich; gefüllte Konzentrationslager (wie auch in Polen) — sogenannte Anhaltelager — gehörten zur Begleiterscheinung der dort herrschenden Diktatur. Ein nicht zu unterschätzender Teil des wirtschaftlich, geistig und moralisch notleidenden Volkes — nicht nur Anhänger des Nationalsozialismus! — stand der Regierung scharf ablehnend gegenüber! Freie Wahlen sind dort von 1932 - 1938 nicht durchgeführt worden.
Ohne auf alle Einzelheiten der Geschichte Österreichs seit 1919 einzugehen, läßt sich doch grundlegend sagen, daß "der innere Druck auf die Regierung Schuschnigg 1935 und Anfang 1936 immer deutlicher spürbar" wurde.[3] Teils ergab sich dieser "innere Druck" aus der parteipolitischen, teils aus der wirtschaftlichen Situation des Landes, teils aus der außenpolitischen Isolierung, teils aus dem Umstand, daß der wachsende Wohlstand, das Absinken der Arbeitslosigkeit, die Zunahme der industriellen Produktion, die außenpolitische Zugkraft des Einheitswillens in Deutschland die Kontraste zur chronischen Misere in Österreich eindrucksvoller denn je werden ließen.
Zur außenpolitischen Lage: Großbritannien hatte wenig Interesse, einem Land den Rücken zu stärken, das sich im Abessinienkrieg 1935/36 hinter Italien gestellt hatte. Volksfront-Frankreich fand keine ideologischen Bande zu einem katholischen, autoritären System, war hingegen auf seine Versailler Rolle als Aufpasser und Mitbestimmer Österreichs sehr bedacht.
Umgekehrt war sich die österreichische Bevölkerung bewußt, daß Frankreich seit 1919 alles getan hatte, um den Anschluß an das Reich zu verhindern und die Wirtschaftsnot in Österreich zu fördern. Die Tschechen, Slowaken, Rumänen, Slowenen, Serben, Kroaten hingegen hatten nicht die monarchistische Klammer Österreich-Ungarns abgestreift, um sich danach freundschaftlich mit Wien zu liieren.
"Alles, was sich in den dreißiger Jahren vollzieht, ist solcherart nur die logische Weiterentwicklung von Versailles und Saint-Germain. Die Zerschlagung der Donaumonarchie hat Europa östlich des Rheins in einen Hexenkessel widersprechender Lebensinteressen verwandelt, und die Folgen wirkten sich letzten Endes am schlimmsten bei dem Schwächsten aus: Österreich. Die Eifersucht der Großmächte untereinander hat den Zusammenbruch des widernatürlichen Systems bisher verhindert und damit Österreich am Leben erhalten.
Österreich, hin- und hergestoßen, als Prellbock benützt, ist allein hilflos. Seine einzige Rückendeckung ist Italien. Die Rückendeckung fällt, als Mussolini sich zum Angriff auf Abessinien entschließt. Anstelle des Kampfes gegen Hitler muß zwangsläufig der Versuch treten, mit Hitler zu einem Übereinkommen zu gelangen, das Österreich am Leben läßt.
Zum Träger dieses Versuches wird Schuschnigg - er bemüht sich vier Jahre lang um die Lösung eines Problems, das einfach unlösbar ist, weil das nationalistische Prinzip die Existenz eines zweiten deutschen Staates ideologisch ausschließt und weil Hitler die reale Macht besitzt, seine Ideologie in die Praxis umzusetzen."[3]
Als schließlich Hitler und Schuschnigg am 11. 7. 1936 einen Vertrag schlossen, der einen Interessenausgleich zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, Verzicht auf Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Nachbarn, Anerkennung der

Unabhängigkeit und Belebung des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches vorsah, mußten sich die bereits vor dem Abkommen abzeichnenden innen- und außenpolitischen Gewichtsverlagerungen zu ungunsten der österreichischen Regierung in verstärktem Maße fortsetzen.
"Man hat eine Aufhebung des Verbots gewisser Zeitungen vereinbart....
Eine Lawine nationalsozialistischer Propaganda geht solcherart vom 11. Juli 1936 an über Österreich nieder, ganz offiziell, alles im Rahmen des Vertrages. Was nützt da schon, wenn die in Deutschland zugelassenen österreichischen Zeitungen brav und regierungstreu den österreichischen Menschen feiern. Die Deutschen lesen diese Zeitungen nicht einmal, sie wollen ja schließlich nicht an Österreich angeschlossen werden. Die 1.000-Mark-Sperre wird aufgehoben — der unerträglich gewordene Schrumpfungsprozeß des Fremdenverkehrs läßt etwas nach, aber dafür kommt mit jedem deutschen Touristen ein gewollter oder ungewollter Propagandaredner ins Land. Hakenkreuzfahne auf dem Auto oder auf dem Rucksack — die Hakenkreuzfahne für deutsche Staatsbürger ist natürlich erlaubt! ...
... aber sie kommen zugleich als freiwillige oder unfreiwillige Demonstrationsobjekte des nationalsozialistischen Aufbaues...
Auf die Österreicher aber muß es angesichts der weiterwirkenden Wirtschaftskrise, der kaum gesenkten Arbeitslosenzahlen, der innenpolitisdien Unsicherheit und des Unlustgefühls großer Bevölkerungskreise mit einer autoritären Regierung als permanente Anschlußpropaganda wirken....
Aber daß die 15.583 Häftlinge beispielsweise, die bis 1. Jänner 1937 freigingen, nach wie vor fanatische Nationalsozialisten sein würden, das hatte man offenbar vergessen." [4]
Noch weiteres bleibt zu beachten:
"Drei Punkte dieses Abkommens (vom Juli 1936) wurden veröffentlicht: — Anerkennung der österreichischen Souveränität durch Deutschland, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten und die Feststellung, daß Österreichs Außenpolitik darauf beruhe, daß sich Österreich als d e u t s c h e r Staat betrachte. Wichtiger aber waren die nicht veröffentlichten Zusatzpunkte. Sie betrafen die Einstellung des gegeneinander geführten Pressekrieges — woran sich im wesentlichen nur Deutschland hielt —, eine Amnestie für die zahlreichen politischen Häftlinge in Österreich und anderes. Entscheidend aber war, daß Österreich in den Zusatzpunkten eingewilligt hatte, der ‚Nationalen Opposition' einen Teil der Regierungsverantworrung zu übertragen. Die ‚Nationale Opposition' — das waren nun, nach Hitlers Machtübernahme in Deutschland, natürlich die österreichischen Nationalsozialisten. Außerdem sollte zu einem gegebenen Zeitpunkt — ein Termin war nicht festgelegt worden — eine Volksabstimmung über die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich durchgeführt werden. Hitler hatte dieses Abkommen durchaus ehrlich gemeint. Er war davon überzeugt, daß dieses Abkommen mit den nichtveröffentlichten Zusatzpunkten eines Tages zu einer Regierung der ‚nationalen Einheit', wie er das nannte, führen würde. Die vorgesehene Volksabstimmung, daran glaubte er fest, würde eine Mehrheit von mindestens 70 % für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten bringen.
Doch jetzt, anderthalb Jahre nach der Unterzeichnung dieses Abkommens, ist ganz

klar, daß die österreichische Regierung das Abkommen anders ausgelegt hat als Hitler. Für die Regierung in Wien lag die Betonung auf der zugestandenen Souveränität und der gegenseitigen Nichteinmischung, nicht aber in der Regierungsbeteiligung der ‚Nationalen Opposition', und schon gar nicht in der für irgendwann vorgesehenen Volksabstimmung über die Vereinigung mit Deutschland, die höchstwahrscheinlich ihr, der österreichischen Regierung, eigenes Ende bedeutet hätte." [5]
Dies sind in der Tat einige der Ursachen, die Bundeskanzler Schuschnigg im Dezember 1937 bewogen haben, eine persönliche Aussprache mit Hitler anzuregen. Hitler griff diese, von seinem Botschafter in Wien, Franz von Papen, übermittelte Idee auf und lud Dr. Schuschnigg im Februar 1938 nach Berchtesgaden ein.[6] Der Bundeskanzler trat die Reise an, nachdem er Mussolini sowie den englischen und französischen Gesandten über seine Absicht informiert hatte, und diese ihr Einverständnis gegeben hatten.[8] Hitler forderte in der Unterredung mit Dr. Schuschnigg nicht etwa die Einverleibung Österreichs in das Deutsche Reich, sondern legte lediglich Wert auf eine deutsch-bewußte, innenpolitisch friedliche und wirtschaftlich vernünftige Politik Österreichs. Er bestand nicht einmal darauf, die NSDAP in Österreich wieder zuzulassen. Hingegen bat er, die österreichischen Nationalsozialisten nicht durch gewaltsamen Ausschluß aus der Einheitspartei, der "Vaterländischen Front", in den Untergrund zu treiben. Mag Hitler auch während der Unterredung auf den österreichischen Bundeskanzler "Druck ausgeübt" haben, und sei es durch das Herbeirufen einiger deutscher Generale in der Pause, so ist doch kein Außenstehender dazu berufen, sich zum Moralprediger oder Richter darüber zu ernennen, in welcher Weise sich zwei Staatsmänner in einer Unterredung zu einigen haben und welche Gepflogenheiten bei Verhandlungen erlaubt sind oder nicht. Hitler war in dieser Unterredung mit Dr. Schuschnigg der weitaus stärkere und befähigtere, was sich im Verhandlungsergehnis naturgemäß — ob mit oder ohne "Druck" — widerspiegeln mußte.
"Unhaltbar ist Schuschniggs Behauptung, er sei auf dem Berghof überraschend vor eine völlig neue Lage gestellt worden. Schon aus den Göring-Briefen mußte er die Forderungen Hitlers kennen, und ein Vergleich seiner Punktationen (innenpolitische Vorschläge zur Angleichung der deutsch-österreichischen Interessen) mit dem Hitlerschen Programm wird zeigen, wie gering die Unterschiede tatsächlich sind.... Der Vergleich der paraphierten Abmachungen mit den Punktationen ergibt, daß nur in der Frage der Neubesetzung des Innenministeriums samt der Polizei ein wesentliches Zugeständnis gemacht worden war, das über die von Schuschnigg vorgesehenen Konzessionen hinausging." [9]
Franz von Papen bestätigte, daß die Konferenz einen beiderseits zufriedenstellenden Abschluß gefunden und (in einem Bericht zwei Tage nach der Unterredung) daß "Schuschnigg tief beeindruckt, gestern und heute scharfen Kampf mit allen Gegnern einer Befriedung geführt hat, da er entschlossen ist, die Zusage von Berchtesgaden durchzuführen".[9] Seinem Polizeidirektor Skubl antwortete Schuschnigg auf dessen Frage, welchen Eindruck Hitler auf ihn gemacht habe,
"Ich muß sagen, er hat etwas von einem Seher." [10]
"In Berchtesgaden hat sich Schuschnigg noch nicht endgültig gebunden, sondern

vereinbart, daß er sich erst nach drei Tagen im Sinne des Abkommens verpflichtet fühle, weil er es zunächst mit seiner Regierung besprechen müsse." [11]
Am 15. 2. 1938 teilte die österreichische Regierung Hitler mit, daß die Abmachungen von Berchtesgaden angenommen, und am 18. 2., daß die politischen Klauseln bereits durchgeführt seien.[12] Auch Hitler hatte sich an die Abmachungen gehalten und rief den Parteiführer Leopold aus Österreich ab, um eine illegale Tätigkeit der NSDAP Österreichs unmöglich zu machen.
"Die österreichische Affäre ist nicht von Hitler in Gang gebracht worden. Sie war überraschend auf ihn zugekommen, und er ergriff die Chance wie immer. Es gab hier keine geplante Aggression, nur eilige Improvisation....
Am Tage nach dem Gespräch mit Dr. Schuschnigg: Leopold, der Führer des Nazi-Untergrundes in Österreich, wurde zu Hitler befohlen; ihm wurde erklärt, daß seine Aktivität unsinnig sei, und befohlen, mit seinen Hauptgefährten Österreich zu verlassen. Einige Tage später sah Hitler diese Nazis wieder, teilte ihnen weiter mit, daß er darauf bestehe, den evolutionären Kurs einzuschlagen, ungeachtet dessen, ob die Erfolgsmöglichkeit heute vorausgesehen werden könne oder nicht. Das Protokoll, das von Schuschnigg unterzeichnet war, war so weitreichend, daß, wenn es vollständig ausgeführt worden wäre, das österreichische Problem automatisch gelöst gewesen wäre ... Hitler war zufrieden. Er unternahm keine Vorbereitun;en für eine Aktion, sondern wartet leidenachaftslos auf die heranreifende automatische Lösung." [13]
Der österreichische Bundeskanzler führte "eine entschlossene Kampagne, die Februarkrise zu verharmlosen"[14] und erließ auch an seine Diplomaten im Ausland Weisungen des Inhalts, daß die Berchtesgadener Konferenz zur Zufriedenheit verlaufen sei und alle ausländischen Vorhaltungen im Sinne einer Beruhigung abzuweisen seien.
"Die anfängliche Propagandalinie der Vaterländischen Front war sogar so weit gegangen, Berchtesgaden als ‚ausgemachten persönlichen Erfolg' Schuschniggs zu bezeichnen." [15]
Selbst der Beschwichtigungsgegner Eden, der aus Protest gegen den zu milden Kurs der britischen Regierung in der Italien- und Österreichfrage am 20. Februar 1938 von seinem Posten als Außenminister zurücktrat, erklärte noch am 17. und 18. Februar im Unterhaus,
"daß weder vor noch nach der Begegnung von Berchtesgaden irgendein Ansuchen um Rat oder Unterstützung aus Wien in London eingegangen sei."
"Österreich hat, nach den mir vorliegenden Informationen, seine Beziehungen zum Deutschen Reich.... in Berchtesgaden in einer, wie wir hoffen können, günstigen und dauerhaften Weise im Wege einer unmittelbaren, eingehenden Aussprache zwischen den Regierungschefs beider Staaten ohne die geringste Erschütterung zu bereinigen vermocht." [16]
Die Londoner "Times" vermerkte am 14. Februar, daß
"kein Anlaß bestehe, über ein Abkommen zu streiten, mit dem der Führer, der Duce und Herr von Schuschnigg offenbar zufrieden sind,"
und ergänzte in einem Leitartikel wenige Tage später:
"Im Grunde ist ein enges Einverständnis zwischen den beiden deutschen Staaten das

Natürlichste der Welt. Eines der unvernünftigsten, zerbrechlichsten und herausforderndsten künstlichen Gebilde der Friedensverträge war das Verbot der Einverleibung Österreichs in das Reich ... Die Vögel kehren in ihr Nest zurück. Österreich kann niemals anti-deutsch sein. Das ist letzten Endes die wirkliche Stärke der Ansprüche des Reiches auf Österreich und die wirkliche Schwierigkeit eines österreichischen Kanzlers, wenn er die Selbständigkeit Österreichs verteidigen und abgrenzen muß." [17]

Hitler hatte für den 20. Februar 1938 eine Reichstagsrede angekündigt und bereits beim Abschied vom Berghof Schuschnigg versichert, daß er in dieser Rede einen offiziellen freundlichen Kommentar durchgeben werde.[18] Erstmals wurde eine Rede Hitlers im österreichischen Rundfunk verbreitet.[19] Hitler erklärte an diesem 20. Februar u. a.:

"In Verbindung damit (Entspannung der Beziehungen) sollte eine große Befriedungsaktion eintreten durch eine Generalamnestie und eine bessere Verständigung der beiden Staaten durch ein nunmehr engeres freundschaftliches Verhältnis auf den verschiedenen Gebieten einer politischen, personellen und sachlich wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dies alles ist eine Ergänzung im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli (1936).

Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volke dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das große Verständnis und die warmherzige Bereitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebensosehr im Interesse der beiden Länder wie im Interesse des gesamten deutschen Volkes liegt, jenes gesamten deutschen Volkes, dessen Söhne wir alle sind, ganz gleich, wo die Wiege unserer Heimat stand." [20]

Am 24. Februar, also nur wenige Tage später, antwortete Bundeskanzler Schuschnigg in einer ebenfalls vom Rundfunk übertragenen Rede vor dem von niemandem gewählten ‚Parlament‘:

"Österreich sei mit den Zugeständnissen von Berchtesgaden, so sagt er, ‚bis zu der Grenze gegangen, an der wir Halt gebieten und sagen müssen: Bis hierher und nicht weiter!‘ Und als ob er Hitler bewußt herausfordern will, erklärt er, Österreich werde seine Unabhängigkeit nie aufgeben. Seine Rede schließt er mit den Worten: ‚Rot-Weiß-Rot bis in den Tod !" [21]

Erneut war das österreichische Problem in den Mittelpunkt der europäischen Diskussion gerückt.[22] Schuschnigg war inzwischen starkem Druck aus London ausgesetzt gewesen, die Einigung mit dem Deutschen Reich wieder rückgängig zu machen.[23] Insbesondere der Schuschnigg persönlich befreundete französische Gesandte Puaux,[24] aber auch andere Diplomaten, die ihn bestürmten -- "Wer sich nicht rührte und nie zu sehen war, blieb einzig der deutsche Botschafter von Papen"[25] --, drängten ihn, zuzugeben, daß Hitler ihn erpreßt habe.

"Woher die Kenntnis kam?

Es hieß, der Intelligence Service sei von Ort und Stelle aus weitgehend und treffend im Bilde. Die Abschwächungsversuche, die Dr. Schmidt — nunmehr Außenminister — und ich selbst unternahmen, um jede Sensationsberichterstattung zu verhindern, fanden sichtlich keinen besonderen Glauben." [26]

"Das Wirtschaftsbarometer reagierte: — Angstabhebungen bei Sparkassen und Banken — Storni (Rückbuchungen) auswärtiger Firmen.
Der Posteinlauf erhöhte sich auf Tausende von Telegrammen und Briefen. Alarmsignale besonders aus Steiermark. ...
Der Kassandrarufe waren weit mehr als der optimistischen Prognosen .. Tag für Tag meldeten Sparkassen und Banken Abhebungen von mehreren Millionen Schilling. Vom Ausland, insbesondere aus Übersee, kamen beträchtliche Storni. Die Fremden reisten ab...
So mußte zwangsläufig eine Situation entstehen, die innen- und außenpolitisch unhaltbar wurde.
Außenpolitisch - hauptsächlich wirtschaftspolitisch - darum, weil ein Zustand einzutreten drohte, der alle Nachteile ohne die Vorteile eines »Anschlusses« brachte, nämlich den Boykott vom Ausland ohne die Korrektur durch das große, einheitliche Wirtschaftsgebiet." [27]
Der ausländische Druck auf die österreichische Regierung hatte aber noch größere Ausmaße:
In Wien erhältliche britische, französische und amerikanische Zeitungen informierten die Österreicher "über den ersten Akt ihrer Tragödie".
"Das Ergebnis war eine Stimmung der Panik und der Enttäuschung, die keine Propaganda der vaterländischen Front zu zerstreuen vermochte."
"Die neue Regierung wurde sofort von keinem geringeren als dem päpstlichen Nuntius in Wien unter Feuer genommen, und innerhalb 48 Stunden nach der Amtsübernahme kamen neuerlich Gerüchte über den Rücktritt des Kanzlers (Schuschniggs) auf." [28]
Der französische Gesandte in Wien, Puaux, informierte Schuschnigg offiziell darüber, daß Frankreich "die Unabhängigkeit Österreichs als unentbehrlich für den Frieden und die Stabilität Europas ansehe". [29]
"Tatsächlich wurde damals in Paris etwas viel Schwererwiegendes besprochen." [29]
Es handelte sich um nichts weniger als den Versuch Frankreichs, "ein gemeinsames Vorgehen mit London zugunsten Österreichs zu organisieren".[29] Der dieser Stimmung in Paris offenbar erliegende österreichische Presseattaché, Dr. Fuchs, weigerte sich sogar, die offiziell aus Wien eintreffenden Beschwichtigungsberichte zu veröffentlichen, so daß ihm sogar die Amtsenthebung angedroht werden mußte.[29] Ähnlich beeinflußt und renitent gegen seine Regierung verhielt sich der österreichische Gesandte in Paris, Vollgruber.[29] Nun, er war inzwischen vom Generalsekretär des französischen Außenministeriums bearbeitet und mit einer Kritik bedacht worden, "die kaum tieferschürfend sein konnte".[29] An dem gleichen Tag, "an dem M. Légers Warnung in Wien eintraf", faßte Schuschnigg den Entschluß, seine Beschwichtigungspolitik über den Haufen zu werfen und "Hitler vor der ganzen Welt mit seiner berühmten Volksbefragung herauszufordern".[29]
Und was geschah in England? Waren die britischen Zeitungen zur Zeit der Berchtesgadener Besprechung (12. 2.) und kurz danach hinsichtlich der deutsch-österreichischen Einigung durchaus zurückhaltend, wenn nicht zustimmend, so wurde wenige Tage später (beginnend mit dem 16. 2.) "die Vernebelungskampagne der österreichischen Regierung über Nacht hinweggefegt".[30]

"Der ‚Daily Express‘ sprach vom ‚direkten Ultimatum‘, das Österreich gestellt worden sei, während die ‚Daily Mail‘ vor den Gefahren warnte, die der Tschechoslowakei drohten, falls es Hitler gelingen sollte, Österreich und Deutschland zu ‚amalgieren'." [30]
Andere Zeitungen folgten mit scharfen Leitartikeln. Die schon zitierte "Times« blieb eine Ausnahme. Die "sozialistische Opposition Ihrer Majestät" jedoch "versuchte aus der britischen Politik gegenüber Österreich eine Hauptaktion zu machen", und London zum Handeln zu veranlassen. Dieses Bemühen griff "während der gleichen 48 Stunden" auch auf zahlreiche Anhänger der Regierung selbst über.[31] Auf einer nichtöffentlichen Sitzung des außenpolitischen Ausschusses des Unterhauses fielen harte Worte. Die Skala der entrüsteten Stimmen reichte von der Unterstellung, daß "im nationalsozialistischen Deutschland jetzt eine Abenteurerpolitik im Aufsteigen sei" bis zur Forderung Winston Churchills: "Es sei jetzt Zeit, Halt! zu rufen".[31] Die Mehrheit der etwa hundert Teilnehmer war bereit,
"jetzt und hier den Kampf gegen Hitler aufzunehmen, wenn sie nur die kleinste Ermunterung erhielten. Die Erklärung (das gemeinsam beschlossene Kommuniqué, das von ihnen ausgegeben wurde) forderte ganz unverblümt ‚im Lichte kürzlich eingetretener Ereignisse eine positivere Haltung Englands in Europa‘. Dem außenpolitischen Ausschuß, hieß es weiter, liege daran, daß ‚die Regierung nicht im Zweifel über die künftige Unterstützung der Partei in einer solchen Eventualität bleibe‘."
"Diese Aufforderung war zwar von einem der wichtigsten parlamentarischen Ausschüsse an den Premierminister Englands gerichtet worden. Sie bezog sich jedoch ebenso auch auf den Bundeskanzler Österreichs." [31]
Chamberlain war zwar gewillt, diese Sprache zu mildern, doch gelang ihm dies nur zum Teil. Wie stark der vom Parlament und den Parteien, aber auch Regierungsmitgliedern auf ihn ausgeübte Druck gewesen ist, zeigt allein die Tatsache, daß sein Außenminister Eden samt seinem Unterstaatssekretär Lord Cranborne "aus Protest gegen die weiche Politik ihres Premierministers gegenüber der Achse zurücktraten". [32]
Auf diesen vielfältigen Druck aus London und Paris, nach den "höchst beunruhigenden Kammerdebatten" und den Wien zugeleiteten Warnungen,[33] auf den Druck der sich ereifernden Weltpresse, des Wirtschaftsboykotts und innenpolitischer Vorgänge mußte Schuschnigg in dieser oder jener Weise reagieren. Er schwenkte um und meldete in der Tat insgeheim einen künftigen Gegensatz zu Deutschland an.[34] Festzustellen ist, daß bis heute kein Propagandist diesen vielfältigen »Druck«, diese »Methode der Vergewaltigung kleiner Nationen« zu den "unerlaubten Mitteln der Politik" gezählt oder auch nur auf dieses Intrigenspiel wirksam aufmerksam gemacht hat! Wenn auch Schuschnigg später in seinen Memoiren diese ausländischen Demonstrationen nur beiläufig erwähnt und demgegenüber die innenpolitischen Komplikationen stärker akzentuiert, so ist doch historisch unstrittig, daß der österreichische Bundeskanzler den ursprünglich nicht beabsichtigten Kurswechsel auf die ausländischen Einwirkungen hin und schließlich in der Überzeugung vorgenommen hat, die Westmächte würden die Unabhängigkeit seines Regimes militärisch absichern.

"Darum entschloß ich mich zur Volksbefragung....
Der letzte Anstoß lag darin, daß es offenbar immer schwieriger wurde, der Agitation unter den Arbeitern zu begegnen. Wenn das Hakenkreuz als Gesinnungsabzeichen gestattet sei, warum dann nicht die "Drei Pfeile" der Sozialisten und dutzenderlei anderer Abzeichen. Die Gefahr lag nahe, daß ein heilloses Durcheinander entstehen könnte, was ohne blutige Zusammenstöße nicht zu verhindern war. Diese aber galt es eben um jeden Preis zu vermeiden. Ich habe alles, was an Volksfrontkopie erinnern könnte, konsequent abgelehnt; ich wollte keine Parteien; denn nur so war damals die NSDAP zu verhindern ...
Das Abkommen von Berchtesgaden war bis auf den letzten Beistrich durchgeführt:
Gesamtsituation:
a) Polizei und Exekutive machtlos; denn seit dem 12. Februar, als dem Tag von Berchtesgaden, erfolgte keine politische Bestrafung; alle politischen Häftlinge, auch Gewalttäter, Totschläger und Eidbrecher der Exekutive waren begnadigt. Dies mußte entsprechend wirken.
b) Teile der Beamtenschaft, der Hoheits-, Finanz- und Schulverwaltung... verweigerten offen den Gehorsam und beriefen sich dabei auf Minister Seyss und das von mir seinerzeit eingerichtete volks-politische Referat der Vaterländischen Front.
c) Minister Seyss sagte Ordnung zu, ohne sie durchzusetzen.
d) Wirtschaftliche Beunruhigung, Demonstrationen und Unsicherheit der Lage: Wehrlosigkeit der VF (Vaterländischen Front), deren regierungstreue Anhänger nicht mehr zum Wort kamen und daher zunehmender Mutlosigkeit verfielen." [35]
Dr. Schuschnigg hat mit seiner kurzfristig am 9. März 1938 angesetzten, bewußt unklaren, separatistisch gefärbten und nicht einwandfrei durchführbaren, weil unvorbereiteten und sogar verfassungswidrigen[36] Volksbefragung für den 13. März 1938
"Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich! Für Frieden und Arbeit und die Gleichberechtigung aller, die sich zu Volk und Vaterland bekennen!"
Geist und Inhalt der Abmachungen mit Hitler ohne Zweifel gebrochen und die Zustände in seinem Land auf den Höhepunkt getrieben. 40.000 österreichische Flüchtlinge befanden sich ohnehin schon im Reich.[37]
"Die Abstimmung wird für den nächsten Sonntag, den 13. März, angesetzt. Ein Land, das seit fünf Jahren autoritär regiert wird, in dem es seit sechs Jahren keine demokratische Wahl mehr gegeben hat, in dem weder Wählerlisten noch demokratische Parteien bestehen, soll innerhalb weniger Tage eine Abstimmung durchführen, die Anspruch darauf erhebt, von der Weltöffentlichkeit als unumstößliches, legales, nicht zu bezweifelndes Bekenntnis akzeptiert zu werden. Eine Regierung stellt sich dem Volk, nachdem sie vier Jahre lang die Mehrheit dieses Volkes von jeder politischen Betätigung ausgeschlossen hat. Die Idee ist Wahnsinn." [38]
Dr. Schuschnigg hätte nach Unterzeichnung des Berchtesgadener Abkommens zurücktreten und Präsidenten Miklas bitten können, den Vertrag zu annulieren. Das

wäre zumindest eine klare Linie gewesen, wenn sie auch Schuschniggs eigener Meinung, kein Gegner des Anschlusses zu sein, widersprochen hätte. Das Vorgehen Schuschniggs sowie die Ablehnung der von Hitler anschließend am 10. 3. geforderten echten Volksabstimmung drei bis vier Wochen später sollte die bekannten Kettenreaktionen zur Folge haben, die den Anschluß Österreichs an das Reich verwirklichten.
"Nach dem Verhalten Dr. Schuschniggs mußte Hitler entweder handeln oder gedemütigt werden.
Die Krise vom März 1938 war von Schuschnigg provoziert, nicht von Hitler. Es gab keine deutschen Vorbereitungen, weder militärische noch diplomatische. Alles wurde in ein paar Tagen improvisiert." [39]
"Während dieses ganzen 10. März 1938 glaubte man in Berlin immer noch, durch eine Veränderung des Abstimmungstermins und -textes einen Ausweg zu öffnen, der es ermöglichte, die Berchtesgadener Politik mit Schuschnigg doch noch weiterzuführen. Schon die Rücksicht auf Mussolini veranlaßte Hitler, mit der Zähigkeit, deren er in solchen Situationen fähig war, am bisherigen Konzept festzuhalten....
Aus dem Tagebuch des späteren Generalobersten Jodl wissen wir, daß Hitler erst am 11. März 1938 mittags um 13 Uhr das militärische Dokument unterzeichnet hat, das unter dem Stichwort »Operation Otto« einen militärischen Aufmarsch für den Fall eines Eingreifens in Österreich anordnete." [40]
General von Manstein mußte am 10. 3. überraschend einen solchen Operationspian entwerfen, der keine Mobilmachung vorsah und auf keinerlei Vorbereitungen auf baute.[41] Schuschniggs Abwehr des sich auch in Österreich demonstrativ bemerkbar machenden Aufbegehrens gegen die nicht ordnungsgemäß durchführbare Volksabstimmung (er hatte noch nicht einmal seinem Kabinett eine Mitteilung von seinem einsamen Entschluß gemacht, geschweige denn dieses um Rat gefragt!),[42] seine Weigerung, sie zu verschieben, berechtigten Hitler spätestens vom 10. März ab, Schuschnigg vorzuwerfen, die Berchtesgadener Abmachungen gebrochen und damit Hitler provoziert zu haben.
Am 11. März verfügte Schuschnigg die Absetzung der Volksbefragung, ergänzte diesen Entschluß mit ungewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen und einem Ausgehverbot für die Zeit nach 20 Uhr. Insbesondere die Absetzung der Volksbefragung war dazu angetan — und sollte offenbar diesen Effekt auslösen! —, vornehmlich Frankreich, England und den USA ein Nachgeben Österreichs gegenüber einem "Gewaltakt" der Reichsregierung zu demonstrieren. Wußte Schuschnigg doch auf Grund der diplomatischen Korrespondenzen in den voraufgegangenen Tagen und Wochen, daß die westlichen Mächte, vor allem Frankreich nur dann — aber in einem solchen Fall mit ganzer militärischer Kraft — für Österreich eintreten würden,
"wenn der Fall der Vergewaltigung klar liegt, d. h. wenn die österreichische Regierung sich selbst als vergewaltigt betrachtet ... [43]
Die "Bombe" - so bezeichnete Mussolini das überstürzte Plebiszit - war tatsächlich "in der Hand Schuschniggs geplatzt".[44] Der von Dr. Schuschnigg kurz vor seinem Rücktritt erwogene Bürgerkrieg fand nicht statt.[45]
Als Hitler seinen Truppen am 11. März 1938 den Marschbefehl nach Österreich gegeben hatte, besaß er noch keine klare Vorstellung von der zukünftigen

staatsrechtlichen Entwicklung seiner Heimat.[46] Er konnte weder mit Sicherheit einen (abgesehen von der Rheinlandbesetzung 1936) erstmals in der menschlichen Geschichte geführten "Blumenkrieg" einkalkulieren, noch die Reaktion des Auslandes voraussehen. Die Auffassung des britischen Botschafters in Berlin, Henderson, war ihm schon vorher bekannt, da dieser - etwa nicht im Auftrag oder mit Billigung seiner Regierung? -
"kein Hehl aus seinem Wunsche machte, Deutschland und Österreich in einem Staate vereinigt zu sehen." [47]
Die ausländische Presse schließlich war es, die Hitler den Anschluß Österreichs in den Mund gelegt und gleichzeitig das Einlenken Englands und Frankreichs sowie die Freundschaftsbekundung Italiens deutlich gemacht hat. Diese drei Faktoren zusammen haben ihn schließlich bewogen, die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland durchzusetzen.
"Die jubelnden Menschenmassen beim Einzug Hitlers in Wien werden in Österreichs Lehrplänen nicht erwähnt. Der Anschluß, den damals fast alle Kräfte des abgewirtschafteten Staates, vom Sozialisten Renner bis zum Kardinal Innitzer, bejahten, gilt heute schlicht als militärische Okkupation." [48]
Es handelte sich beim Anschluß Österreichs an das Reich weder um eine Annexion im Sinne des üblichen Sprachgebrauches noch um einen Raubzug, noch um die Versklavung eines freien Volkes, noch um die Beseitigung eines "demokratischen" Regierungssystems, sondern um die Erfüllung lange vor Hitler vorhandener und genährter Sehnsüchte und Rechte der österreichischen Bevölkerung. Auch völkerrechtlich war es eine rechtmäßige Aktion nach dem Prinzip des völkischen Selbstbestimmungsrechtes.
"Was wäre erfolgt, wenn Hitler sich abseits gehalten hätte? Spekulation? Gewiß, aber gestützt auf bekannte Tatsachen. Die weiter schwelenden inneren Streitigkeiten hätten sich wahrscheinlich zu Gewalttätigkeiten und Blutvergießen gesteigert und hätten sicherlich zu dem einzig möglichen Ende geführt: Die Nationalsozialisten in Österreich hätten die Führung übernommen und den Anschluß selbst vollzogen. Hitlers direkte Aktion hat Österreich wohl jenes Elend und das sonst unvermeidliche Blutvergießen erspart. Er sah, was nach seiner Ansicht die Lösung, das unvermeidliche Schicksal des Landes sein mußte, und handelte danach. Die alliierten Mächte, welche zusahen, konnten zwar diese Verletzung einer fremden Souveränität und die Annexion rügen, was sie auch taten. Aber angesichts der Tatsachen konnten sie schwerlich behaupten, Hitler habe ein widerstrebendes Österreich mit Waffengewalt erobert. Auch konnten sie nicht abstreiten, daß sein Handeln Einigkeit und Ordnung in das alte Herz Europas gebracht hatte." [49]
" ... die Vereinigung mit Deutschland, das ist den Österreichern seit jeher ein Herzensbedürfnis gewesen. Österreich wäre schon längst ein Bestandteil des Deutschen Reiches, wenn nicht die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg die Vereinigung schlichtweg verboten hätten. Dies, obwohl die Nationalversammlung schon im November 1918 einstimmig das Staatsgrundgesetz angenommen hatte, in dem es entsprechend dem Volkswillen hieß:
‚Deutschösterreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik.'
Bis zu Hitlers Machtübernahme 1933 sind die Sozialdemokraten die eifrigsten

Anhänger der Vereinigung gewesen. Aber die Vereinigung mit dem Deutschland Hitlers - das ist eine andere Sache." [50]



Abfahrt des Führers von Mühldorf am Inn
an dem denkwürdigen 12. März 1938



Demonstration bei der Wiener Oper
am Nachmittag des 11. März 1938



Die Nacht der Befreiung zum 12. März 1938
Vom Haus der „Vaterländischen Front“
in Wien weht die Hakenkreuzfahne



Der Führer überschreitet die alte Grenze Österreichs
auf der Braunauer Innbrücke am 12. März 1938

Quellennachweise :

[1] Deutsche Verfassungen "Von Frankfurt nach Bonn" S. 62.
[2] K. Ploetz "Auszug aus der Geschichte" S. 751.
[3] H. Andics "Der Staat den keiner wollte" S. 504, 505.
[4] H. Andies "Der Staat den keiner wollte" S. 530, 531, 532.
[5] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 33.
[6] F. v. Papen "Der Wahrheit eine Gasse" S. 460.
[7] ebenda S. 463.
[8] ebenda S. 466 und 476.
[9] ADAP (Akten der deutschen auswärtigen Politik) Bd. 1 Dok. 297.
[10] Schmidt-Prozeß S. 329.
[11] H. Sündermann "Das Dritte Reich" S. 132.
[12] A. v. Ribbentrop "Verschwörung gegen den Frieden" S. 154.
den Geschehnissen am 12. 2. 1938 in Berchtesgaden, siehe: J. Colvin "Vansittart in Office" S. 184 - 185.
13] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 142 - 144.
[14] G. Brook-Shepherd "Der Anschluß" S. 123.
[15] ebenda S. 111.
[16] ebenda S. 131 - 132.
[17] ebenda S. 125 - 126.
[18] ebenda S. 140.
[19] K. v. Schuschnigg "Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot" S. 56.
[20] G. Rühle "Das Dritte Reich" Jg. 1938 S. 60.
[21] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 40.
[22] ADAP I Dok. 327.
[23] Europäische Politik 1933 - 1938 im Spiegel der Prager Akten Dok. 101.
[24] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 41.
[25] K. v. Schuschnigg "Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot" S. 60.
[26] ebenda S. 55. — In Wirklichkeit wußte man in England "erst einige Tage später« von
[27] K. v. Schuschnigg "Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot" S. 59, 60, 110, 111.
[28] G. Brook-Shepherd "Der Anschluß" S. 111 - 112.
[29] ebenda S. 122 - 124.
[30] ebenda S. 125 - 126.
[31] ebenda S. 128 - 129.
[32] ebenda S. 134 - 135.
[33] ebenda S. 124 und 147.
[34] H. Sündermann "Das Dritte Reich" S. 133 - 136.
[35] K. v. Schuschnigg "Ein Requiem in Rot-Weiß-Rot" S. 111 - 112.
[36] Der österreichischen Verfassung zufolge konnte eine Volksbefragung nur durch Parlamentsbeschluß und Billigung des Staatspräsidenten durchgeführt werden. Schuschnigg hatte sich hierüber hinweggesetzt.
[37] P. Kleist "Auch Du warst dabei" S. 201.
[38] H. Andics "Der Staat den keiner wollte" S. 550.
[39] A. J. P. Taylor "The Origins of die Second World War" S. 146, 149.
[40] H. Sündermann "Das Dritte Reich" S. 152 und Schmidt-Prozeß S. 578.
[41] K. Zentner "llustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 42.
[42] ebenda S. 41.
[43] H. Sündermann "Das Dritte Reich" S. 150 - 154 und Schmidt-Prozeß S. 573.
[44] A. v. Ribbentrop "Verschwörung gegen den Frieden" S. 159.
[45] ebenda S. 166.
[46] H. Guderian "Erinnerungen eines Soldaten" S. 42 - 49.
[47] Ch. Bewley "Hermann Göring" S. 175.
[48] Der Spiegel Nr. 47/1962 S. 112.
[49] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 47.
[50] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 40.

Der Anschluss des Sudetenlandes
Die Konferenz von München vom 29. September 1938, in der Chamberlain für Großbritannien, Daladier für Frankreich, Mussolini für Italien und Hitler die Modalitäten für die Übergabe der Sudetenlande an Deutschland festgelegt hatten, war die Folge der Versailler Politik, die keinen dauernden Bestand haben konnte:
1. weil kein Staat lebensfähig ist, der aus einem großen Teil fremd-völkischer Minderheiten besteht und diese Minderheiten mit allen staatlichen Mitteln diskriminiert und terrorisiert.[1]
2. weil in einem solchen Staat, wo die Führung von "Demokratie", "Gleichberechtigung", "Autonomie", "Verständigungswillen" spricht, in Praxis aber genau das Gegenteil durchführt, an keinen innenpolitischen Ausgleich gedacht werden kann.
3. weil das Staatsvolk - die Tschechen - weder eine einzige ihrer Minderheitengruppen für sich gewonnen hatten, noch einen ihrer Nachbarn, ja diese Minderheiten (vornehmlich die Slowaken) und Nachbarn (Polen und Ungarn) im Entscheidungsjahr 1938 sogar eigenmächtig auf die Zerschlagung des tschechischen Staates hingearbeitet haben.[2]
4. weil ein von siegreichen Weltmächten nur unter strategischen Gesichtspunkten geschaffenes Staatsgebilde[2] zusammenbrechen muß, sobald sich im Laufe der Zeit entscheidende strategische Gewichte verschoben haben. Und im Jahre 1938 hatten sich folgende strategische Gewichte gegenüber 1919 verschoben:
a) Deutschland war 1938 militärisch ernst zu nehmen, Frankreich innenpolitisch geschwächt.
b) Der Anschluß Österreichs hat zu einer fast vollständigen geographischen Umfassung der Tschecho-Slowakei geführt und für Deutschland eine Grenze erschlossen, die auf tschechischer Seite nicht befestigt war.
c) Der seit 1936 im Bau befindliche und nach der von Benesch provozierten Maikrise 1938 beschleunigt ausgebaute deutsche Westwall war im September 1938 weitgehend fertiggestellt und konnte eine schnelle Hilfe Frankreichs für die Prager Regierung vereiteln.
d) Der strategische Wert der Tschecho-Slowakei für Frankreich und England hing davon ab, ob rund 40 deutsche Divisionen im Raum Böhmen-Mähren so langfristig gebunden werden konnten, bis die französische Armee einen entscheidenden Durchbruch über den Rhein erzielt haben würde. Der Anschluß Österreichs, der Westwall, die Überlegenheit der deutschen Luftwaffe über die tschechische und die gefestigten Führungsverhältnisse in Deutschland haben diese Voraussetzungen zunichte gemacht.
e) Die Prager Regierung hat in den zwanzig Jahren ihrer Herrschaft eine derart verschärfte innenpolitische Situation geschaffen, daß ihre — den fremdvölkischen Minderheiten angehörenden — Soldaten nicht mehr als zuverlässig gelten konnten.[4]
f) Großbritannien, 1918 gemeinsamer Sieger mit Frankreich, hat sich nach dem Ersten Weltkrieg mehr oder weniger auf sein Empire zurückgezogen und war 1938 nicht gewillt, sich von der Tschecho-Slowakei in einen europäischen Krieg ziehen zu lassen; zumal auch für die britischen Politiker deutlich sichtbar war, daß Stalin einen solchen Krieg für die Durchsetzung der bolschewistischen Weltrevolutionsinteressen zu inszenieren und auszunutzen bemüht war.
g) Frankreich vermochte 1938 für die Tschecho-Slowakei keinerlei Unterstützung aus Osteuropa zu mobilisieren, da keines dieser Länder gewillt war - und sie gaben dies Paris deutlich zu verstehen! -, einen Finger für die Prager Regierung zu rühren. Diese Länder weigerten sich strikt, sowjetischen Truppen das Recht einzuräumen, ihre Territorien zu durchqueren. Vor allem Polen und Rumänien befürchteten, "daß hinter

dem russischen Gesuch die geheime Absicht liege, kampflos Ostpolen und Bessarabien wiederzuerobern".[5] Im übrigen stellte Polen selbst Forderungen an die Tschecho-Slowakei. Polen stand aber auch deshalb nicht mehr hinter Frankreich, da es den französisch-sowjetischen Beistandspakt von 1935/36 nicht verwunden hatte.
"Die Grenznachbarn standen dem Land feindlich oder gleichgültig gegenüber. Polen, Ungarn und Jugoslawien erklärten offen ihre Feindschaft gegenüber der Prager Regierung. Rumänien lehnt den Durchmarsch russischer Truppen ab. Auf diese Weise waren die von Rußland für sein Eingreifen gestellten Bedingungen nicht erfüllt." [6]
h) Die militärischen und politischen Verbündeten der Tschecho-Slowakei — Frankreich und Großbritannien - vollzogen auf Grund dieser strategischen Gewichtsverlagerung im September 1938 einen Frontwechsel gegen ihren tschechischen Schützling und vereitelten hiermit den Willen E. Benesch‘s, seine innenpolitische Frage mit Hilfe eines europäischen Krieges zu lösen.[7]
Die Gründung der Tschecho-Slowakei mit ihren 49,5 % Minderheiten, die nie in einem von Tschechen beherrschten Staat zusammenleben wollten, war von vornherein bedenklich. Der britische Lordkanzler Maugham sollte in der Oberhaus-Debatte über die Münchener Konferenz erklären, daß dieser Staat, für den man bis an den Rand des Krieges gegangen sei, überhaupt nicht hätte gegründet werden sollen.[8] Gleichermaßen urteilte der damalige Direktor der Pressestelle des britischen Informationsamtes, Viscount Rothermere:
"Diese Karikatur eines Landes hat unter seinen tschechischen Führern von der Stunde seiner Geburt an fast jede nur erdenkliche Torheit begangen." [9]
Auch der britische Außenminister Lord Halifax sollte am 9. 9. 1938 seinem Botschafter in Paris mitteilen, daß man sich reiflich überlegen müsse, "ob wir Krieg führen wollen für etwas, was niemand erhalten kann und was niemand im Ernst wieder herstellen will".[10]
Ein polnischer Diplomat, Graf Grzybowski, persönlicher Freund des polnischen Außenministers Beck, erklärte in einem privaten Gespräch mit seinem französischen Kollegen Coulondre am 26. Mai 1938, also Monate v o r der Münchener Konferenz:
"Die Tschechoslowakei retten zu wollen, ist eine Wahnidee. Früher oder später wird sie wie ein Kartenhaus zusammenfallen." [11]
Selbst Marschall Pilsudski hat seit 1918 die Tschecho-Slowakei nicht für lebensfähig gehalten, — ebenso wenig wie Österreich. Für ihn war es nur die Frage, welcher von beiden Staaten zuerst verschwinden würde.[12] Der polnische Außenminister Oberst Beck betrachtete die Tschecho-Slowakei, "mit der man ohnehin keine Politik machen könne", lediglich als europäische Unmöglichkeit".[13] Am 25./26. Mai 1938 — Monate v o r der Münchener Konferenz! — ließ die polnische Diplomatie die europäischen Regierungen wissen, "daß die Tschecho-Slowakei, ein willkürliches Kompositum zahlreicher einander äußerst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land sei". [14]
Die Gründung dieses Staates, "dessen Name für englische Ohren fremdländisch klingt"[15] und der mit der Hypothek einer Feindschaft gegen Deutschland belastet wurde,[16] war um so bedenklicher, da die Tschechen die zwangsweise eingegliederten Minderheiten als "Rebellen", "Emigranten", "Kolonisten" usw. zu bezeichnen und zu behandeln beliebten.[17]
"Schon bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg sprach das tschechische ‚Memoire 3‘ den Sudetendeutschen das Selbstbestimmungsrecht ab, da sie nur Nachkommen von ‚Emigranten und Ko1onisten‘ seien." [18]
Auch ein tschechischer Historiker hat diesen Sachverhalt eingestanden:
"Der weitverbreitete Glaube, daß ohne diese Kapitulation der westlichen Mächte in München die Tschechoslowakei ihren eigenen Grund hätte halten können, ist nicht

auf Tatsachen gestützt. Das ist nur eine der vielen Propagandalegenden, die ihren Weg in das öffentliche Bewußtsein fanden." [19]
Die Feindschaft gegen das deutsche Volkstum erhielt ständig neue Nahrung durch den seit Versailles 1919 nachweisbaren Willen der Tschechen, das an der Grenze wohnende Deutschtum, "das sich loyal in die gegen seinen Willen beschlossene Ordnung fügte",[19] gesellschaftlich, wirtschaftlich und kulturell zu schädigen, ihm seine Zugehörigkeit zu diesem Staat zu verleiden und es hinauszudrängen.[20]
"Die Tschechen hatten sich von Anfang an als Staatsvolk betrachtet und es nicht der Mühe wert gefunden, den beiden Minderheiten (den Deutschen und Slowaken) das Gefühl zu geben, daß der neue Staat auch ihr Staat sei." [21]
Parlament, Verfassung, Regierung der Tschecho-Slowakei blieben ohne Legitimation durch die Minderheitengruppen. Die parlamentarische Opposition blieb ungeachtet anderslautender Wahlergebnisse ohne Einfluß. Die Macht übte fortlaufend ein und dieselbe kleine tschechische Gruppe um Benesch aus, und diese "steigerte den nationalen Egoismus der Tschechen ins Unermeßliche",[22] — trotz des "demokratischen" Aushängeschildes. Die Vorstände der tschechischen Parteien haben nicht nur die verfassunggebende Nationalversammlung ernannt, sondern auch den Pétka, den Fünferausschuß und damit die nachfolgende Politik unter Außerachtlassung jeglichen Volkswillens gesteuert.[22]
"Die Einigung der Deutschen in der Tschecho-Slowakei war nicht nur die Auswirkung von Hitlers Machtergreifung 1933, sondern ebenso die Folge des Verhaltens der Tschechen und lag auf der Linie der innerstaatlichen Entwicklung. Deshalb war ihr Streben nach Autonomie innerhalb des Staates ehrlich, und die Tschecho-Slowakei hat die Lage 1938 selbst heraufgeführt, indem sie alle deutschen Verständigungsvorschläge abwies." [25]
Der Volkstumskampf des tschechischen Staatsvolkes galt nicht dem Nationalsozialismus, sondern dem Deutschtum. Daher konnte ihn nicht der Nationalsozialismus verursacht haben, zumal dieser Volkstumskampf bereits im Jahre 1919 begonnen hatte. Lange Jahre bevor Hitler politisch wirksam wurde, pflegten sich tschechische Zeitungen - trotz staatlicher Zensur - in der durchaus nicht freundlichen Tonart zu verbreiten:
"Das 'Ceské slovo' vom 29. Oktober 1920 verlangte, man solle den Deutschen nicht die Gleichberechtigung geben, sondern sie lieber an 'Galgen und Kandelabern aufhängen'.
'Zlata Praha' schrieb anläßlich des Sokol-Festes 1919, man müsse die Deutschen über die Grenze 'peitschen'.
'Vonkov' bedauerte am 6. Januar 1926, daß die Sudetendeutschen nach dem Umsturz 1918 nicht die Waffen gegen die Tschechen erhoben haben, denn das wäre die beste Gelegenheit gewesen, 'Ordnung zu machen'.
Die offizielle Staatszeitung ‚Cesko-slovenskà' schrieb im Oktober 1921:
'Die deutsche Minderheit in Brünn wird wie ein Stück Eis in der Sonne zerfließen, und nichts kann sie retten. Auf alle Art zur Beschleunigung dieser Entwicklung beizutragen, ist selbstverständliche Pflicht der tschechischen Mehrheit'."
"Bei einer Militärfeier im Jahre 1923 erklärte in Podersam ein tschechischer Redner: 'Wir Tschechen müssen trachten, daß wir die Industrie an uns reißen. Solange nicht der letzte Kamin der deutschen Fabriken... verschwunden ist, und solange nicht das deutsche Kapital in unseren Händen ist... , solange müssen wir kämpfen'. " [24]
Bis zum Jahre 1936 hatte sich nichts zum Besseren gewandelt. So schrieb die tschechische Zeitung "Obrana Naroda" am 15. 4. 1936 — auch sie dient nur als Beispiel für die streng zensierte tschechische Presse! —:
"Das Grenzlandproblem ist nicht nur eine soziale Frage; das Grenzlandproblem ist

die Rückgewinnung mehr als eines Drittels unseres Vaterlandes in die Hände unseres Volkes. Das Grenzlandproblem ist die Besiedlung des Drittels mit Leuten aus unserem Volke, ist die Hinausschiebung der heutigen Sprachgrenze bis an die tatsächlichen Staatsgrenzen, ist die Errichtung eines vollkommen starken, unüberwindlichen und verläßlichen Grenzgebietes, einer Festungslinie aus Menschen unseres Geschlechtes und Blutes."

'Stráz Nroda' vom 13. März 1936:

"Der allmähliche Aufkauf von Liegenschaften in unserem Grenzgebiet ist das beste Mittel zur Sicherung der tschechischen Positionen. Jedes kleinste Stück Boden, das in tschechische Hände übergeht, bedeutet eine Festigung des tschechischen Elementes."[24]

Diese Haltung, die dazu geführt hat, daß das Sudetenland unter tschechischer Herrschaft die höchste Kindersterblichkeit und die höchste Selbstmordquote der Welt hatte, war gewiß keine angebrachte Reaktion auf die Behandlung, die dem tschechischen Volkstum in der ÖsterreichUngarischen Monarchie zuteil geworden ist.

"Das Geheimnis ihres (des tschechischen) Wohlstandes lag hauptsächlich in dem Umstand, daß 65 % der Industrie der alten Monarchie — die bis dahin das gemeinsame Eigentum von 54 Millionen Menschen war — nun in den Händen eines unabhängigen Staates von nur 14 Millionen verblieb. Dies ist ein weiterer klarer Beweis dafür, daß die slawischen Nationen nicht von den Habsburgern ausgebeutet worden sind, wie es später vorgegeben wurde.

Die Tschechen waren die bestbezahlten Industriearbeiter, und die reichsten Bauern waren die Kroaten, wohingegen der Lebensstandard in Tirol, einer rein deutschen Provinz, immer relativ niedrig war." [25]

Und nach der Niederlage Deutschlands und Österreichs?

"Mehr als eine halbe Million Tschechen hat man im gleichen Atemzug, da man demokratisch-humanistische Phrasen im Munde führte, in ein Gebiet verpflanzt, wo sie nur eine Aufgabe zu erfüllen hatten: Vorposten bei einem tschechischen Angriffsunternehmen größten Ausmaßes zu sein. Auf diese Weise verfielen ... 31 % des deutschen Gebietes einer kalten Beschlagnahme, gegen die es keine Rechtsmittel gab, die also nichts anderes war als ein vom Staate organisierter und von ihm persönlich durchgeführter Großraub."

"Vom staatspolitischen Standpunkt ist es heller Wahnsinn, in die übervölkerten deutschen Krisengebiete immer neuen Menschenzuzug zu leiten. Wir erklären offen ("Jungsozialist" Wenzel Jaksch am 26. 4. 1936 in Bodenbach), daß die Benachteiligung der Deutschen im öffentlichen Dienst, in der Sprachenfrage und in der ganzen Verwaltung einen Grad erreicht hat, der allgemein als unhaltbar empfunden wird. Der nationale Kleinkrieg geht auf allen Fronten weiter und verpestet die innenpolitische Atmosphäre." [28]

Systematisch stellte die Prager Regierung unter Ausnutzung aller staatlichen und gesellschaftspolitischen Möglichkeiten die Schulpolitik in den Dienst ihrer völkischen Expansion. Sie errichtete in den sudeten-deutschen Gebieten zwei Schultypen:

"einmal für die nichttschechischen Volksgruppen selbst, dann jedoch auch tschechische Schulen, die nicht nur für die Kinder der in die Minderheitengebiete versetzten Tschechen, sondern auch für nicht-tschechische Kinder bestimmt waren, die durch allerlei soziale Lock- und Druckmittel auf ihre Eltern dorthin eingeschult und so ihrem Volkstum auf die Dauer entfremdet wurden." [27]

Die Tschecho-Slowakei ist von England und Frankreich fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der militärischen Einsatzmöglichkeit gegen Deutschland betrachtet und bewertet worden, nicht als ein freier Staat, der auch einmal gute Beziehungen zu Deutschland haben könnte, oder der um des europäischen Friedens willen zu einem verträglichen Benehmen angehalten werden müßte. Den von den Tschechen gegen die

Volksdeutschen in Szene gesetzten Volkstumskampf und die in seinem Gefolge verübten "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" übersah man in den westeuropäischen Metropolen geflissentlich. In Frankreich war die politische Führung an etwas anderem interessiert.
Der französische Marschall Foch erklärte bereits im Jahre 1919 in seiner Eigenschaft als militärischer Hauptratgeber in den Versailler Friedensverhandlungen:
"Sehen Sie (mit Blickrichtung auf eine Karte der Tschecho-Slowakei), hier ist eine große Bastion. Sie wollen mir nicht erlauben, die Grenze an den Rhein vorzuschieben, doch lassen Sie mir wenigstens diese Bastion." [28]
U. a. gestand auch Winston Churchill in seinen Memoiren diese Einstellung ein:
"Allein schon durch eine Neutralisierung der Tschecho-Slowakei werden 25 deutsche Divisionen zur Bedrohung der Westfront frei; außerdem öffnet sie den triumphierenden Nazis den Weg zum Schwarzen Meer. ...
Die Unterjochung der Tschecho-Slowakei verringerte die Macht der Alliierten um 40 Divisionen." [29]
Ein Historiker bestätigte, daß "die alte, mit Frankreich und der Sowjetunion verbündete Tschecho-Slowakei "ein auf das Herz Deutschlands gerichteter Dolch, eine feindliche Festung mitten im deutschen Raum, eine Einbruchspforte aller Gegner des Reiches" gewesen[30] bzw. für diese Aufgabe geschaffen worden ist.
Nachdem Frankreich durch Abschluß des deutsch-polnischen Nicht-angriffs- und Freundschaftspaktes vom Januar 1934 "um 60 polnische Divisionen gekommen war",[31] verstärkte es die Anstrengungen, die 40 tschechischen Divisionen und die einzige ostmitteleuropäische Kriegs-industrie (über 8/9 hiervon verfügte die Tschecho-Slowakei) nicht zu verlieren. Dieses Streben spiegelte sich in dem Bemühen wider,
a) der tschechischen Regierung immer wieder der französischen Vertragstreue und Bundesgenossenschaft zu versichern und ihr somit wirtschaftlich, außen- und innenpolitisch zur Seite zu stehen,
b) Prag wiederholt zu drängen. die Minderheiten von der Regierung und allen maßgebenden Funktionen fernzuhalten, um den Bündniswert der tschechischen Armee zu erhalten. Das Motto hierfür war,
"daß Henlein in der tschechischen Regierung das gleiche bedeute, wie wenn der deutsche Militärattaché stellvertretender Chef des tschechischen Generalstabs wäre." [32]
Eduard Benesch revanchierte sich auf seine Weise,
"indem er beständig die Politik und die Interessen Frankreichs beim Völkerbund und überall sonst unterstützte ...
und seit 10 Jahren der treue Verbündete und beinahe der Vasall Frankreichs gewesen war." [33]
Ein tschechischer Historiker gestand ein:
"Es war gedacht, daß Deutschland durch den Frieden von Versailles alle Zeit gebunden würde, und dies konnte nicht sein. Auf der anderen Seite hing die Existenz der neu geformten Staaten von dem Vertrag ab. Aus diesem Grunde wurde jede Gelegenheit wahrgenommen, um Öl in die Flamme der deutsch-französischen Feindschaft zu gießen und eine Annäherung zwischen Berlin und Paris zu verhindern." [34]
Abgesehen vom September 1938 hat Frankreich seinem tschechischen Verbündeten nie nahegelegt, einen Ausgleich mit Deutschland zu finden, sondern immer nur die Forderung gestellt, "hart zu bleiben"[32] Eine Forderung, der Benesch um so bereitwilliger nachkam, als er wußte, daß Deutschland angesichts der gegnerischen Koalition keinen Krieg gegen sein Land wagen konnte. Die Folgen waren eine weitere

Aktivität gegen das Reich und eine explosivartige Verschärfung der inneren Situation, zumal die Sudetendeutsche Heimatfront (Sudetendeutsche Partei) aus den Maiwahlen 1935 als stärkste Partei des gesamten tschecho-slowakischen Staates hervorging, — jedoch nach wie vor grundsätzlich von der Führung des Staates ausgeschlossen blieb. Doch Staatspräsident Benesch wußte auch dies zu "rechtfertigen":
"In einem demokratischen Staat sind es die Rechte des Individuums und nicht die von irgendwelchen Gruppen als solchen, die geachtet werden müssen, und es sei unmöglich, totalitäre oder autoritäre Forderungen zuzulassen." [35]
Sein Ministerpräsident Hodza beherrschte diesen Wortschatz nicht minder gut. Er lehnte Gemeindewahlen im Sudetenland ab, "solange sie ausgesprochene Kampfwahlen sein würden" und lehnte auch Vorschläge der Sudetendeutschen Partei ab, weil
"die Verfassung weder eine eigene Rechtspersönlichkeit der Volksteile noch einen 'Sprecher' derselben kenne." [36]
Die tschechischen Führer konnten nur hoffen, daß ihre Gesprächspartner, denen sie diese und ähnliche Phrasen vorsetzten, zu dumm oder zu parteiisch waren, um über die Widersprüche bzw. Verlogenheit ihrer Ausführungen hinwegzusehen. Wie können die Rechte des Individuums geschützt werden oder als geschützt gelten, wenn die Staatsführung die Rechte der Summe der Individuen zu berücksichtigen ablehnt? Jedem ausländischen Beobachter mußte offensichtlich sein — und war es auch —, daß die damalige Tschecho-Slowakei keine »Demokratie«, auch kein »Rechtsstaat« war, sondern ein von einer tschechischen Führungsgruppe zusammengehaltener Nationalitätenstaat, dessen innenpolitisches Leitmotiv der Volkstumskampf war. Der britische Gesandte in Prag, Newton, sah sich am 19. 4. 1938 zu folgender Empfehlung veranlaßt:
"Zunächst scheint wesentlich, bei jeder Gelegenheit den Ausdruck ‚Minderheiten‘ durch den Ausdruck ‚Nationalitäten‘ zu ersetzen; denn wenn es einen Faktor gibt, der gegenwärtig den Zorn der Sudeten-deutschen erregt, so ist es die Anwendung des Begriffes 'Minderheiten' auf sie ...
Ich würde Dr. Benesch darauf hinweisen, es sei eine allgemeine Beobachtung, daß er bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich neue Prinzipien, von denen die Verwaltung in der Zukunft angeleitet werden würde, sowie einen neuen Geist angekündigt habe, von dem sie getragen sein würden. Seine Kritiker waren geneigt zu erwidern, daß dies feine Worte, aber nichts mehr gewesen seien." [37]
Wenige Tage später nach der Unterredung mit Benesch ergänzte er:
"Indem ich den Ausdruck ‚Vereinigte Staaten von Böhmen und Slowakei‘ gebrauchte, erklärte ich, daß ich nicht irgendeine Frage der Föderation anschneiden, sondern nur die Ideale der Einigkeit und Partnerschaft hervorheben wolle. Mr. Benesch hörte aufmerksam zu und sagte, daß er persönlich meinen Hinweisen zustimme. Er sei sich seit langem darüber im klaren, daß die Tschechoslowakei kein nationaler Staat sein könne (he had long held that. ...) ...
Im Kabinett (in Prag) sei es schon anerkannt, daß sein Programm das Ende der Konzeption eines Nationalstaates bedeute. ..." [35]
Doch auch dies waren "nichts mehr als feine Worte". Schließlich war das Land - um mit den Worten des tschechischen Ministerpräsidenten Hodza zu sprechen - "zu klein, um sich atomisieren zu lassen" oder durch die Gewährung einer Autonomie "Selbstmord zu begehen".[36] Oder um die Entscheidung des Plenums des Obersten Verwaltungsgerichtes in Prag vom 19. 3. 1919 (ein viertel Jahr vor Unterzeichnung des Versailler Friedensdiktates) zu zitieren: Den nationalen Minderheiten können nur so viel Rechte gewährt werden, als dadurch "der Charakter der Tschecho-Slowakei als Nationalstaat" nicht verloren geht.[38] Überflüssig zu sagen, daß diese Formel

Leitmotiv für Gesetzgebung und Verwaltungspraxis
"nicht nur der Tschechoslowakei, sondern der meisten, durch die Friedensverträge von 1919/1920 errichteten oder erweiterten Staaten" [38]
war. Daß Eduard Benesch, damals tschechischer Außenminister, in den Jahren 1918 - 1921 bei der erzwungenen Übertragung deutschen Gebietes an Polen mitgewirkt hat, sei nur nebenbei erwähnt.[39]
Dieser 1935 zum Staatspräsidenten avancierte Benesch fühlte sich zu dieser Innenpolitik auf Grund seiner außenpolitischen Strategie befähigt, die er in seinen Memoiren wie folgt beschreibt:
"Von 1935 an versuchte ich mein Äußerstes, einen geraden Kurs mit der Sowjetunion auf der einen und mit Frankreich auf der anderen Seite zu steuern. Am 4. Juni 1936, nach den französischen Wahlen, die die Bildung der Volksfront-Regierung zur Folge hatten, sandte mir der neue Premier, Léon Blum, eine Botschaft des Inhalts, daß Frankreich niemals wieder eine solche Schwäche zeigen werde, wie sein Vorgänger z. Zt. der Besetzung des linken Rheinufers. Und er versicherte mir, daß seine Regierung hart und fest gegenüber Deutschland sein werde und daß wir darauf bauen möchten (might count on this).... Der Außenminister, J. Paul-Boncour, sandte mir eine Anzahl von Noten der gleichen Richtung (strain). Er versuchte besonders die östliche Front der Kleinen Entente wiederherzustellen und Polen zu gewinnen." [40]
So sollte sich auch die politische und militärische Zusammenarbeit der Tschecho-Slowakei mit der auf Weltrevolution ausgerichteten Sowjetunion, der Ankauf sowjetischer Bombenflugzeuge und das sowjetische Hilfsversprechen trotz fehlender gemeinsamer Grenze sowie der französische Versuch, der Roten Armee für den Kriegsfall einen Weg nach Prag zu öffnen,[41] verhängnisvoll auf die Entwicklung in Europa auswirken.[42]
"Rußland hatte bereits 300 Kriegsflugzeuge an die Tschechei geliefert, und außerdem standen mehrere Geschwader sowjetischer Flugzeuge auf tschechischen Flugplätzen."[43]
Nicht Hitler, sondern Eduard Benesch hatte die Sudetenkrise immer stärker angeheizt! Der britische Historiker A.J.P. Taylor mußte bestätigen, daß Hitler im Frühjahr 1938 seinen Weg nicht klar gesehen habe, Benesch hingegen gewillt war, das für ihn zu Haus unlösbare Sudeten-Problem "im internationalen Feld" zu regeln.[44] Die Versicherung Görings gegenüber den Tschechen in Berlin am 12. 3. 1938, "daß Deutschland ein Vorgehen gegen die Tschecho-Slowakei nicht in Betracht ziehe", ist durch die diplomatischen Akten bestätigt worden. Hitler hat nach dem Anschluß Österreichs erklärt, daß "die Bereinigung der tschechischen Frage nicht eilt",[45] und es gibt keinen Nachweis dafür, daß er anders gehandelt hat.
"Es wird behauptet, die Nationalsozialisten hätten bewußt die sonst zufriedenen deutschen Minderheiten in Aufruhr versetzt. Und erst daraufhin hätten sie sich Beschwerden ausgedacht, um daraus für Deutschland politisches Kapital zu schlagen. Die Untersuchungen unseres Lord Runciman widerlegten jedoch die Behauptung. Hitler hatte die Unzufriedenheit im Sudetenland nicht wachgerufen. Im Gegenteil! Deutsche Diplomaten in Böhmen suchten die Sudetendeutschen auf dem Höhepunkt der Erregung über den Zusammenschluß Deutschlands mit Österreich von jeder Herausforderung der Tschechen zurückzuhalten." [46]
Andere Politiker hingegen ventilierten bereits "lange bevor Hitler seine Ansichten über den Anschluß des Sudetenlandes formulierte", die Fragen bezüglich der Tschecho-Slowakei.[47]
"Die Briten drängten Hitler (bereits am 10. Mai 1938), Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei zu erheben. Dies überraschte ihn." [48]
Vor der Mai-Krise 1938 hatte sich die Reichsregierung sechsmal um Verhandlungen mit Benesch bemüht. Die deutschen Unterhändler hat er jedesmal abgewiesen.

"Er findet es noch nicht einmal der Mühe wert, das telegraphische Angebot, das ihm der Gesandte Eisenlohr am 16. 2. 1938 schickt, zu beantworten." [49]
Die Mai-Krise 1938 hat Staatspräsident Benesch mit seinem Mobilmachungsbefehl für die tschechische Armee ausgelöst. Als Vorwand benutzte er Gerüchte über angebliche deutsche Truppenkonzentrationen an der tschechischen Grenze. Quelle dieser Gerüchte waren britische Nachrichtenstellen "offenbar vom Foreign Office".[50] Sie kamen jedenfalls aus der gleichen Hauptstadt, aus der man soeben Hitler nahegelegt hatte, Forderungen gegenüber der Tschecho-Slowakei zu erheben, "was Hitler überraschte". Überflüssig zu erwähnen, daß ihn diese Gerüchte und ihre Folgen in Form der tschechischen Mobilmachung ebenfalls "überraschten".
"Tatsächlich gibt es keine deutschen Truppenbewegungen — wie auch nach dem Krieg im Nürnberger Prozeß einwandfrei festgestellt wird. Was also hat die tschechische Regierung dazu bewogen, diese einwandfreie Kriegsprovokation zu starten?
Es gibt nur zwei Möglichkeiten, deren Richtigkeit jedoch bis heute nur vermutet werden kann. Entweder hat die tschechische Regierung einfach, ähnlich wie Schuschnigg mit seiner ‚Volksabstimmung', einen Sprung nach vorn gemacht, hat ganz bewußt einen Krieg provoziert. ... Die andere Möglichkeit besteht darin, daß deutschen Widerstandskreisen die Ausfertigung der zweiten Studie "Grün" bekannt wurde, nicht aber deren Inhalt. Möglicherweise wurde London von der Anfertigung dieser Studie informiert — antinazistische Kreise der höchsten deutschen Militärs informierten tatsächlich die britische Regierung über die geheimsten militärischen Dinge — und hat daraus den Schluß gezogen, die Studie sei ein kurzfristiger Angriffsplan.
Die britische und französische Presse ist voll von alarmierenden Meldungen. Der Krieg scheint unmittelbar bevorzustehen! Henderson, der britische Botschafter in Berlin, gibt seinen Beamten bereits den Rat, ihre Frauen und Kinder nach Hause zu schicken. Den gleichen Rat gibt er auch britischen Pressekorrespondenten.
Und immer weiter hagelt es Proteste — nicht gegen die tschechischen, sondern gegen die gar nicht stattfindenden deutschen Truppenbewegungen. Die Regierungen Frankreichs und der Sowjetunion drohen ganz offen mit einem militärischen Eingreifen." [51]
Mobilmachung bedeutet selbst heute nach dem Zweiten Weltkrieg noch faktisch Auslösung des Kriegszustandes! Benesch hielt die Mobilmachung aufrecht, nachdem die als Vorwand benutzten Gerüchte von ausländischen (neutralen) Journalisten und Militärattachés widerlegt worden waren; er hat die einberufenen Reservisten erst Mitte Juni 1938 entlassen. Großbritannien und Frankreich haben trotz Bitten Hitlers den Tschechen n i c h t geraten, ihre Mobilmachung aufzuheben!
Hitler erteilte am 1. Tag der tschechischen Mobilmachung, am 21. 5. 1938, die geheime Weisung, "daß es nicht seine Absicht sei, in nächster Zeit gegen die Tschechoslowakei vorzugehen".[52] Dies beweist, daß sich Hitler nicht provozieren lassen wollte und auch nicht krampfhaft einen für die Weltöffentlichkeit wirksamen Vorwand suchte, um die Tschecho-Slowakei zu zerschlagen. Er hätte sich — falls er auf Eroberung aus gewesen wäre — keine bessere Rechtfertigung für einen Angriff wünschen können als die vorangegangene Mobilmachung des Gegners und die Bestätigung der neutralen, auch britischen und französischen Militärattachés, daß die von Benesch vorgeschobene Motivierung erlogen war. (Ähnlich verhielt sich Hitler angesichts der erneuten tschechischen Mobilmachung am 23./24. 9. 1938). Die Beweiskette schließt sich weiter bis hin zur Fälschung des noch gesondert zu untersuchenden "Hoßbach-Protokolls" (5. 11. 1937) im Jahre 1945, in dem u. a. der Satz als authentisch ausgegeben wurde:

"Hitler entschlossen, die Lösung der deutschen Raumfrage in Angriff zu nehmen und bei sich bietender Gelegenheit mit Gewalt gegen die Tschecho-Slowakei und Österreich vorzugehen."
In Wirklichkeit hat er die sich bietende Gelegenheit nicht ergriffen. Folglich kann es keinen solchen Plan oder "Entschluß" gegeben haben.
Die Tschechen hingegen ließen es nicht mit der Mobilmachung bewenden. Sie verstärkten gleichzeitig die Kampfmaßnahmen gegen die Grenzlandbevölkerung und ihren feindseligen Pressefeldzug mit dem höhnischen Argument, Hitlers Zurückhaltung und Untätigkeit sei ein Schwäche-Beweis. Hitler sei bereits vor der kleinen Tschecho-Slowakei zurückgewichen, wie leicht sei es daher für die Großmächte, mit dem Reich fertig zu werden![53] Deutschland könne man also dies und noch mehr risikolos zumuten! Die Presse des Westens assistierte und
"erging sich in Lobberichten über den tschechischen militärischen Apparat, der tadellos und in unerwarteter Schnelligkeit gearbeitet habe. Dadurch steigerte sich unser Vertrauen, daß wir nicht alleine sind." [54]
Wie provokativ Eduard Benesch vorging, sollte sich auch in den Wochen vor der Münchener Konferenz darin erweisen, daß er sich selbst auf den Druck der Westmächte hin nicht bewegen ließ, den Sudetendeutschen einen Kompromiß vorzuschlagen.[53] Der Grund hierfür lag darin, daß er außer den Westmächten noch einen weiteren "Freund" ins Spiel bringen konnte: Stalin.
"Die sowjetische Regierung, die schon früher erklärt hatte, den sowjetisch-tschechoslowakischen Vertrag über gegenseitige Hilfe zu erfüllen, bestätigte Mitte Mai (1938) entschlossen ihre Bereitschaft, die Tschechoslowakei gegenüber einer Aggression zu verteidigen, sogar dann, wenn Frankreich seine Hilfe verweigert." [56]
"Die sowjetische Regierung wandte sich mehrmals an die Regierungen Englands und Frankreichs mit dem Vorschlag über ein gemeinsames Vorgehen zur Unterstützung der Tschecho-Slowakei ...
Die Sowjetunion war bereit, der Tschechoslowakei sogar dann Kriegs-hilfe zu leisten, wenn dies Frankreich nicht tun sollte, was eine Bedingung der sowjetischen Hilfe war, aber auch dann, wenn ... Polen oder... Rumänien sich weigern sollten, sowjetische Truppen durch ihr Land marschieren zu lassen. Die sowjetische Regierung teilte dem Präsidenten und der Regierung der Tschechoslowakei mit, daß die Sowjetunion der Tschechoslowakei unter einer Bedingung Hilfe erweisen kann: wenn sich die Tschecho-Slowakei selbst verteidigen wird und um sowjetische Hilfe bittet." [57]
Im übrigen war dieses sowjetische Hilfsversprechen vorbehaltlos, d. h. unabhängig von der Rechtslage und der "Frage des Aggressors". Nach sowjetischer Lehre ist ohnehin jeder ein Aggressor, den Kommunisten als solchen kennzeichnen, wobei Tatbestände belanglos sind. Selbst der us-amerikanische Botschafter in Paris, Bullitt, nahm den krisen- und kriegsfördernden Einfluß der Sowjetunion auf die tschechische Regierung mit Besorgnis zur Kenntnis. In einem Schreiben an Präsident Roosevelt vom 22. 5. 1938 teilte er mit, daß die von der tschechischen Regierung verkündete Mobilmachung
"als Anstiftung zum Krieg in Europa aufgefaßt werden müsse, welcher nur das eine mögliche Ergebnis haben könnte — die Errichtung des Bolschewismus auf dem ganzen Kontinent." [56]
Die Münchener Konferenz, die vier Monate nach diesen Ereignissen stattfand, hätte vermieden werden können, wenn Staatspräsident Benesch die den deutschen Minderheiten bereits im Jahre 1919 versprochenen Rechte gewährt hätte und wenn er sich nicht in Anlehnung an seine vielen und mächtigen und teils drängenden

"Freunde" zu fortlaufenden Provokationen hätte hinreißen lassen.
Es gab damals 500.000 dauerarbeitslose, von keiner Versicherung, keiner Gewerkschaft, keiner Krankenkasse unterstützte Sudetendeutsche (von 800.000 im gesamten tschechischen Staat), wobei noch die notleidenden Familienangehörigen hinzuzuzählen sind, — diese Zustände konnten nicht ungeändert überdauern. In der Tschecho-Slowakei war die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft gebunden und wurde auch in diesem Fall nur 6 Monate gezahlt. Die anschließende Wohlfahrtsunterstützung oder das Armengeld einer Gemeinde betrug wöchentlich (Armengeld monatlich!) für Ledige 10, für Verheiratete 20 Kronen (eine bis zwei Reichsmark).[58] Das Bild des Elends wurde noch gravierender angesichts der Folgen dieser Situation in Form von Unterernährung, Krankheit, Zunahme der Sterbefälle und starkem Rückgang der Eheschließungen und Geburten.
Die systematische Verdrängung der Sudetendeutschen aus Wirtschaft und Verwaltung selbst ihrer rein deutschen Heimatkreise blieb politisches Konzept und mußte die Lage fortlaufend verschärfen. Das 200 Paragraphen umfassende "Staatsverteidigungsgesetz" mit seinen Durchführungsverordnungen vom 23. 6. 1936 lieferte die "rechtliche Grundlage" für Ausschaltung und Ausmerzung des Sudetendeutschtums. Dies Staatsverteidigungsgesetz war das 1935 sofort in Angriff genommene und eines der nachhaltigsten Gesetzeswerke des am 18. 12. 1935 neu gewählten Staatspräsidenten und somit "Oberbefehlshabers der bewaffneten Streitkräfte" Eduard Benesch. Mit Hilfe der Kautschukbestimmung über die "staatliche Unzuverlässigkeit" konnte jeder Arbeitnehmer entlassen und jeder Unternehmer enteignet werden, der der Prager Zentrale nicht genehm war. Die hierdurch noch nicht erfaßten Lebensmöglichkeiten der Sudetendeutschen wurden durch die Bestimmungen über die "Grenzzone" ausgeschaltet. Die Verweigerung jeden politischen Einflusses auf dieses Gesamtgeschehen, die Flucht von über 214.000 Sudetendeutschen über die Grenze nach Deutschland, die Ermordung von 200 Sudetendeutschen und viele andere Drangsale mußten die Situation ohne Einwirken Hitlers ständig einem Höhepunkt zutreiben. Jeder ausländische Besucher, der diese Gebiete damals bereiste, kam zu dem übereinstimmenden Ergebnis, daß diese Zustände unhaltbar waren.[59] Lord Runciman, der als Sonderbotschafter der britischen Regierung vom 25. 7. bis Mitte September 1938 die Verhältnisse in der Tschecho-Slowakei an Ort und Stelle studierte, war nur einer unter vielen.
Die britische Führung war all die Jahre sehr gut über die Zustände in der Tschecho-Slowakei informiert, haben doch sudetendeutsche Abgeordnete seit 1919 den britischen Politikern ständig ihre Sorgen vorgetragen.
"Allerdings waren es vor der nationalsozialistischen Zeit die deutschen Agrarier, Demokraten und Sozialdemokraten der Tschechoslowakei gewesen, die in London um Hilfe bei der englischen Regierung gegen die tschechische Bedrückung nachgesucht hatten. Erst später kamen auch Henlein und seine Parteifreunde an die Themse, um hier im gleichen Sinne vorstellig zu werden. Bereits im Sommer 1937 hatte Henlein persönlich in London selbständige Verhandlungen über die Gewährung der Autonomie an die sudetendeutschen Gaue der Tschechoslowakei geführt, und schon damals hatte die englische Regierung — weil sie die Berechtigung der sudetendeutschen Forderungen anerkannte — Henlein Zusicherungen gegeben, daß sie seine Bestrebungen unterstützen würde." [60]
Die sudetendeutsche Forderung auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ist erst zu allerletzt erhoben worden,
a) nach Ablehnung der vielfachen, in jahrelanger Geduld und somit friedfertigem Wollen vorgebrachten sehr maßvollen Vorschläge,

b) nach Verkündung des Standrechtes im Sudetengebiet durch die tschechische Regierung am 13.9.1938 (Forderung Henleins am 15.9.1938),
c) nachdem die britische Publizistik und Lord Runciman, sogar Mr. Chamberlain als Premierminister und selbst Winston Churchill eine Abtretung an Deutschland empfohlen hatten. So schrieb z. B. bereits am 14. Mai 1938 ‚Augur', ein ehemaliger diplomatischer Korrespondent der Londoner "Times" in der "New York Times", daß
"Mr. Chamberlain heute ... zweifelsohne eine drastischere Maßnahme für gut hält - nämlich die Lostrennung der deutschen Gebiete von der tschechoslowakischen Republik und ihre Einverleibung in das Deutsche Reich." [61]
Winston Churchill gab am 7. September 1938 in einem Leitartikel an die "Times" *"eindeutig zu verstehen, daß der beste Ausweg aus der Lage die Übergabe des Sudetenlandes an Deutschland durch die Tschecho-Slowakei wäre."* [62]
(Nach der Münchener Konferenz freilich handelte es sich bei ihm um den "demokratischen Musterstaat Mitteleuropas").
Unzweideutig hatte Lord Runciman in seinem Bericht an die britische Regierung vom 21. September 1938 die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland gefordert, *"da die Gefahr eines Bürgerkrieges besteht und die tschechische Regierung in keinem irgendwie ausreichenden Maße entgegenzukommen bereit ist."* [65]
Trotz dieser und anderer Vermittlungsversuche und Ratschläge war die tschechische Regierung nicht gewillt einzulenken. Zu mächtig waren doch auch die Einflüsse von Moskau. Benesch hatte auf Anfrage bei Stalin erneut bestätigt bekommen, daß die Rote Armee im Fall eines deutsch-tschechischen Konfliktes marschieren werde, auch dann, wenn Frankreich nicht militärisch eingreife, und zwar unabhängig davon, aus welchem Grund der Konflikt ausbrechen würde.[64] Die Voraussetzung für diesen Einsatz war lediglich - wie bereits zitiert -, daß die tschechische Armee kämpfe und die Hilfe der Roten Armee erbitte.
"Die sowjetische Regierung ihrerseits schlug (Anfang September 1938) der französischen Regierung vor, unverzüglich eine Konferenz der Vertreter des sowjetischen, französischen und tschechischen Generalstabes zur Ausarbeitung der notwendigen Maßnahmen einzuberufen. Litwinow nahm an, daß Rumänien den sowjetischen Truppen und Luftstreitkräften erlauben würde, durch ihr Land hindurchzustoßen (propustit), doch hielt er es für angebracht, daß es hinsichtlich einer Einwirkung auf Rumänien in diesem Sinne sehr wünschenswert wäre, möglichst bald im Völkerbund die Frage einer eventuellen Hilfe gegenüber der Tschechoslowakei aufzuwerfen. Sollte man sich, und sei es auch nur mit Mehrheit, im Völkerbundsrat für eine solche Hilfe aussprechen (streng genommen wird laut Satzung Einstimmigkeit gefordert), so würde sich Rumänien zweifellos diesem anschließen und keine Einwände gegen den Durchmarsch der sowjetischen Truppen durch sein Land erheben." [65]
Die Zielsetzung der Sowjetunion mußte jedem Politiker der westlichen Mächte offensichtlich sein, lehrte doch Lenin bereits im Jahre 1917, daß die proletarische Revolution die Gegensätze der kapitalistischen Staaten bis hin zu Kriegen, zur Selbstzerfleischung des Kapitalismus steigern und anschließend das entscheidende Gewicht der Sowjetmacht zur Durchsetzung des Weltbolschewismus in die Waagschale werfen müsse.
Stalin bekräftigte seinen Einsatzwillen und somit seine Ermunterung für die provokatorische Politik Benesch's mit entsprechenden Maßnahmen:
"In diesen Tagen bestätigte die Regierung der Sowjetunion aufs neue ihre

Bereitschaft, unverzüglich den Völkern der Tschechoslowakei Hilfe zu leisten und billigte entsprechende praktische Maßnahmen. 30 Schützen- und einige Kavallerie-Divisionen der sowjetischen Armee wurden an der westlichen Grenze der UdSSR zusammengezogen. Die Luftwaffe und Panzereinheiten wurden in Kriegsbereitschaft versetzt. ‚Die sowjetischen bewaffneten Kräfte' — so erinnerte N. S. Chruschtschew im Jahre 1955 —, waren damals in Gefechtsbereitschaft versetzt, um der Hitlerschen Aggression, die gegen die Tschechoslowakei gerichtet war, eine Abfuhr zu erteilen." [64]
Am 12. September 1938 hat Hitler auf der Schlußkundgebung des Parteitages der NSDAP in Nürnberg seine Haltung gegenüber der tschechischen Politik präzisiert und erklärt, daß der Reichsregierung die Rechtlosmachung der Sudetendeutschen nicht gleichgültig sei und daß kein europäischer Staat dem Frieden größere Opfer gebracht habe als Deutschland, diese Opfer jedoch ihre Grenzen haben.
Folge: 12. September:
"Verhängung des Standrechts über fast alle Gebiete der CSR. Zunehmende Radikalisierung der Tschechen, Verschärfung der Pressezensur, Versammlungsverbote, militärische Einzelaktionen und lokal-polizeiliche Maßnahmen.
Konrad Henlein stellt ein auf sechs Stunden befristetes Ultimatum an die Regierung, in dem die Aufhebung des Standrechts, die Zurückziehung der tschechischen Polizei aus dem sudetendeutschen Gebiet und die Kasernierung des Militärs in rein militärische Unterkünfte gefordert wird.
Nach Ablauf der Frist bricht die sudetendeutsche Delegation die Verhandlungen mit der Regierung ab und verläßt Prag."
13. September:
"Die Tschechen ergreifen scharfe polizeiliche und militärische Maßnahmen und führen Massenverhaftungen durch. Ein Teil der führenden Amtswalter der Sudetendeutschen Partei verläßt die TschechoSlowakei.
Die Vertreter Runcimans. .. geben... zu, daß bei der gegenwärtigen Situation die Forderungen der SdP verständlich und vertretbar wären."
15. September:
"Konrad Henlein erläßt die Proklamation an die Sudetendeutschen und an die Welt, in der er den Anschluß der sudetendeutschen Gebiete an das Reich fordert. Bildung eines sudetendeutschen Freikorps in Deutschland." [66]
Prag antwortete am 16. 9. mit Auflösung der sudetendeutschen Partei, womit 3,5 Millionen Sudetendeutsche jeglicher demokratischer und organisatorischer Vertretung beraubt wurden, einem Steckbrief gegen Konrad Henlein, und der Zerschneidung der Telephonverbindungen mit dem Deutschen Reich.[67] Am 17. 9. schlossen sich eine Reihe weiterer außerordentlicher Maßnahmen an, die eine Fülle von Verfassungsartikeln außer Kraft setzten. Am 19. 9. forderten London und Paris in dem sogenannten "anglo-französischen Plan" von Benesch die Herausgabe des Sudetenlandes (des Gebietes mit mehr als 50 % deutscher Bevölkerung) und annullierten für den Konfliktfall das militärische Hilfsversprechen. Die beiden Westmächte verstärkten am 21. 9. auf Grund des Abschlußberichts von Lord Runciman den Druck auf Benesch, indem sie ihm mitteilten, "daß er nicht mehr mit militärischer Hilfe rechnen könne, falls Deutschland jetzt in das Gebiet der Tschecho-Slowakei einfallen sollte." [68]
Daraufhin nahm Benesch die britisch-französischen Forderungen an. Am gleichen 21. 9. forderten Ungarn und Polen von der tschechischen Regierung die Abtretung der ungarisch bzw. polnisch besiedelten Gebiete.
22. September:

"Die Regierung Milan Hodza tritt zurück. Tschechische Riesendemonstrationen fordern schärfste Maßnahmen gegen die Sudetendeutschen. Massenverhaftungen, die eine Fluchtwelle aus dem deutschen Grenzgebiet in das Reich zur Folge haben, setzen ein. Der tschechische Armeegeneral Sirovy wird von Benesch mit der Regierungsbildung betraut." [69]
Am gleichen 22. 9. trifft Mr. Chamberlain in Bad Godesberg mit Hitler zusammen, nachdem er sich vom britischen Parlament die Zustimmung zur Übergabe des Sudetenlandes an Deutschland hatte geben lassen, die bei seinem Besuch in Berchtesgaden am 15. 9. zur Debatte gestanden hatte. Die innerhalb dieser wenigen Tage veränderten Verhältnisse zwangen Hitler, auf einer kurzfristigen Lösung zu bestehen, was von den "Managern der veröffentlichten Meinung" im Ausland unsachlicherweise als "neue Forderung Hitlers zur provokatorischen Lageverschärfung" interpretiert wurde.
Zur Zeit dieser Godesberger Konferenz verschärften aber auch noch andere Kräfte die Lage in Europa weiter. Es war vornehmlich Lord Halifax in London, der für neuen Zündstoff sorgte: Bereits am 22. September drängte er telegrafisch die britische Delegation, sie möge zustimmen, der tschechischen Regierung die Mobilmachung anzuraten. Henderson setzte einen Aufschub dieses Rates durch. Doch ungeachtet dessen und ungeachtet der Tatsache, daß Halifax fernab vom Ort des Geschehens war, drängte der britische Außenminister am 23. 9. erneut:
"Wir schlagen vor, den Tschechen um 15 Uhr die Mobilmachung zu gestatten". — "Warten Sie noch" — antwortete Henderson. Der französische Ministerpräsident Daladier bekundete zwischenzeitlich ebenfalls seine Meinung, "daß die tschechische Mobilmachung nicht mehr länger hinausgeschoben werden durfte". Um 16 Uhr gab die britische Delegation in Bad Godesberg diesem Drängen nach,[70] obgleich Hitler Herrn Chamberlain soeben mitgeteilt, daß die Tschechen gerade 12 deutsche Geiseln erschossen hatten, und versprochen hatte, der Wehrmacht zur Zeit der Verhandlung keinen Marschbefehl gegen die Tschecho-Slowakei zu erteilen.[71] Unmittelbar auf den Startschuß vom Foreign Office in London verkündete die tschechische Regierung die Generalmobilmachung, die 1,5 Millionen Soldaten zu den Waffen rief, und unterbrach den Eisenbahnverkehr mit dem Deutschen Reich auf allen Linien. — Erneut war die Lage verändert, d. h. verschärft worden — nicht durch Hitler. Die tschechische Mobilmachung hat die Godesberger Konferenz gesprengt. Wiederum machte die Weltpresse Hitler für das "Scheitern einer friedlichen Lösung" verantwortlich. — Von Halifax und seinem Wirken im Hintergrund sprach niemand.
Auch noch andere Akteure sind zu nennen, die Sowjets:
"Die tschechoslowakische Regierung lehnte das "Godesberger Programm" Hitlers ab (22. / 23. 9. 1938). Bei dieser Entscheidung der Tschechoslowaken spielte die wenige Tage vorher von sowjetischer Seite erhaltene Zusicherung eine Rolle, der Tschechoslowakei in jedem Fall Hilfe zu leisten, auch im Fall eines Verrates von seiten Frankreichs." [72]
Beunruhigt über die nun eingetretene Entwicklung, sendet die britische Delegation in Bad Godesberg, also Chamberlain ohne seinen Außenminister Halifax, am 24. 9. dem britischen Gesandten in Prag, Newton, ein Memorandum:
"Die Berichte über Zwischenfälle im Sudetenland, die von Stunde zu Stunde zahlenmäßig anwachsen, zeigen, daß die Situation für die sudetendeutsche Bevölkerung völlig untragbar und infolgedessen eine Gefahr für den Frieden in Europa geworden ist. Es ist daher wesentlich, daß die Abtrennung des Sudetenlandes, der die Tschechoslowakei zugestimmt hat, ohne weitere Verzögerung vollzogen wird." [73]
Am 26. 9. hielt Hitler im Sportpalast eine Rede, in der er u. a. sagte:
"Angesichts der Erklärung Englands und Frankreichs, sich nicht mehr für die

Tschecho-Slowakei einzusetzen, wenn nicht endlich das Schicksal dieser Völker anders gestaltet würde und die Gebiete freigegeben würden, fand Herr Benesch einen Ausweg. Er gab zu, daß diese Gebiete abgetreten werden müssen. Das war seine Erklärung! Aber was tut er? Nicht das Gebiet trat er ab, sondern die Deutschen treibt er jetzt aus!
Und das ist jetzt der Punkt, an dem das Spiel aufhört!
Herr Benesch hatte kaum ausgesprochen, da begann seine militärische Unterjochung — nur noch verschärft — aufs neue. Wir sehen die grauenhaften Ziffern: an einem Tag 10.000 Flüchtlinge, am nächsten 20.000, einen Tag später schon 37.000, wieder zwei Tage später 41.000, dann 62.000, dann 78.000, jetzt sind es 90.000, 107.000, 137.000 und heute 214.000." [74]
Am 27. 9. ließ Präsident Benesch sämtliche Rundfunkapparate im Sudetengebiet konfiszieren und willkürlich 20.000 Sudetendeutsche als Geiseln verhaften, deren Erschießung er für den Konfliktfall vorsah.[75]
Schließlich zerstörten die Tschechen 247 Brücken im Sudetengebiet.[78] Benesch war weiterhin gewillt, mit Hilfe der sich durch seine Politik verschärfenden Krise verpflichtende Zusagen von England und Frankreich zu erhalten und die innenpolitische Frage der Tschecho-Slowakei zu einer europäischen Krise auszuweiten.[77] Er war sogar bereit, um dieses Zieles willen einen Krieg zu entfesseln. Seinen Erinnerungen — "offenbar ein Teil der als verloren angesehenen Erinnerungen"[78] — entnehmen wir folgende Auf rufe bzw. Aussagen:
Eduard Benesch in einer Rundfunkrede des 22. 9. 1938:
"Einem Krieg mit Hitlers Deutschland ist unmöglich zu entrinnen. Es kommt entweder jetzt oder später dazu. Ich wünschte ihn mir sofort. Die Pflicht unserer Regierung ist es, den Staat zu erhalten bis zu dem Augenblick, da es zu einer weiteren Krise mit Deutschland kommt. Diese Krise ist unvermeidlich, und in ihr wird es zu einem allgemeinen Krieg kommen, der uns alles wieder zurückbringen wird, was wir jetzt verlieren würden."
Am 23. 9. 1938:
"Ich berief die Regierung mit Vertretern der politischen Parteien und der Armee auf den Hradschin und forderte die Zustimmung zur Mobilmachung, indem ich ihnen nicht verheimlichte, daß ... ein allgemeiner europäischer Krieg, in welchem Frankreich, die Sowjetunion und auch Großbritannien an unserer Seite stehen würden, in wenigen Tagen ausbrechen werde. ...
"Ich war überzeugt, daß es zu einem allgemeinen Krieg mit Deutschland kommen müsse."
An seine Generale:
"Bereiten Sie sich für den nahen Krieg vor, wir werden darin noch eine Rolle spielen." [78]
Am 2. 10. 1938 gestand Benesch einem seiner Generalstabsoffiziere, daß er den Verrat und die Schwäche des Westens nicht erwartet hatte.[79]
"Trotz der Mobilmachung der gesamten Armee wurde uns die Münchener Übereinkunft auferlegt." [80]
Wer — wie Eduard Benesch selbst eingestanden hatte! — langfristig die angebliche Unvermeidbarkeit eines großen "allgemeinen" Krieges proklamiert und als maßgebender Politiker alles tut, um eine solche Entwicklung einzuleiten und zu verschärfen, spricht eine unüberhörbare Sprache, zumal die auf Weltrevolution ausgehende Sowjetunion zu allem Unglück auch noch mit von der Partie sein sollte. Auch in England und Frankreich ist schon Monate v o r "München" diese Sprache gehört und verstanden worden. Auch dort wußte man, daß Deutschland bis zum letzten Augenblick keinen unmittelbaren Druck auf die tschechische Regierung

ausgeübt hatte — trotz des provokativen Vorgehens der tschechischen Politiker.[81] Auch dort wußte man, daß E. Benesch seine Armee als die beste Armee Europas, seinen Befestigungsgürtel als der Maginot-Linie ebenbürtig, teils sogar überlegen ansah, und daß er seit seiner Wahl am 18. 12. 1935 zum Staatspräsidenten seine Politik auf das "Empfinden" abstellte, "daß Europa einem großen Konflikt entgegenstürzt". Benesch selbst gestand ein:
"Daher beschloß ich in erster Linie die Anstrengungen zu verdoppeln, um unsere Armee zu einer hohen Vollkommenheit zu führen. Dieser Aufgabe widmete ich mich mit größerer Energie und Hingabe als irgendeiner anderen Aufgabe vorher. ...
Ich war immer stolz darauf, daß in diesen drei Jahren (1936, 1937, 1938) die tschechische Republik mehr in dieser Beziehung tat als irgendein anderer demokratischer Staat in Europa und daß, als wir im September 1938 mobilisierten, die Republik genügend für den Krieg vorbereitet war mit zwei Ausnahmen (zivile Luftverteidigung, unfertiger Zustand der Befestigungen an der österreichischen Grenze . ...
Soweit es die Armee betrifft, war Frankreich besser ausgerüstet als Großbritannien, 1938 jedoch war es gänzlich unvorbereitet für einen plötzlichen Krieg, besonders einen modernen. Seine Vorbereitungen konnten nicht mit denen der Tschechoslowakei verglichen werden. Dies ist sicherlich seltsam angesichts dessen, daß Frankreich über unsere Tätigkeiten (arrangements) bis hinunter zum kleinsten Detail durch General Faucher informiert war, dem Chef der französischen Militärmission in Prag, der jede Woche bei den Militärkonferenzen mit dem Präsidenten der Republik anwesend war, und nicht nur genau wußte, was wir taten, sondern auch warum wir es taten (Kursiv v. Benesch)." [82]
In den westlichen Hauptstädten wußte man also sehr genau, daß die Prager Regierung vor der Münchener Konferenz gewillt war, gemeinsam mit der Sowjetunion und den Westmächten Generalstabsbesprechungen für einen "allgemeinen" Krieg gegen Deutschland zu organisieren[82] und diesen Krieg mit der Austreibung bzw. Ausmerzung der Sudetendeutschen einzuleiten. Auch dort machte man sich Gedanken darüber, warum die tschechische Regierung nach 20 Jahren "friedliebender" und "demokratischer" Politik Vorschläge auf Gewährung einer Volksabstimmung im Sudetenland mit der Begründung ablehnte:
"Eine Volksabstimmung würde den Zerfall des Staates und Bürgerkrieg bedeuten" ("wie er mehr als einmal sagte").[83]
Man kann keine Friedenspolitik auf die Unterdrückung gewaltsam annektierter Minderheiten gründen und sagen, daß bei Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für diese Minderheiten oder überhaupt bei Gewährung gleichberechtigter Grundlagen der gesamte Staat zersprengt werden würde. Es ist für die "provokatorische Haltung der Reichsregierung" bezeichnend, daß zuerst die britische Presse und anschließend erst zu sehr später Stunde der Führer der sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, eine Volksabstimmung im Sudetenland forderten.[84] England, ebenso wie Frankreich, aber auch Herr Benesch waren sich über den Ausgang einer solchen Volksabstimmung im klaren.[85] Deshalb verhinderten sie diese mit der Begründung, *"Hitler keine Waffe zur Zerstörung der mittel-osteuropäischen Staaten-ordnung in die Hand zu geben."* [86]
Hitler hatte die Münchener Konferenz nicht ultimativ gefordert. Sie ist gleichermaßen von anderen Kräften angeregt und mit dem gemeinsamen europäischen Interesse begründet worden. So wird die Rolle des US-Präsidenten F. D. Roosevelt in diesem Zusammenhang meist verkannt. Und doch war er es, der am 26. 9. 1938 Chamberlain, Daladier, Hitler und Benesch in entsprechenden Botschaften auf eine internationale Konferenz zur Sudetenfrage gedrängt hat. Da Roosevelt viele seiner Entscheidungen

geheim und ohne Beratung mit den zuständigen Männern seines Kabinetts fällte,[87] und da die Akten des State-Department zur Münchener Konferenz noch weitgehend unter Verschluß sind,[88] können die Beweggründe Roosevelts nur vermutet werden.
"Wir haben mittlerweile einige Hinweise, die alle in die gleiche Richtung zielen, nämlich, daß Roosevelt das Münchener Übereinkommen nicht als eine endgültige Regelung mit Hitler ansah, sondern glaubte, daß es in nicht allzu ferner Zeit zum Kriege führen könnte. Deshalb setzte er seine Pläne für ein groß angelegtes Bewaffnungsprogramm fort mit besonderem Nachdruck auf Flugzeuge, die helfen würden, England und Frankreich kriegsstark zu machen und die Vereinigten Staaten für eine etwaige Einbeziehung in den bevorstehenden Krieg vorzubereiten." [88]
Roosevelt wußte oder hätte wissen müssen, was auf der Münchener Konferenz verhandelt werden sollte. Er hatte trotz dieser Kenntnis England und Frankreich nicht angehalten, für den Status quo in der Tschecho-Slowakei einzustehen. Er begünstigte den Entschluß Großbritanniens und Frankreichs zur Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich (Botschaften Roosevelts 26. 9.), — um kurz nach Ratifizierung dieser Entscheidung (29. 9) sich in einer Weise zu verhalten, daß "Chamberlain allgemein der ganze Schimpf zuerkannt wurde".[88] Gleichzeitig ermutigte er London, Paris, aber auch Warschau,
"Deutschland gegenüber eine Stellung einzunehmen, die möglicherweise oder sogar sicherlich zum Kriege führen mußte." [89]
Die Hintergründe für diese Haltung hat der polnische Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, weitgehend richtig erkannt, wenn ihm auch die Fäden, die Roosevelt persönlich zur Münchener Konferenz gewoben hatte, verborgen geblieben waren. Potocki schrieb am 12. 1. 1939 an den polnischen Außenminister:
"... kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innenpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach. Man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen (totalitären) Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also gar keine Wahl und mußten einen schändlichen Frieden schließen." [90]
Roosevelt mischte sich in diese europäischen Verhältnisse ein, nicht weil er ein besonderer Sachkenner dieser Problematik war oder weil er wußte, wie man diese Krisenlage am besten beseitigt, oder weil er Entspannung in Europa wollte. Er mischte sich vielmehr ein, weil er hier - fernab vom Weißen Haus - die Möglichkeiten und die Leute zu finden hoffte und fand, die ihm dazu verhelfen konnten, in der Weltpolitik "eine Rolle zu spielen". Eduard Benesch, der tschechische Staatspräsident, traf sich als eifriger Gesinnungsfreund mit Roosevelt auf dieser Basis. Doch Frankreich und England lehnten es ab, sich durch Benesch oder Roosevelt in einen Krieg ziehen zu lassen. Chamberlain, der die Tschecho-Slowakei als "a far away country" - ein weit entferntes Land -, die Tschechen als "Leute, von denen wir nichts wissen", zu bezeichnen pflegte,
"glaubte, daß dieses Land uns auch nicht gefolgt wäre, wenn wir versucht hätten, es in einen Krieg zu führen, um eine Minderheit daran zu hindern, ihre Autonomie zu erlangen oder sich für eine andere Regierung zu entscheiden." [91]
Die britische Regierung handelte vor der Münchener Konferenz nicht aus Furcht vor

einem Kriege, sondern in dem "Glauben, daß Deutschland ein moralisches Recht auf das sudetendeutsche Territorium hatte".[92] Chamberlain erklärte selbst, und zwar bereits im Mai 1938,

"daß noch nicht einmal ein siegreicher Friede ihre (tschechischen) gegenwärtigen Grenzen wiederherstellen würde." [91]

Die Westmächte bewogen die Tschechen am 19. 9. 1938, die sudeten-deutschen Gebiete an Deutschland abzutreten. Hitler ist weder zu diesem Plan noch zur Unterredung mit der Prager Regierung hinzugezogen worden. Die Tschecho-Slowakei hatte bereits auf englisch-französische Intervention hin 8 Tage vor dem Münchener Abkommen kapituliert und ist nicht, wie man es gegenwärtig darzustellen beliebt, durch "München" zerstört worden.[92]

"Im geschichtlichen Zusammenhang gesehen ist ohne weiteres verständlich, daß Benesch und Hodscha für die Erhaltung der Tschecho-Slowakei nicht kämpfen wollten. Hodscha, der seinerzeitige großösterreichische Föderalist und Mitarbeiter Franz Ferdinands, war wohl von der Lebensfähigkeit der Tschecho-Slowakei nie recht überzeugt. Benesch wurde ein Opfer seines schlechten Gewissens. Er wußte, daß die Gebiete, die auf dem Spiele standen, nicht rechtmäßig erworben waren. Ein Staatsmann, der einen einwandfreien Rechtsstandpunkt zu vertreten hatte, hätte auch dem englisch-französischen Drängen zur Nachgiebigkeit - mehr war es nicht - trotzig die Stirn bieten können." [91]

Chamberlain und Daladier flogen also nach München mit einem konkreten Auftrag ihrer Kabinette, sogar mit einem von den Tschechen bereits gebilligten Abkommen. In München sind lediglich die Modalitäten dieses Abkommens geregelt worden. So hieß es im Münchener Vertrag wörtlich:

"Deutschland, das Vereinigte Königreich von Großbritannien, Frankreich und Italien sind unter Berücksichtigung des Abkommens, das hinsichtlich der Abtretung des Sudetenlandes bereits grundsätzlich erzielt wurde, übereingekommen...." [92]

Neville Chamberlain erklärte in den anschließenden, sehr ausgedehnten Unterhaus-Debatten Anfang Oktober 1938:

"Wir sind nicht nach München gegangen, um zu entscheiden, ob die vorwiegend deutschen Gebiete des Sudetenlandes nach Deutschland überführt werden sollen. Das war bereits entschieden." [93]

Der konservative Abgeordnete Raikes ebendort:

"Wir sollten nicht vergessen, daß die Tschechen die deutschen Gebiete noch vor dem Vertrag von Versailles annektiert haben. Einige ehrenwerte Mitglieder dieses Hauses beklagen die kurze Frist der Übergabe. Ich möchte sie daran erinnern, daß sich die Tschechen zwanzig Jahre Zeit gelassen haben, ehe sie den Sudetendeutschen Rechte zugestanden." [93]

Sir H. Croft ebendort:

"Die Labourparty und die liberale Partei waren zur Zeit der Friedens-beratungen leidenschaftlich gegen das ganze Flickwerk der TschechoSlowakei." [93]

Daß Chamberlain nach München und nicht Hitler nach London geflogen ist, kann nicht als "Diktat" Hitlers gewertet werden. Hatte Hitler berechtigte Sorge vor feindlichen Demonstrationen, die einen Konferenzerfolg hätten zunichte machen können, so entsprach es der Politik Chamberlains, nach Deutschland zu kommen, wie er es in einem Privatbrief vom 13. 9. 1938 schrieb:

"Es würde mir auch nicht ganz gepaßt haben (wenn Hitler nach London gekommen wäre), denn es würde meinem Coup viel von seiner dramatischen Wirkung genommen haben." [94]

Chamberlain in seiner bedeutsamen Rede in Birmingham am 17. 3. 1939:

"Nicht eine Stimme der Kritik erhob sich, als ich zuerst bekanntgab, daß ich nach

München gehen würde. Jedermann zollte diesem Versuch Beifall." [95]
Er fügte in der gleichen Rede hinzu:
"Es (die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland) war etwas, was seit dem Versailler Vertrag immer existiert hatte, ein Problem, das schon längst hätte gelöst werden sollen, wenn bloß die Staatsmänner der letzten 20 Jahre eine großzügigere, umfassendere und aufgeklärtere Auffassung von ihrer Pflicht gehabt hätten. Es war wie ein lang vernachlässigtes Übel geworden, und ein chirurgischer Eingriff wurde notwendig, um das Leben des Patienten zu retten." [95]
Wie urteilt ein deutscher Historiker in ruhiger Stunde nach dem Zweiten Weltkrieg?
"Wie beim voraufgegangenen Anschluß Österreichs an das Reich spielt hier die niemals auf vernunftgemäße Weise gelöste Frage des deutschen Volkstums in Ostund Südostmitteleuropa hinein. Sie leiht den Geschehnissen von München eine eigentümliche Doppelwertigkeit. Sie verschafft Hitler die moralisch einwandfreie Ausgangsposition. Die Sünden und Versäumnisse der Zwangsverträge von Versailles, Samt Germain und Trianon, die nach dem ersten Weltkrieg wohl das Ende der Kampfhandlungen besiegelten, aber keinen echten Frieden brachten, rächen sich Anno 1938.
Als die habsburgische Monarchie 1918 zerfiel, da wollten die deutschen "Landesregierungen" Nordböhmens und Mähren-Schlesiens sich mit der neuen österreichischen Republik vereinen. Und diese wiederum wünschte den Zusammenschluß zwischen dem Deutschen Reich und dem deutschen Österreich. Nichts davon geschah. Es entstand nur ein wirtschaftlich lebensunfähiges deutsches Rumpfösterreich, und, auf dem vielschichtigen Völkerboden Böhmens und Mährens, ein anspruchsvoller tschechischer Pseudonationalstaat. Im März 1938 rächte sich das alles an Österreich, im September 1938 ereilte die Sühne für alte Sünden die Tschechoslowakei." [96]
Es ist unglaublich, wie man seit Oktober 1938 beharrlich die Münchener Konferenz als ein Musterbeispiel "zynischer Gewaltpolitik der Diktatoren gegenüber den friedliebenden und gerechthandelnden Demokratien" hinzustellen pflegt. Den Tatbeständen zufolge ist es absurd zu behaupten, Hitler habe seine Gesprächspartner "überrumpelt", "gedemütigt" oder sonst etwas, was die beiden westlichen Regierungschefs selbst nie behauptet haben. Nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens sind die beiden westlichen Staatsmänner in Paris und London nicht nur von der Bevölkerung umjubelt worden (wie übrigens auch in München), sondern die Parlamente dieser Länder haben mit überwältigender Mehrheit diesen Vertrag gebilligt.
Man kann anschließend nicht geltend machen, wie N. Chamberlain am 17. 3. 1939 in Birmingham, daß Hitler der Welt mit der Sudetenfrage "eine unangenehme Überraschung" bereitet habe, die die öffentliche Meinung der ganzen Welt vor den Kopf gestoßen und beleidigt habe.[97] Die "beleidigende Überraschung" geht ausschließlich zu Lasten der Versailler "Friedenspolitiker", was Chamberlain und Daladier mit ihren Unterschriften in München bestätigt haben. Schließlich war das, was mit dem Namen "Versailles" nach dem Ersten Weltkrieg verknüpft ist, weit mehr als eine "beleidigende Überraschung"! Denn ohne die zwanzigjährige Siegerpraxis wider Recht und Gleichberechtigung hätte es keine Münchener Konferenz gegeben. Zwanzig Jahre lang sind die "friedlichen Methoden" der Diplomatie zur Regelung der haarsträubenden Zustände in Osteuropa von den verschiedensten deutschen Politikern versucht und erprobt worden, - alle ohne Erfolg. Wenn nach zwanzig Jahren Geduld die Methoden des friedlichen Bittens und Beschwerens allmählich ausgewechselt werden, um diese dringlichen Anliegen zu bewältigen, dann braucht sich darüber niemand zu wundern.

Zweifellos war dieses späte Nachgeben nur unter dem Eindruck der Kriegsgefahr zu erlangen, die allerdings nicht nur auf die Schultern Hitlers zu verlagern ist, denn wer zum Kriege rief und wer diese Spannungen bis zur Kriegsgefahr erhöht hat, war Eduard Benesch! Aber auch Kreise in den "westlichen Demokratien" sowie die sowjetische Führung!
"Dennoch verkünden England und Frankreich am nächsten Tag (28. 9. 1938) die Mobilmachung. Der Krieg steht unmittelbar bevor. In London werden Luftschutzmaßnahmen ergriffen, überall fahren Flakbatterien auf. Zehntausende von Kindern werden sofort aus London evakuiert. Krankenhäuser werden in aller Hast geräumt.In Paris werden Luftschutzgräben ausgehoben, Sandsäcke erscheinen vor den Schaufenstern der Geschäfte. Die aus der Stadt hinausfahrenden Eisenbahnzüge werden gestürmt und sind bald vollkommen überfüllt. Das Gedränge von flüchtenden Kraftwagen verstopft die Ausfallstraßen. Die Menschen rechnen mit deutschen Bombenangriffen, die ihnen ihre Zeitungen schon jahrelang in den schlimmsten Farben ausgemalt haben, schon zu einer Zeit, als es überhaupt noch kein Bombenflugzeug in Deutschland gab. Panik ergreift die Menschen." [98]
Im übrigen ist es müßig, in diesem Fall über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Mittel und Methoden zu streiten, wenn sich langjährige Geduld, Nachgeben und Bitten unwirksam erwiesen haben, um Lebensrechte von Millionen Menschen zu sichern.
"Hört ein gerechter Anspruch auf, gerecht zu sein, nur weil ein Mann sich mit seiner Entschlossenheit dahinterstellt, und wenn nötig mit seinem Schwert? Winston Churchill ist niemals Pazifist gewesen, immer hat er das Schwert verehrt. Welche Philosophie hat ihn dann aber zu behaupten veranlaßt, Gerechtigkeit sei keine Gerechtigkeit mehr, sobald sie mit Waffen geschützt werde? Und wie war es mit England und dem Burenkrieg, an dem Churchill teilgenommen und den er so oft gepriesen hat? Viele würden eher so argumentieren, daß ein gerechter Anspruch, den der Fordernde nicht mit aller Kraft zu vertreten bereit sei, nicht so gerecht sein könne — oder aber, daß der Fordernde vielleicht geradezu feige sei.
Wenn er bereit war, Gerechtigkeit durch Gewalt zu schaffen, so war das eine Methode, die von der überwältigenden Mehrheit der Menschen aller Zeitalter nicht nur akzeptiert, sondern auch laut gepriesen worden ist, und von niemandem lauter als von uns Engländern.
Doch ist in München der Frieden wirklich gefördert worden, da man Hitler das zugestand, was Gerechtigkeit und vor allem demokratische Gerechtigkeit mit vollem Recht forderte. Es war ein besonders wertvoller Frieden, ein Frieden, der, wenn er häufiger auf solchen Konferenzen geschlossen würde, der Menschheit unendlichen Schmerz und Kummer ersparen könnte.
Es ist in der Tat höchste Zeit, wenn nicht schon zu spät, daß Amerika damit aufhört, den Münchener Pakt zu verleumden, und beginnt, die Pakte von Jalta und Potsdam zu rügen, durch die nicht nur ganze Völkerstämme, sondern mindestens sieben ganze Staaten verkauft und die Hälften zweier Kontinente zynisch verraten worden sind." [99]
Das Münchener Abkommen war unter allen Regeln internationaler Gebräuche und Gepflogenheiten zustande gekommen. Das von F. D. Roosevelt und seinen bekannten Gruppen in England und Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika sogleich in Szene gesetzte Schlagwort von der "Überrumpelung der friedlichen Demokratien" sowie das bereits am 3. Oktober 1938 von Chamberlain geforderte britische Aufrüstungsprogramm in Verein mit einem Kurswechsel gegen Deutschland - dies waren die eigentlichen "beleidigenden Überraschungen" mit jenen schwerwiegenden Folgen. Hatte nicht Chamberlain soeben noch Hitler schriftlich zugesichert, einander in allen wichtigen politischen Fragen gegenseitig zu

konsultieren?
Das Münchener Abkommen sowie die Friedens- und Freundschaftserklärungen, "niemals wieder gegeneinander Krieg zu führen", sind nach dem dritten Besuch N. Chamberlains in Deutschland unterzeichnet worden. Stellt man diesem Abkommen sowie den drei Verhandlungsprotokollen die Äußerung Chamberlains nach dem (ersten) Besuch auf dem Obersalzberg gegenüber, so fällt es schwer, an die Offenheit und den Befriedungswillen des britischen Premiers zu glauben. Chamberlain erklärte nach seiner Ankunft in London am 17. 9. 1938:
"Hitler wäre anomal, unberechenbar und von bösen Ratgebern umgeben. Es sei undenkbar, daß ein Mann lange in diesem Zustande der Hysterie verbleiben könne. Als er nach Godesberg zurückfuhr, sagte der britische Premier, er mache sich nun auf, um mit einem bösen Tier zu kämpfen." [100]
N. Chamberlain hat seinem Biographen Keith Feiling zufolge schon zum Zeitpunkt des Münchener Abkommens den Krieg mit Deutschland als "unvermeidlich" angesehen und seine Politik auf diese Auseinandersetzung ausgerichtet.[101] - Eine unkorrekte und den Krieg fördernde Haltung! Keith Feiling belegt und eine Reihe anderer historischer Zeugnisse belegen gleichermaßen, daß N. Chamberlain den Vertrag von München sowie die Friedens- und Freundschaftserklärungen deshalb unterzeichnet hat, um Zeit für die eigene Rüstung zu gewinnen. Das Forschungsamt Görings konnte ein Ferngespräch zwischen Chamberlain und Daladier abhören und aufnehmen, aus dem diese gleiche Haltung hervorging. Demnach war Hitler hierüber zeitig informiert. Nicht bekannt war ihm freilich, welche Kreise diese Einstellung schon zu dieser Zeit gezogen hatte.
Georges Bonnet, der ehemalige französische Außenminister, bestätigte im Jahre 1961 in einem Leserbrief an die "New York Times", daß England und Frankreich 1938 das Münchener Abkommen mit der deutschen Regierung nur abgeschlossen hätten, um für die Aufrüstung gegen das Reich und den Abschluß antideutscher internationaler Verträge Zeit zu gewinnen.[102] Zweifellos — um Chamberlains Worte zu wiederholen — "eine beleidigende Überraschung" für den Vertragspartner!
Der langjährige französische Botschafter in Berlin, François-Poncet, erklärte dem tschechischen Gesandten in Berlin, A. Mastny, unmittelbar nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens:
"Glauben Sie mir, alles das ist nicht endgültig. Es ist nur ein Augenblick in der Geschichte, die jetzt beginnt und nun bald alles in Frage stellen wird." [103]
Einen Tag später der tschechische Gesandte in London:
"Churchill rät und beschwört nach Beratung mit diesen Leuten, wenigstens 48 Stunden die vitalen Befestigungen nicht aus der Hand zu geben. Er ist überzeugt, daß hier eine große Reaktion gegen den an uns verübten Verrat anhebt und wächst." [104]
Unabhängig von der Haltung dieser Diplomaten hatte die französische Nationalversammlung am 4. 10. 1938 das Münchener Abkommen mit Beifall aufgenommen und aufreizende Debatten darüber vermieden. In England erklärte Lord Halifax in der Oberhaus-Debatte über die Münchener Konferenz am 3. 10. 1938:
"Großbritannien solle nie für einen Staat kämpfen, dessen alte Grenze nach siegreichem Krieg nicht wiederherstellbar sei." [105]
Winston Churchill dagegen faßte seine Stellungnahme so:
"Man dürfe Hitler nicht so ohne weiteres davonkommen lassen. Hitler habe englische Zugeständnisse mit vorgehaltener Pistole erpreßt" [106]
Und für Winston Churchill, Lord Halifax, Duff Cooper, Vansittart, Eden u. a., die nunmehr die britische Außenpolitik teils auch von den Kulissen aus steuerten, bedeutete das Münchener Abkommen "eine Störung des ganzen europäischen Gleichgewichtes".[107] Diese Gleichgewichtsstörung gebot die den "Gesetzen der

britischen Außenpolitik" entsprechenden Hebelschaltungen zur Vernichtung des "aggressivsten Tyrannen auf dem europäischen Festland". Diese Hebel sind bereits v o r der sogenannten "Kristallnacht" am 9. 11. 1938 geschaltet worden![108]
Der polnische Botschafter in London, Graf Raczynski, charakterisierte die Politik Großbritanniens nach "München":
"Die Situation nach München wird hier als Situation bezeichnet, die weder Krieg noch Frieden ist".[109]
und sprach von der "Phraseologie, mit der die (britische) öffentliche Meinung regelmäßig gespeist wird".[109] Dieses Verhalten Großbritanniens war, um bei Chamberlains Worten zu bleiben, eine "beleidigende Überraschung" — für Deutschland!
Die konservative Partei Großbritanniens hat die Rechtsgültigkeit und Zweckmäßigkeit des Münchener Abkommens immerhin bis in die Mitte des Krieges hinein verteidigt.[110] Man kann nicht eines Tages aus politischem Interesse historische Fakten aus der Welt zu schaffen versuchen. Weder das Münchener Abkommen noch die nachfolgende Politik Hitlers hat eine militärische Auseinandersetzung mit irgendeinem Nachbarn oder einer anderen europäischen Macht unvermeidlich gemacht!
Adolf Hitler hat am 28. April 1939 vor dem deutschen Reichstag zu der alliierten Politik nach der Münchener Konferenz sachlich ausgeführt:
"Wenn heute der Schrei in der Welt erhoben wird: ‚Niemals wieder München‘, dann ist dies die Bestätigung dafür, daß den Kriegshetzern eine friedliche Lösung des Problems als das Verderblichste erschien, was jemals geschehen konnte."
Benesch bestätigte nach dem Kriege, als er nach Prag zurückkehrte und vom Präsidentenpalais herabschaute:
"Ist es nicht schön? Die einzige nicht zerstörte mitteleuropäische Stadt. Und alles mein Werk." [111]

Quellennachweise :

[1] Die Tschecho-Slowakei bestand 1938 aus insgesamt rund 15 Millionen Menschen.
Davon waren über
7,00 Millionen Tschechen
3,50 " Deutsche
2,50 " Slowaken
0,76 " Ungarn
0,50 " Karpatho-Ukrainer
0,11 " Polen
[2] H. Roos "Polen und Europa - Studien zur polnischen Außenpolitik 1931 - 1939" S.281.
[3] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 409 und 379.
[4] F. O. Miksche "Unconditional Surrender" S. 204.
[5] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 69 - 70.
[6] ebenda S. 45.
[7] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 153.
[8] W. Jaksch "Europas Weg nach Potsdam" S. 332 - 333.
[9] V. Rothermere "Warnungen und Prophezeiungen" S. 153.
[10] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1, S. 109.
[11] R. Coulondre "Von Moskau nach Berlin 1936 - 1939" S. 219.
[12] R. Breyer "Das Deutsche Reich und Polen 1932 - 1937" S. 141.
[13] H. Roos "Polen und Europa" S. 276.
[14] ebenda S. 324.
[15] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch. Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 334.
[10] F. Gause "Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft" S. 271. 280.
[17] E. J. Reichenberger "Wider Willkür und Machtrausch" S. 77.
[18] Das östliche Deutschland — Ein Handbuch" S. 169.
u. H. Raschhofer "Die tschechoslowakischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von

Paris 1919/1920" S. 95 ff.
[19] F. O. Miksche «Unconditional Surrende?‘ 5. 203.
[20] F. Gause «Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft" 5. 271 und 280.
[21] H. Mau und H. Krausnick "Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933 bis 1945" S. 110.
[22] B. Celovsky "Das Münchener Abkommen 1938" S. 104/105.
[23] F. Gause "Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft" S. 280.
[24] R. Pozorny "Wir suchten die Freiheit" S. 92, 180, 179.
[25] F. O. Miksche "Unconditional Surrender" S. 190 - 191.
[28] R. Pozorny "Wir suchten die Freiheit" S. 163, 208.
[27] K. Rabl "Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 119. u. K. E. Frhr. v. Türcke "Das Schulrecht der deutschen Volksgruppen in Ost- und Südosteuropa" S. 537 - 679.
[28] W. Jaksch "Europas Weg nach Potsdam" S. 333.
[29] W. Churchill "Der Zweite Wehkrieg" 1. Buch. Bd. 1. "Der Sturm zieht auf" S. 371 und 409.
[30] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 40.
[31] E. Moravec "Das Ende der Benesch-Republik" S. 213.
[32] ebenda S. 233.
[33] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, 1. Bd. "Der Sturm zieht auf" S. 369.
[34] F. O. Miksche "Unconditional Surrender" S. 202.
[35] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. 1 Doc. 156. Der britische Gesandte Newton in Prag an Halifax am 23. 4. 1938 über seine Unterredung mit Benesch.
[36] ADAP Bd. II Nr. 38 S. 70. Der deutsche Gesandte Eiienlohr an das Auswärtige Amt am 21. 12. 1937.
[37] Doc. on Brisish Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. 1 Doc. 150.
[38] K. Rabl "Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 99 und 234.
[39] ebenda S. 102.
[40] E. Benesch "Memoirs of Dr. Eduard Benes" S. 34.
[41] H. Roos "Polen und Europa" S. 321.
[42] E. Benesch "Memoirs of Dr. Eduard Benes" S. 40.
[43] H. E. Barnes "Entlarvte Heuchelei" S. 125.
[44] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 153.
[45] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 47.
und A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 148. 151 - 155. und IMT Bd. IX S. 337 - 338.
[46] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 48.
[47] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 155.
[48] ebenda S. 161.
[49] R. Pozorny "Wir suchten die Freiheit" S. 374.
[50] E. Moravec "Das Ende der Benesch-Republik" S. 241 und A.J.P. Taylor .,The Origins of the Second World War" S. 165.
[51] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 49.
[52] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 36.
[53] E. Kordt "Nicht aus den Akten" S. 227.
[54] E. Moravec "Das Ende der Benesch-Republik" S. 242. -- Moravec war Oberst im tschechischen Generalstab.
[55] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 56.
[56] A. I. Nedoresow "Die nationale Befreiungsbewegung in der Tschechoslowakei" russ. S. 37 und 39.
[57] W. P. Bondarenko und P. I. Resonowa "Die antifaschistische Widerstandsbewegung" russ. S. 95 - 96.
[58] R. Jung "Die Tschechen" S. 151 - 152.
[59] W. Jaksch "Europas Weg nach Potsdam" S. 270.
[60] F. Hesse "Das Spiel um Deutschland" S. 109 - 110.
[61] M. Gilbert und R. Gott "Der gescheiterte Frieden" S. 91.
[62] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 362 und 1. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 75.
[63] Dokumente und Materialien am Vorabend des Zweiten Weltkrieges" russ. Bd. 1 S. 220 - 238, speziell S. 232 - 234.
[64] A. I. Nedoresow "Die nationale Befreiungsbewegung in der Tschechoslowakei" russ. S. 46 und 51.

[65] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 73.
[66] R. Pozorny "Wir suchten die Freiheit" S. 304.
[67] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc. 1033 und K. Ploetz "Auszug aus der Geschichte" (1939) S. 720.
[68] E. Moravec "Das Ende der Benesch-Republik" S. 340.
[69] R. Pozorny "Wir suchten die Freiheit" S. 306.
[70] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc. 1031, 1035, 1044, 1046, 1047, 1049.
[71] ebenda Doc. 1033.
[72] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 78.
[73] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc. 1068.
[74] G. Rühle "Das Dritte Reich" Bd. 1938 S. 253.
[75] R. Pozorny "Wir suchten die Freiheit" S. 307 und 303.
[76] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 237.
[77] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 153.
[78] Frankfurter Allgemeine 11. 3. 1959 S. 11.
[79] E. Moravec "Das Ende der Benesch-Republik" S. 24.
[80] E. Benesch "The Memoirs of Dr. Eduard Benes" S. 43.
[81] Die unterstellten Behauptungen, Hitler habe Henlein zu immer neuen, unerfüllbaren Forderungen gegen die Prager Regierung angetrieben, werden durch keinerlei echte Unterlagen bestätigt. Hitler hatte Henlein bis zur Eingliederung des Sudetenlandes keine Befehle erteilt. — u. a. J. Colvin "Vansittart in Office" S. 207.
[82] E. Benesch "The Memoirs of Dr. Eduard Benes" S. 28, 29, 27, 42.
[83] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc. 888.
[84] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 55.
[85] ebenda S. 75 und 195.
[86] ebenda S. 153.
[87] H. E. Barnes "EntIarvte Heuchelei" S. 118.
[88] ebenda S. 127.
[89] ebenda S. 110.
[90] Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 6 - Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.Diese Dokumente, ebenso wie alle übrigen Dokumente der anderen deutschen Weißbücher zur Vorgeschichte des Krieges sind von der historischen Forschung niemals widerlegt worden. Diese polnischen Dokumente sind sogar von polnischen Diplomaten nach dem Krieg bestätigt worden.
So hat der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, sie bestätigt: s. H. E. Barnes «Entlarvte Heuchelei" S. 245 und D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 814. Der polnische Botschafter in London, Raczynski, schrieb hierzu in seinen Memoiren "In Allied London" S. 51:
"20. Juni 1940
Die Deutschen veröffentlichten im April ein Weißbuch, das Dokumente aus den Archiven unseres Außenministeriums enthielt, die sich aus Berichten von Potocki aus Washington, Lukasiewicz aus Paris und meinen Berichten zusammensetzten. Ich weiß nicht, wo sie sie gefunden haben, da man uns erzählt hat, daß man die Archive zerstört habe. Die Dokumente sind mit Sicherheit echt (are certainly genuine), und die Faksimiles zeigen, daß die Deutschen zum größten Teil Originale und nicht nur Kopien aufgefunden haben."
[91] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 36162 und 372 und 353. Mit dieser Äußerung gab auch Chamberlain Benesch‘s Kriegswillen zu.
[92] W. Jaksch "Europas Weg nach Potsdam" S. 318 - 319.
[93] ebenda 5. 331 - 333.
[94] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1, S. 127.
[95] ebenda Bd. II, S. 15 - 16.
[96] W. Görlitz "Griff in die Geschichte" - Die Welt, Nr. 225 (27. 9.) 1958.
[97] Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 269 S. 262.
[98] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 55.
[99] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 51, 52, 53, 56.
[100] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 143.
[101] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 359.
[102] Informationen aus Politik, Wirtschaft und Kultur (PWK) Düsseldorf 8. 12. 1961.
[103] François-Poncet "Als Botschafter in Berlin" ". 339.
[104] F. Lenz "Zauber um Dr. Schacht" S. 45.

[105] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 253.
[106] ebenda S. 255.
[107] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 399.
[108] H. Dahms "Roosevelt und der Krieg" S. 42.
[109] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 356.
[110] W. Jaksch "Europas Weg nach Potsdam" S. 343.
[111] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 185.

Der Anschluß der Tscheslowakei

Die "brutale Vergewaltigung der kleinen wehrlosen Tschecho-SIowakei", aus der man einen Wort- und Vertrauensbruch Adolf Hitlers ableitete, spielte sich ebenfalls ganz anders ab, als die Meinungspresse ihren Völkern unentwegt einhämmerte. Die Einverleibung Böhmens und Mährens in das Reich hatte mit der Erfüllung territorialer Forderungen ebensowenig zu tun wie mit einem Angriffsplan, einer "Verschwörung gegen den Frieden" oder der "Schaffung einer Plattform zur Einkreisung Polens und zu einem Durchstoß ans Schwarze Meer". Diese Maßnahme ergab sich aus der Zwangsfolge und dem Zusammenspiel verschiedener historischer, ethnographischer, politischer und militärischer Komponenten.
Der Zerfall dieses unter Mißachtung historischer und völkischer Grundsätze zusammengefügten Vielvölkergebildes ging ohne deutsches Zutun vor sich und wäre schon 1918 erfolgt, hätten nicht Deutschland und Rußland machtlos am Boden gelegen. Wer weiß heute noch in der Welt, daß es - nur als Beispiel für die vielfältigen Spannungselemente dieses Staates - in der Tschecho-Slowakei, abgesehen von den unterschiedlichen Sprachen aller Minderheitengruppen, sogar zwei Nationalhymnen, eine für die Tschechen und eine andere für die Slowaken gegeben hat? Polen und Ungarn machten Gebietsansprüche geltend, Slowaken und Karpatho-Ukrainer forderten ihre Selbständigkeit. Hlinkas Volkspartei hatte bereits zu Pfingsten 1938 (am 30. Mai) - Monate v o r der neuen Sudeten-Lösung! - und zwar anläßlich der 20-Jahresfeier des Pittsburger Vertrages die Autonomie für die Slowaken nachdrücklich gefordert.
Der Pittsburger Vertrag vom 30. 5. 1918 ist von Thomas G. Masaryk, dem ersten Präsidenten der tschecho-slowakischen Republik, und einigen slowakischen Emigranten in den USA während des Ersten Weltkrieges abgeschlossen worden. Die "Pittsburg Post" teilte einst der Welt die Gründung dieser Tschecho-Slowakei mit.
"Professor T. G. Masaryk war der einzige Repräsentant der kleinsten tschechischen Partei - der sogenannten Progressiven - im Wiener Parlament. Er war keineswegs ermächtigt, im Namen der tschechischen Nation zu sprechen. Während des Krieges ist sein Verhalten sowohl im Ausland als auch in Böhmen scharf kritisiert worden. ... Das tschechische Volk echote keineswegs Masaryks Schlachtruf: 'Zerstört Österreich'!" [1]
Die Slowaken ihrerseits beriefen sich von Anfang an darauf, daß die "Slowakische Liga in Amerika" nicht befugt gewesen sei, sich als Willensvollstrecker des slowakischen Volkes zu betrachten.[2] Immerhin ist - allein schon aus Rücksicht auf Woodrow Wilson, von dessen Zustimmung das ganze Projekt 1918 abhing - in dem Vertrag den Sbwaken eine kulturelle Sonderstellung, d. h. das Recht zugesichert worden, über ihr Schicksal zu bestimmen. Außerdem wurde festgelegt, daß den gewählten Vertretern des slowakischen Volkes spätestens in zehn Jahren die Möglichkeit gegeben werden sollte, über das Schicksal der Slowakei selbst zu entscheiden. Der Pittsburger Vertrag verpflichtete die Regierung bzw. das Parlament des geplanten Staates, diesen Sachverhalt in die Verfassung aufzunehmen und den zu gründenden Staat föderativ zu organisieren. Bereits 1919 ist der Pittsburger Vertrag von den Tschechen gebrochen worden, als die nicht aus Wahlen hervorgegangene,

sondern willkürlich zusammengestellte sogenannte Revolutionäre Nationalversammlung, in der sogar die Slowaken durch Tschechen vertreten wurden, die Verfassung der tschecho-slowakischen Republik unter Mißachtung wesentlicher Klauseln des Pittsburger Vertrages genehmigte. Da die alliierten Mächte keinen Finger für die im Pittsburger Vertrag festgelegten Rechte der Slowaken rührten, mußte sich im Laufe der Jahre auch auf Grund der Prager Herrschaftsführung eine ständig wachsende Spannung zwischen Tschechen und Slowaken auf stauen.[3]
Da die auf der 20-Jahresfeier des Pittsburger Vertrages gestellten Forderungen verweigert wurden, verlangten am 6. Oktober 1938 alle slowakischen Abgeordneten des Prager Parlamentes mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialdemokraten - ohne Druck oder Ermunterung Hitlers! - erneut die Autonomie. Dies geschah auch nicht in erster Linie in Reaktion auf die Politik des Deutschen Reiches, sondern auf den Pittsburger Vertrag und dessen Verletzung durch die Tschechen.
Zwanzig Jahre lang haben die Tschechen ihre Verpflichtungen mißachtet. Auf Grund des Parlamentsbeschlusses vom 6. 10. 1938 hatte Dr. Tiso am 7. 10. 1938 in Preßburg eine autonome slowakische Regierung gebildet, die das Prager Kabinett unter dem Eindruck der Münchener Entscheidung anerkannt hatte. Unmittelbar darauf, am 9. 10. 1938, hatte die Karpato-Ukraine in Uschhorod unter Brody eine ebenfalls von Prag anerkannte autonome Regierung gebildet. Die Ministerpräsidenten beider Nationalitäten wurden in Prag auf die Verfassung des nunmehrigen Föderativstaates vereidigt. Am 22. 11. 1938 trat ein Zusatzgesetz zur Prager Verfassung in Kraft - das slowakische Autonomiegesetz -, das zwar die Wünsche der Slowaken nicht befriedigte, aber dennoch ein weiterer Meilenstein auf dem Wege einer auf Selbständigkeit der Bevölkerungsgruppen hindrängenden innenpolitischen Entwicklung war. Dieses Autonomiegesetz sah eine slowakische Landesregierung mit Verwaltungs- und Exekutivhoheit vor, d. h. einen slowakischen Diet (Parlament) mit Gesetzgebungsgewalt unter Ausnahme gewisser Bereiche gemeinsamen Interesses, die der Zentralregierung in Prag vorbehalten blieben. Hitler hatte anfangs sogar den tschechischen Widerstand gegen die Ungeduld der Slowaken sowie gegen die ungarischen Gebietsansprüche nach der Münchener Konferenz ermutigt und z. B. die slowakischen Selbständigkeitsbestrebungen noch im Februar 1939 zu behindern versucht.[5] (In der Slowakei lebten noch 113.000 Deutsche).[5] Dennoch konnte Hitler die Grundsatzdifferenzen dieser beiden Völker nicht aufheben. Dem slowakischen Autonomiegesetz zufolge verlangten die Slowaken im Frühjahr 1939 das Recht, bei der Steuerverteilung, der Selbstverwaltung und in der Führung der tschechisch-slowakischen Streitkräfte mitentscheiden zu dürfen. Die Tschechen lehnten diese Forderungen ab, und so blieben die Slowaken weiter ein Volk zweiter Klasse in ihrem eigenen Staat, vermochten jedoch im Gegensatz zu früheren Zeiten ihren Einsatz für ihre Selbständigkeit zu verstärken.
Kündete der britische Gesandte in Prag, Newton, bereits am 6. März 1939 eine Krise zwischen Tschechen und Slowaken an,[6] so wies ein Memorandum des Foreign Office vom 13. 3. 1939 "über die Haltung der Regierung Seiner Majestät im Zusammenhang mit möglichen Entwicklungen der slowakischen Krise" auf die überaus unbefriedigende Lage in der Slowakei nach "München" hin. Es drückte die Erwartung aus, daß angesichts der deutschen Pressemeldungen über tschechische Terrorakte Hitler wahrscheinlich nach Prag marschieren werde, und vermerkte wörtlich:
"Bis ganz kürzlich gab es keine Anzeichen einer deutschen Intervention. Sowohl der tschechische Rundfunk als auch der tschechische Außenminister Dr. Chvalkowsky beteuerten, daß es keine Anzeichen dafür gegeben habe, daß die slowakische Lostrennungspropaganda vom Reich oder der Deutschen Minderheit in der

Tschecho-Slowakei inspiriert worden sei.
Sehr wahrscheinlich wird die Entwicklung der gegenwärtigen Situation darauf hinauslaufen, daß die Slowakei entweder nominell unabhängig wird oder durch noch losere Föderativbande als gegenwärtig an Prag gebunden bleibt, und daß der deutsche Einfluß in der Slowakei so oder so dominieren wird." [5]
Die Prager Krise spitzte sich in einem Maße zu, daß der britische Botschafter in Berlin, Henderson, eigenmächtig dem tschechischen Gesandten Mastny anriet, sein Außenminister Chvalkowski solle nach Berlin kommen.[7]
"Hitler handelte erst, als die Ereignisse das Münchener Abkommen bereits zerstört hatten." [8]
Hitler hatte nicht den Polen zugeredet, das Olsa-Gebiet mit der Stadt Teschen einzuverleiben, dessen Bevölkerung z. T. deutsch war. Er hatte keine Landtagswahlen in der Slowakei und in der Karpato-Ukraine befohlen und auch nicht ihr Ergebnis festgesetzt. Die dortige Bevölkerung sprach sich mit 98 % bzw. 92,4 % für eine autonome Regierung und gegen den Prager Zentralismus aus. Es war auch nicht Hitlers Verschulden, daß die Tschechei nach dem Anschluß Österreichs und dem Abfall der Slowakei, zu der Außenwelt, und zwar zu dem keineswegs freundlich gesonnenen Polen, nur noch eine 50 km lange Grenze behielt. Hitler hatte nicht den Slowakenführer Prof. Dr. Tuka nach Berlin bestellt, sondern dieser kam aus eigenem Entschluß am 12. Februar 1939, da nach seiner Auffassung "ein weiteres Zusammenleben zwischen Tschechen und Slowaken unmöglich sei". Er legte das Schicksal seines Volkes, "das seine volle Befreiung von Ihnen, mein Führer (er redete Hitler mit "mein Führer" an) erwartet, in Ihre Hände".[9] Trotz dieses Drängens um deutschen Schutz hatte Hitler in diesem Monat vor der Krise noch abgelehnt, einen unabhängigen slowakischen Staat zu befürworten.
"Hitler antwortet ausweichend. Er will sich keinesfalls festlegen und befürchtet, daß ein offizielles deutsches Einschreiten zugunsten der Slowaken dem eben abgeschlossenen deutsch-französischen Vertrag schaden könne ...
Hitler ... versichert lediglich, daß er, wenn die Slowakei selbständig sein sollte, dann diese vom Volk gewünschte Selbständigkeit garantieren wolle." [10]
Die unkorrekte Auflösung der ruthenischen Regierung am 6. März und die gleichermaßen verfassungswidrige Amtsenthebung des slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tiso und zweier seiner Mitarbeiter sowie die Verhaftung mehrerer slowakischer Politiker und die Einsetzung der Regierung Sidor durch die Prager Machthaber am 9. und 13. März 1939 vollzogen sich ohne Hitlers Zutun.
"In Deutschland ist man durch das tschechische Vorgehen völlig überrascht. Hitler weilt gerade zur Jahresfeier des österreichischen Anschlusses in Wien, Göring macht Urlaub in San Remo ...
Hitlers Zorn über die abermalige Provokation, als die er die tschechische Handlungsweise empfindet, kennt keine Grenzen mehr. Er befiehlt sofort, alles für einen militärischen Einmarsch in die Tschechoslowakei vorzubereiten." [10]
Wenn Dr. Tiso nach diesen Vorgängen in der Slowakei um eine Rücksprache mit Hitler nachsucht und sich anschließend vom slowakischen Landtag einstimmig die staatsrechtliche Selbständigkeit erklären läßt,[11] so trifft den Reichskanzler für diese Entwicklung kein Verschulden. Ebensowenig hatte Hitler die Selbständigkeitserklärung der karpatoukrainischen Regierung vom 14. 3. 1939 oder deren Bitte um den Schutz des Dritten Reiches veranlaßt oder verlangt.[12]
Auch hatte Hitler den Ungarn nicht zugeraten, geschweige denn befohlen, noch vor der deutschen Besetzung, sozusagen als Auslösung für weitere Umwälzungen im dortigen Raum (Polen reflektierte z. B. auf Mährisch-Ostrau und hatte schon zeitig militärische Verstärkungen vor der Grenze konzentriert,[13] in die Karpato-Ukraine

einzumarschieren - am 14. 3. 1939.14) Winston Churchill gestand ein, daß die in die östliche Provinz der Tschecho-Slowakei (Karpatorußland) vordringenden ungarischen Truppen von Polen - nicht von Deutschland! - heimlich unterstützt worden sind, und daß der polnische Außenminister am 14. 3. 1939 in Warschau öffentlich erklärt hat, *"daß seine Regierung mit den Bestrebungen der Slowakei sympathisiere."* [15]
Die polnische Regierung war die erste, die unverhüllt aussprach, daß die völlige Auflösung der Tschecho-Slowakei unvermeidlich sei.[15] Im krassen Gegensatz zu Hitler arbeitete Oberst Beck, der die TschechoSlowakei ohnehin als Provisorium und Karikatur zu bezeichnen beliebte, nach der Münchener Konferenz auf den weiteren Zerfall dieses Staates, eine gemeinsame polnisch-ungarische Grenze und den Erwerb von slowakischen Gebietsteilen und tschechischen Industrierevieren mit "außergewöhnlich starkem Druck", "notfalls auch unter Anwendung von Gewalt" hin.[17] + [18]
"Mehr noch, Polen war der Auffassung, die Tschechoslowakei müsse in naher Zukunft verschwinden, und es bereitete sich selbst darauf vor, einen Teil des Erbes an sich zu nehmen. Ich unterhielt mich meinerseits am 25. Mai (1938) über dasselbe Thema mit dem Pariser polnischen Botschafter Lukasiewicz und ersuchte ihn, bei seiner Regierung darauf zu drängen, daß Polen sich gutwillig an die Seite der großen, die Tschechoslowakei unterstützenden Mächte stellen solle. Lukasiewicz antwortete mir, daß die Tschechoslowakei, ein willkürliches Kompositum zahlreicher einander äußerst feindlicher Minderheiten, ein zum Tode verurteiltes Land sei. Sie trotz allem verteidigen zu wollen, sei ein schwerer Irrtum Frankreichs und Großbritanniens." [19]
Der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch hatte bereits am 21. 9. 1938 in seiner Antwort auf den englisch-französischen Plan - ohne Kenntnis von den erst später nachfolgenden Verfassungsänderungen zur Föderativordnung der Tschecho-Slowakei - festgestellt:
"Nach Meinung der Regierung würde die Annahme eines Vorschlages dieser Art gleichbedeutend sein mit einer Einwilligung in die völlige Verstümmelung des Staates in jeder Hinsicht, - vom wirtschaftlichen und Verkehrs-Gesichtspunkt würde die Tschecho-Slowakei völlig paralysiert, und vom strategischen Gesichtspunkt würde sie sich in einer äußerst schwierigen Situation befinden. Und besonders würde sie früher oder später unter den absoluten Einfluß von Deutschland fallen." [20]
Niemand kann ernsthaft behaupten, alle kleinen Staaten Europas -hier Ungarn und Polen - seien "Vasallen Hitlers" gewesen. Auch W. Churchill war über das nicht in sein Konzept passende Verhalten Polens erstaunt:
"Wir erlebten es, wie die Polen nicht schnell genug, während die Deutschen schon gierige Blicke auf ihr Land richteten, ihre Beute bei der Ausplünderung und Zerstörung der Tschecho-Slowakei an sich reißen konnten. Während der Krise war den britischen und französischen Botschaftern die Türe verschlossen, und es wurde ihnen sogar der Zutritt zum Außenminister des polnischen Staates verweigert. Es bleibt eine geheimnisvolle Tragödie in der europäischen Geschichte, daß Polen wiederholt und hartnäckig Fehler in fast jedem Teil seines Staatslebens beging ... Auch die Ungarn hatten versucht, sich in die Münchener Unterhandlungen einzuschalten. Ende August 1938 war Horthy nach Deutschland gefahren, aber Hitler hatte sich sehr zurückhaltend gezeigt." [21]
Die tschechische Mobilmachung vom 23. 9. 1938 und die für Deutschland lebensgefährliche Stützpunktplanung auf dem Boden des "Flugzeugmutterschiffes" seitens der Sowjetunion oder Frankreichs sind nach der Münchener Konferenz im wesentlichen nicht hinfällig gemacht worden.[22]
"Zweifellos ist die Tschecho-Slowakei nur ein kleiner demokratischer Staat, zweifellos besitzt sie nur eine doppelt oder dreimal so große Armee wie die unsrige, zweifellos

ist ihre Rüstungsproduktion nur dreimal so groß wie diejenige Italiens, aber ..." [21]
Für Winston Churchill alles harmlose Zahlenspiele. Für Deutschland aber bittere Realität. Dies um so mehr, als in jeder sich abzeichnenden Krisenlage die Tschecho-Slowakei und die militärisch ihr verbundene Sowjetunion plus Frankreich ihre Frontstellung gegen Deutschland vollzogen hätten. Der sowjetisch-tschechische Beistandspakt vom 16. 5. 1935 war weiterhin in Kraft. Der tschechische Generalstab arbeitete weiterhin mit der Roten Armee zusammen. Die Skoda-Werke lieferten weiterhin ihr Rüstungsgut hauptsächlich in die Sowjetunion, die ihrerseits bekanntlich auf einen Krisenherd in Europa hinarbeitete, um daraus Früchte für ihre Expansion bis hin zur Weltrevolution zu ernten. Während die UdSSR bereits in der Lage war, mit Hilfe der tschechischen Luftbasen kurzfristig ein beachtliches Truppenpotential in die deutschen Flanken zu verlagern, hatte sich Prag seit 1919 nie als Vorposten Europas gegen Asien, sondern stets umgekehrt als Vorposten Asiens gegen Europa gefühlt.[23]
Jene Macht, die während der Vorkriegsjahre bereit war, bewaffnete Gewalt gegen Deutschland anzuwenden - die Sowjetunion[24] -, hatte die strategische Position des tschechischen Raumes für Deutschland klar erkannt und in ihre Strategie eingebaut:
"Solange die Tschecho-Slowakei existierte, waren die Hände des faschistischen Deutschland gebunden. Deutschland konnte nichts gegen Polen, nichts gegen Frankreich unternehmen, da die gut organisierte und bewaffnete tschechoslowakische Armee für Deutschland ein sehr ernster Gegner war." [25]
Alle die hier genannten Komponenten dienen dazu, die Entscheidung Hitlers vom 14. bzw. 15. März 1939, Böhmen und Mähren militärisch zu besetzen und in ein deutsches Protektorat umzuwandeln, zu erklären, nicht zu "richten". Jeder Staat stützt sich auf seine eigene Bewertung und handelt entsprechend den Notwendigkeiten seiner Existenzsicherung; die britische, französische, sowjetische Regierung ebenso wie die deutsche. Der Reichsregierung das Recht auf eigene Bewertung, die sich von ihrem Lebensrecht und den Sicherheitsforderungen ihres Volkes herleitet, grundsätzlich absprechen, hieße die von den nationalen Interessen der anderen Staaten diktierte Bewertung zur Maxime erheben. Damit aber wäre jedem Vorwurf gegen die deutsche Regierung - einseitige Bewertung - der Boden entzogen und eine übernationale, objektive Bewertung und somit Rechtsprechung unmöglich gemacht. Der Historiker ist jedoch zu dieser übergeordneten Bewertung verpflichtet. Nur so können Erkenntnisse aus der Geschichte für die Zukunft der Völker gewonnen und internationales Recht verbindlich gesetzt werden.
Die tschechische Öffentlichkeit hat ihre Einstellung und Kampfmethoden gegenüber den deutschen Volksgruppen in Böhmen und Mähren, aber auch gegenüber den Slowaken und Karpato-Ukrainern nach der Münchener Konferenz nicht überzeugend geändert. Reichsaußenminister von Ribbentrop erklärte am 21. 1. 1939 dem tschechischen Außenminister Chvalkowsky in Berlin,
"daß die jüngsten Tendenzen der Tschecho-Slowakei, sollten sie fortbestehen, eines Tages zu katastrophalen Auswirkungen führen würden. Chvalkowsky erwiderte, daß die Bemerkungen des Reichsaußenministers voll und ganz das bestätigen, was er immer wieder dem tschechischen Ministerrat vortrage." [26]
Hinzu kommen die Auswirkungen der geographischen Lage. Selbst tschechische Politiker gestanden ein, daß die Tschecho-Slowakei ohne die "natürlichen Grenzen" nicht überleben könnte.[27]
"Hitlers Weisungen an die Wehrmacht vom 21. 10. 1938 und 17. 12. 1938, die Möglichkeit zur Zerschlagung der Rest-Tschechei im Auge zu behalten, 'sollte sie die anti-deutsche Politik fortsetzen', waren Vorsichtsmaßnahmen, keine Aggressionspläne.
Diese Weisungen sind oft zitiert worden als Beweis dafür, daß Hitler in der Annahme

der Münchener Regelung niemals aufrichtig war. Wahrheit ist eher, daß Hitler daran zweifelte, daß diese Regelung dauerhaft sein könnte. Obgleich er oft als politisch unwissend bezeichnet wurde, verstand er mehr als andere europäische Staatsmänner von dem Problem Böhmen und glaubte, ohne ernste Absicht, daß eine unabhängige Tschechoslowakei nicht überleben könne, wenn sie ihrer natürlichen Fronten beraubt und in ihrem Prestige gebrochen ist. Dies war kein Wunsch zur Zerstörung der Tschechoslowakei. Es war ein Glaube, wie er auch von Masaryk und Benesch gehegt wurde, als sie die Tschechoslowakei 1918 geschaffen hatten. Es war das Prinzip, auf dem die tschechische Unabhängigkeit vom ersten bis zum letzten Tage geruht hatte." [28]
Die unbegründete Schwenkung Englands in das Kielwasser des US-Präsidenten Roosevelt seit den Wintermonaten 1938/1939 bis hin zu den Bemühungen Londons spätestens ab Anfang März 1939, die Sowjetunion in die Einkreisungsfront gegen Deutschland einzugliedern, wirkte sich ebenfalls auf den tschechischen Raum aus. Erst als Hitler von den Ergebnissen des Rom-Besuches von Chamberlain und Halifax im Januar 1939 erfuhr, somit vom diplomatischen Vorgehen Englands gegen Deutschland in breiter Front, von der aufputschenden Gerüchtepolitik, der britischen Aufrüstung, der Prophezeiung deutsch-polnischer Zerwürfnisse, der Einschüchterung Italiens, der Mißachtung deutscher Friedensfühler und Ablehnung neuer Abrüstungsvorschläge - erst dann entschloß er sich, die Slowaken statt der Tschechen zu unterstützen.
"In großer Aufmachung brachte die britische Presse die Behauptung, Hitler habe sein im Berliner Sportpalast abgegebenes Versprechen vom 26. September 1938, keine weiteren Gebietsforderungen in Europa zu haben, gebrochen. Man behauptete, er habe sein gegebenes Wort nicht gehalten und man könne ihm demzufolge nicht mehr länger trauen. Mit keinem Wort wurde dagegen erwähnt, daß Chamberlain sein Hitler am 30. September 1938 gegebenes Wort hinsichtlich der englisch-deutschen Freundschaft gebrochen hatte, als er Mussolini in den Tagen vom 11. und 14. Januar 1939 mitteilte, er ziehe eine militärische Aktion gegen Hitler in Betracht, Wochen bevor Hitler einen Schritt gegenüber der Tschecho-Slowakei unternahm." [29]
Trotz dieser britischen Aktivität unmittelbar nach "München" wäre die Entwicklung dennoch anders verlaufen, hätten die Tschechen ihre Minderheiten nicht in der seit 1919 gewohnten Weise weiter unterdrückt, und hätten die Polen nicht durch wiederholte Ultimaten an Prag eine Änderung der Verhältnisse heraufbeschworen. Den Slowaken wurde nicht der Schutz der deutschen Truppen aufgedrängt und damit ihre Unabhängigkeit erzwungen, sondern Tiso, der Premierminister der autonomen slowakischen Regierung, sah die slowakische Unabhängigkeit erst und nur dann gewährleistet, wenn den unberechtigten territorialen und politischen Forderungen der Polen, Ungarn und Tschechen wirksam begegnet werden konnte.
Das "Nein" der polnischen Regierung zu den deutschen Verhandlungsvorschlägen bezüglich Danzig und der Durchgangsstraße durch Westpreußen hat ebenfalls die Entwicklung der tschechischen Dinge beschleunigt, wenn nicht ausgelöst.[30] Das polnische "Nein" wurde ab Januar, Februar, März 1939 immer bestimmter und von Mobilisierungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Volksdeutschen - im OlsaGebiet schon ab Oktober 1938 - sowie einer immer zügelloser werdenden Publizistik begleitet.
Der britische Premierminister N. Chamberlain erklärte am Morgen des 16. März 1939 im Unterhaus:
"Damit (mit dem Zerbrechen der Tschecho-Slowakei von innen heraus) habe eine Sachlage zu bestehen aufgehört, die von der Regierung Seiner Majestät immer als vorübergehend angesehen worden sei." [31]
Damit hatte Chamberlain bestätigt, daß auch die britische Führung der Rest-Tschechei

seit der Münchener Konferenz kein langes Leben in Aussicht gestellt hatte. Es gibt keine Beweise dafür, daß Hitler diesen Marsch nach Prag langfristig oder planmäßig vorbereitet hat, was gegebenenfalls die britischen Schritte seit Oktober 1938 hätte rechtfertigen können. Der tschechische Außenminister Chvalkowsky erklärte in einem vom Interalliierten Militärtribunal Nürnberg 1945/1946 anerkannten Dokument vom 21. 1. 1939,
"daß Hitler das, was er am 14. Oktober 1938 versprochen habe, nach bestem Wissen und Gewissen gehalten habe, wenn auch unter schwierigen Verhältnissen." [32]
Immerhin muß man auch zugestehen, daß sich der Krisenherd Tschecho-Slowakei im Jahre 1939 - ohne Hitlers Zutun - leicht zu einem Krieg hätte entzünden können, und durch die Art der Neuregelung jedenfalls Blutvergießen im Herzen Europas, das möglicherweise nicht zu lokalisieren gewesen wäre, verhindert worden ist.
Beweise dafür, daß der tschecho-slowakische Staat, namentlich dann, wenn er seine bisherige Politik weiterbetrieb, nach Abtrennung des Sudetenlandes auf die Dauer nicht mehr existenzfähig war, liegen in Hülle und Fülle vor. Staatspräsident Benesch am 19. 9. 1938 gegenüber dem britischen und französischen Botschafter:
"Der anglo-französische Plan vom 19. 9. 1938 (Abtretung des mit mehr als 50 % Deutschen bewohnten Gebietes) bedeutet die Verkrüppelung des Staates, dessen wirtschaftliche Lähmung, strategisch die Auslieferung an Deutschland und in naher Zukunft dessen völlige Unterwerfung unter Deutschland." [33]
Britische und französische Dokumente, die vom IMT anerkannt worden sind, sprechen nicht minder deutlich:
"In der Slowakei trat die lang erwartete Krise am 10. 3. 1939 ein." [34]
Erst für die Zeit nach der Entlassung der slowakischen Minister, also nach der durch Prag ausgelösten Krise, wird in diesen Dokumenten von einer deutschen Aktion - besser demnach Reaktion - gesprochen, nicht vorher. Und dies trotz der Tatsache, daß der slowakische Freiheitskämpfer Prof. Tuka im Februar 1939 bereits an Hitler die Bitte um Befreiung seines Volkes von der tschechischen Herrschaft gerichtet hatte.
Winston Churchill nach Rückgliederung des Sudetenlandes an Deutschland:
"Ich wage die Voraussage, daß sich der tschecbo-slowakische Staat nicht mehr als unabhängiges Gemeinwesen wird erhalten können ...
Vielleicht wird sie (die Tschecho-Slowakei) aus Verzweiflung oder aus Ressentiment sich ihm (dem 'Nazi-Regime') anschließen." [35]
Die Gebietsforderungen Polens und Ungarns sowie die Selbständigkeitsbestrebungen der Slowakei und der Karpato-Ukraine leiteten die Erfüllung der Churchill'schen Voraussage ein. Die Selbstauflösung vollzog sich in einer Weise, daß N. Chamberlain am 14. März 1939, also einen Tag vor dem deutschen Einmarsch in Prag, im Unterhaus erklären konnte, daß keine unprovozierten Angriffe Deutschlands auf die Tschecho-Slowakei erfolgt seien.[36]
"Chamberlain wie auch Sir John Simon erklärten, die slowakische und die ruthenische Unabhängigkeitsbewegung, die sie weder zu schwächen noch zu unterdrücken beabsichtigten, habe dem tschechischen Staat ein Ende gemacht. Infolgedessen erübrigte sich ein Schutz der tschechischen Grenzen." [37]
Der britische Botschafter in Berlin, Nevile Henderson, der als Appeasement-Anhänger nach Kriegsbeginn in England erheblichem Druck ausgesetzt war, schrieb hierzu in seinen 1941 in London herausgegebenen Memoiren:
"Unglücklicherweise waren die Tschechen unglaublich kurzsichtig und despotisch in ihrer Behandlung der Slowaken, und die Separatisten unter den letzteren nicht weniger blind unloyal in ihrer Haltung gegenüber den Tschechen. Es war augenscheinlich, daß der Streit, der zwischen ihnen entstanden war, sie beide gleichermaßen einer deutschen Einmischung aussetzte. Und während der Woche, die

der Besetzung von Prag vorausging, tat ich mein Äußerstes, um den tschechischen Minister in Berlin zu überreden, seinen ganzen Einfluß bei seiner Regierung auszuüben, sie zu bewegen, keine Zeit zu verlieren, um den Disput mit den Slowaken zu bereinigen und die Truppen von Bratislava zurückzuziehen, bevor es zu spät ist ... Meine Warnungen gegenüber M. Mastny, daß seine Regierung das Spiel für Hitler spiele und daß ihre Torheit in der Katastrophe enden werde, fiel entweder auf taube Ohren oder er selbst vermochte Prag nicht zu beeindrucken. Die tschechische Regierung verharrte in ihrer Halsstarrigkeit. .." [38]
Der tschechische Staatspräsident Dr. Hacha ist am 14. 3. 1939 freiwillig, aus eigenem Wunsch nach Berlin gefahren.
"Die Loslösung der Slowakei und Rutheniens führte zu einer ernsten Krise in Prag, und Sir Basil Newton, der britische Gesandte in der Tschechoslowakei, riet Präsident Hacha, es sei am besten, nach Berlin zu reisen und die Lage mit Hitler zu erörtern." [39]
Hitler jedenfalls war es nicht, der "die Dinge vorantrieb".[40] Dr. Hacha hatte die Reise nach Berlin mit vorheriger Billigung durch sein Kabinett angetreten, um ein Chaos in Böhmen und Mähren nach der Unabhängigkeitserklärung des slowakischen Landtages vom 14. 3. 1939 zu verhindern, das o h n e Manipulationen der Reichsregierung drohte. Dr. Hacha, der wegen einer Herzerkrankung kein Flugzeug benutzen durfte und Prag mit einem Sonderzug verließ,[41]
"wird mit allen Ehren, die einem Staatsoberhaupt zustehen, empfangen. Die Ehrenkompanie auf dem Anhalter Bahnhof präsentiert das Gewehr, die tschechische Hymne und das Deutschlandlied erklingen. In der Reichskanzlei steht die ‚Leibstandarte Adolf Hitler' Spalier, der Musikzug der Leibstandarte spielt den Präsentiermarsch, während Dr. Hacha die Front abschreitet."[42]
Bereits auf dem Wege vom Bahnhof in sein Quartier im Hotel Adlon berichtete Dr. Hacha dem Staatssekretär Meißner "in aufgeregter Gesprächigkeit",
"daß er angesichts der unhaltbar gewordenen Situation in seiner Heimat zu dem Entschluß gekommen sei, den Führer und Reichskanzler um Hilfe und Schutz anzugehen, und daß er hoffe, bei ihm Bereitwilligkeit zu einer gemeinsamen politischen Arbeit zu findeni." [43]
Es gibt keinen völkerrechtlichen Grundsatz, der andere Regierungen berechtigt, zetermordio zu schreien, wenn ein frei gewählter und bestätigter, von seinem Vorgänger Eduard Benesch beglückwünschter Staatspräsident[44] auf Grund einer verfahrenen Lage Hoheitsrechte seines Staates an eine größere Ordnungsmacht freiwillig überträgt. Wenn auch in einem solchen Akt Dr. Hachas viel Tragik und Zündstoff enthalten sein mochte, so sind es meist vielfältige, nicht auf den "bösartigen" Willen eines einzigen Mannes zurückzuführende Faktoren, die zuweilen Entscheidungen dieser Größenordnung notwendig machen. Von den Minderheiten (ohne Sudetendeutsche immer noch 3,5 Millionen Menschen bei einem Staatsvolk von 7 Millionen Tschechen), auch den großen Freunden England und Frankreich und der UdSSR verlassen, von Ungarn und Polen bedroht, wirtschaftlich ohne Sicherung, militärisch hilflos, war Prag nicht mehr Herr der Situation.
Dr. Hacha, bislang Präsident des Obersten Gerichtshofes der CSR, war nicht von Hitler oder seinen "Handlangern", sondern von tschechischen Volksvertretern auf seinen Posten als Staatspräsident gewählt worden. Dessen sollte man sich bewußt sein, wenn man das vom IMT als echt anerkannte Protokoll über die Unterredung zwischen Hitler und Dr. Hacha am 14. 3. 1939 in Berlin zur Kenntnis nimmt. Bezeichnend für die historische Auswertung dieses Dokumentes ist, daß von Dr. Hachas Einleitungsmonolog, den er ohne Druck, ohne Unterbrechung, ohne Kenntnis von Hitlers Plänen zu Beginn der Unterredung mit Hitler gehalten hat, meist nur Auszüge veröffentlicht werden. Die britischen "Documents on International Affairs"

belegen:
"Hacha ist bei der Annahme des Staatspräsidentenpostens die schwerste Aufgabe seines Lebens zugefallen, und daher hat er es gewagt, den Führer zu bitten, ihn zu empfangen. Er war überzeugt, daß das Schicksal der Tschechei in den Händen des Führers liege, und er glaube, daß es dort in sicheren Händen liege. Er hat keine Beschwerdegründe für das, was in der Slowakei passierte. Er ist schon lange davon überzeugt, daß es für die vielen Völkerschaften, in dieser einen politischen Einheit zusammenzuleben, unmöglich ist. Obgleich sich ihre Sprachen zu einem beträchtlichen Ausmaß ähneln, haben sie sich in sehr verschiedenen Richtungen entwickelt. Die Tschechei hatte mehr Bezugspunkte zu Deutschland als zur Slowakei, welche eine stärkere Neigung zu den Magyaren hat. Die Tschechen haben Beziehungen nur zu den protestantischen Slowaken gepflegt, während die katholischen Slowaken die Tschechen zurückgestoßen haben ...
Er stehe mit diesen Gesichtspunkten nicht allein da, sondern ist sicher, daß 80 % der Bevölkerung so denken." [45]
Die Herausgeber der "Documents on International Affairs" "vergaßen" folgenden Passus dieser Rede abzudrucken:
"Er habe seit langem den Wunsch gehabt, den Mann kennenzulernen, dessen wunderbare Ideen er oft gelesen und verfolgt habe.
Im übrigen sei ihm das ganze (Masaryk-Benesch) System fremd gewesen, so fremd, daß er sich gleich nach dem Umschwung (Oktober 1938) die Frage gestellt habe, ob es überhaupt für die Tschecho-Slowakei ein Glück sei, ein selbständiger Staat zu sein....
Das seien die Gründe, daß man nie zu einem guten Einverständnis hätte kommen können, und er sei froh, daß die Entwicklung diesen Weg genommen habe....
Er glaube, daß der Führer mit den Slowaken keine allzu guten Erfahrungen machen werde ...
Im übrigen weine er der Slowakei keine Träne nach." [46]
Daß Dr. Hacha mit seinen Ansichten tatsächlich nicht alleine stand, wird bewiesen durch
a) seine Wahl; denn diese seine Ansicht hatte er sich nicht erst in Berlin "unter Einwirkung von Drogen" gebildet. Es ist bemerkenswert, daß der ebenfalls in der Präsidentenwahl kandidierende Krulis Randa genau den gleichen Standpunkt vertreten hatte wie Dr. Hacha;[47]
b) sein Ersuchen um die Unterredung in Berlin mit einem vorgefaßten Ziel, durch seine Rundfunkrede am Vortag (14. März), in der er weitere innenpolitische Veränderungen ankündigte und seinen beabsichtigten Schritt erläuterte, und durch die ungehinderte Abfahrt aus Prag mit seinem Außenminister;
c) die telephonische Unterredung mit den Prager Kabinettsmitgliedern unmittelbar vor der Unterzeichnung des Abkommens mit Hitler und die übermittelte Zustimmung aus Prag;
d) das gänzliche Fehlen eines tschechischen Widerstandes beim Einmarsch deutscher Truppen trotz des mobilisierten Heeres und erstaunlich großer Waffenvorräte.
Nicht ohne Bedeutung für den Entschluß Dr. Hachas, der Umwandlung seines Staates in ein deutsches Protektorat zuzustimmen, war - abgesehen von der rein innenpolitischen Konfliktsituation - das Vordringen der Ungarn am Abend des 14. März, um einen geforderten Grenzstreifen eigenmächtig zu besetzen, aber auch die Erwartung einer blitzartigen Aggression Polens.
Diese innen- und außenpolitischen Zusammenhänge, die schon zur Zeit der Münchener Konferenz offensichtlich werden ließen, daß - und welche - Veränderungen sich für die nächsten Monate oder Jahre abzeichneten, waren der

Grund dafür, weshalb in München keine Garantie für die Erhaltung der Rest-Tschechei ausgesprochen wurde, obwohl diese ursprünglich vorgesehen war. Diese internationale Garantie war von der Fähigkeit der tschechischen Regierung abhängig gemacht worden, die Ansprüche ihrer übrigen Minderheiten zu befriedigen.
"Wir hatten der Tschechoslowakei gegenüber keine vertraglichen Verpflichtungen. Niemals hatten wir uns für ihre Sicherheit verbürgt." [48]
Daß sich nach der Münchener Konferenz die ungarische Regierung wie auch Dr. Tiso für die Slowaken und Dr. Hacha für die Tschechen an Hitler und Mussolini und nicht an die vier Großmächte von München gewandt haben, um die ungarischen Gebietsforderungen einer Lösung durch einen unparteiischen Vermittler zuzuführen, ist nicht Hitler zur Last zu legen. In den Verhandlungen, die zum "Wiener Schiedsspruch" vom 2. 11. 1938 führten, setzte sich Deutschland entscheidend für die Tschechen ein, was um so beachtlicher ist, als die Tschechen zwei Jahrzehnte hindurch - und zwar bis zum Zeitpunkt der neuerlichen Absprache - mit dem Reich in unverhüllter Feindschaft gelebt hatten, das Reich mit Ungarn hingegen in Freundschaft verbunden war. Auch dieser Wiener Schiedsspruch ist ein Beweis dafür, daß Hitler nicht langfristig geplant oder überhaupt "gewollt" hatte, die Tschecho-Slowakei zu zerschlagen oder zu beseitigen. Keine Gelegenheit wäre für dieses Ziel geeigneter gewesen als der an ihn herangetragene Konferenzwunsch in Wien.
Daß Hitler angesichts des freiwilligen Berlin-Besuches Dr. Hachas in diese Veränderungen im tschechischen Raum aktiv eingriff, mag man bedauern. Hierüber zu richten im Namen der Humanität, des Friedens, einer allgemein-verbindlichen Wertordnung abendländischer Ethik dürfte äußerst schwierig sein. Jene Mächte jedoch, die es für angebracht hielten, 3,5 Millionen Deutsche gegen ihren Willen zum staatlichen Zusammenleben mit 7 Millionen Tschechen zu zwingen und sich selber in allen Teilen der Welt mehr oder weniger gewaltsam Protektorats- und Kolonialgebiete mit dem Willen angeeignet hatten, diese für immer zu behalten, haben allerdings kein Recht, dagegen zu protestieren, als sich späterhin die tschechische Regierung veranlaßt sah zuzustimmen, 7 Millionen Tschechen bei Wahrung ihrer Autonomie in einen Staatsverband mit 75 Millionen Deutschen einzugliedern. Hätte Hitler nicht gehandelt, so hätte seine Passivität wohl einen friedfertigen Anstrich erhalten, die Folgen aber wären wahrscheinlich für den Frieden in diesem Raum und für die Sicherheit des Reiches verhängnisvoll geworden, weil sich andere Mächte diese Veränderungen nutzbar gemacht und ohne Frage die Kriegsstimmung in Europa verstärkt hätten - und zwar g e g e n den Willen der tschechischen Regierung.
Das tschechische Volkstum wurde vom Deutschen Reich nicht angetastet, kulturelle Autonomie und wirtschaftliches Gedeihen den ganzen Krieg über gesichert, kein Tscheche zum Militärdienst verpflichtet, Einreise und Niederlassung in Böhmen von besonderer Erlaubnis abhängig gemacht. So hat Hitler ein Land "vergewaltigt", das mehr als 1.000 Jahre zum Reich gehörte, in dessen Mitte sich die älteste und eine der bedeutendsten deutschen Universitäten befand, ja, dessen Hauptstadt Prag im Mittelalter über 50 Jahre Hauptstadt des Reiches gewesen ist. Was die Tschechen den Sudetendeutschen nie gewährt hatten, - Eigenstaatlichkeit, Recht auf Selbstgestaltung ihres völkischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, Befreiung vom Wehrdienst -, hat Hitler dem Protektorat geboten.
Wer im Falle der Tschecho-Slowakei nicht im europäischen Rahmen zu denken vermag, wer glaubt, hierbei alle historischen Zusammenhänge und Entwicklungen mißachten zu können, wer alles und jedes nur mit brutaler imperialistischer Machtpolitik des Deutschen Reiches oder des deutschen Menschen zu motivieren sucht und befangen bleibt von einer kurzsichtigen Versailler Dogmatik (vorher hat es

bekanntlich keine Tschecho-Slowakei gegeben!), der möge nur einmal einen Vergleich mit den Ereignissen in Ungarn im Oktober/November 1956 ziehen. Vielleicht wird er dann nachträglich würdigen, was es heißt, eine von anderen verfahrene Situation ohne Blutvergießen zu meistern.

"Es dürfte aufschlußreich sein, Hitlers großzügige Politik von 1939 mit der Art zu vergleichen, wie die Tschechen handelten, als sie ihr Land nach der Niederlage Hitlers wieder selbst in die Hand bekamen. Ihr barbarisches Vorgehen gegen die Deutschen war schlimmer als das der russischen Eroberer. Als sie die Deutschen aus dem Lande trieben, ließen sie die Tragödie von Lidice sich hundertfach wiederholen. In vielen Fällen unterwarfen sich die entsetzten Deutschen der Gnade der Russen, um sich vor dem mörderischen tschechischen Mob zu schützen. Die Tschechen ermordeten sogar ihre eigenen Staatsmänner von 1939, die ihr Bestes getan hatten, um ihrem Land mutig und loyal zu dienen. Chvalkowsky wurde ohne viel Federlesen erschossen, und Hacha starb nach gräßlichen Folterungen und anderen Mißhandlungen im Gefängnis."

"Es muß hervorgehoben werden, daß Hitler Böhmen und Mähren nicht annektierte. Er schuf lediglich ein Protektorat, das den dort lebenden Völkern eine weitgehende Autonomie beließ, besonders in allen internen Angelegenheiten. Niemand, der die geschichtliche Wahrheit zu schätzen weiß, wird behaupten dürfen, daß Hitler willkürlich und mit brutaler Gewalt Besitz von der tschechischen Republik ergriffen habe. Beide Parteien des zerrütteten und von Feindschaft gespaltenen Staates gingen Hitler um Schutz an, jede gegen die andere. Ohne Beschützer gibt es keinen Schutz."

"Vielleicht waren die Tschechen nicht so erpicht auf Hitlers Schutz wie die selbstbewußten Slowaken, aber die Entscheidung ihres Präsidenten war endgültig, selbst wenn sie möglicherweise widerwillig gefällt wurde und durch Zwang und Ereignisse notwendig geworden war. Nicht eine tschechische Hand erhob sich und nicht ein Schuß erfolgte gegen den sogenannten Aggressor und Eindringling. Ist es nicht seltsam, daß aus einem mannhaften Volk, das angeblich ‚angegriffen und unterworfen' wurde, kein einziger Hilferuf an eine andere Macht gegen den deutschen Feind erging? Deutet das auf einen Feind?" [49]

Nie hat England den Versuch gewagt, unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Danzig und Prag in einen gleichwertigen Zusammenhang zu stellen, d. h. Hitler vorzuschlagen, er erhalte Danzig, weil es deutsch ist, und müsse dafür Böhmen und Mähren herausgeben, weil es tschechisch ist. Eine solche Koppelung hätte zweifellos bedeutet, daß Großbritannien für die Tschechen eine neue Regierung hätte erzwingen müssen, da die vormalige legitime tschechische Regierung in die Neuregelung vom 15. März 1939 eingewilligt hatte. Doch wenn wir von diesem notwendigen äußeren Eingriff in das tschechische Selbstbestimmungsrecht absehen, hätte ein solcher Versuch die moralische Stellung Großbritanniens ungemein gestärkt. London hätte bewiesen, daß es Grundsatztreue mit konstruktiv friedfertiger Außenpolitik verbindet.

Im April 1939 deutete der rumänische Außenminister Gafencu, der von Berlin nach London weitergereist war, Lord Halifax gegenüber an, daß ein solcher Vorschlag Englands in Berlin nicht unbedingt auf Widerstand stoßen müßte. Doch Halifax ging nicht darauf ein.[50] Offenbar war England an der tschechischen Frage weiterhin ebenso desinteressiert wie nach der Münchener Konferenz ab Oktober 1938, oder aber insofern daran interessiert, den Marsch Hitlers nach Prag für die Kriegspropaganda auszuwerten. Da Großbritannien sich in seiner Propaganda, dem späteren Kriegsentschluß und der Kriegsausweitung immer wieder auf diesen Fall "Prag" nachdrücklich berufen hatte, dürfte die zweite Alternative für die britische Haltung zutreffen. Die britische Regierung benutzte lieber das Schlagwort von den

vergewaltigten Tschechen zum verstärkten Koalitionsaufgebot gegen Hitler, als daß sie sich konstruktiv um die Wiederherstellung der tschechischen Unabhängigkeit bemüht hätte.
Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, hatte sich am 16. August 1939 in einem Brief an Mister Strang, den Leiter der Zentralabteilung des Foreign Office, noch einmal für eine Regung in dieser Frage eingesetzt:
"Hitlers Hinweis, daß das Protektorat f ü r d e n A u g e n b l i c k (gesperrt von Henderson) eine Notwendigkeit ist, ist einer Erinnerung wert. Ich habe einigen Grund zu glauben, daß er mit der Lösung vom 15. März nicht zufrieden ist und erkennt, daß er einen Fehler gemacht hat. Böhmen mag letzten Endes eine Frage der Formulierung sein, wie der Stabschef der SA mir sagte. Es kann sein, was es wolle, solange es nicht in eine Bastion gegen Deutschland und einen Brückenkopf für einen Angriff auf Deutschland ausgebaut wird." [51]
Doch die britische Regierung reagierte nicht.

Quellennachweise :

[1] F. O. Miksche "UnconditionaI Surrender" S. 176.
[2] ebenda S. 196.
[3] F. Durcansky "Die slowakische Frage eine internationale Frage".
[4] M. Beloff "The Foreign Policy of Soviet Russia 1929 - 1941" Vol. II S. 214.
[5] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 230.
[6] J. CoIvin "Vansittart in Office" S. 289.
[7] N. Henderson "FaiIure of a Mission" S. 202.
[8] A. J. P. Taylor "The Origins of die Second World War" S. 203.
[9] ADAP IV Dok. 168.
[10] K. Zentner "IlIustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 60.
[11] Monatshefte für auswärtige Politik 1939/VI S. 355 f.
[12] ADAP IV Dok. 210.
[13] ADAP IV Dok. 189, 190, 211.
[14] ADAP IV Dok. 215, 217.
[15] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 393.
[16] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 285.
[17] Doc. on German Foreign Policy 1918 - 1945 Vol. V, Doc. 71, 74, 79, 87, 94.
[18] Gegenteilige Aussagen, die sich auf die ADAP stützen, sind als Nachkriegsfälschungen enttarnt worden. Siehe; NATION EUROPA 5/1963 "Glatte Fälschungen".
[19] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 41.
[20] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc. 986.
[21] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 393 und 334.
[22] H. E. Barnes "Entlarvte Heuchelei" S. 125.
[23] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 426.
[24] Platanowa, Pawlenko, Parotkina "Der Zweite Weltkrieg" russ. S. 17.
[25] Worobiew und Krawzow "Der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion 1941 bis 1945" russ. S. 24.
[26] IMT XXXI S. 129 -- 2795 - PS.
[27] F. O. Miksche "Donauföderation" Salzburg 1953 S. 29 und 34 zitiert bei: E. J. Reichenberger "Wider Willkür und Machtrausch" S. 20. -- vgl. auch: F. O. Miksche "Unconditional Surrender" S. 203.
[28] A. J. P. Taylor ~The Origins of theSecond World War" S. 193.
[29] P. H. NicolI "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 66.
[30] M. Freund "WeItgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 413.
[31] ebenda Bd. II S. 8.
[32] IMT VII S. 237 Dok. USSR - 266.
[33] Frankfurter Allgemeine 11. 3. 1959 S. 11.
[34] IMT III S. 176, Mr. Aldermann.
[35] W. Churchill "Ins Gefecht« Reden 1938 - 1940 S. 78. Rede vor dem Unterhaus am 5.10. 1938.
[36] Deutsches Weifibuch Nr. 2, S. 249 Dok. 257.

[37] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 65.
[38] N. Henderson "Failure of a Mission" S. 202.
[39] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 63.
[40] "Es lag uns daran, die Dinge voranzutreiben" - N. Chamberlain in einem Privatbrief an seine Schwestern am 10. 9. 1939 zitiert bei: K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 416.
[41] ADAP IV Dok. 223.
[42] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 61.
[43] O. Meißner "Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg, Hitler" S. 476.
[44] E. Benesch "Memoirs of Dr. Eduard Benes" S. 53 und 96 - 97.
[45] Documents on International Affairs 1939 - 1946 Vol. V S. 50/51.
[46] IMT XXI S. 140 Dok. 2797 - PS.
[47] Deutsches Weißbuch Nr. 3 - Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges Dok. 3 Schreiben des Wojewoden Dr. Grazynski an den polnischen Außenminister vom 2. 11. 1938 über eine Unterredung mit Krulis Randa, einem der "hervorragendsten tschechischen Industriellen".
[48] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 177. Rede am 28. 6. 1939 im City Carlton Club, London.
[49] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 65, 66, 67.
[50] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939, Vol. V. Doc. 276, 279, 285.
[51] ebenda Vol. VII Doc. 37.

Von "München" bis zum Kriegsausbruch

Die Außenpolitik Polens 1938 - 1939 entsprach seiner Staatskonzeption und Strategie. Gegen Ende des Jahres 1938 entzog sie sich "den Versuchen einer Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Reich".[1] Eine permanent anwachsende Krise, deren friedliche Beilegung durch Verhandlungen Polen ablehnte, war die Folge. Angesichts dieser Grundhaltung waren die deutschen Verhandlungsvorschläge, selbst noch jener vom 29. 8. 1939, der im Prinzip nicht weiter ging als jener vom 24. 10. 1938,[2] Waffenstillstandsangebote, "denn seit vielen Monaten hatte kein Frieden zwischen Deutschland und Polen bestanden".[3]
Außenminister Beck hatte sich im Oktober 1938 gewillt gezeigt, mit Hitler über Danzig und eine bessere Verbindung zwischen Berlin und Königsberg zu verhandeln.[*] Dennoch zögerte er bewußt diese im Prinzip unerwünschten Verhandlungen hinaus, weil er die britische Rüstung abwarten und eine internationale Konferenz vereiteln wollte. Daß ein Bündnis mit England noch fehlte, war für Beck kein Grund, sich den Verhandlungen mit dem Reich zu entziehen. Er forderte vielmehr mit seiner Kriegsdrohung, der Teilmobilisierung, dem Offensivplan, dem erneut verschärften Druck auf die Minderheiten sowie der Ankündigung, daß man zukünftig Deutschland strengstens für jede vom Danziger Senat unternommene Handlung verantwortlich machen werde (23., 26. und 28. März 1939), Deutschland noch vor Abschluß dieser vorbehaltlosen Garantie heraus, um seine unabhängige Großmachtpolitik zu demonstrieren. Allerdings hatte Beck bereits seit August und erneut im September 1938 die Zusicherung in der Tasche, daß Großbritannien Polen "in Danzig so viel wie möglich" unterstützen würde.[4] Gleichzeitig war auch seit Jahresende 1938/1939 die vorbehaltlose Sympathie der Regierung der USA für Polen offensichtlich, deren Diplomaten Polen "wahrscheinlich auch beeinflußt" haben.[5] Die Ablehnung des deutschen Verhandlungsvorschlages am 26. 3. 1939 war bewußt provokatorisch, denn es bestand kein Anlaß, sie mit Kriegsdrohung, Mobilmachung, verschärfter Minderheitenpolitik, mit dem "Erwachen der deutsch-feindlichen Stimmung unter den Polen der verschiedensten Gesellschaftsklassen und Kreise"[6] und schließlich mit der Annahme einer britischen Blanko-Vollmacht zu unterstreichen.
Die Behauptung, daß Hitlers Einmarsch in Prag am 15. 3. 1939 dieses Verhalten veranlaßt habe, ist nachweisbar falsch. Die polnische Führung, "die einzige, die nicht förmlich gegen die Besitzergreifung der Tschecho-Slowakei protestiert hat",[6] betrachtete die Errichtung des Protektorates — vollzogen mit Zustimmung der tschechischen Regierung! — n i c h t als Drohung gegen ihr Land. Hatte sie selbst doch nie an die Lebensfähigkeit der Tschecho-Slowakei geglaubt und zudem selbst mit Ansprüchen und Ultimaten nach der Münchener Konferenz auf die weitere Aufteilung dieses Staates hingearbeitet und die gemeinsame Grenze mit Ungarn als Ziel verfochten![7] Bereits am 27. 10. 1938 teilte der deutsche Botschafter in Warschau, v. Moltke, dem Reichsaußenminister mit:
"Wie ich bereits in meinem Bericht ... vom 14. Oktober 1938 erwähnt habe, versucht Polen die Slowakei zu bewegen, aus der politischen Union herauszubrechen, in der sie bis jetzt vereinigt ist." [8]
Außenminister Beck hat die schließlich durchgesetzte Selbständigkeit der Slowakei begrüßt und dieses Land schon am 15. März 1939 staatsrechtlich anerkannt.[9]
Polen berief sich deshalb in seinen Maßnahmen gegen Deutschland am 26. 3. 1939 auch nicht auf das deutsche Vorgehen in Prag; das hätte ja auch eine realistische Einschätzung der deutschen Macht bedeutet, die in Polen bis zum Kriegsausbruch nicht vorhanden war. Die polnische Führung hat im Gegenteil immer wieder Hitlers Friedenswillen, Hitlers Erkenntnis der bolschewistischen Gefahr und Hitlers

militärische Schwäche zitiert und damit nachzuweisen versucht, daß ihre Provokationen kein Risiko bedeuteten. Beck im Gespräch mit dem rumänischen Außenminister Gafencu im März 1939:

"Im Unterschied zu allen seinen Vorgängern ist sich Hitler der Realität der bolschewistischen Gefahr bewußt. Er schlug sich immer mit ihr. Ich weiß, daß gerade dieses für das neue Deutschland Hitlers das zentrale, hauptsächliche und entscheidende Problem ist, angesichts dessen alle anderen Probleme zweitrangig erscheinen. Wie wäre es hiernach möglich, daß Deutschland daran interessiert sein könnte, mit Polen zu kämpfen? Wenn die polnische Bastion fällt, wird das Tor Europas für die sowjetische Expansion offen sein. Wünscht etwa Hitler dieses? Ich weiß, daß er es nicht wünscht. Natürlich wünscht er Danzig zurück, aber niemals wird er sich bereitfinden, einen solchen Preis für die Erlangung der Freien Stadt zu bezahlen." [10]

Beck hatte ab Oktober 1938 mit Ribbentrop in der Absicht verhandelt, Hoffnungen auf eine Neuregelung im Sinne der deutschen Vorschläge zu wecken, dabei aber grundsätzlich keine Zugeständnisse zu machen. Diese Haltung, die schließlich mit Kriegsdrohung, Mobilmachung, verschärftem Druck auf die Minderheiten und der Annahme des britischen Blankoschecks im März 1939 ihren vorläufigen Höhepunkt fand, hat mit dem Inhalt der deutschen Vorschläge ebensowenig zu tun wie mit der deutschen Verhandlungsführung oder der deutschen Politik schlechthin. Sogar das polnische Weißbuch zur Vorgeschichte des Krieges bestätigte dies:

"Die polnische Regierung — wie auch andere Regierungen, die sich den Versuchen einer Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Reich bis Ende des Jahres 1938 nicht entzogen — ging von dem Grundsatz aus, daß sie nichts versäumen dürfe, was Europa den Krieg ersparen könnte." [11]

Diese Aussage stellt unmißverständlich fest, daß Polen und auch England ihre Haltung gegenüber Deutschland Ende 1938 geändert haben; sie lehnten — um es mit den Worten dieser polnischen Aussage milde auszudrücken — fortan eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich ab und nahmen "Versäumnisse" in den Friedensbemühungen in Kauf, sofern nicht diese "Versäumnisse" überhaupt die neue außenpolitische Grundlinie sein sollten! Das Ergebnis jedenfalls war, daß "viele ausländische Diplomaten in Warschau glaubten, Polen sei darauf aus, einen Krieg zu provozieren".[12] Bereits am 16. März 1939 berichtete der französische Botschafter in Warschau, Noél, seinem Außenminister:

"Andererseits entgeht niemandem das Erwachen der deutsch-feindlichen Stimmung unter den Polen der verschiedensten Gesellschaftsklassen und Kreise." [15]

Beck nahm die britische Blanko-Vollmacht am 31. 3. 1939 an und bot am 5. 4. 1939 seinerseits Großbritannien Hilfe auch für den Fall, daß Großbritannien - abgesehen von einem Angriff auf die britische Insel - irgendwelche Aktionen als Bedrohung seiner vitalen Interessen ansehen und mit militärischen Maßnahmen beantworten werde. Was hat den polnischen Außenminister bewogen, diesen waghalsigen Weg zu gehen, obwohl er selbst die Forderungen Londons - die Zusammenarbeit mit der UdSSR, die Annahme von sowjetischen Waffen für den Kriegsfall, den Abschluß eines Militärbündnisses mit Rumänien gegen Deutschland und Ungarn - ablehnte? Beck hatte erkannt,

"daß die Methode, mit der England diese Angelegenheit geregelt hat, es dreimal leichter machte, die Zustimmung Polens für fast alles das zu erlangen, was England wünschte." [14]

Beck wußte, daß Hitler ihn nicht bedroht hatte, und "glaubte nicht an Offensivabsichten Deutschlands".[15] Beck nahm an, daß Hitler Polen auch in Zukunft nicht bedrohen werde, da er

"im Grunde ein furchtsamer Österreicher sei, der keinen Krieg gegen einen entschlossenen und starken Gegner wagen würde." [14]
Beck hob in seinen Londoner Gesprächen am 4. - 6. April 1939 hervor, daß es "im Augenblick eine Art von Windstille" gebe, da "nach den jüngsten Ereignissen die deutsche Regierung beeindruckt worden sei durch die Reaktion, die sie in der Welt hervorgerufen habe".[16] (Bezug: Errichtung des Protektorates von Böhmen und Mähren am 15. 3. 1939). Beck wußte, daß seine Politik "Hitler und alle seine Führer wütend machen" müsse. Er spekulierte damit, daß Hitler dennoch "mit allen Anzeichen der Freundlichkeit" seinen Außenminister nach Warschau entsenden würde, den Beck kurz vorher noch als "gefährlichen Narren" zu charakterisieren beliebte. Beck glaubte angesichts der so bestellten Sachlage, daß er dann selbst "die Grenzen der Verhandlungen" oder die Auslösung des Krieges bestimmen könne, "bei dem Deutschland scheitern würde". Beck war
"mehr als glücklich über die britische Unterstützung, so wie sie gewährt wurde, d. h., daß es Polens Sache ist, zu bestimmen, wann England zu Hilfe zu kommen hat." [17]
Und die bereits am 5. 10. 1938 vom britischen Botschafter in Warschau ausgedrückten Befürchtungen,
"daß die jüngsten Ereignisse ihn (Beck) immer mehr ermutigen, irgendeinen Druck oder Rat von uns zu ignorieren", [18]
mußten sich mehr und mehr realisieren. Polen sollte nach den Vorstellungen Becks als europäischer Großmacht die Initiative in der politischen Entwicklung Europas zukommen. Beck wollte die Bedingungen stellen, wobei er mit Kriegsdrohungen schon zur Zeit vor der britischen Garantie nicht sparte. Und dieser "persönlich ehrgeizige und eitle Mann" mit den "wenig staatsmännischen Aspekten seines Charakters",[19] der selber bekannte, das deutsch-polnische Abkommen von 1934 schwer belastet zu haben,[20] fand den Partner, der bedenkenlos alle Vollmachten für diesen Kurs gab!
Das war Kriegsprovokation, die sich noch nicht einmal der Argumente eines "aggressiven" oder "weltherrschaftslüsternen" oder überhaupt nur "kriegswilligen" Hitlers bediente. Beck ging im Gegenteil von der Prämisse aus, daß Hitler keinen Krieg wolle, sich gar keinen Krieg leisten könne und deshalb auch die übelste Provokation des "entschlossenen" und kampfwilligen Polen einstecken und "mit allen Anzeichen der Freundlichkeit" seinen Außenminister nach Warschau entsenden müsse! — Und England reichte in Kenntnis dieser Motive und Kräfteverhältnisse die Hand für dieses Unternehmen, bereits lange Monate vor dem Höhepunkt der sich ständig verstärkenden deutsch-polnischen Spannung. Nach Kriegsausbruch dann von dem "Schutz der kleinen Nationen", vom Christentum, von "Bündnispflicht zur Bekämpfung eines Europa und die Welt bedrohenden Aggressors" zu sprechen, ist unüberbietbarer Zynismus.
Die unentwegte britische Ermunterung schon v o r der Garantie ist sogar von polnischen Diplomaten als Kriegswille erkannt worden:
"Es ist kindlich naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen, nur um den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains willfährig zu sein. Noch naiver wäre es anzunehmen, die polnische Regierung verstände nicht den wahren Sinn dieses Manövers und seine Konsequenzen." [21]
Diese schwerwiegende Anklage erhob der polnische Botschafter in Paris, Lukasiewicz, am 29. 3. 1939 in einem Bericht an seinen Außenminister. Diese Aussage, die nicht allein steht,[22] ist ein untrüglicher Beweis dafür, daß Polen bereits v o r Englands Blanko-Vollmacht ermuntert worden war, seine Beziehungen zu

Deutschland zu kompromittieren und einen Krieg zu entfesseln. Und die polnische Regierung verstand sich zeitig auf diese Sprache.
"Sofort nach der britischen und der unmittelbar darauffolgenden französischen Garantieerklärung beginnt in Polen eine wüste Hetze gegen Deutschland.
In den polnischen Zeitungen erscheinen Forderungen, die Stadt Danzig ganz zu besetzen.
Dann geht es noch weiter. Die polnische Armee soll in Ostpreußen einmarschieren und diesen Teil Deutschlands annektieren. Andere Zeitungen fordern noch mehr: Polens Grenze müsse bis an die Oder vorgeschoben werden. Auf Versammlungen werden Forderungen erhoben, die geradezu wahnwitzig anmuten. Nicht die Oder, sondern die Elbe sei Polens Westgrenze. Und Berlin sei keine deutsche Stadt, sondern eine alte slawische, eine alte polnische Ansiedlung! Polen beginnt mit der Teilmobilisierung, Plakate erscheinen an den Hauswänden: ‚Auf nach Berlin!' " [23]
Beck kompromittierte weiter: In seiner Note vom 26. 3. 1939 an den Reichsaußenminister hatte er die weitere Behandlung der deutschen Anliegen in Danzig als Kriegsgrund bezeichnet, was er seinen Londoner Gesprächspartnern Anfang April zur Kenntnis gab.[24] Beck, der noch am 20. 4. 1939 in Instruktionen an seine im Ausland weilenden Diplomaten festgestellt hatte, daß trotz der inzwischen wechselseitig in Kraft getretenen britisch-polnischen Garantie "kein Zeichen irgendeiner Hast von seiten Deutschlands" erkenntlich sei, hingegen aber eine "neue Welle von Gerüchten",[25] hielt am 5. 5. 1939, wenige Tage später also, vor dem Sejm eine Rede, die — da sie unehrlich war und die wahren Verhältnisse verfälschte — geradezu als Kriegserklärung wirken mußte. Mit dieser Rede schlug er jede, wie immer geartete Verständigung endgültig aus. Becks Ausspruch "Wir in Polen erkennen die Auffassung vom Frieden um jeden Preis nicht an" war angesichts der jüngsten deutsch-polnischen Verhandlungen und des deutschen Verständigungswillens an Zynismus und Kriegswillen kaum zu überbieten. Abgesehen von der unwahren Behauptung, Deutschland habe Forderungen ohne Gegenleistungen gestellt, ist auch folgende, die Geschichte verfälschende Darstellung für die aggressive Haltung Becks bezeichnend:
"Ich bestehe auf der Bezeichnung ‚Provinz Pommerellen'. Das Wort ‚Korridor' ist eine künstliche Erfindung, denn dies ist ein altes polnisches Land mit einem unbedeutenden Prozentsatz deutscher Kolonisten." [26]
Die polnische Öffentlidikeit reagierte mit Begeisterung auf diese Rede. Beck erhielt einen ganzen Stoß von Huldigungstelegrammen. Er wie die polnischen Militärs wußten um den Kurs, den diese Rede unmißverständlich proklamierte:
"Daß gerade die beiden verhältnismäßig so armen Länder Deutschland und Polen sich schlagen sollten, was letzten Endes doch nur im Interesse der reichen Länder gelegen sei." [27]
"Als im Frühjahr 1939 die von ihm (Beck) vertretene Politik des Ausgleichs mit Deutschland zusammenbrach, blieb Beck trotzdem im Amt und erlebte seine größte Popularität im polnischen Volke gerade in dem Augenblick, in dem er mit der Rede vom 5. Mai 1939 den endgültigen Bruch mit seiner bisherigen Politik vollzog." [28]
Die vorbehaltlose Garantie Großbritanniens hat die "polnische Führung blind gemacht gegenüber den praktischen Vorteilen einer Verständigung mit Deutschland". Hitler hatte keinen Druck auf Polen ausgeübt oder angedeutet, hatte keine Termine gesetzt und keine unzumutbaren Forderungen erhoben. Hitlers Politik entsprach zu jenem Zeitpunkt nach Becks eigener Aussage in London einer Art "Windstille". Und doch stellte sich der polnische Außenminister fortan an die Spitze der deutsch-feindlichen und kriegswilligen polnischen Öffentlichkeit, lancierte seinerseits aufputschende, unwahre Gerüchte ins Ausland[29] und unternahm nichts, um Ausschreitungen seiner

Landsleute zu verhindern oder einzuschränken.
"Der Kriegsausbruch vom 1. September 1939 erscheint nun in Polen als ein völlig unschuldig erlittener Überfall durch den übermächtigen deutschen Nachbarn, gewissermaßen als Schlag aus heiterem Himmel auf ein ahnungsloses Land, wobei ganz vergessen wird, daß Polen sich seit dem März in einer ständig gesteigerten Kriegsstimmung befand, daß in zahlreichen Aufsätzen und Leserzuschriften in Zeitungen der Krieg dringend gewünscht wurde, daß durch Aktionen, wie die der Meldung zu einem Kommando ‚lebender Torpedos' (nach mißverstandenem japanischem Vorbild) und durch Vorträge polnischer Offiziere, die die Qualitäten polnischer Soldaten in den Himmel hoben und die deutsche Ausrüstung als minderwertig bezeichneten, eine Stimmung der Siegeszuversicht erzeugt wurde, die von einem raschen Marsch nach Berlin träumen ließ." [30]
Nichts Vergleichbares ist in Deutschland 1939 aufzuzeigen! Es gab weder einen deutschen Politiker, noch einen deutschen Diplomaten, noch einen deutschen General, noch einen deutschen Publizisten, dem die Frage "Krieg oder Frieden" gleichgültig gewesen wäre. Dem polnischen Botschafter in Paris, Lukasiewicz, hingegen — und der polnischen Diplomatie — war diese Frage gleichgültig.[*] Dies mußte der französische Außenminister Bonnet feststellen, als er Lukasiewicz die Bedeutung der britisch-französisch-sowjetischen Militärgespräche auseinandersetzte.[31]
"Wir fürchten nichts. Rußland wird nicht erlauben, daß Deutschland uns anrührt, Deutschland wird Rußland daran hindern, uns etwas zu tun." [32]
Die Verleugnung jeder Furcht, wie sie zu Beginn des Jahres 1937 der polnische Staatspräsident Mosciki vertreten hatte, sollte im Jahre 1939 aggressive Untertöne erhalten. Sie gingen so weit, daß die polnische Führung bei der Demonstrierung ihrer Zielsetzungen wenig Rücksicht auf die "Weltmeinung" nahm und selbst die wenigen gutgemeinten Ratschläge von befreundeter Seite in den letzten Tagen und Stunden vor Kriegsbeginn hochmütig abwies.
So telegraphierte der britische Botschafter in Warschau am 2. 4. 1939 (kurz vor dem Besuch Becks in London) nicht ohne Grund seinem Außenminister:
"Die Hauptschwierigkeit besteht darin, daß die polnische Regierung hier darin versagt hat, die öffentliche Meinung dahingehend zu erziehen, daß irgendwelche Konzessionen notwendig sind." [33]
Dennoch zog man in London daraus keine Konsequenzen für die Erhaltung des Friedens.
Am 17. Mai 1939 schlossen die Vertreter Frankreichs und Polens eine Militärkonvention ab, in der sich der französische Generalstab verpflichtete, am 15. Tag nach Kriegsbeginn die "Siegfriedlinie" zu durchbrechen. Damit war der polnische Wunsch "zum Bewegungskrieg mit dem Einfall in Deutschland und Vorrücken nach Berlin"[34] der vorbehaltlosen Erfüllung nähergebracht worden. Auch der französische Außenminister Bonnet war sich an diesem Tag, als der polnische Botschafter Lukasiewicz ihn nötigte, die Geheimklausel — "daß Danzig für Polen von lebenswichtiger Bedeutung ist" — in die abzuschließende Konvention aufzunehmen, über die polnischen Absichten im klaren. Er schrieb hierzu in seinen Memoiren:
"Es schien mir, daß Becks feines Spiel darin bestand, die französisch-britische Verbundenheit auszunutzen, um den einen von uns mit Hilfe des anderen zum Abschluß immer umfassenderer und eindeutigerer Verpflichtungen hinzureißen." [35]
Die Krise wurde weiter zugespitzt, und die polnische Regierung weigerte sich, über ihre Beilegung zu verhandeln:
"Die Polen sahen der herannahenden Krise gleichmütig entgegen, vertrauend darauf, daß Hitler als Aggressor entlarvt werden würde, und daß dann die berechtigten Klagen über Danzig vergessen werden würden." [36]

Am 13. 6. 1939 empfahl der britische Botschafter in Berlin, Henderson, die Polen sollten
"etwas weniger über ihre Tapferkeit sprechen und etwas mehr über die Realitäten ihrer geographischen Lage nachdenken." [37]
Der Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, schrieb am 5. 7. 1939 an Roger Makins, einen britischen Völkerbundsdelegierten, in Basel:
"Bei den Polen setzte sich eine gefährliche Stimmung durch. Man gab vielfach zu, oder was schlimmer ist, man erklärte sogar, daß ein allgemeiner Krieg das letzte Heil für die Republik bedeuten würde. Man begann, was besonders gefährlich ist, sich mit dem Gedanken einer unvermeidlichen Katastrophe vertraut zu machen; maßlose Aussprüche fielen, und das Ergebnis von alldem war eine Art von psychischer Vergiftung in dieser unglückseligen Stadt, wo als Unglücksboten und Sturmvögel unzählige Schlachtenbummler einzutreffen begannen, die vielfach darauf aus waren, die Krise zu verschärfen, sei es durch persönliche Interventionen in dem lokalen Streit, sei es durch phantasievolle Reportagen." [38]
Auch in England kannte man diese Entwicklung! Nachdem im britischen Kabinett eine Erklärung hinsichtlich der britischen Polenpolitik entworfen worden war, die Mr. Chamberlain im Unterhaus verkünden sollte,
"bat Beck Halifax (an dem gleichen 5. Juli 1939), die kompromittierende Wendung zu streichen, in der er sagte, daß die polnische Regierung
'an solche Gespräche (mit Deutschland) objektiv, aber guten Willens herangehen würde'.
Die Wendung wurde ausgelassen, als Chamberlain am 10. Juli im Unterhaus sprach."[39]
Die britische Regierung hatte sich damit abgefunden und eingewilligt, daß Polen nicht verhandeln wollte. Ergebnis: Weitere Kriegsrufe in Polen. Chodacki, der polnische Generalkommissar in Danzig, jener Mann, der die polnische Politik an dem Brennpunkt der deutsch-polnischen Beziehungen vertrat, sprach wiederholt offen von Krieg, zum Beispiel als Danzig sich nicht aushungern lassen, sondern unter diesem von Polen ausgeübten Druck der Existenzvernichtung die Grenze nach Ostpreußen öffnen wollte.[40]
Am 10. August 1939 schrieb der streng zensierte "Kurier Polski":
"So wie Karthago vor 2.000 Jahren zerstört werden mußte, erhöben sich heute immer mehr Stimmen, die den Herrschaftsgelüsten Deutschlands über die Völker Europas ein für allemal ein Ende bereiten wollten ... Immer allgemeiner sei jetzt die Auffassung, daß ‚Karthago' zerstört werden müsse. Mit raschen Schritten nähere sich der Augenblick, in dem die Auffassung über die Notwendigkeit der Beseitigung des Pestherdes im Zentrum Europas Allgemeingut wird. Dann werde von Deutschland nur noch ein Trümmerhaufen übrigbleiben." [41]
Diese Forderung blieb in der polnischen Vorkriegspresse keine Einzelheit, sondern war Grundtenor einer streng zensierten Publizistik. Wenn zusätzlich namhafte Sprecher dieses Staates mit unablässigen kriegshetzerischen Reden das Volk aufputschten und offen annexionistische Ziele proklamierten, dann war das Kriegspolitik![41] Nicht derjenige kann als Schuldiger an einem Kriege gebrandmarkt werden, der als erster den militärischen Vormarsch befohlen, sondern jener, der langfristig seine gesamte Politik darauf abgestellt hat, den Gegner zum militärischen Eingreifen zu zwingen, und der im Innern seines Landes bereits den Krieg gegen die fremdvölkischen Minderheiten zum Dauerzustand gemacht hat!
Carl J. Burckhardt, der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, in einem Bericht vom 20. 12. 1938:
"Die Polen haben ein Gran Narrheit. Sie zerbrechen die Gläser um Mitternacht. Sie sind das einzige unglückliche Volk in Europa, das Sehnsucht nach dem Schlachtfeld

hat. Sie sind ruhmsüchtig und kennen darin kein Maß.
Es gibt Herrn Beck, aber es gibt auch die Armee und eine öffentliche Meinung, die wie Pulver entzündlich ist." [42]
Roger Makins berichtete am II. 6. 1939 über ein Gespräch mit Burckhardt:
"Burckhardt stellte gewisse Anzeichen von polnischem Imperialismus fest und erhielt den Eindruck, daß Polen sehr weitreichende Ziele verfolge." [43]
Der französische Botschafter in Berlin, Coulondre:
"Ihr Heil (Polens und Rumäniens) lag allein in der Aufrechterhaltung des Friedens, aber sie haben nichts getan, was dazu notwendig gewesen ware." [44]
Als Gegner Hitlers bekannte Historiker:
"Die Geschichte Polens in den letzten Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ist eine Geschichte von Heroismus und Narrheit."
"Auch gehorchte Polen zunehmend anti-deutschen Leidenschaften."
"Doch ist es kaum zu leugnen, daß die Polen bei jedem Konflikt die schärfste Reaktion wählen, die — den Krieg ausgenommen — möglich ist." [45]
"Polen hat in Überschätzung seiner Kräfte nicht alles versucht, um eine gewaltsame Auseinandersetzung zu verhindern." [46]
"Und Polen? In Polen schien der verhängnisvolle Pakt (mit Großbritannien) gar keinen Eindruck zu machen. Polen verharrte in trotziger Ablehnung (eines Gespräches mit Deutschland), die Presse überschlug sich förmlich in Kriegslust und Deutschenhaß, zum Beispiel erschien in diesen Tagen in einer westpolnischen Zeitung ein Aufsatz, in dem der bevorstehende Krieg mit einem Fußballmatch verglichen wurde. Höhnisch forderte die Zeitung die deutschen Spieler in die Schranken. Man werde ihnen schon zeigen, wie die Polen zu kämpfen verstünden. Und die Danziger könnten zusehen, wie ihre Landsleute geschlagen würden. Die Verhaftungen von Deutschen nahmen ihren Fortgang, über ihren Verbleib wurde keine Auskunft erteilt. Man kann es nicht anders sagen:
Polen tat alles, um den Nachbarn aufs äußerste zu reizen und ihn in seinem Kriegswillen zu bestärken.
Das Tollste war eine Postkarte, auf der die Westgrenze Polens zu sehen war, wie sie eigentlich verlaufen müsse. Sie lief an der Oder und Neiße entlang. Eine solche Anmaßung mußte auf deutscher Seite als Kriegsdrohung aufgefaßt werden. Bei den Deutschen in Polen erregte sie nur Spott. Wer konnte dergleichen ernst nehmen. Wer konnte damals ahnen, daß die Grenze einmal Wirklichkeit werden würde?" [47]
Die polnische Führung hat in jedem erdenklichen Bereich die Initiative zur ständigen Verschärfung der Krise ergriffen: in der Außenpolitik, in der Mobilmachung, den militärischen Absprachen mit Frankreich, in der Verdrängung der Minderheiten, in der Publizistik einschließlich Rundfunk- und Plakatpropaganda, in der Literatur, in dem öffentlichen Auftreten maßgebender Sprecher, in dem Vorgehen gegen Danzig, in der diplomatischen Brüskierung des deutschen Nachbarn, in den sich häufenden Grenzverletzungen ("Ilustrowany Kurjer« sprach am 7. 8. 1939 sogar von einem Wetteifern polnischer Einheiten, deutsches Wehrmachtsmaterial jenseits der Grenze zu zerstören und zu konfiszieren[48], in der Bereitstellung der Truppen zum Angriff, in offiziellen Kriegsdrohungen, in der auf dem Höhepunkt der Krise erlassenen Order an Lipski, "sich in keine sachlichen Gespräche einzulassen", und der schon am Tage vorher verkündeten Generalmobilmachung. Die artilleristische Beschießung der offenen deutschen Stadt Beuthen in der Nacht vom 31. August zum 1. September war ebenso wie die Affäre des Überfalles auf den Gleiwitzer Sender in dieser Ereigniskette zwar bezeichnend, wenn auch nicht entscheidend. Die Würfel waren zum Zeitpunkt der beiden letztgenannten Ereignisse bereits auf allen Seiten gefallen.
"In großen Teilen der polnischen Bevölkerung herrschte zuversichtliche

Kriegsstimmung."
"Polen hat nicht einmal den Versuch gemacht, Zeit zu gewinnen." [49]
Das polnische Vorgehen gegen Danzig und das Verhalten in den letzten Friedenstagen verdienen eine gesonderte Darstellung; sie ergänzt und bestätigt aber lediglich die Gesamthaltung der polnischen Außenpolitik im Jahre 1939 gegen Deutschland.

Quellenachweise :

[1] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 S. 5.
[2] Der polnischen Propaganda zufolge mußte Polen auf einen polnischen Abstimmungssieg in Westpreußen reflektieren.
[3] N. Henderson "Failure of a Mission" S. 245 und D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 741.
[*] Die Gründe für das deutsch-polnische Gespräch sind gesondert behandelt.
[4] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 72 und 152.
[3] H. Roos "Polen und Europa" S. 395.
[6] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 43.
[7] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 41.
[8] Doc. on German Foreign Policy 1918 - 1945 Vol. V Doc. 87.
[9] ADAP VI Dok. 4.
[10] G. Gafencu "Derniers jours de l'Europe" S. 70 - 71.
[11] Weißbuch der Polnischen Regierung S. 5.
[12] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 523 und 524.
[13] Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 73.
[14] Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 113, 118 und 119.
[15] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 196.
[16] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten« Bd. II S. 118.
[17] Foreign Relations of the United States 1939 Vol. I S. 113.
[18] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc. 137.
[19] ebenda Vol. II Doc. 206.
[20] ebenda Vol. II Doc. 312.
[21] Deutsches Weißbuch Nr. 3 — Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges Nr.11 S. 102.
[22] vgl. S. 287 ff.
[23] K. Zentner "IIlustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 64.
[24] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 579. Kennard an Halifax am 31. 3. 1939.
[25] W. Jedrzejewicz "Poland in the British Parliament 1939 - 1945" Bd. 1, S. 41 und 42.
[26] ebenda S. 48 und Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Dok. 77 S. 112.
[27] Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 216.
[28] Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/1954 S. 88. G. Rhode "Außenminister Joseph Beck und Staatssekretär Graf Szembeck".
[29] Foreign Relations of the United States 1939 Vol. 1 S. 101.
[30)]G. Rhode "Die deutsch-polnischen Beziehungen und ihre neuralgischen Punkte" in West-Ost Berichte II - III 1961 S. 97.
[*] C. J. Szembek "Journal 1933 - 1939" S. 434 - Auf einer Konferenz mit dem Außenminister am 24. 3. 1939 wurde die Linie der polnischen Außenpolitik dahingehend festgelegt, daß bei Beeinträchtigung der "Grenze unserer direkten Interessen und unserer normalen Bedürfnisse"- "wir uns schlagen werden".
[31] G. Bonner "Vor der Katastrophe" S. 252.
[32] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 353.
[33] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 605.
[34] D. J. Dallin "Soviet Russia's Foreign Policy" S. 36.
[35] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 223.
[36] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 249.
[37] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI S. 702.
[38] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 318 und ADAP VI Dok. 771.
[39] M. Gilbert und R. Gott "Der geschehene Frieden" S. 200 und Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 236.
[40] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 322.
[41] A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 127 - 128, 164 - 167, 231.
[42] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1, S. 394 und 401.

[43] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 36.
[44] R. Coulondre "Von Moskau nach Berlin" S. 414.
[45] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 9.
[48] H. Buchheim "Das Dritte Reich - Grundlagen und politische Entwicklung" S. 47.
[47] Posener Stimmen, Lüneburg, März 1964 S. 2 3.
[48] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 556.
[49] G. Rhode "Die Ostgebiere des Deutschen Reiches" S. 134.

Das polnische Vorgehen gegen Danzig

"Die ständigen Bestrebungen Polens um die Erweiterung seiner Befugnisse im Freistadtgebiet Danzig, die als Endziel die Aufhebung der Selbständigkeit verfolgten, führten zu dauernden Konflikten." [1]

Diese "ständigen Bestrebungen" gehen auf das Jahr 1919 zurück und gehören zu einem Teilbereich der territorialen Forderungen Polens. Sie sind im Jahre 1939 unablässig intensiviert worden. Nach Aussage des polnischen Generalkommissars in Danzig, Chodacki, vom Jahre 1939 wären 15 tausendseitige Bände erforderlich, um die Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen zu schildern.[2] Danzig, eine auch von der polnischen Regierung unbestritten als deutsch bezeichnete Stadt, wurde zwar nach außen durch den Versailler "Vertrag" in eine "Freie Stadt" umgewandelt, doch blieb von dieser "Freiheit" in Wirklichkeit nur wenig übrig. Die Rechte, die Polen seit 1919 in Danzig erhalten hatte, waren so weitgehend, daß Warschau maßgebenden Einfluß auf das Wirtschaftsleben und damit das politische Schicksal der Stadt ausübte:

Polen vertrat Danzig nach außen, somit auch im Völkerbund. Polen war in Danzig mit einem Gesandten, Deutschland und andere Staaten allenfalls mit Konsuln vertreten. Polen kontrollierte Danzigs Grenze einschließlich der nach Ostpreußen und setzte nach eigenem Ermessen die Zollsätze fest. Polen unterhielt in Danzig 23 Behörden, dazu ein eigenes Postamt. Polen verwaltete die Danziger Eisenbahn und war verantwortlich für die "Landesverteidigung" Danzigs. Polen unterhielt auf der Westerplatte innerhalb des "Freistadt"-Geländes ein militärisches Kontingent und ein Munitionslager.

Der Völkerbund, "Schutzherr" der Freien Stadt und ihrer Verfassung, bevollmächtigte einen auf jeweils 3 Jahre gewählten Hohen Kommissar, um äußere Eingriffe und innere Unruhen zu verhindern bzw. zu schlichten. Da seine Bemühungen um eine Vermittlung zwischen Polen und Danzig meistens scheiterten, hatte sich der Völkerbundsrat in Genf als oberste richterliche Instanz auf fast allen Sitzungen mit Danzig zu befassen. Dieser Völkerbundsrat besaß jedoch weder definitive Befugnisse noch die nötige Macht, um eine konstruktive Lösung durchzusetzen. Im Sommer 1936 schuf er ein sogenanntes "Dreierkomitee", dessen Mitglieder die Außenminister Englands, Frankreichs und Portugals (später Schwedens) waren. Auch Polen war als "Vertreter der außenpolitischen Angelegenheiten der Freien Stadt" Mitglied dieses Komitees, was durch das Verhalten des polnischen Vertreters schon damals zu einem paradoxen Zustand führte: "Die Rollen von Völkerbund und Polen erschienen vertauscht".[3] Dieses Dreierkomitee sollte den Völkerbundsrat von den Danziger Angelegenheiten entlasten. In Wirklichkeit waren England und Frankreich mit der Schaffung dieses Komitees noch stärker als bisher in Danzig engagiert worden. Fortan lief der Instanzenweg des Völkerbund-Hochkommissars direkt von und nach London und Paris. Diese Regelung war für alle Beteiligten unbefriedigend. Daher ist es nicht verwunderlich, daß die Hohen Kommissare des Völkerbundes in Danzig durchweg für eine Neuregelung der dortigen Verhältnisse plädierten, worunter sie die Rückgliederung Danzigs zu Deutschland verstanden, zumal der Vorwand Polens, einen Hafen zu benötigen, durch den Auf- und Ausbau Gdingens, die wirtschaftliche Drosselung Danzigs und die weitere Sicherung eines Freihafengeländes für Polen in Danzig längst hinfällig geworden war. Graf Manfredo Gravina, Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig von 1929 - 1932, hatte damals vorgeschlagen:

Ostpreußen durch eine Erweiterung des Danziger Territoriums nach Westen mit dem Reich zu verbinden;

den Völkerbund als Schutzmacht Danzigs mit den erforderlichen Voll-machten zu versehen;

Danzig von allen Beschränkungen durch Polen zu befreien (Bahn, Zoll, Wirtschaft,

Außenpolitik usw.);
Polen Gdingen einschließlich des umliegenden Gebietes sowie einen Frei-hafen in Danzig zu übertragen und diese Regelung mit einer Garantie des Völkerbundes zu sichern.[3]
Auch Carl J. Burckhardt hat im Jahre 1937 und später die Rückkehr Danzigs zu Deutschland als unerläßlich bezeichnet.[4] Doch auch er mußte seine Machtlosigkeit, die Zustände zu ändern, einsehen und zugeben, daß ihm von nicht unmaßgeblicher Seite sogar insgeheim nahegelegt wurde, von seinen Beschwichtigungsversuchen in Danzig abzusehen, da sie "schädlich" seien.[5] Seit 1935, als der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Warschau, Graf Szembek, in sein Tagebuch eintrug:
"Viele Leute haben ein Interesse an einer Verschlechterung der polnischdanziger Beziehungen, polnische Nationalisten ebenso wie deutsche Danziger Hitlerfeinde, Juden und Wirtschaftler des Hafens Gdingen," [6]
sind die gleichen Gruppen unentwegt in dem von Szembek bezeichneten Sinne tätig geblieben.
Der Vorschlag Hitlers an Polen vom 24. Oktober 1938 war wesentlich bescheidener als alle früheren Danzig-Forderungen deutscher und ausländischer Politiker. Er wurde — und dies bestätigen auch alle nachträglich zusammengetragenen Dokumente! — in der ehrlichen Absicht vorgetragen, die Beziehungen zum östlichen Nachbarn auf eine bessere und sichere Grundlage zu stellen. Hitler hat weder gedroht noch auch nur leise angedeutet, daß er die Durchsetzung seiner Wünsche nötigenfalls erzwingen werde. Auch von einer Fristsetzung war keine Rede. Im Gegenteil forderte Hitler bis zum Kriegsbeginn wiederholt den Danziger Senat auf, zurückhaltend zu sein, wobei er jedoch keinen Zweifel daran ließ, daß Danzig den Schutz des Reiches besitzt.[7]
Hitler hat sich nachweislich erstmals nach dem polnischen Ultimatum vom 4. 8. 1939 in die Danziger Vorgänge eingeschaltet, und zwar in der Form, daß er
a) Gauleiter Forster zur Berichterstattung nach Berchtesgaden aufforderte (10. 8. 1939) und befahl, "jeden neuen Zwischenfall in Danzig zu vermeiden, um die Dinge nicht zu komplizieren",[8]
b) Carl Burckhardt, den Völkerbundshochkommissar in Danzig, um Vermittlung bat,
c) Polen davon in Kenntnis setzte, daß Deutschland eine Aushungerung oder militärische Besetzung Danzigs durch Polen nicht dulden werde — ein Schritt, der dann in einer polnischen Erklärung vom 10. 8. 1939, solle er den polnischen Interessen schaden, als "Angriffsakt" bezeichnet wurde.[9]
"Hitler widersetzte sich keiner der polnischen Wirtschaftsbestrebungen, war aber entschlossen, dort - in Danzig - kein polnisches Regime zuzulassen." [10]
"Die Sudeten-Nazis, ebenso wie die Österreicher vor ihnen, vergrößerten die Spannung allmählich ohne Anleitung durch Hitler. In Danzig war die Spannung bereits vollständig; und Hitler, sofern er überhaupt etwas tat, hielt die örtlichen Nazis zurück." [11]
Der polnische Außenminister Beck hingegen betrieb seine Politik in Danzig "nicht wegen Danzig an sich, sondern aus Prinzip - Danzig sei eine Art Symbol geworden".[12]
Wie aber sah diese "Prinzip-Politik" Polens in Danzig aus? So urteilt der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz:
"Die These von einem 'spontanen' Erwachen des polnischen Nationalismus nach München hält der kritischen Betrachtung nicht stand. Die antideutschen Manifestationen mit der Forderung auf eine Annexion Danzigs und Ostpreußens durch Polen fanden an zu vielen und an zu weit voneinander entfernten Orten statt, der Boykott über die deutschsprachigen Geschäfte war zu gut synchronisiert, die Steinwürfe gegen die Fensterscheiben der deutschen Botschaft in Warschau und des

deutschen Generalkonsulates in Thorn fielen zeitlich zu sehr zusammen, um ihre Spontaneität wahrscheinlich werden zu lassen." [13]
Mit der Rückendeckung Großbritanniens forcierte Warschau seine Polonisierungskampagne gegen Danzig. Die Initiative zum Schlechteren lag wie so oft seit 1919 ausschließlich bei Polen. Und England "führte Polen auf diesen schmalen Gartenpfad".[14] Außenminister Beck gestand nach Polens Niederlage 1939 in seinem rumänischen Exil einem Freund:
"Niemand kann mit Aufrichtigkeit behaupten, daß Danzig der Kriegsgrund war." - Tatsache bleibt:
"Aber er hatte sich in den kritischen Monaten des Jahres 1939 genauso verhalten, als wenn es sich wirklich allein um Danzig gehandelt hätte." [15]
Die wichtigsten dieser Schritte:
Ende 1938 gab Polen Briefmarken heraus, auf der Danzig als polnische Stadt dargestellt war.[16]
"Am 2. Mai war die polnische Presse bis zu dem Punkt gelangt, daß sie forderte: ‚Danzig wird polnisch'. Bei der steigenden nationalistischen Leidenschaft, die aus Warschau sprach, waren die Aussichten für eine deutsch-polnische Übereinkunft gering." [17]
Am 5. Mai 1939 erklärte der polnische Außenminister Beck vor dem Sejm, dem polnischen Parlament:
"Die überwiegende Mehrheit der Danziger Bevölkerung ist heute deutsch, aber ihre Existenz und ihr Wohlstand sind vom Wirtschaftspotential Polens abhängig. Welche Folgerungen haben wir daraus gezogen? Wir haben uns immer auf den Boden der Rechte und Interessen unseres Seehandels und unserer Seepolitik in Danzig gestellt und stehen auch heute .entschieden auf diesem Boden." [18]
Entschieden auf diesem Boden stehen hieß, Danzig weiterhin wirtschaftlich und damit existentiell von Polen abhängig zu halten und diese Abhängigkeit noch zu vergrößern. Am 11. 6. 1939 erhöhte Warschau die Zollmannschaft in Danzig erneut. Die hiermit verbundene finanzielle Belastung hatte Danzig zu tragen. Diese Maßnahme war um so provozierender, als die Zahl der polnischen Zöllner in Danzig auf das Vierfache des Bestandes von 1929 angestiegen war, während im gleichen Zeitraum der Danziger Handel auf ein Drittel seines Umsatzwertes gedrosselt wurde.[19] Im selben Monat wurde die polnisch-danziger Grenze für Deutsche geschlossen. Nach offiziellen polnischen Zahlen wurden 1924 = 10,9 % der polnischen Überseetransporte auf dem Binnenwasserwege transportiert. 1937 waren es 4 %, 1938 = 2,3 %.20) Ende Juni 1939 versicherte der polnische Minderheirenführer im Danziger Volkstag, Budzynski, in einer Rede zum polnischen "Festtag der Seefahrt" in Gdingen seinen wenigen in Danzig lebenden Landsleuten, Danzig werde durch die Armee mit Polen vereinigt werden.[20]
Am 11. 7. 1939 berichtete Lord Halifax seinem Botschafter in Warschau über ein Gespräch mit dem kürzlich nach London zurückgekehrten polnischen Botschafter Fürst Raczynski:
"Oberst Beck ist sich bewußt, daß die polnische Öffentlichkeit zu erregt sei, so daß er sich genötigt sah, zu erklären, er wolle versuchen, den Ton zu dämpfen....
Beck gibt zu, daß sich in Danzig bisher nichts getan hat, was die Situation wesentlich geändert hätte, und daß Danzig weiterhin von Polen "commanded" wird. ...
Dennoch kündigte Beck an, die militärischen Vorbereitungen rund um Danzig zu verstärken. Beck fühlte, daß die Situation nicht unbegrenzt auf dem gegenwärtigen Geleise fortentwickelt werden könnte, da die Gefahr eines fait accompli bestand. ...
Obgleich er noch nicht zu einer definitiven Entscheidung gekommen ist, dachte sich Oberst Beck, daß vielleicht der beste Weg, ein Halt zu erreichen, der sei, sehr

sorgfältig einen ganz klaren Bruch der Verfassung von Danzig herauszusuchen, was von nicht zu gravierender Natur wäre, um eine gegenwärtige Explosion zu verursachen. Wenn ein Halt mit diesem sorgfältig gewählten Grund geboten worden ist, könnten die Danziger gezwungen werden, zum Rückzug zu trommeln. Oberst Beck hat eine gemeinsame Dreieraktion im Auge, nicht in Berlin, sondern in Danzig. Er hielt dies für geeigneter, da es den deutschen Kanzler nicht unmittelbar mit einem möglichen Verlieren des Gesichts konfrontieren würde, und es würde leichter für ihn sein, einen Rückzug aus Danzig zu verwirklichen.Oberst Beck wurde jedoch Widerstand entgegengesetzt, scharfe Noten ohne vorherige sorgfältige Überlegung abzusenden, da sie nur zu unglücklichen Ergebnissen führen könnten. Oberst Beck zog in der Tat keinerlei Gespräche über die Danziger Frage in Erwägung und dachte, daß ein Tauziehen (tug of war) wahrscheinlich notwendig sein würde, um die Position wieder herzustellen, da schon zu viele Brüche des Danziger Statuts vorlägen." [2l]
Obwohl die britische Regierung spätestens Mitte Juli 1939 noch einmal definitiv erfahren hatte,
a) daß Polen in Danzig aktiv zu werden und mit künstlich herausgewählten Gründen den dortigen deutschen Einfluß zu schmälern und im Endergebnis auszuschalten gedenke und
b) daß Hitler in der Danziger Frage keine Eile habe und bereit sei, über die Völkerbundsverbindungen zu verhandeln ("Wir nehmen Zuflucht zum Hohen Kommissar und nicht zu Genf selbst"),[22]
sandte sie kurz darauf gemeinsam mit den Franzosen eine Militärmission nach Moskau, um die bolschewistische Macht zum Kampf gegen das Deutsche Reich nach Europa hereinzuholen.
Ende Juli reagierte Polen auf die Anregung des Danziger Gauleiters, Forster, die in Danzig getroffenen militärischen Maßnahmen bei einer Entspannung fallenzulassen, in einer Weise, daß selbst Lord Halifax Warschau warnen ließ, die polnische Regierung solle jede "herausfordernde Feststellung, die deutsche Regierung werde schwach", vermeiden.[23] Doch auch dies sollte nicht viel nutzen.
Am 1. August 1939 unterband Warschau die bisher zollfreie Ausfuhr von Heringen und Margarine von Danzig nach Polen. Dieser Beschluß betraf 10 % des Danziger Handels. In welchem Maß er die ohnehin schon wesentlich eingeengten Lebensgrundlagen Danzigs untergrub, bedarf keiner näheren Ausführung. Der französische Konsul in Danzig unterrichtete seinen Außenminister am 1. August dahingehend:
"Da sich der Senat gegenüber den wiederholten polnischen Protesten in Sachen der Zollinspektion auf Stillschweigen beschränkt, hat die Polnische Regierung soeben wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen, die schwerwiegende Folgen nach sich ziehen könnten, getroffen ...
Diese Vergeltungsmaßnahmen sind völlig unerwartet gekommen und haben eine überraschende Wirkung, deren Widerhall in der Presse vom 31. Juli zu finden ist, erzielt. Die beiden Tageszeitungen protestieren heftig gegen die auf diese Weise hergestellte Verquickung einer wirtschaftlichen Frage mit der nach ihrer Ansicht rein politischen Frage der Zollinspektoren. Sie behandeln diese ganze Angelegenheit als eine Verletzung des bis zum 31. Juli 1940 gültigen Austauschabkommens, und bezeichnen wiederholt die polnische Haltung als ein 'direktes Eingreifen', worüber sie große Entrüstung an den Tag zu legen scheinen ..." [24]
Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da man in Polen sehr genau wußte, daß sich "der Senat bisher nie allzuweit hinausgewagt habe und irgendeine Drohung mit einer Zollunion mit Deutschland nicht allzu ernst genommen werden sollte". In der Unterredung hierüber vom 2. August gab der stellvertretende Staatssekretär im

Außenministerium, Arciszewski, dem englischen Botschafter Kennard zu verstehen, "daß die allgemeine Lage gegen Ende des Monats kritisch werden könnte".
"Er gab zu, daß die Lage sich binnen weniger Stunden von der politischen in die militärische Phase hinüberentwickeln könne ..." [25]
Im übrigen stand die wirtschaftliche Abschneidung Danzigs von Polen im grundsätzlichen Gegensatz zu den polnischen Deklamationen, daß Polen ohne Danzig nicht leben könne. Dieser Schritt zur Unterbindung des Handels mit Danzig - seit 1919 hatte Polen ohnehin diesen Handel laufend gedrosselt!- sollte also aggressiven Zielen dienen.
Am 4. August stellte Polen der "Freien Stadt" ein auf 17 Stunden befristetes Ultimatum und drohte unverzügliche Retorsionen (Vergeltung) und Repressalien für den Fall an, daß eine (angebliche, jedoch nicht erlassene) Anordnung des Senats hinsichtlich der Tätigkeit der polnischen Zollinspektoren nicht zurückgenommen und versucht würde, den Dienst der nunmehr bewaffneten polnischen Zollinspektoren zu erschweren oder zu behindern. Anlaß: ein Gerücht.
"Der französische Botschafter in Warschau ist der Ansicht, daß das polnische Vorgehen ein taktischer Fehler sei. Auch der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Professor Burckhardt, erklärt, daß das polnische Ultimatum vom 4. August alle Ansätze einer Entspannung zunichte gemacht habe. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Polen in diesem Punkte eine Auseinandersetzung auf die Spitze getrieben hat, der ohne Prestigeverlust und ohne sachliche Nachteile auch auszuweichen gewesen wäre." [26]
Am frühen Vormittag des 5. August wurde der Danziger Senatspräsident Greiser davon in Kenntnis gesetzt, daß die gesamte Lebensmitteleinfuhr gesperrt werde, falls sich Danzig dem Ultimatum vom Vortag widersetze. Greiser, der die Auffassung vertrat, "der Ton des Ultimatums, die kurze Befristung und der Inhalt der Drohung machen jede Antwort unmöglich", wandte sich an den Hohen Kommissar und erklärte sich bereit, dem Generalkommissar Polens, Chodacki, telephonisch den zum Anlaß genommenen Sachverhalt richtigzustellen und somit die Haltlosigkeit der Beschuldigung nachzuweisen.[27] Obwohl Chodacki zusagte, sich bei seiner Regierung zu bemühen, die telephonischen Erläuterungen als Verbalnote entgegenzunehmen, bestand er darauf, daß der Danziger Senat die "Erfüllung der polnischen Forderung" schriftlich bestätigte. Inzwischen war auch Burckhardt von Chodacki informiert worden, daß die Frauen und Kinder der polnischen Beamten in Danzig evakuiert würden. - Die polnische Regierung verletzte mit dieser Drohung, Danzig auszuhungern, ohne echten Anlaß die elementaren Lebensinteressen Danzigs und des Reiches. Der geheimen diplomatischen Korrespondenz ist zu entnehmen, daß von der polnischen Regierung,
"falls der Senat die polnische Note zurückgewiesen hätte, unter Umständen militärische Maßnahmen ergriffen worden wären." [28]
Polen hat die Krise noch weiter auf die Spitze getrieben, indem es das Ultimatum sowie die Aushungerungsdrohung, aber auch die Bewaffnung der polnischen Zollinspektoren nicht zurücknahm bzw. aufhob, obwohl nachgewiesen war, daß der für dieses Vorgehen herangezogene Vorwand unhaltbar war.
Am 6. August verkündete Marschall Rydz-Smigly in Krakau vor 150.000 Legionären,
"daß Polen entschlossen sei, ‚auf Gewalt mit Gewalt' zu antworten, und sich jedem Versuch, seine Interessen direkt oder indirekt zu verletzen, nachdrücklich widersetzen werde. Danzig, das seit vielen Jahrhunderten mit Polen verbunden sei, fügte er hinzu, sei die Lunge des polnischen Wirtschaftsorganismus, und die Warschauer Regierung habe in dieser Frage ihre Haltung klar und eindeutig definiert." [29]
"Danzig ist die Lunge Polens! Wir besitzen Freunde, die uns verstehen und ihre

Verbundenheit mit uns deutlich zum Ausdruck gebracht haben." Echo der Masse: 'Wir wollen Danzig haben'! " [30]
Die polnische konservative Zeitung "Czas" kommentierte diese Rede am darauffolgenden Tag dahingehend,
"daß, falls die Danziger Nazis versuchen sollten, eine vollendete Tatsache zu schaffen, 'die polnischen Kanonen donnern würden'." [29]
"Die Geschütze, die Polens Ehre schützen, sind auf Danzig gerichtet. Es sollen sich alle klar darüber sein, daß diese Geschütze schießen, wenn die Behörden der Freien Stadt entgegen den offensichtlichen Interessen der Danziger Bevölkerung Polen vor irgendwelche vollendete Tatsachen stellen wollen." [29]
Der polnische Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, zog an diesem 7. 8. aus seinen Gesprächen in Warschau den Schluß:
"Polen zieht Danzig dem Frieden vor." [31]
In dieser Atmosphäre beugte sich Senatspräsident Greiser dem polnischen Ultimatum, indem er, wie von Polen verlangt, es nicht nur mit der telephonischen Verbalnote bewenden ließ, sondern schriftlich antwortete. Daß diese Erklärung souverän abgefaßt und auch den deutlichen Protest gegen das Vorgehen Polens enthielt, ändert nichts an dem Tatbestand, daß es sich hierbei um ein "Zurückweichen" handelt. Auch der polnische Außenminister hat dies faktisch so verstanden, ebenso wie die Auslandspresse.[32] Beck
"sieht seine 'Politik der Festigkeit' durch den Ausgang der Danziger Krise bestätigt, wie der französische Botschafter in Warschau am 7. August 1939 an seine Regierung berichtet. Die Spanne möglicher polnischer Zugeständnisse sei jedoch so eng geworden, schreibt derselbe Botschafter am 8. August 1939, daß die geringste Unvorsichtigkeit genügen könnte, um schwere Folgen nach sich zu ziehen." [33]
Greiser gab, und auch dies ist ein Zeichen des Willens zum Ausgleich, dem Völkerbundshochkommissar vorher Kenntnis von der Danziger Note und holte dessen Rat und Zustimmung ein; ein Verfahren, das Polen bei seinem Vorgehen gegen Danzig nicht für notwendig hielt.
Am 8. August berichtete Botschafter Henderson seinem Außenminister:
"Diese Elemente, die dazu neigen, Deutschland zu demütigen, würden durch Presseartikel in England oder Polen bestärkt; besonders, da man hier (Berlin) fest der Meinung ist, daß Polen solche Herausforderungen ohne Englands Unterstützung im Rücken niemals wagen würde ...
Es mag sein, daß Demütigung für ihn (Hitler) willkommen ist, aber wenn diese gefährliche Politik nicht die der Regierung Seiner Majestät ist, so schlage ich ernstlich vor, daß sowohl in Warschau als auch in London das Äußerste getan werden sollte, um zu verhindern, daß Hitler in den nächsten paar Wochen in eine Lage getrieben würde, in der des Diktators Stolz ihm nicht mehr gestatten werde, langsamzutreten, selbst wenn er wollte." [34]
In einem anschließenden Bericht verweist er darauf, wie Pressekommentare in Warschau und London über die Rede Marschall Rydz Smigly‘s vom 6. 8. eine Beilegung des Konfliktes in Danzig vom 5. 8. ernstlich aufs Spiel gesetzt haben, und betont mit Nachdruck:
"Die Haltung der Polen erscheint mir höchst und unnötig gefährlich." [35]
Weiterhin unterrichtet Henderson am gleichen Tag den Staatssekretär im Foreign Office von einer Unterredung mit dem Widerstandsangehörigen Staatssekretär v. Weizsäcker. Dieser habe ihn gefragt:
"Lebt der polnische Botschafter oder ist er tot oder ist er gar nicht mehr in Berlin?" [36]
"Daraufhin habe ich den belgischen Botschafter gebeten, dies Botschafter Lipski zu

berichten, und dieser hat herausgefunden, daß Lipski Instruktionen erhalten hat, jegliche Kontakte mit den Deutschen zu vermeiden. Ich selbst sehe eine solche Haltung für zu dumm (for words) an, und ich weiß nicht, wie man in London darüber denkt. England sei zwar der öffentliche Feind Nr. 1, aber ich selbst würde einen solchen Kurs nicht vorschlagen. Ich werde mit dem Fürsten Lubomirski über den Artikel im Czas sprechen.
Tatsache ist, daß Lubomirski einer jener Angehörigen der polnischen Botschaft ist, .der die meisten meiner Kollegen durch das extrem Kriegerische seiner Bemerkung in Schrecken versetzt hat.
England würde nichts verlieren, wenn es keine Verringerung seiner Festigkeit zeige, und könnte viel gewinnen, wenn es Hitler die Chance gäbe, eine Friedensgeste zu machen, die er vielleicht suche. Man würde bei jeder Anklage verlieren, wenn man ihn dieser Chance beraube, da er seinem Volk beweisen könne, daß er sie gewünscht habe, und sie ihm nicht gegeben worden sei. Nicht nur die Deutschen, sondern auch die Italiener glauben, daß Polen noch in diesem Jahre eine Entscheidung erzwingen möchte, da es der Meinung sei, die britische Unterstützung könne sich mit der Zeit abkühlen." [38]
Am 9. August teilte die Reichsregierung Außenminister Beck mit, daß eine Wiederholung ultimativer Eorderungen an Danzig die deutsch-polnischen Beziehungen belasten werde, und daß das Embargo gegen Danzig die »Freie Stadt« zwingen werde, andere Ein- und Ausfuhr-möglichkeiten zu erschließen. Hitler hat hierin zwar bekundet, daß er Danzig zur Seite stehen werde, hat aber nicht gedroht.
"Diese (die polnische Regierung) erwiderte binnen 24 Stunden, ohne London oder Paris zu konsultieren, sie werde eventuelle Einmischungen der Reichsregierung in die Beziehungen von Polen und Danzig zum Schaden der polnischen Rechte und Interessen ‚als Angriffshandlung' betrachten. Diese Antwort - nachdem 20 Jahre lang zwischen Berlin und Warschau ständig Danziger Affären ausgefochten worden waren - zeigte, wohin wir gekommen waren." [37]
Diese polnische Note vom 10. August enthielt einen zusätzlichen Beweis dafür, daß Polen den Einfluß Deutschlands auf Danzig - auch für den Fall einer Aushungerung - völlig auszuschalten und dort aggressiv vorzugehen gedachte. Polen hat die Lage hiermit erneut verschärft, so daß sogar Lord Halifax am 15. 8. empfahl, "die polnische Regierung solle im Hinblick auf die Weltmeinung die Möglichkeit von Verhandlungen über Danzig prüfen und Hitler keinen Vorwand zum Handeln geben".[38] Auch Botschafter Henderson hatte die Tragweite dieser polnischen Note erkannt und "konnte nicht glauben", daß sich Hitler so ruhig verhalten würde, wie er es wirklich tat, als er von dieser Note erfuhr.[39] Die Polen indessen hatten - so gesteht Burckhardt - "die Absicht, einen gefährlichen Erfolg zu erringen, und sie haben nicht aufgehört, diesen Erfolg zu betonen." [40]
Und die polnische Regierung stand nicht allein: Am 13. 8. konnte Außenminister Beck dem Botschafter der USA in Warschau, Biddle, einen Bericht des polnischen Botschafters in London, Raczynski, vorlegen des Inhalts, daß die britische Regierung alle bisherigen Schritte Polens ausdrücklich gebilligt habe.[41] Daß sich die polnische Regierung hiermit erneut ermuntert fühlen mußte, versteht sich von selbst. Die Folgen blieben nicht aus.
Am 18. 8. bot der polnische Generalkommissar für Danzig, Chodacki, an, die Einfuhrbehinderungen für den Fall aufzuheben, daß - die inzwischen bewaffneten und wiederum verstärkten! - Zollbeamten und Grenzwachen ungehindert auf Danziger Territorium tätig sein dürften. Die Annahme eines solchen Vorschlages hätte die militärische Besetzung und damit Polonisierung Danzigs bedeutet. Danzig stand hiermit praktisch vor einem zweiten Ultimatum, das nur vier Möglichkeiten eröffnete:

a) zollpolitische Abschnürung und damit Ruinierung der Wirtschaft bzw. der Existenz auch für die Zukunft (seit 1. 8. waren entsprechende Maßnahmen Polens in Kraft!);
b) Einwilligung in die militärische Besetzung durch Polen;
c) Öffnung der Grenze nach Ostpreußen, um nicht ausgehungert zu werden; damit Inkaufnahme des von Polen für diesen Fall angedrohten Kriegszustandes;[42]
d) Hilfsersuchen an das Deutsche Reich und damit ebenfalls Inkaufnahme des von Polen für diesen Fall angedrohten Kriegszustandes.[43]
Der Danziger Senat fand sich mit der wirtschaftlichen Abschnürung ab und verhielt sich passiv. Ohne sich vom Danziger Senat zu verabschieden, verließ der britische Generalkonsul Shepherd am 24. 8. die Freie Stadt. Er sollte nicht mehr zurückkehren.[44] Die Berichte dieses Sachkenners hat Halifax nicht für eine Friedensregelung verwertet.
Am selben 24. August brach Polen die Verhandlungen in der Zollinspektorenfrage in Danzig ab.[44] Selbst wenn die in den ADAP abgedruckten Unterlagen, denen zufolge der Danziger Senat die Verhandlungen mit Polen "hinhaltend führen" sollte, authentisch sein sollten, berührt es seltsam, daß sich Polen keineswegs über diese Verhandlungsführung beschwert und eine Konkretisierung der Gespräche gefordert hat.[45] Mit dem Abbruch der Gespräche, der Weigerung, sich um einen Vermittler zu bemühen (z. B. Burckhardt oder die britische Regierung), und der Weigerung bis Kriegsbeginn, mit dem Danziger Senat oder der deutschen Regierung überhaupt über welchen Gegenstand auch immer zu verhandeln, schließlich mit den in Polen unmißverständlich zum Ausdruck gebrachten Annexionsforderungen hat Polen eindeutig sein mangelndes Interesse an diesen Verhandlungen bekundet und damit seine eigentlichen Absichten enthüllt.
Am 26. August 1939 abends riet Chodacki dem Völkerbundshochkommissar in Danzig, Carl J. Burckhardt, dringend, seine Familie zu evakuieren, "da Kampfhandlungen jeden Tag einsetzen könnten, und die Stadt bombardiert werden könne".[48]
"Die Lage wird auch dadurch noch verschlimmert, daß weithin das Verhalten des Danziger Senats als Zurückweichen gedeutet wird." [46]
In dieser Lageeinschätzung provozierte Polen weiter, hoffend,
"daß im Falle eines Krieges Unruhen in Deutschland ausbrechen, und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden." [47]
Seit Ende März 1939 lehnte die polnische Regierung jedes Gespräch mit der Reichsregierung unter Kriegsdrohung ab, kämpfte gegen jeden Kompromiß und verweigerte selbst auf dem Höhepunkt der Krise jede Geste eines Verhandlungswillens. Bereits am 27. Mai 1939 hatte Außenminister Beck Herrn Burckhardt den Eindruck vermittelt, "er erteile ihm Instruktionen, anstatt sich mit ihm über Zusammenarbeit zu unterhalten".[48] "Innerhalb der augenblicklichen Spannung sind", so erklärte Beck in dieser Unterredung mit Burckhardt, "Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau nicht möglich". Solche "Begründungen" können nicht den Mangel an Verhandlungsbereitschaft derjenigen entschuldigen, die diese Spannung geschaffen haben.
Danzig war, wie gesagt, nicht das einzige Ziel Polens, nicht das einzige Feld seiner Provokationen, sondern nur Mittel zum Zweck.[49] Polen nebst seinen englischen und französischen Freunden wollten der "Freien Stadt" die Freiheit nehmen, ihrer völkischen Bindung gemäß zu leben, ja sie bemühten sich, sogar ihre wirtschaftlichen Lebensgrundlagen weiter einzuengen. Dieses .Unterfangen wurde schließlich damit motiviert, daß die "Freiheit" der ganzen Welt von Hitler bedroht sei.
"Danzig ist deutsch. Allein schon die Wahlen beweisen dies. Ich habe die Ansichten berühmter Männer zitiert. Kein einziger kann leugnen, daß die große Mehrheit der

Danziger Deutsche sind oder daß sie wünschen, an Deutschland angeschlossen zu werden. Aber wenn die Polen das Gegenteil glauben, warum hält man keine Volksabstimmung unter englischer Kontrolle ab und hält sich an diese Entscheidung? Warschau würde, so wie mir dort gesagt wurde, eine solche Lösung verweigern, da man das Ergebnis im voraus kennt. Polen erklärten mir, daß dies kein fairer Test sei, seit sie Anspruch auf die Weichselmündung erheben. Aber ich habe mich mit solchen Ansprüchen in einem früheren Kapitel auseinandergesetzt, und kann nur wiederholen, daß solche Argumente gleichbedeutend wären, Deutschland das holländische Rheindelta zu geben oder das portugiesische Gebiet um den Tajo an Franko-Spanien. Es liegt kein Sinn in dem Kampf, eine Gruppe von Deutschen in Danzig daran zu hindern, sich einer anderen Gruppe von Deutschen im Reich anzuschließen. Es wäre das gleiche, England und Neu-Seeland daran zu hindern, eine einzige Regierung zu bilden, wenn sie dies wollten. Danzig als Stadt wurde von Deutschen gegründet. Daß Slawen, viele Jahrhunderte zurück, ein Handelszentrum auf dem Boden der gegenwärtigen Freien Stadt eröffnet haben mögen, ist kein Grund dafür, dieses Gebiet Polen zu geben. Die Serben sind auch Slawen, denn wir haben keinen Beweis dafür, daß die Polen die Nachkommen solcher Slawen sind. In der Tat, Historiker erklären, sie sind es nicht. Aber dieser Gesichtspunkt ist noch nicht einmal von akademischem Interesse. Wenn wir Ansprüche auf alte Tage der Besetzung gründen, können wir genausogut damit beginnen, die Ostküste Englands an Dänemark abzutreten, denn sie gehörte den Dänen lange nachdem die Slawen, die ein Handelszentrum auf Danziger Gebiet gegründet haben mögen, ausgezogen sind. Man stelle sich vor, Deutschland - oder Frankreich, Rußland oder Italien aus demselben Grund - würde Dänemark die Ostküste von England aus historischen Gründen garantieren! Die historische Seite des Argumentes könnte nicht geleugnet werden - aber seine äußerste Absurdität würde ganz Europa lachen machen." [50]

Quellennachweise :

[1] Chr. Höltje "Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919 - 1934" S. 43.
[2] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 89.
[3] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 30 - 31, 26 - 27 und 357.
[4] H. Roos "Polen und Europa" S. 296.
[5] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 104.
[6] J. Szembek "Journal 1933 - 1939" - ausführliche Besprechung dieses Buches in: NATION EUROPA 1959, Heft 5 S. 22.
[7] ADAP Bd. VII Nr. 188 Hitler sagt am 22. 8. den vorgesehenen Besuch des Kreuzers "Königsberg" in Danzig ab.
[8] Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 188.
[9] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Dok. 86.
[10] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 439 und 538.
[11] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 248.
[12] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II Dok. 49 S. 122 - Protokoll über Becks Gespräche in London am 4. 4. 1939.
[13] O. Abetz "Das offene Problem" S. 101. -- Abetz wurde 1940 nach dem Waffenstillstand mit Frankreich zum Botschafter in Paris ernannt.
[14] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 158. Der britische Botschafter in Berlin an seinen Außenminister am 22. 8. 1939.
[15] S. L. Sharp "Poland — White Eagle on a Red Field" S. 143.
[16] Michel-Katalog (Briefmarkenkatalog) und Deutsches Weißbuth Nr. 2 Dok. 198.
[17] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 563.
[18] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940, Nr. 77.
[19] Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 175.
[20] B. de Colonna "Poland from the Inside« S. 153.
[21] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 293.
[22] Blaubuch der Britischen Regierung Nr. 37.

[23] ebenda Nr. 38.
[24] Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 175.
[25] Blaubuch der Britischen Regierung Nr. 42.
[26] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 14. und Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 82.
[27] ADAP VI Dok. 774 Anm.
[28] Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 182 — Aussage Becks am 7. 8. 1939.
[29] ebenda Nr. 185 und Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 448.
[30] W. Ziegler "Wie kam es zum Kriege 1939?" ". 65.
[31] Ilustrowany Kurjer 7. 8. 1939 und New York Times 8. 8. 1939.
[32] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 585 und 588.
[33] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 15.
[34] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 585.
[35] ebenda Doc. 588.
[36] ebenda Doc. 594.
[37] E. v. Weizsäcker "Erinnerungen" S. 244 - 245.
[38] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 20 - 21.
[39] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 37.
[40] C. J. Burckhards "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 347.
[41] Foreign Relations of the United States 1939 Vol. 1, S. 214.
[42] ADAP VI Dok. 771 — 4. 8. 1939 und Dok. 773.
[43] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 86.
[44] ADAP VII Dok. 254 und Dok. 232.
[45] Dieser fehlende Gegenbeweis aus polnischen Unterlagen sowie die Tatsache, daß der in diesen ADAP-Akten genannte Veesenmayer als Unterzeichner im Wilhelmstraßenprozeß 1946 - 1949 von dem Anklagepunkt 1 ("Verschwörung gegen den Frieden") freigesprochen worden ist, da er "keine Kenntnis von Hitlers Angriffsplänen hatte" bzw. haben konnte, erregen Zweifel an der Echtheit dieser in den ADAP abgedruckten Unterlagen (Danzig in den letzten Friedenstagen betreffend). "Das Urteil im Wilhelmstraßenprozeß" S. 43.
[46] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 14.
[47] ebenda Bd. III S. 372 Botschafter Lipski am 31. 8. 1939.
[48] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 351 u. 299.
[49] S. L. Sharp "Poland - White Eagle on a Red Field" S. 143.
[50] B. de Colonna "Poland from the Inside" S. 149 - 150.
B. de Colonna war langjähriger Sonderkorrespondent für britische und neuseeländische Zeitungen, hatte außergewöhnliche Gelegenheiten zum Studium der osteuropäischen und besonders der polnischen Verhältnisse und hatte noch im Sommer 1939 Polen bereist.
Sein Buch ist im Herbst 1939 in London erschienen.

Hitlers Haltung gegenüber Polen

Grundsätzliche Haltung seit 1933

Obgleich der polnische Marschall Pilsudski allein im Jahre der Machtergreifung Hitlers - 1933 - dreimal geplant hatte, in Verbindung mit Frankreich das Deutsche Reich anzugreifen, obgleich ferner bis zu diesem Zeitpunkt fast die Hälfte der Volksdeutschen aus Polen vertrieben waren, obgleich die weiteren territorialen Forderungen Polens durchaus aggressiv geblieben waren, obgleich keine der Weimarer Regierungen bisher eine auch nur halbwegs freundschaftliche Annäherung an Polen hatte erreichen können - galt eine der ersten außenpolitischen Initiativen Hitlers dem Bemühen um ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschlands östlichem Nachbarn Polen. Die Friedens- und Freundschaftserklärung vom 26. 1. 1934 sah einen zehnjährigen Verzicht auf jede Anwendung von Gewalt sowie eine friedliche Regelung aller strittigen Fragen vor. Die Grenzfrage blieb ausgeklammert. Obwohl Hitler nicht den "Ostlocarno-Pakt"mit Polen abschließen, d. h. die von Versailles gezogene Ostgrenze des Reiches anerkennen konnte (auch keine der Weimarer Regierungen hat dies vermocht!), so hat er doch alles in seinen Kräften Stehende getan, um ein friedliches Nebeneinanderleben des deutschen und des polnischen Volkes für die Zukunft zu ermöglichen. Alle Dokumente bezeugen, daß Hitler dieses Abkommen aufrichtig und offen unterzeichnet und seine Außenpolitik in den nachfolgenden Jahren bis in den Hochsommer 1939 nach diesem Abkommen ausgerichtet hat bzw. seit dem 28. 4. 1939 bemüht blieb, die in dem Abkommen festgelegten Grundsätze auf einer den veränderten Verhältnissen (britisch-polnische Garantie, polnische Teilmobilisierung) angepaßten Grundlage neu zu regeln.

"Es ist vielleicht der erschütterndste Beweis für den festen Willen der deutschen Politik, dem Geiste des Vertrages von 1934 gerecht zu werden, daß alle diese Schikanen und alle diese offenkundigen Ungerechtigkeiten gegen das deutsche Volkstum im Raume des polnischen Staates zunächst mit Schweigen übergangen wurden.

Wenn man in Polen auch nur 50 % dessen für die deutsche Minderheit getan hätte, was in Deutschland gegenüber der polnischen Minderheit getan worden ist, dann wäre nicht jenes immer bitterer werdende Gefühl der Enttäuschung in der deutschen Öffentlichkeit entstanden."[1]

Deutsche Vorschläge zur Neuregelung der seit 1918 anstehenden Fragen sind stets von der Anerkennung der polnischen Interessen ausgegangen. Diese Haltung ging so weit, daß Hitler als erster deutscher Politiker seit der Versailler Grenzregelung grundsätzlich die Notwendigkeit eines freien Zuganges zur Ostsee für Polen zugestanden, Verzichte geleistet und militärische Gewaltdrohungen als Druckmittel für oder in Verhandlungen vermieden hatte. Das unbestrittene Grundmotiv Hitlers war jahrelang: Die Grenz- und Minderheitenfragen sind im Vergleich zu der Notwendigkeit eines Zusammengehens dieser beiden europäischen Völker unbedeutend.

Zeugnis für 1935:

"Die außerordentlich entgegenkommenden Formeln Hitlers und seine Andeutungen über die Notwendigkeit einer deutsch-polnischen ‚Freundschaft' im Falle einer ‚Gefahr' wiesen eindeutig auf das Gewicht, das er dem Beistand Polens gegenüber der französisch-sowjetischen Allianz vom 2. Mai beimaß." [2]

Zeugnis für 1936:

"Ribbentrop und Hitler selbst sahen das polnisch-deutsche Verhältnis nahezu ausschließlich unter dem Aspekt des damaligen Ausgreifens der sowjetischen Außenpolitik und betonten daher die Gemeinsamkeit der polnischen mit den deutschen Interessen." [3]

Zeugnis für 1936: Aufzeichnungen des polnischen Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt, Graf Szembeck, über eine Unterredung mit Hitler am 12. 8. 1936:
"Im Jahre 1933, als er die Macht übernahm, waren die Beziehungen zwischen Polen und Danzig sehr gespannt. Der Reichskanzler befahl dann ‚seinen Leuten', sich mit Polen zu verständigen. Man kann die Beschlüsse des Versailler Vertrages bedauern und sich damit unzufrieden zeigen, doch kann man trotzdem die sich aus ihm ergebenden Tatsachen in Rechnung stellen. Die Danziger Frage ist unbedeutend, verglichen mit der ungeheueren Größe der Probleme, die für eine Ausgleichung der polnischen und der deutschen Politik sprechen. Der durch den Reichskanzler an Danzig gegebene Befehl, mit den Streitigkeiten gegen Polen Schluß zu machen, stieß auf heftige Angriffe der Deutschnationalen, der Sozialisten und der Kommunisten, und zwar gleichzeitig in Danzig wie im Reich. Man beschuldigte den Reichskanzler, die gebieterischsten Interessen Deutschlands verraten zu haben. Aber der Reichskanzler kümmerte sich nicht darum; er wich keinen Schritt und verfolgte den Weg, den er sich vorgezeichnet hatte, nämlich den der unerläßlichen Verständigung mit Polen, weiter." [4]
Zeugnis für 1937: Aufzeichnungen über die Unterredung von Marschall Rydz-Smigly mit Feldmarschall Göring:
"Herr Göring erklärte, Reichskanzler Hitler habe ihm eingeschärft, seine mehr denn je feste Entschlossenheit zu betonen, seine Annäherungspolitik zu Polen fortzusetzen... Deutscherseits hegt man gar keine Absicht, Polen irgend etwas von seinem gegenwärtigen Gebietsstand wegzunehmen... Übrigens ist es völlig verständlich, daß ein starkes Polen mit einem Zugang zum Meer, mit welchem Deutschland seine Politik gemeinsam betreiben kann, viel notwendiger und für Deutschland viel vorteilhafter ist als ein schwaches und verstümmeltes Polen. Man gibt sich in Deutschland völlig Rechenschaft darüber, daß ein isoliertes Polen viel verwundbarer wäre; denn dann würden unbehindert russische Massen gegen die deutsche Grenze losgehen." [5]
Zeugnis für 1938: Hitler am 26. 9. 1938 im Berliner Sportpalast:
"Wir sehen ein, daß hier zwei Völker sind, die nebeneinander leben müssen, und von denen keines das andere beseitigen kann. Ein Staat von 33 Millionen Menschen wird immer nach einem Zugang zum Meere streben. Es mußte daher ein Weg der Verständigung gefunden werden.
Er ist gefunden worden und wird immer weiter ausgebaut. Das Entscheidende ist, daß die beiden Staatsführungen und alle vernünftigen und einsichtigen Menschen in beiden Völkern und Ländern den festen Willen haben, das Verhältnis immer mehr zu bessern." [6]
Zeugnis für 1939: Aufzeichnungen über die Unterredung Hitlers mit Oberst Beck in Berchtesgaden am 5. 1. 1939:
"In seiner Antwort erklärte der Reichskanzler, es gelte, in der Danziger Angelegenheit etwas ganz Neues zu finden, eine neue Form - er nannte sie 'Körperschaft'- , welche einerseits die Interessen der deutschen Bevölkerung, andererseits die polnischen Interessen garantieren würde. Der Reichskanzler versicherte ferner, der Minister könne völlig ruhig sein: in Danzig werde niemand vor vollendete Tatsachen gestellt, und nichts werde unternommen werden, was die Lage der polnischen Regierung schwierig gestalten könnte." [7]
"Jede polnische Division habe den Wert einer deutschen Division. Ein starkes Polen ist einfach eine Notwendigkeit." [8]
"Wir würden am Ende alle, Sieger und Besiegte, unter den gleichen Trümmern liegen; und der einzige, der Gewinn daraus zieht, würde Moskau sein." [9]
Oberst Beck bestätigte in der anschließenden Unterredung mit Reichs-außenminister v. Ribbentrop am 9. 1. 1939 in München, daß er die klare und feste Politik des

Reichskanzlers zur freundschaftlichen Verständigung mit Polen "mit aufrichtiger Genugtuung zur Kenntnis genommen" habe.[10]
Keines dieser Zitate ist willkürlich ausgewählt. Jedes ist typisch für die Haltung Berlins gegenüber Warschau. Für Polen dagegen ist kein entsprechendes Grundmotiv in all diesen Jahren nachweisbar.

Quellennachweise :

[1] F. Heiß "Deutschland und der Korridor" S. 296.
[2] H. Roos "Polen und Europa" S. 232.
[3] ebenda S. 244.
[4]- [7] Weißbuch der Polnischen Regierung 1940, Nr. 24, 29, 42, 48.
[8] - [9] Doc. on German Foreign Policy 1918 - 1945 Vol. V Doc. 193 S. 153 ff.
[10] ebenda S. 159.

Das Angebot an Polen vom 24. Oktober 1938
Gründe für die Wahl des Zeitpunktes
Das Projekt für eine Autobahn durch Westpreußen nach Ostpreußen reicht in das Jahr 1933 zurück:
"Der im Mai 1935 geäußerte Gedanke Hitlers einer verkehrstechnischen Lösung des Korridorproblems durch eine Eisen- und Autobahn gehört in dieselbe Reihe von Anregungen, die deutsch-polnischen Streitfragen zu entschärfen." [1]
Im Mai 1935 begann die Ausweich- und Verzögerungstaktik des polnischen Außenministers, obwohl er wie überhaupt die polnische Regierung spätestens seit 1937 eine grundsätzliche Regelung der Danzig-Frage für notwendig erachtet hatten.[2]
Daß die Versailler Bestimmungen nicht für alle Zeit das nachbarliche Verhältnis zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk belasten durften, d. h. daß eine Neuregelung auf irgendeine Weise zu irgendeinem Zeitpunkt notwendig war, müßte eigentlich jeder Sachkenner auch heute noch zugeben, so wie sich damals jeder Einsichtige dazu bereitfand.
Selbst die polnische Regierung hatte diese Notwendigkeit erkannt und eingestanden. Aus dem polnischen Memorandum an die deutsche Regierung vom 5. 5. 1939 läßt folgender Passus darauf schließen:
"2. Die Polnische Regierung hat seit mehreren Jahren vorausgesehen, daß die Schwierigkeiten, welchen der Völkerbund bei Erfüllung seiner Aufgaben in Danzig begegnete, eine verworrene Lage schaffen würden, die zu klären, im Interesse Polens und Deutschlands wichtig wäre. Seit mehreren Jahren gab die Polnische Regierung der Deutschen zu verstehen, daß es angezeigt wäre, über diese Fragen aufrichtige Verhandlungen einzuleiten; jedoch zeigte die Deutsche Regierung das Bestreben, sich dem zu entziehen, und beschränkte sich auf die Feststellung, daß die deutsch-polnischen Beziehungen wegen der Danziger Frage nicht in Schwierigkeiten geraten sollten. Außerdem hat die Deutsche Regierung der Polnischen Regierung mehr als einmal Zusicherungen bezüglich der Freien Stadt Danzig gemacht. Schließlich unterstrich die Polnische Regierung, daß ihre Haltung in der Frage der Verkehrserleichterung in Pommerellen von der Haltung des Reichs in bezug auf die Freie Stadt Danzig abhänge." [3]
Daß eine solche Neuregelung nicht abermals nur auf Kosten Deutschlands gehen konnte, versteht sich für jeden politisch denkenden Menschen von selbst. Hitler hielt es für angebracht, gegen Ende Oktober 1938 diese Themen erneut, vorsichtig und kompromißbereit ins Gespräch zu bringen. Verhandlungsgrundlagen zu schaffen, gehört zu den Obliegenheiten der Politik; die Wahl des Zeitpunktes bedarf des politischen Geschickes. Hatte Hitler den Zeitpunkt richtig gewählt? In der Tat hatte er

reichlich Veranlassung, die zweite Hälfte des Oktobers 1938 als günstige Gelegenheit für ein solches Gespräch mit Polen zu betrachten:
Ein Vierteljahr vor der deutschen Anregung, am 22. 7. 1938, hatte der polnische Außenminister Beck dem Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, erklärt:
"Ohne Druck und Drohung werden wir mit dem Reich noch über manche aus dem Versailler Vertrag übriggebliebene Schwierigkeiten reden können. Die hybride Gründung der Freien Stadt hat 1918 mit der Absicht stattgefunden, zwischen Polen und Deutschland dauernde Unstimmigkeiten zu schaffen." [4]
Oder an anderer Stelle:
"Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern." [5]
Fünf Wochen vor der deutschen Anregung, am 20. 9. 1938, ging der polnische Botschafter in Berlin, Lipski, einen Schritt weiter, indem er Hitler eine Regelung der Danziger Frage vorschlug. Die nachfolgende deutsche Initiative, zumal »in einer sehr freundlichen Form vorgetragen",[6] konnte demnach nicht ungewöhnlich erscheinen. Beck hatte Anfang Oktober in ein deutsches Kreditabkommen eingewilligt, das Polen ein Darlehen von 120 Millionen Zloty gewährte. Das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und Polen in jener Zeit war allen europäischen Mächten bekannt. Am 10. 10. ließ Beck in einem Interview mit der Hearst-Presse Gerüchte dementieren, daß Deutschland die Rückgliederung Danzigs gefordert hätte, und betonte, Friede in Europa sei nur bei einer dauernden Verständigung der Nationen mit Deutschland möglich.[7]
England und Frankreich betrachteten die polnische Haltung während der Sudetenkrise (Erwerb von Teschen) sowie die nachfolgende Tschechen-Politik Warschaus feindselig. Dagegen schienen die Beziehungen zwischen dem Reich und England sowie zu Frankreich gut, wenn auch schon scharfe offiziöse Mißtöne aus London seit der Münchener Konferenz durchgeklungen waren, deren Ausmaß und Bedeutung Berlin jedoch nicht kennen konnte. Die polnische Regierung ihrerseits befürchtete bei dem Vorgehen gegen die Tschecho-Slowakei ein Eingreifen der UdSSR und ließ für diesen Fall zumindest um wohlwollende Neutralität Deutschlands bitten.[8] Die sowjetische Drohnote vom 23. 9. 1938, den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt aufzukündigen, dazu das Zusammenziehen von mehreren sowjetischen Armeen an der polnischen Grenze gaben zu diesen Befürchtungen realen Anlaß.[9] Auch der polnische Botschafter in Washington, Potocki, bestätigte später, daß sich nach der tschechischen Krise Anfang Oktober 1938 die Beziehungen zwischen Polen und der UdSSR "sehr verschlechtert" hätten.[10]
Der unmittelbare Anstoß ging jedoch von dem polnischen Botschafter Lipski und dem deutschen Staatssekretär v. Weizsäcker aus -- also bezeichnenderweise weder von Ribbentrop noch von Hitler. Lipski unterbreitete im Auftrag seiner Regierung am 22. 10. 1938 dem Unterstaatssekretär Woermann das Ersuchen, die Reichsregierung möge die Übertragung der zum Staatsgebiet der Tschecho-Slowakei gehörenden Karpato-Ukraine an Ungarn unterstützen. Staatssekretär Weizsäcker, der diesen Vorschlag an Ribbentrop und Hitler weitergab, empfahl "ernsthaft zu prüfen", ob man "mit Polen nicht aus diesem Anlaß ein größeres Gespräch beginnen und von Polen Kompensationen fordern" solle, wobei er an Danzig und Memel dachte.[8]
Englands unmotivierte Abkehr von der soeben in München unterschriebenen

deutsch-britischen Friedens- und Freundschaftserklärung[11] hat Hitler mit veranlaßt, Deutschlands Beziehungen zu Polen neu zu klären. Er konnte hierbei nicht wissen, mit welcher Entschlossenheit vornehmlich Roosevelt die Weichen mit dem Ziel umgestellt hatte, jede weitere Maßnahme zugunsten Deutschlands -- unabhängig von der Rechtslage und ohne Rücksicht auf die friedliche Verhandlungsbereitschaft Hitlers -- zu vereiteln. Und Präsident F. D. Roosevelt besaß in der Tat jene Druckmittel, deren sich sein Sonderbotschafter Bullitt mehrfach in seinen diplomatischen Gesprächen vor Kriegsbeginn rühmte. Potocki, der polnische Botschafter in Washington, konnte am 21. 11. 1938 von einer Unterredung mit Bullitt berichten, Roosevelt sei der Ansicht,
"daß nur Stärke, und zwar am Schluß eines Krieges, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könne. Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können. Dann erst, wenn der Augenblick reif ist, wird man zu der letzten Entscheidung schreiten können." [12]
Roosevelt verfolgte mit dem "Wirtschafts- und Propagandakrieg gegen Deutschland", der in den Vereinigten Staaten bereits sechs Wochen nach der Münchener Konferenz -- und zwar unabhängig und ohne Kenntnis von den deutsch-polnischen Gesprächen! -- zu einer "Psychose wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917" geführt hat,[12] das Ziel, auch Polen und die UdSSR in eine anti-deutsche Front einzubeziehen.[13]
Hitler konnte, wie gesagt, dieses Treiben Roosevelts nicht voraussehen. Aus diesem Grund kann ihm ein Historiker weder die Aufnahme noch den Inhalt noch das Ergebnis der Gespräche mit Polen zur Last legen.

Quellennachweise :

[1] R. Breyer "Das Deutsche Reich und Polen 1932 - 1937" S. 334 und Doc. on German Foreign Policy 1918 - 1945 Vol. V Doc. 86.
[2] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 286 und 109.
[3] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 78.
[4] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 164.
[5] ebenda S. 24.
[6] H. Lebre "Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 44/45.
[7] Archiv des deutschen Auswärtigen Amtes Serie 52 a, 34476 zitiert bei: D. Hoggan «Der erzwungene Krieg« S. 195.
[8)]ADAP Bd. V Dok. 54 und Bd. IV Dok. 83.
[9] Doc. on German Foreign Policy 1918 - 1945 Vol. V. Doc. 106 und 108.
[10] Deutsches Weißbuch Nr. 3. Dok. 7.
[11] London kündete am 10. 10. 1938 die Aufstellung von 16 Heeresdivisionen, am 13. 10. die allgemeine Wehrpflicht an. Roosevelt teilte am 14. 10. der Presse ein umfangreiches Marine- und Luftwaffenprogramm, am 15. 10. die Lieferung von 400 Militärflugzeugen an England an.
[12] Deutsches Weißbuch Nr. 3 - Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Dok. 4.
[13] H. Roos "Polen und Europa" S. 395 zitiert: J. Szembeck "Journal 1933 - 1939" S. 381, 386, 389, 390, 404.

Verlauf der Verhandlungen
So groß war die Vorsicht Hitlers, als er im Oktober 1938 Ribbentrop veranlaßte, das von Lipski angeregte und von Weizsäcker ausgeweitete Gespräch fortzuführen, daß der polnische Außenminister noch Jahre später überzeugt war, die Initiative für diese Verhandlungen sei von Ribbentrop und nicht von Hitler ausgegangen.[1] Die deutsche Verhandlungsgrundlage wurde mündlich vorgetragen; damit war die vorsichtigste

diplomatische Form gewählt, die jeden Rückzug ohne Prestigeverlust ermöglichte. Die Reichsregierung hat mit diesen Vorschlägen keine Forderungen gestellt, keine Frist gesetzt, keinen Druck ausgeübt, keine Beeinträchtigung der polnischen Souveränität, keine Verletzung der polnischen Ehre, keine Demütigung Polens beabsichtigt. Der deutsche Vorschlag sah eine Stärkung des deutsch-polnischen Freundschaftsverhältnisses und der europäischen Abwehrbereitschaft gegen den Bolschewismus vor.
Inhalt:
Danzig kehrt als Freistaat in den Rahmen des Deutschen Reiches zurück. Deutschland erhält eine exterritoriale Straße und eine Eisenbahnlinie durch Westpreußen. Dafür erklärte sich Hitler bereit:
a) Polens wirtschaftliche Rechte in Danzig einschließlich eines Freihafens zu sichern,
b) die bestehenden Grenzen zwischen Polen und Deutschland als endgültig anzuerkennen,
c) einen 25jährigen Nichtangriffspakt mit Polen abzuschließen,
d) gemeinsam mit Polen und Ungarn die Slowakei zu garantieren, wodurch das Reich auf seine Vormachtstellung in diesem Raum verzichtete,
e) Polen im Falle eines sowjetischen Angriffs militärisch zu unterstützen.
Außenminister Beck hatte monatelang weder an der Form noch am Inhalt des deutschen Vorschlages Anstoß genommen, wenn er auch nicht gewillt war, "von der Versailler Kriegsbeute auch nur einen Brosamen herauszugeben".[2] Auch Beck hatte monatelang den Inhalt der Gespräche mit der Reichsregierung geheimgehalten und in den westlichen Ländern bereits "Befürchtungen" über ein deutsch-polnisches Zusammengehen erweckt.[3] Es ist bezeichnend, daß Beck sogar von sich aus eine Neuregelung der Danziger Frage für notwendig hielt. Am 31. Oktober 1938, eine Woche nach Kenntnisnahme der deutschen Vorschläge, erteilte er seinem Botschafter in Berlin, Lipski, Instruktionen. Punkt 4 b lautete:
"Nach Auffassung der Polnischen Regierung sollte sich das etwaige Abkommen, welches die Festigung der guten Nachbarschaft beabsichtigt, zum Ziel setzen:
a) ....
b) eine solche Regelung der Frage der Freien Stadt Danzig, daß in Zukunft die unaufhörlichen Schwierigkeiten technischer und psychologischer Natur verhindert werden, wie sie sich aus den auf dem Boden Danzigs entstandenen Reibungen ergeben. Die Frage der Freien Stadt wird akut, denn beim gegenwärtigen Zustand, wo sich der Völkerbund recht weitgehende Vorrechte vorbehält und keine Möglichkeiten bietet, seine Aufgabe in einer der Freien Stadt und den polnischen Belangen nützlichen Weise zu erfüllen, zeigt sich die Notwendigkeit einer freien und offenen Prüfung dieses Problems durch die Polnische und die Deutsche Regierung." [4]
Kurz darauf erklärte der polnische Außenminister offiziell, "Polen führe über Danzig und den Korridor keine Verhandlungen".[5] Intern dagegen teilte er dem Völkerbundshochkommissar Burckhardt am 21. 11. 1938 mit, daß Polen die Freie Stadt nicht mehr politisch vertreten wolle, sondern nur noch ein wirtschaftliches Interesse an Danzig habe.[6] Die Absicht, die dieser Mitteilung zugrunde lag, schien offensichtlich: Hitler von Becks eigentlichen Vorhaben zu unterrichten, daß er den Vorschlag Weizsäckers aufzugreifen gedenke, indem er die Frage der Karpato-Ukraine mit jener Danzigs koppeln und dort bereits schrittweise nachgeben wolle. Auch weiterhin wurde Hitler in dem Glauben bestärkt, daß Beck ehrlich ein Gespräch über diese Fragen wünschte, zumal dieser am 5. Januar 1939 Hitler auf dem Obersalzberg zu verstehen gab,
"er wisse die deutsche Einstellung sehr wohl zu würdigen und wolle das Problem gern

einmal in Ruhe überlegen." [5]
In Wirklichkeit hatte der polnische Außenminister jedoch keine diplomatische Neuregelung ins Auge gefaßt. In der zweiten Januarhälfte 1939 fuhr Reichsaußenminister von Ribbentrop nach Warschau und unterstrich den Wunsch Hitlers auf ein enges Zusammengehen mit Polen. Wie der polnischen Regierung bereits angedeutet, könne er in einem deutsch-polnischen Defensiv-Bündnis im Rahmen des Anti-Komintern-Paktes und der Garantie der derzeitigen Grenzen, d. h. in dem endgültigen Verzicht Deutschlands auf Posen-Westpreußen und Ostoberschlesien sowie in einer 25jährigen Nichtangriffsgarantie Erfüllung finden.
"Wie zurückhaltend und berechtigt diese (deutsche) Forderung (Rückgliederung Danzigs und exterritoriale Verkehrsverbindung nach Ostpreußen) ist, zeigt am besten der Vergleich mit den Forderungen, die die deutsche Opposition um Goerdeler später im Krieg stellt, zu einer Zeit, da sich das Kriegsglück längst von Deutschland gewendet hat: Goerdeler fordert die Wiederherstellung der Reichsgrenzen von 1914." [7]
Das Bemühen des Reichsaußenministers um ein gutes Verhältnis mit Polen ist unbestreitbar. Der französische Außenminister Bonnet schrieb zu diesem Besuch Ribbentrops in Warschau:
"Nichts an dieser Rede (v. Ribbentrops) war alarmierend. In Paris beunruhigten sich sogar einige Leute angesichts der Herzlichkeit der gewechselten Worte: War das nicht ein Anzeichen, daß Polen sich anschickte, zu unserem (französischen) Schaden seine Verbindung zu Deutschland zu festigen?" [8]
Am 30. 1. 1939 bestätigte Beck dem französischen Botschafter in Warschau, Noél, *"daß er mit seinem Gesprächspartner (Ribbentrop) völlig über die Notwendigkeit und Möglichkeit einig gewesen sei, die gegenwärtigen und zukünftigen Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern in dem Geist gut nachbarlicher Beziehungen, der die Grundlage des Vertrages von 1934 bildet, zu ordnen."* [9]
Hitler bedachte in seiner Reichstagsrede vom 30. 1. 1939 Polen mit versöhnlichen Worten, trotz der Ergebnislosigkeit des Ribbentrop-Besuches in Warschau. Die deutsche Presse blieb nach wie vor angewiesen, keine mißliebigen Berichte über Polen zu veröffentlichen. Hitler befahl dem Auswärtigen Amt sowie dem Danziger Senat, ungeachtet aller Provokationen zurückhaltend zu bleiben.
"Zusammenarbeit mit Polen war noch immer das deutsche Ziel; Danzig lediglich die Sicherheit hierfür. Hitler selbst dachte dies. Am 25. 3. 1939 erließ er die Weisung: »Der Führer wünscht nicht, die Danziger Frage gewaltsam zu lösen. Er wünscht nicht, Polen hiermit in die Arme Großbritanniens zu treiben. Eine mögliche militärische Eroberung Danzigs könnte in Betracht gezogen werden, n u r wenn L (Lipski) eine Andeutung geben werde, daß die polnische Regierung eine freiwillige Abtretung Danzigs gegenüber ihrem eigenen Volk nicht rechtfertigen könnte und daß ein fait accompli ihr eine Lösung leichter machen würde.«
«Am 26. März kehrte Lipski nach Berlin zurück. Er brachte die feste Weigerung mit, bezüglich Danzigs nachzugeben, wenn auch keine Weigerung zum Verhandeln. Bis zu diesem Augenblick hatte sich alles im Geheimen abgespielt, ohne einen öffentlichen Hinweis auf die deutsch-polnische Entfremdung. Nun drang es an die Öffentlichkeit. Beck rief polnische Reservisten zu den Waffen, um seine Entschlossenheit kundzutun. Hitler, um die Dinge auszugleichen, wie er vermutete, erlaubte der deutschen Presse erstmalig, über die deutsche Minderheit in Polen zu schreiben." [10]
Warschau erklärte sich lediglich bereit, den Völkerbundskommissar in Danzig abzuschieben und für diesen Fall den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen zu erleichtern. Diese Erwägung mußte nach dem Eingeständnis Becks ein "kompliziertes System" zur Folge haben.[11] "Jede andere Lösung", so wurde Lipski bereits am 31.

10. 1938 instruiert, "müßte unweigerlich zu einem Konflikt führen".[11] Diese Antwort bedeutete: Entweder bedingungslose Annahme des polnischen Vorschlages oder vorbehaltlose Duldung des sich ausweitenden Einflusses Polens in Danzig unter den unverändert beibehaltenen Satzungen, die der unfähige Völkerbund "zu garantieren" hatte -- oder als dritte Möglichkeit: Krieg! Verbesserungen wollte Warschau in Danzig nicht bieten, Veränderungen nur auf Kosten Deutschlands zustimmen. Die Reichsregierung hatte sich fortan der Drohung zu unterwerfen, daß "Deutschland in Zukunft strengstens für jede vom Senat Danzigs unternommene Handlung verantwortlich gemacht werde".[12]
"Nur Danzig verhinderte eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen. Aus diesem Grund wünschte Hitler es aus dem Wege zu räumen. Aus genau dem gleichen Grund hielt Beck diesen Streitpunkt aufrecht (Beck kept it in the way). Es kam ihm nicht in den Sinn, daß dies einen fatalen Bruch verursachen könnte." [13]
Beck dramatisierte den sachlich nicht gerechtfertigten Abbruch des Gespräches mit Deutschland weiter durch die Annahme und wechselseitige Ausweitung der britischen Blanko-Vollmacht am 31. 3. und Anfang April 1939 anläßlich seines Besuches in London. Hiermit nicht genug: Am 5. Mai 1939 erklärte er vor dem Sejm die deutschen Zugeständnisse für wertlos, für nicht ernst gemeint. Beck verschwieg in dieser Rede, daß er sich an deutschen Zugeständnissen überhaupt nicht interessiert gezeigt hatte.
"Ein Staat mit Selbstachtung macht keine einseitigen Zugeständnisse. Wo bleibt denn die Gegenseitigkeit? Den deutschen Vorschlägen geht in dieser Hinsicht jede Klarheit ab." [14]
Dies wagte der polnische Außenminister in dieser Rede am 5. Mai zu erklären, obwohl Hitler bereits eine Woche vorher vor dem Reichstag am 28. 4. den genauen Inhalt seines Vorschlages einschließlich der präzisen Zugeständnisse der Weltöffentlichkeit mitgeteilt hatte! Beck disqualifizierte nunmehr bereits Andeutungen über deutsche Zugeständnisse als "Verletzung der Ehre Polens", deren Wahrung wichtiger als der Friede sei.
Die erst nach dem Krieg bekanntgewordenen Geheimakten bestätigen, daß diese schroffe Haltung des polnischen Außenministers, der polnischen Öffentlichkeit und der polnischen Militärs gegenüber den Anregungen Ribbentrops nicht durch den Inhalt oder die Form des deutschen Vorschlages hervorgerufen worden war, sondern durch den Wunsch Becks, "Großmachtpolitik" zu betreiben, Hitler zu provozieren und selbst die Bedingungen für die Zukunft der europäischen Staatenwelt zu stellen.[15]
Beck wußte sich in diesem Wunsch bereits einig mit der britischen Regierung, erklärte er doch in der gleichen Rede:
"Wenn es möglich war, rasch zu einer Festlegung der Grundsätze einer polnisch-englischen Zusammenarbeit zu gelangen, so ist das hauptsächlich dem Umstand zu danken, daß wir deutlich eine Übereinstimmung der Absichten der beiden Regierungen in den großen europäischen Fragen feststellten." [14]
Welcher Art die "Absichten der beiden Regierungen" waren, darüber belehren uns die diplomatischen Dokumente.[15]
Der britische Botschafter in Berlin, Nevile Henderson, am 26. 4. 1939 in einem Privatbrief an seinen Außenminister:
"Wenn Danzig vor sechs Monaten an Deutschland gefallen wäre, würde kein Hahn danach gekräht haben, und ein exterritorialer Korridor durch den Korridor hindurch ist eine durchaus gerechte Regelung. Wenn Schottland von England durch einen irischen Korridor getrennt wäre, würden wir mindestens so viel verlangen, was Hitler jetzt verlangt. Wenn man diese Forderungen an und für sich betrachtet, würde es etwas Schlechtes sein, in einen Weltkrieg wegen solcher Punkte hineinzutreiben....

Ich kann mich nicht dazu bringen, zu glauben, daß die Politik einer Machtprobe jetzt anstatt später irgendeine moralische oder praktische Rechtfertigung hat." [16]
»Nach Aussage meines belgischen Kollegen betrachten fast alle diplomatischen Vertreter hier das deutsche Angebot als ein überraschend günstiges. Der holländische Gesandte, der amerikanische Geschäftsträger, mein südafrikanischer Kollege haben zu mir in diesem Sinne gesprochen..."
"Er müsse gestehen, daß in seinen Augen der Vorschlag eines Korridors durch den Korridor, als Göring ihn einmal erwähnte, zu gut war, um wahr zu sein." [17]
Derselbe Henderson in einem Schreiben vom 26. 7. 1939:
"Es schien mir in der Tat immer unvermeidlich, daß Memel und Danzig in der einen oder anderen Weise -- auf der Basis der Selbstbestimmung, und sie sind praktisch ganz deutsch -- auf die Dauer von den Versailler Fesseln befreit werden und zum Reich zurückkehren müssen." [18]
Ein deutscher Historiker, der alles andere ist als ein Freund Hitlers:
"Es ist in der Tat schwer zu bestreiten, daß keine deutsche Regierung weniger fordern konnte, als es Hitler in seinen Vorschlägen tat." [19]
Ein us-amerikanischer Historiker faßt zusammen:
"Ribbentrop und Hitler hatten im Oktober 1938 eine Regelung vorgeschlagen, die für Deutschland sehr viel weniger günstig war als Punkt 13 des Wilson'schen Programms. Diese Regelung zielte nicht darauf, Deutschland die Stellung wiederzugeben, die es behalten hätte, wenn von den alliierten Mächten der Waffenstillstandsvertrag nicht verletzt worden ware....
Nach den in Frage stehenden Grundsätzen des internationalen Rechts stellt dieses exterritoriale Unternehmen eher eine reine Dienstleistung als eine tatsächliche Souveränitätsübertragung dar. Die Deutschen hätten damit lediglich ein Sonderrecht innerhalb eines unter polnischer Oberhoheit stehenden Gebietes erhalten.
Hitlers Angebot vom Oktober 1938 war der vernünftigste Vorschlag, den Polen seit 1918 von Deutschland erhalten hatte.
Vielmehr war es eher die Ungeduld der polnischen Führung als die Hitlers, die im März 1939 den Abbruch der Verhandlungen herbeiführte.
Hitler war auch willens, seine ursprünglichen Vorschläge etwas einzuschränken und auf die längs der Autobahn verlaufende Eisenbahnstrecke nach Ostpreußen zu verzichten.
Es wäre etwas anderes gewesen, wenn Beck zu dieser Zeit genauso offen mit Hitler über Danzig gesprochen hätte. Hitler hätte dann gewußt, woran er war, bevor er sich vor eine polnische Mobilmachung und eine britische Einkreisungspolitik gestellt sah." [20]

Quellennachweise :

[1] J. Beck "Dernier Rapport" S. 182 ff.
[2] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 560.
[3] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 207.
[4] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 45.
[5] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten« Bd. 1 S. 324 u. 405.
[6] Doc. on German Foreign Policy 1918 - 1945 Vol. V Doc. 102.
[7] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 60. und R. Breyer "Carl Goerdeler und die deutsche Ostgrenze" S. 198 - 208.
[8] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 175.
[9] Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 42.
[10] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 210.
[11] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 45.
[12] Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 211.
[13] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 196.

[14] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 77.
[15] Foreign Relations of the IJnited States 1939 Vol. 1 S. 113.
[16)] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten« Bd. II S. 200.
[17]) ebenda Bd. II S. 242, 256.
[18] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939, Vol. VI Doc. 460.
[19] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 231.
[20] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 342, 343, 354.

Punkt 13 des Wilson'schen Programms lautete: "Errichtung eines unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meer; die politische und ökonomische Unabhängigkeit des polnischen Staates sowie dessen territoriale Integrität sollen durch internationalen Vertrag garantiert werden."
Wilson hat sein "Programm des Weltfrieden?" am 8. Januar 1918 verkündet und unter "Zugang Polens zum Meer" die Benutzung der Weichsel durch Polen und einen Freihafen in Danzig für Polen verstanden. Kein Politiker der damaligen westlichen Alliierten und Assoziierten Mächte dachte damals an eine Grenzziehung in Form des später von Polen gewaltsam durchgesetzten "Korridors".

Von Frühjahr bis August 1939

Hitler hat die schroffe Ablehnung Polens bedauert. Reichsaußenminister v. Ribbentrop erklärte hierzu im Nürnberger IMT-Prozeß:
"Ich habe eben gesagt, daß Hitler die sehr harte und ernste Botschaft des polnischen Botschafters (vom 26. 3. 1939) sehr ruhig aufnahm. Er sagte mir aber, ich möge dem polnischen Botschafter bedeuten, daß auf dieser Basis natürlich eine Lösung nicht gefunden werden könnte. Von Krieg dürfe hier nicht gesprochen werden." [1]
Es gab in Deutschland keine fanatischen Erklärungen, daß "die deutsche Ehre verletzt" worden sei; keine Argumente also, wie sie der polnische Außenminister in seiner bedeutenden Rede vom 5. Mai 1939 vor dem Sejm ins Feld geführt hat. Die kriegerischen Fanfarenstöße, von denen die polnische Ablehnung begleitet wurde, mußten die Lage weiter verschärfen. Dennoch blieben die deutschen Pressemeldungen über Polen auf die Mitteilungen des "Deutschen Nachrichtenbüros" (DNB) beschränkt und bis August allgemein in der Defensive und "klein aufgemacht".[2]
Hitler hatte Polen ein gutes Angebot gemacht: wirtschaftliche Vorteile, eine Garantie gegen fremde Invasion, Freundschaft, ja sogar die endgültige Anerkennung der Versailler Grenzen sowie der Interessen Polens. Der polnische Außenminister Beck bestätigte dem britischen Premierminister in den Londoner Gesprächen vom 4. - 6. April 1939:
"Die deutsche Regierung hat niemals die polnischen Rechte in Danzig angefochten, und hat sie kürzlich noch bestätigt."
"Beck erwiderte, daß nichts, was geschehen sei (in den deutsch-polnischen Gesprächen) über Aussprachen hinausgegangen sei. Der polnischen Regierung sind keine geschriebenen Forderungen überreicht worden." [3]
Dennoch zog Polen die Garantie Englands vor, die einen europäischen und sogar weltweiten Krieg sehr wahrscheinlich machte, obwohl es dafür weder wirtschaftliche Vorteile, noch militärische Hilfe, noch eine Sicherung seiner Grenzen, noch den Schutz seiner Unabhängigkeit einhandelte. Hiermit haben die britischen zusammen mit den polnischen Politikern eine Wendung des europäischen Geschickes eingeleitet, wohei sie bewußt auf eine heftige Reaktion Hitlers rechneten.[4] Der erwartete und gewünschte "Wutausbruch" Hitlers blieb aber aus. Hitler beschränkte sich auf vier Schritte:
1. Der deutschen Presse wurde erstmals erlaubt, Tatsachen über Polen, auch über die inzwischen verschärften Unterdrückungsmaßnahmen gegen die deutschen Minderheiten zu berichten, lange Monate jedoch in kleiner, vom Deutschen Nachrichtenbüro eingegrenzter Aufmachung.

2. Der Danziger Senat erhielt wiederholt bis einschließlich August 1939 den Rat, sich zurückzuhalten und alles zu unterlassen, was provozieren könnte.
3. Das Oberkommando der Wehrmacht wurde beauftragt, einen Operationsplan gegen Polen auszuarbeiten, in der Form, daß nach dem 1. September 1939 ein Einschreiten gegen Polen jederzeit möglich war ("Fal1 Weiß", Weisung vom 3. April 1939). Dieser Plan sollte nur für den Fall gelten, daß Polen isoliert werden könnte. Es handelte sich um einen Geheimbefehl, berechnet auf den Eventualfall, nicht etwa um einen Kriegsentschluß. Die Weisung konnte die Lage also nicht verschlechtern. Dies um so weniger als eine spektakuläre Mobilmachung nicht vorgesehen war -- im Gegensatz zum polnischen Plan.
Abgesehen davon, daß es in Europa durchaus üblich war, Operationspläne gegen den Nachbarn zur Hand zu haben, auch wenn die diplomatischen Beziehungen noch nicht gestört waren, war Hitlers Weisung nur die Reaktion auf eine ihm aufgezwungene Lageveränderung. Hätten sich England und Polen nur gegen eine weitere Ausbreitung des Reiches nach der Einverleibung von Böhmen und Mähren absichern wollen, so hätten sie kriegerische Eventualfälle eindämmen, Verhandlungen über elementare Streitfragen anregen und ihre Politik an völkerrechtlichen Grundsätzen und nicht an den "Gesetzen" der "Politics of Balance of Power" ausrichten sollen. Bündnissicherungen d i e s e r Art hätten durchaus fruchtbar sein können. Dagegen hat die Garantie an Polen eine verhängnisvolle Lageveränderung geschaffen, die allen kriegslüsternen Kräften in die Hand arbeiten mußte. Zwar hatte Polen seinen Operationsplan gegen Deutschland seit Jahren bereits vorliegen, doch machte es nun Miene, ihn kurzfristig in die Tat umzusetzen; dabei war das Kriegsziel: Erwerb von Danzig, Ostpreußen und den "Oder-Gebieten". Hitler dagegen hatte mit seinem Operationsplan kein politisches Kriegsziel verbunden. Im Gegenteil: eine Woche später, am 11. April 1939, erklärte er in einer weiteren Weisung: Der "Fall Weiß" diene lediglich der Vorbeugung für den Fall, daß Polen eine drohende Haltung gegen Deutschland einnehme. Die deutsche Außenpolitik gegenüber Polen blieb weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden.[5] Generalfeldmarschall Keitel schrieb hierzu im Nürnberger IMT-Gefängnis:
"Immer wieder versicherte Hitler, daß er mit Polen einen Krieg keineswegs wolle und daß er es niemals dazu kommen lassen werde, wenn ein Eingreifen Frankreichs, im Geiste seiner Ostverträge, zu befürchten sei. ..." [6]
Dieser Schritt -- Plan "Fall Weiß" — bedeutete ein Minimum dessen, was jede andere Regierung unter gleichen oder ähnlichen Umständen getan hätte.
"Diese Weisung ist nicht ergangen, als Polen auf die deutschen Vorschläge und Forderungen nein sagte. Sie ergeht erst jetzt, als sich Polen mit England verbündet. Hitler vermeint zu spüren, daß England nun zur letzten Auseinandersetzung entschlossen sei." [7]
4. Die Reichstagsrede vom 28. 4. 1939 war entgegen den Erwartungen des Auslandes gemäßigt. Da die Garantien Englands und Frankreichs an Polen und die Militärpolitik dieser Länder den Verträgen mit Deutschland widersprachen, erklärte Hitler in dieser Reichstagsrede den deutsch-polnischen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag von 1934 und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935 als von der Gegenseite zerrissen. Polen wie Großbritannien haben sich -- entgegen ihren Verträgen mit Deutschland -- die Möglichkeit einer Gewaltanwendung gegen das Reich und für diesen Fall gegenseitige Hilfe bescheinigt und darüber hinaus die polnische Teilmobilisierung und Verschärfung der bisher schon rigorosen Minderheitenpolitik durchgeführt bzw. gebilligt. Dieses Verhalten stand in Widerspruch zu den wenige Monate vorher im Anschluß an die Münchener Konferenz unterzeichneten Friedens und Freundschaftserklärungen, die bekanntlich jede Gewaltdrohung und -anwendung

ausschließen sollten.
Großbritannien hat die europäische Schicksalswende ohne berechtigte Veranlassung herbeigeführt, denn die Reichsregierung hatte Polen nicht bedroht, von einer Bedrohung Englands durch Hitler ganz zu schweigen. Ja, es muß geradezu als erstaunlich gelten, daß Hitler weiterhin um die Gunst Englands warb, obwohl sich die britische Führung seit Ende 1938 nicht nur auf Kompromißlosigkeit gegenüber Deutschland festgelegt hatte, sondern sich eindeutig im Sinne einer Spannungsverschärfung (Freibrief für Polen und Billigung aller polnischen Maßnahmen, Koalitionsgespräche mit der UdSSR) und agitatorischer Aufhetzung (Aufbauschung und Auswertung der Tilea-Lüge, Beschuldigung Hitlers, "die Welt erobern" zu wollen durch Chamberlain usw.) betätigt hatte.
Hitler hat in seiner Rede vom 28. 4. 1939 das bewußt geschädigte Prestige Deutschlands wiederherzustellen versucht. Seine Ausführungen konnten die Situation nicht verschärfen, da sie nur Tatbestände aufzeigten. Weder wurden die deutschen Flottenprojekte forciert, noch die Bemühungen um ein besseres Verhältnis zu Polen unterbunden.
"In der Reichstagsrede vom 28. April (Nr. 214) und im Memorandum der Deutschen Regierung vom gleichen Tage (Nr. 213) zog der Führer einen Strich unter sechs Jahre ehrlichen, geduldigen Bemühens um die polnische Freundschaft, streckte jedoch selbst in diesem ernsten Augenblick Polen noch einmal die Hand entgegen und erklärte sich für Deutschland zu einer neuen vertraglichen Regelung bereit. Polen hat davon keinen Gebrauch gemacht, sondern mit der hochfahrenden Rede Becks vom 5. Mai, mit einer Steigerung der antideutschen Hetze und mit einer nicht mehr abreißenden Kette von Reden und Pressestimmen geantwortet, in denen weiteres deutsches Volks- und Reichsgebiet für Polen gefordert wurde. Von maßgebender polnischer Seite wurde bestätigt, daß Beck nicht nur der Gefangene des polnischen Chauvinismus, sondern auch der englischen Bemühungen geworden war (Nr. 216)." [8]
In den folgenden Monaten hat sich Hitler zurückgehalten und nichts unternommen, was eine Lageverschlechterung hätte zur Folge haben können. Die Unterzeichnung des "Stahlpaktes" mit Italien am 22. 5. 1939, die in diese Zeit fiel, schuf kein provozierendes Offensivbündnis. Hitler nahm in dieser Zeit sogar zahlreiche kleine diplomatische Rückzüge vor.[9] Hierzu gehörten die auf diplomatischem Wege vorgetragenen Versicherungen, daß die Reichsregierung wegen Danzig nicht in einen Krieg gezogen werden wolle, und daß sie zur Verbesserung der Atmosphäre auch ihren Preis zu zahlen bereit sei.
"Obgleich der Führer (im Juli 1939) darauf bestand, daß 'keine Änderung der deutschen Forderungen betreffend Danzig und den Korridor vorgenommen werden', fügte er den sensationellen Zusatz hinzu, 'daß auf deutscher Seite nichts getan wird, einen Konflikt über diese Frage zu provozieren; diese Frage kann warten, wenn notwendig bis zum nächsten Jahr oder noch länger'."[9]
Der engste Mitarbeiter des Danziger Gauleiters Forster, der Pressechef des Danziger Volkstages und Hauptschriftleiter des "Vorposten", Zarske, sowie der Gauleiter Ostpreußens, Koch, versicherten Herrn Burckhardt, dem Völkerbundshochkommissar von Danzig, gleichzeitig, aber unabhängig voneinander, "immer von neuem",
"daß Danzig wirklich keinen Krieg wert sei."
"Gleichzeitig hat sich Herr Zarske ziemlich auffällig bemüht, die Erinnerung an den tschechoslowakischen Präzedenzfall zu beseitigen. Er hat zugestanden, ‚daß diese Expedition ein Irrtum war‘, und sogar hinzugefügt, daß man ‚in Berlin nicht mehr wisse, wie man aus der Sache herauskommen könne, und daß man gerne eine Lösung finden möchte‘." [10]

In demselben nach Paris gesandten Bericht fügte der französische Botschafter in Warschau, Léon Noél, die persönlichen Eindrücke seines ersten Sekretärs aus Danzig bei. Dieser gestand ein,

"daß die Gärung, welche man in der Freien Stadt beobachten konnte, durch eine hieran interessierte Propaganda bedeutend übertrieben worden war und niemals den Charakter einer im Hinblick auf eine gewaltsame Handlung organisierten Vorbereitung gehabt hatte.

Die Danziger Behörden erklären, daß die Freie Stadt in der Lage sein will, ‚sich nicht widerstandslos besetzen zu lassen'. Sie sagen auch, daß Danzig sich gegen einen eventuellen polnischen Angriff verteidigen muß. Es handelt sich hierbei nicht ausschließlich um ein reines Propagandaargument, vielmehr entsprcht dasselbe einer wirklichen Besorgnis der Bevölkerung. Im Laufe der letzten Tage, während man in Westeuropa die Möglichkeit eines demnächstigen Putsches ins Auge faßte, schienen die Danziger selbst aufrichtig eine polnische Initiative zu befürchten."

Der Stellvertreter des Reichspressechefs, Helmut Sündermann, erinnert mit Recht an die deutschen Presseweisungen im Frühsommer 1939, die der historischen Forschung seit 1945 weitgehend entzogen worden sind:

"Sie begann(en) mit einem Hinweis an die Danziger Delegation, die ihm (Hitler) am 20. 4. 1939 zum 50. Geburtstag gratulierte: der Anschluß der Freien Stadt an das Reich müsse zunächst als verschoben gelten. Sie setzte(n) sich fort in häufigen Sprachregelungen für die deutsche Presse. In ihnen war schon seit Monaten in wachsendem Maße von der ‚Einkreisung' und erst in zweiter Linie von Polen die Rede, ja die Zeitungen wurden angewiesen, Meldungen über die politische Spannung mit Polen nur insoweit zu bringen, als sie vom ‚Deutschen Nachrichtenbüro' (DNB) ausgegeben wurden und auch in diesen Fällen nur ohne große Aufmachung. Da die ganze Auslandspresse in jenen Wochen von nichts anderem schrieb, über nichts anderes orakelte als über ‚Danzig' und den ‚Korridor', hatten es die deutschen Redaktionen nicht leicht, sich an diese strengen Richtlinien zu halten."

So lautet eine Presseweisung vom 3. Juli 1939:

"DNB wird eine rückschauende Meldung geben, die die Hetze des Auslandes einschließlich höchster Regierungsstellen in den letzten Tagen aufzeigt: ‚Der Führer kommt nach Danzig', ‚Putsch in Danzig' usw. usw. Nachdem diese Voraussagen nicht eingetroffen sind, behaupten die Hetzer auf einmal, der Führer wäre vor den Drohungen zurückgewichen. Das ist die alte bekannte Taktik, in ihr liegt die Ursache begründet, daß der polnische Chauvinismus heute tropische Blüten treibt.'

Die hier umrissene publizistische Defensive wurde erst Anfang August aufgegeben, und zwar im Zusammenhang mit dem sog. Danziger Zoll-beamtenstreit...." [11]

Am 11. 7. 1939 gab "eine hochgestellte nationalsozialistische Persönlichkeit" einem Angehörigen der französischen Botschaft in Berlin eine Erklärung ab, die der französische Botschafter als von der Reichsregierung autorisiert anerkannte. Hiernach war Hitler bereit, den Reichsaußenminister von Ribbentrop als Initiator des deutsch-polnischen Gespräches offiziell fallenzulassen, und die Beziehungen zu Polen, England und Frankreich zu verbessern. In dieser Erklärung hieß es:

"Herr von Ribbentrop genießt nicht mehr das uneingeschränkte Vertrauen des Führers. Dieser erhebt gewisse Vorwürfe gegen seinen Minister. Er verübelt es demselben, ihm absichtlich verschiedene Nachrichten bezüglich der Bedeutung des englischen Kriegspotentials vorenthalten zu haben. Außerdem wirft er dem Minister vor, ihn in der Danziger Frage in eine schwierige Sache verwickelt zu haben, die, falls nicht bald eine zufriedenstellende Lösung gefunden wird, das deutsche Prestige beeinträchtigen könnte.

Es darf nicht übersehen werden, daß die Aufrollung der Danziger Frage das

persönliche Werk Herrn von Ribbentrops ist. Bei Beginn des Feldzuges zugunsten der Einverleibung dieses Gebietes in das Reich, glaubte derselbe jedoch nicht, mit dem hartnäckigen Widerstand der Westmächte rechnen zu müssen.
Die Polen könnten vielleicht noch Vorschläge machen, in deren Prüfung unsere Regierung einwilligen würd ... Ist es Ihnen nicht aufgefallen, daß sich in letzter Zeit der Ton unserer Presse Polen gegenüber stark geändert hat? Man hört nichts mehr von polnisch-deutschen Zwischenfällen, und zwar trotzdem, nach unseren Nachrichten, die Polen unter den flüchtigsten Vorwänden auch weiterhin die dort lebenden deutschen Staatsangehörigen belästigen. Unser Außenminister möchte noch ein letztes Mal versuchen, der Warschauer Regierung eine goldene Brücke zu bauen.
Die Deutsche Regierung, und insbesondere die leitenden Persönlichkeiten der Wilhelmstraße sehen mit einer gewissen Besorgnis in die Zukunft. Sie legen sich Rechenschaft darüber ab, daß der Deutschenhaß täglich schlimmer wird. Noch gestern waren dieser Haß und diese Gereiztheit das Attribut führender Kreise in gewissen Staaten. Augenblicklich hat es den Anschein, als ob dieses Gefühl auch die Massen ergriffen hat. Diese Entwicklung macht sich insbesondere in England fühlbar." [12]
Der französische Botschafter Coulondre, der vom November 1936 bis zum Oktober 1938 seinen Dienst in Moskau versah, "um für das französisch-sowjetische Einverständnis gegen Hitler zu arbeiten", und der über seine anschließende Mission in Berlin sehr überrascht war[13] und sie offenbar nicht recht verstand, warnte sogleich seinen Außenminister Bonnet vor dieser "gestellten Falle" und empfahl, "alles ins Werk zu setzen, um der öffentlichen Meinung die Augen zu öffnen", da Deutschland ja doch "die Grenzen von 1914 herstellen" und "die Stellung der Westmächte erschüttern" wolle. Dennoch mußte er zugestehen, daß die Ausführungen "der hochgestellten nationalsozialistischen Persönlichkeit"
"im großen und ganzen sowohl mit dem sich aus der Lektüre der deutschen Presse ergebenden Eindruck, als auch mit den mir von anderer Seite gewordenen Auskünften übereinstimmen....
Mehrere Zeitungen erklären, daß Danzig kein casus belli sei, und die "Deutsche Allgemeine Zeitung" scheint sogar zu Verhandlungen auffordern zu wollen, wenn sie schreibt, eine vernünftige Lösung läge absolut im Bereich der Möglichkeit. Die gleiche Lesart vernimmt man in offiziellen Kreisen, wo man sogar zu verstehen gibt, daß man, falls Polen Vorschläge machen sollte, einer Diskussion nicht ausweichen würde."
Die französische Regierung hakte auch bei dieser Gelegenheit nicht ein und machte damit ein weiteres Bemühen der Reichsregierung zunichte.
Das deutsche Bemühen um einen Ausgleich mit Polen blieb unverändert. In zahlreichen Fühlungnahmen teilten offizielle Vertreter des Reiches und Danzigs ausländischen Diplomaten die "gemeinsame Besorgnis" mit, daß, obwohl "die Lösung der Danziger Frage nicht dringlich sei", ausländische Kräfte die Danziger Angelegenheit in einer Weise auf die Spitze treiben, die es deutscherseits schwierig mache, "Rückzugswege offenzuhalten".[14] Hitler, der seit dem 28. April 1939 die Danzig-Frage nicht mehr angeschnitten hatte und noch am 25. Juli die mit dieser Frage befaßten Diplomaten informieren ließ, daß er weiterhin einen geeigneten Zeitpunkt für eine friedliche Regelung abwarten werde,[14] rief am 7. August den Danziger Gauleiter Forster zu sich und ersuchte ihn um Auskunft darüber, weshalb sein Einsatz für eine Entspannung mißlungen sei.[15] Die Rückberufung des deutschen Botschafters aus Warschau sollte zwar eine Warnung an Polen, aber auch die Bekundung dafür sein, daß polnische Ausgleichsbemühungen notwendig geworden sind.[16] Doch Polen hat auch diesen Wink nicht zur Kenntnis genommen.

Nachweislich hat Hitler
"zu dem Gang des diplomatischen Geschehens zwischen April und August 1939 wenig beigetragen. Wie bei früheren Gelegenheiten war er zufrieden damit, sich vorzubereiten und zu warten, vertrauend darauf, daß die Hindernisse sich irgendwie vor ihm auflösen würden." [17]
Gerade in diesen Monaten aber sind entscheidende Entwicklungen in Gang gesetzt worden! Man denke an die britischen Einflüsterungen, denen sich der polnische Außenminister in London Anfang April 1939 widersetzte,[18] an die Ausstreuung falscher Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen gegen Polen,[19] an den Übereifer Großbritanniens bei der Abgabe von unverlangten Garantien an andere Länder, an die gesteigerte Aktivität des US-Präsidenten Roosevelt zur Vereitelung der Befriedungspolitik in Europa, an die Versuche, die Sowjetunion in die Koalition gegen Deutschland hineinzunehmen.
"Ganz anders verhielt man sich in Berlin. Die Dreiergespräche, besonders die Übereinkunft über die Entsendung der englischen und französischen Militärmissionen nach Moskau erzeugten alle eine wachsende Sorge in den Kreisen der hitlerischen Regierung. Sie erörterte fieberhaft verschiedene Maßnahmen und versuchte sie in Gang zu setzen, die nach ihrer Meinung geeignet waren, die Unterzeichnung des Dreier-paktes zu vereiteln oder zumindest aufzuschieben." [20]
Auch im Verhältnis zu Polen standen in den Sommermonaten 1939 nicht etwa mehr das deutsche Verhandlungsangebot vom 24. 10. 1938 an Polen durch das Deutsche Reich zur Debatte. Ausschlaggebend war etwas ganz anderes: die dank des britischen Hilfsversprechens immer zügelloser durchgeführte Entdeutschungspolitik in den Korridorprovinzen, in Ostoberschlesien und Teschen, dazu das ultimative Vorgehen Polens gegen Danzig, das so weit getrieben wurde, daß die "Freie Stadt" nur noch zwischen Aushungerung und militärischer Besetzung durch Polen zu wählen hatte, und schließlich die Weigerung, die Differenzen auf dem Verhandlungswege beizulegen. Zur Beurteilung dieser Ereignisse muß man wissen, daß sich die polnische Regierung durchaus darüber im klaren war, daß der britischen Regierung Danzig lediglich als Vorwand diente,[21] ja, daß das britische Versprechen, Polen im Kriegsfall zu »schützen", "reiner Betrug" war.[22] Es bedurfte daher nicht erst der Selbstenthüllung Chamberlains am 1. September im Unterhaus.
Natürlich mußte Hitlers Nachgiebigkeit gegenüber Polen eine Grenze haben. Sie war dort geboten, wo ein weiteres Nachgeben des Reiches die Polen in der Überzeugung stärken mußte, daß Deutschland ungestraft eingeschüchtert und herausgefordert und um sein Prestige gebracht werden könne. Nur ein Staatsmann mit der Autorität des damaligen Reichskanzlers konnte überhaupt einen Verzicht auf Posen-Westpreußen und Ostoberschlesien rechtsverbindlich anbieten. Welcher "friedliebende" Staat oder welche den "zivilisierten Völkern beispielhaft vorangehenden Staaten" haben auch nur einen einzigen Verzicht dieser Art geleistet? - Keiner! Das hindert manche Historiker jedoch nicht, den Zeigefinger zu erheben und die Wahrung der Ansprüche auf historischen Siedlungsraum, sogar den bedingten Verzicht auf diesen Siedlungsraum als "Aggression" zu brandmarken - um die Aufmerksamkeit von den weltumspannenden, mit Gewalt durchgesetzten Eroberungen anderer Staatsmänner abzulenken.
"Hätte er (Hitler) Polen zum Kriege provozieren wollen, dann hätte er Danzig und den ganzen Korridor gefordert. Und selbst das hätte Polen moralisch zum Kriege nicht berechtigt, denn das ganze Korridor-Arrangement war ein Gemisch von Rachsucht und politischer Torheit der Alliierten sowie krasser Ungerechtigkeit gegenüber Deutschland. .
Anstatt nun (nach Ablehnung durch Polen) seine Forderungen in die Höhe zu

schrauben oder sich ungeduldig oder ausfallend zu zeigen, machte Hitler den Polen weitere Zugeständnisse und bewahrte eine ungewöhnliche Ruhe ...
Im Interesse einer friedlichen Regelung war Hitler sogar bereit, die große deutsche Minderheit in Polen preiszugeben, die von den Polen mit zunehmender Härte behandelt wurde. Aber die Polen wußten weder die Gemessenheit der deutschen Forderungen zu schätzen noch die rücksichtsvolle und freundliche Art, mit der sie präsentiert wurden." [23]
Auch die Worte, die der britische Botschafter in Berlin, Henderson, am 26. Juli 1939 seinem Außenminister sandte, blieben in London ohne Nachwirkung:
"Hitler würde es, nachdem er so viel erreicht hatte, für klüger halten, um des noch verbleibenden Restes willen keinen Krieg anzufangen." [24]
Als die polnische Regierung am 1. 8. 1939 die zollfreie Ausfuhr von wichtigen Handelsgütern Danzigs unterband, am 4. 8. ein Ultimatum an Danzig und anschließend am 10. 8. eine Note an die Berliner Adresse richtete, in der sie jedes weitere Eintreten Deutschlands für Danziger Lebensinteressen als "Angriffshandlung« definierte (die nunmehr dank der britischen Blanko-Vollmacht einen europäischen Krieg nach sich ziehen mußte!), hat sie sich unzweifelhaft aggressiver Akte schuldig gemacht. Sie hatte hiermit unter Kriegsdrohung von der Reichsregierung die Preisgabe aller jener Rechte in Danzig verlangt, die von allen deutschen Regierungen seit 1919 wahrgenommen worden waren.
Hitler ließ sich trotzdem nicht herausfordern. Mag es ein zeitliches Zusammentreffen oder Hitlers Reaktion auf das polnische Ultimatum an Danzig vom 4. 8. gewesen sein -- jedenfalls lud er den Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, am 10. 8. zu einer Unterredung am 11. 8. nach dem Obersalzberg ein und ließ ihn schnellstens mit einem Privatflugzeug und der ausdrücklichen Bitte um Vermittlung abholen. Die einzig existente Niederschrift über diese Unterredung ist mit großer Vorsicht zu bewerten, da sie weder von Burckhardt noch einem anderen Beteiligten verfaßt ist, sondern von zwei Vertretern Halifax‘ und Bonnet‘s.[25]
Tatbestand aber ist: Hitler hat am 11. 8. -- unzweifelhaft nach Kenntnis der neuen polnischen Note vom Vortage -- Herrn Burckhardt mitgeteilt, daß er -- Hitler -- gegenwärtig keine Danzig-Vorschläge zu machen gedenke, sondern zu warten bereit sei, sofern Polen keine Aktion provoziere und das deutsche Prestige nicht noch weiter antaste. Lokale Verhandlungen könnten weitergehen; der deutsche Wunsch nach einer allgemeinen Diskussion sei den Polen bekannt. Die Polen möchten doch die Initiative für Verhandlungen ergreifen, da man sie ihm selber infolge der polnischen Kriegsdrohung vom 26. März 1939 unmöglich gemacht habe. Hitler:
"Ich wünsche in Frieden mit England zu leben und einen endgültigen Pakt mit England zu schließen." [26]
Herr Burckhardt ist an dieser Mission gehindert worden - aber nicht von deutscher Seite! - und blieb eine sachliche und überzeugende Auskunft über die Gründe des Scheiterns seiner Vermittlung schuldig. Immerhin hat er so viel durchblicken lassen, daß Kräfte des westlichen Auslandes die Absicht deutlich gemacht haben, ein deutsches Zurückweichen "nicht zu erleichtern", und ihm den Rat gaben, seine "schädlichen Beschwichtigungsmanöver in Danzig zu unterlassen".[27]
Nach Kenntnisnahme dieses Vermittlungsbemühens Hitlers teilte Lord Halifax am 15. 8. 1939 seinem Botschafter in Warschau, Kennard, mit:
"Sein Eindruck wäre, daß Hitler noch immer unentschlossen und bestrebt ist, den Krieg zu vermeiden und sich zurückzuhalten, falls er es tun kann, ohne seinem Prestige zu schaden." [28]
Der britische Historiker A. J. P. Taylor zog die Folgerung:
"Hitler beabsichtigte, Erfolge ohne Krieg zu erringen oder auf jeden Fall nur mit

einem Krieg, der von Diplomatie nur schwerlich unterscheidbar wäre. Er hatte keinen größeren Krieg geplant. ... Er war nicht an der Vorbereitung für einen langen Krieg gegen die Großmächte interessiert."
"Ein großer Krieg gegen die Westmächte war unzweifelhaft nicht Teil seines Planes."
"Die britische Politik hat, ohne Absicht (?), Danzig zur entscheidenden Frage für 1939 gemacht. Danzig war die am meisten gerechtfertigte der deutschen Klagen: eine Stadt mit ausschließlich deutscher Bevölkerung, die offenkundig zum Reich zurückzukehren wünschte und die Hitler seinerseits nur mitSchwierigkeiten zurückhielt. .
Die Zerstörung Polens war kein Teil von Hitlers ursprünglichem Plan. Im Gegenteil, er hatte die Frage Danzig so zu lösen gewünscht, daß Deutschland und Polen gute Beziehungen aufrechterhalten konnten." [29]
Adolf Hitler rechtfertigte seine Politik in einem Brief an den französischen Ministerpräsidenten Daladier am 27. 8. 1939 folgendermaßen:
"Ich habe nun wirklich Jahr für Jahr versucht, die Revision wenigstens der unmöglichsten und untragbarsten Bestimmungen dieses (Versailler) Diktates auf dem Verhandlungswege zu erreichen. Es war dies unmöglich. Daß die Revision kommen mußte, war zahlreichen einsichtsvollen Männern aus allen Völkern bewußt und klar. Was immer man nun gegen meine Methode anführen kann, was immer man an ihr aussetzen zu müssen glaubt, so darf doch nicht übersehen oder bestritten werden, daß es durch sie möglich wurde, ohne neues Blutvergießen in vielen Fällen nicht nur für Deutschland befriedigende Lösungen zu finden, sondern daß durch die Art des Verfahrens die Staatsmänner anderer Völker der für sie oft unmöglichen Verpflichtung enthoben wurden, diese Revision vor ihren eigenen Völkern verantworten zu müssen ... Kein Franzose von Ehre, auch Sie nicht, Herr Daladier, hätte in einer ähnlichen Lage anders gehandelt als ich ...
Es ist eine Lüge, wenn in der anderen Welt behauptet wird, daß wir alle unsere Revisionen nur versuchten unter Druck durchzusetzen. 15 Jahre, ehe der Nationalsozialismus zur Macht kam, hatte man Gelegenheit, auf dem Wege friedlichster Abmachungen ... die Revisionen durchzuführen. Man tat es nicht. In jedem einzelnen Fall habe ich später dann von mir aus nicht einmal, sondern oftmals Vorschläge gemacht zur Revision unerträglicher Zustände ...
Ich bin zutiefst überzeugt, daß, wenn besonders von England aus damals, statt in der Presse gegen Deutschland eine wilde Kampagne loszulassen, Gerüchte von einer deutschen Mobilmachung zu lancieren, Polen irgendwie zugeredet worden wäre, vernünftig zu sein, Europa heute und auf 25 Jahre den Zustand tiefsten Friedens genießen könnte ...
So aber wurde erst durch die Lüge von der deutschen Aggression die polnische öffentliche Meinung aufgeregt, der polnischen Regierung die eigenen vorwendigen klaren Entschlüsse erschwert und vor allem durch die dann folgende Abgabe des Garantieversprechens der Blick für die Grenze realer Möglichkeiten getrübt. Die polnische Regierung lehnte die Vorschläge ab. Die polnische öffentliche Meinung begann in der sicheren Überzeugung, daß ja nun England und Frankreich für Polen kämpfen würden, Forderungen zu erheben, die man vielleicht als lächerliche Verrücktheit bezeichnen könnte, wenn sie nicht so unendlich gefährlich wären. Damals setzte ein unerträglicher Terror, eine physische und wirtschaftliche Drangsalierung der immerhin über 1 ½ Millionen zählenden Deutschen in den vom Reich abgetretenen Gebieten ein ... Allein auch Danzig wurde mit fortgesetzten Übergriffen polnischer Behörden steigend zum Bewußtsein gebracht, daß es scheinbar rettungslos der Willkür einer dem nationalen Charakter der Stadt und der

Bevölkerung fremden Gewalt ausgeliefert ist ... allein ich bitte Sie, verstehen Sie auch dies: daß es für eine Nation von Ehre unmöglich ist, auf fast 2 Millionen Menschen zu verzichten und sie an seinen eigenen Grenzen mißhandelt zu sehen ..." [30]
Daß der Schutz des Reiches für die Volksdeutschen in Polen und in Danzig durch die zügellosen polnischen Herausforderungen notwendig geworden war, muß jeder objektive Beobachter zugeben. Jede Regierung, nicht nur die deutsche, hätte sich gegen derartige Provokationen wehren müssen, wenn sie nicht mit ihrem Prestige auch den Schutz und die Rechte der Minderheiten in fremder Hand aufgeben wollte, für deren Existenzsicherung sie verantwortlich war.
Der bekannte britische Militärhistoriker Liddell-Hart schrieb am 3.9.1949:
"Nach Kriegsende sind die wesentlichsten deutschen Archive in unsere Hände geraten, und wir können uns ein präzises Bild von dem außerordentlichen Grad der Kriegsfurcht in den führenden deutschen Kreisen machen." [31]
Der Weltöffentlichkeit sind diese Dokumente jedoch weitgehend verheimlicht worden. Die Reichsregierung ließ sie nicht publizieren, um dem Gegner keine "Schwächebeweise" zu liefern, den Siegern hingegen, die diese Unterlagen erbeuteten, war aus naheliegendem Interesse an ihrer Verbreitung nicht gelegen.
Immerhin weisen namhafte Politiker "der anderen Seite" nach, daß die Begriffe und Werthaltungen, die Motive der Staatsräson hier wie dort, bei diesem Staat oder jenem "Regime" gleicherweise gelten.
"British Yearbook of International Law", London 1923:
"Eine Regierung kann gegenüber dem Los der Bürger eines fremden Staates nicht gleichgültig bleiben, die gleichen Volkstums sind, die gleiche Sprache sprechen, sich zum gleichen Glauben bekennen wie die Mehrheit der eigenen Staatsangehörigen."[32]
Der polnische Außenminister am 5. Mai 1939 im Sejm:
"Den Begriff des Friedens um jeden Preis kennen wir Polen nicht. Im Leben der Menschen, der Völker und der Staaten gibt es nur ein Gut, das keinen Preis hat: die Ehre!" [33]
Premierminister Lloyd George:
"Müßte England sich so behandeln lassen, daß in Fällen, wo vitale Interessen auf dem Spiel stehen, seine Stimme als unerheblich im Rate der Völker beiseite geschoben wird, dann sage ich, Frieden um jeden Preis würde eine Demütigung sein, die ein großes Land nicht ertragen kann." [34]
US-Präsident Eisenhower am 16. 3. 1959 in einer Fernsehrede:
"Der Frieden kann nicht dadurch erkauft werden, daß wir zwei Millionen freie Berliner opfern." [35]

Quellennachweise :

[1] IMT Bd. X 5. 299.
[2] H. Sündermann ~Das Dritte Reich" 5. 61/62.
[3] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V Doc. 2.
[4] Foreign Relations of the United States 1939 Vol. 1, S. 118.
[5] ADAP Bd. VI Nr. 185.
[6] W. Görlitz "Keitel - Verbrecher oder Offizier?" S. 207.
[7] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 110.
[8] Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. XI.
[9] D. J. Dallin "Soviet Russia‘s Foreign Policy" S. 36.
[10] Gelbbuch der Französischen Regierung Dok. 160 - Nod am 10. 7. 1939 an Bonnet.
[11] H. Sündermann "Das Dritte Reich" S. 61 - 62.
[12] Gelbbuch der Französischen Regierung Dok. 161.
[13] L. B. Namier "In the Nazi Era" S. 168.
[14] Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 171 u. 172.
[15] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 331.

[16] ADAP VII Dok. 2.
[17] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 219.
[18] ebenda S. 212.
[19] ebenda S. 210.
[20] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 174.
[21] J. Szembek "Journal 1933 - 1939" S. 484.
[22] P. H. Nicoll "EngIands Krieg gegen Deutschland" S. 138.
[23] ebenda S. 149 - 150, vgl. Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939, Vol. VII Doc. 455.
[24] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 460.
[25] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 346, 348.
[26] M. Freund "WeItgeschidite der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 58 - 60.
[27] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 349 und 104.
[28] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 20.
[29] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 217, 250 u. 216.
[30] Deutsches Weißbuds Nr. 2 - Nr. 461 und Adolf Hitler "Der Großdeutsche Freiheitskampf" S. 13 - 17.
[31] B. H. Liddell-Hart in "Picture Post" 3. 9. 1949.
[32] K. Rabl "Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" S. 122.
[33] Weißbuch der Polnischen Regierung, 1940 Nr. 77.
[34] Dokumente der Deutschen Politik und Geschichte Bd. II S. 237.
[35] Das Neue Reich Nr. 13, 28. 3. 1959.

Der deutsche Rüstungsstand im Jahre 1939

Bei der Einschätzung des militärischen Potentials der europäischen Mächte "übersehen" heute viele Historiker, die von der deutschen Aufrüstung sprechen, die strategischen Pläne der polnischen und französischen, aber auch der sowjetischen Militärs. Doch unabhängig von Plänen bezeugt das tatsächlich vorhanden gewesene Kriegspotential der einzelnen europäischen Mächte, ob eine "intensive und verbrecherische, auf eine Weltverschwörung ausgerichtete Aufrüstung" eines Staates vorgelegen haben kann oder nicht. Wie sehen die Ergebnisse der sechsjährigen Aufrüstung des Dritten Reiches von 1933 - 1939 aus?

Professor Michael Freund, der viel zitierte Historiker nach 1945, schrieb im Jahre 1944 in sachlicher Klarheit:

"Der Kampf um die deutsche Wiederaufrichtung und die deutsche Rüstung vollzog sich auf dem Hintergrund und als Konsequenz einer fieberhaft betriebenen Weltrüstung und einer wehrpolitischen Revolution auf dem ganzen Erdball.

30. 7. 1934: Begründung des britischen Luftrüstungsprogramms mit dem sensationellen Ausdruck vom Lordpräsidenten des Rates im britischen Unterhaus, Stanley Baldwin: 'Die Grenze Englands liegt am Rhein!'

24. 09.1934: Einführung des Hilfsdienstes in Polen
28. 11.1934: Beschleunigung der britischen Luftrüstungen
06. 12.1934: Verlängerung der Dienstpflicht in der Schweiz
01. 01.1935: Zweijährige Dienstpflicht in der Tschecho-Slowakei in Kraft
30. 01.1935: Verkündung über die bereits auf 1 Million Mann verstärkte Rote Armee

Jan.-März 1935:

Mit der Verkündung der französisch-russischen Entente waren erhebliche Rüstungsmaßnahmen Frankreichs verbunden, insbesondere eine Neuordnung der französischen Luftflotte.Als das englische Weißbuch vom 1. März 1935 englische Rüstungsmaßnahmen mit der deutschen Aufrüstung begründete, schrieben die TIMES, daß das Argument für die britischen Rüstungsmaßnahmen ‚objektiver hätte vorgetragen werden können‘." [1]

Deutschland mußte nicht nur diesen Rüstungsmaßnahmen der anderen Mächte, sondern darüber hinaus der ernsthaft drohenden, auf militärischen Einmarsch in Deutschland abzielenden Haltung, insbesondere Polens, Rechnung tragen.

"Überdies behielt sich der Feldmarschall (Hindenburg) bei der Machtübernahme (Hitlers) das Verfügungsrecht über Reichswehr und Außenpolitik ausdrücklich vor, ein Reservat, das Hitler bis zum Tode Hindenburgs achtete....

Alle sichtbaren Übertretungen von Versailles, beispielsweise eine Überschreitung der 100.000 Mann-Grenze, wurden zunächst vermieden; Hitler verhandelte anscheinend loyal über die Aufrüstung. Die dauernden Präventivkriegsdrohungen bildeten schließlich ein sehr wirkungsvolles Argument für die deutschen Aufrüstungsforderungen." [2]

Nach Ansicht des deutschen Generalstabschefs General Adam geschah "während des ganzen Jahres 1933 fast überhaupt nichts für eine Heeresvermehrung".[3] Dies zu einer Zeit, da z. B. der französische Generalstabschef Gamelin betonte, gegenüber Deutschland einen Rüstungsvorsprung von 20 Milliarden Franc zu haben.[4] Und zu einer Zeit, da Frankreich deutsche Abrüstungsvorschläge mit dem geheimgehaltenen Motto ablehnte:

"Sie vergeuden Ihre Zeit! Das Übereinkommen, das Sie befürworten, wird nicht abgeschlossen. Niemals werden wir es unterzeichnen; Hitler wird nicht mehr lange am Ruder bleiben. Sein Schicksal ist besiegelt. Ein Übereinkommen mit ihm würde

seine Stellung festigen. Wenn der Krieg ausbricht, vergeht keine Woche, bis er abgesetzt und durch den Kronprinzen ersetzt ist." [4]
Der oberste Beamte im Foreign Office, Lord Vansittart, huldigte zur gleichen Zeit ähnlichen Vorstellungen: Deutschland mit wirtschaftlichem Druck am Boden zu halten:
"Wir können es uns schwerlich leisten, Hitler-Deutschland aufblühen zu lassen. Der Gewerkschaftskongreß ist ebenfalls dieser Meinung, wenn auch aus anderen Motiven -- vergleiche den kürzlich angekündigten Boykott deutscher Waren." [5]
Seiner Meinung nach sollte auf den Untergang des "Hitlerismus" hingearbeitet und alles getan werden, um Deutschland so schwach und zerrüttet zu halten, daß selbst der Kommunismus davon Abstand nimmt, sich dort zu engagieren.[5] Wie nachhaltig diese und ähnliche Gedanken die Willensbildung der britischen Militärs und der britischen Regierung beeinflußt haben, zeigt sich am Beispiel eines Berichtes des der Regierung zugeordneten Komitees für Verteidigungsbedarf (Defence Requirements Committee) vom März 1934: Dieser Bericht ging wie selbstverständlich davon aus, daß Deutschland der potentielle Gegner sei.[5] Freilich hatte auch dieser Bericht seine Vorgeschichte, und diese reicht bereits in eine Zeit zurück, da Hitler noch nicht an der Macht war und Deutschland noch keine Luftwaffe, auch keinen Nationalsozialismus hatte: Bereits im November 1932 diskutierten britische Staatsmänner Pläne, die eine Abschreckung aus der Luft vorsahen und England "einigen militärischen Einfluß in Europa ohne Unterhaltung einer großen Kontinentalarmee" ermöglichen sollten.
" ‚Die einzige Verteidigung liegt in der Offensive‘, sagte Baldwin dann, als er die Aufgabe der Bomberflotte umriß, ‚was bedeutet, daß Sie mehr Frauen und Kinder und schneller als der Feind zu töten haben, wenn Sie sich selbst retten wollen.’ " [5]
Und welche Anstrengungen unternahm dieser deutsche Gegner?
In den Haushaltsjahren 1933/34 und 1934/35 war keine steigende Tendenz der Rüstungsausgaben zu verzeichnen. Die Aufwendungen mit nur 4% des Volkseinkommens mußten als durchaus gemäßigt im Vergleich zu den Nachbarländern bezeichnet werden (Großbritannien 3%, Frankreich — 1932 — 8,1%, Sowjetrußland 9%).[6] Intensiviert wurden die Rüstungsausgaben erst im Rechnungsjahr 1935/36 anläßlich der außenpolitischen Veränderungen (Scheitern der Abrüstungsverhandlungen, französisch-sowjetischer Beistandspakt). Nachdem ausländische Politiker und Publizisten zwei Jahre lang Hitler beschuldigt hatten, in friedengefährdender Weise für einen "verbrecherischen Angriffskrieg" aufzurüsten und somit Angst und Unsicherheit in die Welt zu tragen, sah er sich endlich durch die gegen das Reich eingeleiteten Blockbildungen gezwungen, zum Schutz gegen diese Tendenzen die deutsche Wehrmacht auszubauen. Lügen über die deutsche Rüstung wurden benötigt, um die Verweigerung der Abrüstung, weitere Aufrüstung, militärische Bündnisabsprachen, Befestigungen, Generalstabsbesprechungen zu rechtfertigen und um der Politik von Versailles weiterhin den Anschein des Rechtes und der Notwendigkeit zu verleihen. Die ausländischen Militärattachés sowie die ausländischen Geheimdienste in Deutschland waren genau über den bescheidenen deutschen Rüstungsstand unterrichtet. Es gibt eine Fülle von Dokumenten, denen zufolge die ausländischen Regierungen (Polen, Großbritannien, Frankreich, USA) sich gerade durch die mangelhafte Entwicklung der deutschen Wehrwirtschaft zu einem scharfen Vorgehen gegen Deutschland ermutigt fühlten.[7] Diese Tatsache hinderte diese Regierungen und ihre Publizisten jedoch nicht, die Völker mit falschen Zahlen und Argumenten aufzuputschen.
Der britische Historiker A. J. P. Taylor erklärte:
"Die Franzosen haben den Startschuß für das Wettrüsten abgegeben." [8]
"Deutschland war zwischen 1933 und 1936 für einen großen Krieg wenig mehr

vorbereitet, als es vor Hitlers Machtergreifung war. Der Unterschied war, daß er (Hitler) starke Nerven hatte und seine Vorgänger nicht." [9]
"Viele der frühen Alarme über die deutsche Aufrüstung waren falsche Alarme. Sogar im Jahre 1939 war die deutsche Armee nicht für einen längeren Krieg ausgerüstet; und 1940 waren die deutschen Heerestruppen den Franzosen in allem unterlegen mit Ausnahme der Führerschaft." [10]
"Das Nazi-Geheimnis war nicht Rüstungsproduktion; es war Freiheit von den damals vorherrschenden orthodoxen Wirtschaftsprinzipien." [11]
"Unter Hitlers Leitung war Deutschland ausgerüstet, den Nervenkrieg zu gewinnen — den einzigen Krieg, den er verstand und der ihm genehm war; es war nicht ausgerüstet, Europa zu erobern....
In der Betrachtung der deutschen Bewaffnung entrinnen wir den mystischen Regionen von Hitlers Psychologie und finden eine Antwort im Bereich der Fakten. Die Antwort ist klar. Der Zustand der deutschen Bewaffnung im Jahre 1939 liefert den entscheidenden Beweis dafür, daß Hitler keinen allgemeinen Krieg erwogen, und wahrscheinlich Krieg überhaupt nicht beabsichtigt hatte...." [12]
Der deutsche Rüstungsstand umfaßte:
1937 = 9 %
1938 = 16 % des Standes von 1944 [13]
1939 = 18 %
Nach einer neuen Berechnung:
1933 = 2 %
1934 = 2 %
1935 = 4 %
1936 = 6 % des Standes von 1943 [14]
1937 = 9 %
1938 = 20 %
1939 = 25 %
1940 = 44 %

Generaloberst Jodl erklärte am 4. 6. 1946 vor dem IMT-Nürnberg:
"Als wir im Jahre 1935 = 36 Divisionen aufstellten, da besaßen Frankreich, Polen und die Tschecho-Slowakei 90 Friedensdivisionen und 190 im Kriege. Wir hatten kaum eine schwere Artillerie und die Panzerwaffe war erst in den primitivsten Anfängen....
Die wirkliche Aufrüstung wurde erst nach Kriegsbeginn durchgeführt. Wir traten in diesen Weltkrieg ein mit etwa 75 Divisionen. 60 % der gesamten wehrfähigen Bevölkerung waren unausgebildet, das Friedensheer war etwa 400.000 Mann stark gegenüber fast 800.000 Mann im Jahre 1914. Die Vorräte an Munition und Bomben waren geradezu lächerlich. Für 10 bis 15 Kampftage hatten wir Munition....
Und wenn wir nicht schon 1939 zusammenbrachen, so kommt das nur daher, daß die rund 110 französischen und englischen Divisionen im Westen sich während des Polenfeldzuges gegenüber den 23 deutschen Divisonen völlig untätig verhielten." [15]
Und diese Divisionen waren außerdem "mit sehr wenig Artillerie ausgerüstet und verfügten über fast gar keine Panzerabwehrmittel"; außerdem waren sie unbeweglich.[16] Selbst wenn die Landwehr- und Ersatzdivisionen der dritten und vierten "Welle" mitgezählt werden, kommt der englische Historiker T. Taylor auf nur 106 deutsche Divisionen im Jahre 1939, während allein die französische Armee einschließlich ausgebildeter Reserven und Kolonialtruppen zu Kriegsbeginn die gleiche Anzahl umfaßte, aber infolge ihres Ausbildungsstandes stärker war als die deutsche Wehrmacht.[17] Hinzuzuzählen sind die britischen, belgischen (23 Div. =

550.000 Mann) und niederländischen Divisionen, die zusammen mit den französischen an der deutschen Front 156 bzw. 142 Div. ausmachten.[18] Die deutsche Führung mußte damit rechnen, daß diese Truppen im Konfliktfall mit Polen zum Vorstoß gegen das Reich angesetzt würden. Neben den in "102 Divisionen" [19] gegliederten rund 2,6 Millionen deutschen Soldaten (einschließlich Ersatzheer)[20] waren im Herbst 1939 weitere 500.000 in halbmilitärischen Organisationen erfaßt.[21] Dennoch konnten nur 52 Divisionen "als voll kampffähig angesprochen werden".[19] Im Jahr 1914 hatten in Deutschland nahezu eine Million Mann mehr unter Waffen gestanden als 1939.[21]
"Im Unterschied zu 1914, als dem Deutschen Reich 25 Jahrgänge ausgebildeter Reservisten zur Verfügung standen, konnte es 1939 nur knapp 5 Jahrgänge zu den Waffen rufen." [19]
"Im Jahr 1935 hätte Frankreich auch ohne die Hilfe seiner früheren Verbündeten fast ohne ernsten Kampf in Deutschland einmarschieren und es wieder besetzen können. Auch 1936 stand seine weit überlegene Stärke noch außer Zweifel. Aus deutschen Enthüllungen wissen wir heute, daß diese Lage im Jahre 1938 immer noch bestand. Im Jahre nach München (1939) näherte sich die deutsche Armee ihrer vollen Schlagkraft, obwohl sie an ausgebildeten Reserven noch immer schwächer war als die französische Armee.
Die deutschen Heere aber wären im Jahre 1938 oder 1939 nicht imstande gewesen, die Franzosen zu schlagen....
Als das deutsche Heer 1938 kaum ein halbes Dutzend ausgebildeter Divisionen an die Westfront stellen konnte, als die Franzosen mit fast 60 oder 70 Divisionen sicherlich über den Rhein oder in die Ruhr hätten vorstoßen können. ..." [22]
Man vergleiche hierbei die Bevölkerungsgröße der beiden Länder:
Deutschland 80, Frankreich 42 Millionen Menschen.
Burton Klein, ein amerikanischer Wissenschaftler (Harvard-Universität), ergänzt in seiner gründlichen Studie über die deutschen wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen die bisherigen Angaben mit folgenden Worten:
"Bis zur Zeit der deutschen Wiederbesetzung des Rheinlandes im Frühjahr 1936 war die Wiederbewaffnung hauptsächlich ein Mythos....
Die bewaffneten Streitkräfte hatten noch nicht einmal eine wirtschaftliche Zentralverwaltung, die die verschiedenartigen Anforderungen für Material überschauen und die verschiedenen Anforderungslisten aufstellen konnte.
Es war die grundlegende Politik Hitlers, daß die Wirtschaftsplaner nicht mit der Kriegsstrategie befaßt wurden. . . . Die Vorräte an wichtigen Rohstoffen wie Kupfer, Eisenerz, Benzin, Öl und Gummi waren im August 1939 so bemessen, daß sie nur für 3 - 6 Kriegsmonate ausreichten ... 1939 war die deutsche Stahlwirtschaft zu 65 % der Erze und praktisch aller Eisenlegierungen von fremden Quellen abhängig.
Im Umfang der Importe wuchsen 1937 - 1938 die Lebensmitteleinfuhren stärker als die Rohstoffeinfuhren mit dem Ergebnis, daß die Zusammensetzung der Importe im Jahre 1938 fast die gleiche war wie 1929 .
Es kann gesagt werden, daß im Jahre 1939 die deutsche Arbeitskraft nur insofern voll mobilisiert war, als es keine Arbeitslosigkeit gab ...
Die Verteilung der Arbeitskräfte innerhalb dieser 14-jährigen Periode (1925 - 1939) war überraschend stabil. Bemerkenswerte Umgruppierungen waren nur in zwei Beschäftigungsgruppen zu verzeichnen - in der Landwirtschaft und bei den öffentlich Bediensteten (public employment) ... Große Bereiche der Wirtschaft hatten nichts mit Kriegsmobilisation zu tun ...
1939 besaß die zivile Wirtschaft noch große Arbeitskräftereserven.
Es gab keine Konzentration von Investitionen in solchen Wirtschaftsbereichen, die mit

wirtschaftlicher Kriegsvorbereitung zu tun hatten ...
In der Vorkriegsperiode produzierte die deutsche Wirtschaft sowohl "Butter" als auch "Kanonen" - viel mehr von der ersten und viel weniger von den letzteren, als allgemein angenommen worden war. Im Jahre 1937 glichen oder übertrafen der zivile Verbrauch, die Investitionen in den Konsumgüter-Industrien und die Regierungsausgaben für friedliche (non-war) Zwecke die früheren Höchstwerte. Von einem Aufrüstungsprogramm, das so umfangreich gewesen sei, daß es eine grundlegende Wiederbelebung der zivilen Produktion verhindert hätte, kann keine Rede sein .. ." [23]
"Der Umfang der Produktion von Munition und die Zahl der Divisionen, die Deutschland mobilisierte, war gering, verglichen mit den öffentlichen Schätzungen. Die Investitionen in solchen Industrien, die Kriegsproduktion herstellten, waren nicht viel größer als der Umfang, der in den wirtschaftlich ertragreichen Jahren des vorangegangenen Jahrzehnts erreicht worden war, und war gering im Verhältnis zu den gesamten Investitionen ...
Die Abneigung der Regierung, von der Bevölkerung wirtschaftliche Opfer zu fordern, wurde in einer Reihe von Beispielen demonstriert. Eines dieser Beispiele war die Weigerung, höhere Steuern zu erwägen, um das Haushaltsdefizit abzudecken. Ein anderes war die Weigerung, im Jahre 1937 die Lebensmitteleinfuhren zugunsten größerer Rohstoffimporte einzuschränken. Ein weiteres war das Versäumnis, Arbeiter aus unwesentlichen Beschäftigungsverhältnissen abzuziehen. Ein weiteres war die unwirksame Wirtschaftsverwaltung.
Als Schacht (Reichsbankpräsident) versuchte, die Ausgaben für den weiteren Ausbau von Städten und Gemeinden zu kürzen, opponierten ihm gleichbleibend eine Reihe von prominenten Parteigenossen. Als er bei zahlreichen Gelegenheiten versuchte, das Budget der Deutschen Arbeitsfront zu beschneiden, wurde der Fall Hitler vorgetragen, der zugunsten der letzteren entschied. Weil es ihrer Weltanschauung widersprach, weigerte sich die Partei, eine große Zahl von Frauen in den Arbeitsprozeß einzugliedern ...
Die öffentlichen Ausgaben für nicht-militärische Zwecke waren 1937 und 1938 viel höher als irgendein früherer Höchststand ...
Die Gründe, die die Nazis an einer größeren Aufrüstung gehindert haben, waren:
a) die Furcht vor größeren Defiziten
b) die Weigerung der Regierung, die Bevölkerung zu wirtschaftlichen Opfern aufzurufen
c) Hitlers Unfähigkeit, die verschiedenen privaten Interessen seinen Zielen unterzuordnen
d) mangelhafte Wirksamkeit in der Ausrichtung auf ein Programm." [24]
In einer anderen Aussage wird bestätigt:
"Es erwies sich, daß die Präzisionsmaschine des NS-Militarismus weder nach einer planenden Gesamtstrategie noch nach einer weit vorausschauenden Rüstungsplanung arbeitete." [25]
Am 5. Mai 1938 hat Generaloberst Ludwig Beck, der Chef des Generalstabs des Heeres, in einer militär-politischen Lagebeurteilung festgestellt und u. a. hiermit seinen Widerstand gegen Hitler begründet:
" ... 1. Deutschlands militärische Lage ist, absolut genommen, nicht zu vergleichen mit der Schwäche der zurückliegenden Jahre, relativ betrachtet, ist sie jedoch nicht so stark wie 1914 anzusehen, weil alle gegebenenfalls gegen Deutschland stehenden Mächte ebenfalls seit Jahren in erheblichem, teilweise stärkstem Maße aufgerüstet werden. Außerdem verfügt Deutschland, wie bekannt, noch auf Jahre hinaus über eine noch unfertige Wehrmacht." [26]

In der Zeit nach dem Polenfeldzug
"entwickelte die deutsche Regierung die Umstellung der Industrie des Landes auf die Geleise des Krieges und begann die Kriegsproduktion rasch auszuweiten." [27]
Hiermit geben selbst die Kommunisten zu, daß die deutsche Industrie - zumindest in ihren wesentlichen Teilen - vor Kriegsbeginn noch nicht "auf die Geleise des Krieges umgestellt und die Kriegsproduktion noch nicht ausgeweitet" gewesen ist.
"Der Hauptgrund, der das deutsche Oberkommando zwang, den Angriffstermin (gegen Frankreich) mehrmals zu verschieben, war der, daß es den Deutschen nicht gelang, zeitig die Formierung der notwendigen Heeresverbände zu beenden." [27]
Wenn das Reich jahrelang für Angriffsziele gerüstet, geübt und geschult hätte, wäre es doch zumindest Monate nach Kriegsausbruch in der Lage gewesen, seine "Heeresverbände zeitig zu formieren"!
Auch die Sowjets bestätigen, daß der deutsche Feldzug in Frankreich nicht mit überlegenen, sondern sogar mit zahlenmäßig unterlegenen Kräften vorgetragen worden ist:
"Die Streitkräfte Englands, Frankreichs, Belgiens und der Niederlande betrugen im ganzen 142 Divisionen (nach anderen Angaben sogar insg. 156 Divisionen); ihnen standen 136 deutsch-faschistische Divisionen gegenüber ...
Angesichts dieses Kräfteverhältnisses und der zur Verfügung stehenden Mittel gibt es keine Grundlage, um von der Schwäche der Verbündeten, von ihrer mangelnden technischen Bereitschaft zum Krieg und von der entschiedenen Überlegenheit des faschistischen Aggressors zu sprechen." [28]
"Schon im Verlauf des Polenfeldzuges zeigte es sich, daß die deutsche Artillerie nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ nicht die Feuer-aufgaben unter den Bedingungen des mächtigen Tempos der Kampfhandlungen bewältigte. Das deutsche Oberkommando war gezwungen, die Wirksamkeit des Artilleriefeuers mit Hilfe der Luftwaffe zu verstärken.... Die Verrechnung der Hitlergenerale im Hinblick auf die Artillerie sollte für die deutsch-faschistische Armee im weiteren Verlauf des Zweiten Weltkrieges schwere Folgen haben." [29]
"Amerikanische Militärexperten haben enthüllt, daß Churchills kritische Hinweise auf ein britisches und französisches Zurückbleiben in der Rüstung und seine Behauptungen über eine überwältigende deutsche Überlegenheit und Aktivität auf diesem Gebiet jeder Grundlage entbehrten ...
Ein dem Kriegsminister der USA im Oktober 1947 zugeleiteter offizieller Bericht bewies die unglaubliche Ungenauigkeit von Churchills Zahlen und Schätzungen." [30]
Dieser Bericht ist in einer Publikation der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu finden. Er wurde dort widerspruchslos aus einer offiziellen Zusammenstellung des US-Kriegsministeriums übernommen. Es handelt sich hierbei um ein Eingeständnis des westlichen Gegners, das vom östlichen als richtig anerkannt wurde:[31]
"Im Jahre 1938 produzierte Deutschland nur 3.350 Kriegsflugzeuge oder 5.235 Flugzeuge aller Typen - äußerst wenig für die Führung eines langen Krieges. Im Jahre 1939, d. h. am Vorabend des Krieges, produzierte Deutschland 4.733 Kriegsflugzeuge oder 8.295 Flugzeuge aller Typen, England - 8.000 Flugzeuge aller Typen ...
Daher bestand allein zwischen den Luftflotten Englands und Deutschlands fast kein quantitativer Unterschied. Deutschland produzierte hauptsächlich Jagdflugzeuge und Bomber, England blieb stark in der Produktion von Jägern.
In den letzten vier Monaten des Jahres 1939 (d. h. in den ersten vier Monaten des Krieges) wurden in Deutschland 247 Panzer und Sturmgeschütze hergestellt, in England dagegen 314.[32]

Im September 1939 betrug die Gesamtzahl aller in Deutschland produzierten Panzer rund 3.000, von denen nur 300 mittelschwere waren. Bis 1939 wurde in Deutschland nicht eine einzige neue Waffenfabrik aufgebaut ... (W germanskeu woenneu promüschlennosti do 1939 goda ne bülo wüstroeno ni odnogo nowogo puschetschnogo sawoda).
Als Deutschland in Polen einfiel, besaß die Hitler-Armee nur fur insgesamt sechs Kampfwochen die notwendige Ausrüstung! Die deutsche Luftwaffe zählte nur 1.000 Flugzeuge der taktischen Luftwaffe (der ersten Linie), auch der Vorrat an Bomben reichte nur für drei Kriegsmonate (berechnet nach der Norm des Verbrauchs im Polenfeldzug): die Erdtruppen besaßen im ganzen nur drei Panzerdivisionen, während die Reserve an Panzern 600 Stück betrug; die Kriegsmarine verfügte über 53 Unterseeboote.
Folglich konnte Hitler-Deutschland nur einen kurzen Krieg und zwar gleichzeitig mit nur einem Gegner führen."
Man tut gut daran, dieses Zitat mehr als einmal zu lesen und auf seine Quelle zu achten. Eine Seite weiter wird festgestellt, daß Deutschland seine Produktion an Flugzeugen, Panzern und übrigen Waffen nur dadurch um ein Vielfaches vergrößern konnte, weil es ihm gelungen war, Frankreich zu zerschlagen und die britische Armee vom Kontinent zu vertreiben und sich sodann der reichen Quellen des besetzten Europa zu bedienen.
Deutschland verfügte somit im Jahre 1939 an Flugzeugen, Panzern und Munition relativ zur Bevölkerung (80 Millionen) über etwas mehr als die Hälfte der Rüstung Englands, eines einzigen seiner Hauptgegner (50 Millionen). Hierbei bleibt noch die für die britische Rüstung arbeitende Industrie Kanadas unberücksichtigt sowie die Tatbestände, daß US-Präsident Roosevelt bereits Monate vor Kriegsbeginn an England und Frankreich weitgehende Hilfsversprechen abgegeben hatte und außerdem England durch seine Insellage militärisch geschützt war.
"In ihrem alliiertenfreundlichen und einer Revision der (nach dem Ersten Weltkrieg von den Siegern diktierten) Verträge abgeneigten Buch "The Challenge to Isolation" weisen die amerikanischen Professoren William L. Langer und S. Everett Gleason mit aller Entschiedenheit die fragwürdigen Thesen Churchills über die überwältigende Stärke Deutschlands im Jahre 1939 zurück:
"Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß die Deutschen im Jahre 1939 weit davon entfernt waren, auf einen langen und umfassenden Krieg vorbereitet zu sein. Ihre laufende Kriegsproduktion war der kombinierten britischen und französischen unterlegen und sie hatten bemerkenswert wenig Reserven. Von den 100 Divisionen, die sie gegen Polen ins Feld schickten, waren nur drei mechanisiert und keine völlig motorisiert. Mit einem Wort: die Deutschen waren für einen zwei Monate dauernden Blitzkrieg wie den gegen Polen gerüstet, auf keinen Fall aber für die Art von Krieg, in die sie nun verwickelt wurden'." [30]
Der deutsche Reichsverteidigungsausschuß verstand unter einem künftigen Krieg nur einen Defensivkrieg, weil schwere Artillerie völlig fehlte, die Panzer erst in Erprobung standen und die Munitionsvorräte völlig unzulänglich waren.[33] Die deutschen Bewaffnungsprogramme waren abgestellt auf die Jahre 1943 oder 1944.[34] Obgleich ein Bewaffnungsprogramm noch kein Beweis für einen Angriffswillen ist, zeigt sich auch an diesem Beispiel, daß der Krieg 1939 von Deutschland nicht "geplant" war. Das Oberkommando des Heeres erhielt im Dezember 1938 den Befehl - immerhin ein Jahr vor Beginn "des Krieges zur Eroberung der Welt"! -, sich bis zum Jahre 1945 nur dem organisatorischen Aufbau und seiner Ausbildung zu widmen und jede Art von Vorbereitung für einen Kriegsfall, einschließlich der Vorbereitungen für eine Grenzsicherung zu unterlassen.[35]

"Der Westwall litt noch Mangel an Verschlüssen, Panzertürmen, Maschinengewehrstellungen." [36]
"Das deutsche Transportnetz war vom militärischen Standpunkt aus noch nicht ausreichend für einen Krieg." [37]
Die deutsche Schwerindustrie, die zu 80% von der Eisen- und Manganerzeinfuhr abhängig war, hatte nichts unternommen, um durch Vorratsbildung für den Kriegsfall gerüstet zu sein.[38] Kaum ein wichtiger Rohstoff war ausreichend vorhanden oder konnte in genügendem Maße neu erzeugt werden.[39] Der Lokomotiv- und Wagenpark der Reichsbahn war geringer als im Jahre 1914.40) Die Umstellung der Friedenswirtschaft auf die Kriegswirtschaft mußte improvisiert werden, da weder vorgeplante Richtlinien, noch Koordinierungen, noch Normierungen, noch Typenbeschränkungen, noch eine entsprechende Personalplanung vorlagen.41)
"EinzeIne Maßnahmen; wie z. B. die Bevorratung mit Lebensmitteln, beweisen vielmehr, daß die agrarpolitische Führung des Deutschen Reiches vor 1939 mit dem Zwang, in einem gegebenen Kriegsfall sich längere Zeit aus dem eigenen Raum ernähren zu müssen, eher rechnete als mit dem Anfall großer Überschußgebiete als Folge einer Besetzung durch deutsche Truppen." [42]
Ein weiteres Eingeständnis aus sowjetischer Quelle:
"Zu den schwachen Seiten der hitlerischen Kriegsorganisation gehört vor allem die völlig ungenügende Vorbereitung der materiell-technischen Basis des Reiches, seiner Wirtschaft für einen Krieg im Weltmaßstab gegen die Koalition der großen Mächte. Dieses war hauptsächlich eine Folge des Fehlens genügender Quellen und Vorräte der einzelnen wichtigsten Arten strategischer Rohstoffe, der Abhängigkeit der bewaffneten Kräfte von der Einfuhr dieser Rohstoffe aus dem Ausland und der damit verbundenen ständigen Beschränkung, der diese Einfuhr unterlag. Die allgemeine Kürzung des Exportes und die mächtige Staatsschuld Deutschlands schufen große wirtschaftliche Schwierigkeiten, die unmittelbar die Kriegsproduktion und den Zustand der bewaffneten Kräfte beeinflußten.
Ferner ist es notwendig darauf hinzuweisen, daß im Vergleich mit den Anforderungen eines Weltkrieges die Wehrmacht über ein begrenztes Waffenarsenal verfügte, teilweise hinsichtlich der Panzerkräfte und besonders der Kriegsvorräte. Das Fehlen eines notwendigen Wagenparkes mittlerer und schwerer Panzer, das Vorherrschen der leichten, die, wie die Erfahrung bald gezeigt hat, auf Grund ihrer Konstruktionsdaten den Schutzanforderungen nicht entsprachen, zwangen dazu, den Umfang der Panzereinheiten zu beschränken und ihre Gliederung zu improvisieren. ... Der hitlerische Staat konnte die Last eines langen Krieges gegen die Koalition der europäischen Staaten nicht aushalten." [43]
Besonders der Generalstab des Heeres befürchtete ein militärisches Vorgehen der westlichen Mächte in einem Konfliktfall mit Polen:
"In Berlin wußte man genügend gut, daß die vereinigten Kräfte Frankreichs, Englands und Polens die Wehrmacht,..., um Etliches übertrafen. Der Zweifrontenkrieg war immer ein Alptraum für die deutschen Militaristen, aber unter den Bedingungen des Jahres 1939 konnte er für das ‚Dritte Reich' katastrophale Folgen haben. Alle diese Befürchtungen sind anschaulich ersichtlich aus den verschiedenen strategischen und operativen Plänen des Generalstabs des Heeres." [44]
England, Frankreich und die Sowjetunion wären im Jahre 1939 fähig gewesen, mit "nicht weniger als 270 Divisionen, mit Tausenden von Panzern und Flugzeugen die Wehrmacht in den Schraubstock zweier Fronten einzuspannen." [45] Im letzten Friedensjahr (vom 1. 1. - 5. 9. 1939) haben Deutschland für 23.000 Dollar, Frankreich für 16.000.000 Dollar und Großbritannien für 21.000.000 Dollar Kriegsmaterial aus den USA bezogen.[46] Nachweislich stand Deutschland in den Rüstungskäufen im

Ausland weitaus an letzter Stelle. Auch dieser Tatbestand beweist, daß Hitler keine übereilten oder auf das Jahr 1939 abgestellten Rüstungspläne entworfen hatte, daß er selbst im Sommer 1939 seinen Generalen von einer Rüstungsintensivierung abgeraten, die Möglichkeit einer entscheidenden Krise erst für 1943 - 1945 ins Auge gefaßt und nach wie vor das Schwergewicht seiner Wirtschaftspolitik auf Straßenund Städtebau gelegt hatte.
Es gab zu Beginn des Krieges weder gegen den westlichen Nachbarn Frankreich noch gegen die Seemacht Großbritannien einen deutschen Operationsplan,[47] + [48] sondern bis zum Frühjahr 1939 nur einen Grenzschutzplan gegen den Osten. Die Aufstellung eines Operationsplanes gegen Polen (Fall "Weiß") wurde erst am 3. April 1939 befohlen,[49] und zwar mit der deutlichen Begründung, "um nötigenfalls jede Bedrohung von dieser Seite auszuschließen".[50] Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da die Verkündung des britischen Freibriefes in Verbindung mit der chauvinistisch-kriegerischen Haltung Polens, "wo die maßlose Überschätzung der eigenen Macht offenbar die Einsicht in die tödliche Gefahr verhinderte",[51] eine bewaffnete Auseinandersetzung deutlich werden ließ. Selbst unmittelbar nach dem Polenfeldzug sind in Deutschland noch keine Pläne für eine Offensive gegen den Westen aufgestellt gewesen.[52]
"Wenig Vorbereitungen wurden sogar für einen Defensivkrieg gegen Frankreich getroffen. Eine kleine Einheit der deutschen Luftwaffe wurde in Westdeutschland stationiert, 'um Frankreich daran zu hindern, die volle Luftherrschaft zu erringen'. Nur zwei Heeresdivisionen wurden in der Siegfriedlinie stationiert; zwei weitere wurden im September nachgeführt - gegen ein französisches Potential von über 80 Divisionen ... Die Deutschen gewannen im Frankreichfeldzug 1940 einen entscheidenden Sieg ohne große Überlegenheit in Mannschaftsstärke oder Ausrüstung." [53]

Luftstreitkräfte
Die Totalstärke der einsatzfähigen deutschen Luftwaffe wird sowohl von deutscher als auch von gegnerischer Seite mit 3.000 Flugzeugen,[54] in anderer Quelle mit 1.000 Bombern und 1.050 Jägern angegeben.[55] Die Ersatzmöglichkeiten an Flugzeugen waren sehr spärlich.[56] Es gab keine viermotorigen Bomber, und selbst die zweimotorigen Bombenflugzeuge (Dornier 17 und Heinkel 111) erwiesen sich als nicht voll leistungsfähig. Der deutsche Fernkampfbomber Junkers 88 war 1939 nur in wenigen Exemplaren vorhanden und kam in Polen nicht zum Einsatz. "So gut wie er war, so war die Ju 88 doch kein wirklich schwerer Bomber".[57] Allein die kriegsfähigen Luftflotten Englands und Frankreichs umfaßten 7.300 Flugzeuge.58) England verfügte 1939 über 2.327 Flugzeuge 1. Linie und zwar 1.751 in der Heimat (davon 855 Bomber, 560 Jäger, 300 Aufklärer), 222 bei der Marine und 354 in Übersee.59) Das Deutsche Reich hatte bis Kriegsbeginn strategisch offensive Langstreckenbomber noch nicht einmal entwickelt, England dagegen bereits seit 1934, die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1935.[59]
"So wurde (von britischen und amerikanischen Ökonomen) entdeckt, daß seine (Deutschlands) Flugzeugproduktion im Herbst 1939 = 675 Maschinen monatlich betrug, nicht mehr als jene Großbritanniens; seine Panzerproduktion war geringer; es begann den Krieg mit einem Vorrat an Flugbenzin von nur drei Monaten." [80]
"England betonte den strategischen Luftkrieg am stärksten, nachdem es schon am 1. 4. 1918 die RAF als selbständigen Wehrmachtteil geschaffen und führungsmäßig ganz scharf von Heer und Marine getrennt hatte. Es hatte schon damals einige Bomberverbände als 'Independent Air Force' für einen strategischen Luftkrieg aufgestellt und diese Entwicklung seit 1925 weiter vertieft. Als dafür bestgeeigneten

Flugzeugtyp sah es den schweren, stark bewaffneten Langstreckenbomber an, den es seit 1934 entwickeln und seit 1936 in Serie bauen ließ, um ihn seit 1941 schließlich in ausreichender Zahl für einen strategischen Luftkrieg verfügbar zu haben.
Dieser Aufgabe galten die zielbewußten Vorbereitungen Englands schon lange vor 1939, welche einen Plan für einen Luftkrieg gegen Deutschland mit festgelegter Reihenfolge der Zielbekämpfung einschlossen und von vornherein einen beträchtlichen Zeitbedarf für den Erfolg in Rechnung stellten." [59]
"Die Deutschen haben niemals (von der Fronttruppe) unabhängige Bombardierungen geplant. Ihre Bomber waren Hilfskräfte der Landtruppen, und sie mußten die Luftangriffe auf England im Sommer 1940 improvisieren." [61]
Man sollte auch folgende Aussage zur Kenntnis nehmen:
"Studien über die deutsche Industrie im Hinblick auf strategische Luftangriffe wurden von den Engländern erstmalig in der Mitte der zwanziger Jahre unternommen. Die Vereinigten Staaten hatten sich auf einen Eintritt in den europäischen Luftkrieg mit einer Liste vorbereitet, die 124 Ziele aus dem Bereich der Stromerzeugung, des Transportwesens und der Kraftstoffindustrie, sowie 30 Ziele aus der Luftfahrt- und Leichtmetallindustrie enthielt! Einzelheiten für die zur Durchführung der Angriffe bestimmten Bombereinheiten wurden bereits 1932 in den Vereinigten Staaten und England niedergelegt." [62]

Seestreitkräfte
Die deutsche Flotte war wesentlich schwächer als im Jahre 1914,[63] so daß sie der französischen unterlegen war und sich wegen der "überwältigenden britisch-französischen Übermacht nicht auf die hohe See wagen konnte".[64]
Flugzeugträger waren keine vorhanden, U-Boote 57, davon nur 42 einsatzfähig.[65]
Berücksichtigt man, daß von der Gesamtzahl der U-Boote nur weniger als ein Drittel "am Feind" sein kann, während sich die übrigen auf der Hin- oder Rückfahrt oder zur Überholung auf der Werft befinden oder zu Schulzwecken abgestellt sind, so mindert sich die geringe Zahl der deutschen U-Boote von 1939 noch weiter.
"Jedoch nicht die Hälfte war groß genug und genügend für Aktionen im Atlantik abgerichtet. Tatsächlich wurden 18 (U-Boote) zu Beginn des Krieges gegen England eingesetzt und drei andere in die Ostsee geschickt, um die Operationen gegen Polen zu unterstützen." [84]
»Von 1933 bis 1938 hatte die deutsche Marine keine Pläne entworfen, die eine Hochseeflotte zum Ziel gehabt hätten, oder für eine Marine, die mit England hätte rivalisieren können." [66]
Gegenüber den 57 sehr viel kleineren deutschen U-Booten besaßen England und Frankreich zu Kriegsbeginn 135 U-Boote".[67] Großadmiral Raeder fügt hinzu:
"Unseren 2 Schlachtschiffen und 3 Panzerschiffen standen zusammen 22 britische und französische Schlachtschiffe gegenüber. Wir hatten keinen Flugzeugträger. Der Gegner dagegen verfügte über 7 Flugzeugträger. Unseren 2 Schweren Kreuzern entsprachen 22 der anderen Seite. Bei den Leichten Kreuzern war das Verhältnis 6:61 und bei den Zerstörern und Torpedobooten 34:255." [68]
Winston Churchill am 16. 3. 1939 im Unterhaus:
"Die deutsche Flotte wird während der nächsten Jahre nicht in der Lage sein, eine Schlachtlinie für eine große Seeschlacht zu bilden." [69]
Winston Churchill in seinen Memoiren:
"Diesmal (1939) hatte die deutsche Flotte ihren Wiederaufbau eben erst begonnen und war nicht einmal imstande, eine Schlachtlinie zu bilden. Unsere Herrschaft zur See war somit, soweit Überwasserschiffe in Frage kamen, unbestritten. Sowohl an Stärke wie an Zahl war unzweifelhaft die britische Flotte der deutschen gewaltig

überlegen, und es bestand gar kein Grund anzunehmen, daß sie technisch und in der Ausbildung ihrer Mannschaften im Rückstand geblieben sei....
Die britische Flotte hatte eher mit gewaltigen und zahllosen Aufgaben zu rechnen als mit einem Widersacher." [70]
Eine sowjetische Quelle:
"Die deutsche Marineluftwaffe war 1939 in Deutschland äußerst ungenügend." [71]
Großadmiral Raeder am 17. Mai 1946 vor dem Militärtribunal in Nürnberg:
"Es liegen die verschiedensten Beweise dafür vor, daß ich in gar keiner Weise mit einem Krieg zum Herbst (1939) rechnete, und bei dem geringen Maß der Aufrüstung der deutschen Marine war das natürlich. Ich habe das in einer Rede zu den U-Boot-Offizieren in Swinemünde ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß nicht damit zu rechnen sei." [72]

Großbritannien
Großbritannien war 1939 keineswegs so rüstungsschwach oder gar auf defensive Strategie ausgerichtet, wie man es immer wieder darzustellen beliebt. Dies ergibt sich — abgesehen von der an Stärke und Kapazität unübertroffenen Marine — allein schon daraus, daß die britische Produktion an Flugzeugen und Panzern der Produktion Deutschlands gleich war bzw. diese sogar übertraf.[73] Die britische Admiralität hatte sowohl vor 1914 als auch vor 1939 Offensivpläne zur Vernichtung der deutschen Flotte und zur Invasion über den Kanal vorliegen.[74]
Winston Churchill schrieb bereits Ende 1936,
"daß die Marine stark sei und daß sogar während der Jahre der Abrüstung nicht weniger als 50 Millionen Pfund Sterling jedes Jahr dafür ausgegeben wurden....." [75]
Am 3. 10. 1938, drei Tage nach Unterzeichnung der deutsch-britischen Friedens- und Freundschaftserklärung, proklamierte N. Chamberlain überraschend eine Aufrüstung um jeden Preis.
"Wir sind in diesem Land bereits während eines langen Zeitraumes mit einem großen Wiederaufrüstungsprogramm beschäftigt, das an Umfang und Tempo ständig zunimmt." [76]
In Blackburn am 22. 2. 1939, einen Monat vor "Prag":
"Die Zahlen unserer Aufrüstung sind in der Tat überwältigend. Vielleicht sind sie so gewaltig, daß das Volk sie gar nicht mehr zu fassen vermag." [77]
Selbst wenn man annimmt, er habe übertrieben, so muß doch berücksichtigt werden, daß derartige Angaben aus dem Munde eines Premierministers auf die "betroffenen" Völker nachhaltig einwirken. Sie waren in der Tat dazu bestimmt, den französischen Verbündeten zu erhöhten Rüstungsanstrengungen anzustacheln. Sie mußten das Rüstungsfieber und die Kriegspsychose in sämtlichen Lagern verstärken und einem Höhepunkt zutreiben.
"England verfügte über 6 bereite Divisionen, konnte ‚in kürzester Frist‘ weitere 9 auf den Kontinent werfen und als zweite Staffel diese mit weiteren 16 Divisionen ergänzen, - alles in allem also 32 Divisionen. Die Luftstreitkräfte Englands bestanden aus mehr als 3.000 Flugzeugen der ersten Linie." [78]
Am 1. September 1939 stellte N. Chamberlain im Unterhaus fest:
"Der wichtigste und befriedigendste Punkt ist der, daß wir heute keinen allgemeinen Appell für Rekruten zu erlassen brauchen, wie Lord Kitchener vor 25 Jahren es tat. Dieser Appell ist um viele Monate vorweggenommen worden, und die Mannschaften sind bereits verfügbar." [79]
Das seebeherrschende Albion konnte sich mit seinen beachtlichen Dominien und den ihm befreundeten Nationen in allen Teilen der Welt Rohstoffe und Rüstungsgüter auch in Kriegszeiten verschaffen. Dennoch war das Rüstungsvolumen der britischen

Insel im Jahre 1939 bereits ungefähr auf den Stand des deutschen gebracht. In Beziehung zur Bevölkerung gesetzt (Deutschland = 80 Millionen, England = 50 Millionen Menschen), war es sogar doppelt so groß. Deutschland war zudem im Ernstfall einer wirksamen Blockade ausgesetzt. England dagegen beherrschte die Seewege. Wer das Rüstungspotential von England, Frankreich und Deutschland im Jahre 1939 bewerten will, muß diese politischen, strategischen und geographischen Gegebenheiten mit berücksichtigen.
Er muß gleichermaßen berücksichtigen, daß das britische Kriegskabinett seine Strategie auf einen langen Krieg aufbaute, indem sich England zumindest in der ersten Zeit dieses Krieges nur mit äußerst geringen Kräften selbst zu engagieren, dafür aber die Armeen seiner Verbündeten in den Kampf zu werfen gedachte. Dem widerspricht auch die anfängliche Auffassung Chamberlains nicht, Hitler mit Hilfe der Widerstandskräfte in seinen eigenen Reihen leicht und kurzfristig besiegen zu können: auch für diesen Fall benötigte England keine überwältigenden Heerestruppen auf dem Kontinent.
"Das englische Kriegskabinett erklärte noch Anfang September 1939, daß sich der Krieg auf drei Jahre hinziehen werde, und stellte einen Mobilisierungsplan für die Reserven auf, der von dieser Frist ausging.
Der Plan sah eine Vergrößerung der Flotte vor, die Entfaltung von 55 Divisionen erst bis zum Herbst 1941 sowie die Ausweitung des Flugzeugparks auf 12.000 Maschinen bis zum Frühjahr 1940. Die Lage Deutschlands in bezug auf die grundlegenden Arten der strategischen Rohstoffe wurde als äußerst schwierig eingeschätzt: nach englischen Plänen konnten sie nur für sechs Monate ausreichen.
Die grundlegende Methode des Wirtschaftskrieges gegen Deutschland, deren Pläne in England seit Frühjahr 1939 ausgearbeitet worden waren, war die See-Blockade. Sie sollte von der Flotte der Metropole (homefleet) verwirklicht werden, und zwar in der Nordsee, im Mittelmeer und teilweise in der Ostsee." [80]
Bereits Jahre vor dem Krieg war in England ein "Beratendes Komitee für Handelsfragen in Kriegszeiten" geschaffen worden. Diese sogenannten "Blockade-Planer" hatten bereits 1937 Blockade-Pläne gegen drei hypothetische Gegner ausgearbeitet: Deutschland, Italien und Japan.[81] Diese weltweiten Maßstäbe zeugen eindrucksvoll von den Kräfteverhältnissen zu einer Zeit, da man sich in Deutschland Sorgen um die Bewirtschaftung von Rohstoffen machte (weil man zu wenig, nicht zu viel davon hatte) und das Ausland bereits begann, Handelsverträge mit Deutschland, vornehmlich Buntmetalle betreffend, zu stornieren. Im Jahre 1937 hatte die Gesellschaft der Deutschen Schwerindustrien ein Memorandum verfaßt, wovon Dr. Goerdeler insgeheim die britische Regierung unterrichtete, demzufolge Deutschland einen fehlenden Rohstoffbedarf von 40 - 60 %, fehlende Nahrungs- und Futtermittel zu 25 - 30 % und einen um ein Drittel geschrumpften Export hatte.
"Die maximale Eigenerzeugung würde in den nächsten vier Jahren nicht mehr als 50 % des Bedarfs an Eisen und Stahl, 70 % an Zink, 45 % an Blei und 15 % an Kupfer erreichen. Die Eigenerzeugung an Rohstoffen betrug nicht mehr als 25 % des deutschen Bedarfs." [81]

Frankreich
Im August 1939 war die Mobilmachung Frankreichs bereits praktisch vollzogen. Winston Churchill sprach von 5 Millionen ausgebildeter französischer Soldaten.[82] Am 28. August berichtete der britische Botschafter in Paris, Phipps, nach London über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister Bonnet:
"Bonnet war ruhig und schien alles in allem nicht ohne Hoffnung im Hinblick auf die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten. Er findet es merkwürdig, daß Hitler die

Mobilisierung von 2.700.000 französischen Kämpfern ohne vorbeugenden Gegenschlag geduldet hat. Von der Gesamtzahl von rund 5.500.000 Männern, die eine Generalmobilmachung zur Verfügung stellen würde, fehlen wenig mehr als eine halbe Million Kämpfer; der Rest würde sich aus Personen zusammensetzen, die Kriegsdienste im Hinterland leisten...." [83]
Der sowjetische Botschafter in London war gut über die französische Kampfkraft unterrichtet:
"Frankreich besaß (1939) über 110 Divisionen, nicht gerechnet die Fliegerabwehreinheiten, die Küstenverteidigung und jene Truppen, die es in Afrika befehligte. Darüber hinaus waren bis 200.000 Soldaten des republikanischen Spanien vorhanden, die nach dem Sieg Francos nach Frankreich ausgewichen waren und gebeten hatten, in die französische Armee übernommen zu werden. An Bewaffnung verfügten die französischen Kräfte über 4.000 moderne Panzer und 3.000 Geschütze der schweren Artillerie mit einem Kaliber von 150 mm und größer (nicht gerechnet die Divisionsartillerie). Die Luftwaffe Frankreichs bestand aus 2.000 Flugzeugen der ersten Linie, von denen rund 2/3 nach damaligen Begriffen moderne Flugzeuge waren; ihre Jäger hatten eine Stundengeschwindigkeit von 450 - 500 km, ihre Bomber eine solche von 400 - 450 km." [78]
Frankreich verfügte im Juni 1940 - ohne England, Holland und Belgien - über eine wesentlich stärkere Panzerwaffe als Deutschland.[84] England und Frankreich haben in den Vorkriegsjahren - jedes Land für sich - ebensoviel oder mehr für die Rüstung aufgewendet als Deutschland.[85]
"Die gesamten Rüstungsausgaben Englands und Frankreichs, die gemäß den bestehenden Abkommen und Verpflichtungen nach militärischen Gesichtspunkten vereinheitlicht waren, waren im Jahre 1939 viel höher als jene Deutschlands. Beim Ausbruch des Krieges im September 1939 besaß Frankreich eine weitaus größere Armee als Deutschland, gut ausgerüstet und stark verschanzt hinter der berühmten, eindrucksvollen und, wie man annahm, uneinnehmbaren Maginot-Linie." [86]

Tschechoslowakei 1938
"30 bis 40 tschechische Divisionen standen an der deutschen Ostgrenze, und das Gewicht der französischen Armee begann sich im Verhältnis von 8 zu 1 auf den Westwall zu legen. Ein feindliches Rußland konnte von tschechischen Flugplätzen aus operieren, und Sowjetarmeen konnten ihren Vormarsch durch Polen oder Rumänien antreten." [87]
Die tschechische Armee, deren Friedensstärke 120.000 Mann betrug,[93] hatte im Hochsommer 1938 in 30 bis 40 Divisionen (21 reguläre, 15 oder 16 bereits mobilisierte Divisionen zweiter Linie [88] 1,5 Millionen Mann unter Waffen, war ausgerüstet "mit einem gewaltigen und vorzüglich organisierten technischen Apparat" und stand "hinter der stärksten Befestigungslinie Europas".[89]
"Die tschechische Armee niederzuwerfen und die böhmische Festungslinie zu durchstoßen oder zu umgehen, erforderte praktisch 35 Divisionen — die Hauptmacht der mobilen und voll ausgebildeten deutschen Armee....
Im Augenblick eines Angriffs auf die Tschechen waren nur 5 aktive und 8 Reservedivisionen verfügbar, um die gesamte deutsche Westgrenze gegen die französische Armee zu verteidigen, die 100 Divisionen mobilisieren konnte." [88] + [90]
"Die tschechische Armee mit ihren wohlausgerüsteten 34 Divisionen war wahrscheinlich allein stark genug gegen die nur halb ausgebildete deutsche Armee von 1938." [91]

Polen
Die polnische Armee betrug zu Kriegsbeginn nach allgemein anerkannten Schätzungen 55 Infanterie-Divisionen, 12 Kavallerie-Brigaden und zwei motorisierte Formationen.[92] Im Herbst 1939 verfügte Polen über 1,5 Millionen Soldaten. Da die polnische Friedensarmee die immerhin schon beachtliche Zahl von 200.000 (211.000 Mann) erreicht hatte,[93] zeigt dieser Vergleich zu der seit Frühjahr 1939 schrittweise mobilisierten polnischen Armee deutlich die aggressiven Absichten der polnischen Armee auf, zumal sie diese Mobilisierung durchgeführt hatte, ohne von Deutschland bedroht worden zu sein oder sich bedroht gefühlt zu haben. Im Frühjahr, am 25. 3. 1939, berichtete der britische Botschafter in Warschau, Kennard, seinem Außenminister, kompetente Persönlichkeiten hätten ihm vertraulich mitgeteilt, daß von dieser Mobilisierung bereits 750.000 Mann erfaßt worden seien.[94] Die polnische Luftwaffe verfügte im Herbst 1939 über 1.200 Flugzeuge.[95]
Zweifellos waren die polnischen Militärs noch in überholten strategischen und technischen Vorstellungen befangen: sie überbewerteten die Kavallerie, unterschätzten die Leistungsstärke ihres Gegners, verfügten über zu wenig Panzer, Panzerabwehrgeschütze, Artillerie, Flugzeuge und Fliegerabwehreinheiten. Auch ihre strategische Unbeweglichkeit, das Fehlen jeglicher Defensivstrategie, der schlechte Kampfgeist der vielen Angehörigen fremdvölkischer Minderheiten in der polnischen Armee (lediglich 52,7 % der Bevölkerung des Staates ‚Polen‘ waren Polen) und nicht zuletzt die Illusionen, die man in Warschau seinen »Freunden« Frankreich, England und den Vereinigten Staaten gegenüber hegte, haben erheblich zur militärischen Katastrophe im September 1939 beigetragen. Immerhin bleibt für eine Bewertung des militärischen Potentials Polens vor Kriegsbeginn bestehen, daß die deutsche Führung diese Mängel nicht von vornherein alle einkalkulieren konnte und daß sich auf der anderen Seite die polnische Führung dieser Mängel nicht bewußt gewesen ist. Die polnische Führung hat ihre Politik auf den Einsatz einer starken Militärmacht - und zahlenmäßig war sie beachtlich für diesen Staat! - ausgerichtet, und jeder deutsche Reichskanzler hätte auf diese Politik hin - und nicht auf eventuelle Schwächen der polnischen Armee - reagieren müssen.

Sowjetunion
Während das Deutsche Reich 1939 über 75 Divisionen, 1.000 einsatzfähige Flugzeuge (taktische Luftwaffe), 3.000 Panzer verfügte, rühmte sich allein die Sowjetunion im Sommer 1939, an ihrer Westfront zum Kampf gegen Deutschland sofort 136 Divisionen, 5.000 mittlere und schwere Geschütze, 9 - 10 000 Panzer, mehr als 5.000 (einigen Quellen zufolge 5½ tausend) Flugzeuge einsetzen zu können.[96] Das war keine leere Prahlerei: Die Sowjetunion hat diese Streitkräfte in den britisch-französisch-sowjetischen Militärbesprechungen im Juli - August 1939 den Westmächten offiziell für den sofortigen Kampf gegen Deutschland angeboten - was auch ein bezeichnendes Licht auf die Geisteshaltung der Sowjets beim Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes zur gleichen Zeit am 23. 8. 1939 wirft. Nicht an der Weigerung Englands oder Frankreichs, sondern vorwiegend an der Weigerung Polens und Rumäniens, die Rote Armee durch ihr Land marschieren zu lassen, sind diese Gespräche gescheitert, so daß die ungeheueren Kräfte der Roten Armee im Jahre 1939 in Europa nicht zum Einsatz kamen. Daß dieser angebotene Waffeneinsatz ernsthafte Realitär war, wird auch von sowjetischen Historikern bestätigt. Sie bezeugen, daß die sowjetische Regierung "im Verlauf aller Vorkriegsjahre bereit war, gegenüber Deutschland (dem "Aggressor") bewaffnete Gewalt anzuwenden".[97]
"Die Rote Armee war während der letzten Monate gewaltig angewachsen ..."

Diese Aufstellung der Reserveeinheiten innerhalb der Roten Armee hatte gegen Ende 1938 das russische Friedensheer auf zwei Millionen Mann, etwa das Dreifache der deutschen Heeresstärke, erhöht." [98]
In den Jahren von 1934 bis 1938 hatte die Rote Armee nach Angaben des ehemaligen Verteidigungsministers Woroschilow vom 13. 3. 1939 ihren Personalbestand und ihre Kampfkraft verdoppelt. Die weiträumige UdSSR, das militanteste Land der Welt, hatte seit Jahr und Tag das Hauptgewicht der industriellen Produktion auf die Schwerund Rüstungsindustrie verlagert und bereits seit dem Jahre 1937 rund 25% des gesamten Volkseinkommens für militärische Zwecke ausgegeben (Deutschland 1937 = 10%, 1938/39 = 15%).[99]

Psychologische Kriegsvorbereitung
Und wie sah angesichts dieser Tatbestände die Propaganda gegen Deutschland aus? Winston Churchill agitierte, wenn er sein Lieblingsthema "deutsche Aufrüstung" berührte, entgegen besserem Wissen mit falschen Angaben. Und diese seine nachweislich gefälschten Angaben wurden nicht nur von einer weltweiten Propaganda - "freien Presse" - aufgegriffen, sondern auch von den Regierungen, die sie für ihre Interessen verwerteten: England, Frankreich, USA, UdSSR vornehmlich.
So z. B. vor seinen Wählern am 27. 8. 1938:
"Die Gefährdung des Friedens wird nicht beseitigt sein, bevor die ungeheuren deutschen Armeen, die zu den Fahnen gerufen wurden, wieder aufgelöst sind. Daß ein Land, das selbst von niemandem bedroht wird, das niemanden zu fürchten hat, über fünfzehnhunderttausend Soldaten in Kriegsbereitschaft versetzt, ist ein sehr ernster Schritt. Es scheint mir..., daß man diese großen Truppenteile nicht ohne die Absicht mobilisiert hat, innerhalb einer sehr begrenzten Zeitspanne zu einem Schluß zu gelangen." [100]
Für den rechnerisch Unkundigen: Fünfzehnhunderttausend sind 1,5 Millionen. Einige Seiten weiter berichtet Churchill, daß allein die Tschechen im Mai 1938 1,5 Millionen Mann zu den Waffen gerufen hatten, ohne allerdings diesen Tatbestand eines ähnlich gefärbten Kommentars zu würdigen. Wenn der tschechisch-slowakische Nationalitätenstaat von 15 Millionen Einwohnern (davon nur 7 Millionen Tschechen) 1,5 Millionen Mann mobilisiert, so wird das anscheinend für ganz in Ordnung gehalten. Wenn Polen mit seiner Bevölkerung von 35 Millionen (davon 15 Millionen fremdvölkischen Minderheiten) ebenfalls 1,5 Millionen Mann mobilisiert, so soll auch das in Ordnung sein. Besitzt aber Deutschland mit seinen 80 Millionen Menschen eine nur gleichgroße Armee von 1,5 Millionen angesichts einer zugespitzten Krisensituation, im Verhältnis zur Bevölkerung also nur den fünften Teil des tschechischslowakischen Aufgebotes — dann ist das für Churchill und seine Gesinnungsgenossen ein den Frieden bedrohendes Verbrechen und ein Beweis für Weltherrschaftsstreben. Churchill in einer Rede im Jahre 1936:
"Deutschland rüstet in einer Weise auf, wie man es in der deutschen Geschichte noch nie erlebt hat. Es wird von einer Handvoll übermütiger Desperados gelenkt. Das Geld wird knapp; unter der Despotenherrschaft regt sich Unzufriedenheit. Bald werden sie wählen müssen, ob sie einen wirtschaftlichen oder finanziellen Zusammenbruch und innere Unruhen vorziehen oder einen Krieg, der kein anderes Ziel haben könnte als ein germanisiertes Europa unter nationalsozialistischer Aufsicht. Deshalb scheint mir, daß alle die alten Gegebenheiten wieder vorliegen (Hegemoniestreben einer europäischen Kontinentalmacht, das ausgetilgt werden muß) und daß unsere nationale Rettung davon abhängt, ob wir noch einmal alle Mächte in Europa vereinigen können, um die deutsche Oberherrschaft in Schranken zu halten, zu verhindern und wenn nötig zu vernichten." [101]

"Im Jahr 1938/1939", so gesteht Churchill in seinen Memoiren,
"erreichten die britischen Wehrausgaben im ganzen 304 Millionen Pfund, die deutschen mindestens 1.500 Millionen. Es ist anzunehmen, daß Deutschland in diesem letzten Jahr vor Kriegsausbruch mindestens doppelt so viel Kriegsmaterial herstellte wie England und Frankreich zusammen, vielleicht sogar dreimal so viel, und daß damals auch seine großen Anlagen für den Bau von Panzerwagen ihre volle Leistungsfähigkeit erreichten. Die Deutschen verschafften sich somit Waffen in viel schnellerem Tempo als wir." [102]
"Die 40-Stunden-Woche erlaubte es Frankreich nicht, mit Deutschland Schritt zu halten, wo man mit Überstunden unter Kriegsbedingungen aufrüstete ...
Die deutschen Rüstungsbetriebe arbeiteten mit Hochdruck. Tag und Nacht kreisten in Deutschland die Räder und fuhren die Hämmer nieder; seine gesamte Industrie wurde eine Waffenschmiede und schweißte die ganze Bevölkerung in eine einzige disziplinierte Kriegsmaschine zusammen." [103]
Was Churchill mit Hilfe seiner Agitation über die deutsche Aufrüstung in die Wege zu leiten gedachte, erklärte er in der Unterhausdebatte am 16. März 1939 recht freimütig:
"Man muß bedenken, daß Deutschland, ebenso wie alle anderen Länder, nun in voller Aufrüstung begriffen ist und unter dieser ungeheuren Anstrengung stöhnt und ächzt. Es gibt bereits 26 Prozent seines Volkseinkommens für Kriegsvorbereitungen aus. Alle Arbeitskräfte, geschulte wie ungeschulte, stehen bis zum letzten Mann in Arbeit. Die Gartengitter und selbst die eisernen Grabkreuze werden als Schrottmetall eingeschmolzen. Ich hörte daher mit Vergnügen, wie Lord Chatfield gestern die Meinung vertrat, daß es ‚die Pflicht der Königlichen Flotte sei, die feindliche Flotte aufzuspüren und zu zerstören'. Das ist der Ton, den man anschlagen muß ..." [104]
Unsachlicher und provozierender geht es wirklich nicht! Doch selbst die Tatsache, daß sich dieser Mann in ein und demselben Buch auch bei diesem Thema der deutschen Rüstung derart oft widerspricht und sich auch hier seiner "Schuljungenrhetorik, die Winston Churchill in jeder gewünschten Länge zu produzieren imstande war",[105] bedient, scheint niemanden zu stören:
"Die deutsche Kriegsmaschine war schwankend über die Grenze gerumpelt (deutsch-österreichische Grenze, März 1938) und in der Nähe von Linz zum Stillstand gekommen. Trotz tadellosen Wetter- und Straßen-verhältnissen versagte die Mehrzahl der Panzer. In der motorisierten schweren Artillerie ereigneten sich Pannen. Die Straße von Linz nach Wien war durch steckengebliebene schwere Fahrzeuge blockiert. General von Reichenau ... galt als verantwortlich für ein Versagen, das den unfertigen Zustand der deutschen Armee in diesem Stadium ihres Wiederaufbaus enthüllte." [106]
Anläßlich einer Besprechung im Kriegsministerium verfaßten die maßgebenden deutschen Generale eine am 27. 9. 1938 der Reichskanzlei übergebene Denkschrift. Churchill bestätigt:
"Der Mangel an Offizieren wird hervorgehoben. Nicht weniger als 48.000 Offiziere und 100.000 Unteroffiziere wären nötig, um die (deutsche) Armee auf Kriegsstärke zu bringen; und im Fall einer Generalmobilmachung würden in nicht weniger als 18 Divisionen erfahrene Generalstabsoffiziere fehlen." [107]
Auch "anti-faschistische Historiker" sind in der Frage der deutschen Aufrüstung festzulegen, wenn sie sich gezwungen sehen, ihre Behauptungen im einzelnen zu gliedern. So enthält ein unter US-Lizenz veröffentlichtes Buch vom Jahre 1947 folgende kurzen Hinweise:
"Von den Geheimbesprechungen und Geheimbefehlen wußte die große Masse nichts." [108]

Über Inhalt, Sach- und Personalfragen dieser angeblichen Geheim-besprechungen und Geheimbefehle, die sich auf die deutsche Aufrüstung beziehen, findet sich auch hier kein Wort. Solche leeren Behauptungen aber sind historisch wertlos. Der Autor fährt fort:
"Die Zahl der an gewissen Rüstungszwecken arbeitenden Firmen war vor 1939 eine beschränkte, ihre Arbeit selbst ‚abgedichtet'." [108]
Auch hier wird keine Zahl, kein Ort, keine Produktion genannt. Wichtig ist aber das Eingeständnis, daß die Zahl der deutschen Rüstungsfirmen bis 1939 beschränkt war, eine Aussage, die alle aufputschenden Propagandathesen widerlegt. Weiter (man achte auf die Argumentation):
"Vermutungen sprechen dafür, daß das gegebene Wirtschaftsprogramm der Partei sich auf den Bedürfnissen der Aufrüstung und Kriegführung aufbaute; dabei spielte die 'Autarkie' der deutschen Wirtschaft eine Hauptrolle ... Es entstanden neue Industriewerke, und zwar allergrößten Ausmaßes, die BUNA als Ersatz der Gummirohstoffe, Benzin aus Kohle, angeblich den Volkskraftwagen für die wirtschaftliche Freiheit Deutschlands vom Auslande herstellen sollten ...
Seine (der durchdachte Plan für diese Großmaßnahmen) in die Riesen-summen gehende Finanzierung war eine Aufgabe für sich, die man mit der Ausweitung des Notenumlaufes und der Verschuldung des Reiches löste." [108]
Wenn also diese Maßnahmen, die jeder Staat dieser Welt als volkswirtschaftlich und nicht rüstungspolitisch katalogisiert, "Riesensummen an Finanzierung verschlingen", so dürfte für die eigentliche Rüstung nicht mehr viel Raum und Finanzkraft übriggeblieben sein. Wie sah die Wirklichkeit aus?
"Der Ausbau der 'Vierjahresplan-Werke', die die Einfuhrabhängigkeit mildern sollten, war in vollem Umfang erst für 1943 geplant. Ihre augenblickliche Produktionskapazität (1939) fiel wenig ins Gewicht." [109]
Welche historische Untersuchung wir auch immer zur Hand nehmen, überall finden wir den minimalen deutschen Rüstungsstand bestätigt - ebenso wie die systematische Verhetzung der anderen Völker mit den Lügen über die "fieberhafte Aufrüstung des Dritten Reiches von 1933 an" und die "Behebung der wirtschaftlichen Krise in Deutschland (1933) durch weitest ausgebaute, den Frieden der Völker bedrohende Aufrüstung".
Was darf ein souveräner Staat nach Ansicht dieser Moralisten überhaupt? Darf er sich zur Selbstverteidigung rüsten? Wie wir sehen, "dürfen" dies alle - nur die Deutschen nicht. Deutschland war von hochgerüsteten, weitaus stärker bewaffneten, durch Militärbündnisse einander verpflichteten Staaten umringt und angefeindet. Die Reichsregierung hat während der ganzen Zeit ihrer Amtsführung "nicht eine einzige neue Waffenfabrik errichtet". Dennoch warfen ihr jene Mächte, die selbst Weitreiche "ausbeuteten", vor, die Weltherrschaft erstrebt, sich gegen den Frieden verschworen und verbrecherischer Planungen schuldig gemacht zu haben.
Alle Tatsachen, die der These von einer "Verschwörung gegen den Weltfrieden" widersprechen, werden kurzerhand - man ist ja um "Begründungen" und Schlagworte nie verlegen - mit dem "Dilettantismus" der Verschwörung erklärt.[110] Vielleicht wäre Hitler diesem Vorwurf des "Dilettantismus" entgangen, wenn er - wie die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem Zweiten Weltkrieg - für 75% aller strategischen Materialreserven Vorräte für 3 bis 5 Jahre angelegt und sich in 69 Ländern des Erdballs bzw. in über 2.200 einzelnen Stützpunkten in aller Welt festgesetzt hätt,[111] - von der Sowjetunion als noch eindrucksvolleres Beispiel ganz zu schweigen.
Die Deutschland umgebenden Mächte waren im übrigen nicht von Furcht vor dem "hochgerüsteten Dritten Reich" erfüllt, sondern hegten die Illusion, mit Hilfe ihrer "Freunde" sowie der Widerstandskräfte im Reich binnen weniger Tage nach

Kriegsbeginn in Berlin zu stehen. Hätten Polen, Franzosen, Engländer oder die Sowjets die deutsche Rüstung oder den deutschen Angriffswillen gefürchtet, dann wären im Jahre 1939 die polnische Öffentlichkeit und die polnischen Behörden nicht so unverhohlen aggressiv, unverantwortlich, unsachlich und haßerfüllt gegen die ihnen ausgelieferte deutsche Minderheit und das Reich aufgetreten. Auch die französische, englische, us-amerikanische und sowjetische Publizistik hätte nicht solche Provokationen gewagt. Wer den anderen fürchtet, weil er stark ist, wird die ihm billigerweise zustehenden Rechte nicht mutwillig mit Füßen treten, sondern sie sorgfältig in Rechnung stellen. Dann nämlich entfällt nach menschlicher Wahrscheinlichkeit die Gefahr der Waffenanwendung.
Im britischen Kabinett war man über den wirklichen Stand der deutschen Rüstung gut unterrichtet; denn zuverlässige Informationsquellen standen London zur Verfügung. Daher ist es um so unverzeihlicher, wenn maßgebliche Männer in England - von der "freien Presse" und BBC ganz zu schweigen - in den dreißiger Jahren aufstachelnd vom "deutschen Rüstungsfieber" agitierten, intern jedoch das deutsche Rüstungs- und Wehrpotential so realistisch beurteilten, wie z. B. am 9. 3. 1939 Robert Hudson, der Sekretär des Departments für Überseehandel, während des Lunch gegenüber dem polnischen Botschafter in London, Raczynski:
"Was die Deutschen anbetrifft, so sind sie gezwungen, mit sich reden zu lassen (they are bound to come to terms), da sie am Rande des Bankrotts sind; sie haben weder Gold noch Devisen und leiden an ständig wachsender Knappheit an Rohstoff." [112]
Der gewiß unverdächtige schwedische Vermittler Birger Dahlerus schrieb im Hinblick auf die Einschätzung der deutschen Wehrmacht durch die polnische Propaganda im Hochsommer 1939:
"Die deutschen Panzer bestünden nur aus Papp-Attrappen. Die deutschen Soldaten desertierten haufenweise. Ihre Uniformen seien nur kümmerlich mit Stricken zusammengehalten." [113]
Kein einziges Dokument belegt, daß Polen 1939 an ein angebliches Rüstungsfieber oder Welteroberungsstreben in Deutschland geglaubt habe! Sogar den Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. 8. 1939 pflegten polnische Diplomaten noch als offensichtlichen Nachweis dafür zu bezeichnen, "in welcher verzweifelten Situation sich das Reich befinde." [114]
"Dazu (zur Entfesselung der deutsch-feindlichen Stimmung durch behördliche Maßnahmen Polens) kam noch die sich immer mehr steigernde Kriegshetze in der polnischen Presse und im Rundfunk, wo man sich nicht genug tun konnte in Meldungen über angeblich im Reich zu beobachtende Erscheinungen des deutschen Schwächezustandes, im Ernährungswesen, über Mängel in der Ausrüstung der Wehrmacht und dergleichen mehr. Die Polen dagegen wurden als ‚die besten Soldaten der Welt' hingestellt und so in ihnen ein Gefühl der unendlichen Überlegenheit dem Reich gegenüber geweckt. Man wähnte, die Organisationen des polnischen Heeres, sein Kampfgeist und auch seine technische Ausrüstung seien ‚unvergleichlich besser', die Lage des Reiches dagegen hoffnungslos, da dessen Einkreisung vollkommen sei. Polen kam sich als Großmacht vor ..." [115]
Diese Worte sind nicht zwischen 1933 und 1945 geschrieben worden. Es handelt sich um das historische Forschungsergebnis eines Sachkenners, der in seinem 1954 veröffentlichten Buch über die deutsche Volksgruppe in Polen das betreffende Kapitel überschreibt: "Die Kriegshetze in Polen".
Paul Reynaud, der ehemalige französische Finanzminister (Ministerpräsident von März bis Juni 1940), erklärte am 26. 2. 1938 in der Deputiertenkammer:
"Ist es nicht allgemein bekannt, daß die Deutschen nicht die Hälfte der Offiziere haben, die für die Aufstellung ihrer Divisionen erforderlich sind?" [116]

Ebenfalls im Jahre 1938 (November) wurde ein Manifest der Komintern veröffentlicht, in dem es hieß:
"Hitler-Deutschland ist weder in militärischer noch in wirtschaftlicher Hinsicht kriegsbereit. Ihm fehlen Rohmaterialien, Lebensmittel, Geld ...
Seine Armee verfügt nicht über ausreichende erfahrene Verbände ...." [117]
Es handelt sich hierbei um Äußerungen einflußreicher und wohlunterrichteter Politiker - e i n Jahr v o r dem angeblich seit 1933 "geplanten Krieg zur Erringung der Weltherrschaft"!
Der sowjetische Botschafter in London erinnerte an die diplomatischen Gespräche zwischen den Vertretern der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich in den Monaten vor Kriegsbeginn und zog das Fazit, daß allen Gesprächspartnern gleichermaßen bekannt war:
"Wie wir sehen, waren die bewaffneten Streitkräfte, über die die Mitglieder des Dreierpaktes verfügten, sehr beeindruckend und weit den damaligen Kräften Deutschlands und Italiens überlegen." [118]
Wie schätzte der französische Außenminister die Lage ein?
"Man rechnete mit einem leichten und schnellen Siege. Es muß zugegeben werden, daß zahlreiche Informationen aus dem Ausland uns zu der Vorstellung führen konnten, unserem Gegner gehe es bereits recht schlecht. Solche Nachrichten erhielt ich direkt oder durch unsere Botschafter, die sie uns pflichtgemäß mit allem Vorbehalt zuleiteten.
Außer den altbekannten Geschichten über die streikenden deutschen Arbeiter und die Soldaten, die den Kampf verweigerten, kam man uns immer wieder mit der Hoffnung auf ein bevorstehendes Attentat, das schon vorbereitet war und den Nationalsozialismus zu Fall bringen sollte." [119]
Und der britische Außenminister?
"Während Halifax sprach, wurde einem mehr und mehr klar, daß sich Britannien bei seiner Hoffnung, den Krieg beenden zu können, ehe eine Weltkatastrophe eintritt, mehr als auf alles andere auf einen inneren Zusammenbruch Deutschlands verläßt. Sie haben entschiedenes Vertrauen zu den Berichten ihres Geheimdienstes, daß die (deutschen) Öl- und Benzinvorräte keinesfalls länger als vier Monate reichen würden, daß in Deutschland eine entschiedene Stimmung gegen den Krieg herrsche und daß es, wenn es wirtschaftlich gar zu schwierig werde, mit Hitler vorbei sei." [120]
Der ehemalige Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop hat vor dem Interalliierten Militärtribunal Nürnberg in seinem Schlußwort die Lage des Reiches treffend umrissen:
"Daß Deutschland keine Angriffskriege geplant hatte, wird durch die Tatsache bewiesen, welche Stärke wir im Verlauf des Zweiten Weltkrieges entfaltet haben und wie schwach wir dagegen zu Beginn des Krieges waren. Die Geschichte wird es uns glauben, wenn ich (Ribbentrop) sage, daß wir einen Angriffskrieg ungleich besser vorbereitet haben würden ...
Was wir beabsichtigten, war, unsere elementaren Lebensbedingungen wahrzunehmen, genau so wie England sein Interesse wahrgenommen hat, um sich ein Fünftel der Erde untertan zu machen, wie die USA und Rußland einen ganzen Kontinent unter ihre Hegemonie gebracht ... Der einzige Unterschied der Politik dieser Länder zu der unsrigen lag darin, daß wir die gegen jedes Recht uns genommenen Länderpartikel wie Danzig und den Korridor beanspruchten, während jene Mächte nur in Kontinenten zu denken gewohnt sind." [121]

Quellennachweise :

[1] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten 1934 - 1935" S. XVIII, 73, 93, 408, 436. -- I. Colvin "Vansittart in Office« S. 125. + F. Berber "Deutschland - England 1933 - 1939" S. 189.
[2] H. Roos "Polen und Europa" S. 88, 87.
[3] ebenda S. 103. -- Eidesstattliche Erklärung General Adams im Krupp-Prozeß, Verteidigungsdokumenten-Buch 2 b Nr. 104.
[4] François-Poncet "Als Botschafter in Berlin" S. 183 und 180. Aussage des französischen Ministers André Tardieu zum Botschafter François-Poncet im Frühjahr 1934.
[5] I. Colvin "Vansittart in Office" 28 - 29, 35, 121.
[6] "Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945" hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung S. 16.
[7] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 595.
[8] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 77.
[9] ebenda S. 119.
[10] ebenda S. 75.
[11] ebenda S. 104.
[12] ebenda S. 218.
[13] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 391, 829.
[14] "Die deutsche Industrie im Kriege 1939 - 1945" S. 23.
[15] IMT XV S. 385/386.
Diese Angaben werden von allen Sachverständigen der ehemaligen Feindseite bestätigt.
Die Divisionsstärke in den einzelnen Ländern war mit rund 15.000 Mann allgemein gleich.
[18] A. M. Projektor "Der Krieg in Europa 1939 - 1941" russ. S. 20.
[17] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 256 u. 306.
[18] W. A. Sekistow "Der seltsame Krieg im Westen Europas und im Mittelmeerraum 1939 - 1943" russ. S. 85.
[19] H. Michaelis "Handbuch der deutschen Geschichte" Bd. IV S. 14.
[20] F. Halder "Kriegstagebuch" Bd. 1, S. 48. -- 1,5 Millionen Mann hiervon waren für den Einsatz gegen Polen vorgesehen.
+ B. Müller-Hildebrand «Das Heer 1933—1945« Bd. II 5. 15 vermerkt 109 Div.
[21] B. Klein "Germany‘s Economic Preparations for War" S. 73 u. 3.
[22] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 409 - 410, 412, 422.
[23] B. Klein "Germany‘s Economic Preparations for War" S. 17, 37, 38, 56, 58, 57, 61, 72, 75, 15, 76.
[24] ebenda S. 79, 80, 81.
[25] W. Hofer "Der Nationalsozialismus — Dokumente 1933 - 1945" S. 214.
[26] ebenda S. 340.
[27] Platanowa, Pawlenko, Parotkina "Der Zweite Weltkrieg" russ. S. 69 - 70.
[28] W. A. Sekistow "Der Seltsame Krieg im Westen Europas und im Mittelmeer-Raum 1939 - 1943" russ. S. 85.
[29] ebenda S. 133.
[30] E. Hughes "Churchill - ein Mann in seinem Widerspruch" S. 154/155.
[31] A. M. Nekritsch "Die Politik des englischen Imperialismus in Europa" russ. S. 436. Nekritsch zitiert: Hanson W. Baldwin "Hitler‘s Power in 1939" New York Times 9/V 1948. Baldwins Bericht stützt sich auf eine Zusammenstellung des US-Kriegsministeriums von 1947.
[32] B. H. Klein "Germany‘s Economic Preparations for War" S. 19 bestätigt diese Zahlen: "Vor 1938 produzierte Deutschland nur die sehr leichten Mark 1 und Mark II Panzer-Typen, die bald nach Beginn des Krieges, weil unmodern, außer Kurs gesetzt wurden. Die Produktion von Mark III begann 1938 und von Mark IV im Jahre 1939. In den letzten drei Monaten 1939 produzierte Deutschland 247 Panzer."
[33] IMT XIX S. 11 Prof. Exner, Verteidiger von Generaloberst Jodl.
[34] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 277.
[35] H. Laternser "Verteidigung deutscher Soldaten" S. 28.
[36] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 281.
[37] ebenda S. 280. Zitat nach Oberst Gercke, eh. Chef der Transportabteilung des Generalstabes des Heeres.
[38] L. P. Lochner "Die Mächtigen und der Tyrann" S. 226.
[39] "Bilanz des Zweiten Weltkrieges -- Bericht der Sachverständigen" S. 272.

[40] ebenda S. 302.
[41] ebenda S. 215.
[42] ebenda S. 332.
[43] A. M. Projektor "Der Krieg in Europa 1939 - 1941" russ. S. 9.
[44] ebenda S. 19.
[45] ebenda S. 20.
[46] S. Hedin "Amerika im Kampf der Kontinente" S. 92.
[47] H. Springer "Das Schwert auf der Waage" S. 183.
[48] W. Hofer "Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges" S. 106.
[49] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 264.
[50] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II Dok. 53.
[51] H. Mau u. H. Krausnick "Deutsche Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1933 bis 1945" S. 133.
[52] B. H. Liddell-Hart "The other side of the hill" S. 114.
[53] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 167 u. 115.
[54] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 253.
[55] B. Klein "Germany‘s Economic Preparations for War" S. 19.
[56] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 255.
[57] ebenda S. 254.
[58] Kommunist Nr. 4, März 1959, S. 138.
[59] E. Spetzler "Luftkrieg und Menschlichkeit" S. 224 - 225.
[60] I. Colvin "Vansittart in Office" S. 274.
[61] T. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 116.
[62] US-Navy August 1956, Nr. 8 S. 837 ff. Lieutenant Commander Richard G. Alexander zitiert bei: Marine Rundschau Nr. 3, 1957 S. 95.
[63] W. P. Potjomkin "Geschichte der Diplomatie" S. 764.
[64] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 259, 260.
[65] F. O. Miksche "Unconditional Surrender" S. 223.
[66] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 257.
[67] "Bilanz des Zweiten Weltkrieges" S. 79.
[68] E. Raeder "Mein Leben" Bd. II, S. 172 - 173. Eine andere Quelle spricht von 11 englisch-französischen Flugzeugträgern - "Bilanz des Zweiten Weltkrieges" S. 118.
[69] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 139 u. 137.
[70] W. Churchill »Der Zweite Weltkrieg" II. Buch SKrieg im Zwielicht" S. 17.
[71] Platanowa, Pawlenko, Parotkina "Der Zweite Weltkrieg" russ. S. 97.
[72] IMT Bd. XIV S. 79.
[73] E. Hugbes "Winston Churchill — his Career in War and Peace" S. 162.
[74] H. Grimm "Die Erzbischofsschrift" S. 121.
[75] E. Hughes "Winston Churchill — his Career in War and Peace" S. 160.
[76] Deutsches Weißbuch Nr. 2 Dok. 218.
[77] ebenda Dok. 242.
[78] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 158.
[79] Britisches Blaubuch Nr. 105.
[80] A. M. Projektor "Der Krieg in Europa 1939 - 1941" russ. S. 413.
[81] J. Colvin "Vansittart in Office" S. 140, 152.
[82] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 172.
[83] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 442.
[84] Deutsche Hochichullehrerzeitung 4/1961 S. 18 zitiert: Oberst Goutart "The Battle of France 1940" New York 1959.
[85] B. Klein "Germany‘s Economic Preparations for War" S. 19.
[86] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 120.
[87] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 379.
[88] ebenda S. 409.
[89] ebenda S. 378.
[90] ebenda S. 351.
[91] A. J. P. Taylor "The Origins of die Second World War" S. 154.
[92] T. Taylor "Sword and Swastica" S. 269.
[93] F. 0. Miksche "Unconditional Surrender" S. 222.
[94] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 523.
[95] Kommunist Nr. 4 März 1959 S. 138.
[96] "Geschichtsfälscher". Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges S. 43.

+ "Die Geschichte der CCCR, die Epoche des Sozialismus" russ. S. 530.
+ "Internationales Leben" russ. 1959 Nr. 3, S. 139.
+ W. G. Truchanowskij "Die Außenpolitik Englands" russ. S. 362.
[97] Platanowa, Pawlenko, Parotkina "Der Zweite Weltkrieg" russ. S. 17.
[98] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 267.
[99] ebenda S. 561, 562.
[100] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. I "Der Sturm zieht auf" S. 357.
[101] ebenda S. 259.
[102] ebenda S. 408.
[103] ebenda S. 292, 262.
[104] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 138 und 142.
[105] E. Hughes "Churchill - ein Mann in seinem Widerspruch" S. 120.
[106] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 331.
[107] ebenda S. 382.
[108] J. Eckert "Schuldig oder entlastet?" S. 110.
[109] H. Michaelis "Handbuch der deutschen Geschichte" S. 22.
[110] W. Hofer "Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges" S. 106.
[111] Aussagen des Chefs des Amtes für Rüstungsniobilmachung, A. Fleming, in einem Interview mit der Zeitschrift «US News and World Report«. Zitiert bei: Nationale Rundschau 27. 3. 1957 S. 9 und Politische Informationen 5. 3. 1963.
[112] E. Raczynski "In Allied London" S. 11.
[113] B. Dahlerus "Der letzte Versuch" S. 96.
[114] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 112 der polnische Botschafter in Moskau, Waclaw Grzybowski.
[115] Th. Bierschenk "Die deutsche Volksgruppe in Polen 1934 - 1939" S. 345.
[116] H. Lebre und M. d. Mauny "Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 30.
[117] ebenda S. 121.
[118] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 158.
[119] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 307.
[120] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 595. US-Botschafter Kennedy an Staatssekretär Hull, 4. 9. 1939.
[121] IMT XXII S. 426.

Die Außenpolitik der Großmächte am Vorabend des Krieges

Großbritannien

Die Politik des "europaischen Gleichgewichtes" in den Vorkriegsjahren

Winston Churchill schildert uns in seinen Memoiren in seltener Offenheit die Grundlagen der britischen Außenpolitik vor dem Zweiten Weltkrieg. Von vornherein soll danach für den Engländer feststehen, daß jede europäische Großmacht - ganz gleich, zu welcher Zeit, unter welchen Umständen, in welcher Staatsordnung - "aggressiv" ist und von "Tyrannen" beherrscht wird, sobald sie eine gewisse Stärke und innere Festigung erreicht hat. Auf diesen Voraussetzungen wird ein "Gesetz der Politik" konstruiert, nach dem England nicht nur stets Außenpolitik betrieben und die Uneinigkeit Europas "garantiert", sondern auch über die Völker Recht gesprochen hat. Ja, Churchill gibt sogar zu, daß es für ihn- und somit für die britische Politik —keinen Unterschied zwischen dem "Hitlerregime" und anderen Herrschaftsordnungen der europäischen Geschichte gab. Dieser maßgebende Engländer bezeichnet damit seine eigene "Kreuzzügler"-Rolle als bar jeder Rechtsgrundlage und ethischen Wertbindung. Er gibt darüber hinaus zu, daß die britische Politik seit 400 Jahren nicht nach Recht und Gerechtigkeit, nicht nach Humanität und internationaler Verständigung ausgerichtet war, sondern nach einem selbstherrlichen "Gesetz", demzufolge alle anderen Staaten je nach Bedarf für tyrannisch, aggressiv und verbrecherisch erklärt werden.

"Seit 400 Jahren hat die Außenpolitik Großbritanniens darin bestanden, sich der stärksten, aggressivsten, beherrschenden Großmacht auf dem Kontinent entgegenzustellen ...

Gegenüber Philipp II. von Spanien, gegenüber Ludwig XIV. unter Wilhelm III. und Marlborough, gegenüber Napoleon und Wilhelm II. von Deutschland ... schlossen (wir uns immer) den weniger starken Mächten an, schufen zwischen ihnen eine Verbindung und besiegten damit den militärischen Tyrannen auf dem Kontinent, wer immer er war und welche Nation er auch anführen mochte ...

Wir müssen bedenken, daß die Politik Englands sich nicht danach richtet, welche Nation die Herrschaft über Europa anstrebt. Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie, oder das französische Kaiserreich oder das Hitlerregime. Es handelt sich nicht um Machthaber oder Nationen, sondern lediglich darum, wer der größte oder der potentiell dominierende Tyrann ist. Wir sollten uns daher nicht vor der Beschuldigung fürchten, daß wir eine pro-französische oder anti-deutsche Einstellung hätten. Wenn die Verhältnisse umgekehrt lägen, könnten wir ebensogut deutsch-freundlich und anti-französisch sein ..." [1]

Kein britischer Historiker, keine britische Regierung hat diese Darlegungen Churchills dementiert. Im Gegenteil! Lord Halifax hat sich in seiner Rede vom 30. 6. 1939 vor dem Royal Institute of International Affairs im gleichen Sinn geäußert.[2]

Genau das gleiche besagt die Denkschrift, die das US-State-Department vor Beginn der Potsdamer Konferenz (Juli 1945) dem Präsidenten Truman zur Unterrichtung über die traditionelle britische "Gleichgewichtspolitik" überreicht hat.[3]

Der langjährige oberste Beamte im Foreign Office und spätere diplomatische Chefberater der britischen Regierung, Lord Vansittart, bestätigte ebenfalls:

"Wenn ein solches Dominieren (einer europäischen Kontinentalmacht) hergestellt würde, so würden wir einer Lage konfrontiert werden, die wir uns Jahrhunderte hindurch auf Grund der instinktiven Erkenntnis bemüht haben zu verhindern, daß jede andauernde Hegemonie in Europa dieses Land (England) mit Notwendigkeit auf eine zweitrangige Macht herabdrüdcen müßte." [*]

Churchills Aussage ist eine Demonstration vor der Welt, daß auch beim Zweiten Weltkrieg die ethischen Grundsätze wie "Schutz der kleinen Nationen",

"internationale Gerechtigkeit", "Kampf für Freiheit und Demokratie", "Sicherung gegen Tyrannen" für England nichts anderes waren, als Propagandaschlagworte. Es ist grotesk, daß ein Land wie England, das 1939 noch über 40 Millionen qkm verfügte und eine große Anzahl von fremden Völkern beherrschte und zudem die Herrschaft der Meere in Anspruch nahm, sich als "Verteidiger der Rechte der kleinen Völker" und der "freien Welt" aufspielte. Nicht minder grotesk ist, daß diese britischen Politiker einem Volk, das nur 600.000 qkm, also etwas mehr als 1/100 des britischen Landbesitzes, sein eigen nannte, "Weltherrschaftsstreben" vorwarfen - und Glauben fanden!
Selbst dann, wenn Churchill noch deutlicher wird und den Zweiten Weltkrieg als einen "englischen Krieg" bezeichnet (mit dieser Argumentation im BBC-London lehnte er die Friedensvermittlungsvorschläge des belgischen Königs und der Königin der Niederlande nach dem Polen-feldzug 1939 ab) und als Ziel die "Vernichtung Deutschlands" erklärt,[4] pflegt die Weltöffentlichkeit kommentarlos darüber hinwegzugehen, gleichermaßen wie über sein zynisches Eingeständnis nach dem Krieg, man habe leider "das falsche Schwein geschlachtet". Die "Meinung der Weltöffentlichkeit" eignet sich also kaum als Wertmesser für internationales Recht.
Selbst ein britischer Diplomat aus Churchills eigener konservativer Partei bekannte:
"Churchill galt in der ganzen Welt als Hauptvertreter der Kriegspolitik. Hätte man ihn zu einer Zeit, als das Gleichgewicht zwischen Krieg und Frieden noch in der Schwebe war, in die Regierung aufgenommen, würde dies den endgültigen Ausschlag zugunsten des Krieges bedeutet haben." [5]
Einen Vorwand zur Rechtfertigung ihrer feindseligen Haltung hat die britische Politik stets zu finden gewußt. Das Versailler Diktat hatte der Weimarer Republik die Schlinge um den Hals gelegt und das deutsche Volk in Zerrissenheit und wirtschaftliches Chaos gestürzt, obwohl es sich willig die demokratische Staatsform zu eigen gemacht hatte. Die freiheitliche Verfassung bot nicht den geringsten Anlaß zur Schonung und Rücksichtnahme. Aber als sie der Diktatur wich, wurde dies zum Vorwand eines neuen Krieges gemacht. Um es mit dem Engländer William H. Dawson zu sagen:
"Die Tatsache, daß 1933 ein ganz anderes Deutschland da war, als es seine Feinde geplant hatten, erklärt sich dadurch, weil die Alliierten ihr Äußerstes getan hatten, Deutschland zu schwächen und zu vernichten - in seinem Leib durch Annexionen, in seinen Finanzen durch die Reparationen, in seinem Ruf durch Verdrehungen und Verleumdung, in seinem Geist durch eine Häufung von Schimpf und von Demütigungen jeder erdenklichen Art ...
Daher sind in Anbetracht der Drangsale, die die Weimarer Republik von 1919 - 1932 zu erleiden hatte, Forscher zu dem Ergebnis gelangt, daß ihre Erhaltung während dieser Jahre der Leiden und Schmach wie ein Wunder war." [6]
Nachdem die Deutschen verstanden hatten, einen Weg aus diesem Chaos zu finden, mußte fortan der Nationalsozialismus als das "Böse" schlechthin hingestellt werden, um wiederum die Behandlung der Deutschen als Minderwertige und Ausgestoßene zu rechtfertigen. Erneut ereiferten sich britische, französische, us-amerikanische Politiker und Publizisten im Verein mit den Sowjets gegen "den ewigen Friedensstörer". Sie machten die deutsche Regierung selbst zu einer Zeit für den kommenden Krieg verantwortlich, "wenn sie so weiter rüste", in der Deutschland im Gegensatz zu allen seinen Nachbarn total verteidigungsunfähig war.[7] Sie waren es, die mit einem ungeheuren Aufwand an Propaganda die Klassifizierung in gute und schlechte Völker, in friedliebende und aggressive Regierungssysteme vornahmen und eine "unmittelbare Bedrohung" dieser oder jener Länder mittels angeblicher Geheiminformationen vorspiegelten.

Der britische Außenminister Eden wurde bereits im Jahre 1935 in einem Gespräch mit dem polnischen Marschall Pilsudski recht deutlich, indem er ihn fragte:
"Glauben Sie, Monsieur le Marshal, wir müßten auf unserer kleinen Insel bleiben?" [8]
Ähnlich der oberste Beamte im Foreign Office, Vansittart, im Jahre 1933:
"Wenn Hitler fehlschlägt, wird sein Nachfolger der Bolschewismus sein (machtpolitische Entwertung des deutschen Raumes); wenn er Erfolg hat, wird er innerhalb von fünf Jahren einen europäischen Krieg bekommen (if he succeeds he will have an European War in live years)." [9]
Zur gleichen Zeit, d. h. im Jahre 1933, hatte dieser Vansittart bereits ein Memorandum verfaßt, aus dem sich die eine Konsequenz ergab:
"Germaniam esse delendam (Deutschland ist zu zerstören)."[10]
Dieser Mann hatte jahrelang die oberste Beamtenstellung im Foreign Office inne, und er übte auch unter der Regierung Chamberlain nachhaltigen Einfluß aus, ungeachtet dessen, daß N. Chamberlain ihn im Jahre 1938 aus diesem Amt ablöste und ihn mit der Ernennung zum Diplomatischen Chef berater der Britischen Regierung auf ein totes Geleis zu schieben versuchte. War diesen Leuten die deutsche Einheit schon anstößig,[11] so mußte schließlich erneut als Vorwand zur Einmischung die die "balance of power" störende Stärke herhalten, die in der deutschen Aufbauarbeit mehr und mehr spürbar wurde. Und das, obgleich das Reich diesmal - im Gegensatz zu der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg - sich nicht an einem Rüstungswettlauf beteiligt hatte[12] und Deutschlands Außenhandel keineswegs die Gewichte auf dem Weltmarkt verschieben konnte. Es war ihnen zu mächtig geworden, obgleich sie einen jahrelangen Rüstungsvorsprung und einen Bündniskordon siegreicher Nationen gegen den Besiegten geschaffen hatten. Der britische Verteidigungsausschuß - und dies ist bezeichnend - entschied bereits im Frühjahr 1934, als Deutschland nachweislich keine mit Großbritannien vergleichbaren militärischen Kräfte besaß, auch keine territorialen Ansprüche geltend machte, daß der "eigentliche potentielle Gegner" in einem größeren Krieg Deutschland sein würde.[13] Zahllose prominente Persönlichkeiten Großbritanniens, Frankreichs und der USA rechtfertigten ihre anti-deutsche Einstellung mit der bloßen Tatsache des zu mächtig gewordenen Deutschland.
Außenminister Eden erklärte im Jahre 1943 auf einem Abschieds-frühstück für den sowjetischen Botschafter Maisky, bevor dieser London verließ, um den Posten des stellvertretenden Außenministers in Moskau zu übernehmen:
"Im Verlauf der letzten anderthalb Jahrhunderte standen England und Rußland immer in ein und demselben Lager, als in Europa irgendeine ernsthafte Krise entstand. So war es in der Epoche Napoleons, so war es in den Jahren des Ersten Weltkrieges, so ist es auch jetzt, in den Tagen des Zweiten Weltkrieges. Wodurch erklärt sich dies? Dies erklärt sich dadurch, daß England und Rußland zwei mächtige, beherrschende Staaten an den entgegengesetzten Enden Europas sind, die sich nicht mit der Schaffung einer unzweifelhaften Hegemonie irgendeiner dritten Macht in Europa abfinden können (ne mogut miritcia c...). Eine solche zu mächtig gewordene dritte Macht stellt eine Gefahr sowohl für England als auch für Rußland dar - im Ergebnis vereinigen sich die beiden Länder zum Kampf mit ihr und arbeiten letzten Endes auf ihren Untergang hin." [14]
Selbst Mr. Eden pflegte im engen Kreise seiner Freunde nichts von der besonders abgrundtiefen Verworfenheit des Nationalsozialismus gegenüber anderen Herrschaftsformen und anderen Zeiten in Europa zu berichten. Auch er vertrat die Linie seines Premiers, daß "es keinen Unterschied gab zwischen Philipp II von Spanien, Napoleon, Kaiser Wilhelm II und Hitler". Lediglich das "Gleichgewicht in Europa" war maßgebend!
Winston Churchill, der "nach einer glänzenden politischen Karriere eine lange Reihe

von Ministersesseln wechselte bis zu dem höchsten, den die britische Regierungshierarchie zu vergeben hat, den des Finanzministers (1924 - 1929)", erklärte dem sowjetischen Botschafter in London, Maisky, Ende Juli1934:
"Das Britische Empire - sagte Churchill - ist für mich der Anfang und das Ende aller Überlegungen. Was für das Britische Empire gut ist, ist auch für mich gut; was für das Britische Empire schlecht ist, ist auch für mich schlecht. Im Jahre 1919 glaubte ich, daß die größte Gefahr für das Britische Empire Ihr Land ist - deshalb war ich damals Gegner Ihres Landes. Jetzt glaube ich, daß die größte Gefahr für das Britische Empire Deutschland ist - deshalb bin ich jetzt Gegner Deutschlands. Im Zusammenhang hiermit glaube ich, daß sich Hitler nicht nur zur Expansion gegen uns vorbereitet, sondern auch gegen den Osten, gegen Sie. Warum sollten wir uns nicht zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind vereinigen? Ich war Gegner des Kommunismus und bleibe sein Gegner, aber wegen der Ganzheit des Britischen Empire bin ich bereit, mit den Sowjets zusammenzuarbeiten." [15]
Diese Verdächtigung Deutschlands bezog sich nicht allein auf seine Macht als politischen Faktor, sondern gleichermaßen auf seine Wirtschaftspotenz und geistige Leistungskraft. Bereits im Jahre 1919 schrieb die "Times":
"Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg (Ersten Weltkrieg) umsonst geführt." [16]
Rückblickend sagt der britische Historiker und General J. F. C. Fuller:
"Nicht die politischen Lehren Hitlers haben uns in den Krieg gestürzt; Anlaß war diesmal der Erfolg seines Versuches, eine neue Wirtschaft aufzubauen. Die Wurzeln des Krieges waren: Neid, Gier und Angst." [17]
Der britische Diplomat und spätere britische Botschafter in den USA, Lord Lothian, schrieb am 23. 7. 1936 einem Freund:
"Meine Meinung ist (My whole point is), daß man sich nicht mit Nazi-Deutschland befassen kann, wenn man ihm nicht Gerechtigkeit widerfahren läßt. Wenn man ihm aber Gerechtigkeit hat widerfahren lassen, dann können zwei Dinge geschehen. Auf der einen Seite mögen die gemäßigten Kräfte in Deutschland Widerstand zu leisten beginnen (wahrscheinlich weil man sich nicht bereits der Weimarer Republik gegenüber dazu durchgerungen hat?). Auf der anderen Seite mag Großbritannien willens werden, in Erwägung zu ziehen, Krieg zu machen, wenn Deutschland fortfährt in einer Weise zu handeln, die zur Hegemonie in Europa führen mag (Great Britain may be willing to consider making war if Germany proceeds to action which may lead to the hegemony of Europe)." [18]
Winston Churchill im Jahre 1936:
"Wir werden Hitler den Krieg aufzwingen, ob er will oder nicht." [19]
Und nach dem Krieg am 18. 1. 1945 sowie im März 1946 in Fulton in Anwesenheit von Präsident Truman:
"Es ging (beim Zweiten Weltkrieg) auch um die Erringung der deutschen Absatzmärkte." [20]
Churchill in einem Gespräch mit dem Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig, Carl J. Burckhardt, Anfang 1937:
"Churchill sagte mir, Deutschland werde wieder zu stark, den Deutschen imponiere nur die Kraft; wenn es zu einer Auseinandersetzung komme, würden die maßlosen Übergriffe des Nationalsozialismus England zu einem starken Allianzsystem verhelfen." [21]
Die natürliche Tatsache, daß ein großes, leistungsfähiges Volk zu sich selbst zurückfand, sollte propagandistisch zu einem "maßlosen Übergriff" aufgebauscht werden (Anfang des Jahres 1937!), unter Benutzung der von der gleichen Londoner Zentrale in die Welt gesetzten Gerüchte. Das Ziel war deutlich: die Schaffung eines

Allianzsystems zur Zerschlagung Deutschlands.
US-General Robert E. Wood erklärte vor einem Senatsausschuß, W. Churchill habe ihm im November 1936 gesagt:
"Deutschland wird zu stark, wir müssen es vernichten." [22]
Dieses Zeugnis steht nicht allein da. Churchill äußerte sich auch in einer Unterredung mit dem damaligen deutschen Botschafter in London, v. Ribbentrop, im Sommer 1937 sehr offen:
Churchill: *"Wenn Deutschland zu stark wird, wird es wieder wie 1914 zerschlagen werden."*
Ribbentrop: *"Das wird diesmal nicht so leicht sein, da Deutschland Freunde hat."*
Churchill: *"Oh, wir bringen es ganz gut fertig, Eure Freunde schließlich doch noch zu uns herüberzuziehen."* [23]
Churchill: *"Unterschätzen Sie England nicht... . Urteilen Sie nicht nach der gegenwärtigen Regierung. Wenn sich einmal dem ganzen Volk ein großes Problem stellt, dann könnte gerade diese Regierung oder das britische Volk ganz unerwartete Aktionen unternehmen."* [24]
Sowohl das IMT-Nürnberg als auch die britischen Regierungen der Nachkriegszeit haben die dokumentarischen Unterlagen dieser Unterredung für unauffindbar erklärt.

Es spricht jedoch vieles für die Echtheit dieser Aussage:
a) die angebliche Unauffindbarkeit der Dokumente dieser Unterredung in den britischen als auch den erbeuteten deutschen Archiven;
b) das Fehlen jeder anderslautenden Unterlage für diese Unterredung, die doch stattgefunden hat;
c) die Weigerung des IMT-Nürnberg, Churchill als Zeuge zu vernehmen;
d) das Eingeständnis W. Churchills in seinen Memoiren.
Somit hat der vergebliche Antrag des Verteidigers des Reichsaußenministers v. Ribbentrop in Nürnberg im Hinblick auf die damalige Situation der Reichsführung legitimen realpolitischen Gehalt:
"Auf Grund der erwähnten Äußerung von W. Churchill und anderer maßgeblicher Staatsmänner, wonach England in wenigen Jahren eine Koalition gegenüber Deutschland zustande bringen würde, um ihm mit allen Machtmitteln entgegenzutreten, wurde Hitler nunmehr in erhöhtem Maße besorgt, seine Rüstungen zu verstärken und sich mit strategischen Plänen zu beschäftigen." [25]
Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität, am 3. 10. 1938 als erster Redner in der Unterhaus-Debatte zur Münchener Konferenz:
"Er betonte mit Nachdruck, daß Großbritannien für jenes Gleichgewicht der Kräfte gekämpft habe, das einigen britischen Herzen so teuer war. Er vertrat die Ansicht, es sei seine und seines Landes Mission, Deutschland an einer Vorrangstellung auf dem Kontinent zu hindern." [26]
Der britische Historiker A. J. P. Taylor bestätigt:
"Die offenherzigsten Gegner Münchens, wie zum Beispiel Winston Churchill, behaupteten ganz einfach, daß Deutschland für Europa zu mächtig würde und daß es durch die Drohung einer großen Koalition oder, wenn notwendig, durch Waffengewalt gebremst werden müßte... Duff Cooper, der Erste Lord der Admiralität, ... als er aus Protest gegen das Münchener Abkommen zurücktrat, ... sorgte sich um das Gleichgewicht der Mächte und um die britische Ehre, nicht um die Selbstbestimmung oder um die Ungerechtigkeit von Versailles." [27]
Die grundsätzliche Haltung dieser Kreise lag in dieser Ausrichtung schon Monate, wenn nicht Jahre v o r der Münchener Konferenz fest:

Der polnische Unterstaatssekretär im Warschauer Außenministerium, Graf Szembek, notierte am 7. 7. 1938 in sein Tagebuch:
"Vansittart ist der hauptsächliche Antreiber der Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die von gewissen Elementen in der englischen Regierung geleitet und ermuntert werde.
Sie möchten auch uns in die Politik einer Einkreisung Deutschlands einbeziehen und begünstigen deshalb den auf uns in diesem Sinne ausgeübten Druck aller englischen Kreise der Linken, die ... heute eine Kriegspartei bilden und sogar dem Gedanken eines Präventivkrieges zustimmen. ..." [28]
Der britische Außenminister Lord Halifax enthüllte diese Zusammenhänge in seinen Memoiren schon mit Bezug auf den Februar 1938 und sprach von einem "Druck", der auf ihn ausgeübt wurde:
"Fast jeden Tag sollte ich den ungebetenen Rat erhalten, irgendeine Aktion zu unternehmen, dessen klare Konsequenz war, wenn der Bluff keinen Erfolg hätte, ihn lieber so durchzuführen, daß das Ergebnis Krieg sein mußte." [29]
Der polnische Botschafter in London, Raczynski, berichtete in seinen Memoiren über ein Lunch mit Winston Churchill am 28. 9. 1938, am Vorabend der Münchener Konferenz:
"Und danach fuhren wir zusammen zum Parlamentsgebäude. Churchill erklärte, daß die einzige Hoffnung in Entschlossenheit (resolution) und wenn notwendig im Krieg liegt, und drohte, daß wenn Chamberlain wieder einmal für einen unrühmlichen Rückzug entscheidet, er - Churchill - 'es ihm schon zeigen werde'." [30]
Einen Tag später, als Halifax seinen aus München zurückkehrenden Premierminister auf dem Londoner Flughafen empfing und mit ihm gemeinsam zur City fuhr, empfahl er, diesen Mann - Churchill - sowie einige besonders kriegsgestimmte Funktionäre der Labour-Party und den wegen des Appeasement-Kurses (Befriedungs-Kurses) im Februar 1938 zurückgetretenen Außenminister Eden ins Kabinett aufzunehmen.[31]
Und auf welche Weise Churchill "das deutsche Problem" zu lösen hoffte, war in London gut bekannt. Wenn dieser Mann dem Pressebeirat der deutschen Botschaft, Fritz Hesse, erklärte:
"Wenn mir ein verrückter Hund an die Hose will, dann knalle ich ihn nieder, bevor er beißen kann",[32]
- wieviel offenherziger wird er dann seinen Kollegen gegenüber gewesen sein? Einer dieser Kollegen, Lord Vansittart, fand es nicht minder moralisch, zu erklären:
"Aber mein lieber Hesse, den Krieg zwischen Deutschland und England werden Sie nicht verhindern können. Sehen Sie, Herr Hitler will Deutschland zur ersten Macht in Europa machen, und ich glaube, meine Informationen hierüber sind richtig. Sehen Sie, und das werden wir nicht erlauben können." [32]
In der Tat,
"Es gab in England einen geradezu traditionellen Deutschenhaß, der seine Wurzeln in der Vergangenheit hatte und keiner Beeinflussung zugänglich war." [33]
Winston Churchill hatte sich mit der deutschen Rüstungsgleichheit ohnehin "nie einverstanden erklärt"[34] und - was er zumindest nachträglich in aller Offenheit zugab - die dauerhafte militärische Niederhaltung Deutschlands empfohlen.[35] Seine Reisen im Jahre 1936 "land-auf, landab", um die Länder des Völkerbundes gegen Deutschland zu mobilisieren,[36] waren damals allerdings nicht so erfolgreich, wie er es sich gewünscht hatte. Ähnlich wie er aber, so wollten auch die meisten Versailler Politiker in den Jahren nach 1933 für Deutschland die Grundsätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes ebenso wenig gelten lassen wie zur Zeit der Weimarer Republik. Das deutsche Volk mußte sich darüber klar werden, daß der alliierte - angeblich gegen die deutsche Monarchie gerichtete -

Kampf entgegen den ursprünglichen Versicherungen ihm selbst galt. Mit Gewalt wollten die Sieger von Versailles - ungeachtet der gegenteiligen historischen Forschungsergebnisse - die These von der alleinigen deutschen Kriegsschuld aufrechterhalten, um damit ihre Ordnungssysteme von 1919 zu stützen. Winston Churchill verkündete noch im Jahre 1933, daß Deutschland für den Ersten Weltkrieg allein verantwortlich und daß der Versailler Vertrag gerecht sei.[37] Er hat diese Ausgangsbasis seiner Agitation nie in seinem Leben verlassen, vielmehr seine These als späterer Kriegspremier in hysterischer Weise übersteigert, indem er im Februar 1944 von einem "30jährigen Krieg gegen deutschen Angriff von 1914 an" sprach.[38] Churchill führte - mit Waffen oder Worten - Krieg gegen das Kaiserreich, die Weimarer Republik und das Dritte Reich. Gleichzeitig aber sprach er vom Frieden, von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung unter den Völkern und vom uneigennützigen und friedliebenden Britannien, das die kleinen Nationen beschütze. Wichtige Parteigänger der Churchill'schen "Europapolitik" saßen im Foreign Office, in der Verwaltung und an den Schalthebeln der Publizistik. Auch sie gehörten zu jener "Minderheit" in England, die schon seit 1935
"fest entschlossen war, Deutschland durch einen neuen Krieg niederzuschlagen und dies nicht nur für moralisch gerechtfertigt, sondern auch für die einzig richtige Politik hielt! Besonders fiel mir damals auf, daß auch einige Amerikaner, deren Namen ich vergessen habe - aber darunter war auch der Botschafter -, diese Ansicht sehr lebhaft unterstrichen." [39]
So verwundert es nicht, wenn Lord Halifax bereits frühzeitig in einem Sinne tätig wurde, der genau dieser "Politics of Balance of Power" entsprach. Bereits im August/September 1938 mischte er sich in die deutsch-polnischen Beziehungen mit der Zusage an Außenminister Beck ein, Polen in Danzig "so viel wie möglich" zu unterstützen, - zu einer Zeit also, als Hitler darüber noch keine Gespräche mit Polen in Erwägung gezogen hatte.[40] Er gab den Polen diese Zusage, obwohl er selbst die in Versailles geschaffene Danzig-Lösung als "Absurdität" zu bezeichnen beliebte und obwohl ihn sein Botschafter in Warschau dahingehend aufklärte:
"Es ist ganz klar, daß es nur eine Frage der Zeit ist, bis Danzig ganz deutsch wird und daß M. Beck große Schwierigkeiten haben wird, dem polnischen Volk beizubringen, dies ohne Gegenleistung zu schlucken." [41]
Wie langfristig Lord Halifax sein Handeln auf das Ziel abgestellt hatte, die deutsche Macht zu zerschlagen, erweist sich noch drastischer daran, daß er schon sehr frühzeitig Hitler zu Ansprüchen ermuntert hatte, die er dann aber sofort auf das heftigste mit allen propagandistischen und diplomatischen Mitteln bekämpfte, als Hitler im Sinne der Halifax'schen Anregungen zu handeln schien.
Schon sein Vorgänger im Foreign Office, A. Eden, hatte diesen Boden bereitet: Zum zweitenmal besuchte der britische Diplomat, Lord Lothian, den deutschen Reichskanzler am 4. Mai 1937 und berichtete ihm von einer authorisierten Erklärung des britischen Außenministers aus einer Rede in Leamington (Mittelengland) am 20. 11. 1936, derzufolge "Großbritannien in Osteuropa keine primären Interessen habe." England stehe, so versicherte Lothian, auch keiner "österreichischen Lösung" im Wege, eher Mussolini und der Papst.[42]
Als weiterer Abgesandter Englands fand sich am 19. November 1937 Lord Halifax bei Hitler ein und erklärte:
"In England sei man der Auffassung, daß die zur Zeit bestehenden Mißverständnisse durchaus aus dem Wege geräumt werden könnten. Man erkenne die großen Verdienste, die sich der Führer um den Wiederaufbau Deutschlands erworben habe, voll und ganz an, und wenn die englische öffentliche Meinung zu gewissen deutschen Problemen gelegentlich eine kritische Stellung einnehme, so liege das zum Teil daran,

daß man in England nicht vollständig über die Beweggründe und Umstände gewisser deutscher Maßnahmen unterrichtet sei. So verfolge die englische Kirche die Entwicklung der Kirchenfrage in Deutschland voller Besorgnis und Unruhe. Ebenso ständen die Kreise der Arbeiterpartei gewissen Dingen in Deutschland kritisch gegenüber. Trotz dieser Schwierigkeiten wäre er (Lord Halifax) und andere Mitglieder der Englischen Regierung davon durchdrungen, daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet habe, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Lande diesem den Weg nach Westeuropa versperrt habe ...
Halifax betonte, daß in England jeder Deutschland als ein großes und souveränes Volk achte und auch nur auf dieser Grundlage mit ihm verhandelt werden solle. Die Engländer seien ein Volk der Realitäten und seien vielleicht mehr als andere davon überzeugt, daß die Fehler des Versailler Diktates richtiggestellt werden müßten ... Englischerseits glaube man nicht, daß der status quo unter allen Umständen aufrechterhalten werden müsse. Man erkenne an, daß eine Anpassung an neue Verhältnisse, Korrektur früherer Fehler und notwendig gewordene Änderung bestehender Zustände ins Auge gefaßt werden müßte ...
Er müsse nochmals im Namen der Englischen Regierung betonen, daß keine Änderungsmöglichkeit des bestehenden Zustandes ausgeschlossen sein solle, daß aber Änderungen nur auf Grund einer vernünftigen Regelung erfolgen dürften ..." [43]
Ein tschechischer Historiker faßt dieses Handeln in folgende Worte:
"Die deutschen Dokumente enthüllten, daß Hitler vom Besuch Lord Halifax' im November 1937 eine besondere Ermutigung entnahm. Lord Halifax war damals Lord-Präsident des Rates, zweitrangig im Kabinett Chamberlains. Dem Dokument zufolge, das über dieses Interview berichtet, gab er Hitler zu verstehen, daß Großbritannien ihm freie Hand in Osteuropa geben würde. Mag er auch nicht so weit gegangen sein, doch dies war der Eindruck, den er erweckte - und er erwies sich als von entscheidender Bedeutung. Dann im Februar 1938 wurde Außenminister Eden nach wiederholten Meinungsverschiedenheiten mit Chamberlain zur Abdankung gedrängt und Lord Halifax zu seinem Nachfolger ernannt. Wenige Tage später bat der britische Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, Hitler um eine vertrauliche Unterredung - in Fortsetzung der November-Unterhaltung von Halifax - und eröffnete ihm, daß die britische Regierung seinem Wunsch für ‚Änderungen in Europa' zugunsten Deutschlands wohlwollend gegenüberstehe. Wie die Dokumente zeigen, gingen diese Ereignisse Hitlers Aktion voran." [44]
Ein Engländer:
"Es war Chamberlain auf der Münchener Konferenz bekannt, daß sein Außenminister Halifax und Duff Cooper, der parlamentarische Erste Lord der Admiralität, die Polen im Sommer 1938 ermutigt hatten, in Danzig eine herausfordernde Haltung gegenüber Deutschland einzunehmen, obwohl Halifax die Deutsche Führung während seines Deutschlandbesuches 1937 davon überzeugt hatte, Großbritannien würde die Rückkehr Danzigs zum Reich als recht und billig ansehen. Der britische Premier wußte genau, daß diese doppelzüngige, von seinen eigenen Ministern verfolgte Politik Europa sehr schnell zu einem neuen Kriege führen würde, aber er hatte nicht den Mut, diese Situation mit Hitler zu erörtern." [45]
Auch in der auf den Anschluß Österreichs folgenden Phase wurde Hitler von Großbritannien ermuntert. Diesmal sollte er Forderungen gegenüber der Tschecho-Slowakei erheben, "was ihn überraschte".[46] Der gleiche Vorgang wiederholte sich in der Sudetenkrise, die noch nicht einmal auf Hitler zurückging. Hinterher wurde Hitler von der angloamerikanischen Weltpresse als der "Schuldige", als der "Aggressor" und der "Imperialist" hingestellt und eine Koalition von Mächten

gegen ihn aufgebracht.
So betrieb man "Politics of Balance of Power"; eine Methode, vor der Henderson seinen Außenminister am 18. 7. 1939 eindringlich, allerdings vergeblich, warnen sollte![47]
Neville Chamberlain, der damalige britische Premier, wollte ursprünglich den Frieden, und sei es auch aus dem Grund, um Zeit für eine noch umfassendere Rüstung zu gewinnen. Doch die Friedens- und Freundschaftserklärung in München vom 30. 9. 1938 war sein letzter selbständiger außenpolitischer Akt. Die nachfolgenden wichtigen Entschlüsse, die seinen Namen tragen, faßte er gegen seinen eigentlichen Willen, gedrängt vom Außenminister Lord Halifax, dem obersten Beamtenstab des Foreign Office, einem erheblichen Teil der Abgeordneten der Konservativen Partei, vor allem aber auch der Labour Party, von den maßgeblichen Gestaltern der britischen Öffentlichkeit - und von Präsident Roosevelt. Nach der Münchener Konferenz setzte sich in England die Forderung durch, "das durch München gestörte europäische Gleichgewicht wiederherzustellen".[46] Daß diese Einmischung in fremde Angelegenheiten auf der Grundlage eines "vollständigen Richtungswechsels zur Kriegsbereitschaft" nicht allein in London ihren Ausgangspunkt hatte, bekräftigte Chamberlain mit der ungeheuerlichen Aussage, daß "Amerika und das Weltjudentum England in den Krieg getrieben haben".[49]
Wer diese Vorgeschichte kennt, muß zu dem Schluß kommen, daß die britische Entscheidung im Frühjahr 1939, der Bevölkerung von Danzig - von Westpreußen ganz zu schweigen - das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, und alles zu tun, was die deutsch-polnische Spannung verschärfen mußte, nicht auf ethischen Prinzipien oder auf einer Vorliebe für den Status quo beruhte. Großbritannien duldete, ja unterstützte im Jahre 1939 vorbehaltlos die auf eine Veränderung des Status quo hinzielende Aktivität des polnischen Chauvinismus, die Großmacht-Ambitionen auf Deutschlands Kosten, aber auch die sowjetische Expansion auf Kosten Polens und der baltischen Staaten. Natürlich wurden, als es um die "Westbewegung der polnischen Grenzen" ging, keine Rechtsgrundsätze bemüht. Man hielt nicht einmal den Anschein aufrecht, als geschehe dies um der lieben Polen willen. Winston Churchill auf der Konferenz in Jalta, Februar 1945:
"Bezüglich der Grenze am Neißefluß möchte ich gern ein Wort sagen:
Wir haben immer die Bewegung der polnischen Grenzlinien nach dem Westen unterstützt, aber unter der Bedingung, daß sie nicht mehr nehmen als sie wünschen und als sie (die Polen) handhaben können. Es wäre sehr schade, die polnische Gans mit deutschem Futter so vollzustopfen, daß sie an einer Magenverstimmung zugrunde ginge." [50]
Die Worte "wir" und "immer" und "deutsches Futter" und "polnische Gans" verdienen dick unterstrichen zu werden.
Betrachten wir die britische Geheimdiplomatie vom Jahre 1939 im Lichte dieses späteren Eingeständnisses. Churchill war zwar damals nicht Mitglied des britischen Kabinettes, aber doch einer jener einflußreichen Männer, die Chamberlain in die gewünschte Richtung gedrängt haben.
Sein Einfluß stieg, je näher der Krieg rückte.[*] Der ab 1940 erneut amtierende Außenminister Eden, schon vor dem Krieg als Außenminister oder als "Privatmann" gegen Deutschland tätig, erklärte am 16. 12. 1944 im Unterhaus:
"Ich habe seit vielen Jahren als Privatmann die Auffassung vertreten, daß es für den polnischen Staat unmöglich ist, ein unabhängiges nationales Leben zu behaupten, wenn das Korridor-System verewigt wird ... Ich habe in Genf als Berichterstatter über diese elende Danziger Geschichte gesessen. Tatsächlich konnte es unmöglich funktionieren. Die einzige Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, lag darin, Ostpreußen an Polen

fallen zu lassen und die Bevölkerung von dort umzusiedeln ..." [51]
Unterstreichen wir auch hier die Worte: "seit vielen Jahren", und wir gelangen ebenfalls in die Vorkriegszeit und finden erstaunliche Übereinstimmungen mit den Gedanken und mit dem Handeln seiner maßgeblichen Freunde und seines Nachfolgers bzw. Vorgängers Lord Halifax. Anthony Eden war 1939 seit langem kein Privatmann mehr, sondern einer der einflußreichsten Männer der englischen Gesellschaft und Politik, vom Dezember 1935 bis zum Februar 1938 war er Außenminister Seiner Majestät.
Wie wenig dabei diese britischen Politiker das Schicksal Polens berührte, ist ebenfalls aus zahlreichen Äußerungen und vor allem auch Handlungen vor dem September 1939 und während des Krieges zu rekonstruieren. Winston Churchill in Jalta 1945:
"Ich selbst interessiere mich wenig für die Polen." [52]
Dieses fehlende Interesse für Polen konnte man gleichermaßen seinem Verhalten gegenüber der polnischen Exilregierung, aber auch dem Bemühen entnehmen, die Wahrheit über die Ermordung von über 10.000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn zu unterdrücken.[53] Auch pflegte Churchill seinen Verbündeten Polen in seiner "Prozentrechnung" auf der Moskauer Konferenz im Oktober 1944 nicht aufzuführen, wo er Stalin seine erwünschten Einflußprozente für die osteuropäischen Staaten auf einem Zettel zuschob.[54]
Präsident F. D. Roosevelt kannte und billigte die perfide Polenpolitik Londons, wie sich aus seiner Äußerung (März 1943) dem britischen Außenminister Eden gegenüber ergibt:
"Die Großmächte haben zu bestimmen, was Polen bekommen solle." [55]
Und die betreffenden Großmächte "bestimmten" unter Ausschluß aller kontinentaleuropäischen Staaten teils direkt, teils indirekt bereits in den Jahren vor Kriegsbeginn über die außenpolitische Grundlinie ihrer eigenen Verbündeten und ihrer Versailler Mitläufer, so auch Polens. Sie setzten mit Hilfe ihrer Propaganda und ihres Wirtschaftspotentials ihre interessengebundenen Wertungen fest: die guten, friedliebenden Demokratien und die bösen, barbarischen Deutschen. Man kann in diesem Zusammenhang den kommunistischen Historikern zustimmen:
"Polen war unrettbar in die Abhängigkeit der imperialistischen Westmächte geraten, die der polnischen Regierung eine den Interessen des polnischen Volkes entgegengesetzte Politik aufzwangen, an der schließlich der polnische Staat 1939 zerbrach." [56]
Polen war ausersehen, den egoistischen Zielen Großbritanniens im Sinne des "Gleichgewichtes der Kräfte" zu dienen. Warschau übernahm in Verkennung der wahren Motive Londons mit leidenschaftlichem Eifer diese Rolle - und zerschellte.[57]

Quellennachweise :

[1] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 257 - 259.
[2] A. Rein "Warum führt England Krieg?" S. 35 - 36 + A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 163.
[3] Foreign Relations of the United States: The Conference of Berlin (Ihe Potsdam Conference) Vol. 1, S. 258.
[*] J. Colvin "Vansittart in Office" S. 209.
[4] K. Hierl "Schuld oder Schicksal?" S. 25.
[5] S. Hoare "Neun bewegte Jahre — Englands Weg nach München" S. 356.
[6] H. Lutz "Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 134.
[7] A. v. Ribbentrop "Verschwörung gegen den Frieden" S. 241.
[8] J. Szembek "JournaI 1933 - 1939" S. 54.
[9] R.. Vansittart "Even Now" S. 69.
[10] A. v. Ribbentrop "Verschwörung gegen den Frieden" S. 134.
Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Series 2 Vol. V Doc. 127 — Vansittart stimmte hier einem Bericht zu, der forderte, sich gegen den "tollwütigen Hund" (Deutschland)

zusammenzuschließen, um ihn zu vernichten.

[11] vergleiche Aussagen in "Wahrheit für Deutschland",Walendy,Udo, S. 335 - 336.
[12] vergleiche gesondertes Kapitel.
[13] J. Colvin "Vansittart in Office" S. 35, 124 - 125.
[14] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 43.
[15] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 4950.
[16] H. H. Löwenstein "Deutsche Geschichte" S. 474 und Stenographische Berichte der verfassunggebenden Nationalversammlung 1919 S. 1083.
[17] J. F. C. Fuller "Der Zweite Weltkrieg, eine Darstellung seiner Strategie und Taktik" S. 487.
[18] J. R. M. Butler "Lord Lothian" S. 216.
[19] Das Neue Reich Nr. 15, 11. 4. 1959 S. 4 H. Grimm.
[20] Der Ring April 1959 S. 4.
[21] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 70.
[22] J. F. C. Fuller "Decisive Battles of the Western World« S. 306 + E. Hughes "Winston Churchill — his career in War and Peace" S. 145 + "Hearings on Lend and Lease" Febr. 1941 S. 275.
[23] J. v. Ribbentrop "Zwischen London und Moskau" S. 97.
[24] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 277.
[25] IMT Bd. VIII, S. 229 - 230.
[26] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 243.
[27] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 190.
[28] J. Szembeck "Journal 1933 - 1939" S. 322 - 323.
[29] Halifax "FulIness of days" S. 196.
[30] E. Raczynski "In AIlied London" S. 8.
[31] Halifax "Fullness of days" S. 200.
[32] F. Hesse "Das Spiel um Deutschland" S. 38 f.
[33] M. Gilbert - R. Gott "Der gescheiterte Frieden" S. 3.
[34] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 102.
[35] R. S. Churchill "The Sinews of Peace — Post-War-Speeches by Winston Churchill" S. 41 Rede in Brüssel am 16. 11. 1945.
[36] ebenda S. 167 Rede am 5. 6. 1946 im Unterhaus.
[37] H. Lutz "Verbrechervolk im Herzen Europas?" S. 21.
[38] Geheimer Schriftwechsel zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin 1941 - 1945 russ. Bd. 1, S. 204.
[39] F. Hesse "Das Spiel um Deutschland" S. 40.
[40] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 152.
[41] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. II Doc. 206 Kennard an Halifax am 14. 10. 1938.
[42] J. R. M. Butler "Lord Lothian" S. 341 - 342.
[43] ADAP Bd. 1 Nr. 31.
[44] F. 0. Miksche "Unconditional Surrender" S. 229 vergl. ADAP Bd. 1 Dok. 31 S. 46 - 56.
[45] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 57.
[48] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 161.
[47] Doc. on British Foreign Pcrlicy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 347.
[48] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 121 Rede am 14. 3. 1939 in Lon don.
[49] W. Millis "The Forrestal Diaries" S. 122.
[50] Die Jalta Dokumente S. 166 und 171.
[*] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 406.
[51] R. Goguel "Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze" S. 316.
[52] Die Jalta Dokumente S. 266.
[53] J. K. Zawodny "Der Tod in den Wäldern" New York 1962.
Schriftwechsel zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin 1941 - 1945 russ. Bd. 1 Dok. 151 S. 12O - 121 Brief Churchills an Stalin vom 24. 4. 1943.
[54] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 6. Buch Bd. II "Dem Sieg entgegen" S. 269.
[55] R. Sherwood "Roosevelt und Hopkins" S. 581 - 582.
[56] R. Goguel "Polen, Deutschland und die Oder-Neiße-Grenze" S. 863.
[57] E. Rozek "Allied Wartime Diplomacy" S. 26.

Die britische Deutschland-Politik von "München" bis zum 15. März 1939
Die britische Politik nach der Münchener Konferenz war darauf angelegt, die am 30. September 1938 von Chamberlain und Hitler unterzeichnete Friedens- und Freundschaftserklärung zu entwerten und - um das mindeste zu sagen - die durch den Versailler Frieden geschaffenen, inzwischen jedoch fragwürdig gewordenen Bündnispositionen Frankreichs (und damit Englands) in Osteuropa wiederherzustellen. Die Mittel, deren man sich in London hierfür bediente, waren sehr zweifelhaft. Innen- und Außenpolitik, Publizistik und Wirtschaft wurden statt auf Frieden und Freundschaft nunmehr auf eine kriegerische Entwicklung ausgerichtet. "Die City wird kriegslüstern" - so definierte ein französischer Historiker im Jahre 1958 die damalige Lage in London.[1] Winston Churchill gestand, daß er ab Oktober 1938 entschlossen gewesen sei, "mit Hitler handgemein zu werden", und sprach damit gewiß nicht von sich allein.[2]
"Diese britische Kriegsgruppe rekrutierte sich aus allen Parteien des Landes, wobei die stärkste Kriegsbereitschaft von den Mitgliedern der Liberalen und der Labour Partei zum Ausdruck gebracht wurde ... Noch am gleichen Tag, an dem Chamberlain aus München in London eintraf, sandte der chronische Deutschenhasser, Alfred Duff Cooper, Erster Lord der Admiralität, Chamberlain eine Botschaft. Darin rügte er dessen Außenpolitik und kündigte seinen Rücktritt aus dem Kabinett an."[3]
Die Parlamentsdebatten über die Münchener Konferenz vom 3. - 5. Oktober 1938 machten in ihrer langen und ausgiebigen Polemik folgende Entwicklungen deutlich:
a) Das Kabinett, das Mitte September 1938 beschlossen hatte, das Sudetenland wieder an Deutschland zurückzugeben, stand nicht mehr eindeutig hinter seinem Beschluß;
b) die Presse wurde durch diese Debatten in der Gewißheit bestärkt, freies Schußfeld gegen Deutschland zu haben;
c) N. Chamberlain wandte sich n i c h t gegen die Agitatoren, die das Münchener Abkommen hemmungslos bekämpften und - wie z. B. Churchill - den Reichskanzler als "Straßenräuber" und "Gangster" und das Abkommen als "deutsche Erpressung" zu bezeichnen pflegten. Er schwenkte vielmehr nach und nach auf ihre Linie ein und stärkte die Stellung seines Außenministers Lord Halifax, der ebenfalls unter Hinweis auf die Münchener Entscheidung plötzlich mit Rücktritt gedroht hatte, in einer Weise, daß allmählich die alleinige Verantwortung für die britische Außenpolitik auf Halifax überging.[4]
d) N. Chamberlain verkündete - unter dem Vorwand der "deutschen Gefahr" - das bisher größte Auf rüstungsprogramm;
e) die Politik der "Unvermeidbarkeit des Krieges" wurde mit Nachdruck eingeleitet in Form von publizistisch weit gestreuten falschen Alarmmeldungen, Koalitionsabsprachen mit anderen Mächten, Ermutigungen zur Kompromißlosigkeit gegenüber Deutschland, durch Akzentuierung der Schlagwortagitation (Deutschland = "Angreifer-Nation") und die Unterschlagung deutscher Friedensbemühungen in der Öffentlichkeit;
f) der Druck auf Frankreich, seine Rüstungsanstrengungen zu verstärken, wurde verschärft, wobei unter "Druck" zumindest der unablässige Eifer der britischen Regierung zu verstehen ist, mit dem sie dem französischen Partner die Notwendigkeit einer verstärkten Rüstung nahelegte;[5]
g) die Vorbereitung eines nationalen Hilfsdienstes und propagandistische Vorarbeit zur Einführung der Wehrpflicht wurden schnell vorangetrieben.
"Chamberlain's Politik wurde auch von führenden Konservativen im Parlament wie Eden und Churchill mit Wendungen angegriffen, aus denen hervorging, daß auch ihnen Krieg lieber gewesen wäre als die Münchener Regelung. Aber die geschlossenste, auf Krieg erpichte Gruppe bildeten die Führer der Labour-Partei ...

Chamberlain erhielt ein Vertrauensvotum, jedoch mit einer relativ geringen Mehrheit. Die Liberalen und Labour-Vertreter stimmten geschlossen gegen Chamberlain, und mindestens die Hälfte der wirklich bedeutenden Konservativen vermieden es ostentativ, für Chamberlain und seine Politik zu stimmen." [6]
Weitere Schritte dieser umgestellten britischen Politik waren die Rede von Lord Halifax am 23. 10. 1938 in Edinburgh, in der er hervorhob,
" der bewaffnete Frieden in Europa könne nicht als Dauerfrieden auf der Grundlage gegenseitigen Verstehens betrachtet werden".[7]
der Einbau der kanadischen Industrie in das britische Luftrüstungsprogramm ab November 1938 und der Paris-Besuch von Chamberlain und Halifax am 24. 11. 1938, um Rüstungs- und Militärmaßnahmen abzusprechen. Die Feststellung Halifax' an seinen Pariser Botschafter vom 1. 11. 1938 blieb sichtlich ohne Folgerungen:
"Künftig müssen wir mit Deutschlands Vorherrschaft in Zentral-Europa rechnen. Übrigens habe ich immer gefühlt, daß, wenn Deutschland seine normale Stärke wiederhergestellt hat, seine Vorherrschaft aus klaren geographischen und wirtschaftlichen Gründen unvermeidlich ist ...
Es ist eine Sache, eine deutsche Expansion in Zentral-Europa zu erlauben, die nach meiner Ansicht eine normale und natürliche Angelegenheit ist..." [8]
Am 17. November 1938 hielt Winston Churchill eine ausgiebige Rede für die Schaffung eines Kriegsversorgungsministeriums.[9]
Am 30. 11. 1938 hob der Departmentsekretär für Überseehandel, R. S. Hudson, im Unterhaus ohne akuten Anlaß die wirtschaftliche Konkurrenzgefahr Deutschlands und die angebliche Notwendigkeit von wirtschaftlichen und politischen Gegenmaßnahmen hervor.
"In diesen fieberschwangeren Wochen des November 1938 veranlaßten die leitenden Kreise Londons die zum Kriege führende Wendung in England und beschlossen, den Krieg gegen einen Feind zu führen, der den britischen Handel an seinem Lebensnerv bedrohte. Die Politik unbeugsamer Festigkeit, die angesichts der internationalen Lage keinen anderen Ausweg als den Krieg haben konnte, wurde damals beschlossen. Sie wartete nur noch auf eine Gelegenheit, sich in hellem Lichte zu zeigen; Polen sollte sie der Regierung in London liefern." [10]
Am 4. 12. 1938 erklärte der britische Erziehungsminister, in England verstärke sich die Ansicht, ein endgültiges Einvernehmen mit Deutschland sei unmöglich.[7]
"Die Erregung über das Münchener Abkommen hätte sich in den folgenden Monaten vielleicht gelegt, wenn die Führer der Konservativen nicht ständig neue Mittel ersonnen hätten, die Öffentlichkeit im Hinblick auf Deutschland in Alarmzustand zu halten. So machte der Graf de La Warr als Erziehungsminister im Chamberlain-Kabinett in einer Rede am 4. Dezember 1938 in Bradford geltend, in Großbritannien herrsche die Stimmung vor, daß man nichts tun könne, Deutschland je zufriedenzustellen. Das war ein schockierender Propagandatrick, der jene Stimmung schaffen sollte, die man brauchte." [11]
Am 7. 12. 1938 wurde durch die Rede des Staatssekretärs für Kolonien, M. Mc. Donald, Deutschland eine schroffe Absage in der Kolonialfrage erteilt, ohne daß diese von Berlin aus aufgeworfen worden war.
Am 16. 12. 1938 berichtete der polnische Botschafter in London, Raczynski, seinem Außenminister von der "Phraseologie, mit der die öffentliche Meinung hier regelmäßig gespeist wird":
"Die Situation nach München wird hier als Situation bezeichnet, die weder Krieg noch Frieden ist. Premierminister Chamberlains Erklärung, eine neue Ära sei angebrochen, die ‚unserer Generation' den Frieden gewährleistet, wird von allen als Illusion angesehen, die sich beim Zusammenprall mit der Wirklichkeit rasch

verflüchtigt." [12]
Am 11. 1. 1939 flogen Chamberlain und Halifax mit einem Beraterstab von sechs Beamten nach Rom, um Italien einzuschüchtern und Störungen zwischen Deutschland und Polen, aber auch mit der UdSSR anzukündigen ("Hitler habe offensichtlich die Absicht, eine unabhängige Ukraine zu errichten"), obwohl London damals weder aus Berlin noch aus Warschau Anhaltspunkte dafür hatte. Für eine Klarstellung der deutschen Außenpolitik, eine Abrüstungskonferenz, eine Gemeinsamkeit gegen den Bolschewismus, für eine aktive Friedensinitiative und Auflockerung der Fronten haben sich diese Politiker nicht eingesetzt.[13]
Am 23. 1. 1939 hielt Chamberlain im Unterhaus eine Rede mit dem Ergebnis:
a) Einführung des freiwilligen nationalen Dienstes, der England "für den Krieg bereitmachen sollte".[14]
b) öffentliche Bekundung der britischen Regierung, im Falle bedrohter Lebensinteressen nicht genannter europäischer Länder auf dem Kontinent militärisch einzugreifen.
Damit war der Politik, die ein militärisches Eingreifen lediglich für den Fall eines Angriffs auf die britische Insel vorgesehen hatte, öffentlich Absage erteilt. Chamberlain hat sich mit diesem und dem vorangegangenen Schritt nicht nur den Standpunkt des Präsidenten Roosevelt zu eigen gemacht, den dieser am 4. 1. 1939 dem Kongreß in einer Botschaft verkündet hatte, "Methoden dicht am Rande des Krieges zu wählen",[15] sondern diese Methoden auch realisiert.
In den Monaten Dezember 1938 und Januar 1939 bestärkten Lord Halifax und andere Männer der britischen Öffentlichkeit den Präsidenten Roosevelt mit einer Reihe von falschen Alarmnachrichten und einer entsprechenden Artikelflut in seiner Politik: Hitler beabsichtige, eine unabhängige Ukraine zu gründen ("diese Informationen kamen aus Westeuropa";[16] er wolle die Westmächte in einem Überraschungsangriff vernichten, bevor er sich dem Osten zuwende; er gehe darauf aus, Italien im Mittelmeerraum in einen Krieg zu stürzen, um einen Vorwand zum Krieg zu haben; er ziehe deutsche Truppen an der tschechischen Grenze zusammen; Deutschland stünde vor einer wirtschaftlichen und finanziellen Krise, die Hitler zur Aggression zwänge; "Hitlers geistiger Zustand, sein sinnloses Rasen gegen Großbritannien und sein Größenwahn" seien unmittelbare Gefahren.[17] London fühlte sich inzwischen auch auf Grund der seit dem Herbst 1938 intensivierten Kontaktfreude des geheimen deutschen Widerstandes ermutigt, der die Hoffnung auf einen durch britische Machtdemonstration bzw. "Präventivkrieg" ausgelösten Militärputsch im Deutschen Reich nährte.
Als weitere britische Initiative ist zu erwähnen das hintergründige diplomatische Spiel gegen Deutschland, aus der "Befürchtung, Polen könnte die deutsche Seite wählen" und somit den geplanten Einkreisungsring sprengen. Sprechen die Historiker hier von britischen "Befürchtungen" einer Übereinkunft oder sogar eines Bündnisses Polens mit Deutschland, so geben sie damit ungewollt selber zu, daß Deutschland seinen östlichen Nachbarn nicht bedroht hat, sondern im Gegenteil ein Zusammengehen mit Polen wünschte. Lord Halifax gestand am
1. 11. 1938 seinem Botschafter in Paris:
"Vermutlich kann Polen nur mehr und mehr in den deutschen Einflußbereich (orbit) fallen." [18]
So waren sich die eingeweihten Männer der damaligen europäischen Politik — "ein leider nicht unbeträchtlicher Teil der damaligen westlichen Meinung"! — der "Befürchtungen" Londons bewußt, "es könnte doch noch eine Einigung über Danzig und das Korridorproblem zustande kommen".[19] Auch Frankreich schoß Störfeuer, um dem Besuch des Reichsaußenministers v. Ribbentrop in Warschau (Januar 1939)

jede Erfolgsmöglichkeit zu nehmen.[20]
"Beck sorgte dafür, den Engländern nicht zu berichten, daß die Verhandlungen mit Deutschland an einem toten Punkt angekommen waren. Im Gegenteil, er deutete an, daß die Frage Danzig bald geregelt werden würde. Erneut schlugen die Engländer Alarm. Sie fürchteten, daß Polen sich dichter an Deutschland anschließen könnte, wie es 1938 geschehen war. Die Teilnahme Polens in der ‚Friedensfront' schien ihnen lebenswichtig. Polen allein konnte die Drohung einer zweiten Front zur Realität machen. ...
Die Engländer vermuteten nicht, daß sich Polen in unmittelbarer Gefahr vor Deutschland befand. Im Gegenteil, sie fürchteten, daß es die deutsche Seite wählen könnte, besonders wenn ihm Memel angeboten würde. Die Polen fühlten sich auch in keiner Gefahr." [21]
Am 6. 2. 1939 brachte Chamberlain im Unterhaus zum Ausdruck, daß Großbritannien im Fall "bedrohter Lebensinteressen" Frankreich vorbehaltlos militärisch zur Seite stehe und daß der französische Außenminister Bonnet bereits eine gleichlautende Versicherung in London abgegeben habe. Diese gegenseitige Zusicherung bezog sich ausdrücklich auf den "Kriegsfall", nicht auf einen "Angriff Deutschlands". Bereits bei diesem Bündnis ist - wie später bei der Garantie an Polen - "die Frage des Aggressors ignoriert worden"! Großbritannien ist diese weitgehende und vorbehaltlose Bindung eingegangen, obwohl Frankreich durch zahlreiche Bündnisverpflichtungen (z. B. mit Polen, UdSSR, Tschecho-Slowakei) in alle nur denkbaren europäischen Krisenherde hineingezogen werden konnte.[22]
Mitte Februar 1939 kündigten Großbritannien und Frankreich wichtige Bestimmungen der Genfer Generalakte zum Neutralitäts- und insbesondere Seerecht, sie entzogen sich dadurch mit Wirkung vom 16. August 1939 dem neutralen Schiedsgerichtsverfahren. - Eine eindeutig auf einen europäischen Kriegsfall berechnete Maßnahme!
"Am 21. Februar erklärte Chamberlain, es bestehe zur Zeit kein Anlaß zu einer Abrüstungskonferenz, sie würde doch scheitern, und er fügte hinzu, alle Parteien Englands stünden nunmehr vereint hinter dem britischen Rüstungsprogramm. Aber er nahm von einer kürzlich aufgekommenen Friedensneigung in England immerhin insoweit Kenntnis, daß er wenige Tage später einräumte, es bestehe möglicherweise die Chance, gegen Ende des Jahres über Abrüstung zu verhandeln. Am 10. März tadelte ihn Halifax wegen dieser letzten Erklärung." [23]
Nachdem Neville Chamberlain bereits am 1. März 1939 der Einladung zu einem Empfang in der Londoner Sowjetbotschaft nachgekommen war, stattete der Premierminister am 9. 3. dem Sowjetbotschafter erneut einen Besuch ab [24] - ein für einen Premierminister sehr ungewöhnliches Verhalten! - und bekundete damit nach Aussage Churchills erneut das Interesse,
"das Großbritannien der Steigerung des Handels und der Intensivierung der Zusammenarbeit mit Rußland entgegenbringt." [25]
In den "Documents on British Foreign Policy" findet sich der Nachweis, daß neben Chamberlain auch Mister Hudson, der Leiter des Departments für Überseehandel, dem sowjetischen Botschafter in London an demselben 9. März einen britischen Kredit für die Sowjetunion in einer Form aufzudrängen suchte, daß Maisky darüber sehr erstaunt und erschrocken war und sich diese Initiative nur mit hintergründigen politischen Absichten zu erklären vermochte.[26] Die Initiative Großbritanniens, die Sowjetunion gegen Deutschland zu engagieren, ist hiermit bereits zu einem Zeitpunkt nachweisbar, da dafür noch nicht einmal ein Vorwand möglich war. Die Besetzung von Böhmen-Mähren datierte sechs Tage später!
Chamberlain schrieb im Oktober 1939 rückblickend über diese Monate seiner

Amtsführung, er habe nicht geglaubt,
"daß ich nach ‚München‘ hätte mehr tun können, um das Land für den Krieg vorzubereiten." [27]
Mag diese spätere Rechtfertigung Chamberlains auch vielleicht übertrieben sein, so ist sie doch ein Zeugnis dafür, welchem Druck der Premier in jenen Monaten aus seinen eigenen Reihen ausgesetzt war.
Alle diese Maßnahmen spiegeln die britische Initiative nach der mit Hitler unterschriebenen Friedens- und Freundschaftserklärung wider —zu einer Zeit, da sich Hitler unbestritten an diese Erklärung gehalten hatte. Die britische Regierung konnte sich billigerweise nicht damit herausreden, daß diese ihre Initiative im Sinne des europäischen Friedens und der europäischen Sicherheit notwendig gewesen wäre, bedeutete sie doch einen offensichtlichen Bruch der mit Deutschland abgesprochenen Grundsätze friedfertigen Verhaltens. Es mußte für jeden vernünftigen Menschen augenscheinlich sein, daß mit der britischen Aktivität das Kriegsfeuer angeheizt wurde. Winston Churchill erklärte am 10. 3. 1939 zu Bernard Baruch, dem Chefberater Roosevelts, nicht ohne Kenntnis der internen Situation der britischen Führung:
"Der Krieg kommt sehr bald. Wir werden in ihn verwickelt werden und ihr (die Vereinigten Staaten) ebenfalls." [28]
Die britische Regierung wußte, daß Deutschland keinen Streit mit England suchte und auch gegenüber anderen Ländern um Frieden und Freundschaft bemüht war. Die einzige Reaktion Hitlers auf die britische Aktivität war der Einmarsch in Prag am 15. 3. 1939, der jedoch — wie gesondert dargestellt - noch einen ganzen Fächer anderer Ursachen hatte. (Die Rede Hitlers in Saarbrücken vom 9. 10. 1938, die als "Provokation" der Westmächte "ausgelegt" wurde, zeigte lediglich die Gefahren auf, die sich aus dem britischen Verhalten ergeben mußten, und warnte vor der Fortsetzung dieser Politik. Sie stellte jedoch in keiner Weise eine Abkehr von der Münchener Unterschrift dar).

Quellennachweise :

[1] H. Lehre "Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 41.
[2] O. Abetz "Das offene Problem" S. 103 + E. Raczynski "In AIlied London" S. 8.
[3] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 122.
[4] ebenda S. 126.
[5] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. III Doc. 122 (4. 10. 1938), Doc. 282 (28. 10.), Doc. 285 (1. 11.), Doc. 288 (3. 11.), Doc. 325 Protokoll über die Unterredung zwischen Chamberlain und Daladier in Paris vom 24. 11., Gespräche in Paris vom 2. - 3. 12. über die Flugzeugproduktion u. a. + G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 146 - 148 berichtet von seinen Rüstungsanstrengungen.
[6] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 123.
[7] ebenda S. 126.
[8] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. III Doc. 285.
[9] W. Churchill "Ins Gefecht" Reden 1938 - 1940 S. 94 ff.
[10] H. Lebre "Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges« S. 41 - 42.
[11] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 262.
[12] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 356.
[13] J. Colvin "Vansittart in Office" S. 287 - 288.
[14] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 129.
[15] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 392.
[16] H. Roos "Polen und Europa" S. 378. -- Propagandist S e f t o n D e l m e r hatte solche Berichte geschrieben. -- S. Delmer "Die Deutschen und ich" S. 390.
[17] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1, S. 355 - 356 + D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 325 - 327.
[18] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. III Doc. 285.
[19] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 326.

[20] A. v. Ribbentrop "Verschwörung gegen den Frieden" S. 296.
[21] A. J. P. Taylor "The Origins of die Second World War" S. 207 und 209.
[22] A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 34.
[23] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 129 zitiert: "Times" London, 23. Januar. 4 und 22. Februar 1939; HANSARD‘s Parliamentary Debates: Commons, 31. 1. 1939.
[24] A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 54.
[23] E. Hugbes "Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 160.
[26] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 193 und 194.
[27] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 456.
[28] R. Sherwood "Roosevelt und Hopkins" S. 76.

Die britische Reaktion auf den 15. März 1939

Die britische Regierung forderte gemeinsam mit der französischen in einer Note von Hitler eine Erklärung über sein Vorgehen in Prag. Der britische Premier hatte die Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren nicht zum Anlaß einer kriegerischen Antwort nehmen wollen.[1] Wie inzwischen jedoch üblich geworden, beugte er sich wiederum dem auf ihn ausgeübten Druck.

"Er (Chamberlain) hielt es nicht für notwendig, dem Parlament zu empfehlen, irgendwelche praktische Maßnahmen zu ergreifen" ...

"Die Haltung Chamberlains (am 15. März 1939 im Unterhaus) rief eine stürmische Reaktion nicht nur auf seiten der Labour- und liberalen Opposition hervor, sondern auch seitens bedeutender Elemente der konservativen Partei. Besonders Eden trat mit einer scharfen Kritik an der Außenpolitik der Regierung hervor und warnte davor, daß nach der Eroberung der Tschechoslowakei neue Aggressionsakte seitens der faschistischen Diktatoren folgen werden. Eden forderte energisch die Schaffung einer Koalitionsregierung aller Parteien. Sie solle den wirksamen Kampf gegen die Aggression zu ihrer Aufgabe machen und in dieser Zielrichtung eine enge Zusammenarbeit mit anderen friedliebenden Staaten aufbauen." [2]

Lord Halifax offenbarte dem deutschen Botschafter in London, v. Dirksen, am 15. März 1939:

"Er habe Verständnis für Hitlers Geschmack an unblutigen Siegen. Das nächste Mal werde Hitler gezwungen werden, Blut zu vergießen." [3]

Die Methoden, mit denen diese auf den Krieg hinarbeitenden Gruppen ihren Willen durchsetzten, gingen weit über die Festlegung der eigenen Position für den Fall eines Konfliktes hinaus.

"Halifax‘ sonderbares Schweigen in den Wochen vor der deutschen Besetzung Prags, als er volle Kenntnis von der herannahenden Krise hatte, vor allem die Unterlassung, auf Ribbentrops Note vom 28. Februar überhaupt zu antworten, ließ die Deutschen vermuten, daß eine Besetzung der Tschechoslowakei keine bemerkenswerten oder ungünstigen Rückwirkungen auf die deutsch-englischen Beziehungen haben würde. Aus der weiteren Entwicklung wird klar ersichtlich, daß Halifax es darauf anlegte, Deutschland zu der Annahme zu verleiten, er werde der bevorstehenden Aktion in der Tschechoslowakei nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern sie in Wirklichkeit vielleicht sogar begünstigen. Aus dem gesamten Verhalten Chamberlains und Halifax‘ in der Tschechenfrage von November 1938 bis zum 15. März 1939 wird somit klar, warum sie es nicht wagten, das deutsche Vorgehen zum offiziellen Anlaß ihres Protestes und ihres Bemühens zu machen, die britische Öffentlichkeit aufzuwiegeln. Aber mit Hilfe Vansittarts warteten sie mit einer verlogenen Ausrede für ihren politischen Kurswechsel auf, den man ins amtliche Protokoll eintragen konnte." [4]

So ergab es sich, daß zu einem wohlabgewogenen Zeitpunkt, am 17. März 1939, der rumänische Gesandte in London, Virgil Tilea, "auf einen Anruf aus Paris hin",[5] der offenbar vom Foreign Office veranlaßt worden war,[6] dem britischen Außenminister

die Falschmeldung lancierte, Deutschland habe Rumänien ein Ultimatum gestellt, bzw. die deutsche Regierung habe von Rumänien ein Monopol auf den rumänischen Export und die Annahme von Maßnahmen zur industriellen Beschränkung im deutschen Interesse bei gleichzeitiger Garantierung der rumänischen Grenzen durch die deutsche Wehrmacht gefordert. Als Aufhänger diente ihm die Nachricht von einer zufällig Mitte März 1939 in Rumänien weilenden deutschen Handelsdelegation. Die bisherige Vermutung, daß die Lüge des Herrn Tilea vom Foreign Office über den Weg eines fingierten "Telephonanrufes aus Paris" in die Welt gesetzt worden war, konnte inzwischen bis zum schlüssigen Nachweis erhärtet werden.[7]
In britischen Führungskreisen war man zu jenem Zeitpunkt gewillt, einen Weg zu gehen, der mit "stop Hitler", mit Kompromißlosigkeit und mit "Methoden dicht am Rande des Krieges" umschrieben wird.[8] Diese Pläne waren auf Aktivität und Initiative abgestellt, ohne daß man sich die Mühe machte, auch nur aus Propagandaabsichten zu behaupten, die Sicherheit Großbritanniens sei durch Hitler bedroht. Bereits eine freiwillige Entscheidung der rumänischen Regierung, ihren Handel mit Deutschland auszubauen, definierten maßgebende britische Kreise als weitere "Störung des europäischen Gleichgewichtes", um daraus die "Notwendigkeit" zum Eingreifen gegen Deutschland abzuleiten. Um mit den Worten des Premierministers zu sprechen:
"Wenn Deutschland die Kontrolle über die rumänischen Rohstoffe (resources in oil and wheat...) erlangt, ganz gleich, ob auf direktem oder indirektem Wege, würde dies einen großen Kräftegewinn für Deutschland und eine Schwächung der anderen Seite bedeuten." [9]
Deutsche Wirtschaftsbetätigung, friedliche deutsche Arbeit und Leistung pflegte Chamberlain bereits zu jenem Zeitpunkt als "wirtschaftliche Durchdringung" zu bezeichnen, "die alle Folgen einer Eroberung hätte oder haben könnte". Er verband damit die Frage, wie man "Deutschland durch ein Ultimatum oder m. a. W. durch einen präventiven und prekären Krieg stoppen" könnte.[10] Zwar wollte der britische Premier persönlich einen solchen Krieg nicht verantworten, doch konnte er auf genügend Eiferer im Foreign Office zurückgreifen, die eigenmächtig diese seine Äußerungen aufgriffen und in die Tat umzusetzen gewillt waren. War der von Chamberlain angesprochene "Fall Rumänien", bei dem es "schwierig sei, zwischen flagranten kriegerischen Aktionen und wirtschaftlicher Durchdringung mit allen Folgen einer Eroberung" zu unterscheiden, für die Mitarbeiter im Foreign Office nicht geradezu eine Aufforderung zum Handeln?
Die Lüge Tileas war zeitlich und inhaltlich zu gut in die von London bereits angekurbelte Gerüchtepolitik eingebaut, als daß eine andere Quelle vermutbar wäre als das Foreign Office. Es war die Zeit, zu der die britische Regierung noch nicht Polen als das Land auserkoren hatte, das man — auch nicht mit Alarmierung der Weltöffentlichkeit — wähnte, gegen Deutschland aufputschen zu können. "Befürchtete" sie bekanntlich noch ein Zusammengehen Polens mit Deutschland [11] und glaubte daher, in Polen nicht auf die gewünschte Resonanz zu stoßen. Unter Ausnutzung seiner weltweiten Nachrichtenverbindungen und der gegen Deutschland gerichteten Zielsetzung anderer Länder suggerierte das Foreign Office der Weltöffentlichkeit, außer Rumänien ständen auch die Ukraine, die Westmächte und der Mittelmeerraum vor der unmittelbaren Gefahr eines deutschen Angriffs.[12] Polen beeilte sich alsbald, diese von London aus hervorgerufene Psychose mit eigenen Alarmnachrichten zu unterstützen;[13] und die Sowjets griffen ihrerseits diese Agitation für ihre Zwecke auf.
Diese rumänische Alarmnachricht war zu sorgsam der britischen Mentalität und dem geistigen Zustand der Weltöffentlichkeit angepaßt; außerdem war sie zu genau auf das

für die Propaganda ausgewählte und von Churchill bereits in der Unterhausdebatte nach der Münchener Konferenz hochgespielte Agitationsziel ausgerichtet: "Öffnung der Straße nach dem Schwarzen Meer":
a) Da Deutschland keine gemeinsame Grenze mit Rumänien hatte, sondern durch 350 km ungarischen Landes vom nächsten rumänischen Zipfel getrennt lag, war in diese Meldung gleichzeitig eine deutsche Aggressionsabsicht gegen Ungarn psychologisch eingewebt.
b) Die Ursachen für den Zerfall der Tschecho-Slowakei konnten auf diese Weise verfälscht und diese Verfälschung publizistisch dahingehend ausgewalzt werden, daß Hitlers Marsch nach Prag ein weiterer Schritt in seiner Aggressionsplanung gegen die Völker der Welt sei, wie es Mr. Eden bereits in der Unterhaus-Debatte am 15. März 1939 prophezeit hatte.[14]
c) Die britische Empfindlichkeit hinsichtlich der erfolgreichen deutschen Handelspolitik mit den Ländern des Balkans war im Fall Rumänien besonders groß, da Rumänien wichtigster Öllieferant Deutschlands werden konnte und Großbritannien beachtliche Anteile in der dortigen Ölindustrie und anderen Wirtschaftsbereichen besaß.
Der spezielle Nachweis, daß Lord Halifax persönlich diese "Tilea-Lüge" fabriziert hat, ergibt sich aus der Indizienkette seines Handelns am 17. 3.:
a) Bereits am 16. März ließ Halifax über Lord Vansittart dem sowjetischen Botschafter den Kurswechsel Großbritanniens andeuten, der mit der Rede Chamberlains am 17. 3. verbunden sei.[*]
b) Daß Halifax seinen Premierminister zu dieser Initiative einer Demonstration gegen Deutschland überredet hat, wurde von mehreren britischen Historikern bestätigt.[*]
c) "Am Morgen" wußte Halifax bereits, daß "Chamberlain am Abend eine ziemlich steife Rede halten werde", denn er erzählte es dem amerikanischen Geschäftsträger Johnson. Freilich erzählte er ihm nicht alles, nur so viel, daß Johnson nach Washington telegraphieren konnte:
"Man argwöhnt, daß Hitler weitermarschiert, und das sehr bald." [15]
d) Am "Nachmittag" bat Tilea den britischen Außenminister "dringend zu sehen". Erst zu diesem Zeitpunkt "erfuhr" Halifax offiziell von dem "deutschen Ultimatum". Er erklärte Tilea in dieser Unterredung, daß Chamberlain am Abend eine Rede halten würde, in der im wesentlichen die Konsequenzen dieser neuen Nachricht schon verarbeitet seien. Offenbar schien auch Tilea über diesen eigenartigen Sachverhalt nicht überrascht.[16]
e) Halifax ließ in das Protokoll dieser Nachmittag-Unterredung mit Tilea aufnehmen, daß der rumänische Gesandte ihm "ein Telegramm hinterließ", das ihn beauftragte, diesen Schritt beim britischen Außenminister zu unternehmen.[16] Dieses Telegramm jedoch findet sich in keinem anderen Dokument wieder, niemand griff auf dieses Telegramm als Quelle zurück. Und offenbar ist auch Tilea darüber im unklaren gelassen worden, daß protokollarisch ein "Telegramm" festgehalten wurde, berief er sich doch nur auf "einen Telephonanruf aus Paris".
Auffallend ist, daß sich die "Ultimatum-Nachricht" ausschließlich auf London beschränkte, während in allen anderen Hauptstädten absolute Ruhe in dieser Angelegenheit herrschte. So telegraphierte beispielsweise der britische Gesandte in Bukarest, Sir R. Hoare, am 18. 3. nach London:
"... 2. Es erscheint mir so äußerst unwahrscheinlich, daß der Außenminister (Rumäniens) mich nicht informiert haben sollte, daß sich hier eine unmittelbar drohende Situation entwickelt habe, daß ich ihn anrief, sobald ihre Telegramme nach Warschau und Moskau entziffert waren. Er sagte mir, daß er mit Nachfragen hinsichtlich des Berichtes über das deutsche Ultimatum, der in ‚The Times' und ‚Daily

Telegraph' heute erschienen war, überschwemmt würde. Es ist kein wahres Wort daran." [17]
Zur gleichen Zeit entwickelte Lord Halifax einen geschäftigen Eifer, um in Erfahrung zu bringen, was man in Warschau, Belgrad, Ankara, Athen, Paris, Moskau und Washington im Falle einer deutschen Aggression gegen Rumänien zu unternehmen gedenke.[18]
Die britische Führung lehnte es auch nach einwandfreier Widerlegung des Tilea-Schwindels und trotz der aus Bukarest eingetroffenen Proteste ab, diese Lüge zu dementieren. Vielmehr begründete die britische Regierung mit ihr folgenschwere Initiativen:
Premierminister Chamberlain hielt seine angekündigte Rede in Birmingham, gestützt auf die "neuesten Informationen" von Lord Halifax.
Hitler galt fortan nach dem Willen der britischen Politik nicht mehr nur als "Angreifer", sondern als ein Mann, der durch Gewalt die Weltherrschaft zu erringen beabsichtige.[19]
Die britische Regierung - und in ihrem Schatten die französische - "übten einen ungewöhnlichen Druck auf Rumänien aus", um den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages mit Deutschland zu verhindern.[20]
"Gafencu klagt, welcher enorme Druck noch bis zuletzt von ausländischer Seite auf Regierung ausgeübt worden sei, um Zustandekommen des Wohlthat-Vertrages zu verhindern. So sei englischer Gesandter bei ihm wegen angeblichen deutschen Wirtschaftsultimatums gewesen; er habe dementiert. Gesandter sei nochmals gekommen, da man sein Dementi in London nicht glauben wolle ...
Gafencu klagte auch über unglaubliche Gerüchte, die man kolportiert habe, um ihn zu stürzen ..." [21]
Gestützt auf die Tilea-Lüge, verstärkte Halifax noch am gleichen 17. März die Initiative, um die Sowjetunion in die Koalition gegen Deutschland einzubeziehen. Er machte den Vorschlag, die UdSSR möge sich bereiterklären, Rumänien gegen eine deutsche Aggression beizustehen und ein entsprechendes Abkommen zu schließen.
Die Fäden für die diplomatischen und militärischen Gespräche mit der UdSSR, die bereits seit den Besuchen Chamberlains in der sowjetischen Botschaft in London am 1. und 9. März 1939 geknüpft waren,[22] wurden hiermit gefestigt.
Obwohl Chamberlain spätestens am 18. 3. erfahren hatte, daß niemals ein deutsches Ultimatum an Rumänien gerichtet worden war, ergriff er die Initiative für eine "sofortige Demonstration gegen weiteres deutsches Vordringen"[23] mit der konkreten Aufforderung an die UdSSR, Frankreich und Polen, sich in einem "kollektiven Sicherheitssystem" zusammenzuschließen.
Die sowjetischen Historiker dürften recht haben, wenn sie schreiben:
"Im Verlaufe eines Monats, vom 18. März bis zum 17. April, fanden keine Gespräche über ein Bündnis (zwischen England, der CCCR und Frankreich) statt, sondern es handelte sich um Versuche der englischen Regierung, die CCCR in solche diplomatischen Aktionen gegen Deutschland zu drängen, die eine scharfe Zuspitzung der deutsch-sowjetischen Beziehungen hätten nach sich ziehen müssen und die Deutschland hätten veranlassen sollen, auf die Verwirklichung seiner nächsten Ziele hinsichtlich Rumäniens und Polens zu verzichten. Sie waren darauf berechnet, Deutschland zu einem Angriff auf die CCCR zu provozieren." [24]
Sie führen u. a. ein Memorandum des Foreign 0ffice vom 22. 5. 1939 als Beleg an, in dem es heißt:
" ... Wenn ein Krieg ausbrechen sollte, ist es wichtig zu versuchen, die Sowjetunion in ihn hineinzuziehen. Denn im anderen Fall würde am Ende des Krieges, wenn England und Deutschland am Boden lägen, die Sowjetunion, die noch über eine intakte Armee

verfügte, in Europa die Herrschaft ausüben." [25]
Am 20. März 1939 schrieb Chamberlain an Mussolini:
*"Ich habe viele Gerüchte gehört, daß Herr Hitler einige neue Coups plant ...
Wenn es so sein sollte, daß die Ereignisse in der Tschecho-Slowakei nur das Vorspiel für weitere Versuche zur Kontrolle anderer Staaten sind, sehe ich voraus, daß früher oder später, und wahrscheinlich früher, ein anderer großer Krieg unvermeidlich ist."* [26]
Chamberlain ließ anklingen, daß ihm Deutschland entschlossen schien, "allen anderen" Völkern seinen Willen aufzuzwingen. Nicht für nötig hielt Mr. Chamberlain indessen, den publizistischen Heißspornen und Gerüchtemachern in seinen Reihen auf die Finger zu klopfen und sich von diesen Gerüchten und Schlagworten abzusetzen.
Die am 4. bis 6. April 1939 in London stattfindenden Gespräche mit dem polnischen Außenminister Beck zeigten deutlich, wie intensiv die britische Führung immer wieder die Karten "Ungarn", "Rumänien" und "Jugoslawien" gegen das widerstrebende und sich, aber auch die Balkanländer in keiner Gefahr wähnende Polen ausspielte, um dieses Land kraft Furchtagitation auf seine Seite zu ziehen.[27]
Diese Bemühungen, die das Ergebnis zahlreicher Überlegungen in den diplomatischen Korrespondenzen zwischen London und Paris seit Anfang März 1939 waren, lassen ebenfalls die zielgerichtete Aktion der Tilea- Lüge durch das Foreign 0ffice erkennen. Ein Politiker, der mit der Tilea-Lüge nichts zu tun gehabt hätte, würde kaum nach Vorliegen etlicher Dementis 14 Tage später die polnische Regierung, die sich nicht durch das erfundene Wirtschaftsultimatum Deutschlands an Rumänien hatte beeindrucken lassen, mit der "Gefahr einer deutschen Luftinvasion in Rumänien" zu schockieren versucht haben. Beck wies diese Vorhaltung von Halifax als "rein theoretisch" zurück.
Vornehmlich England, aber auch andere Länder haben später auf die Errichtung des Protektorates von Böhmen und Mähren als eine der maßgeblichen Kriegsursachen verwiesen. Das ist nur ein Vorwand; denn die Absichten der britischen Regierung standen bereits v o r "Prag" fest; die vielfältigen Initiativen der britischen Regierung nach der Münchener Konferenz und die Inszenierung des Tilea-Schwindels lassen darüber keinen Zweifel.

Quellennachweise :

[1] Deutsches Weißbuch Nr. 2 S. XIV und Dok. 257, 264, 265.
[2] J. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 93.
[3] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 279 und A. J. Toynbee "Survey of International Affairs 1939 - 1946" Vol. X S. 61.
[4] P. H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 131.
[5] Mündliche Aussage Tileas gegenüber Helmut Sündermann.
[6] P. H. Nicoll behauptet, Dokumente eingesehen zu haben, wonach dieser Tilea-Lüge Geheimbesprechungen zwischen Vansittart und Tilea vorausgingen, und Tilea als Gegenleistung für seine Dienste an einer britischen Anleihe für Rumänien zum Kauf englischer Munition persönlich beteiligt werden sollte.
P. H. Nicoll ebenda S. 131 - 133.
[7] F. Lenz "Nie wieder München" Bd. 1, S. 91 - 107. — Am 28. 8. 1939 wiederholte Lord Halifax in einer noch folgenschwereren Angelegenheit diese Methode eines fingierten, per Telephon durchgegebenen Telegramms, indem er auf diese Weise die polnische Verhandlungszusage "erfand". Siehe "Die letzten Friedenstage".
[8] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 392.
[9] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V Doc. 2 Chamberlain zum polnischen Außenminister in London am 4. 4. 1939.
[10] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 402.
[11] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 207.
[12] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 326.

[13] ADAP Bd. VI Dok. 6.
[14] J. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 93.
[*] J. Colvin "Vansittart in Office" S. 295, 294.
[15] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 494.
[16] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 395.
[17] ebenda Doc. 399.
[18] ebenda Doc. 416.
[19] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 400. und F. Berber "Deutschland - England 1933 - 1939" S. 189.
[20] ADAP Bd. VI Dok. 131.
[21] ADAP Bd. VI Dok. 60 Bericht des deutschen Gesandten in Bukarest, Fabricius, an das Auswärtige Amt vom 24. 3. 1939.
[22] E. Hugbes "Churchill — ein Mann in seinem Widerspruch" S. 160.
[23] A. J. P. Taylor "The Origins of ihe Second World War" S. 207.
[24] W. G. Truchanowskij "Die Außenpolitik Englands" russ. S. 354.
[25] ebenda S. 358. und Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V, S. 331 und 646.
[26] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 448.
[27] ebenda Vol. V Doc. 2 und 10.

Die Blanko-Vollmacht an Polen vom 31. März 1939

Mitte März 1939 hatte die britische Regierung begonnen, ihre Interventionspolitik auf dem Kontinent eindeutig zu definieren und die Eventualitäten eines Kriegsausbruchs ohne Rücksicht auf die Rechtslagen zu vergrößern, wenn nicht den Krieg zur unausweichlichen Notwendigkeit zu machen. Lord Halifax setzte Polen in Alarmstimmung und empfahl das gegen die Sowjetunion gerichtete polnisch-rumänische Bündnis in ein anti-deutsches umzuwandeln. Zwar waren weder Polen noch Rumänien zu diesen Änderungen bereit,[1] doch wurde Warschau hiermit immerhin erneut darüber belehrt, daß Großbritannien zum Kampf gegen Deutschland entschlossen sei und Polen der vorbehaltlosen Unterstützung durch London sicher sein könne. Gleichlautende Versicherungen aus den USA lagen ohnehin schon vor.[2] Den britischen und französischen "Befürchtungen", die sich anläßlich der freundschaftlichen Begegnung Ribbentrops in Warschau Ende Januar 1939, aber bereits im November 1938 über eine deutsch-polnische Einigung hinsichtlich Danzigs einstellten,[3] wurde schließlich nach dem von Kennard bereits am 15. 11. 1938 angedeuteten Konzept entgegengearbeitet:

"Eine solche Politik (daß sich Polen eventuell auf die deutsche Seite gestellt hätte, schrieb Kennard) würde in Polen so unpopulär sein, daß ich nicht denke, sie könnte durchgeführt werden, solange eine gute Chance für die westlichen Mächte besteht, Deutschland zu besiegen. Ich glaube, daß Polen so lange wie möglich neutral bleiben würde, daß aber, sobald deutlich wird, daß Deutschland verliert, die öffentliche Meinung die Regierung drängen würde, sich den westlichen Mächten anzuschließen, wenn nicht eine vorangehende Aktion Sowjetrußlands Polen gezwungen haben würde, sich auf das Zurückschlagen eines Vormarsches bolschewistischer Truppen durch polnisches Territorium festzulegen." [4]

Zu einem Zeitpunkt, da der französische Außenminister "den Eindruck hatte",

"daß es in der Sicht der polnischen Regierung keine immanente Gefahr eines Angriffs Deutschlands auf Rumänien, Ungarns auf Rumänien oder Deutschlands auf Ungarn gäbe",

versuchten Chamberlain, Lord Halifax und Bonnet am 22. 3. 1939 "eine Organisation zur Verteidigung Rumäniens aufzubauen und Polen unbedingt als Partner hierfür zu engagieren".[5] Chamberlain erklärte in dieser Londoner Konferenz:

"Worum es geht, ist, eine Expansion des Germanismus zu verhindern. Aus diesem Grund muß Deutschland beigebracht werden, daß es im Osten auf Widerstand stößt. Wenn Polen und Rumänien den Eindruck erwecken, als begünstigen sie kein Schema

einer Verteidigungsorganisation gegen Deutschland, würde es unmöglich sein, in Deutschland einen solchen Eindruck zu erwecken." [5]
Die Sowjetunion sollte anschließend in dieses System eingegliedert werden. Sowohl Chamberlain wie Bonnet waren sich darüber einig, daß sich weder Rumänien noch Polen bedroht fühlten, daß diese beiden Länder keine Anzeichen einer "Expansion des Germanismus" sahen, daß sie beide (abgesehen von der leidigen Minderheitenfrage in Polen) in einwandfrei friedfertigen Verhältnissen mit Deutschland lebten.
Chamberlain und Bonnet waren sich aber gleichzeitig darüber einig, daß man diesen Ländern nur hartnäckig genug immer wieder diese "Bedrohung" vor Augen führen müsse, damit sie schließlich taten, was Paris und vornehmlich London wollten. Da bisher weder die Tilea-Lüge gezogen hatte noch die vielen Gerüchte, nicht einmal die Gründung des Protektorates Böhmen-Mähren durch Hitler eine Änderung der polnischen und rumänischen Politik andeuteten, sah man sich in London veranlaßt, noch deutlicher zu werden.
"Bonnet stimmte mit diesen Folgerungen überein und dachte, daß irgend etwas in dieser Richtung getan werden sollte. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Polen keine unbestimmten Verpflichtungen liebten, aber, wenn irgend etwas Präzises vor sie hingestellt werden würde, sie es wahrscheinlich annehmen würden." [5]
An demselben Tage, an dem in London diese Unterredung stattfand und Chamberlain sich mit Bonnet einig wurden, "dieses neue Verfahren auszuprobieren",[5] sandte der britische Botschafter in Warschau, Kennard, seinem Außenminister ein Telegramm:
"Mr. Beck würde eindeutig nicht auch nur eines unserer Ansinnen ausführen (Mr. Beck would clearly not achieve one of our objects), namentlich Hitler eine öffentliche Warnung zukommen zu lassen ...
2. Aber eine Veröffentlichung mit Polens Zustimmung mag möglich sein, nachdem Polen in geheimen Verhandlungen zugesichert würde, daß wirksame und augenblickliche Schritte, deutscher Aggression Widerstand zu leisten, von den westlichen Mächten erwogen würden.
3. Die Schwierigkeit hinsichtlich Danzigs besteht darin, daß es nicht in sich ein guter Kriegsgrund ist. Und während Mr. Beck froh sein würde zu wissen (obgleich er es nicht zugeben kann), daß er im Hinblick auf die Verhandlungen mit Deutschland nicht ohne Rückhalt ist, sollten diese eine ernste Wendung nehmen, so denkt er natürlich mehr daran, welche Vorteile er aus einer kollektiven Sicherheit ziehen, als daran, welche Beiträge er dafür leisten kann. Die Besetzung des Memellandes hat ihn unseren Ideen einen Schritt nähergebracht. Und sein Angebot auf geheime Verhandlungen sollte nicht, wie ich fühle, von der Hand gewiesen, sondern dazu genutzt werden, seine Bekehrung zu vollenden." [5a]
An diesem selben 22. März trafen parallel zur Mitteilung Kennards Informationen in London ein, daß Beck eher genötigt sei, sich an Deutschland anzulehnen, als ein britisches Hilfsversprechen gegen das Reich für erforderlich zu halten.[6] Doch auch dies veranlaßte die britische Regierung nicht, von ihrem Vorhaben abzusehen.
Mittlerweile war der US-Sonderbotschafter in Paris besonders geschäftig. Am 23. März 1939 verlangte Bullitt von seinem Präsidenten Roosevelt, "einige europäische Nationen sollten schnellstens" gegen Deutschland aufstehen.[7] Danach wandte er sich an den polnischen Botschafter in Paris, der das Spiel, das die westlichen Mächte mit den europäischen Nationen vorhatten, dahingehend definierte:
"Das ostentative Streben nach einer Zusammenarbeit mit Rußland in einer Form und einem Bereich, der lediglich den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains entspricht, läßt die unbillige Vermutung aufkommen, als handele es sich hier nicht nur um die Verteidigung jener Staaten, die durch die neuen Methoden der deutschen Politik bedroht sind, sondern auch um einen ideologischen Kampf mit dem

Hitlerismus, und daß das Endziel der Aktionen nicht der Friede ist, sondern die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland.
Traurig, ja fast tragisch ist es, daß es sich in der gegenwärtigen Situation nicht um die Interessen eines einzelnen Landes, sondern — ohne Übertreibung — um die Vermeidung eines katastrophalen kriegerischen Konflikts handelt. Zum Beispiel der Fall Polen. Ich kenne weder den Text des englischen Vorschlages noch die Absichten Hitlers. Ich mache mir jedoch auf Grund zweifelloser Aspekte meine eigenen Gedanken über die wirkliche Lage. Die unvorsichtige, in der Form leichtsinnige, im Inhalt lückenhafte englische Initiative läßt die Polnische Regierung zwischen der Kompromittierung der Beziehungen zu Deutschland oder dem Scheitern der Verhandlungen mit London wählen. Im ersten Fall kann Hitler sich gezwungen sehen, uns gegenüber die Anwendung von Zwang zu versuchen, worauf wir nicht anders werden antworten können als bewaffnet. Hierdurch wird ein allgemeiner europäischer Konflikt entstehen.
Im zweiten Fall wird das Scheitern der Verhandlungen mit London für Hitler ein Beweis der Unaufrichtigkeit und Schwäche der Politik Englands und Frankreichs sein und ihn zu neuen Expansionsunternehmungen in Ost- und Mitteleuropa aufmuntern, die früher oder später zur Katastrophe eines Krieges führen müssen. Bei diesem Stand der Dinge ist es ebenso kindisch wie verbrecherisch, Polen für Krieg oder Frieden verantwortlich machen zu wollen. Es muß ein für allemal festgestellt werden, daß die Verantwortung zum größten Teil bei Frankreich und England liegt, deren unsinnige oder lächerlich schwache Politik zu der Situation und zu den Ereignissen führte, in denen wir leben." [8]
Der Frage Bullitts, "ob wir ein gemeinsames Bündnis annehmen würden, wenn England und Frankreich uns morgen ein solches vorschlagen sollten", wich Lukasiewicz mit dem Bemerken aus, daß dies vom militärischen Bereitschaftsgrad Englands abhänge. Bisher hätten die britischen Maßnahmen Polen nicht davon überzeugen können, daß England unabweisbar entschlossen sei, seine Beziehungen zu Deutschland aufzugeben. Bisher sollten lediglich die anderen - z. B. Polen - ihre Beziehungen zu Deutschland kompromittieren. Bullitt "machte sich meine Anschauungen zu eigen", ließ sie Chamberlain übermitteln und vermerkte anschließend (am 26. 3.), daß die Vereinigten Staaten im Besitz von Mitteln seien,
"mit denen sie einen wirklichen Zwang auf England ausüben könnten. An die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken." [8]
In jenen Tagen erfuhr die britische Regierung, genau gesagt am 24. März 1939, vom jugoslawischen Prinzregenten Paul
"daß sich die polnische Regierung unter keinen Umständen von vornherein auf den hypothetischen Fall eines Krieges mit Deutschland festlegen wollte." [9]
Nicht nur, daß die polnische, britische, französische Regierung keinerlei Anhaltspunkte dafür hatten, daß Deutschland Polen bedrohte, sondern die Geheimnachrichten britischer Militärsachverständiger besagten im Gegenteil,
"daß vom rein militärischen Gesichtspunkt aus der gegenwärtige Zeitpunkt am besten geeignet wäre, den Krieg zu beginnen (that the present moment was best to go to war)." [10]
Wörtlich teilte am 6. April 1939 der britische Luftwaffenattaché J. L. Vachell dem Foreign Office via britischer Botschaft Berlin mit:
"Wie Sie wissen, kehrte ich vergangenen Abend von einer kurzen Polen-reise zurück, während derer ich Gelegenheit hatte, die Situation mit einer Anzahl verschiedenartiger Leute in Warschau zu diskutieren. Und auf meinem Rückweg widmete ich Danzig einen Besuch, wo ich, dank der Freundlichkeit von Mr. Shepherd, unserem Generalkonsul, in der Lage war, einen Einblick in die örtliche Lage zu

erhalten. Während meines Aufenthaltes in Warschau zeigte mir der Botschafter eine Depesche, die er aus Berlin erhalten hatte. In ihr war die Meinung ausgedrückt, daß vom militärischen Gesichtspunkt gegenwärtig die günstigste Gelegenheit für einen Präventivkrieg sei, um gegen weitere deutsche Ambitionen einzuschreiten, und daß es sogar unser Vorteil sein würde, solch einen Krieg zu provozieren." [10]
Daß derlei strategische Gesichtspunkte nicht erst eine Folge, sondern vielmehr Grundlage der britischen Garantie an Polen war, ergibt sich zwingend aus den britischen Dokumenten. Weltweite Möglichkeiten standen der britischen Regierung zur Verfügung, um ihren Willen der "Politics of Balance of Power" durchzusetzen.
"Ende März (1939) verbreitete der Berliner Korrespondent der News Chronicle das wilde Gerücht von einem bevorstehenden Einfall Deutschlands in Polen. Das Gerücht diente der Absicht der Regierung. Sie glaubte es nicht, aber die Öffentlichkeit verlangte Maßnahmen. Die Regierung beschloß daher, ihr Angebot an Beck zu veröffentlichen. Auf diese Weise würde die öffentliche Meinung im Land zufriedengestellt werden, und Beck würde sich, nachdem er ein offenes Versprechen erhalten hatte, zur Gegenleistung verpflichtet fühlen und seinerseits Rumänien eine Garantie geben ...
Die Briten begannen daher, auf Beck einen Druck auszuüben, Rumänien eine Garantie einzuräumen." [11]
Ganz so willenlos freilich wurde die britische Regierung nicht von ihrer Presse bzw. "der öffentlichen Meinung in ihrem Land" geschoben. S i e war es doch weitgehend, die die "öffentliche Meinung in ihrem Land" lenkte. So sind die Absichten, daß Polen seine Beziehungen zu Deutschland "kompromittieren" sollte, bzw. die Bedingungen, die dann zur Begründung der Garantie an Polen herangezogen wurden, schon sehr viel früher in den Londoner und Pariser Führungsgremien erörtert worden, als sich der "Wille der öffentlichen Meinung" bemerkbar machte. Auch war die Garantie an Polen keineswegs ein "spontaner Akt" auf eine Zeitungsmeldung hin, sondern sie war eingehend abgestimmt worden mit den vorliegenden Geheimnachrichten. Daß die britische Regierung keinen Pfifferling auf den Willen des Volkes gab, sich also nicht als Willensvollstrecker einer "öffentlichen Meinung" fühlte, erweist sich auch daran, daß sowohl ihre bisherigen Maßnahmen als auch die über Krieg und Frieden in Europa entscheidende Garantie an Polen ohne Parlamentsdebatten, ja sogar ohne Kabinettsberatung von einer Handvoll Männer durchgesetzt worden sind.[12]
So übertrug Neville Chamberlain am 31. März 1939 vorbehaltlos und ohne gebeten oder gedrängt zu sein, ohne Notwendigkeit die Entscheidung über den Machteinsatz des Britischen Empire mit allen Konsequenzen der polnischen Regierung, sogar untergeordneten polnischen Organen. Und diese Vollmacht wurde in einer Form erteilt, die die "Frage des Aggressors ignorierte".[13] Chamberlain gab diese Blanko-Vollmacht einem Land, das
a) durch seine wenige Tage vorher durchgeführte Teilmobilisierung und durch die Zügellosigkeit seiner Öffentlichkeit gegenüber dem Deutschen Reich und seinen Volksgruppen deutlich Kriegswillen demonstriert hatte,[14]
b) keineswegs zu den engen Verbündeten Englands zählte, sondern früher und noch im Jahre 1938 von der britischen Regierung mit großer Skepsis betrachtet und als unzuverlässig beurteilt worden war (Sudeten-Krise),[15]
c) sich in der Minderheitenfrage so gut wie in seinem außenpolitischen Verhalten seit 1918 grundsätzlich und ständig über die Prinzipien des Völkerbundes hinweggesetzt und auch in den Jahren 1938 - 1939 der Weltöffentlichkeit kein Zeichen einer Neuorientierung zur Versöhnung mit seinen Volksgruppen und Nachbarn gegeben hatte,
d) seit 1919 expansionistische Ziele verkündet und angestrebt hatte,

e) diktatorisch regiert wurde,
f) von England gar nicht geschützt werden konnte,
g) von Deutschland nicht bedroht war.
"Diese Bindung Englands an jede wie immer geartete Handlung Polens stellt einen in der gesamten Geschichte der Diplomatie einmaligen Vorgang dar." [16]
Die britische Regierung gab die Blanko-Vollmacht in einseitiger Festlegung gegen Deutschland unter Ausklammerung der Polen durch die UdSSR drohenden Gefahren, von denen jeder westliche Politiker wußte, wie nicht nur die vielen diplomatischen Korrespondenzen der Vorkriegszeit beweisen. Die Kenntnis dieser Gefahren gehörte zum Grundwissen jedes europäischen Politikers. Die Garantie Englands bezog sich jedoch nicht auf die polnisch-deutsche Volksgrenze, sondern auf den Verbleib der Deutschland 1918 geraubten westpreußischen und ostoberschlesischen Gebietsteile bei Polen sowie die Beibehaltung der unzumutbaren Sonderstellung Danzigs. Daß hier kein Recht garantiert und somit dem Frieden entgegengearbeitet wurde, liegt auf der Hand.
Über diesen "spontanen Akt" war sogar der polnische Botschafter in London, Raczynski, erstaunt:
"Es ist nicht sicher, wer verantwortlich war, aber wahrscheinlich war es Halifax. Vor allem weiß ich nicht, wie die britische Regierung in Erfahrung gebracht hat, daß die Situation für eine solche Garantie reif war. In keinem Fall waren wir es, die es ihr erzählten." [17]
Die britische Garantieerklärung ist dem polnischen Botschafter auch noch nicht einmal angekündigt worden, obgleich er am 30. 3. 1939 ein ausführliches Gespräch mit Lord Halifax hatte.[18] Vielleicht ist dies dem Tatbestand zuzuschreiben, daß Raczynski sich geweigert hat, zuzugeben, daß Polen durch Deutschland bedroht sei; denn Raczynski versicherte in dieser Unterredung erneut, daß es eine solche Gefahr nicht gäbe. Doch dies war für Lord Halifax nichts Neues; er hatte genügend Beweise für Hitlers Willen zum Ausgleich mit Polen zur Hand.[19] Auch die französische Regierung "befürchtete keinen unmittelbaren Coup gegen Polen"[20]
Am Tage der Garantieerklärung betonte Chamberlain, was Lord Halifax am 3. 4., kurz vor der Ankunft des polnischen Außenministers Beck in London, vor dem Oberhaus wiederholte:
"Seiner Majestät Regierung hat keine offizielle Bestätigung der Gerüchte über irgendeinen projektierten Angriff, und diese dürfen daher nicht als wahr unterstellt werden." [21]
Dieser eindeutige Sachverhalt hinderte jedoch Lord Halifax nicht, der Weltöffentlichkeit in betrügerischem Vorsatz mitzuteilen - wie im folgenden Fall der rumänischen Regierung -,
"daß die britische Regierung nur angesichts der in ihrem Besitz befindlichen Informationen, die die Möglichkeit eines unmittelbaren Schrittes gegen Polen anzudeuten scheinen, dazu veranlaßt worden sei, diesen vorläufigen Schritt in bezug auf Polen zu tun." [22]
Die Motive, die der britischen Regierung bei der Vergabe der Garantie zugrunde lagen, sind sowohl aus dem nachweisbaren Tatbestand abzuleiten, daß London n i c h t über deutsche Aggressionsabsichten beunruhigt war, als auch daraus, daß Halifax trotz Vorliegen beruhigender Nachrichten die Weltöffentlichkeit über "deutsche Aggressionsabsichten" informierte. Schließlich sind die Motive auch aus dem Inhalt der Garantie abzuleiten. Premierminister Chamberlain sagte in der bereits erwähnten Rede vom 31. 3. 1939:
"Jede Veränderung in den Rechtsverhältnissen zwischen Polen und Deutschland bzw. Danzig löse den Krieg Englands gegen Deutschland aus, falls die Polen der

Auffassung sind, daß eine Beeinträchtigung ihrer Rechte vorliegen sollte." [23]
Großbritannien verpflichtete sich "spontan" zur Kriegshilfe, falls Polen eine Handlung als "Bedrohung seiner Unabhängigkeit" bezeichnen und militärisch zu "beantworten" gewillt sein sollte. Nicht Tatbestände waren also für einen Kriegsfall ausschlaggebend, sondern beliebige "Begründungen", die Polen als Vorwand für einen Kriegsentschluß wählen würde. Hierunter fielen — wie sich erweisen sollte — auch deutsche Verhandlungsvorschläge, sogar deutsche Kompromißangebote, da diese von polnischer Seite grundsätzlich als "Verschleierung unserer Kapitulation" abgelehnt wurden.[24]
Hierbei ist hervorzuheben, daß Botschafter Kennard, dem der Entwurf der britischen Garantie zur Stellungnahme zugeleitet worden war, den britischen Außenminister unter Hinweis auf die damalige Kriegspsychose in Polen ausdrücklich gebeten hatte, das Wort "unprovoziert" (im Falle eines "unprovozierten" Angriffs) in die vorgesehene Garantie aufzunehmen.[25] Ebenso ausdrücklich lehnte Lord Halifax dies ab,
"da die deutsche Technik der Aggression so verschiedenartig und so heimtückisch sei, daß es gut sein könnte, daß Polen unter gewissen Umständen in Selbstverteidigung gedrängt sein kann, eine technische Aktion der Provokation zu begehen." [26]
Neville Chamberlain hatte diese Garantie an Polen auch "im Namen Frankreichs" gegeben, ohne sich jedoch vorher hierzu von der französischen Regierung ermächtigen zu lassen. Die Franzosen hatten keine Bereitschaft gezeigt, "für Danzig zu sterben"; trotzdem wurden sie mit dieser Entscheidung Londons wie auch später beim Ultimatum und bei der Kriegserklärung Großbritanniens am 3. September 1939 in eine Lage hineinmanövriert, die ihnen kaum eine Möglichkeit zum Widerstand gegen Großbritanniens Kriegspolitik mehr offenließ. So mußte Paris wohl oder übel nachträglich in die britische Garantie an Polen "auch im Namen Frankreichs" einwilligen.
Hätte die britische Regierung auf Grund der Kenntnis deutscher Aggressionsabsichten gegen Polen und in Sorge vor einer Bedrohung des Friedens durch Deutschland die Garantie gegeben, Polen im Falle eines unprovozierten Angriffs durch Hitler zu unterstützen, so wäre dies legitim und nicht unbedingt nachteilig für den europäischen Frieden gewesen. England hatte sich mit einer unter diesen Voraussetzungen gegebenen Garantie wieder einmal eigenmächtig zum "Schiedsrichter" über gleichberechtigte europäische Nationen und zum Wächter der Wertordnungen dieser Welt gemacht — zugunsten seiner nationalen Interessen natürlich. Immerhin wäre diese Politik noch als "britisch" zu verstehen gewesen, wenn sich England die Unterscheidung zwischen Provokation und Aggression vorbehalten und um einen gerechten Ausgleich unparteiisch bemüht hätte.
Zum erstenmal in der britischen Geschichte hat London die Entscheidung über Krieg oder Frieden vorbehaltlos einer fremden Macht übertragen und alle von Polen beabsichtigten Schritte im voraus gutgeheißen. Die Zeit war vorbei, in der ein französischer Ministerpräsident (Poincaré 1923) noch sagen konnte:
"Die britische Regierung wolle sich nicht in einen Krieg hineinziehen lassen, der aus einem mittel- oder osteuropäischen Konflikt entstehen könne, weil sie befürchte, daß dieser Konflikt durch die Unklugheit von Mächten hervorgerufen werden könnte, die sie nicht durch eine im voraus gegebene Zusage der Unterstützung zu einer Politik der Abenteuer ermutigen will." [27]
Winston Churchill selbst war es, der die britische Garantie an Polen im März 1939 als einen "Markstein zum Verhängnis" bezeichnete, diese Entscheidung aber dennoch befürwortete, ja "froh" über sie war, wie er auf der Konferenz von Teheran 1943 äußerte,[28] - ohne Bedenken gegen den aufschäumenden polnischen Chauvinismus im

Frühjahr und Sommer des Jahres 1939. Im einzelnen schrieb der britische Kriegspremier über die Garantie an Polen:
"Die Geschichte ... durchsucht man vergeblich nach einer Parallele zu diesem plötzlichen und vollständigen Richtungswechsel einer Politik, die seit 5 oder 6 Jahren bequeme, versöhnliche Befriedung anstrebte und dann fast über Nacht die Bereitschaft entwickelte, einen offensichtlich nahe bevorstehenden Krieg von größtem Ausmaß und unter den allerschlimmsten Umständen auf sich zu nehmen. Die Polen-Garantie war ein Markstein zum Verhängnis ...
Endlich war es zu einer Entscheidung gekommen, im ungünstigsten Augenblick und unter den unbefriedigendsten Verhältnissen, zu einer Entscheidung, die mit Gewißheit zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte." [29]
Winston Churchill bekennt weiter, daß nicht nur er persönlich, sondern "jeder die Lage erfassende Politiker" sich bei Vertragsabschluß über die kriegerische Explosivkraft der Garantie an Polen bewußt gewesen sei oder hätte sein müssen:
"Aber niemand, der die Lage erfaßte, konnte daran zweifeln, daß er (der Schritt zur britischen Garantie an Polen) aller menschlichen Voraussicht nach einen großen Krieg bedeutete, in den auch wir verwickelt werden mußten." [29]
Dieser selbe Winston Churchill erklärte am 3. 4. 1939 vor dem Unterhaus:
"Ist diese neue Politik begonnen worden, so kann es kein Zurück mehr geben.
Hier mit einer Garantie an Polen aufzuhören würde bedeuten, im Niemandsland ungeschützt unter dem Feuer beider Grabenlinien anzuhalten. ...
Wir müssen nun vorwärts gehen, bis eine Vereinbarung erreicht ist. Nachdem wir begonnen haben, eine große Allianz gegen Aggression zu schaffen, können wir sie nicht mißlingen lassen. Wir werden in einer tödlichen Gefahr sein, wenn wir scheitern....
Es ist zur Frage von Leben und Tod geworden!" [30]
Und Winston Churchill betätigte sich fortan intensiv in diesem Sinne, d. h. im Sinne einer Verhärtung der Fronten und des Abschlusses eines vorbehaltlosen Bündnisvertrages mit der Sowjetunion.
Der Staatssekretär und Angehörige des Widerstandes im deutschen Auswärtigen Amt, E. v. Weizsäcker, schreibt:
"In einem normalen Bündnisvertrag versprechen sich die Partner militärische Hilfe für den Fall eines nicht provozierten Angriffs durch Dritte. Ob der Fall vorliegt, entscheidet natürlich der Partner, der Hilfe leisten soll. Hier nun war es umgekehrt. Warschau hatte es in der Hand, das britische Empire in den Krieg zu ziehen." [31]
Wenn diese Garantie nicht den Zweck hatte, den Krieg herbeizuführen, dann aber bestimmt den, eine nochmalige friedliche Revision von Bestimmungen des Versailler Diktates zu verhindern.[32]
Duff Cooper, der britische Minister für wirtschaftliche Kriegführung:
"In keinem Augenblick der Geschichte haben wir je einer anderen Macht die Entscheidung überlassen, ob Großbritannien in einen Krieg eingreifen solle oder nicht. Jetzt liegt die Entscheidung bei einer Handvoll Männern, deren Namen - vielleicht mit Ausnahme des Obersten Beck - unserem Volke völlig unbekannt sind (ebenso wie ihre Taten, die sie im Jahre 1939 begehen sollten - Anm. des Verf.). Diese Unbekannten können also morgen den Ausbruch des europäischen Krieges befehlen." [33]
Ein Franzose, Professor Lebre, urteilt im Jahre 1958:
"Die Geschichte lehrt es, daß Polen und seine führenden Persönlichkeiten, deren Größenwahn bekannt war und bei denen die Tapferkeit, oder besser die Kühnheit keinen Raum für den gesunden Menschenverstand ließ, die letzten waren, denen man eine ähnliche Verantwortung anvertrauen konnte, zumindest wenn man einer

Katastrophe aus dem Wege gehen wollte." [34]
Liddell-Hart, der bekannte britische Militärschriftsteller und Historiker, gibt zu, daß die Garantie an Polen, so wie sie gegeben worden ist, "eine Krieg herausfordernde Wirkung hatte", die noch verstärkt worden ist durch die Einführung der Wehrpflicht in England.[35]
Russel Grenfell, ein anderer britischer Historiker, erkannte:
"Ist sie (die Garantie) erst einmal ausgesprochen, so ist es für den Gegner kaum noch möglich, sich um eine friedliche Lösung seines Streites mit dem garantierten Lande zu bemühen, will er nicht den Eindruck erwecken, daß er sich einer Erpressung füge." [36]
Der Historiker Michael Freund stellte fest:
"Das britische Beistandsversprechen an Polen ist der Wendepunkt der europäischen Dinge. England hat den Würfel geworfen. 'Die Engländer sind jetzt bereit', so sagt der französische Ministerpräsident Daladier, ‚ihre Grenzen nicht mehr am Rhein, sondern an der Weichsel zu sehen'..." [37]
Der britische Blankoscheck hat - abgesehen von der damit legalisierten Mißachtung der deutschen Minderheiten in Polen - zusätzlich den Willen des deutschen Danzig, das bekanntlich nicht unter polnischer Oberhoheit stand, vergewaltigt. Jeder Versuch der Danziger Bevölkerung, die ihr von Versailles angelegten und von Polen in den nachfolgenden Jahren immer enger geschnürten Fesseln (Wirtschaftsdruck, Ausweitung polnischer Befugnisse) abzustreifen, sollte nunmehr den Kriegsentschluß Englands auslösen. Jeder selbständige Staat darf Bündnisse abschließen mit wem und welchen Inhalts er will; er darf militärische, wirtschaftliche und politische Verbindungen eingehen, wie er es für notwendig hält. Wenn dagegen eine "freie" deutsche Stadt zu Deutschland kommen und sich nicht weiter von einer fremden Macht wirtschaftlich ruinieren und schrittweise erobern lassen will, so sollte dies die Kriegserklärung Englands an Deutschland zur Folge haben!
Der britische Freibrief hatte die von allen Beteiligten vorauszusehenden Folgen: die polnische Regierung legte sich nicht nur keine ihrer Lage entsprechenden Beschränkungen auf, sondern verlor im Gegenteil, wie schon bei früheren Gelegenheiten, das Maß ihrer Möglichkeiten aus den Augen.[38]
Wenige Tage nach Bekanntgabe der britischen Garantie reiste der polnische Außenminister nach London. Nach den dortigen Gesprächen vom 4. - 6. April 1939 war sogar Oberst Beck "sehr erstaunt" über die Art und Weise, wie man ihn "bearbeitete" und zum Helden des Widerstandes gegen Deutschland machte.[39] Beck "enttäuschte mit seiner gewöhnlichen Großmachtarroganz die Hoffnungen der Engländer und widersetzte sich den sanften Einflüsterungen von Chamberlain und Halifax".[40] Die britischen Hoffnungen, die Beck enttäuschte, und die Einflüsterungen, denen er sich widersetzte, waren - genauso wie die haltlosen Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen gegen Polen,[41] die ähnlich wie am 20. Mai 1938 termingerecht und zweckbestimmt in die Welt gesetzt worden waren - nur darauf gerichtet, Polen den Schwarzen Peter zuzuschrieben. Beck hat dieses Bemühen des Foreign Office sehr genau registriert; er betrachtete nach Meinung des Leiters der West-Abteilung im polnischen Außenministerium, Joseph Potocki, die Unterredungen als Mittel zur Einschüchterung der Deutschen und "war nicht an den genauen Bedingungen der Vereinbarungen interessiert".[42] Sachlicher ausgedrückt: Er war nicht an den wesent1ich weitergehenden Bedingungen Londons interessiert.
"Beck hatte 'keine Zeichen einer gefahrvollen militärischen Aktion auf deutscher Seite bemerkt'; 'Verhandlungen über Danzig würden nicht fortgesetzt'; 'die deutsche Regierung hat niemals polnische Rechte in Danzig streitig gemacht und hat sie

kürzlich sogar bestätigt'; 'wenn er soweit gehen sollte, wie die Deutschen es selbst sagen, so würde er sagen, daß die kritischste Frage die koloniale Frage sei'." [43]
Neville Chamberlain gab am 3. 4. 1939 im Unterhaus zu, daß er versuche, Deutschland einzukreisen, wenn auch in defensiver Absicht. Wie "defensiv" diese Einkreisung war, zeigt ein Blick auf die beiden von England hierzu eingeladenen Länder: Polen hatte seit 1919 wiederholt angeboten, Deutschland von Osten her anzufallen. Trotzdem - oder gerade deswegen war es ein wichtiger Stein im britischen Spiel. Die Sowjetunion hatte allen nicht-kommunistischen Staaten offen Vernichtung angedroht. Trotzdem - oder gerade deswegen -- versuchte England, sich ihrer militärischen Hilfe gegen Deutschland zu versichern.
Wie offensiv darüberhinaus diese Einkreisung gemeint war, zeigten auch die diplomatischen Gespräche mit Außenminister Beck in London. Genügte es doch Lord Halifax nicht, als Beck Großbritannien Unterstützung zusagte für den Fall eines deutsch-britischen Krieges. Auch in jedem anderen Konfliktfall, in den Deutschland verwickelt würde, solle Polen kämpfen und außerdem seine Ablehnung des sowjetischen Beistandes revidieren und zusätzlich das gegen die Sowjetunion gerichtete polnisch-rumänische Abkommen in einen anti-deutschen Pakt umwandeln.[44] Sogar Beck weigerte sich, gleichzeitig so viele unübersichtliche Risiken einzugehen. Lord Halifax trieb diese Politik voran, obwohl er wußte und anerkannte, daß weder Hitler noch Mussolini Krieg wünschten.[44]
Um den Sachverhalt zu präzisieren: Die britische Regierung drängte den polnischen Außenminister in die erweiterten Eventualitäten eines möglichen Krieges hinein und paraphierte die wechselseitige Garantie in Kenntnis der Tatsache, daß Beck Hitler demütigen und ihm Bedingungen setzen wollte, die zu einer Verschärfung der Krise führen mußten.[45] Auch Chamberlain verfolgte diesen Kurs:
"Der Premierminister (Chamberlain) stimmte damit überein, daß die tiefgreifendsten Angelegenheiten (gravest matters) auf dem Spiele stünden, nämlich die Zukunft der beiden Länder. Es sei wesentlich, daß sie sich nicht den schlechtesten beider Möglichkeiten gegenübersähen (that they should not find themselves left with the worst of both worlds), nämlich, daß sie Deutschland provoziert haben, ohne gleichzeitig für eine wirksame Verteidigung gesorgt zu haben." [44]
Das Ergebnis der Londoner Gespräche war der Abschluß eines Garantievertrages auf Gegenseitigkeit, demzufolge auch Polen sich verpflichtete, England vorbehaltlos zu unterstützen, unabhängig davon, wer der Angreifer sei.
Über die Stimmung der Öffentlichkeit und der Regierungen in den maßgebenden Hauptstädten zu dieser Zeit berichtete u. a. der US-Geschäftsträger Geist am 6. 4. 1939:
"Die friedliche Stimmung in der Reichshauptstadt stehe in starkem Gegensatz zu Paris und London, wo Kriegsgerüchte und Kriegsgerede das Thema des Tages seien. In Berlin dagegen herrsche allgemein das Vertrauen, man könne 1939 den Frieden erhalten." [46]
Der britische Geschäftsträger in Berlin, Ogilvie-Forbes, stellte am 23. 4. 1939 in einem Bericht über die Parade anläßlich des 50. Geburtstages von Adolf Hitler abschließend fest, daß ihm der Beifall der Bevölkerung gekünstelt und apathisch schiene und der Begeisterung entbehre, die eine Voraussetzung für jede Nation sei, der die Aussichten auf Krieg vor Augen geführt werden.[47]

Quellennachweise :

[1] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 551 (28. 3. 1939). und Vol. V Doc. 278 und 279.
[2] H. Roos "Polen und Europa" S. 395.
[3] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. III Doc. 321.
[4] ebenda Doc. 312.
[5] ebenda Vol. IV Doc. 484.
[5a] ebenda Doc. 489 - 22. März 1939.
[6] J. Colvin "Vansiuart in Office" S. 301.
[7] H.E. Barnes "Entlarvte Heuchelei" S. 131.
[8] Deutsches Weißbuch Nr. 3 "Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges" Dok. 11 Bericht des polnischen Botschafters in Paris nach Warschau 29. 3. 1939 S. 102 - 105.
[9] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 511.
[10] ebenda Vol. V Doc. 51 und Anhang.
[11] M. Gilbert und R. Gott "Der geschehene Frieden" S. 188.
[12] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 484 und M. Gilbert und R. Gott "Der gescheiterte Frieden" S. 187.
[13] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 584.
[14] vergl. die diese polnische Kriegspsvchose bereits im Frühjahr 1939 unterstreichen-den Telegramme des britischen Botschafters in Warschau in Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 573.
[15] ebenda Vol. III Doc. 137 und 206. Schon im Oktober 1938 hatte Botschafter Kennard seinen Außenminister vor Becks Eigenmächtigkeiten und der diktatorischen Ordnung in Polen gewarnt.
[16] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 70.
[17] E. Raczynski "In AIlied London" S. 12.
[18] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V Doc. 5.
[19] ebenda Vol. IV Doc. 573.
[20] ebenda Doc. 574.
[21] W. Jedrzejewicz "Poland in the British Parliamen; 1939 - 1945" Vol. 1, S. 5 und 23.
[22] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 583.
[23] A. Rein "Warum führt England Krieg?" S. 10.
[24] E. Raczynski "In AIlied London" S. 23.
[25] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 573.
[26] ebenda Vol. IV Doc. 584 (Halifax am 31. 3. 1939).
[27] Chr. Höltje "Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919 - 1934" S. 67. -- Poincaré dem Botschafter de Saint-Aulaire am 23. 1. 1923.
[28] Foreign Relations of the United States - Diplomatic Papers, The Conferences at Cairo and Tehran 1943 Doc. 598.
[29] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch, Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 421 - 423.
[30] W. Jedrzejewicz "Poland in the British Parliament 1939 - 1945" Bd. 1 S. 15 - 16.
[31] E. Weizsäcker "Erinnerungen" S. 222.
[32] Diese Folgerung entsprach genau den Ausführungen von Halifax: "Das nächste Mal werde Hitler gezwungen werden, Blut zu vergießen", Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 279.
[33] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 11 S. 103 + A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 230.
[34] H. Lehre "Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 83.
[35] B. H. Liddell-Hart "Warum lernen wir denn nichts aus der Geschichte?" S. 56.
[36] R. Grenfell "Bedingungsloser Haß?" S. 80.
[37] M. Freund "Weltgeschidne der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 102.
[38] J. F. G. Fuller "Der Zweite Weltkrieg - Eine Darstellung seiner Strategie und Taktik" S. 18.
[39] H. Dahms "Roosevelt und der Krieg" S. 30.
[40] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 212.
[41] ebenda S. 210.
[42] E. Raczynski "In Allied London" S. 343.
[43] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 212 und Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V Doc. 1.
[44] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V Doc. 2 und 10. Protokoll über die Unterredung zwischen Chamberlain und Beck in London am 4. - 6. April 1939

[45] Foreign Relations of die United States 1939 Vol. 1, S. 118. Bericht von Bullitt an US-Staatssekretär Hull vom 6. 4. 1939.
[46] D. Hoggan «Der erzwungene Krieg" S. 467.
[47] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V. Doc. 275.

Gerüchte- und Einkreisungspolitik von März bis August 1939
Neben den diplomatischen Bemühungen spielten die systematisch lancierten Gerüchte und Verleumdungen über angebliche deutsche außenpolitische Ziele, deutsche Truppenbewegungen, deutsche Rüstungsanstrengungen, deutsche Weltherrschaftspläne bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges eine große Rolle. Nach dem Anschluß Österreichs an das Reich brachten britische Diplomaten die Tschecho-Slowakei ins Spiel, "was Hitler überraschte" [1] Falsche Gerüchte über deutsche Truppenbewegungen lösten die Mai-Krise 1938 aus. Ergebnis: die tschechische Armee wurde mobilisiert und ihre Kriegsstärke auch nach eindeutiger Widerlegung dieser Gerüchte noch einen ganzen Monat beibehalten. Alle osteuropäischen Staaten, vornehmlich Rumänien und Polen, wurden mit erfundenen deutschen Offensivplänen alarmiert und die Nachbarstaaten dringend um Auskunft darüber gebeten, ob sie im nahe bevorstehenden Kriegsfall kämpfen würden oder nicht. Die britische Presse war nach der Münchener Konferenz 1938 nicht kleinlich, dem "ukrainischen Problem" und den diesbezüglichen "deutschen Ambitionen" viel Raum zu widmen; gleichzeitig ließ sie, wohl um die UdSSR aufzuschrecken, durchblicken, daß dieses Gebiet nicht in der britischen Interessensphäre liege. Sogar Äußerungen von Regierungsvertretern hielten sich auf dieser Linie.[2] Am 10. März 1939 hatte Stalin in seiner Rede vor dem 18. Parteitag der KPdSU - um mit den Worten eines britischen Propagandisten zu sprechen - "seine Überzeugung ausgesprochen, daß bei den Berichten ausländischer Reporter über deutsche Ambitionen hinsichtlich der Ukraine — solcher Berichte also, wie ich sie geschrieben hatte - der Wunsch der Vater des Gedankens sei." [3]
Stalin sagte damals wörtlich:
"Kennzeichnend ist der Lärm, den die englische, französische und nordamerikanische Presse um die Sowjetukraine erhob. Die Vertreter dieser Presse schrien sich heiser, daß die Deutschen gegen die Sowjetukraine marschieren, daß sie gegenwärtig die sogenannte Karpatho-Ukraine in Händen haben, die etwa 700.000 Einwohner zählt, und daß die Deutschen nicht später als im Frühling dieses Jahres den Anschluß der Sowjetukraine mit mehr als 30 Millionen Einwohnern an die sogenannte Karpato-Ukraine vollziehen würden. Es hat den Anschein, als ob dieser verdächtige Lärm den Zweck hatte, bei der Sowjetunion Wut gegen Deutschland zu erregen, die Atmosphäre zu vergiften und einen Konflikt mit Deutschland zu provozieren, ohne daß dazu sichtbare Gründe vorliegen.
Noch kennzeichnender ist es, daß gewisse Politiker und Pressevertreter in Europa und in den Vereinigten Staaten von Amerika, die in Erwartung eines 'Feldzuges gegen die Sowjetukraine' die Geduld verloren haben, selber dazu übergehen, die wahren Hintergründe der Nichteinmischungspolitik zu enthüllen. Sie erklären geradeheraus und geben es schwarz auf weiß, daß sie von den Deutschen schwer 'enttäuscht' seien, da diese, statt weiter nach Osten, gegen die Sowjetunion, vorzustoßen, sich - man denke nur - nach Westen wenden und Kolonien verlangen ..." [4]
Ungeachtet der wiederholten Zurückweisungen durch Stalin und die deutsche Presse verweist Winston Churchill am 19. Mai 1939 im Unterhaus erneut auf "die Gefahr eines deutschen Einmarsches in die Ukraine"[5] - und wiederum ohne die geringsten sachlichen Unterlagen.
So sind die Tendenzen zur Schaffung einer "anti-aggressiven Front der friedliebenden Demokratien" einschließlich der UdSSR bei jenen britischen Kräften immer mehr zur

Geltung gekommen, die - wie Churchill, Duff Cooper, Vansittart, Eden ... -
"einen Entscheidungskampf mit Deutschland wünschten und sich deutlich auf einen Krieg vorbereiteten und in den Sowjets einen Staat mit großen Reserven und potentiellen militärischen Kräften sahen." [2]
Nicht in Deutschland, sondern in Großbritannien und in den USA
"wurde der Krieg zum Mittelpunkt der Überlegungen und der Gespräche gemacht." [6]
So erhielt allein Polen im Sommer 1939 wenigstens 49 angebliche Geheiminformationen über eine unmittelbar bevorstehende Aggression; stets mit der Anfrage verbunden, was Polen zu tun gedenke. Bereits im März 1939 müssen die polnischen Zeitungen "vor der Verbreitung von Gerüchten warnen, die die Bevölkerung beunruhigen. Ständig erfolgen Verhaftungen von Panikmachern".[7]
Anfang Juli 1939 antwortete der polnische Außenminister dem britischen Botschafter in Warschau:
"Das Gerücht, daß die Deutschen sofort in Polen einmarschieren würden, sei nun das 49. Er habe mit dem Generalstabschef gesprochen, und man habe daraufhin entschieden, daß kein einziger polnischer Soldat in Bewegung gesetzt werden sollte." [8]
Gleichzeitig wurde der französische Generalstab mit ähnlichen "Nachrichten", Frankreich betreffend, eingedeckt.
Diese systematische und zweckbestimmte Politik kann niemand als Bemühen um den Frieden bezeichnen. Jeder Psychologe weiß, was es bedeutet, "den Begriff ‚Krieg' zum Mittelpunkt der Überlegungen und der Gespräche zu machen". Hinzu kommt, daß gewisse Regierungen aus innenpolitischen Gründen nicht mehr wagten, eine Befriedungspolitik zu betreiben, weil dies die Existenz ihres Kabinetts beendet hätte.[9]
Einige Beispiele für diese Gerüchte:[10]
Nach dem 15. März 1939:
a)
"Doch wird die britische Regierung recht rasch von der Woge der allgemeinen Empörung in England mitgerissen. Eine Flut von Gerüchten dringt zur englischen Regierung. Die britischen Akten sind voll der Meldungen und Nachrichten über neue Pläne der Deutschen im Osten."
b)
"Unmittelbar nach dem Einmarsch Hitlers in Prag tauchen Gerüchte auf, das Reich wolle sogleich nach der slowakischen Karte auf gleiche Manier die kroatische ausspielen und sich derart an der Adria festsetzen."
c)
April 1939:
"Die Gerüchte jagen sich inzwischen. Der polnische Militärattaché in Berlin erzählt dem englischen Geschäftsträger, daß die deutsche Armee in Marschbereitschaft sei. Der französische Generalstab erfährt aus Schweizer Quellen, daß das Reich einen plötzlichen Überfall auf Frankreich plane."
d)
Lord Halifax in einem vertraulichen Bericht an Präsident F. D. Roosevelt am 4. 4. 1939:
"Die britische Flotte könnte jeden Augenblick das Ziel eines deutschen ‚Blitzangriffs' sein." [11]
e)
"Trotz der Gerüchte über deutsche Pläne für Invasionen der Ukraine und Holland, der Schweiz und Rumäniens ..." [12]

f)
"Trotz verschiedener Gerüchte Danzig betreffend ..." [13]
Konkret: *"Die Deutsche Regierung plane für den Geburtstag des Führers die Wiedereingliederung Danzigs in das Reich."* [13]
"Gegen Ende Juni deutete ein neues Gerücht darauf hin, daß ein deutscher Handstreich in Danzig bevorstand." [14]
"Das Ausbleiben des Putsches wurde dann mit plumpen Ausreden bemäntelt, so z. B., der Führer sei vor den Drohungen und der Entschlossenheit der Demokratien zurückgewichen." [15]
Zur Aktivität aufmunternd, orakelte Lord Halifax am 12. Juni 1939 dem sowjetischen Botschafter:
"Wie mir scheint, wird es Hitler schwerfallen, vor den Nürnberger Parteitag zu treten, ohne vorher versucht zu haben, das Danzig-Problem zu lösen. Darum müssen wir einen stürmischen Juli und August erwarten." [16]
Maisky hat sehr wohl diese ohne Begründungen servierten Spitzen durchschaut, war es ihm doch auch auf Grund vieler anderer Indizien nicht unbekannt geblieben, daß Halifax darauf hinarbeitete, die Sowjetunion in diesen "stürmischen Juli und August" zu verwickeln, anstatt Maßnahmen zur Entstörung der Atmosphäre zu ergreifen.[17]
Bereits in einer vorangegangenen Unterredung am 22. Mai 1939 in Genf hatte sich Maisky veranlaßt gesehen, Halifax zu entgegnen, daß er offenbar die Psychologie eines Mannes wie Hitler falsch einschätze.
"Er ist keineswegs ein Dummkopf. Hitler wird sich nie in einen Krieg stürzen, wenn er meint, daß er ihn verlieren kann. Selbst unsere jetzigen Verhandlungen zwingen ihn, eine gewisse Zurückhaltung zu üben, er hat doch Polen bisher nicht angegriffen. Wird aber ein Dreier-Beistandspakt abgeschlossen, so wird er zurückweichen müssen." [18]
Britische Politiker waren es, die der "freien Presse" immer wieder die explosiven Schlagworte zuspielten und damit der internationalen Spannung die Richtung zur Entladung wiesen. Den besonnenen und verantwortungsbewußten Publizisten wurde nach und nach das Wort entzogen, und sei es auch anfangs nur deshalb, weil sie eben keine Sensationen verkauften. Als patriotisch und friedfertig galt schließlich nur noch, wer der Kompromißlosigkeit im Sinne der Demütigung Deutschlands das Wort redete. Dies betraf sowohl die autoritär regierten Staaten wie Polen als auch die "demokratischen Regierungen", die von der "öffentlichen Meinung" getragen und leicht "abzuschießen" waren. Wie sehr gerade die Befriedungspolitiker der britischen Regierung mit Hinweisen auf den Sturz der Regierung eingeschüchtert werden konnten, beschrieb der britische Historiker Taylor:
"Die britische Regierung war nicht geneigt, mit der Sowjetunion Bündnisabsprachen zu treffen ... und sie begab sich unwillig in diese Verhandlungen, getrieben von der Agitation im Parlament und im Lande."
"Die Briten sahen ihre Hände gebunden, nicht so sehr durch die formale Allianz mit Polen, als vielmehr durch die Entschlossenheit der britischen öffentlichen Meinung....." [19]
Die britische Regierung begnügte sich nicht mit der "Welle von Gerüchten" über angebliche deutsche Marschbefehle nach Ost und West20) (Versuche der britischen Regierung, Gerüchten entgegenzuwirken, sind ohnehin nicht nachweisbar), sondern setzte nach dem Garantieversprechen an Polen die Einkreisung Deutschlands fort: Am 9. März 1939 leitete sie die diplomatischen Unterhandlungen mit Moskau ein, die das Ziel hatten, die UdSSR militärisch in Mitteleuropa zu engagieren. Bedenkenlos wurde so jene Macht, die für jeden einsichtigen Europäer als größte Gefahr für die europäische Staatenordnung gelten mußte, in die - im Verhältnis so lächerlichen - Streitigkeiten der europäischen Völker hineingezogen. Die britische Regierung

versprach den Niederlanden, der Schweiz, Rumänien und Griechenland eine Garantie ihrer Unabhängigkeit, versuchte die Türkei und Jugoslawien einzubeziehen, wich deutsch-italienischen Friedensbemühungen aus, forderte im April 1939 unter starkem Druck, daß Schweden sich im Kriegsfall einer Blockade gegen Deutschland anschließe, und bekräftigte die "moralische Kriegserklärung" Roosevelts (Forderung an Hitler und Mussolini vom 15. 4. 1939, Nichtangriffsversprechen an eine Fülle von Staaten sogar außerhalb Europas abzugeben).[20]
"Am 14. April wandte sich die britische Regierung an die sowjetische Regierung mit dem offiziellen Vorschlag, sie möge Polen und Rumänien eine ebensolche einseitige Garantie geben, wie England und Frankreich sie Polen am 31. März und Rumänien sowie Griechenland am 13. April gegeben haben." [21]
Eine "ebensolche einseitige Garantie" hieß ebenfalls: Ausklammerung der Frage des Aggressors, Verlagerung der Entscheidungsbefugnis über Krieg und Frieden in Europa nach Warschau und Erleichterung einer Kriegsentscheidung für die polnische Führung.
Im April 1939 empfahl der rumänische Außenminister Gafencu anläßlich einer Reise nach London den Briten, sie sollten erklären, eine Änderung der britischen Haltung gegenüber Deutschland würde von der Neuregelung der tschechischen Verhältnisse abhängig gemacht, über die Hitler zu verhandeln bereit schien. Vergeblich. Gafencu wurde dagegen aufgefordert, das polnisch-rumänische Bündnis gegen Deutschland auszurichten.[22]
Getreu der Empfehlung aus Washington, die Wehrpflicht v o r der angekündigten Reichstagsrede Hitlers vom 28. 4. 1939 einzuführen, beschloß die britische Regierung diesen Schritt zwei Tage zuvor und "verkündete faktisch den Zustand der Kriegsgefahr".[20] London hat auf diese Weise bewußt eine Situation geschaffen, die Hitler nicht nur am Einlenken hindern, sondern herausfordern mußte. Diese Politik, die weder der eigenen noch der anderen Regierung ein Zurück ermöglichte, war in diesem Stadium um so bedenklicher, als bereits Großbritannien und Frankreich die Eingliederung der UdSSR in die anti-deutsche Koalition eingeleitet hatten.
Neville Chamberlain hat am 26. April 1939 die Wehrpflicht ohne einen deutschen Anlaß und nach eingehender Überlegung ("es war gut durchdacht")[23] unter Ausschaltung des Parlamentes eingeführt und diesen Schritt "in den endgültigen Kriegsbereich" mit den Ausflüchten "begründet", er wolle den Vorwurf vermeiden, lediglich das Vordringen Hitlers zurückgewiesen und nicht mehr getan zu haben.[23] Welche Bedeutung Chamberlain diesem Schritt zugemessen hatte, zeigt sich daran, daß die britische Regierung im Jahre 1937 die Wehrpflicht mit den Hinweisen abgelehnt hatte, "daß die Truppen viel besser auf den Einsatz vorbereitet seien als 1914" und "daß Kriege nicht nur mit Waffen und Soldaten gewonnen werden, sondern mit Reserven an Hilfsquellen und Kredit".[24] Die britische Industrie sollte nicht geschwächt und die Wehrpflicht - so hieß es 1937 ausdrücklich - erst nach Eintritt in den "endgültigen Kriegsbereich" eingeführt werden.[24]
Wie verhielt sich Chamberlain gegenüber den Warnungen hoher englischer Kreise seit März 1939, er möge Deutschland keinen Anlaß geben, sich eingekreist zu fühlen, und er solle sich davor hüten, die Sowjets ins Spiel zu bringen, da sie unmittelbar einen Krieg provozieren würden? Chamberlain bekannte am 26. März 1939,
"daß ich von tiefstem Mißtrauen gegen Rußland erfüllt bin. Ich glaube nicht an seine Fähigkeit, eine wirksame Offensive durchzuhalten, auch dann nicht, wenn es sie wirklich durchzuführen wünschte. Und ich mißtraue seinen Motiven, die mir so scheinen, als hätten sie wenig mit unseren Ideen von Freiheit gemein und als seien sie darauf aus, jeden anderen an die Ohren zu nehmen. Darüber hinaus wird Rußland von vielen der kleinen Staaten, vornehmlich Polen, Rumänien und Finnland, gehaßt

und verachtet." [25]
"daß eine Allianz mit Rußland den Balkan-Widerstand gegen Deutschland aufspalten würde und daß sie Spanien auf die Seite der Achse ziehen und wir daher mehr im Westen verlieren als im Osten gewinnen würden." [25]
Dennoch gestattete Chamberlain nicht nur die Koalitionsgespräche mit jenem Partner, "der eher Machtpolitik betreibt, als daß er den Frieden sucht",[25] sondern er intensivierte diese Dreiergespräche, die "eine solch große Rolle in den Ereignissen, die unmittelbar der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges vorangingen, spielten".[26] Zweifellos tat er dies auf Druck der "Öffentlichkeit" (der Lenker der Presse, besser gesagt), der Parteiführer und des Foreign Office. Doch er trug die Verantwortung. Auch er wußte genau so wie Lord Halifax und die französische Regierung um die Gefahren für Polen und Rumänien, die die britische Politik für diese Länder heraufbeschwor. Halifax faßte sie in seinen Memoiren offenherzig in folgende Worte:
"Ihre Furcht (der polnischen und rumänischen Regierung) vor den Sowjets war zumindest ebenso groß und wahrscheinlich größer als ihre Furcht vor Deutschland. Ein intelligentes Kaninchen dürfte kaum die Protektion eines Tieres begrüßen, das zehnmal so groß wie es selbst ist und dem es die Gepflogenheit einer Boa constrictor (Königs-, Riesenschlange) unterstellt." [27]
Hatte Halifax am 1. 11. 1938 in einem Schreiben an seinen Botschafter Phipps in Paris bestätigt, "daß sich Polen niemals mit Sowjetrußland verbünden kann",[28] und hatten schon vorher angesichts der Sudetenkrise, ja bereits im Mai 1938 diese Themen in Paris ausgiebig zur Debatte gestanden,[29] so enthüllten die Gespräche Becks in London Anfang April 1939 aufs neue, daß sich Polen nicht vor Deutschland, eher hingegen vor den Sowjets fürchtete. Ungeachtet dessen redeten Chamberlain und Halifax dem polnischen Partner ständig die "deutsche Gefahr" ein und versuchten ihm die sowjetische Hilfe aufzudrängen, womit sie sich eindeutig gegen die polnischen Lebensinteressen stellten.
Rücksichtslos versuchte Winston Churchill, obgleich damals nicht Mitglied der Regierung, der Roten Armee ein Durchmarschrecht durch die osteuropäischen Länder zu verschaffen:
"Vor allem darf keine Zeit verloren werden. Schon sind 10 oder 12 Tage vergangen, seit das russische Angebot gemacht wurde. Das britische Volk, das jetzt unter Preisgabe des hochgehaltenen, tiefeingewurzelten Brauches den Grundsatz der Wehrpflicht angenommen hat, ist berechtigt, zusammen mit der Französischen Republik von Polen zu fordern, daß es der gemeinsamen Sache keine Hindernisse in den Weg lege. Nicht nur die volle Mitarbeit Rußlands muß angenommen werden, sondern es gilt auch die drei baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland in das Bündnis einzubeziehen." [30]
Am 18. Mai 1939 rief Churchill den sowjetischen Botschafter an:
" 'Morgen', sagte er, 'finden im Parlament die Debatten über die Außenpolitik statt. Ich gedenke dort aufzutreten und die Aufmerksamkeit auf die unbefriedigende Führung der Gespräche mit Rußland zu lenken. Allerdings möchte ich, bevor ich öffentlich zu diesem Thema spreche, von Ihnen hören, wie es sich namentlich mit den Vorschlägen der sowjetischen Regierung verhält, die Chamberlain nicht annehmen will. In der Stadt zirkulieren darüber die verschiedensten Gerüchte'." [31]
Churchill erklärte anschließend, nachdem er die sowjetischen Vorschläge zur Kenntnis genommen hatte:
"Meinetwegen sind sie alle annehmbar." [31]
Winston Churchill ergänzte in seinen Memoiren:
"Wenn die Ereignisse so rasch voranschreiten und so überwältigend sind, wie im damaligen Augenblick, ist es klug, einen Schritt nach dem anderen zu tun. Das

Bündnis von England, Frankreich und Rußland hätte Deutschland im Jahre 1939 mit größter Beunruhigung erfüllt, und niemand vermag zu beweisen, daß sich der Krieg nicht sogar damals noch hätte verhüten lassen. Der nächste Schritt hätte mit überlegener Macht auf seiten der Alliierten unternommen werden können." [32]
Kann es angesichts dieser Vorgeschichte noch zweifelhaft sein, was Winston Churchill unter dem "nächsten Schritt", den er vorhatte zu unternehmen, verstanden hatte? Churchill erklärte weiter:
"Es war bedauerlich, daß er (Hitler) nicht in diese Enge getrieben wurde, die ihn leicht das Leben hätte kosten können ...
Wenn Chamberlain z. B. bei Empfang des russischen Angebotes geantwortet hätte: ‚Ja, wir drei wollen uns zusammentun und Hitler das Genick brechen', oder mit anderen Worten diesen Inhalts, so hätte das Parlament zugestimmt. Stalin wäre zufrieden gewesen, und die Geschichte hätte vielleicht einen anderen Verlauf genommen." [32]
Anthony Eden bot sich an, nach Moskau zu fliegen, um mit den Sowjets abzuschließen, doch Chamberlain setzte dem Widerstand entgegen.[33] Lord Halifax versuchte, den sowjetischen Botschafter am 22. Mai 1939 in Genf anläßlich der Völkerbundssitzung zum wiederholten Mal zur Annahme des britischen Vorschlages über die Abgabe sowjetischer Garantien an die osteuropäischen Länder zu bewegen und ihn von der Gefährlichkeit eines regelrechten gemeinsamen Militärbündnisses zu überzeugen:
"Halifax gedachte mich plötzlich einzuschüchtern: ein solcher Pakt (der von der UdSSR vorgeschlagene Dreimächtepakt zur gegenseitigen Hilfeleistung, alle osteuropäischen Länder betreffend), kann Hitler in Wut versetzen, er wird von einer ‚Einkreisung Deutschlands' zu schreien anheben, mit dieser Parole das ganze deutsche Volk um sich vereinen und den Krieg entfesseln. Hiermit provozieren wir ihn gerade dazu, was wir mit unseren Maßnahmen verhindern wollten." [34]
Doch im Juli 1939, als "Hitler bereits zahlreiche kleine diplomatische Rückzüge vorgenommen hatte",[35] hatte sich London bereits auch von dieser Erkenntnis bzw. diesen Hemmungen losgesagt. In der zweiten Juli-Hälfte 1939 leitete eine politische Übereinkunft zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR militärische Absprachen mit 0ff ensivcharakter ein.
Diese Übereinkunft vom 24. Juli, die nach Abschluß einer Militär-konvention in Kraft treten sollte, verpflichtete Großbritannien, Frankreich und die UdSSR zur sofortigen gegenseitigen Kriegshilfe (ohne Maßnahmen des Völkerbundes abzuwarten): im Falle einer direkten oder "indirekten" Aggression Deutschlands gegen eine der vertragschließenden Mächte "oder gegen einen anderen europäischen Staat", - sofern eine "interessierte Partei" irgendeine Aktion (und sei es eine friedliche Einigung) als die Unabhängigkeit oder Neutralität dieses Staates "bedrohend" bezeichnen und militärisch "beantworten" sollte.
Mit Hilfe dieses Vertragstextes konnte eine "interessierte Partei" jeden beliebigen Fall herausgreifen und ihn entweder als "bedrohte Neutralität" oder "bedrohte Unabhängigkeit" oder "indirekte Aggression" oder "Gewaltdrohung" interpretieren, selbst wenn die betreffenden Staaten eine solche "Interpretation" ablehnten. Diesem Vertragstext zufolge mußte ein europäischer Krieg und in dessen Folge ein Weltkrieg beispielsweise dann ausgelöst werden, wenn "eine interessierte Partei" die freiwillige Überlassung Danzigs an Deutschland durch Polen oder einen deutsch-rumänischen Wirtschaftsvertrag oder eine moralische (nicht einmal materielle!) Unterstützung der finnischen, lettischen, litauischen oder estnischen Rechtsparteien durch Deutschland als "bedrohte Neutralität" oder "indirekte Aggression" bezeichnete.
War der am 17. 6. 1939 abgesprochene Vertragsentwurf zwischen Großbritannien und

Frankreich bereits so formuliert, daß sich jeder Zwergstaat Europas mit Deutschland hätte anlegen und einen Allfrontenkrieg auslösen können, so bedurfte es bei dieser politischen Übereinkunft mit den Sowjets nicht einmal mehr eines Zerwürfnisses Deutschlands mit einem seiner Nachbarn. Die Reichsregierung hätte sich - diesem Vertragstext zufolge - verhalten können, wie immer sie wollte: Selbst freundschaftliche Bemühungen bei ihren Nachbarn mußten den Automatismus der gegnerischen Militärbündnisse auslösen! Die Meinung der Nachbarn wurde für nichtig erklärt. Auch die Tatsache, daß - wie Kennard aus Warschau schrieb -
"die Polen aller Klassen von der Furcht vor dem Kommunismus besessen sind und kein Pole je erwarten würde, ein Gebiet, das einmal von sowjetischen Truppen besetzt wurde, wieder zurückzubekommen", [36]
interessierte in London nicht. Fortan galt nur noch die Meinung einer "interessierten Partei", d. h. Großbritanniens, Frankreichs oder der UdSSR.[37]
"Ende Juli (1939) wird das Reich vor die Entscheidung gestellt. Die Entsendung der westlichen Militärs gibt den Verhandlungen zwischen Moskau und dem Westen doch ein realeres und drohenderes Gesicht." [38]
"Die Franzosen interessierte lediglich, die Rote Armee in einen Konflikt mit Hitler zu verwickeln, ohne Rücksicht darauf, ob dies auf Kosten Polens geschehe." [39]
Dies allerdings interessierte gleichermaßen den britischen Außenminister, der mit den wiederholt wirksam gewesenen Alarmnachrichten über einen unmittelbar bevorstehenden deutschen Angriff auf Polen den Einsatz der Sowjetunion festzulegen versuchte.[40] Die militärischen Absprachen mit Stalin gipfelten darin, daß Frankreich, dann auch England den Preis der Auslieferung des Baltikums an die UdSSR gezahlt und den Preis Ostpolens bzw. ganz Polens und Rumäniens ohne Zustimmung der betreffenden Regierungen im letzten Augenblick angeboten hatten.[41] Von erheblicher Bedeutung ist, daß diese politische Übereinkunft vom 24. 7. 1939 und die beabsichtigte Militärkonvention nicht an Bedenken Englands oder Frankreichs gescheitert sind, sondern an der Weigerung Stalins, der es ablehnte, für England die Kastanien aus dem Feuer zu holen und in Polen, Rumänien, Litauen, Lettland, Estland ohne Zustimmung der betreffenden Regierungen einzumarschieren, während England für diesen Fall nur zwei Divisionen zur Unterstützung in Aussicht stellte.[41]
Auf diese Weise hat Chamberlain, der bereits seit April 1939 von einer "Zone" sprach, "die weder Krieg noch Frieden war",[42] die europäische Situation nicht nur verschärft, sondern ab 9. März, spätestens aber Mitte Juli 1939, ausweglos gemacht. Dabei hat er selbst nicht an die Erhaltung des Friedens durch ein Bündnis mit der Sowjetunion geglaubt.[43] Mitte Juli 1939 definierte er seine Haltung dahingehend:
"Danzig ist gegenwärtig natürlich der Gefahrenherd. Ich habe Mussolini klar gesagt, wenn Hitler Danzig gewaltsam zu besetzen versucht, wird dies den Beginn eines europäischen Krieges bedeuten. Worauf Mussolini erwiderte:
‚Veranlassen Sie eine Zustimmung der Polen, daß Danzig zum Reich zurückkehrt, und ich werde das beste versuchen, eine friedliche Lösung zu erreichen‘.
Aber dieses ist nicht gut genug. ..." [44]
Diese Lösung also war »nicht gut genug"! Am 1. September 1939 ergänzte er vor dem Unterhaus:
"Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volk, abgesehen davon, daß es erlaubt, sich von einer Nazi-Regierung regieren zu lassen. Solange diese Regierung existiert und Methoden verfolgt, die sie in den letzten zwei Jahren hartnäckig angewandt hat, wird es keinen Frieden in Europa geben ...
Sie (an die Abgeordneten gewandt) kämpfen für Prinzipien, deren Zerstörung die Zerstörung aller Möglichkeiten des Friedens und der Sicherheit einschließen würde und nicht gerade für eine weit entfernt liegende Stadt Danzig." [46]

Chamberlain hat hiermit eindeutig zugegeben, daß sich die britische Regierung bereits v o r dem Streitfall Danzig auf einen Kurs festgelegt hatte, der die "Vernichtung des Nazi-Regimes" wegen der "Außenpolitik Hitlers seit 1938" vorsah. London maßte sich nun an zu bestimmen, welche Regierungsform ein anderer Staat, mit dem es diplomatische Beziehungen unterhielt, haben durfte und welche nicht. In Wirklichkeit kann "nicht eine Spur von ideologischen Motiven" bei Chamberlain gefunden werden.[44] Ja, Chamberlain wußte und gab zu, daß Hitler ernsthaft eine Übereinkunft mit England erwogen und eine großzügige, nicht terminierte Regelung mit Polen ausgearbeitet hatte".[46]
"Es waren keine Zeichen irgendeiner Hast seitens Deutschland zu erkennen." [47]
Die Zeit war vorbei, da selbst Chamberlain die Worte gesprochen hatte:
"Die vergangene Behandlung Deutschlands war weder großmütig noch weise; solange nicht dies starke und männliche Volk veranlaßt werden kann, das allgemeine Los in Partnerschaft mit anderen zu verbessern, solange wird es weder Frieden noch Fortschritt in Europa geben hinsichtlich der Dinge, die das Leben lebenswert machen." [48]
Neville Chamberlain hatte sich inzwischen zum Exponenten einer Politik machen lassen, die sich hinter die "weder großmütige noch weise Behandlung Deutschlands" und damit gegen "Frieden und Fortschritt in Europa" stellte. Nicht mehr Fragen nach Recht und Gerechtigkeit waren für London ausschlaggebend - weder im Hinblick auf 1938 noch 1939 - sondern "britische Prinzipien". Chamberlain schöpfte den Mut hierzu
a) aus der "positiven Unterstützung und der rechtzeitigen Hilfe der USA", dem "rising tone", der verstärkten Tonart Roosevelts,
b) aus der seit "München" ausgeweiteten Rüstung,
c) aus der "Schwächung der deutschen Finanzen" und
d) aus der Hoffnung auf einen "Zusammenbruch der deutschen Heimatfront".[49]
Deutschland konnte ähnliche "Hoffnungen" in bezug auf seine Gegner nicht hegen, seine Politik nicht auf solche Erwartungen abstellen.
Mitte Juli 1939 verabschiedete Großbritannien das Export-Kredit-Gesetz über 60 Millionen Pfund, das dem Zweck dienen sollte, Polen, Griechenland, Rumänien und der Türkei den Bezug von Kriegsmaterial aus Großbritannien zu erleichtern. Dieses Gesetz ist dann zwar nicht mehr zum Tragen gekommen, hat aber zumindest Polen erheblichen psychologischen Auftrieb gegeben, zumal der Leiter des Empire-Generalstabes, General Ironside, am 19. Juli 1939 zu ergänzenden Generalstabsbesprechungen in Warschau eintraf,[50] und zumal London am 3. 8. Polen einen Kredit für Warenkäufe im Vereinigten Königreich in Höhe von 8,163 Mill. Pfund gewährte. [50]
Auf Grund seiner Eindrücke aus der Beobachtung der Weltpresse und nach Kenntnis der Vorgänge in der britischen Geheimdiplomatie in den Sommermonaten des Jahres 1939 übermittelte der britische Botschafter in Berlin, der genauen Einblick in die offizielle Haltung und weitgehend auch in die internen Vorgänge der Reichshauptstadt hatte, seinem Außenminister eine ernste Warnung. Henderson warf in diesem Schreiben vom 18. Juli 1939 seiner Regierung in ziemlich offenen Formulierungen nichts weniger als Kriegspolitik vor:
"Es ist sehr gut denkbar, daß die weisen Männer der Zukunft sagen werden, daß wir im Jahre 1939 Krieg mit Deutschland gemacht haben sollten, so wie viele jetzt sagen, daß wir ihn 1938 hätten führen sollen (that we should have made war on Germany in 1939, just as many now say that we should have done in 1938). Aber sofern und bis ich nicht gegenteilig informiert bin, äußere ich meine Meinung auf der Grundlage, daß wir, wenn möglich, Krieg zu vermeiden wünschen. Ist dies sicher, so muß in

meinen Augen unsere Politik die äußerste Festigkeit verbinden mit einer Vermeidung alles dessen, was hier nur als wohlüberlegte Provokation oder als Absicht unsererseits ausgelegt werden kann, einen Präventivkrieg zu wagen, oder als festgelegten Wunsch, Hitler persönlich zu demütigen.
Wenn wir ihn in eine Ecke treiben, wird er nicht in der Lage sein, sich ohne Krieg frei zu machen. ...
Hitler mag schon glauben, daß England in jedem Fall Deutschland einen Krieg aufzwingen will. Wenn er es noch nicht glaubt, so fehlt nicht mehr viel, ihn zu einer solchen Meinung zu bringen. Er hat den Vorteil, die Initiative zu ergreifen, wo und wann er will, wenn er davon überzeugt ist.
Auch halte ich es - seien wir ehrlich (honestly) - nicht für politisch klug oder gar fair, die Polen übermäßig (unduly) aufzustacheln. ...
So viele Leute, wie die Otto Strassers und andere dieser Richtung, suchen uns mit intensiver Hartnäckigkeit in einen Krieg mit Deutschland hin-einzutreiben. Ich fürchte manchmal darum, ob ihre Kampagne, die dieses Ergebnis haben muß, nicht über Gebühr unsere Berater zu Hause beeinflussen möge." [51]
Davon, daß Hitler England oder andere Länder mit dem Motiv "Lebensraum-Eroberung" o. ä. bedrohe oder daß Hitler "Krieg zu machen" beabsichtige, stand nichts in diesem Geheimschreiben. In der Tat hatte Hitler "zu dem Gang des diplomatischen Geschehens" zwischen April und August 1939 wenig beigetragen.[52]
Am 8. August 1939 vermißt die britische Zeitung "Daily Mail"
"Erklärungen des Premierministers, ob er diese Reden billigt, die gegen Danzig und gegen Deutschland gehalten werden und dem Krieg zwangs-mäßig zutreiben. Es muß objektiv darauf hingewiesen werden, daß von deutscher Seite keine Reden der führenden Staatsmänner gegen Polen gehalten werden, wie sie der Marschall (Rydz-Smigly — "Danzig ist die Lunge Polens"....) am letzten Sonntag (6. 8.) in Krakau hielt. Wenn England die Dinge so weitertreiben läßt, wird es mitschuldig, wenn die Explosion kommen sollte." [53]
Hatte sich die britische Regierung nicht eigenwillig in diese fremden Verhältnisse, in diese "far-away-city" eingemischt und sich damit mitverantwortlich gemacht? Hatte Chamberlain im Sinne seines Parteimitgliedes Winston Churchill gehandelt, der 1933 "diese Verhöhnung der Weltgeschichte und der Vernunft" (die von Versailles gezogene ostdeutsche Grenze) wiedergutzumachen empfohlen und dies als "eines der größten praktischen Ziele der europäischen Diplomatie, die den Frieden erstrebt", bezeichnet hatte?[54]
Die brennenden Rechts- und Humanitätsfragen in den deutsch-polnischen Beziehungen waren für die britische Politik im Jahre 1939 keiner Beachtung, geschweige denn eines Einsatzes wert, obgleich auch jetzt noch Großbritannien auf Grund der Versailler Beschlüsse und seines Sitzes im Dreierkomitee des Völkerbundes für Danzig verpflichtet gewesen wäre, für den Schutz der Minderheiten in Polen zu sorgen. Der Minderheitenschutzvertrag und dessen Einhaltung hatte ja als Voraussetzung für die völkerrechtliche Anerkennung Polens gegolten. Die Note Clemenceaus als Präsident der Versailler Friedenskonferenz an den polnischen Ministerpräsidenten Paderewski vom 24. 6. 1919
"macht Polen darauf aufmerksam, daß es seine Restauration und Unabhängigkeit dem Sieg der alliierten Mächte verdanke. Dieses Faktum aber bewirke ganz bestimmte Verpflichtungen der Großmächte, die dafür Sorge zu tragen haben, daß durch die Garantie gewisser politisch-menschlicher Grundrechte die Stabilisierung dieses Raumes, in dem sie eine neue dauerhafte Ordnung errichtet haben, nicht gefährdet werde. Diese Verpflichtungen der Hauptmächte ständen natürlich auch im

engsten Zusammenhang mit den Pflichten, die man den besiegten Staaten gegenüber zu erfüllen habe. Die Sicherung der inneren Stabilität und die Aufrechterhaltung des Friedens im ostmitteleuropäischen Bereich durch einen international garantierten Minderheitenschutz müsse einen Vorrang beanspruchen!" [55]
Doch dies schien lange vergessen. Beschwerden der deutschen Minderheit als berechtigt anzuerkennen, wurde nunmehr als "Verrat an den nationalen Interessen Polens", "Bedrohung der Freiheit und Unabhängigkeit Polens" bezeichnet. Polnische Annexionswünsche auf Ostpreußen und die Oder-Gebiete wurden nunmehr geduldet, ja, im Geheimen befürwortet.[56] Die Verfolgungen der Volksdeutschen in Polen pflegten die Engländer mittlerweile als "untergeordneten Punkt" zu bewerten.[57] Mit dem Hinweis darauf, daß "die Polen es nie zulassen würden, daß ihnen irgend jemand einen Runciman schickte",[58] disqualifizierte man leichtfertig die deutschen Beschwerden, ohne die Entdeutschungspolitik der Polen zu untersuchen oder abzustellen. Gleichzeitig mischte sich London jedoch mit dem Aufdrängen einer vorbehaltlosen, allerdings nur gegen Deutschland gerichteten Garantie in die deutsch-polnischen Beziehungen ein. Weder Großbritannien noch die USA haben - abgesehen von einem oberflächlichen Versuch Londons am letzten Tage vor Kriegsausbruch - einen einzigen Schritt unternommen, um den monatelang überschäumenden polnischen Chauvinismus zu dämpfen.
Die drei folgenden Zitate beziehen sich zwar auf die TschechoSlowakei, doch bezeichnen sie auch treffend die britisch-französische Polen-Politik bis zum Kriegsausbruch 1939:
Lord Halifax erklärte am 22. 5. 1938 zum deutschen Botschafter v. Dirksen,
"daß im Falle eines deutschen Einmarsches in die Tschecho-Slowakei, ganz gleich unter welchen Umständen, auch im Falle schwerer tschechischer Provokationen, die Franzosen gegen uns (Deutschland) marschieren würden....
Im Falle eines europäischen Konfliktes sei es unmöglich vorauszusehen, ob nicht England in ihn hineingezogen würde." [59]
"Ganz gleich unter welchen Umständen, auch im Falle schwerer tschechischer Provokationen" - der Mann, der diese Worte sprach, war maßgeblich verantwortlich für den 10 Monate später an Polen gegebenen Freibrief.
Staatssekretär v. Weizsäcker am 8. 7. 1938 im Gespräch mit dem Botschafter der USA in Berlin, Hugh Wilson:
"Nie sei in England oder gar in Frankreich öffentlich ausgesprochen worden, daß die Tschechen eine gewisse Geduldsgrenze nicht überschreiten dürften, ohne die Unterstützung der Westmächte im Konfliktfalle definitiv zu verspielen. ...
Wilson gab das voll zu und bemerkte, so sei die britische Politik schon seit 10 Jahren. Sie wünsche zwar keinen Krieg, tue aber auch nicht das wirklich Nötige, um ihn zu vermeiden." [60]
Ein deutscher Historiker zur Sudetenkrise 1938:
"Stand das Fernbleiben Englands fest, konnte ein großer internationaler Konflikt um die Tschecho-Slowakei gar nicht erst entstehen.
Großbritannien behielt sich in Wahrheit die Entscheidung darüber vor, nicht ob es in einem europäischen Krieg neutral bleiben würde (das war gar nicht möglich), sondern ob es überhaupt einen europäischen Krieg geben würde." [61]
Es ist offensichtlich berechtigt, diese drei Zitate auf Polen im Jahre 1939 zu übertragen, zumal
"es an sich der Londoner Regierung in der Tat gleichgültig sein kann, ob Danzig oder der Korridor deutsch oder polnisch sind." [62]
Doch, wie sich erweisen sollte, war das der Londoner Regierung eben nicht gleichgültig. Freilich ging es ihr dabei weder um Danzig noch um den Korridor,

sondern darum, die "Nazi-Pestilenz" - das heißt: den deutschen Konkurrenten - gemäß den »Prinzipien« der britischen Europa-Politik "auszurotten" bzw. auszuschalten. England trug im gesamten Verlauf des Jahres 1939 nicht zur Entspannung der sich verschärfenden europäischen Situation bei, sondern leitete weitere verhängnisvolle Schritte ein. Wie bereits erwähnt, konnte selbst der britische Botschafter Henderson seine Bedenken gegenüber einer solchen Politik nicht unterdrücken. Am 23. 5. 1939 schrieb er seinem langjährigen Mitarbeiter Kirkpatrik:
"Hat die Regierung Seiner Majestät irgendwelche Vorschläge? ... Es genügt nicht, dem Diktator einfach ‚Nein' zu sagen in einem Fall, in dem Gründe zur Beschwerde vorliegen. Man muß auch eine entsprechende Abhilfe finden, sonst hat das ‚Nein' nur platonischen Wert." [63]
Henderson war freilich in Unkenntnis darüber gelassen worden, daß sein Außenminister Halifax zwei Tage vorher, am 21. Mai, in Genf Carl J. Burckhardt seine "Vorschläge" noch einmal unmißverständlich spezifiziert hatte:
"Die Engländer würden in jedem deutsch-polnischen Krieg für Polen kämpfen, einerlei aus welchen Ursachen sich der Konflikt entwickeln würde." [64]
Die britische Regierung konnte sich nicht hinter "Unkenntnis" des monatelang von der Weltpresse behandelten Geschehens in Polen verstecken: Ihre eigenen Botschafter haben - gemäß ihrer Pflicht, die Interessen Großbritanniens zu wahren - wiederholt vor der unberechenbaren polnischen Impulsivität gewarnt und einen Druck auf Polen empfohlen.[65] So hatte Kennard aus Warschau am 30. 3. 1939, einen Tag vor der Garantieerklärung an Polen, telegraphiert:
"Es ist natürlich unwahrscheinlich, daß die polnische Regierung Deutschland vorsätzlich provozieren wird. Aber im gegenwärtigen Zustand der Empfindungen hier kann keineswegs die Möglichkeit von einigen impulsiven Aktionen ausgeschlossen werden." [66]
Kennard am 16. 8. 1939:
"Da ich mit jenen Teilen meiner Unterhaltung mit Mr. Beck nicht ganz zufrieden war, die sich auf die Presse und die Minderheiten bezogen, griff ich diese Angelegenheiten bei dem Vizeminister für Auswärtiges, der sich mit diesen Fragen befaßt, heute morgen erneut auf. ...
Ich fühlte, daß die polnische Regierung jeden Versuch unternehmen müßte, das Erscheinen von irgendwelchen Artikeln in der polnischen Presse zu verhindern . ..., die Anlaß für eine äußerste Verbitterung Hitlers sein könnten, und daß die betreffenden Behörden veranlaßt werden sollten, alle Ausschreitungen gegen die deutschen Minderheiten zu vermeiden." [67]
Kennard am 17. August 1939:
"Ich habe diese Leute (die Polen) damit beeindruckt, daß Hitler gegenwärtig noch unentschlossen scheint und daß es daher wesentlich ist, daß kein Ereignis, kein Wort in der Presse oder kein Fall von Mißhandlung der Minderheit ihm einen Vorwand geben dürfe, loszuschlagen (to go off the deepen,) ...
Ich habe meinem amerikanischen Kollegen gegenüber, der hier einen erheblichen Einfluß hat, erwähnt, er solle deutlich machen, daß es für Polen in den Augen der amerikanischen Öffentlichkeit sehr von Nachteil sein könne, wenn Hitler eine lange Liste mit Fällen von Mißhandlungen der deutschen Minderheit hier vorweisen oder irgendwie nachweisen würde, daß sich Polen unvernünftig verhalten hat.
Sie mögen sich auf mich verlassen, daß ich mein Bestes tun werde, um die extremen Empfindungen hier zu kontrollieren, aber man kann sie natürlich nicht zu weit drängen - in der Tat würde es sinnlos sein, dies zu tun." [68]
Henderson am 16. August 1939:
"Was Hitler über die Haltung der Presse sagt, ist unglücklicherweise wahr. Wenn wir

eine Katastrophe zu vermeiden wünschen, müssen wir den Tatsachen ins Gesicht sehen. Wir werden sicherlich Krieg haben, wenn die Presse davon spricht, Hitler habe sich einschüchtern lassen. Sicher würde die Presse, wenn ihr dies ganz klar gesagt würde, ihre Verantwortung erkennen. Die Geschichte wird die Presse allgemein verurteilen, die Hauptursache für den Krieg gewesen zu sein. ...
Ich bin überzeugt, daß Hitler die Wahrheit spricht, wenn er erzählt, daß er dieses Jahr seine Generale zurückhalten muß. Von allen Deutschen, ob Sie es glauben oder nicht, ist Hitler der am meisten gemäßigte, soweit es Danzig und den Korridor betrifft. ...
Wenn ein Waffenstillstand hergestellt werden soll - und dies ist die letzte Hoffnung -, dann muß die Mißhandlung der deutschen Minderheiten in Polen beendet werden. Ich wünschte, daß einige englische Zeitungen Korrespondenten dorthin schicken, um sich selbst - und Sie zu informieren. Weizsäcker hat mich in dieser Frage schon sehr gedrängt. Unsere Botschaft in Warschau weiß nichts darüber, ebensowenig wie ich etwas darüber weiß, was in den deutschen Provinzen geschieht. Wie könnte ich es? Warschau mit seiner zivilisierten und intelligenten, um nicht zu sagen schlauen Clique, mit der man dort verkehrt, ist eine Seite. Draußen auf dem Lande sind die Polen eine äußerst unzivilisierte Masse (lot). 'Ruhig und zurückhaltend'. Ja, zweifellos an der Spitze und wenn Worte etwas bedeuten. Aber woanders, nein. Ich habe zu viele Geschichten von gut informierten Neutralen gehört, um ein Wort davon zu glauben."[69]
Doch auch diese Empfehlungen veranlaßten die britische Regierung nicht, sich zu informieren oder die Polen zur Mäßigung zu mahnen. Lediglich am 26. 8. schlug London vor, die polnischen Führer sollten die Reichsregierung ersuchen, der Aussiedlung der volksdeutschen Minderheit zuzustimmen.[70] Gleichzeitig sollte Polen neutralen Beobachtern die Einreise gewähren. Beide Vorschläge sollten Hitlers detaillierten Beschwerden über die mißhandelten Volksdeutschen in Polen den Boden entziehen. War auch Beck "im Prinzip" mit der Vertreibung der Volksdeutschen einverstanden, so lehnte er doch neutrale Beobachter "in seiner ersten Reaktion" ab, ohne jemals ernsthaft dieses Thema, sofern Verhandlungen damit verbunden waren, wieder aufzugreifen. Selbst ein nachfolgender Hinweis Kennards auf den Umweg über den Papst und den "ausgezeichneten Eindruck auf die öffentliche Weltmeinung" vermochte ihn nicht umzustimmen.[70] Es war bereits der Tag, an dem die polnische Regierung "wegen Hitlers Sprache in seiner Unterredung mit Henderson vom 25. August" intern die sofortige Mobilmachung gefordert hatte.[71] Wiederum hatte Polen "für die Methode, durch Gewalt oder Drohung politische Ziele zu verfolgen, eine unglückselige Vorliebe entwickelt", wie sie bereits seit der Neubildung des polnischen Staates 1918 nachweisbar ist.[72]
Es hat nicht nur den britischen Botschafter Henderson eigenartig berührt, als er erfuhr, daß Hitler sogar noch am 29. August einwilligte, mit Polen über einen Bevölkerungsaustausch zu verhandeln.[73] Offenbar hatte er keine Kenntnis davon, daß bereits im Sommer 1939 die reichsdeutschen Männer den Rat erhalten hatten, ihre Frauen und Kinder nach Deutschland zu schicken.
"In der letzten Augustwoche sollte außerdem die (deutsche) Botschaft (in Warschau) die Beschäftigungslosen oder diejenigen, die 'als besonders gefährdet anzusehen sind', warnen und zur Rückkehr in die Heimat auffordern. Die übrigen sollten sich vor Verfolgungen zu schützen versuchen, die als unvermeidlich galten. Parteifunktionäre und Journalisten sollten Zuflucht in den Häusern von befreundeten Angehörigen neutraler Staaten suchen." [74]
Henderson gestand ein, daß "wir Polen den Gartenpfad so weit entlanggeführt haben",[75] daß somit London die Führung und Verantwortung in dieser Entwicklung übernommen hatte:

"Wenn der Krieg schicksalhaft bestimmt ist, wird er kommen. Aber er wird der stupideste aller Kriege sein, und die Geschichte wird erklären, daß die Welt total verrückt gewesen ist.
Die Polen werden, so glaube und fürchte ich, furchtbare Schläge erhalten, und ich kann nicht sehen, was sie in Wirklichkeit dabei gewinnen könnten. Ihre Grenzen zu erweitern, wird nur Streitigkeiten bedeuten, wahrscheinlich von beiden Seiten in der nächsten Generation. Ich bete nur dafür, daß wir es nicht bedauern werden, sie auf diesen schmalen Gartenpfad zu führen, nur um Befriedigung darüber zu empfinden, daß sie Hitler und die Nazi-Gangster in die Schienbeine getreten haben." [76]

Quellennachweise :

[1] A. J. P. Taylor «The Origins of the Second World War" S. 155.
[2] Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 14. Schreiben des polnischen Botschafters in London, Fürst Raczynski, vom 26. 4. 1939 an das Auswärtige Amt, Warschau.
[3] S. Delmer "Die Deutschen und ich" S. 390 - 391.
vergl. auch Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 4 - US-Botschafter Bullitt über deutsche Absichten, einen ukrainischen Marionettenstaat zu gründen - am 19. Nov. 1938.
[4] J. Stalin "Fragen den Leninismus" S. 769 - 770.
[5] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 454.
[6] Dokumente und Materialien vom Vorabend des Zweiten Weltkrieges" russ. 1948 Bd. II (Dirksen-Archiv 1938 - 1939) S. 62. Bericht des deutschen Botschafters in London, v. Dirksen, an das Auswärtige Amt vom 10. 7. 1939.
[7] A.Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 85.
[8] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 436.
[9] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 277.
[10] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 9, 138, 129.
[11] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 554.
[12] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 460.
[13] ebenda Vol. IV Doc. 547 und Vol. V Doc. 163.
[14] M. Gilbert und R. Gott "Der gescheiterte Frieden" S. 195.
[15] A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 191.
[16] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 123.
[17] Neue Zeit, Moskau 1962, Hefte 2, S. 29; 3, S. 26; 4. S. 26 jeweils: I. M. Maisky "Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges" ebenda Heft 2, 1964 S. 22 -- I.M. Maisky "1940 in England".
[18] I. M. Maisky «Wer half Hitler?" russ. S. 120.
[19] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 266, 272.
[20] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 129. und S. 171, 150 - 152, 178.
[21] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" S. 102.
[22] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V. Doc. 278 S. 304 - 306.
[23] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 405 und M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 178.
[24] K. Feiling ebenda S. 318, 319.
[25] ebenda S. 403, 408, 407.
[26] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 95.
[27] Halifax "Fullness of Days" S. 206.
[28] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. III Doc. 285.
[29] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 69 - 70 und 42.
[30] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 443.
[31] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 115 - 116.
[32] W. Churchill "Der zweite Weltkrieg" 1. Buch Bd. 1 "Der Sturm zieht auf" S. 441 - 442.
[33] I. M. Maisky "Wer half Hitler?" russ. S. 133.
[34] ebenda S. 119 - 120.
[35] D.J. Dallin "Soviet Russia‘s Foreign Policy" S. 36.
[36] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 90 Kennard an Halifax am 20. 8. 1939.
[37] Vertrags-Ploetz S. 171 - 172.
[38] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 130.
[39] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 258.
[40] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 94.

[41] ebenda Bd. III S. 96 - 124.
[4]) K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 406.
[43] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 594.
[44] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 407.
[45] ebenda S. 415 und 418.
[46] ebenda S. 417.
[47] W. Jedrzejewicz "Poland in the British Parliament 1939 - 1945" Vol. 1, S. 42.
[48] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 392.
[49] ebenda S. 394, 412, 418.
[50] A. M. Projektor "Der Krieg in Europa 1939 - 1941" russ. S. 35 und A. Buckreis "Politik des 20. Jahrhunderts" S. 221.
[51] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 347.
[52] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 219.
[53] A. Buckreis "PoIitik des 20. Jahrhunderts" S. 222.
[54] K. Feiling "The Life of Neville Chamberlain" S. 247.
[55] E. Viefhaus "Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutz-verträge auf der Pariser Friedenskonferenz" S. 208.
[56] Die Jalta Dokumente S. 166 und 171.
vgl. die auch in London bekanntgewesenen geographischen Karten Polens mit den angeblichen "historischen Grenzen Polens", gegen die die britische Regierung nicht protestiert hat — B. de Colonna "Poland from the Inside" S. 160 ff.
[57] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 339 Aussage von Botschafter Henderson.
[58] ebenda Bd. II S. 200. Der britische Geschäftsträger in Warschau, Norten, an den Leiter der Ostabteilung des Foreign 0ffice, Strang.
[59] ADAP Bd. II S. 254.
[60] ADAP Bd. II S. 384.
[61] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. 1 S. 15.
[62] ebenda Bd. III S. 261.
[63] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. V Doc. 605.
[64] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 522.
[65] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 110. Kennard an Halifax am 16. 2. 1939.
[66] ebenda Vol. IV Doc. 573.
[67] ebenda Vol. VII Doc. 21.
[68] ebenda Doc. 48.
[69] ebenda Doc. 37.
[70] ebenda Doc. 335, 365 und 372.
[71] ebenda Doc. 391.
[72] E. Kordt "Nicht aus den Akten" S. 285.
[73] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 455.
[74] L. de Jong "Die deutsche fünfte Kolonne im 2. Weltkrieg" S. 146.
[75] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 158. Henderson an Halifax am 22. 8. 1939.
[76] ebenda Doc. 49 -- Henderson an Sir O. Sargent am 17. 8. 1939.

Die Erweiterung des Blankoschecks am 25. August 1939

Nach dem Scheitern der britisch-französisch-sowjetischen Militär-gespräche und dem überraschenden Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes - er war kein "Bündnis", wie es die Westmächte hatten abschließen wollen! - war eine von keiner Partei vorausgesehene Konstellation in Europa gegeben. Wie betrachteten die beiden maßgebenden britischen Politiker Neville Chamberlain und Lord Halifax diese neue Situation, und was taten sie?
Der Londoner US-Botschafter Kennedy berichtete seinem Staatssekretär Hull am 23. 8. 1939 über ein Gespräch mit dem britischen Premier. Chamberlain sagte, er könne nichts unternehmen, um die Polen zu bewegen, irgendeine Konzession zu machen, und fügte wörtlich hinzu:
"Wenn der Präsident (der USA) irgendeine Aktion für den Frieden erwägt, müßte Beck, so scheint es mir, in Polen bearbeitet werden. Und um dies wirksam zu machen,

muß es schnell geschehen. Ich sehe ‚keine andere Möglichkeit." [1]
Kennedy wenige Tage später:
"Offen gesagt ist er (Chamberlain) mehr beunruhigt darüber, die Polen zur Vernunft rufen zu müssen als die Deutschen. Er fühlt, daß ein mächtiger Einfluß der öffentlichen Meinung in England, geführt wahrscheinlich von Eden und Churchill, den Polen nahelegt, nichts aufzugeben, und daß sie Hitler zum Laufen gebracht haben. Das bedeutet natürlich Krieg. Aber in der Zwischenzeit drängte er Henderson, Hitler zu erklären, daß nach alledem die Danziger Situation ein kleines Teilproblem ist. Was in Wirklichkeit einer Regelung harrt, ist eine Bearbeitung des ganzen europäischen wirtschaftspolitischen Problems." [2]
Neville Chamberlain gestand am 25. 8. im Unterhaus, sich noch nicht um eine sachliche Beurteilung der deutschen Beschwerden über die Behandlung der Volksdeutschen durch Polen bemüht zu haben.[3] In der Position, in die sich Großbritannien selbst versetzt hatte, wäre es unerläßlich gewesen, sich intensiv um objektive Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten und Eindämmung aller Gefahren (Mobilmachung, Pressehetze u. ä.) zu bemühen. Nichts dergleichen geschah. Chamberlain hat auch die britische Presse, von der er feststellte, daß ihr Vorgehen "natürlich Krieg bedeutet", nicht gezügelt, auch nicht zu zügeln versucht. Im Gegenteil. Chamberlain hat an diesem denkwürdigen 25. 8. 1939 auch seinerseits die Abgeordneten des Unterhauses bewußt falsch informiert und somit erneut der Presse die zündenden Schlagworte, "die natürlich Krieg bedeuten", zugespielt. Er erklärte in dieser Rede:
"Die internationale Situation hat sich bis heute ständig verschlechtert. Wir sehen uns einer immanenten Kriegsgefahr gegenüber. ...
Die deutsche Presse erklärte, daß Danzig kein Gegenstand einer Konferenz oder eines Kompromisses sein könne und daß es sofort und bedingungslos zum Reich zurückkommen müsse....
Die deutsche Presse publizierte eingehende Berichte über eine behauptete schlechte Behandlung der in Polen lebenden Deutschen. Gegenwärtig haben wir keine Mittel, die Richtigkeit dieser Geschichten zu prüfen, aber wir können uns nicht helfen, von dem Tatbestand betroffen zu sein, daß sie eine starke Ähnlichkeit mit Behauptungen haben, die im vergangenen Jahr hinsichtlich der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei aufgestellt worden sind. ...
Aber ich glaube, es wird zugestimmt werden, daß angesichts dieser Kampagne (der deutschen Presse?) die Erklärungen der polnischen Staatsmänner große Ruhe und Zurückhaltung gezeigt haben. Die polnischen Führer waren, indem sie in ihrer Entschlossenheit festblieben, einem Angriff auf ihre Unabhängigkeit zu widerstehen, nicht provozierend. Sie waren immer bereit, so wie sie sicherlich auch jetzt bereit sein werden, Differenzen mit der deutschen Regierung zu diskutieren, wenn sie sicher sein können, daß solche Diskussionen ohne Macht- oder Gewalt-drohungen geführt werden, und mit einiger Aussicht, daß, wenn eine Übereinkunft erreicht würde, ihre Bedingungen nachher dem Buchstaben und dem Geist nach eingehalten würden. ...
In Berlin wurde die Ankündigung (des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes) mit außerordentlichem Zynismus als großer diplomatischer Sieg begrüßt, der jede Kriegsgefahr beseitigt, sofern wir und Frankreich unsere Verpflichtungen gegenüber Polen in Frage stellen würden. Wir fühlen unsere erste Pflicht darin, solche gefährlichen Illusionen zu zerstreuen." [3]
"Die ständige Verschlechterung der internationalen Situation" in den letzten Monaten veranlaßte Chamberlain jedoch nicht, die britische Politik umzustellen, ja er warnte vor solchen "gefährlichen Illusionen". Während Chamberlain ausnahmslos die "deutsche Presse" zitierte und sie mit »Berlin« gleichsetzte, hat er den Abgeordneten

vorenthalten, daß Hitler die "sofortige bedingungslose Rückkehr Danzigs zum Reich" bis zu diesem Datum nicht gefordert und insgesamt "große Ruhe und Zurückhaltung" gezeigt hatte. Während Lord Halifax am 24. 8. 1939 vor dem Oberhaus noch einen entscheidenden Unterschied zwischen der »aggressiven polnischen Presse" und der "Haltung der polnischen Regierung" machte, erkannte Chamberlain einen solchen Unterschied zwischen der deutschen Regierung und der deutschen Presse nicht mehr an, obwohl Polen gleichermaßen autoritär regiert und die polnische Presse - wenn auch mit anderer Grundhaltung als in Deutschland - scharf zensiert wurde. In der gleichen Richtung lag, daß Chamberlain die Abgeordneten des Unterhauses wohl über die militärischen Vorbereitungen in Deutschland, nicht hingegen über die in Polen informierte. Es war unwahrhaftig zu behaupten, die polnischen Führer seien nicht provozierend und immer wie "auch jetzt" noch bereit gewesen, "Differenzen mit der deutschen Reichsregierung zu diskutieren". Gewiß! Polen war bis Januar 1939 zu solchen Aussprachen bereit gewesen - bis sich London einschaltete, weil die britische Regierung "befürchtete", Polen und Deutschland könnten zusammengehen.[4] Ihre den Polen aufgedrängte vorbehaltlose, ursprünglich gar nicht erbetene Garantie hatte das offensichtliche Ergebnis, daß Polen fortan n i c h t mehr bereit war, "Differenzen mit der deutschen Reichsregierung zu diskutieren"! Dieser Zusammenhang war so offensichtlich, und Chamberlain hatte fünf Monate Zeit, ihn gründlich zu studieren, daß er dessen am 25. August gegenwärtig sein mußte. Daß Polen Ende März 1939 jedes Gespräch mit der Reichsregierung unter Kriegsdrohung abgelehnt hatte, mußte Chamberlain genauso bekannt gewesen sein wie die Tatsache, daß die deutschen Presseberichte vom September 1938 über die Mißhandlungen der Sudetendeutschen durch die Tschechen sachlich richtig gewesen waren; dies hatte Sonderbotschafter Runciman längst bestätigt.[5]
Unwahrheiten jedoch mußten zur weiteren Verschärfung der internationalen Lage führen. Dies um so mehr, als Chamberlain in seiner Rede nicht einmal in Erwägung gezogen hatte, wie man mit Hilfe eines politischen oder diplomatischen Bemühens "die Dinge wieder in Ordnung bringen" könnte.
Vielmehr behauptete er,
"daß die Zeit gekommen ist, da sie (die Regierung) das Parlament um Zustimmung für weitere Verteidigungsmaßnahmen ersuchen muß." [6]
Und wie verhielt sich an diesem denkwürdigen 25. August 1939 sein Außenminister? Lord Halifax gab dem polnischen Botschafter seine definitive Kriegsentschlossenheit in einer Weise zu verstehen, daß Raczynski damals "noch entsetzt war über einen solchen Versuch". Halifax
"zweifelte keinen Augenblick daran, daß irgendein Versuch, die Dinge in Ordnung zu bringen, seit Abschluß der deutsch-sowjetischen Vereinbarung außerhalb der Debatte stehe (had been out of the question)." [7]
Sein Premierminister hatte soeben noch zugestanden - ohne allerdings diese Möglichkeit aufzugreifen -, daß man in Berlin die deutsch-sowjetische Übereinkunft als einen den Krieg ausschließenden Pakt begrüßt und an England den Wunsch herangetragen habe, das Seinige für die Verhinderung des Krieges zu tun. Halifax dagegen glaubte nach dem Motto:
"Meine Vernunft zeigt mir keinen Ausweg außer Krieg",[8]
"daß die Polen nicht die Absicht haben, die absolut notwendigen Kontakte mit Deutschland aufzunehmen", um, "wenn nicht über Danzig, so doch zumindest über die Minderheiten oder einen anderen Punkt" zu diskutieren. Im gleichen Schreiben präzisierte der US-Botschafter,
"daß England definitiv in den Krieg gehen wird, wenn Polen zu kämpfen beginnt (if Poland starts to fight)." [9]

- also nicht dann, wenn Polen angegriffen wird!
Bedenkt man, daß die britische Regierung Hitler faktisch gezwungen hat, eine Absprache mit Stalin zu suchen, so verdeutlicht die Reaktion Halifax‘ nach dem 23. 8. den Kriegswillen Londons sehr drastisch. In aller Offenheit gab man den "befreundeten" Diplomaten zu verstehen, daß fortan alles auf die "Unausweichlichkeit eines Krieges mit Deutschland" abgestellt sei. Diese Einstellung war ganz dazu angetan, die Polen, "deren Mut und Kampfgeist die westlichen Mächte unterschätzten",[10] zu neuen Provokationen zu ermuntern. Nichtoffizielle, aber sehr einflußreiche Kreise Englands standen Lord Halifax zur Seite.
Der Londoner Botschafter Polens, Raczynski, berichtete hierüber:
"Churchill telephonierte täglich, und gleichermaßen tat es Lord Lloyd an diesem Abend (30. 8. 1939). Mister Harcourt Johnstone, der die Liberale Partei repräsentierte, kam, um mich zu sehen. Alle Leute drückten ihre Sorge darüber aus, daß die Polen schwach werden und der Gewalt nachgeben könnten. Ich drängte sie meinerseits (in return), ihre seltsamen und manchmal nicht richtig einzuschätzenden Landsleute auf die richtige Linie zu bringen." (Raczynski’s 'richtige Linie' war Ablehnung aller Kompromisse - s. ebenda S. 23). [11]
"Neben Dalton und Harcourt Johnstone erhielt ich tägliche Telephon-anrufe von Churchill, Bracken, Sandys und anderen, in denen die gleichen Befürchtungen wiederkehrten: Würde der Premierminister sein Wort uns gegenüber halten und würden wir unsererseits als der Eckstein der britischen ‚Friedensfront‘ auf dem Kontinent festbleiben? Diese Haltung (Verachtung der Friedenspolitik) wurde durch teils signierte teils anonyme Briefe ergänzt, die Tag für Tag hereinströmten. In den früheren Stadien der Krise gaben sie uns den Rat, Danzig flachzubomben oder den Nazi-Parteitag in Tannenberg auszunutzen (der dann nicht stattfand), um Hitler und seine Freunde mit einer wohlgezielten Bombe zu vernichten." [12]
Und die Rückwirkungen?
"In dieser beunruhigenden Zeit rief ich fast täglich Lord Halifax an, dessen Vertrauen ich errungen hatte und der von Zeit zu Zeit deutlich zeigte, daß er meine eigene Meinung über die Situation teilte (Ablehnung jeder Befriedung), obgleich er sich verpflichtet fühlte, mir sehr unterschiedliche Argumente des inneren Kabinettes mitzuteilen. Er schrieb gewöhnlich meine Kommentare nieder, offensichtlich, um sie als Munition vor diesem Forum zu benutzen." [12]
Das letzte diesbezügliche Telephongespräch führte Winston Churchill bezeichnenderweise am 3. 9. 1939 um 23 Uhr und erklärte: *"Von heute an bin ich Erster Lord der Admiralität. Sollten Sie mich benötigen, so stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung".*
Mit Rückendeckung dieser Kräfte startete Lord Halifax in den letzten Friedenstagen ein weiteres Unternehmen, das Historiker als »Betrug« zu definieren pflegen.[13]
Obwohl die britische Regierung seit einem Jahr von ihren eigenen Diplomaten laufend vor der polnischen Starrköpfigkeit gewarnt worden war,[14] hat sie nie ihre vorbehaltlose Garantie für den Fall in Frage gestellt, daß Polen Verhandlungen verweigerte. Nur ein einziges Mal brachte sie diese Drohung ins Gespräch: Bei dem Besuch des polnischen Außenministers in London am 4. - 6. 4. 1939, als Beck sich nicht bereit fand, einen Beistandspakt mit Rumänien abzuschließen, der sowohl bei einem deutschen Angriff gegen Polen als auch bei einem ungarischen gegen Rumänien wirksam werden sollte.[15] Mit anderen Worten:
"als die Briten enttäuscht waren, als sie fühlten, daß er (Beck) nicht bereit war, jener Zusammenarbeit zuzustimmen, die sie als notwendig erachteten." [16]
Die britische Regierung benutzte also ihre Garantie geradezu als Druckmittel zur Ausweitung des Krisenherdes.

Dabei waren am 25. August 1939 bereits Monate einer sich ständig aufstauenden Spannung infolge des Verhaltens der Polen vergangen, und Präsident Roosevelt hatte sich bereits in einer offiziellen Note an Warschau mit den Worten gewandt:
"Der Präsident drückt seine Überzeugung aus, daß es sowohl im Interesse der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten als auch anderer Teile der Welt im höchsten Grad wichtig ist, daß die Geschichte nicht bezeugen könne (history should not record), daß im Fall irgendeiner militärischen Krise, die sich aus der Danzig-Affäre ergibt, der erste Akt militärischer Aggression von Polen durchgeführt worden sei." [17]
Am 23. 8. hatte Lord Halifax vom polnischen Botschafter in London, Raczynski, erfahren, daß Polen solange nicht zu verhandeln gedenke, bzw. "er skeptisch sei hinsichtlich des Wertes solcher Verhandlungen", "solange wir noch in eine Technik des Nervenkrieges verwickelt sind", die durchaus noch für einige Zeit andauern werde.[18] Einen Tag später erfuhr er aus Warschau, daß die polnische Regierung ernste militärische Maßnahmen ergriffen habe, die auf die Mobilisierung von 2/3 der polnischen Armee hinausliefen.[18] Trotz dieser alarmierenden Nachricht erweiterte die britische Regierung am 25. August aus eigener Initiative die Garantie an Polen auf Fälle "indirekter Bedrohung der Unabhängigkeit" und "gefährdeter Neutralität" der Länder Belgien, Holland, Litauen, Estland, Lettland - freilich nur durch Deutschland. Wenige Tage vorher hatte sie sich noch angeschickt, Polen bzw. Ostpolen und somit auch die baltischen Staaten an die UdSSR zu verkaufen; es war also gar kein echtes Anliegen Englands, Unabhängigkeit oder Neutralität dieser Staaten zu sichern. Somit mußte auch dieser Passus in der erweiterten Polen-Garantie einem anderen als dem vorgegebenen Ziel dienen. Der Vertrag enthielt außerdem die Verpflichtung, keinen separaten Waffenstillstand oder Frieden zu schließen - eine Klausel, die bislang nur in Verträgen zwischen Kriegführenden üblich war.
Neu war an diesem Abkommen vom 25. August, daß Chamberlain und Halifax auch für den Fall einer "indirekten Bedrohung" die vorbehaltlose Unterstützung Großbritanniens zusagten, wobei in dem veröffentlichten Text nicht erläutert wurde, was dies zu bedeuten hatte. Polen jedoch wurde in dem zusätzlichen Geheimabkommen bescheinigt, daß hiermit die "Freie Stadt" Danzig angesprochen war.
"Hitler konnte das nicht wissen und nahm an, daß sich England nicht gegen die Rückgabe Danzigs an Deutschland stemmen würde. Beck wußte davon und konnte es ablehnen, die Zukunft Danzigs mit Deutschland zu erörtern, da er sicher sein konnte, daß ein deutscher Schritt zur Eroberung der Freien Stadt die Briten zum Eingreifen auf polnischer Seite veranlassen würde. Beck wußte auch, daß das Geheimprotokoll exakt und bestimmt war: 'Der von Artikel zwei zur Anschauung gebrachte Fall ist der der Freien Stadt Danzig'. Selbst eine indirekte Bedrohung Danzigs würde den Vertrag in Kraft treten lassen." [19]
Obwohl Großbritannien zumindest im Verlauf der monatelangen Gespräche mit Moskau erkannt haben mußte, daß Polen die UdSSR fürchtete, während es Deutschland überlegen zu sein glaubte, obwohl ferner bekannt war, daß Hitler im Gegensatz zu Stalin kein polnisches Land zu annektieren gedachte, sondern sich sogar bereit erklärt hatte, die Grenzen und die Unabhängigkeit Polens zu garantieren, blieb auch die erweiterte Garantie lediglich gegen Deutschland gerichtet. Demnach war London nachweislich nicht um die Unabhängigkeit und den Besitzstand Polens besorgt! Winston Churchill sollte später eingestehen:
"Niemals haben wir eine bestimmte Grenze Polens garantiert." [20]
"Wir sind nicht wegen irgendeiner bestimmten Grenzlinie in den Krieg gezogen." [21]
Die Erklärung des Lord Halifax (23. 8. 1939), mit der er "jeden Versuch, die Dinge in

Ordnung zu bringen", als "außerhalb jeder Diskussion stehend" bezeichnete,[22] bekundete eindeutig Kriegswillen für britische Interessen, nicht Hilfswillen für Polen. Zu diesem englischen Kriegswillen haben die Einflüsterungen deutscher Widerständler entscheidend beigetragen. Durch die bereits im Jahre 1934/35 aufgenommenen Geheimkontakte zwischen Angehörigen deutscher Behörden (Goerdeler, Erich und Theo Kordt, Staatssekretär von Weizsäcker u. a.), die ihrerseits bereits Verschwörungspläne mit Offizieren der Wehrmacht und Männern der deutschen Wirtschaft und Verwaltung abgesprochen hatten, und britischen Politikern (Churchill, Vansittart, Halifax) wurde die britische Führung in dem Glauben bestärkt, eine "feste Sprache", ein Kriegsentschluß und auf jeden Fall der Krieg selbst bringe das "Hitler-Regime" durch eine innerdeutsche Revolution zum Einsturz.[23] Das ist mit ein Grund dafür, daß der von vielen Kreisen Englands und der USA attackierte und seinem Sturz als Premierminister entgegensehende Chamberlain im Glauben an die sich nunmehr auftuende Möglichkeit eines leichten Sieges über Deutschland auf die Kriegslinie einschwenkte.
Nur unter diesen Aspekten konnten auch die Polen in den Irrglauben verfallen, daß sie wenige Tage nach Kriegsausbruch in Berlin einmarschieren würden und daß die sowjetische Macht infolge des zu erwartenden schnellen deutschen Zusammenbruchs keine Zeit habe, die ostpolnische Grenze zu überschreiten. Diese Illusionen aber beweisen wiederum, daß man sich in London, Washington und Warschau bewußt war, wie sehr die Entscheidung "Krieg oder Frieden" in der eigenen Hand lag.

Quellennachweise :

[1] Foreign Relations of the United Stases 1939 Vol. 1, S. 355 - 356.
[2] ebenda S. 392. Kennedy an Hull am 30. 8. 1939.
[3] W. Jedrzejewicz "Poland in the British Parliament 1939 - 1945" Vol. 1, S. 152, 153, 155.
[4] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 207. und J. Colvin "Vansittart in Office" S. 301.
[5] Dokumente und Materialien zum Vorabend des Zweiten Weltkrieges russ. Bd. 1 1937 - 1938 S. 226 ff.
[6] W. Jedrzejewicz "Poland in the British Parliament 1939 - 1945" Vol. 1 S. 155.
[7] E. Raczynski "In Allied London" S. 24.
[8] Foreign Relations of the United States 1939 Vol. 1, S. 342.
[9] ebenda S. 340. Kennedy an Hull am 23. 8. 1939.
[10] E. Raczynski "In Allied London" S. 22.
[11] ebenda S. 20.
[12] ebenda S. 24, 23.
[13] A. J. P. Taylor "The Origins of the Setond World War" S. 272 und D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 719.
[14] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 110 Kennard an Halifax am 16. 2. 1939.
[15] Foreign Relations of the United States 1939 Vol. 1, S. 117 Bul!iu an Hull am 6. 4. 1939.
[16] ebenda S. 112 Kennedy an Hull am 5. 4. 1939.
[17] ebenda Vol. 1, S. 211 Biddle an Beck am 10. 8. 1939.
[18] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 206 und Doc. 227.
[19] M. Gilbert und R. Gott "Der gescheiterte Frieden" S. 216. -- vergl. den Vertragsentwurf v. 10. August 1939 in Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI Doc. 613, vor allem Art. 3, der eine "Bedrohung der Unabhängigkeit Polens" auch im Falle einer "wirtschaftlichen Durchdringung" vorsieht.
[20] E. J. Rozek "Allied Wartime Diplomacy" S. 109 Churchill am 22. 2. 1944.
[21] Geheimer Schriftwechsel zwischen Churchill, Roosevelt und Stalin während des Krieges 1941 - 1945 russ. Bd. 1, S. 193 Churchill an Stalin am 1. 2. 1944.
[22] E. Raczynski "In AIlied London" S. 24.
[23] I. Colvin "Vansittart in Office" S. 125 - 126, 135, 210, 234 - 237, 281, 315, 331 ff.

Die Vereinigten Staaten von Amerika



"Roosevelt und das ‚New Deal' leisteten gute Reparaturarbeit, aber sie haben unser Problem nicht gelöst, so wenig wie die Privatwirtschaft. Wir schämen uns, es zuzugeben, aber die gemeine Tatsache bleibt bestehen: unser Problem wurde vorübergehend gelöst nur durch die zeitgerechte Hilfe des größten aller Übel: Krieg. Erinnert sich unser lückenhaftes Gedächtnis, daß die Depression beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht vorüber war? Bei diesem Zeitpunkt hatte unsere Produktion nur den Stand von 1929 erreicht, wir hatten noch acht Millionen Arbeitslose, unser Nationaleinkommen war nach den Preisen von 1939 noch 10 Milliarden Dollar weniger als in dem Jahr, in dem der Börsenkrach eintrat und die Depression begann." [1]
Dies ist die Summe der Erfahrungen des Roosevelt-Verehrers und Publizisten William Shirer über die 1933 von Roosevelt proklamierte Politik des "New Deal", jener wirtschaftspolitischen Lenkungsmaßnahmen der US-Regierung, die die Weltwirtschaftskrise in den USA überwinden sollten. Präsident F. D. Roosevelt verstand es jedoch, die auf ihn zukommende innenpolitische Krise abzuwenden, und zwar mit Mitteln, die der us-amerikanischen Demokratie nicht zur Ehre gereichen. Die Einzelheiten seiner Kriegspolitik sind kein Geheimnis mehr; sie können in jedem wohlfundierten historischen Werk nachgelesen werden. Hier mag nur ein kurz gedrängter Abriß die Grundlinien seiner Außenpolitik in den entscheidungsvollen Jahren bis zum Kriegsbeginn aufzeigen.
Es fing so harmlos an:
"Seit 1933 war Hitler in der amerikanischen Presse beißend kritisiert worden."
"Depeschen amerikanischer Vertreter in Berlin bekräftigten die düsteren Ahnungen der pessimistischen amerikanischen Zeitungen."
"Von 1933 bis 1939 wuchs allmählich in weiten Schichten Amerikas die Bereitschaft für einen Krieg an irgendeiner Grenze in der Fremde. ...
Als Hitler Deutschland wiederbewaffnete. ..., sagten sich auf der westlichen Halbkugel immer mehr Menschen, daß sein Streben nach Macht sie ebenso bedrohe wie seine europäischen Nachbarn." [2]
Wie die "Depeschen amerikanischer Vertreter in Berlin" zu jener frühen Stunde

bereits aussahen, dafür nur als Beispiel der Bericht des stellvertretenden Handelsattachés Douglas Miller über die Situation in Deutschland vom 21. 4. 1934: *"Das fundamentale Ziel der Nationalsozialisten ist es, einen größeren Anteil an den zukünftigen Gütern der Welt für die Deutschen, die Ausdehnung des deutschen Gebietes und das Wachstum des deutschen Volkes zu sichern, bis es die größte und mächtigste Nation der Welt ist und bis es schließlich, gemäß den Äußerungen einiger NS-Führer, den ganzen Erdball beherrscht."* [3]
Um der historischen Wahrheit willen sei vermerkt, daß es solche Äußerungen "einiger NS-Führer" nie gegeben hat.
Die Presse, vor allem aber auch die Finanzkreise, stießen sich von vornherein an den wirtschaftlichen Erfolgen Hitlers, zumal sie selbst - wie gesagt - ihre eigene Wirtschaftskrise nicht zu überwinden vermochten. Hitlers Erfolge berührten die Interessen der Vereinigten Staaten insofern, als 40 0/o der deutschen Auslandsschulden, rund 1,8 Mrd. Dollar, auf amerikanischen Krediten beruhte, die in der Zeit der Weimarer Republik aufgenommen worden waren, deren Rückzahlung jedoch nunmehr nach Richtlinien erfolgen sollte, die das wirtschaftliche Wiederaufleben Deutschlands nicht vereitelten. Hitler war gewillt, wirtschaftlichen und finanziellen Druck des Auslandes auszuschalten, aber bei voller Bereitschaft, alle deutschen Anleihe- und Handelsschulden zu bezahlen. Den Fortschritt im Vergleich mit der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Weimarer Republik veranschaulicht ein Bericht des "Commercial and Financial Chronicle" über den Dawes-Plan 1924:
"Das vorgeschlagene Verfahren hat in der Geschichte nicht seinesgleichen. Deutschland wird ebenso übernommen und verwaltet wie eine Gesellschaft, die ihre Zahlungsverpflichtungen nicht mehr erfüllen kann, vom Gericht übernommen und dem Konkursverwalter übergeben. In Wahrheit sind die inneren Angelegenheiten ausländischer Kontrolle unterstellt worden, wie es weder in unserer Zeit noch in der Vergangenheit jemals geschehen ist.
Noch nie bisher ist vorgeschlagen worden, vom Vermögen einer Nation so völlig Besitz zu ergreifen." [4]
Bislang waren die Versailler Reparationsfrage und die parallelgeschaltete US-Anleihepolitik (vergl. Dawes- und Youngplan 1924 und 1929) einseitig auf die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Sieger ausgerichtet gewesen. F. D. Roosevelt glaubte noch im Juni 1933, die Lebensfragen Deutschlands und anderer europäischer Staaten zugunsten seiner Wirtschaftsinteressen weiterhin und ebenso radikal wie bisher mißachten zu können. Er "torpedierte" die in London am 12. 6. 1933 zusammengetretene Weltwirtschaftskonferenz mit seiner Weigerung, erneut den Goldstandard im internationalen Valutaverkehr anzustreben, und lehnte es ab, über die internationalen Währungsprobleme zu sprechen, die sich aus der Weltwirtschaftskrise, der Reparationspolitik und der neuen politischen Lage in Deutschland ergaben. Die anstehenden Fragen der Kreditpolitik, des Preisniveaus, der Begrenzung des Zahlungsmittelumlaufs, des Zahlungsausgleichs, der Tarife, Quoten, Subventionen und der Wiederaufnahme des internationalen Kreditverkehrs blieben offen. Die Schuld an den durch Roosevelts Verhalten ausgelösten Mißständen schob er, je deutlicher sie zutage traten, desto anmaßender und provozierender den »Aggressoren« in die Schuhe. Um sie wirtschaftlich zu lähmen, traf er mit den »friedliebenden Demokratien« alsbald zweiseitige Absprachen und setzte am 31. 1. 1934 eigenmächtig eine neue Parität zwischen Dollar und Gold fest, die nur 59,66 % der bisherigen Parität betrug. Mit dieser radikalen Abwertung der US-Währung wurde der Außenhandel der anderen Länder, insbesondere aber der Deutschlands erheblich beeinträchtigt. Insgesamt hatte der Boykott Roosevelts auf der Weltwirtschaftskonferenz folgendes Ergebnis:

a) Die Erschwerung des deutschen Exports löste unvermeidlich
Autarkie-bestrebungen aus;
b) die Einigungsbemühungen der europäischen Staaten (Absprachen über einen Vierer-Pakt zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland im Juli 1933; Abrüstungskonferenzen usw.) wurden weitgehend erschwert bzw. zunichte gemacht;
c) die »freie Presse« der USA wurde zur Verschärfung ihrer feindlichen Polemik ermuntert;
d) die ökonomische Gesundung Deutschlands, Italiens und Japans angesichts der gleichbleibend depressiven Wirtschaftslage in den USA war nicht dazu angetan, Roosevelts Einstellung gegenüber diesen drei Ländern zu ändern. Er suchte immer neue Vorwände, um die wirtschaftlich beunruhigte Bevölkerung seines Landes durch Alarmierung gegen angebliche außenpolitische Gefahren abzulenken.
Daß die publizistische Vorarbeit in den Vereinigten Staaten in der von Roosevelt angezeigten Richtung nicht zufällig war, bescheinigen ausländische Politiker und Diplomaten bereits für die Zeit v o r 1937. Am 11. 4. 1935 notierte Graf Szembek, der damalige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Warschau, ein Gespräch mit dem US-Botschafter Bullitt in sein Tagebuch:
"Ich sagte zu ihm: ‚Wir sind Zeugen einer Angriffspolitik der Welt gegen Hitler mehr noch als einer aggressiven Politik Hitlers gegen die Welt‘." [5]
Bereits am 4. 4. 1935 stellte Graf Szembek fest,
"daß die Gerüchte von einem bevorstehenden Krieg immer aus den gleichen Quellen kommen, nämlich von Juden und Freimaurern; sie werden durch die Zweite und Dritte Internationale verbreitet." [5]
Am 6. 1. 1939 schrieb derselbe Graf Szembek eine Äußerung des Botschafters der USA in Warschau, Biddle, in sein Tagebuch, die sich augenscheinlich auch auf die Jahre vor 1939 bezieht:
"Die Juden und die deutschen Intellektuellen, die dort emigriert sind, inspirieren die amerikanische öffentliche Meinung in einem ungünstigen Sinne gegen das hitlerische Deutschland." [6]
Unabhängig von diesen womöglich berechtigten Beschuldigungen einzelner Emigranten kann man die Regierung der USA nicht davon freisprechen, den Lügen in ihrer Presse Vorschub geleistet zu haben. Roosevelt selbst feuerte die Presse zur Erregung des amerikanischen Volkes an.
Seit der Quarantäne-Rede am 5. 10. 1937 in Chikago, in der Roosevelt die "Aggressoren" - freilich nur die Deutschen, Italiener und Japaner - unter Quarantäne zu stellen und "die Herrschaft des Terrors und der internationalen Rechtlosigkeit" unter deutlichem Hinweis auf die genannten Länder zu bekämpfen empfahl, ist die Kriegspolitik des US-Präsidenten in zunehmendem Maße nachweisbar.
"In Wirklichkeit war die Rede hochtönende Prahlerei. Roosevelt war weit mehr über Parteischlappen daheim als über japanische Bewegungen in der Mandschurei beunruhigt. Wirtschaftliche Rückschläge waren für die Politiker des New Deal bei den erwerbslosen Arbeitern keine Empfehlung. Das Tagebuch Morgenthaus enthält unstreitige Beweise dafür, weIche schweren Sorgen sich die Regierung über den breiten Einbruch in die nationale Wirtschaftsstruktur machte. ...
In der Quarantäne-Rede schwangen makabre Obertöne mit, dazu bestimmt, das amerikanische Volk in Furcht zu versetzen. In weiten Teilen der Welt herrsche ein 'Terror-Regime', und 'die Landmarken und Traditionen, die den Fortschritt der Zivilisation zu einem Leben unter Gesetz, Ordnung und Gerechtigkeit bezeichnen', würden 'hinweggefegt'. 'Unschuldige Völker und Nationen' würden 'der Gier nach Macht und Vorherrschaft grausam geopfert, die bar sind jedes Sinnes für Gerechtigkeit und menschenfreundliche Auffassung'. Wenn in anderen Weltgegenden

solche traurigen Verhältnisse herrschten, wäre es eitle Hoffnung, wollte irgend jemand sich einbilden, daß Amerika dem entrinnen werde, daß es Gnade erwarten dürfe, daß diese westliche Hemisphäre nicht angegriffen werden würde und daß sie in Ruhe und Frieden Sittlichkeit und Künste der Zivilisation weiter werde entwickeln können." [7]
Hier haben wir bereits jene aufputschenden Phrasen, die den Weg zum Kriege zu ebnen pflegen. Die us-amerikanische Presse reagierte auf diese Aufforderung zu einem "gemeinsamen Vorgehen" zwar unterschiedlich, war sich jedoch in der Erkenntnis einig, daß Präsident F. D. Roosevelt seine erste nachhaltige Kreuzzugsrede gehalten habe. Maßgebliche Kenner und Mitarbeiter Roosevelts bezeichnen diese Quarantäne-Rede als einen "Meilenstein in der Außenpolitik der Vereinigten Staaten".[8] Dieser "erste Trommelwirbel im demokratischen Orchester"[9] wurde zu einem Zeitpunkt inszeniert, als deutscherseits keine territorialen Revisionen gefordert worden waren, auch kein europäisches Land sich von Deutschland bedroht fühlte - hingegen Roosevelt und seine Berater über den wirtschaftlichen Rückgang und die Arbeitslosigkeit im eigenen Land beunruhigt waren und erkannt hatten, daß sie "am Ende der Improvisationen angelangt" waren.[10]
Im Januar 1938 ließ Roosevelt durchblicken, daß er zur Behebung der Wirtschaftskrise die staatliche Ausgabenpolitik auf den Bau von Schlachtschiffen konzentrieren wolle.[11]
In einer Sonderbotschaft vor dem Kongreß am 28. 1. 1938 empfahl Roosevelt angesichts der "in einem noch nicht dagewesenen, bestürzenden Tempo" sich steigernden Rüstung anderer Nationen eine Verstärkung der Landesverteidigung.
"Der Präsident sagte, 'ausreichende Verteidigung' heiße, daß wir nicht nur zum Schutze unserer Küsten, sondern auch zum Schutze unserer von den Küsten weitab liegenden Gemeinwesen jeden potentiellen Feind viele Hunderte von Meilen vor den Grenzen unseres Kontinents aufhalten müßten. Wir könnten, erklärte er, nicht annehmen, daß unsere Verteidigung sich auf einen Ozean und eine Küste beschränken, und daß die anderen sicherlich ungefährdet sein würden." [12]
Anfang Februar 1938 schrieb Roosevelt in einem privaten Brief an Lord Elibank, einen einflußreichen Politiker in England, er wirke mit Leib und Seele darauf hin,
"die amerikanische Öffentlichkeit dazu zu erziehen, sich einem Kreuzzug gegen Hitler anzuschließen." [13]
Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich am 11. 3. 1938, der von Staatssekretär Hull ohne "Besorgnis" und ohne "irgendwie kritische oder gar ablehnende Haltung" zur Kenntnis genommen wurde, galt wenige Tage später - "wahrscheinlich auf persönlichen Eingriff des Präsidenten" nach Ansicht des deutschen Botschafters in den USA, Dieckhoff - als "Vertragsbruch, Militarismus und Vergewaltigung".[14] Die grundlose tschechische Mobilmachung vom 20. 5. 1938 - und damit die Sudetenkrise - verschärfte Roosevelt Ende Juni 1938 mit seiner öffentlichen Ankündigung, die US-Flotte verstärkt aus dem Pazifik abzuziehen, um sie im Atlantik zu konzentrieren.
"Das war deutlich genug und wurde auch in London als weiterer Aufruf verstanden, sich auf den Krieg vorzubereiten." [15]
Im August 1938 hielt Roosevelt eine Rede in Kanada, in der er wiederum agitierte:
"Das Dominion Kanada ist ein Teil der Schwesternschaft des Britischen Empire. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß das Volk der Vereinigten Staaten nicht untätig zusehen wird, wenn die Herrschaft des kanadischen Bodens durch irgendein anderes Reich bedroht wird." [16]
Da er die Welt ohnehin schon in "friedliebende Demokratien" und "totale" oder auch "totalitäre Staaten" eingeteilt hatte, konnten sich die unterschwellig immer wieder

angedeuteten Gefahren einer Aggression gegen den amerikanischen Kontinent nur auf Deutschland oder Japan beziehen.
Anfang September 1938 wies Präsident Roosevelt seinen Londoner Botschafter Kennedy an, dem britischen Premierminister mitzuteilen, die Vereinigten Staaten würden jeden Kurs, den Chamberlain einzuschlagen wünsche, für richtig halten.[16] Kennedy versicherte dem englischen Außenminister, daß sich - falls Großbritannien in einen europäischen Krieg verwickelt würde -
"die Geschichte des letzten Krieges wiederholen, Amerika aber beträchtlich schneller intervenieren würde als im vorigen Krieg." [17]
"Das war ein weitreichender Blankoscheck, und Chamberlain hatte ihn während der Münchener Krise zweifellos im Gedächtnis. Ich habe jedoch im Archiv des State Department keinen Beweis dafür finden können, daß auf den Premierminister zugunsten eines Friedens um jeden Preis eingewirkt worden wäre." [17]
Die Gründe für Roosevelts Antipathie gegen Deutschland können kaum mit der "jüdischen Frage" erklärt werden, wußten die maßgebenden Kreise der USA doch, daß die Juden in Polen wesentlich schlechter als in Deutschland behandelt wurden. Die bis Kriegsbeginn an den Kongreß in Washington gerichteten Proteste gegen antijüdische Maßnahmen Polens übertrafen zahlenmäßig und inhaltlich die Beschwerden über anti-jüdische Maßnahmen der Reichsregierung erheblich.[18] Diese Gründe Roosevelts können aber ebensowenig auf ethischen oder ideologischen Motiven beruhen, suchte er sich doch schon frühzeitig mit Stalin zu verbinden, der weitaus diktatorischer als Hitler regierte, nicht vom Volk gewählt war und in der Tat "die Beseitigung aller Religionen und Demokratien" forderte, ein Ziel, das zu verfolgen Roosevelt völlig zu Unrecht den Nationalsozialismus beschuldigte.[19]
Die Vereinigten Staaten von Amerika ging die Münchener Konferenz genausowenig an wie beispielsweise Deutschland eine Konferenz pan-amerikanischer Staaten über die Abtretung einer Grenzzone Mexikos an die USA angegangen wäre. Ungeachtet dessen mischte sich der amerikanische Präsident in die Probleme eines fremden, weit entfernt liegenden Kontinents ein. Roosevelt, der bereits im September 1938 Hitler zu töten und seine Nase abzuschneiden wünschte,[20] und wenige Tage später - vielleicht um dies besser bewerkstelligen zu können? - Hitler anregte, einer internationalen Konferenz ohne Beteiligung der USA an einem neutralen Ort zuzustimmen,[20] hegten nach der Münchener Konferenz
"starke Befürchtungen gegenüber Chamberlains Befriedungspolitik und deren Folgerungen. Er erklärte ... düster, daß er vermute, England und Frankreich werden Trinidad und Martinique opfern, um Hitler zufriedenzustellen. Und wenn sie es tun, so würde er eine Flotte entsenden, um diese Inseln zu besetzen." [20]
Um dieser Kriegsagitation reales Gewicht zu geben, entsandte Roosevelt seinen Botschafter Bullitt mit diesbezüglichen Instruktionen und umfassenden Vollmachten nach Europa. Gleichzeitig ließ er seinen persönlichen Freund und Berater, Bernard M. Baruch, aus Europa nach Washington zurückkehren und die Presse durch ihn über eine "echte und unmittelbare deutsche Drohung gegenüber Südamerika" "informieren", ein Thema, das Churchill in London sogleich für seine Agitation aufgriff.[21] Bullitt hingegen erklärte dem polnischen Botschafter in Washington, Jerzy Potocki, am 19. November 1938:
"Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme." [22]
"Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete er (Bullitt): ‚Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich sich zuerst rührten!‘ Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er

sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt, daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917. ...
Sodann sprach Bullitt über die ukrainische Frage und über die deutschen Versuche in der Ukraine. Er bestätigte, daß Deutschland einen vollständig ukrainischen Stab habe, der in Zukunft die Regierung der Ukraine übernehmen und dort einen unabhängigen ukrainischen Staat unter deutschem Einfluß gründen solle. 'Eine solche Ukraine', sprach Bullitt weiter, 'würde natürlich für Sie sehr gefährlich sein, da diese unmittelbar auf die Ukrainer im östlichen Klein-Polen einwirken würde.'..." [22]
Sogar Potocki schien von diesen Ausführungen reichlich sonderbar berührt gewesen zu sein, denn er schloß seinen Bericht nach Warschau mit den Worten:
"Bullitt zeigte sich hinsichtlich der Situation in Osteuropa nicht allzu gut informiert und führte die Konversation in ziemlich oberflächlicher Weise." [22]
Eine ähnliche Ermunterung, sich mit Deutschland anzulegen, ist der Niederschrift des Völkerbundshochkommissars in Danzig, Carl J. Burckhardt, zu entnehmen. Burckhardt berichtete dem Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, am 2. 12. 1938 über ein Gespräch mit dem Botschafter der USA in Warschau, Biddle:
"Er - Biddle - erklärte mir mit merkwürdiger Genugtuung, die Polen seien bereit, wegen Danzig Krieg zu führen. Der motorisierten Kraft der deutschen Armee würden sie mit Wendigkeit begegnen. 'Im April', so erklärte er, 'wird die neue Krise ausbrechen; niemals seit der Torpedierung der Lusitania bestand in Amerika ein solch religiöser Haß gegen Deutschland wie heute! Chamberlain und Daladier werden durch die öffentliche Meinung weggeblasen werden. Es handelt sich um einen heiligen Krieg'." [23]
"Bereits am 1. Dezember gab der damalige stellvertretende US-Kriegsminister in einer Konferenz amerikanischer Militärs bekannt, daß 10.000 Fabriken ihre »endgültigen Kriegsprogramme für die Produktion« erhalten hätten; eine ähnliche Ankündigung wurde am gleichen Tag im britischen Unterhaus in bezug auf die englische Industrie mitgeteilt." [24]
Am 14. 11. 1938 rief Roosevelt seinen Botschafter in Berlin, Hugh Wilson, zur Berichterstattung und Beratung nach Washington. Wilson kehrte nicht mehr auf seinen Posten zurück, so daß Roosevelts Schritt faktisch dem Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Deutschland gleichkam.
Am 6. Dezember 1938 mißbilligte Roosevelt offen die soeben unterzeichnete deutsch-französische Friedens- und Freundschaftserklärung.[25] Er befand sich hiermit in guter Gesellschaft mit Stalin, zu dessen Politik es schon aus ideologischen Motiven gehörte, Frieden und Freundschaft anderer Nationen zu untergraben. Am 4. Januar 1939 - dreieinhalb Monate vor Hitlers Einmarsch in Prag! - ersuchte Roosevelt den Kongreß um Revision des Neutralitätsgesetzes, um Billigung von nahezu 1,3 Milliarden Dollar für die Rüstung[26] und erließ eine "herausfordernde und beleidigende Warnung an Deutschland".[27]
Seine Begründung:
"Überall um uns herum toben unerklärte Kriege - militärische und wirtschaftliche. Überall um uns herum erfolgen Drohungen neuer Aggressionen - militärische und wirtschaftliche. Es kommt die Zeit für die Menschen, da sie sich zur Verteidigung nicht allein ihrer Heime, sondern auch ihrer Lehren des Glaubens und der Humanität, auf denen ihre Kirchen, ihre Regierung und ihre Zivilisation begründet sind, vorbereiten müssen. Es betrifft ein und denselben Kampf, ob es sich um die Verteidigung der Religion, der Demokratie oder des guten Glaubens unter den Nationen handelt. Um uns zu retten, müssen wir uns nun bereiterklären (we must now make up our minds), alles zu retten. ...

Gottesfürchtige Demokratien können nicht immer Aggressionsakte ohne wirksamen Protest hinnehmen. Es gibt viele Methoden dicht am Rande des Krieges, doch nachhaltiger und wirksamer als bloße Worte würde sein, den Aggressor-Regierungen die aufgestauten Empfindungen unseres eigenen Volkes eindringlich vor Augen zu führen." [27]
Mit seiner Feststellung, "unsere amerikanische Grenze liegt am Rhein",[28] steckte er weitere Positionsfähnchen ab.
"Mag nun Roosevelt jenen Satz ausgesprochen haben oder nicht, so glaubte er doch aufs bestimmteste, daß Amerikas Grenze am Rhein läge, und danach hatte er gehandelt." [29]
Diese Aussage war lediglich eine Wiederholung der am 28. 1. 1938 vor dem Kongreß geäußerten Gedanken, und er sollte sie Anfang Februar 1939 erneut in folgender Formulierung verkünden:
"Im Kriegsfalle liegt die Grenze der Vereinigten Staaten in Frankreich." [30]
Der US-Sonderbotschafter Bullitt bestritt zwar dieses Wort Roosevelts, daß Amerikas Grenze am Rhein liege, erklärte hingegen,
"der Präsident habe bestimmt gesagt, er verkaufe Frankreich Flugzeuge, da die französische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei." [31]
In dem gleichen Bericht des polnischen Botschafters in Paris, Lukasiewicz, vom Februar 1939 kommt die Ansicht Roosevelts zum Ausdruck,
"daß die neuen Erfolge der Achse Rom-Berlin (Februar 1939!), die das Prestige wie die Autorität Frankreichs und Englands als Imperialmächte unterhöhlten, fast schon unmittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohe."
Es wird nicht nur von den "ungeheuer bedeutsamen Zwangsmitteln" gegenüber England gesprochen, die "England von einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückhalten" würden, sondern auch von gleichermaßen wirksamen, vorwiegend wirtschaftlichen Zwangsmitteln gegenüber Deutschland und Italien, "die ohne innenpolitischen Widerstand anwendbar seien«. Dieser mögliche und erwogene Druck
"könne in bedeutendem Maße dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes vorbeugen bzw. könne die Entwicklung der europäischen Situation in einer Richtung verhüten, die vom Standpunkt Washingtons aus gesehen, unerwünscht wäre."
Der erste Teil dieses Satzes dürfte wohl nur für die Akten geschrieben worden sein, denn "die Entwicklung der europäischen Situation" sollte nach dem Wunsch des US-Präsidenten ja in der Richtung verlaufen, daß es
"dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Deutschland und Rußland komme." [32]
Die Parole der US-Regierung lautete bereits, daß die amerikanische Grenze am Rhein,[32] die britische Grenze an der Weichsel [33] zu liegen habe. Daher verwundert es nicht, daß sich die polnische Regierung Mitte Januar 1939 "wahrscheinlich auch durch die Diplomatie der Vereinigten Staaten beeinflußt, endgültig zu einer Absage an die Reichsregierung entschlossen" hatte und nunmehr "ein Eingehen auf die Danzig- und Autostraßen-Vorschläge als gleichbedeutend mit dem Verlust der Unabhängigkeit Polens und der Annahme einer Vasallenrolle" darzustellen beliebte.[34]
So konnte auch später der US-Botschafter in London, Kennedy, rückblickend im Dezember 1945 erklären:
"Weder die Franzosen noch die Briten hätten aus der deutsch-polnischen Frage einen Kriegsgrund gemacht, wenn nicht Washington dauernd gebohrt hätte." [35]
Berichte des polnischen Botschafters in Washington, Potocki, vom 12. und 16. Januar 1939 geben den Inhalt von Gesprächen mit führenden us-amerikanischen Politikern und Diplomaten wieder.[36]

Fünf die Entwicklung kennzeichnende Merkmale werden in ihnen genannt:
a) Belebung der Außenpolitik durch F. D. Roosevelt;
b) scharfe und unzweideutige Verurteilung der "totalitären" Staaten, wo-runter allerdings nur Deutschland, Italien und Japan, nicht hingegen die Sowjetunion, Polen, Spanien, Portugal, China oder sonstige Staaten verstanden werden;
c) rasche und umfangreiche Kriegsvorbereitungen;
d) Druck auf Frankreich und England - auch unter Hinweis auf die Rüstungsstatistiken der Vereinigten Staaten -, jeder Kompromißpolitik mit den "totalitären" Staaten entgegenzutreten und Diskussionen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken sollten, abzulehnen.
e) Preisgabe der Isolationspolitik durch die Versicherung, daß die USA im Falle eines Krieges aktiv auf seiten Englands und Frankreichs eingreifen würden.
Potocki führte am 12. 1. 1939 im einzelnen aus:
"Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus. ... Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört fast zu 100 % das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften. ...
Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschechoslowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen. ...
Es ist sehr interessant, daß in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenginge.
Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden in Europa nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volk unzweideutig klargemacht, daß Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müßte, um die Losungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen. ...
Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. ...
Ferner ist es das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen ..., die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollen, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu den Vertretern des »wahren Amerikanismus« und als »Verteidiger der Demokratie« hinstellen möchten, sind im Grund doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen »idealsten« Posten eines Verteidigers der

Menschenrechte ein idealer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Das ganze Problem wird auf mysteriöse Art bearbeitet: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, dem die Juden mit vollem Bewußtsein zustreben. Innenpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem in Amerika immer zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen." [37]
Der ehemalige Völkerbundskommissar von Danzig, Carl J. Burckhardt - ein keineswegs deutsch-orientierter Beobachter und Sachkenner -, kommentierte dieses Dokument dahingehend:
"Dieser Text könnte von einem damaligen deutschen Diplomaten stammen, aber ein solcher wäre nicht so gut informiert gewesen." [38]
Daß Herr Burckhardt triftige Gründe hatte, im Jahre 1960 einen solchen Kommentar zu veröffentlichen, ist mit Sicherheit anzunehmen. Erinnerte er sich z. B. doch noch gut an einen Ratschlag des Präsidenten des jüdischen Weltkongresses, Goldmann, aus der Vorkriegszeit:
"Ihre Beschwichtigungsmanöver in Danzig sind schädlich. Der öffentliche Protest gegen die Danziger Zustände ist notwendig, um des Ganzen willen, wegen der allgemeinen Lage des jüdischen Volkes." [39]
Diese Empfehlung zielte doch dahin, die langjährig von ähnlichen Interessengruppen geschürten Zwistigkeiten in Danzig zu verschärfen.
Im Februar 1939 erklärte Botschafter Bullitt seinem polnischen Kollegen in Paris, Lukasiewicz:
"Die Einstellung der maßgebenden Washingtoner Kreise sei jeglicher ideologischer Elemente bar und ergebe sich ausschließlich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen. ...
Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England vor einer Kompromißpolitik. ... zurückzuhalten." [40]
Alle diese Daten liegen v o r dem deutschen Einmarsch in Prag. Die Besetzung von Böhmen und Mähren konnte somit nicht Ursache dieser Haltung sein!
Nachdem Hitler Böhmen und Mähren und Mussolini Albanien besetzt hatten, sandte F. D. Roosevelt eine Drohnote an N. Chamberlain des Inhalts, daß US-Amerika "die Demokratien" nicht mehr unterstützen werde, falls sie sich an die Münchener Absprachen hielten (gemeint waren die Friedens- und Freundschaftserklärungen mit Deutschland).[41]
Am 19. März 1939 versicherten Lukasiewicz und Bullitt dem polnischen Außenminister, daß Präsident Roosevelt alles tun werde, um Deutschland militärisch entgegenzutreten.
"Bullitt ließ Polen wissen, ihm sei die Hoffnung der Deutschen auf die Erwerbung Danzigs bekannt, und er rechne mit der polnischen Bereitschaft, die Danzigfrage zu einem Kriegsanlaß zu machen. Er drängte Lukasiewicz, dem Westen die Forderung nach Waffenlieferung und anderem militärischen Beistand zu stellen." [42]
Der Sonderbotschafter des US-Präsidenten aktivierte weiterhin die diplomatischen Kriegsvorbereitungen in Paris und London. Am 26. 3. 1939 drängte er seinen Kollegen in London, Kennedy, dieser solle Chamberlain von dem Wunsch der USA unterrichten,
"daß Großbritannien Krieg gegen Deutschland führe, wenn sich der Streit um Danzig

zu einer Explosion zwischen Deutschland und Polen entwickele." [43]
Wie die USA, die der Kriegsentschlossenheit der britischen Führung zu diesem Zeitpunkt noch mißtrauten, ihren "Empfehlungen" an London Gewicht zu geben gedachten, ergibt sich aus den Geheimbesprechungen zwischen Bullitt und Lukasiewicz, die zur gleichen Zeit stattfanden. Bullitt versicherte seinem polnischen Kollegen in Paris, daß die Vereinigten Staaten durchaus in der Lage seien, auf dem Höhepunkt der nächsten Krise eine britische Mobilmachung durchzudrücken.[44]
Über die am 31. März 1939 beabsichtigte britische Garantie an Polen informiert, erklärte Präsident Roosevelt seinem Botschafter Kennedy in London, daß er "diese Erklärung für ausgezeichnet halte" und sie "eine sehr große Wirkung haben werde".
"Die USA, so meinte er (Botschafter Kennedy zu Halifax), glauben, daß ein Krieg unmittelbar bevorstehe, aber der Präsident (Roosevelt) dächte nicht, daß dies irgendwie von Schaden sein würde." [45]
Roosevelt steigerte die Alarmstimmung in seinem Lande durch zahlreiche Reden und machte ebenfalls hier "den Krieg zum Mittelpunkt der Überlegungen" (Reden in Warm Springs vom 8. und 9. April, in Washington am 14. April vor dem leitenden Ausschuß der Pan-amerikanischen Union). Die geheimen Alarmnachrichten aus Paris von Bullitt und dem französischen Außenminister Bonnet, denenzufolge "jeden Tag der Krieg ausbrechen könne",[46] waren nicht dazu angetan, beruhigend zu wirken. Erklärte Roosevelt noch am 14. 4., daß es "so etwas wie die Einkreisung . . . irgendeiner friedlichen Nation durch andere friedliche Nationen" nicht gebe, so verglich er doch die Deutschen und Italiener mit den Hunnen und Vandalen und machte u. a. auch dadurch deutlich, wie intensiv er sich selbst als Schmied dieses Einkreisungsringes betätigte. Später, auf der Jalta-Konferenz am 8. 2. 1945, sollte Stalin sein Glas zum Trinkspruch auf Roosevelt erheben und ihn, "obwohl sein Land nicht unmittelbar gefährdet gewesen sei", als den "hauptsächlichsten Schmied der Werkzeuge" bezeichnen, "die zur Mobilisierung der Welt gegen Hitler geführt hätten".[47]
Noch deutlicher wurden Roosevelts Absichten dadurch, daß er unmittelbar auf die Rede am 14. 4. 1939 einen Appell an Hitler und Mussolini richtete, in dem er vorschlug, Hitler und Mussolini sollten für 31 Länder, davon sogar zwei unter fremdem Mandat stehende Staaten des Vorderen Orients, Nichtangriffsversprechen für 10 Jahre abgeben. Die USA würden sich an hierdurch eingeleiteten Verhandlungen beteiligen. Keines der genannten Länder hatte sich bis dahin bei Roosevelt über eine Bedrohung durch Deutschland beschwert.
"Die Brandmarkung der Diktatoren als moderner Hunnen und Vandalen war bestimmt, ein bitteres Echo hervorzurufen. Um ihren Zorn aufs höchste zu erregen und sie in ihren Antworten zur heftigsten Sprache zu reizen, was die amerikanische Öffentlichkeit kriegerisch stimmen würde, hielt der Präsident am 15. April (1939) eine Pressekonferenz ab und bediente sich eines Schaustellertalentes, um auf seine Zuhörer mit der Art, wie er Hitler und Mussolini mit Worten geohrfeigt hatte, einen besonders starken Eindruck zu machen." [48]
Der Hinweis Bullitts am 11. 4. 1939, daß Frankreich ablehnen würde, sich an einem britischen Unternehmen gegen Deutschland zu beteiligen, falls die britische Flotte - gemäß einem früheren Versprechen an Australien - nach Singapore geschickt würde, bewog Roosevelt, am 15. 4. 1939 die US-Flotte in den Pazifik zu beordern.[49] Der britische Generalmajor und Militärhistoriker J. F. C. Fuller enthüllte einen weiteren Tatbestand aus dem Bereich der US-Geheimdiplomatie:
"Weigand, der älteste der amerikanischen Journalisten in Europa, erzählt, daß er am 25. April 1939 zum amerikanischen Botschafter in Paris, Bullitt, gerufen wurde, der ihm erklärte: 'Der Krieg in Europa ist eine beschlossene Sache ... Amerika wird in den

Krieg eintreten, nach Frankreich und Großbritannien'. Dies wird durch die White House Papers von Harry Hopkins bestätigt, wonach Winston Churchill um dieselbe Zeit zu Bernard Baruch gesagt hat: 'Der Krieg kommt nun sehr bald. Wir werden hineinsteigen und sie (die Vereinigten Staaten) werden es auch tun. Sie (Baruch) werden die Sache drüben machen, aber ich werde hier aufpassen'." [50]
Am 1. Mai 1939 wurde die "Cash and Carry"-Klausel des Neutralitätsgesetzes von 1937 (Sektion 2) außer Kraft gesetzt. Seitdem belieferten die Vereinigten Staaten von Amerika England und Frankreich völlig unbehindert mit allen kricgswichtigen Rohstoffen und Rüstungsgütern.[51] Ein weiterer demonstrativer Schritt war getan.
Am 23. 5. 1939 schlug der japanische Premierminister, Baron Hiranuma, in einer Geheimkonferenz mit dem Berater der US-Botschaft, Eugene H. Doomann, vor:
"Er wolle bei Deutschland und Italien sondieren, wenn Roosevelt bereit sei, sich England und Frankreich zu nähern, um eine Konferenz abzuhalten und zu versuchen, die europäischen Schwierigkeiten zu beheben. Hull (US-Staatssekretär bzw. Außenminister) fand dieses Entgegenkommen ‚erstaunlich' und brachte es Roosevelt persönlich zur Kenntnis. Eine Antwort aber wurde nahezu drei Monate hinausgezögert, in denen sich die Umstände geändert hatten, und eine große Gelegenheit, die vernachlässigt worden war, wurde versäumt - oder vermieden.
Die amerikanischen Kriegsvorbereitungen machten still und im Geheimen Fortschritte. Am 23. Juni 1939 wurde ein geheimes Tauschabkommen mit England abgeschlossen, ‚allerhand Geld' wurde ausgegeben, um verschiedenes Kriegsmaterial zu kaufen. Neunzehn neue Frachtschiffe wurden am 9. August vom Stapel gelassen, die Aufträge für hundert weitere vergeben, und am 10. August wurde ein Kriegsmaterialamt ins Leben gerufen." [52]
Unabhängig von den einzelnen Beschlüssen und Maßnahmen ging die Propaganda in Richtung auf den Krieg weiter:
"Was immer die Achsenmächte in Südamerika unterhielten, ihre Gesandtschaften, Firmen, Fluglinien, Handels- und Militärmissionen, Vereine, Zeitungen, Propagandabüros - jede nur auffindbare Einzelheit wurde als Vorzeichen einer drohenden ‚Aggression' bewertet, namentlich auch durch Hull, der die pan-amerikanische Konferenz in Lima mit solchen Hinweisen zu einer demonstrativen 'Solidaritätserklärung beider Amerikas' bewog." [53]
F. D. Roosevelt drängte im Sommer 1939 Chamberlain und Daladier, sie sollten Polen Versprechungen machen, unabhängig davon, ob sie erfüllbar seien oder nicht, was in den wiederholten Worten an Kennedy in London den klassischen Ausdruck fand, "er solle Chamberlain ein heißes Eisen auf die Kehrseite drücken".[54] Gleichzeitig tat Roosevelt alles, um den Kongreß zur Änderung der Neutralitätsgesetze zu bewegen.
Am 28. 5. 1939 hatte Roosevelt ein Gespräch mit dem tschechischen Ex-Präsidenten E. Benesch im Hyde-Park, nördlich von New York. Benesch legte in seinen Memoiren nieder, was Roosevelt ihm mitgeteilt hatte:
"Ich denke, die Vereinigten Staaten werden auch in jedem Fall in den Krieg einzutreten haben. Europa kann allein den Krieg gegen Hitler nicht gewinnen. Und sogar dann, wenn die Vereinigten Staaten nicht in den Kampf gegen den Nazismus eintreten, wird der Nazismus die Vereinigten Staaten angreifen. Es ist notwendig, nicht zu vergessen, daß Hitler und seine Mitläufer (companions) Wahnsinnige sind, die ihrer Sinne nicht mächtig und fähig zu allem sind." [55]
Am 6. 7. 1939 faßte der Unterstaatssekretär im polnischen Außenministerium, Graf Szembek, die Eindrücke des aus Washington zurückgekehrten polnischen Botschafters, Graf Jerzy Potocki, wie folgt zusammen:
"Er ist starr vor Entsetzen über das in Polen herrschende Klima. Beim Vergleich mit der Psychose, die im Westen um sich greift, hat man den Eindruck, daß unser Land

ein Erholungsheim ist.
Im Westen gibt es allerlei Elemente, die offen zum Kriege treiben; die Juden, die Großkapitalisten, die Rüstungsfabrikanten. Alle stehen heute vor einer glänzenden Konjunktur, denn sie haben einen Ort gefunden, den man in Brand stecken kann: Danzig; und eine Nation, die bereit ist zu kämpfen: Polen. Auf unserem Rücken wollen sie Geschäfte machen. Die Zerstörung unseres Landes würde sie gleichgültig lassen. Im Gegenteil: da später alles wieder aufgebaut werden müßte, würden sie auch daran verdienen." [56]
Der ehemalige US-Kriegsminister James Forrestal schrieb in seinem Tagebuch:
"Bullitt drängte Roosevelt im Sommer 1939 ständig, daß die Deutschen in der polnischen Angelegenheit gedemütigt werden müßten (must be faced down about Poland). Weder die Franzosen noch die Engländer würden Polen zum Kriegsgrund gemacht haben, wäre nicht die dauernde Stichelei von Washington gewesen." [57]
Am 4. 8. 1939 griff Roosevelt direkt in die Verhandlung der westlichen Militärs mit den Sowjets ein, in jene Verhandlungen, von denen jeder Politiker erkannt haben mußte, daß sie Krieg oder Frieden zum Ergebnis haben müßten. Roosevelt bedeutete dem nach Moskau abreisenden sowjetischen Botschafter in Washington, Umansky, daß die USA die europäische Situation in der gleichen Weise einschätzen wie Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion. Daher befürworten die USA den Abschluß eines Militärbündnisses dieser drei Staaten im Interesse aller. Ein Sieg der Achsenmächte in einem europäischen und fernöstlichen Krieg würde die Position der Vereinigten Staaten gleichermaßen wie die der Sowjetunion berühren. Diese Anregungen ließ Roosevelt anschließend in einer geheimen Note noch einmal nach Moskau senden.[58]
Präsident F. D. Roosevelt wies sogar Chamberlains mehr oder weniger platonische Bitten um Vermittlung und Schlichtung zurück:
"Am 23. 8. 1939 sah Sir Horace Wilson, der an Chamberlains Stelle handelte, den us-amerikanischen Botschafter Kennedy. Nach der Unterhaltung telephonierte Kennedy mit dem State Department: 'die Briten wünschen eines und nur eines von uns, nämlich, daß wir auf die Polen Druck ausüben sollten. Sie fühlten, daß sie, nachdem sie ihre Verpflichtungen eingegangen sind, nichts in dieser Hinsicht tun könnten, daß wir hingegen etwas tun könnten.' - Präsident Roosevelt wies diese Idee unbeherrscht zurück." [59]
Am 24. 8. meldete der deutsche Geschäftsträger aus Washington, daß die Presse der Vereinigten Staaten alles tue,
"um die Kriegssdmld Deutschlands eindeutig vorweg festzulegen und damit den Interventionsgedanken noch stärker ins Volk zu tragen." [60]
Am 26. 8. 1939 berichtete der britische Botschafter in Washington, Lindsay, über ein Gespräch mit Roosevelt, demzufolge der us-amerikanische Präsident "angesichts der Aussicht auf einen neuen Weltkrieg in Ekstase geraten sei".[61]
"Roosevelt versicherte Lindsay ebenfalls, er werde deutsche Schiffe unter falschen Vorwänden anhalten und sie auf Waffen hin untersuchen, so daß sie unter Umständen, die man zwischen Amerika und England genau festlegen könne, den Briten mühelos in die Hände fielen. Der britische Botschafter war persönlich betroffen, daß der Präsident eines so bedeutenden Landes heiter und erfreut über eine Tragödie sein konnte, die alle Menschheitshoffnungen zu vernichten schien. Er berichtete:
'Roosevelt sprach in einem Ton fast teuflischer Freude. Ich mag mich irren, aber die ganze Geschichte kam mir vor wie ein Schulbubenstreich'." [61] + [62]
Roosevelt zeigte weder gegenüber Deutschland noch gegenüber Japan Entgegenkommen oder Verständnis, obgleich beide Länder einen Konflikt mit den

USA vermeiden wollten. Er lehnte jeden Kompromiß im europäischen und asiatischen Raum ab, in Bereichen also, die ihn überhaupt nichts angingen! Um erwogene Friedensvorschläge anderer Staatsmänner zunichte zu machen, drängte er auf weitere Bündnisverträge, Militärpakte und Hilfsversprechen gegen Deutschland. Und das geschah bereits Jahre vor Kriegsausbruch in einer Weise, die sogar den britischen Regierungskreisen zu weit ging.[63]
Kaum ein Historiker bestreitet, daß Roosevelt durch seine öffentlichen Reden, seine Geheimdiplomatie, sein Drängen und seinen Einfluß auf die Wirtschaft anderer Länder insbesondere Großbritannien, Frankreich und Polen seit dem Jahre 1937/38 maßgeblich ferngesteuert und unter Druck gesetzt hat. Er zeichnet für den Ausbruch, die Ausweitung und Brutalisierung des Zweiten Weltkrieges in entscheidendem Maße mitverantwortlich.[64]
Für Roosevelts Maßnahmen seit Beginn des europäischen Krieges, die in zahllosen Werken chronologisch festgehalten sind, nur einige Beispiele:
Präsident Roosevelt lehnte alle deutschen Vermittlungsvorschläge ab:
a)
"Hitler beendete bekanntlich schon den Polenfeldzug des September 1939 mit einem Friedensangebot, das er in der Reichstagssitzung vom 6. Oktober 1939 verkündete. Ich erinnere mich dieser Stunde um so deutlicher, als mein damaliger Chef, Dr. Dietrich, sich vor dieser Reichstagssitzung die in Berlin tätigen Korrespondenten amerikanischer Zeitungen kommen ließ, sie mit den Hauptgesichtspunkten der Hitlerrede vertraut machte und ihnen geradezu beschwörend ans Herz legte:
'Dies ist die Stunde des Präsidenten Roosevelt'.
Natürlich war sich Dietrich damals nicht bewußt, wie sinnlos ein solcher Appell sein mußte, denn die Geheimdokumente des Roosevelt'schen Eingreifens in das Kriegsvorspiel waren noch nicht bekannt. Immerhin fiel die Dietrich-Aktion allgemein auf, weil sie zweifellos nicht ohne Hitlers Billigung erfolgte. Der Hinweis hat auch das Weiße Haus erreicht, er wurde sogar in der Pressekonferenz des Präsidenten erwähnt - vom Präsidenten aber mit einer leichten Geste abgewehrt." [65]
b)
Hermann Göring erklärte am 3. Oktober 1939 dem us-amerikanischen Unterhändler, W. R. Davis:
"Sie können Mister Roosevelt versichern, daß Deutschland, wenn er vermitteln will, einer Regelung zustimmen wird, durch die ein neuer polnischer Staat und eine unabhängige tschechische Regierung ins Leben träten. Als Konferenzort schlage ich Washington vor." [66]
Weder Davis, der, nachdem ihm Roosevelt eine persönliche Aussprache nach seiner Rückkehr verweigert hatte, dem Präsidenten einen schriftlichen Bericht über seine Unterredungen in Berlin hereinreichte, noch die Reichsregierung erhielten jemals eine Antwort.
c)
Göring erneuerte das Angebot Mitte Oktober 1939 und Anfang 1940, als er mit dem Präsidenten der "General Motors Overseas Corporation", J. D. Mooney, konferierte, und ergänzte es durch den Hinweis auf die Möglichkeit, die Reichsregierung umzubilden.
d)
Auch die Annäherungsversuche des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht wurden abgelehnt.[67]
e)
Die Kontakte des Reichspressechefs Dr. Dietrich mit dem Auslands-Korrespondenten und Chef des Berliner Büros der "Associated Press", L. P. Lochner, blieben nach dem

Willen Roosevelts gleichermaßen unfruchtbar.
Roosevelt begründete die Ablehnung einer Vermittlung mit den Worten:
"Er könne ohne die Zustimmung der beiden Westmächte nicht als Vermittler hervortreten." [67]
Roosevelt zweifelte offensichtlich in Kenntnis geheimer Absprachen den Friedenswillen Englands und Frankreichs von vornherein an; Andeutungen aus London oder Paris, Friedensmöglichkeiten zu sondieren, gab es ohnehin nicht. An der Realisierung ihrer Kriegsziele, nämlich der Vernichtung Deutschlands und dem Plan einer Weltregierung der »Vier Polizisten« (USA, Großbritannien, Sowjetunion, China) in der Nachkriegszeit,[68] lag ihm mehr als an einem vernünftigen Programm für den Weltfrieden.
Am 10. 1. 1941 hatte Roosevelt seinen maßgeblichen Berater Harry Hopkins in geheimer Mission nach London entsandt, in deren Verlauf Hopkins dem britischen Kriegspremier Winston Churchill "mit leuchtenden Augen und verhaltener Leidenschaft" erklärte:
"Der Präsident ist entschlossen, daß wir gemeinsam den Krieg gewinnen. Zweifeln Sie nicht daran. Er hat mich hierhergesandt, um Ihnen zu sagen, daß er Sie um jeden Preis und mit allen Mitteln durchbringen wird, gleichgültig, was ihm geschieht - es gibt nichts, was er nicht tun wird, soweit es in seiner Macht steht." [69]
Am 15. 3. 1941 definierte Präsident F. D. Roosevelt in einer weltweiten Rundfunkrede seinen Kriegsentschluß mit folgenden Worten:
"Der preußische Absolutismus war schlimm genug, der Nazismus aber ist viel schlimmer. Die Nazis erstreben nicht allein Besitzveränderungen in den Kolonien oder bescheidene Grenzveränderungen in Europa. Sie erstreben offen die Zerstörung aller aus Volkswahlen hervorgegangenen Regierungssysteme, einschließlich unseres eigenen, und wollen sie durch ein Regierungssystem ersetzen, das alle Menschen dem Kommando einer Handvoll von Tyrannen unterwirft, die durch Gewalt zur Macht gekommen sind. ...
Diese modernen Tyrannen müssen, um ihre Pläne auszuführen, jede Demokratie ausmerzen - eine nach der anderen. Die Völker Europas - und selbst wir Amerikaner - hatten diese Pläne nicht durchschaut. Jetzt durchschauen wir sie. ...
Wir haben uns entschlossen, und damit ist es mit allen Verständigungsversuchen in unserem Lande zu Ende; zu Ende mit dem Drängen, uns doch mit den Diktatoren abzufinden; zu Ende mit Kompromissen, mit der Tyrannei und den Gewalten der Unterdrückung. ...
Die Welt kann nichts mit einem Volk anfangen, das sich das Recht anmaßt, weil es groß an Zahl oder militärisch stark ist, im Stechschritt über andere Völker und Rassen hinweg zur Weltherrschaft zu marschieren. ..." [70]
"Der Präsident selbst hat im Effekt den Krieg bereits erklärt. Er hat den Feind bezeichnet und spricht vom Siege.«[71]
Anläßlich der Besprechungen über die Atlantik-Charta am 14. 8. 1941 - vier Monate vor Kriegseintritt der USA - wiederholte Roosevelt nochmals seine Vorliebe für Kampfhandlungen ohne Kriegserklärung, indem er Churchill offenbarte:
"Ich kann niemals Krieg erklären: ich kann Krieg machen. Wenn ich den Kongreß ersuchen müßte, Krieg zu erklären, würden sie darüber drei Monate diskutieren." [72]
Die Atlantik-Charta, also die Verkündung der angeblichen Kriegsziele, ließ er bereits lange vor dem Kriegseintritt der USA so formulieren, daß er auf Grund seiner Macht alle anderen Staaten vor die Option stellte: Wer für Freiheit, Demokratie und den Frieden - für die Atlantik-Charta - ist, muß der britisch-amerikanischen Politik folgen und für die Vernichtung des "Nazismus" kämpfen bzw. für diesen Kampf die notwendigen Hilfen leisten. So konnte Roosevelt am 23. 8. 1941 dem Kongreß

erklären:
"Diese Deklaration von Prinzipien ist so klar gefaßt, daß es schwierig ist, sie in irgendeinem Hauptpunkt abzulehnen, ohne automatisch seine Bereitschaft zu einem Kompromiß mit dem Nazismus zuzugeben." [73]
Die "Großen Drei" - die Sowjetregierung hat die Atlantik-Charta am 24. 9. 1941 ebenfalls unterzeichnet - waren sich von Anbeginn darüber einig,
"daß bei der praktischen Anwendung der Atlantik-Charta unvermeidlich die Umstände, Notwendigkeiten und historischen Besonderheiten des einen oder anderen Landes berücksichtigt werden müssen",[74]
und daß dank dieses Vorbehaltes kein Unterzeichnerstaat sich an die Postulate dieser Kriegszieldeklaration zu halten brauchte - was dann auch keiner tat.
Am 1. 9. 1941, dem amerikanischen "Tag der Arbeit", verkündete Roosevelt:
"Wir haben eine harte, gefährliche Aufgabe zu lösen. Gewalten irrsinniger Barbarei sind von Hitler über die Erde losgelassen worden. Wir müssen unsere ganze Kraft einsetzen, um sie zu vernichten. ...
Ich weiß, daß ich im Einklang mit dem Gewissen und der Entschlossenheit des amerikanischen Volkes spreche, wenn ich sage, daß wir alles tun werden, was in unserer Macht steht, Hitler und die Nazikräfte zu vernichten. ..." [75]
Roosevelt am 6. 1. 1942 vor dem Kongreß:
"Japans Eroberungspläne lassen sich fünfzig Jahre zurückverfolgen. Aber die imperialistischen Träume der japanischen und faschistischen Führer waren bescheiden im Vergleich mit der gefräßigen Gier Hitlers und seiner Nazis, die ihre Eroberungspläne schon fix und fertig hatten, bevor sie im Jahre 1933 zur Macht kamen. Diese Pläne ziehen auf die schließliche Beherrschung nicht allein eines Teiles der Welt ab, sondern der ganzen Erde und aller Meere. ...
Die Vernichtung der Zentren materieller und geistiger Kultur war seit jeher das Ziel Hitlers und seiner italienischen und japanischen Schach-figuren. Sie wollen die Macht des Britischen Reiches, Rußlands, Chinas und der Niederlande zerschmettern und dann alle ihre Kräfte auf ihr Endziel konzentrieren: die Eroberung der Vereinigten Staaten. ...
Die Welt ist zu klein, um angemessenen Lebensraum für Hitler und für Gott zu bieten. Zum Beweis dessen haben die Nazis nunmehr ihren Plan verkündet, ihre neudeutsche heidnische Religion der ganzen Welt aufzuzwingen, jenen Plan, der die Heilige Schrift und das Kreuz der Gnade durch ‚Mein Kampf', das Hakenkreuz und das nackte Schwert ersetzen will. ..." [75]
Churchill berichtete nach Unterzeichnung der Atlantik-Charta dem britischen Unterhaus,
"daß die Atlantik-Konferenz ihm eine verstärkte Zuversicht gegeben habe, daß die Vereinigten Staaten, auch wenn sie selber nicht angegriffen werden würden, in den Krieg im Fernen Osten eingreifen würden und daß, wenn Japan im Pazifik Amok laufen würde, 'wir nicht allein kämpfen werden'." [76]
Roosevelt bestätigte diese seine Außenpolitik zynisch in einer Ansprache vor der Vereinigung für Außenpolitik am 21. 10. 1944:
"Natürlich hätten wir uns mit Hitler verständigen und in einer totalitären Welt irgendeine untergeordnete Rolle spielen können. Das haben wir abgelehnt. Wir hätten mit Japan zu einem Kompromiß kommen können. Und das haben wir abgelehnt." [77]
Sven Hedin, der berühmte Forschungsreisende und Wissenschaftler, schrieb auf Grund und als Ergebnis seiner historischen Untersuchungen bereits während des Zweiten Weltkrieges:
"Dieser Krieg wird in die Geschichte eingehen als der Krieg des Präsidenten Roosevelt." [78]

Dabei war Sven Hedin damals noch nicht einmal über alle Maßnahmen Roosevelts informiert. Fast die gleichen Worte wie Sven Hedin fand zur gleichen Zeit der amerikanische Senator Nye, der 1936 den Nye-Ausschuß zur Prüfung der Gründe für den Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg geleitet hatte (27. 4. 1941):
"Wir werden von denselben Mächten zum Narren gehalten, die uns im Weltkrieg zum Narren gehalten haben. ... Wenn wir je in diesen Krieg verwickelt werden, so wird er von den künftigen Geschichtsschreibern nur mit einem Namen bezeichnet werden: 'Der Krieg des Präsidenten', weil jeder seiner Schritte seit seiner Rede in Chikago (5. 10. 1937) auf den Krieg hinlenkte." [79]
US-General Albert Wedemeyer, der unter dem Generalstabschef und späteren Staatssekretär (Außenminister) Marshall mit der Aufstellung des "Siegesprogrammes" zur Niederwerfung Hitlers beauftragt war, ergänzt diese Feststellung nach Untersuchung der einzelnen Kriegsmaßnahmen Roosevelts aus den Jahren 1940 - 194 1 mit folgenden Worten:
"Auf diese Weise würden wir Monate vor Pearl Harbor offen in den Krieg verwickelt gewesen sein, wäre es nicht Hitlers offenbarer Entschluß gewesen, sich nicht durch unsere kriegerischen Handlungen zur Kriegserklärung provozieren zu lassen. ... Roosevelt hatte den Kongreß zu seinen nicht mehr neutralen Handlungen hingerissen, indem er das Gespenst eines unerwarteten Angriffs auf Amerika heraufbeschwor. Wir wissen heute dank der erschöpfenden Durchforschung der deutschen Geheimarchive während des Nürnberger Prozesses, daß es niemals einen Angriffsplan auf die Vereinigten Staaten gegeben hat. Im Gegenteil: Die ungeheure Menge der durchforschten Dokumente bewies, daß Hitler ständig bestrebt war, den Krieg mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden. Er erklärte uns nicht den Krieg, bis er durch sein Bündnis mit Japan dazu gezwungen wurde. ..."
Bei dem ausgezeichneten britischen Milirärhistoriker Generalmajor J. F. C. Fuller heißt es in 'A Military History of the Western World' 1956:
"Der zweite amerikanische Kreuzzug endete noch unglückseliger als der erste, und diesmal war der Unruhestifter nicht der deutsche Kaiser, sondern der amerikanische Präsident, dessen Abscheu vor dem Nationalsozialismus und dessen Machtverlangen sein Volk in den europäischen Konflikt stürzten und ihn auf diese Weise wieder über die Welt ausbreitete. In den beschlagnahmten deutschen Archiven gibt es kein Zeugnis, das die Behauptung des Präsidenten stützen könnte, daß Hitler eine Offensive gegen die westliche Hemisphäre plante, aber es gibt eine Fülle von Zeugnissen, daß er gerade dies vermeiden wollte, bis Amerika in den Krieg eintrat"
"Nachdem es durch äußerste Provokationen nicht gelungen war, Deutschland dazu zu bringen, Krieg gegen uns zu führen, und nachdem dank der Entschlossenheit der großen Mehrheit des amerikanischen Volkes, nicht aktiv in den Kampf einzugreifen, keine Aussicht bestand, daß der Kongreß den Krieg erklären würde, wandte sich Roosevelt dem Pazifik zu. Vielleicht würde Japan weniger Widerstreben zeigen, denn es war möglich, diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben, der es praktisch zwingen würde, uns den Krieg zu erklären. ..." [80]
"Clare Booth-Luce hat viele Menschen schockiert, als sie anläßlich des Parteikonvents der Republikaner 1944 sagte, Roosevelt ‚hat uns (die USA) in den Krieg gelogen'. Als sich diese Feststellung dann aber als zutreffend erwies, hörten die Roosevelt-Anhänger auf, sie abzustreiten, und rühmten sie mit der Behauptung, er habe ‚lügen müssen', um sein Land und dann England und ‚die Welt' zu retten." [81]
Welches Gewicht hätte das IMT-Anklagetribunal in Nürnberg 1945 / 1946 nur einem einzigen dieser Indizien verliehen, hätte man derartige Zitate, Richtlinien und außenpolitische Initiativen von den Führern der NSDAP aufzuweisen vermocht?

Quellennachweise :

[1] E. J. Reichenberger "Wider Willkür und Machtrausch" S. 334.
[2] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 23 und 24.
[3] Department of State "Friede und Krieg - Auswärtige Politik der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika 1931 - 1941" S. 26.
[4] M. Sering "Germany under the Dawes Plan" London 1929 S. 64 ff. zitiert bei: Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 55.
[5] J. Szembek "Journal 1933 - 1939" S. 58 - 60.
[6] ebenda S. 404.
[7] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 517 - 518.
[8] S. J. Rosenmann "Working with Roosevelt" S. 161.
[9] E. Ludwig "Roosevelt, Studie über Glück und Macht" S. 242.
[10] C. A. Beard "American foreign policy in the making 1932 - 1940" S. 178.
[11] J. T. Flynn "The Roosevelt Myth" S. 174.
[12] Department of State "Friede und Krieg - Auswärtige Politik der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika 1931 - 1941" S. 73 - 74.
[13] Lord Elibank, Contemporary Review, Juni 1955 "Franklin Roosevelt, Freund Englands".
[14] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 422/423.
[15] H. Sündermann "Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 150.
[16] E. E. Robinson "The Roosevelt Leadership 1933 - 1945" S. 241.
[17] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 468 und 447.
[18] Foreign Relations of the United States 1938 Vol. II S. 647 ff.
+ J. Burns "Roosevelt: The Lion and the Fox" S. 387.
+ D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 813.
+ H. Sündermann "Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 164 ff.
[19] Präsident Roosevelt "Amerika und Deutschland 1936 - 1945« S. 39 Rede Roosevelts am 15. 3. 1941 im Rundfunk; S. 67 Rede Roosevelts am 6. 1. 1942 vor dem Kongreß.
[20] J. Burns "Roosevelt: The Lion and the Fox" S. 387 - 388.
[21] "Times" London 15. 10. 1938 zitiert bei: H. Sündermann "Die Pioniere und die Ahnungslosen« S. 155.
[22] Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 4 -- Potocki nach Warschau am 21. 11. 1938.
[23] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 225.
[24] H. Sündermann "Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 158 zitiert: "Times" London, 2. 12. 1938.
[25] G. Bonnet "Fin d'une Europe, de Munich i la Guerre" S. 40.
[26] H. Dahms "Roosevelt und der Krieg" S. 25.
[27] J. Burns "Roosevelt: The Lion and the Fox" S. 389.
[28] H. E. Barnes "Entlarvte Heuchelei" S. 131.
[29] R. Sherwood "Roosevelt und Hopkins" S. 85 - 86.
[30] G. Bonnet "Vor der Katastrophe" S. 171.
[31] Deutsches Weißbuch Nr. 3 Dok. 9.
[32] J. Burns "Roosevelt, the Lion and the Fox" S. 400.
[33] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. II S. 102. Der französische Ministerpräsident Daladier erklärte im April 1939 zum britischen Beistandsversprechen: "Die Engländer sind jetzt bereit, ihre Grenzen nicht mehr am Rhein, sondern an der Weichsel zu sehen."
[34] H. Roos "Polen und Europa" S. 395.
[35] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 597. + W. Millis «The Forrestal Diaries« S.121 f.
[36] Die Echtheit dieser Dokumente des deutschen Weißbuches Nr. 3 ist verbürgt.
[37] Deusches Weißbuch Nr. 3 Dok. Nr. 6
[38] C. J. Burckhardt "Meine Danziger Mission 1937 - 1939" S. 253 - 256.
[39] ebenda S. 104.
[40] Deutsches Weißbuch Nr. 3 Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges Dok 9.
[41] J. Bèarn "Das Geheimnis um die Ursachen des Zweiten Weltkrieges" S. 164.
[42] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 412.
[43] ebenda S. 448.
[44] ebenda S. 436.
[45] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. IV Doc. 586.
[46] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 558.
[47] Die Jalta Dokumente S. 225.
[48] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 560 - 561.

[49] H. E. Barnes "Entlarvte Heuchelei" S. 132.
[50] J. F. C. Fuller "The decisive Battles of the Western World and their influence upon History" Bd. III S. 375.
[51] ADAP VII Dok. 239 Anm.
[52] H. E. Barnes "Entlarvte Heuchelei" S. 133 - 134.
[53] H. Dahms "Roosevelt und der Krieg" S. 24.
[54] Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege" S. 596 - 597.
[55] E. Benesch "The Memoirs of Dr. Eduard Benes" S. 79.
[56] J. Szembek "Journal 1933 - 1939" S. 475 - 476.
[57] W. Millis "The Forrestal Diaries" S. 122.
[58] Foreign Relations of the United Stases 1939 Vol. 1 S. 293 - 294.
[59] A. J. P. Taylor "The Origins of die Second World War" S. 272.
[60] ADAP VII Dok. 239.
[6l] D. Hoggan "Der erzwungene Krieg" S. 683 - 684.
[62] Doc. on Britlih Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 318.
[63] S. Hoare "Neun bewegte Jahre - Englands Weg nach München" S. 239 und H. Sündermann "Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 148.
[64] F. J. P. Veale "Der Barbarei entgegen" S. 302. + C. A. Beard "Präsident Roosevelt and the Coming of the War" und F. R. Sanborn "Design for War" + W. H. Chamberlin "Amerikas zweiter Kreuzzug" + Ch. Tansill "Die Hintertür zum Kriege".
[65] H. Sündermann "Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 169.
[66] H. Dahms "Roosevelt und der Krieg" S. 37.
[67] ebenda S. 39.
[68] W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" 5. Buch Bd. II "Von Teheran bis Rom" S. 50
[69] A. Wedemeyer "Der verwaltete Krieg" S. 20.
[70] Präsident Roosevelt "Amerika und Deutschland 1936 - 1945 - Auszüge aus Reden und Dokumenten" S. 39, 40, 42.
[71] Christian Century, April 1941.
[72] H. E. Barnes "Entlarvte Heuchelei" S. 143. + A. Wedemeyer "Der verwaltete Krieg" S. 17.
[73] J. W. Gantenbein "Documentary Background of World War II 1931 - 1943" S. 220.
[74] S. Boratünskij "Diplomatie der Periode des Zweiten Weltkrieges", russ. S. 157.
[75] Präsident Roosevelt "Amerika und Deutschland 1936 - 1945 - Auszüge aus Reden und Dokumenten" S. 54, 67, 69.
[76] A. Wederneyer "Der verwaltete Krieg" S. 31.
[77] Roosevelt spricht - "Die Reden des Präsidenten" S. 331.
[78] S. Hedin "Amerika im Kampf der Kontinente" S. 202.
[79] H. Sündermann "Die Pioniere und die Ahnungslosen" S. 181.
[80] A. Wedemeyer "Der verwaltete Krieg" S. 17.
[81] P.H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" S. 45.

Der Roosevelt-Mythos

von John T. Flynn

Angesichts der Rolle, die Franklin Delano Roosevelt in der Depression und im Krieg gespielt hat, erhebt sich immer wieder die Frage : "Was für eine Art Mann war er?". Er wurde ins volle Licht der Öffentlichkeit geschoben, als Amerika seine schwerste wirtschaftliche Krisis erlebte und dicht vor dem Zusammenbruch stand. Damals brachten es die interessierten Kreise fertig, den neuen Präsidenten Roosevelt mit einer Art Alchemie der öffentlichen Meinungsbildung schlagartig in einem Halbgott zu verwandeln - einen der größten Staatsmänner aller Zeiten. Der Hintergrund für diese Schaustellung war die wüste Unordnung und Verwirrung des Landes : die Banken geschlossen, das Wirschaftsleben zum Stillstand gekommen, die Bevölkerung schreckensstarr vor der Unermeßlichkeit des Zusammenbruchs. In diesem Augenblick war es wirklich so, als betete Roosevelt wie ein Zauberkünstler die Bühne.
Er war ein vortrefflicher Schauspieler, und er trug in seiner Tasche eine Antrittsrede, die eine Meisterhand für ihn geschrieben hatte. Seine Stimme erscholl weiterhin über die schreckgelähmte Nation wie der Trompetenruf eines großen Feldherrn und Propheten in

einem. Der tiefe Eindruck genügte, um die Herzen von Millionen für viele Jahre wie mit Zaubergewalt an ihm zu binden.
Roosevelt war stets bemüht, den Eindruck zu erwecken und zu pflegen, seine Liebe gelte den kleinen Mann; nicht selten machte es ihm geradezu Spaß, das einfach denkende große Kind zu spielen; seine schauspielerische Begabung kam ihm dabei sehr zunutze. Aber in Wirklichkeit war Roosevelt von frühester Jugend an ein Snob, ein verwöhntes und verdorbenes Kind der obersten Klasse. Schon seine Mutter zeichnete sich durch unübertreffbaren Dünkel aus. Sie konnte es nie überwinden, daß ihr ganz auf Vornehmheit aufgemachtes Haus im Hyde-Park von Politikern und Zeitungsschreibern betreten wurde, als Roosevelt für den Posten des Governors und später für die Präsidentschaft kandidierte. Es war für sie eine persönliche Beleidigung, die Anwesenheit dieser Proleten erdulden zu müssen.
Roosevelts protzenhafter Snobismus schon von Kindesbeinen an mag auf die Haltung seiner Eltern und auf ihr Bemühen zurückzuführen sein, ihn gegen jede Berührung mit "gewöhnlichen Menschen" abzuschirmen. In Croton, seiner Vorbereitungsschule, war er als verzogenes Muttersöhnchen stets ein Außenseiter. In Harvard, wo er studierte, blieb die Lage ähnlich; er verstand es nicht, Freunde zu gewinnen. Auch später im New Yorker Staatsdienst fand er nirgends recht Anschluß bei dem Kollegen.
Einflüsse von gewaltiger Durchschlagskraft, deren Quelle man noch nicht völlig durchschauen kann, verhalfen ihm zur Präsidentschaft. Als er im März 1933 ins Weiße Haus einzog, war die Wirtschaftslähmung, die Depression, das große, alles überschattende Problem. Und gerade im Bereich der Wirtschaft war Roosevelt kein Kenner. Wohl wallte sein Blut angesichts des unerhörten, dramatischen Effektes seiner Amtseinführung un der Rede, die er hatte vorlesen dürfen. Aber vor ihm stand nun die Aufgabe, handeld einzugreifen, praktische Maßnahmen zur Behebung der Krisis anzuordnen und Verfahren zu finden, durch die das überlieferte Wirtschaftssystem wieder in Gang gebracht werden konnte. In dieser Lage war er von einer geradezu erschütternden Hilf- und Hoffnungslosigkeit.
Roosevelt war überhaupt kein Mann, der den Dingen auf den Grund ging. Er liebte politische Umtriebe und bewegte sich dabei mit großer Gewandtheit, aber die Wirtschaftsnot schrie nach echten Könnern. In dieser Lage kam es Roosevelt zustatten, daß er über eine gewisse dynamische Anziehungskraft verfügte - etwas vom Glanz, der Hochstaplern zu ihren Erfolgen verhilft. Trotz seiner wirtschaftlichen Ahnungslosigkeit fühlte er sich hingerissen von der großen Rolle, zu der man ihm auf die Bühne gesetzt hatte. Der Beifall, mit dem man seine erste Rede begrüßt hatte, sollte, das war sein heißer Wunsch, zum lärmenden Dauerzustand werden.
Jeder Helfer war ihm dabei recht, und kein Vorschlag war ihm zu abwegig, wenn er nur dazu dienen konnte, die Öffentlichkeit durch einen neuen verblüffenden Eindruck aufzupeitschen. Von all den grellen und verdrehten Plänen, die er sich zu eigen machte, ist nicht ein eiziger von ihm ersonnen worden. Im allgemeinen Bewußtsein seiner hilflosen Sachunkenntnis war er ein leichtes Opfer für jeden Schwindelgeist, der es verstand, ihm mit der nötigen Frechheit Pläne für eine Neubelebung der Wirtschaft und eine unermeßliche "Bereicherung für alle" vorzutragen.Aber wenn Roosevelt auch nichts von Wirtschaft verstand, so war er doch der Politiker genug, um einzusehen, daß die Macht auf dem Geld beruht. Als er 1933 sein Amt antrat, betrugen die Gesamtausgaben der Regierung 3,8 Milliarden Dollar. 1934 verschleuderte er 6 Milliarden, 1935 über 7 Milliarden und 1936 über 8,5 Milliarden. Die politische Gewalt, die ihm diese Unsummen verliehen, war etwas Handfestes; die Politiker, die ihn umschwärmten, begriffen dieses viel besser als die seltsame Mischung von marxistischen und faschistischen Gedanken, die von den "New Deal"-Propagandisten zum Markt getragen wurden. Die eigentliche Bedeutung dieser Entwicklung liegt - abgesehenvon der irrigen Zerrüttung des Staatshaushaltes - vor allem darin, daß der amerikanische Durschnittspolitiker, ohne sich viel um den Marxismus und seine Programmpunkte zu kümmern, an den "Sozialismus" herangeführt wurde und sich seiner begierig bemächtigte -

nicht im Sinne einer gerechten sozialen Ordnung, sondern als Wundermaschine zum Fang von Wählerstimmen. Der "Sozialismus" des New Deal-Klüngels und die Riesensummen, die er verschleuderte, gab die Möglichkeit, Interessengruppen durch Begünstigung, Sondergesetze und vor allem durch gewaltige Geldzuweisungen zu "kaufen". Hier einige Beispiele :
1927 gab die Regierung 155 Millionen Dollar für die landwirtschaftlichen Interessenverbände aus; im Jahre 1953 über 3 Milliarden.
1927 verfügte das Arbeitsministerium über 10 Millionen Dollar, 1953 über 300 Millionen.
1927 betrugen die Ausgaben für die Gesundheitsfürsorge, Erziehung und Wohlfahrt 3 Millionen, 1953 2 Milliarden.
Gleichzeitig wurde die Macht des Präsidenten maßlos ausgeweitet. 1928 gab seine Kanzlei 585 Millionen Dollar aus. 1953 nahezu 6 Milliarden.
Diese ungeheuren Summen werden als "Regierungsausgaben" bezeichnet. Aber in Wirklichkeit wurden sie von den Politikern verschleudert, die sich der Regierung bemächtigt haben und sie dienen dem Zweck, die Unterstützung großer Minderheiten einzukaufen.
Ein klarer Fall der Verschwendung, bis zur Narrheit getrieben, ist die Einführung eines unheilvollen militärischen Systems als ständige Einrichtung. Nachdem es einmal Fuß gefaßt hatte, wurde es rasch zum Lieblingskind der Politiker auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Im Staatshaushalt vom Jahre 1955 (65 Milliarden Dollar) betrugen die Wehrausgaben 40 Milliarden. Die Verfügung über diese Riesensumme bedeutete eine wundervolle Waffe in den Händen der machthabenden Politiker. 3 Millionen Menschen wurden vom Arbeitsmarkt genommen und in die Armee gesteckt, und gleichzeitig ist eine riesige Rüstungsindustrie entstanden. Im letzten Jahr hat eine einzige Großfirma Aufträge in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar von der Regierung erhalten, obwohl keine unmittelbare Kriegsgefahr besteht. (1956)
Die Regierungsausgaben schwollen also durch das Rooseveltsystem gleich von Anfang an ins Uferlose. Und doch gelang es nicht, die Depression zu bändigen - bis Roosevelt den Krieg zu Hilfe rief. In den beiden ersten Amtszeiten als Präsident, also im Verlauf von acht Jahren, konnte Roosevelt keinerlei Wirtschaftserholung erzielen. 1933, bei seinem Amtsantritt, hatte Amerika 11586000 Erwerbslose, 1939 waren es nahezu ebensoviel : 11369000. Diese Ziffern sind amtlich, sie stammen von der American Federation of Labor.
Wie kann angesichts dieser unbestrittenen Tatsachen ein nüchtern denkender Mensch der Ansicht kommen, Roosevelt habe den Vereinigten Staaten "Genesung" gebracht?
Bei Amtsantritt Roosevelts brachten die meisten Amerikaner, auch die Berufspolitiker, wenig Verständnis für die kommunistische Strategie und Verfahrensweise auf. Die alten Sozialisten hatten eine Partei; sie nannten sich Sozialisten und waren stolz darauf; sie wirkten als Partei, nicht als Verschwörung. Vielleicht ist dies der Grund, warum die Sozialisten unter Norman Thomas nicht recht vorankamen.
Als die Kommunisten den Schauplatz betraten, arbeiten sie nach einem ganz anderen Plan. Gewiß gab es auch eine "offene Kommunistische Partei, die von Earl Browder geführt wurde. Aber von größerer Bedeutung war der andere Zweig der Bewegung - die Konspriration. Sie verästelte sich sogleich in zahlreiche "Fronten" und geheime "Zellen", und in den meisten Fällen leugneten die Mitglieder entschieden, überhaupt Kommunisten zu sein, sie bezeichneten sich vielmehr als "Sozialreformer". Das rote Infiltrationssystem war so eingerichtet, daß jede nur denkbare Menschengruppe in Amerika, die irgendeinen Lieblingsgroll gegen die Gesellschaft hegte, von einer der zahllosen "Fronten" wirksam angesrochen werden konnte. Die geheimen Zellen hatten nicht nur Spionageaufträge, sondern sie beeinflußten auch die amerikanische Politik zu Gunsten der Sowjetziele und der innerpolitischen kommunistischen Absichten. Infolge der Depression war die Zahl der Mitglieder in den "Fronten" und "Zellen" beträchtlich.
Die Tätigkeit dieser radikalen Geister wurde, was die Regierung angeht, durch eine seltsame Erscheinung begünstigt. Die "New Deal"-Politik Roosevelts begann in einem Karnevalstreiben sich hetzender politischer und wirtschaftlicher Experimente. Wo auch immer

eine Interessengruppe oder ein Staat oder eine Industrie oder eine Stadt oder ein Wirtschaftszweig mit einer Beschwerde an die Regierung herantrat, wurde umgehend ein "Büro" eingerichtet. Diese zahlosen "Büros" waren Brutstätten für die Roten; sie machten sich sogleich daran, sie zu durchseuchen - was ihnen in einem bestürzenden Ausmaße gelungen ist. Die Leichtigkeit, mit der dieses Manöver durchgeführt wurde, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die rosaroten und die roten ideologischen Kämpfer mühelos sogar ins Weiße Haus selbst einrückten. Sie klammerten sich dabei an die Schürzenbänder der Mrs. Elanor Roosevelt, der Hausherrin. Es gab damals eine Organisation,"American Youth Congress", die von der geheimen Bundespolizei sehr bald als kommunistische Organisation erkannt und gemeldet wurde. Ihr Leiter war ein Herr namens William Wheeler Hincley, ein häufiger Besucher des Weißen Hauses. Nachdem er vier Jahre lang die kommunistische Tarnorganisation geführt hatte, wurde er vom Weißen Haus in das "Amt für Erziehung" berufen, dann in das Amt für Eisenbahnpensionen versetzt und schließlich im Schatzamt untergebracht.
Der Senatsausschuß zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe hat sich nach langem Zögern mit dieser Gruppe beschäftigt. Hincley, Joe Lash, Joe Catton und andere Verdächtige, die vom Ausschuß vorgeladen wurden, hatten die Ehre, unter dem Schutz der Mrs. Roosevelt in einem Kraftwagen des Weißen Hauses zum Verhandlungssaal gefahren zu werden. Während der Vernehmungen lehnte einer dieser Lieblinge, erschöpft von der ungebührlichen Anstrengung, auf bohrende Fragen einigermaßen wahrheitsgemäß antworten zu müssen, sein Haupt auf Mrs. Roosevelts Busen und entschlummerte sanft schnarchend. Die ganze Bande wurde anschließend in das Weiße Haus zu Gast geladen und Franklin Delano Roosevelt unterließ es fortan nie, dem von seiner Bundespolizei als rein kommunistisches Unternehmen zu entlarvten "American Youth Congress" zu jeder Tagung persönliche Grüße zu senden.
Im Jahre 1938 begann der Präsident mit der Ausmerzung sämtlicher Kongreß-Mitglieder und Senatoren, von denen er Widerstand gegen seine Kriegstreiberei erwartete. Die gesamte "Reinigung" wurde von Earl Browder, dem damaligen Amtsleiter des Weißen Hauses, besorgt, und dieser rief persönlich vom Regierungssitz aus alle in Frage kommenden Stellen an, um ihnen Anweisungen für die Durchführung der großen Ketzerjagd zu geben. Diese Mitteilung ist kaum zu glauben, aber sie entspricht den Tatsachen. Als dann die Frau Browders die illegale Einreise nach den Vereinigten Staaten auf dem Weg über Kananda unternahm, wurden vom Weißen Haus aus ungesetzliche Anweisungen an alle Behörden telephoniert, um ihr den Weg zu ebnen. Der Beamte , der ihren Fall zu bearbeiten hatte, sagte später unter Eid aus, daß es ihm nicht erlaubt war, überhaupt irgendwelche klärende Fragen zu stellen. In jenen Tagen ereignete es sich, daß fünf berüchtigte amerikanische Kommunisten zur Audienz bei Roosevelt erschienen und ihm mit feierlichen Danksagungen ein Bildnis seiner hohen Person überrreichten. Als sie die Residenz verließen, wurden siwe zusammen mit Roosevelts persönlichem Sekretär, Marvin McIntyre, als Freundesgruppe auf dem Stufen des Weißen Hauses photographiert - ein wertvoller Beleg ihres Erfolges für Moskau.
Bei einer anderen Gelegenheit lud Mrs. Eleanor 40 Senatoren ins Weiße Haus, um eine Gruppe ihrer Lieblinge vom kommunistischen American Congress zu treffen.
Roosevelt selber setzte seine Ehre darein, sämtlichen roten Tarn-Organisationen immer wieder seine landesverräterischen Grüße zu senden, so z. B. dem "American Commitee for the Protection of the Foreign Born", der "Workers Alliance", dem "National Negro Congress". Sein eifriges Bemühen um die Förderung kommunistischer Einflüsse wurde nur durch Mrs. Roosevelt noch übertroffen : Sie erlaubte die Verwendung ihres Namens als Schutzherrin, Ausschußmitglied oder Sprecherin von mehr als 30 bolchewistischen "Fronten", "Ligen", "Räten", "Vereinigungen". An diese emsige Tätigkeit des Weißen Hauses mußte erinnert werden, um klar zu machen, in welchen Umang Präsident Roosevelt, der Hasser der "Nazi-Tyrannei", die Agenten und Wegbereiter der Stalin-Despotie in Amerika förderte. Seine Blindheit öffnete den roten Verschwören den Weg in fast jeden wichtigen Bereich des

politischen, wirtschaftlichen und schulischen Lebens; die Kino-Industrie war von ihnen völlig durchsetzt, ebenso das Theaterwesen, die größten Zeitschriften und nahezu jedes Organ der Meinungsbildung. Als Roosevelt Stalin in Jalta gegenübertrat, war Alger Hiss - Stalins Beauftragter - als Berater an der Seite des amerikanischen Präsidenten.
Als Roosevelt in Quebec die deutsche Frage lösen sollte, stütze er sich auf die Vorschläge des überzeugten Kommunisten Harry Dexter White, die alle im Sinne der Sowjetpolitik lagen. Als man die Richtlinien der China-Politik festlegte, übernahm das "Institut of Pazific Relations" die Planung, ein Amt, das von Roten nur so schwärmte; der maßgebende Mann war Owen Lattymore, der unmittelbaren Einfluß auf das Außenamt hatte. Das Ergebnis war der Verrat und die Preisgabe des Freien China. Es bleibt noch die Errinerung an den schmächlichsten Fleck im politischen Leben Roosevelts : die Auslieferung von Ost-Europa und von fast ganz Asien in Stalins blutige Hände. Ich habe in meinem Buch "The Roosevelt Myth" die Geschichte der großen Konferenzen wie der geheimen kleinen Gespräche niedergeschrieben.
Es ist meine feste Überzeugung, daß Stalin, lange bevor er unmittelbar mit Roosevelt zu tun hatte, sein Wesen sehr sorgfältig studiert hat - sein Denken, seine Vorurteile, seine geheimen Wünsche, sein lückenhaftes Wissen von Dingen, seine Eitelkeit und seinen wachsenden Größenwahn. Es ist geschichtliche Tatsache, daß dann Stalin bei sämtlichen Verhandlungen seine Ziele erreichen konnte. Man vergißt vielleicht, daß bei Beginn des zweiten Weltkrieges Stalin und Rußland sich als Helfer Deutschlands aufspielten. Die russischen und die deutschen Panzer-Verbände trafen sich am 19.Septemper in Brest-Litowsk, nachdem der polnische Widerstand sehr rasch zusammengebrochen war. Es folgte dann der deutsche Aufmarsch an der Westfront. Zu jener Zeit veröffentlichte Joseph P. Kennedy, Roosevelts Botschafter in England, eine Erklärung, in der es hieß :
"Unser Platz ist nicht in der Kampf-Front..... Wenn Ihr Amerika liebt, dann hütet Euch vor allem, was aus unserem Land kommt und in Euch die Meinung erwecken könnte, Ihr könntet die Lage auch nur um einen Deut besser machen, wenn Ihr in den Krieg eintretet."
Kennedy umriß damit zutreffend die Haltung des gesamten amerikanischen Volkes. Heute besteht kein Zweifel mehr daran, daß Franklin Delano Roosevelt damals schon längst entschlossen war, die Amerikaner in den Krieg zu treiben. Wie er dies schließlich fertigbrachte, ist in einem wichtigen Teilausschnitt von einem Mann hoher Autorität geschildert worden, der sich im Mittelpunkt des empörenden Treibens zum Krieg befand. ("The final Secret of Pearl Harbor" by Rear Admiral Robert A. Theobald.)
Mit welchen Künsten Roosevelt seine Kriegsabsichten auch durchsetzt, jedenfalls stehen wir schreckerfüllt vor der Tatsache, daß er die Früchte des Sieges wie ein Narr preisgab - und noch dazu an wen! Man braucht nur auf die Karte zu schauen, um die Antwort auf die Frage zu finden : "Wer hat den Krieg gewonnen?"
Solange Stalin auf Hitlers Seite stand, verlangten die Kommunisten und Kommunistenhelfer Amerikas mit Geschrei ein Herausbleiben aus dem Krieg. Aber sobald sich Hitler gegen die Sowjetunion wandte, um dort eine Klärung der Lage in seinem Sinne zu erwingen, kam es zu einem verblüffenden Umschwung. Wie mit einem Zauberschlag verstummte das Anti-Kriegsgeschrei; sämtliche Roten, ob organisiert oder nicht, von den Hochschulen und Zeitungen, von den Magazinen und dem Rundfunk, und sogar von vielen Kanzeln, schwenkten in die Front der Kriegstreiber ein undwarfen sich in die Arme ihrer alten Freunde, des Präsidenten und ihrer Mrs. Eleanor Roosevelt.
Von diesem Augenblick an wuchs die Machtfülle des pro-russischen Blocks in den Vereinigten Staaten von Woche zu Woche. Die Sowjethelfer begannen nicht nur die führende Rolle bei der Kriegshetze zu übernehmen, sondern brachten es in einem noch weit bösartigeneren Ausmaß fertig, die geistige Herrschaft über den langsam verdallenden Roosevelt an sich zu bringen. In einer Reihe von Konferenzen gaben Roosevelt und später Truman eine ganze Gruppe von Völkern, deren Staaten zusammen mit Rußland 2/3 der

Landmasse von Europa und Asien ausmachen, bedingungslos an Stalin. So fügte der Kreml seiner Despotie rund 725 Millionen Menschen hinzu, und erhielt dadurch - zusammen mit den 193 Millionen in Rußland - die Gewalt über 918 Millionen menschlicher Wesen in Rußland und 16 anderen europäischen und asiatischen Staaten. Wenn man auf diese kostspieligen Jahre der Verwirrung und des Volksbetruges zurückblickt, ist es schwer zu glauben, daß dieser eine Mann Roosevelt in so kurzer Zeit solchen Schaden anrichten konnte, zum Verderb einer Staatsordnung, die 145 Jahre standfest gewesen war. Die Ungeheuerlichkeit seiner Staatsverbrechen war hinter dem Rauch und dem Durcheinanander des Krieges getarnt worden. Heute aber liegen die Tatsachen vor uns.

<u>Die Tayler Kent Affäre</u>



Tayler Gatewood Kent war ein US-amerikanischer Chiffrierer seiner Botschaft in London im Zweiten Weltkrieg. Er entwendete Unterlagen des geheimen Postverkehrs zwischen Franklin D. Roosevelt und Marineminister Winston Churchill um sie Isolationisten oder dem Deutschen Reich zuzuspielen.
Kent, der in Großbritannien als Verräter verurteilt wurde, kann aus anderer Perspektive auch als amerikanischer Patriot gelten, der von seiner Regierung zum Schweigen gebracht wurde, um die Offenlegung gesetzeswidriger Absprachen zwischen Roosevelt und Churchill während des Sitzkrieges in Europa zu verhindern. Zusammengefasst wurde das 1946 von John H. Snow:

„Wie wir wissen, ist unsere Nation streng in zwei Lager bezüglich der Verantwortung für den Krieg geteilt. Alle Gedanken und Fragen reduzieren sich auf eine Frage. Klar und offen gesagt, lautet sie: ‚Waren Roosevelt und seine Intriganten verantwortlich für Amerikas Kriegseintritt oder nicht?‘ Nicht beide Lager können gleichzeitig recht haben. Die Antwort kann, wie wir glauben, auch nicht dazwischenliegen. Das wäre ein alter Trick, und wir sind dessen müde. Er hat niemals Krieg verhindert. Der Kent-Fall selbst wirft viele Fragen auf, aber die Hauptfrage ist – und bleibt – ‚Was war der Inhalt dieser Telegramme?‘ ...“

Kent wurde in China geboren wo sein Vater William P. Kent US-Konsul war. Die Familie stammte aus Virginia und war mit John Tyler verwandt. Er besuchte die private St. Albans School in Washington, DC) und anschließend zum Geschichtsstudium die Princeton University, die George Washington University, die Sorbonne (wo er die russische Sprache studierte) und die Universität Madrid. Durch die Tätigkeit seines Vaters trat auch er ins State Department ein und wurde 1933 nach Moskau zum ersten sowjetischen Botschafter der USA, William C. Bullitt entsandt, wo er als Chiffrierer arbeitete.
1939 geriet er unter Verdacht der Spionage für die Sowjetunion. Mangels Beweisen entschied der diplomatische Dienst, ihn nach London zu entsenden, wo er am 5. Oktober 1939 anfing. Churchill, der eben erster Seelord (Marineminister) geworden war, kommunizierte in der Zeit mit Roosevelt, und beide Männer erwarteten, dass er eventuell Premierminister Großbritanniens würde.
Als Begleiter eines Ludwig Matthias, der verdächtigt wurde deutscher Agent zu sein, kam Kent bald nach seiner Ankunft ins Blickfeld der Detektive von Scotland Yard's Special Branch. Als Gast des Russian Tea Room in Süd-Kensington wurde er observiert. Der Club war ein Treffpunkt russischer Exilaristokraten, geführt vom ehemaligen Marineattaché des Russischen Reiches in London, Adm. Nikolai Wolkoff, und seiner Frau, einer früheren Hofdame der Zarin Alice von Hessen-Darmstadt.
Über die Tochter Anna Wolkoff lernte Kent Irene Danischewski, die Frau eines britischen Händlers der gelegentlich in die Sowjetunion reiste, kennen. Das Paar wurde als spionageverdächtig vom Inlandsgeheimdienst MI5 beobachtet. Irene Danischewski wurde Kents Geliebte.
Über seine Botschaftsarbeit hatte Kent Zugang zu vielen Geheimdokumenten, darunter auch der Korrespondenz Churchills mit Roosevelt. Er begann die Interessantesten mit Nachhause zu nehmen und sich politisch zu engagieren. Seine Ansichten sind nicht sehr bekannt, bewegten sich aber, wie die seines Botschafters Joseph P. Kennedy auf Linie der Isolationisten, sodass er bereit war, britische Anti-Kriegs-Kampagnen zu unterstützen.
1940 lernte er über Anna Wolkoff das Parlamentsmitglied Archibald Maule Ramsay kennen und trat dessen The Right Club bei. Ramsey übergab ihm wegen seiner diplomatischen Immunität zur Sicherheit das Mitgliedsbuch des Clubs. Er lud Wolkoff und Ramsey in sein Haus ein und zeigte ihnen die entwendeten Dokumente. Später erklärte er, dass er gehofft hatte, Ramsey würde sie an US-Politiker weitergeben, die gegen Roosevelt opponierten. Am 13. April machte Anna Wolkoff Kopien einiger Dokumente und sandte sie über einen Mittelsmann in der italienischen Botschaft nach Berlin. Eine Überwachung des Funkverkehrs durch den MI8 erbrachte, dass das Material Admiral Canaris, den Chef der deutschen Abwehr erreichte.
Wolkoff bat das Right Club- Mitglied Joan Miller, der sie vertraute, einen verschlüsselten Brief über ihren italienischen Botschaftskontakt an William Joyce zu leiten. Miller, die eine Agentin der Abteilung B5b des MI5 war, stimmte zu, brachte den Brief allerdings zu ihrem Vorgesetzten und späteren Liebhaber Maxwell Knight.

Am 18. Mai 1940 wurde US-Botschafter Joseph P. Kennedy über die Vorgänge informiert und stimmte zu, die Immunität Kents aufzuheben. Der Zeitpunkt stand im Zusammenhang mit einer britischen Verhaftungswelle nach der Niederlage von Dünkirchen.
Bei einer Durchsuchung in Kents Haus am 20. Mai wurde er verhaftet. Das MI5 fand unter den 1.500 Dokumenten Churchills Telegramme an Roosevelt sowie die Verschlüsselungscodes der Botschaft und das Mitgliedsbuch des Right Club Archibald Ramsay's. Dessen Personen standen zum Teil unter Beobachtung von MI5 und Special Branch. Am Tag vor der Verhaftung gab Churchill die Evakuierung der Truppen aus Dünkirchen bekannt, die man als Rettung deklarierte. Kent sah sich, Ramsey und die anderen

Inhaftierten als Bauernopfer, das man als Fünfte Kolonne für die Niederlage von Dünkirchen vor der Öffentlichkeit verantwortlich zu machen gedachte.
Das US-Außenministerium teilte am 31. Mai bzw. 11 Tage nach Kents heimlicher Festnahme mit, das dieser entlassen und „auf Weisung des (britischen) Innenministers (John Anderson, 1. Viscount Waverley) festgenommen" sei. Es wurde nicht erwähnt, dass er unter dem Official Secrets Act verhaftet wurde. Wegen Verstoßes gegen dieses Gesetz wurde am selben Tag auch Anna Wolkoff inhaftiert.
Am 23. Oktober wurde Kent in geschlossener Sitzung in einem Saal des Old Bailey, dessen Glastüren und Fenster mit braunem Papier verklebt worden waren, angeklagt. Man beschuldigte ihn, sich Dokumente verschafft zu haben, die "direkt oder indirekt für den Gegner nützlich sein können" und diese Wolkoff überlassen zu haben. Weiter klagte man ihn an, Dokumente aus dem Eigentum Botschafter Kennedys gestohlen zu haben. Der einzige zugelassene Beobachter des Prozesses war Malcolm Muggeridge für den MI6. Zwei der Zeugen gegen Kent waren Maxwell Knight and Archibald Ramsay; letzterer war auf der Isle of Man unter der Defence Regulation 18B inhaftiert, weil er die Dokumente gesehen hatte.
Unter der britischen Zensur drangen kaum Informationen in die USA, so dass es während des Krieges in der US-Presse Spekulationen über die geheimnisvolle Verhaftung eines US-Diplomaten in einem anderen Land gab. Britische Offizielle, die die Geheimdokumente kannten, glaubten, dass, wenn sie zu dieser Zeit bekannt geworden wären, das anglo-amerikanische Verhältnis massiv gestört worden wäre, da sie zeigten, dass Roosevelt verfassungswidrig die Neutralitätsgesetze verletzte, um Großbritannien vor deutscher Eroberung zu bewahren. Zudem hätte es Roosevelts Wiederwahl im selben Jahr verhindert. Churchill wiederum, der bis zum 11. Mai 1940 nur Minister war, umging seinen Regierungschef Neville Chamberlain und das Kabinett.
Im Prozess gab Kent an, auch Geheimdokumente der US-Botschaft in Moskau gesichert zu haben, mit der vagen Vorstellung, diese eines Tages US-Senatoren zu zeigen. Diese habe er vor dem Verlassen Moskaus verbrannt. Später wurde bekannt, dass er sich in eine Übersetzerin verliebt hatte, die für den NKWD arbeitete, weshalb man sowjetische Kontakte vermutete.
Am 7. November 1940 wurde er zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt. Prozess und Inhaftierung Kents sowie die Zusammenarbeit mit US-Behörden ließen isolationistische Gruppen in den USA äußern, dass er mundtot gemacht worden war und der Prozess dazu diente, den Versuch des Kriegseintritts des Landes zu verheimlichen.

Die Kent-Dokumente

von Professor Harry Elmer Barnes

Als es im August 1941 zu dem "Atlantik"-Treffen Roosevelts und Churchills vor der Küste von Neufundland kam, war es den beiden Männern, die in dem Bestreben zusammenarbeiteten, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen, bereits klar geworden, daß wenig Hoffnung bestand, Hitler und Mussolini zu feindseligen Handlungen aufzureizen, die es Amerika ermöglicht hätten, "durch die Vordertür" in den Krieg einzutreten. Aus diesen Grund war - wie Prof. Charles C. Tansill, Dr. Charles A. Beard und andere nachgewiesen haben - das Treffen verabredet worden, um nach einer Hintertür zum Kriegseintritt Ausschau zu halten, und zwar ging der Plan dahin, Japan zu einem Angriff in Fern-Ost aufzustacheln und dadurch den weltweiten Krieg herbeizuführen. Ein Seekrieg mit Japan hatte Roosevelt schon seit seinen Kabinett-Sitzungen im März 1933 vorgeschwebt; diese Tatsache ist durch James A. Farley in seinen Lebenserinnerungen enthüllt worden. Professor Drumond versucht, über das überwältigende Beweismaterial für das "Hintertür"-Programm hinwegzugehen und die Sache so darzustellen, als habe das Atlantik-Treffen in

erster Linie den Zweck gehabt, Britannien gegenüber die "idealistischen Absichten Roosevelts" durchzusetzen, der gegen Geheimverträge nach Art derer im Ersten Weltkrieg gewesen sei. Ergebnis dieser Bemühungen soll nach Drumond die Atlantik-Charta gewesen sein. Ein "assistant president", Mr. Davis, und ein hoch in Gunst stehender politischer Schriftsteller, Mr. Earnest K. Lindley, haben schon 1942 ein halbamtliches Buch über das Atlantik-Treffen geschrieben : "How War Came".

Auf Seite 9 bis 15 plapperten sie die Wahrheit über die "Hintertür zum Krieg"-Pläne aus und wiesen nach, daß die einzige Meinungsverschiedenheit zwischen Roosevelt und Churchill sich auf den Zeitpunkt des Kriegseintritt der USA bezog. Churchill wollte die Hintertür sofort aufstoßen, während Roosevelt verlangte, daß er "die Japaner noch drei Monate dahingängeln" dürfe, um Zeit für weitere amerikanische Kriegsvorbereitungen zu gewinnen.Dieses entscheidende Eingeständnis wird allgemein verschwiegen, und man möchte von dem Bericht der Davies und Lindlay am liebsten gar nicht mehr sprechen. Als Roosevelt später einmal von Zeitungsberichterstattern in die Enge getrieben wurde, gab er zu, daß es sich bei der "Atlantik-Charta" im wesentlichen um ein Possenspiel und ein Propagandatrick gehandelt habe. Der Schwindel wurde von John T. Flynn in "The Roosevelt Myth" (Seite 385 bis 386) festgenagelt.

Die Freunde Roosevelts und Churchills und der Interventionisten beschweren sich darüber, daß Vertreter der historischen Wahrheit - wie Beard, Tansill, Sanborn, Chamberlin, Morgenstern und andere - in ihrer Kritik der Roosevelt-Churchill-Politik von 1939 bis 1942 "extreme" Ansichten vertreten, die angeblich bis zur Einseitigkeit und zum Übelwollen gingen. Aber diese Bücher sind weit gemäßigter und zurückhaltender als einst das endgültige historische Urteil, das möglich sein wird, wenn erst einmal sämtliches Beweismaterial den Forschern offensteht.

Es sprechen viele Gründe für die Annahme, hauptsächlich aber die Tatsache, daß die bei weitem schlimmste Sammlung von Beweisstücken gegen Roosevelt und Churchill der Forschung noch niemals zur Verfügung gestellt worden ist - nicht einmal den Verteidigern dieser Männer! Im Gegenteil, man hat stets geradezu verzweifelt bemüht, einer Veröffentlichung vorzubeugen, und es ist durchaus möglich, daß die Angst vor einer künftigen wissenschaftlichen Auswertung dieses Materials zur Zerstörung der gefährlichen Dokumente führen wird - oder bereits geführt hat.

Wir beziehen uns hier auf die sogenannten "Kent-Dokumente", nämlich die fast 2000 geheimen Nachrichten, die seit dem September 1939 in illegaler Weise zwischen Roosevelt und Churchill unter Mißbrauch des amerikanischen Codes ausgetauscht worden sind. Roosevelt benutzte dabei den Code-Namen "Potus" (Präsident of the United State) und Churchill den Titel "Former Naval Person" (frühere Marine-Persönlichkeit). Churchill selbst hat uns erzählt, diese Dokumente enthielten die Masse der wirklichen wichtigen Tatsachen über die Zusammenarbeit zwischen ihm und Roosevelt in dem vereinten Bemühen, die Vereinigten Staaten in den Krieg zu bringen - im Widerspruch zu Roosevelts Staaten in den Krieg zu bringen - im Wiederspruch zu Roosevelts öffentlichen Versicherungen und den eindeutigen und wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wünschen der amerikanischen Bevölkerung. Churchill schrieb in "Their finest Hour" :

"Ich würde es jederzeit begrüßen, wenn Sie mich über alles, was Sie mir sagen möchten, persönlich auf dem laufenden hielten". Und so geschah es : Die wichtigsten Geschäfte zwischen unseren zwei Ländern wurden in Wirklichkeit durch diese persönliche Verbindung zwischen ihm und mir erledigt."

Daß die Kent-Dokumente diplomatischen und historischen Sprengstoff von verheerender Wirkung enthalten, wird deutlich angesichts der Beunruhigung, ja der Angst, der Churchill Ausdruck gegeben hat, als die Möglichkeit auftauchte, daß sie wissenschaftlich ausgewertet werden könnten. Selbst Historiker, von denen es bekannt ist, daß sie gegenüber der Roosevelt-Churchill Politik und ihren Umtrieben wohlwollend eingestellt sind, sollten nach Churchills

Willen nicht darüber verfügen dürfen. Die Professoren Langer und Leagson haben 150 Tausend Dollar dafür erhalten, daß sie einen halbamtlichen "Hofbericht" über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges und Amerikas Kriegseintritt verfertigen. Es war in historischen Fachkreisen und in Washington wohlbekannt, daß diese fähigen Forscher bis zu den äußerst denkbaren Grenzen gehen würden, um Roosevelt und Churchill zu entlasten.
Auch Churchill wußte dies; trotzdem hielt es für notwendig, Langer zu warnen und ihm mit einer gerichtlichen Verfolgung zu drohen, falls er es wagen sollte, von den Kent-Dokumenten irgendwelchen Gebrauch zu machen.
Ob und wann diese Dokumente den Forschern, die nach der Wahrheit suchen, zugänglich gemacht werden, weiß niemand; wir können aber sicher sein, daß das Urteil der Historiker Beard, Tansill, Sanborn, Chamberlin und Morgenstern sich geradezu wie eine Entschuldigungsrede für die Roosevelt-Churchill ausnehmen wird angesichts der Tatsache, die in den Kent-Dokumenten ihren Niederschlag gefunden haben. Leider ist diese wichtige Quelle - falls sie überhaupt noch besteht - zusammen mit Roosevelts Mitteilungen an Eden im Dezember 1938 und an Georg VI. im Juni 1939 vielleicht das am schärfsten bewachte Geheimnis in unseren nationalen Archiven und in der Roosevelt-Bücherei.
Vielleicht hält man mir vor, daß ich die Kent-Dokumente nicht habe lesen können und deshalb auch nicht darüber sprechen dürfe. Aber - abgesehen davon, daß man sie nicht gelesen zu haben braucht, um zu begreifen, daß sie den Forschern schon längst zugänglich gemacht worden wären, wenn sie brauchbare Angaben zur Entlastung Roosevelts enthielten - weiß ich mehr über diese Dokumente als manch andere. Ich hatte eine tagelange Aussprache mit Tayler Kent unmittelbar nachdem er aus seiner gesetzwidrigen Haft in England entlassen und nach Amerika zurückgekehrt war, und auch später habe ich noch widerholt mit ihm sprechen können.
Nur die Bundesgesetze machen es sowohl Mr. Kent wie mir selber zunächst unmöglich, über den Inhalt dieser Dokumente weiteren Aufschluß geben.

Die letzten Friedenstage

Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt

Am 22. 8. 1939 sandte Neville Chamberlain ein Schreiben an Hitler - offensichtlich unter dem Eindruck der sich in Moskau abzeichnenden Ereignisse -, in dem er in allgemeinen Wendungen die Bündnispflicht Großbritanniens gegenüber Polen und die Notwendigkeit vertrauensvoller Aussprachen unterstrich, ohne jedoch hiermit konkrete Schritte, wie sie unerläßlich geworden waren, vorzuschlagen. Hitler wies in seiner Antwort auf die Ursachen der deutsch-polnischen Spannung hin und machte darauf aufmerksam, daß sich Polen zu neuen Provokationen veranlaßt sehen werde, wenn sich die britische Regierung weiterhin vorbehaltlos hinter diese Ausschreitungen stelle und in Warschau nicht ihren Einfluß zur Schaffung einer »Atmosphäre des Vertrauens« geltend mache.

Bereits an diesem Tage war offensichtlich geworden, daß die britische Regierung die Verhandlungen "völlig ins Stocken gebracht" hatte, die in einer geheimen Konferenz vom 7. 8. an der deutsch-dänischen Grenze eingeleitet worden waren. In jener Besprechung auf dem Gut des schwedischen Industriellen Birger Dahlerus nahmen Hermann Göring, General Bodenschatz, ein Dolmetscher und sieben englische »Geschäftsfreunde« von Dahlerus teil. Ihr Ergebnis war die Zustimmung Hitlers für eine geheime Viermächtekonferenz.[1]

Am 23. 8. unterzeichnete Reichsaußenminister v. Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Dieser Pakt war nicht vorherzusehen gewesen. Hitler hatte ihn abgeschlossen, da die monatelangen britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen, die durch die Entsendung von Militärmissionen nach Moskau Ende Juli einen für Deutschland bedrohlichen Charakter annahmen, ihn vor die Alternative stellten, entweder diese massive Bündniskoalition hinzunehmen oder sie auf diplomatischem Wege zu zerbrechen. Diese alliierten Versuche schlossen expansives. Vorgehen der Sowjets in Mitteleuropa ein. Großbritannien und Frankreich waren bereit, faktisch die baltischen Staaten, Polen und Rumänien gegen den Willen dieser Völker und Regierungen den Sowjets zu überschreiben,[2] in Kenntnis der "Risiken und Nachteile, die die Erlaubnis für sowjetische Truppen auf polnischem Boden mit sich bringen." [3]

Es ist erschütternd festzustellen, daß sich der französische Außenminister Bonnet am 23. 8. der Lüge bedient, die Zustimmung Polens zu dem Durchmarsch russischer Truppen durch polnisches Territorium London gegenüber zu behaupten, und daß Halifax diese Lüge erkennt und dennoch dem britischen Delegationschef in Moskau, Admiral Drax, eine Note zuleitet, er solle sich den Erklärungen des französischen Generals Doumenc anschließen.[4]

(Im Juli 1940, nach Wiederaufnahme dieser Kontakte, empfahl der britische Botschafter in Moskau, Cripps, auf Anregung seiner Regierung Stalin auch die Inbesitznahme des Balkans und von Reservaten in den Dardanellen).[5] Die britische Garantie an Polen, die lediglich die deutsch-polnische Grenze betraf, war angesichts der so arrangierten Sachlage als üble Heuchelei zur Tarnung kriegerischer Absichten entlarvt. Der britische Botschafter in Berlin, Henderson, gab in einem Schreiben an Lord Halifax vom 22. 8. 1939 zu, daß Hitler von England zu diesem Schritt in Moskau gezwungen worden sei:

"Aber ich kann nicht sagen, daß ich überrascht war, da ich schon immer gefühlt habe, daß unsere Politik mit Polen nur dahingehend enden würde, Deutschland und Rußland zusammenzubringen. Schließlich kann man nicht Deutschland dafür tadeln. ..." [6]

Nach Kenntnis dieser Fakten kann Hitler nicht die Schuld zugeschrieben werden, daß der von ihm abgeschlossene Nichtangriffsvertrag mit Moskau ebenfalls

Veränderungen in Rechnung stellt; die im Geheimen Zusatzprotokoll ihren Ausdruck in einer Abgrenzung der Interessensphären "für den Fall territorialer Veränderungen" fanden. Dennoch war der Nichtangriffspakt mit Stalin im Gegensatz zu den alliierten Versuchen kein militärisches Bündnis. Hitler hatte ihn auch nicht in der Absicht abgeschlossen, um Krieg zu entfesseln. Das Bemühen Hitlers und des Reichsaußenministers v. Ribbentrop, aber auch des Generalfeldmarschalls Göring im außerdiplomatischen Verfahren vom 23. 8. bis 1. 9. 1939 blieb darauf gerichtet, unter Ausnutzung der Wende mit Moskau ein freundschaftliches Verhältnis zu England und einen Ausgleich mit Polen zu erreichen, was die Reichsregierung Stalin, aber auch Herrn Chamberlain mitgeteilt hatte.[7] Auch die Tatsache, daß Ribbentrop die Sowjets gebeten hatte, Truppen an der polnischen Grenze zu massieren, ist nur so zu verstehen, daß Polen durch diese Demonstration zum Nachgeben und somit zur friedlichen Regelung veranlaßt werden sollte.[8] Weder gab es vor Kriegsbeginn Pläne für ein gemeinsames Vorgehen gegen Polen, noch bemühte sich die Reichsregierung bis zur Kriegserklärung Englands und Frankreichs an Deutschland, die UdSSR zu einem Eingreifen im Konflikt mit Polen auf deutscher Seite zu bewegen. Diese Tatsachen widerlegen die These, daß der Nichtangriffspakt deutscherseits die Vernichtung Polens oder überhaupt die Entfesselung eines Krieges bezweckt habe.[9]
"Um der historischen Wahrheit willen sollte man ausdrücklich festhalten, daß Stalins erster Anbiederungsversuch vom 10. März (19391 in Deutschland wohl registriert und auch richtig verstanden wurde, daß deutscherseits aber darauf keine entsprechende Reaktion erfolgte. Erst nach der anglo-französischen Garantieerklärung für Polen und nach den polnischen Ausschreitungen gegen alles Deutsche sieht Hitler in Stalin einen möglichen Bundesgenossen." [10]
Der ehemalige Staatssekretär Meißner erklärte zu den Motiven Hitlers:
"Hitler war, soweit man aus seinem persönlichen Verhalten und seinen Äußerungen schließen kann, beim Abschluß des Moskauer Paktes von der Notwendigkeit und dem längeren Bestand der deutsch-russischen Zusammenarbeit überzeugt und bereit, die ideologischen Gegensätze zwischen dem Nationalsozialismus und dem Bolschewismus aus real-politischen Gründen zurückzustellen. Ich war Zeuge mehrerer Unterhaltungen, in denen Hitler führende Parteigenossen in eindringlichen Worten von der Richtigkeit seines Entschlusses zu überzeugen suchte." [11]
Gleichermaßen der ehemalige Botschaftsrat Hilger:
"Was Hitler betrifft, so scheint er in den nach Abschluß der Verträge folgenden 5 - 6 Monaten geglaubt zu haben, daß sie nicht nur ihren unmittelbaren Zweck erfüllen, sondern auch auf Jahre hinaus die Grundlage eines für beide Teile vorteilhaften Verhältnisses bilden würden. Ich bin im Besitz zuverlässiger Informationen darüber, daß Hitler sich in diesem Sinne im Winter 1939 - 1940 seinen nächsten Mitarbeitern gegenüber des öfteren geäußert hat. Der Gedanke, daß Stalin ein durch den Krieg geschwächtes Deutschland zu gegebener Zeit unter Druck setzen könnte, hatte Hitler zu jener Zeit offenbar noch nicht beunruhigt. Er schien vielmehr damals fest überzeugt, daß die militärische Überlegenheit Deutschlands auf lange Dauer sichergestellt sei und daß Stalin schon aus diesem Grund sich gezwungen sehen würde, an den bestehenden Verträgen festzuhalten." [12]

Quellennachweise :

[1] B. Dahlerus "Der letzte Versuch" S. 46 - 48. + Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VI S. 743 f + 751 f; die Dahlerus-Gespräche begannen bereits im Juli.
[2] M. Freund «Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten« Bd. III S. 96 - 124 + I. Colvin "Vansittart in Office" S. 336 + K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 69.

[3] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 91.
[4] M. Freund "Weltgeschichte der Gegenwart in Dokumenten" Bd. III S. 124.
[5] A. Seidl "Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939 - 1941" S. 195.
[6] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 158.
[7] B. Dahlerus "Der letzte Versuch" S. 53.
[8] ADAP VII Dok. 360.
[9] Ph. Fabry "Der Hitler-Stalin Pakt 1939 - 1941" S. 123 - 123. + A.J.P. Taylor "The Origins of ihe Second World War" S. 262.
[10] K. Zentner "Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges" S. 66.
[11] O. Meißner "Staatssekretär unter Ebert, Hindenburg. Hitler" S. 514.
[12] G. Hilger "Wir und der Kreml" S. 290.

Der Marschbefehl vom 23. August

Die Lage wurde durch das Abkommen freilich entscheidend verändert. Die Schockwirkung, die der Vertrag - der ja den Fehlschlag der britisch-französisch-sowjetischen Verhandlungen besiegelte - in den westlichen Ländern auslösen mußte, hat Hitler dadurch auszunutzen versucht, daß er am 23. 8. den Aufmarschplan gegen Polen mit dem 26. 8. terminierte.[13]
Generalfeldmarschall Keitel erklärte in seiner Niederschrift im Nürnberger IMT-Gefängnis,
"daß die Freigabe der Truppenbewegungen zur polnischen Grenze so abgestimmt war, daß nach einem Marsch während der Dunkelheit am 26. früh die Kampfhandlungen beginnen sollten." [14]
Am 23. August wurde nur
"das Einrücken in die Ausgangsstellungen für den Angriff am 26. August befohlen. Hierbei wurde von Hitler ausdrücklich angeordnet, daß das Anhalten des Heeres durch einen Gegenbefehl gewährleistet sein müsse. Dieser Gegenbefehl wurde am 25. August um 18.15 Uhr erteilt." [15]
Generalfeldmarschall Milch antwortete vor dem IMT in Nürnberg auf die Frage, ob er von dem ersten Angriff sbefehl gehört habe:
"Ja, davon habe ich gehört. D. h. es sollte nicht der Angriff stattfinden, um ganz korrekt zu sein, sondern es sollte eine Bereitschaft hergestellt werden für einen Angriff. Damit war das Wort ‚Angriff‘ noch nicht gegeben. Es ist also ein Unterschied noch." [16]
Da sich Hitler - wie alle Politiker, die dazu in der Lage sind - zur Durchsetzung seiner Ziele des militärischen Druckmittels zu bedienen pflegte und seinen Generalen den politischen Zweck der militärischen Maßnahmen verheimlichte, ist dieser Befehl vom 23. 8. trotz der scheinbaren militärischen Eindeutigkeit nicht als politisch endgültige Entscheidung zu betrachten. Die Bewertung der p o l i t i s c h e n Zielsetzung ist aber bei der Kriegsschuldfrage maßgebend!
Keitel berichtete über einen Brief Hitlers, den er Mussolini zum gleichen Zeitpunkt gesandt hatte:
"Hitler rechnete mit sofortiger Weitergabe des Briefinhaltes nach London durch sein so ‚vertrauenswürdiges‘ Außenamt. Der Brief sollte dort, nach Hitlers Vorstellung, den Ernst seiner Absichten deutlich machen, andererseits den wahren Zeitpunkt militärischen Handelns nicht preisgeben, so daß die Polen zwar gewarnt wurden, aber die beabsichtigte taktische Überraschung des Angriffes gewahrt blieb. Schließlich hatte Hitler mit der vorgerückten Zeitangabe die erhoffte englische Intervention zur Vermeidung des Krieges beschleunigen wollen, auf die er bestimmt rechnete und für die er die Unterstützung Mussolinis erwartet hatte." [17]
Es ist wahrscheinlich, daß Hitler gleichermaßen mit der Weitergabe seiner militärischen Entscheidungen an England rechnete - Deutschland war als "offenes Land" gegen Spionage keineswegs so abgeschirmt wie die UdSSR - und damit eine

ernsthafte Initiative Londons für einen Kompromiß zu erzwingen suchte. Auch muß man in Erwägung ziehen, daß Hitler die Funktionsfähigkeit der Wehrmacht im höchsten Alarmzustand überprüfen wollte. In jedem Fall, und hierin stimmen die Aussagen aller Beteiligten weitgehend überein, hatte Hitler mit seinem militärischen Befehl vom 23. 8. unter Ausnutzung - wie gesagt - der Schockwirkung des Nichtangriffspaktes mit der UdSSR die politische Absicht verbunden, England und Polen an den Verhandlungstisch zu bekommen. Diese Rechnung ist jedoch nicht aufgegangen.
Generalfeldmarschall von Manstein bestätigt diese Grundhaltung:
"Die militärischen Maßnahmen jedenfalls, die im August 1939 getroffen wurden, konnten - trotz des Aufmarschplans »Weiß« - durchaus dazu bestimmt sein, den politischen Druck auf Polen zu verstärken, um es zum Nachgeben zu bewegen. Seit dem Sommer wurde auf Befehl Hitlers fieberhaft an einem »Ostwall« gearbeitet. Ganze Divisionen, darunter auch die 18. Division, wurden in stetem Wechsel jeweils für einige Wochen an die polnische Grenze verlegt, um an diesem Ostwall zu arbeiten. Was sollte dieser Aufwand, wenn Hitler Polen angreifen wollte? Auch für den Fall, daß er — entgegen allen seinen Versicherungen - die Möglichkeit eines Zweifrontenkrieges in Betracht zog, wäre dieser Ostwall fehl am Platze gewesen. Denn in einem solchen Falle wäre es immer für Deutschland das einzig Richtige gewesen, zunächst Polen angriffsweise niederzuwerfen, während es im Westen defensiv blieb. Die umgekehrte Lösung, Offensive im Westen, Defensive im Osten, konnte nach den derzeitigen Kräfteverhältnissen gar nicht in Frage kommen. Auch bestanden für eine West-Offensive keinerlei Pläne, noch wurden irgendwelche Vorbereitungen dafür getroffen. Wenn also der Bau des »Ostwalls« in der damals gegebenen Lage einen Sinn zu haben schien, so doch wohl nur den, durch größere Truppenansammlungen an der polnischen Grenze einen Druck auf Polen auszuüben. Auch der im letzten Drittel des August einsetzende Aufmarsch der Infanterie-Divisionen auf dem östlichen Oderufer und die Heranführung der Panzerund motorisierten Divisionen in Bereitstellungsräume vorerst westlich der Oder brauchte keine wirkliche Angriffsvorbereitung, sondern konnte ein politisches Druckmittel sein." [18]
Die große Enttäuschung des 25. 8. für Hitler war, daß Mussolini sich nicht im Sinne seiner Absichten verhielt. Keitel berichtete darüber aus der Erinnerung:
"Dann aber kam erst die tiefste Ursache seiner Enttäuschung über Mussolinis »Verrat« zutage. Er sagte etwa: ‚Selbstverständlich hat London längst Nachricht, daß Italien nicht mitmachen will, nun wird Englands Haltung sich sofort entschieden versteifen und (England) wird Polen den Rücken stärken. Der politische Erfolg meines Briefes ist genau das Gegenteil meiner Erwartungen‘." [14]
Mussolini hatte inzwischen in seiner Antwortnote, die Botschafter Attolico am 25. 8. nachmittags Hitler überbrachte, die Erfüllung seiner Bündnisverpflichtungen von unerfüllbaren Lieferungen aus Deutschland abhängig gemacht: 6 Mill. t Kohle, 2 Mill. t Stahl, 7 Mill. t Ö1 usw., dazu 150 Flakbatterien. Hitler mußte nach dieser Antwort damit rechnen, daß England von der Haltung Italiens informiert war und nun erst recht jeden Kompromiß ablehnen würde. Unmittelbar darauf erhielt Hitler auch wirklich die telegraphische Nachricht, daß sich Großbritannien in einem erweiterten Garantievertrag noch enger als bisher an Polen gebunden hatte.
Der politische Zweck der militärischen Maßnahmen war damit hinfällig geworden. Der Marschbefehl wurde sofort zurückgezogen.
Hitler hatte keine militärische Teilnahme Italiens am Polen-Konflikt erwartet oder gewünscht, lediglich die po1itische Solidarität des Achsenpartners. Die politische Brüskierung durch Italien, die um so empfindlicher war, da England von der

unbedingten Neutralität Italiens sofort verständigt wurde, hat Hitler vornehmlich im Hinblick auf die unvermeidliche Verhärtung der britischen Position und die unmittelbaren Folgen erschüttert. Chamberlain hat am 22. 8. erneut die Vertragsbindung gegenüber Polen unterstrichen; — von dieser Bindung konnte Hitler am 25. 8. nicht betroffen sein. Hitler war sich von vornherein bewußt, daß er die polnisch-britische Front nicht aufspalten konnte. Das geht aus allen diesbezüglichen Dokumenten hervor. Er hatte den Bereitschaftsbefehl am 23. 8. in Kenntnis dieser Umstände erlassen; er zog ihn zurück, faktisch unter den gleichen Umständen: Nichtbeteiligung Italiens, Bündnisversprechen Englands gegenüber Polen sowie ausbleibende Vermittlung Londons. Ja, er zog ihn zurück, obwohl Polen am 23. 8. beschlossen hatte, "einen großen Teil des Heeres (3/4) auf Kriegsstärke zu bringen".[19]
Dieser Sachverhalt erweist, daß der Befehl vom 23. 8. den politischen Zweck verfolgte, unter dem Druck sich anbahnender militärischer Entscheidungen Verhandlungen zu erzwingen. Ohne diesen Druck hatte sich ja monatelang keine Verhandlung anbahnen lassen, im Gegenteil: die Provokationen Polens hatten unentwegt zugenommen! Auch Henderson sah am 24. 8.
"keinerlei Hoffnung mehr, Krieg zu vermeiden, wenn nicht der polnische Botschafter instruiert wird, heute oder spätestens morgen um eine persönliche Unterredung mit Hitler nachzusuchen." [20]
Weitere Indizien sprechen dafür, daß der Marschbefehl vom 23. 8. diesen politischen Zweck verfolgte:
a) Während die "Weisung Nr. 1 für die Kriegführung" vom 31. 8. 1939 im Wortlaut vorliegt und immerhin recht umfangreich ist, ist vom Angriffsbefehl des 23. 8. keine schriftliche Unterlage bekannt. Es war aber in der deutschen Wehrmacht nicht üblich, einen solchen entscheidenden Befehl lediglich mündlich zu erteilen.
b) Hitlers Plan "Fall Weiß" sah als frühesten Termin den 1. 9. 1939 vor; eine Vorverlegung hätte viele operative Änderungen notwendig gemacht, von denen jedoch nichts bekannt ist.
c) Am 25. 8. standen z. B. die deutschen Truppen an der Westfront noch nicht in ihren Verteidigungsräumen — was erst für den 1. 9. vorgesehen war. Es sind keine Befehle bekannt, die eine vorzeitige Besetzung dieser Verteidigungsanlagen vorgesehen hätten.[21]
d) Wurden Vorausmaßnahmen in sich steigerndem Umfang bereits am 18. 8. ausgelöst, so erging von Berlin der Befehl für die getarnte Mobilmachung erst in den Mittagstunden am 25. 8..[22] Diese getarnte Mobilmachung, die so durchgeführt werden sollte, daß sie keine außenpolitische Verschärfung zur Folge haben könne, wurde also unabhängig vom Marschbefehl des 23. 8. angeordnet und verfolgte somit auch ein anderes politisches Ziel; sie war nicht mit einem Vormarschbefehl gekoppelt, der Marschbefehl vom 23. 8. hingegen nicht mit der getarnten Mobilmachung.
Es bestand also für Hitler kein Anlaß, den Marschbefehl vom 23. 8. am 25. 8. rückgängig zu machen, wenn er ernst gemeint gewesen wäre; denn die Haltung der Gegner hatte sich seit dem 23. 8. nicht geändert. Wenn er vorher zu marschieren bereit gewesen wäre, hätte er auch am 25. 8. marschieren müssen. Da er nicht marschiert ist, muß die politische Ernsthaftigkeit des Marschbefehls vom 23. 8. bestritten werden. Die Frage bleibt: Hätte Hitler auch dann den Marschbefehl in letzter Minute zurückgezogen (dies war am 25. 8. mittags geschehen),[23] wenn Großbritannien am 25. 8. überhaupt nichts unternommen hätte? Sie ist nicht eindeutig beantwortbar, weil für diesen hypothetischen Fall die Nachweise fehlen. Das einzige Indiz, das dafür spricht, daß er ihn auch in diesem Fall zurückgezogen hätte, dürfte Hitlers Bündnisangebot an Großbritannien vom Mittag des 25. 8. sein. Auf gar keinen

Fall nämlich war zu erwarten, daß Großbritannien dieses Angebot aufgreifen könnte, wenn bereits am nächsten Tag deutsche Truppen in Polen einmarschierten. Dieses Angebot in letzter Minute kann auch nicht als militär-taktisches Ablenkungsmanöver gedeutet werden, da England ohnehin nicht in der Lage war, beim Einmarsch deutscher Truppen in Polen sofort militärisch einzugreifen, und da zudem anzunehmen war, daß Polen über den Marschbefehl der Wehrmacht ebenfalls bereits informiert war und somit nicht abgelenkt werden konnte. Jedenfalls verständigte Hitler am 25. 8. um 13.30 Uhr den britischen Botschafter Henderson davon, daß er nach Bereinigung des deutsch-polnischen Problems mit einem großzügigen Bündnisangebot an Großbritannien herantreten werde. Daß ein solcher Plan nur bei einer friedlichen "Bereinigung des deutsch-polnischen Problems" erfolgversprechend sein konnte, versteht sich von selbst. England sollte in Anbetracht dieser von Hitler gebotenen Aussichten über eine zukünftige deutsch-englische Zusammenarbeit helfen, Polen zum Einlenken zu bewegen. Es ist weder von Chamberlain noch von Henderson vermerkt worden, daß Hitler eine "kriegerische Bereinigung" gemeint hatte oder hätte meinen können.
Vielmehr waren diese Männer der Überzeugung, daß die Polen zur Vernunft gerufen werden sollten und nicht die Deutschen.[24]
Im übrigen bestätigt Chamberlains Biograph K. Feiling, daß auch der britische Premier Hitlers Angebot an England vom 25. 8. 1939 - trotz Kenntnis des militärischen Bereitschaftszustandes in Deutschland- unter der Voraussetzung einer fried1ichen Regelung mit Polen verstand:
"Die Unterredungen mit Hitler und Göring hinterließen den Eindruck, wahrscheinlich mit Absicht, daß es möglich sei, Hitler zu überreden, eine friedliche und vernünftige Lösung der polnischen Frage anzunehmen, um eine deutsch-englische Übereinkunft zu treffen, was er (Hitler) unentwegt als seine größte Sehnsucht bezeichnete." [25]

Quellennachweise :

[13] IMT XXVIII S. 389.
[14] W. Görlitz "Generalfeldmarschall Keitel Verbrecher oder Offizier?" S. 211.
[15] F. Lenz "Nie wieder München" Bd. 1, S. 304.
[16] Wilhelmstraßenprozeß, Fall XI, Prozeßprotokoll Bd. 77, S. 25558.
[17] W. Görlitz "Generalfeldmarschall Keitel Verbrecher oder Offizier?" S. 210.
[18] E. v. Manitein "Verlorene Siege" S. 17 - 18.
[19] Gelbbuch der Französischen Regierung Nr. 219 + Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 238.
[20] Doc. on British Foreign Policy 1919 - 1939 Vol. VII Doc. 241.
[21] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 270.
[22] IMT Bd. XXX Doc. 2353 - PS S. 263. + ADAP Bd. VI! S. 253. + B. Müller-Hillebrand "Das Heer 1939 - 1945" Bd. II S. 15.
[23] Über die genaue Uhrzeit der Rücknahme dieses Befehles sind keine eindeutigen Dokumente der Forschung zugänglich gemacht worden. Vergl. ADAP Bd. VII S. 470. + NATION EUROPA 5/1963 "Die Legenden um Hitlers Angriffsbefehl vom 25.8.1939".
[24] A. J. P. Taylor "The Origins of the Second World War" S. 272 u. 275 u. a.
[25] K. Feiling "The Life of Neville Charnberlain" S. 416 - 417.

Die öffentliche Meinung im Deutschen Reich zu Danzig,Krieg und Polen

Die öffentliche Meinung in Deutschland zum Nachbarvolk im Osten, zu den nach dem Weltkrieg verlorenen Gebieten und zu einer möglichen Auseinandersetzung um Danzig, Westpreußen und Oberschlesien fällt vor dem Zweiten Weltkrieg selbstverständlich noch ganz anders aus, als nach der Katastrophe des 1945 verlorenen Krieges. Vor 1939 sind Zustimmung oder Ablehnung zur deutschen Außenpolitik gegenüber Polen im wesentlichen von den Ansichten geprägt, die die Mehrheit der Bevölkerung ganz allgemein zu der Zeit über die Politik des Diktators Hitler hat. Und die beschreibt der 1938 nach England emigrierte Journalist Sebastian Haffner in seinem Nachkriegsbuch „Anmerkungen zu Hitler" ganz treffend dem Sinne nach wie folgt:
„Die .positiven Leistungen' Hitlers haben Deutschlands Bevölkerung zu der Zeit unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu Arbeiterschaft oder Bürgertum und unabhängig von ihren früheren Bindungen an KPD, SPD, Zentrum oder wen auch immer in eine , Hitleranhängerschaft und Führergläubigkeit' versetzt, die einer gesunden Kritik so gut wie keinen Spielraum läßt. Die Liste hitlerscher Leistungen ist inzwischen lang und respektabel. Man hält ihm ein Wirtschaftswunder ohne Inflation inmitten einer anhaltenden weltweiten Depression zugute. ‚Aus schreiender Not und Massenelend' so Sebastian Haffner, ‚war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Die Versailler Strafauflagen sind weitgehend außer Kraft gesetzt. Das Saarland und das Memelland gehören wieder zum Reich, ebenso die Österreicher, die den Anschluß in zwei Volksabstimmungen selbst gefordert hatten, und die Sudetendeutschen. Krieg hat es deswegen wunderbarerweise nicht gegeben. So ist die deutsche Bevölkerung, was die hitlersche Regierungszeit bis Kriegsbeginn betrifft, erfolgsverwöhnt und voll Vertrauen. Die Negativseite der Bilanz mit der Verfolgung politisch Andersdenkender und mit den Verbrechen gegen Minderheiten fremder Abstammung tritt nicht so klar zu Tage und wird als nicht so schwer bewertet, daß sie die Erfolge und das Vertrauen schmälert."
So weit Haffners „Anmerkungen zu Hitler". Mit dieser Beschreibung schildert der Emigrant Haffner, wie interessierte Bürger 1939 die Situation im eigenen Lande und die Position des Deutschen Reiches in der Welt empfunden, gesehen und bewertet haben. Das hilft, die Frage zu beantworten, warum das deutsche Volk die Außenpolitik, die zur Kriegseröffnung führt, so akzeptiert hat, wie es das im späten Sommer des Jahres 1939 tut. Haffner widersteht der Versuchung, sein Nachkriegswissen von Verlauf und Ende dieses Krieges in die Betrachtung der Menschen von 1939 einzufügen. Er beschreibt allein, was man in Deutschland damals denkt.
In der positiven Grundstimmung jener Zeit folgt das deutsche Volk seinem ersten Politiker auf dem Weg in die große Katastrophe, die wir heute den Zweiten Weltkrieg nennen. Für den deutschen Normalbürger von 1939 ist der damalige Beginn eines neuen Krieges zunächst nur ein letzter, noch ausstehender Schritt, die unberechtigten Sanktionen und die Völkerrechtsbrüche von Versailles zu beenden. Dieser letzte Schritt soll der Befreiung der deutschen Landsleute dienen, die seit 20 Jahren gezwungenermaßen unter polnischer Herrschaft leben müssen. Daß dieser Schritt zur endgültigen Überwindung von Versailles auch der erste in eine ganz andere Richtung ist, die zuerst zum neuen Weltkrieg und dann 1945 zu einer weiteren Niederlage führt, kann man damals noch nicht wissen. Daß trotzdem nicht wenige Menschen schon 1939 bange Ahnungen hegen, heißt nicht,

daß sie mit Klarheit wissen, was sich aus dem Streit mit Polen noch entwickelt.
Bis 1939 wirken ganz andere Faktoren auf die öffentliche Meinung als ab Beginn des Krieges. Als erstes sind da Hitlers Reden, in denen der „Führer“ seinen Friedenswillen immer wieder suggestiv betont. Er sagt so oft, daß man es ihm glaubt, daß er die Leiden des Krieges aus eigener, bitterer Erfahrung kennt, und daß er dem Frieden in Europa dienen wolle. Zum zweiten, bei aller Pokerei, die man auch damals schon bei Hitler sehen kann, spricht für seine Außenpolitik, daß er von der Angliederung des Saargebietes über die Besetzung des Rheinlandes, bis zum Anschluß Österreichs und der Sudetenlande, ja selbst bei der unrechtmäßigen Besetzung der Rest-Tschechei immer ohne Krieg und Blutvergießen ausgekommen ist.
Zum dritten registriert die Bevölkerung bei der Lösung der damals anstehenden Danzig-Frage durchaus, daß Hitler als erster Nachkriegskanzler auf die Heimkehr Westpreußen-Pomerellens und die Korrektur der Grenzen innerhalb Oberschlesiens verzichtet, und daß Posen für ihn schon längst kein Thema mehr ist.
Das Deutsche Reich hätte nach dem seit 1918 anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker genauso seine Interessen an den bis 1919 überwiegend deutsch geprägten und bewohnten Teilen Westpreußens und Oberschlesiens geltend machen können. Die Selbstbeschränkung auf Danzig, die sich Adolf Hitler augenscheinlich gegenüber der polnischen Regierung auferlegt, und die Gewißheit, daß Danzig deutsch und nicht im geringsten polnisch ist, macht die Menschen in ganz Deutschland glauben, daß Hitler den Streit mit Polen um eine durch und durch gerechte Sache führt.
Der vierte Faktor, der die öffentliche Meinung 1939 für Hitlers Haltung gegenüber Polen einnimmt, ist der Informationsstand der Menschen zur Danzig-Lage und zu den Verkehrsproblemen auf den Transitstrecken in das abgetrennte Ostpreußen. Jedermann in Deutschland weiß, daß Danzig ein halbautonomes Gebiet unter Aufsicht des Völkerbunds geworden ist und nicht ein Teil des Staates Polen. Jeder weiß, daß die Danziger Bevölkerung in den vergangenen Jahren mehrmals Volksabstimmungen gefordert hat, und daß sie dem „eigenen“ Lande angeschlossen werden möchte. Jedermann hat davon Kenntnis, daß Polen selbst Ansprüche auf den halbautonomen Freistaat erhebt und Krieg für den Fall der Angliederung Danzigs an das Reich angekündigt hat. Jeder kennt die Berichte von den Zuständen auf den Transitwegen durch den Korridor, von verplombten Zügen, Zollschikanen, Gewehrschüssen auf Personenzüge und von den Versuchen polnischer Flak-Batterien, Lufthansamaschinen abzuschießen.
Was als fünftes schlimmer noch als Danzig wirkt, ist die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen. Das Schicksal der deutschen, die in den abgetrennten Gebieten geblieben und nicht abgewandert sind, gleicht dem der Kosovo-Albaner im Jugoslawien der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. So wie die Freie Welt im Jahre 1999 glaubt, die Drangsal und Verfolgung der Kosovaren nicht länger tatenlos mit ansehen zu dürfen und deshalb einen Krieg gegen Serbien beginnt, so glaubt auch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung im Jahre 1939, daß sie die Leiden ihrer Landsleute in Polen nicht weiter dulden darf. So folgt sie Hitler zwar mit Bangen, doch auch mit dem Glauben an die „gerechte Sache“ in den Krieg.
Ein sechster Grund, der zur Solidarisierung der Bevölkerung bei Kriegsbeginn mit Hitler führt, ist das Bild, das man sich vom Ausland macht. Der sogenannte Friede von Versailles steht im krassen Gegensatz zu den moderaten Friedensschlüssen der Deutschen in den vergangenen hundert Jahren. Die Bedingungen der Friedensschlüsse sind 1815 mit Frankreich, 1866 mit Österreich und 1872 wiederum mit Frankreich ausgehandelt worden und nicht diktiert. Keines der unterlegenen

Länder ist je entwaffnet und ausgeplündert worden. Keinem ist nachträglich die Alleinschuld am Kriegsausbruch wie ein Urteilsspruch zudiktiert worden. Keinem der besiegten Völker wurde nach der Niederlage die kollektive Ehre aberkannt. Die Deutschen kennen nach dem Ersten Weltkrieg durchaus noch die Vorgeschichte dieses Krieges im Detail. Sie bewerten Versailles als das, was es nach ihrem Kenntnisstand ohne jeden Zweifel ist: ein Akt der Rache Frankreichs, der Bereicherung Englands, der Naivität Amerikas und ein Judaslohn für das ehemals verbündete Italien, insgesamt ein Rückfall in die Zeit der Barbarei. Großbritannien und Frankreich sind nach dieser Vorgeschichte für die Deutschen von 1939 keine Mächte, denen man noch traut. Wenn Hitler England und Frankreich vor dem Krieg oft unklug vor den Kopf stößt, muß er nicht mit der Kritik breiter Bevölkerungsschichten im eigenen Lande rechnen. Es sind meist nur Diplomaten, Politiker und hohe Offiziere, die sehen, wohin das alles führen kann.
Ein siebter Faktor ist sicherlich die Erfahrung der Jahre seit dem Krieg. Weder die Sieger noch der Völkerbund haben den besiegten Deutschen von sich aus die Hand zur Versöhnung hingehalten. Viele Siegerstaaten haben statt dessen ihre Versailler Abrüstungsverpflichtungen nicht eingehalten. Frankreich hat zudem in der Zeit, in der Deutschland militärisch so gut wie wehrlos ist, ein Netz von Militärverträgen mit Deutschlands Nachbarstaaten um das Reich gelegt. In der Zeit vor Hitler haben England, Frankreich und Amerika den demokratisch legitimierten Reichsregierungen kein einziges territoriales Zugeständnis eingeräumt, das den Deutschen die Nachkriegsordnung von Versailles hätte erträglich machen können.Vor diesem Hintergrund sind Hitlers Brachialmethoden erst einmal attraktiv geworden. So nimmt es nicht Wunder, daß man in Deutschland 1939 und im Falle Danzigs ganz besonders die Selbsthilfe für eine legitime und probate Form des Umgangs unter Staaten hält. Was aus heutiger Sicht so brachial wirkt, ist für die Menschen in den 30er Jahren nur das konsequente Durchsetzen des Selbstbestimmungsrechts, das den Deutschen zusteht wie allen anderen Völkern. Diese Sicht der Deutschen ist übrigens auch klugen Briten damals durchaus nicht völlig unverständlich. So schreibt Englands Botschafter in Berlin Sir Henderson schon bald nach Kriegsbeginn mit offensichtlichem Bedauern:
„Die Nachkriegserfahrung hatte Nazi-Deutschland unglücklicherweise gelehrt, daß man ohne Gewalt oder Androhung von Gewalt nichts erreichen konnte.“
Fast niemand im Deutschen Reich will 1939 einen neuen Krieg. Die Schrecken des vergangenen sind längst noch nicht vergessen. Doch fast jedermann möchte, daß die ungelösten Probleme mit den Polen bald geregelt werden. Die Mehrheit der Deutschen hofft zunächst auf die deutsch-polnischen Verhandlungen und danach auf Hitlers Methode, mit dem Militär zu drohen. Als der Erfolg versagt bleibt, und Hitler den Befehl zum Angriff gegen Polen gibt, akzeptiert die Mehrheit aller Bürger diesen neuen Krieg, von dem sie bis zuletzt gehofft hat, er bliebe ihr erspart.

Polens Selbsteinschätzung am Vorabend des Krieges

Mit den britisch-französischen Garantieerklärungen im Rücken und im Vertrauen auf den versprochenen Großangriff der Franzosen gegen Deutschland im Falle eines Krieges wiegt sich die polnische Staatsführung im Frühjahr und Sommer 1939 in einer trügerischen Sicherheit. Aus polnischer Sicht sitzt Deutschland in einer Falle zwischen etwa 120 französischen und weiteren englischen Divisionen im Westen, der starken britischen Kriegsflotte auf den Meeren und 45 polnischen Divisionen im Osten. Außenminister Beck und mit ihm offensichtlich die Mehrheit der Regierung wiegen sich in der Illusion, daß die polnischen Streitkräfte der Wehrmacht überlegen sind, und daß sie die Wehrmacht im Zusammenwirken mit Briten und Franzosen schlagen werden.

Unmittelbar nach den englischen und französischen Garantie- und Hilfsversprechen berichtet Botschafter von Moltke über die polnischen Ansichten zu diesem Thema von Warschau nach Berlin:

„In dieser Selbstsicherheit und Überschätzung der eigenen militärischen Stärke, wie sie in der Presse zum Ausdruck kommt, liegt im Hinblick auf den polnischen Nationalcharakter eine Gefahr. Daß es sich hierbei nicht nur um Pressepropaganda handelt, zeigt eine verbürgte Äußerung, die der Vizekriegsminister Gluchowski in einer seriösen Unterhaltung getan hat, wobei er ausführte, die deutsche Wehrmacht sei ein großer Bluff, denn Deutschland fehlen die ausgebildeten Reserven, um seine Verbände aufzufüllen. Auf die Frage, ob er glaube, daß Polen im Ernst Deutschland überlegen sei, antwortete Gluchowski: ‚Aber selbstverständlich'."

Gmchowski steht mit dieser Einschätzung der Stärke Polens nicht allein. Am 15. Mai 1939, während der polnisch-französischen Militärverhandlungen in Paris, fragen Mitglieder der französischen Delegation den polnischen Kriegsminister General Kasprzycki, ob die polnischen Grenzbefestigungen einem deutschen Angriff standhalten werden. Er antwortet voll Selbstbewußtsein:

„Wir haben keine Befestigungen, denn wir gedenken einen Bewegungskriegzuführen und gleich bei Beginn der Operationen in Deutschland einzufallen."

Zwei Wochen vor Beginn des Krieges warnt der französische Außenminister Bonnet den polnischen Botschafter Graf Łukasiewicz vor der Stärke der deutschen Wehrmacht. Auch Łukasiewicz weist die Befürchtungen Bonnets mit der Bemerkung ab:

„Im Gegenteil, die polnische Armee wird vom ersten Tage an nach Deutschland eindringen."

In Polens Regierungskreisen haben sich offensichtlich Gerüchte über die ablehnende Haltung der Wehrmachtsführung gegenüber Hitlers Angriffsplänen herumgesprochen. Auch das nährt die Siegessicherheit in Polen. 18 Stunden vor Beginn des Krieges versuchen ein schwedischer Vermittler namens Dahlems und ein Diplomat der britischen Botschaft in Berlin in sozusagen letzter Stunde dem polnischen Botschafter Lipski ein weiteres Verhandlungsangebot Hitlers zu überbringen. Lipski macht deutlich, daß er es nicht zur Kenntnis nehmen will und sagt dem Briten:

„daß er in keiner Weise Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Er kenne die Lage in Deutschland nach seiner fünfeinhalbjährigen Tätigkeit als Botschafter gut. ...Er sei davon überzeugt, daß im Fall eines Krieges Unruhen in diesem Land ausbrechen und die polnischen Truppen erfolgreich gegen Berlin marschieren würden."

Selbst nach dem 23. August, an dem der für Polen so verhängnisvolle deutschsowjetische Vertrag geschlossen wird, schätzt Polens Außenminister Beck die Lage

seines Landes immer noch nicht richtig ein. Er bewertet den Pakt als eine Verzweiflungstat
der Deutschen, die nach seiner Meinung gegenüber den alliierten
Polen, Briten und Franzosen in einer schlechten Lage stecken.263 Beck ist durch
die überzogene Selbstdarstellung der polnischen Armee beeinflußt, durch die
aufgewühlte Kriegsstimmung der Bevölkerung gebunden und durch die antideutsche
Haltung der Medien in Polen so sehr festgelegt, daß ihm nun durch polnisches
Verschulden kein Spielraum in der Danzig-Frage offenbleibt. Die wenigen
mäßigenden Stimmen, die es trotzdem noch in Polen gibt, verhallen ohne
Wirkung. Am 23. August – das soll als Beispiel dienen – erscheint Graf Lubieński,
der Kabinettschef des polnischen Außenministers, aus Warschau in Berlin
und versucht, die drohende Krise zu entschärfen, indem er seinen Minister als
friedens- und verhandlungswillig, doch im Moment nicht handlungsfähig schildert.
Lubieński will Zeit für Beck gewinnen. Sein Argument:
*„Oberst Beck ist sich über die Lage durchaus im klaren. Er unterschätzt
keineswegs die Stärke der deutschen Armee, obwohl Marschall Rydz-
Smigfy ständig behauptet, er werde sie in einer neuen Schlacht bei Grunwald
in Stücke schlagen. Er kennt ebenfalls die Schwäche der französischen
und britischen Armee. Im übrigen bereitet ihm die zwischen
Deutschland und der Sowjetunion eingetretene Entspannung große Sorge.
Aber Sie müssen auch einsehen, daß die nationale Stimmung in Polen bis
zur Weißglut angefacht ist und kein Staatsmann heute das Zauberwort finden
kann, um die entfesselten Geister wieder zu beschwichtigen ...“*
Lubieńskis Mission bleibt bedauerlicher Weise ohne Wirkung. Beck zieht keine
Konsequenzen. Er verpaßt die Chance, den Status der Stadt Danzig zu Gunsten der
dafür angebotenen Garantie der Nachkriegsgrenzen Polens einzutauschen. Letzteres
ist immerhin über 20 Jahre lang das Ziel der polnischen Außenpolitik gewesen.
So glaubt in Polen die Mehrzahl der Offiziere, Diplomaten, Politiker und Medienmitarbeiter
am Tag vor Kriegsbeginn eher an den Einzug polnischer Truppen
in Berlin als an die baldige Eroberung der Hauptstadt Warschau durch die
Wehrmacht.

Die letzten Vermittlungsvorschläge

Der August 1939 wird zu einem in jeder Hinsicht heißen Monat. Briten, Polen,
Russen, Franzosen, Italiener, Deutsche, Amerikaner, Belgier, Schweden und der
Heilige Stuhl schüren je nach Interessenlage Feuer oder schleppen Wassereimer;
die einen für den Frieden, die anderen für das Selbstbestimmungsrecht des eigenen
Volkes oder für die eigene Besitzstandwahrung und letzten Endes die meisten
für den Krieg.
Der König der Belgier appelliert im Namen der Oberhäupter vieler kleiner Staaten
an Deutsche und an Polen, sich gütlich zu einigen und den Frieden für Europa
zu erhalten. Die Bemühungen des Heiligen Vaters vom Mai, die zerstrittenen
Mächte zu einer Friedenskonferenz zu rufen, sind bereits beschrieben. Die Italiener
stimmen sofort zu. Die Briten, die Franzosen und die Polen winken ab und
Deutschland antwortet, dann habe es wohl keinen Zweck. Im August folgt eine
Serie weiterer Konferenzversuche. Am 8. August schlägt der schwedische Vermittler
Dahlems ein geheimes deutsch-britisch-französisch-italienisches Gespräch
über eine friedliche Beilegung der Streitigkeiten vor. Das Deutsche
Reich, vertreten durch Minister Göring, sagt sofort zu. England läßt wissen, daß
mit einer englischen Antwort erst nach Ablauf einiger Zeit zu rechnen sei. Die
Briten und Franzosen verhandeln zu der Zeit mit den Sowjets in Moskau, um ein
Dreierbündnis gegen Deutschland abzuschließen. Man kann vermuten, daß London

erst den Vertrag mit Moskau in trockenen Tüchern haben will, ehe weitere
Gespräche auf dieser Ebene mit Berlin begonnen werden. So werden Zeit und
Chance vertan. Am 19. August scheitern die britisch-französisch-russischen Verhandlungen.
Dann sind es wieder die Engländer, die mit der deutschen Reichsregierung
verhandeln wollen. Das wird noch Thema dieses Buchs an späterer Stelle
sein.
Am 22. August bittet Frankreichs Premierminister Daladier US-Präsident Roosevelt,
eine Weltfriedenskonferenz nach Washington einzuberufen. Frankreich
werde zusagen und Hitler vermutlich absagen. Damit sei wenigstens „die
moralische Frage“ dieses Streits geklärt. Das Ergebnis dieses Vorschlags ist
nicht überwältigend. Am 24. August schickt Roosevelt eine Friedensbotschaft
an Hitler und den polnischen Staatspräsidenten Moscicki. Roosevelt bittet „für
eine bestimmte Zeit jegliche Aggression zu unterlassen“ und sich in direkten
Verhandlungen zu verständigen.Hitler, der genau das seit 9 Monaten ohne
Erfolg versucht, läßt Roosevelt ohne Antwort. Moscicki schreibt zurück, es sei
nicht Polen, das hier etwas haben wolle. Kein Wort dabei zu Danzig oder zu
den erbetenen exterritorialen Transitwegen.Der letzte noch erwähnenswerte
Vermittlungsvorschlag kommt von Mussolini.
Am 31. August, dem Tag vor Kriegsbeginn, lädt der „Duce“ die Regierungschefs
Deutschlands, Polens, Frankreichs und Englands zu einer Friedenskonferenz für
den 5. September ein. Als Hauptverhandlungsthema schlägt er vor, die Bestimmungen
des Versailler Vertrages als Ursprung der gegenwärtigen Krise zu überprüfen.
Dies ist der erste Vorschlag, der den Ursachen der Kriegsgefahr an ihre
Wurzeln geht, doch der Vorschlag kommt zu spät. Der in Versailles gesäte Völkerstreit
hätte bei Zeiten von denen aus der Welt geschaffen werden müssen, die
ihn eingefädelt haben. Statt dessen versteift man sich in Frankreich und in Polen
auf die Versailles-Positionen. England verdirbt mit seiner Garantie für Polen die
letzte Chance, daß die Polen sich bewegen. Und man überläßt es Hitler, die Schäden
von Versailles über mehrere Jahre Stück für Stück abzutragen, bis er damit
soviel Erfolge, Übung und Erfahrung hat, daß er den Krieg mit Polen wagt.
Am Tag des Mussolini-Vorschlags hört die deutsche Funkaufklärung die Weisung
des polnischen Außenministers Beck an Lipski in Berlin ab, er solle den
neuen deutschen Verhandlungsvorschlag nicht entgegennehmen. Damit ist für
Hitler auch dieser an sich gute Vorschlag aus Italien schon ohne Wert, als er von
ihm erfährt. Als Hitler von Mussolinis Vorschlag informiert wird, rollen die
deutschen Truppen bereits in ihre Ausgangsstellungen für den Angriff gegen
Polen vor. Es bleiben bis dahin nicht einmal mehr neun Stunden. Hitler will
nach neun Monaten vergeblichen Verhandeins nicht weiter auf der Stelle treten.
So geht er auf den Mussolini-Vorschlag nicht mehr ein. Zu spät.
Am Ende der Vielzahl vergeblicher Versuche, den Krieg um Danzig durch Beschwörung
oder durch Vermittlung zu verhindern, bleiben nur zwei Staaten, die
um die offene Frage ringen, ob Deutschland den in Versailles geschaffenen
Streitfall im Alleingang bereinigen darf oder nicht. Es sind Großbritannien und
das Deutsche Reich. Im Kern der Auseinandersetzung steht Hitlers fatale Entscheidung,
die Tschechei zum Protektorat zu machen. Das hat die englische Regierung
so stark empört, daß sie ähnliches kein zweites Mal geschehen lassen
will. Infolgedessen kommt es zur Garantie für Polen, und die verleitet die Warschauer
Regierung, jede Änderung am Status des Freistaates Danzig zum casus
belli zu erklären. Damit kann die Reichsregierung die deutsche Stadt Danzig
nicht mehr mit Deutschland wiedervereinigen, ohne daß es Krieg mit Polen gibt.
Krieg mit Polen – wenn auch nur um Danzig – heißt damit Krieg mit England.

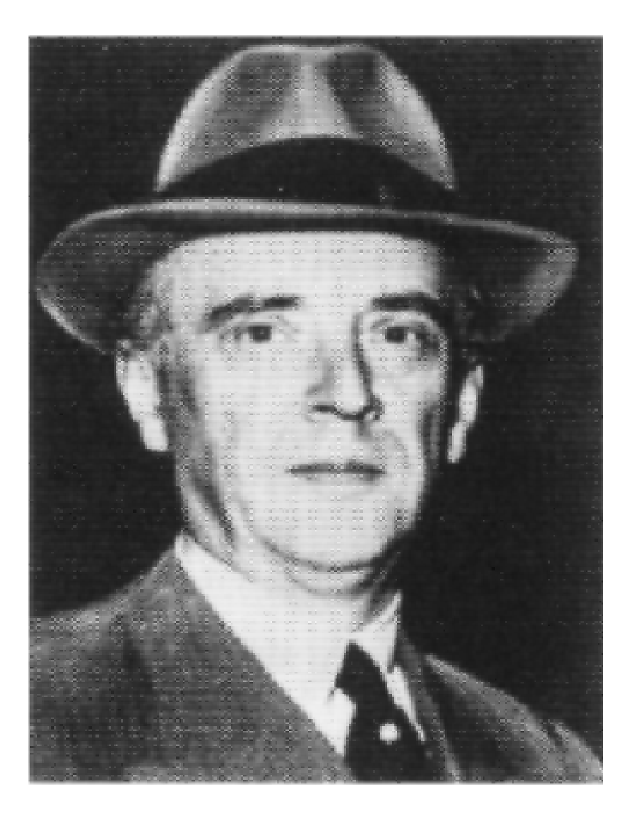
Frankreich spielt dabei nur noch den „Ladeschützen“. So ist aus der Frage „Wiedervereinigung mit Danzig oder nicht“ die Frage „Krieg zwischen Großbritannien und dem Deutschen Reich“ geworden. Und vor allem darum geht es in der letzten Woche vor dem Krieg.

Die letzten Tage vor dem Krieg

Adolf Hitler ist entschlossen, die offene Danzig-Frage, das Problem der Verkehrsanbindung Ostpreußens an das Reich und den Minderheitenschutz für die Deutschen in Polen noch vor dem Winter auf dem Verhandlungswege oder – wenn das nicht möglich ist – mit einem Krieg zu lösen. Die Generalität hat zwar bisher mehrmals gewarnt, daß ein Krieg mit Polen auch Krieg mit England, mit Frankreich und bei längerer Dauer auch den Krieg mit den USA nach sich ziehen werde, und daß ein Zweifrontenkrieg von der Wehrmacht nicht zu gewinnen sei. Aber sie hat auch beraten, daß militärische Operationen, wenn es denn zum Kriege kommen sollte, aufgrund der Klima- und Wetterdaten nicht nach dem 2. September begonnen werden dürften. Die Straßen- und Wegeverhältnisse würden für das Heer und das Flugwetter für die Luftwaffe danach in Osteuropa bald zu schwierig werden. So ist Hitlers Entscheidung nicht frei vom Einfluß dieses Datums.

Donnerstag, der 24. August 1939

Acht Tage vor dem Kriegsausbruch.
Um 2 Uhr morgens meldet von Ribbentrop am Telefon aus Moskau dem „Führer“ die Unterzeichnung des Vertrags. Hitler schöpft nun wieder Hoffnung, daß England seine Rolle bei der Unterstützung Polens angesichts der neuen Lage überdenkt, und daß auch Polen eher bereit sein wird, wegen Danzig zu verhandeln. So wie es in England und Frankreich auf der einen Seite Kräfte gibt, die ein Einlenken der polnischen Regierung begrüßen würden, und andere, die es bevorzugen, die deutsche Machterweiterung durch einen Krieg zu stoppen, so gibt es auch in Deutschland in Hitlers Nähe sowohl Männer, die einen Krieg verhindern wollen, als auch solche, die auf eine Abrechnung mit den Polen drängen. In Berlin ist es ausgerechnet der Außenminister, der offensichtlich bereit ist, die kriegerische Lösung zu riskieren, von Ribbentrop. Ihm entgegen arbeiten sein Staatssekretär von Weizsäcker und der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Marschall Göring. Der Marschall, zugleich Luftfahrtminister und Reichstagspräsident, hat in den Funktionen den gleichen Zugang zum „Führer“ wie von Ribbentrop. Als Göring die Briefe Chamberlains und Hitlers liest, schöpft er Hoffnung auf einen Ausweg aus der inzwischen deutsch-englischen Auseinandersetzung um die Danzig-Polen-Frage. Er sieht eine reale Chance, den Krieg als Ausgang dieser Krise zu verhindern. Doch Göring sieht auch, daß von Ribbentrop Hitler eher zum Kriege drängt, als daß er bremst. So versucht Göring den Außenminister zu umgehen. Er nutzt dazu Gesprächskontakte, die er selbst nach England hat, und den schwedischen Mittelsmann, der am 8. August versucht hatte, eine englischdeutsch-italienisch-französische Krisenkonferenz zu arrangieren, den Industriellen Dahlems.



Der schwedische Friedensvermittler Birger Dahlems

Der Marschall ruft den Schweden nach Berlin, legt ihm die inzwischen eingetretene Bedrohlichkeit der Lage dar, bedauert, daß die von ihm vorgeschlagene Vier-Mächte-Konferenz nicht zustande gekommen ist, und bittet ihn, am Folgetag nach London zu fliegen und der englischen Regierung zu übermitteln, daß die deutsche Reichsregierung zu einer deutsch-britischen Verständigung zu kommen wünsche. Göring beteuert, daß er den ganzen Einfluß, den er in der Regierung habe, dazu einsetzen werde, daß eine solche Verständigung gelingt.
In London hält Premier Chamberlain derweilen eine Rede vor dem Unterhaus. Er bestätigt erneut die Bündnistreue der Briten zu den Polen. Er beklagt, daß die deutsche Reichsregierung, statt in Ruhe den Zollinspektorenstreit in Danzig zu erörtern, statt über das Schicksal der deutschen Minderheit in Polen und statt über alle anderen Differenzen zu verhandeln, nun kompromißlos Danzig fordert, während
„man in Polen bereit war und allzeit bereit ist, die Differenzen mit Deutschland zu diskutieren.“
Chamberlain weist außerdem das Ansinnen Hitlers, Osteuropa als deutsche Interessensphäre anzuerkennen, mit dem Hinweis von sich, England stehe für die Freiheit und die Unabhängigkeit der Völker.
Die Rede ist aus britischem Selbstverständnis genauso nachvollziehbar, wie sie aus damaliger deutscher Sicht scheinheilig wirkt. Polen ist in der Danzig-Sache inzwischen genauso kompromißlos wie das Deutsche Reich. Und Großbritannien hält sich in „Middle East Asia“ und in Afrika selbst seine Interessensphären. Es schert sich wenig um die Freiheit und Unabhängigkeit der kolonial gehaltenen Völker von Indien bis Nigeria. Dennoch, die Rede baut keine neue Hürden auf.
Botschafter Henderson beurteilt das Verhalten der polnischen Regierung offensichtlich anders als sein Regierungschef in London. Am späten Vormittag meldet er per Telegramm ans Foreign Office, was er für das Ergebnis seiner letzten zwei Gepräche mit dem deutschen Kanzler hält:

„Mit dem Vertrag mit Rußland in der Hand“, so Henderson, „liegt die Initiative nun bei Hitler. Ich erwarte jetzt ein Ultimatum an Polen. Jetzt ist mit Hitler kaum noch zu verhandeln. ... Es war niederschmetternd, weil ich von Anfang der Meinung war, daß die Polen äußerst dumm und nicht weise gehandelt haben. So ist es nun. Vielleicht glaubt die Vorsehung, daß wir erst durch einen Krieg lernen müssen, so etwas nicht wieder zu tun.“
Gegen Mittag wird Hitler eine Meldung des Reichspressechefs auf den Tisch gelegt, wonach noch heute mit der Unterzeichnung eines englisch-polnischen Beistandsvertrags zu rechnen sei. Damit zerstört sich vorerst Hitlers Hoffnung, daß der deutsch-sowjetische Vertragsabschluß von letzter Nacht die Briten dazu bewegen könnte, den Polen anzuraten, in der Danzig-Frage einzulenken.Er läßt General Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, kommen und fragt ihn, ob man den Angriff gegen Polen noch anhalten und verschieben könne.Er müsse – so Hitler – „Zeit für weitere Verhandlungen gewinnen“. Die Sofortanfrage beim Heer bestätigt, daß das möglich ist, und Hitler ordnet an, den Angriff auf einen unbekannten Zeitpunkt zu verschieben. Der „Führer“ bevorzugt an diesem Tage, dem 24. August, offensichtlich noch immer eine „Lösung ohne Blutvergießen“.
Während des ganzen Tages tauschen die Regierungen in London und Warschau rege Informationen aus. Englands Botschafter in Warschau Sir Kennard telegraphiert nach London, daß die deutschen Klagen über angebliche Mißhandlungen von Minderheitenangehörigen Entstellungen von Tatsachen seien und Übertreibungen. So seien nicht 76.000 Deutsche illegal aus Polen geflohen, sondern höchstens 17.000. Und Kennard beklagt sich über die sehr hohe Zahl an Übergriffen gegen Angehörige der polnischen Minderheit in Deutschland. Wieweit man der Kennard-Darstellung in London angesichts der früheren Unterhausdebatten über die Terrorisierung der ukrainischen und der deutschen Minderheit im neuen Polen Glauben schenkt, ist nicht ersichtlich.
In Paris bemüht man sich inzwischen auf die eigene Art um Frieden.
„Die französische Regierung empfiehlt nachdrücklichst der polnischen, sich vor jeder militärischen Reaktion zu hüten und mit einer diplomatischen Aktion zu antworten, wenn der Danziger Senat von sich aus den Anschluß Danzigs an das Deutsche Reich erklären sollte.“
Was wundert, ist, daß Frankreich diesen „Selbstanschluß“ nicht als Idee und Kompromiß in die deutsch-englisch-polnische Debatte wirft. Es wirkt vielmehr so, als ob die französische Regierung in dieser hochangespannten Lage lieber wartet, bis Deutschland selbst nach Danzig greift und die Schuld am Kriege übernimmt.
In Washington bleibt alles bei Roosevelts Politik der Quarantäne gegen Deutschland, obwohl der „Hitler-Stalin-Pakt“ von letzter Nacht die Lage Polens mit einem Schlag verändert hat. Am frühen Morgen dieses Tages verrät der deutsche Diplomat Herwarth von Bittenfeld in Moskau einem amerikanischen Kollegen den Inhalt des gerade einmal sechs Stunden alten geheimen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische Interessensphäre und eine deutsche teilt. Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kabelt Botschafter Steinhardt den Inhalt des Geheimen Zusatzprotokolls an das Außenministerium in Washington. Nur wenig später kennen Präsident Roosevelt und sein Außenminister Hull die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht. Sowohl Roosevelt als auch Hull unternehmen nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Statt dessen schickt der Präsident am Abend eine Botschaft an die Regierungen in Warschau und Berlin, man möge eine

Lösung der deutsch-polnischen Probleme auf friedlichem Verhandlungswege finden. Eine Warnung noch am gleichen Tage hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren. Das letzte Hitler-Angebot war ein Freihafen und Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne von 1920 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und ein Friedensvertrag für 25 Jahre gegen exterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig, das ohnehin nicht polnisch, sondern immer noch Mandatsgebiet des Völkerbundes ist. Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen wird, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danzig-Streit verfängt und offensichtlich von geringerer Bedeutung, ob Polen überlebt. Roosevelt schweigt, wie er das auch zwei Jahre später vor dem Überfall auf Pearl Harbor tut.
Polens Beitrag dieses Tages ist, daß es am Vormittag um 11 Uhr die Außengrenzen Danzigs schließt. Die dadurch bald erzeugten Versorgungsschwierigkeiten in der Stadt tragen dazu bei, die Stimmung der Danziger für einen schnellen Anschluß weiter anzuheizen.

Freitag, der 25. August
Sieben Tage vor dem Kriegsausbruch.
Hitler hofft noch immer, daß die polnische Regierung in letzter Stunde einlenkt. Er hat den Angriff der Wehrmacht gegen Polen nach wie vor auf unbestimmte Zeit verschoben. Gegen 8 Uhr startet der schwedische Vermittler Dahlems in Marschall Görings Auftrag mit einer Sondermaschine von Berlin-Tempelhof nach London. Nachmittags gelingt es ihm, zu Außenminister Halifax vorzudringen und Görings Botschaft zu überbringen.
In Berlin jagt inzwischen eine Nachricht die andere, alle für den „Führer“ nicht gerade angenehm. Als erstes flattern ihm die Nachtmeldungen von den deutschpolnischen Grenzen auf den Tisch.Es sind die Berichte von den Zusammenstößen und Handstreichaktionen beider Seiten. Noch immer werden deutsche Bauernhöfe auf der polnischen Seite der Grenze abgebrannt. Deutsche Stoßtrupps vergelten die Brandstiftungen noch in gleicher Nacht auf der Gegenseite. Auch der Flüchtlingsstrom hält weiter an. Polnische Grenztruppen versuchen, die deutschen Flüchtlingsgruppen mit Gewehr- und MG-Feuer von der Grenze wegzutreiben. Deutsche Infanterie dringt auf polnisches Territorium vor und bemüht sich, die Flüchtenden freizukämpfen. Trotzdem sind in der vergangenen Nacht acht Menschen auf der Flucht erschossen worden. Überdies ist wieder ein ziviles Passagierflugzeug auf dem Weg nach Königsberg über der Ostsee von polnischen Flak-Geschützen beschossen worden. Hitler ist empört. Er schreibt spontan an Mussolini und versucht, sich – ohne dies klar anzusprechen – dessen Unterstützung im Streit mit Polen zu versichern:
„Das Verhältnis Deutschlands zu Polen“, so Hitler *„ist nicht durch das Verschulden des Reichs, sondern wesentlich durch das Zutun Englands seit dem Frühjahr unbefriedigend gewesen und war in den letzten Wochen einfach unerträglich. Die Nachrichten über die Verfolgung der Deutschen in diesem Gebiet sind nicht erfundene Pressemeldungen, sondern nur ein Bruchteil einer erschütternden Wahrheit. ... Die Behauptung der polnischen Regierung, daß sie für die unmenschlichen Vorgänge, für die zahlreichen Grenzzwischenfälle (heute nacht allein 21 polnische Grenzübergriffe), für die Beschießung deutscher Verkehrsflugzeuge ... nicht verantwortlich sei, beweist nur, daß sie die von ihr aufgeputschte Soldateska*

nicht mehr in der Hand hat. ... Niemand kann unter diesen Umständen voraussagen, was die nächste Stunde bringt. ...“
Kaum daß der Brief an Mussolini abgegangen ist, erreicht Hitler ein Vorabbericht der deutschen Botschaft London. Es sind das die Auswertung der zwei Reden von Chamberlain und Halifax vor dem Unter- und dem Oberhaus vom Tag zuvor, ein Bild der öffentlichen Meinung, die erste Auswertung der Morgenpresse und die Bestätigung der Unterzeichnung des Englisch-Polnischen Beistandspaktes. Hitler erfährt durch den Bericht, daß das englische Volk nach Beurteilung der Botschaft offensichtlich geschlossen hinter der Regierung steht und daß die Parteien von links bis rechts und auch die Presse die Garantie für Polen für einen „nicht mehr diskutierbaren Punkt der Ehre halten“. Der Bericht hebt allerdings hervor, daß Chamberlain und Halifax in beiden Reden alles vermieden haben, was die gegenwärtige Lage noch verschärfen könnte. Diese Bewertung aus London macht Hitlers bisherige Zuversicht, England könnte Polen zum Schluß doch fallen lassen, schwankend.
Die Aussicht, wegen Danzig und der Transitwege in einen Krieg mit England zu geraten, widerspricht allen Zusicherungen Hitlers an die Generalität, dies werde er schon zu verhindern wissen. Es verträgt sich auch nicht mit seinen strategischen Vorstellungen von einer zukünftigen deutsch-britischen Zusammenarbeit und Freundschaft. So beschließt Hitler noch am Vormittag des 25. August, den Angriff gegen Polen weiter aufzuschieben und England erneut ein Angebot zu machen. Er läßt den ursprünglich für morgen vorgesehenen Angriff nochmals auf unbestimmte Zeit verschieben. Die Begründung gegenüber Keitel ist wie am Tag zuvor: *„Ich brauche Zeit zum Verhandeln“*. Dann bestellt er den englischen Botschafter Henderson zu sich in die Reichskanzlei.
Um 13.30 Uhr stehen sich die beiden Männer gegenüber. Hitler spricht – nach Hendersons Gesprächsnotiz – „mit ernster Stimme und mit allen Anzeichen der Aufrichtigkeit“. Er knüpft an das letzte Gespräch an, in dem Henderson die Hoffnung auf eine deutsch-britische Verständigung geäußert hatte und stellt ein großes, umfassendes Bündnis mit England in Aussicht, wenn erst einmal das deutsch-polnische Problem gelöst sei.Hitler klagt dann über die 21 Grenzzwischenfälle der letzten Nacht und versichert, er werde solche „mazedonischen Zustände“ an Deutschlands Ostgrenze in Zukunft nicht mehr dulden. Er bedauert, wenn es bei diesem Streit mit Polen Krieg mit England gäbe. Sofort nach der Lösung der deutsch-polnischen Frage werde er der britischen Regierung ein Vertragsangebot unterbreiten, in dem er den Besitzstand des Britischen Empires garantiere, deutsche Hilfe zusichere, wo immer eine derartige Hilfe benötigt werde, in dem er die Endgültigkeit der deutschen Westgrenze ein weiteres Mal bestätige, und in dem er begrenzte koloniale Forderungen friedlich auszuhandeln wünsche. In der Sache, um die es hier geht, bleibt Hitler hart. Er sagt: *„Das Problem Danzig und Korridor muß gelöst werden. “* Und er legt nach: *„ Wenn die britische Regierung diese Gedanken erwägen würde, so könnte sich daraus ein Segen für Deutschland und auch für das Britische Weltreich ergeben. Wenn sie diese Gedanken ablehnt, wird es Krieg geben.“*
Henderson beharrt auf Englands Bündnis mit den Polen und erwidert, das deutsche Bündnisangebot könne erst in Betracht gezogen werden, nachdem die polnische Frage auf dem Verhandlungswege gelöst worden sei. Hitler kontert, daß er seit sechs Monaten versuche, die Danzig-Frage in Gesprächen mit der polnischen Regierung zu klären, daß er Außenminister Beck dazu mehrmals eingeladen und daß der stets abgesagt habe.

Nachdem Henderson gegangen ist, beschleichen Hitler offensichtlich Zweifel, daß er den Engländer hat überzeugen können. Er bringt seine Anliegen noch einmal in sechs Punkten zu Papier und schickt sie Henderson unverzüglich in die Botschaft nach. In Punkt zwei der Liste schlägt Hitler einen Ton an, der so bisher gefehlt hat. Er bittet, daß Großbritannien bei der Rückgewinnung Danzigs und des Korridors behilflich ist.Damit ist der Ball bei England, das nun vermitteln könnte oder Polen drängen, auf die moderaten deutschen Forderungen einzugehen.Die Zweifel, die Hitler an diesem Tag beschleichen, betreffen nicht nur die Haltung Englands. Italien hat inzwischen in mehreren Noten scheibchenweise mitgeteilt, daß es sich an einem Kriege Deutschlands gegen Polen nicht beteiligen werde. Hitler hatte zunächst einkalkuliert, daß Italien Polens Verbündeten Frankreich würde binden können. An diesem Vormittag wird dem „Führer“ endgültig bewußt, daß mit Italien in dieser Hinsicht nun nicht mehr zu rechnen ist. Hitler kennt die italienisch-französischen Informationskanäle und die französisch-britischen, und er weiß, daß man in London genauso schnell von der italienischen Abfuhr an Deutschland erfährt wie in Berlin. Hitler hat wieder einen Trumpf verloren und England einen zugewonnen. Ein Grund weniger für die englische Regierung, der polnischen ein Einlenken in der Danzig-Frage zu empfehlen. So wird die Angriffsoption für Hitler wieder wahrscheinlicher als die Verhandlungslösung. Er bestellt die Generale von Brauchitsch, Keitel und Halder in die Reichskanzlei und entscheidet gegen 15 Uhr, daß Polen am 31. August angegriffen wird, wenn es bis dahin keine andere Lösung gibt. Die endgültige Entscheidung wird deshalb auch erst für den 30. August um 17.00 Uhr anberaumt.
Hitler braucht einerseits Zeit zum Verhandeln und darf andererseits den 2. September als militärisch letztmöglichen Angriffstag nicht aus den Augen verlieren.
Die Zeit wird knapp.
Um 17.30 Uhr läßt sich der französische Botschafter Coulondre bei Hitler melden. Hitler, von den Nachrichten des Tages noch sehr angespannt, geht auf Coulondre zu und eröffnet das Gespräch:
„Angesichts des Ernstes der Lage will ich Ihnen eine Erklärung abgeben, die ich Sie bitte, Herrn Daladier zu übermitteln.
Wie ich ihm schon gesagt habe, hege ich keine feindseligen Gefühle gegen Frankreich. Ich habe persönlich auf Elsaß-Lothringen verzichtet und die deutsch-französische Grenze anerkannt. Ich will keinen Konflikt mit ihrem Land. ... Infolgedessen ist mir der Gedanke, daß ich Polens wegen mit Frankreich kämpfen müßte, außerordentlich schmerzlich. Die polnischen Herausforderungen haben jedoch eine Lage für das Reich geschaffen, die nicht länger andauern kann.
Ich habe vor mehreren Monaten Polen, als ich die Rückkehr Danzigs und einen schmalen Gebietsstreifen als Verbindung dieser Stadt mit Ostpreußenforderte, außerordentlich vernünftige Vorschläge gemacht. ... Die polnische Regierung hat nicht nur meine Vorschläge zurückgewiesen, sondern sie hat auch die deutschen Minderheiten auf das Schlimmste mißhandelt. ... Frankreich würde so etwas genausowenig dulden wie Deutschland. Diese Dinge haben lange genug gedauert, und auf neue Herausforderungen werde ich mit Gewalt antworten. Ich lege Wert darauf, es nochmals auszusprechen: Ich wünsche, einen Konflikt mit Ihrem Lande zu vermeiden. Ich werde Frankreich nicht angreifen, aber wenn es in den Konflikt eingreift, so werde ich bis zum Ende gehen. ... Sagen Sie das, bitte, Herrn Daladier von mir.“

Botschafter Coulondre erwidert:
„Jetzt, da jedes Mißverständnis behoben ist, lege ich Wert darauf, Ihnen mein Ehrenwort als Soldat zu geben, daß Frankreich Polen, falls es angegriffen würde, mit seinen Streitkräften zur Seite stehen wird. Ich kann Ihnen aber gleichfalls mein Ehrenwort geben, daß die Regierung der Französischen Republik bis zum letzten Augenblick alles tun wird, was in ihrer Macht steht, um den Frieden zu bewahren. Sie wird es der polnischen Regierung an Mahnungen zur Vorsicht nicht fehlen lassen.“
Hitler entgegnet heftig:
„Warum, ja warum haben Sie Polen dann einen Blankoscheck gegeben?'“
Nun rückt der Franzose mit dem eigentlichen Grund für den Krieg heraus, an dessen Schwelle die Welt in diesen Tagen steht:
„Das ist das Ergebnis der Ereignisse des vergangenen 15. März. Die Besetzung Prags hat einen tiefen Eindruck auf die Gemüter in Frankreich gemacht. Sie hat allenthalben ein Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen, wodurch Frankreich veranlaßt wurde, seine Bündnisse fester zu knüpfen.“
Hitler mußte hier – und eigentlich schon lange – erkennen, daß ihm nun die Rechnung für die unrechtmäßige Besetzung der Rest-Tschechei vorgelegt wird. Auf der Rechnung stehen unausgesprochen weitere Posten:

* Die Kündigung von Versailles,
* die Angliederung Deutsch-Österreichs,
* die Häresie der autoritären Staatsform,
* der Machtzuwachs des Reiches in den vergangen sechs Jahren,
* die Aufrüstung der Wehrmacht,
* Hitlers Forderung nach Rückgabe der ehemals deutschen Kolonien und
* der deutsche Wille, zur Vormacht in Ostmitteleuropa aufzusteigen.

Es geht hier nicht mehr allein um Danzig und um Transitwege, also um die Fragen, zu denen man in England in der Vergangenheit meist die Auffassungen der Deutschen geteilt hat. Danzig ist für Großbritannien und Frankreich nun die Hürde, vor der sie das Deutsche Reich zum Stehen oder mit der sie das Reich zum Fallen bringen wollen.
Nach dem Gespräch mit Coulondre trifft Mussolinis Antwort auf Hitlers Brief vom gleichen Morgen ein. Der „Duce“ teilt dem „Führer“ sein volles Verständnis für die deutsche Haltung gegenüber Polen mit und erkennt an, daß eine so gespannte Lage nicht endlos dauern könne. Aber er schreibt auch, daß Italien nicht kriegsbereit sei, und sich an Auseinandersetzungen mit Polen und dessen Verbündeten bedauerlicher Weise nicht beteiligen könne. Hitler ist bestürzt. Italien verweigert seine Unterstützung. England stärkt weiterhin die Polen, statt sie an den Verhandlungstisch zu drängen, und Frankreich ist fest entschlossen, auf Polens Seite in den Krieg zu ziehen.
Auch zwischen der englischen Botschaft in Warschau und dem Außenministerium in London gehen viele Telegramme hin und her. Um 1 Uhr fordert Halifax aus London Kennard in Warschau auf, die Polen zu ermahnen, *„jede Handung zu unterlassen, die sie in die Rolle des Aggressors versetzen könnte.“* Um 01:20 Uhr telegraphiert Kennard zurück, daß der französische Botschafter dem polnischen Außenminister Beck diese Ermahnung bereits in der vergangenen Nacht übermittelt habe. Um 02.35 Uhr geht ein weiteres Telegramm an Halifax in London. Kennard berichtet, daß er von Außenminister Beck erfahren hat, daß Göring in Berlin versucht hat, mit Lipski ein Gespräch über Polens Haltung zu

den deutschen Vorschlägen zu führen. Beck hat dabei offensichtlich mögliche deutsch-polnische Gespräche als einen Bruch von Polens Bündnistreue gegenüber England dargestellt. Und Kennard gibt diese Sicht der Dinge weiter, als wäre sie die seine. Er schreibt im 02.35-Telegramm, daß Göring versucht habe, bei Lipski einen Keil zwischen England und Polen zu treiben.
„Herr Beck glaubt, “ so setzt der Bericht fort, „ daß die deutsche Regierung jede Anstrengung unternimmt, durch solche Methoden freie Hand im Osten zu bekommen, und er meint, es sollte zur Kenntnis genommen werden, daß sich Polen nicht in eine solche Intrige hineinziehen lassen will.“
Um 14 Uhr schickt Kennard noch eine Einschätzung der Lage an Halifax in London:
„... Ich bezweifele ausgesprochen, daß es irgendeinen Nutzen bringt, wenn der polnische Botschafter ein Gespräch mit Hitler sucht. Obwohl ich die Dinge von hieraus natürlich nicht beurteilen kann, scheint es mir doch so zu sein, daß nach Herrn Hitlers Antwort (Brief vom 23.8., Anm. d. Verf.) jedes solches Vorgehen als ein Zeichen von Schwäche angesehen würde und ein Ultimatum provozieren würde.“
Paris und London sind in Sorge, daß der Krieg von Polen statt von Deutschland losgetreten wird. In Warschau bezeichnet man die Gesprächsversuche von deutscher Seite als Intrige, und Kennard zeigt keine Neigung, die Polen zu Gesprächen mit den Deutschen zu bewegen.Mittlerweile hat der schwedische Vermittler Dahlems in London bei Außenminister Lord Halifax vorgesprochen. Etwa um 18.30 Uhr – also Stunden nach der Unterzeichnung des Polnischen-Britischen Beistandspakts – erklärt Lord Halifax, daß er seit dem Besuch von Henderson bei Hitler heute morgen hoffnungsvoll gestimmt sei. Obwohl er noch keinen genauen Bericht über das Resultat dieser Besprechung erhalten habe, hoffe er, daß die Initiative zur Aufnahme offizieller Verhandlungen eine friedliche Lösung ermöglichen würde. Halifax dankt Dahlems für seine Bemühungen und drückt die Hoffnung aus, daß er dessen Dienste nun nicht mehr brauche.
Dahlems glaubt an einen Durchbruch und ruft um 22.20 Uhr Marschall Göring in der Reichskanzlei an, um zu berichten. Göring wirkt – so Dahlems – sehr nervös. Er erklärt, daß er für jeden Augenblick den Kriegsausbruch befürchtet. Der englisch-polnische Vertrag vom Vormittag, gleichzeitig mit Hendersons Besuch bei Hitler unterzeichnet, werde vom „Führer“ als eine ausdrückliche Erklärung Englands dahingehend aufgefaßt, daß es eine friedliche Lösung nun nicht mehr wünsche. Dahlems informiert noch in der gleichen Nacht den Chef der Zentralabteilung des Außenministeriums in London, wie der Vertrag mit Polen auf den deutschen Kanzler wirkt. Der drückt seine Verwunderung darüber aus, daß der Vertrag in Deutschland mißverstanden werde. Dahlems bittet um einen neuen Termin bei Halifax.
An diesem Freitag, eine Woche vor dem Kriegsausbruch, wiederholt die britische Regierung ihren Schachzug vom 23. März des Jahres. Mit ihrer Unterschrift unter den britisch-polnischen Schutzvertrag bekräftigt sie noch einmal ihre Rückendeckung für die Polen. Die Chamberlain-Regierung will damit Hitler daran hindern, Danzig dem Deutschen Reich ohne englisch-polnische Zustimmung anzugliedern. Doch sie muß auch wissen, daß sie bei der nun noch einmal gestärkten Haltung Warschaus Hitler vor die Wahl stellt, auf Danzig und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen zu verzichten, oder Krieg zu führen.
Mit der englischen Unterschrift unter den britisch-polnischen Vertrag am heutigen Tag dreht Chamberlain den Schlüssel in der Tür zum Konferenzsaal der deutsch-polnischen Verhandlungen noch einmal um.

Sonnabend, der 26. August
Sechs Tage vor dem Kriegsausbruch.
Um 7.50 Uhr fliegt Botschafter Henderson nach London, um Hitlers Vorschlag an die britische Regierung zu überbringen.
Um 11 Uhr gelingt es Dahlems, erneut bei Außenminister Halifax vorzusprechen und ihm die Wirkung des britisch-polnischen Vertrags auf Hitler zu berichten. Dahlems kann den Minister überzeugen, daß Marschall Göring in diesem Augenblick auf deutscher Seite die einzige Persönlichkeit von Einfluß ist, die den Frieden jetzt noch retten kann. Der Schwede bittet Halifax, Göring einen Brief zu schreiben und Englands ernsten Willen zu einer friedlichen Lösung zu bestätigen. Dahlems kehrt mit dem erbetenen Schreiben zurück nach Deutschland und übergibt es Göring. Der hält die Botschaft für so wichtig, daß er sofort zu Hitler fährt und ihn davon in Kenntnis setzt. Inzwischen ist es wieder Mitternacht.
Der Brief und Dahlems' mündliche Übermittlung machen Hitler nun für eine Zeitlang glauben, daß England an einer friedlichen Danzig-Lösung interessiert sei, aber bei einer einseitigen gewaltsamen Lösung von deutscher Seite Krieg erklären werde. Des weiteren richtet der Schwede aus, daß Botschafter Henderson am nächsten Morgen mit der offiziellen Antwort der britischen Regierung auf Hitlers Sechs-Punkte-Botschaft in Berlin erscheinen wird.
Kurz nach Mitternacht (27.8.) läßt Hitler Dahlems zu sich in die Reichskanzlei bestellen. Jetzt wird der Schwede vom Vermittler zwischen Göring und der englischen Regierung zum Vermittler zwischen Hitler und den Briten. Die Konferenz zu tiefer Nacht, die nun über eineinhalb Stunden folgt, wird zum Dialog zwischen Hitler und Dahlems. Der auch anwesende Göring schaltet sich erst ganz zum Ende ein. Bemerkenswert dabei ist, daß Außenminister von Ribbentrop nicht hinzugezogen wird, der Hitler bis dahin in Bezug auf Englands Reaktionen offensichtlich falsch beraten hat. Hitler schildert seine und Deutschlands Lage, so wie er sie sieht. Dem folgt ein Zwiegespräch, bei dem Hitler Dahlems nach seinen England-Erfahrungen befragt. Dann setzt der „Führer" wieder zu einem seiner Monologe an. Er schildert die Unschlagbarkeit des deutschen Heeres und der Luftstreitkräfte. Dahlems seinerseits versucht, dem deutschen Kanzler klar zu machen, daß das Deutsche Reich einen Seekrieg gegen die Seemacht England niemals wird gewinnen können. Zum Schluß geht Hitler sehr erregt in seinem Zimmer auf und ab, ehe er plötzlich innehält und zu dem schwedischen Vermittler sagt:
„Sie Herr Dahlems, haben meine Auffassung gehört. Sie müssen sofort nach England reisen, um sie der englischen Regierung mitzuteilen. Ich glaube nicht, daß Henderson mich verstanden hat, und ich wünsche aufrichtig, daß eine Verständigung zustande kommt."
Es wird beschlossen, die Hitler-Position genau zu definieren. Dahlems lernt sie auswendig, um auf dem Flug nach London keine kompromittierenden Papiere mit sich führen zu müssen. Es sind wiederum sechs Punkte, die nun zum Teil schon weiter greifen, als die sechs Punkte, die Hitler Henderson mit auf den Weg gegeben hat:
„1. Deutschland wünscht ein Bündnis mit England, das alle Streitfragen politischer oder wirtschaftlicher Art in Zukunft beseitigen soll."
Dieses Angebot gilt also unverzüglich und nicht erst nach der Danzig-Lösung, wie es Hitler vorher vorgeschlagen hatte.
„2. England wird gebeten mitzuwirken, daß Deutschland Danzig und den Korridor erhält, jedoch mit Ausnahme eines Freihafens in Danzig, der Polen zur Verfügung stehen soll. Polen soll einen Korridor zur Hafenstadt

Gdingen erhalten und ganz über diese Stadt und ein hinreichend großes Gebiet um sie herum verfügen..“
Hier wird nun mit dem Korridor mehr verlangt, als nur die exterritorialen Transitwege. Da Polen bisher auf die von Hitler vorgeschlagene Minimallösung von sich aus nicht eingegangen ist, hofft er, mit Englands Rückendeckung auch den nicht polnisch bewohnten Teil des Korridors für Deutschland heimzuholen. Göring ergreift einen Atlas, reißt ein Kartenblatt heraus und markiert mit einem Rotstift das Gebiet, das nach dem neuen Wunsch zu Deutschland kommen sollte.
„3. Deutschland verpflichtet sich, Polens Grenzen zu garantieren.
4. Deutschland wünsche ein Abkommen über Kolonien, über die Rückgabe seiner ehemaligen Besitzungen oder Kompensationen.
5. Deutschland wünsche Garantien über die Behandlung der deutschen Minderheit in Polen.
6. Deutschland verpflichtet sich, das Britische Empire, wo immer es angegriffen werden könnte, mit seiner Wehrmacht zu schützen.“
Dahlems sagt zu, den neuen Vorschlag so schnell wie möglich in London vorzutragen. Es ist inzwischen Morgen, als Hitler, Dahlems und Göring auseinandergehen.
Am Nachmittag des 26. August, nachdem Halifax Dahlems mit dem Brief an Göring nach Berlin entlassen hatte, empfängt er noch Graf Raczynski, den polnischen Botschafter, und informiert ihn über die Gespräche Hendersons mit Hitler. Dabei gibt er weiter, daß *„Hitler nicht die geringste Andeutung gemacht hat, was er als die Lösung der deutsch-polnischen Probleme ansieht.“* Hitlers Lösungsvorschlag liegt aber seit dem 24. Oktober vorigen Jahres auf dem Tisch: Danzig und exterritoriale Transitwege gegen Freihafen und Handelsprivilegien in Danzig für die Polen, Grenzgarantien und ein Friedensvertrag für 25 Jahre. Halifax hält das offensichtlich für keinen Lösungsansatz.
Nachzutragen für den 26. August sind noch die französischen Aktivitäten. Früh um 1 Uhr berichtet Botschafter Coulondre aus der deutschen Hauptstadt nach Paris. Er bringt dabei einen gänzlich neuen Vorschlag in die Debatte ein. Coulondre regt an, einen Bevölkerungsaustausch in sämtlichen deutsch-polnischen Grenzgebieten mit gemischter Bevölkerung vorzunehmen, statt der deutschen Danzig-Forderung nachzugeben. Der Vorschlag geht noch am gleichen Tag nach Warschau, wo er die Zustimmung des polnischen Außenministers findet.
Am gleichen 26. August erhält Präsident Daladier Hitlers Brief, in dem er schreibt, daß Deutschland von sich aus keinen Krieg gegen Frankreich eröffnen werde. Daladier und Außenminister Bonnet verfassen eine Antwort, welche die drei bekannten Positionen wiedergibt: Die Bündnistreue Frankreichs zu Polen, die Beteuerung des Friedenswillens und der Vorschlag, mit Warschau zu verhandeln.
309 Erstaunlich ist, daß der Coulondre-Vorschlag mit dem Bevölkerungsaustausch in diesem Schreiben mit keinem Wort Erwähnung findet. Ansonsten ist der Brief kaum hilfreich. Präsident Daladier ergeht sich in einer langen Folge von Friedensbeteuerungen, die alle meinen: *„Wir Franzosen sind friedlich, und wer den Danzig-Status anrührt, ist es nicht.*“ Die französische Regierung denkt fünf Tage vor dem Krieg von sich aus nicht daran, das von ihr in Versailles mitgeschaffene deutsch-polnische Problem, den Status des Freistaates Danzig, zur Disposition zu stellen und Polen zu veranlassen, in dieser Sache einzulenken.
An diesem Tage wird im ostpreußischen Kreis Neidenburg eine polnische Kavallerieeinheit bei einem Streifzug durch deutsche Dörfer von den Soldaten einer Königsberger Artilleriebatterie gestellt. 47 Polen fallen im MG-Feuer der dort zum Schutz der deutschen Grenzbevölkerung eingesetzten Batterie.

Sonntag, der 27. August
Fünf Tage vor dem Kriegsausbruch.
In London berät das Kabinett über Hitlers ersten, in sechs Punkten formulierten Vorschlag. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht, daß der für gestern erwartete Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Polen ausgeblieben ist. Man sieht darin ein Zurückweichen Hitlers vor der eigenen Politik der Unnachgiebigkeit, statt es als Entgegenkommen zu bewerten. Sobald Dahlems in London eintrifft, wird er hinzugezogen. Die Herren prüfen Hitlers Offerte Punkt für Punkt. Dann wird vereinbart, daß der schwedische Vermittler an Stelle Hendersons mit der englischen Antwort nach Berlin zu Hitler fliegt, dessen Reaktion darauf sofort nach London übermittelt, damit die Londoner Regierung dann erneut beraten kann. Und es wird beschlossen, daß Henderson erst morgen mit der dann endgültigen und offiziellen Antwort des Kabinetts nach Deutschland folgt. Dieser Modus wird telefonisch von Hitler akzeptiert und Dahlems fliegt nach Deutschland, wo er sofort von Göring in Empfang genommen wird. Es ist inzwischen wieder später Abend.
Göring hält die Antwort aus London für nicht in allen Punkten günstig und besteht darauf, sie Hitler alleine vorzutragen und ihm unter vier Augen vom Nutzen der Reaktion aus London zu überzeugen. Die Antwort bezieht sich strikt auf Hitlers Punkte. Sie lautet zu Punkt 1, daß England grundsätzlich bereit ist, einen Vertrag mit Deutschland zu schließen, der eine friedliche Entwicklung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet sichert. In Bezug auf Punkt 2, die Bitte bei der Wiedergewinnung von Danzig und dem Korridor zu helfen, steht die englische Regierung einer Lösung der Frage wohlwollend gegenüber und empfiehlt, hierfür direkte Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau. Zu Punkt 3, der deutschen Garantie der zukünftigen Grenzen Polens, besteht die britische Regierung darauf, daß Polens zukünftige Grenzen nicht allein von Deutschland, sondern auch von Rußland, Italien, Frankreich und Großbritannien garantiert werden müssen. Zu Punkt 4, den ausreichenden Garantien für die deutsche Minderheit in Polen, akzeptiert die englische Regierung Deutschlands Forderung und empfiehlt, diese Frage ebenfalls durch direkte Verhandlungen mit Polen zu lösen. Den in Punkt 5 erhobenen deutschen Anspruch auf die spätere Rückgabe der früheren deutschen Kolonien oder auf Ersatz lehnt die englische Regierung zunächst ab, stellt aber spätere Verhandlungen dazu in Aussicht. Das Angebot in Punkt 6, das britische Weltreich im Bedarfsfall militärisch zu unterstützen, wird gleichfalls abgelehnt.
Görings Zweifel an Hitlers positiver Reaktion sind nicht ganz unberechtigt. Schließlich trifft der Vorschlag, die Danzig- und Korridor-Sache deutsch-polnisch zu verhandeln, den wunden Punkt der deutschen Position. Außenminister Beck in Warschau ist in der Danzig-Transitfrage seit Oktober vorigen Jahres nicht einen Schritt auf Deutschland zugegangen. Die britischen und französischen Garantien und Versprechen vom März und Mai und von vor zwei Tagen haben Beck bestärkt, davon nicht abzugehen. Auch der Vorschlag, in der Minderheitenfrage zu verhandeln ist ein Hohn. Polen hat die im Versailler Vertrag unterzeichneten Minderheitenschutzbestimmungen gekündigt und die zwei Minderheitenschutzverträge
mit dem Deutschen Reich im eigenen Land nie durchgesetzt.
Was sollte die Polen jetzt beflügeln, sich in Bezug auf Danzig, den Korridor und die Minderheiten umzustellen? Göring will versuchen, Hitler mit dieser Antwort der englischen Regierung vom Einmarsch in Polen abzubringen. Als er sich mit der von Dahlems überbrachten Chamberlain-Antwort beim „Führer“

meldet, ist es fast Mitternacht.
Der Dahlems-Versuch, die Katastrophe zu verhindern, ist nicht der einzige an diesem Tag. Am Nachmittag erscheint der Kabinettschef des Außenministers Beck, Graf Łubieński, in Berlin und sucht den Vorsitzenden der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, Dr. Kleist, auf, einen Beamten im Auswärtigen Amt. Łubieński gelingt es, Dr. Kleist zu überzeugen, daß sein Chef in Warschau nicht mehr „Herr des Verfahrens" ist, und daß die seit Monaten in einen Kriegsrausch versetzte polnische Bevölkerung derzeit keinen Kompromiß zu Danzig dulden werde. Beck, so Graf Łubieński, sehe die Lage Polens durchaus realistisch, doch er brauche Zeit, bis sich die Verhältnisse in Polen abgekühlt und normalisiert hätten. Dr. Kleist vermittelt diese Sicht der Dinge sofort an von Ribbentrop, der sich damit noch am gleichen Tag bei Hitler meldet. Es ist schon ein kleines Wunder, daß sich von Ribbentrop, der sonst nicht gerade mäßigend auf Hitler Einfluß nimmt, hier zum Fürsprecher seines polnischen Kollegen macht. Doch auch dieser kleine Hoffnungsfunke für den Frieden verglimmt ganz schnell angesichts der Auswirkungen, die W gerade diese in Polen angefachte Stimmung gegenüber Deutschland hat. Nach von Ribbentrops kurzem Vortrag entgegnet Hitler:
„Wie ich Herrn Henderson schon gesagt habe, glaube ich gern, daß Beck und Lipski voller guter Absichten sind. Aber sie sind nicht mehr Herr der Lage. Sie sind Gefangene einer öffentlichen Meinung, die durch Übersteigerung ihrer eigenen Propaganda und die Prahlereien der Militärs zur Weißglut gebracht worden ist. Selbst wenn sie verhandeln wollten, wären sie nicht in der Lage dazu. Das ist der eigentliche Kern der Tragödie. Sehen Sie!"
Hitler reicht von Ribbentrop ein Telegramm, das auf seinem Schreibtisch liegt:
„24. August, 13.15 Uhr, Verkehrsflugzeug „ Lufthansa D-ABHF "15 bis 20 Km Entfernung vor Küste Hela in 1500 m Flughöhe durch polnische Flak von etwa 40 km von Küste liegendem polnischen Schiff beschossen. Sprengwolken von acht Schüssen von Maschine beobachtet.
25. August, 12.47 Uhr, Verkehrsflugzeug „Lufthansa D-AHIH" 20 km Entfernung von Heisternest durch polnische Flak beschossen. Schüsse so nahe, daß Detonationen im Flugzeug laut gehört wurden. Unter Fluggästen Staatssekretär Stuckart. ...
25. August, 14.18 und 15.25 Uhr, Wasserflugzeug der Kriegsmarine Pillau auf Höhe von Brösen in weiter Entfernung von Küste beschossen, zweites Mal mit sechs Schuß. Schüsse entweder von Heia oder vom polnischen Schiff abgegeben."
Hitler bemerkt zu den drei Meldungen:
„Wenn wir die Warschauer Regierung auffordern, sie solle sich bei uns entschuldigen, wird sie uns wie gewöhnlich antworten, sie träfe keine Schuld. Das ist reine Anarchie. Was soll man da machen?"
Von Ribbentrops einziger überlieferter Versuch, Hitler zu bewegen, der polnischen Regierung mehr Zeit zu lassen, ist damit kein Erfolg beschieden.
Am gleichen Tag liegt in London der nächste Bericht aus Warschau vor. Botschafter Kennard teilt mit, wie er die Dinge sieht:
„Soweit ich das beurteilen kann, sind die deutschen Behauptungen über die massenhaften Mißhandlungen an Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen grobe Übertreibungen, wenn nicht sogar Fälschungen. ...
Jedenfalls handelt es sich dabei schlicht und einfach um deutsche Provokationen im Zusammenhang mit einer Politik, die die zwei Nationen gegeneinander aufgebracht hat. Ich nehme an, daß dies geschieht, um (a)

Kriegsstimmung in Deutschland zu entfachen, (b) die öffentliche Meinung im Ausland zu beeindrucken und (c) entweder Niedergeschlagenheit oder offensichtliche Aggressionen in Polen zu provozieren. ...Es gibt keine Anzeichen, daß die zivilen Behörden die Kontrolle über Zustände in Polen verloren haben. ...“

Montag, der 28. August

Vier Tage vor dem Kriegsausbruch.
Frühmorgens 1.30 Uhr: Göring kommt von Hitler zurück und hat mit der Dahlerus-Botschaft Erfolg gehabt. Hitler hat wider Görings anfängliche Befürchtungen Englands Standpunkt respektiert. Göring berichtet trotz der Schlafenszeit sofort Dahlems über Hitlers Kommentare zur aus London überbrachten Antwort. *„Mit Freude“*, so Marschall Göring *„begrüße Hitler Englands Wunsch, mit Deutschland zu einer friedlichen Abmachung zu gelangen. Der Reichskanzler würde größten Wert darauf legen, ein wirkliches Bündnis zwischen Großbritannien und Deutschland zustande zu bringen und nicht nur einen Vertrag. Hitler respektiere Englands Entschluß, seine Garantie für Polen aufrechtzuerhalten und ebenso die englische Forderung nach internationaler Garantie der polnischen Grenzen durch die fünf Großmächte. Er akzeptiere auch den englischen Vorschlag, die Fragen Korridor und Danzig endgültig durch direkte Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen zu regeln. Hitler habe weiter den Vorschlag der englischen Regierung gebilligt, die Entscheidung über die Kolonien bis zur allgemeinen Demobilisierung und Normalisierung der Lage zu vertagen. Er habe auch seiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Engländer bei den damit zusammenhängenden Verhandlungen ihr Bestes tun würden, um eine befriedigende Lösung herbeizuführen.“*
Der Friede scheint gerettet. Immerhin gibt Hitler mit seiner Reaktion zwei Dinge zu erkennen. Zum einen will er, der Beck seit dem 5. Januar immer wieder zu Gesprächen über Danzig und die Transitwege eingeladen hat, noch einmal warten. Was noch bemerkenswerter ist, ist zweitens, sein Einverständnis zu einer Garantie der Grenzen Polens durch England, Frankreich, Italien und die Sowjetunion. Dies Einverständnis läßt darauf schließen, daß sein Interesse an der Eroberung des Nachbarlandes Polen relativ gering ist. Falls er trotzdem eine Annexion in den letzten Monaten in Erwägung gezogen haben sollte, ist er jetzt jedenfalls bereit, Polens Existenz auf Dauer zu achten, wenn er dafür die Freundschaft Großbritanniens gewinnen kann.Dahlems beeilt sich, die Reaktionen Hitlers und Görings so schnell wie möglich mit Hilfe der englischen Botschaft in Berlin nach London durchzugeben. Er hebt dabei hervor, daß Großbritannien nun Polen überzeugen muß, daß es sofort beginnt, mit Deutschland zu verhandeln. Dahlems übermittelt außerdem, daß es äußerst wichtig ist, daß die offizielle Antwort, die Henderson später überbringen soll, erwähnt, daß England sich verpflichtet, die polnische Regierung zu Verhandlungen mit Deutschland zu bewegen. Gegen Mittag begibt sich Dahlems noch einmal zu Feldmarschall Göring, der sich inzwischen in sein mobiles Hauptquartier westlich von Potsdam begeben hat. Der Schwede lernt dort die Luftwaffengenerale Milch, Jeschonnek, Udet, Bodenschatz und Staatssekretär Körner kennen, die offensichtlich uni sono die Auffassung vertreten, daß ein Krieg vermieden werden müsse.
In London wird derweilen die offizielle Antwort der britischen Regierung auf

Hitlers Sechs-Punkte-Angebot zu Ende formuliert. Um 14 Uhr geht ein Telegramm von Lord Halifax an den englischen Botschafter in Warschau Kennard mit dem Auftrag, sofort beim polnischen Außenminister nachzufragen, ob sich die polnische Regierung zu direkten Verhandlungen mit der deutschen bereit erklärt. Im Telegramm steckt ein Schachzug Londons, der unweigerlich zum Kriege führt. Minister Halifax betont in diesem Auftrag an Botschafter Kennard als erstes, daß man in London genau zwischen der Methode der empfohlenen Verhandlung und den Zielen der Verhandlung unterscheide. Man werde die Andeutung der Verhandlungsbereitschaft von polnischer Seite nicht als Zustimmung zu Hitlers Forderungen in irgendeiner Weise mißverstehen. Die Verhandlungen hätten nach den Grundsätzen der Wahrung der wesentlichen Interessen Polens und der Gespräche „auf gleicher Augenhöhe“ zu geschehen. Großbritannien stehe weiter hinter Polen.
Das Telegramm enthält nicht ein einziges Wort zu Danzig und nicht den geringsten Hinweis an die Adresse Warschaus, den Deutschen ein Stück des Weges entgegenzukommen. Die verklausulierte Botschaft lautet, daß die englische Regierung die polnische Verhandlungsbereitschaft nicht als ein Nachgeben in der Danzig-Frage mißverstehen werde und daß Warschau das auch nicht tun sollte. Man erwarte, daß Polen verhandele und nicht mehr. Nach dieser Botschaft kann man in London sicher sein, daß Warschau in Bezug auf Danzig mauert.
Um 16 Uhr trifft die Antwort aus Warschau im Foreign Office ein:
„Außenminister Beck ist äußerst dankbar für die vorgeschlagene Antwort an Hitler und ermächtigt seiner Majestät Regierung, die deutsche Regierung zu informieren, daß Polen bereit ist, sofort in direkte Verhandlungen mit dem Reich einzutreten“
Um 17 Uhr tritt Botschafter Henderson mit der Antwort im Gepäck den Rückflug nach Berlin an. Um 22.30 Uhr wird er in der Reichskanzlei protokollarisch mit den Ehren empfangen, die sonst nur Staatsoberhäuptern vorbehalten sind. So groß ist Hitlers Wille, die Bedeutung zu unterstreichen, die er der deutsch-britischen Annäherung beimißt. Ehe Henderson das Antwortschreiben Chamberlains überreicht, tauschen sich die beiden Männer aus. Der Botschafter betont die Bündnistreue Englands zu Polen und erklärt:
„Das englische Volk und besonders Mister Chamberlain wünschten eine Verständigung mit Deutschland, brauchten allerdings bei der Durchführung dieser Absicht die Mitwirkung Deutschlands, das versuchen müßte, sich mit den Polen auf friedlichem Wege zu einigen.“
Hitler entgegnet:
„daß er durchaus bereit gewesen sei, die schwebenden Fragen mit der Polnischen Regierung auf einer sehr vernünftigen Grundlage zu regeln. ... Jetzt hätten sich die Dinge aber soweit zugespitzt, daß täglich neue Zwischenfälle und neue Gewalttaten gegenüber den Volksdeutschen geschähen. ... Für ihn bestehe die Wahl seiner Möglichkeiten jetzt darin, die Rechte des deutschen Volkes zu verteidigen oder um den Preis einer Einigung mit England aufzugeben. Das sei für ihn keine Wahl, sondern er habe die Pflicht, für die Rechte des deutschen Volkes einzutreten.“
Nach etwa einstündigem Gespräch wird Henderson von Hitler mit der Zusicherung entlassen, er werde die Botschaft Chamberlains sorgfältig studieren und morgen schriftlich Antwort geben. Die erste Durchsicht des Briefes aus London stellt Hitler offensichtlich zunächst zufrieden. Dahlems, der schwedische Vermittler,wird jedenfalls noch um 1.15 Uhr auf Görings Anweisung hin telefonisch aus der Reichskanzlei

davon informiert, „daß die Antwort höchst zufriedenstellend wäre und daß nun große Hoffnung bestehe, daß die Kriegsgefahr vorbei sei.“
Am gleichen Tage gibt es noch einen weiteren Hoffnungsschimmer für die deutsche Seite. Mussolini läßt dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß das deutsche Anrecht auf Danzig grundsätzlich anerkannt werden müsse, und daß er für alle übrigen Fragen, wie die der Abrüstung, die der Rohstoffversorgung für Deutschland und die der Kolonien, eine Vierer- oder Fünferkonferenz anregen werde.

Dienstag, der 29. August
Drei Tage vor dem Kriegsausbruch.
Ganz Europa liegt im Fieber und trotzdem sieht es in Berlin tagsüber zunächst nach Frieden aus.
Das Oberkommando der Sowjetischen Streitkräfte gibt die Verstärkung der Truppen an der Westgrenze bekannt. Die Mobilmachungsvorbereitungen in England, Polen, Deutschland, Frankreich, Bulgarien und den Niederlanden laufen weiter; in Polen und Deutschland allerdings bislang inoffiziell. Ungarn macht gegen Rumänien mobil und umgekehrt. Die Grenzen zwischen Italien und Frankreich und die zwischen Frankreich und Deutschland werden von beiden Seiten geschlossen. Italien versetzt seine Luftwaffe in Libyen, Äthiopien, Sardinien und Sizilien in Alarmbereitschaft. Das ägyptische Territorialheer wird mobilgemacht. Spanien läßt seine Pyrenäenfestungen unter Hochdruck in Abwehrbereitschaft versetzen. In der Türkei wird einberufen und die Dardanellenstellungen werden bemannt. In Belgien sind Reservisten für 12 Divisionen und in der Schweiz 100.000 Mann für die Grenztruppen eingezogen worden. Und Irland bestreitet Großbritannien das Recht, in England lebende Iren zum Kriegsdienst heranzuziehen.
Auch die USA – obwohl neutral – machen mit dem Herzen schon mobil. Am frühen Morgen 07.10 Uhr trifft der Abendbericht der deutschen Botschaft aus Washington in Berlin ein. Der dortige Geschäftsträger Thomsen schreibt:
„In Militärkreisen ist Stimmung gegenüber Deutschland wesentlich weniger durch Pressehetze beeinflußt, als in breiter Öffentlichkeit. In letzterer gilt Deutschland allgemein als Friedensstörer und Angreifer, der sich weigert, politische Probleme anders als mit Gewalt zu lösen. ... Ich beurteile die Lage wie folgt:
1. Roosevelt hält Neutralität für verwerflich. ...
2. Amerika will militärisch intervenieren,
a. falls England und Frankreich in Gefahr einer Niederlage geraten,
b. voraussichtlich auch falls sichere Aussicht auf englisch-französischen Endsieg besteht. ...“
Gegen 11 Uhr morgens sehen sich Göring und Dahlems wieder. Der Marschall drückt dem schwedischen Vermittler die Hand und sagt ganz aufgeregt: *„Es bleibt Frieden! Der Frieden ist gesichert.“*
Inzwischen ist man in der Reichskanzlei dabei, den Antwortbrief der englischen Regierung sorgfältig auszuwerten. Oberflächlich betrachtet stimmt der Schrifttext mit der von Dahlems schon vorher überbrachten Antwort überein.
„England teilt den Wunsch nach gegenseitiger Verständigung. Die deutsch-polnischen Vereinbarungen müssen die wesentlichen Interessen Polens sicherstellen.
Polens neue Grenzen sind von fünf Mächten zu garantieren. Die Minderheitenprobleme sollten erst nach einer Phase der Beruhigung verhandelt werden.“

Hitler ist mit alledem offensichtlich einverstanden. Doch der Brief enthält auch drei Passagen, bei denen nicht ersichtlich ist, ob Hitler, Göring und von Ribbentrop erfassen, was sie besagen und was ihre Konsequenzen sind. Da heißt es:
„Seiner Majestät Regierung vertraut darauf, daß der Herr Reichskanzler nicht glauben wird, daß seiner Majestät Regierung, weil sie ihre Verpflichtung gegenüber Polen genau nimmt, aus diesem Grunde nicht bestrebt ist, ihren ganzen Einfluß für das Zustandekommen einer sowohl Deutschland wie Polen befriedigenden Lösung einzusetzen."
Entkleidet aller Floskeln heißt der Satz:
„Wir hoffen, daß Sie nicht glauben, daß wir uns nicht für eine auch für Deutschland befriedigende Lösung einsetzen werden."
Man kann den Satz auch noch wie folgt verkürzen:
„Wir hoffen nicht, daß Sie glauben, daß wir nichts für Sie tun."
Das ist – sorgfältig gelesen – keine Zusage, daß die britische Regierung sich für das Zustandkommen einer für Deutschland befriedigenden Lösung einsetzen werde. Und genau darum hatte Hitler Chamberlain zwei Tage vorher in seinem Brief gebeten. Der Satz – blendend ausgedrückt – erweckt den Anschein britischer Unterstützung für das deutsche Anliegen und sagt dennoch rein gar nichts aus. Tags zuvor hat die gleiche britische Regierung Botschafter Kennard in Warschau angewiesen, dem polnischen Außenminister Beck in der Sache kein Entgegenkommen anzuraten. Nur verhandelt sollte werden. So ist der oben zitierte Satz mit „Seiner Majestät Regierung ..." im Zusammenhang mit der Kennard-Weisung nichts als eine brillant formulierte Täuschung Hitlers; vielleicht eine Rache des Premiers Chamberlain für Hitlers Wortbruch in Bezug auf die Tschechei.
Die zweite zweifelhafte Passage in diesem Antwortbrief betrifft die Verhandlungsbereitschaft Polens. Da heißt es:
„Seiner Majestät Regierung hat bereits eine definitive Zusicherung von der polnischen Regierung erhalten, daß diese bereit ist, auf dieser Grundlage in Besprechungen einzutreten."
Der Satz muß Hitler glauben machen, daß sich die polnische Regierung tags zuvor auf Englands Drängen hin bereit erklärt hat, etwas in der Sache zu bewegen. Doch genau das hat die Kennard-Weisung versucht zu unterbinden. Der Kern der englischen Ratschläge an die Polen ist gewesen: *„Sprechen ja, bewegen ist von unserer Seite nicht gefordert"*, oder in einem Bild gesprochen: *„Geht zum Ball, aber laßt das Tanzen"*. Die britische Regierung suggeriert mit diesem Satz den nun offenen Verhandlungsweg, den sie in Wirklichkeit durch Botschafter Kennan hat verstellen lassen.Ein dritter und genauso folgenschwerer Haken in der Antwort aus London ist die Reihenfolge der Voraussetzungen, die nun gelten sollen. Hitler hat einen Freundschaftspakt geboten, wenn England bei der Danzig-Sache hilft. Die britische Regierung antwortet: wenn Deutschland und Polen den Danzig-Streit auf dem Verhandlungsweg gelöst haben, ist England bereit, einen Freundschaftspakt zu schließen. Hitlers Voraussetzung für Deutschlands Einigung mit Polen ist der Freundschaftspakt mit England. Chamberlains Voraussetzung für den Freundschaftspakt mit England ist Deutschlands Einigung mit Polen. Die Briten zeigen Hitler also nach wie vor die verschlossene Tür in Warschau und sagen „Geh hindurch". Hitlers Rechnung oder Hoffnung geht also auch in diesem Punkt nicht auf. Dennoch ist ihm sein Fernziel eines Ausgleichs und eines Freundschaftspakts mit Großbritannien nun wichtiger als das Nahziel Danzig. Er geht auf Chamberlains schwierige Konditionen ein.
Hitler antwortet mit einer Note, in der er als erstes die Bedingungen aus London akzeptiert. Dann wiederholt er noch einmal die Klage gegen die Drangsalierung

der Volksdeutschen in Polen und erklärt, daß dieser Zustand nicht weitere Wochen oder auch nur Tage hingenommen werden kann. Hitler fordert in diesem Schreiben die Revision des Versailler Vertrages, soweit er Danzig und den Korridor betrifft und sichert den Fortbestand des Staates Polen unter der Fünf-Mächte-Garantie ansonsten zu. Soweit folgt Hitler den Vorgaben der britischen Regierung. Erst zum Schluß des Briefes baut er eine Hürde auf, über die nun die Briten und die Polen gehen müssen. Er beendet seinen Brief mit der Erwartung, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen nun wirklich binnen 29 Stunden aufgenommen werden:

„Die Deutsche Reichsregierung ist unter diesen Umständen damit einverstanden, die vorgeschlagene Vermittlung der Königlich Britischen Regierung zur Entsendung einer mit allen Vollmachten versehenen polnischen Persönlichkeit nach Berlin anzunehmen. Sie rechnet mit dem Eintreffen dieser Persönlichkeit für Mittwoch, dem 30. August 1939."

Das heißt: Verhandlungsbeginn spätestens am Tag danach um 24 Uhr, ohne ein weiteres englisch-polnisches Spiel auf Zeit. Hitler schwankt jetzt offensichtlich zwischen der Hoffnung auf die Vermittlungskünste der Londoner Regierung und der Erwartung, daß die Warschauer Regierung sich nicht bewegen wird.

Der deutsche Kanzler steht in vieler Hinsicht mit dem Rücken an der Wand. Er will so schnell wie möglich von den Briten Taten sehen oder herausfinden, ob er hingehalten wird. Er kann die Mobilmachung und den Aufmarsch der Wehrmacht nicht mehr lange in der Schwebe halten. Entweder müssen die Streitkräfte in absehbarer Zeit zurückgezogen werden oder spätestens am 2. September in Polen einmarschieren. Außerdem will Hitler sich von der polnischen und der französischen Presse nicht wieder „weiche Knie" wie vor drei Wochen attestieren lassen. So muß er den Haltbefehl für die aufmarschierte Wehrmacht bald mit einem Verhandlungserfolg aufwiegen. Und in dieser Situation wohl ganz entscheidend: er kann die drangsalierte deutsche Minderheit in Polen nicht lange weiter ohne Hilfe lassen.

Um 19 Uhr übergibt Hitler seine Antwort an Botschafter Henderson, der sie sofort lesend überfliegt. Henderson ist zunächst erleichtert festzustellen, daß Hitler alle englischen Bedingungen akzeptiert. Die Erleichterung wechselt zur Bestürzung, als er den Schluß des Briefes liest. Henderson macht aus dem Entsetzen über die so kurz gesteckte Frist nicht den geringsten Hehl:

„Sie geben dem polnischen Unterhändler 24 Stunden Zeit, um nach Berlin zu kommen. Die Frist ist viel zu kurz. Warum eine solche Übereilung? Das klingt wie ein Ultimatum. "

„Aber keineswegs", entgegnet Hitler. *„Dieser Satz unterstreicht nur die Dringlichkeit des Augenblicks. Bedenken Sie, daß es jederzeit zu einem schweren Zwischenfall kommen kann, wenn sich zwei mobilisierte Armeen gegenüberliegen."*

Henderson beharrt auf seiner Ansicht:

„Die Frist ist unzureichend. "

„Nein", so Hitler. *„Es ist jetzt eine Woche, daß wir immer dasselbe wiederholen. Wir tauschen unablässig Noten und Antworten aus. Dieses unsinnige Spiel kann nicht ewig weitergehen. ... Denken Sie an die Gewehre, die jeden Augenblick von allein losgehen können. Denken Sie daran, daß mein Volk Tag um Tag blutet."*

Die Unterredung zwischen beiden Männern ist erregt und zum Schluß unfreundlich heftig. Als Henderson sieht, daß er Hitler nicht zu einer Terminverschiebung bewegen kann, fragt er zum Schluß der Notenübergabe, ob ein polnischer Unterhändler,

der nach Berlin käme, freundlich empfangen würde und ob die Verhandlungen auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung geführt würden. Hitler sichert beides zu. Er stellt außerdem in Aussicht, ein neues Angebot für Polen vorzubereiten.
Nach dem Besuch bei Hitler bittet Henderson sofort den polnischen Kollegen Lipski zu sich in die englische Botschaft. Er informiert ihn über das Gespräch mit Hitler und den Inhalt des Briefs an Chamberlain. Der Brite bietet gegenüber seinem polnischen Kollegen alle Überredungskunst auf, zu der er fähig ist, und dringt händeringend auf die sofortige Entsendung eines bevollmächtigten Unterhändlers von Warschau nach Berlin. Dann ruft Henderson seinen französischen und seinen italienischen Botschafterkollegen in Berlin an, setzt sie schnell ins Bild und bittet beide, sie möchten unverzüglich die Regierungen in Paris und Rom anrufen und ihnen eine sofortige Intervention in Warschau anraten. Das polnische Außenministerium, so drängt Henderson, sollte schnellstmöglich einen zu Verhandlungen bevollmächtigten Unterhändler nach Berlin entsenden.
Dann erst, um 21 Uhr, wendet sich Henderson per Telegramm an Minister Halifax in London. Er kündigt Hitlers Brief an, den er vor Übersendung noch in Englisch übersetzen lassen will. Vorinformierend – weil die Zeit drängt – weist er darauf hin, daß Hitler morgen, am 30. August, einen bevollmächtigten Unterhändler Polens in Berlin erwartet. Er teilt auch schon mit, daß Hitler die Bedingungen des letzten Halifax-Vorschlages akzeptiert hat, und daß die Note aus Berlin zum Ausdruck bringt, daß die deutschen Vorschläge nie zum Ziele hatten, die vitalen Interessen Polens einzuschränken. Eine Stunde später schickt Henderson die übersetzte Hitler-Antwort hinterher. Im Begleittext zum Hitler-Brief bringt er es auf den Punkt:
„Hitler blufft nicht. Er ist bereit loszuschlagen. Die einzige Chance, die wir noch haben, um den Krieg zu verhindern, ist, daß Beck nach Berlin kommt.“
Henderson ringt offensichtlich ehrlich um den Frieden.
In Warschau beraten derweil Außenminister Beck, Verteidigungsminister Kasprzycki und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte Marschall Rydz-Śmigły. Ihr Ergebnis: in der Danzig-Frage wird nicht nachgegeben, und Polen muß der deutschen Forderung militärisch widerstehen. Ein Entschluß zu verhandeln, wie von den Briten dringend angeraten, kommt nicht zustande. Am Nachmittag tritt der Ministerrat zusammen und beschließt, für morgen, den 30. August, die Allgemeine Mobilmachung offiziell bekanntzugeben. Beide Länder, sowohl Polen als auch Deutschland, haben das wegen der demonstrativen Wirkung dieses Schrittes bisher tunlichst unterlassen.
Der französische Botschafter und der englische, die unbedingt verhindern wollen, daß der Krieg im letzten Moment doch noch von Polen provoziert wird, protestieren sofort im polnischen Außenministerium gegen den Beschluß, öffentlich mobil zu machen. In Paris und London erwartet man jetzt Verhandlungen und nicht Eskalation aus Warschau. Wenn Warschau jetzt den Krieg auslöst und nicht Berlin, ist kein Bündnisfall gegeben, und Paris und London hätten völkerrechtlich keine Legitimation, mit Deutschland abzurechnen. Der Protest der zwei Botschafter kann nicht das verhindern, was verhindert werden sollte. Noch um etwa 18 Uhr versichert der polnische Außenminister dem britischen Botschafter Kennard, daß die Generalmobilmachung geheimgehalten werden kann. Doch schon eine Stunde später gibt er zu, daß das nun nicht mehr möglich ist. Außenminister Beck hängt dem Geständnis die schicksalsschwere Frage an:
„Würde Ihrer Majestät Regierung verantworten, die polnische Regierung

anzuweisen, eine Maßnahme zu unterlassen, die für die Sicherheit Polens entsscheidend ist und dadurch Polens Existenz gefährden?"
Nach dem Hitler-Henderson-Gespräch werden fast zeitgleich Marschall Göring in der Reichskanzlei und Sir Ogilvie-Forbes – zweiter Mann an Londons Botschaft – vom Inhalt und Verlauf des Zusammentreffens unterrichtet. Beide sind bestürzt und nehmen nur wenige Minuten nacheinander Verbindung zu Dahlems auf. Beide sind voll Sorge, daß der Streit um die zu kurz gesteckte Frist und die dadurch entstandene Verstimmung die Bereitschaft der englischen Regierung zu weiterer Vermittlung beenden könnte. Ogilvie-Forbes ist Dahlems Ansprechpartner in der britischen Botschaft in Berlin.
Göring ist sehr aufgebracht, gibt Henderson die Schuld an der Verstimmung – was wohl unberechtigt ist –, beklagt sich über die „Unverschämtheit" der Polen gegenüber Deutschland und erwähnt, daß gerade heute wieder fünf deutsche Flüchtlinge auf dem Weg von Ost nach West bei dem Versuch, die Warthe zu durchschwimmen, vom polnischen Militär erschossen worden seien. Dies habe Hitler sehr erzürnt.
Marschall Göring bittet den Schweden, sofort nach London zu fliegen und der englischen Regierung einen genauen Bericht über die Ereignisse des Abends zu geben, Deutschlands weitere Entschlossenheit zu betonen, zu einer Verständigung zu kommen und mitzuteilen, daß
„Hitler beabsichtige, Polen im Laufe des morgigen Tages eine Note zu übermitteln, die so leichte Bedingungen enthalten würde, daß sie sicherlich von Polen akzeptiert und von der englischen Regierung befürwortet werden könnten."
Göring und Dahlems trennen sich um 2 Uhr in der Nacht. Der Schwede informiert, ehe er sich zu Bett begibt, noch Ogilvie-Forbes, damit der schnellstens nach London berichten kann.

Mittwoch, der 30. August
Zwei Tage vor dem Kriegsausbruch.
Morgens um 4 Uhr erhält Henderson aus London die Weisung, der deutschen Reichsregierung mitzuteilen, daß man dabei sei, die deutsche Note sorgfältig zu prüfen und daß man nicht damit rechne, binnen 24 Stunden einen bevollmächtigten Unterhändler aus Warschau nach Berlin zu bekommen. Die Warnung, daß an diesem „letzten" Tag kein Pole kommen werde, gibt Henderson weder an Außenminister von Ribbentrop noch an Hitler weiter.Den ganzen Morgen erarbeitet eine Gruppe von Diplomaten und Juristen nach
Hitlers Weisungen und Görings Vorschlägen das neue Verhandlungsangebot an die polnische Regierung.
Um 5 Uhr startet Dahlems von Berlin. Um 10.30 Uhr wird er in der Downing Street No. 10 empfangen. Premier Chamberlain hat nach Dahlems' Eindruck offenbar die Grenzen seiner Geduld erreicht und den Glauben an den Nutzen weiterer Verhandlungen verloren. Dahlems beginnt nun, „um die Ecke" zu argumentieren. Er berichtet von den Gewalttätigkeiten der Polen gegen deutsche Flüchtlinge und anderen Grausamkeiten und ergänzt, es sei wichtig, wenn die Deutschen die Gewalttaten der Polen provozierten, die Polen zu überzeugen, daß sie sich nicht zu den Grausamkeiten verleiten ließen und diese unterließen. Dahlems' Argumentation wird akzeptiert. So geht um 17.30 Uhr ein Telegramm aus London an Kennard in Warschau mit dem Auftrag, der polnischen Regierung folgendes zu empfehlen:

„Die Atmosphäre könnte sich verbessern, wenn die polnische Regierung folgende Weisung an alle militärischen und zivilen Behörden gibt:
1. Nicht auf deutsche Flüchtlinge oder Minderheitenangehörige, die Unruhe stiften, zu schießen, sondern sie zu inhaftieren.
2. Von Gewalttätigkeiten gegen Minderheitenangehörige abzusehen und sie zu verhindern.
3. Deutsche Minderheitenangehörige, die Polen verlassen wollen, ziehen zu lassen.
4. Aufhetzende Radiopropaganda einzustellen.
Bitte unterrichten Sie Außenminister Beck, daß die britische Regierung bestrebt ist, Hitler jeden Vorwand zu nehmen, zu übertriebenen Maßnahmen zu greifen.“
Das Telegramm ist angesichts der so oft von Kennard bestrittenen polnischen Übergriffe gegen Angehörige der deutschen Minderheit in Polen ein bemerkenswertes Dokument.
Nachdem dieser Punkt abgehandelt ist, interpretiert Dahlems vor Chamberlain und Halifax noch einmal die Einzelheiten der Hitler-Antwortnote mit allen Erläuterungen, die ihm Göring mit auf den Weg gegeben hat. Er vergißt nicht zu erwähnen, daß der deutsche Kanzler angekündigt hat, ein „großzügiges Angebot“ für Polen vorzulegen. Hier entschlüpft Chamberlain eine Bemerkung, die nur schwer nachvollziehbar ist, auch wenn sein Mißtrauen gegen Hitler seit der Tschechei sehr wohl begründet ist. Der englische Premier sagt zu Dahlems, er hege den Verdacht, daß die Hitler-Antwort mit den sechs Punkten und der neue Vorschlag für die Polen „eine Finte sei, um Zeit zu gewinnen. Bisher ist es Vorwurf von Chamberlain und Halifax gewesen, daß Hitler die Polen unter Zeitdruck setzt. Nun soll er selbst versuchen, Zeit zu schinden. Das paßt nicht zueinander. Man kann hier nur vermuten, daß Chamberlain seine eigentliche Befürchtung an diesem 30. August versehentlich entschlüpft, daß Hitler so lange warten könnte, bis Polen einen Krieg auslöst. Dann stünde England völkerrechtlich außen vor und hätte keine Legitimation, in einen Krieg mit Deutschland einzutreten. Daß ein Gedanke dieser Art bei Chamberlain nicht aus der Luft gegriffen wäre, zeigt der letzte Schritt der Polen. Sie haben gegen Englands Rat mobilgemacht. Um 12.40 Uhr informiert Göring telefonisch aus der Reichskanzlei Dahlerus, der noch immer mit den Briten konferiert. Göring kündigt an, daß Hitler höchstwahrscheinlich ein Plebiszit für die Bevölkerung im Korridor vorschlägt, so daß die selbst entscheiden kann, ob ihr Gebiet nun polnisch oder deutsch sein soll. Des weiteren teilt Göring mit, daß ein Auswanderungsrecht für die Minderheiten vereinbart werden soll, die nach der Ziehung neuer Grenzen auch weiter außerhalb des eigenen Volks verbleibt. Göring und Dahlerus bemühen sich vergeblich, die Briten als „Vermittler“ anzustoßen, die Polen mit Hilfe dieser Vorschläge zum Verhandeln zu bewegen. Chamberlain entläßt Dahlerus ohne weitere Botschaft an Hitler, von Ribbentrop oder Göring, und der schwedische Vermittler fliegt nach Berlin zurück.
Dort ist mittags der neue Vorschlag für die polnische Regierung fertig. Hitler hat die früheren deutschen Wünsche aus der Zeit seiner demokratischen Vorgängerregierungen weit zurückgefahren. Ost-Oberschlesien und die Provinz Posen sind endgültig abgeschrieben. Auch in Bezug auf Westpreußen und den Korridor hat er die Forderungen, die er noch vor vier Tagen gegenüber Henderson geäußert hat, wieder reduziert. Hitler will offensichtlich die Briten mit einem sehr moderaten Vorschlag überzeugen, so daß die guten Gewissens die Polen drängen können. Dennoch, der neue Vorschlag verlangt mehr für Deutschland als der von

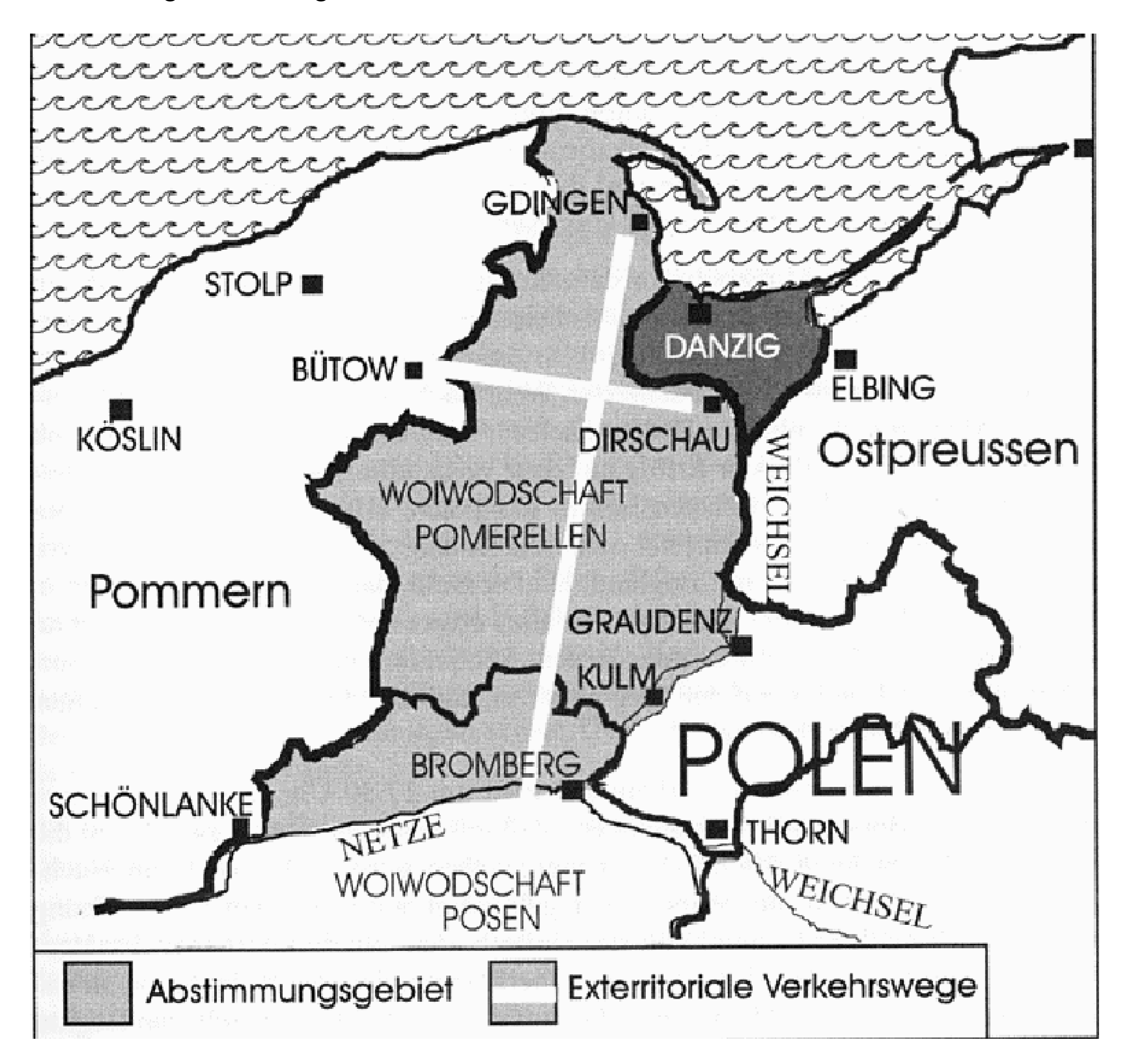
Polen ausgeschlagene März-Vorschlag Hitlers. Die Auflistung der deutschen Wünsche und Angebote umfaßt 16 Punkte.343 Dazu gehören:

- Danzig kehrt heim ins Reich.
- Im nördlichen Korridor soll die Bevölkerung in einer Abstimmung selbst entscheiden,

ob das Gebiet polnisch oder deutsch wird.

- Die Hafenstadt Gdingen bleibt dabei auf jeden Fall polnisch.

Je nach Abstimmungsergebnis im Korridor erhält entweder Deutschland exterritoriale Verkehrswege nach Ostpreußen oder Polen exterritoriale Verkehrswege nach Gdingen.



Die deutschen Vorschläge vom 30. August 1939

- Die in Danzig für Polen gewünschten Sonderrechte werden ausgehandelt und Deutschland gleiche Rechte in Gdingen zugestanden.
- Die Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen und die der polnischen Minderheit in Deutschland werden einer internationalen Kommission unterbreitet und von dieser untersucht. Beide Nationen zahlen Entschädigungen an betroffene Geschädigte nach Maßgabe der Kommission.

- Im Falle einer Vereinbarung nach diesen Vorschlägen demobilisieren Polen und Deutschland sofort ihre Streitkräfte.

Der Vertragsvorschlag ist so ausgelegt, daß er sowohl die unglückliche, in Versailles verfügte Abtrennung Ostpreußens vom Deutschen Reich beendet, als auch den freien Zugang Polens zur Ostsee sicherstellt. Außerdem wahrt er das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen polnischen, kaschubischen und deutschen Bevölkerungsanteile in einer zeitgemäßen Weise. Aber so neuzeitlich und demokratisch die vorgeschlagene Regelung auch ist, für den Vielvölkerstaat Polen mit seinen nicht integrierten Minderheiten birgt er eine ungeheure Sprengkraft. Die ukrainische, die weißrussische und die tschechische Minderheit könnten dem deutschen Beispiel später folgen und das von ihnen ungeliebte Polen ebenfalls mit regionalen Volksabstimmungen verlassen wollen.
Der 30. August, der Mittwoch vor dem Kriegsausbruch, vergeht, ohne daß ein polnischer Unterhändler in Berlin erscheint, um den neuen Verhandlungsvorschlag Hitlers in Empfang zu nehmen. Im Auswärtigen Amt und bei den Soldaten der inzwischen voll aufmarschierten Wehrmacht steigen Spannung und Nervosität. Man ist sich selbst in Hitlers nächster Umgebung nicht klar darüber, ob der „Führer" Krieg will oder Erfolg auf dem Verhandlungsweg. So hängt an diesem Tage alles an dem nächsten Schritt der Polen. Hitler gibt sich gegenüber Polen skeptisch. Für ihn steht jetzt nicht nur Danzig auf dem Spiel, sondern vor allem sein ersehnter Pakt mit England. Und er weiß, daß er in dieser Hinsicht in der Hand der Polen steckt. Göring sieht alles etwas optimistischer. Er glaubt an eine faire Vermittlungstätigkeit der Briten. Schließlich hat er Dahlems die Botschaft mit nach London auf den Weg gegeben, daß der „Führer" ein großzügiges Angebot an Polen vorbereitet.
Anstelle eines polnischen Unterhändlers trifft um 17.30 Uhr die Nachricht aus der deutschen Botschaft in Warschau ein, daß seit heute morgen in ganz Polen die Generalmobilmachung öffentlich bekanntgegeben wird. Als auch am Nachmittag noch niemand aus Warschau angekündigt wird, und Hitlers Hoffnung schwindet, bestellt er General von Brauchitsch, den Oberbefehlshaber des Heeres, und General Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, in die Reichskanzlei und verschiebt den bisher auf den 31. August festgelegten Beginn des Angriffs gegen Polen noch einmal um 24 Stunden. Neuer X-Tag ist nun der 1. September, Angriffszeit ist 4.45 Uhr. Hitler räumt sich damit selber eine weitere Chance ein, ohne Blutvergießen zum Erfolg zu kommen. Für ihn ist ein Krieg, zwei Tage bevor er ihn eröffnet, offensichtlich noch immer nur der schlechtere von zwei Lösungswegen.
In Warschau ist die polnische Regierung derweil nach wie vor der Überzeugung, daß Hitler blufft und selber in der Klemme steckt. Man hält die letzte Drohung Hitlers, am 26. August in Polen einzumarschieren, nachträglich für ein mißglücktes Einschüchterungsmanöver, dem nun ein zweites folgen wird. Außenminister Beck glaubt, man müsse das nur mit guten Nerven aussitzen. Gerüchte über einen bevorstehenden Aufstand der Wehrmachtsgenerale und die Gewißheit der englischen und französischen Waffenhilfe unterstützen Beck in seinem Glauben. Er ist entschlossen, niemand nach Berlin zu schicken.
Auch aus Paris und Washington kommt an diesem Tage kein Impuls an Polen, das Risiko des Kriegsausbruchs zu mindern. Eher gespenstisch wirkt das, was sich zwischen Washington, Paris und Warschau abspielt. Man beschwört sich gegenseitig, hart zu bleiben. Frankreichs Chef des Außenamtes Leger legt Premierminister Daladier darauf fest, die Polen nicht zu zwingen, mit den Deutschen zu verhandeln. Er tut dies – was ja ungewöhnlich ist – im Beisein

des amerikanischen Botschafters Bullitt, was einem Signal an Roosevelt gleichkommt. Ganz ähnliches spielt sich zur selben Zeit in Warschau ab. Dort läßt man den amerikanischen Botschafter Biddle wissen, was die Polen von Hitlers Vorschlag halten und wie es weitergehen soll. Um 19.30 Uhr meldet Biddle aus Warschau an Außenminister Hull in Washington, daß der polnische Außenminister Beck zu Hitlers Verhandlungsangebot „40 mal Nein" gesagt hat. Noch immer gibt es keine Warnung der Amerikaner an die Polen, daß sie jetzt auch von Osten her bedroht sind. Am späten Abend wird Biddle noch einmal zu Beck bestellt, der ihm die Gründe auseinandersetzt, warum er keine Kompromisse eingeht. Beck sagt auch, daß er nicht gedenkt, einen Verhandlungsführer nach Berlin zu schicken. Beck hat sich mit dem Offenlegen seiner Absicht den Segen Washingtons geholt, da Biddle ihm nicht abrät.
Bei dieser Haltung Polens fällt der Blick unwillkürlich zurück auf England, den Vermittler in der Krise. Um 10 Uhr morgens, kurz vor Dahlems' Ankunft bei Premierminister Chamberlain, geht dort ein Telegramm vom englischen Botschafter Kennard aus Warschau ein. Kennard berichtet, wie er die momentane Lage in Polen sieht, und er teilt mit, was er selbst von Hitlers so kurz anberaumter Frist und von Berlin als Tagungsort für die deutsch-polnischen Gespräche hält. Kennard ist sich sicher, daß Beck nicht nach Deutschland reisen wird, und daß Polen eher kämpfen und untergehen werde, als daß Beck jemanden nach Berlin entsendet. Kennard schreibt, daß die polnische Regierung, welche die deutschen März-Vorschläge ohne die Rückendeckung Englands abgelehnt hat, nun weitergehende deutsche Forderungen unmöglich annehmen könne, wo sie England und Frankreich als Verbündete an ihrer Seite hat. Was Kennard nicht erwähnt, ist, was er Außenminister Beck denn nun geraten hat. Sein Bericht wirkt so, als habe er Beck selbst empfohlen, niemand nach Berlin zu schicken.
Um 19.00 Uhr schickt Halifax das nächste Telegramm nach Warschau. Er weist Kennard an, Beck zu informieren, daß die deutsche Seite die englischen Vorschläge zu direkten deutsch-polnischen Verhandlungen und zur Fünf-Mächte-Garantie angenommen und versichert hat, Deutschland werde die vitalen Interessen Polens respektieren. Doch von den neuen 16 Punkten Hitlers, die er zum Teil schon von Dahlems kennt, wird kein Sterbenswort erwähnt. Statt dessen,
„daß es so aussieht, als würde die deutsche Regierung an neuen Vorschlägen arbeiten, und wenn die eintreffen, könne man weitersehen."
Chamberlain versucht ganz offensichtlich, Hitlers Zeitreserve zu verbrauchen. Gegen Abend wird auch für die deutsche Seite sichtbar, daß Außenminister Halifax die ganze Frist, die Hitler für eine Friedens- und Verhandlungslösung offenläßt, hat verstreichen lassen, ohne daß er Polen drängt, sofort Gespräche mit den Deutschen aufzunehmen. Um 18.50 Uhr schickt er Henderson in Berlin die Weisung, der deutschen Reichsregierung „nahezulegen, den polnischen Botschafter einzuladen, die neuen deutschen Vorschläge entgegenzunehmen und nach Warschau weiterzuleiten". Halifax unterläuft Hitlers Forderung nach einer sofortigen Aufnahme von Verhandlungen, indem er schreibt:
„Wir können der polnischen Regierung nicht raten, daß ein polnischer Unterhändler mit Vollmachten zur Entgegennahme der deutschen Vorschlage nach Berlin kommt."
Das Unterlaufen ist perfekt, weil Halifax den Brief so spät auf die Reise schickt, daß Hitlers Termin für den Beginn der deutsch-polnischen Gespräche bei Ankunft schon verstrichen ist.
Um 23 Uhr rechnet Außenminister von Ribbentrop in Berlin nicht mehr mit dem

Erscheinen eines polnischen Abgesandten. Die von Hitler als „Erwartung“ gesetzte Frist ist damit ergebnislos verstrichen. Kurz vor Mitternacht meldet sich dann – zu dieser Stunde völlig unerwartet – Botschafter Henderson, um die gerade erwähnte Antwort seiner Regierung auf Hitlers gestrigen Brief zu überreichen und zu erklären, man habe den Polen nicht zu Gesprächen hier und heute raten können.
So ist der 30. August zum Kräftemessen zwischen Chamberlain und Hitler geworden, statt zum Ringen um den Frieden. Hitler in Berlin hat den ganzen Tag gehofft, daß Chamberlain angesichts der Kriegsgefahr die Polen drängt, auf Deutschland zuzugehen. Nach dem Brief des englischen Premierministers vom 28. August hatte er ja auch davon ausgehen können, daß die Briten nun zwischen den Deutschen und den Polen vermitteln werden. Hitler glaubt, daß die Drohung mit der aufmarschierten Wehrmacht den Polen Beine macht. Er ist sich ziemlich sicher, daß sein sehr moderates Angebot an Polen auch Chamberlain in letzter Stunde auf die deutsche Seite zieht.
Chamberlain in London hat indessen den Polen nicht den geringsten Wink gegeben, in Bezug auf Danzig und den Korridor die eigene Position zu überdenken.
Er versucht statt dessen – mit Noten hin und Noten her – im Interesse Polens Zeit zu gewinnen. Ihm geht es nicht um Danzig und um Minderheitenfragen. Ihm geht es darum, daß Hitler seit drei Jahren mit Drohungen dem Ausland gegenüber durchsetzt, was er für richtig hält. Chamberlain will Hitler „zähmen“. So verbaut er eine der letzten Chancen, die der Frieden hat, indem er die Vermittlerei so in die Länge zieht, bis Hitlers „Stichtag“ kommt. Chamberlain wartet, bis Hitler das Gesicht oder die Geduld verliert. Er läßt den 30. August mit Friedensbeteuerungen und diplomatischem Taktieren verstreichen, statt im Sinne eines Maklers zielstrebig zu vermitteln. Hitler und Chamberlain sind an diesem Tag auf der Schwelle zum Krieg beide die Gefangenen ihrer Erfahrungen der letzten Jahre. Hitler weiß, daß die Siegermächte dem Deutschen Reich seit 1920 so gut wie keine Zugeständnisse zur Verbesserung der Lage nach dem Krieg gemacht haben. Alles bisher Erreichte ist durch Eigenmächtigkeit oder durch die Androhung von Gewalt erstritten worden. Chamberlain weiß, daß das so gewesen ist, und daß er nun keine weiteren Zugeständnisse unter Drohung dulden darf.
Vielleicht denkt sich mancher Engländer an diesem Tag, was Churchill kurz vor Hitlers Amtsantritt am 24. November 1932 in einer Unterhausrede ausgesprochen hat:
„Wenn die englische Regierung wirklich wünscht, etwas zur Förderung des Friedens zu tun, dann sollte sie die Führung übernehmen und die Frage Danzigs und des Korridors ihrerseits wieder aufrollen, solange die Siegerstaaten noch überlegen sind. Wenn diese Fragen nicht gelöst werden, kann keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden bestehen.“

Der letzte Tag vor Kriegsausbruch, Donnerstag, 31. August
Das soeben erwähnte mitternächtliche Treffen von Botschafter Henderson und Minister von Ribbentrop wird entgegen beider Absicht zum Desaster. Die Nerven der zwei Männer liegen nach so vielen Verhandlungsnächten in der letzten Woche blank. Henderson überreicht die Antwortnote Chamberlains vom 30. August, 18.50 Uhr. Er fügt dem Brief zwei mündliche Erklärungen hinzu. Die erste betrifft die beiderseitige Zurückhaltung, die nun erwartet werde. Er sagt, man könne von der polnischen Regierung nur eine völlige Zurückhaltung erwarten, wenn die Provokationen durch die deutsche Minderheit in Polen aufhörten. Es seien Berichte im Umlauf, nach denen die Deutschen in Polen Sabotageakte verübten,

die die schärfsten Gegenmaßnahmen seitens der polnischen Regierung
rechtfertigten. Von Ribbentrop verliert die Beherrschung und entgegnet, daß die
unerhörtesten Sabotageakte von den Polen ausgingen. Im Auswärtigen Amt
lägen allein Berichte über 200 Morde an Volksdeutschen in Polen vor. Das Gespräch
wird frostig.
Als zweites nimmt Henderson Bezug auf die deutsche Forderung nach Erscheinen
eines bevollmächtigten Vertreters der polnischen Regierung in Berlin. Henderson
erklärt, die britische Regierung sei nicht in der Lage, der polnischen zu
empfehlen, auf dieses Verhandlungsverfahren einzugehen. Sie schlage der
Reichsregierung vor, den normalen diplomatischen Weg einzuschlagen und die
deutschen Vorschläge an den polnischen Botschafter zu übergeben. Dann fragt
Henderson von Ribbentrop, ob er ihm die Vorschläge schriftlich aushändigen
könne. Von Ribbentrop merkt, daß die englische Regierung ihren Einfluß bei der
polnischen bisher offensichtlich nicht genutzt hat, um sie zu sofortigen Verhandlungen
zu bewegen. Auch aus Polen ist ja bis zur Stunde kein Verhandlungssignal
zu sehen. So kann Ribbentrop sogar vermuten, daß England Polen in der
Danzig-Frage freie Hand läßt. Ihm kommt der Verdacht, daß die englische
Regierung entgegen aller anders lautenden Beteuerungen in Wirklichkeit kein
Interesse mehr daran hat, die Polen zum Einlenken zu bewegen, und daß sie auf
Zeit spielt bis Hitler aufgibt oder einen Krieg auslöst. Die Empfehlung Hendersons,
den normalen diplomatischen Weg zu beschreiten, klingt nach allem anderen,
nur nicht nach englischem Bemühen um eine schnelle Lösung. Von Ribbentrop
muß fürchten, daß der „normale Weg“ viel Zeit kosten und wieder am Nein
der Polen enden wird. Der deutsche Minister reagiert verärgert. Statt daß er den
Versuch wagt, Henderson mit Hitlers 16-Punkte-Vorschlag zu überzeugen, verliest
er den Hitler-Vorschlag so schnell, daß Henderson nicht alles verstehen und
behalten kann. Zum Schluß sagt von Ribbentrop, die Offerte sei nun – da kein
Pole in Berlin erschienen sei – überholt und weigert sich, sie schriftlich auszuhändigen.
Die britische Vermittlung – soweit sie eine war – ist damit erst einmal
gescheitert.
Henderson verläßt das Auswärtige Amt und eilt, um nichts unversucht zu lassen,
in die polnische Botschaft. Er informiert Lipski von dem, was er von Hitlers 16
Punkten aus dem Gespräch mit Ribbentrop behalten hat, daß Deutschland lediglich
die Abtretung Danzigs und eine Volksabstimmung im Korridor vorsähen,
und daß die Vorschläge insgesamt nicht unvernünftig seien. Angesichts der
äußerst kritischen Lage – so drängt Henderson in aller Schärfe – solle Lipski unverzüglich
Außenminister von Ribbentrop anrufen und bitten, daß man ihm die
neuen deutschen Vorschläge aushändigt. Lipski mauert und erklärt, daß er dies
ohne Rücksprache mit Warschau nicht tun könne. Henderson beharrt auf seinem
Rat und wird persönlich:
*„Sie haben vier Monate lang den Mund nicht aufgetan. Das wird man Ihnen
vorwerfen, wenn es zum Kriege kommt.“*
Lipski verspricht nun wenigstens, mit seiner Regierung zu telefonieren.
Zur Zeit des mißglückten Ribbentrop-Henderson-Gesprächs – ebenfalls kurz
nach Mitternacht – kehrt Dahlems aus London zurück und fährt direkt zu
Göring, um ihm zu berichten. Dahlems beurteilt seine Londoner Mission ganz
optimistisch. Er vergißt nicht, Englands Wunsch nach direkten deutsch-polnischen
Gesprächen zu erwähnen. Görings Neuigkeit für Dahlems sind Hitlers 16
Punkte. Sein Kommentar, nachdem er sie verlesen hat:
*„Hitler hat in seinem Wunsch, mit England zu einem Übereinkommen zu
gelangen, ein Angebot an Polen ausgearbeitet, das ein großes Entgegenkommen*

von deutscher Seite bedeutet, das in seiner offensichtlich demokratischen, gerechten und praktisch durchfuhrbaren Art großes Aufsehen erregen muß und das sowohl von Polen als auch von England akzeptiert werden kann.“
Beide Männer, Göring und Dahlems, sind sich bei dem Gespräch einig, in ihrem Ringen um den Frieden nahe am Erfolg zu sein. Dahlems will nun wissen, was bei dem Treffen Ribbentrops mit Henderson herausgekommen ist und ruft von Görings Telefon aus in der Botschaft an. Ogilvie-Forbes360 informiert ihn vom Desaster des Gesprächs.
Es ist jetzt 2 Uhr morgens. Der Marschall und der Schwede versuchen noch zu retten, was zu retten ist. Göring ermächtigt Dahlems, Ogilvie-Forbes sofort den 16-Punkte-Vorschlag Hitlers telefonisch zu diktieren. Damit soll Hitlers Angebot an Polen doch noch zu Henderson gelangen. Unmittelbar danach informiert Göring Hitler von Ribbentrops verpatzter Notenübergabe. Hitler spricht dem Marschall für dessen schnelles Eingreifen seine Anerkennung aus. Ogilvie-Forbes kann den Hitler-Vorschlag nicht sofort an Botschafter Henderson weiterleiten, weil der sich noch in der polnischen Botschaft aufhält. Er legt die im Telefondiktat niedergeschriebenen 16-Punkte auf Hendersons Schreibtisch und geht zu Bett. Um 9 Uhr findet der Botschafter das Schreiben und kennt nun den vollen Text des Hitler-Angebots. Zeitgleich schickt Göring Dahlerus mit einer Kopie des Textes zu Henderson, damit er sicher ist, daß der Botschafter den richtigen Text in Händen hat. Der nutzt das Erscheinen des schwedischen Vermittlers, ihn zu bitten, den Hitler-Vorschlag so schnell wie möglich in Ogilvie-Forbes' Begleitung zu Lipski in die polnische Botschaft zu überbringen. Um 11 Uhr treffen die beiden Emissäre bei Lipski ein. Die Szene, die nun folgt, hat etwas gespenstisch Unwirkliches. Die Botschaft ist so gut wie leergeräumt. Die Umzugskisten stehen in der Halle aufgereiht. Das Botschaftspersonal ist damit beschäftigt, die Abreise vorzubereiten. Dahlems liest Lipski in dessen fast leerem Zimmer Hitlers Vorschlag vor, der ja an die polnische Regierung gerichtet ist. Lipski unterbricht nach kurzem Zuhören und erklärt, den Inhalt nicht zu verstehen, und das, obwohl er fließend Deutsch spricht. Der Schwede verläßt den Raum, um eine Abschrift der Hitler-Note zu fertigen und zu übergeben. Derweil eröffnet Lipski dem zurückgebliebenen Ogilvie-Forbes, daß er *„keinerlei Anlaß habe, sich für Noten oder Angebote von deutscher Seite zu interessieren. Er kenne die Lage in Deutschland. ...Er sei überzeugt, daß hier im Falle eines Krieges Unruhen ausbrechen werden und daß die polnischen Truppen gegen Berlin marschieren werden.“*
Dahlems kommt zurück und händigt Lipski den Hitler-Vorschlag aus. Inzwischen ist es kurz vor 12 Uhr mittags. Beide Emissäre kehren mit Eile in die britische Botschaft zurück und berichten Henderson. Dahlems informiert gleich von der Botschaft aus auch das Außenministerium in London über seine merkwürdige Begegnung mit Botschafter Lipski. Er beschwert sich darüber, daß Polen offensichtlich ganz bewußt jede Verhandlungsmöglichkeit zerstört. Lipski habe ihm gesagt, die deutschen Vorschläge seien nicht einmal erwägenswert. Dahlems ist erregt, weil er erkennt, daß seine Vermittlertätigkeit wahrscheinlich an der Unbeweglichkeit der Polen scheitert. Zum Ende des Berichts betont der Schwede, daß er selbst den deutschen 16-Punkte-Vorschlag für außerordentlich großzügig hält.
In London hält man den Dahlerus-Anruf offensichtlich für ausgesprochen wenig hilfreich. Es folgt postwendend eine Ermahnung von Halifax an Henderson *„er möge in Zukunft bitte Personen, die nicht zur englischen Botschaft gehörten,*

daran hindern, seine Telefonleitung zu benutzen." Diese an sich lächerliche Ermahnung über eine Telefonbenutzung nährt den Verdacht, daß Außenminister Halifax zu diesem Zeitpunkt keine weiteren Vermittlungsbemühungen mehr wünscht.
Während der vergangenen Stunden ist im Foreign Office wieder ein Bericht des Botschafters in Warschau Kennard eingetroffen. Kennard meldet, daß er tags zuvor mit dem polnischen Außenminister Beck gesprochen habe, und daß der ihm eine schriftliche Antwort auf den englischen Vermittlungsvorschlag bis heute mittag versprochen habe. Beck habe sich sehr erleichtert gezeigt, daß sich die britische Regiemng in keiner Weise für die deutschen Forderungen eingesetzt habe. Kennard spricht hier aus, was von Ribbentrop befürchtet und was Göring im Vertrauen auf Englands „faire" Vermittlung nicht vermutet. Die englische Regiemng krümmt keinen Finger, um in Polen Verständnis für die deutschen Positionen anzuregen. England gibt sich nicht die geringste Mühe, den in Versailles selbst geschaffenen Streitpunkt Danzig aus der Welt zu schaffen.
Kurz bevor Dahlems das Außenministerium in London von seiner merkwürdigen Begegnung mit Lipski unterrichtet – etwa 12 Uhr mittags – geht ein Telegramm von dort nach Warschau. Außenminister Halifax fordert Botschafter Kennard auf, zusammen mit seinem französischen Kollegen die polnische Regierung zu ersuchen, der deutschen Reichsregierung zu bestätigen, daß sie „das Prinzip direkter deutsch-polnischer Gespräche akzeptiere". Das ist noch weit entfernt vom Rat, einen zu Gesprächen bevollmächtigten Gesandten nach Berlin zu schicken.
Offensichtlich nur Minuten nach dem Dahlerus-Anruf über das Verhalten Lipskis folgen zwei weitere Weisungen aus London. Henderson in Berlin erhält um etwa 13 Uhr per Telefon den Auftrag, die Reichsregierung davon zu informieren, daß die polnische Regierung nun ihren Botschafter ins Außenministerium schicken werde. Und Kennard in Warschau wird um 13.45 Uhr telegraphisch angewiesen, er möge der polnischen Regierung unverzüglich den Rat geben, ihren Botschafter in Berlin zur Reichsregierung zu entsenden. Lipski solle sich dort bereit erklären, neue deutsche Vorschläge entgegen zu nehmen und nach Warschau zu übermitteln. Warschau könne dann ebenfalls Vorschläge vorlegen.
Auch dieses Telegramm enthält noch keinen Hinweis auf den von Hitler geforderten, zur Aufnahme von Gesprächen bevollmächtigten polnischen Gesandten.
Es wirkt so, als versuchten Chamberlain und Halifax Hitler in diesem Punkt so lange hinzuhalten, bis er schwach wird oder von sich aus mit dem Krieg beginnt.
Henderson begibt sich mit seinem Auftrag sofort ins Außenministerium und informiert Staatssekretär von Weizsäcker von der Neuigkeit aus London. Die Botschaft geht sofort an Hitler weiter, der im Begriff ist, die „Weisung Nr. 1 für die Kriegführung", das heißt den Befehl zum Angriff gegen Polen mit seiner Unterschrift in Kraft zu setzen. Hitler soll nach dieser Ankündigung aus London die Unterschrift noch einmal verschoben haben.
Die zweite Anweisung in gleicher Sache, die von Halifax an Kennard, kreuzt sich mit zwei Depeschen aus Warschau nach London und Berlin. In der ersten vom polnischen Außenminister Beck an den englischen Außenminister Halifax erklärt sich die polnische Regierung zu Gesprächen mit der deutschen Reichsregierung bereit. Diese Nachricht läuft über Kennard und so braucht sie von etwa 12 Uhr mittags bis 18.30 Uhr abends, ehe sie in London vorliegt.
Die zweite Depesche geht um 12.40 Uhr direkt per Funk von Beck an Lipski in Berlin, wo sie von der deutschen Funkaufklärung mitgeschnitten und entschlüsselt wird. Zu der Depesche liegen heute zwei offiziell dokumentierte Niederschriften vor. In der polnischen wird Lipski angewiesen, Außenminister von

Ribbentrop aufzusuchen und ihm mitzuteilen:
„Diese Nacht wurde die polnische Regierung von der britischen von deren Erörterungen mit der deutschen Regierung über die Möglichkeit direkter Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung unterrichtet. Die polnische Regierung wird den Vorschlag der britischen Regierung in günstigem Sinn erwägen und der britischen Regierung in einigen Stunden eine formelle Antwort zu dieser Frage geben."
In der Niederschrift des Mitschnitts der deutschen Funkaufklärung hat diese Weisung einen Anhang, der da lautet:
„Lassen Sie sich unter keinen Umständen in sachliche Diskussionen ein. Wenn die Reichsregierung mündliche oder schriftliche Vorschläge macht, müssen Sie erklären, daß Sie keinerlei Vollmacht haben, solche Vorschläge entgegenzunehmen oder zu diskutieren, und daß Sie ausschließlich obige Mitteilung Ihrer Regierung zu übermitteln und erst weitere Instruktionen einzuholen haben."
Für die Echtheit dieser deutschen Dokumentation spricht, daß sich Lipski streng an diese Zusatzweisung hält, und daß sie Kennard in einem Bericht vom gleichen Tag bestätigt.
Mit der Vorlage dieser mitgehörten Weisung bei Hitler, Göring und von Ribbentrop platzt die fast letzte Chance für den Frieden. Es ist jetzt 13 Uhr, noch 16 Stunden bis zum festgesetzten Angriffsbeginn der Wehrmacht gegen Polen.
Göring und Dahlems beraten gerade den weiteren Gang der Dinge, als ein Bote die entschlüsselte Lipski-Weisung überbringt. Der Marschall schäumt vor Wut. Er gibt Dahlems ein Exemplar des dechiffrierten Textes. Nach etwa zwei Stunden weiteren Überlegens schlägt der Schwede dem Marschall vor, er möge nun selbst Verhandlungen mit den Briten aufnehmen. Beide Männer sind sich einig, daß Außenminister von Ribbentrop mit seiner Unbeherrschtheit und seiner Bereitschaft, es auf einen Krieg mit Polen ankommen zu lassen, nicht der rechte Mann ist. Beide wissen, daß mit den Polen nun keine so schnelle Verständigung mehr möglich ist, daß sie die Wehrmacht stoppen könnte.
Göring fahrt zu Hitler, um sich neue Gespräche mit der englischen Regierung genehmigen zu lassen. Der „Führer" ist mehr als skeptisch, doch er akzeptiert die Idee des Marschalls. Er billigt sofortige Gespräche Görings mit Henderson und den Vorschlag, England für Polen mitverhandeln zu lassen. Hitler weiß, daß ihn das nun sichere Ausbleiben eines polnischen Verhandlungsführers sonst zwingen würde, Danzig und die deutsche Minderheit in Polen aufzugeben oder Polen in 14 Stunden anzugreifen. Der Umweg über London ist damit auch seine letzte Chance für eine Verständigung mit England. Hitler ist offensichtlich auch jetzt noch – am Nachmittag vor Kriegsausbruch – bereit, den Polenfeldzug abzublasen. Sonst hätte er Göring in dieser Stunde festgehalten. Die einzige Bedingung, die Hitler mit dem Göring-Henderson-Gespräch verbindet, ist, daß ein Vertreter eines neutralen Staates daran teilnimmt. Das wird dann der Schwede Dahlems sein.
Dahlems eilt derweilen in die englische Botschaft, um dort den Boden zu bereiten. Henderson empfängt ihn freundlich, aber äußert sofort den Verdacht, daß die Deutschen nur wünschten, zwischen England und Polen einen Keil zu treiben. Dahlems zeigt Henderson den entschlüsselten Text der Weisung Becks an Lipski und macht ihm damit deutlich, daß es in dieser hochbrisanten Lage nur noch die Möglichkeit, den Frieden zu erhalten gäbe, wenn Göring – mit Hitlers Billigung – und Henderson zu einer Verständigung über ein Programm für deutschenglische Verhandlungen kämen. Dahlems schreibt zu der Begegnung:

„Ich bin überzeugt, daß Henderson, obwohl er mir aufmerksam zuhörte, innerlich die ganze Zeit der bestimmten Auffassung war, das Ganze sei ein Intrigenspiel, ein Versuch, Polen und England zu trennen, um Deutschland Gelegenheit zu geben, Polen ungestört anzugreifen.“

Um 16.30 Uhr kommt die Konferenz mit Henderson, Göring, Dahlems und Ogilvie-Forbes zustande. Göring empfängt Henderson besonders herzlich. Beide bemühen sich offensichtlich, eine günstige Atmosphäre für das anstehende Gespräch zu schaffen. Als man zum Thema kommt, schlägt der deutsche Marschall dem englischen Botschafter vor, Verhandlungen zwischen Deutschland und Großbritannien einzuleiten, bei denen letzteres auch für Polen mitverhandeln sollte. Henderson bleibt reserviert. Er glaubt nicht, daß der Vorschlag Görings zu einer Lösung führt und will ihm deshalb auch nicht folgen. Göring setzt nach und legt dem Engländer das entschlüsselte Chiffretelegramm von Beck an Lipski als Beweis vor, daß Deutschland unter den gegebenen Bedingungen schlecht zu einer Regelung mit Polen kommen könne. Göring kann dabei nicht ahnen, daß die englische Regierung und Kennard vor Ort in Warschau die polnische Blockadehaltung immer noch bestärken. Henderson erklärt sich daraufhin bereit, seiner Regierung den neuen deutschen Vorschlag zu übermitteln. Auch Henderson versucht, ein Anliegen in der Besprechung anzubringen. Er bittet Marschall Göring, die für den gleichen Abend angekündigte Veröffentlichung der 16 Punkte Hitlers über Rundfunk zu verhindern. Henderson – so sein Argument – befürchtet, daß damit die letzte schwache Hoffnung auf ein Zustandekommen deutsch-polnischer Gespräche zerstört würde. Das Gespräch der vier Herren endet kurz vor 19 Uhr, ohne daß Göring etwas Definitives erreicht hätte.

Der Wunsch Botschafter Hendersons, die 16 Punkte Hitlers so lange wie möglich vor der Welt geheimzuhalten, liegt auf der gleichen Linie wie Duff Coopers Bitte an die Redaktionen von DAILY MAIL und DAILY TELEGRAPH, den 16-Punkte Vorschlag Hitlers möglichst negativ zu kommentieren. Der Wunsch zielt offensichtlich auf die Kriegsbereitschaft der Menschen in England, Frankreich und in den USA. Die Beschränkung der deutschen Forderungen auf das Berechtigte und der Vorschlag, die betroffenen Bewohner des Korridors selbst über ihre Zugehörigkeit zu Polen oder Deutschland abstimmen zu lassen, könnte vielen Franzosen, Briten und Amerikanern nicht mehr genügen, um deshalb für die Polen in den Krieg zu ziehen.

Inzwischen, gegen 16 Uhr, sucht Botschafter Lipski um ein Gespräch bei Außenminister von Ribbentrop nach. Der weiß ja seit ein paar Stunden, daß Lipski weder verhandeln noch die deutschen Vorschläge entgegennehmen darf. Um 18.30 Uhr stehen sich die beiden Männer gegenüber. Lipski verliest die polnische Erklärung, die von Ribbentrop bereits aus dem entschlüsselten Telegramm aus Warschau kennt. Der Minister fragt daraufhin, ob der Botschafter verhandeln dürfe. Der verneint. Das Gespräch berührt noch den deutsch-englischen Meinungsaustausch der letzten Tage und Hitlers Erwartung, bis zum Abend des 30. August einen polnischen Verhandlungsbevollmächtigten in Berlin zu sehen. Dann fragt von Ribbentrop Botschafter Lipski ein zweites Mal, ob er verhandeln dürfe. Als der verneint, ist das Gespräch beendet. Weder von Ribbentrop noch Lipski machen den leisesten Versuch, dem Gegenüber einen Weg zu lassen. Beide wissen, daß das den Krieg bedeutet.

So sind um 19 Uhr die beiden letzten Versuche gescheitert und im Sand verlaufen, den Angriffsbeginn der Wehrmacht am 1. September zu verhindern. Gescheitert ist das Bemühen, mit Polen Gespräche über Hitlers 16-Punkte-Vorschlag zu beginnen, und im Sand verlaufen ist der Versuch, mit England statt

mit Polen zu verhandeln.
Im Pariser Kabinett toben derweilen Richtungskämpfe. Präsident Daladier vertritt die Meinung, Frankreich müsse gegenüber Deutschland unnachgiebig bleiben. Hitler werde den Kriegsbeginn politisch im eigenen Land nicht überleben. Außenminister Bonnet rät, schnellstens mit Deutschland, Italien, England und Polen über alles zu verhandeln, was Krieg auslösen könnte. Und der französische Botschafter Coulondre in Berlin schreibt tageweise unterschiedlich, mal scharfmachend an Daladier und mal mäßigend an Bonnet. Am 30. August z.B. an den Präsidenten:
„Sehr geehrter Herr Präsident!
Die Kraftprobe schlägt zu unseren Gunsten aus. Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß Hitler sich seit fünf Tagen abwartend verhält, die Parteigrößen schwankend geworden sind und die Berichte von einer wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung sprechen. ... Nach wie vor müssen wir festbleiben, festbleiben und nochmals festbleiben. ... Wenn ich recht unterrichtet bin, so beansprucht Hitler Danzig und einen Korridor durch den Korridor. Wir müssen ihn durch unsere feste Haltung davon überzeugen, daß er mit den Methoden, die er bisher angewandt hat, gar nichts mehr bekommen wird. ...“
Tags darauf am 31. August berät Coulondre Außenminister Bonnet ganz anders:
„... Die Deutsche Regierung ist nach sicheren Informationen sehr verärgert darüber, daß sie von Polen keine Antwort erhalten hat. Es steht zu befürchten, daß sie Befehl zum sofortigen Angriff erteilt, wenn sie bis zum Ende des Morgens keine Antwort in Händen hat. ...Es läge ganz im Interesse der polnischen Regierung, unverzüglich nach Berlin mitzuteilen, daß sie die Fühlungnahme gut heiße und Lipski mit sämtlichen notwendigen Instruktionen als Bevollmächtigten zum Verhandeln entsendet. ...“
So stark der Richtungsstreit im Kabinett, so schwach ist Frankreichs Außenwirkung, als es gilt, die in Versailles eingefädelten Probleme im Konsens mit Polen und dem Deutschen Reich zu lösen.
Ein schon erwähnter Vermittlungsversuch der Franzosen und der Italiener von diesem Tag, dem letzten vor dem Krieg, ist da kaum noch des Beachtens wert. Gegen Mittag schlägt Mussolini – wohl auf früheres Drängen der Franzosen – eine Konferenz vor, die die Schäden von Versailles und alle Streitigkeiten zwischen Italien, England, Frankreich, Polen und Deutschland grundlegend heilen soll. Frankreichs Außenminister Bonnet ist der Auffassung, daß dieser Vorschlag erst zwischen Paris und London abgestimmt werden sollte, ehe Hitler eingeladen wird. So entsteht ein Abstimmungsprozeß bis in den späten Abend. Die englische Regierung hält den Vorschlag Mussolinis für eine Falle und rät, ihn nicht brüsk abzulehnen, sondern vorher eine Demobilisierung der Armeen aller Länder zu verlangen. Die französische Regierung ist um 22 Uhr soweit, der englischen ihren Entschluß mitzuteilen, daß sie Mussolinis Vorschlag für den Fall zustimmt, daß die deutsch-polnischen Verhandlungen gescheitert seien. London antwortet, daß es seine Entscheidung am nächsten Morgen nach Rom schicken werde. Dann aber rollt die Wehrmacht schon durch Polen. Beide, Briten wie Franzosen, lassen es nun laufen.
Um 19 Uhr erscheint der italienische Botschafter Dr. Attolico zur Audienz bei Hitler und trägt ihm das Vermittlungsangebot des „Duce“ an. Für Hitler läuft die Zeit. Er kann zu dieser späten Uhrzeit den Anmarsch der deutschen Truppen nicht mehr stoppen. Mit jedem weiteren Tag, den er jetzt hingehalten wird, steigt die Gefahr, daß der Feldzug gegen Polen nicht in Warschau, sondern in Schlamm

und Regen stecken bleibt. Die Generalität hat ihn beraten, nicht nach dem 2. September mit einem Feldzug zu beginnen. Das wissen auch die Generale bei den Briten und Franzosen. General Gamelin hat – wie schon erwähnt – damit gerechnet, daß ein deutscher Angriff im Herbst und Winter erfolglos stecken bleiben würde. So steht Hitler an diesem Abend nicht mehr vor der Wahl zwischen Verhandeln oder Krieg, sondern nur noch vor der zwischen dem Verzicht auf Danzig und den Schutz der deutschen Minderheit in Polen oder einem Krieg. Er sieht inzwischen, daß die Briten ihm nicht bei den Polen helfen werden, und daß die Polen unter dem Schutz der Briten nicht verhandeln wollen. Hitler lehnt das späte Angebot des „Duce" dankend ab.

Eine allerletzte Möglichkeit, die Polen, Briten und Franzosen zu einem Überdenken ihrer Positionen zu bewegen, wird an diesem Tag ganz offensichtlich mit Bewußtsein unterlassen. Roosevelt, der seit sieben Tagen weiß, daß Hitler der Sowjetunion Ostpolen als ihr Interessengebiet zugestanden hat, hüllt sich auch jetzt in Schweigen. Es wird dem Präsidenten der USA nicht schwergefallen sein, sich vorzustellen, daß die polnische Regierung mit diesem, seinem Wissen die Rückgliederung des Freistaates Danzig in das Deutsche Reich dem nun sicheren Verlust Ostpolens vorgezogen hätte. Es klingt schon recht makaber, aber am Morgen dieses letzten Tages vor dem Krieg versichert der amerikanische Botschafter in Paris Bullitt seinem polnischen Kollegen Graf Łukasiewicz, er wisse aus verläßlicher Quelle, daß ein möglicherweise existierendes geheimes Zusatzabkommen zum Hitler-Stalin-Pakt nur die drei baltischen Staaten betreffe, nicht aber Polen.

Hitler muß sich am Abend vor dem Kriege eine große Niederlage eingestehen. Sein Traum vom Vertrag und der Partnerschaft mit England liegt in Scherben.

Um 21 Uhr gibt der deutsche Rundfunk Hitlers 16-Punkte-Vorschlag bekannt.

Zwischen 21 und 22 Uhr überreicht Staatssekretär von Weizsäcker die schriftlichen Ausfertigungen des Hitler-Vorschlags nacheinander an die Botschafter Englands, Frankreichs, Japans und an die Geschäftsträger der USA und der Sowjetunion.

Spät abends muß sich die englische Regierung noch einmal um die Presse kümmern. Der DAILY TELEGRAPH hat in seiner Abendausgabe über die Vermittlungstätigkeit der Londoner Regierung zwischen Warschau und Berlin berichtet.

Dabei hat die Zeitung auch erwähnt, daß die polnische Regierung nach Eingang des Verhandlungsangebots aus Deutschland die Generalmobilmachung für die Streitkräfte angeordnet hat, statt das Angebot zu honorieren. Die Abendausgabe des DAILY TELEGRAPH wird beschlagnahmt. Ein Nachdruck, der als Spätausgabe kommt, läßt die Generalmobilmachung in Polen unerwähnt. Nichts in dieser schweren Krise soll Englands Lesern Zweifel kommen lassen.

Der Kriegsausbruch

Am 1. September 1939 um 4.45 Uhr früh tritt die Wehrmacht ohne Kriegserklärung zum Angriff gegen Polen an.
General Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht rät Hitler, den Krieg an Polen zu erklären, doch der „Führer“ lehnt das ab. Die Gründe Hitlers mögen operativer oder politischer Natur gewesen sein. Der operative liegt in der Überraschung der angegriffenen Polen. Doch das zählt hier wenig, weil die polnischen Streitkräfte bereits mobilisiert und voll aufmarschiert sind, als der Krieg beginnt. Der politische mag in der Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg liegen. 1914 hat Deutschland, nachdem zuvor Rußland, Frankreich und England ihre Heere und Flotten mobilgemacht hatten, als erstes Land den Krieg erklärt. Das ist dann in Versailles – neben anderem – als Ausweis der deutschen Kriegsschuld im Sinne des Verursacherprinzips gewertet worden. Das geschlagene Deutsche Reich hat 1919 für diese traditionelle und völkerrechtlich korrekte Handlungsweise einen hohen Preis bezahlen müssen. Im 20. Jahrhundert sind Kriegserklärungen auch durchaus nicht mehr die allgemeine Regel. Japan zum Beispiel eröffnet 1904 den russisch-japanischen Krieg ohne Kriegserklärung gegen Rußland. Polen tut das gleiche 1920 gegenüber der Sowjetunion. Die USA steigen ohne eine Kriegserklärung in den Vietnamkrieg ein. Die NATO-Staaten eröffnen ihre Luftangriffe 1999 gegen Jugoslawien ebenfalls ohne eine Kriegserklärung. Auch Hitler beginnt den Krieg nach sechs Monaten fruchtloser Gesprächsversuche mit der polnischen Regierung ohne Kriegserklärung.
Am 3. September folgen England und Frankreich ihrer Bündnispflicht und erklären ihrerseits den Krieg an Deutschland. Fast das gesamte Commonwealth und einige der französischen Kolonien schließen sich am gleichen Tage an. Am 3. September sind es Australien, Burma, Ceylon, Indien, Jordanien, Kambodscha, Laos, Marokko, Neuseeland, Tunesien und Vietnam. Am 6. folgen die Südafrikanische Union und der Irak und am 10. September Kanada. Chamberlain hat damit sein Versprechen von vor einer Woche wahr gemacht. Der Krieg um die Stadt Danzig und den Korridor ist binnen zweier Tage zu einem Weltkrieg ausgedehnt.
Der Krieg in Polen weitet sich vom ersten Tag an in dreierlei Weise auch auf die Zivilbevölkerung aus. Zum einen wird die polnische Bevölkerung im Kampfgebiet unversehens und ohne deutsche Absicht bei den Gefechten in Mitleidenschaft gezogen. So kommt es schon am ersten Kriegstag bei einem deutschen Luftangriff gegen eine polnische Division infolge schlechter Sicht zu Bombenfehlabwürfen auf die Stadt Wielun. Dabei finden etwa 1.200 unschuldige polnische Zivilpersonen den Tod. Zum zweiten macht die polnische Bevölkerung – zum Teil auch das Militär – von Kriegsbeginn an Jagd auf Deutsche, die noch in Polen leben. In einer Welle von Hausdurchsuchungen, Plünderungen, Verhaftungen, Vertreibungen, Mißhandlungen, Vergewaltigungen und Ermordungen müssen über 5.000 dieser polnischen Staatsbürger mit deutscher Muttersprache ebenfalls ihr Leben lassen. Das größte Blutbad mit etwa 1.000 Morden findet dabei am dritten Kriegstag in der Stadt Bromberg statt. Zum dritten eröffnen polnische Heckenschützen – vor allem in den Städten – sofort nach Abzug der polnischen Truppen ihren Partisanenkampf gegen deutsche Truppen. Das führt zu Reaktionen. So kommt es auch auf diese Weise von Kriegsbeginn an zu harten Auseinandersetzungen zwischen deutschem Militär und polnischer Bevölkerung.
Der Tod so großer Opferzahlen unter der deutschen und der polnischen Zivilbevölkerung erzeugt noch einmal Haß in beiden Völkern.
Am 4. September schlägt die Flamme auf den Westen über. Englands Royal Air

Force greift mit 16 Bombern deutsche Schiffe an, die auf Reede vor Cuxhaven, Wilhelmshaven und Brunsbüttel liegen. Am 5. beginnen die deutsche U-Boot-Waffe und die Royal Navy ihren Krieg auf dem Atlantik. Beide versenken an diesem Tag die ersten Handelsschiffe ihrer Gegner. Am 6. ergeht deutscherseits die Weisung, französische Handelsschiffe weder zu beschießen noch zu kontrollieren. Die Reichsregierung macht noch immer den Versuch, Frankreich außen vor zu halten. Am 10. verletzt England mit dem Überflug von Bombern über Belgien die Neutralität des kleinen Landes, ein Versuch, auch diesen bislang noch neutralen Staat in den neuen Krieg hineinzuziehen. Ab dem 12. September landen britische Heerestruppen auf dem Kontinent und verstärken die Franzosen. Damit erfüllt England seine Garantien gegenüber Polen, ohne Polen damit auch nur im geringsten zu entlasten. Frankreich zeigt zunächst Bündnistreue und läßt im Westen 80 Divisionen zwischen Schweiz und Nordsee aufmarschieren. Ihnen stehen zunächst nur elf deutsche gegenüber.

Am 6. September berichtet die polnische Tageszeitung EXPRESS PORANNY, daß die französische Armee ins Rheinland einmarschiert, und daß die polnische Luftwaffe Berlin bombardiert. Drei Tage später, am 9., hat die Wehrmacht bereits ganz Westpolen bis zur Linie Fluß Narew-Warschau-Fluß Bug genommen.

Am 13. September titelt EXPRESS PORANNY mit der Schlagzeile „Deutsche Offensive in Polen zusammengebrochen.“ Wieder drei Tage später berichtet der DAILY EXPRESS aus London, daß Saarlouis von französischen Truppen eingeschlossen ist, was nichts bedeutet, da die Stadt direkt an der Landesgrenze liegt.

Nur stimmt die Meldung nicht. Am 17. September setzt sich die polnische Regierung samt Präsident Moscicki und Oberbefehlshaber Rydz-Śmigły nach Rumänien ab, und die Rote Armee der Sowjetunion tritt – ebenfalls ohne Kriegserklärung – von Osten her zum Angriff gegen Polen an. Sie holt ihr ehemaliges Territorium, das ihr nach dem Ersten Weltkrieg durch den „Höchsten Alliierten Rat“ der Sieger zugesprochen worden war, zurück. Die sowjetische Regierung erklärt ihr Handeln vor den ausländischen Regierungen mit folgender Begründung:

„Der polnische Staat hat aufgehört zu existieren, und die Sowjetunion mußte daher die auf polnischem Gebiet lebenden Ukrainer und Weißrussen unter ihren Schutz nehmen.“

Am Tag darauf, am 18., hat die Wehrmacht ganz Polen westlich der Curzon-Linie bis auf die Hauptstadt Warschau eingenommen. Am 19. September reagieren die französische und die britische Regierung auf die Kriegsbeteiligung der Sowjets und fordern die russische Regierung auf, die Truppen aus Polen wieder abzuziehen. Wenn das unterbleibe, so droht man aus Paris und London, folge automatisch eine Kriegserklärung. Das wars dann. Vier Wochen später nehmen die Briten und Franzosen im geheimen Verbindung zu den Russen auf, um sie doch noch zum Kriege gegen Deutschland einzuladen.

Am 29. September fällt die Hauptstadt Warschau. Polen hat verloren. Paris und London sind in den vier Wochen der Eroberung Polens durch die deutsche Wehrmacht und die Rote Armee der Sowjetunion weder ernstlich militärisch gegen Deutschland vorgegangen, noch haben sie der Sowjetunion den Krieg erklärt.



Polens Lage am Abend des 18. September 1939

Der Polenfeldzug

Der Polenfeldzug begann am 1. September 1939 mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in das nach dem sogenannten Versailler Vertrag Polen zugeschlagene deutsche Reichsgebiet sowie mit Aktionen zum Schutze der Bevölkerung in der freien und Reichsstadt Danzig, nachdem zwei Tage zuvor, am 30. August 1939, die polnische Generalmobilmachung befohlen worden war. Er endete de facto am 6. Oktober mit der Kapitulation der letzten polnischen Feldtruppen, die Polnische Regierung hatte sich ins englische Exil abgesetzt.

Adolf Hitler sagte zur polnischen Kriegsschuld in seinem Aufruf vom 1. September 1939 an die Wehrmacht:

„Der polnische Staat hat die von mir erstrebte friedliche Regelung nachbarlicher Beziehungen verweigert, er hat stattdessen an die Waffen appelliert. Die Deutschen in Polen werden mit blutigem Terror verfolgt, von Haus und Hof vertrieben. Eine Reihe von für eine Großmacht unerträglichen Grenzverletzungen beweist, daß die Polen nicht mehr gewillt sind, die deutsche Reichsgrenze zu achten. Um diesem wahnwitzigen Treiben ein Ende zu bereiten, bleibt mir kein anderes Mittel, als von jetzt ab Gewalt gegen Gewalt zu setzen. Die deutsche Wehrmacht wird den Kampf um die Ehre und die Lebensrechte des wiederauferstandenen deutschen Volkes mit harter Entschlossenheit führen. Ich erwarte, daß jeder Soldat, eingedenk der großen Tradition des ewigen deutschen Soldatentums, seine Pflicht bis zum letzten erfüllen wird. Bleibt Euch stets und in allen Lagen bewußt, daß Ihr die Repräsentanten des nationalsozialistischen Großdeutschlands seid! Es lebe unser Volk und unser Reich!"

Am 3. September erklärten Frankreich und Großbritannien im Rahmen ihrer Beistandsverträge mit Polen vom Frühjahr 1939 Deutschland den Krieg, erbrachten aber im weiteren Verlauf nicht die zugesicherten militärischen Leistungen.

In Folge der im geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt vom 24. August 1939 gemachten Aufteilung der Interessengebiete marschierte am 17. September auch die Rote Armee in ihren zuvor von Polen geraubten Gebieten, fälschlicherweise „Ostpolen" genannt, ein. Dieser Einmarsch in Revision des Polnisch-Sowjetischer Krieges von 1920, wird dem Begriff „Polenfeldzug" zugeordnet.

Adolf Hitler ging in seiner Rede vom 1. September 1939 eingehend auf die Ursachen und Gründe dieser Notwehrmaßnahme des deutschen Staates ein. Nach dem erfolgreichen Polenfeldzug richtete er in seiner Rede vom 06. Oktober 1939 einen eindringlichen Friedensappell an diejenigen Staaten, die Deutschland den Krieg erklärt hatten und schlägt die sofortige Wiederherstellung des polnischen Staates vor.

Zu Ende des Polenfeldzugs reiste der deutsche Außenminister Joachim von Ribbentrop erneut nach Moskau, um über Polens Zukunft zu verhandeln. Adolf Hitlers Vorstellung und Ziel zu diesem Zeitpunkt war, das rein polnisch besiedelte Territorium zwischen Deutschlands Osten und Rußlands Westen als selbständiges Rumpfpolen etwa in der Größe des Kongreßpolen von 1815 entstehen zu lassen. Von Ribbentrop bot der Sowjetunion dazu das der deutschen Interessensphäre zugehörende Litauen im Tausch gegen die sowjetisch besetzten, polnisch besiedelten Gebiete östlich von Warschau an. So konnte Hitler den Westmächten die Gründung eines selbständigen Restpolen und den Rückzug der Wehrmacht von dort als Preis für einen Friedensschluß anbieten. Deutschland sollte bei dieser Neugestaltung Polens die Freie Stadt Danzig und den deutsch besiedelten Teil Westpreußens, die Sowjetunion ihre ehemaligen Gebiete in Weißrußland und in der Ukraine zurückbekommen. Hitler machte dieses Angebot am 6. Oktober 1939. Der Preis, den Hitler dafür nannte, war der Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Frankreich, Großbritannien und dem Deutschen Reich.

Kämpfe bis zum 6. September



Danzig 1939: Der kommandierende General der deutschen Truppen, Eberhard, salutiert vor Polens Major Sucharski in Anerkennung der Tapferkeit der polnischen Verteidigung der besetzten Westerplatte



Gefangenenlager Arnswalde. Bildmitte: Polnischer Major Henry K. Sucharski, der Kommandant der Besatzungstruppen auf der Westerplatte

Am 1. September um 4:45 griff die deutsche Luftwaffe mit 87 Sturzkampfbombern Wielun an. Zugleich beschoß das Linienschiff Schleswig-Holstein die durch polnisches Militär besetzte deutsche Westerplatte in Danzig und hob polnische Widerstandsnester im Postamt der deutschen Stadt aus.
Hitler vermied in seiner Rede vor dem Reichstag im Rundfunk absichtlich das Wort Krieg, da es sich um eine deutsche Verteidigungsmaßnahme gegen die ständigen polnischen Übergriffe gehandelt hat. Frankreich und Großbritannien forderten ultimativ den sofortigen Rückzug aller deutschen Truppen aus Polen. Als Hitler dies ablehnte, erklärten beide Staaten dem Deutschen Reich am 3. September den Krieg. Eine große Offensive der Westmächte blieb aber - trotz der Zusagen gegenüber Polen - aus; an der deutschen Westgrenze kam es zum „Sitzkrieg" (Drôle de guerre bzw. Phoney War). Zu erwähnen ist, daß alle deutschen Lösungsvorschläge im Vorfeld durch England und Polen abgelehnt wurden.

Der schnelle Vorstoß der deutschen Verbände überholte die polnische Strategie, so daß das polnische Oberkommando schon nach fünf Tagen den Rückzug hinter die geplante Verteidigungslinie an den Flüssen befahl. Die polnische Regierung setzte sich nach Brest-Litowsk ab. Der Rückzugsbefehl erfolgte für die polnischen Infanterieverbände aber zu spät, um die Flüsse noch vor den Wehrmachtspanzern erreichen zu können. Das deutsche OKH wiederum glaubte, die Masse des polnischen Heeres nicht mehr westlich der Weichsel zerschlagen zu können. Es befahl deshalb der 3. Armee und 14. Armee, ihre Kräfte östlich der Weichsel für eine Umfassungsschlacht zu konzentrieren.
Das mit Polen verbündete Rumänien erklärte sich angesichts des raschen deutschen Vorrückens und ausbleibender Angriffe der Westmächte am 6. September für neutral, so daß Polen militärisch vollständig isoliert blieb.

Kämpfe bis zum 17. September
Von Kriegsbeginn an besaß die deutsche Luftwaffe völlige Luftüberlegenheit. Die deutschen Flugzeuge nutzten dabei den sowjetischen Sender Minsk als Funknavigationspunkt, der auf eine Bitte Hermann Görings hin seine Sendedauer verlängerte. Die Heeresgruppe Süd nutzte ihren Durchbruch, um ein Panzerkorps auf die polnische Hauptstadt anzusetzen. Dieses erreichte schon am 8. September die Vorstädte von Warschau. Dort stießen sie auf starken Widerstand der polnischen Verteidiger. Um einen verlustreichen Häuserkampf zu vermeiden, stoppten die Panzer ihren Vormarsch.
Am 9. September gelang dem rechten Flügel der 10. Armee das Überholen und Einkesseln starker polnischer Kräfte, die sich über die Weichsel zurückzuziehen versuchten. Hieraus entwickelte sich die Schlacht bei Radom. Zeitgleich griff die polnische Armee Posen, die unbemerkt von der deutschen Aufklärung herangerückt war, nördlich von Kutno überraschend den linken Flügel der 8. deutschen Armee an. Dieser einzige polnische Gegenstoß zwang die Heeresgruppe Süd, bei Radom, vor Warschau und an der Bzura gleichzeitig zu kämpfen. Sie wehrte den Flankenangriff unter schweren Verlusten ab.
Die Heeresgruppe Nord stand schon östlich der Weichsel am Narew und am Bug und mußte nun gemäß dem Umfassungsbefehl des OKH große Teile der 4. Armee durch Ostpreußen an ihren linken Flügel verlegen, was einige Tage dauerte. Danach schloß sie am 9. September die Festung Modlin und Warschau von Norden her ein.
Am 12. September kapitulierten die polnischen Truppen im Kessel bei Radom (60.000 Gefangene). Am 13. September wurde die Kleinstadt Frampol nahe Lublin durch einen deutschen Luftangriff vollständig zerstört. Danach befahl die polnische Armeeführung allen verbliebenen Truppen, sich eigenständig nach Südosten zurückzuziehen. Man hoffte, sich dort in unwegsamem Gelände noch länger halten zu können, bis Nachschub der Westalliierten über Rumänien geliefert würde.
Im Südosten kämpfte bisher nur die deutsche 14. Armee. Diese schwenkte nun aber nach Nordosten, um sich hinter dem Fluß Bug mit der Heeresgruppe Nord zu vereinen. Mit den freigewordenen Verbänden konnte die Heeresgruppe Süd nun auch die Armee Posen einschließen und bis zum 17. September aufreiben (170.000 Gefangene). Das zerschlug die polnische Hoffnung, wenigstens den Südosten des Landes verteidigen zu können. Östlich des Bug stießen starke Panzerkräfte nach Süden vor und vereinigten sich südlich von Brest-Litowsk am 18. September mit den Truppen der 14. Armee. Damit war die Masse der polnischen Kräfte umfaßt worden.

Kämpfe bis zum 6. Oktober
Nach Frankreichs und Großbritanniens Kriegserklärung marschierte die Sowjetunion wie vereinbart ihrerseits in Polen ein. Die Regierung in Moskau wollte jedoch erst nach einem vollständigen Zusammenbruch des polnischen Staates eingreifen, da sie befürchtete, in einen Krieg mit den beiden Westmächten hineingezogen zu werden, die ja die Unabhängigkeit

Polens angeblich garantierten. Erst am 17. September eroberte die Rote Armee ihr Territorium im fälschlich „Ostpolen” genannten Gebiet zurück, das bis auf das Grenzschutz-Korps militärisch entblößt war. Die Regierung in Warschau, die gerade ihre Flucht nach Rumänien organisierte, war auf den sowjetischen Einmarsch nicht vorbereitet und konnte dem Grenzschutz-Korps keine Instruktionen geben, wie es sich zu verhalten hatte. In Tarnopol, Stanislau, Luzk und Rowno wurde die Rote Armee von den kommunalen Behörden freundlich begrüßt.
Die Kämpfe zwischen Wehrmacht und polnischer Armee konzentrierten sich nun auf das Gebiet zwischen Weichsel und Bug, wo die Reste des polnischen Heeres eingeschlossen waren. Südöstliche polnische Truppen, die sich nach Rumänien zurückziehen wollten, wurden in den Schlachten um Lemberg und Rawa Ruska aufgerieben. Mit der Niederlage des größten Teils der übrigen polnischen Streitkräfte in der Schlacht bei Lublin am 23. September endete der organisierte Widerstand der polnischen Armee.
Das seit dem 9. September eingeschlossene und von polnischen Truppen verteidigte Warschau wurde, da es jedes Kapitulationsangebot ablehnte, belagert, heftig beschossen und bombardiert. Dabei kam eine Vielzahl von Zivilisten um. Am 28. September kapitulierten die Verteidiger der Hauptstadt. Am 29. September kapitulierte auch die Festung Modlin, am 1. Oktober die Besatzung der Halbinsel Hel.
Polens letzte Feldtruppen kapitulierten am 6. Oktober nach der Schlacht bei Kock. Dies gilt seither als Ende des Polenfeldzugs. Nur Bruchteile der polnischen Armee und die polnische Regierung entkamen der deutsch-russischen Umklammerung nach Ungarn und Rumänien. Eine offizielle Kapitulation des polnischen Oberkommandos, Staates oder der Regierung blieb aber aus.

Seekrieg
Ebenso wie die Landstreitkräfte war die polnische Marine der deutschen Kriegsmarine auch zahlenmäßig unterlegen. Das polnische Marineoberkommando unter Konteradmiral Józef Unrug erkannte diese Tatsache an und evakuierte im Rahmen der Operation Peking schon Ende August drei Zerstörer nach Großbritannien. Bei Beginn der Kampfhandlungen standen zwei deutschen Linienschiffen, drei leichten Kreuzern, zehn Zerstörern, vier Tendern, 30 Minensuchbooten, zehn U-Booten und diversen U-Jägern auf polnischer Seite lediglich ein Zerstörer, ein schwerer Minenleger, fünf U-Boote und mehrere kleinere Einheiten wie Kanonenboote und Minensucher entgegen. (siehe: Kräfteverhältnis der Seestreitkräfte zu Beginn des Krieges)
Zu ersten Kampfhandlungen kam es am 1. September, als deutsche Stuka die verbliebenen beiden großen polnischen Einheiten ORP Gryf und ORP Wicher in der deutschen (!) Danziger Bucht angriffen. Das erste Seegefecht fand am 3. September vor Hel statt. Die Kriegsmarine mußte dabei die beiden eingesetzten Zerstörer Z 1 Leberecht Maass und Z 9 Wolfgang Zenker zurückziehen, nachdem Z 1 durch einen Artillerietreffer einer Landbatterie beschädigt worden war. Am selben Tag wurden die Reste der polnischen Überwasserstreitkräfte im Hafen von Hel mehrfach bombardiert und vernichtet.
Alle fünf polnischen U-Boote sollten ursprünglich die polnische Ostseeküste verteidigen und konnten später entkommen, erzielten aber, wenn man von einer erfolgreich verlegten Seemine des U-Bootes ORP Żbik, auf die am 1. Oktober der deutsche Minensucher M 85 lief, absieht, keine Kampferfolge gegen feindliche Schiffe. Die zwei U-Boote ORP Wilk und ORP Orzeł konnten sich nach Großbritannien absetzen. Die restlichen drei U-Boote ließen sich in Schweden internieren. Die Marinebasis auf der Halbinsel Hel verteidigte sich noch bis zum 1. Oktober und fiel als eine der letzten polnischen Stellungen.

Begleiterscheinungen und Folgen
Am 5. September 1939 wurde im Reich eine scharfe Strafverordnung gegen „vorsätzliche Ausnutzung der durch den Kriegsverlauf verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse” erlassen, um die polnische Zivilbevölkerung zu schonen.
Laut dem US-Historiker Alfred de Zayas erschossen Polen deutsche Kriegsgefangene. Er stützte sich auf Akten der Wehrmacht-Untersuchungsstelle.
Polen ermordeten nach Kriegsbeginn mindestens 5.437 Angehörige der deutschen Minderheit. Viele Kriegstagebücher deutscher Soldaten berichteten über Aktivitäten von „Banden” und „Freischärlern”, die deutsche Trossabteilungen überfallen hätten. Dies waren oft versprengte reguläre Einheiten der polnischen Armee, die schnell vorrückende Wehrmachtseinheiten von ihren Verbänden abgeschnitten hatten.

Verwaltungsstruktur und Bevölkerungspolitik
Am 8. Oktober teilten das Deutsche Reich und Sowjetunion im Abkommen von Brest-Litowsk das polnische Gebiet durch eine Demarkationslinie unter sich auf. Die bis zu dieser Linie eroberten Gebiete Ost- und Südpolens wurden deutsches Generalgouvernement, die in Versailles 1919 geraubten deutschen Ostgebiete und große Teile Mittelpolens wurden im Sinne der von Hitler angestrebten „Arrondierung” dem Reiche wieder zugeschlagen. Damit war die sowjetische Seite einverstanden. Molotow sagte am 31. Oktober 1939 nach einem Moskauer Zeitungsbericht:
"Ein einziger Schlag gegen Polen, erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrags, die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte."

Der Finnisch-Sowjetische Winterkrieg 1939/40

Am 30. November 1939 überrannten sowjetische Truppen unter Marschall Kiril Meretskow im so bezeichneten Winterkrieg die 950 km lange Grenze zu Finnland. Die Rote Armee griff mit 1.500 Panzern und 3.000 Flugzeugen an und erwartete einen schnellen Sieg, aber die Sowjets unterschätzten die Finnen. Die Rote Armee verlor etwa 200.000 Mann, die Finnen jedoch nur 25.000 Soldaten. Schweden unterstützte Finnland, ohne allerdings seine Neutralität aufzugeben. Eine Unterstützung der Briten und der Franzosen gegen die Sowjetunion erfolgte, trotz des eindeutig agressiven Charakters dieses Krieges, nicht. Ein Friedensvertrag, der am 12. März 1940 unterzeichnet wurde, legte fest, dass Finnland Teile Kareliens und die Halbinsel Kalastajansaarento am Nordmeer gelegen, an die Sowjetunion abtreten musste.
Als direkte Reaktion auf den sowjetischen Angriff nahm Finnland 1941 im Fortsetzungskrieg dem deutschen Russlandfeldzug teil, um sich die verlorenen Gebiete zurückzuerobern.
Eine wesentliche Folge des Winterkriegs war, daß Stalin mit einer Reorganisation der Roten Armee begann, in deren Verlauf auch Offiziere rehabilitiert wurden, die bei den innersowjetischen Säuberungen 1936/37, nach Sibirien verbannt worden waren. Diese Reorganisation trug erheblich dazu bei, daß die Rote Armee 1941 über eine größere Kampfkraft verfügte, als die Deutschen es erwartet hatten.

Die Besetzung Dänemarks und Norwegens 1940

Zum Ende des Jahres 1939, nach dem Verlust der französischen Eisenerzeinfuhr, stellten die Lieferungen aus dem neutralen Schweden 40 % des Eisenerzbedarfs für Deutschland dar. Ein weiterer wichtiger Rohstoff war das finnische Nickel. Durch die Erzbahn von Schweden nach Narvik war Norwegen für Deutschland von außerordentlichem wirtschaftlichen und militärischen Wert. Die Briten wollten diese wichtigen Rohstofflieferungen abschneiden, weswegen am 5. Februar 1940 beim obersten britischen-französischem Generalstab, die Planung der Landung von vier Divisionen in Narvik vereinbart war. Die vorgesehene Besetzung des norwegischen Hafens durch die Briten veranlasste das Oberkommando der Wehrmacht, einen zusätzlichen Stab für Norwegen aufzustellen. Am 21. Februar erfolgte eine direkte Weisung Hitlers für die Planung bestimmter Operationen im skandinavischen Raum. Am 1. März wurde das Unternehmen Weserübung endgültig beschlossen. Es sah vor, Dänemark vorübergehend einzunehmen und es als „Sprungbrett“ für die Eroberung Norwegens zu benutzen. Im März kam es zu diversen Gefechten mit britische Marineeinheiten.

Am 5. April fand die anglo-französische Operation Wilfred statt, bei der die Gewässer vor Norwegen vermint und weitere Truppen ins Land gebracht werden sollten. Einen Tag später lief auf deutscher Seite das Unternehmen Weserübung an. Dabei wurde fast die gesamte deutsche Flotte mobilisiert und in Richtung Narvik kommandiert. Am 9. April begann das Unternehmen endgültig mit der Landung einer Gebirgsjägerdivision vor Narvik.

In Großbritannien hielt man eine Landung der Deutschen für recht unwahrscheinlich, was dazu führte, daß von alliierter Seite nur geringe Gegenmaßnahmen getroffen wurden. Jedoch wurde ebenfalls eine Invasion Norwegens durch britische Truppen vorbereitet. Die deutsche Wehrmacht kam in einer garndiosen, amphibischen Operation, einer bereits geplanten britischen Landung in Norwegen um nur 24 Stunden zuvor. Die Deutschen konnten ihren Brückenkopf ohne größeren Widerstand ausweiten, sodaß am 10. April bereits Stavanger, Trondheim und Narvik erfolgreich besetzt wurden, nachdem zuvor bereits Dänemark kampflos besetzt worden war. Großbritannien besetzte daraufhin im Nordatlantik die dänischen Färöer am 12. April.

Vidkun Quisling erklärte zuvor in Berlin, *"...daß Absprachen der norwegischen Regierung mit den Engländern über eine mögliche Landung in Norwegen bestünden".* Im Juni 1940 wurden beim Frankreich-Feldzug in La Charité an der Loire, von deutschen Truppen Geheimakten des französischen Generalstabs erbeutet, die alliierte Pläne für die Schaffung von Fronten in Skandinavien und auf dem Balkan enthielten. Bereits für den 23. März 1940 war ein britischer Vorstoß gegen die norwegische Küste mit anschließender Besetzung geplant gewesen. Endgültig beschloß der Kriegsrat in London am 28. März 1940, den direkten Angriff auf die norwegische Neutralität. Deutschland war durch den "Altmark-Zwischenfall" gewarnt und kam dann mit seiner Besetzung des Landes ab 7. April 1940 den Briten, die am 8. April landen wollten, nur um Stunden zuvor.



Landung der ersten deutschen Truppen durch deutsche Kriegsschiffe

Unternehmen Weserübung

Die Operation Weserübung bezeichnet die Besetzungen Dänemarks und Norwegens während des Zweiten Weltkrieges durch die deutsche Wehrmacht.

Der Kampf

Dänemark wurde hierbei nur als Sprungbrett benutzt. Demzufolge sind die beiden Operationen auch aufgeteilt in „Weserübung Süd" und „Weserübung Nord". Dänemark verzichtete auf sinnlosen Widerstand und es kam lediglich zu einem Schußwechsel. Es wurde dem Land auch gestattet, seine Regierung zu behalten.
Norwegen jedoch war kriegswichtig. Das Reich bezog aus dem skandinavischen Raum den Großteil seiner Eisenerz- und Nickellieferungen. Dies wollten die Engländer durch die Verminung der Westküste Skandinaviens unterbinden. Mit der Operation Wilfried plante England selbst die Besetzung. Einen Tag nach Beginn dieser Operation am 5. April 1940 startete die Operation Weserübung, wobei sich die gesamte deutsche Flotte nach Norden bewegte. Nur um wenige Stunden entschieden die Deutschen den Wettlauf nach Norwegen für sich. Die Operation kam jedoch erst am 9. April richtig in Gang mit der Landung deutscher Gebirgsjägereinheiten. Die deutsche Führung hoffte auf eine friedliche Besetzung, aber die norwegische Regierung entschloß sich zum aussichtslosen Widerstand. Dabei hatte sie auch den Weg der Neutralität verlassen, als der Befehl, auf deutsche Schiffe zu feuern, auf britische aber nicht, erteilt wurde. Die erbittertsten Kämpfe gab es um den kriegswichtigen Hafen Narvik.



Im Fjord von Narvik

Es kam nur zum Einsatz einer einzigen kleinen Panzerabteilung, darunter aber ein paar der wenigen schweren Panzer, über die das deutsche Heer damals verfügte, sogenannte Neubaufahrzeuge mit 3 Türmen.



Panzer im Marsch

Am 13. April kam es zu einigen schweren Seegefechten, wobei es neun britischen Zerstörern und dem Schlachtschiff HMS Warspite gelang, im Ofot-Fjord alle deutschen Zerstörer zu versenken. Die schiffbrüchigen Matrosen dieser Schiffe verstärkten danach die deutschen Gebirgsjäger und konnten so in der Folge gegen die große Übermacht der feindlichen Truppen aushalten. Weiterhin gingen die leichten deutschen Kreuzer Karlsruhe und Königsberg und etliche Frachter durch alliierte U-Boot beziehungsweise Royal Air Force-Angriffe verloren. Der nagelneue schwere Kreuzer Blücher mußte nach Torpedotreffern einer nicht bekannten norwegischen Küsten-Torpedobatterie aufgegeben werden.
Am 17. April landeten die Alliierten schließlich und setzten die Truppen der Wehrmacht auch durch massiven Beschuß seitens der Royal Navy unter starken Druck. Bis zum 19. April wurden umfangreiche alliierte Verbände, unter anderem auch polnische Soldaten und Reste der Fremdenlegion, in Norwegen angelandet.
Inzwischen verbesserte sich, bedingt durch die Jahreszeit, das Wetter in Norwegen, so daß die Wehrmacht ihre Fronten festigen konnte. Bei schweren Angriffen der deutschen Luftwaffe wurden am 2. Mai ein britischer und ein französischer Zerstörer vor der Hafenstadt Namsos versenkt.



Marsch durch verschneite Wälder

Noch im selben Monat beschloß Churchill wegen der deutschen Erfolge in Frankreich den Abzug der Alliierten aus Norwegen. Bevor die 24.500 Soldaten evakuiert werden konnten, gelang es ihnen jedoch noch, in Narvik einzudringen und einen wichtigen Hafen zu zerstören. Der englische Befehlshaber ließ dem norwegischen Kommandanten noch einen Brief zukommen, indem er ihm noch viel Glück bei der weiteren Verteidigung wünschte und machte sich sodann aus dem Staub. Der Norweger war darüber dermaßen empört, daß er das

Schreiben Dietl persönlich zeigte. Er war aber weder der erste noch der letzte, der in diesem Krieg den Wert der englischen Hilfe und Treue kennenlernen sollte. Am 10. Juni kapitulierten schließlich die verbliebenen norwegischen Soldaten, worauf das Unternehmen Weserübung abgeschlossen war.
Der deutsche Sieg war strategisch und wirtschaftlich von großer Bedeutung, noch größer vom Prestige her, brachte aber auch erwartungsgemäß empfindliche Verluste für die relativ kleine deutsche Flotte. Durch die Torpedokrise waren die englischen Verluste auch kleiner als erhofft. Immerhin konnte noch der Flugzeugträger Glorious samt seiner Zerstörereskorte Ardent und Acasta von den Schlachtschiffen Scharnhorst und Gneisenau versenkt werden.
Norwegen wurde Reichskommissariat, sollte jedoch nach dem Willen Hitlers als selbständiger Staat bestehen bleiben und Teil des deutschen Herrschaftsgebietes sein. Im weiteren Verlauf wurde Norwegen stark befestigt, weil Hitler mit einer erneuten alliierten Invasion rechnete. Im Februar 1942 wurde eine neue Regierung unter Vidkun Quisling zugelassen. Deutscher Reichskommisar wurde Terboven. Der norwegische König hatte bereits sein Land im Stich gelassen und sich nach England abgesetzt, um dort eine Exilregierung von Churchills Gnaden zu bilden.

Der Westfeldzug 1940

Während Deutschland den Westwall zur Verteidigung der Front hatte, stand in Frankreich die stark befestigte Maginot-Linie. Die Ardennen galten als natürliche Verlängerung dieser fast 130 Kilometer langen Verteidigungslinie. Die französische Generalität glaubte nicht an einen Vorstoß durch dieses Gebiet, da es besonders für Panzerkräfte, als unüberwindbar galt.
Der Plan für einen Feldzug im Westen wurde von Generalleutnant Erich von Manstein mit seinen beiden Stabsofizieren, Oberst Günther Blumentritt und dem damaligen Major i. G. Henning von Tresckow, entwickelt. Er sah einen schnellen Vorstoß durch die Ardennen vor, um dann die Alliierten im Norden zu einer Schlacht mit verkehrter Front zu zwingen. Mit der Masse der hier zu versammelnden Panzer- und motorisierten Divisionen gedachte er durch das „Loch in den Ardennen" zur sogenannten „Operation Sichelschnitt" bis zur Kanalküste hin durchzustoßen.

Am 10. Mai 1940 begann der Durchmarsch deutscher Verbände (Fall Gelb) mit insgesamt sieben Armeen durch die neutralen Staaten Niederlande, Belgien und Luxemburg. 136 deutsche standen gegen rund 137 alliierte Divisionen. Bereits an diesem Tag wurde die für uneinnehmbar gehaltene belgische Festung Eben-Emael durch deutsche Fallschirmjäger eingenommen. Am 14. Mai überschritt General Guderian mit seiner Panzergruppe die Maas. Die Royal Air Force versuchte , die deutschen Pionierbrücken über dem Fluss zu zerstören, verlor dabei aber einen Großteil der Flugzeuge. Erst am 17. Mai trat die französische 4. Panzerdivision unter Charles de Gaulle zu einem Gegenangriff auf Montcornet an, der aber wegen starker Attacken deutscher Sturzkampfbomber abgebrochen werden musste. Am 17. Mai wurde Brüssel kampflos eingenommen.

Die Niederländer waren, bedingt durch ihre Neutralität im Ersten Weltkrieg, noch weniger als die Belgier auf einen Krieg eingestellt, sodaß ihre Armee relativ leicht geschlagen werden konnte. Bedingt durch den Venlo-Zwischenfall hatte das Land zuvor auf Grund der Zusammenarbeit mit dem feindlichen englischen Geheimdienst seinen angeblichen Neutralitätskurs bereits verlassen. Eine Besetzung des Landes im Kriegszustand war demzufolge nur folgerichtig und logisch. Die Kapitulation der niederländischen Truppen wurde nach der Bombardierung Rotterdams am 14. Mai eingeleitet. Einen Tag später kapitulierten die niederländischen Truppen, und die Regierung sowie Königin Wilhelmina flohen nach London ins Exil. Als Reichskommissar für die Niederlande wurde Arthur Seyß-Inquart eingesetzt.

Am 19. Mai erreichte die deutsche 6. Armee den Fluss Schelde und stieß bis Abbeville vor. Der Vormarsch in diese Gebiete erfolgte so schnell, daß die britischen und französischen Einheiten bei Dünkirchen eingekesselt wurden. Am 27. Mai begann die Operation Dynamo, die mit der Evakuierung von über 338.000 alliierten Soldaten, davon 110.000 Franzosen am 4. Juni 1940 abgeschlossen wurde. Die Panzerstreitkräfte der Heeresgruppe A setzten an diesem Tag den Angriff fort, nachdem Generaloberst von Rundstedt am 24. Mai einen von Hitler bestätigten Haltebefehl erteilte. Die Gründe für diesen Anhaltebefehl waren die weitere Hoffnung Adolf Hitlers auf einen endgültigen Friedensschluß mit England und Frankreich, diese grundlos Deutschland den Krieg erklärt hatten.

Am 4. Juni wurde die anglo-französische Flucht, an der etwa 900 Seefahrzeuge teilnahmen, abgeschlossen. Über 337.000 Soldaten, davon 110.000 Soldaten der französischen Armee, und damit fast das gesamte britische Expeditionskorps konnten evakuiert werden. Aus heutiger Sicht stellte der Haltebefehl, der die Evakuierung in diesem Maße ermöglichte, jedoch einen schweren taktischen Fehler dar. Die Fähigkeit, den Krieg fortzusetzen, wäre durch den Verlust der britischen Expeditionsarmee für England deutlich schwieriger, nahezu unmöglich geworden, da neben der großen Soldatenanzahl auch fast die gesamte Masse des

alliierten und somit kriegswichtigen Materials in die Hände Deutschlands gefallen wäre. Hitler wollte durch dieses Zugeständnis die Engländer zu einem Friedensschluß bewegen.

Als sich die Briten zurückzogen, bereitete sich Frankreich auf die Verteidigung vor. Fall Rot, so der deutsche Deckname für die zweite Offensive in Frankreich, auch bekannt durch General Weygands Ausspruch, Schlacht um Frankreich, begann am 5. Juni mit einer deutschen Offensive an der Aisne und der Somme. Am 9. Juni überschritten Soldaten der 6. Infanteriedivision die Seine. Mussolini beschloss, am 11. Juni in den Krieg gegen die britisch-französische Allianz einzutreten.

Am 14. Juni besetzten Teile der 18. Armee die französische Hauptstadt Paris. Um die Stadt nicht zum Kriegsschauplatz werden zu lassen, wurde sie zuvor von den Franzosen geräumt. Gleichzeitig durchbrach die Heeresgruppe C die Maginot-Linie und die symbolträchtige Festung Verdun konnte ebenfalls eingenommen werden.

Am 17. Juni erklärte Henri Philippe Pétain, Ministerpräsident der neu gebildeten französischen Regierung, die Niederlage Frankreichs.

Am 21. Juni wurden die französischen Unterhändler im Wald von Compiègne von Hitler empfangen. Zur Unterzeichnung der vergleichsweise maßvollen Waffenstillstandsbedingungen kam es gegen Abend des 22. Juni 1940. Der deutsch-französische Waffenstillstand trat erst am 25. Juni um 01:35 Uhr in Kraft. Damit die französische Flotte nicht in deutsche Hände fiel, nahmen die Briten am 3. Juli den algerischen Hafen Mers-el-Kébir unter Beschuss, in dem ein Teil der französischen Kriegsflotte stationiert war.

Nur sechs Wochen und drei Tage hatte der Blitzkrieg im Westen gedauert. Er forderte das Leben von über 135.000 alliierten und etwa 46.000 deutschen Soldaten. Die Schweiz konnte ihre Unabhängigkeit wahren und wurde nie Ziel einer deutschen Offensive. Ab 1944 kam es jedoch auch zu angloamerikanischen Terrorangriffen auf schweizer Städte.

Frankreich wurde in zwei Zonen geteilt: Der Norden und der Westen Frankreichs war von den Deutschen besetzt. Hier befanden sich wichtige Flugfelder und Marinebasen für die Verteidigung gegen Großbritannien. Die Häfen am Atlantik, insbesonders Brest wurden die wichtigsten Operationsbasen der deutschen U-Boote. Der östliche und südliche Teil Frankreichs blieb unter französischer Kontrolle. Henri Philippe Pétain regierte von Vichy aus den Rest Frankreichs als Marionettenstaat des Deutschen Reichs (Marschall Pétain wurde als Kollaborateur nach dem Zweiten Weltkrieg zum Tode verurteilt, dann aber noch begnadigt). General Charles de Gaulle (1890–1970) war Organisator des Widerstandes sowie der „Führer des freien Frankreichs“ aus dem Exil in London.

Die deutschen Besatzungssoldaten waren besonders bei den Frauen in Frankreich beliebt, was zu einer regelrechten sexuellen Befreiung im prüden, katholischen Frankreich führte, wie der französische Autor Patrick Buisson darlegt.

Am 22.7. 1940 übermittelt der englische Botschafter Lord Lothian aus Washington, Deutschland hätte "überaus befriedigende" Friedensbedingungen übermittelt. Der englische Außenminister Halifax lehnt das deutsche Angebot auf Anweisung Churchills ab. Hugh Dalton, der Minister für ökonomische Kriegsführung, notiert Churchills Auftrag, "Europa in Brand zu stecken".

<u>Venlo-Zwischenfall</u>

Beim sogenannten Venlo-Zwischenfall wurden am 9. November 1939 an der deutsch-niederländischen Grenze bei Venlo zwei Offiziere des britischen Secret Intelligence Service nach Deutschland verbracht. Nach offizieller Verlautbarung geschah dies bei einem versuchten Grenzübertritt der beiden Personen Major Richard Henry Stevens und Captain Sigismund Payne Best. Beide waren Leiter zweier britischer Geheimdienst-Organisationen mit Sitz in Den Haag und vorrangig für die Spionage in Deutschland zuständig. Von feindlicher englischer Seite hieß es, die Männer seien angeblich „entführt" worden. Fakt ist jedoch, daß an der besagten Stelle der Grenzverlauf sehr unübersichtlich war und es sich nur um wenige Zentimeter holländischen Hoheitsgebietes gehandelt haben könnte, zumal kein holländischer Beamter, offenbar in der Annahme, daß die Verhaftung bereits auf deutschem Hoheitsgebiet erfolgte, einschritt. Andere Quellen erwähnen einen Schußwechsel zwischen Engländern, Holländern und Deutschen.

Verhaftung und Folgen

Die Verhaftung war unmittelbare Folge des am Tag zuvor erfolgten Bürgerbräuattentates auf den Führer Adolf Hitler durch den Attentäter Georg Elser. Bereits Wochen zuvor hatte die Gestapo unter Walter Schellenberg durch Funkverkehr einer vermeintlichen deutschen „Opposition" mit dem englischen Geheimdienst in Erfahrung gebracht, daß nun - nach dem im deutschen Sinne erfolgreichen Polenfeldzug - ein gewaltsamer Umsturz der deutschen Regierung seitens Englands, das Deutschland den Krieg erklärt hatte, geplant gewesen sei. Unter Führung von Alfred Naujocks und Walter Schellenberg erfolgte die Verhaftung der englischen Geheimagenten.
Der Venlo-Zwischenfall machte weite Teile des britischen Spionagenetzes in West- und Mitteleuropa nahezu wertlos und führte zum Rücktritt des niederländischen Geheimdienstchefs. Im nachfolgenden Treffen zwischen Walter Schellenberg und dem deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop sagte dieser:

"Der Führer ist fest davon überzeugt, dass durch das Venlo-Material die Neutralitätsverletzung Hollands zugunsten Großbritanniens einwandfrei erwiesen ist, und er wünscht, dass ein entsprechender Bericht darüber angefertigt wird."

Auch aus diesem Grunde erfolgte, ein halbes Jahr darauf, im Mai 1940 der deutsche Einmarsch in den Niederlanden, deren angebliche Neutralität durch die Zusammenarbeit mit dem englischen Secret Service unglaubwürdig geworden war.
Die Erkenntnisse aus der Verhaftung der beiden Agenten lieferten ebenso wertvolle Hinweise für die später geplante Operation Seelöwe.
In einer Biographie des britischen Geheimdienstoffiziers Sigismund Payne Best beschreibt ein niederländischer Freund von Best, wie Georg Elser in Zürich 4.000 RM erhielt, um ein Attentat auf Hitler auszuführen. Otto Strasser, der ja auch von der nationalsozialistischen Presse als Drahtzieher Elsers beschuldigt wurde, hatte das Treffen eingefädelt. Der Niederländer Henri A. Bulhof beruft sich dabei auf Tagebücher von Best, der ebenfalls im Venlo-Zwischenfall involviert gewesen war. Auch aus diesem Grunde erfolgte, ein halbes Jahr darauf, im Mai 1940 der deutsche Einmarsch in den Niederlanden, deren angebliche Neutralität durch die Zusammenarbeit mit dem englischen Secret Service unglaubwürdig geworden war.
Die Erkenntnisse aus der Verhaftung der beiden Agenten lieferten ebenso wertvolle Hinweise für die später geplante Operation Seelöwe.

Die Akte
Erst 70 Jahre nach dem Vorfall, im Jahre 2009, wagte die englische Regierung das Dossier „Venlo Incident” des britischen Außenministeriums zu veröffentlichen, das ursprünglich sogar bis 2015 gesperrt gewesen war. Auf Grund eines Versehens lief die Sperrfrist jedoch vorzeitig ab. Dieser Geheimakte ist zu entnehmen, daß die Engländer seinerzeit tatsächlich davon ausgingen, es mit angeblichen Hitlergegner zu tun zu haben und sich mit diesen bei Venlo treffen wollten. Auch wird daraus eine tatsächliche Verwicklung in das Bürgerbräuattentat durch den englischen Geheimdienst ersichtlich. Es wird jedoch vorgeschlagen, dies öffentlich vehement zu leugnen.
Darüberhinaus offenbart das Pamphlet den Haß der damaligen britischen Führung gegenüber der deutschen Regierung und den innigen Wunsch einer innen- und außenpolitischen Destabilisierung Deutschlands durch Unterstützung eines Militärputsches.
Offensichtlich wurde die Akte im November 1939 von Alexander Cadogan, Staatssekretär im Außenministerium, zusammengestellt. Ein Grund scheint die Entgegnung der deutschen Verlautbarungen, die den britischen Geheimdienst für das Bürgerbräuattentat auf Adolf Hitler verantwortlich machte, gewesen zu sein. Vor diesem Hintergrund ist die Authentizität und die Vollständigkeit der zwischen London, Den Haag und den Deutschen ausgetauschten Nachrichten auf den Seiten 7 bis 19 durchaus kritisch zu betrachten. Als Wegweiser durch die Akte können Seite 25, Seite 26, Seite 27 und Seite 28 dienen, die den Titel „Zusammenfassung der Ereignisse” tragen und auf Grund ihres letzten Satzes am 18. November 1939 verfasst worden sein müssen.

Die Luftschlacht um England 1940/41

Nach der britischen Kriegserklärung versuchte Deutschland in der Luftschlacht um England, die Vorbereitung einer Invasion, um die englische Bedrohung abwehren zu können. Erklärtes Ziel war vor allem die Vernichtung der Kampfkraft der Royal Air Force. Hitler hoffte jedoch,

die Briten doch noch zum Frieden bewegen zu können, ohne die Invasion tatsächlich durchführen zu müssen. Deutsche Friedensangebote wurden jedoch von der britischer Seite unter Churchill wiederholt abgelehnt, da Großbritannien an einer Ausweitung und Eskalation des Krieges, maßgebliches Interesse hatte. Höhepunkt der deutschen Friedensbemühungen der Briten gegenüber, war der Flug von Rudolf Hess nach Schottland, um in direkte Friedensverhandlungen mit der Regierung eintreten zu können. Hess wurde trotz seiner Funktion als Parlamentär völkerrechtswidrig verhaftet, an Frieden war Großbritannien nicht interessiert. In den zwei Jahren zwischen dem Münchner Abkommen und der Luftschlacht um England, arbeiteten die Briten fieberhaft am Aufbau einer modernen Luftwaffe. Allein in den drei Monaten vor Beginn der Luftschlacht, konnten die britischen Fabriken über 1.400 Jagdflugzeuge fertigstellen. Um dem dringenden Personalbedarf nachzukommen, wurden Piloten aus dem Commonwealth sowie Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei unter dem Oberbefehl der Royal Air Force eingesetzt.
Britische Flugplätze und Flugzeugfabriken wurden häufig von der Luftwaffe bombardiert. Unter anderem zählten auch Hafenanlagen zu den vorrangigen Zielen. Die deutschen Bomber erhielten Begleitschutz von Jagdflugzeugen, um die britischen Abfangjäger abzuwehren. Diese Schlacht führte auf beiden Seiten zu großen materiellen Verlusten, weshalb sich die Luftwaffe ab Oktober 1940 größtenteils auf Nachtbombardements beschränkte.
Entscheidend für die Niederlage der deutschen Luftwaffe war unter anderem auch die Fehlbewertung von Radartechnologie im Luftkrieg durch den Oberbefehlshaber der Luftwaffe Hermann Göring. Dadurch konnte die Royal Air Force ihre weitgehend verschont gebliebenen Radarstationen in Küstennähe zur präziseren und schnellen Ortung deutscher Luftstreitkräfte nutzen und diese so wesentlich effizienter bekämpfen.
Luftwaffenchef Göring betrachtete dies als eine Niederlage der deutschen Luftwaffe. Die deutschen Jägerpiloten wurden in der Folge von ihm der Feigheit bezichtigt. Göring erneuerte diesen Vorwurf im weiteren Verlauf des Krieges verschiedene Male, um Niederlagen der Luftwaffe zu erklären und von seinem eigenen Versagen als Oberkommandierender abzulenken.
Bei den Bombardements von London und anderen englischen Industrie- und Rüstungszentren wurden ca. 32.000 Zivilisten getötet. Die Anzahl der Toten des anglo-amerikanischen Terrorangriffes auf eine einzige deutsche Stadt, Dresden, schwankt zwischen 35.000 und 300.000 Zivilisten!

Jugoslawien und Griechenland 1940/41

Mussolinis Ambitionen waren bereits seit den 1930er-Jahren auf den Balkan gerichtet. Am 28. Oktober 1940 griffen italienische Verbände von dem seit 1939 italienisch okkupierten Albanien aus Griechenland an. Italien hatte zuvor versucht, Bulgarien als Verbündeten zu gewinnen, was jedoch wegen der ablehnenden Haltung von König Boris III. misslang. Hitler war über den Angriff zuvor nicht unterrichtet worden, demzufolge war er völlig überrascht. Auch hatte er Operationen in dem Gebiet gar nicht geplant, da es vermutlich eher seine Absicht war, gemeinsam mit Italien das europäische Festland gegen England zu sichern.
Das Ziel Mussolinis war es, Griechenland im Sturm zu erobern. Doch schon am 3. November gingen die Griechen erfolgreich zum Gegenangriff über. Bis zum 14. November gerieten die italienischen Truppen endgültig in die Defensive, sodaß diese sogar bis über die Grenzen Albaniens zurückgedrängt wurden. Angesichts solcher Niederlagen des Achsenpartners erließ Hitler am 13. Dezember mit dem Unternehmen Marita Weisungen für einen Feldzug auf dem Balkan. „Hitler ist gegen seinen Wunsch in einen kostspieligen Balkankrieg verwickelt worden." „Hitler wollte Frieden auf dem Balkan, der ihn den ungestörten Bezug von Mineralöl, Rohstoffen und Lebensmitteln aus den Südost-Staaten ermöglichte und Deutschland gegebenenfalls einen sicheren Flankenschutz gegen England und die Sowjetunion gewährleistete."
Anfang des Jahres 1941 versuchte das Deutsche Reich im Balkankonflikt zu vermitteln. So unterbreitete man Jugoslawien den Vorschlag, dem Dreimächtepakt beizutreten, was jedoch abgelehnt wurde. Griechenland verzichtete ebenfalls auf jeden Vermittlungsversuch, da seine Armee die italienischen Soldaten an jeder Front zum Rückzug zwingen konnte. Eine italienische Großoffensive am 9. März wurde zum Desaster. Am 27. März trat Jugoslawien schließlich dem Dreimächtepakt bei. Die Folge waren antideutsche Demonstrationen und ein Putsch des serbischen Offizierkorps gegen die Regierung des Prinzregenten Paul, worauf der Beitritt wieder rückgängig gemacht wurde.
Nun war der Balkanfeldzug nicht mehr aufzuhalten. Am 6. April überschritten Wehrmachtsverbände die Grenze nach Jugoslawien, und die Luftwaffen der Achsenmächte begannen Belgrad zu bombardieren. Bereits am 10. April war die kroatische Stadt Zagreb besetzt. Belgrad fiel zwei Tage später unter dem Druck deutscher Panzerverbände. Am 17. April unterschrieben die jugoslawischen Befehlshaber schließlich die Kapitulation.
Ebenfalls am 6. April begann der deutsche Feldzug gegen Griechenland. Anders als in Jugoslawien, war der griechische Widerstand stellenweise ausgesprochen hart. Besonders in den Gebirgslagen und im Gebiet der stark verteidigten Metaxas-Linie stießen, die Soldaten nur langsam und unter hohen Verlusten durch das bergige Nordgriechenland in das Landesinnere vor. Am 9. April fiel Saloniki. Gleichzeitig wurden die griechischen Heere in Ostmazedonien abgeschnitten und die Metaxas-Linie stärker bedrängt. Die griechischen Verstärkungen von der albanischen Front wurden bei ihrem Vormarsch durch die gebirgige Landschaft und von deutschen und italienischen Panzereinheiten sowie Luftangriffen behindert. Am 21. April mussten 223.000 griechische Soldaten kapitulieren.
Die Briten, die in Griechenland stationiert waren, bauten unterdessen eine Verteidigung an den Thermopylen auf. Diese wurde am 24. April überrannt, worauf die Alliierten eine amphibische Evakuierungsoperation einleiten mussten, in der 50.000 Soldaten nach Ägypten verschifft wurden. Am 27. April rückte die Wehrmacht schließlich in Athen ein.
Am 25. April entschlossen sich die Führer der Achsenmächte zu einer Luftlandeinvasion der Insel Kreta (Unternehmen Merkur). Am Invasionstag, dem 20. Mai 1941, brachten 593 Transportflugzeuge die deutschen Luftlandeeinheiten über Kreta. Diese bildeten durch ihre Fallschirme ein leichtes Ziel für die Luftabwehr, wodurch viele Fallschirmjäger während des Absprungs getötet oder verwundet wurden. Die gelandeten Einheiten konnten zunächst auch keine Flugplätze für Nachschub und Verstärkungen (insbesondere Artillerie und Fahrzeuge) erobern. Außerdem gab es keine Funkverbindung zum deutschen Hauptquartier in Athen, da

die Funkgeräte bei den Landungen zerstört wurden. Erst mit verstärktem Einsatz der Luftwaffe und einigen erfolgreichen Landungen auf umkämpften Flugplätzen, stabilisierte sich die Situation. Die Alliierten verteidigten Kreta eine Woche lang, bis sie sich dann mit etwa 17.000 Mann absetzten. Aufgrund der hohen Verluste beschloss Hitler, in Zukunft keine Luftlandungen mehr durchzuführen.

22.6.1941 Präventivschlag: Barbarossa

* *"Keine Macht der Welt kann den Weg von der kommunistischen Weltrevolution zur sowjetischen Weltrepublik aufhalten"*. (Lenin)

* *"Unser Programm schleudert offen eine Kampfansage auf Leben und Tod gegen die ganze übrige Welt"* (Prawda, 9.9.1928; zit. bei Walendy, Vlotho, Historische Tatsachen, Heft 38, S. 18)

* *"Unsere einzige Chance, einen Sieg über Russland zu erringen, lag darin, seinem Angriff zuvorzukommen"*. (Adolf Hitler)

* *"Es war meine beständige Sorge während der letzten Wochen, Stalin könnte uns zuvorkommen"*
(Hitler) (vgl. "Kritik", Aalborg, 1989, S. 27, S. 39) (vgl. auch Henry Picker, "Hitlers Tischgespräche", Seewald, Verlag, Stuttgart, 1976, S. 312) (vgl. auch Hermann Gießler, "Der andere Hitler", Leoni, S. 423 ff)

* Hitler rief im Mai 1941 die höhere Generalität in den Reichstag und sagte:
"... nach den mir zugegangenen Informationen und den Lageberichten plant Russland eine Invasion Deutschlands, der wir mit einem deutschen Gegenschlag zuvorkommen müssen."
(vgl. Becker, Fritz, "Stalins Blutspur durch Europa", Arndt-Verlag Kiel, S. 243) [Am 30.11.1939 hatte die UdSSR Finnland überfallen, um Land zu rauben. Finnland musste im Frieden von Moskau große Gebiete an die Sowjetunion abtreten]

* *"Es ist über jeden Zweifel erhaben, dass Hitler den Krieg 1941 nur aus präventiven Gründen ausweitete."*
(Taylor, A.J.P., "Die Ursprünge des Zweiten Weltkriegs", a.a.O.) (vgl. "Nation Europa", Coburg)

* Besonders neuere Forschungen – nach Durchsicht von frei gegebenem Archiv-Material – bestätigen, dass die UdSSR einen Angriff auf Deutschland plante. Autoren wie Helmdach, Becker, Post, Kunert, Klüwer, Maser, Diwald, Topitsch, Taylor, Walendy, Hoffmann stützen diese fundamentale historische Einsicht.

* In den letzten Jahren setzt sich zunehmend auch der russische Revisionismus durch. Alexander Solschenyzin mit seinem "Archipel Gulag 1918-1956" setzte Anfang der 70er Jahre einen Markstein (Bern 1974-1976). Solschenyzin hält den Bolschewismus für die zentrale Katastrophe des Jahrhunderts. J. Hoffmann ("Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945",

München 1995) zitiert eine große Zahl russischer Quellen und Autoren, die darin einig sind, dass von einem deutschen "Überfall" auf die Sowjetunion nicht geredet werden kann, dass Hitler mit der Eröffnung der Kriegshandlungen dem von Stalin vorbereiteten Angriffskrieg nur kurzfristig zuvorgekommen ist und dass Stalin den Krieg gegen Deutschland als Vernichtungs- und Eroberungskrieg konzipiert (und durchgeführt) hat.

* Die "Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung" (VffG), "Sprachrohr" des Internationalen Wissenschaftlichen Geschichtsrevisionismus, berichten laufend über den Fortschritt der Wissenschaft. So enthält der 3. Jahrg., Heft 1, März 1999 Bezüge zu den russischen Revisionisten Suworow, Danilow, Petrow, Subatow sowie zu dem revisionistischen Standardwerk "Plante Stalin einen Angriffskrieg gegen Hitler?" von Bordjugow und Neweschin (Moskau 1995).

Stalins Rede vor der Frunse-Akademie, 5. Mai 1941:
* *"Der Plan des Krieges sei fertig ... Im Laufe der nächsten 2 Monate könnte die SU den Kampf mit Deutschland beginnen. Es bestehe ein Friedensvertrag mit Deutschland, aber das sei nur eine Täuschung."* ... Beim Bankett im Georgs-Saal des Kreml ergänzte Stalin: *"Es ist Zeit einzusehen, dass nur eine entscheidende Offensive ... zum Sieg führen kann"* (vgl. Diwald, H., "Deutschland einig Vaterland", Frankfurt 1991, S. 82 ff)

* *"Ob Deutschland will oder nicht, der Krieg mit Deutschland kommt"*
(Stalin, Mai 1941 zu den Generalstabsoffizieren der Kriegsschule) (vgl. Hoffmann, "Stalins Vernichtungskrieg, a.a.O., S. 28)

* Viktor Suworow, ehemals hoher sowjetischer Geheimdienstoffizier, bewies mit neuen Dokumenten, dass der Aufmarsch der Roten Armee um den 10. Juli 1941 abgeschlossen sein sollte, um den Angriff zu beginnen (und auf deutschem Gebiet vorzutragen) (vgl. Suworow, "Der Eisbrecher", "Der Tag M", Stuttgart 1989/1995)

* Was Suworow nun aktenmäßig feststellte, war den Deutschen schon zur Kriegszeit bekannt.
Es gab mehrfach Bestätigung durch (gefangene) sowjetische Generäle (Bojerski, Wlassow, Naumov) (vgl. Diwald, H., "Deutschland ... a.a.O., S. 80 ff) (Siehe auch oben zitierte Äußerungen Hitlers aus seinen Gesprächen und Tischgesprächen)

* Volkogonow ergänzte zu Stalins Reden: *"... Der Krieg wird auf dem Territorium des Gegners geführt"* (also in Deutschland) (vgl. Hoffmann: Stalins Vernichtungskrieg, a.a.O., S. 30 ff)

* Jakob Dschugaschwili, in deutsche Gefangenschaft geraten, bestätigte ebenfalls die Angriffspläne seines Vaters (vgl. Sanning, W., "Die Auflösung", Tübingen 1983, S. 59)

* In seiner Rede am 25.2.1956 vor dem XX. Parteikongreß in Moskau bezeichnete Chrustschow die stalinistische These vom "deutschen Überraschungsangriff" als unwahr und stellte fest, dass die sowjetische Führung bestens über den bevorstehenden deutschen Angriff unterrichtet war. (vgl. Sanning, Die Auflösung, a.a.O., S. 59)

* *"Infolge Überschätzung eigener Möglichkeiten und Unterstützung des Gegners schuf man vor dem Krieg unrealistische Pläne offensiven Charakters. In ihrem Sinne begann man, die Gruppierung der sowjetischen Streitkräfte an der Westgrenze zu forcieren. Aber der Gegner kam uns zuvor"* (Prawda, 8. Mai 1991) (vgl. U. Saft, "Krieg in der Heimat", Verlag Saft, Walsrode, S. 9)

* "*Die angewachsenen Kräfte ... der SU erlaubten für den Fall eines Krieges eine entschlossene strategische Zielsetzung ... Der Hauptgesichtspunkt ... für die Erreichung dieser Ziele war der Angriff."* ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges") (vgl. Walendy, "Wahrheit für Deutschland", a.a.O., S. 371)

Die russische Macht bei Kriegsbeginn

* Die russische Armee hatte im Februar 1936 eine Friedensstärke von 1.350.000 Mann bei Reserven von 17,5 Millionen Mann, mit der größten Panzerwaffe und der größten Luftwaffe der Welt" (vgl. Härtle, H., "Die Kriegsschuld der Sieger", Göttingen 1966, S. 124)

* "Im Juni 1940 begann die Sowjetunion in Polen mit der Zusammenziehung gewaltiger Streitkräfte, in einem Raum also, in dem sich nur sehr kleine deutsche Einheiten befanden." (vgl. Hoggan, David, Deutsche Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen, 2, 1962)

* Abgezogen von der sowjetischen Gesamtstreitmacht, standen am 15. Mai 1941 genau 258 Divisionen und 165 Fliegergeschwader "in offensiver Aufstellung" Deutschland, Finnland und Rumänien gegenüber (an der Westgrenze).Bis Anfang August 1941 waren es 330 bis 350 Divisionen. [b][14.000 bis 15.000 sowjetische Panzer/b] standen bereit, 10.000 bis 13.500 Flugzeuge, 37.000 Geschütze und Granatwerfer.

Diese gewaltige Rüstung war der deutschen Wehr um das 5-10-Fache überlegen, abgesehen von riesigen sowjetischen Reserven. (vgl. Hoffmann, J., "Stalins Vernichtungskrieg", a.a.O., S. 22, 23) (vgl. auch Hoffmann, "Strategischer Aufmarschplan" der Sowjets, S. 39)

Die deutsche Macht bei Kriegsbeginn zum Vergleich:
Auf deutscher Seite (Ostsee bis Karpaten) waren 153 Divisionen aufmarschiert, dabei 3.550 deutsche Panzer und Sturmgeschütze, 2.500 deutsche Flugzeuge.

Anmerkung:

 * J. Hoffmann schreibt: *"Schon Lenin hatte verkündet, es komme nicht darauf an, wer als erster angreife, wer den ersten Schuß abgebe, sondern auf die Ursachen eines Krieges, auf seine Ziele und auf die Klassen, die ihn führten. Für Lenin und Stalin war ein jeder Angriffskrieg der Sowjetunion ... von vornherein immer ein reiner Verteidigungskrieg und damit in jedem Falle ein gerechter und moralischer Krieg ..."* (vgl. Hoffmann, J., "Stalins Vernichtungskrieg", a.a.O., S. 23)

 * *"Nur Primitivlinge werden in Kriegsschuldfragen darauf hinweisen, wer den ersten Schuss abgefeuert hat, aber sie bemerken nicht, wer den ersten Schuss verursacht hat."* (vgl. Nicoll, Peter, "Englands Krieg gegen Deutschland", Tübingen, 1963)

 * *"Immer mehr erkennen die Gutwilligen, dass der Nationalsozialismus der letzte Wall gegen die rote Flut darstellt."* (Hitler in einer Rede 1931) (vgl. Syring, Enrico, "Hitler, eine politische Utopie", Berlin, 1994, S. 146)

Anmerkung: Alle genannten dokumentarischen Quellen, besonders die neu-eröffneten Quellen, lassen zweifelsfrei erkennen, dass von einem deutschen "Überfall" auf die Sowjetunion keine Rede sein kann, wie auch der deutsche Einmarsch in Polen kein "Überfall" war. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion war ein Präventiv-Schlag zur Verhütung eines Angriffs der sowjetischen Übermacht auf Deutschlands schwache Grenzen.

Der deutsch-sowjetische Vertrag vom 23. August 1939
Schlüsselfiguren beim Einfädeln der deutsch-sowjetischen Verträge waren die sowjetischen Diplomaten Astachow und Atanasow von der sowjetischen Botschaft in Berlin. Bei einem Essen mit dem bulgarischen Gesandten im Hotel Adlon ließ man während des Gespräches so nebenbei die Bemerkung einfließen, *„daß es an der Zeit wäre, die alten Gegensätze zwischen Rußland und Deutschland zu begraben".*
Wie üblich und gewollt, sprach sich diese Äußerung der sowjetischen Diplomaten, die man als sensationell bezeichnen konnte, bald herum und erreichte natürlich auch die Wilhelmstraße. Daß eine so radikale Wende der sowjetischen Außenpolitik eigentlich höchst verdächtig sein mußte, hätte der Reichsregierung unbedingt auffallen müssen. Aber die Verschärfung der Lage mit Polen und die Einkreisungspolitik der Westmächte ergab, daß das plötzliche Entgegenkommen der Sowjetunion als wirkungsvoller Bruch der Einkreisung gegen Deutschland empfunden wurde und gleichzeitig hoffte man, daß Polen unter dem Druck der Verträge doch noch einlenken würde. Es darf auch nicht vergessen werden, daß zu gleicher Zeit eine englisch-französische Militärmission in Moskau bemüht war, Verträge mit der Sowjetunion abzuschließen, die gegen das Deutsche Reich gerichtet waren. Sie scheiterten schließlich an der polnischen Weigerung, den Sowjets eine Durchmarscherlaubnis zu geben, falls es zwischen Polen und den englisch-französischen Garantiemächten einerseits und dem Deutschen Reich andererseits zu einem Krieg kommen sollte.
Von Anfang an bedeutete die Unterzeichnung der Verträge für Stalin in Wahrheit nur eine Täuschung des Deutschen Reiches, um seine Regierung gegenüber England und Frankreich dem Scheine nach in Sicherheit zu wiegen. Doch davon wußte die Reichsführung nichts. Sie lebte zunächst in dem irrigen Glauben, die Gefahr eines Zweifrontenkrieges gebannt zu

haben. Besonders bei der Abfassung der „geheimen Zusatzverträge" tappten die Deutschen in eine regelrechte Falle. In Bezug auf die baltischen Staaten wurde nur die Abgrenzung von „Interessensphären" festgelegt, mit keinem Wort aber eine „Annexion", wie es dann während des Frankreich-Feldzuges von Seiten der Sowjets unter brutalstem Verhalten gegen die Bevölkerung geschah. Es zeigte sich nun, daß vom deutschen Außenminister und der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes der Begriff der Interessensphäre und des deutschen Desinteressements zu sorglos und juristisch - das darf man sagen - zu schlampig formuliert wurde. Die Schlauheit der Sowjets bestand wohl darin, daß es ihnen gelang, in den Verträgen unkorrekte Formeln und vage Definitionen festzuschreiben, um wohl hinterher in mehrfacher Weise Auslegungen bei der Hand zu haben. Daß die baltischen Staaten auf keinen Fall mit Vorbedacht an die Sowjets ausgeliefert wurden, steht fest. Als die Deutsche Wehrmacht nach dem 22. Juni 1941 das Baltikum von sowjetischer Herrschaft befreit hatte, wurden dort die Grundbuchämter wieder eröffnet. Den von den Sowjets enteigneten litauischen, lettischen und estnischen Haus- und Grundbesitzern und Landwirten wurde das Eigentum wieder zurückgegeben.
Durch das britisch-sowjetische Abkommen vom 12. Juli 1941 und den britisch-sowjetischen Bündnisvertrag vom 26. Mai 1942, mit dem dazugehörigen Geheimprotokoll, wurden das Baltikum, die osteuropäischen Staaten Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, der Balkan und Ost- und Mitteldeutschland pacta expressis verbis der politischen und militärischen Herrschaft der UdSSR überantwortet.
Damit kann Großbritannien den zweifelhaften Ruhm für sich in Anspruch nehmen, alle diese Länder für fast ein halbes Jahrhundert der bolschewistischen Gewaltherrschaft ausgeliefert zu haben. Genauso wurde den Sowjets von den Anglofranzosen auch nicht der Krieg erklärt, als sie am 17. September 1939 das ostpolnische Gebiet besetzten, wie man es Deutschland gegenüber nach Beginn des Polen-Feldzuges tat.
Beim Besuch Molotows im November 1940 in Berlin wurden ähnliche Gebietsforderungen der Sowjetunion, die damals schon ein Siebentel der Welt-Erdoberfläche beherrschte, von der Reichsregierung abgelehnt. Unter anderem beanspruchte Molotow ganz Finnland, Annexion der Süd-Bukowina und Stützpunkte am Bosporus und in Bulgarien. Dieser wichtige Molotow-Besuch in Berlin wird später noch genau beschrieben.
Aus einer Gesprächsaufzeichnung des Gesandten Hewel, geheime Reichssache, Aktenzeichen Füh 43/41, über eine Aussprache Hitlers mit Marschall Kvaternik im Führerhauptquartier in Anwesenheit von Generalfeldmarschall Keitel am 22. Juli 1941 (Mikrofilmband F/0119-08) geht hervor, wie sich Hitler von den Sowjets durch deren Baltikum-Annexion überrumpelt fühlte. Hitler sagte zu Marschall Kvaternik:
"... in Litauen habe man feststellen können, wie die Bolschewisten das getan hätten: Am zweiten Tag, nachdem sie dort einmarschiert waren, seien alle Geschäftsleute um 7 Uhr früh auf die Straße befohlen worden, um diese zu reinigen. An den Straßenecken hätten Maschinengewehre gestanden,die dann diese Menschen zusammengeschossen hätten . . . Auch hätten die Sowjets aus all diesen Gebieten die Kinder weggetrieben, das Merkwürdige und Unerklärliche dabei sei, daß sie dies in eigenen Gebieten auch getan hätten." Hitler fuhr dann in bezug auf den deutsch-sowjetischen Paktabschluß vom August und September 1939 fort:
". . . Der Not gehorchend, habe er sich vor zwei Jahren entschlossen, den Weg mit Rußland zu gehen."
Er, Hitler, habe zwar nie geglaubt, daß ein Zusammenleben mit der Sowjetunion möglich sei, doch habe er wenigstens ein Nebeneinanderleben versucht. Dies habe sich jedoch als unmöglich herausgestellt. Die Bolschewisten hätten jede Abrede gebrochen, schon die Art und Weise, wie sie die Baltenstaaten übernommen hätten, wie sie ganz Litauen plötzlich entgegen unserer Verabredung verlangt hätten, wie sie dann in dem Augenblick, als unsere Verbände im Westen waren und in Ostpreußen nur drei (deutsche) Divisionen standen, 22 Divisionen in

den Baltenstaaten konzentrierten, wie sie mit den Finnen umgesprungen seien, dies alles sei ein Beweis für die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit. Aus allen deutschen und internationalen Staatsurkunden geht immer wieder klar hervor, daß Stalin und Molotow bei Abschluß der Verträge mit Deutschland im August und September 1939 den Wunsch nach Stützpunkten in den baltischen Staaten geäußert hatten, im übrigen aber diese Staaten zu garantieren wünschten, was die deutsche Reichsregierung auch wörtlich garantierte. Eine Annexion der Baltenstaaten, zumal in der erfolgten stalinistischen Art, hat die Reichsregierung nie und nimmer vereinbart.

Deutsch-sowjetische Beziehungen verschlechtern sich
Der Wunsch nach guten Beziehungen zur Sowjetunion veranlaßt die deutsche Regierung, Molotow zur feierlichen Ratifizierung der Verträge Ende Oktober nach Berlin einzuladen. Der sowjetische Außenminister lehnt jedoch wegen dringender Staatsgeschäfte ab. Nach der Ratifizierung in den beiden Hauptstädten wurden die Vertragsurkunden über die jeweiligen Botschaften am 15. Dezember 1939 ausgetauscht.
Versuche Hitlers und Ribbentrops, Molotow über die weitere Ausgestaltung des deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrages in Gespräche zu ziehen, was eigentlich logisch war, scheiterten an der Aalglätte der Sowjets. Ihre Zurückhaltung war im höchsten Maße verdächtig, einem erfahrenen Diplomaten hätte das sowjetische Verhalten Anlaß zum Nachdenken gegeben.
Trotz erster Zweifel und erster Enttäuschungen glaubte die Reichsregierung, vor allem Hitler und Ribbentrop, an des Reiches Ostgrenzen eine Situation der Sicherheit geschaffen zu haben, die an eine lange Vertragsdauer mit den Sowjets denken ließ. Die Reichsregierung hatte sich dem trügerischen Wahn hingegeben, daß die Kommunistische Internationale, die ja eigentlich für sie der Anlaß zur Gründung der Antikomintern gewesen war, sich nach und nach in einen Nationalkommunismus wandeln würde. Die sowjetische Bereitschaft, mit dem sonst so wütend bekämpften Faschismus und Nationalsozialismus Völkerrechtsverträge abzuschließen, mag Anlaß zu dieser Selbsttäuschung gewesen sein. Daß der Kreml hingegen an eine lange Vertragsdauer dachte, war, wie sich bald zeigen sollte, ein historischer Irrtum.
Sie alle kannten eben Stalin noch lange nicht genug und ließen sich von Worten des Generalissimus blenden, die dieser zum Beispiel beim Abschluß des Vertrages am 23. August 1939 gesagt hatte: *„Ich habe an einem starken Deutschland ein großes Interesse und würde es niemals dulden, daß Deutschland in eine schwierige Lage käme."*
Stalins Standpunkt war durchaus logisch. Ein langer, gegenseitig zermürbender Krieg kapitalistischer Staaten untereinander war sein Wunsch (auch Deutschland zählte in Stalins Augen zu den kapitalistischen Ländern), und das konnte nur dann so ablaufen, wenn Deutschland vorerst nicht unterging. Den Unterlegenen würde er dann auf den Schindanger werfen. Stalins Rechnung ging später im Sommer 1941 nicht auf, weil sich das Deutsche Reich vom roten Zaren nicht auf den Schindanger der Geschichte werfen lassen wollte.
Nach Beendigung des Polen-Feldzuges, der nicht einmal einen Monat dauerte, machte der Krieg zunächst mal eine Pause. Hitler machte England und Frankreich mehrere Friedensangebote, die alle abschlägig beschieden wurden. Darin wurde von deutscher Seite auch die Wiederherstellung eines polnischen Staates angeboten.
Die Flucht der polnischen Staats- und Militärführung nahm die Sowjetunion zum Anlaß, die Rote Armee in Ostpolen einmarschieren zu lassen, um *„das Leben und Eigentum der Weißrussen und Ukrainer auf dem Gebiet Polens unter ihren Schutz zu nehmen"*. Im „Geheimen Zusatzprotokoll" zum Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 war diese Besetzung Ostpolens durch die Sowjets und damit die vierte Teilung Polens beschlossen worden. Von diesem „Geheimen Zusatz-Protokoll" hat bereits am Tage seines Abschlusses der amerikanische Präsident Roosevelt durch einen geschwätzigen

Attache der deutschen Botschaft in Moskau Kenntnis erhalten. Da Roosevelt Stillschweigen bewahrte und weder Polen noch die Anglo-Franzosen informierte, muß angenommen werden, daß er auf keinen Fall den Krieg verhindern wollte.
Der Angriff der Wehrmacht auf Norwegen im April 1940 beendete die friedliche Phase nach dem Polen-Feldzug und war eindeutig eine präventive Aktion mit dem Ziel, den Westalliierten zuvorzukommen, die in Nordirland bereits Landetruppen für die Invasion in Skandinavien bereitgestellt hatten. Deutschland sollte von der so wichtigen Erzzufuhr abgeschnitten werden.
In einem kühnen Unternehmen der Marine und des Landheeres gelang es den Deutschen, den Engländern nur um einige Stunden zuvorzukommen und trotz der Überlegenheit der britischen Flotte
die Landung der Truppen erfolgreich durchzuführen und nach harten Kämpfen gegen Engländer und französische Fremdenlegionäre Norwegen zu erobern.
Die gleichzeitige Besetzung Dänemarks verläuft fast kampflos. Die Regierung befiehlt die Waffenstreckung, und der dänische König bleibt im Land. Bei diesen Operationen hatten sowohl England und Frankreich als auch Deutschland die Neutralität Dänemarks und Norwegens verletzt bzw. hatten es vorgehabt.
Der am 10. Mai 1940 erfolgte Einmarsch deutscher Truppen nach Holland und Belgien - ohne vorherige Kriegserklärung wie im Ersten Weltkrieg - aber war unverkennbar eine Präventivmaßname, da England Holland als Brückenkopf dienen sollte..
Das unaufhaltsame Vorwärtsstürmen der deutschen Panzer bei gleichzeitiger Ausführung des berühmten „Sichelschnitts" bewirken das Abschneiden und damit die Einkesselung des britischen Expeditionskorps von fast 350000 Mann bei Dünkirchen. Den Briten droht die Vernichtung oder die Gefangennahme.
Im Vertrauen auf den deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrag stehen während des Feldzuges gegen Frankreich nur sechs deutsche Divisionen an der deutsch-sowjetischen Grenze. Es ist oft die Frage gestellt worden, warum die Deutschen den über den Kanal bei Dünkirchen flüchtenden Briten, unter Ausnutzung des Chaos, nicht nachgesetzt sind. Die Antwort auf diese Frage lautet: Zu diesem Zeitpunkt nahmen bei der deutschen Führung die Zweifel an der sowjetischen Vertragstreue ständig zu. Ein deutsches Landungsunternehmen wäre somit zu einem unkalkulierbaren Risiko geworden.
Nachdem die Sowjetunion im Anschluß an die Beendigung der Feindseligkeiten in Polen den baltischen Staaten unter Anwendung von Druck und Repressionen „Bündnis- und Beistandspakte" aufgezwungen und in diesen Ländern militärische Stützpunkte errichtet hatte, sah die UdSSR nun während des Frankreich-Feldzuges der Deutschen Wehrmacht den Zeitpunkt der eiskalten Annexion der baltischen Staaten gekommen.
Die Brutalität des sowjetischen Vorgehens gegen die baltischen Staaten zum Zwecke der Annexion erregte in der deutschen Reichsführung sofort Aufsehen und machte sowohl Hitler, wie auch die Wehrmachtführung äußerst stutzig.
Es wurde bekannt, daß Tausende, ja Zehntausende und Hunderttausende von Bürgern aus Litauen, Estland und Lettland in den kommenden Wochen und Monaten den Weg in die sibirische Verbannung antreten mußten und Abertausende dabei den Tod fanden.
Bei der Besetzung des Baltikums durch die Rote Armee wurde freimütig antideutsche Stimmung verbreitet und deutsche Aussiedler versuchte man zu überreden, doch dazubleiben, da in nächster Zeit Deutschland sowieso von den Sowjets besetzt werden würde.
Gleichzeitig begann, und das war wohl der schwerwiegendste Vertragsbruch, eine immer stärker werdende Truppenkonzentration der Sowjets an der deutsch-russischen Grenze.
Sehr interessant und aufschlußreich für die schon 1939 auf sowjetischer Seite begonnenen langfristigen Vorbereitungen einer gegen Deutschland gerichteten Militäroffensive ist die eidesstattliche Versicherung von Dr. Wolfgang Mommsen, der von 1939 bis Mitte 1941 der deutschen Gesandtschaft in Reval unterstellt, in der Kommission zur Sicherstellung deutschen

Kulturguts und bei der zweiten Baltenumsiedlung tätig war. Da Dr. Mommsen bei den Nürnberger Prozessen 1946 nicht angehört worden war, reichte sein Rechtsanwalt dessen eidesstattliche Versicherung bei dem Siegergericht ein, wo diese jedoch ebenfalls unberücksichtigt blieb. Sie hatte folgenden authentischen Wortlaut:
„ . . . aus den unendlich vielen Nachrichten, die damals an mich gelangten, hebe ich folgende hervor:
Immer wieder, und dies schon im September 1940, wurden uns durch Einheimische und Volksdeutsche Äußerungen russischer Offiziere und Kommissare hinterbracht, die gesagt hatten, der Nationalsozialismus werde bald unter den Schlägen der siegreichen sowjetrussischen Armee und Luftwaffe zusammenbrechen. Derartige Dinge wurden sogar gelegentlich in der estnischen Presse erörtert.
Ich entsinne mich auch, daß ich mehrmals davon hörte, daß Russen Volksdeutschen, die nach Deutschland umsiedeln wollten, gesagt haben, sie sollten doch dableiben, denn im nächsten Sommer würde der Russe sowieso in Berlin sein. Dementsprechend hörte man, daß innerhalb der russischen Armee die Offiziere von einem Krieg zwischen Deutschland und Rußland sprachen. So wurde mir etwa Anfang 1941 berichtet, daß in einer Versammlung einer Rigaer Bank ein Major der Roten Armee eine Rede gehalten und ausgeführt habe, daß der Faschismus zu stark geworden sei und deshalb eine Gefahr darstelle, der die Sowjetunion entgegentreten müsse. Den russischen Angriff prophezeite er für den Sommer des gleichen Jahres 1941. Es kann meines Erachtens kein Zweifel darüber bestehen, daß große Teile der Russen im Baltikum damals davon überzeugt waren, daß Sowjetrußland in Deutschland einbrechen würde. Übrigens war auch ich, nach allem was ich hörte, derselben Ansicht. Derartige Äußerungen wurden von der estnischen Bevölkerung kommentiert, und zwar mit sehr geringen Ausnahmen in der Weise, daß man sich an dem Glauben, Deutschland werde Rußland besiegen und noch einmal nach Estland kommen, aufrichtete." (Ende der eidesstattlichen Versicherung Mommsens.)
Daß die UdSSR mit ihrem Ultimatum an Litauen vom 15. Juni 1940 bei einem Staat beginnt, der gemeinsame Grenzen mit dem Deutschen Reich hat (hier mit Ostpreußen und dem Generalgouvernement Polen), ist ein erstes Indiz und ein erster Beweis, daß die UdSSR in Verfolgung der stalinistischen Linie hier ein strategisches Vorfeld aufbaut, daß später folgerichtig in einen für den 10. Juli 1941 geplanten sowjetischen Großangriff auf Deutschland einmünden soll. Man sichert zuerst zur deutschen Grenze hin ab - man ist zunächst noch defensiv eingestellt -, zugleich aber auch für den Eventualfall schon offensiv-operativ vorbereitet. Erst als zur deutschen Grenze hin abgesichert war, kommen mit der sowjetischen Annexion Estland und Lettland an die Reihe, und mit dem rumänisch-bessarabischen Abenteuer ließ der ICreml auch nicht lange auf sich warten.
Bei den nun stattfindenden sowjetischen Truppenkonzentrationen muß beachtet werden, daß bereits im September 1939 im Westen der UdSSR zunächst 65 Divisionen, aber schon drei Monate später im gleichen Aufmarschgebiet zirka 119 Divisionen stationiert waren. Angesichts der geringen deutschen Militärverbände an der sowjetischen Grenze war diese Entwicklung rational nicht erklärbar.Von deutscher Seite waren keine Maßnahmen gegen die UdSSR ergriffen worden, die eine derartige Erhöhung der sowjetischen Streitkräfte rechtfertigten. Diese Militärpolitik der Sowjets veranlaßten Hitler und das OKW zur besonderen Aufmerksamkeit. Von Konteradmiral Karl Jesco von Puttkammer, der von 1935 bis Kriegsende Marineadjutant bei Hitler war und mit diesem fast täglich
auch im Führerhauptquartier persönlichen Kontakt hatte, wissen wir folgendes:
Hitlers Aufmerksamkeit wandte sich seit Mitte Mai 1941, seit Eintreffen der sowjetischen Aufmarschmeldungen, Rußland zu, wo ihn offensichtlich Entwicklungen bewegten oder beunruhigten. Seine ersten Äußerungen in dieser Hinsicht fielen im August 1940 nach Beendigung des Frankreich-Feldzuges. Hitler sprach immer, wenn ihn Staatssorgen bedrückten, die Dinge zu seiner nächsten Umgebung an. Hitler sprach davon, daß er sich

bedroht fühle, daß für Deutschland kriegswichtige Rohstoffbasen durch den sowjetischen Aufmarsch gefährdet werden könnten.Hitler sprach den Problemkreis immer wieder an, so daß man den Eindruck gewinnen konnte, daß er sich etwas von der Seele reden müsse. Nach einiger Zeit sagte Hitler, der russische Angriff kommt bestimmt, man weiß nur nicht, wann. Man konnte so Hitlers wachsende Entschlüsse beobachten . . .
Das weitere Ansteigen der sowjetischen Truppenstärke muß Hitler jedoch wieder auf die Lage im Osten aufmerksam gemacht haben, die eine Invasion Englands zwangsläufig in den Hintergrund drängen mußte. Hitler sprach immer wieder davon, daß England seine Kontinentalkriege mit Hilfe eines „Festlanddegens" geführt hatte. Es sei kein Zweifel mehr, daß England auf Rußland hoffe, und habe unter der Decke vielleicht schon Fühler ausgestreckt. Angesichts des russischen Aufmarsches sei zu befürchten, daß wir eines Tages eiskalt erpreßt oder angegriffen werden würden. Jesco von Puttkammer schließt seine eidesstattliche Erklärung mit folgenden Worten: *„Hitlers Gedankengänge waren so folgerichtig und eindrucksvoll, daß sich niemand ihrer Beweiskraft entziehen konnte. Wann er den Entschluß endgültig gefaßt hat, kann ich nicht sagen, und ich glaube, daß das niemand sagen kann. Jedenfalls hatte alles seit dem Molotow-Besuch schon ein Aussehen, daß man nunmehr immerhin damit rechnen mußte, daß aus seinen Gedanken vielleicht Wirklichkeit werden würde."*
Damit zeigt sich anders, als die heute gängige Geschichtsschreibung glauben machen will, daß der deutsch-russische Krieg - das Unternehmen Barbarossa - nicht wie ein Blitz aus heiterem Himmel, als eine übermütige Laune Hitlers gekommen war, aber auch nicht von Anfang an geplant, sondern daß die UdSSR, strategisch und militärisch sich Monat um Monat steigernd, ein Offensivpotential aufgebaut hatte, das als das größte aller Zeiten anzusehen war. Nicht Hitler und nicht die Deutsche Wehrmacht haben als erste bedrohliche und an staatliche Nötigung grenzende Truppenmassierungen an den gemeinsamen Grenzen zur UdSSR aufziehen und aufmarschieren lassen, sondern umgekehrt hat die UdSSR durch die von ihr erzeugte B indungs Wirkung auf deutsche Truppen verbände an ihrer feindseligen Haltung und Absicht gegenüber dem Deutschen Reich keinen Zweifel gelassen.
Die später aus diplomatischen Kanälen kommenden zusätzlichen Beweismittel haben im Grunde den wahren militärischen Sachverhalt nur noch bestätigen können. Am Ende der sowjetischen Zielsetzung hätten dann Ultimaten und Forderungen an die Reichsregierung gestanden, gestützt auf das Mehrfache sowjetischer Panzer-Artillerie und einer Luftwaffenüberlegenheit, wie sie jetzt den baltischen Staaten widerfuhren.
Genau auf den Tag, ein Jahr vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Rußlandfeldzuges kündigte sich das nächste Annexionsvorhaben der Sowjets an - Bessarabien! Rumänien sollte das nächste Stalinopfer werden.
Bemerkenswert dabei ist, daß die sowjetische Regierung deutsche Mißstimmung über die bolschewistische Annexionsvorhaben bemerkt hat und eine Trübung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses dementiert. Das Stalin-Dementi hatte den Zweck, alle weiteren Aggressionsvorhaben des Kreml gegen das Reich zu verschleiern.

Stalins Massenmorde in der Sowjetunion

Nach dem heutigen Stand unseres Wissens müssen wir fragen: Wußte Hitler damals, was erstens die bolschewistische Revolution an Menschenleben gefordert hatte und zweitens durch das bolschewistischasiatische Terror- und Diktaturregime bis zum Abschluß der deutschsowjetischen Verträge 1939 an Menschen geopfert wurde? Konnte man von diesem Vertragspartner überhaupt erwarten, daß die Verträge eingehalten werden?

Da die Geschichtsforschung heute weiß, daß sehr vieles verschwiegen, überzeichnet, vorenthalten und gelogen worden war, ist erklärlich, daß nicht nur die damalige deutsche Führung, sondern die ganze Welt kein ausreichendes Wissen über die Geschehnisse der Lenin-Stalin-Diktatur in der Sowjetunion hatte.

Ein Gewaltsystem, das innerhalb von 15 Jahren stalinistischer Terrorherrschaft über 60 Millionen Menschen vom Leben zum Tode beförderte, mußte erwartungsgemäß auch 1946 beim Gericht der Sieger das Recht, die Menschlichkeit und das Völkerrecht verletzen und mißachten. Wen will es heute noch wundern, daß die Sowjetunion mit ihrem Chefankläger Rudenko - Stalins Bluthund in der Ukraine - den Abschluß deutsch-sowjetischer Geheimprotokolle vom 23. August 1939 und vom 28.September 1939 nebst anderen Zusatzprotokollen leugnete? Die „Gerichtsvorsitzenden der westlichen Siegermächte hatten es der deutschen Verteidigung untersagt, diese internationalen Staatsurkunden beizuziehen und fegten deren Anträge vom Tisch. England, die USA und Frankreich haben sich in diesen Tagen mit großer Schuld beladen, sie haben den Nachweis erbracht, daß bei ihren Regierungen Geschichte nur eine große Lüge ist, auf die man sich allseitig verständigt hat. Nur zwei Tage vor der völkerrechtswidrigen Hinrichtung der deutschen Hauptangeklagten in Nürnberg wurde im britischen Unterhaus bestätigt, daß die deutsch-sowjetischen Geheimprotokolle, die von Rudenko geleugnet wurden, tatsächlich existierten. Ein Diktator, der so rücksichtslos wie Stalin mit dem Leben von Abermillionen seiner sowjetrussischen Untertanen umging, konnte von der Weltöffentlichkeit als ernstzunehmender Politiker und Staatsmann nicht mehr anerkannt werden. Die angloamerikanischen Staatsmänner haben das offenkundig anders gesehen, als sie sich mit diesem Staat und seinen „Anklägern" auf eine gemeinsame Richterbank setzten. Einen erstmalig fast vollständigen Überblick über die Zahl der Todesopfer der Lenin-Stalin-Diktatur verdanken wir Antonow Owsse-jenko, dem Sohn des Sowjetbotschafters gleichen Namens in Prag. Der sowjetische Historiker und Regimekritiker Roy Medwedjew bezifferte die Opfer der Stalindiktatur Anfang 1989 in „Moscow News" mit 40 Millionen, während der erstgenannte Botschafterssohn Antonow Owssejenko das Todessaldo der sowjetischen Gewaltherrschaft bis zum Einmarsch der Deutschen Wehrmacht am 22. Juni 1941 mit 67 Millionen angibt.

Die Zahl der Todesopfer des bolschewistischen Terrorsystems bis Kriegsausbruch Juni 1941 ist deshalb von maßgeblicher Bedeutung bei der Untersuchung der Kriegsschuldfrage am Rußlandfeldzug, weil Stalin hier eine günstige Gelegenheit sah, sein Schuldkonto zu entlasten und statt dessen die ritterlich kämpfende Deutsche Wehrmacht und mithin den deutschen Frontsoldaten zu belasten und als Mordbrenner vor der Weltöffentlichkeit darzustellen. Ein typisches Beispiel hierfür waren die von deutschen Truppen entdeckten Massengräber von Katyn, wo über 4000 von den Sowjets durch Genickschuß getötete polnische Offiziere liegen. Als die Sowjets das Gebiet im Spätsommer 1943 wieder zurückeroberten, erschien am 26. September 1943 in der Prawda die Mitteilung, daß die Deutschen seinerzeit bei ihrem „Überfall" das fürchterliche Blutbad in Katyn angerichtet hätten.

Es wurden auch gefälschte Dokumente vorgelegt! Und so hatten die Sowjets auf Stalins Anweisung ihre Fälschungen medizinischer Gutachten und Obduktionsberichte konstruiert: Anton Antonow Owssejenko: *„In einer frostigen Nacht fuhr eine Kolonne geschlossener Lastwagen, beladen mit Kisten der unterschiedlichsten Formen, über die Minsker Chaussee und nichts wies darauf hin, daß diese Kisten Särge sein könnten. Bestimmungsort der Lastwagenkolonne ist Moskau, das Gerichtsmedizinische Institut. Die Lastkraftwagen wurden*

auf dem Hof des Instituts entladen. Die Kisten mit den Leichen erschossener polnischer Offiziere trug man in das Gebäude. Am anderen Tag fuhr die Lastwagenkolonne wieder den gleichen Weg zurück. In den polnischen Leichen waren die sowjetischen Kugeln entfernt worden (extrahiert), und jetzt stecken deutsche darin (Wehrmacht-Beutemunition)."
Am Karfreitag, dem 13. April 1990, hat die UdSSR 50 Jahre nach der Tat die sowjetische Schuld an der Ermordnung von rund 15 000 polnischen Offizieren in Katyn und anderenorts eingestanden. Diese Erklärung wurde unpersönlich durch die „Tass" vorgenommen, nicht durch Gorbatschow.
Anton Antonow Owssejenko berichtet, daß im Jahre 1938 die Gesamtzahl der in Gefängnissen und Straflagern einsitzenden Sowjetbürger 16 Millionen betrug. Bei einer Einwohnerzahl von 160 Millionen war also jeder zehnte inhaftiert! Als die Deutsche Wehrmacht auf dieser riesigen Frontlänge von Rumänien bis an die Ostsee in die Sowjetunion einmarschierte, geriet die sowjetische Todesmaschinerie gegen die Gefangenen auf Hochtouren. Wo es nicht mehr möglich oder zu schwierig war, die große Zahl der Häftlinge weiter ins Landesinnere zu transportieren, wurden die Bedauernswerten einfach liquidiert. Alle diese sowjetbolschewistischen Greueltaten und Kriegsverbrechen wurden selbstverständlich nach Kriegsende den deutschen Behörden und der Deutschen Wehrmacht in die Schuhe geschoben. Und bis heute, 50 Jahre nach diesen schrecklichen Geschehnissen, berichten die Medien von den „deutschen" Greueltaten und dem Wüten der Wehrmacht im Osten. Anton Antonow Owssejenko schließt seine Berichte des Grauens mit der Wiedergabe seines Spazierganges in Moskau, der ihn an Baustellen mit Steinbrechmaschinen für Sportanlagen für die bevorstehende Olympiade in Moskau vorbeiführte. In den Dreißiger Jahren, berichtet Antonow, hätten solche Steinbrechmaschinen in den Kellern der Moskauer Gefängnisse gestanden, worin man die Leichen der Hingerichteten einlud, und binnen einer halben Stunde sei der blutige Brei dann in die Kanalisation geflossen.
Mit den nachweislichen 67 Millionen Todesopfern des Lenin-Stalin-Systems und den 8,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefallenen erhöht sich Stalins Schuldkonto auf 75,7 Millionen Menschen. Zählt man die 6,5 Millionen deutschen Gefallenen und die über drei Millionendeutschen Todesopfer bei den völkerrechtswidrigen Vertreibungen aus den deutschen Ostgebieten hinzu, so erhöht sich Stalins Schuldkonto auf zirka 85,2 Millionen Todesopfer. Auf der Potsdamer Konferenz Juli/August 1945 nannte Stalin eine Zahl von fünf Millionen ums Leben gekommener sowjetischer Militärangehöriger.
Am 14. März 1946 behauptete Stalin in der „Prawda", daß sieben Millionen Sowjetsoldaten ihr Leben verloren.Die Zahl steigerte sich dann ständig, von unseren Medien selbstanklagend verkündet, bis zum Jahr 1991 auf 40 bzw. 54 Millionen Kriegstote (Prof. Kozlow, russischer Historiker). Der russische Verteidigungsminister Jasow machte dann diesem Spuk ein Ende und nannte ebenfalls im Jahr 1991 die Zahl von 8668449 sowjetischen Militärangehörigen, einschließlich der Vermißten und der in Gefangenschaft verstorbenen Soldaten.
Mit dieser Feststellung ist die Propagandalüge der weit überhöhten Zahl sowjetischer Kriegstoten, aber vor allem auch die Behauptung in „deutscher Kriegsgefangenschaft" seien drei bis vier Millionen Sowjetsoldaten umgekommen, ad absurdum geführt. Man wird davon ausgehen müssen, daß Hitler und die Reichsregierung von derlei Brutalitäten und Unmenschlichkeiten innerhalb der UdSSR im Detail keine Kenntnis hatten.
Daß Personen, die solche Verbrechen befehlen und ausführen lassen, auch die von ihnen abgeschlossenen Verträge achten und einhalten, widerspricht aller Vernunft und jeder politischen und menschlichen Lebenserfahrung. Daß Hitler und die Reichsführung an die Vertragstreue der UdSSRRegierung und Stalins geglaubt hatten -ja sie sogar persönlich nach Berlin eingeladen hatten -, läßt den Schluß zu, daß Hitler und die Reichsregierung eben von all den Holocaustmaßnahmen der roten Machthaber im Kreml nicht vollständig informiert waren. Die Untersuchung zur Lösung der Schuldfrage an dem deutsch-sowjetischen Krieg 1941 bis 1945 ist deshalb so wichtig, weil daraus außerhalb der militärhistorischen Forschung

politisch die Folgerung zu ziehen war, daß einem solchen Terrorregime wie dem Stalins die Planung und Vorbereitung eines Krieges gegen das Deutsche Reich zuzutrauen und auch nachzuweisen war.
Zu den Vernichtungsaktionen „geringeren" Umfangs zählte während der Stalin-Epoche auch die „Enthauptung" der Roten Armee; 53 Truppenkommandeure mußten ihr Leben lassen. Insgesamt wurden 82 000 Offiziere nach Antonows Angaben erschossen.

Kriegsvorbereitungen durch Stalin

„I.W. Stalin hat diesen Krieg vorbereitet -
seine Vorbereitung war umfassend und vielseitig,
und er ging dabei von den von ihm selbst vorgesehenen Fristen aus.
Hitler zerstörte seine Berechnungen.
Dies alles muß Europa bewußt werden und bleiben!"
Sowjet-Admiral N. G. Kusnezow

Nach den erfolgreichen Blitzkriegen gegen Polen und Norwegen, in Frankreich und auf dem Balkan sollte die sich im Osten zusammenbrauende Gefahr durch einen deutschen Angriff ausgeschaltet werden. Durch den wegen Mussolinis Abenteuer in Albanien und Griechenland und des prosowjetischen Umsturzes am 27. März 1941 in Belgrad notwendig gewordenen Balkanfeldzug wurde der Beginn des Rußlandkrieges um entscheidende Wochen verzögert. In Belgrad war das deutschfreundliche Regime durch Sowjetsympathisanten weggeputscht worden. Hitler sah als besonders feindseligen Akt der UdSSR den Abschluß eines Freundschafts- und Nichtangriffspaktes mit Jugoslawien am 5. April 1941 an. *„Hitler wollte Frieden auf dem Balkan, der ihn den ungestörten Bezug von Mineralöl, Rohstoffen und Lebensmitteln aus den Südost-Staaten ermöglichte und Deutschland gegebenenfalls einen sicheren Flankenschutz gegen England und die Sowjetunion gewährleistete."* (Wuescht, Johann, „Jugoslawien und das Dritte Reich", 1969, S. 111) Hitler habe den Feldzug gegen Jugoslawien und Griechenland gegen seinen Willen führen müssen, „und diese Tatsache bietet uns unschätzbare Vorteile", habe Lord Halifax triumphiert. In der „Chicago Times" sei in jenen Tagen zu lesen gewesen: *„Hitler ist gegen seinen Wunsch in einen kostspieligen Balkankrieg verwickelt worden."* (Wuescht, a. a. O., 1969, S. 162)
Der ungewöhnlich früh und hart einsetzende Winter 1941/42 trug dann wesentlich dazu bei, daß der mit außerordentlichen Erfolgen anlaufende deutsche Vormarsch vor den Toren Moskaus und Leningrads zum Stehen kam. Daß es sich um einen Kampf auf Leben und Tod handeln würde, war der deutschen Führung von Anfang an klar gewesen.
Hitler begann seine Proklamation an das deutsche Volk vom 22. Juni 1941 mit den Worten: *„Von schweren Sorgen bedrückt" und schrieb in seinem Brief an Mussolini vom 21. 6. vom „Augenblick, da monatelange, sorgenvolle Erwägungen im härtesten Entschluß meines Lebens ihr Ende finden"*. Dieser Präventivkrieg war sicher kein „leichtfertiger Überfall". Generaloberst Franz Halder, 1941 Chef des Generalstabes des Heeres, Mitglied der Widerstandsbewegung, bestätigt in seinem Buch „Hitler als Feldherr", daß Hitler mit seiner festen und nicht unbegründeten Überzeugung, daß Rußland sich zum Angriff auf Deutschland rüste, recht hatte, was man heute aus guten Quellen wisse. Der Historiker Erich Helmdach bestätigt, daß der deutsche Einmarsch in die UdSSR im Jahre 1941 einem sowjetischen Angriff zuvorkam. („Überfall? - Der Sowjetisch-deutsche Aufmarsch 1941-1945".) Der bekannte englische Historiker A.J.P. Taylor schrieb in der Monatsschrift Nation Europa 7/1960: *„Es ist über jeden Zweifel erhaben, daß er (Hitler) den Krieg 1941 nur aus präventiven (vorbeugenden) Gründen ausweitete."*
Prof. Dr. David L. Hoggan, USA: *„Die Sowjetunion verließ unwiderruflich den Boden der Neutralität, als sie erfolgreich mit den Feinden Deutschlands konspirierte, um das neutrale*

jugoslawische Regime zu stürzen und dann schleunigst einen Freundschaftspakt mit dessen Nachfolger zu unterzeichnen. Nach den herkömmlichen Auffassungen des internationalen Rechts konnte Hitler diesen Schritt ohne weiteres als eine Kriegshandlung auffassen."
(Deutsche Hochschullehrerzeitung, 2, 1962.)
Am 20. Februar 1936 - also über drei Jahre vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges - verkündete der französische Regierungschef Herriot die Tatsache, daß die Sowjetarmee eine Friedensstärke von 1,35 Millionen Mann und eine Kriegsstärke mit Reserven von 17,5 Millionen besitze, über die größte Luftwaffe der Welt verfüge und mit der größten Panzerwaffe gerüstet sei!
Ein halbes Jahr vor dem Rußlandfeldzug berichtete der Leiter der Uni-ted-Press-Organisation fürEuropa, Virgil Pinkley, nach einer Rußlandreise Hugh Bailly, dem Präsidenten der U. P, am 28.November 1940: *„Praktisch dient zur Zeit alles, was in der Sowjetunion geschieht, dem Ausbau eines ungeheuren militärischen Apparates. Viele sachkundige Beobachter glauben, daß der Gedanke einer Weltrevolution durch Propaganda vorerst beiseitegeschoben ist und daß der Schwerpunkt jetzt beim Ausbau einer riesigen Kriegsmacht liegt, die es der Sowjetdiplomatie ermöglichen soll, auf Verlangen in Gebieten und ganzen Ländern die Regierung zu übernehmen, und wenn die Forderung abgelehnt wird, dann soll das Ziel durch militärische Gewalt erreicht werden."* (Georg N. Crocker, „Schrittmacher der Sowjets", 1960.) Und noch zwei sowjetische Stimmen:
„Moskau warte mit dem Eingreifen nicht etwa, weil es friedlicher als der Westen dachte, sondern um Erfolge so billig und nachhaltig wie nur möglich zu erreichen - durch einen vorausgehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Welt'. Stalin erklärte vor der Komintern am 20. Mai 1938: ‚Die wichtigste Arbeit unserer Parteigruppen muß darin bestehen, einen derartigen Zusammenbruch zu erreichen. Wer das nicht versteht, hat nichts vom revolutionären Marxismus begriffen. Die Stunde ist für uns gekommen."
Chruschtschow bestätigte im Juli 1959 zu Kattowitz: *„Hatte Stalin recht, als er damals ein Abkommen mit Hitler schloß? Stalin entschloß sich dazu, mit der Überlegung, daß der Krieg dann gegen die anderen losgehen werde."*
Dazu noch Sven Hedin in seiner Eigenschaft als angesehener neutraler Chronist: *„Ehe ich von meiner Einstellung zur Sowjetunion spreche, zunächst ein paar Worte von meiner ersten persönlichen Bekanntschaft mit dem alten russischen Reiche ... Ich bin kein Fremder in dem größten Kontinent der Erde, in dessen westlichen Grenzgebieten sich die unübersehbaren Horden zu Beginn des Sommers 1941 sammelten, um über Europa herzufallen und seine Völker mit dem Fluch zu geißeln, der das Los der russischen Intelligenz, der In-gern, Karelier, Balten, Polen und unzähliger anderer unglücklicher Völker war, wenn Deutschland durch den Krieg mit den Westmächten hinlänglich erschöpft wäre ..."*
„Mit ihrem Henker Ivan Ivanowitsch Dschugaschwili oder Stalin haben Churchill und Roosevelt einen Bund geschlossen, zu dem einzigen Zweck, Deutschland zu vernichten . . ."
„Stalin stellte seine Millionenheere und seine rollenden Panzerungetüme für den vernichtenden Orkan über Europa bereit, ein Unternehmen, das in seiner Schrecklichkeit alle menschliche Phantasie übersteigt, und mit dem sich die Führer der angelsächsischen Völker ohne Bedenken verbanden . . ."
„Das Ziel dieser Reitermassen (Anm. der Mongolen im 13. Jahrhundert) die gesamten Westlande zu verwüsten und die überlebenden Christen zu Sklaven zu machen, findet sein Gegenstück in der Weltrevolution der Bolschewisten und in ihren gründlichen Vorbereitungen zum Einfall nach Deutschland und Westeuropa." „England und Amerika unterstützen mit allen Mitteln diesen Kampf, dessen Sieg die Vernichtung des europäischen Festlandes und des skandinavischen Nordens bedeuten würde . . . Mit dieser teuflischen Gesellschaft machte nun Amerikas Christenheit gemeinsame Sache gegen das christliche Europa ... in einem Bündnis mit der Gesellschaft der Gottlosen' ... In einer Zusammenkunft Edens (engl. Außenminister) und Stalins wurde Europa bereits aufgeteilt und dem Bolschewismus überlassen ..."

Der deutsche Angriff wurde von Hitler mit dem gigantischen sowjetischen Aufmarsch von „rund 160 Divisionen" an der seit dem Polenfeldzug gemeinsamen deutsch-sowjetischen Grenze sowie mit den zunehmenden Eingriffen und Übergriffen Moskaus in den baltischen Staaten, vor allem Litauen, sowie in Rumänien und Bulgarien begründet. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Sowjetunion bereits fremde Länder und Gebiete von der Größe des Deutschen Reiches von 1918 annektiert. Bei Molotows Besuch in Berlin am 12./13. November 1940 hatte die deutsche Regierung die unerfüllbaren Forderungen Moskaus entgegenzunehmen und erkennen müssen, daß auf die Dauer wohl keine gleichberechtigte Partnerschaft möglich war.
Die aufgelisteten Forderungen Molotows bei seinem Besuch in Berlin waren:
1. Deutsche Zustimmung zur Annexion Finnlands
2. Ebenso zur sowjetischen Annexion der Süd-Bukowina
3. Forderung nach sowjetischen Stützpunkten in Bulgarien
4. Ebenso Stützpunkte an Dardanellen und Bosporus
5. Und zu guter Letzt leistet sich Molotow eine indirekte Demütigung Hitlers und des Deutschen
Reiches, indem er sowjetische Stützpunkte am Belt, Öresund, Skagerrak und Kattegat forderte. Wäre Hitler auf die Vorschläge Molotows eingegangen, so wäre bei Ausführung des Stalin-Operationsplanes „Gewitter" im Juli 1941 die Deutsche Wehrmacht vom Balkan her umgangen und von starken sowjetischen Streitkräften eingekesselt und vernichtet worden. Ein Westeuropa im heutigen Sinn würde es dann nicht mehr geben. Stalin wollte die Lage ausnutzen, um seinen Einfluß auf ganz Europa auszudehnen und die Weltrevolution dadurch voranzutreiben. In Hitlers Proklamation heißt es deswegen auch, daß „ein weiteres Ausdehnen nicht nur eine Unterlassungssünde, sondern ein Verbrechen am deutschen Volk, ja an ganz Europa wäre".
Die These von Hitlers Präventivkrieg schien lange Zeit mehr spekulativ-logische Argumente für sich zu haben als handfeste Beweise. Die Forschung ignorierte selbst Stalins Rede vor Offizieren der Moskauer Frunse-Akademie am 5. Mai 1941, deren Inhalt bis in einzelne Wendungen übereinstimmend von vier gefangenen sowjetischen Offizieren bestätigt wurde: *„Der Plan des Krieges ist bei uns fertig. Flugplätze sind gebaut, Landeplätze und Flugzeuge der ersten Linie befinden sich schon dort. Alles zur Bereinigung der rückwärtigen Gebiete ist getan, alle fremden Elemente sind entfernt. Folgerung: Im Laufe der nächsten zwei Monate können wir den Kampf mit Deutschland beginnen. Es besteht ein Friedensvertrag mit Deutschland, aber das ist nur eine Täuschung oder eher ein Vorhang, hinter dem wir offen arbeiten können."* Bei dem anschließenden Bankett im Georgs-Saal des Kreml erläuterte Stalin, was nunmehr unter „Friedenspolitik" zu verstehen sei: *„Es ist Zeit zu verstehen, daß die Losung der Friedenspolitik des Sowjetstaates schon ihre Rolle ausgespielt hat. Das ist eine Defensivlosung, mit welcher es der Sowjetunion gelungen ist, ihre Grenzen im Norden und im Westen ein wenig vorzuschieben und eine Reihe von baltischen Ländern mit dreißig Millionen Bevölkerung zu erhalten. Das ist auch alles. Damit ist es jetzt zu Ende."* Stalin schloß mit der Versicherung: *„Es ist Zeit einzusehen, daß nur eine entscheidende Offensive, nicht aber eine Defensive zum Sieg führen kann."*
Auch der Versicherung hochrangiger Sowjetoffiziere, daß Stalin den Angriff auf das Deutsche Reich für den Sommer 1941 geplant habe, wurde von der Forschung kein Glauben geschenkt. Divisionskommandeur Oberst Wladimir Bojersky teilte dies, nachdem er im Frühjahr 1942 in Gefangenschaft geraten war, bei seiner Vernehmung mit. Bestätigt wurde seine Aussage durch Generalleutnant Andrej Wlas-sow, der 1942 im Wolchow-Kessel gefangen wurde. Nach dem Krieg war dann jahrzehntelang die Umerziehungsansicht von dem „Überfall der Nazifaschisten auf die friedliebende Sowjetunion" die herrschende Meinung. Mit diesem Bild des arglistigen deutschen Überfalls auf einen friedlichen, unvorbereiteten und völlig überraschten, sogar durch Vertrag verbundenen Nachbarstaat konnten zugleich die

verheerenden Niederlagen der sowjetischen Armeen und der gewaltige deutsche Raumgewinn im ersten Kriegsjahr erklärt werden. Der Ostfeldzug wurde als bereits in Hitlers „Mein Kampf"von 1923 vorprogrammiert angesehen und als ein weiterer langgeplanter Schritt zur angeblich durch Hitler erstrebten Weltherrschaft beurteilt, zumindest als ein ohne jede Notwendigkeit - und natürlich ohne alle Skrupel - angewandtes Mittel zur Gewinnung von „Lebensraum im Osten". Diese Geschichtssicht drang dann auch in die deutschen Schulbücher vor.

Schon früh erhoben sich deutsche Stimmen gegen dieses einseitige Geschichtsbild der Sowjetpropaganda, ohne sich jedoch durchsetzen zu können. Auch spätere mit eindeutigen Beweisen und sachlichen Daten untermauerte Darstellungen russischer Angriffsabsichten für 1941/42 wurden kaum zur Kenntnis genommen und als nicht ernst zu nehmendes revisionistisches Schriftgut übergangen. Mit behördlichem Weisungsrecht wurde sogar versucht, Veröffentlichungen, die auf Moskaus wahre Absichten 1941 hinwiesen, zu verhindern, so bei dem verdienstvollen Beitrag „Die Kriegführung aus der Sicht der Sowjetunion?" von Doktor Joachim Hoffmann vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, dessen Leiter, Professor Messerschmidt, bei dieser Dokumentation des Ostfeldzugs und seiner Vorgeschichte alles Stalin Belastende zu schreiben verboten hatte und erst durch einen erstrittenen Gerichtsentscheid davon abgehalten werden konnte, solche wissenschaftswidrigen Manipulationen durchzusetzen.

Mit Ernst Topitsch setzte sich in seinem Buch „Stalins Krieg" (1985) zum ersten Male ein allgemein anerkannter deutscher Wissenschaftler mit Stalins wirklicher Langzeitstrategie auseinander, die auf einen europäischen Krieg mit schließlichem Eingreifen der Sowjetunion hinauslief, so daß der Präventivcharakter des Ostfeldzuges gerechtfertigt erschien. Ohne Hitlers Angriff wäre ganz Europa der sicheren Gefahr sowjetischer Besetzung ausgesetzt gewesen. 1989 erschien dann die deutsche Ausgabe von Viktor Suworows sensationellem Buch „Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül". Der frühere sowjetische Generalmajor und Mitglied des Generalstabes hatte Gelegenheit gehabt, in Moskauer Archiven Einsicht zu nehmen, und konnte so bisher im Westen unbekannte Belege bringen. Mit umfangreichem Material bestätigt er die gewaltigen Rüstungsanstrengungen und genauen Kriegsvorbereitungen der Sowjetunion und gibt dazu parallel die betreffenden politischen Entschlüsse zum Kriege an. So sei am 19. August 1939 vom Politbüro unter Vorsitz Stalins der Beschluß zum großen europäischen Krieg gefaßt worden. Das deutsch-russische Abkommen vom 23. August 1939 sollte Hitler dann zum Polenfeldzug und zu einem aufreibenden Krieg gegen die Westalliierten veranlassen, damit Stalin später als lachender und ausgeruhter Dritter seine Ernte einbringen konnte. Gleichzeitig begann 1939 der Aufbau der sechzehn sowjetischen Angriffsarmeen der l. Staffel unter Rückstellung von Verteidigungsmaßnahmen und Verteidigungsrüstungen.

In allen Einzelheiten belegt Suworow die sowjetischen Angriffsvorbereitungen bis zum Frühjahr 1941 mit dem gewaltigen Truppenaufmarsch hinter der deutsch-sowjetischen Grenze. Die Masse der sowjetischen Stoßarmeen, der Fallschirmjäger-Einheiten, der NKWD-Truppen für die zu besetzenden Gebiete, der nur für die guten Straßen und Autobahnen Mitteleuropas geeigneten Fahrzeuge und Panzer und weitere Tatsachen schließen jede andere als die Offensivabsicht Stalins aus. Der 13. Juni 1941 wurde dann der „point of no return", als an diesem Tag der Transport der 2. strategischen Staffel aus sechs Sowjetarmeen an die westliche Front begann, nach Suworow *„eine in der Weltgeschichte noch nie dagewesene Eisenbahnoperation"*, deren Abschluß für den 10.Juli 1941 eingeplant war.

Gleichzeitig fingen an diesem 13. Juni die im Westen bereits vorhandenen sechzehn Angriffsarmeen der 1. strategischen Staffel an, bis zur Grenze vorzurücken. Nach Suworow „der Beginn der größten Truppenbewegung in der Geschichte der Zivilisation". Für diese einmalige Maßnahme gelte allerdings immer noch: Fast fünf Jahrzehnte nach Beendigung des Krieges ist der Zweck dieser Verlegung noch immer ein Staatsgeheimnis."

Aufgrund aller seiner Kenntnisse kommt Suworow dann für den 13. Juni 1941 zu dem Schluß: *„An Bedeutung übertrifft dieses Datum . . . bei weitem den 22. Juni 1941 ... Nach diesem Tag war der Krieg für die Sowjetunion unvermeidlich, und zwar mußte er im Sommer 1941 beginnen, ganz unabhängig davon, was Hitler unternehmen würde."* Dem fügte Suworow - sicher zutreffend - hinzu:
„Aber Hitler hatte Stalins Absichten durchschaut, und das ist der Grund, warum der Zweite Weltkrieg ein so (für Stalin) nicht erwartetes Ende nahm. Er (Stalin) hat nur halb Europa bekommen."
Damit bestätigte Suworow die Feststellung von Doktor Joachim Hoffmann in dessen Leserbrief in der FAZ vom 16. Oktober 1986 zu Stalins Angriffsabsichten: *„Die hier genannten historischen Tatsachen sind unbestreitbar und lassen eine beliebige Ausdeutung der Absichten Stalins nicht mehr zu ... Zieht man die Verhältnisse auf sowjetischer Seite in Betracht, so drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß im Sommer 1941 der eine Aggressor, Hitler, die letzte Gelegenheit hatte, dem anderen Aggressor zuvorzukommen."* Besonders die weiterhin in einseitiger Vergangenheitsbewältigung tätigen deutschen Geschichtsvertreter sollten sich zu Herzen nehmen, was schon 1985 ausgerechnet die englischen Herausgeber zu Suworows Artikel im Vorspann schrieben: „Historiker, die bisher unkri-
tisch die These übernommen haben, daß Stalin das Opfer einer un-provozierten Aggression im Sommer 1941 war, mögen Anlaß haben, ihre Ansichten zu revidieren oder wenigstens zu modifizieren. Mit der Anerkennung des Präventivcharakters des Ostkrieges gewinnt dieser auch eine ganz andere Bedeutung. Sicher hätten die nach Stalins Plan vorgesehenen und an Rußlands Westgrenze im Juni 1941 aufmarschierten mehr als zwanzig sowjetischen Armeen nach voller Angriffsentfaltung von der Deutschen Wehrmacht kaum aufgehalten werden können - sie waren nur noch Mitte 1941 in ihren Bereitstellungsräumen und teilweise noch „auf der Eisenbahn" verwundbar, und daher rühren auch die gewaltigen deutschen Anfangserfolge mit den Millionen Gefangener.
Ebenso kann als sicher angenommen werden, daß die dann siegreich durch Deutschland vorrückenden Sowjettruppen nicht am Rhein angehalten hätten, sondern, vielleicht sogar von kommunistischen „Freunden" in den Ländern West- und Südeuropas herbeigerufen, bis zum Atlantik und Mittelmeer durchgestoßen wären.
Stalin hätte sich sein erklärtes Ziel der Weltrevolution und der Gewinnung ganz Europas bei so günstiger Gelegenheit wegen des Fehlens jedes echten Widerstandes nach Überwindung der Deutschen kaum durch papierne Proteste von irgendeiner Stelle gefährden lassen, sondern zunächst einmal den ganzen Erdteil in seine Macht gebracht. Ein weiteres deutsches Abwarten 1941 wäre wohl unverantwortlich gewesen. Der deutsche Angriff vom Juni 1941 galt also dann doch auch der Verteidigung ganz Europas und kann den maßgeblich von den Deutschen getragenen Abwehrmaßnahmen gegen die immer wieder gegen unseren Erdteil anbrandenden Einfälle aus dem Osten seit den Zeiten der Hunnen, Ungarn, Mongolen und Türken an die Seite gestellt werden. Daß Ost- und Teile Mitteleuropas 1944/45 doch in die Hand der Sowjets fielen und schwere Jahrzehnte der Unterdrückung erdulden mußten, haben die kurzsichtigen Westal-lierten zu verantworten. Deutschland wollte dieses Unheil mit aller Macht verhindern. Ansehnliche Teile der europäischen Jugend hatten nach 1941 diese Bedrohung Europas durch den Bolschewismus erkannt und nahmen an dem Opfergang im Osten teil. Den Überlebenden wurde nicht gedankt. Sie mußten auch später in ihrer Heimat ein schweres Schicksal erdulden. Nur die wenigsten von Ihnen erleben es noch, wenn nun langsam ihr freiwilliges Opfer anerkannt wird als das, was es wirklich darstellte: Die Rettung wesentlicher Teile Europas und die Bewahrung europäischer Kultur und Freiheit vor östlichem Totalitarismus/Bolschewismus.
Wie steht es nun mit dem Schuldvorwurf der Alliierten eines Angriffkrieges, den Deutschland vom Zaun gebrochen haben soll? Man wird den Begriff wohl so auslegen dürfen, daß ein

Staat grundlos und unprovoziert aus reiner Machtpolitik oder aus Gründen von Gebietsraub angreift und überfällt.
Aber während die deutsche Reichsregierung vertragskonform anfangs nur sechs reguläre Divisionen an der Ostgrenze stationierte, waren es zum gleichen Zeitraum schon über hundert sowjetische Divisionen in Westrußland. Bis Juni 1941 hatte die UdSSR schließlich die Feldstärke der Roten Armee auf über fünf Millionen Mann erhöht, die offensiv gegenüber den deutschen Ostgrenzen stationiert waren. Insoweit sind die Reichsregierung und die in Nürnberg widerrechtlich hingerichteten deutschen Angeklagten vom Schuldvorwurf eines gegen die Sowjetunion gerichteten Angriffskrieges zu entlasten. Daß in Nürnberg 1946 und danach Justizmorde verübt wurden, haben inzwischen namhafte Persönlichkeiten auch aus dem alliierten Lager den Siegern zum Schuldvorwurf gemacht.
Beispielhaft für eine völkerrechtskonforme Gesinnung stehen die Worte des einstigen britischen Generalanklägers in Nürnberg, Sir Hartley Shawcross: *„Schritt für Schritt bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, daß die Ziele des Kommunismus in Europa finster sind. Ich klagte die Nationalsozialisten in Nürnberg an. Zusammen mit meinem russischen Kollegen verdammte ich die Nazi-Aggression und den Nazi-Terror. Hitler und das deutsche Volk haben den Krieg nicht gewollt!*
Nach den Prinzipien unserer Politik der Balance of Power haben wir, angespornt durch die ‚Amerikaner' um Roosevelt, Deutschland den Krieg erklärt, um es zu vernichten. Wir haben auf die verschiedenen Beschwörungen Hitlers um Frieden nicht geantwortet. Nun müssen wir feststellen, daß Hitler Recht hatte. Anstelle eines kooperativen Deutschlands, das er uns angeboten hatte, steht die riesige imperialistische Macht der Sowjets. Ich fühle mich beschämt und gedemütigt, jetzt sehen zu müssen, wie dieselben Ziele, die wir Hitler unterstellt haben, unter einem anderen Namen verfolgt werden und dieselbe Taktik hemmungslos Anwendung findet." (Sir Hartley Chawcross, ehem. brit. Generalstaatsanwalt, in seinem Schreiben vom 16. Oktober 1985 an Mr. X. Y. Verl. Evert Seite 68.)
Im Gespräch mit dem japanischen Botschafter Yosuke Graf Oshima offenbarte Hitler, wie schwer ihm der Entschluß zum Präventivschlag gegen das rote Bedrohungspotential gefallen sei. Zuerst habe er überlegt, ob er Rußland ein Ultimatum stellen solle. Er, Hitler, war der Meinung, dann hätte Rußland entweder den Kampf aufgenommen, und das hätte Deutschland die größten Blutopfer abverlangt, oder die Russen hätten sich eventuell dreihundert Kilometer zurückgezogen, was im Zeitalter der Motorisierung wenig bedeute. (Schließlich haben die deutschen Truppen nach Kriegsbeginn kämpfend in drei Wochen siebenhundert Kilometer zurückgelegt.)
Weiter sagte Hitler am 14. Juli 1941 zu Oshima, er habe immer mehr Nachrichten von russischen Truppenkonzentrationen, und immer mehr Panzer seien angerollt. Eine gewaltige Macht habe sich gebildet in dem riesigen Raum, eine unermeßliche Aufgabe habe er vor sich gesehen. Er habe sein Volk und Europa von einer ungeheuren Gefahr befreit. Nie hätte er vor die Geschichte hintreten können, um sich deren Urteil zu unterwerfen, hätte er in der Abwehr der Gefahr gezögert. Am Beginn des Gesprächs teilte Hitler Oshima mit, daß seither (das heißt bis 14. Juli 1941) hinter der deutschen Front achttausend vernichtete, zurückgelassene oder erbeutete Panzer gezählt wurden. Ein Blick in das Kriegstagebuch der Deutschen Wehrmacht meldet den Abschuß oder die Vernichtung von über viertausend sowjetischen Militärflugzeugen in den ersten vier Kriegstagen. Zu Oshima sagte Hitler, in den ersten Kriegstagen seien haarsträubende, unfaßbare Meldungen bei ihm eingegangen. Tagesabschußziffern von vierhundert, sechshundert und achthundert russischen Panzern, und er, Hitler, hätte wenig gewußt über die große Zahl grenznaher sowjetischer Militärflugplätze.
In der Tat müssen wir im historischen Rückblick am Ende dieses Jahrtausends bei dem jetzt eingetretenen vielfachen und mehrfachen Staatsbankrott in den stalinistischen Ostblock-Satellitenstaaten vom Baltikum bis Tadschikistan und von Rumänien und Polen über die ehemalige Tschechoslowakei bis zum Balkan erkennen, welches furchtbare Schicksal die

Völker Westeuropas von Sizilien bis Scapa Flow und Gibraltar getroffen hätte, wären deutsche Soldaten am 22. Juni 1941 der stalinistischen Offensive nicht entgegengetreten.
Sie alle würden heute wie die osteuropäischen Staaten im Staub der Geschichte liegen, von Versorgungsmängeln geplagt, mit wertlosem Spielgeld ausgestattet, von einem unproduktiven Kommandosozialismus und einer menschenverachtenden Ersatzreligion „beglückt". Es liegt in der Ironie der Geschichte, daß Politiker und Funktionäre der EU und der NATO ihre materielle Existenz den Soldaten der Deutschen Wehrmacht und deren Millionen Gefallenen aus vielen europäischen Staaten im Ostfeldzug verdanken, die in einer Schicksalsstunde Europas und der Welt den Welteroberungsplänen Stalins entgegentraten. Eines ist heute nachgewiesen: Stalin wollte gegen das Deutsche Reich losschlagen, sobald die Deutsche Wehrmacht infolge der englischen Kriegserklärung und infolge der Friedensunwilligkeit des Churchill-Kabinetts in England gelandet wäre.
Als die Vertragsfalle Stalins von Berlin erkannt wurde, war es bei der personellen, materiellen und quantitativen Überlegenheit der roten Streitkräfte auch für die kampfstarke Deutsche Wehrmacht äußerst schwierig, Stalins offensiven Operationsplan „Gewitter" mit dem deutschen Gegenplan „Unternehmen Barbarossa" aufzuhalten oder gar auszuschalten.
Es wurde praktisch unmöglich, mit den schon bald einsetzenden amerikanischen Lieferungen von Rüstungsgütern (noch vor Amerikas Kriegseintritt) und der Schaffung einer zweiten und dritten Front durch die Landungen der Alliierten in Italien und der Nor-mandie.
Der deutsche Rußlandfeldzug von 1941 bis 1945 war im Grund ein Abwehrkampf für Europa, ein Überfall war er nachweislich nicht; er war ein Akt einmaliger Notwehr zur Abwehr eines kurz vor Ausführung stehenden fremdstaatlichen Angriffs, ein Notwehrakt, der durch das Völkerrecht gedeckt ist.Mit Recht fragt der sowjetische General Victor Suworow („Eisbrecher", Seiten 408-409) die Siegermächte folgendes: *„Ich verstehe nicht, warum die Richter des Interallierten Militärtribunal (IMT) in Nürnberg nicht das Bedürfnis verspürten und nicht so viel berufliche Ehrlichkeit aufbrachten, die wahren Urheber des Krieges ausfindig zu machen. Aber ich begreife nicht, warum dieselben ‚Richter' nach den Bekenntnissen von Admiral Kusnezow sich nicht umgehend in Nürnberg einfanden und einen Teil der Anklage gegen Keitel, Jodl, die Deutsche Wehrmacht und Deutschland insgesamt zurücknahmen?"* Admiral N. G. Kusnezow, Volkskommissar der Kriegsmarine der UdSSR 1941, Autor des Buches „Am Vorabend" (Nakanune, Moskwa: Voenizdat, 1966), offenbarte in „Eisbrecher" (Seite 231) folgendes Eingeständnis:
„I. W. Stalin hat diesen Krieg vorbereitet - seine Vorbereitung war umfassend und vielseitig, und er ging dabei von den von ihm selbst vorgesehenen Fristen aus. Hitler zerstörte seine Berechnungen."
Dies alles muß Europa bewußt werden und bleiben! Ein Wort zur Ehre des deutschen Soldaten allgemein, aber besonders des „Landsers" im Ost-Einsatz. Es zählt zu den dunkelsten Stunden menschlichen Anstands, daß gerade über die Soldatengräber von Millionen deutscher Gefallenen, die im Grunde Westeuropa als Hort der Freiheit bewahrt haben, in verleumderischer Weise tonnenweise Kübel von Dreck geschüttet werden, während die wirklichen Greueltaten dieses Krieges verschwiegen werden. Der Vorgang ist beispiellos in der Geschichte der Völker. Er ist anwidernd und macht den Deutschen keine Ehre. *„Man erkennt den Charakter eines Volkes daran, wie es, nach einem verlorenen Krieg, mit seinen Soldaten umgeht!"* (Lloyd George, britischer Premier)
Die Soldaten der Deutschen Wehrmacht kämpften den größten und schwersten Kampf, der je gekämpft worden ist. Sie fochten im Osten anfangs in einer Unterlegenheit von 3:10, ab 1944 von 2:10. Nach der Winterkrise vor Moskau verwandelte sich der „Rußlandkrieg" in ihren Augen zu einem „Durchhaltekrieg" und nach der Katastrophe von Stalingrad und der von den Alliierten 1943 geforderten „bedingungslosen Kapitulation", wurde er für sie ein nationaler „Verteidigungskrieg". Und sie standen ihn bis zum letzten Tag durch: hoffnungslos, unerschütterlich, mit zusammengebissenen Zähnen. Sie standen ihn durch wie die Grenadiere

Friedrich des Großen, die Alte Garde Napoleons, die zerlumpten Kämpfer General Lees. Sie handelten und starben nach dem Bibelwort: *„Niemand hat größere Liebe denn der, daß er sein Leben lasset für seine Freunde."* Es ist eben niemals umsonst zu kämpfen. Den Soldaten der Wehrmacht verdanken wir, daß nicht ganz Deutschland, ganz Europa dem Bolschewismus, dem Stalinismus zum Opfer fiel. Ihrem unnachgiebigen verzweifelten Kampf bis zum letzten Tag ist es zuzuschreiben, daß es zur Viermächte-Besetzung Berlins kam, womit das Scheitern der Spaltung Deutschlands bereits vorprogrammiert war.
Viele bekannte Heerführer der Alliierten lobten die Wehrmacht als die „tapferste und diszipliniertste" Truppe des Zweiten Weltkrieges. Als Kulturvolk wird auch die deutsche Nation die Fahnen mit Trauer, Stolz und Ehrerbietung vor dem Namen der Wehrmacht und ihrer Gefallenen senken müssen.



Durch brennenden Wald bahnen sich deutsche Truppen nach Narwa

Präventivkrieg 1941:
Berlin war gewarnt
Der "Schukow-Plan" zum Angriff auf Deutschland ist vor dem 22. Juni durchgesickert
von *Wolfgang Strauss*

Wie gelangte der Schukow-Plan in die Hand der Deutschen? Noch wissen wir es nicht. Doch früher oder später werden wir eine Antwort auf diese Frage finden.
Diese Enthüllung stammt von einem angesehenen russischen Historiker der jüngeren Generation; Klim Eros ist promovierter Geschichtswissenschaftler. Sein Artikel erschien in der Moskauer "Literaturzeitung" (Literaturnaja Gaseta) vom 6. September.
Zur Erinnerung: Der Schukow-Plan beinhaltet den generalstabsmäßig erarbeiteten sowjetischen Aufmarschplan vom 15. Mai 1941. Der Aufmarsch der Roten Armee entlang der Westgrenze der Sowjetunion diente einem geplanten Überfall auf Deutschland.

Darüber ist im Ostpreußenblatt ausführlich berichtet worden, ausgehend von einem als Sensation empfundenen Dossier des russischen Publizisten Wladimir Sergejew in der gleichen Zeitschrift, nämlich in der "Literaturnaja Gaseta" vom 21. Juni des Jahres. Sergejews Beitrag trug die Überschrift: "Auch wir hatten ‚Barbarossa'. Schukows Plan kein Geheimnis mehr." Sergejew ging indes von der Annahme aus, daß der Inhalt des Schukow-Plans im Westen unbekannt gewesen ist. Erst vor kurzem habe man im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation die zwanzig handgeschriebenen Seiten vom 15. Mai 1941 entdeckt, schrieb Sergejew.
Dies sei ein Irrtum, behauptet nun Klim Eros. Der sowjetische Angriffsplan sei westlichen Historikern schon seit langem bekannt gewesen, spätestens im Jahre 1992; dabei habe es sich um eine mit der Maschine geschriebene Kopie des Schukow-Plans gehandelt.
"Erstmals stieß ich auf das Schukow-Dokument im Jahre 1992. Das geschah in Norwegen. Damals glaubte ich jedoch an eine Fälschung. 1993 zeigte mir eine Bekannte aus Deutschland die ersten drei Seiten des Dokuments, abgefaßt in einer guten Handschrift. Da ich aber damals keine Möglichkeit besaß, Quellenforschung vorzunehmen und eine entsprechende Analyse anzufertigen, und weil es mir außerdem nicht möglich gewesen ist, ein graphologisches Gutachten hinsichtlich der Handschrift zu bekommen, blieben meine Zweifel an der Echtheit des Dokuments bestehen."
So schildert Eros den chronologischen Hintergrund seiner wahrhaft historischen Entdeckung.
"Erst im Herbst 1997 erhielt ich während eines Aufenthaltes im Westen alle 15 Seiten eines mit der Maschine geschriebenen Textes. Nachdem ich diesen Text genauestens studiert und analysiert hatte, gelangte ich zu der festen Überzeugung, daß es sich um eine echte Kopie der zuverlässigen Quelle handelt, die wir heute den Schukow-Plan nennen."
Aber Klim Eros geht noch weiter, und gerade darin besteht das Sensationelle seiner These: Kurz nach der Fertigstellung des Aufmarschplans und seiner Absegnung durch Stalin soll er der deutschen Seite zugespielt worden sein. Zugespielt durch wen? Durch eine ordinären Spion oder einen professionellen Agenten der deutschen Abwehr? Vielleicht durch einen Gesinnungstäter aus den Reihen der antistalinistischen Fronde (?), gar durch einen ehemaligen zaristischen Offizier?
Klim Eros macht darüber weder Angaben noch Andeutungen, nicht zuletzt deshalb, weil seine Recherchen noch nicht abgeschlossen sind.
Was die "deutsche Seite" anbelangt, auch dazu hüllt sich Eros in Schweigen, doch verrät er soviel: es habe sich um eine "deutsche Militärführungsstelle" gehandelt.
Doch was noch gravierender ist und den Ablauf der welthistorischen Ereignisse im Frühjahr und Sommer 1941 in einem neuen Licht erscheinen läßt: Die Deutschen hätten, da sie alle Details des Aufmarsch- und Überfall-Planes der Roten Armee kannten, wesentliche, ja schlachtentscheidende Korrekturen am ursprünglichen "Fall Barbarossa" (Hitlers Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940) vornehmen können. Korrekturen, die im Sommer und Herbst 1941 fast zum Zusammenbruch der Roten Armee und damit zum Untergang des Stalin-Systems geführt hätten, schlußfolgert der russische Historiker. Wörtlich:
"Wie ist es zu erklären, daß die ursprüngliche Variante von Fall Barbarossa, die das Zentrum als Hauptangriffsziel ansah, später dahingehend revidiert wurde, daß die Zerschlagung der sowjetischen Südwestfront Priorität erhielt."
In der Weisung Nr. 21 vom 18. Dezember 1940 heißt es dazu: *"Bei der südlich der Pripjet-Sümpfe angesetzten Heeresgruppe ist der Schwerpunkt im Raum von Lublin in allgemeiner Richtung Kiew zu bilden, um mit starken Pz.Kräften schnell in die tiefe Flanke und den Rücken der russischen Kräfte vorzugehen und diese dann im Zuge des Dnjepr aufzurollen. Sind die Schlachten südlich bzw. nördlich der Pripjet-Sümpfe geschlagen, ist im Rahmen der Verfolgung anzustreben: im Süden die frühzeitige Besitznahme des wehrwirtschaftlich wichtigen Donez-Beckens, im Norden das schnelle Erreichen von Moskau."*

Der revidierte Barbarossa-Plan sah am 22. Juni 1941 tatsächlich eine Offensive gegen den sowjetischen Hauptstoß vor, der aus dem Raum Kiew-Lemberg ("Lemberger Balkon") erfolgen sollte, mit sechs mechanisierten Korps, denen rund 4200 Panzer – darunter 761 supermoderne T 34 und überschwere Klementij Woroschilow (KW) – zur Verfügung standen. Im Schukow-Plan kam der Südwest-Front unter dem Kommando von Generaloberst Kirponos feldzugsentscheidende Bedeutung zu, sollte sie doch am Tage X blitzkriegsartig Polen und Oberschlesien überrollen – mit der Einnahme von Lublin, Radom, Tschenstochau, Krakau, Mährisch-Ostrau, Kattowitz, Olmütz, Oppeln. (Kirponos, einer der fähigsten, mutigsten Armeeführer in der von Stalin 1937 weitestgehend enthaupteten sowjetischen Streitmacht, fiel bei einem Ausbruchsgefecht im Kiewer Kessel, September 1941.)
Eros stellt in der "Literaturnaja Gaseta" vom 6. September 2000 lapidar fest: *"Ich bin davon überzeugt, daß die oberste deutsche militärische Befehlsleitung auf Grund der Kenntnis des Schukow-Plans ihren Fall Barbarossa korrigieren, das heißt verbessern konnte."* Unausgesprochen taucht hier die Frage auf, ob nicht gerade das Zuspielen des Schukow-Plans mit eindeutig aggressiven, gegen die Existenz des Deutschen Reiches gerichteten Zielen den 22. Juni ausgelöst hat, in der Erkenntnis, daß man dem Vernichtungsschlag Stalins zuvorkommen müsse, um Wochen, ja vielleicht nur noch um Tage. Der deutsche Präventivschlag am 22. Juni 1941 – waren letzten Endes Stalin, Schukow, Timoschenko und der ganze rote Generalstab ("Stawka") Schuld am Ausbruch der größten Völkertragödie des 20. Jahrhunderts? Der österreichische Militärhistoriker Heinz Magenheimer spricht von einem welthistorischen "Entscheidungskampf", und auch Ernst Nolte urteilt über diesen Entscheidungskampf: unvermeidlich und im Jahre 1941 unaufschiebbar. Für beide Seiten. Man kann die Frage auch anders formulieren, nämlich: Wäre die Wehrmacht – und sie ist auf deutscher Seite der Haupttrumpf im sowjetisch-deutschen Zusammenprall – ohne Kenntnis des Schukow-Planes zu einem Präventivkrieg entschlossen gewesen?
Heute steht fest, nach den Forschungsergebnissen der Suworow, Sergejew, Eros: Die Wehrmacht war informiert, und das heißt gewarnt. Sie kannte den Schukow-Plan, zugespielt von wem auch immer. Viktor Suworow bestätigte es noch vor den hochbrisanten Veröffentlichungen in der "Literaturnaja Gaseta". In seinem jüngsten Buch "Stalins verhinderter Erstschlag", in deutscher Übersetzung vor einem halben Jahr erschienen, liest man: *"Ein einheitlicher sowjetischer Invasionsplan existierte und wurde in allgemeinen Zügen von der deutschen Aufklärung aufgedeckt.* (So kann man die geheimdienstliche Erlangung des sowjetischen Aufmarschplanes vom 15. Mai 1941 auch nennen!). *Der deutsche Botschafter Graf von der Schulenburg legte diesen Plan* (bei dem es sich nur um den Schukow-Plan handeln konnte, d. Verf.) *am Vormittag des 22. Juni 1941 dem Genossen Molotow ziemlich genau dar ... Dieser von der deutschen Aufklärung aufgedeckte Invasionsplan war eigentlich Grund und Anlaß des deutschen Angriffs, der eine Präventivmaßnahme zum Schutz vor einem unausbleiblichen und baldigen sowjetischen Angriff darstellte."* (S. 230 f.)
Übrigens: Klim Eros, Doktor der historischen Wissenschaften, bekennt sich ohne Wenn und Aber als Verteidiger der Präventivkriegsthese. Im Unterschied zu deutschen Zeitgeschichtlern wie Heinrich August Winkler, Johannes Willms, Jürgen Habermas. Im "Neuen Deutschland" vom 31. Juli behauptete ein Günter Rosenfeld, die Präventivkriegsthese sei durch "die Forschung" ad absurdum geführt worden. Diese Blamage ist für das "Neue Deutschland" nicht die erste gewesen, und sie wird nicht die letzte bleiben. Das alte SED-Zentralorgan hat sich niemals geirrt, außer in der Prophezeiung der Dauer von Mauer, DDR, UdSSR. Klim Eros zerstört so manche andere Legende der Antirevisionisten. So zum Beispiel das Märchen vom nichtsahnenden "Woschd" (Führer, wie Stalin genannt zu werden pflegte), der angeblich den Schukow-Plan nicht paraphiert hat. Der gutgläubige Vater der Völker, von seinen Generälen heimtückisch hereingelegt? An dieser Kolportage wirkte nach dem Kriege auch Berlin-Erstürmer Schukow mit, erzählte er doch dem Sowjethistoriker Anfilow – Stalin-

Verherrlicher und ein Geschichtsfälscher der professionellen Art –, Stalin habe bei der Vorlage und Erörterung des vom Generalstab entworfenen Aufmarschplanes am 15. Mai 1941 seine Zustimmung verweigert. Schukow wörtlich: *"Das war gut, daß er mit uns nicht einer Meinung war. Hätte er zugestimmt, wäre es angesichts des Zustandes unserer Truppen zu einer Katastrophe gekommen.*" Laut Klim Eros entspricht Schukows Darstellung nicht der Wahrheit. Der Befehl zur Ausarbeitung eines militärischen Aufmarschplanes zum Erstschlag gegen Deutschland kam von Stalin, und nur er konnte eine solche Weisung seinem Generalstab erteilen. Stalin und kein anderer.
"Ohne Zweifel, Schukow war ei ne tapfere, entscheidungsfreudige, selbstbewußte Persönlichkeit", argumentiert Klim Eros. *"Andererseits kann man jedoch schwer glauben, daß Schukow ohne jeglichen Befehl des Generalsekretärs der Partei, der ja auch der Oberkommandierende der Streitkräfte war, an die Ausarbeitung eines so schwerwiegenden Dokuments gegangen wäre."*
Daß Stalin den Krieg mit Deutschland anvisierte, den Überfall auf den Neutralitätspakt-Partner anstrebte, geht für Klim Eros aus der Stalin-Rede am 5. Mai 1941 hervor, gehalten im Kreml vor Absolventen der roten Kriegsakademien. Stalins Rede an diesem 5. Mai, bis heute totgeschwiegen von den Antirevisionisten in Rußland und Deutschland, gipfelte in einer politischen Kriegserklärung an den Westen im allgemeinen, an Deutschland im besonderen: *"Jetzt, nachdem wir unsere Armee reorganisiert, ausreichend mit Mitteln für einen modernen Krieg ausgerüstet haben, nachdem wir stark geworden sind, jetzt müssen wir von der Verteidigung zum Angriff übergehen"*, postulierte der angebliche Friedenspolitiker. *"Bei der Verteidigung unseres Landes sind wir verpflichtet, offensiv zu handeln. Wir müssen von der Verteidigung zu einer offensiven Militärpolitik übergehen. Wir müssen unsere Erziehung, unsere Propaganda, unsere Agitation, unser Pressewesen im Geist der Offensive umgestalten."*
Und dann die Ankündigung des Erstschlages: *"Die Rote Armee ist eine moderne Armee, und eine moderne Armee ist eine Angriffsarmee."*
Klim Eros zieht daraus den Schluß, daß die Initiative zur Erstellung eines Überfallplanes bereits vor dem 5. Mai ergangen sein muß. Begründung: In einer kurzen Zeit von nur zehn Tagen zwischen dem 5. und dem 15. Mai wäre es dem Generalstab unmöglich gewesen, Stalins Wunsch nach einem Aufmarschplan zu erfüllen. *"Aus diesem Grunde bin ich davon fest überzeugt, daß Schukow die diesbezügliche Weisung von Stalin bereits im April erhalten hat."*



Einzug deutscher Truppen in Minsk



Am 23.6.1941 : Die Festung Grodno wird von der Wehrmacht eingenommen



Die Einwohner von Faletschti (Bessarbien) begrüßen die deutschen Truppen



Deutsche Truppen in Reval am 28. August 1941



Einmarsch in Lemberg am 30. Juni 1941

Der Kriegsschauplatz Nordafrika 1940–1943

Ähnlich wie auf dem europäischen Kriegsschauplatz hatten die Italiener in Nordafrika schwere Rückschläge gegen die Briten hinnehmen müssen. Eine italienische Offensive zum Ende des Jahres 1940 führte zur Vernichtung der italienischen Verbände in Libyen.
Der deutsche General Erwin Rommel bekam deshalb im Februar 1941 den Befehl, mit schwachen Verbänden, des Deutschen Afrikakorps, den erfolglosen Bündnispartner bei seiner Verteidigung zu unterstützen.
Rommel hielt eine defensive Haltung für unangebracht, stattdessen wollte er angreifen. Am 31. März begann Rommel den Vormarsch. Sein Hauptvorstoß richtete sich auf Mersa Brega, um damit das Tor zur Cyrenaika aufzustoßen. Die Offensive führte zum Erfolg, sodaß bald auch Bengasi besetzt werden konnten. Am 10. April standen deutsche Panzer vor der ostlibyschen Hafenstadt und Festung Tobruk, die kurz zuvor noch von den Italienern ausgebaut und dann beinahe kampflos geräumt worden war. Bis zum 13. April unternahm Rommel drei Angriffe auf die Festung, die jedoch alle fehlschlugen. Rommel musste vorerst die Eroberung Tobruks zurückstellen. Auch weitere Vorstöße konnten auf Grund von Versorgungsengpässen nicht durchgeführt werden, sodaß beide Seiten in einen Stellungskrieg übergingen.
Im November griffen die Briten dann wieder an. Am 26. November erfolgte ein zweiter Angriff, wobei der Besatzung von Tobruk nun endlich der Ausbruch aus dem Belagerungsring gelang. Am 7. Dezember zog sich das Afrikakorps zur Gazala-Linie zurück. Nachdem Tobruk augenscheinlich vor einer Eroberung des Afrikakorps gefeit war, griff Rommel im Januar 1942 wieder an.
Am 26. Mai begann Rommel Unternehmen Theseus mit dem Ziel, Tobruk zu erobern. Nach schweren Panzergefechten gelang es den Achsenmächten, Bir Hacheim am 10. Juni einzunehmen, um dann den Vormarsch auf Tobruk einzuleiten. Am 20. Juni wurden Stadt und Festung besetzt, daraufhin wurde Rommel zum Generalfeldmarschall befördert.
Der weitere Vormarsch sollte nun durch Ägypten erfolgen. Die Stadt Alexandria sollte fallen und der Sueskanal besetzt werden. Kurz vor El Alamein hatten die Briten einen 65 Kilometer langen Verteidigungsgürtel aufgebaut. Die deutsche Offensive blieb stecken. Der neue britische Befehlshaber Bernard Montgomery startete am 23. Oktober zum Gegenangriff. Das Afrikakorps war zahlenmäßig unterlegen und musste den Rückzug antreten.
Die Lage wurde vollends hoffnungslos, als am 8. November (Operation Torch) amerikanische Truppen in Casablanca und Algier landeten und somit den Zwei-Fronten-Krieg in Nordafrika einleiteten. Am 13. November fiel Tobruk wieder in britische Hand.
1943 blieb Rommel nur noch der Rückzug. Am 23. Januar besetzten die Briten Tripolis. Im März und April wurden die Achsenmächte schließlich eingeschlossen (Tunesien-Feldzug). Lediglich an der Mareth-Linie wurde noch erbitterter Widerstand geleistet. Am 13. Mai mussten die Achsenmächte in Nordafrika kapitulieren.

Pazifikkrieg

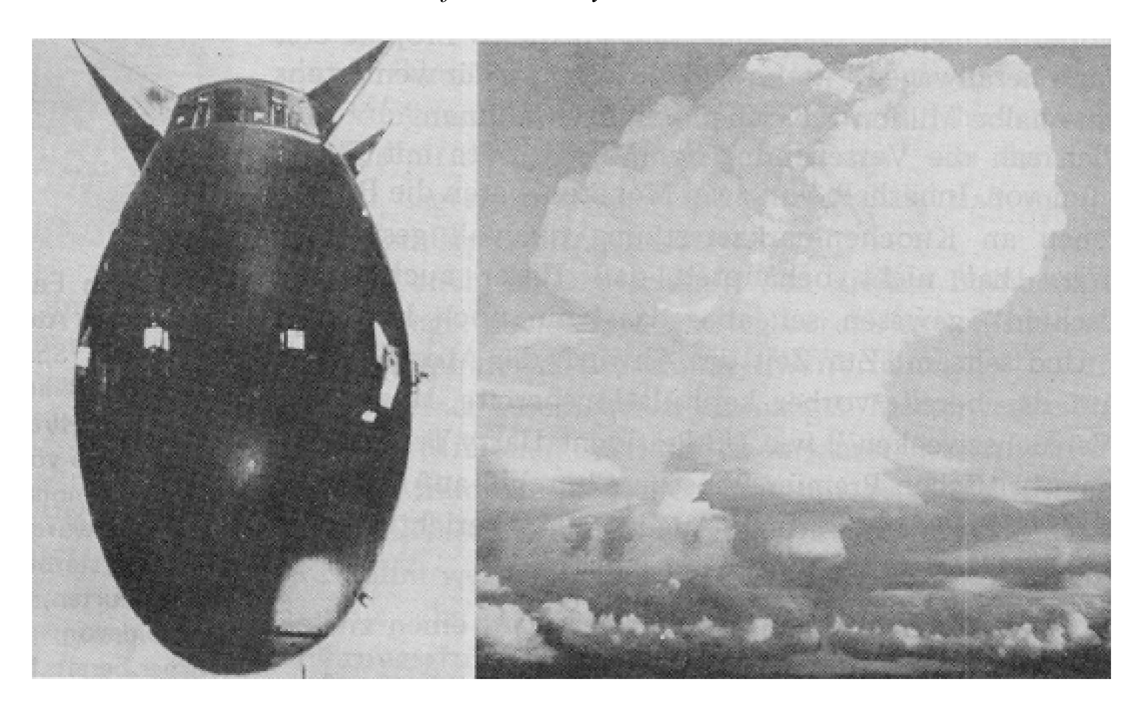
Am 7. Juli 1937 landeten japanische Truppen an der Küste Chinas und es kam zum Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke. Infolgedessen begann nach einem kurzzeitigen Waffenstillstand am 25. Juli 1937 der Zweite Japanisch-Chinesische Krieg, der bis 1945 andauern sollte und dessen Ausbruch von einigen Historikern sogar als der eigentliche Beginn des Zweiten Weltkrieges angesehen wird.
China stand zu diesem Zeitpunkt vor einem Scheideweg, da die Kommunisten unter Mao Zedong und die Nationalisten der Kuomintang unter Chiang Kai-shek um die Vorherrschaft im Land kämpften. Die Kommunisten hatten sich nach dem Langen Marsch in das Landesinnere zurückgezogen und griffen beim Kampf gegen die Japaner nur vereinzelt ein. So errangen sie in der Schlacht von Pingxingguan einen kleinen taktischen Sieg, der als „Der große Sieg von Pingxingguan" in die Geschichte der kommunistischen Partei einging. Nach der Hundert-Regimenter-Offensive von Mitte bis Ende 1940 kam es zu einem inneren Zerwürfnis in der Partei und Mao beschloss den Kampf gegen die Japaner gänzlich den Nationalisten zu überlassen und die eigenen Truppen für den später wieder ausbrechenden Klassenkampf zurückzuhalten.
Um den 8. Dezember 1937 erreichten die japanischen Truppen Nanking, die Hauptstadt der Kuomintang und kesselten sie ein. Bei der Evakuierung von amerikanischen Bürgern aus Nanking beschossen die Japaner am selben Tag von Kampfflugzeugen aus das auf dem Jangtsekiang voll beladen fahrende Kanonenboot USS Panay (Panay-Vorfall). Das Boot wurde versenkt. Zwar entschuldigte sich die japanische Regierung für den Zwischenfall, aber dies sorgte dafür, daß sich die Meinung über Japan in den USA zu ändern begann. Am 13. Dezember besetzten die japanischen Truppen Nanking. Darauf folgte das Massaker von Nanking. Chiang Kai-shek ließ daraufhin die Hauptstadt in das entfernte Chongqing verlagern.
Im März 1938 verabschiedete Japan das Nationale Mobilisierungsgesetz, welches alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekte auf eine effizientere Kriegsführung konzentrierte und im April in Kraft trat. Hoffnungen auf eine friedliche Lösung des Konfliktes mit China kamen auf, als Ugaki Kazushige, ein ehemaliger General und Gegner weiterer Eskalationen, im Mai des selben Jahres Außenminister wurde. Doch statt eine Beruhigung der Lage zu erreichen, kam es zu erneuten Streitigkeiten mit der Sowjetunion um die Mandschurei und in der Folge zum Russisch-Japanischen Grenzkonflikt.
Da Japans wirtschaftliche Zukunft vor allem von Rohstofflieferungen abhing, nutzte es den Ausbruch des Kriegs in Europa und setzte die Sperrung der Burmastraße durch, um die chinesischen Truppen vom Nachschub abzuschneiden. Darüberhinaus erhielt Japan von Vichy-Frankreich die Zustimmung zur Besetzung Vietnams, damals noch Französisch-Indochina. In der Folge verhängten die USA und Großbritannien ein Embargo und froren die finanziellen Mittel Japans ein.
Am 27. September 1940 unterzeichnete Japan den Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien, der den bestehenden Antikominternpakt um gegenseitige militärische Unterstützung erweiterte. Damit verwarf der japanische Kaiser seine noch am 5.& September 1939 verkündete Neutralität und unterstrich seine Außenpolitik vor allem gegenüber China.
Die amerikanische Regierung rief daraufhin am 8. Oktober alle Zivilisten auf, in die USA zurückzukehren, wegen der verschärften Lage in diesem Gebiet und verhängte am 23. Oktober ein totales Ausfuhrverbot für Eisen- und Stahlschrott nach Japan. Am 23. Oktober verließen drei Passagierdampfer die USA um alle Amerikaner aus China und Japan zu evakuieren.
Im April 1941 unterschrieb Präsident Roosevelt einen Geheimbefehl, der es Reserveoffizieren erlaubte das Militär zu verlassen und als Freiwillige nach China zu gehen. Als Folge gründete Captain Claire Lee Chennault in Kuming die American Volunteer Group (auch Flying Tigers

genannt), eine US-amerikanische Fliegerstaffel, die ab 1942 in den aktiven Dienst der US Air Force gesetzt wurde.
1941 begannen verstärkte Bemühungen der USA und Japan, den drohenden Krieg zu zu ihren Gunsten nutzen zu können. Wegen des Embargos Großbritanniens und der USA und weil Japan von den Rohstofflieferungen der europäischen Verbündeten abgeschnitten war, blieb ein Krieg mit den USA und Großbritannien die einzige Alternative zum Verlust des Reiches.
Nachdem Japan die USA mit dem Angriff auf Pearl Harbor scheinbar empfindlich getroffen hatte und diese ihnen den Krieg erklärt hatten, drangen die Japaner weiter nach Süden vor und besetzten unter der Propaganda „Asien den Asiaten“ europäische und amerikanische Kolonien wie Hongkong, die Philippinen und Niederländisch-Indien.
Innerhalb von vier Monaten (Dezember–März) hatten japanische Truppen weite Teile Südostasiens und einen Großteil des Pazifiks mit etwa 450 Millionen Menschen unter ihrer Kontrolle. Dies war die größte Ausdehnung in der Geschichte Japans.
Die wichtigste Eroberung der Japaner fand am 23. Januar 1942 statt, als die kleine australische Garnison in Rabaul an der Nordostspitze auf New Britain überwältigt und die Hafenstadt eingenommen werden konnte. Damit hatten die Japaner eine hervorragende Ausgangsbasis für ein weiteres Vordringen in Richtung Ostpazifik und die Südsee, die in den folgenden Jahren zu einer regelrechten Festung ausgebaut wurde.
Mitte 1942, nach der Schlacht im Korallenmeer sowie der Schlacht um Midway, bei der die Japaner vier Flugzeugträger und zahlreiche Flugzeuge und erfahrene Besatzungen verloren und damit ihre Flotte empfindlich geschwächt war, änderte sich jedoch die Situation. Mit der Landung auf der Salomonen-Insel Guadalcanal am 7. August begannen die Amerikaner die Operation Watchtower, eine der verlustreichsten und verbissensten Schlachten während des Pazifikkrieges. Sie dauerte bis ins nächste Jahr an und markierte einen weiteren Wendepunkt zugunsten der Amerikaner. Sie konnten ein weiteres Vordringen Japans verhindern. Damit war eine Isolierung Australiens von Amerika vereitelt und US-Truppen konnten weiter auf japanisch besetztes Gebiet vorrücken. Weiterhin hatte die japanische Flotte bei diesen Abnutzungsschlachten Verluste zu verzeichnen, die sie kaum zu ersetzen vermochte.
Die härtesten Kämpfe tobten von Ende 1942 bis Mitte 1944 auf Neu Guinea, in der Südsee auf den Salomonen, den Gilbert-Inseln, den Marshall-Inseln und den Marianen. Ein erfolgreiches taktisches Mittel war dabei das so genannte „Inselspringen“, bei dem die Amerikaner die starken japanischen Stützpunkte, im Besonderen den wichtigen Standort Rabaul mit seinem Hafen und den Flugfeldern, umgingen und Insel für Insel in Richtung japanischem Hoheitsgebiet einnahmen.
Zu Beginn des Jahres 1943 gelang es den Amerikanern in vermehrtem Maß, japanische Funkcodes zu entschlüsseln. Einer der wichtigsten Codes war der Ultra-Code der Kommandantur des Truk-Atolls. Damit war die Grundlage für den Seekrieg gegen die japanischen Fracht- und Nachschubschiffe durch US-U-Boote gelegt, dessen stetig steigende Versenkungsraten einen wesentlichen Anteil am Sieg hatten. Der japanischen Marine gelang es während des gesamten Krieges nicht, ein wirksames Schutzsystem für ihre Transportschiffe zu bilden. Vor allem der Mangel an Treibstoff beeinträchtigte einerseits die Ausbildung neuer Piloten extrem, und machte es anderseits erforderlich, Flottenverbände weit außerhalb der Hauptkampfgebiete, in der Nähe von Treibstoffquellen, zu stationieren, was die taktischen strategischen Optionen der Flotte stark einschränkte.
Der amerikanischen Funkaufklärung gelang Mitte April die Entschlüsselung eines Funkspruchs, nachdem Admiral Yamamoto Isoroku, Oberbefehlshaber der Kaiserlichen Japanischen Marine, den Stützpunkt auf Bougainville besuchen wolle. Zum Abfangen seines Flugzeugs starteten am 18. April 16 Lightning Jäger von der neuen zweiten Startbahn des Henderson Airfields auf Guadalcanal und nahmen Kurs nach Norden. Bei einem eigenen Verlust gelang ihnen der Abschuss von drei der neun japanischen Begleitflugzeuge und der zwei Transportmaschinen. In einer davon befand sich Yamamoto, der dabei ums Leben kam.

Vom Verlust dieser starken Führungspersönlichkeit konnte sich die japanische Marine in der Folge nur schwerlich erholen (Operation Vengeance).
Ab 1944 begann die Erfolgszeit der amerikanischen Task Forces. Die beiden großen Trägerflotten Task Force 38 und 58 wechselten sich bei den Vorstößen gegen japanisch besetzte Inselgruppen ab und drangen stetig weiter in Richtung der japanischen Inseln vor, obwohl die Japaner mit dem Einsatz von Kamikaze-Fliegern begannen. Die von den Japanern erwarteten hohen Verlustraten bei den amerikanischen Schiffen blieben aber aus. Ebenso blieben die Erfolge der bemannten Kaiten-Torpedos aus.
Am 5. September 1944 vermeldete Tokio eine ganze Reihe von Fällen des Mißbrauches der japanischen Kriegsflagge durch amerikanische U-Boote und Flugzeuge. So tauchte Anfang Juli ein feindliches U-Boot, das die Fahne der japanischen Marine führte, vor dem Hafen Puket an der Westküste des mit dem Kaiserreich verbündeten Thailands auf und nahm ein thailändisches Schiff unter Feuer. Im gleichen Monat erschien ein weiteres nordamerikanisches U-Boot vor Neu-Guinea und beschoß japanische Streitkräfte.
Nach der ab Mitte Juni begonnenen Schlacht um Saipan, bei der die Japaner fast alle eingesetzten Flugzeuge mitsamt Besatzungen und durch U-Boote drei Flugzeugträger verloren, kam es Ende Oktober bis Anfang November 1944 während der Landungen auf Leyte in den Philippinen zur See- und Luftschlacht im Golf von Leyte, bei der die Japaner mit vier Flugzeugträgern (ohne Flugzeuge), drei Schlachtschiffen, zehn Kreuzern und neun Zerstörern fast ihre komplette Seestreitmacht verloren.
Nach den Kämpfen auf den japanischen Inseln Iwojima und Okinawa warfen die Amerikaner am 6. August 1945 die erste Atombombe auf Hiroshima. Kurz darauf, am 9. August wurde die zweite über Nagasaki gezündet. Sechs Tage später verkündete der japanische Tennō im Rundfunk die Kapitulation Japans, die am 2. September in der Bucht von Tokio auf der USS Missouri unterzeichnet wurde.

Das Verbrechen von Hiroshima

von Professor Harry Elmar Barnes



Pressemeldung am 27. Juli 1945 :

"Am Mittwoch früh setzten mehr als 1200 britische und amerikanische Trägerflugzeuge ihre schweren Angriffe auf die Reste der japanischen Flotte im Kriegshafen Kure zwischen den Inseln Honshu und Schikoku fort. Die Angriffe dehnten sich auch auf Kobe, ein Zentrum der japanischen Schiffbau- und Rüstungsindustrie 27km weiter östlich aus. Nach Meldungen des japanischen Rundfunks griffen zu gleicher Zeit weitere 200 Trägerflugzeuge Hokkaido, die nördlichste der japanischen Hauptinseln, an. Diesen Angriffen gingen solche mit 1000 allierten Trägerflugzeugen auf Kure voraus, bei denen zwei Schlachtschiffe, drei Kreuzer und ein großer Flugzeugträger in Brand geworfen wurden. Wenige Stunden später griffen 625 überschwere Festungen die japanischen Industriegebiete um Nagoya und Osaka an. Nur ein Flugzeug ging verloren.
Der Befehlshaber der amerikanischen Dritten Flotte, Admiral Halsey, erklärte heute :

"Was von der japanischen Flotte noch übrig ist, ist hilflos. Die Japaner sind zum sicheren Untergang verurteilt."

Der Luftkrieg gegen Japan hat bereits ein Ausmaß erreicht, das dem britisch-amerikanischen Lufteinsatz gegen Deutschland in den letzten Monaten des europäischen Krieges nicht mehr nachsteht. 4000 fliegende Festungen sind bereits vom europäischen Kriegsschauplatz abgezogen worden, um gegen Japan eingesetzt zu werden. Die Produktion der überschweren Festungen wird nicht mehr weiter ehöht werden, weil diese Riesenbomber bisher nur in sehr geringer Zahl verlorengegangen seien - nämlich 1% statt der erwarteten 10%. Die Ölversorgung Japans hat unter den allierten Luftangriffen schwer gelitten. Generalleutnant Eaker unterstrich diese Feststellung durch die Mitteilung, daß amerikanische Sachverständige während des Krieges gegen Deutschland die Zerstörung der deutschen Ölvorräte auf 85% geschätzt hatten, während sich später aus amtlichen deutschen Zahlen ergab, daß 97,5% zerstört worden waren. 2000 Tote

Von den übrigen Fronten im Fernen Osten wird gemeldet, daß die japanischen Streitkräfte in Burma, die zu entkommen versuchen, schwere Verluste erlitten haben. Seit dem 21.Juli wurden hier mehr als 2000 japanische Gefallene gezählt. Auf Borneo geht der australische Vormarsch weiter. Die Kämpfe auf der Salomonen-Insel Bougainville nähern sich ihrem Höhepunkt."

("Neue Westfälische Zeitung") 27.Juli 1945

Zehn bzw. dreizehn Tage nach dieser Meldung fielen die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

"Ich denke, die Auffopferung von Hiroshima und Nagasaki war eine dringliche Notwendigkeit aus Fürsorge für Japan und die Allierten", mit diesem Rechtfertigungsversuch möchte Mr. Truman das Gewissen der Amerikaner beschwichtigen. Die Aussage des Schuldigen erfordert eine Untersuchung :

Imm Januar 1945 waren die Japaner zu der Erkenntnis gekommen, daß der Krieg für sie verloren sei; und diese Überzeugung war stark genug, sie zu FRiedensangeboten zu veranlassen, die bis zu äußersten Zugeständnissen gingen - im wesentlichen bis zu den gleichen Bedingungen, die dann im August nach monatelanger Fortsetzung der blutigen Kämpfe im Pazifik und nach den fürchterlichen Greueln der Atomangriffe auf Hiroshima und Nagasaki dem Waffenstillstand wirklich zu Grunde gelegt wurden. Es spricht deshalb jede Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Krieg schon im Februar oder spätestens Anfang März mit der freiwilligen Unterwerfung Japans hätte beendet werden können. Der Leser wird es für unbegreiflich halten, daß die damit sinnlos gewordene Metzelei trotzdem - also ohne jede politische Notwendigkeit! - fortgeführt ind bis zum furchtbarsten Massenmord an den Kindern und Frauen zweier wehrloser Großstädte getrieben worden ist. Doch die Tatsachen lassen keinen Zweifel zu:

Zwei Tage vor Abreise zur Jalta-Konferenz hatte Roosevelt von General Douglas MacArthur die erwähnten japanischen Friedensangebote erhalten. Weil sie von den maßgebenen Beratern Hirohitos kamen, drängte Mac Arthur darauf, unverzüglich Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten und auf keinen Fall einen Kriegseintritt der Sowjets in Fernost zuzulassen.

Roosevelt verwarf diesen Vorschlag mit der bei ihm üblichen Überheblichkeit : *"MacArthur ist unser größter General und unser kümmerlichster Politiker"* - er ging nach Jalta und überlieferte Stalin sowohl Mitteleuropa wie Ostasien als Sprungbrett für seine weitere Machtausweitung. Um diese Politik willen und ohne jede militärische Notwendigkeit mußten weitere sechs Monate lang die Söhne amerikanischer und japanischer Mütter leiden und zu ungezählten Zehntausenden geopfert werden.

Im einzelnen hatten die Japaner im Januar 1945 folgendes angeboten :

1. Bedingunglose Kapitulation sämtlicher Streitkräfte auf sämtlichen Kriegsschauplätzen.

2. Auslieferung sämtlicher Waffen und Munitionsvorräte.

3. Besetzung der Heimatinseln und der überseeischen Besitzungen des Kaiserreich durch die Allierten unter amerikanischem Oberkommando.

4. Verzicht auf die Mandschurei, Korea, Formosa usw.

5. Verbot jeder japanischen Rüstungindustrie.

6. Auslieferung der als Kriegsverbrecher verlangten Personen.

7. Freigabe sämtlicher alllierter Gefangener.

Die Regierung Roosevelt sorgte dafür, daß dieses Angebot nicht zur Kenntnis des amerikanischen Volkes kam, nur weil sie unter allen Umständen den Krieg fortsetzen wollte. Mac Arthurs Meldung sollte "Top Secret" im Archiv verschwinden; aber ein hoher Offizier, der über die Jaltaverhandlungen entsetzt war, übergab gegen das Versprechen der Geheimhaltung bis Kriegsende eine Abschrift an Walter Trohan von der "Chicago Tribune". Trohan hielt trotz schwerster Gewissensnot, was er zugesagt hatte, veröffentlichte dann aber den vollen Wortlaut am 19.August 1945, am ersten Sonntag nach dem Tag des Waffenstillstands in "Chicago Tribune" und "Washigton Times Herald". Trotz der unerhörten Bedeutung des Dokumentes wurde es von der übrigen Presse totgeschwiegen. Das Weiße Haus hat die Echtheit der Veröffentlichung Trohans niemals zu bestreiten gewagt; und MacArthur bestätigte sie dann nach seiner Rückkehr von Korea in allen Einzelheiten.

Damit ist der Behauptung Trumans, der Atombombeneinsatz - 6 Monate nach dem japanischen Angebot bedingungloser Unterwerfung! - sei "urgent and necessary" gewesen, jeder Boden entzogen. Nach der heimtückischen Unterdrückung der japanischen Friedensbitte mußten erst noch die fürchterlichen Gemetzel von Iwo Jima und Okinawa und zahllose weitere verlustreiche Gefechte folgen, und auch "Uncle Joe", dem bewunderten Vorbild der New Deal-Schwärmer, mußte noch Gelegenheit gegeben werden, sich risikolos an dem bereits entschiedenen Fernostkrieg zu beteiligen wie an einer Hofjagd. Stalin folgte der Einladung zwei Tage nach Hiroshima und schleppte sodann die gesamte europäische und asiatische Beute, die ihm von Roosevelt und "the Great Old Man", dem preisgekrönten Europäer Churchill, geradezu aufgedrägt worden war, hohnlächeld nach Hause. Die Meldung MacArthurs an Roosevelt ist übrigens nicht unbestätigt geblieben. Auch Admiral Ellis M. Zacharias vom Nachrichtendienst der Flotte berichtete über die bedingungslose Friedensbereitschaft Japans. Aber alles war vergeblich : Das Blutvergießen mußte nach den irren Gelüsten Roosevelts seinen Fortgang nehmen. Angesichts der Behauptung seines Nachfolgers Truman, die Massenmorde von Hiroshima und Nagasaki seien um des "prospektiven Wohles" der Japaner und Amerikaner willen "dringend notwendig" gewesen, erhebt sich die Frage, ob dieser Mann bei seiner Amtsübernahme über den Stand der japanischen Friedensbereitschaft getäuscht worden sein könnte.

Das Zeugnis eines der ehrenhaftesten Staatsmänner seit Washigton steht dem entgegen. (Barnes bezieht sich wahrscheinlich auf Taft. d. Verf.).Er hat mir in Gegenwart eines hervorragenden Politikers berichtet, er sei, sofort nachdem er von dem Friedensangebot der Japaner erfahren habe, zu Truman gegangen, um ihn zur Einstellung des sinnlos gewordenen Gemetzels zu bewegen. Aber Truman sagte, er fühle sich noch zu unsicher in seinem Amt, um Stimson in den Arm zu fallen.

Präsident Truman schrieb später hierzu :
"Am 1.Juni legte mir (Kriegsminister)Stimson die Schlußfolgerungen vor, zu denen diese Männer in dem wissenschaftlichen Unterausschuß als auch in dem erweiterten Gremium gekommen waren. Sie empfahlen, die Bombe so bald als technisch möglich gegen den Feind einzusetzen. Weiter empfahlen sie, keine Sonderwarnung vorhergehen zu lassen und ein Abwurfziel zu wählen, an dem die vernichtende Kraft eindeutig demonstriert werden könne. Mir war natürlich klar, daß eine Atombombenexplosion eine jede Vorstellung übertreffende Zerstörung und gewaltige Verluste an Menschenleben zur Folge haben mußte. Andererseits führten die wissenschaftlichen Berater des Ausschusses aus : "Wir sind nicht in der Lage, eine Demonstration vorzuschlagen, die den Krieg beenden würde, und sehen daher keine andere Möglichkeit als den direkten militärischen Einsatz."
Die letzte Entscheidung, wo und wann die Atombombe einzusetzen war, lag bei mir, und ich möchte jeden Irrtum über diesen Punkt vorbeugen. Ich hielt die Atombombe für ein Kampfmittel und zweifelte nie daran, daß es eingesetzt werden müsse. Meine höchsten militärischen Berater empfahlen den Einsatz, und auch Churchill befürwortete ohne jedes Zögern die Verwendung der Bombe, sofern dies zur Abkürzung des Krieges beitrage"[1]

1946 stellte "The United States Strategic Bombing Survey" fest :
"Nicht die Bomben von Hiroshima und Nagasaki haben Japan niedergeworfen, und nach dem Zeugnis der feindlichen Führer, die den Krieg beendet haben, waren sie auch nicht der Anlaß zur bedingunglosen Kapitulation."....Japan hätte sich auch dann ergeben, wenn die Atombombe nicht gefallen, wenn die Sowjet nicht in den Krieg eingetreten und sogar wenn Landungsunternehmen nicht geplant worden wären."

Eine dem schlichten Betrachter fantastisch anmutende Theorie wurde in den Nachkriegsjahren aufgestellte.Dem Historiker Professor Current zufloge deuten die Memoiren Stimson an, daß "Rußland, nicht Japan das eigentliche Ziel der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki" gewesen sei, denn sie hätten der "demokratischen Diplomatie gegenüber der Nachkriegsmacht des kommunistischen Kolosses" - den die gleiche Diplomatie soeben erst genährt und gestärkt hatte! - "den dringend notwendigen Rückhalt gegeben." Auch Stalin hat sich bei der wachsenden Spannung nach Potsdam wiederholt in diesem Sinne geäußert.
Wenn diese Deutung richtig ist, dann sind die Kinder und Frauen, die in Hiroshima und Nagasaki bei lebendigem Leib gweröstet wurden, also nicht "dem Wohl der Japaner und Amerikaner" geopfert worden, wie Truman es so bieder hinstellen möchte; sondern ihr hunderttausendfacher Schmerzensschrei sollte die Sowjet einschüchtern. Ganz abgesehen von der "Humanität" dieses Verfahrens fragt es sich sehr, ob es politisch zweckmäßig war.
Professor Current hat mit der bitteren Bemerkung Recht :
"Wenn der Zweck wirklich eine Abdämmung der Russen in Fernost gewesen ist, dann muß die Vernichtung ihres historischen Gegners in dieasem Raum als ein ganz seltsamer Versuch dazu bezeichnet werden. Ein schneller Frieden mit den Japanern, ein Verzicht auf ihre Demuütigung wäre vernünftiger gewesen."

Man hätte die Ehrlichkeit der japanischen Angebote sofort und in aufrichtiger Friedensbereitschaft durch die Eröffnung von Verhandlungen auf die Probe stellen müssen. Das "Friedensangebot" von Potsdam vom Juli 1945 konnte von den Japanern unmöglich als Versöhnlichkeit gedeutet werden. (Bedingungslose Kapitulation bei Ignorierung des japanischen Wunsches hinsichtlich Stellung des Tenno).
Mr. Truman sucht seine Tat schließlich mit dem Hinweis auf die "Schuld der anderen" zu beschönigen :

"Die Notwendigkeit einer solch verhängnisvollen Entscheidung (Atombombenabwurf) hätte sich selbstverständlich niemals erhoben, wenn wir nicht von Japan im Dezember 1941 in Pearl Harbor von hinten her in den Rücken geschossen worden wären."
Aber welch historisch falsches Gleichnis leistet sich Truman auch hier!
Schon auf Grund des heute bereits ans Licht gezogenen Materials steht fest, daß Roosevelt (obwohl er auf Hitler starrte) es nicht unterließ, auch Japan vor die Schienbeine zu treten, die eigenen Streitkräfte durch Vorenthalten von Nachrichten zu lähmen und die Japaner schließlich bewußt zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu provozieren.
Aber ganz abgesehen von seiner Kriegsschuld : Der Hinweis auf den rein militärischen Angriff auf den Flottenstützpunkt Pearl Harbour eignet sich nicht zur Beschönigung des völkerrechtswidrigen Mordüberfalls auf offene Millionenstädte. Die Antwort der Stadtverwaltung von Hiroshima auf Trumans klägliche Rechtfertigungsversuche ist vernichtend :
"Wenn Ihre Entscheidung (Atombombe) wirklich den Überraschungsangriff der Kaiserlich Japanischen Marine auf die Streitkräfte und militärischen Anlagen Ihres Landes (Pearl Harbour) zur Grundlage gehabt hätte, warum konnten Sie dann nicht gleichfalls ein militärisches Ziel in Japan wählen? Sie haben statt dessen die Grueltat der Abschlachtung von 200000 waffenlosen Nichtkämpfern begangen und versuchen nun doch, sich rechtzufertigen."

Vorbereitung des Atombenangriffs auf Hiroshima, 6.8.1945 :
"Die nächsten drei B-29-er, von denen das eine das eigentliche Kampfflugzeug sein sollte und von Oberst Tibbets geflogen wurde, sollten um 2.45 Uhr starten und sich etwa 15 Minuten nach Tagesanbruch über Iwo Jima sammeln. Dieses Sammeln erwies sich als notwendig, da die drei Flugzeuge den Zielraum zusammen erreichen sollten. Um Mitternacht war eine neue Befehlsausgabe, bei der noch einmal alle Punkte genau durchgesprochen wurden. Die Männer hatten noch immer den gleichen erstaunten Ausdruck im Gesicht wie zwei Stunden zuvor. Nun bekamen sie auch von den Ereignissen in Neu-Mexiko zu hören. An jeden wurde noch eine Brille ausgegeben, wie sie Schweißer zu tragen pflegen, und die Warnung ausgesprochen, nicht mit bloßen Augen in den Blitzstrahl zu blicken. Es schien jedoch das, was man ihnen sagte, jenseits des menschlichen Begriffsvermögen zu liegen. Die Befehlsausgabe wurde mit einem ergreifenden Gebet des Feldgeistlichen, Hauptmann William B. Downey, von der Hope Lutheran Church in Minneapolis beendet :

"Allmächtiger Vater, der Du die Gebete jener erhörst, die Dich lieben,
wir bitten Dich, denen beizustehen, die sich in die Höhen Deines
Himmels wagen und den Kampf bis zu unseren Feinden vortragen.
Behüte und schütze sie, wir bitten Dich, wenn sie ihre befohlenen
Runden fliegen. Mögen sie, so wie wir, von Deiner Kraft und von
Deiner Macht wissen und mögen sie mit deiner Hilfe diesen Krieg
zu einem schnellen Ende bringen. Wir bitten Dich, daß das Ende dieses
Krieges nun bald kommt und daß wir wieder einmal Frieden auf Erden
kennen. Mögen die Männer, die in dieser Nacht den Flug unternehmen, sicher
in Deiner Hut sein und mögen sie unversehrt zu uns zurückkehren. Wir
werden im Vertrauen auf Dich weiter unseren Weg gehen, denn wir
wissen, daß wir jetzt und für alle Ewigkeit unter Deinem Schutze stehen. Amen"

....auf Nagasaki, 9.August 1945

"Diese Bombe unterscheidet sich von der, die vor drei Tagen mit so vernichtender Wirkung gegen Hiroshima verwendet wurde. Ich sah die Atomsubstanz, bevor si in die Bombe eingeführt wurde. Man kann ohne jede Gefahr mit ihr umgehen. Nur unter bestimmten

Bedingungen, die durch besondere Annordnung in der Bombe herbeigeführt werden, kann sie zu einer Entladung ihrer Energie gebracht werden, und selbst dann gibt sie nur einen kleinen Bruchteil ihrer gesamten Energie her - ein Bruchteil jedoch, der groß genug ist, um die größte Explosion auf Erden herbeizuführen. Die Befehlsausgabe um Mitternacht enthüllte die außerordentliche Sorgfalt und die ungeheuren Vorbereitungen, die auf jede Einzelheit dieses Unternehmens verwendet worden waren, um zu erreichen, daß die Atombombe völlig den Zweck erfüllte, für den er vorgesehen war. Jedes Ziel wurde auf Spezielkarten und auf Luftaufnahmen gezeigt. Jede Einzelheit des Luftweges wurde noch einmal durchgesprochen - Navigation, Höhe, Wetter und Notlandepunkte. Es wurde auf die Unterseeboote und andere Hilfsschiffe verwiesen, die die Marine an verschiedenen strategischen Punkten in der Umgebung der Ziele stationiert hatte, die in Bereitschaft standen, den Fliegern zu Hilfe zu kommen, wenn sie etwa aussteigen mußten.
Die Befehlsausgabe endete mit einem zweiten ergreifenden Gebet des Feldgeistlichen Downey :

"Allmächtiger Gott, Vater der Gnade, wir bitten Dich, Deine Gnade den Männern zuteil werden zu lassen, die in dieser Nacht fliegen werden. Hüte und beschütze diejenigen unter uns, die sich in die Finsternis Deines Himmels wagen werden. Führe sie auf Deinen Schwingen. Schütze ihren Körper und ihre Seele und bringe sie zu uns zurück. Gib uns allen Mut und Kraft für die Stunden, die vor uns liegen; und belohne sie ihren Bemühungen entsprechend. Vor allem aber, mein Vater, schenke Deiner Welt den Frieden. Laß uns unseren Weg gehen im Vertrauen auf Dich und im Wissen, daß du uns nun und für alle Ewigkeit gegenwärtig bist.   Amen"

Wir begaben uns dann in die Messe, um das traditionelle Frühstück, das vor jedem Bombenunternehmen eingenommen wurde, zu essen. Für so manchen mutigen Mann ist ein solches Frühstück das letzte gewesen."[2]

Quellennachweise :

[1] H. S. Truman, "Memoiren, Bd. 1", Stuttgart, 1955, S. 428 ff
[2] William L. Laurence, "Dawn Ower Zero" (Dämmerung über Punkt Null), New York, 1946, S. 175/176 und S. 191/192.

Italien 1943 und 1944

Am 10. Juli landeten die Alliierten auf Sizilien (Operation Husky), worauf der Große Faschistische Rat Mussolini Versagen vorwarf. Der "Duce" wurde daraufhin auf Befehl des italienischen Königs Viktor Emanuel III. verhaftet. Als neuer Ministerpräsident wurde Pietro Badoglio eingesetzt.
Am 22. Juli konnte die sizilianische Hauptstadt Palermo von den Alliierten besetzt werden. Am 3. September landeten zwei britische Divisionen bei nur minimalem Widerstand der Verteidiger auf dem italienischen Festland. Fünf Tage nach der Landung schloss die feige neue italienische Regierung einen Waffenstillstand mit den Alliierten, worauf der Fall Achse eingeleitet wurde, in dem die Deutschen alle italienischen Verbände entwaffneten und zugleich Rom besetzten. Am 12. September gelang es einigen deutschen Fallschirmjägern, Mussolini aus dessen Gefangenschaft im Hotel Campo Imperatore zu befreien. Mussolini wurde nach Ostpreußen gebracht, um wenig später eine neue Regierung in Norditalien leiten zu können (Republik von Salò) und den Kampf an deutscher Seite fortzusetzen. Nachdem sich die auf der griechischen Insel Kephalonia stationierten italienischen Soldaten ihrer Entwaffnung widersetzten, wurden zwischen dem 18. und dem 23. September etwa 5.000 Italiener gefangen genommen oder bei Kämpfen mit deutschen Gebirgsjägertruppen erschossen.
Am 13. Oktober erklärte die Badoglio-Regierung dem Deutschen Reich den Krieg. An der Seite der offiziellen italienischen Verbände operierte eine kampfstarke Partisanenarmee von etwa 256.000 Frauen, Männern und sogar Kindern, die 1944 mit ihren Hinterhalt-Kampfhandlungen die Streitmachtskapazitäten von über zehn Wehrmachtsdivisionen band. Der Vormarsch der Alliierten erfolgte nur sehr langsam. Die Deutschen verteidigten ihre Stellungen bis zum äußersten, während im Hinterland schon die nächsten Verteidigungsstellungen erstellt wurden. Erst wenn der Druck zu stark wurde, zogen sie sich zurück, um sich wieder neu zu verschanzen.
Die Entscheidung der Alliierten, in Sizilien und nicht gleich bei Rom zu landen, verlängerte den Krieg möglicherweise erheblich. Es gibt Einschätzungen, daß die feigen und verräterischen italienischen Verbände und die Partisanen bei einer Landung der Alliierten bei Rom, angeblich Süditalien selbst hätten erobern können.
Während sich die Alliierten schwere Gefechte mit den Truppen der Wehrmacht lieferten, führten sie noch eine Landung bei Anzio - Operation Shingle, am 21. Januar durch, die sie mit erheblichen verlusten zu bezahlen hatten. Zusätzliche deutsche Divisionen wurden in der Folge nach Italien verlegt. Die Alliierten errichteten in Italien eine zweite Front, waren aber nicht in der Lage bis Rom vorzustoßen.
Am 15. Februar wurde bei der Schlacht um Monte Cassino das von keinerlei Truppen besetzte Bergkloster Monte Cassino von US-Bombern angegriffen und zwei Tage später durch Artilleriebeschuß völlig in Trümmer gelegt. Die Kunstschätze wurden durch deutsche Transporteinheiten zuvor noch in Sicherheit gebracht, da man die absolute Mißachtung der USA gegenüber den Kriegsgesetzen und von Kulturgütern schon hinreichend erfahren hatten. Die US-Armee hatte sich mit diesem Überfall aber einen Bärendienst erwiesen, denn nun verschanzten sich in den Ruinen des Klosters Fallschirmjäger, die schon bei der Landung auf Kreta eingesetzt waren, und verteidigten sie erbittert. Erst drei Monate später, am 18. Mai, konnte der Feind, unter hohen Verlusten nach mehreren Tagen härtester Kämpfe, das total zerstörte Kloster einnehmen, nachdem alle vorhergehenden Angriffe der Hilfstruppen der USA aus vielen Nationen, gescheitert waren.
Später begann der Vormarsch auf Rom. Am 25. Mai vereinten die alliierten Kräfte ihre beiden Fronten und drängten die deutschen Truppen auf die „Grüne Linie“ zwischen La Spezia und Rimini zurück.
Generalfeldmarschall Albert Kesselring, Oberbefehlshaber der Heeresverbände in Italien, lehnte es ab, in der „ewigen Stadt“ zu kämpfen und befahl seinen Einheiten, Rom am 4. Juni

widerstandslos zu verlassen. Die Wunschvorstellung der Alliierten, die Wehrmacht bis in die Alpen zurückzutreiben, wurde bei der Apennin-Verteidigungslinie zerstört, sodaß 1944 noch keine Entscheidung in Italien stattfand.
In diesen Zeitraum fallen ebenfalls alliierte Überlegungen eines weiteren Vorrückens über den Balkan, die jedoch, um Spannungen mit den Sowjets zu vermeiden, verworfen wurden.

1944

Anfang 1944 übernahm Generalfeldmarschall Erwin Rommel den Oberbefehl der deutschen Heeresgruppe B an der Westfront. Eine drohende Invasion des Gegners vor Augen, ließ er sogleich umfangreiche Verstärkungsarbeiten am Atlantikwall durchführen.

Landung in der Normandie

Am 6. Juni 1944 landeten die feindlichen Alliierten dennoch in der Normandie. Der Plan für Operation Overlord fußte auf ab 1941 ausgearbeiteten Invasionsplänen und war vom britischen Lieutenant General (Generalleutnant) Sir Frederick E. Morgan in seiner endgültigen Fassung erarbeitet worden. Er sah vor, mit vier Armeen zu landen und dann schnell ins Landesinnere vorzustoßen. Die Deutschen waren schlecht auf die Invasion eingestellt. Der deutsche Planungsstab und Hitler erwarteten die Landung immer im Pas de Calais, der engsten Stelle des Ärmelkanals. Das Gebiet von Calvados, wo die Alliierten schließlich an Land gingen, wurde stellenweise nur mit einigen Metern Stacheldraht und ein paar MG-Nestern verteidigt. Aber nicht überall, denn trotz der falschen Erwartungen des OKW über den Ort der Invasion war die Normandieküste doch recht schwer befestigt. Das Invasionsgebiet war in fünf Landungsabschnitte aufgeteilt mit den Decknamen Juno, Gold, Sword (britisch/kanadische Landungsabschnitte), sowie Utah und Omaha (US-amerikanische Landungsabschnitte). Die Bombardierungen der Küste aus der Luft und von See verliefen planmäßig, verfehlten bei Omaha jedoch die erste deutsche Linie, und das führte, zusammen mit der Tatsache, dass die Deutschen in Unkenntnis der Alliierten eine zweite Division dort hatten, zu sehr schweren Verlusten der ersten Welle (ca. 70 %).

D-Day

Am so genannten D-Day waren während der Operation Neptune, dem eigentlichen Invasionsunternehmen, fast 6.700 Schiffe und über 13.000 Flugzeuge beteiligt. Am frühen Morgen des 6. Juni starteten mehrere Luftlandeeinheiten (die 82. und 101. US-Luftlandedivision) zu ihren Einsätzen im Hinterland. Wegen Navigationsfehlern und überraschend starkem deutschen Flakfeuer erreichten viele Maschinen nicht die vorgesehenen Absprungzonen, so dass die Fallschirmjäger über weite Teile der Halbinsel Cotentin verteilt wurden.
Obwohl die Alliierten gewaltige Kräfte aufgeboten hatten, kamen sie stellenweise nur schleppend voran. Doch nicht zuletzt durch die alliierte Luftüberlegenheit und die selbst zerstörten französischen Bahngleise gelang es der deutschen Seite nicht, schnellstmöglich zusätzliche Einheiten in das Kampfgebiet der Normandie zu verlegen. Cherbourg im Norden der Cotentin-Halbinsel unter Festungskommandant Karl-Wilhelm von Schlieben fiel am 26. Juni nach starkem amerikanischen Artilleriebeschuss und heftigen Straßenkämpfen
Die Einnahme von Caen, ein Primärziel des ersten Landungstages, erwies sich für die alliierten Truppen der Briten und Kanadier an der Ostseite des Normandie-Brückenkopfes als ungleich schwieriger. Erst nach sechs Wochen verlustreicher Kämpfe konnte die Stadt am 19. Juli vollständig besetzt werden.

Invasion Südfrankreichs
Am 15. August begann eine zweite Invasion in Südfrankreich an der Côte d'Azur zwischen Toulon und Cannes (Operation Dragoon). An der Landung waren 880 alliierte Seeschiffe, darunter vier Flugzeugträger, sechs Schlachtschiffe, 21 Kreuzer und über 100& Zerstörer, insgesamt 34 französische Schiffe und 1370 Landungsboote sowie ca. 5000 Flugzeuge beteiligt. Drei amerikanische Divisionen bildeten die Angriffstruppen. Die Franzosen und US-Amerikaner konnten ohne entscheidenden Widerstand zügig in das Landesinnere vorstoßen. In der Normandie unternahmen die US-Amerikaner am 25. Juli einen Ausbruchsversuch aus ihrem Brückenkopf-Sektor (Operation Cobra), der in den Folgetagen im Westen zur Abschnürung der Cotentin-Halbinsel bis nach Avranches führte. Im Osten konnten US-amerikanische Einheiten bei Saint-Lô nach anfänglicher Verzögerung schnell die deutsche Front durchbrechen. Am 6. August starteten die Deutschen zwar unter dem leitenden OB West, Generalfeldmarschall Günther von Kluge, eine Konterattacke bei Mortain (Unternehmen Lüttich). Sie wurde aber schon nach zwei Tagen wieder gestoppt, was schließlich mit Hilfe der nördlich kämpfenden Briten, Schotten und Kanadier zum Kessel von Falaise führte.

Eroberung von Paris
Am 25. August wurde Paris erobert (Schlacht um Paris). Der deutsche Stadtkommandant General Dietrich von Choltitz verweigerte Hitlers Befehl, die Stadt bis zum letzten Mann zu verteidigen und ergab sich mit seinen Truppen kampflos. Durch die enorme Materialfülle und absolute Luftherrschaft konnten zu jeder Zeit deutsche Truppenansammlungen zerschlagen werden und kamen die Alliierten in der Folgezeit recht zügig voran. Zwar überdehnten sie bei ihrem schnellen Vorstoß zum deutschen Westwall ihre Versorgungslinien, aber durch den Aufbau neuer, schneller Nachschubwege (Red Ball Express), gelang es vor allem den in großen Mengen benötigten Treibstoff bereit zu stellen. Bereits am 3. September fiel Brüssel und am Tag darauf konnte Antwerpen besetzt werden. Einzig bei der Luftlandeoperation Market Garden konnte das II. SS-Panzerkorps den Briten und US-Amerikanern in Arnheim noch einmal eine schwere Niederlage beibringen.
Mit dem Verlust der Atlantikhäfen am Ärmelkanal und vor allem in der Bretagne (Schlacht um die Bretagne) setzte die deutsche Marine ihren U-Boot-Krieg von Norwegen aus fort. Bis zum 1. September griffen die Deutschen von Abschussrampen in Nordfrankreich aus mit Raketen (V1, V2) London an. Mit Arbeiten an dem Projekt „Friesenwall" sollte dem direkten Eindringen der Alliierten an der deutschen Nordseeküste entgegengewirkt werden.

Eroberung Aachens
Am 21. Oktober eroberten die Alliierten nach heftigen Kämpfen mit Aachen die erste deutsche Stadt. Am 22. November erreichten weiter südlich US-amerikanische Kräfte Metz und Straßburg. Im Dezember versuchten die Deutschen mit der Ardennen-Offensive die Oberhand im Westen zu gewinnen. Das Operationsziel, die Linien der Alliierten zu spalten und in breiter Front nach Belgien vorzustoßen, misslang nach heftigen Kämpfen jedoch.

1945

Alliierte Truppen erreichten am 7. März 1945 die unzerstörte Rheinbrücke von Remagen. Sie errichteten Brückenköpfe auf rechtsrheinischem Gebiet und kreisten das Ruhrgebiet ein. Die Heeresgruppe B der Wehrmacht unter Feldmarschall Model wurde am 1. April im so genannten Ruhrkessel eingeschlossen und kapitulierte am 18. April. Am selben Tag nahmen die US-Truppen Magdeburg ein, einen Tag später Leipzig.

Am 25. April trafen sich US-amerikanische und sowjetische Truppen in Torgau an der Elbe (Elbe Day); der letzte Einflussbereich der Deutschen zerfiel jetzt in zwei Teile. Am 26. April fiel Bremen an die Briten, die weiter nach Nordosten zogen. In rascher Folge nahmen sie Lübeck (2. Mai) und Hamburg (3. Mai), während die US-Armee in Wismar einmarschierte, wohl auch, um die Rote Armee daran zu hindern, bis Schleswig-Holstein und somit bis zur Nordsee vorzustoßen.

Am 5. Mai kapitulierte Generaloberst Blaskowitz, dessen Truppen in Holland eingekesselt waren. Während die britischen Einheiten Norddeutschland eroberten, wandten sich die US-Amerikaner nach Süden. Sie besetzten am 30. April München. Stuttgart fiel am 22. April an die französische Armee, die nach Süden bis Vorarlberg vordrang. Die US-Armee wandte sich zu den Alpen und traf am 3. Mai am Brennerpass mit ihren Landsleuten zusammen, die von Süden her Oberitalien besetzt hatten.

In Italien fiel Bologna am 19. April an die US-Truppen, während Genua am 27. April erobert wurde; einen Tag später ergriffen italienische Partisanen in Dongo den gestürzten „Duce" Benito Mussolini und ermordeten ihn. Am 2. Mai kapitulierten die deutschen Einheiten in Italien, am selben Tag marschierte die britische Armee in Triest ein.

Das Kriegsende in Europa 1945



Endkampf um Deutschland 1945

Der Endkampf um Deutschland 1945 ist die Schlußphase des Zweiten Weltkrieges in Europa. Sie bedeutet die Verteidigung des Deutschen Reiches vor den heranrückenden Alliierten an allen Fronten. Zum Zweck der Unterstützung wurde hierzu auch der Volkssturm gebildet. Der Endkampf um Deutschland 1945 ist die Schlußphase des Zweiten Weltkrieges in Europa. Sie bedeutet die Verteidigung des Deutschen Reiches vor den heranrückenden Alliierten an allen Fronten. Zum Zweck der Unterstützung wurde hierzu auch der Volkssturm gebildet.

Welchen Sinn das Aushalten und Weiterkämpfen der Wehrmacht in den letzten Wochen des Krieges hatte, wird durch folgende Punkte beantwortet:

1. Der humanitäre Sinn des Aushaltens vieler eingeschlossener Armeen lag in der Rettung von über 1,8 Millionen Menschen. Dazu zählen u.a. die vor der Roten Armee geflohenen Flüchtlinge aus Ost- und Westpreußen. Der heldenmütige und aufopferungsvolle Einsatz der
   Kriegs- und Handelsmarine beim Abtransport der Flüchtlingsmassen über die Ostsee im Rahmen der Operation Hannibal konnte nur durch das Ausharren der deutschen Verbände (an der Ostfront durch die 2. Armee, nachfolgend AOK Ostpreußen) ermöglicht werden.
2. Solange der Führer lebte, durften keine Kapitulation und Räumungen angeordnet werden. Als Hitler tot war, verblieb keine Zeit, Räumungen durchzuführen.
3. An der Ostfront war die primäre Aufgabe das Binden starker Kräfte der sowjet-russischen Armee, um sie an ihrer Hauptaufgabe, den Angriff über die Oder auf die Reichshauptstadt Berlin, abzuhalten. Zudem durften sie keinen Zugriff auf die Häfen Gotenhafen, Danzig und Hela erhalten. So gelang es z.B. der 2. Armee die Masse der 2. Weißrussischen Front für zehn Wochen zu binden (durch Verzögerung, Gegenangriff und Verteidigung). Erst ab dem 20. April 1945 konnte sich die Rote Armee weitgehend durchschlagen und Westpreußen, Danzig und Gotenhafen fielen.
4. Mit der Gewissheit, daß alle Feindmächte klare Zerstücklungs- und Vernichtungspläne gegen das deutsche Reich und Volk ausgearbeitet haben, kämpften ein Großteil der Soldaten heroisch „bis zur letzten Patrone“. Besonders Waffen-SS, Volkssturm und Organisation Werwolf leisteten fanatischen Widerstand gegen die Invasoren.
5. Als noch Aussichten bestanden, daß eingeschlossene Verbände ausbrechen würden, und man diesen dann entgegenkommen könnte. So musste z.B. unter allen Umständen der Verteidigung der Weichsel-Nogat-Linie mit den Brückenköpfen Marienwerder, Graudenz, Marienburg, Elbing aufrechterhalten werden, um die 4. Armee aufnehmen zu können. Bei einem Gelingen des Ausbruches der 4. Armee hätte diese die Verteidigung von Westpreußen mit Danzig übernehmen können, die 2. Armee wäre in Pommern frei geworden.

Motivation

Das Verhältnis der Polarität von Befehl und Gehorsam funktionierte in der Wehrmacht bis zum letzten Tag des Krieges. Die Einsicht bei den an der Ostfront kämpfenden deutschen Truppen, daß der Roten Armee unter allen Umständen der Zugang zu deutschen Gebieten verwehrt werden mußte, war angesichts der von den Bolchewisten an Gefangenen und Zivilbevölkerung verübten Greueltaten bis zum Troßsoldaten gegeben. An der Ostfront und auf dem Balkan waren, anders als zum Teil im Westen und in Italien[1], Abscheu und Haß durchaus Bestandteil der Motivation des deutschen Soldaten. So waren auch Kommandeure, Kompanieführer und Soldaten, die z.B. nicht gefestigt in der nationalsozialistischen Weltanschauung waren oder Hitler ablehnend gegenüber standen, davon überzeugt, daß sie dennoch verpflichtet waren, Hunderttausende von auf der Flucht befindlichen Deutsche wenigstens das Leben zu retten. An einen Sieg Deutschlands war in den letzten Kriegsmonaten längst nicht mehr zu denken, die Hoffnung auf ein einigermaßen glimpfliches Ende bzw. Remis blieb beim einfachen Landser, auch wenn die Feindmächte keinen Hehl aus ihren anti-deutschen Absichten machten. Dazu bedurfte es keiner Indoktrination und Propaganda. Die Reaktion der deutschen Truppe bei sowjetischen Gegenangriffen war hart und gnadenlos. Entscheidend für den Kampfwert war der Zusammenhalt der kleinen und großen Gruppe. Dieser Zusammenhalt bei den deutschen Truppen, auch unter schlechten Bedingungen wie 1945, gilt als einmalig im Zweiten Weltkrieg.

Festung Breslau

Die Festung Breslau war der Versuch der deutschen Wehrmacht, eine Verteidigungslinie an der Oder aufzubauen, die Einschließung des wichtigen Verkehrsknotenpunktes Breslau zu verhindern und die deutsche Stadt zu verteidigen. Diese Aktivitäten begannen am 23. Januar 1945, als die Rote Armee Brückenköpfe bei Oppeln – südlich von Breslau – und bei Ohlau – nördlich von Breslau – schuf. Die eigentliche Schlacht um die Stadt begann am 15. Februar mit der Einschließung und endete am 6. Mai mit der Kapitulation gegenüber der 6. sowjetischen Armee.

Evakuierung und Ausbau zur Festung

Am 20. Januar rief Gauleiter Hanke die nicht wehrtaugliche Bevölkerung auf, die zur Festung erklärte Stadt sofort zu verlassen. Es war kalter, strenger Winter, und Breslau war voller Menschen, viele waren während der letzten Woche aus den Dörfern und Städten rechts des Odertieflandes in Trecks hierher gekommen. Viele aus dem übrigen westlichen Reichsgebiet wohnten seit den letzten Kriegsjahren hier und waren von den Bombenangriffen feindlicher Flugzeuge bisher verschont geblieben. Allesamt mussten sie die Festungsstadt kurzfristig räumen. Allerdings war eine Evakuierung der Bevölkerung überhaupt nicht vorbereitet. Schon am ersten Tag herrschte auf den Bahnhöfen Panik. Die Züge konnten die Massen nicht aufnehmen. Gauleiter Hanke ordnete daher den Fußmarsch von Frauen und Kindern nach dem südwestlich gelegenen Umland bei Kostenblut und Kanth an. Während der panischen Flucht bei Frost und Schnee kamen Tausende von Kindern und alten Leuten um. Aufgrund dieser Ereignisse weigern sich nun viele Breslauer, die Stadt zu verlassen. Etwa 200.000 nicht kampftaugliche Männer und Frauen sowie junge Mädchen und Pimpfe der Hitler-Jugend blieben in der Stadt
Die nördlichen und östlichen Vororte von Breslau wurden zwangsweise geräumt, weil man hier den ersten Ansturm der Sowjets erwartete. In den verlassenen Häusern quartierten sich schon in den nächsten Tagen Wehrmacht und Volkssturm ein. Die politische Gewalt oblag den Parteiorganen und ihrem Befehlshaber, dem Gauleiter. Mit dem Evakuierungsbefehl der Zivilbevölkerung ließ Gauleiter Hanke auch alle Ämter und Institutionen, die für die Festungsverteidigung nicht unbedingt erforderlich waren, in andere Reichsgebiete verlegen. Es verließen auch viele Schüler mit ihren Lehrern die Stadt: die Universität, die Universitätskliniken, das Technikum, das Botanische Institut und die Museumseinrichtungen wurden verlegt. Auch die Geistlichen wurden aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Wehrfähige Männer mussten bleiben. Fünfzehnjährige Hitlerjungen und sechzigjährige Männer wurden zum letzten Volkssturmaufgebot mobilisiert. Bei Fahnenflucht drohte nach wie vor der Tod.

Verteidigung und Abwehr

Am 10. Februar wurde eine innerstädtische Evakuierung durchgeführt. Die Einwohner der östlichen Stadtteile zwischen den Oderläufen sowie der Stadtgebiete im Westen mussten ihre Wohnungen räumen und ihre voll bepackten Koffer zurücklassen.
Breslau war militärisch kaum befestigt. Am 15. Februar belagerten sowjetische Truppen vom Süden und vom Westen her die Vororte Breslaus. Mit Flammenwerfern und Panzerfäusten kämpfte man beinahe um jedes Haus, und es gab kaum ein Haus, das nicht schwer zerstört worden war. Eine Moskauer Zeitung berichtete von den Häuserkämpfen in Breslau:
„Gekämpft wurde nicht nur in jedem Haus, Stockwerk oder Zimmer, sondern um jedes Fenster, wo die Deutschen Maschinengewehre und andere automatische Waffen installiert haben."
Die sowjetischen Stoßtrupps zerstörten bei ihren Straßenangriffen zuerst die Eckgebäude der Häuserreihen mit Granatwerfer- oder Panzerbeschuss. Die Flammen vertrieben dann die Verteidiger aus den ersten Häusern, dann folgten die Flammenwerfertrupps und steckten ein

Gebäude nach dem anderen in Brand. Als Vorbeugung gegen das Ausbrennen der Straßen räumten Wehrmachtstrupps mit Hilfe von Zivilisten das Mobiliar, sämtliche brennbaren Gegenstände aus den Wohnungen, Büroräumen und Geschäften auf die Straße und verbrannten alles, was man auf die Straße gebracht hatte,
In der Stadt wurden Gebäude abgerissen, um Material für Verteidigungsanlagen zu gewinnen und dem angreifenden Gegner im Häuserkampf die Deckung zu nehmen:. In den Parks und Promenaden gingen Geschütze in Stellung. An Straßenkreuzungen sprengte die Wehrmacht ganze Häuser. An jeder Straßenecke, an jeder Litfaßsäule riefen Plakate zur Mithilfe und zum Kampf auf. Alte Männer, die nicht mehr kräftig genug waren, die Stadt zu verlassen, mussten das Straßenpflaster aufreißen und Steinbarrikaden errichten. Aus den Trümmern errichtete man Barrikaden. Straßenbahnen fuhren herbei, um Straßen zu verbarrikadieren. Mit Pferden wurden Möbelwagen herbeigebracht, ausgebrannte Panzer wurden herbeigeschleppt. Parterren und Keller verwandelten sich in Schießstände.
Am 27. März ordnete der zuständige NSDAP-Gauleiter Hanke die Räumung aller verlassenen Wohnungen der Stadt an - bis zum ersten Stock herab: Arbeitstrupps wurden zusammengestellt, die Möbel, Bilder, Teppiche und Bücher, überhaupt das gesamte leicht entzündliche Inventar der Wohnungen durch die Fenster auf die Straße werfen mussten, von wo es abtransportiert und auf freien Plätzen verbrannt wurde.

Versorgung
Die bald dringlich werdende Munitionsversorgung erfolgte auf dem Luftwege von Dresden aus. Sämtliche verfügbare dreimotorige Transportflugzeuge (JU 52) waren im ständigen Einsatz. Mit Lebensmitteln und sonstigen Vorräten war die Stadt reichlich versorgt. In den Kühlhäusern hatte man das Fleisch von etwa 16.000 Schweinen eingelagert. Aus der Umgebung hatte man außerdem vor der Belagerung herdenweise Rinder in die Stadt getrieben, denen in der Festung freilich die Futtermittel fehlten.
Nachschub an Munition wurde von Flugzeugen herangebracht, die auf dem Flugplatz Gandau im Westen der Stadt landeten. Die Kämpfe der letzten Wochen hatten die Munitions- und Betriebsstoffvorräte knapp werden lassen, so dass ohne dauernden Nachschub auf dem Luftweg die künftige Verteidigung gefährdet war. Die Belagerer kontrollierten bald die Luftversorgung, so dass wegen Flakbeschuss und Jagdfliegerbeschuss nur nachts Anflüge mit Transportflugzeugen erfolgen konnten.
Nach der Eroberung des Flugplatzes befahl General Niehoff, einen zweiten Landeplatz hinter der Kaiserbrücke zu bauen. Dort ließ er ein ganzes Stadtviertel dafür sprengen. Zwangsarbeiter und Zivilisten arbeiteten im ständigen Feuer der Belagerer tags und nachts. 13.000 Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein.

Schicksal der Stadt
Während der Osterfeiertage 1945, am 1. und 2. April, warfen hunderte Flugzeuge mehrere tausend Bomben auf das Stadtgebiet von Breslau ab. Die massivste Bombardierung vollzog sich am Ostermontag. Durch die abgeworfenen Phosphorbomben kam es zu schwerwiegenden Bränden in der ganzen Stadt.
Von 30.000 Gebäuden lagen, am Ende der Kampfhandlungen, 21.600 in Trümmern. Viele Industriebetriebe und wertvolle Kulturdenkmäler wurden völlig zerstört.

Kapitulation
General Niehoff mußte sich am 6. Mai 1945 zur Kapitulation entschließen. Sie erfolgte vor dem Oberbefehlshaber der 6. russischen Armee, General Glusdovskij. General Niehoff verbrachte elf Jahre in sowjetischer Gefangenschaft.
Nach Schätzungen des britischen Historikers Norman Davies kamen im Kampf um Breslau insgesamt 170.000 Zivilisten, 6.000 deutsche und 7.000 sowjetische Soldaten ums Leben.

Die deutschen Friedensangebote und ihre Ablehnung

In der Reihe der bereits geschilderten Haupt-Kriegsverbrechen der Siegermächte im Zweiten Weltkrieg darf eines wegen seiner enormen Wichtigkeit nicht übersehen werden: Die Ablehnung der zahlreichen Friedensbemühungen Deutschlands durch die Westalliierten, die von der damaligen Reichsregierung, den europäischen Monarchen, den Kirchen und ab 1943 auch von seilen des deutschen Widerstandes, unternommen wurden.
Es waren insgesamt etwa fünfunddreißig bis vierzig Initiativen, welche sämtlich an der Kriegslüsternheit der nordatlantischen Kriegsgötter scheiterten. Was wäre der Menschheit doch alles erspart geblieben, wenn der Krieg nach einigen Tagen, Wochen, Monaten oder auch noch in den ersten Kriegsjahren beendet worden wäre. Der dringende Wunsch und die Bereitschaft der einen Seite zum Frieden und der anderen Seite der Wille zum Krieg beweist überzeugend, wer den Krieg wollte, ihn schließlich erzwang und ihn bis zur Vernichtung des deutschen Volkes führen wollte.
Der vorzügliche Bericht von Wolfgang Hackert „Die Friedensbemühungen der Reichsregierung", Seite 26 bis 31, soll hier gekürzt wiedergegeben werden. Er schildert ausschließlich die Bemühungen der damaligen Reichsregierung, nach Kriegsbeginn betrachtet. (Erschienen in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart" 1/1992, Tübingen 1992, Seite 26 bis 31.)
1. Der Krieg war am 1. September 1939 erst wenige Stunden alt, als der Legationsrat an der deutschen Botschaft in London, Dr. Fritz Hesse, die Vollmacht erhielt, der sich noch im Friedensstand mit dem Reich befindlichen britischen Regierung folgendes Angebot zu unterbreiten: *„Das Reich ist bereit, die deutschen Truppen aus Polen sofort auf die Grenzen zurückzuziehen und Schadenersatz für den bereits angerichteten Schaden anzubieten unter der Voraussetzung, daß England im deutschpolnischen Konflikt die Vermittlung übernimmt und dem Reich Danzig unter Wahrung der polnischen Interessen als rein deutsche Stadt zugesprochen wird sowie die exterritoriale Verkehrsverbindung zu Ostpreußen durch den Korridor."* Nach Unterbreitung des von „höchster Stelle" legitimierten Angebotes erhielt Dr. Hesse durch seinen Verhandlungspartner, Staatssekretär Horace Wilson, eine verbale Belehrung, warum England im kommerziellen und politischen Bereich keine Vorherrschaft Deutschlands dulden werde. (Fritz Hesse, „Das Vorspiel zum Krieg", Seite 181 ff.)
2. Am 2. September unternahm Mussolini im Einverständnis mit der Reichsregierung einen Vermittlungsvorstoß. Im Londoner Foreign Office (FO) knüpfte man an die Vorschläge des Duce die militärisch unzumutbare Bedingung, die deutschen Truppen müßten noch vor Konferenzbeginn in ihre Ausgangsstellungen zurückkehren. Dies würde bedeuten, daß die Wehrmacht im Falle eines Scheiterns der Konferenz vor einer veränderten strategischen Lage stehen würde, die zusätzliche Verluste erfordern könnte.
3. In den Morgenstunden des 3. September spielte Hermann Göring mit dem verwegenen Gedanken, sofort persönlich nach England zu fliegen, um den Frieden zu retten. Die britische Regierung hatte ihm schon durch den Unterhändler der Reichsregierung, den schwedischen Industriellen Birger Dahlerus, die Landeerlaubnis zugesagt. Als Göring dann vor dem Start die zum Flug unbedingt notwendige Rückbestätigung einholen wollte, schützte das Foreign Office plötzlich formaljuristische Probleme vor und verzögerte so den Abflug Hermann Görings bis nach dem um elf Uhr von britischer Seite erklärten Eintritt des Kriegszustandes.
4. Nichtsdestoweniger suchte der unermüdliche Dahlerus sogleich erneut die Vermittlung und stellte mit viel Mühen noch einmal eine Verbindung zum Foreign Office her. Wieder erhielt man positiven Bescheid bei gleichzeitiger Absicht, den Flug zu verhindern. Als man die Rückbestätigung erbitten wollte, ging in London niemand mehr ans Telefon. (Dahlerus, „Der letzte Versuch", Seite 136 ff.)
5. Dahlerus zog sich nach dem Scheitern seiner mit großem persönlichen Einsatz erbrachten

Friedensbemühungen nach Schweden zurück, wurde in Stockholm jedoch sofort über den dortigen britischen Gesandten Monson erneut aktiv. (Publik Relations Offices - Foreign Office C 1648 .. .)
Über den Stockholmer Kanal ließ Göring als Oberbefehlshaber der deutschen Luftwaffe den Engländern mitteilen, daß die deutschen Geschwader nicht offensiv, sondern nur zu Vergeltungsangriffen gegen England eingesetzt werden würden. Sodann versprach er die Integrität des polnischen Staates, bis auf die alten deutschen Gebiete, unangetastet zu lassen sowie die Diskriminierung der Juden einzustellen. (Bernd Martin, „Friedensinitiativen", a. a. O., Seite 89.) Das Foreign Office reagierte in einer Weise, die fatal an die vierzehn Punkte Wilsons unseligen Andenkens erinnern. Man erklärte amtlich, unter den gegebenen Umständen könne man kein deutsches Friedensangebot erwägen, da die deutsche Regierung zu unglaubwürdig sei. Bevor Verhandlungen in Fluß kämen, müßte entweder die Regierung umgestellt oder abgeschafft werden.
Vorstellbar sei ein Hermann Göring als Ministerpräsident und Hitler als so etwas wie ein Reichspräsident. (Göring hatte diese Konstellation selber gefördert, da er zu auffällig nach dem Regierungsamt getrachtet hatte, was in England bekannt war. Erkannt hatte man natürlich auch die Unmöglichkeit der Göringschen Absichten, konnte also risikolos überzogene Forderungen aufbauen.
Über die deutschen Friedensfühler der Jahre 1939/40, die im Public Relations Office lagern, gibt es acht Aktenbände von ca. zweihundertfünfzig Seiten Umfang, siehe hierzu Bernd Martin, a. a. O., Seite 89, Anm. 29.)
6. Mitte September, der günstige Ausgang des Polen-Feldzuges wurde für alle Welt offensichtlich, änderte man in London die Haltung und nahm seinerseits über Dahlerus Kontakt zu Göring auf. Die veränderte Situation gebot es, die Tür einen Spalt offenzuhalten. Am 18. September unterbreitete Göring daraufhin den Briten über Dahlerus noch einmal die bereits erwähnten Vorschläge, welche um die Zusage einer möglichen deutschen Abrüstung unter internationaler Aufsicht ergänzt worden waren. (Telegramme Monson-Foreign Office, Nr. 73 und 76 vom 18. September 1939.)
In London aber verwies man abermals auf die sehr nebulösen „gegenwärtigen Umstände", welche die Annahme eines deutschen Friedensangebotes für England unangebracht erscheinen ließen, beteuerte aber weiterhin Verhandlungsbereitschaft. Diese ersichtliche britische Taktik ließen die folgenden Gespräche ebenfalls im Sande verlaufen. (Bernd Martin, a. a. O., Seite 91.)
7. Am 29. September 1939 nahm Hitler persönlich den Faden wieder auf. Er bemühte dabei Alfred Rosenberg, den sogenannten Chefideologen der NSDAP. Rosenberg verfügte über eine Verbindung zu einem nach England emigrierten baltischen Baron namens de Ropp, der politischer Berater des britischen Luftfahrtministeriums geworden war. Was Hitler über Rosenberg/de Ropp den Engländern anbot, war sensationell: An der Weichsel, der Grenze der UdSSR, werde man einen Ostwall - noch stärker als der Westwall - entstehen lassen, und zwischen diesem und der neuen Reichsgrenze im Osten solle eine neue polnische „Staatlichkeit" gebildet werden. (In den Nachkriegsveröffentlichungen der Akten zur deutschen Auswärtigen Politik wird dieser Vorgang unterschlagen. Siehe hierzu Hans G. Seraphim, Seite 80 f., und Rosenbergs Tagebuch-Eintrag vom 29. September 1939.)
De Ropp, der sich in der Schweiz aufhielt, leitete Hitlers Vorschläge an das Foreign Office weiter. Man bedauerte dort: Die „allgemeine Kriegspsychose" lasse die Entsendung eines Emissärs nicht zu : die wahrhaft seltsamste Ausrede in einer so schicksalsentscheidenden Frage. (Bernd Martin, a. a. O., Seite 95.)
8. Parallel zu Hitlers Initiative wurde Dahlerus erneut aktiv. Er flog am 28. September 1939 nach London und unterbreitete dort Unterstaatssekretär Cadogan wie auch dem Referenten der Deutschlandabteilung im Foreign Office, Frank K. Roberts, neue Friedensvorschläge Görings. Es waren, nach den Aussagen Dahlerus, erweiterte Gedankengänge Hitlers, wie

dieser sie ihm gegenüber zuvor ausgeführt hatte (unter anderem Verzicht auf deutsche Kolonialforderungen, internationale Welthandelskonferenz). („Cadogan Diaries", 29. September des Jahres 1939.)
Am 29. September erläuterte Dahlerus diese Vorschläge noch einmal „auf höchster Ebene", das heißt vor Premier Chamberlain und Außenminister Halifax. Dabei bezog er sich auf Görings Vorschlag, ein Treffen zwischen diesem und dem britischen Generalstabchef Ironside in einem neutralen Lande zum Zweck eines Friedensschlusses durchzuführen. Die Vertreter der britischen „höchsten Ebene" bezogen sich abermals auf die sogenannten „gegenwärtigen Umstände", welche kein Vertrauen in die deutschen Vorschläge zuließen.
9. Angesichts dieser ernüchternden Behandlungsweise brachte der nimmermüde Schwede eine angeblich über Nacht geborene Idee ins Spiel: In einem Plebiszit sollte das deutsche Volk sein Wort für den Frieden verpfänden und damit die gegenwärtige Regierung, deren Sturz ausgeschlossen sei, auf eine gemäßigte Politik verpflichten (Bernd Martin, a. a. O., Seite 99; „Cadogan Diaries", 30.September des Jahres 1939.)
Durch die massiven deutsch-schwedischen Friedensbemühungen wurde danach im Foreign Office guter Rat immer teurer; die Flinte warf man deshalb nicht ins Korn: Die Reichsregierung solle das durch ihr Zutun entstandene Mißtrauen beseitigen und danach die Frage einer Volksabstimmung auf werfen (!). Daß man dies gerade deutscherseits durch den Vorschlag einer Wiedergeburt des polnischen wie auch des tschechischen Staates beabsichtigte, zählte in London nichts. Dahlerus wurde angewiesen, seine Vermittlertätigkeit nach Den Haag zu verlegen. Weitere Einreisen nach England wurden ihm untersagt.
10. Am 6. Oktober 1939, die Kämpfe in Polen waren beendet, hielt Hitler vor dem Reichstag seine lange erwartete Friedensrede. Sie enthielt die folgenden Kernaussagen: Das Polen des Versailler Diktats habe aufgehört zu bestehen. Man sei aber bereit, einem durch die Garantien der Großmächte abgesicherten Restpolen zum Leben zu verhelfen. Das Reich sei bereit, sich einer allgemeinen und internationalen Rüstungsbeschränkung zu unterwerfen, welche von neutralen Gremien überwacht werde. Es solle eine neue Weltwirtschaftskonferenz nach dem Muster der von der damaligen Staatengemeinschaft geplanten, dann aber von der Roosevelt-Regierung torpedierten zwecks Neuordnung der Märkte und Währungen vorbereitet werden. Hitler bot im Grunde Frieden unter der Voraussetzung an, daß Deutschlands Rolle als gleichberechtigte Großmacht anerkannt werde. Erst am 12. Oktober 1939 antwortete der britische Premierminister. In einer Rede vor dem Unterhaus verlangte er einseitige Vorleistungen der Reichsregierung; nur so könne diese den durch ihr Zutun entstandenen Vertrauensbruch kitten, danach werde man urteilen. Auf die konkreten Vorschläge des Führers antwortete er nicht.
11. und 12. Zwei weitere Vorstöße Dahlerus in Den Haag verliefen ebenfalls ergebnislos, und Dahlerus zog daraus den - wohl berechtigten - Schluß, das Foreign Office betreibe eine Hinhaltetaktik, und brach die Gespräche vorerst ab.
13. Endgültig aufzugeben aber lag nicht in der Absicht Hermann Görings. Göring wagte sich direkt an die Höhle des Löwen und versuchte, zum Weißen Haus in Washington eine Verbindung aufzubauen.
Über einen bekannten Ölmillionär namens William Rhodes Davis bemühte sich Göring, mit Roosevelt ins Gespräch zu kommen. Nach anfänglichen Erfolgen, Davis wurde von Roosevelt und Außenminister Hüll empfangen, zerschlug sich auch diese Hoffnung. Nach einem zweiten Besuch von Davis im Weißen Haus, er hatte inzwischen bei Göring in Berlin Bericht erstattet und neue Vorschläge von ihm mitbekommen, verweigerte man ihm den Zutritt zum Präsidenten.
14. Göring gab noch immer nicht auf. Man schaltete den Präsidenten von „General Motors" in Rüsselsheim, James D. Mooney ein, der mit deutschen Verhältnissen bestens vertraut war. Mit Vorschlägen an London wie Umbildung der deutschen Regierung, Aufkündigung der Bündnisse mit Japan und der UdSSR für den Fall einer Einigung mit England, wurde Mooney

im Foreign Office vorstellig. Er mußte die gleichen Erfahrungen machen wie zuvor der unermüdliche schwedische Unterhändler. Man erwartete als Vorbedingung für den Beginn von Verhandlungen den politischen Selbstmord der amtierenden Reichsregierung.
15. und 16. Auf Anregung norwegischer Regierungskreise versuchte der international hochangesehene Polarflieger, Luftwaffenmajor Tryggve Gran, mit der britischen und amerikanischen Botschaft in Oslo Verbindung aufzunehmen. Er scheiterte mit seinen Bemühungen genauso wie Dahlerus, der im Winter 1939 noch einmal einen Vorstoß in London wagte. Unterstaatssekretär Cadogan erklärte ihm unverblümt, daß Gespräche erst beginnen könnten, wenn Hitler endgültig von der politischen Bühne abgetreten und das deutsche Volk zu der Einsicht gelangt sei, daß die Politik der NS-Regierung zu seinem Untergang führe. Dahlerus gab angesichts dieser Haltung, die das Beharren auf Unmöglichem als Politik verstanden wissen wollte, sein Bemühen endgültig auf. (H. G. Dahms, Seite 37 ff.; Bernd Martin, a.a. O., Seite 116; Aufz. UStS Cadogan, „Cadogan Diaries" vom 28. Dezember 1939.)
17. Vom Frühjahr 1940 bis hinein in den Sommer regierte der Kriegsgott über Europa: Norwegen, Frankreich, Belgien und Holland wurden nach kurzem Kampf und Dänemark kampflos von den Deutschen besetzt. Den günstigen Ausgang der Entwicklung vor Augen, glaubte Hitler nun, dem von ihm so umbuhlten Albion ein generöses Friedensangebot unterbreiten zu können. Er ließ, eine Einmaligkeit in der Kriegsgeschichte, bei Dünkirchen die gesamte britische Festlandsarmee über See entkommen, etwa dreihundertfünfzigtausend Mann.
Auch dieser unübersehbare Wink blieb unbeantwortet. Britanniens totales Schweigen auf diesen schon selbstzerstörerischen Verständigungswillen war dann auch Anlaß zu Hitlers resignierender Feststellung, England arbeite offenbar an seinem eigenen Untergang. So sehr sich die Richtigkeit dieser Feststellung im nachhinein bewiesen hat, Hitler wie auch der gesamten Reichsregierung blieb anscheinend die Erkenntnis versagt, daß die Entscheidungen der britischen Politik in Washington getroffen wurden.
Die finanzpolitischen Pokerpartien des früheren Finanzministers Churchill hatten das Empire in ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis zur US-amerikanischen Hochfinanz gebracht, das diese nun nutzte, um es zu beerben. Dies aber war nur über den Umweg eines langen Krieges möglich.
Am 5. Mai 1941 hielt Stalin vor den Spitzen der Roten Armee und der Partei im St. Georgssaal des Kremls jene berühmte Rede, in der er seine beabsichtigte Eroberung Mitteleuropas bekanntgab. Wenn auch der vollständige Text dieser aufklärenden Rede der Reichsregierung erst im Verlauf des Krieges durch gefangengenommene russische Ohrenzeugen bekannt wurde, so wurde doch ihr ungefährer Inhalt der Reichsregierung unmittelbar, vermutlich durch die Telefonabhörzentrale des Reiches, durch das „Forschungsamt", bekannt. Da die Reichsregierung verständlicherweise diese höchst unerwünschte Kriegsausweitung zu vermeiden suchte, wurde ihr die Kenntnisnahme vom bevorstehenden Überfall der UdSSR auf Deutschland Anlaß zur massivsten Friedensbemühung.
18.Am 10. Mai 1941 flog der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, in vollem Einverständnis desselben mit einer ME 110 nach England. (Auswertungen bisher geheimer KGB-Akten aus Moskau durch den Engländer John Costello in seinem Buch „Zehn Tage, die den Westen retteten" [1991] beweisen auch, daß Heß mit Zustimmung der Reichsregierung nach Großbritannien flog. Vergleiche auch Rezension des Buches in der „Welt" vom 16. Oktober 1991.) Heß flog in der Eigenschaft eines Parlamentärs nach Artikel 32 ff. der Haager Landkriegsordnung vom 18. Oktober 1907. Dieses sich in Bewußtsein zu rufen ist notwendig, um das ganze Ausmaß des unglaublichen Skandals von Heß fünfundvierzigjähriger Inhaftierung wie auch seiner Ermordung durch Engländer am 17. August 1987 in seinen vollen Dimensionen zu begreifen.

Vom 13. bis 15. Mai 1941 fanden zwischen Rudolf Heß und dem Bevollmächtigten der britischen Regierung, Sir Ivon Kirkpatrick, Gespräche statt. Am 10. Juni erfolgte dann eine nochmalige zweistündige Unterredung zwischen Heß und Lordkanzler Simon als Bevollmächtigtem der Regierung. (Siehe Wolf Rüdiger Heß, „Mord an Rudolf Heß?" - Viktor Suworow, „Der Eisbrecher"; Hans Bernhard, „Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte", Seite 239; Ritter, „Daten und Fakten zum Dritten Reich".)
Was Heß im Gepäck mitführte, wird der Menschheit mindestens bis zum Jahre 2017 verborgen bleiben. Die Tatsache, daß die Heß-Dokumente von London mit einer fünfundsiebzigjährigen Sperrfrist belegt wurden, ist der deutlichste Gradmesser ihrer Bedeutung. So läßt auch die Reaktion derer, die sich bisher, wenn auch nur sehr vage, zum Inhalt äußerten, auf eine brisante Zusammensetzung der deutschen Vorschläge schließen. Sollten diese Dokumente das Jahr 2017 vollständig und unmanipuliert erleben, darf vermutet werden, daß sie die damalige britischen Regierung schwer belasten werden. Mit dem Friedensflug des Führerstellvertreters endet die endlos erscheinende Kette deutscher Friedensbemühungen - um in den Friedensbemühungen des deutschen Widerstandes noch eine Fortsetzung zu erleben, denen die Roosevelt-Regierung aus den uns bekannten Motiven das gleiche Schicksal bereitet hat; ihre Annahme wäre der angestrebten Verwirklichung des „amerikanischen Jahrhunderts" abträglich gewesen. Diese, seit der Jahrhundertwende angestrebte Vision nämlich, ließ sich nur über den Umweg eines Weltkrieges verwirklichen. Es war eine Folge, die in ihrer Skrupellosigkeit das Fassungsvermögen europäischer Denkungsart überschritt. (W. Hackert, „Die Friedensbemühungen der Reichsregierung", Seite 308.)
Oberst Curtis B. Dali, Schwiegersohn Roosevelts, schildert in seinem Buch „Amerikas Kriegspolitik" das wohl spektakulärste Friedensangebot des deutschen Widerstandes im Sommer 1943, das von Roosevelt ebenfalls ignoriert wurde. (Curtis B. Dali, Seite 217.)

Der trügerische Schlüssel zu Hitlers „Langzeitplan“ Hitlers Buch „Mein Kampf“

Die ersten Rückbezüge der Hitler-Deutung greifen stets auf sein Buch „Mein Kampf zurück. Da beschreibt der 34 Jahre alte Hitler sein Weltbild und Programm, wie er es 1924 sieht. Das Buch reflektiert viele der Probleme Deutschlands zu jener turbulenten Zeit. Es ist antisemitisch und zu Teilen aggressiv.
Doch ab etwa 1930 erklärt Hitler selbst, daß er dieses Buch unter den ganz konkreten Zeitumständen der frühen 20er Jahre zu Papier gebracht hat. 1923 wird Deutschland von einer totalen Geldentwertung heimgesucht, und 1921 und 1923 besetzen französische und belgische Truppen mitten in einem Frieden, der offensichtlich keiner ist, erst Frankfurt, dann Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und dann das ganze Ruhrgebiet. Ab 1930 versichert Hitler, als er in der Politik Gewicht bekommt, mehrfach in seinen Briefen und Reden, daß sein Buch „Mein Kampf unter dem überwältigenden Eindruck jener Ereignisse entstanden ist, und daß er nun keine Auseinandersetzungen mehr mit Frankreich wünscht.
Die Verlockung, dies zu glauben, muß man den Deutschen 1933 so zugute halten, wie man es sich heute selber zugesteht, auf die späte Mäßigung und Reife früher radikal gewesener Politiker zu setzen. Theodor Heuss, der erste deutsche Nachkriegs-Bundespräsident, schreibt 1931 das Buch „Hitlers Weg“. 1968 wird dieses Heuss-Buch über Hitler mit einem Vorwort des Historikers Prof. Jäckel neu herausgegeben. Er schreibt:
„Seit dem September 1930 war Hitler nicht nur im Ton maßvoller. Auch in der Sache sprach er anders. Eine Regierungsübernahme oder doch -beteiligung schien in den Bereich des Möglichen gerückt, und aus Hitlers Reden verschwanden fast von einem Tag auf den anderen vor allem die Kriegs- und Eroberungspläne. ... Wer mochte „Mein Kampf“ und die früheren Reden wörtlich nehmen, nachdem Hitler das selbst desavouierte? Ganz abgesehen davon, daß es zu wahnsinnig erschien, als daß man es vorher hätte ernst nehmen können.“
Kurze Zeit nach Hitlers Amtsantritt bringt der deutsche Botschafter in Oslo Ernst von Weizsäcker den gleichen Gedanken zu „Mein Kampf in einem Brief nach Deutschland zu Papier:
„Man wird ja aus Büchern doch nicht klug. Ich las jetzt das etwas veraltete Buch von Hitler „Mein Kampf“. Am meisten Eindruck macht mir zu Beginn die Warmherzigkeit gegenüber dem sozialen Elend. Das ist kein Reaktionär! Unserein muß die neue Ära stützen. Denn was käme denn nach ihr, wenn sie versagte. Natürlich muß man ihr auch mit Erfahrung, Auslandskenntnis und allgemeiner Lebensweisheit beiseite stehen.“
So vermittelt Hitler dem deutschen Hörer oder Leser 1930 oder 33 nicht den Eindruck, daß er Deutschland eines nicht so fernen Tages in den Krieg führt.

Die geheimen Hitler-Reden und die Schlüsseldokumente

Ab dem November 1937 bekommen einige, ganz wenige der Hitler-Reden eine neue Qualität. Es sind Ansprachen vor geschlossenem Kreis, die erstmals Rückschlüsse auf Hitlers Absicht erlauben, von sich aus Krieg zu führen. Erwähnenswert sind vor allem die drei Reden vom 5. November 1937, vom 23. Mai 1939 und vom 22. August 1939. Sie gelten der Geschichtsschreibung als Schlüssel zur Offenlegung der verbrecherischen Pläne Hitlers, Krieg zu führen, Verträge zu brechen, Völker zu unterwerfen und Land zu erobern. Der Begriff „Schlüssel“ stammt aus den Nürnberger Prozessen von 1945 und 46, in denen die Niederschriften

dieser Reden als sogenannte Schlüsseldokumente als Beweise der
Schuld der „Hauptangeklagten" gelten. Den politischen Machthabern und den
obersten Militärführern des Dritten Reichs wird im Prozeß „die gemeinsame
Planung des Krieges und eine Verschwörung gegen den Frieden" vorgeworfen.
Die Schlüsseldokumente sollen den Beweis erbringen, daß Hitler den in Nürnberg
Angeklagten seine Pläne aufgedeckt hat, daß sie auf diese Weise zu Mitwissern
geworden und demzufolge mitverantwortlich am Ausbruch des Zweiten
Weltkriegs sind.
Die sogenannten Schlüsselreden stehen in gewisser Weise in Kontrast zu Hitlers
öffentlichen Reden. An der wahrheitsgetreuen Niederschrift dieser Reden gibt es
jedoch Zweifel. Deshalb müssen die Nürnberger Schlüsseldokumente mit den
geheimen Reden genau betrachtet werden.
Bei der ersten dieser Schlüsselreden räumt der Herausgeber der gesammelten
Hitler-Reden, Archivdirektor Dr. Max Domarus selber ein, daß es solche Zweifel
gibt, doch er tilgt sie mit dem Hinweis, daß die spätere Kriegspolitik Hitlers
die Echtheit der Redeniederschriften im nachhinein bestätigt habe28. Diese Logik
kann nur Hitlers Schuld am Krieg belegen, doch nicht die seiner Zuhörer, die –
was damit weiter offen ist – ab November 1937 Hitlers Pläne kennen oder nicht.
Die korrekte oder nicht korrekte Wiedergabe dieser Hitler-Reden ist für die Frage
von entscheidender Bedeutung, ob die Wehrmachtsführung die Absicht Hitlers,
von sich aus Krieg zu führen, erkannt hat oder nicht. Bei einer juristischen
Bewertung der Beweiskraft jener Dokumente gibt es starke Zweifel.

Hitlers Rede vom 5. November 1937 und das Hoßbach-Protokoll

Bei der ersten der drei Schlüsselreden – sie ist vom 5. November 193729 – handelt
es sich eigentlich um eine Besprechung. Kriegsminister von Blomberg bittet
Hitler um eine Konferenz, um mit ihm und den Oberbefehlshabern der drei
Wehrmachtsteile dringende Rüstungs- und Rohstoff-Fragen zu erörtern. Die
Geschichtsschreibung
nennt sie deshalb eine Rede, weil im wesentlichen nur erhalten
ist, was Hitler in der Besprechung sagt. Die „Rede" wird heute nach dem Mann benannt, der
ihre Niederschrift gefertigt hat, nach dem damaligen Oberst
Friedrich Hoßbach, Hitlers Wehrmachtsadjutant. Die Niederschrift ist irreführend
als das Hoßbach-"Protokoll" in die Geschichte eingegangen, doch sie
hat keinen Protokollcharakter. Hoßbach, der nicht stenographieren kann, schreibt
fünf Tage nach jener Besprechung Hitlers und der Generale aus dem Gedächtnis
nieder, was er davon behalten hat. Als er Hitler das Papier zur Einsichtnahme
und Kontrolle vorlegt, hat der keine Zeit, es durchzusehen und den Inhalt durch
seine Paraphe zu bestätigen. Nachdem Kriegsminister von Blomberg und der
Generalstabschef des Heeres Beck die handschriftliche Gedächtnisniederschrift
gelesen haben, geht sie zu den Akten.
Im Nürnberger Prozeß taucht das „Hoßbach-Protokoll" als Hauptbelastungsindiz
gegen die Teilnehmer jener Besprechung vor acht Jahren wieder auf. Doch das,
was nun als Protokoll vorgelegt wird, ist nicht Hoßbachs Originalpapier. Es ist
die Fotokopie einer maschinengeschriebenen Abschrift jener Hoßbach-Niederschrift.
General Hoßbach wird im März und Juni 1946 als Kriegsgefangener –
jedoch nicht als Zeuge im Prozeß – zu diesem „Hoßbach-Protokoll" vernommen.
Er sagt aus, daß er nicht bestätigen kann, daß die vorliegende Kopie mit
seiner Niederschrift von 1937 in allen Teilen übereinstimmt31. Doch „in summa"
sei die Kopie die Wiedergabe seines Originals.
„In summa" heißt, nicht im Detail. Hoßbach hat seine Niederschrift nicht selbst

mit der Maschine abschreiben lassen. Das tut 1943 oder 44 ein Offizier, der die Kopie „zu treuen Händen“ an einen Verwandten übergibt, der sie dann an die Gegnermächte weiterleitet. Der Weg der Hoßbach-Niederschrift von 1937 bis 1946 läßt ein paar Fragen offen. Es kann sein, daß das „Hoßbach-Protokoll“ nach Inhalt, Schärfe und Nuancen wiedergibt, was Hitler der Generalität im November 1937 offenbart. Es kann auch sein, daß die Niederschrift auf ihrem Weg nach Nürnberg so überarbeitet worden ist, daß sie erst dadurch zum Beweisstück wird. Immerhin schreibt der Luftwaffenadjutant Hitlers von Below, daß die Kopie nach seiner Erinnerung länger ist, als das Original, das er gesehen hat. Reichsmarschall Göring weist 1946 im Nürnberger Prozeß daraufhin, daß einige der Punkte und Formulierungen im vorliegenden „Beweisstück“ so nicht der Stil des „Führers“ waren.
Auch Großadmiral Raeder zieht die Echtheit von Abschrift und Kopie in Zweifel und beantragt im Prozeß, daß das Original der Abschrift vorgelegt wird, das im Besitz der Amerikaner ist. Sein Anwalt will überprüfen, ob zwischen der Maschinenabschrift und der Fotokopie Montagen vorgenommen worden sind. Das Gericht lehnt diesen Antrag ab. Die Amerikaner weigern sich, das Original der Schreibmaschinenabschrift zu einer Prüfung vorzulegen. So ist nicht auszuschließen, daß die im Prozeß vorgelegte Kopie ein paar belastende „Eindeutigkeiten“ und Zuspitzungen enthält, die nicht aus Hitlers Munde stammen. Der Verdacht und seine Widerlegung müssen offen bleiben.
Ein weiteres Verdachtsmoment für die „Frisur“ am Hoßbach-Protokoll kommt mit den Randbemerkungen auf, die das Original oder die Abschriften getragen haben sollen. Hoßbach weiß bei seiner Vernehmung nichts von den Vermerken, doch er kann sich irren. Die in Nürnberg als Beweisstück vorgelegte Fotokopie der Abschrift trägt solche Randvermerke des Reichskriegsministers von Blomberg, des Generalobersten Freiherr von Fritsch und nach Aussage des britischen Hauptanklägers Shawcross auch einen schriftlichen Randvermerk von Fritschs Nachfolger Generaloberst von Brauchitsch. Von Fritsch, der zwar auf jener Konferenz zugegen ist, tritt am dem Tag, als Hoßbach sein Papier schreibt, eine lange Reise nach Ägypten an. Hoßbach selber zweifelt, daß von Fritsch sein „Protokoll“ je gelesen hat. Bei von Brauchitsch ist der Sachverhalt dagegen ganz eindeutig. Nach aller Logik der Informationsstränge und Zuständigkeiten kann er das Papier von Hoßbach nicht gesehen haben. Von Brauchitsch sagt dann auch in Nürnberg aus, daß er von der ganzen Konferenz und einem Protokoll darüber erst im Prozeß erfahren habe, daß ihn sein Amtsvorgänger Fritsch bei der Übergabe seiner Amtsgeschäfte Anfang Februar 1938 auch nicht über jene Besprechung im November 1937 informiert habe, und daß selbst der Generalstabschef Beck die Besprechung nicht erwähnt habe38. Zumindest die Randbemerkung von Brauchitsch auf dem „Protokoll“ – wenn nicht auch die von Fritsch – ist also eine Fälschung. Die offensichtliche Manipulation der Randvermerke, genauso wie die vorgenannten Merkwürdigkeiten, stellt die Glaubwürdigkeit des in Nürnberg vorgelegten Papiers sehr stark in Frage.
Der Streit um jenes Hoßbach-Protokoll entzündet sich am Inhalt. Die Ankläger in Nürnberg sehen mit der Niederschrift bewiesen, daß Hitler den anwesenden Herren seine Kriegsabsicht eröffnet hat, und daß sie deshalb mitwissend und mitschuldig sind. So ist entscheidend, was Hitler im November 1937 wirklich sagt und nicht, was Hoßbach davon zu Papier bringt. Großadmiral Raeder sagt vor dem Nürnberger Militärtribunal aus, daß er und Reichskriegsminister von Blomberg aus jener Konferenz nicht den Eindruck mitgenommen hätten, daß Hitler seine bisherige Friedenspolitik habe durch eine neue Kriegspolitik ersetzen wollen.

Der angeklagte Großadmiral verlangt deshalb die Vorladung des Generals Hoßbach, der zu der Zeit als Zeuge zur Verfügung stünde. Das Gericht lehnt ein Verhör Hoßbachs im Beisein von Raeder oder seines Verteidigers Dr. Siemers ab.
Die Beweiskraft des sogenannten Hoßbach-Protokolls steht damit unter nicht weniger als vier Vorbehalten. Erstens ist nicht sicher, daß Oberst Hoßbach nach fünf Tagen genau das zu Papier bringt, was in der Konferenz gesprochen worden ist. Zweitens ist nicht bekannt, ob die erste Abschrift den Inhalt der handgeschriebenen Notizen völlig unverändert wiedergibt. Der Kopist ist unbekannt und eine Beglaubigung der Abschrift ist nicht überliefert. Genauso wenig ist verbürgt, daß die in Nürnberg vorgelegte Fotokopie mit dieser Abschrift übereinstimmt. Drittens verstärkt die Manipulation der Randvermerke den Verdacht, daß auch anderes verändert worden ist. Und viertens vermehrt es alle Zweifel, daß das Militärgericht in Nürnberg der Befragung Hoßbachs im Beisein Raeders ausgewichen ist.
Die Forscher des Militärgeschichtlichen Forschungsamts (MGFA) teilen alle diese Zweifel nicht. Sie halten die Echtheit des Inhalts des Protokolls durch „quellenkritische Untersuchungen" und die überlieferte Reaktion des Generalstabschefs des Heeres Beck für erwiesen. Das MGFA beruft sich damit auf einen General, der nicht dabeigewesen ist, auf Generaloberst Beck.
Bei allen Vorbehalten gegen die in Nürnberg vorgelegte Kopie der Hoßbach-Niederschrift belegen die Reaktionen der sechs anwesenden Herren, wie brisant Hitlers Ausführungen an diesem Novemberabend gewesen sein müssen. Die Minister und Generale haben hier sehr wohl begriffen, daß Hitler von nun an bereit gewesen sein muß, mit dem Feuer eines neuen Kriegs zu spielen. Außenminister von Neurath, Kriegsminister von Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres von Fritsch versuchen, Hitler in der Besprechung mit Argumenten ihrer jeweiligen Fachkompetenzen zu widerlegen und zu bremsen. Sie nehmen ihre Verantwortung als politische Berater des Kanzlers Hitler durchaus wahr.
Außenminister von Neurath fühlt sich von Hitlers Bereitschaft, die Bestimmungen von Versailles und Saint-Germain notfalls auch mit militärischer Gewalt zu revidieren, so belastet, daß er um seinen Abschied bittet. Er sagt zu der fraglichen Besprechung vor seinen Nürnberger Richtern aus:
„*Wenn diese von Hitler in einer langen Rede vorgetragenen Pläne auch keinen konkreten Inhalt hatten und verschiedene Möglichkeiten zuließen, war doch für mich zu erkennen, daß die Gesamttendenz seiner Pläne aggressiver Natur war.*"
Generaloberst von Fritsch versucht, Hitler bei einem Gespräch am 10. November noch einmal umzustimmen. Fritsch, von da ab auf Ägypten-Reise, wird in seiner Abwesenheit vom Generalstabschef des Heeres Beck vertreten. Auf Beck, der nicht selbst an der Besprechung teilgenommen hat, macht das „Protokoll" einen „niederschmetternden Eindruck"40. Die Kenntnis dieser Hoßbach-Niederschrift veranlaßt Beck, drei Denkschriften gegen Hitlers riskante Politik zu schreiben.
Die Reaktionen der Minister und Generale zeigen, daß Hitler ihnen an jenem Abend offensichtlich etwas Außergewöhnliches offenbart, seine Absicht, den bisherigen Kurs der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik zu ändern. Der Kurs zielt bis dahin allein auf die Gleichberechtigung Deutschlands, auf die Revision von Versailles und Saint-Germain und auf die Verteidigungsfähigkeit des Deutschen Reichs. Die Bedeutung der Hitler-Rede vom 5. November 1937 beruht darauf, daß hier zum ersten Mal erkennbar wird, daß der Diktator die „Chancen" zukünftiger europäischer Kriege zwischen anderen Staaten nutzen und bei günstiger Gelegenheit selbst Annexionen betreiben will. Einen „Kriegsplan", wie das

MGFA es ausdrückt, eröffnet Hitler den Generalen und Ministern dabei nicht.
Doch nun zum Inhalt dieser Hitler-Rede, so wie sie uns die Nürnberger Richter hinterlassen haben. Hitler erklärt den an jenem Novemberabend versammelten sechs Herren zunächst, daß er sie über „seine grundlegenden Gedanken zu den Entwicklungsmöglichkeiten der außenpolitischen Lage“ orientieren wolle.
Gleich zu Beginn betont er, daß seine Außenpolitik auf weite Sicht angelegt sei, und daß er bitte, die nun folgenden Ausführungen als sein politisches Testament für den Fall anzusehen, daß er stirbt. Diese Einlassung ist insofern von Bedeutung, als sie Aufschluß über Hitlers territoriale Zielvorstellungen gibt, die er im November 1937 hegt. Sie läßt sogar die Vermutung zu, daß er zu diesem Zeitpunktjenseits seiner „Testamentseröffnung“ keine weiteren Ziele hat.
Als ersten Themenpunkt führt Hitler aus, daß er seine politische Aufgabe darin sieht, die Lebens- und Ernährungsgrundlage der 85 Millionen Deutschen einschließlich des erwarteten Bevölkerungszuwachses zu erhalten. Er leitet daraus „das Anrecht auf größeren Lebensraum“ ab und reflektiert die Frage, ob die deutsche Raumnot durch wirtschaftliche Autarkie oder durch gesteigerte Beteiligung am Welthandel oder anders zu beheben sei. Zur Wirtschaftsautarkie meint Hitler, daß sie zumindest für Erzrohstoffe und Nahrungsmittel nicht erreichbar sei. Die Beteiligung an der Weltwirtschaft sei seiner Meinung nach deshalb unumgänglich.
Dann wägt Hitler in seiner Rede die Möglichkeiten ab, die Deutschland dabei hat. Eine Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft vom Freihandel über die Weltmeere lehnt er ab, weil dieser Handel dem Belieben Englands unterliegt. Hier ist anzunehmen, daß Hitler dabei an die Hungerblockade der Briten gegen Deutschland von 1918 und 1919 denkt.
Als nächstes kommt Hitler auf die Möglichkeiten eines Kolonialerwerbs in Übersee. Den schließt er mit der Begründung aus, daß alle Kolonien in Afrika und Asien verteilt und ohne Kriege gegen England oder Frankreich nicht mehr zu gewinnen sind. Deshalb seien landwirtschaftlich nutzbare Gebiete und Bodenschätze innerhalb Europas die von ihm angedachte Lösung. Hitler läßt bei diesen Worten zu dem „zu engen Lebensraum“ noch nicht erkennen, woran er dabei denkt. Polen, die Ukraine oder Rußland erwähnt er hier mit keiner einzigen Silbe.
Hitler, das sei hier eingeflochten, kennt sehr wohl die Gefahr, die der von ihm erwogenen Lösung mit mehr Lebensraum innerhalb Europas innewohnt. Erst kurz vor dieser November-Konferenz hatte der britische Oppositionsabgeordnete Winston Churchill dem deutschen Botschafter in London von Ribbentrop bei einem Meinungsaustausch über Hitlers diesbezügliche Überlegungen klipp und klar gesagt, daß England etwaige Versuche Deutschlands, sich nach Osten auszudehnen, niemals dulden werde. Unter dem offensichtlichen Eindruck dieser klaren Churchill-Worte beendet Hitler diesen Teil seiner Ausführungen mit dem Satz:
„Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben. Dieser werde niemals risikolos sein.“
Zur Frage der Gewaltanwendung wendet sich Hitler nun drei Möglichkeiten zu, die er drei „Fälle“ nennt. Fall eins wäre ein Krieg zwischen 1943 und 1945. Hitler fuhrt dazu aus, daß dem Deutschen Reich bei steigender Bevölkerungszahl und fehlenden Reserven ab 1943 bis 1945 bei schlechten Ernten Ernährungskrisen drohen, die aus Mangel an Devisen nicht allein durch einen Zukauf von Nahrungsmitteln im Ausland bewältigt werden könnten. Deutschland brauche einen Außenmarkt, doch das Ausland riegele sich immer weiter ab. Die Wehrmacht sei nun fast fertig aufgestellt und Deutschlands Stärke ließe sich jetzt kaum noch steigern. Das Militär des Auslands sei dagegen erst im Kommen. Irgendwann

vor 1943 sei der Gipfel der relativen Stärke Deutschlands überschritten. Und da „die Welt unseren Schlag erwarte und von Jahr zu Jahr mehr Gegenmaßnahmen treffe“, so sagt Hitler, „sei es besser, selbst zuerst zu handeln.“ So sei es sein unabänderlicher Entschluß, spätestens 1943 bis 1945 die Raumfrage zu lösen. Was Hitler damit territorial genau im Kopf hat, verrät er den Generalen auch an dieser Stelle zunächst nicht.

Die Fälle zwei und drei behandeln Frankreichs Rolle in Europa und in Afrika. Sollte Frankreich durch einen Bürgerkrieg im Inland oder wegen seiner Streitigkeiten mit Italien oder Spanien einmal durch einen Krieg gebunden sein, so wolle er, Adolf Hitler, das zur „Erledigung der tschechischen und der österreichischen Fragen“ nutzen. Diese Wendung der Hitler-Worte ist des Pudels Kern.

Hitlers Ausführungen an diesem Abend, wie sie Oberst Hoßbach niederschreibt, befassen sich ausschließlich mit „Lebensraum“ in der Tschechoslowakei und mit dem Anschluß Österreichs. Von Lebensraum in Osteuropa ist kein einziges Mal die Rede. Was Hitler ansonsten vor seinen sechs Zuhörern lang und breit erörtert, sind die möglichen Reaktionen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Polens und der Sowjetunion. Er läßt mit keinem Wort erkennen, daß er Angriffsabsichten gegen diese Staaten haben könnte. Auch die bolschewistische Bedrohung wird an diesem Abend nicht zum Thema, so daß Hitler einen Krieg mit Rußland nicht zur Sprache bringt.

Da Hitler seine langen Ausführungen über die „Entwicklungsmöglichkeiten der außenpolitischen Lage“ als sein Testament bezeichnet, ist das, was er hier vorträgt, allem Anschein nach umfassend. Er will den Anschluß Österreichs und er will die Tschechei. Von mehr ist in diesem „letzten Willen“ im November 1937 nicht die Rede.

Vom 5. November 1937 an wissen Außenminister von Neurath, die vier führenden Köpfe der Wehrmacht und Oberst Hoßbach, daß Hitler willens ist, gegebenenfalls von sich aus Krieg zu führen, um Österreich und die Tschechei dem Deutschen Reich einzuverleiben. Was die anwesenden Herren, Hoßbachs Niederschrift zufolge, bei dieser Wendung der Besprechung offensichtlich schreckt, ist Hitlers erkennbare Bereitschaft, Krieg zu führen. Was sie vermutlich nicht in dem Maß stört, ist Hitlers Wille, Grenzen zu verändern. Das ist zu der Zeit in Europa nichts Besonderes. In diesen Jahren hat England Forderungen an Irland, Spanien an Italien, Italien an Frankreich, Polen und Ungarn an die Tschechoslowakei, Litauen und Rußland an Polen und Norwegen an Dänemark. Grenzgebiete sind in den 30er Jahren in Europa kaum jemandem heilig.

Was Österreich und den deutsch besiedelten Teil der Tschechoslowakei betrifft, wäre ein Anschluß an das Deutsche Reich nur ein Vollzug des Selbstbestimmungsrechts der Betroffenen. Die Volksvertreter in Österreich und in den Sudetengebieten haben 1918 in der Wiener Nationalversammlung selbst beschlossen, sich Deutschland anzuschließen.

Was die Tschechoslowakei betrifft, so beendet Hitler seine Ausführungen mit der Beschreibung von zwei Möglichkeiten. Für den Fall – so sagt er -, daß ein von ihm erwarteter Krieg der Italiener, Spanier und Franzosen um ihre gegenseitigen Gebietsforderungen zu einer Mobilmachung der anderen Staaten in Europa führt, wolle er „diese sich nur einmal bietende günstige Gelegenheit für einen Feldzug gegen die Tschechei nutzen“. Für den Fall aber, daß sich die anderen Staaten aus einem Krieg der Mittelmeerländer heraushalten, wollte er das auch. Ansonsten steht im Hoßbach-Protokoll, daß Hitler bei einer Annexion Österreichs und der Tschechei mit dem Zugewinn an Nahrungsmitteln für fünf bis sechs Millionen Menschen rechnet, wenn er dem die „zwangsweise Emigration“ von zwei Millionen

Menschen aus der Tschechei und einer Million aus Österreich zugrunde legt. Damit endet das berühmte Hoßbach-Protokoll. Der zweite Teil der Besprechung vom 5. November gilt alleine Rüstungsfragen und ist nicht überliefert.
Hitler läßt bei dieser Konferenz in kleinem Kreis erstmals erkennen, daß er bei günstiger Gelegenheit auch von sich aus Kriege führen würde. Doch er begrenzt dies auf Österreich und auf die Tschechei. Er spricht von „Testament“ und vermittelt damit, daß er jenseits dieser beiden Nachbarländer keine weiteren Ziele sieht. Vom großen Krieg, vom Lebensraum in der Ukraine und von einem späteren Feldzug gegen Bolschewismus und Sowjetunion ist hier nicht die Rede.
Selbst seine Einschätzung, daß es auf Dauer zu einem Krieg mit Frankreich kommen wird, relativiert Hitler, indem er wiederholte Male sagt, daß er es zu keinem Krieg mit Frankreich oder England kommen lassen will. Hitler entwirft am 5. November 1937 keinen Plan. Er offenbart seine Absichten in Bezug auf Österreich und auf die Tschechei, spricht von vielen Möglichkeiten und läßt damit letztenendes offen, zu was er sich konkret entschieden hat.
So ist weder der Verdacht des Nürnberger Militärtribunals berechtigt, die Teilnehmer jener Besprechung im November 1937 hätten „gemeinsam einen Krieg geplant“ noch der Verdacht, sie hätten „eine Verschwörung gegen den Frieden“ angezettelt. Vielmehr haben von Neurath, von Blomberg und von Fritsch noch im Gespräch und mehrfach später Hitlers Gedankenspielen widersprochen. Vielmehr hat die Heeresführung mit den drei schon erwähnten Denkschriften des Generalstabschefs Beck eindeutig Stellung gegen eine eventuelle Eroberung der Tschechei bezogen. Beck wird entlassen, als er versucht, eine Mehrheit der Generale gegen Hitler aufzubringen. Von einer Verschwörung der sechs Generale und Minister gegen den Frieden kann man da fürwahr nicht sprechen.
Ob jede Einzelheit und Formulierung, die mit dem in Nürnberg vorgelegten Hoßbach-Protokoll überliefert ist, und ob jeder Ausdruck von Gewaltbereitschaft und Zynismus, den man da lesen kann, wirklich Originalton Hitler ist, läßt sich angesichts der Zweifel an der Echtheit des Papiers nicht sagen. Fälschungen an weiteren Hitler-Reden lassen das nicht unwahrscheinlich sein. Für die Mitwisserschaft und Mitverantwortung der anwesenden Generale und Minister ist entscheidend, was Hitler an jenem 5. November 1937 wirklich sagt. Dazu gehören auch die Wortwahl und Nuancen, die Auslassungen und Ergänzungen.
Von all' diesem Ringen um eine Politik des Friedens oder Krieges erfahren weder Öffentlichkeit noch Militär in Deutschland. Selbst beim Wechsel des Oberbefehlshabers des Heeres drei Monate danach informiert Generaloberst von Fritsch seinen Nachfolger von Brauchitsch nicht über den Inhalt jener Besprechung. Zu dieser Zeit hätte in Deutschland ohnehin niemand angenommen, daß die Wehrmacht zu anderem dienen könnte, als zum Schutz von Land und Volk.
Am 5. November 1937 schließen Deutschland und Polen außerdem ein neues Minderheitenschutzabkommen, was niemanden vermuten läßt, daß Hitler am gleichen Tage über Angriffskriege nachdenkt.
Für die Öffentlichkeit setzt Hitler sein Werben für den Frieden fort. Die Bevölkerung im Land und mit ihr die Soldaten der Wehrmacht und der Waffen-SS haben damit auch nach der Generalsbesprechung vom 5. November 1937 keinen Anlaß, Schlimmes zu befürchten. In der Neujahrsansprache von 1938 zum Beispiel spricht Hitler von der Zukunft der Nation und fugt den folgenden Gedanken an:
„Außenpolitisch erfordert dies den Ausbau der deutschen Wehrmacht. Denn nur als starker Staat glauben wir in einer so unruhevollen Zeit unserem Volk jenes Gut auch in Zukunft erhalten zu können, das uns als das Köstlichste erscheint, den Frieden. Denn die Wiederaufrichtung der deut-

schen Nation ist erfolgt ohne jeden Angriff nach außen, nur durch die Leistungen unseres Volkes im Innern. ... Daß die Gnade des Herrgotts auch im kommenden Jahr unser deutsches Volk auf seinem Schicksalsweg begleiten möge, sei unsere tiefste Bitte.“
Wer mochte bei einer solchen Neujahrsbotschaft schon Schlimmes ahnen?

Hitlers Vortrag vor den Kommandeuren am 10. Februar 1939
Nun sei der Vortrag nachgeholt, den Hitler am 10. Februar1939 vor den Truppenkommandeuren des Heeres in Berlin hält. Mit diesem Vortrag lüftet Hitler wieder mal den Vorhang, der seine Absichten verhüllt, ein kleines bißchen, ohne jedoch konkrete Pläne zu eröffnen. Er wiederholt seinen Lebensraumgedanken, ohne allerdings zu offenbaren, an welche Territorien er dabei denkt. Er spricht von seinen Sorgen um die Ernährungslage Deutschlands, vom Bevölkerungswachstum, von der Wahrung des Lebensstandards, vom Mangel an Getreide, Erzen, Holz und er dekliniert die Lösungsmöglichkeiten durch: Im- und Exportsteigerung, Geburtenkontrolle, Auswanderung oder Anpassung des Lebensraums an die Bedürfnisse der schnell wachsenden Bevölkerung. Ein verstärktes Drängen auf den Weltmarkt lehnt er ab, weil das schon der tiefere Grund zum letzten Krieg gewesen sei. Geburtenkontrolle und Auswanderung schließt Hitler als probate Lösungsmöglichkeiten aus. So verkündet Hitler, daß er die Absicht habe, „das deutsche Raumproblem zu lösen“.
„Es ist nicht mein Ziel, meine Herren, vielleicht einen Krieg zu führen, sondern mein Ziel ist es, die unabweisbaren deutschen Lebensforderungen und Erfordernisse durchzusetzen, und zwar mit allen Mitteln, also, um mit Clausewitz zu sprechen, mit den Mitteln der Politik, ... und wenn notwendig, aber auch mit den Mitteln des Schwertes. ... Seien Sie daher nicht überrascht, wenn auch in den kommenden Jahren bei jeder Gelegenheit irgendein deutsches Ziel zu erreichen versucht wird, und stellen Sie sich dann, bitte sehr, in gläubigem Vertrauen hinter mich.“
Hitler legt hier offen, daß er nicht vor einem Krieg zurückscheut, aber er läßt für jeden, der den Krieg als Mittel der Politik nicht akzeptiert, gedanklich eine Hintertür zur Hoffnung offen, daß es schon nicht zum Schlimmsten kommen werde, als er sagt:
„Das ist es aber auch, was meiner Überzeugung nach am ehesten geeignet ist, jede solche Gefahr zu mildern, die Dauer von Kriegen abzukürzen und vor allem unter Umständen überhaupt Kriege zu vermeiden.“
So weiß nun jeder zuhörende Heereskommandeur, was Hitler jenseits der Revision des Versailler Vertrags bewegt. Er weiß auch, daß ihm dazu jedes Mittel recht ist, auch der Krieg. Jeder zuhörende Kommandeur ist von diesem Zeitpunkt an gewarnt. Aber Hitler hat auch bei dieser Rede wieder nicht von „Lebensraum im Osten“, von Polen, der Ukraine oder der Sowjetunion gesprochen. So bleibt der Vortrag Hitlers ein brisantes politisches Bekenntnis und kein konkreter Kriegsplan. Als die Tschechei gut einen Monat später zum Protektorat des Reichs und dem deutschen Wirtschaftsraum angeschlossen wird, mag mancher der Zuhörer vom 10. Februar glauben, dies schon sei die Erfüllung von Hitlers Lebensraum-Idee.

Hitlers Rede vom 23. Mai 1939 und das Schmundt-Protokoll
Gut drei Monate nach jenem Vortrag vor den Heereskommandeuren spricht Hitler in einer geheimen Konferenz wieder vor den Spitzen der drei Wehrmachtsteile. Diese Rede vom 23. Mai 1939 ist nach Sinn und Inhalt sehr umstritten. Sie ist die

zweite der schon erwähnten „Schlüsselreden“, mit denen das Nürnberger Militärgericht versucht, den angeklagten Generalen und Admiralen ihre „gemeinsame Planung eines Krieges und Verschwörung gegen den Frieden“ nachzuweisen.
Die Rede, das sei gleich vermerkt, liegt auch in diesem Falle nicht als Wortlautprotokoll vor. Oberstleutnant Schmundt, zu der Zeit Hitlers Wehrmachtsadjutant, hat sie irgendwann nach der Besprechung aus dem Gedächtnis zu Papier gebracht. Er vermerkt auf der ersten Seite seiner Niederschrift „sinngemäß wiedergegeben“ und weist damit darauf hin, daß er sich nicht an Hitlers Wortlaut hält.
Großadmiral Raeder, im Nürnberger Prozeß mit der Schmundt-Niederschrift konfrontiert, sagt vor Gericht:
„Es ist meiner Ansicht nach die unklarste Urkunde über eine Rede Hitlers, die überhaupt vorhanden ist, denn ein großer Teil der Ausführungen hat meines Erachtens gar keinen Sinn. ...Es gibt gerade in diesem Falle keineswegs den Charakter der Rede richtig wieder.“
Wir Leser sind allerdings auf diese einzige Niederschrift zu jener Hitler-Rede angewiesen.
Hitler hat am 23. Mai 1939 die Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile und ihre Generalstabschefs zu sich in die Reichskanzlei befohlen, um ihnen zwei Dinge mitzuteilen: erstens, daß er einen Extra-Studienstab zur eigenen Verfügung im Oberkommando der Wehrmacht (OKW) eingerichtet haben will. Der soll ihm die Bedingungen untersuchen, denen Kriege in der Zukunft unterliegen. Und zweitens teilt er mit, daß er gedenkt, Polen bei günstiger Gelegenheit als potentiellen Gegner in Deutschlands Rücken auszuschalten.
Um diese Rede zu verstehen, muß man sich die jüngste Entwicklung bis zum Mai 1939 ins Gedächtnis rufen. Im Januar verhandeln die deutsche und die polnische Regierung, um eine Lösung in der Korridor- und Danzig-Frage zu erreichen. Im März 1939 läßt Hitler die Tschechei als Protektorat des Deutschen Reichs besetzen. Polen, das sich im Oktober 1938 noch selbst ein Stück der Tschechoslowakei genommen hat, glaubt nun, einen Ausgleich mit den Deutschen nicht mehr nötig zu haben und weigert sich, weiter über Danzig zu verhandeln. Polen nutzt die Chance und wechselt ins Lager der Briten und Franzosen. Zur gleichen Zeit lebt die Unterdrückung der deutschen Minderheit in Polen wieder auf. Seit Februar häufen sich antideutsche Kundgebungen in Polens Städten, und die große Zahl polnischer Übergriffe gegen Deutsche empört die Bevölkerung im Reich.
Das deutsch-polnische Verhältnis, das vor der Tschechei-Besetzung noch Anlaß zu Hoffnung auf Verständigung gibt, beginnt nun hochzukochen. Hitler ist offensichtlich stark verärgert über die vom ihm selbst verpatzte Chance und über diese Reaktion der Polen. Er schiebt die Weigerung der Polen, weiter über Danzig zu verhandeln, auf das Angebot der Briten, Polen vor der deutschen Danzig-Forderung zu schützen. So richtet sich der Ärger Hitlers zu dieser Zeit vor allem gegen die Briten und die Polen. Hitler weist am 3. April 1939 das OKW an, einen Feldzug gegen Polen für den Fall vorzubereiten, daß Polen seine Haltung gegenüber dem Deutschen Reich verschärfen sollte. In dieser Lage informiert Hitler die Spitzengenerale über seine Sicht der außenpolitischen Verhältnisse und entwickelt in einer recht konfusen Rede, wie Deutschland militärisch zu verfahren hat. Diese Ansprache – so wie sie „sinngemäß wiedergegeben“ ist -, ist aggressiv, wie vor dem Kriege keine andere. Etliche grauslich martialische Passagen daraus eignen sich wahrlich zum Zitieren, doch ob sie wirklich so von Hitler stammen, ist nicht bekannt.
Ein Gesamtkonzept für einen neuen Weltkrieg verrät die Rede nicht. Doch sie läßt vielerlei erkennen: zum ersten, daß Hitler angesichts der Aufrüstung fast aller Staaten in Europa einen neuen Krieg für unausweichlich hält. Zum zweiten, daß

Deutschland seiner Meinung nach mehr Raum für Landwirtschaft und Bodenschätze braucht. Zum dritten, daß er Polen bei günstiger Gelegenheit angreifen und als potentiellen Gegner in Deutschlands Rücken ausschalten werde und viertens, daß er hofft, Kriegen mit anderen Staaten in Europa noch lange zu entgehen.
Konkret wird Hitler bei dieser umfangreichen Rede zu drei Punkten. Er will den eigenen Studienstab beim OKW. Er will Polen „bei erster passender Gelegenheit angreifen" und er möchte bis 1943 beziehungsweise 1944 bereit für eine große Auseinandersetzung in Europa sein.Der Lebensraum-Gedanke wird den Generalen 1939 nicht so absurd erscheinen,
wie dem Leser heute. In den 30er Jahren versuchen Italien und Japan mit Gewalt und Polen auf dem Verhandlungswege61, Kolonien oder Kolonialbeteiligungen zu erwerben, um Siedlungsraum für ihre schnell wachsenden Bevölkerungen zu gewinnen. Das Lebensraum-Problem, das England, Frankreich, die Sowjetunion, die USA und andere zu der Zeit schon mit Kolonien oder Expansionen längst für sich gelöst haben, ist bei den kolonialen Habenichtsen nicht nur in Deutschland Thema.
Zurück zu Hitlers Rede. Die ganze Logik dieser Rede, so wie sie von Schmundt aus dem Gedächtnis nachgeschrieben worden ist, springt etwas hin und her. Mit etwas nachvollzogener Ordnung der Gedanken und in den Worten Schmundts entwickelt Hitler vor den Generalen folgende Gedankenkette:

- Die Sieger hätten das Gleichgewicht der Kräfte in Europa ohne Deutschland festgelegt.
- Der Wiedereintritt Deutschlands in den Kreis der Machtstaaten störe dieses Gleichgewicht.
- Alle deutschen Ansprüche würden als „Einbruch" gewertet.
- England fürchte seine wirtschaftliche Gefährdung.
- Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands müßten gelöst werden.
- Kolonien seien keine Lösung des Ernährungsproblems. Die Wege dorthin könnten von England auf den Meeren blockiert werden.
- Ohne Einbruch in fremde Staaten oder Angreifen fremden Eigentums sei keine Lösung der wirtschaftlichen Probleme möglich.
- Es bliebe Deutschland die Wahl zwischen Aufstieg oder Abstieg.

Dann springen Hitlers Gedanken zur Rolle Polens über:

- Polen werde immer auf der Seite unserer Gegner stehen. Trotz Freundschaftsabkommens
habe in Polen immer die Absicht bestanden, jede Gelegenheit gegen uns auszunutzen.
- Das Problem „Polen" sei deshalb von der Auseinandersetzung mit dem Westen nicht zu trennen.
- Zwinge uns das Schicksal zur Auseinandersetzung mit dem Westen, sei es gut, einen großen Ostraum zu besitzen.
- Danzig sei nicht das Objekt, um das es gehe. Es handele sich für uns um die Erweiterung des Lebensraum im Osten und die Sicherstellung der Ernährung.
- Es entfalle also die Frage, Polen zu schonen und bleibe der Entschluß, Polen bei erster passender Gelegenheit anzugreifen.
- Es dürfe nicht zu einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit Frankreich und England kommen.
- Falls es nicht sicher sei, daß England und Frankreich in einer deutsch-polnischen Auseinandersetzung unbeteiligt blieben, gelte der Kampf in erster
Linie den zwei genannten Ländern. Nun folgen Hitlers Überlegungen zu England und Frankreich.

- Hitler zweifelt an der Möglichkeit einer friedlichen Auseinandersetzung mit England.
- England sehe in Deutschlands Entwicklung die Fundierung einer Hegemonie, die England entkräften würde. England sei daher unser Feind und die Auseinandersetzung mit ihm gehe auf Leben und Tod.
- Es gehe dabei nicht um Recht oder Unrecht, sondern um Sein oder Nichtsein.

Nach dieser langen Kette von Gedanken beginnt Hitlers Rede, sich im Kreis zudrehen. Er sagt,

- daß man England nur einen entscheidenden Schlag beibringen könne, wenn man nicht durch Polen in einen Krieg mit England hineinschlittere und
- daß er hoffe, daß England und Frankreich sich nicht in einen deutsch-polnischen Krieg einmischten.
- So sei ein langer wie ein überfallartiger Krieg zur Zerschlagung der englischen Möglichkeiten auf dem Festland vorzubereiten.

Was also – so müssen sich die zuhörenden Generale fragen – will Hitler eigentlich? Lebensraum im Osten und wenn ja, wo soll das sein? Krieg mit England und Frankreich oder Krieg mit Polen oder beides? Jedenfalls will er nicht Krieg mit England, Frankreich und Polen zur gleichen Zeit, und – das verdient herausgestellt zu werden – er will nur „Englands Möglichkeiten auf dem Festland" zerschlagen und nicht Englands Weltreich antasten.

Nach den Ausführungen über seine strategischen Absichten stellt Hitler fest, daß er nun einen Studienstab beim OKW braucht, der ihm die Bedingungen für solche Kriege untersucht. Dann läßt Hitler sich noch eine Weile über die Arbeit und die Unabhängigkeit des neuen Stabes von den Generalstäben der drei Wehrmachtsteile aus. Als Feldmarschall Göring am Ende der Besprechung fragt, was die Wehrmachtsteile denn nun zu unternehmen hätten und wann mit Krieg zu rechnen sei, antwortet Adolf Hitler nur, daß die Rüstungsprogramme auf 1943 bzw. 1944 abzustellen seien. Das klingt nicht nach einem Einmarsch in Polen am 1. September 1939.

So weit die zweite „Schlüsselrede" Hitlers, die er am 23. Mai 1939 vor den Oberbefehlshabern und den Generalstabschefs des Heeres, der Luftwaffe und der Marine hält.

Die Generale und Admirale nehmen, nach dem, was überliefert ist, aus der Besprechung nicht den Eindruck mit, daß Hitler in Bälde Krieg beginnt. Auch wenn der Ausspruch „bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen" das so vermittelt, so hebt Hitlers Schlußbemerkung über einen Kriegsbeginn 1943 oder 1944 diesen Eindruck wieder auf. Sieben Wochen vor der Rede hatte Polen ein Entgegenkommen in der Korridor und Danzig-Frage abgelehnt, und England hatte Polen dabei durch ein Bündnisangebot bestärkt.

Seitdem gibt es Hitlers Weisung an die Wehrmacht für den Fall „Weiß":

„Das deutsche Verhältnis zu Polen bleibt weiterhin von dem Grundsatz bestimmt, Störungen zu vermeiden. Sollte Polen seine bisher auf dem gleichen Grundsatz beruhende Politik ändern und eine das Reich bedrohende Haltung einnehmen, so kann eine endgültige Abrechnung erforderlich werden. ...

Die Bearbeitung des Falles „Weiß" hat so zu erfolgen, daß die Durchführung ab 1.9.1939 jederzeit möglich ist."

Die Generale und Admirale halten einen Krieg zur Rückgewinnung Danzigs und des Korridors im Sommer 1939 im Grundsatz für berechtigt. Dennoch bevorzugen alle ohne Ausnahme eine Lösung des Problems auf dem Verhandlungswege,

weil sie die Weiterungen mit Frankreich und mit Großbritannien sehen. Sollte es zum Krieg mit Polen und zu einem Sieg der Wehrmacht kommen, ist der weitere Verbleib der ehemals deutschen Provinzen Posen und Westpreußen bei Polen oder Deutschland nach damals gängiger Auffassung beim Militär eine Angelegenheit der hohen Politik. In den Gebieten den „Lebensraum im Osten" zu vermuten, von dem Hitler häufig spricht, liegt in dem Zusammenhang nicht fern. An eine Annexion ganz Polens denkt bei der Hitler-Rede vom 23. Mai aber offensichtlich niemand. Hitlers gedankliche Exkursion zum Lebensraum im Osten in dieser Rede ist so wenig greifbar und konkret, daß sie in der Folge weder Einfluß auf die weitere Polen-Planung der drei Wehrmachtsteile hat, noch für weitere Diskussionen Anlaß gibt. Aber in den Wochen und Monaten nach der Rede warnen die Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtsteile Hitler wiederholte Male davor, England und Frankreich falsch einzuschätzen. Doch der wiegelt stets mit Beruhigungen ab, „er habe die Dinge politisch fest in der Hand", „er werde es nicht zum Krieg gegen England kommen lassen" oder in gleichem Sinne ähnlich formuliert.
Die Rede vom 23. Mai 1939 ist in Teilen wirr und nebulös, doch sie zeigt Hitlers Vermutung, daß England sich der weiteren Stärkung Deutschlands mit einem Krieg entgegenstellen wird. Hitler entwickelt daraus seine Zwangsvorstellung, daß ein Krieg mit England unausweichlich sei, daß er Deutschland dafür weiter rüsten müsse, und daß es vielleicht von Vorteil sei, den Krieg mit England selber zu beginnen. Polen sei hier „nur" das Land, das sich nun auf die falsche Seite stellt und deshalb ausgeschaltet werden müsse. Diese Deutung bestätigt sich schon binnen eines viertel Jahres, als England kurz vor Kriegsbeginn Deutschland einen Vertrag zur Partnerschaft in Aussicht stellt und Hitler dafür die Bereitschaft zeigt, den Polenfeldzug abzublasen. Doch England löst das Angebot nicht ein und so beginnt der Krieg mit Polen. Dies ist der Gegenstand des folgenden Kapitels. Die zweite Schlüsselrede legt den Generalen wieder offen, daß Hitler bereit ist, fiir die Erweiterung des deutschen Lebensraumes Krieg zu fuhren. Aber er offenbart dabei weder, wann noch wie das sein soll. Die Reaktion der Generale zeigt, daß sie Hitler in dieser Art von Politik nicht stützen.

Hitlers Rede vom 22. August 1939 und die sieben Protokolle

Die dritte Schlüsselrede vor dem Krieg hält Hitler am 22. August 1939, gut eine Woche vor dem Kriegsausbruch. Er hat dazu die Führer der Heeresgruppen und der Armeen der drei Wehrmachtsteile in seine Obersalzberg-Residenz befohlen, um sie in die außenpolitische Lage einzuweisen und auf den Feldzug gegen Polen einzustimmen.
Seit Beginn des Jahres 1939 kommt Hitler mit seinen Bemühungen um Danzig und den Korridor nicht weiter. Er hat Polen Verhandlungsangebote unterbreitet und zum Schluß mit Krieg gedroht. Die zum Obersalzberg angereisten Offiziere wissen zu Beginn der Rede nicht, ob Hitler wegen Danzig wirklich Krieg führt oder ob er blufft. Sie können zu der Zeit nur spekulieren. Am Tag vor Hitlers Rede gibt es eine Sensation. Stalin lädt Außenminister von Ribbentrop zum Abschluß von Verträgen nach Moskau ein. Hitler kann jetzt mit einem Abkommen mit Rußland rechnen, das ihm sicherstellt, daß die Sowjetunion im Falle eines deutsch-polnischen Krieges nicht zu Gunsten Polens eingreift. In dieser neuen Lage ist ein Einlenken der polnischen Regierung in letzter Stunde nicht ganz unwahrscheinlich, zumal auch noch immer ein passabler Kompromißvorschlag von deutscher Seite auf dem Tisch liegt. Die große Frage, die über jener Sitzung auf dem Obersalzberg liegt, heißt: Einigung mit Polen oder Krieg?
Die Rede, die Hitler in dieser angespannten Lage hält, könnte Aufschluß geben, ob er

zu der Zeit wirklich Krieg um jeden Preis will, oder ob er mit dem massiven Druck der Drohung mit dem Krieg versucht, Polen die deutsche Stadt Danzig abzuringen. Selbst dieses große Aufgebot an Generalen auf dem Obersalzberg, das dem Ausland nicht verborgen bleibt, könnte dazu dienen, den Druck auf Polen zu erhöhen. Hitler beginnt die Rede mit der Erklärung, daß er sich nun entschlossen habe, gegen Polen Krieg zu führen. Doch da die Gespräche zwischen der Reichsregierung und Polen weiterlaufen, ist es durchaus möglich, daß auch diese Worte nur zu Hitlers Drohszenario gehören. Im Falle der Tschechei, ein halbes Jahr zuvor, hatte Hitler allein mit der Ankündigung einzumarschieren, sein Ziel erreicht. Damals war kein Schuß gefallen. So bleibt trotz der eindeutigen Erklärung Hitlers für die Generale offen, was passiert. Die Brisanz der Rede liegt in etwas anderem. Diese Ansprache vor den Generalen ist die wohl am häufigsten zitierte Rede Hitlers. Von ihr liegen gleich sieben Niederschriften und Protokolle vor, die zum Teil sehr verschieden voneinander sind. Alle stimmen darin überein, daß Hitler seinen Entschluß zum Kriege gegen Polen ausführlich begründet. Hitler hält nach allen Protokollen eine Auseinandersetzung mit England und Frankreich für auf Dauer unumgänglich. Er glaubt, daß Polen in einem solchen Falle auf der Seite der gegnerischen Mächte und dann in Deutschlands Rücken steht. Er hält es deshalb angesichts der augenblicklich angespannten Lage für besser, den Konflikt mit Polen so bald wie möglich auszutragen.
Hitler erläutert seine Sicht der Lage Großbritanniens und Frankreichs und folgert, daß beide Staaten bei einem sofortigen deutschen Angriff gegen Polen nicht wirklich zu den Waffen greifen. Er beurteilt dabei auch die europäischen Staats- und Regierungschefs, die auf das Geschehen Einfluß nehmen könnten. Er schließt seine Rede mit dem Gedanken, daß ein schneller deutscher Sieg die Ausweitung des Konfliktes zu verhindern hilft. Dies sind die wenigen Gedanken, die in allen Niederschriften und Protokollen in übereinstimmender Weise Erwähnung finden. Bemerkenswert ist nun, daß die Rede Hitlers in einigen der Niederschriften in vulgärer Weise und mit der Erwähnung weitgesteckter Kriegsziele aufgeschrieben worden ist, während sie in anderen in nüchterner und sachlicher Weise ihren Ausdruck findet, vor allem ohne die Zitate, die von Hitlers Kriegsabsichten gegen Frankreich, England und gegen die Sowjetunion berichten. Damit bleibt offen, welche Niederschriften stimmen. Es kann sein, daß die einen Protokollanten Wichtiges verschweigen, um es zu verschleiern. Es kann auch sein, daß die anderen die Rede so ergänzen und frisieren, daß die Niederschriften eindeutigere „Beweise“ der weitgesteckten Kriegsabsichten Hitlers und der deutschen Generale liefern. Wenn die „scharfen“ Versionen der Redeniederschriften Falsches wiedergeben, wäre das fatal, denn sie und nur sie sind in die Geschichtsschreibung eingegangen. Sie prägen seit den Nürnberger Prozessen das Bild, das man sich in Deutschland und in der Welt von der frühen Mitwisserschaft der deutschen Generalität macht. So ist es für den Beweis der Komplizenschaft der Generale oder für ihre Entlastung von entscheidender Bedeutung, was Adolf Hitler an diesem 22. August 1939 denn nun wirklich sagt.
Der Vergleich der Niederschriften ist wie ein Stück aus einem Kriminalroman. Die sieben Protokolle der Obersalzberg-Rede verschwinden 1939 in den diversen Akten und tauchen bei den Nürnberger Prozessen 1945 als „Beweise“ wieder auf. Als erstes legt die Nürnberger Anklagebehörde ein angebliches Originaldokument vor66, das die Hitler-Ausführungen in besonders brutalen, vulgären und grotesken Formulierungen wiedergibt. Das „Dokument“ wird dem US-Ankläger Alderman von einem amerikanischen Journalisten zugespielt. Es wird in die Verhandlung eingeführt, dann aber gleich als Beweisstück abgelehnt. Zu offensichtlich ist die Fälschung. Diese vom Gericht nicht anerkannte Falsch-Version glänzt mit Zitaten und Schilderungen wie:

„Entschluß zum Angriff auf Polen im Frühling. ... Ich lasse jeden füsilieren, der auch nur ein Wort der Kritik äußert. ... Das Kriegsziel ist nicht das Erreichen von bestimmten Linien, sondern die physische Vernichtung des Gegners. ... Polen wird entvölkert und mit

Deutschen besiedelt. ... Nach Stalins Tod zerbrechen wir die Sowjetunion. Dann dämmert die deutsche Erdherrschaft herauf.“ Nach der Falsch- Version setzt Hitler fort: „Ich habe nur Sorge, daß mir Chamberlain oder irgend so ein anderer Saukerl im letzten Moment mit Vorschlägen und Umfallen kommt. Er fliegt die Treppe herunter. Und wenn ich ihm persönlich vor den Augen aller Photographen in den Bauch treten muß. ... Ob die Welt das glaubt, ist mir scheißegal. ... Die Bürger Westeuropas müssen vor Entsetzen erbeben. ... Und nun ran an den Feind! In Warschau feiern wir Wiedersehen! ... Die Rede wurde mit Begeisterung aufgenommen. Göring stieg auf den Tisch. Blutrünstiger Dank und blutrünstiges Versprechen. Er tanzte wie ein Wilder herum.“
Soweit die erste Falsch-Version.
Fatal für das besiegte Deutschland ist, daß die Anklagebehörde diese vulgäre und brutale „Wildwest-Version“ der Hitler-Rede, nachdem sie sie als Fälschung für die Beweisaufnahme abgelehnt hat, in 250 Exemplaren kopieren und an die in Nürnberg vertretene Auslandspresse verteilen läßt. Ein Propagandacoup der Sieger gegen die Besiegten. Für die Medien in aller Welt ist das die „Offenbarung“, wie Hitler mit den Generalen spricht, und daß er Welteroberungspläne hegt und die auch nicht verheimlicht hat. US-Ankläger Alderman bezeichnet diesen Vorgang, von dem man kaum glauben kann, daß er nur ein Versehen ist, anschließend vor dem Gerichtshof lakonisch als „irgend ein technischer Fehler“. So unwürdig dieser Fehler für das Internationale Tribunal ist, so dauerhaft ist seine Wirkung auf die Geschichtsschreibung in Deutschland und der Welt. In der offiziellen Dokumentation der englischen Außenpolitik, den „Documents on Britisch Foreign Policy“ zum Beispiel ist diese und nur diese Falschversion verewigt. Noch heute werden Zitate aus jener Falsch-Version verwendet. Selbst die Herausgeber der abgedruckten und veröffentlichten Akten des Auswärtigen Amts sind sich nach dem Kriege nicht zu schade, die Falsch-Version neben einer zweiten, ebenfalls mit Zweifeln behafteten Variante in den „Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik“ abzudrucken und als sogenanntes Dokument am Leben zu erhalten. Das nächste Protokoll dieser Hitler-Rede, das der Gerichtshof als Beweis heranzieht, ist ein zweiteiliges Dokument. Es hat weder Kopf noch Datum, kein Aktenzeichen, keine Tagebuchnummer, keinen Geheimvermerk und es trägt auch keine Unterschrift. Bei Gericht kann niemand sagen, wer es verfaßt hat und woher es stammt. Später widersprechen sich die Anklagevertreter sogar mit zwei verschiedenen Herkunftsorten. Der Verteidiger des Großadmirals Raeder, Dr. Siemers, macht – so ist es in den Gerichtsakten von Nürnberg nachzulesen – das Militärtribunal darauf aufmerksam, daß die erste Hälfte dieses neuen Dokumentes auf dem selben Papier und mit der selben Schreibmaschine geschrieben worden ist, wie die erste, von den Anklägern bereits zurückgezogene Falsch-Version. Das Gericht läßt das jedoch nicht als Zweifel an der Zuverlässigkeit und der Echtheit des Dokumentes gelten und beharrt auf der Beweiskraft des Papiers. Das Brisante an diesem zweiten Dokument sind, wie beim ersten, die zynischen Aussagen und Redewendungen – angeblich aus dem Munde Hitlers –, die, wenn sie denn so gesprochen worden sind, die zuhörende Generalität aufs Schwerste kompromittieren. Die zweite Version ist heute in allen maßgeblichen Geschichtswerken und Dokumentenbänden Deutschlands nachgedruckt. Schulgeschichts- und Gemeinschaftskundebücher vermitteln Schülerinnen und Schülern mit den markigsten Zitaten aus diesem „Dokument“, daß Hitler Krieg um jeden Preis mit Polen wollte, und daß die deutsche Generalität dies schweigend und billigend so hingenommen hat. Im Archiv der Hitler-Reden des Archivdirektors Dr. Max Domarus wird diese zweite Version als die wortgetreuste Wiedergabe jener Rede dargestellt und mit vollem Wortlaut abgedruckt. Domarus kommentiert das so:
„An der Echtheit ist nicht zu zweifeln, da über diese Rede zwei weitere Niederschriften existieren: die Aufzeichnung des Generaladmirals Hermann Boehm und der Tagebucheintrag von Generaloberst Halder“.

Hier irrt Domarus, denn gerade Generaladmiral Boehm hat diese zweite Version durch Vergleiche mit seinem eigenen Protokoll als Fälschung bloßgestellt. Generaladmiral Boehm ist am 22. August 1939 auf dem Obersalzberg einer der Zuhörer Adolf Hitlers. Er schreibt die Rede stichwortartig mit und hält die Kernaussagen Hitlers dabei in ihrem Wortlaut fest. Noch am gleichen Abend fertigt er aus den Notizen sein Protokoll, das in der Erwähnungsreihenfolge dieses Buchs die Nummer drei ist. Boehm gibt das Protokoll an seinen Vorgesetzten Raeder. Der liest es, bestätigt es als richtig und zeichnet das Papier ab. Als Raeder sechseinhalb Jahre später, am 16. Mai 1946 in Nürnberg mit der zweiten Version der besagten Hitler-Rede konfrontiert wird, sagt er sofort, daß viele der Formulierungen in diesem „Protokoll" nicht stimmen. Worte – so Raeder – wie
„Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie" oder „Herz verschließen gegen Mitleid, brutales Vorgehen"
seien nicht gefallen. Er macht geltend, daß sich die deutschen Oberbefehlshaber die Erwähnung eines solchen Kriegsziels bei Kriegsbeginn nicht hätten gefallen lassen. Raeder entsinnt sich des Boehm-Protokolls und verlangt, den Generaladmiral als Zeugen zu vernehmen. Der Anwalt Raeders, Dr. Siemers, stellt den Antrag, Boehm als Zeugen vorzuladen. Die Richter lehnen ab. Daraufhin vernimmt Dr. Siemers Boehm, fertigt eine Vernehmungsniederschrift und läßt den Generaladmiral eine eidesstattliche Erklärung abgeben. Beides, Vernehmungsniederschrift und Erklärung legt Siemers dann dem Nürnberger Gericht als Entlastungsdokument „Raeder Nr. 129" vor. Interessant ist nun, daß Boehms Anhörung zwar im Verhandlungsprotokoll des Gerichts mit Tag, Verhandlungsgegenstand und Dokumentennummer aufgeführt ist, im Dokumentenband des IMT aber nicht erscheint. Sie fehlt. Die Nürnberger Richter haben es vermieden, die Demontage ihrer „Schlüsselrede" als Beweisstück aktenkundig mit zu überliefern. Die sehr aufschlußreiche Anhörung des Generaladmirals ist jedoch im Nachlaß des Raeder-Verteidigers Dr. Siemers vollständig erhalten. Es lohnt sich, sie zu lesen. Boehm vergleicht die von Raeder angezweifelte zweite Version mit seiner eigenen Niederschrift und gibt zu Protokoll:
„Ich erkläre unter Eid, daß die nachfolgend aufgeführten Redewendungen in diesen Dokumenten von Hitler bei seiner Rede teils überhaupt nicht, teils in anderer Form und in anderem Sinne gebraucht worden sind."
Dann geht er Stück für Stück die brisanten Stellen in dem angezweifelten „Beweisstück" durch. Die angeblichen Hitler-Zitate sind im folgenden mit „2. Version" eingeleitet, die Aussagen des Zeugen mit „Boehm".
2. Version: *„Ich faßte den Entschluß bereits im Frühjahr, dachte aber, daß ich mich zunächst in einigen Jahren gegen den Westen wenden würde und dann erst gegen den Osten."*
Boehm: *In Sonderheit ist die Redewendung, daß Hitler sich zunächst gegen den Westen wenden würde, was also eine Angriffsabsicht gegen die Westmächte ausgedrückt hätte, auf keinen Fall gebraucht worden."*
2. Version: *„Ich wollte zunächst mit Polen ein tragbares Verhältnis herstellen, um zunächst gegen den Westen zu kämpfen."*
Boehm: *„Der Satz ist nicht gebraucht worden. Es gilt das gleiche, wie vorher ausgeführt, daß Hitler auf keinen Fall eine Absicht, gegen den Westen kämpfen zu wollen, zum Ausdruck gebracht hat."*
2. Version: „Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen."
Boehm: *„Der Satz wurde nicht gebraucht. "*
2.Version: *„Die Gegner haben nicht mit meiner großen Entschlußkraft gerechnet. Unsere Gegner sind kleine Würmchen. Ich sah sie in München."*
Boehm: *„Beide Sätze, besonders die Beurteilung der Gegner, sind nicht gebraucht worden."*

2.Version: *„Ich habe nur Angst, daß mir im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsvorschlag vorlegt. Die politische Zielsetzung geht weiter. Anfang zur Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gemacht.“*
Boehm: „*Weder der Satz hinsichtlich des Vermittlungsvorschlages, noch besonders hinsichtlich der Zerstörung der Vormachtstellung Englands ist gesprochen worden. Es sind glatte Erfindungen, ebenso wie das Wort „Schweinehund“.“*
2.Version: „*Vernichtung Polens im Vordergrund. Ziel ist Beseitigung der lebendigen Kräfte, nicht die Erreichung einer bestimmten Linie. “*
Boehm: *„Es ist nie von der Vernichtung Polens oder der Beseitigung der lebendigen Kräfte des polnischen Volkes als solchem gesprochen worden, sondern stets nur von dem Zerbrechen der militärischen Kräfte.“*
2.Version: *„Restlose Zertrümmerung Polens ist das militärische Ziel“*
Boehm: *„Der Satz ist bestimmt nicht gesprochen worden.“*
2.Version: *„Herz verschließen gegen Mitleid“ – „Brutales Vorgehen “.*
Boehm: *„Es ist nie in der Rede Hitlers ein brutales Vorgehen gefordert worden. Die Aufforderung zur Härte bezog sich in Wortlaut und Sinn auf die Führung des Kampfes ebenso gegen die feindliche Wehrmacht, wie im Einsatz der eigenen Truppe zur schnellsten Beendigung des Konflikts.“*
2.Version: *„Neue deutsche Grenzführung nach gesunden Gesichtspunkten, eventuell Protektorat als Vorgelände.“*
Boehm: *„Es ist nur von einer späteren neuen Grenzziehung, nicht von einem Protektorat gesprochen worden.“*
Und so weiter und so fort.
Der Generaladmiral schließt seine eidesstattliche Erklärung vor dem Anwalt des Großadmirals Raeder, Dr. Siemers, mit der zusammenfassenden Bemerkung, daß er die „besonders belastenden Stellen für nachträgliche Zusätze oder Irrtümer hält“. Boehms eigenes Protokoll, die dritte Rede-Niederschrift in der Zählung dieses Buchs, beginnt mit
„*Zweck der Aussprache ...*
Absicht (Hitlers) noch im Frühjahr war, die Lösung der polnischen Frage hinauszuschieben, sozusagen auf Eis zu legen, um erst die nach seiner Ansicht unvermeidbare Auseinandersetzung im Westen auszutragen. Jedoch darf man sich als Politiker hinsichtlich einer Zeitfolge nicht festlegen, müsse elastisch sein. Die Voraussetzungen für seine ursprünglichen Absichten hätten sich geändert, im übrigen habe er nie geglaubt, daß Polen sich an den Nichtangriffspakt gehalten hätte, wenn Deutschland irgendwie sonst gebunden wäre. ... Wenn diese Auseinandersetzung mit Polen auch unerwünscht sei, so sei sie notwendig, und die politische Lage für Deutschland jetzt günstiger als vielleicht in einigen Jahren.“
Nach Boehms Protokoll erklärt Hitler in dieser Rede seine Beweggründe für einen baldigen Krieg gegen Polen. Nach einleitenden Betrachtungen zur gegenwärtigen Lage des britischen Weltreichs, Frankreichs, Italiens und Spaniens kommt er auf Polen:
„Klar ist zunächst, daß eine politische Lage mit Polen wie sie jetzt bestand, auf Dauer untragbar ist. Daher der Vorschlag des Führers hinsichtlich der Abtretung Danzigs und der Herstellung eines Verbindungsweges durch den Korridor. Dieser Verständigungsversuch wurde gestört durch England, das sich in eine Hysterie hineinsteigerte und Polen zu frechen Noten und militärischen Maßnahmen veranlaßte. ... Für England aber war und ist gerade ein dauerhafter labiler Zustand erwünscht, um jederzeit, wenn es selbst losschlagen will, auf der anderen Seite Polen loslassen zu können. ... Abzulehnen wären faule Kompromisse. ... Die Wahrscheinlichkeit eines Eingreifens der Westmächte in einen Konflikt ist nach Ansicht des Führers nicht groß.“
Dann erläutert Hitler nach dem Boehm-Protokoll, warum er nicht mit einem Eingreifen

der Westmächte rechnet, und warum sich die Sowjetunion so plötzlich in dieser deutsch-polnischen Auseinandersetzung von England und Frankreich abund Deutschland zugewendet habe. Boehms Protokoll setzt fort:
„Natürlich werden die Westmächte bei einem Konflikt Deutschland – Polen versuchen, das Gesicht zu wahren. Sie werden vielleicht die Botschafter abberufen, vielleicht eine Handelssperre einrichten. Dagegen hilft nur eisernste Entschlossenheit. ... Im übrigen muß man bedenken. Auch auf der anderen Seite sind Menschen mit ihren Sorgen und Kümmernissen. Letzten Endes sind es nicht Maschinen, die miteinander ringen, sondern Menschen. Und wir haben die besseren Menschen. ... Das Ziel ist die Beseitigung und Zerschlagung der militärischen Kräfte Polens. ... Uns hat die Vorsehung zu Führern dieses (deutschen) Volkes gemacht; wir haben damit die Aufgabe, dem deutschen Volke, das mit 140 Menschen auf den Quadratkilometer zusammengedrängt ist, den nötigen Lebensraum zu geben. ...“
Von Plänen Hitlers, selber später Frankreich oder England anzugreifen, von der „restlosen Zertrümmerung Polens“ oder gar von einer „deutschen Erdherrschaft“ (in 1. Version) ist bei Boehm nicht ein einziges Wort zu lesen. Von besonderer Bedeutung ist der kolportierte Hitler-Ausspruch aus jener zweiten Version, von der nicht bekannt ist, wer sie geschrieben hat:
„Ich habe nur Angst, daß mir noch im letzten Moment irgendein Schweinehund einen Vermittlungsplan vorlegt.“
Dieses Zitat geistert bis heute durch die Schulgeschichts- und Gemeinschaftskundebücher, belegt es doch, daß Hitler nun Krieg um jeden Preis mit Polen will und an einer Lösung der Korridor- und Danzig-Frage nicht mehr interessiert ist. In der ersten Falsch-Version heißt der „Schweinehund“ noch „Saukerl“. Weder bei Boehm, noch Halder oder Greiner (5. Version) ist dieser folgenschwere Satz zu finden. Bei Boehm heißt es statt dessen:
„Abzulehnen wären faule Kompromisse.“
Die fragliche Schweinehund-Formulierung ist deshalb von Bedeutung, weil Hitler am Tag danach, am 23. August 1939, sowie am 25., am 26. und am 29. August die englische Regierung um Vermittlung bei den Polen bittet. Im folgenden Kapitel wird hiervon noch ausführlich zu berichten sein. Die Schweinehund-Formulierung soll 1946 in Nürnberg den Beweis erbringen, daß Hitler seine Vermittlungsersuchen an die britische Regierung nur zum Schein gestellt hat. Das kann auch der Grund sein, warum sich die Nürnberger Richter wehren, Boehm als Zeugen vorzuladen. Archivdirektor Dr. Domarus entscheidet sich, die 2. Version, deren Verfasser und Herkunft unbekannt sind, in das Archiv der Hitler-Reden aufzunehmen und nicht die Boehm-Version. Er begründet es, *„da sie prägnanter formuliert sind, als diejenigen von Boehm und Halder, obwohl sie den gleichen Inhalt haben.“*
Domarus hat sich offensichtlich gerade von den „prägnanten“, aber zweifelhaften Formulierungen blenden lassen, und er bedient sich dabei ausgerechnet zweier Zeugen, die seine Logik widerlegen. Weder Boehm mit seinem eigenen Protokoll noch der Generalstabschef des Heeres, General Halder, mit seiner Tagebucheintragung (4. Version) bestätigen die vielen kompromittierenden Formulierungen, die Hitler mit jener zweiten Protokollversion in Nürnberg zugeschrieben werden. Ein weiteres Protokoll, das fünfte in der Zählung dieses Buchs, steht im Kriegstagebuch des OKW 88, geschrieben vom Führer dieses Tagebuchs Helmuth Greiner. Dieses Protokoll bestätigt Boehm in fast allen seinen Punkten. Es korrigiert den Admiral nur dahingehend, daß Hitler offensichtlich doch von einer Zerstörung der Vormachtstellung Englands gesprochen hat, jedoch nicht – wie in der 2. Version suggeriert – als Hitlers politisches Programm, sondern nur als Erwähnung eines Tatbestands. Und Greiner bestätigt, daß Hitler doch davon gesprochen hat, Polen eventuell zum Protektorat zu machen. Auch Generalfeldmarschall von Manstein, Zuhörer dieser Hitler-Rede, schreibt später, daß Hitler viele der ihm zugeschriebenen Redewendungen damals nicht gebraucht hat. Großadmiral Raeder sagt in Nürnberg aus:

„Die Worte sind nach meiner Erinnerung bestimmt nicht gefallen. Der Führer pflegte solche Ausdrücke in Ansprachen, die er an die Generale hielt, nicht zu gebrauchen“.
Gleiches bestätigt Generalfeldmarschall Keitel. Neben den bereits genannten fünf Versionen von Niederschriften dieser brisanten und oft zitierten Hitler-Rede sind als sechste eine weitere von General Liebmann und als siebte eine von Generaladmiral Albrecht überliefert. Die zwei Versionen sind keine Wortlautwiedergaben.
Der vermeintliche Echtheitsbeweis von Domarus ist folglich kein Beweis. Die zweite in den Akten des Deutschen Auswärtigen Amts und im Domarus-Archiv abgedruckte Version, von der niemand weiß, von wem sie stammt, ist offensichtlich genauso eine Fälschung wie die erste. Sie kann angesichts der Beobachtung des Dr. Siemers, daß das fragwürdige Dokument zum Teil auf der selben Schreibmaschine wie die erste Falschversion geschrieben worden ist, durchaus vom gleichen Fälscher stammen, der schon die erste „vulgäre“ Version verfaßt hat. Die zweite Version dient in Nürnberg als „Beweis“, daß Hitler die Generalität an jenem 22. August 1939 davon in Kenntnis setzt, daß er die Verhandlungen mit Polen nur zum Schein führt, daß er um jeden Preis Krieg und Landeroberung will, und daß er die Absicht hat, später Großbritannien und Frankreich anzugreifen. Als Hitler an jenem 22. August die Heeresgruppen- und Armeebefehlshaber der drei Wehrmachtsteile in seiner Alpenresidenz, dem Obersalzberg, versammelt hat, wissen die hohen Offiziere, daß seit Januar mit Polen um Danzig und den Korridor verhandelt wird. Sie sind sich der Spannungen mit Frankreich und Großbritannien bewußt, die Hitler durch die Unterwerfung der Tschechei im März selbst verursacht hat. Sie haben Kenntnis von den zahllosen Übergriffen gegen die deutsche Minderheit in Polen, von den vielen Grenzverletzungen durch Polen, und sie wissen, daß deutsche Divisionen gegen Polen aufmarschieren. In dieser Lage erwarten die Generale und Admirale Aufschluß über das, was sie erwartet. Wenn man die Niederschriften von Greiner, Boehm und Halder zu Grunde legt, eröffnet Hitler der Generalität an jenem 22. August 1939 nicht mehr und auch nicht weniger, als daß er nun nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen mit Polen in Kürze militärisch handeln will. Er verschweigt zwar den eigenen Fehler, den er vor sechs Monaten mit der Besetzung der Tschechei begangen und mit dem er die steife Haltung Polens selbst verursacht hat. Doch die Rede birgt nichts, das die Generale in einer solchen Spannungslage vielleicht überraschen könnte. Sie hören zumindest nichts über weitere Pläne Hitlers, später Frankreich, England, Rußland oder wen auch immer anzugreifen. Wenn das so ist – und daran gibt es wenig Zweifel – dann hat das Internationale Militärgericht in Nürnberg mit seinen zwei entstellten Redeprotokollen nicht nach der Wahrheit sondern nach Belastungsmaterial gesucht. Und das Gericht hat uns und den deutschen Schülerinnen und Schülern ein zweifelhaftes Erbe hinterlassen. Die „prägnanten“ Zitate aus der 2. Version halten sich bis heute in den Schulgeschichts- und Gemeinschaftskundebüchern.

Allierte Schuld am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung

Die Entwicklung des Luftkrieges vor dem Kriege

* 1936 Im sog. "Masterplan" rüstet Großbritannien seine Luftwaffe schon mit dem Ziel eventueller Bombardierung besiedelter Wohngebiete – gegen das Völkerrecht. Nach den "Haager Luftkriegsregeln" von 1923 war das Bombardieren von Zivilgebieten verboten. (vgl. Diwald, "Deutschland einig Vaterland", a.a.O., S. 198/199)

* Die Alliierten planten ihre Luftwaffe als strategische Waffe zur Luftherrschaft. Deshalb bauten sie vor allem Langstreckenbomber mit Begleitschutz-Jägern, während die Deutschen eine taktisch operierende Luftwaffe konzipierten mit Kurzstreckenjägern, die mit den Bodentruppen zusammenwirken sollten.

* Churchill hatte im September 1924 geschrieben:
"Ich bin dafür, methodisch bereitete Bazillen absichtlich auf Menschen und Tiere loszulassen. Mehltau, um die Ernte zu zerstören, Anthrax, um Pferde und Vieh zu vertilgen, Pest, um damit nicht nur ganze Armeen, sondern auch die Bewohner weiter Gebiete zu töten." (vgl. "Vorsicht Fälschung", F-Z-Verlag, München 1992, S. 173]

* Im Frühjahr 1941 wurde in Stanford/USA ein Plan diskutiert,
Milch und Getreide in Feindländern mit radioaktivem Strontium zu verseuchen. (vgl. ... Richtigstellungen", Grabert, Tübingen, Heft 4, S. 23)]

Einleitung des Luftkrieges durch England

* 5. September 1939 Englische Luftangriffe auf Wilhelmshaven und Cuxhaven

* 12. Januar 1940 Bombenangriff auf Westerland (Sylt, Stadtrand)

* April 1940 Zahlreiche englische Einflüge in die Deutsche Bucht

* 10. Mai 1940 Englischer Angriff auf Freiburg/Breisgau (50 Tote)

* Mai 1940 Zahlreiche englische Einflüge bis Hamburg und München

* 10./1. Mai 1940 RAF-Bombengeschwader greifen Mönchengladbach an (Stadtzentrum und Außenbezirke).

Fachwissenschaftler wie Hans Rumpf "Das war der Bombenkrieg" (Oldenburg 1961) und Emrys Hughes "Churchill" (Tübingen 1959) sowie Czesany "Alliierter Bombenterror" (Leoni 1987) setzen dieses Datum bzw. diese Aktion als historische Eröffnung des (völkerrechtswidrig) uneingeschränkten Bombenterrors gegen nicht-militärische, unverteidigte zivile Gebiete, offene Städte bzw. gegen die Zivilbevölkerung.

* Von Anfang an waren die englischen Bomberangriffe auch Nachtflug-Angriffe.

* Für Luft-Terror als Mittel des Krieges ist demnach England allein verantwortlich.

* 18. Mai 1940 Englische Luftangriffe im Raum Hamburg sowie im Ruhrgebiet (Essen, Duisburg)

* 17. August 1940 Gezielte englische Luftangriffe auf deutsche Städte

* 22. August 1940 Kulturstätten (Goethes Gartenhaus in Weimar, Bismarcks Mausoleum in Friedrichsruh)

* ab 26. August 1940: Erste englische Angriffe auf Berlin

* 7. September 1940 Deutscher Angriff auf London ("Vergeltungsangriff"), gezielt auf Markthallen und Docks.

* ab 1. September 1940 Zahlreiche weitere englische Angriffe auf Berlin

* 18. September 1940 Englischer Angriff auf Bethel bei Bielefeld (Anstalten von Bethel)

* 19. September 1940 Englischer Angriff auf Heidelberg (8 Angriffe auf Berlin, Hannover, München) (vgl. Schreiber, J. "Nicht Auschwitz, sondern Stalingrad und Dresden", in "Soldat im Volk", Bonn 1994, S. 87)

* 14./15. November 1940 Deutscher Luftangriff auf Coventry (Mittelengland), gezielt auf militärische Anlagen wie Flugzeugfabriken (= inmitten der Stadt!). 380 Tote. Die Kathedrale blieb ganz.

* 7. April 1941 Englischer Luftangriff auf Sofia / Bulgarien, obwohl Bulgarien mit England nicht im Kriege war.

* 30. März 1942 Großangriff englischer Bombergeschwader auf Lübeck.

Erste große Flächenbombardierung der Kriegsgeschichte auf unverteidigte zivile Gebiete bzw. auf die Zivilbevölkerung gemäß "Lindemann-Plan" (Churchill-Berater Lindemann).

Bisher hatten die englischen Bomber in Wellen angegriffen. Nach dem neuen Plan wurden möglichst viele Bomber konzentriert, um eine gleichzeitige flächendeckende Gebietsbombardierung durchzuführen. ("Bombenteppiche"), was zum wahllosen Massenmord an der deutschen Zivilbevölkerung führte. (vgl. "Richtigstellungen", a.a.O. Heft 5, S. 31)

* 24.-27. April 1942 Englische Angriffe auf Rostock

* 30./31. Mai 1942 Erster 1.000-Bomber-Angriff auf Köln. Der Dom wurde beschädigt. (vgl. "Richtigstellungen", a.a.O., Heft 5, S. 31) (vgl. Schreiber, J., "Nicht Auschwitz ..." a.a.O., S. 83)

* Juni 1942 Bombardierung von Essen

* 26. Juni 1942 Bombardierung von Bremen

* 24. Juli bis 3. August 1943 Feuersturm über Hamburg

* 13. Juni 1944 Deutscher Beschuss Londons durch V 1

* 6. September 1944 Deutscher Beschuss Londons durch V 2 (jeweils nur minimale Schäden)

* 16. Februar 1944 Schwere Angriffe auf Berlin

* Februar 1945 Schwere Angriffe auf Berlin

* 18. März 1945 Schwerster Angriff auf Berlin durch US-Bomber

* 13.- 14.2.1945 Zerstörung Dresdens durch alliierte Flieger (mit Einsatz von Phosphor).

Höhepunkt des Luftterrors. Mindestens 250.000 Tote, meist Flüchtlinge mit Frauen und Kindern (vgl. Diwald, a.a.O., S. 197) (vgl. Schreiber, a.a.O., S. 90/91) (vgl. Franz Kurowski, "Das Massaker von Dresden", Berg, 1995, S. 209)

* *"The greatest single holocaust by war"* (Harold Nicolson, London, 1963) (vgl. "Vorsicht Fälschung", S. 172)

Anmerkung: In Hiroshima starben nach dem Abwurf der Atombombe 72.000 Menschen.

* 15.2.1945 Zerstörung von Chemnitz

* Einsatzbefehl Churchills: *"Sie (die Royal Air Force) fliegen heute dorthin, um alle Flüchtlinge (!) zu töten, die aus Dresden entkommen sein mögen"*. (vgl. Diwald, "Deutschland ...", a.a.O., S. 198)

Deutsche Luftangriffe – Kein Verstoß gegen Kriegsregeln

* 27. September 1939 Deutscher Angriff auf Warschau (vgl. "Richtigstellungen", Heft 5, S. 29) (vgl. "Vorsicht Fälschung", S. 175)

* 14. Mai 1940 Deutscher Angriff auf Rotterdam (vgl. "Vorsicht Fälschung", S. 176)

* 26.4.1937 "Guernica"(vgl. "Vorsicht Fälschung", S. 174) (vgl. "Richtigstellungen", Heft 2, S. 15) (vgl. "Guernica", A. von Thadden, Leoni 1982)

Anmerkungen:

* Warschau war eine verteidigte Festung.
Es kam zu Luftangriffen auf militärische Objekte, später auf Punkte in der ganzen Stadt nach Aufrufen an die Zivilbevölkerung, die Stadt zu verlassen. Die Luftangriffe dienten zur Unterstützung des Belagerungsheeres, hatten also taktischen Charakter und waren damit nicht kriegsrechtswidrig.

* Rotterdam war ebenfalls eine befestigte und militärisch verteidigte Stadt.
Der Stadtkommandant verweigerte die Kapitulation der Stadt. Deutsche Bomben fielen und töteten etwa 600 bis 800 Menschen. A.J.P. Taylor: *"Die deutsche Bombardierung von Warschau und Rotterdam war Teil eines militärischen Feldzuges, eine Ausdehnung vorausgegangener Artillerie-Beschießung verteidigter Städte."*

* Guernica wurde von Bomben aus Flugzeugen der Legion Condor getroffen, 226 Menschen kamen ums Leben. Die Bomben fielen auf Grund ungenauer Zielvorrichtungen, denn angezielt waren militärische Objekte in der Nähe der Stadt (Brücken).

Weitere Anmerkungen: Hitler respektierte Paris als offene Stadt. Die Deutschen übernahmen die Stadt ohne jede Zerstörung.

Die politische Führung Englands kannte keine Bedenken. Englische Bomber unternahmen am 3. März 1942 einen Terror-Angriff auf das Stadtgebiet von Paris: 600 Tote, 1.000 Verletzte.

Hitler befahl, gegen die offene Stadt Bordeaux keinen Luftangriff zu führen.

Alliierter Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung
In seiner Reichstagsrede vom l. September 1939 erklärte Adolf Hitler, daß er nicht Krieg gegen Frauen und Kinder führen wolle. Er habe der Luftwaffe den Auftrag gegeben, sich auf militärische Objekte bei ihren Angriffen zu beschränken.
Am gleichen l. September hatte US-Präsident F. D. Roosevelt einen Appell an die Kriegführenden gerichtet, *„auf der Grundlage der Gegenseitigkeit öffentlich ihre Absicht zu versichern, in keinem Fall und unter keinen Umständen Zivilpersonen oder unbefestigte Orte aus der Luft anzugreifen."*
Für Deutschland erklärte Hitler in seiner Antwort am 2. September 1939, daß der Gedanke, *„außerhalb militärischer Operationen Luftangriffe auf nichtmilitärische Objekte zu unterlassen, ganz seiner Ansicht entspreche und von ihm schon immer unterstützt worden sei"*.
Er stimmte dem Vorschlag einer entsprechenden öffentlichen Erklärung der beteiligten Regierungen bedingungslos zu und teilte mit, er seinerseits habe schon öffentlich bekanntgegeben, daß den deutschen Luftstreitkräften die Beschränkung ihrer Angriffe auf militärische Objekte befohlen worden sei. Die Aufrechterhaltung dieses Befehles hänge von der gegenseitigen Beachtung dieser Regel ab. England und Frankreich verpflichteten sich ebenfalls in gleichlautenden Noten vom 2. September 1939, *„feierlich und öffentlich, ... die Feindseligkeiten . . . mit dem festen Willen zu führen, die Zivilbevölkerung zu schonen und die Denkmäler der menschlichen Zivilisation möglichst zu bewahren"*.
Dabei erklärten sie, daß sie den Oberkommandos ihrer Streitkräfte schon genaue Anweisungen gegeben hätten, damit aus der Luft, von See und vom Land her „nur

einwandfrei militärische Objekte im engsten Sinne des Wortes" bombardiert würden. (Udo Walendy, Hist. Tatsachen Nr. 49, Seite 8.)
Eberhard Spetzler führt in seinem Buch „Luftkrieg und Menschlichkeit" dazu weiter aus: *„Insgesamt kann objektiv nicht bestritten werden, daß der Polenfeldzug von deutscher Seite ritterlich und menschlich geführt wurde, und daß auch die Luftwaffe nachhaltig und erfolgreich bemüht war, das geltende Kriegsrecht und die Grundsätze der Haager Landkriegsordnung einzuhalten.*
Selbstverständlich waren Treffer außerhalb der militärischen Objekte im Rahmen der Streuungsgrenze und der menschlichen und technischen Fehlerquellen nicht auszuschließen, so daß die Kämpfe wie in jedem Krieg die Zivilbevölkerung trotz allem in Mitleidenschaft zogen; beabsichtigt oder fährlässig verursacht waren sie jedoch nicht. . . .
Auf dem westlichen Kriegsschauplatz war die Luftkriegführung anfangs gleichfalls korrekt. Sie wurde am 4. September 1939 durch Angriffe englischer Bomber des Coastal Command auf militärische Ziele, besonders auf Anlagen der Kriegsmarine im Raum Wilhelms-haven und Cuxhaven eröffnet.Gelegentliche Treffer auf Wohnstätten waren offenbar unbeabsichtigt. Auch ein Bombenwurf auf die dänische Hafenstadt Esbjerg am gleichen Tag wird militärischen Objekten gegolten haben und im übrigen auf einen Orientierungsfehler zurückzuführen sein, wie er vorkommen kann und beide Seiten im Lauf des Krieges zwangsläufig wiederholt unterlief. Daneben begannen allerdings bewußte Neutralitätsverletzungen in Gestalt häufiger Ein- und Ausflüge über neutrales Gebiet. Seit Ende September 1939 antwortete die deutsche Luftwaffe, die sich sonst auf Fernaufklärung beschränkte, mit Angriffen auf Kriegsschiffe, ab 17. Dezember auch auf die Handelsschiffahrt, im Gebiet englischer Häfen und vor der englischen Ostküste bis hinauf zum Firth of Forth, zu den Orkney- und den Shetland-Inseln; später dehnte sie diese Tätigkeit bis in den Atlantik aus. Hitler verbot aber im Einklang mit einer offiziellen Erklärung der Reichsregierung durch strikten Befehl, über dessen Inhalt die fliegenden Besatzungen vor jedem Einsatz ausdrücklich belehrt und verwarnt wurden, jeden Bombenabwurf auf englische Landziele gleich welcher Art, selbst auf Hafenanlagen und Kriegs werften. Er wollte unter allen Umständen vermeiden, daß deutscherseits - sei es auch nur infolge unbeabsichtigter Fehlwürfe - durch Treffer auf nicht streng militärische Ziele oder in sonstiger Weise der geringste Anstoß zur Ausdehnung des Luftkrieges auf die Zivilbevölkerung und für dann möglicherweise unabsehbare Wirkungen eines totalen Luftkrieges gegeben würde.
Ebenso untersagte er beim Angriff deutscher Sturzkampfbomber vom Typ Ju 88 gegen englische Kriegsschiffe auf der Reede von Firth of Forth eine Bombardierung des dort im Dock liegenden Schlachtschiffes .Repulse', damit ja keine Bombe auf englischen Boden fiele. Deutschland und England verpflichteten sich am 14. September 1939 nochmal ausdrücklich zum Verzicht auf den Einsatz von Gas und Bakterien." (Spetzler, Seite 231 bis 233, 238 bis 240.) Am 15. Februar 1940 erklärte der britische Premier Neville Chamberlain im Unterhaus: *„Welchen Weg die anderen auch gehen mögen, die britische Regierung wird niemals zu hinterhältigen Angriffen auf Frauen und andere Zivilpersonen zum Zwecke reinen Terrors Zuflucht nehmen."* Doch schon knapp drei Monate spater - am 10. Mai - begann der neue Kriegspremier Winston Churchill noch am Tage seiner Amtsübernahme (er konnte es nicht erwarten) den „strategischen Bombenkrieg",
dem schließlich mehr als eine Million zivile deutsche Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Es war kein Entschluß des Augenblicks, sondern er war langfristig geplant - und nicht nur von ihm! -, sowohl im Hinblick auf die zivilen Ziele im Hinterland, vornehmlich auf die Arbeiterwohngebiete der deutschen Städte, als auch auf die seit 1936 projektierten und durchgefühlten Rüstungsprogramme der Royal Air Force. (Czesany, „Alliierter Bombenterror 1940-1945", Seite 112, 119 bis 192, 370.)
Der britische Historiker F. J. P. Veale ergänzte: *„Erst im April 1944, als die Luftwaffe durch Treibstoffmangel lahmgelegt und der Ausgang des Kampfes nicht mehr zweifelhaft war, wurde*

die über alle Tatsachenberichte strenge Sperre insofern aufgehoben, als man Mr. J. M. Spaight, dem früheren Staatssekretär des britischen Luftfahrtministeriums, erlaubte, sein Buch ‚Bombing Vindicadet' zu veröffentlichen. Schon der Titel, auf deutsch gerechtfertigte Bombardierung', war eine Überraschung, denn nur wenige hatten bisher gedacht, daß es eine Rechtfertigung für den Bombenkrieg überhaupt bedürfte". Hierzu muß ergänzt werden, daß der britische Bürger sogar in Unterhausdebatten ständig dahingehend belogen worden war, daß die Royal Air Force in Deutschland lediglich militärische Ziele bombardiere! Veale fuhr fort: *„Mr. Spaight löste diese Bestürzung in folgendem lyrischen Absatz: ‚Da wir uns über die psychologischen Wirkungen nicht im klaren waren, die von der propagandistischen Verdrehung der Tatsache ausgehen würden, daß wir es waren, die mit der strategischen Bomberoffensive begannen, schreckten wir davor zurück, unseren großen Entschluß vom 11. Mai 1940 in der ihm gebührenden Weise vor die Öffentlichkeit zu bringen. Das war sicherlich ein Fehler. Es war ein großartiger Entschluß, ebenso heldenhaft und selbstaufopfernd wie Rußlands Entschluß zur Politik der verbrannten Erde.' . . . Somit gibt sich der Verfasser in seinem Buch nicht mit dem Eingeständnis zufrieden, daß England für den Beginn der Bombenabwürfe auf die Zivilbevölkerung verantwortlich ist, sondern er besteht darauf, daß England der ganze Ruhm gebühre, diese Methode ersonnen und in die Praxis umgesetzt zu haben.*
Spaights Buch wird ergänzt und bestätigt durch das Buch „Bomberoffensive", 1947 von Harris selbst herausgegeben, der als Luftmarschall des Strategischen Bomberkommandos neben Churchill die Hauptverantwortung für die Flächenbombardierungen gegen die Zivilbevölkerung in Deutschland trägt.Beide Autoren sprechen voller Verachtung von der Kurzsichtigkeit des Militärs in aller Welt, insbesondere der deutschen Wehrmachtsführung, weil sie vor 1939 die Bedeutung des Einsatzes schwerer Bomber gegen die Zivilbevölkerung nicht erkannt hätte. Harris erklärte, daß Deutschland den Krieg verloren habe, weil es im September 1940 beim Entschluß zum Gegenschlag gegen England keine Langstreckenbomber besaß. Die stereotype Entschuldigung für die Bombardierung deutscher Städte hieß damals (und auch noch heute, sogar im eigenen Land), daß dies nur eine Vergeltung für die Bombenangriffe der Deutschen auf Warschau und Rotterdam sei. Mr. Spaight schiebt dieses Argument mit der ihm gebührenden Verachtung beiseite. Er sagt: ‚Als Warschau und Rotterdam bombardiert wurden, standen die deutschen Armeen unmittelbar vor den Toren. Die Luftangriffe waren ein Teil der taktischen Offensive.' (Spaight, Seite 43.)
Captain Liddel Hart vertritt die gleiche Ansicht. Er schreibt: ‚Bom-benangriffe fanden erst statt, wenn sich die deutschen Truppen in die Städte hineinkämpften, und entsprachen somit den alten Regeln über Belagerungsbeschuß.'" (F. J. P. Veale, „Der Barbarei entgegen - Wie der Rückfall in die Barbarei durch Kriegführung und Kriegsverbrecherprozesse unsere Zukunft bedroht", Hamburg 1954, Seite 142, 145.)
Die erste absichtliche Verletzung der bisher eingehaltenen Grundregeln zivilisierter Kriegführung war nach Auffassung der Gentlemen in England ein „großartiger Entschluß", wie auch einige Jahre später der Abwurf von zwei Atombomben zu „Versuchszwecken" auf das bereits vorher kapitulationsbereite Japan! Auf den entsprechenden Kriegsverbrecherprozeß wartet die Menschheit noch heute! In diesem Zusammenhang erscheint es beachtlich, daß der Angeklagte Nummer eins unter den „Hauptkriegsverbrechern" in Nürnberg -Reichsmarschall Hermann Göring - in wissenschaftlich umfassenden Büchern über den Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges, wie z. B. bei Eberhard Spetzler „Luftkrieg und Menschlichkeit", Göttingen, Institut für Völkerrecht an der Universität Göttingen, 1956, nur dreimal erwähnt wird, und zwar ausschließlich im Zusammenhang mit Erwägungen, wie ein Zivilkrieg vermieden werden könne.Doch was konnte er gegen weltweite Gegner ausrichten, die den Krieg nicht für eine Auseinandersetzung mit den Streitkräften feindlicher Staaten, sondern „der Völker selbst" hielten, wobei es also darauf ankam, Krieg zu führen nicht nur gegen die militärischen Kräfte, sondern gegen „die gesamte völkische Kraft" des Feindes! So

erklärten die Alliierten selbst Maßnahmen des Wirtschaftskrieges, der Propaganda, der Internierung von Zivilisten im gesamten Imperialbereich der Alliierten, aber auch die bewußte Vernichtung zivilen Lebens - auch ohne militärische Notwendigkeit - im Gegensatz zu allen internationalen Kriegsregeln für „erlaubte Ziele der Kriegführung". Das alles wurde natürlich den besiegten Deutschen nicht zugutegehalten. Doch so sahen ihre Gegner aus, die dann über sie noch zu Gericht saßen, wobei sich die Tribunalmächte noch herausnahmen, nicht etwa nur wirklich geschehene Taten unter Anklage zu stellen, sondern auch Geschehnisse, die mit Hilfe gefälschter Dokumente und erzwungener Zeugenaussagen „fabriziert" wurden; - ein besonders dunkles Kapitel der Nürnberger Prozesse!
Wiederholt hatte Adolf Hitler versucht, einen zivilen Luftkrieg zu verhindern! Am 21. Mai 1935 beschwor er in seiner Regierungserklärung die Ächtung eines völkerrechtswidrigen Luftkrieges und bot entsprechende Vorschläge an. Auch am 1. September 1939 versicherte er noch einmal vor der Welt, daß er keinen Kampf gegen Frauen und Kinder führen wolle und seiner Luftwaffe den Auftrag gegeben habe, sich auf militärische Ziele zu beschränken. Es gab auf deutscher Seite keine zentrale Dienststelle wie das britische Bomber Command, auch keinen Plan für einen „strategischen Luftkrieg". Niemand konnte der deutschen Luftwaffe in ihren Feldzügen gegen Polen, Norwegen, Frankreich, die Balkanländer, selbst gegen die UdSSR Massenmordfunktion, leichtfertige Gefährdung von Zivilpersonen oder gar ihre Terrorisierung oder Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen zur Last legen. Bis Ende Juli 1940 hat Deutschland selbständige Luftangriffe gegen feindliches Hinterland überhaupt nicht geführt.
„So räumte selbst der britische Luftmarschall Spaight ein, daß Hitler anfänglich ernstlich bemüht war,mit England ein Abkommen zu erzielen, um den Luftwaffeneinsatz auf Frontgebiete zu beschränken, daß England davon aber nichts gehabt hätte und wohlüberlegt nicht darauf einging." (Spetzler, „Luftkrieg und Menschlichkeit", Seite 267.)

Wer begann mit Luftangriffen auf offene Städte?
Kein ernstzunehmender Luftkriegs-Historiker stellt heute noch die Behauptung auf, daß die Bombardierung Warschaus und Rotterdams eine vorsätzliche Terrormaßnahme gegen offene Städte gewesen sei. Tatsächlich aber war Warschau eine verteidigte Festung mit einer Besatzung von über hunderttausend Mann. Nach wiederholten ergebnislos gebliebenen Übergabeforderungen und der Nichtbeachtung von Flugblättern mit der Aufforderung an die Zivilbevölkerung, die Stadt zu verlassen, begannen die Deutschen am 18. September erneut die Stadt zu beschießen und aus der Luft zu bombardieren. So heißt es denn auch folgerichtig in der von der Bundesregierung herausgegebenen Sammlung „Dokumente deutscher Kriegsschäden*":„Der deutsche Luftangriff auf Warschau, der von der gegnerischen Propaganda als ‚Terrorangriff bezeichnet wurde, war in Wirklichkeit ein kriegsrechtlich einwandfreier taktischer Angriff zur Unterstützung der Erdtruppen. Die Reste des polnischen Heeres leisteten in der Stadt wie in einer Festung erbitterten Widerstand und hatten mehrmalige Aufforderungen zur Kapitulation abgelehnt."*
Am 14. Mai 1940 gingen deutsche Bomben auf Rotterdam nieder. Der Bombenangriff auf Rotterdam galt lange Zeit nach dem Krieg (und für die Extrem-Umerzieher noch heute) als Musterbeispiel eines „Terrorangriffs auf eine offene Stadt". Dreißigtausend Tote hätte die deutsche Attacke gefordert, wurde behauptet. Heute jedoch sprechen selbst holländische Historiker nur noch von einem „tragischen Unfall", der zwischen sechshundert und neunhundert Todesopfern zur Folge hatte. Der Stadtkommandant des militärisch verteidigten Rotterdam, Oberst Scharroo, verzögerte aus taktischen Gründen die Kapitulation der Stadt, und ein zunächst befohlener Luftangriff konnte von deutscher Seite nicht mehr gebremst werden, weil die Funker der anfliegenden Maschinen ihre Schleppantennen

bereits eingefahren hatten. Vom Boden aus abgefeuerte rote Leuchtkugeln wurden wegen Nebel nur von einem Teil der Piloten bemerkt, worauf sie mit ihren Maschinen abdrehten. Die anderen luden ihre tödliche Fracht ab, und das Verhängnis nahm seinen Lauf.
Der Oxford-Historiker A. J. P. Taylor notierte: *„Die britische Initiative (zum Luftkrieg) ist völlig klar. Die deutsche Bombardierung von Warschau und Rotterdam war Teil eines militärischen Feldzuges, eine Ausdehnung vorausgegangener Artilleriebeschießung verteidigter Städte. Der Blitz (die deutschen Luftangriffe auf London) begann erst, nachdem die Briten schon fünf Monate lang deutsche Städte bombardiert hatten."*
Die englische Stadt Coventry, Rüstungsschmiede des Empire, ist zum Symbol für deutschen „Luftterror" geworden. Sehr häufig wird behauptet, der deutsche Angriff auf die Stadt am 15. November 1940 sei der Erstschlag des Bombenterrors im Zweiten Weltkrieg gewesen. Die folgenden angloamerikanischen Attacken seien demzufolge nur Repressalien gewesen.
Liddell Hart schrieb in seinem Werk „The Revolution of Warfare": *„Als Churchill an die Macht kam, gehörte es zu den ersten Entscheidungen seiner Regierung, den Bombenkrieg auf das Nichtkampfgebiet auszudehnen." Das war ein halbes Jahr vor Coventry. Der Inspektor des deutschen Brandschutzwesens und Luftkriegsexperte Hans Rumpf bemerkt in „Das war der Bombenkrieg": „Als Datum der Eröffnung des uneingeschränkten Luftkrieges muß nach dem fundierten Zeugnis zuverlässiger Forschung die Nacht vom 10. zum 11. Mai 1940 gelten. In dieser Nacht griffen RAF-Bomber unter anderem die Außenbezirke von Mönchengladbach an."*
Der britische Publizist und Jurist F. J. P. Veale schreibt in seinem Buch „Der Barbarei entgegen":
„Der Flug der englischen Whitley-Bomber in der Nacht 10./11. Mai 1940 zum Angriff gegen westdeutsche Städte wendete ein wichtiges Blatt in der Geschichte und setzte den Schlußpunkt hinter eine Epoche, die zweieinhalb Jahrhunderte angedauert hatte." Sechs Wochen nach jenem 10. Mai 1940, am 20. Juni, griffen deutsche Bomber erstmals - allerdings rein militärische - Ziele in England an. Erst vier Monate nach dem 10. Mai 1940, am 7. September, nachdem zahlreiche deutsche Städte, darunter allein Berlin achtmal,angegriffen worden waren und Warnungen nicht genutzt hatten, erfolgte der deutsche Gegenschlag mit einem schweren gezielten Tagesangriff auf die Markt- und Lagerhallen, Güterbahnhöfe und Docks, den „Bauch" Londons.
„Hitler hat während der Zeit, in der er überlegene Macht in der Luft besaß, bemerkenswert gezögert, sie voll gegen die feindlichen Städte zu entfesseln. Er versuchte wiederholt, während er sich auf dem Gipfel seiner Macht befand, einen Waffenstillstand in der Bombardierung von Städten zu erreichen."
(Zitat des britischen Militärschriftstellers Liddell Hart, zitiert von Erich Schwinge in seinem Buch „Bilanz der Kriegsgeneration", 15. Auflage, Seite 68.)
Der britische Politiker, Historiker und Churchill-Biograph Emrys Hughes schildert die Geschichte des Dechiffrierbeamten Tayler Kent an der amerikanischen Botschaft in London. Dieser „wurde von der Art und Weise alarmiert, in der Churchill und Roosevelt insgeheim die USA in den Krieg hineinmanövrierten, und machte Kopien von ihrem Schriftwechsel, um diese in die USA zu schicken, wo sie Staatsmännern von Nutzen sein konnten, die sich den Interventionsplänen Roosevelts widersetzten.
Kent wurde ertappt und mußte für sein Vergehen fünf Jahre in einem englischen Gefängnis sitzen.Der amerikanische Botschafter Kennedy verzichtete auf Roosevelts Drängen hin, Kents Immunität als Mitglied des Diplomatischen Korps zu wahren; man mußte sicher sein, daß dieser Mann während des Krieges schwieg. Dann wurde ein Gesetz angenommen, das es Kent verbot, den Inhalt dieser geheimen Botschaften nach Kriegsende zu enthüllen." (Hughes, „Winston Churchill", Seite 181.) Zum Thema Luftkriegsschuld notiert Hughes: *„Die Propaganda sprach von den Grausamkeiten des Feindes und war blind für die eigenen. Führende britische Experten haben offen zugegeben, daß es eher die Briten als die Nazis*

waren, die mit dem Bombenkrieg gegen Zivilisten und nichtmilitärische Ziele begannen. Die Entscheidung darüber hatte das britische Luftfahrtministerium bereits 1936 getroffen".
Der erste Angriff dieser Art wurde von achtzehn britischen Whitley-Bombern in der Nacht des 11.Mai 1940 gegen Westdeutschland geflogen. Bis dahin waren lediglich militärische Ziele oder belagerte Städte mit Bomben angegriffen worden.Hitler bemühte sich wiederholt, eine Übereinkunft darüber zu erlangen, daß Zivilisten und nichtmilitärische Ziele nicht angegriffen werden sollten, erhielt aber immer von britischer Seite eine eiskalte Abfuhr.
Britische Autoritäten wie Luftmarschall Sir Arthur Harris (in seinem Buch ‚Bomber Offensive', 1947), der Generalsekretär des Luftfahrtministeriums, J. M. Spaight (in ‚Bombing vindicated', 1944) und Liddell Hart (in ‚The Revolution in Warfare', 1946) geben diesen Sachverhalt offen zu." (Hughes, Seite 178 f.)
Der britische Physiker und Nobelpreisträger Blacket: *„Die Deutschen waren streng genommen im Recht, den Angriff auf London eine Vergeltungsmaßnahme zu nennen."*
Britanniens Generalmajor J. F. C. Füller: *„Hitler schlug zunächst nicht zurück, aber es ist kein Zweifel, daß diese Angriffe auf westdeutsche Städte ihn förmlich darauf hinstießen, nun auch seinerseits zum Angriff überzugehen."*
Liddell Hart: *„Die Deutschen waren vollkommen berechtigt, ihren Angriff auf London als Repressalie zu bezeichnen, zumal da sie vor unserem sechsten Angriff auf Berlin erklärt hatten, daß sie zu einer solchen Handlungsweise übergehen würden, falls wir unsere Nachtangriffe auf Berlin nicht einstellen."*
Am 10. September bombardierte die RAF unter anderem das Brandenburger Tor, das St. Hedwigs-Krankenhaus und ein Altersheim in Berlin, am 18. September die Krankenanstalten von Bethel/Westfalen, am 19. September die Heidelberger Arbeitersiedlung Pfaffengrund. Das alles spielte sich zwei Monate vor Coventry ab. Der englische Unterstaatssekretär Spaight, die erste britische Autorität auf dem Gebiet des Luftkriegsrechts, schrieb in seinem 1944 in London erschienenen Buch „Bombing vindicated": *„Wir begannen Ziele in Deutschland zu bombardieren, ehe die Deutschen das in England taten. Das ist eine historische Tatsache, die auch öffentlich zugegeben worden ist. Wir brachten London zum Opfer dar, denn die Vergeltung war gewiß. Es ist keine absolute Gewißheit, aber doch sehr wahrscheinlich, daß die Deutschen London und das Industriegebiet nicht angegriffen hätten. Deutschland bemühte sich um ein Stillhalteabkommen im Bombenkrieg, so oft sich dafür die leiseste Chance zu bieten schien."*
Charles de Gaulle schrieb in seinen Memoiren: *„Ich sehe Churchill heute noch, wie er eines Tages im August 1940 in Chequers die Faust gegen den Himmel hob und rief: ‚Sie kommen also nicht.' ‚Haben Sie es so eilig', sagte ich, ‚Ihre Städte in Trümmer liegen zu sehen!?' -.Begreifen Sie', erwiderte er, ‚daß die Bombardierungen von Oxford, Coventry und Canterbury in den Vereinigten Staaten eine solche Welle der Entrüstung aufpeitschen wird, daß sie in den Krieg eintreten werden'."*
Nochmal Füller, britischer General und Historiker in seinem Buch „Der Zweite Weltkrieg": *„So war es Churchill, der die Zündschnur in Brand setzte, die einen Krieg der Zerstörung und des Terrors hochgehen ließ, für den es seit dem Einfall der Seldschuken kein Beispiel gibt."* Im ersten Band der offiziellen Geschichte der Royal Air Force, verfaßt vom britischen Militärhistoriker Denis Richards, heißt es: *„Als das Kriegskabinett am 15. Mai 1940 erneut über die Durchführbarkeit eines Angriffs auf das Ruhrgebiet beriet (die entscheidende Weichenstellung war bereits am 10. Mai 1940 erfolgt), waren die letzten Zweifel gewichen, und man gab dem Luftstab endlich das Zeichen zum Losschlagen"*, fährt Richards fort. *„Von den vielen Vorteilen, die man sich von dieser Entscheidung erwartete, würde der größte die Wirkung auf die deutsche Luftwaffe sein; hatte doch die Luftüberlegenheit die französischen Bodentruppen derart gelähmt, daß es dringend erforderlich war, die feindlichen Bomber abzulenken. Wenn die Royal Air Force das Ruhrgebiet angriff, mit ihren genau gezielten Bomben die Raffinerien vernichtete und mit denen, die danebengingen, die Städte als*

solche traf, würde der Ruf, Vergeltung an Großbritannien zu üben, unter Umständen zu stark werden, als daß die deutschen Generäle ihn überhören konnten. Hitler selbst würde wahrscheinlich sogar am lautesten schreien. Der Angriff auf das Ruhrgebiet war, mit anderen Worten, eine formlose Aufforderung an die Luftwaffe, London zu bombardieren." (Richards, Seite 122.)

Die Brutalisierung der alliierten Luftangriffe
Unter Chamberlain beschränkten die Engländer ihre Luftangriffe auf rein militärische Ziele in Deutschland. Erst nachdem Churchill am 10. Mai 1940 Premierminister von England geworden war, änderte sich die englische Luftpolitik. Es wurden nicht mehr vorrangig Zielpunkte angegriffen, sondern man beschritt den einfacheren Weg der rücksichtslosen „Flächenbombardierung" durch Abwurf und Legen von „Bombenteppichen". Als die Angriffe auf militärische und industrielle Objekte nicht den gewünschten Erfolg brachten, entschloß sich Churchill, nunmehr in erster Linie Wohnsiedlungen anzugreifen. In der am 14. Februar 1942 vom englischen Kriegskabinett erlassenen Direktive wird erklärt: *„Es ist beschlossen worden, daß das Hauptziel der Operationen die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der industriellen Arbeiterschaft, sein soll. Ihre Aufgabe ist es, die deutsche industrielle Bevölkerung heimat- und mutlos zu machen und sie - soweit möglich - zu töten."* (J. M. Spaight, „Bombing vindicated", 1944.) Es ist bemerkenswert, mit welcher Offenheit dieses Kriegsziel hier ausgesprochen wird. Man stelle sich einmal vor, die Deutsche Reichsregierung hätte so etwas von sich gegeben! Es war reiner Vernichtungswille, der nicht mehr die Entscheidung im Kampf der bewaffneten Kräfte suchte, sondern durch systematische Zerstörung von Wohngebieten und Menschenleben von Nichtkombattanten den Widerstandswillen des deutschen Volkes brechen wollte. Diesen Auftrag führte der Luftmarschall Sir Arthur Harris im Sinne des Kriegspremiers Churchill und dessen Berater F. A. Lindemann, als Oberbefehlshaber über das englische Bomberkommando mit brutaler und rücksichtsloser Härte durch. Unter diesen Angriffen kamen viele hunderttausend Menschen, fast nur Frauen, Kinder und ältere Leute, auf grauenvolle Weise ums Leben. Sie wurden von Bomben zerrissen, in Kellern oder zusammenstürzenden Häusern begraben, verbrannten als lebende Fackeln oder erstickten in verschütteten Schutzräumen.
Ihre Zahl ist schwer zu ermitteln. Das Statistische Bundesamt nennt überaus vorsichtig eine Gesamtzahl von 539000 deutschen Zivilisten als Opfer des Bombenterrors. Die Züricher Zeitung „Die Tat" bezifferte am 19. Januar 1955 die Zahl der Toten durch Bombardierung mit 2050000.
Nach zweiundzwanzig Monaten blindlings durchgeführter Experimente mit den Terrorbomben Churchills wurde die Periode der massiven Zerstörung in der Nacht vom 28. zum 29. März 1942 mit einem Angriff auf Lübeck eröffnet (sog. 1000-Maschinen-Schläge). Bei diesem verheerenden Luftangriff wurden etwas weniger als eintausend schwere Bomber eingesetzt; der erste Angriff der Royal Air Force mit mehr als tausend schweren Bombern war in der Nacht vom 30. zum 31. Mai 1942 auf Köln erfolgt.
Im Januar 1943 wurde eine neue Phase eingeleitet, als die amerikanische Luftwaffe mit schweren Bombenangriffen am Tage, die weniger gefährlichen nächtlichen Bomberflüge der RAF unterstützte.
In dieser Zeit bis zum Ende des Krieges kam es zu vierhundert kleineren und zu vierzig sehr großen Angriffen. Dabei wurden vierundvierzig deutsche Großstädte, größere Städte und Ortschaften mehr oder weniger zerstört, teilweise noch in den letzten Tagen vor ihrer Besetzung. So mancher aus der jüngeren Generation mag fragen: Warum überhaupt derartige Schilderungen?
Nun, so lange darf der „alles vernichtende und alle ausrottende Luftkrieg" nicht vergessen werden, bis die bekannte Gegenseite mit ihrem Haß aufhört, immer aufs Neue in allen

Massenmedien der Weltöffentlichkeit vorzuspiegeln, nur die Deutschen hätten eine „Vergangenheit zu bewältigen". So werden die Nachgewachsenen dahin manipuliert, im Bombenterror überhaupt kein Thema zu sehen. - Daher hier nur zwei Beispiele, stellvertretend für den Bombenterror des Zweiten Weltkrieges.
„Unternehmen Gomorrha" sollte die Millionenstadt Hamburg bis auf den Grund auslöschen, und die alte Hansestadt erlebte die schwerste Katastrophe während ihrer 1000jährigen Geschichte. Denn die Luftangriffe vom 25. Juli bis 3. August 1943 mit über dreitausend Bombern, mit einem bisher nicht bekannten Masseneinsatz von schweren Luftminen, neuesten „Wohnblockknackern", Brandabwurfmitteln aller Art in den dichtbewohnten Stadtbezirken bewirkten eine grauenhafte Ermordung von über sechzigtausend Menschen, Verwundung und Verstümmelung von über hunderttausend, wovon natürlich, wie immer beim Bombenterror, der allergrößte Teil Frauen, Kinder und alte Leute waren. Von militärischen Einwirkungen keine Spur. Die Furchtbarkeit und das Ausmaß dieser Greuel, der allergrausigsten Schreckenszenen müssen unbeschreiblich gewesen sein. Nicht genug damit, wurde Unternehmen „Gomorrha" auch noch ausgedehnt auf die jammervolle, elende Menge von nahezu einer Million Menschen, die aus der Hölle der zerbombten und brennenden Stadt in kleine Nachbarstädte und Dörfer flüchteten, dort erneut bombardiert sowie durch Tiefflieger mit Maschinengewehren einer weiteren Auslöschung unterzogen wurden. (Hans Rumpf, „Der rote Hahn" und Brunswig, „Der Feuersturm über Hamburg".)
Humanität, Gerechtigkeit, Demokratie hatten sich die Westalliierten auf die Fahnen geschrieben. Müssen nicht die eingesetzten Mittel in etwa dem hehren Ziel entsprechen, oder heiligt auch hier der Zweck die Mittel? Über die entsetzlichen Folgen des von Churchills Chefberater Frederick Lindemann empfohlenen Terrorbombardements deutscher Arbeiterwohnviertel ist folgender Augenzeugenbericht des italienischen Konsuls von Hamburg überliefert:
„Die Phosphorbomben hatten ganze Viertel der Stadt in Brand gesteckt und eine große Zahl von Todesopfern gefordert. Aber Tausende und Abertausende von Unglücklichen, mit brennendem Phosphor übergössen, hatten sich, in der Hoffnung, auf diese Weise das sie verzehrende Feuer löschen zu können, in die Kanäle gestürzt, in den Fluß, in den Hafen, in die Teiche und selbst in die Brunnen der öffentlichen Anlagen. . .
Dort krallten sie sich an die Uferböschung oder an Boote und Kähne fest. Sie hielten sich bis zum Munde unter Wasser getaucht, oder sie hatten sich in den Splittergräben bis zum Hals mit der Erde zuschütten lassen. So warteten die Unglücklichen auf Hilfe, auf irgendein Mittel gegen dieses heimtückische Feuer. Denn Phosphor wirkt in der Art, daß er sich wie ein klebriger Aussatz in die Haut einfrißt und nur bei Berührung mit Luft sofort zu brennen anfängt. Sobald diese Unglücklichen einen Arm aus der Erde oder aus dem Wasser herausstreckten, loderte dieser Arm wie eine Fackel auf. Um sich gegen diese Marter zu schützen, waren die Unglücklichen gezwungen, unter Wasser getaucht oder in der Erde eingegraben zu bleiben wie die Verdammten in Dantes Inferno. Rettungskommandos zogen von einem zum ändern und gaben ihnen zu trinken und zu essen. Sie banden sie mit Tauen am Ufer fest, damit sie nicht, von Müdigkeit überwältigt, untergingen und ertranken. Man versuchte es mit Salben. Doch alles war vergeblich. Sobald man einen Arm oder ein Bein oder eine Schulter behandelte, die einen Augenblick aus dem Wasser oder aus der Erde herausgestreckt wurde, leckten die Flammen sofort wieder empor, gleich züngelnden Schlangen, und es gab kein Mittel, um das Weiterfressen dieses brennenden Aussatzes einzudämmen . . .
Bisweilen wurden einige der unschuldig Betroffenen von Verzweiflung übermannt und versuchten, aus dem Wasser oder aus dem Erdloch herauszukommen, um der Qual dieses entsetzlichen Wartens ein Ende zu machen. Doch sogleich, bei der geringsten Luftzufuhr, loderten ihre Glieder in Flammen auf, und grausige Schlägereien begannen zwischen diesen Verzweifelten und ihren Angehörigen, die sich abmühten, die grausigen Körper und Köpfe

wieder ins Wasser und in die Erde hineinzudrücken. Das furchtbarste aber waren die Nächte, wenn die unglücklichen Köpfe mit angsterfüllten Blicken den Himmel betrachteten, aus dem ihre Peiniger gekommen waren und noch immer kamen." (DSZ-Archiv)
Mitte der 30er Jahre erfuhr die Reichsregierung, daß England an einer Vernichtungsbomber-Flotte baute, zum Einsatz gegen das Reich. Darauf schlug der Generalstabschef der Luftwaffe im Dritten Reich, General Wever, vor, ebenfalls für eventuelle Vergeltungsmaßnahmen eine solche Luftflotte zu bauen. Aus Menschlichkeitsgründen bestanden jedoch Hitler und Göring darauf, daß Bombenflugzeuge nur auf die Unterstützung tatsächlicher militärischer Operationen in ihren Einsatz begrenzt sein und niemals zu reinen Mordinstrumenten degradiert werden sollten. Der Gedanke der Menschlichkeit ist in England niemals aufgetaucht. Deutschland, Italien und auch die Sowjetunion begannen den Zweiten Weltkrieg ohne eine derartige Luftflotte. (David L. Hoggan, „Der unnötige
Krieg", Seite 593.)
Bekanntlich wurde die britische Luftwaffe im Gegensatz zur deutschen bereits ab 1936 in ihrer Zielsetzung für eine strategische Luftkriegführung aufgebaut. Und wenn der Erste Weltkrieg aufgrund von Überlistung der Deutschen Heeresleitung durch die vertrauensvolle Annahme des Vierzehn-Punkte-Programms Wilsons nicht so abrupt geendet hätte, wären schon 1919 britische Bomber über Deutschland erschienen und hätten das Hinterland bombardiert. Die ab 1936 in steigenden Zahlen gebauten schweren mehrmotorigen Bomber hatten nicht nur eine große Reichweite, sondern waren auch in der Lage, eine große Bombenlast zu transportieren. Etwas ähnliches konnte die deutsche Luftwaffe nicht dagegensetzen, die, nach taktischen Gesichtspunkten gebaut, mit einer geringeren Bombenlast auch nicht weit ins gegnerische Hinterland eindringen konnte. Deshalb konnte auch die in Mittelengland liegende Rüstungs- und Flugzeugproduktion nicht wirksam angegriffen werden. Dazu kam, daß bereits im Juni 1940, also anderthalb Jahre vor Amerikas Kriegseintritt, der amerikanische Präsident Franklin Roo-sevelt den Bau von fünfzigtausend strategischen Bombenflugzeugen anordnete, was dafür spricht, daß er schon damals entschlossen war, „dabei zu sein".
Anderthalb Jahre nach der Zerstörung von Hamburg bereiteten die „Christian Soldier" das furchtbarste Einzelmassaker in der Geschichte, den Höhepunkt weiterer Entartung und Brutalisierung des zügellosen Bombenkrieges, den Untergang der abendländischen Kulturmetropole Dresden vor.
Dresden - eine der schönsten Städte Europas - ein Kleinod des deutschen Barock und Rokoko mit berühmten Kunstsammlungen und Gemäldegalerien, unersetzliche Werte der zivilisierten Menschheit, ein Zeugnis deutschen Geistes und deutscher Kultur, fiel einer barbarischen Zerstörungswut zum Opfer.
Einen hemmungslosen Höhepunkt auch dessen, was alliierte Politiker schon Jahre, teils Jahrzehnte vor Hitler verkündet hatten. Wie der Franzose Clemenceau, der „Tiger", sagte:
„Es gibt zwanzig Millionen Deutsche zuviel auf der Welt." Ferner von britischer Seite: „Achtzig Millionen fleißige, disziplinierte Deutsche werden immer ein unbequemer Faktor in Europa bleiben."
Noch nie ist soviel Blut geflossen, noch nie sind in einer so kurzen Zeit soviel Menschen getötet worden, noch nie wurden mit derart ungeheuerlichen Mengen von Eisen, Feuer und MG-Garben wehrlose, gänzlich unschuldige Menschen unter grausamsten Qualen ermordet! Noch dazu ohne jeden Einfluß auf militärisches Kriegsgeschehen, ganz kurz vor dem genau vorhersehbaren Sieg der Alliierten. *„Nur weil es Deutsche waren, die als unbequemer Faktor vernichtet werden mußten."* Auch bedeutungslos für die Unterstützung der russischen Front, die ohnehin im sicheren Heranrücken war.
Die Stadt, als Lazarettstadt ausgewiesen, war gänzlich schutzlos, da die Flak längst zur Front abgezogen war. Eiskalt geplant, ganz präzise zu dieser Zeit, wurde von den Kreuzzüglern das Fegefeuer, eine unbeschreibliche Hölle, ein infernalischer Auslöschungsschlag über die

Flüchtlingsstadt Dresden verhängt. „Obliteration bombings" - Auslöschungsbombardierungen wie sie ihren Bombenterror auf Zivilisten selbst im Radio nannten!
In wenigen Nachtstunden, am 13. Februar 1945, verwandelte ein britischer Super-Großangriff von tausend viermotorigen, fliegenden Festungen mit Sprengminen, Brand-Phosphor-Flammenstrahlbomben die Stadt mit näherer Umgebung in ein grauenhaftes Flammenmeer, risikolos aus niedrigster Höhe. Nicht genug damit, drei Stunden später kam die zweite Angriffswelle mit gleichstarken Bombengeschwadern, um mit Splitterbomben, mit den überschweren Maschinengewehren und Bordkanonen der Tiefflieger den Rest der flüchtenden zusammengeballten Menschenmassen, grell beleuchtet von den wütenden Bränden, möglichst restlos zu zerfetzen.
Die Straßen in Dresden mit Trecks aus dem Osten, die Bahnhöfe mit Flüchtlingszügen, freie Plätze und Eibwiesen trotz Kälte und Nässe mit Zehntausenden verzweifelter Menschen überfüllt, jedes Haus bis zum letzten Platz besetzt, alles natürlich vornehmlich Frauen, Kinder, ältere und alte Leute, wie immer bei allem Terror. Der Generalstabsplan der Auslöschung ging noch weiter, denn die Rachefurien aus „Gottes eigenem Land" wollten in ihren „Heldentaten" ihren britischen Waffenbrüdern keinesfalls nachstehen. Am nächsten Mittag luden eintausenddreihundertfünfzig viermotorige US-Bomber mit neunhundert Jägern, kurz darauf eine weitere Welle von eintausendeinhundert US-Bombern ihre barbarischen Lawinen ab, gaben den Flüchtlingen und der Bevölkerung den Rest und machten Dresden endgültig zur zerstörtesten Stadt aller Kriege, wie die Weltgeschichte nie zuvor eine gesehen hatte. Dieser Massenmord an schuld- und schutzloser Zivilbevölkerung in einer Stadt mit zahllosen Krankenhäusern und Lazaretten unter Mißachtung des internationalen Symbols des Roten Kreuzes war lähmend, grauenhaft, einmalig und fassungslos unsinnig, da der Krieg ohnehin in aller Kürze für uns Deutsche verloren war, aber eben noch nicht genug Deutsche ermordet waren, die „einen unbequemen Faktor in Europa darstellten"!
Die meisten Einzelheiten in ihrer unvorstellbaren Schrecklichkeit waren kaum je zu erfahren. Bestattungen waren nahezu unmöglich. Haufen mit Abertausenden von Toten wurden mit Benzin übergössen und verbrannt, viele Keller einfach zugeschüttet oder mit Flammenwerfer ausgeglüht. Allein auf einem Friedhof wurden Leichenteile mit 28746 gezählten Köpfen bestattet. Vom Elend der verletzten, verstümmelten, wahnsinnig gewordenen Menschen, die nicht versorgt werden konnten, gar nicht zu reden. Auch nicht von den ungezählten Mädchen und Frauen, die den Freitod wählten, aus Angst vor noch Schlimmerem, das sie von den anrückenden Rotarmisten befürchten mußten. (Wolfgang Paul, „Der Endkampf' Esslingen 1976. - David Irving, „Der Untergang Dresdens", Gütersloh 1964. Hingewiesen sei ferner auf Hans Rumpf und E. Hughes.)
Erwiesen ist ferner, daß Winston Churchill der Verantwortliche auch für den höllischen Terror in Dresden war. Als Opfer der Terrorangriffe auf Dresden durch die Engländer und Amerikaner werden in den Medien immer wieder fünfunddreißigtausend Tote genannt. Das ist nachweislich falsch und den Opfern gegenüber beschämend ehr- und pietätlos.
Oberstleutnant der Bundeswehr a. D. Eberhard Matthes war ab dem 10. April 1945 Chef des Stabes im Verteidigungsbereich Dresden. Sein Vater war als Verwaltungsdirektor der Stadt unter anderem auch für die Baupolizei zuständig, von der die Opfer aussortiert, verbrannt und beerdigt wurden.
Fünfunddreißigtausend waren voll identifizierte Opfer mit Namensangaben. Fünfzigtausend konnten teilweise identifiziert werden (Eheringe mit gravierten Initialen oder andere Erkennungszeichen). Auch sie wurden verbrannt und gesondert beigesetzt. Dann gab es noch weitere einhundertachtundsechzigtausend Opfer, an denen es nichts mehr zu identifizieren gab. Auch diese wurden verbrannt und gesondert beigesetzt im beziehungsweise am Dresdener Heidefriedhof. Die Gesamtzahl der geborgenen Toten beträgt also zweihundertdreiundfünfzigtausend. (David Irving: „Und Deutschlands Städte starben

nicht", 1976. G. Bergander: „Dresden im Luftkrieg", 1977. Askania Studiensammlung Nr. 19, Juli 1992. Seite 11.) Die Zahl der in unzähligen Kellern Verschütteten ließ sich nicht ermitteln. *„Die Terrorangriffe gegen die deutschen Städte und ihre Einwohner hätten wenig zum Endsieg beigetragen, dafür aber innerlich den Sieg vergiftet . . . Insbesondere die Fortsetzung der Städtezerstörungen von einem Zeitpunkt an, wo für die Bomberwaffe die Möglichkeit des Einsatzes gegen spezifisch militärische Ziele gegeben war, muß als mongolische Zerstörungswut gebrandmarkt werden . . . Die Barbarei des Luftterrors habe nicht dazu beigetragen, den Sieg zu erringen, sondern nur, den Frieden unmöglich zu machen. ‚Städte, nicht die Trümmerhaufen, sind die Grundlagen der Zivilisation!'"*
(Füller, „Der Zweite Weltkrieg".)
1963 veröffentlichte der britische Zeitgeschichtler Richard Crossmann einen Zeitungsartikel mit der Überschrift „War Crime" (Kriegsverbrechen). Nach eingehender Prüfung der Vorgeschichte des Bombenangriffs auf Dresden kam er zu folgendem Schluß: *„Die Zerstörung von Dresden im Februar 1945 war eines jener Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deren Urheber in Nürnberg angeklagt worden wären, wenn jener Gerichtshof nicht in ein bloßes Instrument alliierter Rache pervertiert worden wäre."* (In: „New Statesman", 3. Mai 1963; DSZ-Archiv.)
Der frühere Innenminister Frankreichs, D'Astier, über seinen Besuch bei Churchill während des Krieges: *„Churchill führte mich zigarrenrauchend in ein weiträumiges Zimmer, in dem eine Reihe von Stereoskopen wie Meilensteine nebeneinander aufgebaut waren. Jedes einzelne war einer zerstörten Stadt gewidmet. Churchill schleppte mich von einem zum anderen . . . damit ich die Schreckensbilder von Köln, Düsseldorf oder Hamburg vor meinen Augen vorüberziehen lassen konnte. Er selber war begeistert wie beim Fußballspiel. Er jubelte, pries die Verwüstungen und rühmte die Treffer."* (Hennig, „Zeitgeschichtliche Aufdeckungen", Seite 124.)
Wie die englische Zeitung „Guardian" 1987 berichtete, erwog Churchill, Milzbrand-Bomben auf sechs deutsche Großstädte zu werfen, unter anderem Hamburg, Berlin, Frankfurt und Stuttgart. Wegen Verzögerung bei der Produktion in den USA scheiterte das Vorhaben. (Telex der „Austria-Presse-Agentur" vom 10. Januar 1987.) Schon sieben Monate vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg haben amerikanische Wissenschaftler vorgeschlagen, Nahrungsmittel in Deutschland und Japan mit Hilfe von Strontium radioaktiv zu verseuchen. Darüber berichtete Professor Barton J. Bernstein in der kalifornischen Universität Stanford aus freigegebenen Regierungsdokumenten. Beteiligt an diesem Vorhaben waren die bekannten Physiker Robert Oppenheimer und Edward Teller.
Der Plan sah die Verseuchung der Milchvorräte mit Strontium vor. Innerhalb von zwei Monaten wären die Betroffenen an Zersetzung des Knochenmarks qualvoll gestorben. Die geringe Menge von einigen Dutzend Kilogramm, von Flugzeugen abgeworfen, wären ausreichend gewesen. Zum Glück ist das Projekt jedoch an technischen Schwierigkeiten gescheitert. Außerdem hätten sich die Wissenschaftler auf die Entwicklung der Atombombe konzentrieren müssen (Udo Walendy,„Historische Tatsachen Nr. 29", Seite 34.) Der bedingungslose Haß in Washington auch Japan gegenüber, erreichte seinen Höhepunkt im Abwurf der Atombomben nach Deutschlands Kapitulation und nach Verkündung japanischer Kapitulationsbereitschaft und beweist, daß die antijüdischen Untaten zur Begründung der antideutschen Vernichtungspolitik der US-Mächtigen nicht ausreiche.
„Auch ohne die Judenverfolgungen hätte man, ähnlich wie 1918, Deutschland nur einen karthagischen Frieden gewährt. Japans Regierung war nie antisemitisch und bis zum Dezember 1941 bereit, die Achse zu verlassen, wenn Roosevelt ihre Kompromißangebote akzeptiert hätte. Man hat auf die Bevölkerung Japans dennoch jene Atombomben geworfen, die ursprünglich deutsche Städte vernichten sollten .. ." Der britische General Füller habe Truman bescheinigt, daß er mit Hiroshima den Bombenterror ins Extrem getrieben habe, auf den Stand einer Kriegführung, die - so Füller -*„einen Tamerlan entehrt haben*

würde". (Tamerlan, asiatischer Despot und Eroberer, 14. Jahrhundert.) (Härtle, „Amerikas Krieg gegen Deutschland", Seite 316 f.)
Auch der britische Historiker F. J. P. Veale berichtet über die Kapitulationsbereitschaft Japans, die Josef Stalin dem amerikanischen Präsidenten Truman im Juli 1945 bei der Potsdamer Konferenz übermittelte. Sogar der König von Schweden war von Japan um Vermittlung gebeten worden. Trotzdem gab Truman den Befehl zum Abwurf der Atombomben.
Veale abschließend: *„Die Wahrheit ist, daß der Abwurf der ersten Atombombe auf Japan ebensowenig diplomatische wie militärische Vorteile bringen konnte ... Im Grunde genommen war der Abwurf der ersten Atombombe einfach Vivisektion, wobei die Einwohner Hiroshimas die Rolle spielten, wie sie bei wissenschaftlichen Experimenten für gewöhnlich Meerschweinchen zufällt." (Veale, „Der Barbarei entgegen"*, Seite 317 und Seite 319.)
Im Zusammenhang mit der Fertigung der ersten Atombomben sollte man wissen, daß es der deutsche Physiker Otto Hahn war, dem es gelungen war, 1938 das Uran-Atom zu spalten und diese sensationelle Entdeckung im Dezember des gleichen Jahres der wissenschaftlichen Welt mitteilte. Der in die USA emigrierte Professor Albert Einstein griff diese Erkenntnis auf und empfahl Präsident Roosevelt in jenem „historischen Brief dringend, vier Wochen vor Ausbruch des europäischen Krieges, den Bau der Atombombe in die Wege zu leiten.
Man stelle sich einmal vor, Einstein und seine Kollegen wären nicht emigriert, und Hitler hätte es ihnen gestattet, die Atombombe in Deutschland zu bauen! Nicht auszudenken, welche „Schuld wir Deutschen für alle Generationen" auf uns zu nehmen hätten! Denn die Politiker, Journalisten hätten uns diese Erblast mit Sicherheit aufgebürdet! Einen erschütternden Erlebnisbericht schildert Shigetoshi Wakaki in seinem Buch „Hiroshima - die Maximierung eines Massenmordes": *„Der Abwurf der beiden Atombomben auf das schon friedensbereite Japan im Sommer 1945 mit einhundertzwanzigtausend Todesopfern und dreihunderttausend Verletzten, die nach schwerem Siechtum ebenfalls starben, stellt schon für sich ein großes Kriegsverbrechen dar. Die ganze Infamie dieses Massenmordes, wie sie vor allem beim ersten Bombenabwurf auf Hiroshima geplant und verübt wurde, wird erst in diesem Erlebnis- und Forschungsbericht eines damaligen technischen Offiziers offenbar, der 1945 mit der Untersuchung dieses Angriffs beauftragt war und heute noch lebt. Ist die Schilderung seines Erlebens der furchtbaren Stunden in der betroffenen Stadt schon eindrucksvoll, so sind die Ergebnisse seiner Nachforschungen noch interessanter: Die Amerikaner wollten möglichst viele Japaner töten. Dazu suchten sie die Großstadt aus, dazu flogen sie erst einen Scheinangriff, der die Bewohner in die Luftschutzkeller flüchten ließ, wohin sie auch in der vorangehenden Nacht durch Scheinangriffe getrieben waren. Und erst dann, als am Boden Entwarnung gegeben und die Bevölkerung aus den Kellern ins Freie zurückgekehrt war, warf ein schnell zurückkommendes Flugzeug die todbringende Bombe ab, die nur einen Bruchteil der wirklichen Opfer gefordert hätte, wenn die Japaner - wie noch eine halbe Stunde vorher - in den Schutzräumen gewesen wären. In wirklich infamer Weise wurde hier - leider mit Erfolg - ein Massenmord maximiert, für den, da ihn Sieger ausführten, nicht nur niemand zur Rechenschaft gezogen wurde, sondern den auch noch Jahre später US-Präsidenten verteidigten. In einer 50seitigen Einleitung stellt Dr. Dieter Bartling die japanischamerikanischen Verwicklungen dieses Jahrhunderts, insbesondere das Geschehen um Pearl Harbour und den nachfolgenden Krieg in Ostasien bis zur Kapitulation Tokios dar. Sicher war der Angriff auf Hiroshima auch als eine Rache der USA für die Tragödie in Pearl Harbour gedacht, die US-Präsident Roosevelt provoziert hatte und von der er vorher informiert war, ohne aber die Betroffenen zu benachrichtigen, da er einen Kriegsgrund brauchte. Die Welt weiß viel zu wenig von diesen Hintergründen. W. S."*
(„Deutschland in Geschichte und Gegenwart", September 1992, Seite 41.)
„General McArthur, Admiral Nimitz und zahlreiche US-Wissenschaftler haben öffentlich erklärt, daß die Entfesselung der Atombombe nicht nötig gewesen ist. Wenn schon die Bombe eingesetzt werden mußte, hätte es zur Demonstration genügt, sie über einer Inselfestung oder

Wäldern zu zünden.Die Zerstörung Hiroshimas und Nagasaki und die Vernichtung Hunderttausender Zivilisten gehört zu den größten Greueltaten des 2. Weltkrieges."

Historiker zum Luftkrieg

* *"Es waren eher die Briten als die Nazis, die mit dem Bombenkrieg gegen Zivilisten und nicht-militärische Ziele begannen."* (Hughes, Emrys, Churchill-Biograph) (vgl. Hughes, "Churchill", Tübingen, 1959. Zit. bei "Vorsicht Fälschung", S. 176)

* *"Die britische Initiative zum Luftkrieg ist völlig klar. Die deutsche Bombardierung von Warschau und Rotterdam war Teil eines militärischen Feldzuges, eine Ausdehnung vorausgegangener Artillerie-Beschießung verteidigter Städte. Der "Blitz" (die deutschen Luftangriffe auf London) begann erst, nachdem die Briten schon fünf Monate lang deutsche Städte bombardiert hatten"* (A.J.P. Taylor, "Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges", a.a.O., zit. bei "Vorsicht Fälschung", S. 176)

"Als Churchill an die Macht kam, gehörte es zu den ersten Entscheidungen seiner Regierung, den Bombenkrieg auf das Nichtkampfgebiet auszudehnen." (Das war ein halbes Jahr vor "Coventry") (Sir Basil Liddell Hart, führender englischer Militärhistoriker) (vgl. Liddell Hart, "The Revolution of Warfare", zit. nach "Vorsicht Fälschung", S. 176)

* *"Als Datum der Eröffnung des uneingeschränkten Luftkrieges muss nach dem fundierten Zeugnis zuverlässiger Forschung die Nacht vom 10. zum 11. Mai 1940 gelten. In dieser Nacht griffen RAF-Bomber Mönchengladbach an"* (Stadtzentrum und Außenbezirke) (Rumpf, H. "Das war der Bombenkrieg", Oldenburg, 1961, zit. nach "Vorsicht Fälschung", S. 176)

* *"Hitler schlug zunächst nicht zurück, aber es ist kein Zweifel, dass diese (britischen) Angriffe ihn förmlich darauf hinstießen, nun auch seinerseits zum Angriff überzugehen".* (Fuller, J.F.C., Militärhistoriker) (vgl. Fuller, "Der Zweite Weltkrieg", Wien 1950, zit. bei "Vorsicht Fälschung", S. 177)

* *"Die Deutschen waren vollkommen berechtigt,ihren Angriff auf London als Repressalie zu bezeichnen"* (Sir Basil Liddell Hart) (vgl. Liddell Hart, B. "The Revolution ...", a.a.O., zit. nach "Vorsicht Fälschung", S. 177)

* *"Der Angriff auf das Ruhrgebiet war eine formlose Aufforderung an die Deutsche Luftwaffe, London zu bombardieren"* (Offizielle Geschichte der Royal Air Force, zit. bei "Vorsicht Fälschung", S. 177)

* *"Der Flug der englischen Whitley-Bomber in der Nacht vom 10. bis 11. Mai 1940 zum Angriff gegen westdeutsche Städte wendete ein wichtiges Blatt in der Geschichte ..."* (Veale,

F.J.P., Jurist) (vgl. Veale, "Der Barbarei entgegen", Hamburg 1962, zit. bei "Vorsicht Fälschung", S. 176)

* *"Die Deutschen waren, streng genommen, im Recht,den Angriff auf London eine Vergeltungsmaßnahme zu nennen"* (Blackett, P., englischer Physiker, Nobelpreisträger) (vgl. Blackett, P., "Fear, War and the Bomb", New York, 1949; zit. bei "Vorsicht Fälschung", S. 177)

* *"Der Angriff auf Coventry war ein Vergeltungsangriff. Angriffe gegen offene Städte wurden zuerst von den Engländern geflogen"* (Schreiber, J., Jurist und Generalmajor a.D. der Bundeswehr) (vgl. Schreiber, "Nicht Auschwitz ...", a.a.O., S. 28)

* "*Es waren die Engländer, die mit der strategischen Bomben-Offensive begannen". "Wir begannen, Ziele in Deutschland zu bombardieren, ehe die Deutschen dies in England taten. Das ist eine historische Tatsache"* (Spaight, englischer Experte für Luftkriegsrecht, englischer Luftfahrtminister) (vgl. Spaight, "Bombing vindicated", London 1944, zit. bei Leher, Ludwig, "Das Tribunal", a.a.O., S. 102)

Anmerkung: Damit ist erwiesen, dass England erstens für den Beginn des Luftkrieges im Zweiten Weltkrieg, zweitens für die Ausweitung des Luftkrieges auf zivile Ziele (offene Städte, Zivilbevölkerung), drittens für den totalen Luftkrieg gegen Deutschland (systematische Flächenbombardierung) hauptverantwortlich und hauptschuldig ist.

<u>Die Vertreibung der Ostdeutschen</u>



Die Vertreibung von fünfzehn Millionen Deutschen aus ihren seit Jahrhunderten angestammten Siedlungsgebieten in Mittel- und Osteuropa ist ein singuläres Verbrechen in der Menschheitsgeschichte, für das es keine geschichtlichen Parallelen gibt, so daß man vergeblich nach Vergleichbarem suchen wird. Zu Zeiten des Neuassyrischen Reiches wurden unter Assurnasirpal (883-859 v. Chr.) und Assurbanipal (669-627 v. Chr.) 4,5 Millionen gewaltsam vertrieben. Die nächstgrößere Gruppe dürften die 7,5 Millionen indischen Flüchtlinge der Nachkriegszeit bilden. Auch die Zurückdrängung der Ureinwohner Nordamerikas - 11,5 Millionen Indianer - bei gleichzeitiger Dezimierung durch die Angelsachsen in immer entlegenere Gebiete, bis hin zu Reservaten, war eine Vertreibung. Nur hat man damals für diesen Vorgang nahezu vierhundert Jahre benötigt.
In Potsdam konnten es sich die Anglo-Amerikaner einfach nicht vorstellen, daß die Polen und Tschechen es fertigbrächten, eine weitaus größere Anzahl von Menschen - keine Rothäute, sondern Weiße - in kurzer Zeit gewaltsam zu vertreiben und dies im alten, kultivierten Europa des 20.Jahrhunderts. Es erschien den Angelsachsen kaum glaublich, daß ein so kleines Volk wie die Polen sich wirklich dazu hinreißen lassen könnte, einem großen Volk, das immer sein Nachbar bleiben wird, derartige nie vernarbende Wunden zu schlagen. Aber sie täuschten sich. Hier war ein durch jahrzehntelange Erziehung zu Haß und Habgier entstandenes Fundament vorhanden, ein seit langem beabsichtigtes Verbrechen planmäßig und eiskalt durchzuführen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Liquidation der deutschen Stämme und Volksgruppen, der Ostpreußen, Pommern, Brandenburger, Schlesier und Sudetendeutschen die größte Völkervertreibung der Weltgeschichte und das größte Verbrechen des Zweiten Weltkrieges und der Nachkriegszeit darstellt. Wer erinnert sich noch an die vom Entsetzen geprägten Worte des damaligen Papstes Pius XII. zur Vertreibung von fünfzehn Millionen Menschen aus ihrer Heimat und annähernd drei Millionen ermorderter, verhungerter und erfrorener Deutschen?
Der Papst sagte: *„Die Vertreibung war das größte Verbrechen der Weltgeschichte"*, und er bedauerte zutiefst, daß es von katholischen Polen an anderen christlichen Glaubensbrüdern und -Schwestern begangen worden war. Der Göttinger Historiker Alfred Heuß hatte die Vertreibung der Deutschen aus ihren vielhundertjährigen Siedlungsgebieten östlich der Oder und Neiße sowie in Böhmen und Mähren „die wohl gravierendste Kriegsfolge" für die

Deutschen genannt und „die schwache Sensibilität" dafür „zu den merkwürdigsten Phänomenen des derzeitigen Deutschlands" gerechnet. (Heuß 1984, Seite 143.)
In der Tat haben die westdeutschen Historiker diesen Bereich der Zeitgeschichte über all die Jahrzehnte bis heute trotz seiner großen politischen Bedeutung praktisch gemieden. Diese Einstellung zu der „wohl gravierendsten Kriegsfolge" ist beschämend für die Betroffenen und nur auf dem Hintergrund der beispiellosen „Gehirnwäsche" durch die Umerziehung zu erklären, die Jahr um Jahr sich steigerte und ihre Früchte trug. Auch im Vorfeld der Ostverträge, als gerade dieses Thema von grundlegender politischer Wichtigkeit für die Ausgangslage der deutschen Unterhändler gewesen wäre, wurde es nicht berührt. Die westdeutschen Zeitgeschichtler haben sich sogar gegen eine angemessene Darstellung dieses einmaligen Vorgangs gewandt, obwohl er zwanzig Millionen Deutsche betraf (Nawratil, 1986, Seite 29), wobei „die Vertreibungsverluste (einschließlich der Deportationsverluste) der deutschen Zivilbevölkerung im Osten zwischen 2,8 und 3 Millionen Menschen liegen" (ebenda, Seite 32).
Die skandalöse Erklärung Martin Broszats, des Leiters des Instituts für Zeitgeschichte in München, das eigentlich gerade auf diesem Gebiet hätte forschen und veröffentlichen sollen, daß die Forschung nicht von „Vertreibungsverbrechen" an Deutschen sprechen solle und dürfe, ist eine Beleidigung für alle Vertriebenen. Enorme Schwierigkeiten hatte auch der amerikanische Historiker de Zayas bei seinen Forschungen zu diesem Thema bei seinen westdeutschen Kollegen zu überwinden. In den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland hatte das damalige Vertriebenen-Ministerium eine mehrbändige Dokumentation über „Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (1953-62)" herausgegeben, die 1984 auch in Taschenbuchform erschien. Damals konnte auch gegen den Widerstand des damaligen Außenministers Brand der Auftrag zu Erstellung einer Dokumentation über die während der Vertreibung an den Deutschen verübten Verbrechen durchgesetzt werden. Später gab Bundeskanzler Schmidt Anweisung, jede Veröffentlichung zu unterbinden, und als sie dann doch erfolgte, wurde die Auslieferung alsbald wieder gestoppt. Unsere wirklichen und behaupteten Untaten werden täglich hinausgeschrien, die Taten der Befreier aber vertuscht, unterschlagen oder mit der Phrase „Aufrechnung" als höchst anstößig abgetan. Auch in die Schulbücher oder gar als wichtiger Teil in die Lesebücher wurde die Vertreibung nicht zugelassen. Das mangelnde Interesse der westdeutschen Zeitgeschichtler über vier Jahrzehnte hat sicher mit zu dem bedauerlichen, ja erschreckenden Zustand beigetragen, daß außerhalb der Vertriebenen-kreise - und selbst bei diesen schon weithin - dieses Thema fast ganz verdrängt wurde. *„Es ist, wie wenn vielleicht ein Franzose an den Verlust von Indochina denkt"*, klagt mit Recht Alfred Heuß (Heuß, „Versagen und Verhängnis", 1984, Seite 143): *„Siebenhundert Jahre deutscher Geschichte sind annuliert worden, so ziemlich die einzig bleibende Leistung, in der sich das gesamte deutsche Volk in den siebenhundert Jahren seit Ausgang des Mittel alters verkörperte"* (ebenda, Seite 142). Betrachtet man auch die Ostkolonisation in Mähren und in Siebenbürgen, so kommt noch mehr als ein Jahrhundert hinzu. Im Verlauf des Historikerstreits schrieb Hillgruber, daß erst die oben erwähnte Klage des betagten Alfred Heuß in ihm „den Entschluß reifen ließ" (Hillgruber, „Zweierlei Untergang", 1986, Seite 730), das Thema der Vertreibung aufzugreifen und abzuhandeln. Auf diese Weise war die bisherige Aussparung der Vertreibung aus dem Osten mit zu einem Auslöser des Historikerstreits geworden. In seiner Darstellung betonte Hillgruber bereits im Vorwort, daß die Vertreibung der Ostdeutschen eben nicht nur, wie bisher durchweg behauptet und von der unseligen Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1966 weit verbreitet, eine *„Antwort auf die ... Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft" (*Hillgruber, 1986, a. a. O. Seite 9) gewesen sei, sondern sie entspreche *„lange erwogenen Zielen der gegnerischen Großmächte, die während des Krieges zum Durchbruch gelangten"* (Hillgruber, 1986, a. a. O., Seite 10). In groben Zügen stellt er dann (ebenda, Seite 51 bis 63) die Entwicklung des Vertreibungsplanes bei den Siegern und den in

deren Hauptstädten vorhandenen Exilregierungen dar, von denen Benesch bereits 1938, also noch vor der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren, die Vertreibung der Sudetendeutschen nach einem erwarteten erfolgreich verlaufenden Krieg" (Nawratil, „Vertreibungsverbrechen an Deutschen", 1986, Seite 23) besprochen hatte. Es ist verständlich, daß diese Erwähnungen für den deutschen Standpunkt äußerst wichtiger Geschichtstatsachen dem Gegenspieler Hillgrubers - Habermas - gar nicht paßten und er sie Hillgruber bereits bei seinem ersten Angriff ankreidete (Habermas 1986). Bei der Betrachtung der Vertreibung wie auch der Zerschlagung des Reiches als Kriegsfolgen kommt immer mehr heraus und wird allmählich allgemein anerkannt, daß sie keine Reaktion der Alliierten auf den Deutschen vorgeworfene Verbrechen waren, sondern lange vorher im Westen wie im Osten geplant waren. Auch andere Historiker sehen langsam ein, was aufmerksame Zeitzeugen bereits im oder kurz nach dem Kriege wußten: *„Mit voranschreitender Forschung sehen wir nun allerdings, daß Hitlers Reich nicht allein zu dem Zweck besiegt wurde, um die Deutschen zu befreien, zu zähmen und zu erziehen. Die Eigenständigkeit der sowjetischen Kriegsziele, teilweise aber auch die der Briten und Amerikaner, ging weit darüber hinaus."* (Klaus Hildebrand, in FAZ vom 31. Juli 1987.) Was wird sich wohl erst ergeben, wenn weitere alliierte Kriegsakten freigegeben werden sollten?



Bundesarchiv, Bild 175-S00-00326
Foto: o.Ang. | 1945

Die Oder-Neiße-Linie



Das geteilte Deutschland

In Polen hat es schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen Bestrebungen gegeben, Deutschland seine östlichen Gebiete zu entreißen. Mit Müh und Not und einer guten Diplomatie konnte es die schwache Weimarer Republik gerade noch verhindern, und ähnlich erging es Hitler in den ersten Jahren des Dritten Reiches. Mit fast fünfzigtausend Quadratkilometern nach dem Ersten Weltkrieg war Polens Heißhunger auf deutsches Land noch nicht gestillt. Schon lange vor Ausbruch des deutschpolnischen Krieges war geplant, nach einem erfolgreichen Waffengang gegen Deutschland, Ostpreußen, Danzig und ostschlesische Gebiete Polen einzuverleiben und die dort ansässige deutsche Bevölkerung zu „transferieren" Wörtlich hieß es in dem geheimen Diplomatenbericht des seinerzeitigen britischen stellvertretenden Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir William Strang und des damaligen britischen Gesandtschaftsrats, Gladwyn Jebb, vom 13. Juni 1939:
„Wiedereinmal verlangt es die Bauern nach einem Gang gegen die Deutschen. Dieses bestätigte der geistig hochgebildete Leiter der Wirtschaftsabteilung im polnischen Außenministerium, Herr Wzelaki, der sagte, daß der Kriegsgeist und die antideutsche Einstellung der Bauern teils auf rassische und teils auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen sei, nämlich Bevölkerungswachstum und daraus folgender Appetit auf deutsches Bauernland."

Daß dieser Appetit der Polen zu einem gehörigen Teil auch seinen Ursprung aus dem Verhalten der Siegermächte von 1918 herleitete, ist wahrscheinlich keinem der Herren Diplomaten eingefallen. Die Posener Zeitung „Dziennik Poznanski" druckte am 26. Juni 1939 eine Karte ab, die polnische Gebietsansprüche gegen Deutschland belegen sollte. Hierbei war die äußerste westliche Grenze Polens etwa mit der Weser identisch, während eine zweite Möglichkeit die Westgrenze Polens an der Elbe verlaufen läßt. Exilpolnische Kreise in Kanada und in den USA entwickelten ebenfalls weitergehende Pläne für die künftigen Grenzen Polens. So weist eine Landkarte einer exilpolnischen Einheit in Kanada ein Nach-kriegspolen aus, daß im Osten die Westukraine und Westweißrußland einschließt, im Norden Ostpreußen und Danzig umfaßt und im Westen die Oder und die östliche Neiße markiert. Ein Großpolen also darstellt, von welchem der ehemalige polnische Außenminister Josef Beck in vertraulichen Gesprächen mit britischen und amerikanischen Diplomaten im Frühjahr und Sommer 1939 gesprochen hatte. Auf der zwischen Roosevelt, Stalin und Churchill am 1. Dezember 1943 in Teheran abgehaltenen Konferenz wurde erstmals die Oder-Neiße-Linie als eventuelle Westgrenze Polens genannt. Stalin beharrte auf die den Polen 1939 wieder abgenommenen ostpolnischen Gebiete (Hitler-Stalin-Pakt) und schlug seinen Konferenz-Partnern dafür im Gegenzug die Verschiebung der polnischen Westgrenze bis an die Oder und Neiße vor. Churchill führte diesen Vorgang ganz locker mit drei Streichhölzern vor, die er etappenweise nach links verlegte. Mit diesem makaberen Spiel deutete er gleichzeitig die Vertreibung von fünfzehn Millionen Deutschen und die Umsiedlung von 1,5 Millionen Polen in die ostdeutschen Gebiete an.
Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen: Die ostpolnischen Gebiete bis an die sogenannte Curzon-Linie waren bis 1921 russisch und wurden in jenem Jahr von den Polen erobert und sich einverleibt. Die polnische Bevölkerung in diesem Gebiet machte etwa nur ein gutes Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Stalin dachte bei dieser geplanten Verschiebung Polens nach Westen erst in zweiter Linie an eine Kompensation. In erster Linie war es ihm wichtig, daß der sowjetische Einflußbereich nicht nur bis zur Oder, sondern bis zur Elbe reichen würde. Stalin war seinen Partnern, dem siebzigjährigen Churchill und dem kranken Roosevelt, weit überlegen und sah deshalb auch viel weiter voraus. Die ostdeutschen Gebiete, die Polen wider allen Völkerrechts von Deutschland erhalten sollte, waren wohl kleiner als die von Stalin beanspruchten ostpolnischen Gebiete, aber etwa zehnmal wertvoller. Es sei festzuhalten, daß weder in Teheran noch in Jalta im Februar 1945 eine neue deutsch-polnische Grenze festgelegt worden ist. Denn auf der im Juli 1945 in Potsdam stattgefundenen Konferenz erklärte Stalin definitiv, die Grenzfrage sei noch offen.
Churchill mußte auf dieser Konferenz in Teheran darauf aufmerksam machen, daß er keine Vollmacht vom britischen Parlament habe, und seines Wissens ebensowenig Präsident Roosevelt vom amerikanischen Kongreß, sich mit Grenzfragen unter Gewährung von Garantien zu befassen.
Die nach der deutschen Besetzung Polens in London gebildete polnische Exilregierung unter Ministerpräsident Sikorski erhob ebenfalls schon während des Krieges Gebietsansprüche auf ostdeutsches Territorium. Diese Forderungen bewegten sich aber noch nicht in den Größenordnungen, zu denen es dann später kam. Aber bereits am 2. Dezember 1942 präzisierte General Sikorski in zwei Denkschriften der polnischen Regierung, die er während eines USA-Besuchs Roosevelt überreichte. In der ersten heißt es:
„Die Oder mit dem Stettiner Haff und ihren Nebenflüssen bis hinunter zur tschechischen Grenze bildet für Polen eine natürliche Sicherheitslinie gegenüber Deutschland, da sich östlich dieser Linie die preußischen Basen für einen Angriff auf Polen befinden, insbesondere Ostpreußen, der schlesische Keil und das preußische Pommern."

In der zweiten Denkschrift wird die militärische Besetzung aller von Deutschland abzutrennenden Gebiete vorgeschlagen, welche Aufgabe im Osten Polen übernehmen sollen, und zwar *„bis zum linken Ufer der Oder einschließlich Stettins und entlang dem linken Ufer der Lausitzer Neiße."*
Damit war die verbrecherische Idee der Oder-Neiße-Linie, wie sie heute noch existiert, geboren. Die Heimat von fast zwanzig Millionen Nichtpolen, einem Land, das um die Zeitenwende fünf Jahrhunderte vom deutschen Stamm der Silinger kolonisiert wurde und, seit 1163 ununterbrochen deutsch, zu hoher kultureller Blüte gelangt, sollte einfach so an Polen fallen. Diese Maximalforderungen waren im Osten, wie im Westen, bevölkerungsmäßig völlig ungerechtfertigt. Im Vorfeld der Jalta-Konferenz und dann in Jalta selbst machten jedoch die westlichen Politiker bei der Oder-Neiße-Linie Bedenken geltend. Sie einigten sich schließlich auf die Curzon-Linie als Ostgrenze Polens und darauf, daß Polen im Norden und Westen beträchtlichen Gebietszuwachs erhalten müsse. Ebenso wurde auch schon in Jalta beschlossen, daß eine endgültige Regelung der polnischen Grenzen der Friedenskonferenz vorbehalten sei.
Doch schon am 5. Februar 1945, einen Tag nach Beginn der Jalta-Konferenz, hatte Boleslaw Bierut, der Präsident des polnischen Landes-Nationalrats, verkündet, daß *„ohne Rücksichten auf die Ansichten der internationalen Konferenz"* eine polnische Verwaltung in den Gebieten bis an die Oder und die Lausitzer Neiße errichtet werde.
Zu diesem Zweck war bereits Ende 1944 in Lublin ein „Büro für die Wiedergewonnenen Gebiete" errichtet worden.
War die Handlungsweise der von Moskau ins Leben gerufenen „provisorischen polnischen Regierung" rechtens, oder war es die bekannte polnische „Politik der vollendeten Tatsachen", die hier vielleicht in geheimer Absprache mit den Sowjets zum Tragen kam? Diese polnischen selbständigen Anmaßungen waren dann doch im wahrsten Sinn des Wortes ein „Raub" der deutschen Ostgebiete! Denn in den folgenden sechs Monaten bis Potsdam hatten die Polen im Gefolge der Roten Armee sich in den deutschen Ostgebieten sofort als die „neuen Herren" aufgeführt, wozu sie doch rechtmäßig gar nicht befugt waren. Diese rechtswidrige Handlungsweise der Polen erregte dann in Potsdam den Unwillen der Angloamerikaner, mußte aber angeblich hingenommen werden, da die polnischen „vollendeten Tatsachen" nicht mehr umkehrbar waren. „Jalta - ein Symbol internationaler Unanständigkeit." So schreibt US-Publizist George Crocker in seinem Buch „Roosevelt Road to Russia": *„Als Roosevelt, Churchill und Stalin im Februar 1945 an der russischen Küste des Schwarzen Meeres zusammenkamen, faßten sie in der Schlußrunde so unmoralische Entschlüsse - wie die Einführung von Zwangsarbeit, die gewaltsame Zurückführung von Flüchtlingen (in Stalins Reich, was den sicheren Tod bedeutete), die Vertreibung von Millionen Menschen von Haus und Hof, den Bruch des Versprechens des Rechtes auf Selbstbestimmung und ähnliche Unmenschlichkeiten -, daß Jalta mit jedem Jahr mehr zu einem Symbol internationaler Unanständigkeit geworden ist."* („Rufmord", Seite 123.) Der polnische Heißhunger auf ostdeutsches Land wurde von Stalin geschickt in seine „Theorie von den Kompensationen" eingeordnet. Da er unbedingt die 1939 erbeuteten bzw. zurückgeholten ehemaligen russischen Gebiete behalten wollte, bestärkte er die Polen in ihren Wünschen nach deutschem Land. Die in den ostpolnischen Gebieten lebenden Polen, man sprach von einer unwahren verdreifachten Zahl von vier bis fünf Millionen, sollten in die deutschen Ostgebiete umgesiedelt werden. Wegen dieser Menschen wäre aber das deutsche Land zwischen deutsch-polnischer Grenze und Oder und Lausitzer Neiße als Beute gar nicht nötig gewesen, da es in Wahrheit nur eineinhalb Millionen polnische Umsiedler waren, die ohne Schwierigkeiten im dünn besiedelten Polen untergekommen wären und auf keinen Fall ein Viertel von Deutschland benötigt hätten, wo, abzüglich der Sudetendeutschen, zwölf Millionen Ostdeutsche zu Hause waren. Erleichternd hierfür wäre der Umstand gewesen, daß

ja auch die Deutschen in Altpolen vertrieben, ermordet und in KZ Lager inhaftiert worden sind. Trotz der von den Sowjets und Polen geschaffenen „Realitäten" bis zur Konferenz von Potsdam kann der spezielle Anteil der Westalliierten an der Entstehung der Oder-Neiße-Linie und dem Plan der totalen Austreibung der deutschen Bevölkerung nicht geleugnet werden. Schon sehr früh erklärten sie sich mit einer Abtretung Ostpreußens an die Sowjetunion und Polen und Teilen Pommerns und Schlesiens an Polen einverstanden. Völkerrechtswidrig wurde hier Polen auf Kosten eines Dritten, nämlich Deutschlands, und zwölf Millionen Menschen, mit einem zehnfachen Wert für ein unterentwickeltes Gebiet entschädigt, das Polen 1921 von Rußland raubte und das die Sowjets nun wieder zurückhaben wollten. In der von Roosevelt und Churchill am 14. August 1941 vereinbarten „Atlantik Charta" hieß es noch: 2. *„Sie wünschen, daß keine territorialen Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen."* (Vertrags-Ploetz II, 4, aaO, Seite 200.) Am Ende des Krieges gab es dann für Deutschland ein Super-Versailles mit einem bis heute nicht abgeschlossenen Friedensvertrag.

Flucht, Austreibung und Ausmordung der Deutschen

Am 12. Januar 1945 waren die Truppen der Roten Armee in einer gewaltigen Übermacht aus dem Weichselbogen bei Baranow, Magnuszew und Pulawy zu ihrer großen und letzten Offensive angetreten. Ihre Angriffe in Richtung Königsberg, Breslau und das oberschlesische Industriegebiet stießen überall durch, weil die deutschen Abwehrkräfte einfach zu schwach waren, die außer im Osten auch noch die Fronten im Westen und Süden gegen übermächtige Gegner halten sollten. Jetzt rächte es sich auch, daß man wegen der Ardennen-Offensive im Westen starke Panzerverbände von der Ostfront abgezogen hatte. Dies gab der Roten Armee die Chance, mit ihrer Panzerlawine durchzurollen. Bereits am 20. Januar überschritten ihre Truppen östlich von Breslau die alte Reichsgrenze. Bei Brieg und Steinau wurde am 23. und 28. Januar die Oder erreicht. Kurz darauf war Breslau eingeschlossen. Die Stadt hielt sich bis zum 7. Mai 1945. Erst an diesem Tag zog die Rote Armee in die zertrümmerte Stadt ein, die sie - entgegen ihren Zusicherungen - zur Plünderung und Schändung freigab. Da die Greuel und Brutalitäten der Sowjetsoldaten wegen des schnellen Vormarsches relativ spät bekannt wurden und die Aufforderung zur Flucht an die Zivilbevölkerung zu spät erfolgte, wurden viele Flüchtlingskolonnen und Trecks von den Sowjets überrollt, und es spielten sich unbeschreibliche Szenen ab. Am 30. Januar war Königsberg eingeschlossen, und am 1. März erreichte die Rote Armee bei Köslin das Ufer der Ostsee. Kolberg konnte solange gehalten werden, bis der letzte Flüchtling und die Besatzung der Stadt gerettet waren. Der Fluchtweg über Land war nun allen Flüchtlingen aus Ostpommern und Danzig abgeschnitten. Alle Trecks strömten nun nach Danzig und Gotenhafen zurück, um von dort aus über See den nachdrängenden Sowjets zu entkommen. Am 27. März fielen auch diese beiden Städte.
In Schlesien waren bereits schon Ende Januar alle ostwärts der Oder gelegenen Gebiete in der Hand der Roten Armee, Oppeln war bereits am 26. Januar gefallen. Ende Januar gingen in Oberschlesien Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz und Hindenburg verloren. Königsberg, seit Wochen völlig eingeschlossen, mußte am 6. April kapitulieren. Auch diese Stadt wurde entgegen den Zusicherungen der Führung der Belagerungstruppen achtundvierzig Stunden lang zur Plünderung freigegeben. Auch hier wurde geschlagen, ermordert, verschleppt und geschändet. Dies wird durch Tausende Dokumente bewiesen. Bereits am 16. Oktober stießen starke Verbände der Sowjets aus dem Baltikum kommend nach Ostpreußen vor und erreichten bei Eydtkuhnen deutsches Reichsgebiet. Vierhundert deutsche Dörfer und Städte gingen bei diesem ersten Ansturm verloren, darunter auch Wirballen, Rominten und Goldap. Es waren insgesamt vier Sowjetarmeen, die nach Ostpreußen hineinstürmten. Am 20. Oktober 1944 trat die 11. Garde-Panzerarmee der Sowjets erneut an und erreichte am Abend des folgenden

Tages Nemmersdorf. Als dieser Großverband von der 5. PD und der „PD-Hermann Göring" zurückgeworfen wurde, stießen die deutschen Panzermänner in und bei Nemmersdorf auf Bilder des Grauens. Frauen waren in gekreuzigter Haltung an Scheunenwände genagelt. Kinder lagen mit zerschmetterten Schädeln in Straßengräben und Jauchengruben. Kriegsgerichtsrat Paul Groch und Stabsarzt Dr. Werner Rose trafen als erste am Ort dieses Massakers ein. Ihnen folgte eine Ärztekommission, die diese Verbrechen für alle Zeit festhielt. Der Augenzeuge Dr. Heinrich Amberger berichtete folgendes: *„Am Straßenrand und in den Höfen und Häusern lagen massenhaft Leichen von Zivilisten, die augenscheinlich nicht im Verlauf der Kampfhandlungen durch verirrte Geschosse getötet, sondern planmäßig ermordet worden waren. Unter anderem sah ich zahlreiche Frauen, die man, nach der Lage der verschobenen und zerrissenen Kleidungsstücke zu urteilen, vergewaltigt und danach mit Genickschuß getötet hatte. Zum Teil lagen daneben auch die ebenfalls getöteten Kinder."*

Der Genfer Courier veröffentlichte am 7. November 1944 den Augenzeugenbericht seines Sonderkorrespondenten an der Ostfront. Dieser meldete: *„Die Lage wird nicht nur durch die erbitterten Kämpfe der regulären Truppen gekennzeichnet, sondern leider auch durch Verstümmelung und Hinrichtung von Gefangenen und die fast vollständige Ausrottung der deutschen bäuerlichen Bevölkerung."*

Auch in Alt-Wusterwitz südlich Gumbinnen würden ähnliche Verbrechen der Roten Armee gemeldet Dazu der Zeuge Hans Zirm: *„Am 24. Oktober bezog ich mit meinem Zug eine Luftschutzstellung im Raum westlich von Girnen, etwa neun Kilometer südlich Gumbinnen. Auf der Suche nach einer Unterkunft kam ich auch zu dem Vorwerk Alt-Wusterwitz und mußte dort folgende Feststellung machen: Die Russen hatten sämtliche Zivilisten, denen die Flucht nicht mehr gelungen war, auf einem Gutshof auf bestialische Art ums Leben gebracht. Im Stall lagen sechs verbrannte Skelette, daneben ein junges Mädchen, fast nackt, das erst vergewaltigt (die Geschlechtsteile waren blutig) und dann durch zwei Schüsse in Brust und Bauch getötet waren war. Im Schuppen lag ebenfalls ein totes Mädchen, das vorher vergewaltigt worden war."*

Dies alles waren keine Einzelfälle. In unzähligen Dörfern Ostpreußens, Pommerns und Schlesiens zeigten sich diese Grausamkeiten in den letzten Monaten des Krieges. So beispielsweise auch in Metgethen. Hierüber ein Bericht des Kommandanten eines Tigerpanzers, der bei einem Gegenangriff Metgethen erreichte:

„. . . Ohne Panzerausfälle erreichten wir die Hauptkampflinie des Gegners. Troß und Artillerie waren vor uns auf der Flucht. Als wir Metgethen erreichten, stockte uns das Blut in den Adern. Tief erschüttert sahen wir, was die Russen dort gegen Ende Januar 1945 angerichtet hatten. Auf einem Bahnhof stand ein Flüchtlingszug. Darin waren Frauen und Mädchen vergewaltigt worden, anschließend hatte man sie einfach umgebracht. Im Lauf des 20. Februar wurde auch das Dorf Powayen zurückerobert. Hier ebenso wie in dem Dorf Groß-Medenau, das am 23. Februar in Besitz genommen wurde, das gleiche Bild. Erschlagene und verstümmelte Menschen allen Alters und Geschlechts.

Erschlagene und verstümmelte Zivilisten lagen neben Säuglingen auf den Straßen der Dörfer, in den Häusern und aneinandergereiht in den Gärten."

Dies hier war keine Goebbels-Propaganda, wie die Feindseite immer tönte. Hier sahen deutsche Soldaten mit eigenen Augen, wie der Zivilbevölkerung in unvorstellbarer Weise mitgespielt wurde. Und es war schlimmer als alles, was sie davon gehört hatten. Auch der Soldat B. H. sagte über Metgethen aus: *„Im Verlauf des deutschen Angriffs zur Wiederherstellung der Landverbindung zwischen Königsberg und Pillau vom 19. bis zum 24. Februar 1945 konnten alle Soldaten der Angriffsverbände folgende Verbrechen feststellen:*

1. Im Ort Metgethen, einem westlichen Vorort von Königsberg, fanden wir in vielen Wohnungen Frauen und Kinder im Alter von zehn bis achtzig Jahren geschändet und ermordet vor. Etwa zweihundert Tote dieser Art haben wir mit Truppenfahrzeugen

eingesammelt und zur Identifizierung gebracht. Dies allein im Gefechtsstreifen der 1. und 561. Infanteriedivision.
2. Auf dem Tennisplatz von Metgethen befand sich ein Sprengtrichter von etwa zehn Metern Durchmesser und vier Metern Tiefe. In seinem Innern, auf seinem Rand und in der nächsten Umgebung des Trichters, am und auf dem hohen Drahtzaun des Tennisplatzes und in den Ästen der umstehenden hohen Bäume lagen und hingen erdverschmierte Leichen und Leichenteile von etwa fünfundzwanzig Männern, Frauen und Kindern, drei oder vier Flaksoldaten und einiger Männer in deutscher Polizeiuniform. Rund um den Trichter lagen einige Pferdekadaver und Fuhrwerke mit zerfetztem Flüchtlingsgut. Andere Leichen teile z. B. Knie, Arm mit Hand und so weiter, fanden wir bis zu zweihundert Meter in der Umgebung des Tennisplatzes. Die Erklärung zu diesem Massaker: Offenbar wurden Flüchtlinge, gefangene Soldaten und Polizisten in den auf dem Tennisplatz befindlichen Trichter einer Fliegerbombe getrieben, alle Treckwagen darum gestellt und eine Sprengladung auf dem Boden inmitten der Eingepferchten zur Entzündung gebracht." (Zu allen geschilderten Aussagen siehe: Bundesarchiv Koblenz: Ost-Dokumentationen, 1/31, 2/20, 2/14, 2/9, 2/8 und andere.)
„Ein Feldwebel wies auf ein Mädchen und zwei deutsche Soldaten, die man in der Kirche vorgefunden hatte. Das Mädchen war gekreuzigt und die beiden Soldaten als Pendant links und rechts von ihr aufgehängt worden. Auf meinem weiteren Weg lagen überall bis an die Straßenkreuzung nach Powayen Leichen von Zivilpersonen. Während die Männer meist mit Genickschuß ermordet waren, waren die Frauen völlig entkleidet, vergewaltigt und dann in viehischer Weise durch Bajonettstiche oder Kolbenhiebe umgebracht worden. Den Kindern war meist mit einem harten Gegenstand der Schädel eingeschlagen oder der kleine Körper von zahllosen Messerstichen durchbohrt." Von diesen unzähligen Brutalitäten und Unmenschlichkeiten, die sich beim Vormarsch einer Armee von Ungeheuern vom Balkan bis an die Ostsee ereigneten, die Schilderung des Zusammentreffens einer Kolonne von Flüchtlingen mit polnischen Partisanen und einer sowjetischen Panzerspitze:
„Sofie Jesko und ihre Gruppe wurden etwa dreißig Kilometer hinter Posen von ihrem Schicksal ereilt. Sie hatten einen langen und mühseligen Marsch hinter sich, der durch den Straßenzustand und die schneidende Kälte noch erschwert worden war. Einige hatten erschöpft aufgegeben; die anderen waren weitergezogen, nur beherrscht vom Gedanken, so schnell wie möglich ans Ziel zu gelangen. In der Nähe der Stadt Schroda wurden sie plötzlich von einer aus Süden kommenden Kolonne deutscher LKW überholt. Die Lastwagen hielten und die Insassen sprangen hinunter. Zum Schrecken der Flüchtlinge waren es polnische Partisanen, die sie mit Waffengewalt von der Straße abdrängten und sofort damit begannen, das Gepäck der Flüchtlinge zu plündern. Die Unglücklichen sahen resigniert und erbittert zu, wie ihnen das Wenige, das sie gerettet und mühselig mitgeschleppt hatten, nun entwendet wurde. Kurz darauf ließ sie ein dumpfes, rhythmisches Dröhnen aufhorchen; mit Schrecken hörten sie es näher kommen und sahen schließlich sowjetische Panzer, die langsam und bedrohlich auf sie zurollten und anhielten. Am vordersten Panzer ging langsam der Turm auf und ein Offizier erschien, der nach deutschen Soldaten fragte. Da er keine ihn befriedigende Antwort erhielt, befahl er den Panzerschützen, alle Verdächtigen sofort zu liquidieren.
Die Soldaten gehorchten und verschossen Nebelgranaten. In dem künstlichen Nebel sprangen sie aus ihren Panzern und begannen nun auf ein Signal hin das Abschlachten, Plündern, Vergewaltigen. Man hörte Schüsse, die Schreie der Sterbenden, das Kreischen der geschändeten Frauen, die Hilferufe der Kinder und alten Frauen, die vom Gejohle und vom dem unverständlichen Geschrei der Angreifer erwidert wurden. Wie lange das Inferno dauerte, vermag Sofie Jesko nicht zu sagen; sie berichtet nur, daß sie sich dank ihrer perfekten Kenntnisse der russischen und polnischen Sprache retten konnte, da sie den Sowjets in ihrer Sprache erklärte, sie sei eine verschleppte Ostarbeiterin. Als endlich alles still war und die Lebenden die Toten zählen konnten, die in der Überzahl waren, suchte die Frau nach

ihrer Freundin Frau Lange. Sie fand sie unter den Toten mit ihrem Sohn, der neben den Leichen der zusammen mit den Deutschen aus Penczniew geflüchteten Polen lag. Die Sowjets hatten sich beruhigt und rüsteten mit gleichgültigen Blicken auf das, was sie angerichtet hatten, zum Aufbruch. Nun jedoch kehrten die Partisanen zurück, und für die Überlebenden kam die nächste, noch schrecklichere Tragödie. Sofie Jesko sah die alte Frau sofort, die im offenen Pelz mit im Wind flatterndem weißen Haar auf einem der Lkw saß und wie eine Furie aussah. Sofie Jesko wurde von instinktivem Entsetzen gepackt. Die jungen Mütter, die bei dem Massaker verschont geblieben waren, wurden mit ihren kleinen Kindern auf dem Arm von den polnischen Burschen zu der weißhaarigen Alten gestoßen und mußten sich in einer Reihe aufstellen. Die Frau riß ihnen die Säuglinge aus dem Arm und schlug deren Köpfe mit aller Kraft auf die Kante des Lastkraftwagens. Die verzweifelt schreienden Mütter brachen zusammen und wurden weggezerrt. Es nahm erst ein Ende, als sämtliche Säuglinge getötet waren. Dann wurde den Überlebenden unter Androhung von Waffengewalt befohlen, nach Penczniew zurückzukehren. Auf demselben Weg, auf dem sie gekommen waren und der nun von den Leichen der Erschossenen und Erhängten wie von Meilensteinen gesäumt war, zogen sie in ihre schwerbeschädigte Heimatstadt zurück, die nun nicht mehr die ihre war."
(Dokument, d. Vertreibg. d. Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bundesministerium f. Vertriebene, 1954, Nr. 92, 271, 47, 49, 102, 106.) Konnten diese Mordtaten, diese unmenschlichen Verbrechen ohne das Wissen der obersten sowjetischen Führung geschehen? Handelte es sich hier um Einzelverbrechen und nicht um Befehle, die dazu ausgegeben wurden? (Über den zu erwartenden Mordterror der Sowjets gegen die deutsche Zivilbevölkerung war bereits im Februar 1944, also lange vor den Ereignissen, sogar das britische Informationsministerium eingeweiht.)
Wer auch nur annähernd die Zigtausende Zeugenvernehmungen der betroffenen Bevölkerung und der Soldaten durchblättert, ist überzeugt davon, daß dies alles auf höchster Ebene so befohlen wurde und daß die entmenschte Soldateska nur zu gern diesen Weisungen folgte, die in Operationsbefehlen und Aufrufen an sie gerichtet wurden. Es darf auch daran erinnert werden, daß die Soldaten der Roten Armee zum größten Teil in asiatischen Ländern der Sowjetunion beheimatet waren und, was Grausamkeit im Kampf anbelangt, diese Menschen mit dem Mitteleuropäer nicht zu vergleichen sind. Der deutsche Landser, der an der Ostfront im Einsatz stand, hat in vier Jahren dieses Verhalten des Gegners bis zum bitteren Ende erdulden müssen. Der Einfall der Roten Armee in Mittel-Osteuropa hat einen Dschingis Khan weit in den Schatten gestellt. Die politischen Abteilungen der Fronten - wie die russischen Heeresgruppen genannt wurden - hatten den Boden zu diesen Verbrechen systematisch bereitet. Armee- und Frontzeitungen, Aufrufe, beispielsweise jener von Ilja Ehrenburg, zu morden und zu schänden, zu brennen und zu erschlagen, taten ein übriges. Die Aufrufe zur Rache ließen keinen Rotarmisten darüber im Zweifel, daß darin aufgefordert wurde, alle diese Schandtaten zu begehen. Dies ging sogar soweit, daß die Truppe ihrer Führung entglitt.
Die großen Pünderungsaktionen wurden von sowjetischen Großverbänden ausgeführt. Alle Wohnungen wurden von ihnen durchkämmt. Sie, die im Rücken der kämpfenden Truppen in die eroberten Dörfer und Städte einzogen, stahlen buchstäblich alles. Und was sie nicht wegschleppen konnten, das wurde zerschlagen oder verbrannt. Jedem Soldaten der Roten Armee war im Monat die Versendung eines Paketes im Gewicht von fünfzehn Kilogramm nach der Sowjetunion gestattet worden. Dies genügte, um aus einer Millionenarmee eine Bande von Plünderern zu machen.

Besitzergreifung und ethnische Säuberung

Wurde die Vertreibung auch von den Marionetten Stalins und aufgeputschtem polnischen und tschechischen Straßenmob vollzogen, so darf doch die spezielle Mitverantwortung der Anglo-Amerikaner für dieses Verbrechen nicht tabuisiert werden. Die Sprache eines Roosevelt oder Churchill zu diesem Vorhaben, Jahre vor dem tatsächlichen Geschehen, braucht an kaltem Zynismus keinen Vergleich mit Hitler oder Stalin zu scheuen. Schon am 14. März 1945, als Breslau noch kämpfte, bereits zwei Monate vor Kriegsende, errichtete die Polnische Provisorische Regierung vier Wojewodschaften in Ostdeutschland, über das ihr die Sowjetregierung die Gebietshoheit übertragen hatte: Masuren, Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern und vierzehn Tage später auch Danzig. Die polnischen National-Kommunisten hatten diese rein deutschen Gebiete einfach Polen angegliedert. Obwohl noch keine endgültige, oder auch nur eine provisorische Grenzregelung getroffen worden war, deren Umfang ja noch nicht einmal feststand. So steht in den Memoiren Churchills über die Jalta-Konferenz:

„Im Verlauf der allgemeinen Diskussion wurden die geographischen Karten nicht konsultiert, so daß der Unterschied zwischen der westlichen Neiße und der östlichen Neiße nicht so bewußt wurde, wie es nötig gewesen wäre."

Eine vornehme Umschreibung dafür, daß zumindest Churchill und Roosevelt, während sie das Schicksal von Millionen Menschen in ihrer Hand hatten, von dem Objekt ihrer Willkür, Ostdeutschland, keine Ahnung hatten. Der „Übergang" von deutschen Gebieten an Polen, einer Fläche von einem Staat an den anderen, wäre tatsächlich so unbedeutend, wie heute oft behauptet, wenn damit nicht die Glaubwürdigkeit allen Rechts, das Selbstbestimmungsrecht und das Recht auf Heimat in Frage stünden. Wenn nicht eine viele Jahrhunderte währende Geschichte und Kultur der Vernichtung preisgegeben werden sollte. Und wenn vor allem nicht das Schicksal von Hunderten Millionen Menschen, ihr Leben, ihre Heimat, ihre Familie, ihr Besitz betroffen wären, in Ostdeutschland und all den Brennpunkten dieser Erde, wo das Beispiel der Vertreibung der Deutschen Schule machte oder zu machen droht. Treffender könnte die jugoslawische Katastrophe der letzten Jahre nicht begründet werden als mit diesen Worten. Können die Nutznießer, Verzichtspolitiker und Verantwortlichen dieser Geschehnisse überhaupt noch ruhig schlafen? Das Schicksal Ostdeutschlands und seiner Menschen in den Jahren von 1944 bis heute hat dennoch in der Diskussion um die Oder-Neiße-Linie nicht die Beachtung gefunden, die es verdient hätte. In der Tat übertrifft diese Grenze alle anderen weit an Bedeutung. Es ist in der europäischen Geschichte noch nie eine Gebietsabtretung in Verbindung mit der Austreibung der ansässigen Bevölkerung in den Dimensionen geschehen, wie 1945/48 in bezug auf die deutschen Gebiete. Und es ist noch nie so oft und so intensiv versucht worden, eine Grenze gegen alles Recht zu einer endgültigen Grenze zu machen wie bei der Oder-Neiße-Linie. Während des Krieges waren die Siegermächte bemüht, ihre Pläne, fast ganz Ostdeutschland zu Polen zu schlagen, Königsberg an die Sowjetunion, vor dem deutschen Volk zu verheimlichen. Sie hatten, wie Churchill am 14. Oktober 1944 zu Mikolaijczyk sagte, Angst davor, daß „die deutsche Wut entfesselt würde", wenn bekannt würde „was wir den Deutschen im Osten nehmen wollen". Diese Befürchtungen waren damals bestimmt berechtigt und offenbaren gleichzeitig das schlechte Gewissen, das zumindest Churchill und Roosevelt bei diesem geplanten Verbrechen gegen das deutsche Volk hatten. Etwa zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung versuchte sich durch Flucht vor der Roten Armee in Sicherheit zu bringen. Nicht allen gelang es, und viele verloren ihr Leben durch Feindeinwirkung, sie wurden einfach überrollt, durch Hunger und Kälte und die unsäglichen Strapazen. Es waren vor allem Frauen, Kinder und alte Leute, die voller Ängste westwärts strömten. Die Ehemänner und erwachsenen Söhne waren Soldaten und versuchten mit letzter Kraft das Ungeheuerliche abzuwehren. Ihnen gebührt Dank und Anerkennung für die letzten Wochen des Widerstandes und der Verteidigung gegen einen brutalen und übermächtigen Feind. Durch ihren Einsatz verdanken Abertausende von

Flüchtlingen ihr Leben und Westdeutschland und das westliche Europa die Überflutung durch den Bolschewismus. Besonders tragisch war es für die Menschen in Ostpreußen. Nachdem ein Entkommen auf dem Landweg nicht mehr möglich war, versuchten sie es über das zugefrorene Haff, wobei das Eis oft brach und die Unglücklichen in den eisigen Fluten ertranken. Wie groß muß doch die Angst der Menschen vor den Schandtaten der Sowjets gewesen sein, daß sie diesen, für uns heute kaum vorstellbaren, ungeheuer gefährlichen Weg über das Haff wählten, um nicht der Roten Armee in die Hände zu fallen?
Dokumentiert ist auch die Versenkung von Flüchtlingsschiffen durch britische und russische Einheiten, die nach überwiegender Meinung völkerrechtswidrig war. Der Untergang der „Goya" und der Untergang der „Wilhelm Gustloff' sind bis heute die beiden größten Katastrophen der Schiffahrtsgeschichte geblieben. Von zehn- bis Zwölftausend Flüchtlingen auf beiden Schiffen konnten nur einhundertdreiundachtzig gerettet werden. Zum Vergleich: Beim Untergang der „Titanic" starben eintausendfünfhundertdrei-zehn Menschen.
Daß es zur Rückkehr von nahezu 1,3 Millionen Ostdeutschen nach Abschluß der Kampfhandlungen von westlich der Oder in ihre Heimatorte kam, ist der augenfälligste Ausdruck des Festhaltens der Geflohenen an ihrer Heimat. Denn auch in Mittel- und Westdeutschland war das furchtbare Vorgehen der Sowjettruppen, vor allem aber auch der polnischen Miliz, bekanntgeworden. Die Zahl der Zurückkehrenden wäre weitaus größer gewesen, wenn nicht die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und der völlige Zusammenbruch des Verkehrs, den Weg in die Heimat unermeßlich erschwert hätten.
In Ermangelung jeglicher Transportmittel waren die Rückkehrer gezwungen, zu versuchen, ihre Heimatorte in anstrengenden Fußmärschen zu erreichen, die bei vielen über ihre Kräfte gingen. Sie starben namenlos irgendwo am Straßenrand. So konnten im wesentlichen nur die Flüchtlinge in den sowjetisch besetzten Gebieten Mitteldeutschlands und Böhmen zurückkehren, bevor ab Ende Mai polnische Verwaltungsbehörden und Militärkommandos die Oder-Neiße-Linie für Rückkehrer sperrten. Die Rückkehr der 1,3 Millionen und der vergebliche Rückkehrversuch weiterer Hunderttausender, deren Strapazen und Gefahren die der vorangegangenen Flucht oft noch weit übertrafen, zeugen vom Mut und zugleich von der Tragik der ostdeutschen Bevölkerung. Die fast 5,7 Millionen Deutschen, die den Einzug der Roten Armee und ihrer polnischen Hilfstruppen östlich der Oder-Neiße erlebten oder nach Abschluß der Kampfhandlungen erfolgreich dorthin zurückkehrten, hatten das bei weitem schwerere Los gezogen. Auch sie verloren schließlich, falls sie mit dem Leben davonkamen, ihre Heimat und Hab und Gut, und mußten sich noch einmal und diesmal endgültig, auf den Weg machen. Doch bevor sie vertrieben wurden, hatten sie monate- und oft auch jahrelang im Zustand völliger verordneter Rechtlosigkeit zu leben und zu leiden. Von Anfang an war in den deutschen Ostgebieten fast überall die polnische Bürgermiliz vertreten. Sie setzte sich aus Polen zusammen, die meist im Gefolge der Roten Armee nach Ostdeutschland gekommen waren oder aber sich bei Kriegsende bereits dort befunden hatten. So wie dem Löwen die Hyänen folgen, so folgte der Roten Armee bald ein zusammengewürfelter Haufen polnischer Partisanen und Plünderer, frischgebackener Miliz und Marodeure. Die Miliz bestand - milde ausgedrückt - in aller Regel aus fragwürdigen Elementen, herrschte als „Organ der öffentlichen Sicherheit" grausam und willkürlich, plünderte und quälte fast ausnahmslos unschuldige Deutsche, von denen viele an den Folgen starben. Diese polnische Miliz gewann nach und nach gegenüber den Sowjettruppen an Macht und war der Schrecken der sich noch im Land befindlichen deutschen Bevölkerung. Diese Politik der Polnischen Provisorischen Regierung, der Erlaß polnischer Gesetze und die Einsetzung polnischer Verwaltungsbehörden sowie die Ansiedlung von Polen bereits im Februar, März und April, veranlaßten die amerikanische Regierung zu scharfen Beschwerden am 8. April und am 8. Mai 1945 an die Adresse Moskaus, daß diese Verstöße gegen die Beschlüsse von Jalta offenkundig duldete.
Ein Erfolg der Proteste blieb aus. Nach der Übernahme der Verwaltung von deutschen Orten und Gebieten durch die Polen, begann eine erneute Verhaftungswelle, die weit schlimmer war,

als die vorhergehende unter sowjetischer Herrschaft. Die geringste Denunziation durch zivile Polen, Angehörige der polnischen Miliz oder des staatlichen Sicherheitsdienstes (ÜB) genügte, um verhaftet, schwer gefoltert und bestraft, ja sogar getötet zu werden. Die schlimmsten Formen nahmen diese Verhaftungs- und Willkürmaßnahmen in Oberschlesien an. Tausende von Deutschen wurden in den polnischen Teil der Wojewodschaft Kattowitz verschleppt, wo sie in Konzentrationslager gesperrt wurden. Dort war jahrelang härteste Zwangsarbeit, schwere Mißhandlungen, Hunger und Krankheit ihr Los. Oft wurde die gesamte Bevölkerung ganzer Dörfer kollektiv in diese KZs eingeliefert. Zu den bekanntesten polnischen KZs in Oberschlesien gehörten das in Lambsdorf und in Grottkau. Weit über die Hälfte der dort Inhaftierten kam ums Leben. In Lambsdorf waren es sechstausendvierhundertachtundachtzig von achttausendvierundsechzig Gefangenen. Von vornherein ist das Bestreben erkennbar, in ganz Ostdeutschland möglichst „schnell vollendete Tatsachen" zu schaffen (eine bewährte Methode polnischer Politik). In dieser Absicht hatte die Polnische Provisorische Regierung auch bereits am 2. März 1945 das Dekret „über aufgegebene und verlassene Vermögen" erlassen, in dem sämtliche Vermögen des Deutschen Reiches und deutscher Staatsangehöriger grundsätzlich zu „aufgegebenen Vermögen" erklärt wurden, die an den polnischen Staat übergehen. Man muß sich einmal vor Augen halten, was diese wenigen Sätze bedeuten: Es war nicht nur das Land von einhundertvierzehntausend Quadratkilometern, ein Viertel von Deutschland, mit seinen blühenden Fluren und Wäldern, seinen beispielhaften Verkehrswegen, Industrien und Bodenschätzen! Es war vor allem die Leistung seiner Bewohner, die in Jahrtausenden durch ihren Fleiß und ihre Tüchtigkeit Städte, Dörfer und eine Kultur geschaffen hatten, die seinesgleichen sucht. Schlesien z. B. bezeichnete man als das „Land der Dichter und Denker", nach Liliencron waren es 66, 20 Prozent der deutschen Nobelpreisträger der Vorkriegszeit kamen aus Schlesien, dem Land, das Friedrich der Große als die „schönste Perle" in seiner Krone bezeichnete. 16,5 Millionen Bewohner der gesamten deutschen Ostgebiete hatten nach der Vertreibung ein Vermögen hinterlassen, das sich der polnische Staat wie im tiefsten Mittelalter, per „Dekret" aneignete. Es war nicht die Leistung von Generationen in einer „über 700jährigen deutschen Geschichte" dieser Gebiete, wie es immer heißt. Nein, diese „deutsche Geschichte" war viel, viel älter, wie wir noch hören werden. Die erste zentral gelenkte Austreibungswelle erfolgte schon im Juli 1945, kurz nachdem Polen die Oder-Neiße-Linie den Rückkehrern versperrt hatte. Bei dieser Aktion wurden innerhalb von zwei Wochen dreihunderttausend Deutsche rücksichtslos über die Demarkationslinie nach Westen getrieben. Diese Vertriebenen waren fast sämtlich unmittelbar in den westlichen Randgebieten des von Polen begehrten deutschen Territoriums beheimatet, also in Ostpommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien. Um die polnische Herrschaft in diesen Gebieten noch vor der Potsdamer Konferenz der drei Hauptsiegermächte zu verfestigen und gerade hier vollendete Tatsachen zu schaffen, mußte dort zuerst gehandelt werden. Keine der späteren Massenaustreibungen aus Ostdeutschland war so brutal und so unmenschlich wie jene erste im Juli 1945, die sich unter den entehrendsten und demütigendsten Bedingungen vollzog. Völlig unvorbereitet wurde die deutsche Bevölkerung von der Miliz aus ihren Häusern und Wohnungen gejagt, gesammelt und auf das nächste Polizeirevier oder gleich zum Bahnhof gebracht. Im Morgengrauen hatten die Milizeinheiten die Dörfer umstellt, die Menschen binnen fünfzehn Minuten aus den Betten geholt und sie gezwungen, oft nur notdürftig bekleidet, ihre Wohnungen zu verlassen. Nur wenige konnten etwas Handgepäck mitnehmen, das sie vorsorglich bereitgestellt hatten. Doch fast immer wurde es ihnen schon auf dem Weg zum Sammelplatz entrissen oder auf dem Bahntransport von Polen oder sowjetischen Soldaten gestohlen, die unterwegs die Züge stürmten und die Insassen ausplünderten. So hastig sie zusammengetrieben wurden, so lange mußten sie oft auf die Abreise warten, denn auch sie benötigten einen Ausreiseschein. Um ihn zu erhalten, mußten sie eine Erklärung unterschreiben, die besagte, daß sie ihren Wohnsitz freiwillig verlassen, keinerlei Ansprüche an den polnischen Staat stellen und nie wieder zurückkehren

werden. Wie Vieh wurden sie dann in Güterwagen gepfercht und mußten ohne Verpflegung und ohne ärztliche Fürsorge die oft tagelange Fahrt antreten. Hinter ihnen vernichteten die polnischen Behörden die Kirchenbücher und standesamtlichen Urkunden, um den deutschen Charakter dieses Gebiets endgültig auszulöschen. Vor allem alte Leute und kleine Kinder waren oft den Strapazen nicht gewachsen, verstarben auf der Fahrt und wurden bei Haltepausen neben den Bahngleisen bestattet. Wo die Entfernung zur Oder-Neiße nicht zu weit war oder wo keine Eisenbahnzüge zur Verfügung standen, wurden die Menschen auch in tagelangen Fußmärschen aus ihrer Heimat getrieben, wobei sehr viele ihr Leben verloren.
In der Berliner Erklärung der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hatten die jeweiligen Regierungen erklärt, Deutschland wird innerhalb seiner Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, für Besatzungszwecke in vier Zonen aufgeteilt und folgenden Mächten zugeteilt: Eine östliche Zone der UdSSR, eine nordwestliche dem Vereinigten Königreich, eine südwestliche den USA und eine westliche Zone Frankreich. Demzufolge unterschieden sich die Gebiete westlich der Oder-Neiße-Linie und östlich dieser Linie nicht: Es gab kein Gebiet in den Grenzen des Reiches von 1937, das polnischer Herrschaft unterstellt oder Polen übergeben worden wäre. Links wie rechts von Oder und Neiße war die sowjetische Besatzungszone. Es ist die unbestrittene Leistung der Polnischen Provisorischen Regierung, gegen diese Erklärung mit rücksichtsloser und verbrecherischer Gewalt Tatsachen geschaffen zu haben, an denen zum Zeitpunkt der Potsdamer Konferenz nur noch schwer vorbeigegangen werden konnte, zumal Polen dabei die Unterstützung der Sowjetunion fand.
Auf der vom 17. Juli bis 2.August stattfindenden Konferenz der Siegermächte in Potsdam gelang es den Westmächten nicht, Stalin zur Einhaltung der früher getroffenen Vereinbarungen zu bewegen. Man einigte sich schließlich darauf, daß diese Gebiete solange unter polnischer und sowjetischer Verwaltung bleiben sollten, bis auf einer Friedenskonferenz die endgültigen Grenzen Deutschlands, Polens und der Sowjetunion festgelegt würden.
US-Präsident Truman wies auf den deutschen Charakter der zur Debatte stehenden Gebiete und auf ihre neun Millionen (Gebiete unter polnischer und russischer Verwaltung) deutschen Einwohner. Stalin entgegnete mit einer Lüge: Nicht ein einziger Deutscher lebe mehr in dem Territorium, das Polen übergeben worden sei. So wurden also Churchill und Truman vorsätzlich über den Stand der deutschen Bevölkerung in ihren östlichen Heimatgebieten getäuscht, der sich nach Massenflucht und ersten Massenaustreibungen immer noch auf fünf Millionen Menschen belief. Und so wurde auf dieser Konferenz dann munter weiter gelogen, um Annektion und Vertreibung begründen zu können:
1. Kompensation der polnischen östlichen Gebietsverluste und Ansiedlung von fünf Millionen Ostpolen (in Wahrheit waren es nur knapp eineinhalb Millionen), die leicht als Umsiedler in den verlassenen Siedlungen in Altpolen hätten untergebracht werden können.

2. Wiedergutmachung beziehungsweise Sühne für den Besatzungsterror der Deutschen in Polen :
Hierzu wäre folgendes zu sagen: Bekanntlich führte Polen ein überaus hartes Regiment gegen die deutschen Minderheiten in Polen beginnend 1919 und sich ständig steigernd bis Kriegsausbruch 1939, wobei es bekanntlich in den ersten Kriegstagen zu schweren Ausschreitungen gegen die Volksdeutschen kam und zwischen fünf- und sechstausend umgebracht wurden. Zwischen beiden Kriegen mußten mehr als eine Million Deutsche das Land verlassen und in diesen zwanzig Jahren verloren etwa zwanzigtausend Volksdeutsche ihr Leben. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1939 und der Besetzung Polens wurden die Schuldigen ausfindig gemacht und bestraft. Und genau wie die Deutschen aus den sechstausend Opfern des „Bromberger Blutsonntags" - acht-undfünfzigtausend Tote und Vermißte - machten, so behaupten die Polen seit Jahren „jeder fünfte Pole starb durch deutsche Hand" und schreiben dem deutschen Schuldkonto sechs Millionen polnische Opfer zu. Diese polnische Verlustbilanz stammt aus der Feder von zwei polnischen Studenten, die

sie 1947 im Auftrag der provisorischen Polnischen Regierung erstellten und die in ihren Erhebungen so großzügig vorgingen, daß darin auch große
Teile der deutschen vertriebenen Bevölkerung enthalten sind. Durch diese über alle Maßen erhöhten polnischen Verlustzahlen hat sich die ganze Weltöffentlichkeit bis heute beeindrucken lassen und jeder fühlte sich verpflichtet, jedmögliche Hilfe zu gewähren. Dieses Argument war mit Sicherheit auch der Hauptgrund für den unrechtmäßigen Anspruch Polens auf fast die gesamten deutschen Ostprovinzen. Inzwischen haben Alfred Bohmann und Alfred Schickel nach jahrelanger Forschung gründliche wissenschaftliche Analysen des Problems erstellt. Sie errechnen unter Berücksichtigung amerikanischer Forschungsergebnisse rund fünfhundertsiebzigtausend Menschen polnischer Abstammung, die entweder 1939 im Krieg und später bei Partisanenkämpfen gegen deutsche Truppen gefallen sind oder durch die Nationalsozialisten gerichtet wurden.(Von der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Polens starben mindestens siebenhundertfünfzigtausend Volkspolen, die meisten davon durch Deportationen.) Die Zahlen entstammen „Vertreibungsverbrechen an Deutschen", von Heinz Nawratil, Seite 176 f.
Eine weitere Angabe über polnische Verluste an Menschen im Zweiten Weltkrieg findet man im Buch von David L. Hoggan „Meine Anmerkungen zu Deutschland". Er schreibt:
„Hinsichtlich der deutschpolnischen Beziehungen unter Hitler sowie der sowjetisch-polnischen unter Stalin verdient ein Buch besondere Erwähnung. Es handelt sich um Clifford Barnetts ‚Poland, its People, its Society, its Culture' (Yale University Press 1958). Das Buch bringt sehr genaue Angaben zur Bevölkerungszahl. Es zeigt auf, daß die deutschen und russischen Verluste an Männern weitaus höher als die der Polen waren; die polnischen Verluste waren geringer als die der Franzosen im Krieg von 1870/71. Und dies trotz der fünfzehntausend Offiziere, die Stalin umbringen ließ (Katyn) sowie der polnischen Verluste der Anders-Truppen in Italien (Lt. „Deutsches National-Lexikon", München 1992, Seite 69, betrugen die französischen Verluste im Krieg 1870/71 mit Deutschland einhundertvierzigtausend Mann).Selbst die Engländer, die es fertigbrachten, ihre Verluste an Soldaten geringer als im Ersten Weltkrieg zu halten - sie verloren auch ‚nur' dreißigtausend Menschen in den Bombenangriffen, während die deutschen Verluste bei den Bombardierungen rund neunhundert-neunzigtausend betrugen - hatten höhere Menschenverluste als die Polen. Beim Bor-Komorowski-Aufstand 1944 in Warschau wurden die Polen von der Wehrmacht ehrenvoll behandelt, obwohl die Deutschen alle Gefangenen nach internationalem Recht als Partisanen hätten erschießen können. Ihre Verluste waren zu dem nicht allzu hoch. Das westliche Polen befand sich fast sechs Jahre lang unter deutscher Herrschaft. In dieser Zeit verübten junge Polen zahlreiche Sabotageakte und Einbrüche. Die Bestrafungen waren meist nicht drastisch, und Hinrichtungen waren selten. Obwohl die Polen immer wieder für sich in Anspruch genommen hatten, das Opfer Nummer eins schlechthin zu sein - seit jüngstem sprechen sie von etwa sieben Millionen Opfern, um wohl die sechs Millionen Juden zu übertreffen -, tut der fließend polnisch sprechende Barnett, auf Grund seiner in Polen selbst durchgeführten Nachforschungen, diese Angabe als wilde polnische Übertreibungen ab; Übertreibungen, wie sie in der polnischen Geschichte schon häufig waren . . .
Zusammenfassend findet es Barnett irgendwie ironisch, daß Polen bei Kriegsende so reichhaltig entschädigt wurde, obwohl es am wenigsten litt und nur wenig zum Sieg der Alliierten beitrug. Barnett schätzt, daß das von Stalin in Besitz genommene nichtpolnische Gebiet (‚Ostpo-len') nur zehn Prozent von dem Gebiet ausmacht, das sich die Polen von Deutschland aneignen durften. . .
Man ließ es in einem dichtbevölkerten Europa zu, daß das nördliche Ungarn, das Sudetenland, Südostfinnland, ein Großteil der baltischen Staaten, Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen-Westpreußen und Schlesien entvölkert wurden, um diese Gebiete dann mit primitiven, faulen und unfähigen Leuten dünn zu besiedeln. Diesen Vorgang kann man nur als

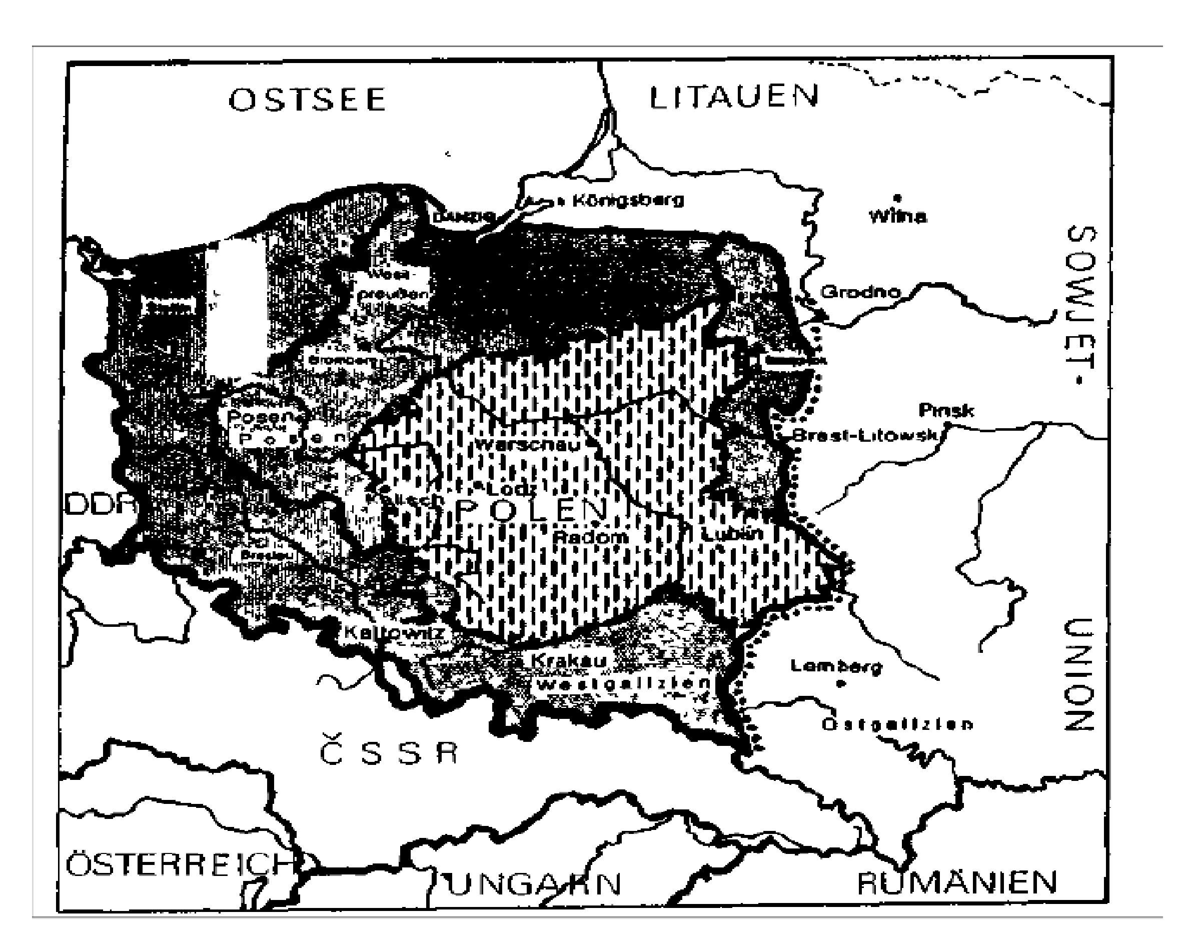
Verbrechen bezeichnen." (David L. Hoggan, Seite 290f.) Per Saldo bleibt festzuhalten, daß die Propaganda der polnischen Nationalisten nach dem Bromberger Blutsonntag - die durch das Nachbarland erlittenen Verluste ihrer Landsleute mit dem zehnfachen der wirklichen Größenordnung angibt.
„Historiker in einem totalitären Staat sind mächtiger als der liebe Gott: sie können sogar die Vergangenheit ändern."(Salvador de Madariaga)

3. Historische Gründe und Rechtstitel :
Nicht unerwähnt darf bleiben, daß bei der fünften Sitzung der Siegermächte in Potsdam am 21. Juli 1945 eine polnische Regierungsdelegation ihre Ansichten und Wünsche zur Grenzregelung vorbringen durfte.
Das Verlangen nach deutschem Land und die „historischen Ansprüche" darauf gehen bei den „slawisch" sprechenden Völkern darauf zurück, daß nach der Zwangschristianisierung der Westgermanen die Chronisten um das Jahr 800 und später die ostwärts davon wohnenden arianischen oder heidnischen Ostgermanen lateinisch als „Sclavi" bezeichneten. Es waren hauptsächlich Wandalen-Wenden und Goten. Diese wurden später durch die mazedonischen Brüder Cyrillos und Methodios und deren Nachfolger in der glagolitischen Gottesdienstsprache missioniert. Durch Überlagerung und Vermischung mit den alten germanischen Dialekten entstanden im Laufe der Jahrhunderte die verschiedenen, erst seit 200 Jahren „slawisch" genannten Sprachen; slawisch als Fälschung durch bewußtes Weglassen des C in „Sclavi". Es gibt keine Landkarte, die älter als 200 Jahre ist und auf der irgendwo in Europa „Slawen" als Bewohner eingezeichnet sind.
Es gibt also zweifelsfrei eine sich jetzt „slawisch" nennende Sprachenfamilie, aber kein slawisches Volk. Durch den Schwarmgeist und Theologen Gottfried von Herder (1744-1803) und August Ludwig von Schlözer (1735-1809) wurde bei Tschechen und Polen das Selbstbewußtsein geweckt, indem vor allem diese beiden Deutschen ihnen einredeten, daß sie wegen ihrer Sprache eigene, von den Deutschen unterschiedliche Völker seien. Daraus entstand der Panslawismus. Polen und Tschechen forderten darauf alle Gebiete für sich, bei denen nach Gründung des Ersten Deutschen Reiches noch die ostgermanischen Sclavi wohnten, also ganz Mitteldeutschland mit Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Teilen von Oberfranken und der Oberpfalz, sogar Schleswig-Holstein. Daß die Panslawisten auch Pommern, West- und Ostpreußen und Schlesien für sich beanspruchten, ist jetzt erklärlich, denn auch dort siedelten seit Jahrtausenden die von ihren alten Göttern abhängigen Ostgermanen, die alle als Heiden unter dem Sammelnamen Sclavi von den Mönchen und Chronisten zusammengefaßt wurden. Die von Polen für sich beanspruchte Dynastie der Piasten, von dem Wikinger Dago (Daglinger) 960 überwiegend auf dem Gebiet der Po-lanen (Inlandbewohner) gegründet, ist eine rein germanische Dynastie. Diese germanischen Herzöge hatten zudem nur deutsche Frauen. So war die Heilige Hedwig schon die zehnte deutsche Prinzessin (Andechs-Meran), die einen regierenden Piasten heiratete. So war ihr Sohn, Heinrich II., der in Wahlstatt bei Liegnitz gegen die Mongolen fiel, blutsmäßig ein deutscher Fürst aus dem Hause der Daglinger. Bei den Autochthonen setzte sich im Westen dieses Gebietes die deutsche Sprache durch, im Osten und auf dem Lande unter dem Einfluß des katholischen Klerus, die durch die glagolitische Kirchensprache entstehenden jetzt slawisch genannten Sprachen. Der polnische und tschechische Chauvinismus liegt völlig daneben, wenn er aus angeblich historischen Gründen deutsche Gebiete für sich beansprucht, nur weil diese vor tausend Jahren auch noch nicht christianisiert waren und die Bewohner dieser Gebiete von den christlichen westgermanischen Chronisten als Sclavi bezeichnet wurden. Dies hat mit den heutigen Slawen überhaupt nichts zu tun. Wie ein roter Faden zieht sich durch die jüngere Geschichtsschreibung die Zeit von „700/800 Jahren deutscher Geschichte Ostdeutschlands", hindurch, an der sich die Polen aufhängen und ihren historischen Anspruch auf diese Gebiete ableiten. Selbst wenn es so gewesen wäre, erlaubt die

Kultur- und Aufbauleistung deutscher Menschen im Osten keinen fremden Anspruch darauf. - Die deutsche Ostgeschichte aber begann nicht vor 700/800 Jahren, auch nicht vor 2300 Jahren (erste historische Daten), sondern als unser Volk zu entstehen begann, vor wohl dreißigtausend Jahren (berühmte Karte des „Ptolemäus" und sein Hauptwerk „Almagest", Alexandrien 140 n. Chr.). Deutschland - und damit auch Ostdeutschland - ist nie neu deutsch geworden, sondern deutsch entstanden. Wir haben niemals fremde Länder kolonisiert (außer durch erbetene Auswanderung) und anderen Völkern ihr Land weggenommen. Deutschland und das deutsche Volk, das sind deckungsgleiche Begriffe. Wenn wir Deutschen endlich alle begriffen haben, was das bedeutet, dann erst beginnt neue deutsche Politik. (Johannes P. Ney, „Reizwort Rasse", Tübingen 1991.)
Ausrottungen oder Vertreibungen fanden in dem erwähnten Raum zu keiner Zeit statt. Vielmehr vollzog sich die jeweilige Assimilation der Autochthonen im Prinzip nicht anders als die Romanisierung der Gallier, die Anglisierung der Schotten oder die Germanisierung der baltischen Preußen (auch Prussen oder Pruzzen) im Ostpreußen des Mittelalters. (Marian Turnier, Seite 34 f.)Das Besondere an den polnischen Vorstellungen ist nur, daß es die ersten historisch verbrämten Expansionsbestrebungen sind, die im Millionenmaßstab in der Praxis umgesetzt wurden; einen derart totalen Triumph der „Archäologie" hat es in der Geschichte Europas noch nicht gegeben. - Tragikomisch und zugleich abgründig wirken die historisierenden Argumente, wenn man sich vor Augen hält, daß sie nicht nur Modelle zur Liquidierung der ostdeutschen Volksgruppen, sondern auch zur Vertreibung des polnischen Volkes selbst und vieler anderer Völker liefern.

4. Wirtschaftliche und strategische Erwägungen :
Diese beiden Begründungen waren die letzten aber vielleicht ehrlichsten Argumente der polnischen Regierungsdelegation in Potsdam. Die Behandlung der strategischen Begründung kann man sich ersparen. Auch die wirtschaftlichen Gründe wirken irgendwie peinlich wenn man bedenkt, daß zum Beispiel die
Volksrepublik Polen 1961 eine Bevölkerungsdichte von siebenundneunzig Einwohnern pro Quadratkilometer hatte, während man in der Bundesrepublik Deutschland zweihundertsieb-zehn Personen pro Quadratkilometer zählte. Auch vor dem Krieg war die Bevölkerungsdichte in Polen wesentlich geringer als in Deutschland. Die wirtschaftliche Nutzung der hochentwickelten ostdeutschen Agrargebiete durch Polen ist ebenfalls nicht optimal. Während 1980/81 ein Landwirt in der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt dreiunddreißig Menschen ernähren konnte, versorgte sein Kollege in der Volksrepublik Polen nur sieben Menschen. Nach vorsichtigen Schätzungen der offiziellen polnischen Kontrollkommission lagen im Frühjahr 1982 in Polen zweihundertdreiunddreißigtausend Hektar Anbaufläche brach. Ostdeutschland ist unter polnischer Verwaltung vom klassischen landwirtschaftlichen Überschußgebiet zum Zuschußgebiet geworden. Als Ergebnis der Potsdamer Konferenz erhielt Polen die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße, 103.006 Quadratkilometer, ein Viertel von Deutschland in den Grenzen von 1937, die es ohnehin schon an sich gerissen hatte, zur Verwaltung. Sie wurden ihm aber nicht zugesprochen. Die Häupter der drei Regierungen bekräftigten ihre Auffassung, daß
die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zu der Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll. So war dann das Jahr 1945 das „Jahr der Ernte", die Sternstunde des polnischen Nationalismus. Die Planeten standen so günstig wie seit Jahrhunderten nicht mehr: Die Konjunktion der angloamerikanischen Bestrafungstheologie mit der sowjetischen Hegemonialstrategie am Ende der „unvermeidlichen deutschen Katastrophe" brachte den Spielern den erhofften „höchsten Gewinn", die größte Expansion des polnischen Siedlungsgebietes in der Geschichte; obendrein konnte sich der historische polnische Chauvinismus im Gewand der Kompensations- und Kollektivschuldtheorie in vornehmen

westlichen Gesellschaftskreisen sehen lassen. (Heinz Nawratil: „Vertreibungsverbrechen an Deutschen", S. 184.)
Ein besonders begehrenswertes Objekt polnischer Gelüste war natürlich das oberschlesische Industrierevier, eines der reichsten Gebiete Europas. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg wurde von diesem gewachsenen Industriekörper gegen das Ergebnis einer Volksabstimmung für den Verbleib bei Deutschland, achtzig Prozent auf Beschluß einer Völkerbund-Kommission abgetrennt und Polen zugesprochen. Hervorgegangen waren drei blutige polnische Aufstände, um das Land mit Gewalt an sich zu reißen. Damals entstand für Oberschlesien der Begriff vom „Land unterm Kreuz". Bis 1939 waren dann die achtzig Prozent Industrie soweit heruntergewirtschaftet, daß die beim Deutschen Reich verbliebenen zwanzig Prozent tatsächlich eine höhere Produktion erreichten.
Heute ist dieses ehemals so reiche Gebiet der Raum mit den „größten Umweltschäden" Europas, und es ist kaum möglich, daß es Polen gelingen kann, die Ursachen dieser Umwelt-Zerstörung mit eigener Kraft zu beseitigen. Auch die einst so blühende Landwirtschaft liegt, wie schon erwähnt, in dem viel zu dünn besiedelten Gebiet danieder, nachdem man die guten Wirte davongejagt hat. Auch was die Ausweisung „deutscher Bevölkerungsteile" anging, wurden in Potsdam Entscheidungen getroffen. Dabei ist aber ausdrücklich nur von der „Ausweisung Deutscher aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn" die Rede. Da die Sieger in Potsdam vom Begriff des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 ausgingen, können die deutschen Ostgebiete wohl schwerlich unter „Polen" fallen. Diese Bestimmung traf eindeutig nur die rund 1,3 Millionen polnischen Staatsbürger, die sich nach dem Bekenntnisstand der Vorkriegszeit der deutschen Nationalität zugerechnet hatten, beziehungsweise die achthunderttausend Deutschen, die sich jetzt noch in Alt-Polen befanden. Die Warschauer Regierung jedoch mißachtete die Beschränkung der Ermächtigung zur Ausweisung „deutscher Bevölkerungsteile" auf das polnische Staatsgebiet und bezog diese auch auf das zur Verwaltung unterstellte ostdeutsche Gebiet, wo bei einer rein deutschen Bevölkerung von „Bevölkerungsteilen" nicht die Rede sein kann. *„Diese Auslegung wurde, nachdem die polnischen Behörden schon im Juni mit der Austreibung begonnen hatten, vom alliierten Kontrollrat für Deutschland stillschweigend gebilligt, namentlich durch den Entwurf eines Aufnahmeplans für Flüchtlinge am 17./20.November 1945"*, schreibt der Historiker Hans Roos in seiner „Die Geschichte der polnischen Nation 1918-1978".
Doch im Gegensatz zur Jahreswende 1944/45 war die Vertreibung von Millionen Ostdeutschen zum Zeitpunkt der Potsdamer Konferenz nicht mehr der übereinstimmende Wille der Großmächte. So wurden in Potsdam auch für das unter sowjetische Verwaltung gestellte nördliche Ostpreußen keine Ausweisungen vorgesehen. An dieser Stelle wird die ursprüngliche und kausale Verantwortlichkeit Polens für die Vertreibung der Ostdeutschen deutlich. Sie beruht nicht auf dem höheren Willen der Großmächte, sondern im Gegenteil auf einem Willkürakt Polens, dem Bruch der Bestimmungen von Potsdam. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß in der Zeit vom Spätsommer bis zum Spätherbst 1945 entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Protokolls vierhunderttausend Deutsche aus den deutschen Ostgebieten von Polen vertrieben wurden. Anfang 1946 setzt Polen eine Kommission zur Umbenennung der deutschen Orts- und Flurnamen ein. Dreißigtausend Namen werden bis 1950 durch neugeschaffene Bezeichnungen ersetzt. Dabei werden oft die deutschen Namen lediglich ins Polnische übersetzt.



1945: Auf der Potsdamer Konferenz der Siegermachte (17. Juli bis 2. August 1945) wurde Deutschland ostlich von Oder und Neiße unter polnische, davon das nördliche Ostpreußen unter sowjetische Verwaltung gestellt. Das 1921 von Polen eroberte russische Gebiet fiel an die Sowjetunion zurück (polnisch-sowjetischer Vertrag vom 16. August 1945), so daß ziemlich genau die „Curzon-Lime", die Ostgrenze des geschlossenen polnischen Siedlungsgebietes, die heutige polnische Ostgrenze ist.

Die Zahl der Opfer
Über die Zahl der Vertreibungsopfer existieren sehr sorgfältige wissenschaftliche Untersuchungen, die 1955 bis 1957 im Statistischen Bundesamt angestellt wurden und seither nur unwesentlich korrigiert werden mußten. Entscheidend bleibt, daß kleinere oder auch mittlere Abweichungen am bestehenden Tatbestand des Völkermordes nichts ändern. Um die Opfer der Vertreibungsverbrechen zu ermitteln, muß zunächst die Zahl der alteingesessenen Bewohner der betroffenen Gebiete bekannt sein. Allgemein wird heute eine Zahl von 16,5 Millionen Deutschen für die Vertreibungs- und Deportationsgebiete in Ostdeutschland, Ost- und Südosteuropa (ohne die Sowjetunion in den Grenzen von 1937) angenommen, wovon auf das Reichsgebiet von 1937 9,29 Millionen, auf Danzig, Memel, Sudetenland und die anderen Regionen rund 7,25 Millionen entfallen. Diese Zahl beinhaltet die alteingesessenen Bewohner der genannten Gebiete, vermindert um die Kriegsverluste, also gefallene Soldaten, Bombenopfer und so weiter. Was fehlt, sind die nach 1939 Zugezogenen und die Rußlanddeutschen. Die rußlanddeutschen Siedlungsgebiete werden nach der Bonner Sprachregelung als „Deportationsgebiete" bezeichnet. Ihre Bewohner sind nicht nur von einem Ufer der Oder auf das andere, sondern von Europa nach Asien vertrieben worden. Bei Hitlers Einmarsch in Rußland lebten etwa zwei Millionen Deutsche, verstreut in mehreren Siedlungsgebieten, in diesem riesigen Land. Das Schicksal der einheimischen Ostdeutschen teilten die Zugezogenen, wovon der größte Teil aus den Luftkriegsevakuierten, etwa 1,5 Millionen, vor allem Frauen, Kindern und alten Menschen, bestand. Durch die Verlegung zahlreicher Industriebetriebe aus den bombengefährdeten west- und mitteldeutschen Gebieten, mit ihren Belegschaften und Familienangehörigen und sonstiger Zugezogener kommen noch einmal l bis 1,5 Millionen zusammen. Insgesamt ergibt sich daraus ein Zugang von 2 bis 2,5 Millionen Menschen in den Vertreibungsgebieten, was auch andere Stellen ausdrücklich bestätigen.

Die erste Zwischenbilanz lautet daher:
16,5 Millionen einheimische Deutsche in allen Vertreibungsgebieten ohne Sowjetunion
1,5 Millionen Rußlanddeutsche (Mindestschätzung) 2,0 Millionen zugezogener Deutsche aus den westlichen und mittleren Landesteilen (Mindestschätzung)

Insgesamt 20,0 Millionen deutsche Aufenthaltsbevölkerung in den Vertreibungs-Deportationsgebieten gegen Ende des Krieges. Diese Personenzahl ist doppelt so hoch wie die Zahl der seinerzeitigen Einwohner von Australien und Neuseeland zusammen. Sie entspricht etwa der seinerzeitigen Summe aller Einwohner der Republiken Irland, Finnland und Island und der Königreiche Norwegen, Schweden und Dänemark.
Abgesehen von Resten der Ungarn- und Rumäniendeutschen sowie einer knappen Million Deutscher in Oberschlesien, die einer über vierzigjährigen kommunistischen, national-polnischen Polonisierung widerstanden, gibt es das alte Ostdeutschland und die deutschen Sprachinseln im Osten heute nicht mehr. Noch niemals in der Geschichte ist eine so große Bevölkerung liquidiert und mit einem einzigen Federstrich aus Atlanten und Geschichtsbüchern getilgt worden!

Um die eigentlichen Vertreibungs- oder auch Nachkriegsverluste zu ermitteln, hat man im Statistischen Bundesamt alle Kriegsverluste (gefallene Soldaten, Opfer des Bombenkrieges und so weiter) aus den Bevölkerungsbilanzen zu eliminieren versucht und ist zu folgender Statistik der Vertreibungstoten gekommen:

Die deutschen Vertreibungsverluste (ohne die Verluste der Rußlanddeutschen und der zugezogenen Bevölkerung; alle Zahlen sind abgerundet):

	In absoluten Zahlen	*In % der dtsch. Einwohner*
Ostpreußen	299000	14
Ostpommern	346 000	20
Ostbrandenburg	207 000	35
Schlesien	466000	10
Danzig	83 000	20
Baltische Staaten einschl. Memelland	51000	21
Tschechoslowakei einschl. Sudetenland	272000	8
Polen	185000	14
Ungarn	57000	15
Jugoslawien	135000	25
Rumänien	101000	12

Es ergibt sich eine Summe von rund 2,23 Millionen Todesopfern. Die Schätzungen wurden „mit größter Vorsicht vorgenommen", stellen also Mindestzahlen dar. Nicht in der Bilanz des Statistischen Bundesamtes enthalten sind die Verluste der verschleppten Rußlanddeutschen. Sie werden heute mindestens auf dreihundertfünfzigtausend geschätzt und ergeben sich aus den Opfern, welche die Verschleppung von neunhunderttausend Rußlanddeutschen in den asiatischen Teil der Sowjetunion während des Krieges und die Zwangsrepatriierung von über zweihundertsiebzigtausend geflüchteten Rußlanddeutschen nach dem Krieg kostete. Bleiben noch die west- und mitteldeutschen Zuwanderer und Evakuierten in den Vertreibungsgebieten, deren Zahl weit über zwei Millionen lag. Grundsätzlich stellt die Dokumentation des Bundesvertriebenen-Ministeriums fest, daß dieser Personenkreis ähnlich hohe Verluste zu beklagen hatte wie die einheimische Bevölkerung. Um aber jede Gefahr der Überschätzung auszuschließen, wird man die Menschenopfer der nichteinheimischen Deutschen etwa ein Fünftel unter dem allgemeinen Mittelwert von 14,3 Prozent ansetzen, also bei mindestens elf Prozent, was eine (Mindest-)Zahl von 2220000 ausmacht.

Es ergibt sich damit folgende Übersicht:

Vertreibungs- und Deportationsverluste der deutschen Zivilbevölkerung im Osten
Ostdeutschland, Ost- und Südosteuropa (ohne Rußlanddeutsche und zugezogene Bevölkerung) : 2,23 Millionen
Rußlanddeutsche : 0,35 Millionen
Später zugezogene Bevölkerung : 0,22 Millionen
Gesamt : 2,80 Millionen

Am Rand sei vermerkt, daß die genannten Zahlen bei weitem nicht alle Nachkriegsverbrechen erfassen, die im Osten an Deutschen ver übt wurden. An dieser Stelle wäre zum Beispiel an die zahlreichen Gewaltverbrechen der Roten Armee während des Einmarsches in Mitteldeutschland zu denken, die sich zum Teil nicht von denen östlich von Oder und Neiße unterschieden. Zu nennen wären ferner die einhundertfünfundachtzigtausend Zivilpersonen, die nach 1945 in der Sowjetzone festgenommen, teilweise in den Lagern Buchenwald, Sachsenhausen und vielen anderen interniert und teilweise in die Sowjetunion abtransportiert wurden; von ihnen starb ein außerordentlich hoher Prozentsatz. Hierzu schreibt Gerhart Schirmer in seinem Büchlein „Sachsenhausen - Workuta, Zehn Jahre in den Fängen der Sowjets", Seite 12: *"... Es starben von Mai 1945 bis Ende 1949 in den sowjetischen KZ - meist verhungert - insgesamt etwa: einhundertdreiundsechzigtausend."*
Durch das Buch des Kanadiers James Bacque „Der geplante Tod" erfuhr die Öffentlichkeit erstmals, daß es auch im Westen unter der Obhut der Amerikaner „Vernichtungslager" gab, wo annähernd eine Million deutscher Kriegsgefangener verhungert sind. Trotzdem verdient das tragische Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen im Gewahrsam osteuropäischer Staaten besondere Erwähnung. Nach Berechnung der von der Bundesregierung beauftragten wissenschaftlichen Kommission starben etwa zwei Millionen, allein in Jugoslawien kamen achtzigtausend zu Tode. Addiert man alle genannten Zahlen und die Zahl der Vertreibungsopfer, so ergibt sich, daß annähernd fünf Millionen unschuldiger Menschen allein im Osten sterben mußten. Ihr einziges Vergehen bestand darin, Deutsche zu sein. Als Bilanz des Geschehens östlich und südöstlich von Oder, Neiße und Böhmerwald ist festzustellen: Nach dem bisherigen Stand der Erkenntnisse liegen die Vertreibungsverluste (einschließlich der Deportationsverluste) der deutschen Zivilbevölkerung im Osten zwischen 2,8 und 3 Millionen; das entspricht etwa der seinerzeitigen Einwohnerzahl von Irland. Zweifellos ist die Identität der ostdeutschen Volksgruppen vernichtet; die Stämme der Ostpreußen, Schlesier, Pommern etc. existieren praktisch nicht mehr. Angesichts dieses Sachverhalts und angesichts der Millionenzahl von Toten erscheint das Wort Völkermord in doppelter Weise gerechtfertigt. Fünfzehn Millionen Menschen sind nach Recherchen des Juristen und Zeitgeschichtlers Heinz Nawratil von den „Befreiern" ums Leben gebracht worden - als die Waffen an den Fronten schon schwiegen. Dies ist - nach Stalins Blutorgien der 20er und 30er Jahre - der zweitgrößte Holocaust im 20. Jahrhundert. „Unter den deutschen Nachkriegsverlusten stehen die Vertreibungsverluste an erster Stelle", beginnt Nawratil seine Zusammenfassung. „Im Zuge von Flucht, Vertreibung sowie Verschleppung in die Sowjetunion sind 2,8 bis 3 Millionen Menschen teils durch Verbrechen, teils durch Hunger, Seuche und Erschöpfung zu Tode gekommen. Für die 16,5 Millionen Bewohner Ostdeutschlands hat das Statistische Bundesamt rund 2,2 Millionen Opfer errechnet; der Rest entfällt auf die nach 1939 in die Vertreibungsgebiete zugezogenen West- und Mitteldeutschen und auf die Rußlanddeutschen." Von über elf Millionen deutscher Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges seien fast 1,6 Millionen umgekommen. *„Die absolut höchste Opferzahl verzeichnete die Sowjetunion mit 1,335 Millionen, die relativ höchste Jugoslawien mit einer Sterberate von rund fünfzig Prozent."* Im Tito-Staat seien auch die meisten Massenerschießungen von Gefangenen und die

schlimmsten Grausamkeiten zu registrieren gewesen. *„Unter den westlichen Gewahrsamsmächten haben die Gefangenen in Frankreich die schlechteste Behandlung erfahren."* Nach jüngsten Forschungen des kanadischen Historikers Bacque kamen rund eine Million deutsche Kriegsgefangene in US-Lagern um.
„In die Sowjetunion verschleppt wurden rund neunhunderttausend Deutsche", fährt Nawratil fort. *„Die größte Gruppe unter den Deportierten stellten mit fünfhunderttausend die sogenannten Reparationsverschleppten (ihre Zwangsarbeit stellte nach alliierter Auffassung eine Form der Reparation dar). Von den Fünfhunderttausend starb fast die Hälfte - siebenundvierzig Prozent - in sowjetischen Lagern."* Aber auch die anderen Verschleppten, wie zum Beispiel die geflohenen und später zwangsweise repatriierten Rußlanddeutschen, ca. zweihundertsiebzigtausend an der Zahl, hätten mit siebenunddreißig Prozent sehr hohe Menschenopfer zu beklagen gehabt. Der Einmarsch der Roten Armee in Mitteldeutschland und im östlichen Österreich sei regional höchst unterschiedlich verlaufen. Während es mancherorts kaum Ausschreitungen gegeben habe, seien andere Gegenden ähnlich heimgesucht worden wie die Vertreibungsgebiete im Osten. Die Konzentrationslager in Mitteldeutschland seien erst 1950 geschlossen worden. *„Nach Kriegsende dienten sie nicht nur der Internierung höherer NS-Funktionäre, sondern auch der Ausschaltung der bürgerlichen Oberschicht und derjenigen Demokraten, in denen man sowjetischerseits eine potentielle Gefahr für die kommunistische Diktatur sah."* Die Verhältnisse in den Lagern seien nach 1945 nicht weniger unmenschlich gewesen als vorher. *„Der Terror in sowjetzonalen Gefängnissen und Konzentrationslagern hat rund hunderttausend Menschenleben gekostet."* Die deutschen Nachkriegsverluste würden insgesamt bei fast fünf Millionen Menschen, mindestens aber bei 4 777 000 liegen. Sie würden nur einen Teil der europäischen Nachkriegsverluste darstellen. Sehr verlustreich seien die sogenannten Säuberungen 1944/45 in Frankreich, Italien, Jugoslawien und der Sowjetunion verlaufen. Mindestens acht Millionen Menschen seien ohne Zusammenhang mit Kampfhandlungen dem Moskauer Terror zum Opfer gefallen (davon mehrere Millionen, die vom Westen an Stalin ausgeliefert worden waren). Nawratil: *„Bei vorsichtiger Schätzung wird man von einer Mindestzahl von fünfzehn Millionen Nachkriegsopfern ausgehen müssen."* (Nawratil, Seite 66 f.)

Krieg gegen den Nationalsozialismus oder gegen das deutsche Volk

* Englische Auskunft:
"Sie müssen sich darüber klar sein, dass dieser Krieg nicht gegen Hitler oder den Nationalsozialismus geht, sondern gegen die Kraft des deutschen Volkes, die man für immer zerschlagen will, gleichgültig, ob sie in den Händen Hitlers oder eines Jesuitenpaters liegt" (Mitteilung an einen Beauftragten des deutschen "Widerstandes" während des Krieges) (vgl. Kleist, Peter "Auch du warst dabei", Heidelberg, 1952, S. 370)

* *"Erst die Angst, im eigenen militärischen Sektor in den Hintergrund gedrängt zu werden, hat die Verschwörer mobilisiert. Im Grunde ist die Revolte vom 20. Juli bei ihren reaktionären Teilnehmern nicht aus irgendeinem Gefühl der Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk oder gegenüber der Welt entstanden. Es war die Sorge um das Schicksal ihrer Klasse und ihres Besitzes, die diese Leute veranlaßt hat, den Versuch des Eingreifens und damit die Rettung ihrer Güter und ihrer sozialen Stellung zu unternehmen."*(Dr. Kurt Schumacher, SPD)

* *"Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: dass der Krieg schließlich nicht gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde"*. (Eugen Gerstenmaier, Bundestagspräsident ab 1954, während des Krieges Mitglied der "Bekennenden Kirche" im "Widerstand") [Gerstenmaiers späte Erkenntnis ist unmißverständlich bestätigt in der US-Direktive/CS 1067, die Präsident Roosevelt am 23.3.1945 billigte:

"Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke der Befreiung, sondern als eine besiegte Feind-Nation" (vgl. Symanek, W. "Deutschland muss vernichtet werden", Bingen, 1996)]

Die Moral der Sieger - Antideutsche Pläne

* (Anfang) 1941 – noch vor dem Kriegs-Eintritt Amerikas – erschien in den USA der berüchtigte "Kaufman-Plan".
Der Plan des Theodore Nathan Kaufman sah vor, das gesamte 80-Millionen-Volk der Deutschen durch Massensterilisation auszurotten und das deutsche Land auszuradieren. Kaufman rechnete aus, dass man mit Hilfe der amerikanischen Armee und 20.000 Ärzten die deutschen Männer in einem Monat, die deutschen Frauen in drei Monaten erledigen könne. Die Kinder sollten versklavt in andere Länder verkauft werden. (vgl. Symanek, W., "Deutschland muss vernichtet werden", Bingen, 1996, S. 53 ff)

* Der "Kaufman-Plan" ist gewiss der schlimmste Plan der Weltgeschichte.
Durch seine "wissenschaftliche Akribie" übertrifft er an Entsetzlichkeit noch bei weitem den Morgenthau-Plan, der vorsah, Deutschland bis auf einen Rest zu demontieren und auszuhungern.

* Der sog. Hooton-Plan (Earnest Hooton) war ein rassistischer Plan
zur Ausrottung der Deutschen durch biologische Maßnahmen. Die deutschen Männer sollten für 20 Jahre im Ausland Zwangsarbeit verrichten, getrennt von deutschen Frauen. Die deutschen Frauen sollten nur Ausländer heiraten. Zu diesem Zweck sollte die Einwanderung ... von Nicht-Deutschen, vor allem von Männern ermutigt werden. (vgl. W. Symanek, "Deutschland muss vernichtet werden", a.a.O., S. 115-S. 117)

* *"Tötet, tötet! Es gibt nichts, was an den Deutschen unschuldig ist,
die Lebenden nicht und die Ungeborenen nicht. ... Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen. Nehmt sie als rechtmäßige Beute. Tötet, ihr tapferen, vorwärts stürmenden Rotarmisten!"*
Hunderte solcher Aufrufe zu Massenmord und Massenschändung stammen aus der Feder des jüdisch-bolschewistischen Hass-Propagandisten Ilja Ehrenburg. Die Rote Armee befolgte die Aufrufe in beispielloser Bestialität. (vgl. Hoffmann, J., "Stalins Vernichtungskrieg", a.a.O., S. 132 u.a.) (vgl. H. Sander und B. Johr, "Befreier und Befreite", Verlag Kunstmann, München, 1992: Zwei Millionen deutsche Frauen und Mädchen wurden mißbraucht, davon 240.000 mit Todesfolge!

* Stalin und Churchill flachsten beim Cocktail auf der Konferenz
in Teheran 1943 über die Erschießung von 50.000 deutschen Offizieren. (vgl. den russischen Völkermord an Polen in Katyn) (vgl. Eckert, H., "Kriegsschuld", München 1993)

* *"Es gibt kein Ausmaß des Schreckens, dessen wir uns nicht bedienen werden."*
(Churchill am 21.9.1943 im Unterhaus)

* Albert Einstein empfahl den Abwurf der Atombombe über Deutschland
(vgl. "Vorsicht Fälschung", a.a.O., S. 179/S. 180)

* Der anglo-jüdische Schriftsteller Viktor Gollancz nannte die Austreibung der Deutschen aus ihren Wohngebieten "eine unsterbliche Schande".

* *"Der Massenraub, die Austreibungen, die Misshandlungen ... an Deutschen sind so weitreichende Verbrechen, dass dagegen alle wirklichen und angeblichen deutschen Verbrechen klein erscheinen."* (vgl. Austin App, "Der erschreckendste Friede der Geschichte", Salzburg, 1950)

* *"Hinter der Annexion der deutschen Ostgebiete und des Sudetenlandes steht nicht das Recht, sondern das Faustrecht."* (Prof. Hellmut Diwald)

[So forderte Kurt Schumacher, SPD, schon 1945 das Heimatrecht und Völkerrecht für Deutschland: *"Deutschland wird NIE die Oder-Neiße-Linie, wie sie von den vier Siegermächten in Potsdam festgelegt wurde, als deutsche Grenze anerkennen. Wir werden um jeden Quadratmeter deutschen Bodens jenseits dieser Linie mit friedlichen Mitteln kämpfen."* (Kurt Schumacher, Rede an der Universität Köln, Oktober 1945. Zit. nach "Deutschland stirbt nicht" DSZ Verlag München, 1988, S. 423).]

* Der englische Außenminister Bevin rief im Anblick der Austreibung von 12 [ca. 17] Millionen Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten: *"Wahrhaftigen Gottes, das ist die Höhe des menschlichen Wahnsinns!"* (vgl. Austin App, "Der erschreckendste Friede ...", a.a.O., S. 184)

* Der Völkermord an den Deutschen einschließlich der Massenaustreibung der Deutschen wurde "ergänzt" durch die größte Massen-Ausraubung der Geschichte. Hinweise und Zahlen dazu: siehe Rolf-Josef Eibicht, "50 Jahre Vertreibung", Verlag Hohenrain, Tübingen 1995

* *"Die Absicht, das deutsche Volk zu Tode zu hungern (als Intention des Morgenthau-Planes) wird mit einer Herzlosigkeit durchgeführt, wie sie in der westlichen Welt seit der Zeit der Mongolen-Einfälle unbekannt ist."* ("The Chicago Tribune", 8. Mai 1946) (vgl. Leher, L., "Das Tribunal", München 1965, S. 67)

* *"Amerika bezeichnete in der Propaganda seinen Einsatz im Kriege (1939-1945) als Kreuzzug, es proklamierte hohe, heilige Ideale, die Vier Freiheiten, die Atlantic Charta, einen Frieden Christi im Reiche Christi. Die Ideale erwiesen sich als Phrasen zur Zermürbung des Feindes, als Fetzen Papier". Aus dem "Frieden Christi" wurde alt-testamentarischer Hass"* (vgl. Pater Reichenberger, "Wider Willkür ...", a.a.O., S. 351)

Literatur / Quellen

Diese Arbeit beruft sich auf 225 Werken deutscher, französischer, englischer, russischer, polnischer und amerikanischer Literatur und 32 Dokumentarwerken internationaler Herkunft sowie 24 Zeitungen und Zeitschriften. Es wurden die "Akten des Auswärtigen Amtes" (ADAP), die amerikanischen "Foreign Relations" und die Akten des Nürnberger - IMT Prozesses ausgewertet.

* App, Austin: Der erschreckendste Friede in der Geschichte, Salzburg 1950

* Bacque, James: Der geplante Tod, Berlin 1989

* Bardèche, M.: Nürnberg oder die Falschmünzer, Wiesbaden 1957

* Barnes, Harry Elmer: Die deutsche Kriegsschuldfrage, Tübingen 1964

* Bavendamm, Dirk: Roosevelts Weg zum Krieg, München 1983

* Becker, Fritz: Stalins Blutspur durch Europa, Kiel 1986

* Bernhardt, Hans: Deutschland im Kreuzfeuer großer Mächte. 1.000 aufschlußreiche Zitate von Jahrhundertzeugen, Preußisch Oldendorf 1992

* Brock, R.: Freispruch für Deutschland, FZ München 1997

* Butler, R.: Legions of Death. Arrow Books, London 1986

* Chamberlin, W.: Amerikas Zweiter Kreuzzug, Kriegspolitik und Fehlschlag Roosevelts, Bonn 1952

* Churchill, W.: Der Zweite Weltkrieg, Hamburg 1949-1952

* Colby, B.: Roosevelts scheinheiliger Krieg, Leoni 1973

* Courtois, S.: Schwarzbuch des Kommunismus, Paris 1998

* Czesany, M.: Europa im Bombenkrieg, Graz 1998

* Dahlerus, Birger: "Der letzte Versuch", München 1940

* Dall, Curtis: Amerikas Kriegspolitik, Tübingen 1975

* Degrelle, Léon: Hitler - geboren in Versailles, Tübingen 1978

* Delmer, Sefton: Die Deutschen und ich, Hamburg 1962

* Diwald, Hellmut: Geschichte der Deutschen, Berlin 1989

* Diwald, H.: Deutschland einig Vaterland, Berlin 1994

* Eckert, Horst: Kriegsschuld, München 1993

* Eibicht, R.J.: 50 Jahre Vertreibung, Tübingen 1995

* Fish, Hamilton: Der zerbrochene Mythos, Tübingen 1994

* Fitzgibbon, L.: Das Grauen von Katyn, Vlotho 1982

* Franz-Willing, G.: Kriegsschuldfrage der beiden Weltkriege, Rosenheim 1992

* Frey, G., junior: Polens verschwiegene Schuld, München 1993

* Frey, G.: Verheimlichte Dokumente, München 1995

* Frey, G., Herausg.: Vorsicht Fälschung, München 1992

* Fritsch, L.A.: Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am Deutschen Volk, Tübingen 1997

* Fuller, J.F.C.: Der Zweite Weltkrieg, Wien 1950

* Furet, F.-E. Nolte: Feindliche Nähe. Kommunismus und Faschismus im 20. Jahrhundert, München 1998

* Gerwin, Dietrich: Umerziehung – Charakterwäsche – Vergangenheitsbewältigung, Marburg 1995

* Grenfell, R.: Bedingungsloser Hass? Die deutsche Kriegsschuld und Europas Zukunft, Pr. Oldendorf 1972

* Halder, F.: Hitler als Feldherr, München 1949

* Halow, J.: Siegerjustiz, Newport Beach 1993

* Hänel, W.: Rauschnings Gespräche mit Hitler – Eine Geschichtsfälschung, Ingolstadt 1984

* Härtle, H.: Amerikas Krieg gegen Deutschland, Göttingen 1968

* Hellberg, R.: Kleine deutsche Geschichte, Tübingen 1997

* Helmdach, E.: Überfall? Der deutsch-sowjetische Aufmarsch, Berg 1983

* Heß, W.R.: Mord an Rudolf Heß?, Leoni, 1989

* Hoffmann, Joachim: Stalins Vernichtungskrieg, München 1995

* Hoggan, David: Der erzwungene Krieg, Tübingen 1994

* Hoggan, David: Der unnötige Krieg, Tübingen 1994

* Hughes, E.: Churchill, Tübingen 1959

* Irving, David.: Der Nürnberger Prozeß, München 1979

* Jenke, M.: Verheimlichte Tatsachen, Göttingen 1985

* Kammeier, W.: Die Fälschung der deutschen Geschichte, Tübingen 1983

* Kern, Erich, Balzer, Karl: Alliierte Verbrechen an Deutschen, Pr. Oldendorf 1986

* Klüver, Max: Präventiv-Schlag 1941, Tübingen 1983

* Die Kriegstreiber. Englands Politik gegen Deutschland, DSZ München

* Kunert, D.: Ein Weltkrieg wird programmiert, Kiel 1984

* Kurowski, F.: Das Massaker von Dresden, Bremen 1995

* Liddell Hart, B.: Die wahren Ursachen des Krieges, Zürich 1946

* Löser, Else: Der Holocaust in Dresden und der Abfall der Evangelischen Kirche von Deutschland, Eigenverlag Kaiserslautern 1982

* Lutz, Hermann: Verbrechervolk im Herzen Europas?, Tübingen 1958

* Maier-Dorn, Emil: Alleinkriegsschuld, Großaitingen 1970

* Martini, S.: Der Sieger schreibt die Geschichte, DSZ Verlag/München

* Maser, Werner: Der Wortbruch, Tübingen 1995

* Miksche, O.E.: Das Ende der Gegenwart, München 1987

* Nolte, Ernst: Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945, Frankfurt 1987

* Nolywaika, J.: Die Sieger im Schatten ihrer Schuld, Tübingen 1990

* Pemsel, R.: "Hitler", Tübingen 1995

* Peters, L.: Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen, Tübingen 1995

* Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier, München 1979

* Ponsonby, A.: Absichtliche Lügen in Kriegszeiten, Seeheim 1967

* Post, Walter: Unternehmen Barbarossa. Die Verunglimpfung der Wehrmacht. Deutschland-Journal-Fragen zur Zeit, Hamburg 1995

* Rassinier, P.: Les responsables de la Seconde Guerre Mondiale, Paris 1967

* Rassinier, P.: Die Jahrhundert-Provokation, Tübingen 1990

* Reichenberger, E.: Europa in Trümmern, Graz 1952

* Ribbentrop, Anneliese, von: Verschwörung gegen den Frieden, Leoni 1962

* Ribbentrop, Anneliese, von: Die Kriegsschuld des Widerstandes, Leoni 1974

* Richthofen, B., Freiherr von: Kriegsschuld 1939-1941, Kiel 1981

* Rooster, K.: Zweck und Erfolg der Kriegsschuldlüge, Witten 1976

* Sanning, W.: Die Auflösung, Tübingen 1983

* Schickel, A.: Vergessene Zeitgeschichte, München 1985

* Schreiber, J.: Nicht Auschwitz, aber Stalingrad und Dresden, Bonn, 1998

* Schröcke, H.: Kriegsursachen, Kriegsschuld des Zweiten Weltkrieges, Husum, 1997

* Schulze-Rhonhof, G. : Der Krieg der viele Väter hatte, Nürnberg, 2002

* Schwinge, E.: Verfälschung und Wahrheit zur Wehrmachtsgerichtsbarkeit, Tübingen 1980

* Seidler, F.W.: Verbrechen an der Wehrmacht, Selent, 1997

* Siegerist, Joachim: Schreie aus der Hölle, Hamburg, 1992

* Solschenyzin, Alexander.: Der Archipel Gulag, Bern 1974

* Spaight, J.: Bombing Vindicated, London 1944

* Splittgerber, H.: Mißhandelte Zeitgeschichte, Oberhausen 1989

* Splittgerber, H.: Unkenntnis oder Infamie? Recklinghausen 1996 ("Der Schlesier")

* Stern, U.: Die wahren Schuldigen am Zweiten Weltkrieg, München 1989

* Sündermann, H.: Das Dritte Reich, Leoni 1964

* Suworow, Viktor.: Der Eisbrecher, Stuttgart 1989

* Sutton, A.: Roosevelt und die internationale Hochfinanz, Tübingen 1993

* Syring, E.: Hitler. Seine politische Utopie, Berlin 1994

* Tansill, Ch.: Backdoor to War, Düsseldorf 1954

* Taylor, A.J.P.: Die Ursprünge des Zweiten Weltkrieges, Gütersloh 1962

* Thadden, A. von: Stalins Falle, Leoni 1982

* Thadden, A. von: Guernica, Leoni 1982

* Tobias, F.: Der Reichstagsbrand, Rastatt 1962

* Tolstoy, N.: Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte, München/Wien 1985

* Topitsch, Ernst: Stalins Krieg, Tübingen 1954

* Utley, Freda: The High Cost of Vengeance, Chicago 1949

* Veale, F.J.P.: Der Barbarei entgegen, Hamburg 1954

* Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung (VffG) Castle Hill Publ., PO BOX 118, Hastings, TN34, 3ZQ E-Sussex, G.B.

* Wakaki, S.: Terror-Tribunal, München 1996

* Walendy, Udo: Wahrheit für Deutschland, Vlotho 1965

* Walendy, Udo: Historische Tatsachen, Vlotho, ab 1965

* Walendy, Udo: Europa in Flammen, Vloto 1967

* Wedemeyer, A.: Der verwaltete Krieg, Gütersloh 1958

* Weißbuch der deutschen Regierung: Nr. 3 Polnische Dokumente. Zur Vorgeschichte des Krieges; Nr. 8 Dokumente über die Alleinschuld Englands am Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung, Archiv-Ed. 1995 Viöl

* Wellems, H.: Das Jahrhundert der Lüge, Kiel 1994

* Wendig, H.: Richtigstellungen zur Zeitgeschichte, Tübingen ab 1990

* Alfred de Zayas: Die Wehrmachtsuntersuchungsstelle Berlin 1987